

1957	Ausgegeben zu Bonn am 19. August 1957	Nr. 23
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
27. 7. 57	Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft	753

Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Vom 27. Juli 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den in Rom am 25. März 1957 unterzeichneten Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft nebst ihren Anhängen und den ihnen beigefügten Protokollen und dem gleichzeitig unterzeichneten Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften einschließlich der am 17. April 1957 in Brüssel unterzeichneten Protokolle über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Atomgemeinschaft, die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Atomgemeinschaft wird zugestimmt. Die Verträge, ihre Anhänge, die ihnen beigefügten Protokolle und das Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat über die Entwicklungen im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und im Rat der Europäischen Atomgemeinschaft laufend zu unterrichten. Soweit durch den Beschluß eines Rats innerdeutsche Gesetze erforderlich werden oder in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar geltendes Recht geschaffen wird, soll die Unterrichtung vor der Beschlußfassung des Rats erfolgen.

Artikel 3

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundestages zur Durchführung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft

1. durch Rechtsverordnung abgabenrechtliche Vorschriften, insbesondere den Zolltarif und die Ausfuhrzollliste nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft insoweit zu ändern, als die Bundesrepublik Deutschland
 - a) nach Artikel 14, 16 und 17 Abs. 1 dieses Vertrags und Nummer 1 des Protokolls über Mineralöle und einige Mineralöl-erzeugnisse die zwischen den Mitgliedstaaten geltenden Zölle abzubauen hat,
 - b) nach Artikel 23 dieses Vertrags und Nummer 1 des Protokolls über Mineralöle und einige Mineralöl-erzeugnisse die Zollsätze dem gemeinsamen Außentarif anzupassen hat,
 - c) nach Artikel 133 Abs. 1 dieses Vertrags die Zollsätze für die Einfuhren aus den außereuropäischen Ländern und Hoheitsgebieten, die mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besondere Beziehungen unterhalten, abzubauen hat,
 - d) nach dem Protokoll über die Zollkontingente für die Einfuhr von Bananen zur Festsetzung von Zollkontingenten berechtigt ist,
 - e) nach Artikel 13 Abs. 2 dieses Vertrags im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten Abgaben abzubauen hat, die die gleiche Wirkung haben wie Einfuhrzölle;
2. durch Rechtsverordnung den Zolltarif nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft insoweit zu ändern, als die Bundesrepublik Deutschland
 - a) nach Artikel 93 Abs. 1 dieses Vertrags die Zölle für die Einfuhren und Ausfuhrn bestimmter Erzeugnisse zu beseitigen hat,

- b) nach Artikel 94 a dieses Vertrags den gemeinsamen Außentarif aufzustellen und anzuwenden hat,
- c) nach Artikel 94 b dieses Vertrags den gemeinsamen Außentarif aufzustellen und anzuwenden hat, wenn die Zollsätze des gemeinsamen Außentarifs nicht höher als das Dreifache der am 1. Januar 1957 angewandten Zollsätze sind,
- d) nach Artikel 95 dieses Vertrags auf Beschluß des Rats vorzeitig die Zollsätze des gemeinsamen Außentarifs anzuwenden hat.

(2) Die Zustimmung des Bundestages zum Erlaß einer Rechtsverordnung nach Absatz 1 ist nicht erforderlich, wenn der Bundestag innerhalb von drei Wochen nach Eingang des von der Bundesregierung als dringlich bezeichneten Verordnungsentwurfs beim Bundestag keinen die Zustimmung aus-sprechenden oder verweigernden Beschluß gefaßt hat.

(3) Rechtsverordnungen nach Absatz 1 und 2 bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates. Ihm ist Gelegenheit zu geben, zu den Verordnungsentwürfen binnen vierzehn Tagen Stellung zu nehmen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

(2) Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Saarvertrags (Bundesgesetzbl. II. S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Ratifikationsurkunden sollen erst hinterlegt werden, wenn die Parlamente der anderen Unterzeichnerstaaten den Verträgen zugestimmt haben.

(3) Der Tag, an dem der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach seinem Artikel 247, der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft nach seinem Artikel 224 und das Abkommen nach seinem Artikel 7 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 27. Juli 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Atomfragen
Balke

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates
von Merkatz

Für den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates
von Merkatz

**Regierungskonferenz
für den
Gemeinsamen Markt und Euratom**

**Conférence Intergouvernementale
pour
le Marché Commun et l'Euratom**

**Conferenza Intergovernativa
per
il Mercato Comune e l'Euratom**

**Intergouvernementele Conferentie
voor de
Gemeenschappelijke Markt en Euratom**

Schlußakte

DIE REGIERUNGSKONFERENZ FÜR DEN GEMEINSAMEN MARKT UND EURATOM, die am 29. Mai 1956 von den Außenministern des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande in Venedig eingesetzt wurde, ihre Arbeiten in Brüssel fortgeführt hat und nach deren Abschluß am 25. März 1957 in Rom zusammengetreten ist, HAT FOLGENDE TEXTE FESTGELEGT:

Seite ¹⁾

I.

1. VERTRAG zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	766
mit den dazugehörigen Anhängen	904
2. Protokoll über die Satzung der Europäischen Investitionsbank	964
3. Protokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen	984
4. Protokoll über bestimmte Vorschriften betreffend Frankreich	986
5. Protokoll betreffend Italien	988
6. Protokoll betreffend das Großherzogtum Luxemburg	990
7. Protokoll über die Waren aus bestimmten Ursprungs- und Herkunftsländern, für die bei der Einfuhr in einen Mitgliedstaat eine Sonderregelung gilt	992
8. Protokoll über die Regelung für die Waren, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, hinsichtlich Algeriens und der überseeischen Departements der Französischen Republik	994
9. Protokoll über die Mineralöle und einige Mineralölerzeugnisse	996
10. Protokoll über die Anwendung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die außereuropäischen Teile des Königreichs der Niederlande	998
11. Durchführungsabkommen über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete mit der Gemeinschaft	998
und die dazugehörigen Anlagen	1006
12. Protokoll über das Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen	1008
13. Protokoll über das Zollkontingent für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee	1010

II.

1. VERTRAG zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft	1014
mit den dazugehörigen Anhängen	1130
2. Protokoll über die Anwendung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft auf die außereuropäischen Teile des Königreichs der Niederlande	1154

III.

ABKOMMEN über gemeinsame Organe für die europäischen Gemeinschaften	1156
---	------

Acte final

LA CONFÉRENCE INTERGOUVERNEMENTALE POUR LE MARCHÉ COMMUN ET L'EURATOM, instituée à Venise le 29 mai 1956 par les Ministres des Affaires Étrangères du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas, qui a poursuivi ses travaux à Bruxelles et qui s'est réunie à l'issue de ceux-ci à Rome le 25 mars 1957, A ARRÊTÉ LES TEXTES CI-APRÈS:

I.

1. TRAITÉ instituant la Communauté Économique Européenne, et ses Annexes,
2. Protocole sur les Statuts de la Banque européenne d'investissement,
3. Protocole relatif au commerce intérieur allemand,
4. Protocole relatif à certaines dispositions intéressant la France,
5. Protocole concernant l'Italie,
6. Protocole concernant le Grand-Duché de Luxembourg,
7. Protocole relatif aux marchandises originaires et en provenance de certains pays et bénéficiant d'un régime particulier à l'importation dans un des États membres,
8. Protocole relatif au régime à appliquer aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier à l'égard de l'Algérie et des départements d'outre-mer de la République Française,
9. Protocole concernant les huiles minérales et certains de leurs dérivés,
10. Protocole relatif à l'application du Traité instituant la Communauté Économique Européenne aux parties non européennes du Royaume des Pays-Bas,
11. Convention d'application relative à l'association des pays et territoires d'outre-mer à la Communauté, et ses Annexes,
12. Protocole concernant le contingent tarifaire pour les importations de bananes,
13. Protocole concernant le contingent tarifaire pour les importations de café vert.

II.

1. TRAITÉ instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique, et ses Annexes,
2. Protocole relatif à l'application du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique aux parties non européennes du Royaume des Pays-Bas.

III.

CONVENTION relative à certaines institutions communes aux Communautés européennes.
--

¹⁾ Die Seitenzahlen sind nicht Bestandteil dieser Schlußakte

Atto finale

LA CONFERENZA INTERGOVERNATIVA PER IL MERCATO COMUNE E L'EURATOM, istituita a Venezia il 29 maggio 1956 dai Ministri degli Affari esteri del Regno del Belgio, della Repubblica federale di Germania, della Repubblica Francese, della Repubblica Italiana, del Granducato del Lussemburgo e del Regno dei Paesi Bassi, che ha continuato i suoi lavori a Bruxelles e, al termine di questi, si è riunita a Roma il 25 marzo 1957, HA REDATTO I TESTI SEGUENTI:

I.

1. TRATTATO che istituisce la Comunità Economica Europea, e suoi allegati,
2. Protocollo sullo Statuto della Banca europea per gli investimenti,
3. Protocollo relativo al commercio interno tedesco e ai problemi che vi si connettono,
4. Protocollo relativo a talune disposizioni riguardanti la Francia,
5. Protocollo concernente l'Italia,
6. Protocollo concernente il Granducato del Lussemburgo,
7. Protocollo relativo alle merci originarie e provenienti da taluni paesi che beneficiano d'un regime particolare all'importazione in uno degli Stati membri,
8. Protocollo relativo al regime da applicare ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio nei confronti dell'Algeria e dei dipartimenti d'oltremare della Repubblica Francese,
9. Protocollo concernente gli oli minerali e taluni loro derivati,
10. Protocollo relativo all'applicazione del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea alle parti non europee del Regno dei Paesi Bassi,
11. Convenzione d'applicazione relativa all'associazione dei paesi e territori d'oltremare alla Comunità, e suoi allegati,
12. Protocollo relativo al contingente tariffario per le importazioni di banane,
13. Protocollo relativo al contingente tariffario per le importazioni di caffè verde.

II.

1. TRATTATO che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica, e suoi allegati,
2. Protocollo relativo all'applicazione del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica alle parti non europee del Regno dei Paesi Bassi.

III.

CONVENZIONE relativa a talune istituzioni comuni alle Comunità europee.

Slotakle

DE INTERGOVERNEMENTELE CONFERENTIE VOOR DE GEMEENSCHAPPELIJKE MARKT EN EURATOM, op 29 mei 1956 te Venetië ingesteld door de Ministers van Buitenlandse Zaken van het Koninkrijk België, van de Bondsrepubliek Duitsland, van de Franse Republiek, van de Italiaanse Republiek, van het Groothertogdom Luxemburg en van het Koninkrijk der Nederlanden, die haar werkzaamheden te Brussel heeft voortgezet en die aan het slot daarvan op 25 maart 1957 te Rome is bijeengekomen, HEEFT DE VOLGENDE TEKSTEN VASTGESTELD:

I.

1. VERDRAG tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, met bijlagen.
2. Protocol betreffende de Statuten van de Europese Investeringsbank,
3. Protocol betreffende de binnenlandse handel van Duitsland en de daarmee samenhangende vraagstukken,
4. Protocol betreffende enkele bepalingen van belang voor Frankrijk,
5. Protocol betreffende Italië,
6. Protocol betreffende het Groothertogdom Luxemburg,
7. Protocol betreffende goederen van oorsprong en van herkomst uit bepaalde landen onderworpen aan een bijzondere regeling bij invoer in een van de Lid-Staten,
8. Protocol betreffende de regeling toe te passen op de produkten vallende onder de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal ten aanzien van Algerië en de overzeese departementen van de Franse Republiek.
9. Protocol betreffende de aardolie en sommige derivaten daarvan,
10. Protocol betreffende de toepassing van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap op de niet-Europese delen van het Koninkrijk der Nederlanden,
11. Toepassingsovereenkomst betreffende de associatie van de landen en gebieden overzee met de Gemeenschap, met bijlagen.

II.

1. VERDRAG tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, met bijlagen.
2. Protocol betreffende de toepassing van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie op de niet-Europese delen van het Koninkrijk der Nederlanden.

III.

OVEREENKOMST met betrekking tot bepaalde instellingen welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben.

Seite 1)

Bei Unterzeichnung dieser Texte hat die Konferenz die nachstehend aufgeführten und dieser Akte beigefügten Erklärungen angenommen:

1. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der internationalen Organisationen 760
2. Gemeinsame Erklärung betreffend Berlin 760
3. Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung der unabhängigen Länder der Franken-Zone mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 760
4. Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung des Königreichs Libyen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 762
5. Absichtserklärung über das zur Zeit unter der Verwaltung der Italienischen Republik stehende Treuhändergebiet Somaliland 762
6. Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung Surinams und der Niederländischen Antillen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 762

Die Konferenz nahm ferner die nachstehend aufgeführten und dieser Akte beigefügten Erklärungen zur Kenntnis:

1. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „Deutscher Staatsangehöriger“ 764
2. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung der Verträge für Berlin 764
3. Erklärung der Regierung der Französischen Republik über Patentanmeldungen für Kenntnisse, die aus Verteidigungsgründen unter Geheimschutz stehen 764

Schließlich hat die Konferenz beschlossen, zu einem späteren Zeitpunkt auszuarbeiten:

1. das Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1166
2. das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1182
3. das Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Atomgemeinschaft 1194
4. das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Atomgemeinschaft 1212

Die Protokolle unter 1 und 2 werden dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Protokolle unter 3 und 4 dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft als Anhänge beigefügt.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Au moment de signer ces textes, la Conférence a adopté les déclarations énumérées ci-après et annexées au présent acte:

1. Déclaration commune relative à la coopération avec les États membres des organisations internationales,
2. Déclaration commune concernant Berlin,
3. Déclaration d'intention en vue de l'association à la Communauté Économique Européenne des pays indépendants appartenant à la zone franc,
4. Déclaration d'intention en vue de l'association à la Communauté Économique Européenne du Royaume de Libye,
5. Déclaration d'intention relative à la Somalie actuellement sous tutelle de la République Italienne,
6. Déclaration d'intention en vue de l'association à la Communauté Économique Européenne du Surinam et des Antilles Néerlandaises.

La Conférence a pris acte en outre des déclarations énumérées ci-après et annexées au présent acte:

1. Déclaration du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relative à la définition des ressortissants allemands,
2. Déclaration du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant l'application des Traités à Berlin,
3. Déclaration du Gouvernement de la République Française relative aux demandes de brevets couvrant des connaissances mises au secret pour des raisons de défense.

Enfin, la Conférence a décidé d'élaborer ultérieurement:

1. Le Protocole sur le Statut de la Cour de Justice de la Communauté Économique Européenne,
2. le Protocole sur les privilèges et immunités de la Communauté Économique Européenne,
3. le Protocole sur le Statut de la Cour de Justice de la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique,
4. le Protocole sur les privilèges et immunités de la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

Les Protocoles 1 et 2 formeront annexes au Traité instituant la Communauté Économique Européenne et les Protocoles 3 et 4 formeront annexes au Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Acte final.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

1) Die Seitenzahlen sind nicht Bestandteil dieser Schlußakte

Al momento di firmare questi testi, la Conferenza ha adottato le dichiarazioni sotto elencate ed allegate al presente atto:

1. Dichiarazione comune relativa alla cooperazione con gli Stati membri delle organizzazioni internazionali,
2. Dichiarazione comune concernente Berlino,
3. Dichiarazione d'intenzioni ai fini dell'associazione alla Comunità Economica Europea dei Paesi indipendenti appartenenti alla zona del franco,
4. Dichiarazione d'intenzioni ai fini dell'associazione alla Comunità Economica Europea del Regno di Libia,
5. Dichiarazione d'intenzioni relativa alla Somalia attualmente in amministrazione fiduciaria della Repubblica Italiana,
6. Dichiarazione d'intenzioni ai fini dell'associazione alla Comunità Economica Europea del Surinam e delle Antille olandesi.

La Conferenza ha preso atto altresì delle dichiarazioni sotto elencate ed allegate al presente atto:

1. Dichiarazione del Governo della Repubblica federale di Germania relativa alla definizione dei cittadini tedeschi,
2. Dichiarazione del Governo della Repubblica federale di Germania relativa all'applicazione dei Trattati a Berlino,
3. Dichiarazione del Governo della Repubblica Francese relativa alle domande di brevetto che coprono cognizioni sottoposte a un regime di segretezza per ragioni attinenti alla difesa.

Infine, la Conferenza ha deciso di elaborare ulteriormente:

1. Il Protocollo sullo Statuto della Corte di Giustizia della Comunità Economica Europea,
2. Il Protocollo sui privilegi e immunità della Comunità Economica Europea,
3. Il Protocollo sullo Statuto della Corte di Giustizia della Comunità Europea dell'Energia Atomica,
4. Il Protocollo sui privilegi e immunità della Comunità Europea dell'Energia Atomica.

I Protocolli 1 e 2 saranno allegati al Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e i Protocolli 3 e 4 saranno allegati al Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Atto finale.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Op het ogenblik van ondertekening van deze teksten heeft de Conferentie de hierna genoemde en aan deze Akte gehechte verklaringen aangenomen:

1. Gemeenschappelijke verklaring betreffende de samenwerking met de Staten die lid zijn van internationale organisaties,
2. Gemeenschappelijke verklaring betreffende Berlijn,
3. Verklaring van intentie betreffende de associatie van de onafhankelijke landen behorende tot het gebied van de Franse frank, met de Europese Economische Gemeenschap,
4. Verklaring van intentie betreffende de associatie van het Koninkrijk Lybië met de Europese Economische Gemeenschap,
5. Verklaring van intentie betreffende het thans onder het bestuur van de Italiaanse Republiek staande trustgebied van Somaliland,
6. Verklaring van intentie betreffende de associatie van Suriname en de Nederlandse Antillen met de Europese Economische Gemeenschap.

De Conferentie heeft daarenboven kennis genomen van de hierna genoemde en aan deze Akte gehechte verklaringen:

1. Verklaring van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de omschrijving van het begrip „Duits onderdaan”,
2. Verklaring van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de toepassing der Verdragen op Berlijn,
3. Verklaring van de Regering van de Franse Republiek betreffende octrooi-aanvragen, mede omvattende kennis welke om defensieredenen wordt geheim gehouden.

Tenslotte heeft de Conferentie besloten, op een later tijdstip op de stellen:

1. Het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie van de Europese Economische Gemeenschap,
2. Het Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Economische Gemeenschap,
3. Het Protocol betreffende het statuut van het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie,
4. Het Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

De Protocollen 1 en 2 zullen als bijlagen worden gehecht aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en de Protocollen 3 en 4 zullen als bijlagen worden gehecht aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Slotakte hebben gesteld.

GEDAAN te Rome, de vijfentwintigste maart negentienhonderd zevenenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Erklärungen

1. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der internationalen Organisationen

DIE REGIERUNGEN DES KÖNIGREICHS BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG UND DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE —

IM AUGENBLICK der Unterzeichnung der Verträge, durch die sie untereinander die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft gründen,

IN DEM BEWUSSTSEIN der Verantwortung, die sie für die Zukunft Europas übernehmen, indem sie ihre Märkte vereinigen, ihre Volkswirtschaften einander annähern und auf diesem Gebiet die Grundsätze und Einzelheiten einer gemeinsamen Politik festlegen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Schaffung einer Zollunion und eine enge Zusammenarbeit bei der friedlichen Entwicklung der Kernenergie wirksam zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Wohlstand ihrer eigenen sowie der anderen Länder beitragen sollen,

IN DEM BEMÜHEN, diese Länder an den hierdurch eröffneten Ausweitungsmöglichkeiten teilhaben zu lassen —

ERKLÄREN SICH BEREIT, alsbald nach Inkrafttreten dieser Verträge mit den anderen Ländern, insbesondere im Rahmen der internationalen Organisationen, denen sie angehören, Abkommen zu schließen, um diese im gemeinsamen Interesse liegenden Ziele zu erreichen und die harmonische Entwicklung des gesamten Handelsverkehrs zu gewährleisten.

2. Gemeinsame Erklärung betreffend Berlin

DIE REGIERUNGEN DES KÖNIGREICHS BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG UND DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE —

IM HINBLICK auf die besondere Lage Berlins und die Notwendigkeit seiner Unterstützung durch die freie Welt,

IN DEM WUNSCH, ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung Berlins zu bekräftigen —

WERDEN IN DER GEMEINSCHAFT IHRE GUTEN DIENSTE DAFÜR EINSETZEN, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Lage Berlins zu erleichtern, seine Entwicklung zu fördern und seine wirtschaftliche Stabilität zu sichern.

3. Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung der unabhängigen Länder der Frankenzone

mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

DIE REGIERUNGEN DES KÖNIGREICHS BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG UND DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der zwischen Frankreich und den anderen unabhängigen Ländern der Frankenzone geschlossenen Wirtschafts-, Finanz- und Währungsabkommen und -übereinkünfte,

Déclarations

1. Déclaration commune relative à la coopération avec les États membres des organisations internationales

LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME DE BELGIQUE, DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG ET DU ROYAUME DES PAYS-BAS —

AU MOMENT de signer les Traités instituant entre eux la Communauté Économique Européenne et la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique,

CONSCIENTS des responsabilités qu'ils assument pour l'avenir de l'Europe en unissant leurs marchés, en rapprochant leurs économies et en définissant dans ce domaine les principes et les modalités d'une politique commune,

RECONNAISSANT que l'institution entre eux d'une union douanière et d'une étroite collaboration dans le développement pacifique de l'énergie nucléaire, instruments efficaces de progrès économique et social, doit contribuer non seulement à leur prospérité, mais aussi à celle des autres pays,

SOUÇIEUX d'associer ces pays aux perspectives d'expansion qu'offre cette création —

SE DÉCLARENT disposés à conclure, dès l'entrée en vigueur de ces Traités, avec les autres pays, notamment dans le cadre des organisations internationales auxquelles ils participent, des accords permettant d'atteindre ces objectifs d'intérêt commun et d'assurer le développement harmonieux de l'ensemble des échanges.

2. Déclaration commune concernant Berlin

LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME DE BELGIQUE, DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG ET DU ROYAUME DES PAYS-BAS —

EU ÉGARD à la situation particulière de Berlin et à la nécessité de lui apporter l'appui du monde libre,

SOUÇIEUX de confirmer la solidarité qui les lie à la population de Berlin —

USERONT DE LEURS BONS OFFICES dans la Communauté afin que soient prises toutes les mesures nécessaires pour faciliter la situation économique et sociale de Berlin, favoriser son développement et assurer sa stabilité économique.

3. Déclaration d'intention en vue de l'association à la Communauté Économique Européenne des pays indépendants appartenant à la zone franc

LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME DE BELGIQUE, DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG ET DU ROYAUME DES PAYS-BAS —

PRENANT EN CONSIDÉRATION les accords et conventions de caractère économique, financier et monétaire conclus entre la France et les autres pays indépendants appartenant à la zone franc,

Dichiarazioni**1. Dichiarazione comune relativa alla cooperazione con gli Stati****membri delle Organizzazioni Internazionali**

I GOVERNI DEL REGNO DEL BELGIO, DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, DELLA REPUBBLICA FRANCESE, DELLA REPUBBLICA ITALIANA, DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO E DEL REGNO DEI PAESI BASSI,

ALL'ATTO della firma dei Trattati che istituiscono tra loro la Comunità Economica Europea e la Comunità Europea dell'Energia Atomica,

CONSAPEVOLI delle responsabilità che assumono nei confronti dell'avvenire dell'Europa unificando i loro mercati, ravvicinando le loro economie e definendo in questo campo i principi e le modalità di una politica comune,

RICONOSCENDO che l'istituzione fra loro di una unione doganale e di una stretta collaborazione nello sviluppo pacifico dell'energia nucleare, efficaci strumenti di progresso economico e sociale, deve contribuire, non soltanto alla loro prosperità, ma anche a quella di altri Paesi,

SOLLECITI di associare tali Paesi alle prospettive di espansione che questa realizzazione offre,

SI DICHIARANO DISPOSTI a concludere, fin dall'entrata in vigore di tali Trattati, con gli altri Paesi e in particolare nell'ambito delle organizzazioni internazionali alle quali partecipano, accordi che permettano di raggiungere tali obiettivi di interesse comune e di garantire lo sviluppo armonioso dell'insieme degli scambi.

2. Dichiarazione comune concernente Berlino

I GOVERNI DEL REGNO DEL BELGIO, DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, DELLA REPUBBLICA FRANCESE, DELLA REPUBBLICA ITALIANA, DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO E DEL REGNO DEI PAESI BASSI,

AVUTO RIGUARDO alla situazione particolare di Berlino e alla necessità di apportarle l'appoggio del mondo libero,

SOLLECITI di confermare la solidarietà che li unisce alla popolazione di Berlino,

ADOPRERANNO I LORO BUONI UFFICI nella Comunità perchè vengano adottate tutte le misure necessarie per agevolare la situazione economica e sociale di Berlino, favorirne lo sviluppo e garantirne la stabilità economica.

3. Dichiarazione d'intenzioni ai fini dell'associazione alla Comunità Economica Europea dei Paesi indipendenti appartenenti alla zona del franco

I GOVERNI DEL REGNO DEL BELGIO, DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, DELLA REPUBBLICA FRANCESE, DELLA REPUBBLICA ITALIANA, DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO E DEL REGNO DEI PAESI BASSI,

PRENDENDO IN CONSIDERAZIONE gli accordi e convenzioni di carattere economico, finanziario e monetario conclusi tra la Francia e gli altri Paesi indipendenti appartenenti alla zona del franco,

Verklaringen**1. Gemeenschappelijke verklaring betreffende de samenwerking met de Staten die lid zijn van internationale organisaties**

DE REGERINGEN VAN HET KONINKRIJK BELGIË, VAN DE BONDSREPUBLICHEK DUITSLAND, VAN DE FRANSE REPUBLICHEK, VAN DE ITALIAANSE REPUBLICHEK, VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEMBURG EN VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

OP HET OGENBLIK van ondertekening van de Verdragen waarbij zij tezamen de Europese Economische Gemeenschap en de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie oprichten,

ZICH BEWUST van de verantwoordelijkheid die zij voor de toekomst van Europa op zich nemen door hun markten aaneen te sluiten, hun economieën nader tot elkaar te brengen en te dier zake de beginselen en de wijze van uitvoering van een gemeenschappelijk beleid te bepalen,

ERKENNENDE, dat het tezamen tot stand brengen van een douane-unie en van een nauwe samenwerking bij de vreedzame ontwikkeling van de kernenergie, als doeltreffende instrumenten voor een economische en sociale vooruitgang, niet alleen moet bijdragen tot hun eigen voorspoed, maar ook tot die van de andere landen.

VERLANGENDE, die landen te doen delen in de te verwachten mogelijkheden van economische groei die hierdoor worden geboden,

VERKLAREN ZICH BEREID, zodra deze Verdragen in werking zijn getreden, met de andere landen, met name in het kader van de internationale organisaties waaraan zij deelnemen, akkoorden te sluiten, waardoor die doelstellingen van gemeen belang kunnen worden bereikt en de harmonische ontwikkeling van het handelsverkeer in zijn geheel kan worden verzekerd.

2. Gemeenschappelijke verklaring betreffende Berlijn

DE REGERINGEN VAN HET KONINKRIJK BELGIË, VAN DE BONDSREPUBLICHEK DUITSLAND, VAN DE FRANSE REPUBLICHEK, VAN DE ITALIAANSE REPUBLICHEK, VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEMBURG EN VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

GEZIEN de bijzondere positie van Berlijn en de noodzaak het de steun der vrije wereld te geven,

VERLANGENDE, hun solidariteit met de bevolking van Berlijn te bevestigen,

ZULLEN BINNEN DE GEMEENSCHAP HUN GOEDE DIENSTEN VERLENEN, opdat alle noodzakelijke maatregelen worden genomen om de economische en sociale positie van Berlijn te verbeteren, zijn ontwikkeling te begunstigen en zijn economische stabiliteit te verzekeren.

3. Verklaring van intentie betreffende**de associatie van de onafhankelijke landen behorende tot het gebied van de Franse frank, met de Europese Economische Gemeenschap**

DE REGERINGEN VAN HET KONINKRIJK BELGIË, VAN DE BONDSREPUBLICHEK DUITSLAND, VAN DE FRANSE REPUBLICHEK, VAN DE ITALIAANSE REPUBLICHEK, VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEMBURG EN VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

GELET OP de akkoorden en overeenkomsten van economische, financiële en monetaire aard, gesloten tussen Frankrijk en de andere onafhankelijke landen behorende tot het gebied van de Franse frank,

IN DEM WUNSCH, die herkömmlichen Handelsströme zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und diesen unabhängigen Ländern beizubehalten und auszuweiten und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder beizutragen —

ERKLÄREN SICH BEREIT, alsbald nach Inkrafttreten dieses Vertrags diesen Ländern vorzuschlagen, in Verhandlungen über den Abschluß von Übereinkünften zur wirtschaftlichen Assoziierung mit der Gemeinschaft einzutreten.

4. Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung des Königreichs Libyen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

DIE REGIERUNGEN DES KÖNIGREICHS BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG UND DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Wirtschaftsverbindungen zwischen Italien und dem Königreich Libyen,

IN DEM WUNSCH, die herkömmlichen Handelsströme zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und dem Königreich Libyen beizubehalten und auszuweiten und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Libyens beizutragen —

ERKLÄREN SICH BEREIT, alsbald nach Inkrafttreten dieses Vertrags dem Königreich Libyen vorzuschlagen, in Verhandlungen über den Abschluß von Übereinkünften zur wirtschaftlichen Assoziierung mit der Gemeinschaft einzutreten.

5. Absichtserklärung über das zur Zeit unter der Verwaltung der Italienischen Republik stehende Treuhandgebiet Somaliland

DIE REGIERUNGEN DES KÖNIGREICHS BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG UND DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE —

IN DEM BESTREBEN, bei der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Tragweite der Artikel 131 und 227 dieses Vertrags im Hinblick darauf genau zu bestimmen, daß gemäß Artikel 24 des Abkommens über das Treuhandgebiet Somaliland die italienische Verwaltung in diesem Gebiet am 2. Dezember 1960 zu Ende geht —

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, den Behörden, die nach diesem Zeitpunkt für die auswärtigen Beziehungen Somalilands verantwortlich sind, die Möglichkeit vorzubehalten, die Assoziierung dieses Gebietes mit der Gemeinschaft zu bestätigen, und sind bereit, diesen Behörden gegebenenfalls vorzuschlagen, in Verhandlungen über den Abschluß von Übereinkünften zur wirtschaftlichen Assoziierung mit der Gemeinschaft einzutreten.

6. Absichtserklärung im Hinblick auf die Assoziierung Surinams und der Niederländischen Antillen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

DIE REGIERUNGEN DES KÖNIGREICHS BELGIEN, DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG UND DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der engen Bande, welche die einzelnen Teile des Königreichs der Niederlande vereinen,

SOUICIEUX de maintenir et d'intensifier les courants traditionnels d'échanges entre les États membres de la Communauté Économique Européenne et ces pays indépendants, et de contribuer au développement économique et social de ces derniers —

SE DÉCLARENT PRÊTS, dès l'entrée en vigueur du Traité, à proposer à ces pays des négociations en vue de la conclusion de conventions d'association économique à la Communauté.

4. Déclaration d'intention en vue de l'association à la Communauté Économique Européenne du Royaume de Libye

LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME DE BELGIQUE, DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG ET DU ROYAUME DES PAYS-BAS —

PRENANT EN CONSIDÉRATION les liens économiques existant entre l'Italie et le Royaume de Libye,

SOUICIEUX de maintenir et d'intensifier les courants traditionnels d'échanges entre les États membres de la Communauté et le Royaume de Libye, et de contribuer au développement économique et social de ce dernier —

SE DÉCLARENT PRÊTS, dès l'entrée en vigueur du Traité, à proposer au Royaume de Libye des négociations en vue de la conclusion de conventions d'association économique à la Communauté.

5. Déclaration d'intention relative à La Somalie actuellement sous tutelle de la République Italienne

LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME DE BELGIQUE, DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG ET DU ROYAUME DES PAYS-BAS —

SOUICIEUX, au moment de signer le Traité instituant entre eux la Communauté Économique Européenne, de préciser la portée des dispositions des articles 131 et 227 de ce Traité, étant donné que, aux termes de l'article 24 de l'Accord de tutelle pour le territoire de la Somalie, l'administration italienne de ce territoire prendra fin le 2 décembre 1960 —

SONT CONVENUS de réserver aux autorités qui après cette date auront la responsabilité des relations extérieures de la Somalie, la faculté de confirmer l'association de ce territoire à la Communauté et se déclarent prêts, le cas échéant, à proposer à ces autorités des négociations en vue de la conclusion de conventions d'association économique à la Communauté.

6. Déclaration d'intention en vue de l'association à la Communauté Économique Européenne du Surinam et des Antilles Néerlandaises

LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME DE BELGIQUE, DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG ET DU ROYAUME DES PAYS-BAS —

PRENANT EN CONSIDÉRATION les liens étroits qui unissent les parties du Royaume des Pays-Bas,

SOLLECITI di mantenere e intensificare le correnti tradizionali di scambi fra gli Stati membri della Comunità Economica Europea e tali Paesi indipendenti, e di contribuire allo sviluppo economico e sociale di questi ultimi.

SI DICHIARANO PRONTI, fin dall'entrata in vigore del Trattato, a proporre a tali Paesi negoziati diretti alla conclusione di convenzioni di associazione economica alla Comunità.

**4. Dichiarazione d'Intenzioni
ai fini dell'associazione alla Comunità
Economica Europea del Regno di Libia**

I GOVERNI DEL REGNO DEL BELGIO, DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, DELLA REPUBBLICA FRANCESE, DELLA REPUBBLICA ITALIANA, DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO E DEL REGNO DEI PAESI BASSI,

PRENDENDO IN CONSIDERAZIONE i vincoli economici esistenti fra l'Italia e il Regno di Libia,

SOLLECITI di mantenere e intensificare le tradizionali correnti di scambi fra gli Stati membri della Comunità e il Regno di Libia e di contribuire allo sviluppo economico e sociale di quest'ultimo.

SI DICHIARANO PRONTI, fin dall'entrata in vigore del Trattato, a proporre al Regno di Libia negoziati diretti alla conclusione di convenzioni di associazione economica alla Comunità.

**5. Dichiarazione d'Intenzioni
relativa alla Somalia attualmente
in amministrazione fiduciaria della
Repubblica Italiana**

I GOVERNI DEL REGNO DEL BELGIO, DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, DELLA REPUBBLICA FRANCESE, DELLA REPUBBLICA ITALIANA, DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO E DEL REGNO DEI PAESI BASSI,

SOLLECITI, al momento di firmare il Trattato che istituisce tra loro la Comunità Economica Europea, di precisare la portata delle disposizioni degli articoli 131 e 227 di detto Trattato, considerato che, a mente dell'articolo 24 dell'Accordo di tutela per il territorio della Somalia, l'amministrazione italiana di tale territorio avrà termine il 2 dicembre 1960,

HANNO CONVENUTO di riservare alle Autorità che assumeranno dopo tale data la responsabilità delle relazioni con l'esterno della Somalia, la facoltà di confermare l'associazione di tale territorio alla Comunità, e si dichiarano pronti, ove necessario, a proporre alle suddette Autorità negoziati diretti alla conclusione di convenzioni d'associazione economica alla Comunità.

**6. Dichiarazione d'Intenzioni
ai fini dell'associazione alla Comunità
Economica Europea del Surinam
e delle Antille olandesi**

I GOVERNI DEL REGNO DEL BELGIO, DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, DELLA REPUBBLICA FRANCESE, DELLA REPUBBLICA ITALIANA, DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO E DEL REGNO DEI PAESI BASSI,

PRENDENDO IN CONSIDERAZIONE gli stretti vincoli che uniscono le Parti del Regno dei Paesi Bassi,

VERLANGENDE, de traditionele handelsstromen tussen de Lid-Staten van de Europese Economische Gemeenschap en die onafhankelijke landen te handhaven en te versterken en tot de economische en sociale ontwikkeling van deze landen bij te dragen,

VERKLAREN ZICH BEREID, zodra het Verdrag in werking is getreden, aan die landen voor te stellen, onderhandelingen te openen, welke het sluiten van overeenkomsten tot economische associatie met de Gemeenschap beogen.

**4. Verklaring van intentie
betreffende de associatie van het Koninkrijk Lybië
met de Europese Economische Gemeenschap**

DE REGERINGEN VAN HET KONINKRIJK BELGIË, VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND, VAN DE FRANSE REPUBLIEK, VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK, VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEBURG EN VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

GELET OP de economische banden tussen Italië en het Koninkrijk Lybië,

VERLANGENDE, de traditionele handelsstromen tussen de Lid-Staten van de Gemeenschap en het Koninkrijk Lybië te handhaven en te versterken en tot de economische en sociale ontwikkeling van dit Koninkrijk bij te dragen,

VERKLAREN ZICH BEREID, zodra dit Verdrag in werking is getreden, aan het Koninkrijk Lybië voor te stellen onderhandelingen te openen, welke het sluiten van overeenkomsten tot economische associatie met de Gemeenschap beogen.

**5. Verklaring van intentie
betreffende het thans onder het bestuur
van de Italiaanse Republiek staande
trustgebied van Somaliland**

DE REGERINGEN VAN HET KONINKRIJK BELGIË, VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND, VAN DE FRANSE REPUBLIEK, VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK, VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEBURG EN VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

VERLANGENDE, op het ogenblik van ondertekening van het Verdrag waarbij zij tezamen de Europese Economische Gemeenschap oprichten, de draagwijdte der bepalingen van de artikelen 131 en 227 van dit Verdrag nader te omschrijven, aangezien, overeenkomstig artikel 24 van de Trustschapovereenkomst voor het grondgebied van Somaliland, het Italiaanse bestuur over dit grondgebied op 2 december 1960 eindigt,

ZIJN OVEREENGEKOMEN, aan de autoriteiten die na die datum verantwoordelijk zijn voor de buitenlandse betrekkingen van Somaliland, de mogelijkheid voor te behouden om de associatie van dat gebied met de Gemeenschap te bevestigen, en verklaren zich bereid eventueel aan die autoriteiten voor te stellen, onderhandelingen te openen, ten einde overeenkomsten tot economische associatie met de Gemeenschap te sluiten.

**6. Verklaring van intentie
betreffende de associatie van Suriname
en de Nederlandse Antillen
met de Europese Economische Gemeenschap**

DE REGERINGEN VAN HET KONINKRIJK BELGIË, VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND, VAN DE FRANSE REPUBLIEK, VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK, VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEBURG EN VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

GELET OP de nauwe banden welke de delen van het Koninkrijk der Nederlanden samenbinden,

IN DEM WUNSCH, die herkömmlichen Handelsströme zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und Surinam und den Niederländischen Antillen andererseits beizubehalten und auszuweiten und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder beizutragen —

ERKLÄREN SICH BEREIT, alsbald nach Inkrafttreten dieses Vertrags auf Antrag des Königreichs der Niederlande Verhandlungen über den Abschluß von Übereinkünften zur wirtschaftlichen Assoziierung Surinams und der Niederländischen Antillen mit der Gemeinschaft einzuleiten.

**1. Erklärung
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über die Bestimmung des Begriffs
„Deutscher Staatsangehöriger“**

Bei der Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft gibt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Erklärung ab:

„Als Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland gelten alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.“

**2. Erklärung
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über die Geltung der Verträge für Berlin**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behält sich vor, bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden zu erklären, daß die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft auch für das Land Berlin gelten.

**3. Erklärung
der Regierung der Französischen Republik
über Patentanmeldungen für Kenntnisse,
die aus Verteidigungsgründen unter Geheimschutz
stehen**

Die Regierung der Französischen Republik —

Unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 25 Absatz (2) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft —

Erklärt sich bereit, Verwaltungsmaßnahmen zu treffen und dem französischen Parlament die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen vorzuschlagen, damit alsbald nach Inkrafttreten dieses Vertrags auf Patentanmeldungen, die geheime Kenntnisse schützen sollen, die Erteilung der Patente gemäß dem normalen Verfahren mit einem zeitweiligen Veröffentlichungsverbot erfolgt.

SOUCIEUX de maintenir et d'intensifier les courants traditionnels d'échanges entre les États membres de la Communauté Économique Européenne d'une part, et le Surinam et les Antilles Néerlandaises d'autre part, et de contribuer au développement économique et social de ces pays —

SE DÉCLARENT PRÊTS, dès l'entrée en vigueur du Traité et à la demande du Royaume des Pays-Bas, à ouvrir des négociations en vue de la conclusion de conventions d'association économique du Surinam et des Antilles Néerlandaises à la Communauté.

**1. Déclaration du Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
relative à la définition des ressortissants allemands**

A l'occasion de la signature du Traité instituant la Communauté Économique Européenne et du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait la déclaration suivante:

«En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, il faut entendre par ressortissants, tous les Allemands au sens défini par sa Loi fondamentale.»

**2. Déclaration du Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
concernant l'application des Traités à Berlin**

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de déclarer lors du dépôt de ses instruments de ratification, que le Traité instituant la Communauté Économique Européenne et le Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique s'appliquent également au Land de Berlin.

**3. Déclaration du Gouvernement
de la République Française relative aux demandes
de brevet couvrant des connaissances mises
au secret pour des raisons de défense**

Le Gouvernement de la République Française

Tenant Compte des dispositions des articles 17 et 25 paragraphe (2) du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique —

Se déclare disposé à prendre les mesures administratives et à proposer au Parlement français les mesures législatives nécessaires afin que, dès l'entrée en vigueur du Traité, les demandes de brevet couvrant des connaissances secrètes, soient suivies, conformément à la procédure normale, de la délivrance de brevets assortie d'interdiction de publication temporaire.

SOLLECITI di mantenere e intensificare le tradizionali correnti di scambi fra gli Stati membri della Comunità Economica Europea da una parte e il Surinam e le Antille olandesi dall'altra, e di contribuire allo sviluppo economico e sociale di questi Paesi,

SI DICHIARANO PRONTI, fin dall'entrata in vigore del Trattato e a richiesta del Regno dei Paesi Bassi, ad aprire negoziati diretti alla conclusione di convenzioni di associazione economica del Surinam e delle Antille olandesi alla Comunità.

**1. Dichiarazione del Governo
della Repubblica federale di Germania
relativa alla
definizione dei cittadini tedeschi**

All'atto della firma del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica, il Governo della Repubblica federale di Germania fa la seguente dichiarazione:

«Per quanto riguarda la Repubblica federale di Germania, devono intendersi per cittadini, tutti i Tedeschi nel senso definito dalla sua Legge fondamentale.»

**2. Dichiarazione del Governo
della Repubblica federale di Germania
relativa alla
applicazione dei Trattati a Berlino**

Il Governo della Repubblica federale di Germania si riserva il diritto di dichiarare, all'atto del deposito dei propri strumenti di ratifica, che il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e il Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica si applicano ugualmente al Land di Berlino.

**3. Dichiarazione del Governo
della Repubblica Francese relativa alle
domande di brevetto che coprono cognizioni
sottoposte a un regime di segretezza per ragioni
attinenti alla difesa**

Il Governo della Repubblica Francese,

Considerando le disposizioni di cui agli articoli 17 e 25, paragrafo 2 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica,

Si dichiara disposto ad adottare le misure amministrative e a proporre al Parlamento francese le misure legislative necessarie affinché, fin dall'entrata in vigore del Trattato, le domande di brevetto che proteggono cognizioni segrete siano seguite, conformemente alla procedura normale, dal rilascio di brevetti con la clausola del divieto di temporanea pubblicazione.

VERLANGENDE, de traditionele handelsstromen tussen de Lid-Staten van de Europese Economische Gemeenschap enerzijds en Suriname en de Nederlandse Antillen anderzijds te handhaven en te versterken en tot de economische en sociale ontwikkeling van die landen bij te dragen,

VERKLAREN ZICH BEREID, zodra het Verdrag in werking is getreden, op verzoek van het Koninkrijk der Nederlanden onderhandelingen te openen, ten einde overeenkomsten tot economische associatie van Suriname en de Nederlandse Antillen met de Gemeenschap te sluiten.

**1. Verklaring van de Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland
betreffende de omschrijving van het begrip
„Duits onderdaan“**

Ter gelegenheid van de ondertekening van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie, legt de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland de volgende verklaring af:

„Als onderdanen van de Bondsrepubliek Duitsland worden beschouwd alle Duitsers in de zin van de Grondwet van de Bondsrepubliek Duitsland.“

**2. Verklaring van de Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland
betreffende de toepassing der Verdragen op Berlijn**

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland behoudt zich het recht voor, bij het nederleggen van de akten van bekrachtiging te verklaren, dat het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie eveneens van toepassing zijn op het „Land Berlijn“.

**3. Verklaring van de Regering
van de Franse Republiek
betreffende
octrooi-aanvragen mede omvattende kennis
welke om defensieredenen wordt geheim gehouden**

Die Regering van de Franse Republiek,

Rekening houdende met de bepalingen van de artikelen 17 en 25, lid 2, van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie,

Verklaart zich bereid, de bestuursrechtelijke maatregelen te nemen en aan het Franse Parlement de wettelijke maatregelen voor te stellen die noodzakelijk zijn om te verzekeren dat, zodra het Verdrag in werking is getreden, octrooi-aanvragen mede omvattende geheime kennis worden gevolgd, overeenkomstig de normale procedure, door octrooi-verklaringen afgegeven onder een tijdelijk verbod tot bekendmaking.

I. 1

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

	Seite ¹⁾
Präambel	770
Erster Teil: Grundsätze	772
Zweiter Teil: Grundlagen der Gemeinschaft	776
Titel I: Der freie Warenverkehr	776
Kapitel 1: Die Zollunion	778
Abschnitt 1: Die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten ..	778
Abschnitt 2: Die Aufstellung des Gemeinsamen Zolltarifs	782
Kapitel 2: Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten	790
Titel II: Die Landwirtschaft	796
Titel III: Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr	806
Kapitel 1: Die Arbeitskräfte	806
Kapitel 2: Das Niederlassungsrecht	808
Kapitel 3: Dienstleistungen	814
Kapitel 4: Der Kapitalverkehr	816
Titel IV: Der Verkehr	820
Dritter Teil: Die Politik der Gemeinschaft	824
Titel I: Gemeinsame Regeln	824
Kapitel 1: Wettbewerbsregeln	824
Abschnitt 1: Vorschriften für Unternehmen ..	824
Abschnitt 2: Dumping	830
Abschnitt 3: Staatliche Beihilfen	830
Kapitel 2: Steuerliche Vorschriften	834
Kapitel 3: Angleichung der Rechtsvorschriften	836
Titel II: Die Wirtschaftspolitik	838
Kapitel 1: Die Konjunkturpolitik	838
Kapitel 2: Die Zahlungsbilanz	838
Kapitel 3: Die Handelspolitik	842

I. 1

Traité instituant la Communauté Économique Européenne

Sommaire

Préambule
Première Partie: Les principes
Deuxième Partie: Les fondements de la Communauté
Titre I: La libre circulation des marchandises
Chapitre 1: L'Union douanière
Section première: L'élimination des droits de douane entre les États membres
Section deuxième: L'établissement du tarif douanier commun
Chapitre 2: L'élimination des restrictions quantitatives entre les États membres
Titre II: L'agriculture
Titre III: La libre circulation des personnes, des services et des capitaux
Chapitre 1: Les travailleurs
Chapitre 2: Le droit d'établissement
Chapitre 3: Les services
Chapitre 4: Les capitaux
Titre IV: Les transports
Troisième Partie: La politique de la Communauté
Titre I: Les règles communes
Chapitre 1: Les règles de concurrence
Section première: Les règles applicables aux entreprises
Section deuxième: Les pratiques de dumping
Section troisième: Les aides accordées par les États
Chapitre 2: Dispositions fiscales
Chapitre 3: Le rapprochement des législations
Titre II: La politique économique
Chapitre 1: La politique de conjoncture
Chapitre 2: La balance des paiements
Chapitre 3: La politique commerciale

¹⁾ Die Seitenzahlen sind nicht Bestandteil dieses Vertrags

I. 1

**Trattato che istituisce la Comunità
Economica Europea**

Sommario

Preambolo

Parte prima: Principi

Parte seconda: Fondamenti della Comunità

Titolo I: Libera circolazione delle merci

Capo 1: Unione doganale

Sezione prima: Abolizione dei dazi doganali fra
gli Stati membri

Sezione seconda: Fissazione della tariffa doganale
comune

Capo 2: Abolizione delle restrizioni quantitative tra
gli Stati membri

Titolo II: Agricoltura

Titolo III: Libera circolazione delle persone, dei servizi
e dei capitali

Capo 1: I lavoratori

Capo 2: Il diritto di stabilimento

Capo 3: I servizi

Capo 4: I capitali

Titolo IV: I trasporti

Parte terza: Politica della Comunità

Titolo I: Norme comuni

Capo 1: Regole di concorrenza

Sezione prima: Regole applicabili alle imprese

Sezione seconda: Pratiche di dumping

Sezione terza: Aiuti concessi dagli Stati

Capo 2: Disposizioni fiscali

Capo 3: Ravvicinamento delle legislazioni

Titolo II: Politica economica

Capo 1: Politica di congiuntura

Capo 2: Bilancia dei pagamenti

Capo 3: Politica commerciale

I. 1

**Verdrag tot oprichting van de Europese
Economische Gemeenschap**

Inhoudsopgave

Preambule

Eerste Deel: De Beginselen

Tweede Deel: De grondslagen van de Gemeenschap

Titel I: Het vrije verkeer van goederen

Hoofdstuk 1: De douane-unie

Eerste afdeling: Afschaffing van de douanerechten
tussen de Lid-Staten

Tweede afdeling: Vaststelling van het gemeenschappelijk
douanetarief

Hoofdstuk 2: Afschaffing van de kwantitatieve beperkingen
tussen de Lid-Staten

Titel II: De landbouw

Titel III: Het vrije verkeer van personen, diensten en
kapitaal

Hoofdstuk 1: De werknemers

Hoofdstuk 2: Het recht van vestiging

Hoofdstuk 3: De diensten

Hoofdstuk 4: Het kapitaal

Titel IV: Het vervoer

Derde Deel: Het beleid van de Gemeenschap

Titel I: Gemeenschappelijke regels

Hoofdstuk 1: Regels betreffende de mededinging

Eerste afdeling: Regels voor de ondernemingen

Tweede afdeling: Dumping

Derde afdeling: Steunmaatregelen van de Staten

Hoofdstuk 2: Bepalingen betreffende de belastingen

Hoofdstuk 3: De aanpassing van de wetgevingen

Titel II: Het economisch beleid

Hoofdstuk 1: De conjunctuurpolitiek

Hoofdstuk 2: De betalingsbalans

Hoofdstuk 3: De handelspolitiek

	Seite ¹⁾	
Titel III: Die Sozialpolitik	848	Titre III: La politique sociale
Kapitel 1: Sozialvorschriften	848	Chapitre 1: Dispositions sociales
Kapitel 2: Der Europäische Sozialfonds	850	Chapitre 2: Le Fonds social européen
Titel IV: Die Europäische Investitionsbank	854	Titre IV: La Banque européenne d'investissement
Vierter Teil: Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	854	Quatrième Partie: L'Association des pays et territoires d'outre-mer
Fünfter Teil: Die Organe der Gemeinschaft	858	Cinquième Partie: Les institutions de la Communauté
Titel I: Vorschriften über die Organe	858	Titre I: Dispositions institutionnelles
Kapitel 1: Die Organe	858	Chapitre 1: Les institutions
Abschnitt 1: Die Versammlung	858	Section première: L'Assemblée
Abschnitt 2: Der Rat	862	Section deuxième: Le Conseil
Abschnitt 3: Die Kommission	864	Section troisième: La Commission
Abschnitt 4: Der Gerichtshof	868	Section quatrième: La Cour de Justice
Kapitel 2: Gemeinsame Vorschriften für mehrere Organe	876	Chapitre 2: Dispositions communes à plusieurs insti- tutions
Kapitel 3: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß	878	Chapitre 3: Le Comité économique et social
Titel II: Finanzvorschriften	882	Titre II: Dispositions financières
Sechster Teil: Allgemeine und Schlußbestimmungen	888	Sixième Partie: Dispositions générales et finales
Einsetzung der Organe	900	Mise en place des institutions
Schlußbestimmungen	902	Dispositions finales
Anhänge	904	Annexes
Anhang I: Listen A bis G zu den Artikeln 19 und 20 dieses Vertrags	904	Annexe I: Liste A à G prévues aux articles 19 et 20 du Traité
Anhang II: Liste zu Artikel 38 dieses Vertrags	954	Annexe II: Liste prévue à l'article 38 du Traité
Anhang III: Liste der unsichtbaren Transaktio- nen zu Artikel 106 dieses Vertrags	958	Annexe III: Liste des transactions invisibles prévue à l'article 106 du Traité
Anhang IV: Überseeische Länder und Hoheits- gebiete, auf welche der Vierte Teil dieses Vertrags Anwendung findet	962	Annexe VI: Pays et territoires d'outre-mer auxquels s'ap- pliquent les dispositions de la quatrième partie du Traité

¹⁾ Die Seitenzahlen sind nicht Bestandteil dieses Vertrags.

Titolo III: Politica sociale	Titel III: Sociale politiek
Capo 1: Disposizioni sociali	Hoofdstuk 1: Sociale bepalingen
Capo 2: Il Fondo sociale europeo	Hoofdstuk 2: Het Europees Sociaal Fonds
Titolo IV: La Banca europea per gli investimenti	Titel IV: De Europese Investeringsbank
Parte quarta: Associazione dei Paesi e Territori d'Oltremare	Vierde Deel: De associatie van de landen en gebieden overzee
Parte quinta: Le istituzioni della Comunità	Vijfde Deel: De instellingen van de Gemeenschap
Titolo 1: Disposizioni istituzionali	Titel I: Bepalingen inzake de instellingen
Capo 1: Le istituzioni	Hoofdstuk 1: De instellingen
Sezione prima: L'Assemblea	Eerste afdeling: De Vergadering
Sezione seconda: Il Consiglio	Tweede afdeling: De Raad
Sezione terza: La Commissione	Derde afdeling: De Commissie
Sezione quarta: La Corte di Giustizia	Vierde afdeling: Het Hof van Justitie
Capo 2: Disposizioni comuni a più istituzioni	Hoofdstuk 2: Bepalingen welke verscheidene instellingen gemeen hebben
Capo 3: Il Comitato economico e sociale	Hoofdstuk 3: Het Economisch en Sociaal Comité
Titolo II: Disposizioni finanziarie	Titel II: Financiële bepalingen
Parte sesta: Disposizioni generali e finali	Zesde Deel: Algemene en slotbepalingen
Insediamento delle istituzioni	Oprichting van de instellingen
Disposizioni finali	Slotbepalingen
Allegati	Bijlagen
Allegato I: Elenchi da A a G previsti dagli articoli 19 e 20 del Trattato	Bijlage I: Lijsten A tot en met G bedoeld in de artikelen 19 en 20 van het Verdrag
Allegato II: Elenco previsto dall'articolo 38 del Trattato	Bijlage II: Lijst genoemd in artikel 38 van het Verdrag
Allegato III: Elenco delle transazioni invisibili contemplato dall'articolo 106 del Trattato	Bijlage III: Lijst van de onzichtbare transacties genoemd in artikel 106 van het Verdrag
Allegato IV: Paesi e territori d'oltremare cui si applicano le disposizioni della parte quarta del Trattato	Bijlage IV: Landen en gebieden overzee waarop toepasselijk zijn de bepalingen van het vierde deel van het Verdrag

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER, DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE —

IN DEM FESTEN WILLEN, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen,

ENTSCHLOSSEN, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

IN DEM VORSATZ, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben,

IN DER ERKENNTNIS, daß zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten,

IN DEM BESTREBEN, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern,

IN DEM WUNSCH, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen,

IN DER ABSICHT, die Verbundenheit Europas mit den überseeischen Ländern zu bekräftigen, und in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern,

ENTSCHLOSSEN, durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen —

HABEN BESCHLOSSEN, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Herrn Paul-Henri Spaak, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler,

Herrn Professor Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Christian Pineau, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Maurice Faure, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn Antonio Segni, Ministerpräsident,

Herrn Professor Gaetano Martino, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEMBOURG, SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

DÉTERMINÉS à établir les fondements d'une union sans cesse plus étroite entre les peuples européens,

DÉCIDÉS à assurer par une action commune le progrès économique et social de leurs pays en éliminant les barrières qui divisent l'Europe,

ASSIGNANT pour but essentiel à leurs efforts l'amélioration constante des conditions de vie et d'emploi de leurs peuples,

RECONNAISSANT que l'élimination des obstacles existants appelle une action concertée en vue de garantir la stabilité dans l'expansion, l'équilibre dans les échanges et la loyauté dans la concurrence,

SOUCIEUX de renforcer l'unité de leurs économies et d'en assurer le développement harmonieux en réduisant l'écart entre les différentes régions et le retard des moins favorisées,

DÉSIREUX de contribuer, grâce à une politique commerciale commune, à la suppression progressive des restrictions aux échanges internationaux,

ENTENDANT confirmer la solidarité qui lie l'Europe et les pays d'outre-mer, et désirant assurer le développement de leur prospérité, conformément aux principes de la Charte des Nations Unies,

RÉSOLUS à affermir, par la constitution de cet ensemble de ressources, les sauvegardes de la paix et de la liberté, et appelant les autres peuples de l'Europe qui partagent leur idéal à s'associer à leur effort,

ONT DÉCIDÉ de créer une Communauté Économique Européenne et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

M. Paul-Henri Spaak, Ministre des Affaires Étrangères;

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire Général du Ministère des Affaires Économiques, Président de la délégation belge auprès de la Conférence Intergouvernementale;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Docteur Konrad Adenauer, Chancelier fédéral;

M. le Professeur Docteur Walter Hallstein, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères;

Le Président de la République Française:

M. Christian Pineau, Ministre des Affaires Étrangères;

M. Maurice Faure, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères;

Le Président de la République Italienne:

M. Antonio Segni, Président du Conseil des Ministres;

M. le Professeur Gaetano Martino, Ministre des Affaires Étrangères;

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA, SUA ALTEZZA REALE LA GRANDUCHESSA DEL LUSSEMBURGO, SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI —

DETERMINATI a porre le fondamenta di una unione sempre più stretta fra i popoli europei,

DECISI ad assicurare mediante un'azione comune il progresso economico e sociale dei loro paesi, eliminando le barriere che dividono l'Europa,

ASSEGNANDO ai loro sforzi per scopo essenziale il miglioramento costante delle condizioni di vita e di occupazione dei loro popoli,

RICONOSCENDO che l'eliminazione degli ostacoli esistenti impone una azione concertata intesa a garantire la stabilità nella espansione, l'equilibrio negli scambi e la lealtà nella concorrenza,

SOLLECITI di rafforzare l'unità delle loro economie e di assicurarne lo sviluppo armonioso riducendo le disparità fra le differenti regioni e il ritardo di quelle meno favorite,

DESIDEROSI di contribuire, grazie a una politica commerciale comune, alla soppressione progressiva delle restrizioni agli scambi internazionali,

NELL'INTENTO di confermare la solidarietà che lega l'Europa ai paesi d'oltremare e desiderando assicurare lo sviluppo della loro prosperità conformemente ai principi dello Statuto delle Nazioni Unite,

RISOLUTI a rafforzare, mediante la costituzione di questo complesso di risorse, le difese della pace e della libertà e facendo appello agli altri popoli d'Europa, animati dallo stesso ideale, perchè si associno al loro sforzo —

HANNO DECISO di creare una Comunità Economica Europea e a questo effetto hanno designato come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

S. E. Paul-Henri Spaak, Ministro degli Affari esteri,

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario generale del Ministero degli Affari economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa;

Il Presidente della Repubblica federale di Germania:
S. E. Konrad Adenauer, Cancelliere federale,
S. E. Walter Hallstein, Segretario di Stato agli Affari esteri;

Il Presidente della Repubblica Francese:
S. E. Christian Pineau, Ministro degli Affari esteri,

S. E. Maurice Faure, Segretario di Stato agli Affari esteri;

Il Presidente della Repubblica Italiana:
S. E. Antonio Segni, Presidente del Consiglio dei Ministri,
S. E. Gaetano Martino, Ministro degli Affari esteri;

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN, DE PRESIDENT VAN DE BONDSREPUBLICK DUITSLAND, DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK, DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK, HARE KONINKLIJKE HOOGHEID DE GROOTHERTOGIN VAN LUXEMBURG, HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

VASTERBADEN, de grondslagen te leggen voor een steeds hechter verbond tussen de Europese volkeren,

BESLOTEN HEBBENDE, door gemeenschappelijk optreden de economische en sociale vooruitgang van hun landen te verzekeren en daartoe de barrières die Europa verdelen te verwijderen,

VASTSTELLEND, als wezenlijk doel van hun streven, een voortdurende verbetering van de omstandigheden waaronder hun volkeren leven en werken, te verzekeren,

ERKENNENDE, dat de verwijdering van de bestaande hinderpalen eensgezind optreden vereist ten einde de gestadige expansie, het evenwicht in het handelsverkeer en de eerlijkheid in de mededinging te waarborgen.

VERLANGENDE, de eenheid hunner volkshuishoudingen te versterken en de harmonische ontwikkeling daarvan te bevorderen door het verschil in niveau tussen de onderscheidene gebieden en de achterstand van de minder begunstigde gebieden te verminderen,

GELEID DOOR DE WENS, door middel van een gemeenschappelijke handelspolitiek bij te dragen tot de geleidelijke opheffing der beperkingen in het internationale handelsverkeer,

WENSENDE, de verbondenheid van Europa met de landen overzee te bevestigen en verlangende, de ontwikkeling van hun welvaart te verzekeren, overeenkomstig de beginselen van het Handvest der Verenigde Naties,

VASTBESLOTEN, door deze bundeling van krachten de waarborgen voor vrede en vrijheid te versterken, en de overige Europese volkeren die hun idealen delen, oproepende zich bij hun streven aan te sluiten,

HEBBEN BESLOTEN een Europese Economische Gemeenschap op te richten, en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

de Heer Paul-Henri Spaak, Minister van Buitenlandse Zaken;

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van de Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:
Dr. Konrad Adenauer, Bondskanselier;
Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

De President van de Franse Republiek:
de Heer Christian Pineau, Minister van Buitenlandse Zaken;
de Heer Maurice Faure, Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

De President van de Italiaanse Republiek:
de Heer Antonio Segni, Voorzitter van de Raad van Ministers;
Prof. Gaetano Martino, Minister van Buitenlandse Zaken;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von
Luxemburg:

Herrn Joseph Bech, Staatsminister, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Lambert Schaus, Botschafter, Leiter der luxemburgischen Delegation bei der Regierungskonferenz:

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn Joseph Luns, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der niederländischen Delegation bei der Regierungskonferenz:

DIESE SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt

UBEREINGEKOMMEN:

ERSTER TEIL

Grundsätze

Artikel 1

Durch diesen Vertrag gründen die Hohen Vertragsparteien untereinander eine EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT.

Artikel 2

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.

Artikel 3

Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfaßt nach Maßgabe dieses Vertrags und der darin vorgesehenen Zeitfolge

- a) die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten;
- b) die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern;
- c) die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten;
- d) die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft;
- e) die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;
- f) die Errichtung eines Systems, das den Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen schützt;
- g) die Anwendung von Verfahren, welche die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und die Behebung von Störungen im Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen;
- h) die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das ordnungsmäßige Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Joseph Bech, Président du Gouvernement, Ministre des Affaires Étrangères;

M. Lambert Schaus, Ambassadeur, Président de la délégation luxembourgeoise auprès de la Conférence Intergouvernementale;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. Joseph Luns, Ministre des Affaires Étrangères;

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation néerlandaise auprès de la Conférence Intergouvernementale.

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

PREMIÈRE PARTIE

Les principes

Article 1

Par le présent Traité, les Hautes Parties Contractantes instituent entre Elles une COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE.

Article 2

La Communauté a pour mission, par l'établissement d'un marché commun et par le rapprochement progressif des politiques économiques des États membres, de promouvoir un développement harmonieux des activités économiques dans l'ensemble de la Communauté, une expansion continue et équilibrée, une stabilité accrue, un relèvement accéléré du niveau de vie, et des relations plus étroites entre les États qu'elle réunit.

Article 3

Aux fins énoncées à l'article précédent, l'action de la Communauté comporte, dans les conditions et selon les rythmes prévus par le présent Traité:

- a) l'élimination, entre les États membres, des droits de douane et des restrictions quantitatives à l'entrée et à la sortie des marchandises, ainsi que de toutes autres mesures d'effet équivalent,
- b) l'établissement d'un tarif douanier commun et d'une politique commerciale commune envers les États tiers,
- c) l'abolition, entre les États membres, des obstacles à la libre circulation des personnes, des services et des capitaux,
- d) l'instauration d'une politique commune dans le domaine de l'agriculture,
- e) l'instauration d'une politique commune dans le domaine des transports,
- f) l'établissement d'un régime assurant que la concurrence n'est pas faussée dans le marché commun,
- g) l'application de procédures permettant de coordonner les politiques économiques des États membres et de parer aux déséquilibres dans leurs balances des paiements,
- h) le rapprochement des législations nationales dans la mesure nécessaire au fonctionnement du marché commun,

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo:

S. E. Joseph Bech, Presidente del Governo, Ministro degli Affari esteri,

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa;

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:

S. E. Joseph Luns, Ministro degli Affari esteri,

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa;

I QUALI, dopo avere scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO le disposizioni che seguono:

PARTE PRIMA

Principi

Articolo 1

Con il presente Trattato, le Alte Parti Contraenti istituiscono tra loro una COMUNITA ECONOMICA EUROPEA.

Articolo 2

La Comunità ha il compito di promuovere, mediante l'instaurazione di un mercato comune e il graduale ravvicinamento delle politiche economiche degli Stati membri, uno sviluppo armonioso delle attività economiche nell'insieme della Comunità, un'espansione continua ed equilibrata, una stabilità accresciuta, un miglioramento sempre più rapido del tenore di vita e più strette relazioni fra gli Stati che ad essa partecipano.

Articolo 3

Ai fini enunciati all'articolo precedente, l'azione della Comunità importa, alle condizioni e secondo il ritmo previsto dal presente Trattato:

- a) l'abolizione fra gli Stati membri dei dazi doganili e delle restrizioni quantitative all'entrata e all'uscita delle merci, come pure di tutte le altre misure di effetto equivalente,
- b) l'istituzione di una tariffa doganale comune e di una politica commerciale comune nei confronti degli Stati terzi,
- c) l'eliminazione fra gli Stati membri degli ostacoli alla libera circolazione delle persone, dei servizi e dei capitali,
- d) l'instaurazione di una politica comune nel settore dell'agricoltura,
- e) l'instaurazione di una politica comune nel settore dei trasporti,
- f) la creazione di un regime inteso a garantire che la concorrenza non sia falsata nel mercato comune,
- g) l'applicazione di procedure che permettano di coordinare le politiche economiche degli Stati membri e di ovviare agli squilibri nelle loro bilance dei pagamenti,
- h) il ravvicinamento delle legislazioni nazionali nella misura necessaria al funzionamento del mercato comune,

Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg:

de Heer Joseph Bech, Minister-President, Minister van Buitenlandse Zaken;

de Heer Lambert Schaus, Ambassadeur, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

de Heer Joseph Luns, Minister van Buitenlandse Zaken;

de Heer J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

EERSTE DEEL

De beginselen

Artikel 1

Bij dit Verdrag richten de Hoge Verdragsluitende Partijen tezamen een EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP op.

Artikel 2

De Gemeenschap heeft tot taak, door het instellen van een gemeenschappelijke markt en door het geleidelijk nader tot elkaar brengen van het economisch beleid van de Lid-Staten te bevorderen de harmonische ontwikkeling van de economische activiteit binnen de gehele Gemeenschap, een gestadige en evenwichtige expansie, een grotere stabiliteit, een toenemende verbetering van de levensstandaard en nauwere betrekkingen tussen de in de Gemeenschap verenigde Staten.

Artikel 3

Ten einde de in het voorgaand artikel genoemde doelstellingen te bereiken, omvat de activiteit van de Gemeenschap onder de voorwaarden en volgens het ritme in dit Verdrag voorzien:

- a) de afschaffing tussen de Lid-Staten van de douanerechten en de kwantitatieve beperkingen bij in- en uitvoer van goederen, alsmede van alle overige maatregelen van gelijke werking,
- b) de invoering van een gemeenschappelijk douanetarief en van een gemeenschappelijke handelspolitiek ten opzichte van derde Staten,
- c) de verwijdering tussen de Lid-Staten van hinderpalen voor het vrije verkeer van personen, diensten en kapitaal,
- d) het tot stand brengen van een gemeenschappelijk beleid op het gebied van de landbouw,
- e) het tot stand brengen van een gemeenschappelijk beleid op het gebied van het vervoer,
- f) de invoering van een regime waardoor wordt gewaarborgd dat de mededinging binnen de gemeenschappelijke markt niet wordt vervalst,
- g) het toepassen van procedures welke het mogelijk maken, het economisch beleid van de Lid-Staten te coördineren en de verstoring van het evenwicht in hun betalingsbalans tegen te gaan,
- h) het nader tot elkaar brengen van de nationale wetgevingen in de mate waarin dat voor de werking van de gemeenschappelijke markt noodzakelijk is,

- i) die Schaffung eines Europäischen Sozialfonds, um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer zu verbessern und zur Hebung ihrer Lebenshaltung beizutragen;
- j) die Errichtung einer Europäischen Investitionsbank, um durch Erschließung neuer Hilfsquellen die wirtschaftliche Ausweitung in der Gemeinschaft zu erleichtern;
- k) die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern.

Artikel 4

(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- eine Versammlung,
- einen Rat,
- eine Kommission,
- einen Gerichtshof.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.

(2) Der Rat und die Kommission werden von einem Wirtschafts- und Sozialausschuß mit beratender Aufgabe unterstützt.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.

Artikel 6

(1) Die Mitgliedstaaten koordinieren in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Gemeinschaft ihre Wirtschaftspolitik, soweit dies zur Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderlich ist.

(2) Die Organe der Gemeinschaft achten darauf, die innere und äußere finanzielle Stabilität der Mitgliedstaaten nicht zu gefährden.

Artikel 7

Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung Regelungen für das Verbot solcher Diskriminierungen treffen.

Artikel 8

(1) Der Gemeinsame Markt wird während einer Übergangszeit von zwölf Jahren schrittweise verwirklicht.

Die Übergangszeit besteht aus drei Stufen von je vier Jahren; die Dauer jeder Stufe kann nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geändert werden.

(2) Jeder Stufe entspricht eine Gesamtheit von Maßnahmen, die zusammen eingeleitet und durchgeführt werden müssen.

(3) Der Übergang von der ersten zur zweiten Stufe hängt von der Feststellung ab, daß die in diesem Vertrag für die erste Stufe ausdrücklich festgelegten Ziele

i) la création d'un Fonds social européen, en vue d'améliorer les possibilités d'emploi des travailleurs et de contribuer au relèvement de leur niveau de vie.

j) l'institution d'une Banque européenne d'investissement, destinée à faciliter l'expansion économique de la Communauté par la création de ressources nouvelles,

k) l'association des pays et territoires d'outre-mer, en vue d'accroître les échanges et de poursuivre en commun l'effort de développement économique et social.

Article 4

(1) La réalisation des tâches confiées à la Communauté est assurée par

- une Assemblée;
- un Conseil;
- une Commission;
- une Cour de Justice.

Chaque institution agit dans les limites des attributions qui lui sont conférées par le présent Traité.

(2) Le Conseil et la Commission sont assistés d'un Comité économique et social exerçant des fonctions consultatives.

Article 5

Les États membres prennent toutes mesures générales ou particulières propres à assurer l'exécution des obligations découlant du présent Traité ou résultant des actes des institutions de la Communauté. Ils facilitent à celle-ci l'accomplissement de sa mission.

Ils s'abstiennent de toutes mesures susceptibles de mettre en péril la réalisation des buts du présent Traité.

Article 6

(1) Les États membres, en étroite collaboration avec les institutions de la Communauté, coordonnent leurs politiques économiques respectives dans la mesure nécessaire pour atteindre les objectifs du présent Traité.

(2) Les institutions de la Communauté veillent à ne pas compromettre la stabilité financière interne et externe des États membres.

Article 7

Dans le domaine d'application du présent Traité, et sans préjudice des dispositions particulières qu'il prévoit, est interdite toute discrimination exercée en raison de la nationalité.

Le Conseil, sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, peut prendre, à la majorité qualifiée, toute réglementation en vue de l'interdiction de ces discriminations.

Article 8

(1) Le marché commun est progressivement établi au cours d'une période de transition de douze années.

La période de transition est divisée en trois étapes, de quatre années chacune, dont la durée peut être modifiée dans les conditions prévues ci-dessous.

(2) A chaque étape est assigné un ensemble d'actions qui doivent être engagées et poursuivies concurremment.

(3) Le passage de la première à la deuxième étape est conditionné par la constatation que l'essentiel des objectifs spécifiquement fixés par le présent Traité pour

- i) la creazione di un Fondo sociale europeo, allo scopo di migliorare le possibilità di occupazione dei lavoratori e di contribuire al miglioramento del loro tenore di vita,
- j) l'istituzione di una Banca europea per gli investimenti, destinata a facilitare l'espansione economica della Comunità mediante la creazione di nuove risorse,
- k) l'associazione dei paesi e territori d'oltremare, intesa ad incrementare gli scambi e proseguire in comune nello sforzo di sviluppo economico e sociale.

Articolo 4

(1) L'esecuzione dei compiti affidati alla Comunità è assicurata da

- un'Assemblea;
- un Consiglio;
- una Commissione;
- una Corte di Giustizia.

Ciascuna istituzione agisce nei limiti delle attribuzioni che le sono conferite dal presente Trattato.

(2) Il Consiglio e la Commissione sono assistiti da un Comitato economico e sociale che svolge funzioni consultive.

Articolo 5

Gli Stati membri adottano tutte le misure di carattere generale o particolare atte ad assicurare l'esecuzione degli obblighi derivante dal presente Trattato ovvero determinati dagli atti delle istituzioni della Comunità. Essi facilitano quest'ultima nell'adempimento dei propri compiti.

Essi si astengono da qualsiasi misura che rischi di compromettere la realizzazione degli scopi del presente Trattato.

Articolo 6

(1) Gli Stati membri, in stretta collaborazione con le istituzioni della Comunità, coordinano le rispettive politiche economiche nella misura necessaria al raggiungimento degli obiettivi del presente Trattato.

(2) Le istituzioni della Comunità vigilano a che non sia compromessa la stabilità finanziaria interna ed esterna degli Stati membri.

Articolo 7

Nel campo di applicazione del presente Trattato, e senza pregiudizio delle disposizioni particolari dallo stesso previste, è vietata ogni discriminazione effettuata in base alla nazionalità.

Il Consiglio, su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea, può stabilire, a maggioranza qualificata, tutte le regolamentazioni intese a vietare tali discriminazioni.

Articolo 8

(1) Il mercato comune è progressivamente instaurato nel corso di un periodo transitorio di dodici anni.

Il periodo transitorio è diviso in tre tappe, di quattro anni ciascuna, la cui durata può essere modificata alle condizioni previste qui di seguito.

(2) Per ciascuna tappa è previsto un complesso di azioni che devono essere intraprese e condotte insieme.

(3) Il passaggio dalla prima alla seconda tappa è condizionato alla constatazione che l'essenziale degli obiettivi, specificatamente fissati dal presente Trattato per la

- i) de vorming van een Europees Sociaal Fonds, ten einde de werkgelegenheid voor de werknemers te verbeteren en bij te dragen tot de verhoging van hun levensstandaard,
- j) de oprichting van een Europese Investeringsbank bestemd om de economische groei van de Gemeenschap te vergemakkelijken door het aanboren van nieuwe hulpbronnen,
- k) de associatie van landen en gebieden overzee, ten einde het handelsverkeer uit te breiden en in gezamenlijke inspanning de economische en sociale ontwikkeling te bevorderen.

Artikel 4

(1) De vervulling van de aan de Gemeenschap opgedragen taken wordt verzekerd door

- een Vergadering,
- een Raad,
- een Commissie,
- een Hof van Justitie.

Iedere instelling handelt binnen de grenzen van de haar door dit Verdrag verleende bevoegdheden.

(2) De Raad en de Commissie worden bijgestaan door een Economisch en Sociaal Comité met raadgevende taak.

Artikel 5

De Lid-Staten treffen alle algemene of bijzondere maatregelen welke geschikt zijn om de nakoming van de uit dit Verdrag of uit handelingen van de instellingen der Gemeenschap voortvloeiende verplichtingen te verzekeren. Zij vergemakkelijken de vervulling van haar taak.

Zij onthouden zich van alle maatregelen welke de verwezenlijking van de doelstellingen van dit Verdrag in gevaar kunnen brengen.

Artikel 6

(1) De Lid-Staten coördineren, in nauwe samenwerking met de instellingen van de Gemeenschap, hun economisch beleid in de mate waarin dit ter bereiking van de doelstellingen van dit Verdrag noodzakelijk is.

(2) De instellingen van de Gemeenschap waken ervoor dat de interne en externe financiële stabiliteit der Lid-Staten niet in gevaar wordt gebracht.

Artikel 7

Binnen der werkingssfeer van dit Verdrag en onverminderd de bijzondere bepalingen, daarin gesteld, is elke discriminatie op grond van nationaliteit verboden.

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering kan de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen regelingen treffen met het oog op het verbod van bedoelde discriminaties.

Artikel 8

(1) De gemeenschappelijke markt wordt gedurende een overgangperiode van twaalf jaar geleidelijk tot stand gebracht.

De overgangperiode is verdeeld in drie etappes, elk van vier jaar, waarvan de duur onder de volgende voorwaarden kan worden gewijzigd.

(2) Aan iedere etappe is een geheel van maatregelen verbonden welke gezamenlijk moeten worden aangevraagd en voortgezet.

(3) De overgang van de eerste naar de tweede etappe is afhankelijk van de vaststelling dat het wezenlijke van de doeleinden, uitdrukkelijk door dit Verdrag voor de

im wesentlichen tatsächlich erreicht und daß vorbehaltlich der in diesem Vertrag vorgesehenen Ausnahmen und Verfahren die Verpflichtungen eingehalten worden sind. Diese Feststellung wird vom Rat am Ende des vierten Jahres auf Grund eines Berichts der Kommission einstimmig getroffen. Ein Mitgliedstaat kann die Einstimmigkeit nicht verhindern, indem er sich auf die Nichterfüllung seiner eigenen Verpflichtungen beruft. Kommt keine Einstimmigkeit zustande, so wird die erste Stufe ohne weiteres um ein Jahr verlängert.

Am Ende des fünften Jahres trifft der Rat die Feststellung unter denselben Bedingungen. Kommt keine Einstimmigkeit zustande, so wird die erste Stufe ohne weiteres um ein zusätzliches Jahr verlängert.

Am Ende des sechsten Jahres trifft der Rat die Feststellung mit qualifizierter Mehrheit auf Grund des Berichts der Kommission.

(4) Verbleibt ein Mitgliedstaat in der Minderheit, so kann er binnen einem Monat nach der zuletzt genannten Abstimmung beim Rat die Bestellung einer Schiedsstelle beantragen, deren Entscheidung für alle Mitgliedstaaten und für die Organe der Gemeinschaft verbindlich ist; wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, so gilt das gleiche für jeden Mitgliedstaat. Die Schiedsstelle besteht aus drei Mitgliedern, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission bestellt werden.

Kommt die Bestellung durch den Rat binnen einem Monat nach Antragstellung nicht zustande, so werden die Mitglieder der Schiedsstelle innerhalb eines weiteren Monats vom Gerichtshof bestellt.

Die Schiedsstelle wählt ihren Vorsitzenden selbst.

Sie erläßt ihren Schiedsspruch binnen sechs Monaten nach der im letzten Unterabsatz von Absatz (3) genannten Abstimmung des Rates.

(5) Die zweite und die dritte Stufe können nur durch eine einstimmige, vom Rat auf Vorschlag der Kommission erlassene Entscheidung verlängert oder abgekürzt werden.

(6) Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze dürfen nicht zur Folge haben, daß die Übergangszeit länger als fünfzehn Jahre, vom Inkrafttreten dieses Vertrags an gerechnet, dauert.

(7) Vorbehaltlich der in diesem Vertrag vorgesehenen Ausnahmen oder Abweichungen ist das Ende der Übergangszeit gleichzeitig der Endtermin für das Inkrafttreten aller vorgesehenen Vorschriften sowie für die Durchführung aller Maßnahmen, die zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes gehören.

la première étape a été effectivement atteint et que, sous réserve des exceptions et procédures prévues à ce Traité, les engagements ont été tenus.

Cette constatation est effectuée au terme de la quatrième année par le Conseil, statuant à l'unanimité sur le rapport de la Commission. Toutefois, un État membre ne peut faire obstacle à l'unanimité en se prévalant du non-accomplissement de ses propres obligations. A défaut d'unanimité, la première étape est automatiquement prolongée d'un an.

Au terme de la cinquième année, la constatation est effectuée par le Conseil, dans les mêmes conditions. A défaut d'unanimité, la première étape est automatiquement prolongée d'une année supplémentaire.

Au terme de la sixième année, la constatation est effectuée par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur le rapport de la Commission.

(4) Dans un délai d'un mois à compter de ce dernier vote, chaque État membre resté en minorité, ou, si la majorité requise n'est pas atteinte, tout État membre a le droit de demander au Conseil la désignation d'une instance d'arbitrage dont la décision lie tous les États membres et les institutions de la Communauté. Cette instance d'arbitrage se compose de trois membres désignés par le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission.

A défaut de désignation par le Conseil dans un délai d'un mois à compter de la requête, les membres de l'instance d'arbitrage sont désignés par la Cour de Justice dans un nouveau délai d'un mois.

L'instance d'arbitrage désigne elle-même son président.

Elle rend sa sentence dans un délai de six mois à compter de la date du vote du Conseil visé au dernier alinéa du paragraphe (3).

(5) Les deuxième et troisième étapes ne peuvent être prolongées ou abrégées qu'en vertu d'une décision adoptée par le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission.

(6) Les dispositions des paragraphes précédents ne peuvent avoir pour effet de prolonger la période de transition au-delà d'une durée totale de quinze années à partir de l'entrée en vigueur du présent Traité.

(7) Sous réserve des exceptions ou dérogations prévues par le présent Traité, l'expiration de la période de transition constitue le terme extrême pour l'entrée en vigueur de l'ensemble des règles prévues et pour la mise en place de l'ensemble des réalisations que comporte l'établissement du marché commun.

ZWEITER TEIL

Grundlagen der Gemeinschaft

TITEL I

Der freie Warenverkehr

Artikel 9

(1) Grundlage der Gemeinschaft ist eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt; sie umfaßt das Verbot, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.

DEUXIÈME PARTIE

Les fondements de la Communauté

TITRE I

Le libre circulation des marchandises

Article 9

(1) La Communauté est fondée sur une union douanière qui s'étend à l'ensemble des échanges de marchandises, et qui comporte l'interdiction, entre les États membres, des droits de douane à l'importation et à l'exportation et de toutes taxes d'effet équivalent, ainsi que l'adoption d'un tarif douanier commun dans leurs relations avec les pays tiers.

prima tappa, sia stato effettivamente raggiunto e che, fatte salve le eccezioni e procedure previste dal Trattato stesso, gli impegni siano stati mantenuti.

Tale constatazione è effettuata alla fine del quarto anno dal Consiglio, che delibera all'unanimità sulla relazione della Commissione. Tuttavia, l'unanimità non può essere ostacolata da uno Stato membro che faccia valere il mancato adempimento dei propri obblighi. Ove non sia raggiunta l'unanimità, la prima tappa è automaticamente prolungata di un anno.

Alla fine del quinto anno, la constatazione è effettuata dal Consiglio alle stesse condizioni. Ove non sia raggiunta l'unanimità, la prima tappa è automaticamente prolungata di un altro anno.

Alla fine del sesto anno, la constatazione è effettuata dal Consiglio che delibera a maggioranza qualificata sulla relazione della Commissione.

(4) Nel termine di un mese da quest'ultima votazione, ogni Stato membro rimasto in minoranza ovvero, quando la maggioranza richiesta non sia raggiunta, tutti gli Stati membri, hanno il diritto di domandare al Consiglio la designazione di un organo arbitrale la cui decisione è vincolante per tutti gli Stati membri e le istituzioni della Comunità. Detto organo arbitrale è composto di tre membri designati dal Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione.

In caso di mancata designazione da parte del Consiglio nel termine di un mese dalla richiesta, i membri dell'organo arbitrale sono designati dalla Corte di Giustizia entro un nuovo termine di un mese.

L'organo arbitrale designa esso stesso il suo presidente.

Esso emette la sua sentenza in un termine di sei mesi a decorrere dalla data della votazione del Consiglio di cui all'ultimo comma del paragrafo 3.

(5) La seconda e terza tappa non possono essere prolungate o abbreviate se non in virtù di una decisione adottata dal Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione.

(6) Le disposizioni dei paragrafi precedenti non possono avere per effetto di prolungare il periodo transitorio al di là di una durata complessiva di quindici anni a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato.

(7) Fatte salve le eccezioni o deroghe previste dal presente Trattato, la fine del periodo transitorio costituisce il termine ultimo per l'entrata in vigore del complesso di norme previste e per l'attuazione dell'insieme delle realizzazioni richieste dall'istituzione del mercato comune.

PARTE SECONDA

Fondamenti della Comunità

TITOLO I

Libera circolazione delle merci

Articolo 9

(1) La Comunità è fondata sopra una unione doganale che si estende al complesso degli scambi di merci e importa il divieto, fra gli Stati membri, dei dazi doganali all'importazione e all'esportazione e di qualsiasi tassa di effetto equivalente, come pure l'adozione di una tariffa doganale comune nei loro rapporti con i paesi terzi.

erste etappe bepaald, daadwerkelijk is bereikt en dat, behoudens de in het Verdrag genoemde uitzonderingen en procedures, de verplichtingen zijn nagekomen.

Deze vaststelling geschiedt aan het einde van het vierde jaar door de Raad die met eenparigheid van stemmen besluit, op grond van een rapport van de Commissie. Nochtans kan een Lid-Staat de eenstemmigheid niet verhinderen door zich te beroepen op de niet-nakoming van zijn eigen verplichtingen. Bij gebreke van eenstemmigheid wordt de eerste etappe automatisch met een jaar verlengd.

Aan het einde van het vijfde jaar geschiedt de vaststelling door de Raad onder dezelfde voorwaarden. Bij gebreke van eenstemmigheid wordt de eerste etappe nogmaals automatisch met een jaar verlengd.

Aan het einde van het zesde jaar geschiedt de vaststelling, op grond van een rapport van de Commissie, door de Raad die met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluit.

(4) Binnen een termijn van één maand nadat deze laatste stemming heeft plaatsgevonden, heeft een Lid-Staat die overstemd werd of, indien de vereiste meerderheid van stemmen niet werd bereikt, elke Lid-Staat het recht te verlangen dat de Raad een scheidsrechterlijke instantie benoemt, waarvan de uitspraak voor alle Lid-Staten en de instellingen van de Gemeenschap verbindend is. Deze scheidsrechterlijke instantie bestaat uit drie leden, bij eenstemmig besluit door de Raad te benoemen op voorstel van de Commissie.

Indien de Raad in gebreke blijft binnen een maand na gedaan verzoek de leden van de scheidsrechterlijke instantie te benoemen, worden deze binnen een nieuwe termijn van een maand door het Hof van Justitie benoemd.

De scheidsrechterlijke instantie wijst zelf haar voorzitter aan.

Zij doet uitspraak binnen een termijn van zes maanden na de datum waarop de in de laatste alinea van lid 3 bedoelde stemming in de Raad heeft plaatsgevonden.

(5) De tweede en derde etappe kunnen slechts worden verlengd of verkort krachtens een beschikking door de Raad met eenparigheid van stemmen genomen op voorstel van de Commissie.

(6) De bepalingen der voorgaande leden mogen niet tot gevolg hebben dat de overgangperiode langer duurt dan in totaal vijftien jaar, te rekenen van de inwerkingtreding van dit Verdrag.

(7) Behoudens de uitzonderingen of afwijkingen in dit Verdrag genoemd vormt het einde van de overgangperiode het uiterste tijdstip waarop alle gestelde regels in werking moeten treden en waarop alle maatregelen welke het tot stand brengen van de gemeenschappelijke markt medebrengt, moeten zijn verwezenlijkt.

TWEEDE DEEL

De grondslagen van de Gemeenschap

TITEL I

Het vrije verkeer van goederen

Artikel 9

(1) De Gemeenschap is gegrondvest op een douane-unie welke zich uitstrekt over het gehele goederenverkeer en zowel het verbod medebrengt van in- en uitvoerrechten en van alle heffingen van gelijke werking in het verkeer tussen de Lid-Staten onderling, als de invoering van een gemeenschappelijk douane-tarief voor hun betrekkingen met derde landen.

(2) Kapitel 1 Abschnitt 1 und Kapitel 2 dieses Titels gelten für die aus den Mitgliedstaaten stammenden Waren sowie für diejenigen Waren aus dritten Ländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden.

Artikel 10

(1) Als im freien Verkehr eines Mitgliedstaates befindlich gelten diejenigen Waren aus dritten Ländern, für die in dem betreffenden Mitgliedstaat die Einfuhr-Förmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

(2) Die Kommission regelt vor Ablauf des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen hinsichtlich der Anwendung des Artikels 9 Absatz (2); hierbei berücksichtigt sie die Notwendigkeit, die für den Warenverkehr geltenden Förmlichkeiten soweit wie möglich zu vereinfachen.

Vor Ablauf des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags erläßt die Kommission für den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten Vorschriften für solche Waren aus einem Mitgliedstaat, die unter Verwendung von Erzeugnissen hergestellt sind, für welche der ausführende Staat die anwendbaren Zölle und Abgaben gleicher Wirkung nicht erhoben oder vollständig oder teilweise rückvergütet hat.

Beim Erlaß dieser Vorschriften berücksichtigt die Kommission die Bestimmungen dieses Vertrags über die Abschaffung der Zölle innerhalb der Gemeinschaft und über die schrittweise Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs.

Artikel 11

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Vorkehrungen, um es den Regierungen zu ermöglichen, ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag auf dem Gebiet der Zölle innerhalb der festgesetzten Fristen zu erfüllen.

Kapitel 1

Die Zollunion

Abschnitt 1

Die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten

Artikel 12

Die Mitgliedstaaten werden untereinander weder neue Einfuhr- oder Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung einführen, noch die in ihren gegenseitigen Handelsbeziehungen angewandten erhöhen.

Artikel 13

(1) Die zwischen den Mitgliedstaaten geltenden Einfuhrzölle werden von ihnen während der Übergangszeit nach Maßgabe der Artikel 14 und 15 schrittweise abgeschafft.

(2) Die zwischen den Mitgliedstaaten geltenden Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle werden von ihnen während der Übergangszeit schrittweise aufgehoben. Die Kommission bestimmt durch Richtlinien die Zeitfolge dieser Aufhebung. Sie legt dabei die Vorschriften des Artikels 14 Absätze (2) und (3) sowie die vom Rat gemäß Artikel 14 Absatz (2) erlassenen Richtlinien zugrunde.

(2) Les dispositions du chapitre 1, section première, et du chapitre 2 du présent titre s'appliquent aux produits qui sont originaires des États membres, ainsi qu'aux produits en provenance de pays tiers qui se trouvent en libre pratique dans les États membres.

Article 10

(1) Sont considérés comme étant en libre pratique dans un État membre les produits en provenance de pays tiers pour lesquels les formalités d'importation ont été accomplies et les droits de douane et taxes d'effet équivalent exigibles ont été perçus dans cet État membre, et qui n'ont pas bénéficié d'une ristourne totale ou partielle de ces droits et taxes.

(2) La Commission, avant la fin de la première année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, détermine les méthodes de coopération administrative pour l'application de l'article 9 paragraphe (2), en tenant compte de la nécessité d'alléger, dans toute la mesure du possible, les formalités imposées au commerce.

Avant la fin de la première année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, la Commission détermine les dispositions applicables, dans le trafic entre les États membres, aux marchandises originaires d'un autre État membre, dans la fabrication desquelles sont entrés des produits qui n'ont pas été soumis aux droits de douane et taxes d'effet équivalent qui leur étaient applicables dans l'État membre exportateur, ou qui ont bénéficié d'une ristourne totale ou partielle de ces droits ou taxes.

En arrêtant ces dispositions, la Commission tient compte des règles prévues pour l'élimination des droits de douane à l'intérieur de la Communauté et pour l'application progressive du tarif douanier commun.

Article 11

Les États membres prennent toutes dispositions appropriées pour permettre aux gouvernements l'exécution, dans les délais fixés, des obligations qui leur incombent en matière de droits de douane en vertu du présent Traité.

Chapitre 1

L'Union douanière

Section première

L'élimination des droits de douane entre les États membres

Article 12

Les États membres s'abstiennent d'introduire entre eux de nouveaux droits de douane à l'importation et à l'exportation ou taxes d'effet équivalent, et d'augmenter ceux qu'ils appliquent dans leurs relations commerciales mutuelles.

Article 13

(1) Les droits de douane à l'importation, en vigueur entre les États membres, sont progressivement supprimés par eux, au cours de la période de transition, dans les conditions prévues aux articles 14 et 15.

(2) Les taxes d'effet équivalent à des droits de douane à l'importation, en vigueur entre les États membres, sont progressivement supprimées par eux au cours de la période de transition. La Commission fixe, par voie de directives, le rythme de cette suppression. Elle s'inspire des règles prévues à l'article 14 paragraphes (2) et (3), ainsi que des directives arrêtées par le Conseil en application de ce paragraphe (2).

(2) Le disposizioni del capo 1, sezione prima, e del capo 2 del presente titolo si applicano ai prodotti originari degli Stati membri, e ai prodotti provenienti da paesi terzi che si trovano in libera pratica negli Stati membri.

Articolo 10

(1) Sono considerati in libera pratica in uno Stato membro i prodotti provenienti da paesi terzi per i quali siano state adempiute in tale Stato le formalità d'importazione e riscossi i dazi doganali e le tasse di effetto equivalente esigibili e che non abbiano beneficiato di un ristorno totale o parziale di tali dazi e tasse.

(2) La Commissione, entro la fine del primo anno a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato, determina i metodi di collaborazione amministrativa per l'applicazione dell'articolo 9, paragrafo 2, avendo riguardo alla necessità di attenuare, quanto più è possibile, le formalità imposte al commercio.

Entro la fine del primo anno a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato, la Commissione determina le disposizioni applicabili, nel traffico tra Stati membri, alle merci originarie da un altro Stato membro, per la fabbricazione delle quali siano stati usati prodotti che non sono stati sottoposti ai dazi doganali né alle tasse di effetto equivalente loro applicabili nello Stato membro esportatore, ovvero che abbiano beneficiato di un ristorno totale o parziale di tali dazi o tasse.

Nello stabilire tali disposizioni, la Commissione prende in considerazione le norme previste per l'abolizione dei dazi doganali all'interno della Comunità e per la progressiva applicazione della tariffa doganale comune.

Articolo 11

Gli Stati membri adottano tutte le disposizioni atte a consentire ai governi l'esecuzione, nei termini stabiliti, degli obblighi loro incumbenti in materia di dazi doganali in virtù del presente Trattato.

Capo 1

Unione Doganale

Sezione prima

Abolizione dei dazi doganali fra gli Stati membri

Articolo 12

Gli Stati membri si astengono dall'introdurre tra loro nuovi dazi doganali all'importazione e all'esportazione o tasse di effetto equivalente e dall'aumentare quelli che applicano nei loro rapporti commerciali reciproci.

Articolo 13

(1) I dazi doganali all'importazione, in vigore tra gli Stati membri, sono progressivamente aboliti ad opera di questi, durante il periodo transitorio, secondo le modalità previste dagli articoli 14 e 15.

(2) Le tasse di effetto equivalente ai dazi doganali all'importazione, in vigore tra gli Stati membri, sono progressivamente abolite ad opera di questi, durante il periodo transitorio. La Commissione determina, mediante direttive, il ritmo di tale abolizione. Essa s'ispira alle norme previste dall'articolo 14, paragrafi 2 e 3, e alle direttive stabilite dal Consiglio in applicazione del citato paragrafo 2.

(2) De bepalingen van hoofdstuk 1, eerste afdeling, en van hoofdstuk 2 van deze titel zijn van toepassing op de produkten welke van oorsprong zijn uit de Lid-Staten alsook op de produkten uit derde landen welke zich in de Lid-Staten in het vrije verkeer bevinden.

Artikel 10

(1) Als zich bevindend in het vrije verkeer in een Lid-Staat worden beschouwd: de produkten uit derde landen waarvoor in genoemde Staat de invoerformaliteiten zijn verricht en de verschuldigde douanerechten en heffingen van gelijke werking zijn voldaan en waarvoor geen gehele of gedeeltelijke teruggave van die rechten en heffingen is verleend.

(2) Vóór het einde van het eerste jaar na de inwerking-treding van dit Verdrag, stelt de Commissie vast op welke wijze de administratieve samenwerking inzake de toepassing van artikel 9, lid 2, zal geschieden en houdt daarbij rekening met de noodzaak, de aan de handel opgelegde formaliteiten zoveel mogelijk te verlichten.

Vóór het einde van het eerste jaar na de inwerking-treding van dit Verdrag, stelt de Commissie de bepalingen vast welke in het verkeer tussen de Lid-Staten van toepassing zullen zijn op de goederen van oorsprong uit een andere Lid-Staat, waarin produkten zijn verwerkt op welke de in de uitvoerende Lid-Staat toepasselijke douanerechten en heffingen van gelijke werking niet zijn geheven of waarvoor gehele of gedeeltelijke teruggave van die rechten of heffingen is verleend.

Bij het vaststellen van deze bepalingen houdt de Commissie rekening met de regels inzake de afschaffing van de douanerechten binnen de Gemeenschap en met die welke de geleidelijke toepassing van het gemeenschappelijk douanetarief betreffen.

Artikel 11

De Lid-Staten treffen alle passende maatregelen ten einde de regeringen in staat te stellen, hun uit dit Verdrag voortvloeiende verplichtingen betreffende douanerechten binnen de vastgestelde termijnen na te komen.

Hoofdstuk 1

De Douane-Unie

Eerste afdeling

Afschaffing van de douanerechten tussen de Lid-Staten

Artikel 12

De Lid-Staten onthouden zich ervan onderling nieuwe in- en uitvoerrechten of heffingen van gelijke werking in te voeren en de rechten en heffingen te verhogen welke zij in hun onderlinge handelsbetrekkingen toepassen.

Artikel 13

(1) De tussen de Lid-Staten bestaande invoerrechten worden geleidelijk afgeschaft, overeenkomstig de artikelen 14 en 15.

(2) Heffingen, van gelijke werking als invoerrechten, tussen de Lid-Staten van toepassing, worden door hen in de loop van de overgangperiode geleidelijk opgeheven. De Commissie stelt bij wege van richtlijnen het ritme van deze opheffing vast. Zij laat zich leiden door de regels vervat in artikel 14, leden 2 en 3, alsook door de richtlijnen welke de Raad met toepassing van genoemd lid 2 heeft vastgesteld.

Artikel 14

(1) Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz, nach dem die aufeinander folgenden Herabsetzungen vorgenommen werden, der am 1. Januar 1957 angewandte Zollsatz.

(2) Die Zeitfolge der Herabsetzungen wird wie folgt festgelegt:

- a) Während der ersten Stufe wird die erste Herabsetzung ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags, die zweite achtzehn Monate später, die dritte am Ende des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen;
- b) während der zweiten Stufe wird achtzehn Monate nach deren Beginn eine erste Herabsetzung durchgeführt; eine zweite erfolgt nach weiteren achtzehn Monaten, eine dritte ein Jahr danach;
- c) die dann noch ausstehenden Herabsetzungen werden während der dritten Stufe vorgenommen; ihre Zeitfolge legt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission durch Richtlinien fest.

(3) Bei der ersten Herabsetzung setzen die Mitgliedstaaten untereinander für jede Ware einen Zollsatz in Kraft, der um 10 v. H. unter dem Ausgangszollsatz liegt. Bei jeder späteren Herabsetzung senkt jeder Mitgliedstaat seine Zollsätze insgesamt in der Weise, daß die nach Absatz (4) errechnete Gesamtzollbelastung um 10 v. H. herabgesetzt wird; dabei wird der Zollsatz für jede Ware um mindestens 5 v. H. des Ausgangszollsatzes verringert.

Solange jedoch der Zollsatz für eine Ware 30 v. H. noch überschreitet, wird er bei jeder Herabsetzung um mindestens 10 v. H. des Ausgangszollsatzes gesenkt.

(4) Für jeden Mitgliedstaat wird die in Absatz (3) erwähnte Gesamtzollbelastung in der Weise errechnet, daß der Wert der im Jahre 1956 aus anderen Mitgliedstaaten eingeführten Waren mit den Ausgangszollsätzen multipliziert wird.

(5) Der Rat regelt auf Vorschlag der Kommission durch Richtlinien die besonderen Probleme, die sich bei der Anwendung der Absätze (1) bis (4) ergeben; er beschließt mit qualifizierter Mehrheit.

(6) Die Mitgliedstaaten erstatten der Kommission Bericht über die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen für die Herabsetzung der Zollsätze. Sie werden bestrebt sein, dabei für jede einzelne Ware

- am Ende der ersten Stufe eine Herabsetzung um mindestens 25 v. H.,
- am Ende der zweiten Stufe eine solche um mindestens 50 v. H. des Ausgangszollsatzes zu erreichen.

Besteht nach Feststellung der Kommission die Gefahr, daß die Ziele des Artikels 13 und die in diesem Absatz genannten Hundertsätze nicht erreicht werden können, so richtet sie alle zweckdienlichen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

(7) Der Rat kann die Bestimmungen dieses Artikels einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung ändern.

Artikel 15

(1) Ungeachtet des Artikels 14 kann jeder Mitgliedstaat während der Übergangszeit die Anwendung seiner Zollsätze für aus anderen Mitgliedstaaten eingeführte Waren ganz oder teilweise aussetzen. Er gibt den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission davon Kenntnis.

Article 14

(1) Pour chaque produit, le droit de base sur lequel les réductions successives doivent être opérées est constitué par le droit appliqué au 1^{er} janvier 1957.

(2) Le rythme des réductions est déterminé comme suit:

- a) au cours de la première étape, la première réduction est effectuée un an après l'entrée en vigueur du présent Traité; la deuxième, dix-huit mois plus tard; la troisième, à la fin de la quatrième année à compter de l'entrée en vigueur de ce Traité;
- b) au cours de la deuxième étape, une réduction est opérée dix-huit mois après le début de cette étape; une deuxième réduction, dix-huit mois après la précédente; une troisième réduction est opérée un an plus tard;
- c) les réductions restant à réaliser sont appliquées au cours de la troisième étape; le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, en fixe le rythme par voie de directives.

(3) Lors de la première réduction, les États membres mettent en vigueur entre eux, sur chaque produit, un droit égal au droit de base diminué de 10 %.

Lors de chaque réduction ultérieure, chaque État membre doit abaisser l'ensemble de ses droits, de sorte que la perception douanière totale, telle qu'elle est définie au paragraphe (4), soit diminuée de 10 %, étant entendu que la réduction sur chaque produit doit être au moins égale à 5 % du droit de base.

Toutefois, pour les produits sur lesquels subsiste un droit qui serait encore supérieur à 30 %, chaque réduction doit être au moins égale à 10 % du droit de base.

(4) Pour chaque État membre la perception douanière totale visée au paragraphe (3) se calcule en multipliant par les droits de base la valeur des importations effectuées en provenance des autres États membres au cours de l'année 1956.

(5) Les problèmes particuliers que soulève l'application des paragraphes précédents sont réglés par directives du Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

(6) Les États membres rendent compte à la Commission de la manière selon laquelle les règles ci-dessus pour la réduction des droits sont appliquées. Ils s'efforcent d'aboutir à ce que la réduction appliquée aux droits sur chaque produit atteigne:

- à la fin de la première étape, au moins 25 % du droit de base;
- à la fin de la deuxième étape, au moins 50 % du droit de base.

La Commission leur fait toutes recommandations utiles si elle constate qu'il existe un danger que les objectifs définis à l'article 13 et les pourcentages fixés au présent paragraphe ne puissent être atteints.

(7) Les dispositions du présent article peuvent être modifiées par le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée.

Article 15

(1) Indépendamment des dispositions de l'article 14, tout État membre peut, au cours de la période de transition, suspendre totalement ou partiellement la perception des droits appliqués aux produits importés des autres États membres. Il en informe les autres États membres et la Commission.

Articolo 14

(1) Per ogni prodotto, il dazio di base su cui vanno operate le successive riduzioni è costituito dal dazio applicato al 1° gennaio 1957.

(2) Il ritmo delle riduzioni è determinato come segue:

a) durante la prima tappa, si opera la prima riduzione un anno dopo l'entrata in vigore del presente Trattato; la seconda diciotto mesi dopo; la terza alla fine del quarto anno a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato;

b) durante la seconda tappa, si opera una riduzione diciotto mesi dopo l'inizio di tale tappa; una seconda riduzione a diciotto mesi dalla precedente; si opera una terza riduzione un anno dopo;

c) le riduzioni ancora da realizzare sono applicate durante la terza tappa; il ritmo di tali riduzioni è determinato, mediante direttive, dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

(3) Al momento della prima riduzione, gli Stati membri mettono in vigore tra loro, sui singoli prodotti, un dazio uguale al dazio di base diminuito del 10%.

Ad ogni ulteriore riduzione, ogni Stato membro deve abbassare l'insieme dei suoi dazi in modo che il gettito totale dei dazi doganali, qual'è definito dal paragrafo 4, sia diminuito del 10%, restando inteso che la riduzione per ogni prodotto deve essere almeno pari al 5% del dazio di base.

Tuttavia, per i prodotti sui quali gravi un dazio ancora superiore al 30%, ogni riduzione deve essere almeno pari al 10% del dazio di base.

(4) Per ogni Stato membro il gettito totale dei dazi doganali di cui al paragrafo 3 si calcola moltiplicando i dazi di base per il valore delle importazioni effettuate in provenienza dagli altri Stati membri durante l'anno 1956.

(5) I problemi particolari sollevati dall'applicazione dei paragrafi precedenti sono regolati mediante direttive del Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

(6) Gli Stati membri rendono conto alla Commissione delle modalità seguite nell'applicazione delle norme summenzionate per la riduzione dei dazi. Essi procurano di ottenere che la riduzione applicata ai dazi per i singoli prodotti raggiunga:

- almeno il 25% del dazio di base, al termine della prima tappa;
- almeno il 50% del dazio di base, al termine della seconda tappa.

La Commissione rivolge loro ogni utile raccomandazione quando, a suo giudizio, possa essere compromesso il raggiungimento degli obiettivi definiti dall'articolo 13 e delle percentuali fissate dal presente paragrafo.

(7) Le disposizioni del presente articolo possono essere modificate dal Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea.

Articolo 15

(1) A prescindere dalle disposizioni dell'articolo 14, ogni Stato membro, durante il periodo transitorio, può sospendere interamente o parzialmente la riscossione dei dazi applicati sui prodotti importati dagli altri Stati membri, e ne rende edotti questi ultimi e la Commissione.

Artikel 14

(1) Voor ieder produkt is het basisrecht waarop de achtereenvolgende verlagingen moeten worden toegepast, het op 1 januari 1957 toegepaste recht.

(2) Het ritme der verlagingen is als volgt bepaald:

a) tijdens de eerste etappe wordt de eerste verlaging een jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag tot stand gebracht; de tweede verlaging achttien maanden later; de derde aan het einde van het vierde jaar, te rekenen van de inwerkingtreding van dit Verdrag;

b) tijdens de tweede etappe wordt achttien maanden na het begin daarvan een verlaging toegepast; een tweede verlaging volgt achttien maanden na de voorgaande; een derde verlaging komt een jaar later tot stand;

c) de dan nog tot stand te brengen verlagingen geschieden in de loop van de derde etappe; de Raad bepaalt het ritme daarvan bij wege van richtlijnen welke hij met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie vaststelt.

(3) Bij de eerste verlaging wordt tussen de Lid-Staten onderling voor elk produkt een recht, gelijk aan het basisrecht verminderd met 10%, toegepast.

Bij iedere volgende verlaging dient elke Lid-Staat al zijn rechten zodanig te verlagen, dat de totale opbrengst der rechten, in lid 4 omschreven, met 10% wordt verminderd, met dien verstande dat voor elk der produkten de verlaging ten minste 5% van het basisrecht dient te bedragen.

Voor die produkten waarop het recht dan nog hoger dan 30% zou zijn, dient echter iedere verlaging ten minste 10% van het basisrecht te bedragen.

(4) Voor elke Lid-Staat wordt de in lid 3 bedoelde totale opbrengst der rechten berekend door de waarde der tijdens het jaar 1956 uit de overige Lid-Staten ingevoerde goederen te vermenigvuldigen met de basisrechten.

(5) De bijzondere vraagstukken welke zich bij de toepassing van de voorgaande leden voordoen, worden geregeld door richtlijnen welke de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie vaststelt.

(6) De Lid-Staten brengen aan de Commissie verslag uit van de wijze waarop bovenstaande regels voor de verlaging der rechten worden toegepast. Zij streven ernaar dat de verlaging der rechten op elk produkt de volgende percentages bereikt

- aan het einde van de eerste etappe, ten minste 25% van het basisrecht,
- aan het einde van de tweede etappe, ten minste 50% van het basisrecht.

De Commissie doet de Lid-Staten alle dienstige aanbevelingen, indien zij vaststelt dat er gevaar bestaat dat de bij artikel 13 bepaalde doelstellingen en de in dit lid vastgestelde percentages niet kunnen worden bereikt.

(7) De bepalingen van dit artikel kunnen op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd.

Artikel 15

(1) Ongeacht de bepalingen van artikel 14, kan elke Lid-Staat tijdens de overgangperiode de heffing van de rechten op de uit de overige Lid-Staten ingevoerde produkten geheel of gedeeltelijk schorsen. Hij stelt de overige Lid-Staten en de Commissie hiervan in kennis.

(2) Die Mitgliedstaaten sind bereit, ihre Zollsätze gegenüber den anderen Mitgliedstaaten schneller als in Artikel 14 vorgesehen herabzusetzen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die betreffenden Mitgliedstaaten.

Artikel 16

Die Mitgliedstaaten heben untereinander die Ausfuhrzölle und die Abgaben gleicher Wirkung spätestens am Ende der ersten Stufe auf.

Artikel 17

(1) Die Artikel 9 bis 15 Absatz (1) gelten auch für die Finanzzölle. Diese werden jedoch bei der Errechnung der Gesamtzollbelastung sowie der Senkung der Zollsätze insgesamt im Sinne des Artikels 14 Absätze (3) und (4) nicht berücksichtigt.

Die Sätze der Finanzzölle werden bei jeder Herabsetzung um mindestens 10 v.H. des Ausgangszollsatzes gesenkt. Die Mitgliedstaaten können sie rascher als in Artikel 14 vorgesehen senken.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission vor Ende des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags ihre Finanzzölle mit.

(3) Die Mitgliedstaaten sind weiterhin berechtigt, diese Zölle durch eine inländische Abgabe zu ersetzen, die den Bestimmungen des Artikels 95 entspricht.

(4) Stellt die Kommission fest, daß die Ersetzung eines Finanzzolls in einem Mitgliedstaat auf ernstliche Schwierigkeiten stößt, so ermächtigt sie den betreffenden Staat, diesen Zoll unter der Voraussetzung beizubehalten, daß er ihn binnen sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags abschafft. Die Genehmigung ist vor Ende des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags zu beantragen.

Abschnitt 2

Die Aufstellung des Gemeinsamen Zolltarifs

Artikel 18

Die Mitgliedstaaten sind bereit, zur Entwicklung des zwischenstaatlichen Handels und zum Abbau der Handelsschranken durch den Abschluß von Abkommen beizutragen, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und zum gemeinsamen Nutzen die Senkung der Zollsätze unter die allgemeine Höhe zum Ziel haben, die auf Grund der Errichtung der Zollunion statthaft wäre.

Artikel 19

(1) Unter den Bedingungen und in den Grenzen, die nachstehend vorgesehen sind, ergeben sich die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs aus dem einfachen Mittel der in den vier Zollgebieten der Gemeinschaft angewandten Zollsätze.

(2) Der Berechnung dieses Mittels werden die von den Mitgliedstaaten am 1. Januar 1957 angewandten Zollsätze zugrunde gelegt.

Bei dem italienischen Zolltarif gilt als angewandter Zollsatz der vor der zeitweiligen Senkung um 10 v.H. angewandte Satz. Bei Positionen, für welche der italienische Tarif einen Vertragszollsatz enthält, tritt dieser an die Stelle des angewandten Zollsatzes, sofern er nicht um mehr als 10 v.H. höher liegt als dieser. Überschreitet

(2) Les États membres se déclarent disposés à réduire leurs droits de douane à l'égard des autres États membres selon un rythme plus rapide que celui prévu à l'article 14, si leur situation économique générale et la situation du secteur intéressé le leur permettent.

La Commission adresse aux États membres intéressés des recommandations à cette fin.

Article 16

Les États membres suppriment entre eux, au plus tard à la fin de la première étape, les droits de douane à l'exportation et les taxes d'effet équivalent.

Article 17

(1) Les dispositions des articles 9 à 15 paragraphe (1) sont applicables aux droits de douane à caractère fiscal. Toutefois, ces droits ne sont pas pris en considération pour le calcul de la perception douanière totale ni pour celui de l'abaissement de l'ensemble des droits visés à l'article 14 paragraphes (3) et (4).

Ces droits sont abaissés d'au moins 10 % du droit de base à chaque palier de réduction. Les États membres peuvent les réduire selon un rythme plus rapide que celui prévu à l'article 14.

(2) Les États membres font connaître à la Commission, avant la fin de la première année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, leurs droits de douane à caractère fiscal.

(3) Les États membres conservent la faculté de remplacer ces droits par une taxe intérieure conforme aux dispositions de l'article 95.

(4) Lorsque la Commission constate que le remplacement d'un droit de douane à caractère fiscal se heurte dans un État membre à des difficultés sérieuses, elle autorise cet État à maintenir ce droit, à la condition qu'il le supprime au plus tard six ans après l'entrée en vigueur du présent Traité. L'autorisation doit être demandée avant la fin de la première année à compter de l'entrée en vigueur de ce Traité.

Section deuxième

L'établissement du tarif douanier commun

Article 18

Les États membres se déclarent disposés à contribuer au développement du commerce international et à la réduction des entraves aux échanges, en concluant des accords visant, sur une base de réciprocité et d'avantages mutuels, à la réduction des droits de douane au-dessous du niveau général dont ils pourraient se prévaloir du fait de l'établissement d'une union douanière entre eux.

Article 19

(1) Dans les conditions et limites prévues ci-après, les droits du tarif douanier commun s'établissent au niveau de la moyenne arithmétique des droits appliqués dans les quatre territoires douaniers que comprend la Communauté.

(2) Les droits retenus pour le calcul de cette moyenne sont ceux appliqués par les États membres au 1^{er} janvier 1957.

Toutefois, en ce qui concerne le tarif italien, le droit appliqué s'entend compte non tenu de la réduction temporaire de 10 %. En outre, sur les postes où ce tarif comporte un droit conventionnel, celui-ci est substitué au droit appliqué ainsi défini, à condition de ne pas lui être supérieur de plus de 10 %. Lorsque le droit conven-

(2) Gli Stati membri si dichiarano disposti a ridurre i loro dazi doganali nei confronti degli altri Stati membri secondo un ritmo più rapido di quello previsto all'articolo 14, quando ciò sia loro consentito dalla loro situazione economica generale e dalla situazione del settore interessato.

La Commissione rivolge raccomandazioni a tal fine agli Stati membri interessati.

Articolo 16

Gli Stati membri aboliscono tra loro, al più tardi alla fine della prima tappa, i dazi doganali all'esportazione e le tasse di effetto equivalente.

Articolo 17

(1) Le disposizioni degli articoli da 9 a 15, paragrafo 1, sono applicabili ai dazi doganali di carattere fiscale. Tuttavia, questi dazi non sono presi in considerazione per il calcolo del gettito totale dei dazi doganali nè per quello dell'abbassamento dell'insieme dei dazi, di cui all'articolo 14, paragrafi 3 e 4.

Tali dazi sono abbassati, ad ogni stadio di riduzione, di almeno il 10% dei dazi di base. Gli Stati membri possono ridurli secondo un ritmo più rapido di quello previsto dall'articolo 14.

(2) Gli Stati membri comunicano alla Commissione, entro la fine del primo anno a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato, i loro dazi doganali di carattere fiscale.

(3) Gli Stati membri conservano la facoltà di sostituire tali dazi con una imposta interna conforme alle disposizioni dell'articolo 95.

(4) Quando la Commissione constata che la sostituzione di un dazio doganale di carattere fiscale incontra in uno Stato membro gravi difficoltà, essa autorizza lo Stato in questione a mantenere tale dazio, semprechè lo Stato lo abolisca al più tardi entro sei anni dall'entrata in vigore del presente Trattato. L'autorizzazione deve essere richiesta entro la fine del primo anno a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato.

Sezione seconda

Fissazione della tariffa doganale comune

Articolo 18

Gli Stati membri si dichiarano disposti a contribuire allo sviluppo del commercio internazionale e alla riduzione degli intralci agli scambi, mediante la conclusione di accordi intesi, su di una base di reciprocità e di mutuo vantaggio, a ridurre i dazi doganali al disotto del livello generale che sarebbe consentito agli Stati stessi dall'istituzione di una unione doganale tra loro.

Articolo 19

(1) Alle condizioni e nei limiti qui di seguito previsti, i dazi della tariffa doganale comune si stabiliscono al livello della media aritmetica dei dazi applicati nei quattro territori doganali compresi nella Comunità.

(2) I dazi considerati per il calcolo di tale media sono quelli applicati dagli Stati membri al 1° gennaio 1957.

Tuttavia, per quanto riguarda la tariffa italiana, il dazio applicato va inteso ad esclusione della riduzione temporanea del 10%. Inoltre, per le voci ove tale tariffa prevede un dazio convenzionale, si sostituisce quest'ultimo al dazio applicato testè definito, a condizione di non superarlo di oltre il 10%. Quando il dazio conven-

(2) De Lid-Staten verklaren zich bereid, hun invoerrechten opzichte van de overige Lid-Staten in een sneller tempo te verlagen dan volgens artikel 14 is bepaald, indien hun algemene economische toestand en de toestand in de betrokken sector hun zulks toelaten.

De Commissie doet de betrokken Lid-Staten daartoe aanbevelingen.

Artikel 16

De Lid-Staten heffen, uiterlijk aan het einde van de eerste etappe, de tussen hen bestaande uitvoerrechten en heffingen van gelijke werking op.

Artikel 17

(1) De bepalingen van de artikelen 9 tot en met 15, lid 1, zijn van toepassing op de douanerechten van fiscale aard. Deze rechten komen echter niet in aanmerking voor de berekening van de totale opbrengst der rechten noch voor de verlaging van alle rechten bedoeld in artikel 14, leden 3 en 4.

Deze rechten worden bij elke verlaging met ten minste 10% van het basisrecht verminderd. De Lid-Staten kunnen deze rechten in een sneller tempo dan in artikel 14 voorzien, verlagen.

(2) De Lid-Staten brengen, vóór het einde van het eerste jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag, hun douanerechten van fiscale aard ter kennis van de Commissie.

(3) De Lid-Staten behouden de bevoegdheid deze rechten te vervangen door een binnenlandse heffing welke in overeenstemming is met de bepalingen van artikel 95.

(4) Wanneer de Commissie vaststelt dat de vervanging van een douanerecht van fiscale aard in een Lid-Staat op ernstige moeilijkheden stuit, machtigt zij deze Staat dit recht te handhaven, op voorwaarde dat hij het uiterlijk zes jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag opheft. De machtiging dient voor het einde van het eerste jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag te worden gevraagd.

Tweede afdeling

Vastelling van het gemeenschappelijk douanetarief

Artikel 18

De Lid-Staten verklaren zich bereid tot de ontwikkeling van de internationale handel en tot de vermindering van de handelsbelemmeringen bij te dragen, door het sluiten van akkoorden welke, op de grondslag van wederkerigheid en van wederzijds voordeel, beogen de douanerechten te verlagen tot onder het algemene peil waarop zij zich, op grond van de totstandkoming van een douaneunie tussen hen, zouden kunnen beroepen.

Artikel 19

(1) Onder de voorwaarden en met de beperkingen welke hieronder zijn voorzien, zijn de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief gelijk aan het rekenkundig gemiddelde van de rechten die worden toegepast in de vier douanegebieden welke de Gemeenschap omvat.

(2) Bij de berekening van dit gemiddelde worden die rechten in aanmerking genomen welke door de Lid-Staten op 1 januari 1957 werden toegepast.

Evenwel wordt voor het Italiaanse tarief, het toegepaste recht aldus verstaan, dat geen rekening wordt gehouden met de tijdelijke verlaging van 10%. Bovendien wordt voor de posten van dat tarief, waarvoor een conventioneel recht bestaat, dit laatste in de plaats gesteld van het toegepaste recht als voren omschreven, mits het

der Vertragszollsatz den angewandten Zollsatz um mehr als 10 v.H., so wird für die Berechnung des einfachen Mittels der angewandte Zollsatz mit einem Zuschlag von 10 v.H. zugrunde gelegt.

Für die Tarifpositionen der Liste A treten für die Berechnung des einfachen Mittels die dort aufgeführten an die Stelle der angewandten Zollsätze.

(3) Die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs dürfen folgende Hundertsätze nicht überschreiten:

- a) 3 v.H. für Waren, die unter die Tarifpositionen der Liste B fallen;
- b) 10 v.H. für Waren, die unter die Tarifpositionen der Liste C fallen;
- c) 15 v.H. für Waren, die unter die Tarifpositionen der Liste D fallen;
- d) 25 v.H. für Waren, die unter die Tarifpositionen der Liste E fallen; enthält jedoch der Tarif der Beneluxländer für diese Waren einen Zollsatz, der 3 v.H. nicht übersteigt, so wird er für die Berechnung des einfachen Mittels auf 12 v.H. erhöht.

(4) In der Liste F sind die Zollsätze für die in ihr aufgeführten Waren festgelegt.

(5) Die in diesem Artikel und in Artikel 20 genannten Listen von Tarifpositionen sind als Anhang I diesem Vertrag beigelegt.

Artikel 20

Für Waren der Liste G werden die anwendbaren Zollsätze durch Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten festgesetzt. Jeder Mitgliedstaat kann dieser Liste andere Waren bis zur Höhe von 2 v.H. des Gesamtwertes seiner Einfuhren aus dritten Ländern im Jahr 1956 hinzufügen.

Die Kommission trifft alle zweckdienlichen Vorkehrungen, damit diese Verhandlungen vor Ende des zweiten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags aufgenommen und vor Ende der ersten Stufe abgeschlossen werden.

Kann für bestimmte Waren innerhalb dieser Fristen eine Übereinstimmung nicht erzielt werden, so setzt der Rat bis zum Ende der zweiten Stufe einstimmig, danach mit qualifizierter Mehrheit die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs auf Vorschlag der Kommission fest.

Artikel 21

(1) Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit während der ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags auf Vorschlag der Kommission Richtlinien zur Behebung technischer Schwierigkeiten, die bei der Anwendung der Artikel 19 und 20 entstehen können.

(2) Der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission vor Ende der ersten Stufe oder spätestens bei der Festsetzung der Zollsätze über die Anpassungen, die für die innere Ausgeglichenheit des Gemeinsamen Zolltarifs nach Anwendung der Artikel 19 und 20 erforderlich werden; hierbei wird insbesondere der Verarbeitungsgrad der verschiedenen Waren berücksichtigt, auf die der Tarif Anwendung findet.

tionnel dépasse le droit appliqué ainsi défini de plus de 10 %, ce droit appliqué majoré de 10 % est retenu pour le calcul de la moyenne arithmétique.

En ce qui concerne les positions énumérées à la liste A, les droits figurant sur cette liste sont substitués aux droits appliqués pour le calcul de la moyenne arithmétique.

(3) Les droits du tarif douanier commun ne peuvent dépasser:

- a) 3 % pour les produits relevant des positions tarifaires énumérées à la liste B,
- b) 10 % pour les produits relevant des positions tarifaires énumérées à la liste C,
- c) 15 % pour les produits relevant des positions tarifaires énumérées à la liste D,
- d) 25 % pour les produits relevant des positions tarifaires énumérées à la liste E; lorsque pour ces produits le tarif des pays du Benelux comporte un droit n'excédant pas 3 %, ce droit est porté à 12 % pour le calcul de la moyenne arithmétique.

(4) La liste F fixe les droits applicables aux produits qui y sont énumérés.

(5) Les listes de positions tarifaires visées au présent article et à l'article 20 font l'objet de l'Annexe I du présent Traité.

Article 20

Les droits applicables aux produits de la liste G sont fixés par voie de négociations entre les États membres. Chaque État membre peut ajouter d'autres produits à cette liste dans la limite de 2 % de la valeur totale de ses importations en provenance de pays tiers au cours de l'année 1956.

La Commission prend toutes initiatives utiles pour que ces négociations soient engagées avant la fin de la deuxième année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité et terminées avant la fin de la première étape.

Dans le cas où, pour certains produits, un accord n'aurait pu intervenir dans ces délais, le Conseil, statuant sur proposition de la Commission, à l'unanimité jusqu'à la fin de la deuxième étape et à la majorité qualifiée par la suite, fixe les droits du tarif douanier commun.

Article 21

(1) Les difficultés techniques qui pourraient se présenter dans l'application des articles 19 et 20 sont réglées, dans les deux ans suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, par directives du Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

(2) Avant la fin de la première étape, ou au plus tard lors de la fixation des droits, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, décide des ajustements que requiert l'harmonie interne du tarif douanier commun à la suite de l'application des règles prévues aux articles 19 et 20, compte tenu notamment du degré d'ouvrison des différentes marchandises auxquelles il s'applique.

zionale supera il dazio applicato così definito di oltre il 10% „ per il calcolo della media aritmetica viene considerato quest'ultimo, maggiorato del 10% „.

Per quanto concerne le posizioni enumerate nell'elenco A, i dazi ivi contemplati sono sostituiti ai dazi applicati per il calcolo della media aritmetica.

(3) I dazi della tariffa doganale comune non possono essere superiori al:

- a) 3% per i prodotti contemplati dalle posizioni tariffarie enumerate nell'elenco B,
- b) 10% per i prodotti contemplati dalle posizioni tariffarie enumerate nell'elenco C,
- c) 15% per i prodotti contemplati dalle posizioni tariffarie enumerate nell'elenco D,
- d) 25% per i prodotti contemplati dalle posizioni tariffarie enumerate nell'elenco E; quando per tali prodotti la tariffa dei paesi del Benelux stabilisca un dazio non superiore al 3%, tale dazio è portato al 12% per il calcolo della media aritmetica.

(4) L'elenco F stabilisce i dazi applicabili ai prodotti ivi enumerati.

(5) Gli elenchi delle posizioni tariffarie di cui al presente articolo e all'articolo 20 costituiscono l'oggetto dell'allegato I del presente Trattato.

Articolo 20

I dazi applicabili sui prodotti dell'elenco G sono stabiliti mediante negoziati fra gli Stati membri. Ogni Stato membro può aggiungere altri prodotti a tale elenco nel limite del 2% del valore totale delle sue importazioni in provenienza dai Paesi terzi durante l'anno 1956.

La Commissione prende ogni opportuna iniziativa perché tali negoziati vengano intrapresi prima della fine del secondo anno a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato e conclusi non oltre la fine della prima tappa.

Qualora, per determinati prodotti, non fosse raggiunto un accordo nei termini suddetti, il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione, all'unanimità fino al termine della seconda tappa ed in seguito a maggioranza qualificata, stabilisce i dazi della tariffa doganale comune.

Articolo 21

(1) Le difficoltà tecniche che potrebbero presentarsi nell'applicazione degli articoli 19 e 20 sono regolate, nei due anni successivi all'entrata in vigore del presente Trattato, mediante direttive del Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

(2) Entro la fine della prima tappa, o al più tardi al momento di fissare i dazi, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, decide i ritocchi che l'armonia interna della tariffa doganale comune richiede in seguito all'applicazione delle norme di cui agli articoli 19 e 20, avendo particolare riguardo al grado di lavorazione delle varie merci cui la tariffa stessa va applicata.

conventionele recht niet meer dan 10% „ hoger is dan het toegepaste. Indien het conventionele recht het als voren omschreven toegepaste recht met meer dan 10% te boven gaat, wordt bij de berekening van het rekenkundig gemiddelde dat toegepaste recht in aanmerking genomen, vermeerderd met 10% „.

Bij de berekening van het rekenkundig gemiddelde worden voor de posten voorkomende op lijst A de op deze lijst aangegeven rechten in de plaats gesteld van de toegepaste rechten.

(3) De rechten van het gemeenschappelijk douanetarief mogen niet hoger zijn dan:

- a) 3% voor de produkten vallende onder de tariefposten voorkomende op lijst B,
- b) 10% voor de produkten vallende onder de tariefposten voorkomende op lijst C,
- c) 15% voor de produkten vallende onder de tariefposten voorkomende op lijst D,
- d) 25% voor de produkten vallende onder de tariefposten voorkomende op lijst E; wanneer echter voor deze produkten het Beneluxtarief een recht aangeeft dat niet hoger ligt dan 3%, wordt dit laatste voor de berekening van het rekenkundig gemiddelde op 12% gebracht.

(4) In lijst F zijn de rechten vastgesteld welke van toepassing zullen zijn op de daarop voorkomende produkten.

(5) De lijsten der tariefposten welke in dit artikel en in artikel 20 zijn bedoeld, zijn als bijlage I aan dit Verdrag gehecht.

Artikel 20

De rechten, toe te passen op de produkten in lijst G genoemd, worden bij wege van onderhandelingen tussen de Lid-Staten vastgesteld. Iedere Lid-Staat kan aan deze lijst andere produkten toevoegen tot ten hoogste 2% van de totale waarde van zijn invoer uit derde landen gedurende het jaar 1956.

De Commissie neemt alle initiatieven dienstig om deze onderhandelingen vóór het einde van het tweede jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag te doen beginnen en vóór het einde van de eerste etappe te doen beëindigen.

Ingeval voor bepaalde produkten binnen deze termijn geen overeenstemming wordt bereikt, stelt de Raad, tot aan het einde van de tweede etappe met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief vast op voorstel van de Commissie.

Artikel 21

(1) Technische moeilijkheden welke zich bij de toepassing van de artikelen 19 en 20 zouden kunnen voordoen, worden binnen twee jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag geregeld door richtlijnen welke de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie vaststelt.

(2) Vóór het einde van de eerste etappe of uiterlijk bij het vaststellen der rechten beslist de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie, over de aanpassingen welke door de innerlijke harmonie van het gemeenschappelijk douanetarief na toepassing van de artikelen 19 en 20 worden vereist; daarbij houdt hij met name rekening met de graad van bewerking der verschillende goederen waarop het tarief van toepassing is.

Artikel 22

Binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags stellt die Kommission fest, inwieweit die in Artikel 17 Absatz (2) genannten Finanzzölle in die Berechnung des einfachen Mittels gemäß Artikel 19 Absatz (1) einzubeziehen sind. Hierbei berücksichtigt sie die etwaige Schutzwirkung dieser Zölle.

Binnen sechs Monaten nach dieser Feststellung kann jeder Mitgliedstaat die Anwendung des in Artikel 20 bezeichneten Verfahrens auf die betreffende Ware verlangen, ohne daß eine Anrechnung auf den dort genannten Hundertsatz erfolgt.

Artikel 23

(1) Zur schrittweisen Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs ändern die Mitgliedstaaten ihre gegenüber dritten Ländern angewandten Zollsätze folgendermaßen:

- a) Auf Zollpositionen, bei denen die am 1. Januar 1957 tatsächlich angewandten Zollsätze um höchstens 15 v.H. von den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs abweichen, werden am Ende des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags die letzteren angewandt;
- b) in den anderen Fällen wendet jeder Mitgliedstaat zum gleichen Zeitpunkt einen Zollsatz an, durch den der Abstand zwischen dem am 1. Januar 1957 tatsächlich angewandten Zollsatz und dem Satz des Gemeinsamen Zolltarifs um 30 v.H. verringert wird;
- c) dieser Abstand wird am Ende der zweiten Stufe abermals um 30 v.H. verringert;
- d) bei Zollpositionen, für welche am Ende der ersten Stufe im Gemeinsamen Zolltarif Sätze noch nicht vorliegen, wendet jeder Mitgliedstaat binnen sechs Monaten nach dem Beschluß des Rates gemäß Artikel 20 die Zollsätze an, die sich aus der Anwendung dieses Absatzes ergeben.

(2) Wird einem Mitgliedstaat die in Artikel 17 Absatz (4) vorgesehene Ermächtigung erteilt, so braucht er während ihrer Geltungsdauer die obigen Bestimmungen auf die entsprechenden Zollpositionen nicht anzuwenden. Mit dem Erlöschen dieser Ermächtigung wendet er den Zollsatz an, der sich aus der Anwendung des Absatzes (1) ergibt.

(3) Der Gemeinsame Zolltarif wird spätestens am Ende der Übergangszeit in vollem Umfang angewendet.

Artikel 24

Den Mitgliedstaaten steht es frei, ihre Zollsätze rascher als in Artikel 23 vorgesehen zu ändern, um sie dem Gemeinsamen Zolltarif anzugleichen.

Artikel 25

(1) Stellt die Kommission fest, daß die Erzeugung bestimmter Waren der Listen B, C und D in den Mitgliedstaaten für die Versorgung eines Mitgliedstaates nicht ausreicht und daß diese Versorgung herkömmlicherweise zu einem erheblichen Teil von Einfuhren aus dritten Ländern abhängt, so gewährt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission dem betroffenen Mitgliedstaat Zollkontingente, für welche die Zollsätze niedriger liegen oder gleich Null sind.

Article 22

La Commission détermine, dans les deux ans suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, la mesure dans laquelle les droits de douane à caractère fiscal visés à l'article 17 paragraphe (2), doivent être retenus pour le calcul de la moyenne arithmétique prévue à l'article 19 paragraphe (1). Elle tient compte de l'aspect protecteur qu'ils peuvent comporter.

Au plus tard six mois après cette détermination, tout État membre peut demander l'application au produit en cause de la procédure visée à l'article 20, sans que la limite prévue à cet article lui soit opposable.

Article 23

(1) Aux fins de la mise en place progressive du tarif douanier commun, les États membres modifient leurs tarifs applicables aux pays tiers selon les modalités qui suivent:

- a) pour les positions tarifaires où les droits effectivement appliqués au 1^{er} janvier 1957 ne s'écartent pas de plus de 15 % en plus ou en moins des droits du tarif douanier commun, ces derniers droits sont appliqués à la fin de la quatrième année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité;
- b) dans les autres cas, chaque État membre applique, à la même date, un droit réduisant de 30 % l'écart entre le taux effectivement appliqué au 1^{er} janvier 1957 et celui du tarif douanier commun;
- c) cet écart est réduit de nouveau de 30 % à la fin de la deuxième étape;
- d) en ce qui concerne les positions tarifaires pour lesquelles les droits du tarif douanier commun ne seraient pas connus à la fin de la première étape, chaque État membre applique, dans les six mois après que le Conseil a statué conformément à l'article 20, les droits qui résulteraient de l'application des règles du présent paragraphe.

(2) L'État membre qui a obtenu l'autorisation prévue à l'article 17 paragraphe (4), est dispensé d'appliquer les dispositions qui précèdent, pendant la durée de validité de cette autorisation, en ce qui concerne les positions tarifaires qui en font l'objet. A l'expiration de l'autorisation, il applique le droit qui serait résulté de l'application des règles du paragraphe précédent.

(3) Le tarif douanier commun est appliqué intégralement au plus tard à l'expiration de la période de transition.

Article 24

Pour s'aligner sur le tarif douanier commun, les États membres restent libres de modifier leurs droits de douane selon un rythme plus rapide que celui prévu à l'article 23.

Article 25

(1) Si la Commission constate que la production dans les États membres de certains produits des listes B, C et D ne suffit pas pour l'approvisionnement d'un État membre, et que cet approvisionnement dépend traditionnellement, pour une part considérable, d'importations en provenance de pays tiers, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, octroie des contingents tarifaires à droit réduit ou nul à l'État membre intéressé.

Articolo 22

La Commissione, nei due anni successivi all'entrata in vigore del presente Trattato, determina in quale misura i dazi doganali di carattere fiscale, contemplati dall'articolo 17, paragrafo 2, debbano essere presi in considerazione per il calcolo della media aritmetica prevista dall'articolo 19, paragrafo 1. La Commissione tiene conto dell'aspetto protettivo che tali dazi possono avere.

Non più tardi di sei mesi dopo tale decisione, ogni Stato membro può domandare, per il prodotto di cui trattasi, l'applicazione della procedura contemplata dall'articolo 20, senza che sia opponibile nei suoi confronti il limite previsto dall'articolo stesso.

Articolo 23

(1) Ai fini dell'instaurazione progressiva della tariffa doganale comune, gli Stati membri modificano le loro tariffe applicabili nei confronti dei Paesi terzi secondo le modalità seguenti:

- a) per le posizioni tariffarie ove i dazi effettivamente applicati al 1° gennaio 1957 non si discostano di oltre il 15% in più o in meno dei dazi della tariffa doganale comune, questi ultimi vengono applicati alla fine del quarto anno a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato;
- b) negli altri casi, ogni Stato membro applica alla stessa data un dazio che riduca del 30% lo scarto fra il tasso effettivamente applicato al 1° gennaio 1957 e quello della tariffa doganale comune;
- c) tale scarto è nuovamente ridotto del 30% alla fine della seconda tappa;
- d) per quanto riguarda le posizioni tariffarie per le quali non fossero noti, al termine della prima tappa, i dazi della tariffa doganale comune, ogni Stato membro applica, entro sei mesi dacchè il Consiglio ha deliberato conformemente all'articolo 20, i dazi che risulterebbero dall'applicazione delle norme del presente paragrafo.

(2) Lo Stato membro che ha ottenuto l'autorizzazione prevista dall'articolo 17, paragrafo 4, è dispensato dall'applicare le disposizioni precedenti durante il periodo di validità di tale autorizzazione, per quanto riguarda le posizioni tariffarie che ne formano l'oggetto. Allo scadere dell'autorizzazione, esso applica il dazio che sarebbe risultato dall'applicazione delle norme del paragrafo precedente.

(3) La tariffa doganale comune è integralmente applicata al più tardi allo spirare del periodo transitorio.

Articolo 24

Per allinearsi sulla tariffa doganale comune, gli Stati membri restano liberi di modificare i loro dazi doganali con un ritmo più rapido di quello previsto dall'articolo 23.

Articolo 25

(1) Ove la Commissione constati che la produzione negli Stati membri di determinati prodotti contemplati negli elenchi B, C e D non è sufficiente all'approvvigionamento di uno Stato membro, e che tale approvvigionamento dipende tradizionalmente, per una parte considerevole, da importazioni provenienti dai Paesi terzi, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, concede dei contingenti tariffari a dazio ridotto o senza dazio a favore dello Stato membro interessato.

Artikel 22

Binnen twee jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag stelt de Commissie vast, in hoeverre de in artikel 17, lid 2, bedoelde douanerechten van fiscale aard in aanmerking worden genomen bij de berekening van het in artikel 19, lid 1, genoemde rekenkundig gemiddelde. Zij houdt daarbij rekening met de bescherming die deze rechten mogelijkwijze bieden.

Uiterlijk zes maanden na deze vaststelling kan elke Lid-Staat voor het betrokken produkt de toepassing van de in artikel 20 genoemde procedure verzoeken, zonder dat de in dit artikel vastgestelde beperking hem kan worden tegengeworpen.

Artikel 23

(1) Ten behoeve van de geleidelijke invoering van het gemeenschappelijk douanetarief wijzigen de Lid-Staten hun ten opzichte van derde landen toepasselijke tarieven als volgt:

- a) voor die tariefposten waarvan de op 1 januari 1957 feitelijk geheven rechten niet meer dan 15% naar boven of naar beneden afwijken van de rechten van het gemeenschappelijke douanetarief, worden deze rechten aan het einde van het vierde jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag toegepast;
- b) in de overige gevallen past elke Lid-Staat op dat tijdstip een zodanig recht toe dat het verschil in hoogte tussen het op 1 januari 1957 feitelijk geheven recht en het recht van het gemeenschappelijk douanetarief met 30% wordt verminderd;
- c) dit verschil wordt aan het einde van de tweede etappe wederom met 30% verminderd;
- d) wat de tariefposten betreft waarvan de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief aan het einde van de eerste etappe nog niet bekend zouden zijn, past elke Lid-Staat binnen zes maanden na het besluit van de Raad overeenkomstig artikel 20 de rechten toe welke voortvloeien uit de toepassing der in dit lid vastgestelde regels.

(2) De Lid-Staat welke de in artikel 17, lid 4, bedoelde machtiging heeft ontvangen, is gedurende de geldigheidsduur van deze machtiging, voor wat betreft de tariefposten waarop deze machtiging betrekking heeft, vrijgesteld van de toepassing van de voorgaande bepalingen. Na het verstrijken van de geldigheidsduur van de machtiging past hij het recht toe dat zou voortvloeien uit de toepassing van de regels van het voorgaande lid.

(3) Het gemeenschappelijk douanetarief wordt uiterlijk aan het einde van de overgangsperiode volledig toegepast.

Artikel 24

Het staat de Lid-Staten vrij, hun douanerechten in een sneller tempo te wijzigen dan in artikel 23 is bepaald, om deze aan het gemeenschappelijk douanetarief aan te passen.

Artikel 25

(1) Indien de Commissie vaststelt, dat de produktie in de Lid-Staten van bepaalde produkten van de lijsten B, C en D onvoldoende is voor de voorziening van een Lid-Staat en dat deze voorziening steeds voor een belangrijk deel traditioneel afhankelijk is geweest van invoer uit derde landen, kent de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie aan de betrokken Lid-Staat tariefcontingenten toe tegen een verlaagd recht of met vrijdom van recht.

Diese Kontingente dürfen nicht so bemessen werden, daß eine Verlagerung wirtschaftlicher Tätigkeiten zum Nachteil anderer Mitgliedstaaten zu befürchten ist.

(2) Für Waren der Liste E und diejenigen Waren der Liste G, deren Sätze gemäß Artikel 20 Absatz 3 festgesetzt worden sind, gewährt die Kommission jedem betroffenen Mitgliedstaat auf dessen Antrag Zollkontingente, für welche die Zollsätze niedriger liegen oder gleich Null sind, wenn sich eine Änderung der Versorgungsquellen oder eine ungenügende Versorgung innerhalb der Gemeinschaft nachteilig auf die verarbeitenden Industrien des betroffenen Mitgliedstaates auswirken könnte.

Diese Kontingente dürfen nicht so bemessen werden, daß eine Verlagerung wirtschaftlicher Tätigkeiten zum Nachteil anderer Mitgliedstaaten zu befürchten ist.

(3) Die Kommission kann jeden Mitgliedstaat ermächtigen, die Anwendung der geltenden Zollsätze auf die in Anhang II zu diesem Vertrag aufgeführten Waren ganz oder teilweise auszusetzen, oder ihm Zollkontingente gewähren, für welche die Sätze niedriger liegen oder gleich Null sind, sofern dies auf dem Markt der in Betracht kommenden Waren keine schwerwiegenden Störungen zur Folge hat.

(4) Die Kommission überprüft die gemäß diesem Artikel gewährten Zollkontingente in regelmäßigen Zeitabständen.

Artikel 26

Befindet sich ein Mitgliedstaat in besonderen Schwierigkeiten, so kann ihn die Kommission ermächtigen, die auf Grund des Artikels 23 vorzunehmende Herabsetzung oder Erhöhung der Sätze für bestimmte Positionen seines Zolltarifs aufzuschieben.

Die Ermächtigung darf nur für eine begrenzte Frist und lediglich für Positionen erteilt werden, die insgesamt höchstens 5 v.H. des Wertes der Einfuhren des betreffenden Staates aus dritten Ländern während des letzten Jahres betragen, für das statistische Angaben vorliegen.

Artikel 27

Die Mitgliedstaaten nehmen vor Ende der ersten Stufe, soweit erforderlich, eine Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet des Zollwesens vor. Die Kommission richtet alle hierzu erforderlichen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

Artikel 28

Über alle autonomen Änderungen oder Aussetzungen der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs entscheidet der Rat einstimmig. Nach Ablauf der Übergangszeit kann der Rat für einen Zeitabschnitt von höchstens sechs Monaten mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission über Änderungen oder Aussetzungen entscheiden, die 20 v.H. jedes Zollsatzes nicht überschreiten dürfen. Sie können unter denselben Bedingungen nur um nochmals sechs Monate verlängert werden.

Artikel 29

Bei der Ausübung der ihr auf Grund dieses Abschnitts übertragenen Aufgaben geht die Kommission von folgenden Gesichtspunkten aus:

- a) der Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern zu fördern;

Ces contingents ne peuvent excéder les limites au-delà desquelles des transferts d'activités au détriment d'autres États membres seraient à craindre.

(2) En ce qui concerne les produits de la liste E, ainsi que ceux de la liste G dont les taux auront été fixés selon la procédure prévue à l'article 20 alinéa 3, la Commission octroie à tout État membre intéressé, sur sa demande, des contingents tarifaires à droit réduit ou nul, si un changement dans les sources d'approvisionnement ou si un approvisionnement insuffisant dans la Communauté est de nature à entraîner des conséquences dommageables pour les industries transformatrices de l'État membre intéressé.

Ces contingents ne peuvent excéder les limites au-delà desquelles des transferts d'activités au détriment d'autres États membres seraient à craindre.

(3) En ce qui concerne les produits énumérés à l'Annexe II du présent Traité, la Commission peut autoriser tout État membre à suspendre en tout ou en partie la perception des droits applicables, ou lui octroyer des contingents tarifaires à droit réduit ou nul, à condition qu'il ne puisse en résulter des perturbations sérieuses sur le marché des produits en cause.

(4) La Commission procède périodiquement à l'examen des contingents tarifaires octroyés en application du présent article.

Article 26

La Commission peut autoriser un État membre, qui doit faire face à des difficultés particulières, à différer l'abaissement ou le relèvement, à effectuer en vertu de l'article 23, des droits de certaines positions de son tarif.

L'autorisation ne pourra être donnée que pour une durée limitée, et seulement pour un ensemble de positions tarifaires ne représentant pas pour l'État en cause plus de 5% de la valeur de ses importations effectuées en provenance de pays tiers au cours de la dernière année pour laquelle les données statistiques sont disponibles.

Article 27

Avant la fin de la première étape, les États membres procèdent, dans la mesure nécessaire, au rapprochement de leurs dispositions législatives, réglementaires et administratives, en matière douanière. La Commission adresse aux États membres toutes recommandations à cette fin.

Article 28

Toutes modifications ou suspensions autonomes des droits du tarif douanier commun sont décidées par le Conseil statuant à l'unanimité. Toutefois, après l'expiration de la période de transition, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut décider des modifications ou suspensions ne dépassant pas 20% du taux de chaque droit, pour une période maximum de six mois. Ces modifications ou suspensions ne peuvent être prolongées, dans les mêmes conditions, que pour une seconde période de six mois.

Article 29

Dans l'exercice des missions qui lui sont confiées au titre de la présente section, la Commission s'inspire:

- a) de la nécessité de promouvoir les échanges commerciaux entre les États membres et les pays tiers,

Tali contingenti non possono superare i limiti oltre i quali vi sarebbe motivo di temere trasferimenti di attività a detrimento di altri Stati membri.

(2) Per quanto riguarda i prodotti dell'elenco E come pure quelli dell'elenco G i cui tassi saranno stati fissati secondo la procedura prevista dall'articolo 20, terzo comma, la Commissione concede a favore di qualsiasi Stato membro interessato, a richiesta di questo, dei contingenti tariffari a dazio ridotto o senza dazio quando un cambiamento nelle fonti di approvvigionamento ovvero un approvvigionamento insufficiente nella Comunità siano tali da provocare conseguenze pregiudizievoli per le industrie trasformatrici dello Stato membro interessato.

Questi contingenti non possono superare i limiti oltre i quali vi sarebbe motivo di temere trasferimenti di attività a detrimento di altri Stati membri.

(3) Per quanto riguarda i prodotti elencati nell'allegato II del presente Trattato, la Commissione può autorizzare ogni Stato membro a sospendere interamente o in parte la riscossione dei dazi applicabili ovvero può concedere a suo favore contingenti tariffari a dazio ridotto o senza dazio, semprechè non abbiano a risultarne gravi turbamenti sul mercato dei prodotti di cui trattasi.

(4) La Commissione procede periodicamente all'esame dei contingenti tariffari concessi in applicazione del presente articolo.

Articolo 26

La Commissione può autorizzare uno Stato membro che debba affrontare particolari difficoltà, a differire l'abbassamento o l'aumento da effettuare in virtù dell'articolo 23, per i dazi di talune posizioni della sua tariffa.

L'autorizzazione non potrà essere accordata che per un periodo limitato, e soltanto per un insieme di posizioni tariffarie che non rappresentino per lo Stato in questione più del 5% del valore delle importazioni dallo stesso effettuate in provenienza dai Paesi terzi durante l'ultimo anno per il quale siano disponibili i dati statistici.

Articolo 27

Entro la fine della prima tappa, gli Stati membri procedono, nella misura necessaria, al ravvicinamento delle loro disposizioni legislative, regolamentari e amministrative in materia doganale. La Commissione rivolge agli Stati membri a tal fine tutte le raccomandazioni del caso.

Articolo 28

Qualsiasi modificazione o sospensione autonoma dei dazi della tariffa doganale comune è decisa dal Consiglio, che delibera all'unanimità. Tuttavia, dopo la fine del periodo transitorio, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, può decidere modificazioni o sospensioni non superiori al 20% del tasso di ogni dazio, per un periodo massimo di sei mesi. Tali modificazioni o sospensioni non possono essere prorogate alle stesse condizioni che per un secondo periodo di sei mesi.

Articolo 29

Nell'adempimento dei compiti che le sono affidati a sensi della presente sezione, la Commissione s'ispira:

- a) alla necessità di promuovere gli scambi commerciali fra gli Stati membri e i Paesi terzi,

Aan deze contingenten mag niet een zodanige omvang worden gegeven dat voor verplaatsing van bedrijvigheid ten nadele van andere Lid-Staten moet worden gevreesd.

(2) Voor de produkten van lijst E, alsook voor die van lijst G waarvan de tarieven overeenkomstig de derde alinea van artikel 20 zullen zijn vastgesteld, kent de Commissie aan iedere belanghebbende Staat, op diens verzoek, tariefcontingenten toe tegen een verlaagd recht of met vrijdom van recht, indien een wijziging in de voorzieningsbronnen of een onvoldoende voorziening binnen de Gemeenschap nadelige gevolgen voor de werkende industrieën van de betrokken Lid-Staat zou kunnen medebrengen.

Aan deze contingenten mag niet een zodanige omvang worden gegeven dat voor verplaatsing van bedrijvigheid ten nadele van andere Lid-Staten moet worden gevreesd.

(3) Wat de in bijlage II van dit Verdrag vermelde produkten betreft, kan de Commissie iedere Lid-Staat machtigen, de heffing van de toepasselijke rechten geheel of gedeeltelijk te schorsen of hem tariefcontingenten tegen een verlaagd recht of met vrijdom van recht toekennen, mits daardoor op de betrokken goederenmarkt geen ernstige storingen kunnen ontstaan.

(4) De Commissie onderwerpt op gezette tijden de uit hoofde van dit artikel toegekende tariefcontingenten aan een onderzoek.

Artikel 26

De Commissie kan een Lid-Staat welke met bijzondere moeilijkheden heeft te kampen, machtigen, de krachtens artikel 23 toe te passen verlaging of verhoging van rechten voor bepaalde posten van zijn tarief uit te stellen.

Deze machtiging kan slechts voor beperkte tijd worden verleend en alleen voor tariefposten welke gezamenlijk niet meer dan 5% uitmaken van de waarde van de invoer van de betrokken Staat uit derde landen gedurende het laatste jaar waarover statistische gegevens beschikbaar zijn.

Artikel 27

Vóór het einde van de eerste etappe gaan de Lid-Staten voor zover noodzakelijk over tot het nader tot elkaar brengen van hun wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen op douanegebied. De Commissie doet de Lid-Staten alle ter zake dienende aanbevelingen.

Artikel 28

De Raad beslist met eenparigheid van stemmen over alle autonome wijzigingen of schorsingen van de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief. Na het einde van de overgangsperiode kan de Raad echter met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie besluiten tot wijziging of schorsing, mits deze voor niet langer dan ten hoogste zes maanden zullen gelden en 20% van de hoogte van de betrokken rechten niet te boven gaan. Deze wijzigingen of schorsingen kunnen onder dezelfde voorwaarden slechts eenmaal met een periode van zes maanden worden verlengd.

Artikel 29

Bij de uitvoering van de taken die haar krachtens de bepalingen dezer afdeling toevertrouwd zijn, laat de Commissie zich leiden door:

- a) de noodzaak, het handelsverkeer tussen de Lid-Staten en derde landen te bevorderen,

- b) der Entwicklung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Gemeinschaft, soweit diese Entwicklung zu einer Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führt;
- c) dem Versorgungsbedarf der Gemeinschaft an Rohstoffen und Halbfertigwaren; hierbei achtet die Kommission darauf, zwischen den Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen für Fertigwaren nicht zu verfälschen;
- d) der Notwendigkeit, ernsthafte Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten zu vermeiden und eine rationelle Entwicklung der Erzeugung sowie eine Ausweitung des Verbrauchs innerhalb der Gemeinschaft zu gewährleisten.

- b) de l'évolution des conditions de concurrence à l'intérieur de la Communauté, dans la mesure où cette évolution aura pour effet d'accroître la force compétitive des entreprises,
- c) des nécessités d'approvisionnement de la Communauté en matières premières et demi-produits, tout en veillant à ne pas fausser entre les États membres les conditions de concurrence sur les produits finis,
- d) de la nécessité d'éviter des troubles sérieux dans la vie économique des États membres et d'assurer un développement rationnel de la production et une expansion de la consommation dans la Communauté.

Kapitel 2

Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten

Artikel 30

Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind unbeschadet der nachstehenden Bestimmungen zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

Artikel 31

Die Mitgliedstaaten werden untereinander weder neue mengenmäßige Beschränkungen noch Maßnahmen gleicher Wirkung einführen.

Diese Verpflichtung gilt nur für den Liberalisierungsstand, der auf Grund der am 14. Januar 1955 gefaßten Beschlüsse des Rates der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit erreicht worden ist. Die Mitgliedstaaten notifizieren der Kommission binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags ihre Listen der in Durchführung dieser Beschlüsse liberalisierten Waren. Diese Listen werden zwischen den Mitgliedstaaten konsolidiert.

Artikel 32

Die Mitgliedstaaten werden in ihrem gegenseitigen Handelsverkehr die bei Inkrafttreten dieses Vertrags bestehenden Kontingente und Maßnahmen gleicher Wirkung nicht einschränkender gestalten.

Diese Kontingente werden bis zum Ende der Übergangszeit aufgehoben. Sie werden im Laufe der Übergangszeit nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen schrittweise beseitigt.

Artikel 33

(1) Ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags faßt jeder Mitgliedstaat die den anderen Mitgliedstaaten eröffneten bilateralen Kontingente zu Globalkontingenten zusammen, die allen anderen Mitgliedstaaten ohne Diskriminierung zugänglich sind.

Gleichzeitig erhöhen die Mitgliedstaaten diese Globalkontingente insgesamt gegenüber dem Vorjahr um mindestens 20 v. H. ihres Gesamtwertes. Dabei wird jedes für eine Ware festgesetzte Globalkontingent um mindestens 10 v. H. erhöht.

Die Kontingente werden jährlich gegenüber dem Vorjahr nach denselben Regeln und im gleichen Verhältnis erhöht.

Die vierte Erhöhung erfolgt am Ende des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags, die fünfte ein Jahr nach Beginn der zweiten Stufe.

Chapitre 2

L'élimination des restrictions quantitatives entre les États membres

Article 30

Les restrictions quantitatives à l'importation, ainsi que toutes mesures d'effet équivalent sont interdites entre les États membres, sans préjudice des dispositions ci-après.

Article 31

Les États membres s'abstiennent d'introduire entre eux de nouvelles restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent.

Toutefois, cette obligation ne s'applique qu'au niveau de libération réalisé en application des décisions du Conseil de l'Organisation Européenne de Coopération Économique en date du 14 janvier 1955. Les États membres notifient à la Commission, au plus tard six mois après l'entrée en vigueur du présent Traité, leurs listes des produits libérés en application de ces décisions. Les listes ainsi notifiées sont consolidées entre les États membres.

Article 32

Les États membres s'abstiennent, dans leurs échanges mutuels, de rendre plus restrictifs les contingents et les mesures d'effet équivalent existant à la date d'entrée en vigueur du présent Traité.

Ces contingents doivent être supprimés au plus tard à l'expiration de la période de transition. Ils sont progressivement éliminés au cours de cette période dans les conditions déterminées ci-après.

Article 33

(1) Un an après l'entrée en vigueur du présent Traité, chacun des États membres transforme les contingents bilatéraux ouverts aux autres États membres en contingents globaux accessibles sans discrimination à tous les autres États membres.

A la même date, les États membres augmentent l'ensemble des contingents globaux ainsi établis de manière à réaliser, par rapport à l'année précédente, un accroissement d'au moins 20 % de leur valeur totale. Toutefois, chacun des contingents globaux par produit est augmenté d'au moins 10 %.

Chaque année, les contingents sont élargis, suivant les mêmes règles et dans les mêmes proportions, par rapport à l'année qui précède.

Le quatrième élargissement a lieu à la fin de la quatrième année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité; le cinquième, un an après le début de la deuxième étape.

- b) all'evoluzione delle condizioni di concorrenza all'interno della Comunità, nella misura in cui tale evoluzione avrà per effetto di accrescere la capacità di concorrenza delle imprese,
- c) alla necessità di approvvigionamento della Comunità in materie prime e semiprodotto, pur vigilando a che non vengano falsate fra gli Stati membri le condizioni di concorrenza sui prodotti finiti,
- d) alla necessità di evitare gravi turbamenti nella vita economica degli Stati membri e di assicurare uno sviluppo razionale della produzione e una espansione del consumo nella Comunità.

- b) de ontwikkeling van de mededingingsvoorwaarden binnen de Gemeenschap in de mate waarin deze ontwikkeling het vermogen tot mededinging van de ondernemingen zal doen toenemen,
- c) de behoeften van de Gemeenschap aan grondstoffen en halffabrikaten, waarbij zij ervoor waakt dat de mededingingsvoorwaarden met betrekking tot eindprodukten tussen de Lid-Staten niet worden vervalst,
- d) de noodzaak, om ernstige verstoringen van het economisch leven der Lid-Staten te vermijden en een rationele ontwikkeling van de produktie alsook een verruiming van het verbruik in de Gemeenschap te waarborgen.

Capo 2

Abolizione delle restrizioni quantitative tra gli Stati membri

Articolo 30

Senza pregiudizio delle disposizioni che seguono, sono vietate fra gli Stati membri le restrizioni quantitative all'importazione nonchè qualsiasi misura di effetto equivalente.

Articolo 31

Gli Stati membri si astengono dall'introdurre tra loro nuove restrizioni quantitative e misure di effetto equivalente.

Tuttavia, tale obbligo non si applica che al livello di liberalizzazione attuato in applicazione delle decisioni del Consiglio dell'Organizzazione Europea di Cooperazione Economica in data 14 gennaio 1955. Gli Stati membri notificano alla Commissione, al più tardi sei mesi dopo l'entrata in vigore del presente Trattato, i loro elenchi dei prodotti liberalizzati in applicazione di tali decisioni. Gli elenchi così notificati sono consolidati fra gli Stati membri.

Articolo 32

Gli Stati membri si astengono, nei loro scambi reciproci, dal rendere più restrittivi i contingentamenti e le misure d'effetto equivalente esistenti alla data dell'entrata in vigore del presente Trattato.

Tali contingentamenti devono essere soppressi al più tardi al termine del periodo transitorio. Essi sono gradatamente eliminati durante tale periodo secondo le modalità qui di seguito definite.

Articolo 33

(1) Un anno dopo l'entrata in vigore del presente Trattato, ciascuno degli Stati membri trasforma i contingentamenti bilaterali aperti agli altri Stati membri in contingentamenti globali accessibili senza discriminazione a tutti gli altri Stati membri.

Alla stessa data, gli Stati membri aumentano l'insieme dei contingentamenti globali così determinati in modo da raggiungere, rispetto all'anno precedente, un accrescimento pari ad almeno il 20% del loro valore totale. Tuttavia, ciascuno dei contingentamenti globali per i singoli prodotti è aumentato del 10% almeno.

Ogni anno, i contingentamenti sono aumentati secondo le stesse norme e nelle stesse proporzioni, rispetto all'anno precedente.

Si opera il quarto aumento alla fine del quarto anno a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato; il quinto, un anno dopo l'inizio della seconda tappa.

Hoofdstuk 2

Afschaffing van de kwantitatieve beperkingen tussen de Lid-Staten

Artikel 30

Kwantitatieve invoerbeperkingen en alle maatregelen van gelijke werking zijn, onverminderd de volgende bepalingen, tussen de Lid-Staten verboden.

Artikel 31

De Lid-Staten onthouden zich ervan in hun onderling verkeer nieuwe kwantitatieve beperkingen en maatregelen van gelijke werking in te voeren.

Deze verplichting geldt echter slechts tot het liberalisatiepeil dat is bereikt met toepassing van de op 14 januari 1955 genomen besluiten van de Raad van Ministers der Organisatie voor Europese Economische Samenwerking. De Lid-Staten brengen uiterlijk zes maanden na de inwerkingtreding van dit Verdrag hun lijsten der op grond van voornoemde besluiten geliberaliseerde produkten ter kennis van de Commissie. De aldus ter kennis gebrachte lijsten worden tussen de Lid-Staten onderling geconsolideerd.

Artikel 32

De Lid-Staten onthouden zich ervan in hun onderling handelsverkeer de op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit Verdrag bestaande contingenten en maatregelen van gelijke werking beperkender te maken.

Deze contingenten dienen uiterlijk aan het einde van de overgangperiode te zijn afgeschaft. Zij worden in de loop van deze periode geleidelijk opgeheven overeenkomstig de volgende bepalingen.

Artikel 33

(1) Een jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag veranderen de Lid-Staten de voor andere Lid-Staten beschikbare bilaterale contingenten in globale contingenten, welke zonder discriminatie voor alle andere Lid-Staten openstaan.

Op dezelfde datum verhogen de Lid-Staten de aldus vastgestelde globale contingenten gezamenlijk met ten minste 20% van hun totale waarde in vergelijking met het voorgaande jaar. Evenwel wordt elk der globale contingenten per produkt met ten minste 10% verhoogd.

De contingenten worden ieder jaar in vergelijking met het voorgaande jaar volgens dezelfde regels en in dezelfde verhoudingen verruimd.

De vierde verruiming vindt plaats aan het einde van het vierde jaar, te rekenen van de inwerkingtreding van dit Verdrag; de vijfde een jaar na de aanvang van de tweede etappe.

(2) Liegt das Globalkontingent für eine nicht liberalisierte Ware unter 3 v. H. ihrer Erzeugung in dem betreffenden Staat, so wird es binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags auf mindestens 3 v. H. dieser Erzeugung festgesetzt. Nach Ende des zweiten Jahres wird es auf 4 v. H. und nach Ende des dritten Jahres auf 5 v. H. erhöht. Danach erhöht der betreffende Mitgliedstaat das Kontingent jährlich um mindestens 15 v. H.

Wird die Ware in dem betreffenden Staat nicht erzeugt, so setzt die Kommission durch eine Entscheidung ein angemessenes Kontingent fest.

(3) Am Ende des zehnten Jahres muß jedes Kontingent mindestens 20 v. H. der inländischen Erzeugung betragen.

(4) Stellt die Kommission in einer Entscheidung fest, daß die Einfuhr einer Ware während zweier aufeinanderfolgender Jahre geringer war als das eröffnete Kontingent, so wird dieses Globalkontingent bei der Berechnung des Gesamtwertes der Globalkontingente nicht mehr berücksichtigt. In diesem Fall hebt der Mitgliedstaat die Kontingentierung dieser Ware auf.

(5) Für Kontingente, die mehr als 20 v. H. der inländischen Erzeugung der betreffenden Ware betragen, kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission den in Absatz (1) vorgeschriebenen Mindestsatz von 10 v. H. verringern. Durch diese Änderung wird jedoch die Verpflichtung zur jährlichen Erhöhung des Gesamtwertes der Globalkontingente um 20 v. H. nicht berührt.

(6) Die Mitgliedstaaten, die in Durchführung der am 14. Januar 1955 gefaßten Beschlüsse des Rates der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinsichtlich des Liberalisierungsstands über ihre Verpflichtungen hinausgegangen sind, können den Wert der autonom liberalisierten Einfuhren bei der Berechnung der in Absatz (1) vorgesehenen jährlichen Gesamterhöhung um 20 v. H. berücksichtigen. Diese Berechnung bedarf der vorherigen Zustimmung der Kommission.

(7) Die Kommission erläßt Richtlinien darüber, nach welchem Verfahren und in welcher Zeitfolge die bei Inkrafttreten dieses Vertrags bestehenden Maßnahmen, welche die gleiche Wirkung wie Kontingente haben, zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen sind.

(8) Stellt die Kommission fest, daß bei Anwendung dieses Artikels, insbesondere der Bestimmungen über die Hundertsätze, die in Artikel 32 Absatz 2 vorgesehene Beseitigung der Kontingente in einer stetig fortschreitenden Weise nicht gewährleistet ist, so kann der Rat während der ersten Stufe einstimmig, danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission das im vorliegenden Artikel vorgesehene Verfahren ändern und insbesondere die festgelegten Hundertsätze erhöhen.

Artikel 34

(1) Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

(2) Die Mitgliedstaaten beseitigen bis zum Ende der ersten Stufe die bei Inkrafttreten dieses Vertrags bestehenden mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung.

Artikel 35

Die Mitgliedstaaten sind bereit, gegenüber den anderen Mitgliedstaaten ihre mengenmäßigen Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen rascher als in den vorstehenden

(2) Lorsque, pour un produit non libéré, le contingent global n'atteint pas 3% de la production nationale de l'État en cause, un contingent égal à 3% au moins de cette production est établi au plus tard un an après l'entrée en vigueur du présent Traité. Ce contingent est porté à 4% après la deuxième année, à 5% après la troisième année. Ensuite, l'État membre intéressé augmente annuellement le contingent d'au moins 15%.

Au cas où il n'existe aucune production nationale, la Commission détermine par voie de décision un contingent approprié.

(3) A la fin de la dixième année, tout contingent doit être au moins égal à 20% de la production nationale.

(4) Lorsque la Commission constate par une décision que les importations d'un produit, au cours de deux années consécutives, ont été inférieures au contingent ouvert, ce contingent global ne peut être pris en considération dans le calcul de la valeur totale des contingents globaux. Dans ce cas, l'État membre supprime le contingentement de ce produit.

(5) Pour les contingents qui représentent plus de 20% de la production nationale du produit en cause, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut abaisser le pourcentage minimum de 10% prescrit au paragraphe (1). Cette modification ne peut toutefois porter atteinte à l'obligation d'accroissement annuel de 20% de la valeur totale des contingents globaux.

(6) Les États membres ayant dépassé leurs obligations en ce qui concerne le niveau de libération réalisé en application des décisions du Conseil de l'Organisation Européenne de Coopération Économique en date du 14 janvier 1955 sont habilités à tenir compte du montant des importations libérées par voie autonome, dans le calcul de l'augmentation totale annuelle de 20% prévue au paragraphe (1). Ce calcul est soumis à l'approbation préalable de la Commission.

(7) Des directives de la Commission déterminent la procédure et le rythme de suppression entre les États membres des mesures d'effet équivalant à des contingents, existant à la date de l'entrée en vigueur du présent Traité.

(8) Si la Commission constate que l'application des dispositions du présent article, et en particulier de celles concernant les pourcentages, ne permet pas d'assurer le caractère progressif de l'élimination prévue à l'article 32 alinéa 2, le Conseil, statuant sur proposition de la Commission, à l'unanimité au cours de la première étape et à la majorité qualifiée par la suite, peut modifier la procédure visée dans le présent article et procéder en particulier au relèvement des pourcentages fixés.

Article 34

(1) Les restrictions quantitatives à l'exportation, ainsi que toutes mesures d'effet équivalent, sont interdites entre les États membres.

(2) Les États membres suppriment, au plus tard à la fin de la première étape, les restrictions quantitatives à l'exportation et toutes mesures d'effet équivalent existant à l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 35

Les États membres se déclarent disposés à éliminer, à l'égard des autres États membres, leurs restrictions quantitatives à l'importation et à l'exportation selon un

(2) Quando, per un prodotto non liberalizzato, il contingente globale non raggiunge il 3% della produzione nazionale dello Stato in questione, un contingente pari al 3% almeno di tale produzione sarà stabilito al più tardi un anno dopo l'entrata in vigore del presente Trattato. Il contingente è portato al 4% dopo il secondo anno, al 5% dopo il terzo anno. In seguito, lo Stato membro interessato aumenta di anno in anno il contingente del 15% almeno.

Qualora non esista una produzione nazionale, la Commissione, mediante decisioni, determina un contingente adeguato.

(3) Alla fine del decimo anno ogni contingente deve essere almeno pari al 20% della produzione nazionale.

(4) Quando la Commissione constati con una decisione che le importazioni di un prodotto, durante due anni consecutivi, sono state inferiori al contingente aperto, tale contingente globale non può essere preso in considerazione ai fini del calcolo del valore complessivo dei contingenti globali. In tal caso, lo Stato membro abolisce il contingentamento di tale prodotto.

(5) Per i contingenti che rappresentino più del 20% della produzione nazionale del prodotto di cui trattasi, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, può abbassare la percentuale minima del 10% prescritta dal paragrafo 1. Tale modificazione lascia tuttavia impregiudicato l'obbligo di un accrescimento annuale del 20% del valore complessivo dei contingenti globali.

(6) Gli Stati membri che siano andati oltre quanto era loro obbligo nei riguardi del livello di liberalizzazione, attuato in applicazione delle decisioni del Consiglio dell'Organizzazione Europea di Cooperazione Economica in data 14 gennaio 1955, sono autorizzati a considerare l'ammontare delle importazioni liberalizzate in via autonoma nel calcolo dell'aumento complessivo annuo del 20% previsto dal paragrafo 1. Tale calcolo è sottoposto alla preventiva approvazione della Commissione.

(7) Mediante direttive della Commissione sono stabiliti la procedura e il ritmo d'abolizione tra gli Stati membri delle misure di effetto equivalente a contingentamenti, esistenti alla data dell'entrata in vigore del presente Trattato.

(8) Qualora la Commissione constati che l'applicazione delle disposizioni del presente articolo, e in particolare quelle relative alle percentuali, non consente di assicurare il carattere graduale dell'eliminazione di cui all'articolo 32, comma secondo, il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione, all'unanimità durante la prima tappa e a maggioranza qualificata in seguito, può modificare la procedura prevista dal presente articolo e in particolare procedere all'aumento delle percentuali stabilite.

Articolo 34

(1) Sono vietate fra gli Stati membri le restrizioni quantitative all'esportazione e qualsiasi misura di effetto equivalente.

(2) Gli Stati membri aboliscono, al più tardi al termine della prima tappa, le restrizioni quantitative all'esportazione e qualsiasi misura di effetto equivalente esistenti al momento dell'entrata in vigore del presente Trattato.

Articolo 35

Gli Stati membri si dichiarano disposti a eliminare, nei confronti degli altri Stati membri, le restrizioni quantitative all'importazione e all'esportazione secondo un ritmo

(2) Wanneer voor een niet-geliberaliseerd produkt het globale contingent minder dan 3% van de nationale produktie van de betrokken Staat bedraagt, wordt uiterlijk één jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag een contingent van ten minste 3% dezer produktie vastgesteld. Na het tweede jaar wordt dit contingent op 4% en na het derde jaar op 5% gebracht. Vervolgens verhoogt de betrokken Lid-Staat het contingent jaarlijks met ten minste 15%.

Bestaat er in het geheel geen nationale produktie, dan stelt de Commissie bij wege van beschikking een passend contingent vast.

(3) Aan het einde van het tiende jaar moet ieder contingent ten minste 20% van de nationale produktie bedragen.

(4) Wanneer de Commissie bij beschikking vaststelt dat de invoer van een produkt gedurende twee opeenvolgende jaren beneden het beschikbare contingent is gebleven, mag dit globale contingent bij de berekening van de totale waarde van de globale contingenten niet in aanmerking worden genomen. In dat geval schaft de Lid-Staat de contingentering voor dit produkt af.

(5) Voor de contingenten welke 20% van de nationale produktie van het betrokken goed overschrijden, kan de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie, het in lid 1 van dit artikel voorgeschreven minimumpercentage van 10% verlagen. Deze wijziging doet evenwel geen afbreuk aan de verplichting, om de totale waarde van de globale contingenten jaarlijks met 20% te verhogen.

(6) De Lid-Staten welke met betrekking tot het liberalisatiepeil, bereikt met toepassing van de op 14 januari 1955 door de Raad van Ministers van de Organisatie voor Europese Economische Samenwerking genomen besluiten, meer hebben gedaan dan waartoe zij verplicht waren, zijn gerechtigd bij de berekening van de totale jaarlijkse verhoging van 20%, in lid 1 van dit artikel bepaald, rekening te houden met de waarde van de autonoom geliberaliseerde invoer. Deze berekening behoeft de voorafgaande goedkeuring van de Commissie.

(7) De Commissie stelt richtlijnen vast inzake de procedure en het ritme van de opheffing tussen de Lid-Staten van maatregelen van gelijke werking als contingenten, die op het tijdstip van de inwerkingtreding van het Verdrag tussen de Lid-Staten bestaan.

(8) Indien de Commissie vaststelt dat door de toepassing van dit artikel, in het bijzonder van de bepalingen betreffende de percentages, de in de tweede alinea van artikel 32 bedoelde geleidelijke opheffing niet wordt verzekerd, kan de Raad gedurende de eerste etappe met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie de in dit artikel bedoelde procedure wijzigen en in het bijzonder de vastgestelde percentages verhogen.

Artikel 34

(1) Kwantitatieve uitvoerbepalingen en alle maatregelen van gelijke werking zijn tussen de Lid-Staten verboden.

(2) De Lid-Staten heffen uiterlijk aan het einde van de eerste etappe de kwantitatieve uitvoerbepalingen en alle maatregelen van gelijke werking op, welke bij de inwerkingtreding van dit Verdrag bestaan.

Artikel 35

De Lid-Staten verklaren zich bereid, hun ten opzichte van de overige Lid-Staten bestaande kwantitatieve beperkingen van de in- en uitvoer in een sneller tempo af

Artikeln vorgesehen zu beseitigen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die beteiligten Staaten.

Artikel 36

Die Bestimmungen der Artikel 30 bis 34 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen.

Artikel 37

(1) Die Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole schrittweise derart um, daß am Ende der Übergangszeit jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die ein Mitgliedstaat unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Mitgliedstaaten rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder merklich beeinflusst. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen jede neue Maßnahme, die den in Absatz (1) genannten Grundsätzen widerspricht oder die Tragweite der Artikel über die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten einengt.

(3) Die Zeitfolge der in Absatz (1) vorgesehenen Maßnahmen ist der in den Artikeln 30 bis 34 vorgesehenen Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen für dieselben Waren anzupassen.

Unterliegt eine Ware nur in einem oder mehreren Mitgliedstaaten einem staatlichen Handelsmonopol, so kann die Kommission die anderen Mitgliedstaaten ermächtigen, bis zur Verwirklichung der in Absatz (1) vorgesehenen Anpassung Schutzmaßnahmen zu ergreifen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

(4) Ist mit einem staatlichen Handelsmonopol eine Regelung zur Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieses Artikels gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger gewährleistet werden; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen.

(5) Die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten gelten nur insoweit, als sie mit bestehenden internationalen Abkommen vereinbar sind.

(6) Mit Beginn der ersten Stufe spricht die Kommission Empfehlungen aus über die Art und Weise und die Zeitfolge der in diesem Artikel vorgesehenen Anpassung.

rythme plus rapide que celui prévu aux articles précédents, si leur situation économique générale et la situation du secteur intéressé le leur permettent.

La Commission adresse aux États intéressés des recommandations à cet effet.

Article 36

Les dispositions des articles 30 à 34 inclus ne font pas obstacle aux interdictions ou restrictions d'importation, d'exportation ou de transit, justifiées par des raisons de moralité publique, d'ordre public, de sécurité publique, de protection de la santé et de la vie des personnes et des animaux ou de préservation des végétaux, de protection des trésors nationaux ayant une valeur artistique, historique ou archéologique, ou de protection de la propriété industrielle et commerciale. Toutefois, ces interdictions ou restrictions ne doivent constituer ni un moyen de discrimination arbitraire, ni une restriction déguisée dans le commerce entre les États membres.

Article 37

(1) Les États membres aménagent progressivement les monopoles nationaux présentant un caractère commercial, de telle façon qu'à l'expiration de la période de transition soit assurée, dans les conditions d'approvisionnement et de débouchés, l'exclusion de toute discrimination entre les ressortissants des États membres.

Les dispositions du présent article s'appliquent à tout organisme par lequel un État membre, de jure ou de facto, contrôle, dirige ou influence sensiblement, directement ou indirectement, les importations ou les exportations entre les États membres. Ces dispositions s'appliquent également aux monopoles d'État délégués.

(2) Les États membres s'abstiennent de toute mesure nouvelle contraire aux principes énoncés au paragraphe (1) ou qui restreint la portée des articles relatifs à l'élimination des droits de douane et des restrictions quantitatives entre les États membres.

(3) Le rythme des mesures envisagées au paragraphe (1) doit être adapté à l'élimination, prévue aux articles 30 à 34 inclus, des restrictions quantitatives pour les mêmes produits.

Au cas où un produit n'est assujéti que dans un seul ou dans plusieurs États membres à un monopole national présentant un caractère commercial, la Commission peut autoriser les autres États membres à appliquer des mesures de sauvegarde dont elle détermine les conditions et modalités, aussi longtemps que l'adaptation prévue au paragraphe (1) n'a pas été réalisée.

(4) Dans le cas d'un monopole à caractère commercial comportant une réglementation destinée à faciliter l'écoulement et la valorisation de produits agricoles, il convient d'assurer, dans l'application des règles du présent article, des garanties équivalentes pour l'emploi et le niveau de vie des producteurs intéressés, compte tenu du rythme des adaptations possibles et des spécialisations nécessaires.

(5) D'autre part, les obligations des États membres ne valent que pour autant qu'elles sont compatibles avec les accords internationaux existants.

(6) La Commission fait, dès la première étape, des recommandations au sujet des modalités et du rythme selon lesquels l'adaptation prévue au présent article doit être réalisée.

più rapido di quello previsto dagli articoli precedenti, quando ciò sia loro consentito dalla loro situazione economica generale e dalla situazione del settore interessato.

La Commissione rivolge raccomandazioni a tal fine agli Stati interessati.

Articolo 36

Le disposizioni degli articoli da 30 a 34 inclusi lasciano impregiudicati i divieti o restrizioni all'importazione, all'esportazione e al transito giustificati da motivi di moralità pubblica, di ordine pubblico, di pubblica sicurezza, di tutela della salute e della vita delle persone e degli animali o di preservazione dei vegetali, di protezione del patrimonio artistico, storico o archeologico nazionale, o di tutela della proprietà industriale e commerciale. Tuttavia, tali divieti o restrizioni non devono costituire un mezzo di discriminazione arbitraria, nè una restrizione dissimulata al commercio tra gli Stati membri.

Articolo 37

(1) Gli Stati membri procedono a un progressivo riordinamento dei monopoli nazionali che presentano un carattere commerciale, in modo che venga esclusa, alla fine del periodo transitorio, qualsiasi discriminazione fra i cittadini degli Stati membri per quanto riguarda le condizioni relative all'approvvigionamento e agli sbocchi.

Le disposizioni del presente articolo si applicano a qualsiasi organismo per mezzo del quale uno Stato membro, de jure o de facto, controlla, dirige o influenza sensibilmente, direttamente o indirettamente, le importazioni o le esportazioni fra gli Stati membri. Tali disposizioni si applicano altresì ai monopoli di Stato delegati.

(2) Gli Stati membri si astengono da qualsiasi nuova misura contraria ai principi enunciati nel paragrafo 1, o tale da limitare la portata degli articoli relativi all'abolizione dei dazi doganali e delle restrizioni quantitative fra gli Stati membri.

(3) Il ritmo delle misure di cui al paragrafo 1 deve essere adattato all'eliminazione delle restrizioni quantitative per gli stessi prodotti, prevista dagli articoli da 30 a 34 inclusi.

Qualora un prodotto non sia soggetto che in un solo Stato membro o in più Stati membri a un monopolio nazionale a carattere commerciale, la Commissione può autorizzare gli altri Stati membri ad applicare misure di salvaguardia di cui essa determina le condizioni e modalità, fino a quando non sia stato realizzato il riordinamento previsto dal paragrafo 1.

(4) Nel caso di un monopolio a carattere commerciale che comporti una regolamentazione destinata ad agevolare lo smercio o la valorizzazione di prodotti agricoli, è opportuno assicurare, nell'applicazione delle norme del presente articolo, garanzie equivalenti per l'occupazione e il tenore di vita dei produttori interessati, avuto riguardo al ritmo degli adattamenti possibili e delle specializzazioni necessarie.

(5) D'altra parte, gli obblighi degli Stati membri sussistono solo in quanto compatibili con gli accordi internazionali esistenti.

(6) La Commissione formula, fin dalla prima tappa, raccomandazioni in merito alle modalità e al ritmo da seguire nell'attuazione del riordinamento di cui al presente articolo.

te schaffen dan in de voorgaande artikelen is bepaald, indien hun algemene economische toestand en de toestand in de betrokken sector hun zulks toelaten.

De Commissie doet de betrokken Staten daartoe aanbevelingen.

Artikel 36

De bepalingen van de artikelen 30 tot en met 34 vormen geen beletsel voor verboden of beperkingen van invoer, uitvoer of doorvoer, welke gerechtvaardigd zijn uit hoofde van bescherming van de openbare zedelijkheid, de openbare orde, de openbare veiligheid, de gezondheid en het leven van personen, dieren of planten, het nationaal artistiek, historisch en archeologisch bezit of uit hoofde van bescherming van de industriële en commerciële eigendom. Deze verboden of beperkingen mogen echter geen middel tot willekeurige discriminatie noch een verkapt beperking van de handel tussen de Lid-Staten vormen.

Artikel 37

(1) De Lid-Staten passen hun nationale monopolies van commerciële aard geleidelijk aan, in dier voege dat aan het einde van de overgangperiode elke discriminatie tussen de onderdanen van de Lid-Staten, wat de voorwaarden van de voorziening en afzet betreft, is uitgesloten.

De bepalingen van dit artikel zijn van toepassing op elk lichaam waardoor een Lid-Staat de invoer of de uitvoer tussen de Lid-Staten in rechte of in feite rechtstreeks of zijdelings beheerst, leidt of aanmerkelijk beïnvloedt. Deze bepalingen zijn eveneens van toepassing op de door een Staat gedelegeerde monopolies.

(2) De Lid-Staten onthouden zich ervan enige nieuwe maatregel te treffen welke tegen de in lid 1 vermelde beginselen indruist of de draagwijdte van de artikelen inzake de afschaffing der douanerechten en der kwantitatieve beperkingen tussen de Lid-Staten beperkt.

(3) Het ritme van de in lid 1 beoogde maatregelen moet worden aangepast aan de in de artikelen 30 tot en met 34 bedoelde afschaffing der kwantitatieve beperkingen voor dezelfde produkten.

Ingeval een produkt slechts in een of in enkele Lid-Staten aan een nationaal monopolie van commerciële aard is onderworpen, kan de Commissie de overige Lid-Staten machtigen, zolang vrijwaringsmaatregelen toe te passen, als de in lid 1 genoemde aanpassing niet is verwezenlijkt; de Commissie stelt de voorwaarden en de wijze van toepassing van deze vrijwaringsmaatregelen vast.

(4) Wanneer er een monopolie van commerciële aard bestaat, dat een regeling ter vergemakkelijking van de afzet of van de valorisatie van landbouwprodukten omvat, dienen bij de toepassing van de bepalingen van dit artikel gelijkwaardige waarborgen te worden gegeven voor de werkgelegenheid en de levensstandaard van de betrokken producenten, gelet op het ritme van de mogelijke aanpassing en van de noodzakelijke specialisatie.

(5) De verplichtingen van de Lid-Staten gelden slechts voor zover zij verenigbaar zijn met de bestaande internationale akkoorden.

(6) De Commissie doet van de eerste etappe af aanbevelingen met betrekking tot de wijze waarop en het ritme waarin de in dit artikel voorgeschreven aanpassing moet worden verwezenlijkt.

TITEL II

Die Landwirtschaft

Artikel 38

(1) Der Gemeinsame Markt umfaßt auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen.

(2) Die Vorschriften für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes finden auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung, soweit in den Artikeln 39 bis 46 nicht etwas anderes bestimmt ist.

(3) Die Erzeugnisse, für welche die Artikel 39 bis 46 gelten, sind in der diesem Vertrag als Anhang II beigefügten Liste aufgeführt. Binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission, welche Erzeugnisse noch in diese Liste aufzunehmen sind.

(4) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik der Mitgliedstaaten Hand in Hand gehen.

Artikel 39

(1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es,

- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

(2) Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist folgendes zu berücksichtigen:

- a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
- b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;
- c) die Tatsache, daß die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Artikel 40

(1) Die Mitgliedstaaten entwickeln die gemeinsame Agrarpolitik schrittweise während der Übergangszeit und legen sie noch vor deren Ende fest.

(2) Um die Ziele des Artikels 39 zu erreichen, wird eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte geschaffen.

TITRE II

L'agriculture

Article 38

(1) Le marché commun s'étend à l'agriculture et au commerce des produits agricoles. Par produits agricoles on entend les produits du sol, de l'élevage et de la pêche, ainsi que les produits de première transformation qui sont en rapport direct avec ces produits.

(2) Sauf dispositions contraires des articles 39 à 46 inclus, les règles prévues pour l'établissement du marché commun sont applicables aux produits agricoles.

(3) Les produits qui sont soumis aux dispositions des articles 39 à 46 inclus sont énumérés à la liste qui fait l'objet de l'Annexe II du présent Traité. Toutefois, dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de ce Traité, le Conseil, sur proposition de la Commission, décide à la majorité qualifiée des produits qui doivent être ajoutés à cette liste.

(4) Le fonctionnement et le développement du marché commun pour les produits agricoles doivent s'accompagner de l'établissement d'une politique agricole commune des États membres.

Article 39

(1) La politique agricole commune a pour but:

- a) d'accroître la productivité de l'agriculture en développant le progrès technique, en assurant le développement rationnel de la production agricole ainsi qu'un emploi optimum des facteurs de production, notamment de la main-d'œuvre,
- b) d'assurer ainsi un niveau de vie équitable à la population agricole, notamment par le relèvement du revenu individuel de ceux qui travaillent dans l'agriculture,
- c) de stabiliser les marchés,
- d) de garantir la sécurité des approvisionnements,
- e) d'assurer des prix raisonnables dans les livraisons aux consommateurs.

(2) Dans l'élaboration de la politique agricole commune et des méthodes spéciales qu'elle peut impliquer, il sera tenu compte:

- a) du caractère particulier de l'activité agricole, découlant de la structure sociale de l'agriculture et des disparités structurelles et naturelles entre les diverses régions agricoles,
- b) de la nécessité d'opérer graduellement les ajustements opportuns,
- c) du fait que, dans les États membres, l'agriculture constitue un secteur intimement lié à l'ensemble de l'économie.

Article 40

(1) Les États membres développent graduellement pendant la période de transition, et établissent, au plus tard à la fin de cette période, la politique agricole commune.

(2) En vue d'atteindre les objectifs prévus à l'article 39, il sera établi une organisation commune des marchés agricoles.

TITOLO II
Agricoltura
Articolo 38

(1) Il mercato comune comprende l'agricoltura e il commercio dei prodotti agricoli. Per prodotti agricoli si intendono i prodotti del suolo, dell'allevamento e della pesca, come pure i prodotti di prima trasformazione che sono in diretta connessione con tali prodotti.

(2) Salvo contrarie disposizioni degli articoli da 39 a 46 inclusi, le norme previste per l'instaurazione del mercato comune sono applicabili ai prodotti agricoli.

(3) I prodotti cui si applicano le disposizioni degli articoli da 39 a 46 inclusi sono enumerati nell'elenco che costituisce l'allegato II del presente Trattato. Tuttavia, nel termine di due anni a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato, il Consiglio, su proposta della Commissione, decide a maggioranza qualificata circa i prodotti che devono essere aggiunti a tale elenco.

(4) Il funzionamento e lo sviluppo del mercato comune per i prodotti agricoli devono essere accompagnati dall'instaurazione di una politica agricola comune degli Stati membri.

Articolo 39

(1) Le finalità della politica agricola comune sono:

- a) incrementare la produttività dell'agricoltura, sviluppando il progresso tecnico, assicurando lo sviluppo razionale della produzione agricola come pure un'impiego migliore dei fattori di produzione, in particolare della mano d'opera,
- b) assicurare così un tenore di vita equo alla popolazione agricola, grazie in particolare al miglioramento del reddito individuale di coloro che lavorano nell'agricoltura,
- c) stabilizzare i mercati,
- d) garantire la sicurezza degli approvvigionamenti,
- e) assicurare prezzi ragionevoli nelle consegne ai consumatori.

(2) Nell'elaborazione della politica agricola comune e dei metodi speciali che questa può implicare, si dovrà considerare:

- a) il carattere particolare dell'attività agricola che deriva dalla struttura sociale dell'agricoltura e dalle disparità strutturali e naturali fra le diverse regioni agricole,
- b) la necessità di operare gradatamente gli opportuni adattamenti,
- c) il fatto che, negli Stati membri, l'agricoltura costituisce un settore intimamente connesso all'insieme dell'economia.

Articolo 40

(1) Gli Stati membri sviluppano gradatamente la politica agricola comune durante il periodo transitorio e la instaurano al più tardi alla fine di tale periodo.

(2) Per raggiungere gli obiettivi previsti dall'articolo 39, sarà creata una organizzazione comune dei mercati agricoli.

TITEL II
De landbouw
Artikel 38

(1) De gemeenschappelijke markt omvat mede de landbouw en de handel in landbouwprodukten. Onder landbouwprodukten worden verstaan de voortbrengselen van bodem, veeteelt en visserij alsmede de produkten in eerste graad van bewerking welke met de genoemde voortbrengselen rechtstreeks verband houden.

(2) Voor zover in de artikelen 39 tot en met 46 niet anders is bepaald, zijn de regels voor de instelling van de gemeenschappelijke markt van toepassing op de landbouwprodukten.

(3) De produkten welke vallen onder de bepalingen van de artikelen 39 tot en met 46, zijn vermeld in een lijst die als bijlage II aan dit Verdrag is gehecht. Evenwel, binnen twee jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag, besluit de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie, welke produkten aan deze lijst moeten worden toegevoegd.

(4) De werking en de ontwikkeling van de gemeenschappelijke markt voor de landbouwprodukten dienen gepaard te gaan met de totstandkoming van een gemeenschappelijk landbouwbeleid van de Lid-Staten.

Artikel 39

(1) Het gemeenschappelijk landbouwbeleid heeft ten doel:

- a) de produktiviteit van de landbouw te doen toenemen door de technische vooruitgang te bevorderen en door zowel de rationele ontwikkeling van de landbouwproduktie als een optimaal gebruik van de produktiefactoren, met name van de arbeidskrachten, te verzekeren,
- b) aldus de landbouwbevolking een redelijke levensstandaard te verzekeren, met name door de verhoging van het hoofdelijk inkomen van hen die in de landbouw werkzaam zijn,
- c) de markten te stabiliseren,
- d) de voorziening veilig te stellen,
- e) redelijke prijzen bij de levering aan verbruikers te verzekeren.

(2) Bij het tot stand brengen van het gemeenschappelijk landbouwbeleid en van de daarvoor te treffen bijzondere voorzieningen zal rekening gehouden worden met:

- a) de bijzondere aard van het landbouwbedrijf, welke voortvloeit uit de maatschappelijke structuur van de landbouw en uit de structurele en natuurlijke ongelijkheid tussen de verschillende landbouwgebieden,
- b) de noodzaak, de dienstige aanpassingen geleidelijk te doen verlopen,
- c) het feit, dat de landbouwsector in die Lid-Staten nauw verweven is met de gehele economie.

Artikel 40

(1) De Lid-Staten ontwikkelen tijdens de overgangsperiode geleidelijk het gemeenschappelijk landbouwbeleid en brengen het uiterlijk aan het einde van die periode tot stand.

(2) Om de in artikel 39 gestelde doeleinden te bereiken zal een gemeenschappelijke ordening van de landbouwmarkten tot stand worden gebracht.

Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

- a) gemeinsame Wettbewerbsregeln;
- b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;
- c) eine Europäische Marktordnung.

(3) Die nach Absatz (2) gestaltete gemeinsame Organisation kann alle zur Durchführung des Artikels 39 erforderlichen Maßnahmen einschließen, insbesondere Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung der verschiedenen Erzeugnisse, Einlagerungs- und Ausgleichsmaßnahmen, gemeinsame Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr.

Die gemeinsame Organisation hat sich auf die Verfolgung der Ziele des Artikels 39 zu beschränken und jede Diskriminierung zwischen Erzeugern oder Verbrauchern innerhalb der Gemeinschaft auszuschließen.

Eine etwaige gemeinsame Preispolitik muß auf gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Berechnungsmethoden beruhen.

(4) Um der in Absatz (2) genannten gemeinsamen Organisation die Erreichung ihrer Ziele zu ermöglichen, können ein oder mehrere Ausrichtungs- oder Garantiefonds für die Landwirtschaft geschaffen werden.

Artikel 41

Um die Ziele des Artikels 39 zu erreichen, können im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

- a) eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden;
- b) gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

Artikel 42

Das Kapitel über die Wettbewerbsregeln findet auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Berücksichtigung der Ziele des Artikels 39 im Rahmen des Artikels 43 Absätze (2) und (3) und gemäß dem dort vorgesehenen Verfahren bestimmt.

Der Rat kann insbesondere genehmigen, daß Beihilfen gewährt werden

- a) zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind, oder
- b) im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Artikel 43

(1) Zur Erarbeitung der Grundlinien für eine gemeinsame Agrarpolitik beruft die Kommission unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine Konferenz der Mitgliedstaaten ein, um einen Vergleich ihrer Agrarpolitik, insbesondere durch Gegenüberstellung ihrer Produktionsmöglichkeiten und ihres Bedarfs, vorzunehmen.

(2) Unter Berücksichtigung der Arbeiten der in Absatz (1) vorgesehenen Konferenz legt die Kommission nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpoli-

Suivant les produits, cette organisation prend l'une des formes ci-après:

- a) des règles communes en matière de concurrence,
- b) une coordination obligatoire des diverses organisations nationales de marché,
- c) une Organisation européenne du marché.

(3) L'organisation commune sous une des formes prévues au paragraphe (2) peut comporter toutes les mesures nécessaires pour atteindre les objectifs définis à l'article 39, notamment des réglementations des prix, des subventions tant à la production qu'à la commercialisation des différents produits, des systèmes de stockage et de report, des mécanismes communs de stabilisation à l'importation ou à l'exportation.

Elle doit se limiter à poursuivre les objectifs énoncés à l'article 39 et doit exclure toute discrimination entre producteurs ou consommateurs de la Communauté.

Une politique commune éventuelle des prix doit être fondée sur des critères communs et sur des méthodes de calcul uniformes.

(4) Afin de permettre à l'organisation commune visée au paragraphe (2) d'atteindre ses objectifs, il peut être créé un ou plusieurs fonds d'orientation et de garantie agricoles.

Article 41

Pour permettre d'atteindre les objectifs définis à l'article 39, il peut notamment être prévu dans le cadre de la politique agricole commune:

- a) une coordination efficace des efforts entrepris dans les domaines de la formation professionnelle, de la recherche et de la vulgarisation agronomique, pouvant comporter des projets ou institutions financés en commun,
- b) des actions communes pour le développement de la consommation de certains produits.

Article 42

Les dispositions du chapitre relatif aux règles de concurrence ne sont applicables à la production et au commerce des produits agricoles que dans la mesure déterminée par le Conseil dans le cadre des dispositions et conformément à la procédure prévues à l'article 43 paragraphes (2) et (3), compte tenu des objectifs énoncés à l'article 39.

Le Conseil peut notamment autoriser l'octroi d'aides:

- a) pour la protection des exploitations défavorisées par des conditions structurelles ou naturelles,
- b) dans le cadre de programmes de développement économique.

Article 43

(1) Afin de dégager les lignes directrices d'une politique agricole commune, la Commission convoque, dès l'entrée en vigueur du Traité, une conférence des États membres pour procéder à la confrontation de leurs politiques agricoles, en établissant notamment le bilan de leurs ressources et de leurs besoins.

(2) La Commission, en tenant compte des travaux de la conférence prévue au paragraphe (1), présente, après consultation du Comité économique et social et dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, des propositions en ce qui concerne l'éla-

A seconda dei prodotti, tale organizzazione assume una delle forme qui sotto specificate:

- a) regole comuni in materia di concorrenza,
- b) un coordinamento obbligatorio delle diverse organizzazioni nazionali del mercato,
- c) una Organizzazione europea del mercato.

(3) L'organizzazione comune in una delle forme indicate al paragrafo 2 può comprendere tutte le misure necessarie al raggiungimento degli obiettivi definiti all'articolo 39, e in particolare regolamentazioni dei prezzi, sovvenzioni sia alla produzione che alla distribuzione dei diversi prodotti, sistemi per la costituzione di scorte e per il riporto, meccanismi comuni di stabilizzazione all'importazione o all'esportazione.

Essa deve limitarsi a perseguire gli obiettivi enunciati nell'articolo 39 e deve escludere qualsiasi discriminazione fra produttori o consumatori della Comunità.

Un'eventuale politica comune dei prezzi deve essere basata su criteri comuni e su metodi di calcolo uniformi.

(4) Per consentire all'organizzazione comune di cui al paragrafo 2 di raggiungere i suoi obiettivi, potranno essere creati uno o più fondi agricoli d'orientamento e di garanzia.

Articolo 41

Per consentire il raggiungimento degli obiettivi definiti dall'articolo 39, può essere in particolare previsto nell'ambito della politica agricola comune:

- a) un coordinamento efficace degli sforzi intrapresi nei settori della formazione professionale, della ricerca e della divulgazione dell'agronomia, che possono comportare progetti o istituzioni finanziate in comune,
- b) azioni comuni per lo sviluppo del consumo di determinati prodotti.

Articolo 42

Le disposizioni del capo relativo alle regole di concorrenza sono applicabili alla produzione e al commercio dei prodotti agricoli soltanto nella misura determinata dal Consiglio, nel quadro delle disposizioni e conformemente alla procedura di cui all'articolo 43, paragrafi 2 e 3, avuto riguardo agli obiettivi enunciati nell'articolo 39.

Il Consiglio può in particolare autorizzare la concessione di aiuti:

- a) per la protezione delle aziende sfavorite da condizioni strutturali o naturali,
- b) nel quadro di programmi di sviluppo economico.

Articolo 43

(1) Per tracciare le linee direttrici di una politica agricola comune, la Commissione convoca, non appena entrato in vigore il Trattato, una conferenza degli Stati membri per procedere al raffronto delle loro politiche agricole, stabilendo in particolare il bilancio delle loro risorse e dei loro bisogni.

(2) La Commissione, avuto riguardo ai lavori della conferenza prevista al paragrafo 1, dopo aver consultato il Comitato economico e sociale, presenta, nel termine di due anni a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato, delle proposte in merito all'elaborazione e all'at-

Naar gelang van de produkten neemt deze ordening een van de volgende vormen aan:

- a) gemeenschappelijke regels inzake mededinging,
- b) verplichte coördinatie van de verschillende nationale marktorganisaties,
- c) een Europese marktorganisatie.

(3) De gemeenschappelijke ordening in een der in lid 2 vermelde vormen kan alle maatregelen medebrengen welke noodzakelijk zijn om de in artikel 39 omschreven doelstellingen te bereiken, met name prijsregelingen, subsidies zowel voor de productie als voor het in de handel brengen der verschillende produkten, systemen van voorraadvorming en opslag en gemeenschappelijke organisatorische voorzieningen voor de stabilisatie van de in- of uitvoer.

Zij moet zich beperken tot het nastreven van de in artikel 39 genoemde doeleinden en elke discriminatie tussen producenten of verbruikers van de Gemeenschap uitsluiten.

Een eventueel gemeenschappelijk prijsbeleid moet op gemeenschappelijke criteria en op eenvormige berekeningswijzen berusten.

(4) Om de in lid 2 bedoelde gemeenschappelijke ordening aan haar doel te laten beantwoorden, kunnen een of meer oriëntatie- en garantiefondsen voor de landbouw in het leven worden geroepen.

Artikel 41

Ten einde de in artikel 39 omschreven doeleinden te bereiken, kunnen in het kader van het gemeenschappelijk landbouwbeleid met name voorzieningen worden getroffen met betrekking tot:

- a) een doeltreffende coördinatie van hetgeen ondernomen wordt op het gebied van de beroepsopleiding, het landbouwkundig onderzoek en de landbouwkundige voorlichting, welke coördinatie gemeenschappelijk gefinancierde projecten of instellingen kan medebrengen.
- b) gemeenschappelijke acties voor de ontwikkeling van het verbruik van bepaalde produkten.

Artikel 42

De bepalingen van het hoofdstuk over regels betreffende de mededinging zijn op de voortbrenging van en de handel in landbouwprodukten slechts in zoverre van toepassing, als door de Raad met inachtneming van de in artikel 39 vermelde doeleinden zal worden bepaald binnen het raam van de bepalingen en overeenkomstig de procedure van artikel 43, leden 2 en 3.

De Raad kan met name machtiging geven tot het verlenen van steun:

- a) ter bescherming van door structurele of natuurlijke omstandigheden benadeelde bedrijven,
- b) in het kader van economische ontwikkelingsplannen.

Artikel 43

(1) Ten einde de hoofdlijnen van een gemeenschappelijk landbouwbeleid uit te stippelen, roept de Commissie, zodra het Verdrag in werking is getreden, een conferentie van de Lid-Staten bijeen, om hun landbouwbeleid onderling te vergelijken, met name door een overzicht op te stellen van hun middelen en behoeften.

(2) Rekening houdend met de werkzaamheden van de in lid 1 bedoelde conferentie, doet de Commissie, na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité, binnen twee jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag voorstellen inzake de totstandbrenging en de uitvoering

tik Vorschläge vor, welche unter anderem die Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in Artikel 40 Absatz (2) vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen sowie die Durchführung der in diesem Titel bezeichneten Maßnahmen vorsehen.

Diese Vorschläge müssen dem inneren Zusammenhang der in diesem Titel aufgeführten landwirtschaftlichen Fragen Rechnung tragen.

Der Rat erläßt während der beiden ersten Stufen einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung Verordnungen, Richtlinien oder Entscheidungen, unbeschadet seiner etwaigen Empfehlungen.

(3) Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit die einzelstaatlichen Marktordnungen nach Maßgabe des Absatzes (2) durch die in Artikel 40 Absatz (2) vorgesehene gemeinsame Organisation ersetzen,

a) wenn sie den Mitgliedstaaten, die sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben und eine eigene Marktordnung für die in Betracht kommende Erzeugung besitzen, gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bietet; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen;

b) und wenn die gemeinsame Organisation für den Handelsverkehr innerhalb der Gemeinschaft Bedingungen sicherstellt, die denen eines Binnenmarktes entsprechen.

(4) Wird eine gemeinsame Organisation für bestimmte Rohstoffe geschaffen, bevor eine gemeinsame Organisation für die entsprechenden weiterverarbeiteten Erzeugnisse besteht, so können die betreffenden Rohstoffe aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft eingeführt werden, wenn sie für weiterverarbeitete Erzeugnisse verwendet werden, die zur Ausfuhr nach dritten Ländern bestimmt sind.

Artikel 44

(1) Soweit die schrittweise Beseitigung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten zu Preisen führen könnte, welche die Ziele des Artikels 39 gefährden würden, kann jeder Mitgliedstaat während der Übergangszeit in nichtdiskriminierender Weise und soweit dies die in Artikel 45 Absatz (2) vorgesehene Ausweitung des Handels nicht beeinträchtigt, für bestimmte Erzeugnisse anstelle von Kontingenten ein System von Mindestpreisen anwenden, bei deren Unterschreitung die Einfuhr

- entweder vorübergehend eingestellt oder eingeschränkt
- oder von der Bedingung abhängig gemacht werden kann, daß sie zu Preisen erfolgt, die über dem für das betreffende Erzeugnis festgesetzten Mindestpreis liegen.

Im zweiten Falle werden die Mindestpreise unter Ausschluß der Zollbelastung festgesetzt.

(2) Die Mindestpreise dürfen weder einen Rückgang des zwischen den Mitgliedstaaten bei Inkrafttreten dieses Vertrags bestehenden Handelsverkehrs bewirken noch dessen schrittweise Ausweitung hindern. Sie dürfen nicht in einer Weise angewendet werden, welche der Entwicklung einer natürlichen Präferenz zwischen den Mitgliedstaaten entgegensteht.

laboration et la mise en œuvre de la politique agricole commune y compris la substitution aux organisations nationales de l'une des formes d'organisation commune prévues à l'article 40 paragraphe (2), ainsi que la mise en œuvre des mesures spécialement mentionnées au présent titre.

Ces propositions doivent tenir compte de l'interdépendance des questions agricoles évoquées au présent titre.

Sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, le Conseil, statuant à l'unanimité au cours des deux premières étapes et à la majorité qualifiée par la suite, arrête des règlements ou des directives, ou prend des décisions, sans préjudice des recommandations qu'il pourrait formuler.

(3) L'organisation commune prévue à l'article 40 paragraphe (2), peut être substituée aux organisations nationales du marché dans les conditions prévues au paragraphe précédent par le Conseil statuant à la majorité qualifiée:

a) si l'organisation commune offre aux États membres opposés à cette mesure et disposant eux-mêmes d'une organisation nationale pour la production en cause, des garanties équivalentes pour l'emploi et le niveau de vie des producteurs intéressés, compte tenu du rythme des adaptations possibles et des spécialisations nécessaires, et

b) si cette organisation assure aux échanges à l'intérieur de la Communauté des conditions analogues à celles qui existent dans un marché national.

(4) S'il est créée une organisation commune pour certaines matières premières, sans qu'il existe encore une organisation commune pour les produits de transformation correspondants, les matières premières en cause utilisées pour les produits de transformation destinés à l'exportation vers les pays tiers peuvent être importées de l'extérieur de la Communauté.

Article 44

(1) Au cours de la période de transition, pour autant que la suppression progressive des droits de douane et des restrictions quantitatives entre les États membres est susceptible de conduire à des prix de nature à mettre en péril les objectifs fixés à l'article 39, il est permis à chaque État membre d'appliquer pour certains produits, d'une façon non discriminatoire et en remplacement des contingents, dans une mesure qui n'entrave pas l'expansion du volume des échanges prévu à l'article 45 paragraphe (2), un système de prix minima au-dessous desquels les importations peuvent être:

- soit temporairement suspendues ou réduites,
- soit soumises à la condition qu'elles se fassent à un prix supérieur au prix minimum fixé pour le produit en cause.

Dans le deuxième cas, les prix minima sont fixés droits de douane non compris.

(2) Les prix minima ne doivent pas avoir pour effet une réduction des échanges existant entre les États membres à l'entrée en vigueur du présent Traité, ni faire obstacle à une extension progressive de ces échanges. Les prix minima ne doivent pas être appliqués de manière à faire obstacle au développement d'une préférence naturelle entre les États membres.

tuazione della politica agricola comune, ivi compresa la sostituzione alle organizzazioni nazionali di una delle forme d'organizzazione comune previste dall'articolo 40, paragrafo 2, come pure l'attuazione delle misure specificate nel presente titolo.

Tali proposte devono tener conto dell'interdipendenza delle questioni agricole menzionate nel presente titolo.

Su proposta della Commissione, previa consultazione dell'Assemblea, il Consiglio, deliberando all'unanimità durante le due prime tappe e a maggioranza qualificata in seguito, stabilisce regolamenti o direttive, oppure prende decisioni, senza pregiudizio delle raccomandazioni che potrebbe formulare.

(3) L'organizzazione comune prevista dall'articolo 40, paragrafo 2, può essere sostituita alle organizzazioni nazionali del mercato, alle condizioni previste dal paragrafo precedente, dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata:

- a) quando l'organizzazione comune offra agli Stati membri che si oppongono alla decisione e dispongono essi stessi di una organizzazione nazionale per la produzione di cui trattasi, garanzie equivalenti per l'occupazione ed il tenore di vita dei produttori interessati, avuto riguardo al ritmo degli adattamenti possibili e delle specializzazioni necessarie, e
- b) quando tale organizzazione assicuri agli scambi all'interno della Comunità condizioni analoghe a quelle esistenti in un mercato nazionale.

(4) Qualora un'organizzazione comune venga creata per talune materie prime senza che ancora esista un'organizzazione comune per i prodotti di trasformazione corrispondenti, le materie prime di cui trattasi, utilizzate per i prodotti di trasformazione destinati all'esportazione verso i Paesi terzi, possono essere importate dall'esterno della Comunità.

Articolo 44

(1) Nel corso del periodo transitorio, semprechè la progressiva abolizione dei dazi doganali e delle restrizioni quantitative tra gli Stati membri sia suscettibile di condurre a prezzi tali da compromettere gli obiettivi fissati dall'articolo 39, ciascuno Stato membro ha facoltà di applicare per determinati prodotti, in modo non discriminatorio e in sostituzione dei contingentamenti, in misura che non ostacoli l'espandersi del volume degli scambi previsti dall'articolo 45, paragrafo 2, un sistema di prezzi minimi al disotto dei quali le importazioni possono essere:

- temporaneamente sospese o ridotte,
- ovvero sottoposte alla clausola che tali importazioni avvengano a un prezzo superiore al prezzo minimo fissato per il prodotto in questione.

Nel secondo caso, i prezzi minimi sono fissati a prescindere dai dazi doganali.

(2) I prezzi minimi non devono avere per effetto una riduzione degli scambi esistenti fra gli Stati membri al momento dell'entrata in vigore del presente Trattato, nè ostacolare un progressivo estendersi di questi scambi. I prezzi minimi non devono essere applicati in modo da ostacolare lo sviluppo di una preferenza naturale tra gli Stati membri.

van het gemeenschappelijk landbouwbeleid, daarbij inbegrepen de vervanging van de nationale organisaties door een van de in artikel 40, lid 2, genoemde vormen van gemeenschappelijke ordening, alsook de uitvoering van de in deze titel speciaal vermelde maatregelen.

Deze voorstellen dienen rekening te houden met de onderlinge samenhang tussen de in deze titel genoemde landbouwvraagstukken.

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering stelt de Raad, tijdens de eerste twee etappes met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, verordeningen of richtlijnen vast of geeft beschikkingen onverminderd de aanbevelingen die hij zou kunnen doen.

(3) De in artikel 40, lid 2, genoemde gemeenschappelijke ordening kan overeenkomstig de bepalingen van het voorgaande lid in de plaats komen van de nationale marktorganisaties bij een door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen genomen besluit:

- a) indien de gemeenschappelijke ordening aan die Lid-Staten welke tegen deze maatregelen gekant zijn en zelf over een nationale organisatie voor de betrokken produktie beschikken, gelijkwaardige waarborgen biedt inzake de werkgelegenheid en de levensstandaard van de betrokken producenten, met inachtneming van het ritme van de mogelijke aanpassing en van de noodzakelijke specialisatie, en
- b) indien deze ordening aan het handelsverkeer binnen de Gemeenschap analoge voorwaarden waarborgt als op een nationale markt bestaan.

(4) Wanneer voor bepaalde grondstoffen een gemeenschappelijke ordening in het leven wordt geroepen, voordat er reeds een gemeenschappelijke ordening voor de overeenkomstige verwerkte produkten bestaat, mogen de betrokken grondstoffen, gebruikt voor de produkten die voor uitvoer naar derde landen zijn bestemd, van buiten de Gemeenschap worden ingevoerd.

Artikel 44

(1) Tijdens de overgangperiode is het, voor zover de geleidelijke opheffing van de douanerechten en van de kwantitatieve beperkingen tussen de Lid-Staten kan leiden tot zodanige prijzen dat de in artikel 39 vastgestelde doeleinden in gevaar worden gebracht, aan elke Lid-Staat geoorloofd voor bepaalde produkten, op niet-discriminerende wijze en ter vervanging van de contingenten, in dier voege dat de in artikel 45, lid 2, bedoelde uitbreiding van de omvang van het handelsverkeer niet wordt belemmerd, een stelsel van minimumprijzen toe te passen beneden welke de invoer

- hetzij tijdelijk kan worden geschorst of verminderd,
- hetzij kan worden onderworpen aan de voorwaarde dat die invoer plaatsvindt tegen een hogere prijs dan de voor het betrokken produkt vastgestelde minimumprijzen.

In het tweede geval worden de minimumprijzen vastgesteld exclusief de douanerechten.

(2) De minimumprijzen mogen geen vermindering van het tussen de Lid-Staten bij de inwerkingtreding van dit Verdrag bestaande handelsverkeer tot gevolg hebben, noch een beletsel vormen voor een geleidelijke uitbreiding van dit handelsverkeer. De minimumprijzen mogen niet zodanig worden toegepast, dat zij een beletsel vormen voor de ontwikkeling van een natuurlijke preferentie tussen de Lid-Staten.

(3) Sobald dieser Vertrag in Kraft getreten ist, beschließt der Rat auf Vorschlag der Kommission objektive Grundsätze für die Aufstellung von Mindestpreis-Systemen und die Festsetzung von Mindestpreisen.

Diese Grundsätze berücksichtigen insbesondere die durchschnittlichen inländischen Gestehungskosten in dem Mitgliedstaat, der den Mindestpreis anwendet, die Lage der einzelnen Betriebe in bezug auf diese Kosten und das Erfordernis, innerhalb des Gemeinsamen Marktes die landwirtschaftlichen Betriebsbedingungen schrittweise zu verbessern und die notwendigen Anpassungen und Spezialisierungen zu fördern.

Die Kommission schlägt ferner ein Verfahren zur Revision dieser Grundsätze vor, um dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen und ihn zu beschleunigen, und um die Preise innerhalb des Gemeinsamen Marktes schrittweise einander anzunähern.

Diese Grundsätze sowie das Revisionsverfahren werden vom Rat binnen drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags einstimmig beschlossen.

(4) Bis zum Inkrafttreten der Entscheidung des Rates kann jeder Mitgliedstaat Mindestpreise festsetzen; er gibt der Kommission sowie den anderen Mitgliedstaaten vorher davon Kenntnis, damit diese sich dazu äußern können.

Sobald die Entscheidung des Rates ergangen ist, setzen die Mitgliedstaaten die Mindestpreise auf Grund der nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen aufgestellten Grundsätze fest.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die von den Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen berichtigen, wenn sie diesen Grundsätzen nicht entsprechen.

(5) Können für bestimmte Erzeugnisse die genannten objektiven Grundsätze bis zum Beginn der dritten Stufe nicht festgelegt werden, so kann der Rat von diesem Zeitpunkt an mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die für diese Erzeugnisse angewandten Mindestpreise ändern.

(6) Am Ende der Übergangszeit wird ein Verzeichnis der noch bestehenden Mindestpreise aufgestellt. Der Rat bestimmt mit einer Mehrheit von 9 Stimmen gemäß der in Artikel 148 Absatz (2) erster Unterabsatz vorgesehenen Stimmenwägung auf Vorschlag der Kommission, welches System im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwenden ist.

Artikel 45

(1) Bis zur Ersetzung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in Artikel 40 Absatz (2) vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen wird der Handelsverkehr mit Erzeugnissen,

- für die in einzelnen Mitgliedstaaten Bestimmungen vorhanden sind, die darauf abzielen, den einheimischen Erzeugern den Absatz ihrer Erzeugnisse zu gewährleisten,
- und für die dort ein Einfuhrbedarf besteht,

durch den Abschluß langfristiger Abkommen oder Verträge zwischen Einfuhr- und Ausfuhrstaaten entwickelt.

Diese Abkommen oder Verträge müssen die schrittweise Beseitigung jeder Diskriminierung zwischen den verschiedenen Erzeugern der Gemeinschaft bei der Anwendung der genannten Bestimmungen zum Ziel haben.

(3) Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, le Conseil, sur proposition de la Commission, détermine des critères objectifs pour l'établissement de systèmes de prix minima et pour la fixation de ces prix.

Ces critères tiennent compte notamment des prix de revient nationaux moyens dans l'État membre qui applique le prix minimum, de la situation des diverses entreprises à l'égard de ces prix de revient moyens, ainsi que de la nécessité de promouvoir l'amélioration progressive de l'exploitation agricole et les adaptations et spécialisations nécessaires à l'intérieur du marché commun.

La Commission propose également une procédure de révision de ces critères, pour tenir compte du progrès technique et pour accélérer, ainsi que pour rapprocher progressivement les prix à l'intérieur du marché commun.

Ces critères, ainsi que la procédure de révision, doivent être déterminés à l'unanimité par le Conseil au cours des trois premières années suivant l'entrée en vigueur du présent Traité.

(4) Jusqu'au moment où prend effet la décision du Conseil, les États membres peuvent fixer les prix minima à condition d'en informer préalablement la Commission et les autres États membres, afin de leur permettre de présenter leurs observations.

Dès que la décision du Conseil est prise, les prix minima sont fixés par les États membres sur la base des critères établis dans les conditions ci-dessus.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut rectifier les décisions prises si elles ne sont pas conformes aux critères ainsi définis.

(5) A partir du début de la troisième étape et dans le cas où pour certains produits il n'aurait pas encore été possible d'établir les critères objectifs précités, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut modifier les prix minima appliqués à ces produits.

(6) À l'expiration de la période de transition, il est procédé au relevé des prix minima existant encore. Le Conseil, statuant sur proposition de la Commission à la majorité de 9 voix suivant la pondération prévue à l'article 148 paragraphe (2) alinéa 1, fixe le régime à appliquer dans le cadre de la politique agricole commune.

Article 45

(1) Jusqu'à la substitution aux organisations nationales de l'une des formes d'organisation commune prévues à l'article 40 paragraphe (2) et pour les produits sur lesquels il existe dans certains États membres:

- des dispositions tendant à assurer aux producteurs nationaux l'écoulement de leur production, et
- des besoins d'importation,

le développement des échanges est poursuivi par la conclusion d'accords ou contrats à long terme entre États membres exportateurs et importateurs.

Ces accords ou contrats doivent tendre progressivement à éliminer toute discrimination dans l'application de ces dispositions aux différents producteurs de la Communauté.

(3) Non appena entrato in vigore il presente Trattato, il Consiglio, su proposta della Commissione, definisce dei criteri obiettivi per l'instaurazione di sistemi di prezzi minimi e per la fissazione di questi prezzi.

Tali criteri tengono particolarmente conto dei costi nazionali medi nello Stato membro che applica il prezzo minimo, della situazione delle diverse imprese in riguardo a questi costi medi, e parimenti della necessità di promuovere il graduale miglioramento dello sfruttamento agricolo e gli adattamenti e specializzazioni necessari all'interno del mercato comune.

La Commissione propone egualmente una procedura di revisione di tali criteri, per tener conto del progresso tecnico e renderlo più celere nonchè per ravvicinare progressivamente i prezzi all'interno del mercato comune.

Questi criteri, come pure la procedura di revisione, devono essere determinati all'unanimità dal Consiglio nel corso dei primi tre anni successivi all'entrata in vigore del presente Trattato.

(4) Fino a quando non abbia effetto la decisione del Consiglio, i prezzi minimi potranno essere fissati dagli Stati membri, a condizione d'informarne preventivamente la Commissione e gli altri Stati membri, per consentire loro di presentare le proprie osservazioni.

Una volta presa la decisione del Consiglio, i prezzi minimi vengono fissati dagli Stati membri in base ai criteri stabiliti alle condizioni di cui sopra.

Su proposta della Commissione, il Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata, può rettificare le decisioni prese quando non siano conformi ai criteri così definiti.

(5) A decorrere dall'inizio della terza tappa e qualora non fosse stato ancora possibile stabilire per determinati prodotti i criteri obiettivi precitati, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, può modificare i prezzi minimi applicati a questi prodotti.

(6) Alla fine del periodo transitorio, si procede a una rilevazione dei prezzi minimi ancora esistenti. Il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione a maggioranza di 9 voti secondo la ponderazione prevista dall'articolo 148, paragrafo 2, primo comma, fissa il regime da applicare nel quadro della politica agricola comune.

Articolo 45

(1) In attesa che una delle forme di organizzazione comune previste dall'articolo 40, paragrafo 2, sia sostituita alle organizzazioni nazionali e per i prodotti nei riguardi dei quali esistano in taluni Stati membri:

— disposizioni intese ad assicurare ai produttori nazionali lo smercio della loro produzione, e

— bisogni d'importazione,

lo sviluppo degli scambi è perseguito mediante la conclusione di accordi o contratti a lungo termine tra Stati membri esportatori e importatori.

Tali accordi o contratti devono tendere progressivamente a eliminare qualsiasi discriminazione nell'applicazione di tali disposizioni ai differenti produttori della Comunità.

(3) Zodra dit Verdrag in werking is getreden, stelt de Raad op voorstel van de Commissie objectieve criteria vast voor de totstandkoming van stelsels van minimumprijzen en voor de vaststelling van deze prijzen.

Deze criteria houden met name rekening met gemiddelde nationale kostprijzen in de Lid-Staat welke de minimumprijzen toepast, met de positie der verschillende ondernemingen ten opzichte van die gemiddelde kostprijzen, alsook met de noodzaak, zowel de geleidelijke verbetering van de bedrijfsvoering in de landbouw als de noodzakelijke aanpassing en specialisatie binnen de gemeenschappelijke markt te bevorderen.

De Commissie stelt eveneens een procedure voor ter herziening dezer criteria ten einde rekening te houden met de technische vooruitgang en deze te bespoedigen, alsook om binnen de gemeenschappelijke markt de prijzen geleidelijk nader tot elkaar te brengen.

Bedoelde criteria alsmede de herzieningsprocedure moeten in de loop van de eerste drie jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag door de Raad met eenparigheid van stemmen worden vastgesteld.

(4) Tot het tijdstip waarop het besluit van de Raad van kracht wordt, kunnen de Lid-Staten de minimumprijzen vaststellen, mits zij deze tevoren ter kennis brengen van de Commissie en van de overige Lid-Staten, ten einde hun gelegenheid te geven om hun opmerkingen te maken.

Zodra de Raad zijn besluit heeft genomen, worden de minimumprijzen door de Lid-Staten vastgesteld op de grondslag van de overeenkomstig bovenstaande bepalingen vastgestelde criteria.

Op voorstel van de Commissie kan de Raad de door de Lid-Staten genomen besluiten met gekwalificeerde meerderheid van stemmen herzien, indien zij niet aan de aldus omschreven criteria voldoen.

(5) Ingeval het voor bepaalde produkten nog niet mogelijk is geweest de bovengenoemde objectieve criteria vast te stellen, kan de Raad vanaf het begin der derde etappe met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie de op deze produkten toegepaste minimumprijzen wijzigen.

(6) Aan het einde van de overgangperiode wordt van de dan nog bestaande minimumprijzen een overzicht samengesteld. Op voorstel van de Commissie stelt de Raad met een meerderheid van negen stemmen, gewogen als in de eerste alinea van artikel 148, lid 2, is bepaald, de regeling vast die in het kader van het gemeenschappelijk landbouwbeleid moet worden toegepast.

Artikel 45

(1) Tot tijdstip waarop de nationale organisaties door een der in artikel 40, lid 2, genoemde vormen van gemeenschappelijke ordening worden vervangen, wordt voor de produkten waarvoor in sommige Lid-Staten

— bepalingen bestaan, welke ertoe strekken de nationale producenten te verzekeren van de afzet van hun produkten en

— invoerbehoefden bestaan,

de ontwikkeling van het handelsverkeer nagestreefd door het afsluiten van overeenkomsten of contracten op lange termijn tussen de uitvoerende en invoerende Lid-Staten.

Deze overeenkomsten of contracten moeten ertoe strekken bij de toepassing van bovenbedoelde bepalingen op de verschillende producenten van de Gemeenschap elke discriminatie geleidelijk af te schaffen.

Diese Abkommen oder Verträge werden während der ersten Stufe geschlossen; dabei ist dem Grundsatz der Gegenseitigkeit Rechnung zu tragen.

(2) Bei diesen Abkommen oder Verträgen wird hinsichtlich der Mengen von dem durchschnittlichen Handelsvolumen ausgegangen, das zwischen den Mitgliedstaaten während der letzten drei Jahre vor Inkrafttreten dieses Vertrags für die betreffenden Erzeugnisse bestanden hat; ferner wird darin unter Berücksichtigung der herkömmlichen Handelsströme die Steigerung des Volumens im Rahmen des bestehenden Bedarfs vorgesehen.

Diese Abkommen oder Verträge müssen den Erzeugern den Absatz der vereinbarten Mengen zu Preisen ermöglichen, die sich schrittweise den Preisen annähern, welche auf dem Binnenmarkt des Käuferstaates an inländische Erzeuger gezahlt werden.

Die Annäherung muß möglichst regelmäßig erfolgen und bis zum Ende der Übergangszeit vollständig durchgeführt sein.

Die beteiligten Parteien handeln die Preise im Rahmen von Richtlinien aus, welche die Kommission zur Anwendung der beiden vorstehenden Unterabsätze erläßt.

Wird die erste Stufe verlängert, so werden die Abkommen und Verträge entsprechend den am Ende des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Bedingungen durchgeführt; die Verpflichtungen zur Erhöhung der Mengen und zur Annäherung der Preise werden bis zum Übergang zur zweiten Stufe ausgesetzt.

Die Mitgliedstaaten nehmen alle Möglichkeiten wahr, die ihre Rechtsvorschriften ihnen — insbesondere auf dem Gebiet der Einfuhrpolitik — bieten, um den Abschluß und die Erfüllung dieser Abkommen oder Verträge sicherzustellen.

(3) Soweit die Mitgliedstaaten Rohstoffe zur Herstellung von Erzeugnissen benötigen, die im Wettbewerb mit Erzeugnissen dritter Länder aus der Gemeinschaft ausgeführt werden sollen, dürfen die genannten Abkommen oder Verträge die zu diesem Zweck notwendigen Einfuhren dieser Rohstoffe aus dritten Ländern nicht beeinträchtigen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Rat durch einstimmige Entscheidung beschließt, die erforderlichen Zahlungen zu gewähren, um den höheren Preis auszugleichen, der sich bei der Einfuhr auf Grund solcher Abkommen oder Verträge gegenüber dem Einstandspreis für gleichartige Bezüge zu Weltmarktbedingungen ergibt.

Artikel 46

Besteht in einem Mitgliedstaat für ein Erzeugnis eine innerstaatliche Marktordnung oder Regelung gleicher Wirkung und wird dadurch eine gleichartige Erzeugung in einem anderen Mitgliedstaat in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt, so erheben die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses aus dem Mitgliedstaat, in dem die genannte Marktordnung oder Regelung besteht, eine Ausgleichsabgabe, es sei denn, daß dieser Mitgliedstaat eine Ausgleichsabgabe bei der Ausfuhr erhebt.

Die Kommission setzt diese Abgaben in der zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Höhe fest; sie kann auch andere Maßnahmen genehmigen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

La conclusion de ces accords ou contrats intervient au cours de la première étape; il est tenu compte du principe de réciprocité.

(2) En ce qui concerne les quantités, ces accords ou contrats prennent pour base le volume moyen des échanges entre les États membres pour les produits en cause pendant les trois années précédant l'entrée en vigueur du présent Traité, et prévoient un accroissement de ce volume dans la limite des besoins existants en tenant compte des courants commerciaux traditionnels.

En ce qui concerne les prix, ces accords ou contrats permettent aux producteurs d'écouler les quantités convenues à des prix se rapprochant progressivement des prix payés aux producteurs nationaux sur le marché intérieur du pays acheteur.

Ce rapprochement doit être aussi régulier que possible et complètement réalisé au plus tard à la fin de la période de transition.

Les prix sont négociés entre les parties intéressées, dans le cadre des directives établies par la Commission pour l'application des deux alinéas précédents.

En cas de prolongation de la première étape, l'exécution des accords ou contrats se poursuit dans les conditions applicables à la fin de la quatrième année à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, les obligations d'accroissement des quantités et de rapprochement des prix étant suspendues jusqu'au passage à la deuxième étape.

Les États membres font appel à toutes les possibilités qui leur sont offertes en vertu de leurs dispositions législatives, notamment en matière de politique d'importation, en vue d'assurer la conclusion et l'exécution de ces accords ou contrats.

(3) Dans la mesure où les États membres ont besoin de matières premières pour la fabrication de produits destinés à être exportés en dehors de la Communauté en concurrence avec les produits de pays tiers, ces accords ou contrats ne peuvent faire obstacle aux importations de matières premières effectuées à cette fin en provenance de pays tiers. Toutefois, cette disposition n'est pas applicable si le Conseil décide à l'unanimité d'octroyer les versements nécessaires pour compenser l'excès du prix payé pour des importations effectuées à cette fin sur la base de ces accords ou contrats, par rapport au prix rendu des mêmes fournitures acquises sur le marché mondial.

Article 46

Lorsque dans un État membre un produit fait l'objet d'une organisation nationale du marché ou de toute réglementation interne d'effet équivalent affectant dans la concurrence une production similaire dans un autre État membre, une taxe compensatoire à l'entrée est appliquée par les États membres à ce produit en provenance de l'État membre où l'organisation ou la réglementation existe, à moins que cet État n'applique une taxe compensatoire à la sortie.

La Commission fixe le montant de ces taxes dans la mesure nécessaire pour rétablir l'équilibre; elle peut également autoriser le recours à d'autres mesures dont elle définit les conditions et modalités.

La conclusione di questi accordi o contratti interviene nel corso della prima tappa; si tiene conto del principio di reciprocità.

(2) Per quanto riguarda i quantitativi, tali accordi o contratti prendono come base il volume medio degli scambi fra gli Stati membri per i prodotti in questione durante i tre anni precedenti l'entrata in vigore del presente Trattato, e prevedono un incremento di tale volume nei limiti dei bisogni esistenti, avuto riguardo alle correnti commerciali tradizionali.

Per quanto riguarda i prezzi, tali accordi e contratti consentono ai produttori di evitare i quantitativi convenuti a prezzi che gradatamente si accostano ai prezzi pagati ai produttori nazionali sul mercato interno del paese compratore.

Tale ravvicinamento deve avvenire nel modo più regolare possibile e dev'essere completato al più tardi alla fine del periodo transitorio.

I prezzi sono negoziati fra le parti interessate, nel quadro delle direttive stabilite dalla Commissione per la applicazione dei due precedenti commi.

In caso di prolungamento della prima tappa, l'esecuzione degli accordi o contratti continua alle condizioni applicabili alla fine del quarto anno dall'entrata in vigore del presente Trattato, mentre gli obblighi relativi all'accrescimento dei quantitativi e al ravvicinamento dei prezzi restano sospesi fino al passaggio alla seconda tappa.

Gli Stati membri fanno appello a tutte le possibilità loro offerte dalle proprie disposizioni legislative, specialmente in materia di politica d'importazione, allo scopo d'assicurare la conclusione e l'esecuzione degli accordi o contratti in questione.

(3) Nella misura in cui gli Stati membri necessitano di materie prime per la fabbricazione di prodotti destinati a essere esportati all'esterno della Comunità in concorrenza con i prodotti di Paesi terzi, detti accordi o contratti non possono essere di ostacolo alle importazioni di materie prime all'uopo effettuate in provenienza da Paesi terzi. Tuttavia tale disposizione non è applicabile se il Consiglio decide all'unanimità di concedere i versamenti necessari a compensare il margine di prezzo pagato in più per importazioni effettuate a tal fine in base a detti accordi o contratti, rispetto ai prezzi franco consegna delle stesse forniture acquistate sul mercato mondiale.

Articolo 46

Quando in uno Stato membro un prodotto è disciplinato da una organizzazione nazionale del mercato o da qualsiasi regolamentazione interna di effetto equivalente che sia pregiudizievole alla concorrenza di una produzione simile in un altro Stato membro, gli Stati membri applicano al prodotto in questione in provenienza dallo Stato membro ove sussista l'organizzazione ovvero la regolamentazione suddetta, una tassa di compensazione all'entrata, salvo che tale Stato non applichi una tassa di compensazione all'esportazione.

La Commissione fissa l'ammontare di tali tasse nella misura necessaria a ristabilire l'equilibrio; essa può ugualmente autorizzare il ricorso ad altre misure di cui determina le condizioni e modalità.

De bovenbedoelde overeenkomsten of contracten worden in de loop van de eerste etappe gesloten; met het beginsel van wederkerigheid moet rekening worden gehouden.

(2) Wat de hoeveelheden betreft gaan deze overeenkomsten of contracten uit van de gemiddelde omvang van de handel in de betrokken produkten tussen de Lid-Staten gedurende de drie jaar voorafgaande aan de inwerkingtreding van dit Verdrag; zij voorzien eveneens met inachtneming van de traditionele handelsstromen in een toeneming van deze omvang binnen de grenzen van de bestaande behoeften.

Wat de prijzen betreft, maken deze overeenkomsten of contracten het de producenten mogelijk, de overeengekomen hoeveelheden af te zetten tegen prijzen die zich geleidelijk aanpassen aan de op de binnenlandse markt van het kopende land aan de nationale producenten betaalde prijzen.

Deze aanpassing moet zo regelmatig mogelijk geschieden en uiterlijk aan het einde van de overgangperiode zijn voltooid.

De prijzen worden door middel van onderhandelingen tussen de betrokken partijen bepaald aan de hand van richtlijnen welke de Commissie voor de toepassing van de twee voorgaande alinea's zal vaststellen.

Indien de eerste etappe wordt verlengd, wordt de uitvoering van de overeenkomsten of contracten voortgezet overeenkomstig de aan het einde van het vierde jaar, te rekenen van de inwerkingtreding van dit Verdrag, geldende voorwaarden, terwijl de verplichtingen tot vergroting van de hoeveelheden en tot aanpassing van de prijzen worden geschorst tot aan de overgang naar de tweede etappe.

De Lid-Staten benutten alle mogelijkheden waarover zij krachtens hun wettelijke bepalingen met name op het gebied van het invoerbeleid beschikken, ten einde het sluiten en de uitvoering van genoemde overeenkomsten of contracten te verzekeren.

(3) Naarmate de Lid-Staten grondstoffen nodig hebben voor het vervaardigen van voor de uitvoer naar landen buiten de Gemeenschap bestemde produkten, die moeten concurreren met de produkten van derde landen, mogen deze overeenkomsten of contracten geen beletsel vormen voor de invoer van grondstoffen uit derde landen, welke met het oog daarop geschiedt. Deze bepaling is echter niet van toepassing indien de Raad met eenparigheid van stemmen besluit de nodige uitkeringen toe te kennen om het verschil goed te maken tussen de hogere prijs die betaald is voor de op grond van die overeenkomsten of contracten met dat doel ingevoerde goederen, en de franco-prijzen voor dezelfde goederen, wanneer die op de wereldmarkt worden verkregen.

Artikel 46

Wanneer in een Lid-Staat een produkt onder een nationale marktorganisatie valt of onder een binnenlandse regeling van gelijke werking welke een gelijksoortige produktie in een andere Lid-Staat bij de mededinging nadelig beïnvloedt, leggen de Lid-Staten een compenserende heffing op de invoer van dat produkt uit de Lid-Staat waar de organisatie of de regeling bestaat, tenzij deze Staat een compenserende heffing op de uitvoer toepast.

De Commissie bepaalt de hoogte van deze heffingen zodanig als nodig is om het evenwicht te herstellen; zij kan eveneens machtiging verlenen tot het nemen van andere maatregelen waarvan zij de voorwaarden en wijze van toepassing vaststelt.

Artikel 47

Die fachliche Gruppe Landwirtschaft des Wirtschafts- und Sozialausschusses steht der Kommission zur Verfügung, um nach Maßgabe der Artikel 197 und 198 die Beratungen dieses Ausschusses hinsichtlich der ihm in diesem Titel übertragenen Aufgaben vorzubereiten.

Article 47

En ce qui concerne les fonctions à accomplir par le Comité économique et social en application du présent titre, la section de l'agriculture a pour mission de se tenir à la disposition de la Commission en vue de préparer les délibérations du Comité, conformément aux dispositions des articles 197 et 198.

TITEL III

Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Kapitel 1

Die Arbeitskräfte

Artikel 48

(1) Spätestens bis zum Ende der Übergangszeit wird innerhalb der Gemeinschaft die Freizügigkeit der Arbeitnehmer hergestellt.

(2) Sie umfaßt die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.

(3) Sie gibt — vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen — den Arbeitnehmern das Recht,

- a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;
- b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen;
- c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;
- d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in Durchführungsverordnungen festlegt.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung.

Artikel 49

Unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags trifft der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch Richtlinien oder Verordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 48 fortschreitend herzustellen, insbesondere

- a) durch Sicherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen;
- b) durch die planmäßig fortschreitende Beseitigung der Verwaltungsverfahren und -praktiken sowie der für den Zugang zu verfügbaren Arbeitsplätzen vorgeschriebenen Fristen, die sich aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften ergeben und deren Beibehaltung die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer hindert;
- c) durch die planmäßig fortschreitende Beseitigung aller Fristen und sonstigen Beschränkungen, die in innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher

La libre circulation des personnes, des services et des capitaux

TITRE III

Chapitre 1

Les travailleurs

Article 48

(1) La libre circulation des travailleurs est assurée à l'intérieur de la Communauté au plus tard à l'expiration de la période de transition.

(2) Elle implique l'abolition de toute discrimination, fondée sur la nationalité, entre les travailleurs des États membres, en ce qui concerne l'emploi, la rémunération et les autres conditions de travail.

(3) Elle comporte le droit, sous réserve des limitations justifiées par des raisons d'ordre public, de sécurité publique et de santé publique:

- a) de répondre à des emplois effectivement offerts,
- b) de se déplacer à cet effet librement sur le territoire des États membres,
- c) de séjourner dans un des États membres afin d'y exercer un emploi conformément aux dispositions législatives, réglementaires et administratives régissant l'emploi des travailleurs nationaux,
- d) de demeurer, dans des conditions qui feront l'objet de règlements d'application établis par la Commission, sur le territoire d'un État membre, après y avoir occupé un emploi.

(4) Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux emplois dans l'administration publique.

Article 49

Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, le Conseil arrête, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social, par voie de directives ou de règlements, les mesures nécessaires en vue de réaliser progressivement la libre circulation des travailleurs, telle qu'elle est définie à l'article précédent, notamment:

- a) en assurant une collaboration étroite entre les administrations nationales du travail,
- b) en éliminant, selon un plan progressif, celles des procédures et pratiques administratives, ainsi que les délais d'accès aux emplois disponibles découlant soit de la législation interne, soit d'accords antérieurement conclus entre les États membres, dont le maintien ferait obstacle à la libération des mouvements des travailleurs,
- c) en éliminant, selon un plan progressif, tous les délais et autres restrictions, prévus soit par les législations internes, soit par des accords anté-

Articolo 47

Per quanto attiene alle funzioni che il Comitato economico e sociale deve svolgere in applicazione del presente titolo, la sezione dell'agricoltura è incaricata di tenersi a disposizione della Commissione per preparare le deliberazioni del Comitato conformemente alle disposizioni degli articoli 197 e 198.

TITOLO III

Libera circolazione delle persone, dei servizi e dei capitali

Capo 1

I lavoratori

Articolo 48

(1) La libera circolazione dei lavoratori all'interno della Comunità è assicurata al più tardi al termine del periodo transitorio.

(2) Essa implica l'abolizione di qualsiasi discriminazione, fondata sulla nazionalità, tra i lavoratori degli Stati membri, per quanto riguarda l'impiego, la retribuzione e le altre condizioni di lavoro.

(3) Fatte salve le limitazioni giustificate da motivi di ordine pubblico, pubblica sicurezza e sanità pubblica, essa importa il diritto:

- a) di rispondere a offerte di lavoro effettive,
- b) di spostarsi liberamente a tal fine nel territorio degli Stati membri,
- c) di prendere dimora in uno degli Stati membri al fine di svolgervi un'attività di lavoro, conformemente alle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative che disciplinano l'occupazione dei lavoratori nazionali;
- d) di rimanere, a condizioni che costituiranno l'oggetto di regolamenti di applicazione stabiliti dalla Commissione, sul territorio di uno Stato membro, dopo aver occupato un impiego.

(4) Le disposizioni del presente articolo non sono applicabili agli impieghi nella pubblica amministrazione.

Articolo 49

Fin dall'entrata in vigore del presente Trattato, il Consiglio stabilisce, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale, mediante direttive o regolamenti, le misure necessarie per attuare progressivamente la libera circolazione dei lavoratori, quale è definita dall'articolo precedente, in particolare:

- a) assicurando una stretta collaborazione tra le amministrazioni nazionali del lavoro,
- b) eliminando, in base a un piano progressivo, quelle procedure e pratiche amministrative, come anche i termini per l'accesso agli impieghi disponibili, contemplati dalla legislazione interna ovvero da accordi conclusi in precedenza tra gli Stati membri, il cui mantenimento sarebbe d'ostacolo alla liberalizzazione dei movimenti dei lavoratori,
- c) abolendo, in base a un piano progressivo, tutti i termini e le altre restrizioni previste dalle legislazioni interne ovvero da accordi conclusi in pre-

Artikel 47

Wat de taak van het Economisch en Sociaal Comité ingevolge deze titel betreft, dient de afdeling landbouw zich ter beschikking te houden van de Commissie ten einde de beraadslagingen van het Comité voor te bereiden, overeenkomstig de artikelen 197 en 198.

TITEL III

Het vrije verkeer van personen, diensten en kapitaal

Hoofdstuk 1

De werknemers

Artikel 48

(1) Het vrije verkeer van werknemers wordt binnen de Gemeenschap uiterlijk aan het einde van de overgangperiode tot stand gebracht.

(2) Dit houdt de afschaffing in van elke discriminatie op grond van de nationaliteit tussen de werknemers der Lid-Staten, wat betreft de werkgelegenheid, de beloning en de overige arbeidsvoorwaarden.

(3) Het houdt behoudens de uit hoofde van openbare orde, openbare veiligheid en volksgezondheid gerechtvaardigde beperkingen het recht in, om

- a) in te gaan op een feitelijk aanbod tot tewerkstelling,
- b) zich te dien einde vrij te verplaatsen binnen het grondgebied der Lid-Staten,
- c) in een der Lid-Staten te verblijven, ten einde daar een beroep uit te oefenen overeenkomstig de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen welke voor de tewerkstelling van nationale werknemers gelden,
- d) op het grondgebied van een Lid-Staat verblijf te houden, na er een betrekking te hebben vervuld, overeenkomstig de voorwaarden die zullen worden opgenomen in door de Commissie vast te stellen uitvoeringsverordeningen.

(4) De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing op de betrekkingen in overheidsdienst.

Artikel 49

Zodra dit Verdrag in werking is getreden, stelt de Raad op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité, bij wege van richtlijnen of verordeningen de maatregelen vast welke nodig zijn om geleidelijk tot een vrij verkeer van werknemers te komen, zoals dit in het voorgaande artikel is omschreven, met name door

- a) het verzekeren van een nauwe samenwerking tussen de nationale bestuursinstellingen op het gebied van de arbeid,
- b) het volgens plan geleidelijk afschaffen van die administratieve procedures en handelwijzen, alsmede van die wachttijden voor het aanvaarden van aangeboden betrekkingen voortvloeiende hetzij uit de nationale wetgeving hetzij uit voordien tussen de Lid-Staten gesloten overeenkomsten, waarvan de handhaving een beletsel zou vormen voor het vrijmaken van het verkeer van de werknemers,
- c) het volgens plan geleidelijk afschaffen van alle wachttijden en andere beperkingen gesteld hetzij in de nationale wetgeving hetzij in voordien tus-

zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften vorgesehen sind, und die den Arbeitnehmern der anderen Mitgliedstaaten für die freie Wahl des Arbeitsplatzes andere Bedingungen als den inländischen Arbeitnehmern auferlegen:

- d) durch die Schaffung geeigneter Verfahren für die Zusammenführung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu Bedingungen, die eine ernstliche Gefährdung der Lebenshaltung und des Beschäftigungsstands in einzelnen Gebieten und Industrien ausschließen.

Artikel 50

Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.

Artikel 51

Der Rat beschließt einstimmig auf Vorschlag der Kommission die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen; zu diesem Zweck führt er insbesondere ein System ein, welches aus- und einwandernden Arbeitnehmern und deren anspruchsberechtigten Angehörigen folgendes sichert:

- a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;
- b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten wohnen.

Kapitel 2

Das Niederlassungsrecht

Artikel 52

Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates werden während der Übergangszeit nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen schrittweise aufgehoben. Das gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaates, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates ansässig sind.

Vorbehaltlich des Kapitels über den Kapitalverkehr umfaßt die Niederlassungsfreiheit die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 Absatz 2, nach den Bestimmungen des Aufnahmestaates für seine eigenen Angehörigen.

Artikel 53

Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, führen die Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet für Angehörige der anderen Mitgliedstaaten keine neuen Niederlassungsbeschränkungen ein.

Artikel 54

(1) Vor dem Ende der ersten Stufe stellt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung ein allgemeines Programm zur Aufhebung

riurement conclus entre les États membres, qui imposent aux travailleurs des autres États membres d'autres conditions qu'aux travailleurs nationaux pour le libre choix d'un emploi,

- d) en établissant des mécanismes propres à mettre en contact les offres et les demandes d'emploi et à en faciliter l'équilibre dans des conditions qui écartent des risques graves pour le niveau de vie et d'emploi dans les diverses régions et industries.

Article 50

Les États membres favorisent, dans le cadre d'un programme commun, l'échange de jeunes travailleurs.

Article 51

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, adopte dans le domaine de la sécurité sociale les mesures nécessaires pour l'établissement de la libre circulation des travailleurs, en instituant notamment un système permettant d'assurer aux travailleurs migrants et à leurs ayants droit:

- a) la totalisation, pour l'ouverture et le maintien du droit aux prestations, ainsi que pour le calcul de celles-ci, de toutes périodes prises en considération par les différentes législations nationales,
- b) le paiement des prestations aux personnes résidant sur les territoires des États membres.

Chapitre 2

Le droit d'établissement

Article 52

Dans le cadre des dispositions ci-après, les restrictions à la liberté d'établissement des ressortissants d'un État membre dans le territoire d'un autre État membre sont progressivement supprimées au cours de la période de transition. Cette suppression progressive s'étend également aux restrictions à la création d'agences, de succursales ou de filiales, par les ressortissants d'un État membre établis sur le territoire d'un État membre.

La liberté d'établissement comporte l'accès aux activités non salariées et leur exercice, ainsi que la constitution et la gestion d'entreprises, et notamment de sociétés au sens de l'article 58 alinéa 2, dans les conditions définies par la législation du pays d'établissement pour ses propres ressortissants, sous réserve des dispositions du chapitre relatif aux capitaux.

Article 53

Les États membres n'introduisent pas de nouvelles restrictions à l'établissement sur leur territoire des ressortissants des autres États membres, sous réserve des dispositions prévues au présent Traité.

Article 54

(1) Avant la fin de la première étape, le Conseil arrête à l'unanimité, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée, un programme général pour la suppression

cedenza tra gli Stati membri, che impongano ai lavoratori degli altri Stati membri, in ordine alla libera scelta di un lavoro, condizioni diverse da quelle stabilite per i lavoratori nazionali.

- d) istituendo meccanismi idonei a mettere in contatto le offerte e le domande di lavoro e a facilitarne l'equilibrio a condizioni che evitino di compromettere gravemente il tenore di vita e il livello dell'occupazione nelle diverse regioni e industrie.

Articolo 50

Gli Stati membri favoriscono, nel quadro di un programma comune, gli scambi di giovani lavoratori.

Articolo 51

Il Consiglio, con deliberazione unanime su proposta della Commissione, adotta in materia di sicurezza sociale le misure necessarie per l'instaurazione della libera circolazione dei lavoratori, attuando in particolare un sistema che consenta di assicurare ai lavoratori migranti e ai loro aventi diritto:

- a) il cumulo di tutti i periodi presi in considerazione dalle varie legislazioni nazionali, sia per il sorgere e la conservazione del diritto alle prestazioni sia per il calcolo di queste,
- b) il pagamento delle prestazioni alle persone residenti nei territori degli Stati membri.

Capo 2

Il diritto di stabilimento

Articolo 52

Nel quadro delle disposizioni che seguono, le restrizioni alla libertà di stabilimento dei cittadini di uno Stato membro nel territorio di un altro Stato membro vengono gradatamente soppresse durante il periodo transitorio. Tale graduale soppressione si estende altresì alle restrizioni relative all'apertura di agenzie, succursali o filiali, da parte dei cittadini di uno Stato membro stabiliti sul territorio di uno Stato membro.

La libertà di stabilimento importa l'accesso alle attività non salariate e al loro esercizio, nonché la costituzione e la gestione di imprese e in particolare di società ai sensi dell'articolo 58, secondo comma, alle condizioni definite dalla legislazione del Paese di stabilimento nei confronti dei propri cittadini, fatte salve le disposizioni del capo relativo ai capitali.

Articolo 53

Gli Stati membri non introducono nuove restrizioni allo stabilimento nel loro territorio dei cittadini degli altri Stati membri, fatte salve le disposizioni contemplate dal presente Trattato.

Articolo 54

(1) Entro la fine della prima tappa, il Consiglio stabilisce all'unanimità, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea, un programma generale per la soppres-

sen de Lid-Staten gesloten overeenkomsten, welke aan de werknemers uit de overige Lid-Staten andere voorwaarden opleggen voor de vrije keuze van een betrekking dan aan de werknemers van het eigen land,

- d) door het instellen van organisatorische voorzieningen door welke de aanbiedingen van en de aanvragen om werk met elkaar in aanraking kunnen worden gebracht en door welke het evenwicht daarvan kan worden vergemakkelijkt onder voorwaarden welke ernstige gevaren voor de levensstandaard en de werkgelegenheid in de verschillende gebieden en industrieën uitsluiten.

Artikel 50

De Lid-Staten begunstigen de uitwisseling van jeugdige werknemers in het kader van een gemeenschappelijk programma.

Artikel 51

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie de maatregelen vast welke op het gebied van de sociale zekerheid noodzakelijk zijn voor de totstandkoming van het vrije verkeer van werknemers, met name door een stelsel in te voeren waardoor het mogelijk is voor migrerende werknemers en hun rechthebbenden te waarborgen

- a) dat, met het oog op het verkrijgen en het behoud van het recht op uitkeringen alsmede voor de berekening daarvan, al die tijdvakken worden bijgeteld welke door de verschillende nationale wetgevingen in aanmerking worden genomen,
- b) dat de uitkeringen aan personen die op het grondgebied van de Lid-Staten verblijven, zullen worden betaald.

Hoofdstuk 2

Het recht van vestiging

Artikel 52

In het kader van de volgende bepalingen worden de beperkingen van de vrijheid van vestiging voor onderdanen van een Lid-Staat op het grondgebied van een andere Lid-Staat tijdens de overgangsperiode geleidelijk opgeheven. Deze geleidelijke opheffing zal eveneens betrekking hebben op beperkingen betreffende de oprichting van agentschappen, filialen of dochterondernemingen door de onderdanen van een Lid-Staat die op het grondgebied van een Lid-Staat zijn gevestigd.

De vrijheid van vestiging omvat, behoudens de bepalingen van het hoofdstuk betreffende het kapitaal, de toegang tot werkzaamheden anders dan in loondienst en de uitoefening daarvan alsmede de oprichting en het beheer van ondernemingen, en met name van vennootschappen in de zin van de tweede alinea van artikel 58, overeenkomstig de bepalingen welke door de wetgeving van het land van vestiging voor de eigen onderdanen zijn vastgesteld.

Artikel 53

De Lid-Staten voeren geen nieuwe beperkingen in met betrekking tot de vestiging op hun grondgebied van onderdanen der andere Lid-Staten, voor zover in dit Verdrag niet anders is bepaald.

Artikel 54

(1) Vóór het einde van de eerste etappe stelt de Raad met eenparigheid van stemmen, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité en van de Vergadering, een algemeen program-

der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit innerhalb der Gemeinschaft auf. Die Kommission unterbreitet ihren Vorschlag dem Rat während der beiden ersten Jahre der ersten Stufe.

Das Programm legt für jede Art von Tätigkeiten die allgemeinen Voraussetzungen und insbesondere die Stufen für die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit fest.

(2) Der Rat erläßt bis zum Ende der ersten Stufe einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung Richtlinien zur Verwirklichung des allgemeinen Programms oder — falls ein solches nicht besteht — zur Durchführung einer Stufe der Niederlassungsfreiheit für eine bestimmte Tätigkeit.

(3) Der Rat und die Kommission erfüllen die Aufgaben, die ihnen auf Grund der obigen Bestimmungen übertragen sind, indem sie insbesondere

- a) im allgemeinen diejenigen Tätigkeiten mit Vorrang behandeln, bei denen die Niederlassungsfreiheit die Entwicklung der Produktion und des Handels in besonderer Weise fördert;
- b) eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungen der Mitgliedstaaten sicherstellen, um sich über die besondere Lage auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten innerhalb der Gemeinschaft zu unterrichten;
- c) die aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften abgeleiteten Verwaltungsverfahren und -praktiken ausschalten, deren Beibehaltung der Niederlassungsfreiheit entgegensteht;
- d) dafür Sorge tragen, daß Arbeitnehmer eines Mitgliedstaates, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates beschäftigt sind, dort verbleiben und eine selbständige Tätigkeit unter denselben Voraussetzungen ausüben können, die sie erfüllen müßten, wenn sie in diesen Staat erst zu dem Zeitpunkt einreisen würden, in dem sie diese Tätigkeit aufzunehmen beabsichtigen;
- e) den Erwerb und die Nutzung von Grundbesitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates durch Angehörige eines anderen Mitgliedstaates ermöglichen, soweit hierdurch die Grundsätze des Artikels 39 Absatz (2) nicht beeinträchtigt werden;
- f) veranlassen, daß bei jedem in Betracht kommenden Wirtschaftszweig die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit in bezug auf die Voraussetzungen für die Errichtung von Agenturen, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates sowie für den Eintritt des Personals der Hauptniederlassung in ihre Leitungs- oder Überwachungsorgane schrittweise aufgehoben werden;
- g) soweit erforderlich die Schutzbestimmungen koordinieren, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 Absatz 2 im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten;

des restrictions à la liberté d'établissement qui existent à l'intérieur de la Communauté. La Commission soumet cette proposition au Conseil au cours des deux premières années de la première étape.

Le programme fixe, pour chaque catégorie d'activités, les conditions générales de la réalisation de la liberté d'établissement et notamment les étapes de celle-ci.

(2) Pour mettre en œuvre le programme général ou, en l'absence de ce programme, pour accomplir une étape de la réalisation de la liberté d'établissement dans une activité déterminée, le Conseil, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée, statue par voie de directives, à l'unanimité jusqu'à la fin de la première étape et à la majorité qualifiée par la suite.

(3) Le Conseil et la Commission exercent les fonctions qui leur sont dévolues par les dispositions ci-dessus, notamment:

- a) en traitant, en général, par priorité des activités où la liberté d'établissement constitue une contribution particulièrement utile au développement de la production et des échanges,
- b) en assurant une collaboration étroite entre les administrations nationales compétentes en vue de connaître les situations particulières à l'intérieur de la Communauté des diverses activités intéressées,
- c) en éliminant celles des procédures et pratiques administratives découlant, soit de la législation interne, soit d'accords antérieurement conclus entre les États membres, dont le maintien ferait obstacle à la liberté d'établissement,
- d) en veillant à ce que les travailleurs salariés d'un des États membres, employés sur le territoire d'un autre État membre, puissent demeurer sur ce territoire pour y entreprendre une activité non salariée lorsqu'ils satisfont aux conditions auxquelles ils devraient satisfaire s'ils venaient dans cet État au moment où ils veulent accéder à cette activité,
- e) en rendant possible l'acquisition et l'exploitation de propriétés foncières situées sur le territoire d'un État membre par un ressortissant d'un autre État membre, dans la mesure où il n'est pas porté atteinte aux principes établis à l'article 39 paragraphe (2),
- f) en appliquant la suppression progressive des restrictions à la liberté d'établissement, dans chaque branche d'activité considérée, d'une part aux conditions de création, sur le territoire d'un État membre, d'agences, de succursales ou de filiales, et d'autre part aux conditions d'entrée du personnel du principal établissement dans les organes de gestion ou de surveillance de celles-ci,
- g) en coordonnant, dans la mesure nécessaire et en vue de les rendre équivalentes, les garanties qui sont exigées, dans les États membres, des sociétés au sens de l'article 58 alinéa 2, pour protéger les intérêts tant des associés que des tiers,

sione delle restrizioni alla libertà di stabilimento esistenti all'interno della Comunità. La Commissione sottopone tale proposta al Consiglio nel corso del primo biennio della prima tappa.

Il programma fissa, per le singole categorie di attività, le condizioni generali per l'attuazione della libertà di stabilimento e in particolare le tappe di tale attuazione.

(2) Per realizzare il programma generale ovvero, in mancanza di tale programma, per portare a compimento una tappa dell'attuazione della libertà di stabilimento in una determinata attività, il Consiglio, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea, delibera, mediante direttive, all'unanimità fino al termine della prima tappa e a maggioranza qualificata in seguito.

(3) Il Consiglio e la Commissione esercitano le funzioni loro attribuite in virtù delle disposizioni che precedono, in particolare:

- a) trattando, in generale, con precedenza le attività per le quali la libertà di stabilimento costituisce un contributo particolarmente utile all'incremento della produzione e degli scambi,
- b) assicurando una stretta collaborazione tra le amministrazioni nazionali competenti al fine di conoscere le situazioni particolari all'interno della Comunità delle diverse attività interessate,
- c) sopprimendo quelle procedure e pratiche amministrative contemplate dalla legislazione interna ovvero da accordi precedentemente conclusi tra gli Stati membri, il cui mantenimento sarebbe di ostacolo alla libertà di stabilimento,
- d) vigilando a che i lavoratori salariati di uno degli Stati membri, occupati nel territorio di un altro Stato membro, possano quivi rimanere per intraprendere un'attività non salariata, quando soddisfino alle condizioni che sarebbero loro richieste se entrassero in quello Stato nel momento in cui desiderano accedere all'attività di cui trattasi,
- e) rendendo possibile l'acquisto e lo sfruttamento di proprietà fondiaria situate nel territorio di uno Stato membro da parte di un cittadino di un altro Stato membro, sempreché non siano lesi i principi stabiliti dall'articolo 39, paragrafo 2,
- f) applicando la graduale soppressione delle restrizioni relative alla libertà di stabilimento in ogni ramo di attività considerato, da una parte alle condizioni per l'apertura di agenzie, succursali o filiali sul territorio di uno Stato membro, e dall'altra alle condizioni di ammissione del personale della sede principale negli organi di gestione o di controllo di queste ultime,
- g) coordinando, nella necessaria misura e al fine di renderle equivalenti, le garanzie che sono richieste, negli Stati membri, alle società a mente dell'articolo 58, secondo comma, per proteggere gli interessi tanto dei soci come dei terzi,

ma op voor de opheffing van de binnen de Gemeenschap bestaande beperkingen van de vrijheid van vestiging. De Commissie legt dit voorstel in de loop van de eerste twee jaar van de eerste etappe aan de Raad voor.

Het programma stelt voor iedere soort van werkzaamheid de algemene voorwaarden vast voor de verwezenlijking van de vrijheid van vestiging en met name de etappes daarvan.

(2) Ten einde het algemeen programma uit te voeren of, bij gebreke van dit programma, een etappe af te leggen bij de verwezenlijking van de vrijheid van vestiging voor een bepaalde werkzaamheid, beslist de Raad, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité en van de Vergadering, bij wege van richtlijnen, met eenparigheid van stemmen tot aan het einde van de eerste etappe en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen.

(3) De Raad en de Commissie oefenen de taken uit welke hun door bovenstaande bepalingen worden toevertrouwd, met name:

- a) door in het algemeen bij voorrang die werkzaamheden te behandelen waarvoor de vrijheid van vestiging een bijzonder nuttige bijdrage levert ter ontwikkeling van de produktie en van het handelsverkeer,
- b) door het verzekeren van een nauwe samenwerking tussen de bevoegde nationale bestuursinstellingen ten einde de bijzondere omstandigheden van de verschillende betrokken werkzaamheden binnen de Gemeenschap te leren kennen,
- c) door het afschaffen van die bestuursrechtelijke procedures en handelwijzen, voortvloeiende hetzij uit de nationale wetgeving hetzij uit voordien tussen de Lid-Staten gesloten akkoorden waarvan de handhaving een beletsel zou vormen voor de vrijheid van vestiging.
- d) door ervoor te waken dat de werknemers van een der Lid-Staten welke op het grondgebied van een andere Lid-Staat te werk zijn gesteld, op dit grondgebied kunnen verblijven, om er anders dan in loondienst werk te verrichten, wanneer zij voldoen aan de voorwaarden waaraan zij zouden moeten voldoen indien zij op het tijdstip waarop zij genoemde bezigheid willen opvatten, eerst in die Staat zouden zijn aangekomen,
- e) door de verwerving en de exploitatie mogelijk te maken van op het grondgebied van een Lid-Staat gelegen grondbezit door een onderdaan van een andere Lid-Staat, voor zover de beginselen van artikel 39, lid 2, niet worden aangetast,
- f) door de geleidelijke opheffing der beperkingen van de vrijheid van vestiging, in elke in behandeling genomen tak van werkzaamheid toe te passen enerzijds op de oprichtingsvoorwaarden op het grondgebied van een Lid-Staat van agentschappen, filialen of dochterondernemingen, en anderzijds op de toelatingsvoorwaarden voor het personeel van de hoofdvestiging tot de organen van beheer of toezicht van deze agentschappen, filialen of dochterondernemingen,
- g) door, voor zover nodig, de waarborgen te coördineren welke in de Lid-Staten worden verlangd van de rechtspersonen in de zin van de tweede alinea van artikel 58, om de belangen te beschermen zowel van de deelnemers in die rechtspersonen als van derden, ten einde die waarborgen gelijkwaardig te maken,

h) sicherstellen, daß die Bedingungen für die Niederlassung nicht durch Beihilfen der Mitgliedstaaten verfälscht werden.

Artikel 55

Auf Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Anwendung.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, daß dieses Kapitel auf bestimmte Tätigkeiten keine Anwendung findet.

Artikel 56

(1) Dieses Kapitel und die auf Grund desselben getroffenen Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

(2) Vor dem Ende der Übergangszeit erläßt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung Richtlinien für die Koordinierung dieser Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Hinsichtlich der Koordinierung der Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten erläßt er jedoch die Richtlinien nach dem Ende der zweiten Stufe mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission.

Artikel 57

(1) Um die Aufnahme und Ausübung selbständiger Tätigkeiten zu erleichtern, erläßt der Rat während der ersten Stufe der Übergangszeit einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise.

(2) Zu dem gleichen Zweck erläßt der Rat vor dem Ende der Übergangszeit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung Richtlinien zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbständiger Tätigkeiten. Hierbei ist Einstimmigkeit für die Sachgebiete erforderlich, die in mindestens einem Mitgliedstaat durch Gesetz geregelt sind, sowie für Maßnahmen, die sich auf den Schutz des Sparwesens, insbesondere die Gewährung von Krediten und die Ausübung einer Banktätigkeit, sowie auf die Voraussetzungen für die Ausübung der ärztlichen, arzttähnlichen und pharmazeutischen Berufe in den einzelnen Mitgliedstaaten beziehen. Im übrigen beschließt der Rat während der ersten Stufe einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit.

(3) Die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen für die ärztlichen, arzttähnlichen und pharmazeutischen Berufe setzt die Koordinierung der Bedingungen für die Ausübung dieser Berufe in den einzelnen Mitgliedstaaten voraus.

h) en s'assurant que les conditions d'établissement ne sont pas faussées par des aides accordées par les États membres.

Article 55

Sont exceptées de l'application des dispositions du présent chapitre, en ce qui concerne l'État membre intéressé, les activités participant dans cet État, même à titre occasionnel, à l'exercice de l'autorité publique.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut excepter certaines activités de l'application des dispositions du présent chapitre

Article 56

(1) Les prescriptions du présent chapitre et les mesures prises en vertu de celles-ci ne préjugent pas l'applicabilité des dispositions législatives, réglementaires et administratives prévoyant un régime spécial pour les ressortissants étrangers, et justifiées par des raisons d'ordre public, de sécurité publique et de santé publique.

(2) Avant l'expiration de la période de transition, le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, arrête des directives pour la coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives précitées. Toutefois, après la fin de la deuxième étape, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les directives pour la coordination des dispositions qui, dans chaque État membre, relèvent du domaine réglementaire ou administratif.

Article 57

(1) Afin de faciliter l'accès aux activités non salariées et leur exercice, le Conseil, sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, arrête, en statuant à l'unanimité au cours de la première étape et à la majorité qualifiée par la suite, des directives visant à la reconnaissance mutuelle des diplômes, certificats et autres titres.

(2) Aux mêmes fins, le Conseil, statuant sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, arrête, avant l'expiration de la période de transition, les directives visant à la coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres concernant l'accès aux activités non salariées et l'exercice de celles-ci. L'unanimité est nécessaire pour les matières qui, dans un État membre au moins, relèvent de dispositions législatives et pour les mesures qui touchent à la protection de l'épargne, notamment à la distribution du crédit et à la profession bancaire, et aux conditions d'exercice, dans les différents États membres, des professions médicales, paramédicales et pharmaceutiques. Dans les autres cas, le Conseil statue à l'unanimité au cours de la première étape et à la majorité qualifiée par la suite.

(3) En ce qui concerne les professions médicales, paramédicales et pharmaceutiques, la libération progressive des restrictions sera subordonnée à la coordination de leurs conditions d'exercice dans les différents États membres.

h) accertandosi che le condizioni di stabilimento non vengano alterate mediante aiuti concessi dagli Stati membri.

h) door ervoor te zorgen dat de voorwaarden van vestiging niet worden vervalst als gevolg van steunmaatregelen van de Lid-Staten.

Articolo 55

Sono escluse dall'applicazione delle disposizioni del presente capo, per quanto riguarda lo Stato membro interessato, le attività che in tale Stato partecipino, sia pure occasionalmente, all'esercizio dei pubblici poteri.

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, può escludere talune attività dall'applicazione delle disposizioni del presente capo.

Articolo 56

(1) Le prescrizioni del presente capo e le misure adottate in virtù di queste ultime lasciano impregiudicata l'applicabilità delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative che prevedano un regime particolare per i cittadini stranieri e che siano giustificate da motivi d'ordine pubblico, di pubblica sicurezza e di sanità pubblica.

(2) Prima dello scadere del periodo transitorio, il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea, stabilisce direttive per il coordinamento delle suddette disposizioni legislative, regolamentari e amministrative. Tuttavia, dopo la fine della seconda tappa, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, stabilisce le direttive per il coordinamento delle disposizioni, che, in ogni Stato membro, rientrano nel campo regolamentare o amministrativo.

Articolo 57

(1) Al fine di agevolare l'accesso alle attività non salariate e l'esercizio di queste, il Consiglio, su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea, stabilisce deliberando all'unanimità durante la prima tappa e a maggioranza qualificata in seguito, direttive intese al reciproco riconoscimento dei diplomi, certificati e altri titoli.

(2) In ordine alle stesse finalità, il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea, stabilisce, prima della scadenza del periodo transitorio, le direttive intese al coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative degli Stati membri relative all'accesso alle attività non salariate e all'esercizio di queste. Per le materie che, in uno Stato membro almeno, siano disciplinate da disposizioni legislative e per le misure concernenti la tutela del risparmio, in particolare la distribuzione del credito e la professione bancaria, come pure i requisiti richiesti nei singoli Stati membri per l'esercizio delle professioni mediche, paramediche e farmaceutiche, è necessaria l'unanimità. Negli altri casi, il Consiglio delibera all'unanimità durante la prima tappa e a maggioranza qualificata in seguito.

(3) Per quanto riguarda le professioni mediche, paramediche e farmaceutiche, la graduale soppressione delle restrizioni sarà subordinata al coordinamento delle condizioni richieste per il loro esercizio nei singoli Stati membri.

Artikel 55

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn, wat de betrokken Lid-Staat betreft, niet van toepassing op de werkzaamheden ter uitoefening van het openbaar gezag in deze Staat, zelfs indien deze slechts voor een bepaalde gelegenheid geschieden.

De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie besluiten dat de bepalingen van dit hoofdstuk op bepaalde werkzaamheden niet van toepassing zijn.

Artikel 56

(1) De voorschriften van dit hoofdstuk en de maatregelen uit hoofde daarvan genomen doen niet af aan de toepasselijkheid van de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen waarbij een bijzondere regeling is vastgesteld voor vreemdelingen, welke bepalingen uit hoofde van de openbare orde, de openbare veiligheid en de volksgezondheid gerechtvaardigd zijn.

(2) Vóór het einde van de overgangperiode stelt de Raad, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering, met eenparigheid van stemmen richtlijnen vast voor de coördinatie van voornoemde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen. Na het einde van de tweede etappe stelt de Raad echter met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie, richtlijnen vast voor de coördinatie van de in elke Lid-Staat geldende bestuursrechtelijke bepalingen.

Artikel 57

(1) Ten einde de toegang tot werkzaamheden, anders dan in loondienst, en de uitoefening daarvan te vergemakkelijken, stelt de Raad op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering, tijdens de eerste etappe met eenparigheid en daarna met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, richtlijnen vast inzake de onderlinge erkenning van diploma's, certificaten en andere titels.

(2) Met hetzelfde doel stelt de Raad, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering, vóór de afloop van de overgangperiode richtlijnen vast inzake de coördinatie van de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen der Lid-Staten betreffende de toegang tot werkzaamheden, anders dan in loondienst, en de uitoefening daarvan. Eenparigheid van stemmen wordt vereist voor die onderwerpen welke ten minste in een der Lid-Staten bij de wet zijn geregeld en eveneens voor maatregelen welke betrekking hebben op de bescherming van de besparingen, met name op de kredietverlening en op het bankwezen, en op de voorwaarden waaronder in de verschillende Lid-Staten de geneeskundige, paramedische en farmaceutische beroepen worden uitgeoefend. In alle overige gevallen besluit de Raad tijdens de eerste etappe met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen.

(3) Wat de geneeskundige, paramedische en farmaceutische beroepen betreft, zal de geleidelijke opheffing van de beperkingen afhankelijk zijn van de coördinatie van de voorwaarden waaronder zij in de verschillende Lid-Staten worden uitgeoefend.

Artikel 58

Für die Anwendung dieses Kapitels stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind.

Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Kapitel 3 Dienstleistungen

Artikel 59

Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen Staat der Gemeinschaft als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, werden während der Übergangszeit nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen schrittweise aufgehoben.

Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission beschließen, daß dieses Kapitel auch auf Erbringer von Dienstleistungen Anwendung findet, welche die Staatsangehörigkeit eines dritten Landes besitzen und innerhalb der Gemeinschaft ansässig sind.

Artikel 60

Dienstleistungen im Sinne dieses Vertrags sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:

- a) gewerbliche Tätigkeiten,
- b) kaufmännische Tätigkeiten,
- c) handwerkliche Tätigkeiten,
- d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des Kapitels über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Artikel 61

(1) Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs gelten die Bestimmungen des Titels über den Verkehr.

(2) Die Liberalisierung der mit dem Kapitalverkehr verbundenen Dienstleistungen der Banken und Versicherungen wird im Einklang mit der schrittweisen Liberalisierung des Kapitalverkehrs durchgeführt.

Artikel 62

Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, unterwerfen die Mitgliedstaaten die bei seinem Inkrafttreten tatsächlich erreichte Freiheit des Dienstleistungsverkehrs keinen neuen Beschränkungen.

Article 58

Les sociétés constituées en conformité de la législation d'un État membre et ayant leur siège statutaire, leur administration centrale ou leur principal établissement à l'intérieur de la Communauté, sont assimilées, pour l'application des dispositions du présent chapitre, aux personnes physiques ressortissant des États membres.

Par sociétés on entend les sociétés de droit civil ou commercial, y compris les sociétés coopératives, et les autres personnes morales relevant du droit public ou privé, à l'exception des sociétés qui ne poursuivent pas de but lucratif.

Chapitre 3 Les services

Article 59

Dans le cadre des dispositions ci-après, les restrictions à la libre prestation des services à l'intérieur de la Communauté sont progressivement supprimées au cours de la période de transition à l'égard des ressortissants des États membres établis dans un pays de la Communauté autre que celui du destinataire de la prestation.

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, peut étendre le bénéfice des dispositions du présent chapitre aux prestataires de services ressortissant d'un État tiers et établis à l'intérieur de la Communauté.

Article 60

Au sens du présent Traité, sont considérées comme services les prestations fournies normalement contre rémunération, dans la mesure où elles ne sont pas régies par les dispositions relatives à la libre circulation des marchandises, des capitaux et des personnes.

Les services comprennent notamment:

- a) des activités de caractère industriel,
- b) des activités de caractère commercial,
- c) des activités artisanales,
- d) les activités des professions libérales.

Sans préjudice des dispositions du chapitre relatif au droit d'établissement, le prestataire peut, pour l'exécution de sa prestation, exercer, à titre temporaire, son activité dans le pays où la prestation est fournie, dans les mêmes conditions que celles que ce pays impose à ses propres ressortissants.

Article 61

(1) La libre circulation des services, en matière de transports, est régie par les dispositions du titre relatif aux transports.

(2) La libération des services des banques et des assurances qui sont liés à des mouvements de capitaux doit être réalisée en harmonie avec la libération progressive de la circulation des capitaux.

Article 62

Les États membres n'introduisent pas de nouvelles restrictions à la liberté effectivement atteinte, en ce qui concerne la prestation des services, à l'entrée en vigueur du présent Traité, sous réserve des dispositions de celui-ci.

Articolo 58

Le società costituite conformemente alla legislazione di uno Stato membro e aventi la sede sociale, l'amministrazione centrale o il centro d'attività principale all'interno della Comunità, sono equiparate, ai fini dell'applicazione delle disposizioni del presente capo, alle persone fisiche aventi la cittadinanza degli Stati membri.

Per società si intendono le società di diritto civile o di diritto commerciale, ivi comprese le società cooperative, e le altre persone giuridiche contemplate dal diritto pubblico o privato, ad eccezione delle società che non si prefiggono scopi di lucro.

Capo 3

I servizi

Articolo 59

Nel quadro delle disposizioni seguenti, le restrizioni alla libera prestazione dei servizi all'interno della Comunità sono gradatamente soppresse durante il periodo transitorio nei confronti dei cittadini degli Stati membri stabiliti in un Paese della Comunità che non sia quello del destinatario della prestazione.

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, può estendere il beneficio delle disposizioni del presente capo ai prestatori di servizi, cittadini di un Paese terzo e stabiliti all'interno della Comunità.

Articolo 60

Ai sensi del presente Trattato, sono considerate come servizi le prestazioni fornite normalmente dietro retribuzione, in quanto non siano regolate dalle disposizioni relative alla libera circolazione delle merci, dei capitali e delle persone.

I servizi comprendono in particolare:

- a) attività di carattere industriale,
- b) attività di carattere commerciale,
- c) attività artigiane,
- d) le attività delle libere professioni.

Senza pregiudizio delle disposizioni del capo relativo al diritto di stabilimento, il prestatore può, per l'esecuzione della sua prestazione, esercitare, a titolo temporaneo, la sua attività nel Paese ove la prestazione è fornita, alle stesse condizioni imposte dal Paese stesso ai propri cittadini.

Articolo 61

(1) La libera circolazione dei servizi, in materia di trasporti, è regolata dalle disposizioni del titolo relativo ai trasporti.

(2) La liberalizzazione dei servizi delle banche e delle assicurazioni che sono vincolati a movimenti di capitale deve essere attuata in armonia con la liberalizzazione progressiva della circolazione dei capitali.

Articolo 62

Gli Stati membri non introducono nuove restrizioni alla libertà effettivamente raggiunta, per quanto riguarda la prestazione dei servizi, al momento dell'entrata in vigore del presente Trattato, fatte salve le disposizioni di quest'ultimo.

Artikel 58

De vennootschappen welke in overeenstemming met de wetgeving van een Lid-Staat zijn opgericht en welke hun statutaire zetel, hun hoofdbestuur of hun hoofdvesting binnen de Gemeenschap hebben, worden voor de toepassing van de bepalingen van dit hoofdstuk gelijkgesteld met de natuurlijke personen die onderdanen zijn van de Lid-Staten.

Onder vennootschappen worden verstaan maatschappijen naar burgerlijk recht of handelsrecht, de coöperatieve verenigingen of vennootschappen daaronder begrepen, en de overige rechtspersonen naar publiek- of privaatrecht, met uitzondering van vennootschappen welke geen winst beogen.

Hoofdstuk 3

De diensten

Artikel 59

In het kader van de volgende bepalingen worden de beperkingen van het vrij verrichten van diensten binnen de Gemeenschap in de loop van de overgangperiode geleidelijk opgeheven ten aanzien van de onderdanen der Lid-Staten die in een ander land van de Gemeenschap zijn gevestigd dan dat, waarin degene is gevestigd te wiens behoeve de dienst wordt verricht.

De Raad kan met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie de bepalingen van dit hoofdstuk van toepassing verklaren ten gunste van de onderdanen van een derde Staat die diensten verrichten en binnen de Gemeenschap zijn gevestigd.

Artikel 60

In de zin van dit Verdrag worden als diensten beschouwd de dienstverrichtingen welke gewoonlijk tegen vergoeding geschieden, voor zover de bepalingen betreffende het vrij verkeer van goederen, kapitaal en personen op deze dienstverrichtingen niet van toepassing zijn.

De diensten omvatten met name werkzaamheden:

- a) van industriële aard,
- b) van commerciële aard,
- c) van het ambacht,
- d) van de vrije beroepen.

Onverminderd de bepalingen van het hoofdstuk betreffende het recht van vestiging, kan degene die de diensten verricht, daartoe zijn werkzaamheden tijdelijk uitoefenen in het land waar de dienst wordt verricht, onder dezelfde voorwaarden als die welke dat land aan zijn eigen onderdanen oplegt.

Artikel 61

(1) Het vrije verkeer van de diensten op het gebied van het vervoer wordt geregeld door de bepalingen voorkomende in de titel betreffende het vervoer.

(2) De liberalisatie van de door banken en verzekeringsmaatschappijen verrichte diensten waarmede kapitaalverplaatsingen gepaard gaan, moet worden verwezenlijkt in overeenstemming met de geleidelijke liberalisatie van het kapitaalverkeer.

Artikel 62

De Lid-Staten voeren geen nieuwe beperkingen in op de vrijheid tot het verrichten van diensten zoals deze feitelijk is bereikt bij de inwerkingtreding van dit Verdrag voor zover daarin niet anders is bepaald.

Artikel 63

(1) Vor dem Ende der ersten Stufe stellt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung ein allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft auf. Die Kommission unterbreitet ihren Vorschlag dem Rat während der beiden ersten Jahre der ersten Stufe.

Das Programm legt die allgemeinen Voraussetzungen und die Stufen der Liberalisierung für jede Art von Dienstleistungen fest.

(2) Der Rat erläßt bis zum Ende der ersten Stufe einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung Richtlinien zur Verwirklichung des allgemeinen Programms oder — falls ein solches nicht besteht — zur Durchführung einer Liberalisierungsstufe für eine bestimmte Dienstleistung.

(3) Bei den in den Absätzen (1) und (2) genannten Vorschlägen und Entscheidungen sind im allgemeinen mit Vorrang diejenigen Dienstleistungen zu berücksichtigen, welche die Produktionskosten unmittelbar beeinflussen oder deren Liberalisierung zur Förderung des Warenverkehrs beiträgt.

Artikel 64

Die Mitgliedstaaten sind bereit, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu dem sie auf Grund der Richtlinien gemäß Artikel 63 Absatz (2) verpflichtet sind, hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die betreffenden Staaten.

Artikel 65

Solange die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs nicht aufgehoben sind, wendet sie jeder Mitgliedstaat ohne Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort auf alle in Artikel 59 Absatz 1 bezeichneten Erbringer von Dienstleistungen an.

Artikel 66

Die Bestimmungen der Artikel 55 bis 58 finden auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet Anwendung.

Kapitel 4

Der Kapitalverkehr

Artikel 67

(1) Soweit es für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes notwendig ist, beseitigen die Mitgliedstaaten untereinander während der Übergangszeit schrittweise alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs in bezug auf Berechtigte, die in den Mitgliedstaaten ansässig sind, und heben alle Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnorts der Parteien oder des Anlagorts auf.

(2) Die mit dem Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zusammenhängenden laufenden Zahlungen werden bis zum Ende der ersten Stufe von allen Beschränkungen befreit.

Article 63

(1) Avant la fin de la première étape, le Conseil arrête à l'unanimité, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée, un programme général pour la suppression des restrictions à la libre prestation de services, qui existent à l'intérieur de la Communauté. La Commission soumet cette proposition au Conseil au cours des deux premières années de la première étape.

Le programme fixe, pour chaque catégorie de services, les conditions générales et les étapes de leur libération.

(2) Pour mettre en œuvre le programme général ou, en l'absence de ce programme, pour réaliser une étape de la libération d'un service déterminé, le Conseil, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée, statue par voie de directives, à l'unanimité avant la fin de la première étape et à la majorité qualifiée par la suite.

(3) Les propositions et décisions visées aux paragraphes (1) et (2) portent, en général, par priorité sur les services qui interviennent d'une façon directe dans les coûts de production ou dont la libération contribue à faciliter les échanges des marchandises.

Article 64

Les États membres se déclarent disposés à procéder à la libération des services au-delà de la mesure qui est obligatoire en vertu des directives arrêtées en application de l'article 63 paragraphe (2), si leur situation économique générale et la situation du secteur intéressé le leur permettent.

La Commission adresse aux États membres intéressés des recommandations à cet effet.

Article 65

Aussi longtemps que les restrictions à la libre prestation des services ne sont pas supprimées, chacun des États membres les applique sans distinction de nationalité ou de résidence à tous les prestataires de services visés à l'article 59 alinéa 1.

Article 66

Les dispositions des articles 55 à 58 inclus sont applicables à la matière régie par le présent chapitre.

Chapitre 4

Les capitaux

Article 67

(1) Les États membres suppriment progressivement entre eux, pendant la période de transition et dans la mesure nécessaire au bon fonctionnement du marché commun, les restrictions aux mouvements des capitaux appartenant à des personnes résidant dans les États membres, ainsi que les discriminations de traitement fondées sur la nationalité ou la résidence des parties, ou sur la localisation du placement.

(2) Les paiements courants afférents aux mouvements de capitaux entre les États membres sont libérés de toutes restrictions au plus tard à la fin de la première étape.

Articolo 63

(1) Entro la fine della prima tappa, il Consiglio stabilisce all'unanimità, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea, un programma generale per la soppressione delle restrizioni esistenti all'interno della Comunità relativa alla libera prestazione dei servizi. La Commissione sottopone tale proposta al Consiglio nel corso del primo biennio della prima tappa.

Il programma fissa, per le singole categorie di servizi, le condizioni generali e le tappe della loro liberalizzazione.

(2) Per attuare il programma generale ovvero, in mancanza di tale programma, per realizzare una tappa della liberalizzazione di un determinato servizio, il Consiglio, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea, stabilisce direttive, deliberando all'unanimità fino al termine della prima tappa, e a maggioranza qualificata in seguito.

(3) Nelle proposte e decisioni contemplate dai paragrafi 1 e 2 sono in generale considerati con priorità i servizi che intervengono in modo diretto nei costi di produzione, ovvero la cui liberalizzazione contribuisce a facilitare gli scambi di merci.

Articolo 64

Gli Stati membri si dichiarano disposti a procedere alla liberalizzazione dei servizi in misura superiore a quella obbligatoria in virtù delle direttive stabilite in applicazione dell'articolo 63, paragrafo 2, quando ciò sia loro consentito dalla situazione economica generale e dalla situazione del settore interessato.

La Commissione rivolge a tal fine raccomandazioni agli Stati membri interessati.

Articolo 65

Fino a quando non saranno soppresse le restrizioni alla libera prestazione dei servizi, ciascuno degli Stati membri le applica senza distinzione di nazionalità o di residenza a tutti i prestatori di servizi contemplati dall'articolo 59, primo comma.

Articolo 66

Le disposizioni degli articoli da 55 a 58 inclusi sono applicabili alla materia regolata dal presente capo.

Capo 4

I capitali

Articolo 67

(1) Gli Stati membri sopprimono gradatamente fra loro, durante il periodo transitorio e nella misura necessaria al buon funzionamento del mercato comune, le restrizioni ai movimenti dei capitali appartenenti a persone residenti negli Stati membri, e parimenti le discriminazioni di trattamento fondate sulla nazionalità o la residenza delle parti, o sul luogo del collocamento dei capitali.

(2) I pagamenti correnti che concernono i movimenti di capitale fra gli Stati membri sono liberati da qualsiasi restrizione al più tardi entro la fine della prima tappa.

Artikel 63

(1) Vóór het einde van de eerste etappe stelt de Raad met eenparigheid van stemmen, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité en van de Vergadering, een algemeen programma vast voor de opheffing van de binnen de Gemeenschap bestaande beperkingen op het vrij verrichten van diensten. De Commissie legt dit voorstel in de loop van de eerste twee jaar van de eerste etappe aan de Raad voor.

Het programma stelt voor elke groep van diensten de algemene voorwaarden en de etappes voor hun liberalisatie vast.

(2) Ten einde het algemeen programma uit te voeren of, bij gebreke van dat programma, een etappe af te leggen bij de verwezenlijking van de vrijheid tot het verrichten van een bepaalde dienst, stelt de Raad op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité alsook van de Vergadering, vóór het einde van de eerste etappe met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen richtlijnen vast.

(3) De in de leden 1 en 2 bedoelde voorstellen en besluiten hebben in het algemeen bij voorrang betrekking op de diensten welke rechtstreeks van invloed zijn op de produktiekosten of waarvan de liberalisatie bijdraagt tot het vergemakkelijken van het goederenverkeer.

Artikel 64

De Lid-Staten verklaren zich bereid, bij de liberalisatie der diensten verder te gaan dan waartoe zij op grond van de richtlijnen krachtens artikel 63, lid 2, verplicht zijn, indien hun algemene economische toestand en de toestand in de betrokken sector dit toelaten.

De Commissie doet de betrokken Lid-Staten daartoe aanbevelingen.

Artikel 65

Zolang de beperkingen op het vrij verrichten van diensten niet zijn opgeheven, passen de Lid-Staten deze zonder onderscheid naar nationaliteit of naar verblijfplaats toe op al degenen die diensten verrichten als bedoeld in de eerste alinea van artikel 59.

Artikel 66

De bepalingen van de artikelen 55 tot en met 58 zijn van toepassing op het onderwerp dat in dit hoofdstuk is geregeld.

Hoofdstuk 4

Het kapitaal

Artikel 67

(1) Gedurende de overgangperiode en in de mate waarin zulks voor de goede werking van de gemeenschappelijke markt nodig is, heffen de Lid-Staten in hun onderling verkeer geleidelijk de beperkingen op met betrekking tot het verkeer van kapitaal toebehorende aan personen die woonachtig of gevestigd zijn in de Lid-Staten alsmede discriminerende behandeling op grond van nationaliteit of van de vestigingsplaats van partijen of op grond van het gebied waar het kapitaal wordt belegd.

(2) De lopende betalingen met betrekking tot het kapitaalverkeer tussen de Lid-Staten worden uiterlijk aan het einde van de eerste etappe van alle beperkingen vrijgemaakt.

Artikel 68

(1) Auf dem in diesem Kapitel behandelten Sachgebiet werden die Mitgliedstaaten bei der Erteilung der nach Inkrafttreten dieses Vertrags noch erforderlichen devisarechtlichen Genehmigungen so großzügig wie möglich verfahren.

(2) Bei der Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften für den Kapitalmarkt und das Kreditwesen auf die nach diesem Kapitel liberalisierten Kapitalbewegungen sehen die Mitgliedstaaten von Diskriminierungen ab.

(3) Anleihen zur mittelbaren oder unmittelbaren Finanzierung eines Mitgliedstaates oder seiner Gebietskörperschaften dürfen in einem anderen Mitgliedstaat nur aufgelegt oder untergebracht werden, wenn sich die beteiligten Staaten darüber verständigt haben. Diese Bestimmung steht der Anwendung des Artikels 22 des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank nicht entgegen.

Artikel 69

Der Rat erläßt während der beiden ersten Stufen einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission, die zu diesem Zweck den in Artikel 105 vorgesehenen Währungsausschuß hört, die erforderlichen Richtlinien für die schrittweise Durchführung des Artikels 67.

Artikel 70

(1) Für den Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern schlägt die Kommission dem Rat Maßnahmen zur schrittweisen Koordinierung der Devisenpolitik der Mitgliedstaaten vor. Der Rat erläßt einstimmig Richtlinien hierfür. Er wird bemüht sein, ein Höchstmaß an Liberalisierung zu erreichen.

(2) Können durch Maßnahmen nach Absatz (1) die Unterschiede zwischen den Devisenvorschriften der Mitgliedstaaten nicht beseitigt werden und benutzen in einem Mitgliedstaat ansässige Personen infolgedessen die in Artikel 67 vorgesehenen Transfererleichterungen innerhalb der Gemeinschaft, um die für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern geltenden Vorschriften eines Mitgliedstaates zu umgehen, so kann dieser Staat, nachdem er sich mit den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission ins Benehmen gesetzt hat, geeignete Maßnahmen zur Behebung dieser Schwierigkeiten treffen.

Stellt der Rat fest, daß diese Maßnahmen den freien Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft stärker beschränken als zur Behebung dieser Schwierigkeiten notwendig ist, so kann er mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission entscheiden, daß der betreffende Staat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat.

Artikel 71

Die Mitgliedstaaten werden bestrebt sein, weder neue devisarechtliche Beschränkungen des Kapitalverkehrs und der damit zusammenhängenden laufenden Zahlungen innerhalb der Gemeinschaft einzuführen noch bestehende Vorschriften zu verschärfen.

Sie sind bereit, über das Ausmaß der in den vorstehenden Artikeln vorgesehenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs hinauszugehen, soweit ihre Wirtschaftslage, insbesondere der Stand ihrer Zahlungsbilanz, dies zuläßt.

Article 68

(1) Les États membres accordent le plus libéralement possible, dans les matières visées au présent chapitre, les autorisations de change, dans la mesure où celles-ci sont encore nécessaires après l'entrée en vigueur du présent Traité.

(2) Lorsqu'un État membre applique aux mouvements des capitaux libérés conformément aux dispositions du présent chapitre sa réglementation intérieure relative au marché des capitaux et au crédit, il le fait de manière non discriminatoire.

(3) Les emprunts destinés à financer directement ou indirectement un État membre ou ses collectivités publiques territoriales ne peuvent être émis ou placés dans les autres États membres que lorsque les États intéressés se sont mis d'accord à ce sujet. Cette disposition ne fait pas obstacle à l'application de l'article 22 du Protocole sur les Statuts de la Banque européenne d'investissement.

Article 69

Le Conseil, statuant sur proposition de la Commission qui consulte à cette fin le Comité monétaire prévu à l'article 105, arrête, à l'unanimité au cours des deux premières étapes et à la majorité qualifiée par la suite, les directives nécessaires à la mise en œuvre progressive des dispositions de l'article 67.

Article 70

(1) La Commission propose au Conseil les mesures tendant à la coordination progressive des politiques des États membres en matière de change, en ce qui concerne les mouvements de capitaux entre ces États et les pays tiers. A cet égard, le Conseil arrête à l'unanimité des directives. Il s'efforce d'atteindre le plus haut degré de libération possible.

(2) Au cas où l'action entreprise en application du paragraphe précédent ne permettrait pas l'élimination des divergences entre les réglementations de change des États membres et où ces divergences inciteraient les personnes résidant dans l'un des États membres à utiliser les facilités de transfert à l'intérieur de la Communauté, telles qu'elles sont prévues par l'article 67, en vue de tourner la réglementation de l'un des États membres à l'égard des pays tiers, cet État peut, après consultation des autres États membres et de la Commission, prendre les mesures appropriées en vue d'éliminer ces difficultés.

Si le Conseil constate que ces mesures restreignent la liberté des mouvements de capitaux à l'intérieur de la Communauté au-delà de ce qui est nécessaire aux fins de l'alinéa précédent, il peut décider, à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, que l'État intéressé doit modifier ou supprimer ces mesures.

Article 71

Les États membres s'efforcent de n'introduire aucune nouvelle restriction de change à l'intérieur de la Communauté affectant les mouvements de capitaux et les paiements courants afférents à ces mouvements, et de ne pas rendre plus restrictives les réglementations existantes.

Ils se déclarent disposés à dépasser le niveau de libération des capitaux prévu aux articles précédents, dans la mesure où leur situation économique, notamment l'état de leur balance des paiements, le leur permet.

Articolo 68

(1) Gli Stati membri accordano con la maggiore liberalità possibile, nelle materie contemplate dal presente capo le autorizzazioni di cambio, nella misura in cui queste sono ancora necessarie dopo l'entrata in vigore del presente Trattato.

(2) Quando uno Stato membro applica ai movimenti dei capitali, liberalizzati in conformità alle disposizioni del presente capo, la sua disciplina interna relativa al mercato dei capitali e al credito, deve agire in modo non discriminatorio.

(3) I prestiti destinati a finanziare direttamente o indirettamente uno Stato membro o i suoi enti locali possono essere emessi o collocati negli altri Stati membri soltanto a condizione che gli Stati interessati si siano accordati in proposito. Tale disposizione lascia impregiudicata l'applicazione dell'articolo 22 del Protocollo sullo Statuto della Banca europea per gli investimenti.

Articolo 69

Il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione che all'uopo consulta il Comitato monetario di cui all'articolo 105, stabilisce, all'unanimità nel corso delle due prime tappe e a maggioranza qualificata in seguito, le direttive necessarie alla progressiva attuazione delle disposizioni dell'articolo 67.

Articolo 70

(1) Per quanto attiene ai movimenti di capitale fra gli Stati membri e i Paesi terzi, la Commissione propone al Consiglio le misure intese al coordinamento progressivo delle politiche degli Stati membri in materia di cambio. A tal riguardo, il Consiglio stabilisce all'unanimità delle direttive, procurando di raggiungere il più alto grado possibile di liberalizzazione.

(2) Qualora l'azione intrapresa in applicazione del paragrafo precedente non consenta di eliminare le divergenze fra le regolamentazioni di cambio degli Stati membri e che tali divergenze inducano le persone residenti in uno degli Stati membri a servirsi delle facilitazioni di trasferimento all'interno della Comunità, quali sono previste dall'articolo 67, allo scopo di eludere le norme regolamentari di uno degli Stati membri nei riguardi dei Paesi terzi, questo Stato può, previa consultazione degli altri Stati membri e della Commissione, adottare le misure idonee per eliminare tali difficoltà.

Se il Consiglio constata che tali misure restringono la libertà dei movimenti dei capitali all'interno della Comunità oltre quanto necessario ai fini del comma precedente, esso può decidere, a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, che lo Stato interessato deve modificare o sopprimere tali misure.

Articolo 71

Gli Stati membri procurano di non introdurre all'interno della Comunità nuove restrizioni di cambio pregiudizievole ai movimenti dei capitali ed ai pagamenti correnti relativi a tali movimenti e di non rendere più restrittive le regolamentazioni esistenti.

Essi si dichiarano disposti ad andare oltre il livello di liberalizzazione dei capitali previsto dagli articoli precedenti, nella misura in cui ciò sia loro consentito dalla situazione economica, in particolare dalla situazione della loro bilancia dei pagamenti.

Artikel 68

(1) Ter zake van de in dit hoofdstuk bedoelde onderwerpen verstrekken de Lid-Staten op zo liberaal mogelijke wijze de deviezenvergunningen, voor zover deze na de inwerkingtreding van dit Verdrag nog nodig zijn.

(2) Wanneer een Lid-Staat op het overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk geliberaliseerd kapitaalverkeer zijn binnenlandse voorschriften met betrekking tot de kapitaalmarkt en het kredietwezen toepast, doet hij dat op niet discriminerende wijze.

(3) Leningen voor de middellijke of onmiddellijke financiering van een Lid-Staat of van zijn territoriale publiekrechtelijke lichamen kunnen in de overige Lid-Staten slechts worden uitgeschreven of geplaatst nadat tussen de betrokken Staten ter zake overeenstemming is bereikt. Deze bepaling vormt geen beletsel voor de toepassing van artikel 22 van het Protocol betreffende de Statuten van de Europese Investeringsbank.

Artikel 69

De Raad stelt tijdens de eerste twee etappes met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie, welke te dien einde het Monetair Comité bedoeld in artikel 105 raadpleegt, de richtlijnen vast welke nodig zijn voor de geleidelijke uitvoering van de bepalingen van artikel 67.

Artikel 70

(1) De Commissie stelt aan de Raad de maatregelen voor, welke strekken tot de geleidelijke coördinatie van het deviezenbeleid der onderscheidene Lid-Staten, wat betreft het kapitaalverkeer tussen die Staten en derde landen. Te dezer zake stelt de Raad met eenparigheid van stemmen richtlijnen vast. Hij tracht de grootst mogelijke mate van vrijheid te bereiken.

(2) Ingeval het optreden uit hoofde van het voorgaande lid de opheffing van de verschillen tussen de deviezenregelingen der Lid-Staten niet mogelijk zou maken en deze verschillen de personen die woonachtig of gevestigd zijn in een der Lid-Staten, ertoe zouden brengen, de in artikel 67 bedoelde transfermogelijkheden binnen de Gemeenschap te benutten, ten einde de door een van de Lid-Staten ten opzichte van derde landen getroffen regeling te ontgaan, kan deze Staat, na raadpleging van de overige Lid-Staten en van de Commissie, passende maatregelen treffen om deze moeilijkheden weg te nemen.

Indien de Raad vaststelt dat deze maatregelen de vrijheid van het kapitaalverkeer binnen de Gemeenschap meer beperken dan voor de in voorgaande alinea gestelde doeleinden noodzakelijk is, kan hij met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie, besluiten dat de betrokken Staat deze maatregelen dient te wijzigen of in te trekken.

Artikel 71

De Lid-Staten streven ernaar geen nieuwe deviezenbeperkingen binnen de Gemeenschap in te voeren welke invloed hebben op het kapitaalverkeer en de daarmee verband houdende lopende betalingen, noch de bestaande regelingen beperkender te maken.

Zij verklaren zich bereid, het in de voorgaande artikelen voor het kapitaalverkeer bedoelde liberalisatiepeil te overschrijden in de mate waarin hun economische toestand, met name de stand van hun betalingsbalans, hun zulks toelaat.

Die Kommission kann nach Anhörung des Währungsausschusses diesbezügliche Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten.

Artikel 72

Die Mitgliedstaaten halten die Kommission über die zu ihrer Kenntnis gelangenden Kapitalbewegungen nach und aus dritten Ländern auf dem laufenden. Die Kommission kann die ihr zweckdienlich erscheinenden Stellungnahmen an die Mitgliedstaaten richten.

Artikel 73

(1) Haben Kapitalbewegungen Störungen im Funktionieren des Kapitalmarktes eines Mitgliedstaates zur Folge, so ermächtigt die Kommission diesen Staat nach Anhörung des Währungsausschusses, auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit die Ermächtigung widerrufen sowie deren Bedingungen und Einzelheiten abändern.

(2) Der Mitgliedstaat, der sich in Schwierigkeiten befindet, kann jedoch Maßnahmen dieser Art, falls sie sich als notwendig erweisen, aus Gründen der Geheimhaltung oder Dringlichkeit von sich aus treffen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sind von diesen Maßnahmen spätestens bei ihrem Inkrafttreten zu unterrichten. In diesem Fall kann die Kommission nach Anhörung des Währungsausschusses entscheiden, daß der betreffende Mitgliedstaat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat.

TITRE IV

Der Verkehr

Artikel 74

Auf dem in diesem Titel geregelten Sachgebiet verfolgen die Mitgliedstaaten die Ziele dieses Vertrags im Rahmen einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

Artikel 75

(1) Zur Durchführung des Artikels 74 wird der Rat unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verkehrs bis zum Ende der zweiten Stufe einstimmig, danach mit qualifizierter Mehrheit, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie der Versammlung

- a) für den internationalen Verkehr aus oder nach dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder für den Durchgangsverkehr durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Mitgliedstaaten gemeinsame Regeln aufstellen;
- b) für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaates, in dem sie nicht ansässig sind, die Bedingungen festlegen;
- c) alle sonstigen zweckdienlichen Vorschriften erlassen.

(2) Die in Absatz (1) Buchstaben a) und b) genannten Vorschriften werden im Laufe der Übergangszeit erlassen.

(3) In Abweichung von dem in Absatz (1) vorgesehenen Verfahren werden die Vorschriften über die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage in bestimmten Gebieten sowie den Betrieb der Verkehrseinrichtungen ernstlich beeinträchtigen könnte, vom Rat einstimmig erlassen; dabei berücksichtigt er die Notwendigkeit einer Anpassung an die sich aus der Errichtung des Gemeinsamen Marktes ergebende wirtschaftliche Entwicklung.

La Commission, après consultation du Comité monétaire, peut adresser aux États membres des recommandations à ce sujet.

Article 72

Les États membres tiennent la Commission informée des mouvements de capitaux, à destination et en provenance des pays tiers, dont ils ont connaissance. La Commission peut adresser aux États membres les avis qu'elle juge utiles à ce sujet.

Article 73

(1) Au cas où des mouvements de capitaux entraînent des perturbations dans le fonctionnement du marché des capitaux d'un État membre, la Commission, après consultation du Comité monétaire, autorise cet État à prendre, dans le domaine des mouvements de capitaux, les mesures de protection dont elle définit les conditions et les modalités.

Cette autorisation peut être révoquée et ces conditions et modalités modifiées par le Conseil statuant à la majorité qualifiée.

(2) Toutefois, l'État membre en difficulté peut prendre lui-même les mesures mentionnées ci-dessus, en raison de leur caractère secret ou urgent, au cas où elles seraient nécessaires. La Commission et les États membres doivent être informés de ces mesures au plus tard au moment où elles entrent en vigueur. Dans ce cas, la Commission, après consultation du Comité monétaire, peut décider que l'État intéressé doit modifier ou supprimer ces mesures.

TITRE IV

Les transports

Article 74

Les objectifs du Traité sont poursuivis par les États membres, en ce qui concerne la matière régie par le présent titre, dans le cadre d'une politique commune des transports.

Article 75

(1) En vue de réaliser la mise en œuvre de l'article 74 et compte tenu des aspects spéciaux des transports, le Conseil, statuant à l'unanimité jusqu'à la fin de la deuxième étape et à la majorité qualifiée par la suite, établit, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée:

- a) des règles communes applicables aux transports internationaux exécutés au départ ou à destination du territoire d'un État membre, ou traversant le territoire d'un ou plusieurs États membres,
- b) les conditions de l'admission de transporteurs non résidents aux transports nationaux dans un État membre,
- c) toutes autres dispositions utiles.

(2) Les dispositions visées aux a) et b) du paragraphe précédent sont arrêtées au cours de la période de transition.

(3) Par dérogation à la procédure prévue au paragraphe (1), les dispositions portant sur les principes du régime des transports et dont l'application serait susceptible d'affecter gravement le niveau de vie et l'emploi dans certaines régions, ainsi que l'exploitation des équipements de transport, compte tenu de la nécessité d'une adaptation au développement économique résultant de l'établissement du marché commun, sont arrêtées par le Conseil statuant à l'unanimité.

La Commissione, previa consultazione del Comitato monetario, può rivolgere agli Stati membri raccomandazioni al riguardo.

Articolo 72

Gli Stati membri comunicano alla Commissione i movimenti di capitale, a destinazione e in provenienza dai Paesi terzi, di cui sono a conoscenza. La Commissione può rivolgere agli Stati membri i pareri che essa giudica opportuni in materia.

Articolo 73

(1) Qualora dei movimenti di capitale provochino turbamenti nel funzionamento del mercato dei capitali di uno Stato membro, la Commissione, previa consultazione del Comitato monetario, autorizza tale Stato ad adottare nel campo dei movimenti di capitale le misure di protezione di cui essa definisce le condizioni e le modalità.

L'autorizzazione può essere revocata e le condizioni e modalità modificate dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

(2) Tuttavia, lo Stato membro che si trova in difficoltà può adottare direttamente le misure summenzionate quando queste siano necessarie in ragione del carattere di segretezza o urgenza che rivestono. La Commissione e gli Stati membri ne devono essere informati al più tardi al momento dell'entrata in vigore delle misure stesse. In tal caso, la Commissione, previa consultazione del Comitato monetario, può decidere che lo Stato interessato deve modificare o sopprimere le misure di cui trattasi.

TITOLO IV

I trasporti

Articolo 74

Gli Stati membri perseguono gli obiettivi del Trattato per quanto riguarda la materia disciplinata dal presente titolo, nel quadro di una politica comune dei trasporti.

Articolo 75

(1) Ai fini dell'applicazione dell'articolo 74 e avuto riguardo agli aspetti peculiari dei trasporti, il Consiglio, deliberando all'unanimità fino al termine della seconda tappa e a maggioranza qualificata in seguito, stabilisce, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea:

- a) norme comuni applicabili ai trasporti internazionali in partenza dal territorio di uno Stato membro o a destinazione di questo, o in transito sul territorio di uno o più Stati membri,
- b) le condizioni per l'ammissione di vettori non residenti ai trasporti nazionali in uno Stato membro,
- c) ogni altra utile disposizione.

(2) Le disposizioni di cui ai punti a) e b) del paragrafo precedente sono stabilite durante il periodo transitorio.

(3) In deroga alla procedura prevista dal paragrafo 1, le disposizioni riguardanti i principi del regime dei trasporti e la cui applicazione potrebbe gravemente pregiudicare il tenore di vita e l'occupazione in talune regioni, come pure l'uso delle attrezzature relative ai trasporti, sono stabilite dal Consiglio, che delibera all'unanimità, avuto riguardo alla necessità di un adattamento allo sviluppo economico determinato dall'instaurazione del mercato comune.

Na raadpleging van het Monetair Comité kan de Commissie ter zake aan de Lid-Staten aanbevelingen doen.

Artikel 72

De Lid-Staten houden de Commissie op de hoogte van de hun bekende kapitaalbewegingen van en naar derde landen. De Commissie kan de Lid-Staten de adviezen doen toekomen welke zij ter zake nuttig acht.

Artikel 73

(1) Ingeval kapitaalbewegingen verstoringen in de werking van de kapitaalmarkt van een Lid-Staat tot gevolg hebben, machtigt de Commissie, na raadpleging van het Monetair Comité, deze Staat vrijwaringsmaatregelen op het gebied van het kapitaalverkeer te nemen en stelt zij de voorwaarden en wijze van toepassing daarvan vast.

De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen deze machtiging intrekken en de voorwaarden en wijze van toepassing daarvan wijzigen.

(2) De in moeilijkheden verkerende Lid-Staat kan evenwel de bovenvermelde maatregelen om reden van hun geheim of dringend karakter zelf nemen, wanneer zij noodzakelijk zijn. De Commissie en de Lid-Staten moeten van die maatregelen uiterlijk op het tijdstip van hun inwerkingtreding op de hoogte worden gebracht. In dat geval kan de Commissie, na raadpleging van het Monetair Comité, besluiten dat de betrokken Staat deze maatregelen moet wijzigen of intrekken.

TITEL IV

Het vervoer

Artikel 74

De doelstellingen van het Verdrag worden, wat het in deze titel geregelde onderwerp betreft, door de Lid-Staten nagestreefd in het kader van een gemeenschappelijk vervoerbeleid.

Artikel 75

(1) Ter uitvoering van artikel 74 stelt de Raad met inachtneming van de bijzondere aspecten van het vervoer, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité en van de Vergadering, tot aan het einde van de tweede etappe met eenparigheid en vervolgens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, vast:

- a) gemeenschappelijke regels voor internationaal vervoer van of naar het grondgebied van een Lid-Staat of over het grondgebied van een of meer Lid-Staten,
- b) de voorwaarden waaronder vervoerondernemers worden toegelaten tot nationaal vervoer in een Lid-Staat waarin zij niet woonachtig zijn,
- c) alle overige dienstige bepalingen.

(2) De onder a) en b) van het voorgaande lid bedoelde bepalingen worden in de loop van de overgangperiode vastgesteld.

(3) In afwijking van de in lid 1 omschreven procedure, worden door de Raad met eenparigheid van stemmen de bepalingen vastgesteld betreffende de beginselen van het vervoerbestel waarvan de toepassing zowel de levensstandaard en de werkgelegenheid in bepaalde streken als het gebruik van het vervoerapparaat ernstig zou kunnen aantasten, met inachtneming van de noodzaak van een aanpassing aan de economische ontwikkeling welke voortvloeit uit de instelling van de gemeenschappelijke markt.

Artikel 76

Bis zum Erlaß der in Artikel 75 Absatz (1) genannten Vorschriften darf ein Mitgliedstaat die verschiedenen bei Inkrafttreten dieses Vertrags auf diesem Gebiet geltenden Vorschriften in ihren unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmer anderer Mitgliedstaaten im Vergleich zu den inländischen Verkehrsunternehmern nicht ungünstiger gestalten, es sei denn, daß der Rat einstimmig etwas anderes billigt.

Artikel 77

Mit diesem Vertrag vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Artikel 78

Jede Maßnahme auf dem Gebiet der Beförderungsentgelte und -bedingungen, die im Rahmen dieses Vertrags getroffen wird, hat der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer Rechnung zu tragen.

Artikel 79

(1) Im Verkehr innerhalb der Gemeinschaft werden spätestens vor dem Ende der zweiten Stufe die Diskriminierungen beseitigt, die darin bestehen, daß ein Verkehrsunternehmer auf denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem Herkunfts- oder Bestimmungsland unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.

(2) Absatz (1) schließt sonstige Maßnahmen nicht aus, die der Rat gemäß Artikel 75 Absatz (1) treffen kann.

(3) Binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags trifft der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Regelung zur Durchführung des Absatzes (1).

Er kann insbesondere die erforderlichen Vorschriften erlassen, um es den Organen der Gemeinschaft zu ermöglichen, für die Beachtung des Absatzes (1) Sorge zu tragen und um den Verkehrsnutzern die Vorteile dieser Bestimmung voll zukommen zu lassen.

(4) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaates die Diskriminierungsfälle des Absatzes (1) und erläßt nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat die erforderlichen Entscheidungen im Rahmen der gemäß Absatz (3) getroffenen Regelung.

Artikel 80

(1) Mit Beginn der zweiten Stufe sind im Verkehr innerhalb der Gemeinschaft die von einem Mitgliedstaat auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, daß die Kommission die Genehmigung hierzu erteilt.

(2) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaates die in Absatz (1) bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt sie insbesondere sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unter-

Article 76

Jusqu'à l'établissement des dispositions visées à l'article 75 paragraphe (1), et sauf accord unanime du Conseil, aucun des États membres ne peut rendre moins favorables, dans leur effet direct ou indirect à l'égard des transporteurs des autres États membres par rapport aux transporteurs nationaux, les dispositions diverses régissant la matière à l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 77

Sont compatibles avec le présent Traité les aides qui répondent aux besoins de la coordination des transports ou qui correspondent au remboursement de certaines servitudes inhérentes à la notion de service public.

Article 78

Toute mesure dans le domaine des prix et conditions de transport, prise dans le cadre du présent Traité, doit tenir compte de la situation économique des transporteurs.

Article 79

(1) Doivent être supprimées, au plus tard avant la fin de la deuxième étape, dans le trafic à l'intérieur de la Communauté, les discriminations qui consistent en l'application par un transporteur pour les mêmes marchandises sur les mêmes relations de trafic, de prix et conditions de transports différents en raison du pays d'origine ou de destination des produits transportés.

(2) Le paragraphe (1) n'exclut pas que d'autres mesures puissent être adoptées par le Conseil en application de l'article 75 paragraphe (1).

(3) Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, établit, dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social, une réglementation assurant la mise en œuvre des dispositions du paragraphe (1).

Il peut notamment prendre les dispositions nécessaires pour permettre aux institutions de la Communauté de veiller au respect de la règle énoncée au paragraphe (1). et pour en assurer l'entier bénéfice aux usagers.

(4) La Commission, de sa propre initiative ou à la demande d'un État membre, examine les cas de discriminations visés au paragraphe (1) et, après consultation de tout État membre intéressé, prend, dans le cadre de la réglementation arrêtée conformément aux dispositions du paragraphe (3), les décisions nécessaires.

Article 80

(1) L'application imposée par un État membre, aux transports exécutés à l'intérieur de la Communauté, de prix et conditions comportant tout élément de soutien ou de protection dans l'intérêt d'une ou de plusieurs entreprises ou industries particulières, est interdite à partir du début de la deuxième étape, sauf si elle est autorisée par la Commission.

(2) La Commission, de sa propre initiative ou à la demande d'un État membre, examine les prix et conditions visés au paragraphe (1) en tenant compte notamment, d'une part des exigences d'une politique économique régionale appropriée, des besoins des régions sous-développées,

Articolo 76

Fino a che non siano emanate le disposizioni di cui all'articolo 75, paragrafo 1, e salvo accordo unanime del Consiglio, nessuno degli Stati membri può rendere meno favorevoli, nei loro effetti diretti o indiretti nei confronti dei vettori degli altri Stati membri rispetto ai vettori nazionali, le varie disposizioni che disciplinano la materia all'entrata in vigore del presente Trattato.

Articolo 77

Sono compatibili con il presente Trattato gli aiuti richiesti dalle necessità del coordinamento dei trasporti ovvero corrispondenti al rimborso di talune servitù inerenti alla nozione di pubblico servizio.

Articolo 78

Qualsiasi misura in materia di prezzi e condizioni di trasporto, adottata nell'ambito del presente Trattato, deve tener conto della situazione economica dei vettori.

Articolo 79

(1) Entro e non oltre il termine della seconda tappa, devono essere abolite, nel traffico interno della Comunità, le discriminazioni consistenti nell'applicazione, da parte di un vettore, di prezzi e condizioni di trasporto differenti per le stesse merci e per le stesse relazioni di traffico, e fondate sul Paese d'origine o di destinazione dei prodotti trasportati.

(2) Il paragrafo 1 non esclude che il Consiglio possa adottare altre misure in applicazione dell'articolo 75, paragrafo 1.

(3) Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata, stabilisce, entro due anni dall'entrata in vigore del presente Trattato, su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale, una regolamentazione intesa a garantire l'attuazione delle disposizioni del paragrafo 1.

Esso può prendere in particolare le disposizioni necessarie a permettere alle istituzioni della Comunità di controllare l'osservanza della norma enunciata dal paragrafo 1 e ad assicurarne l'intero beneficio agli utenti.

(4) La Commissione, di sua iniziativa o a richiesta di uno Stato membro, esamina i casi di discriminazioni contemplati dal paragrafo 1 e, dopo aver consultato ogni Stato membro interessato, prende le necessarie decisioni, nel quadro della regolamentazione stabilita conformemente alle disposizioni del paragrafo 3.

Articolo 80

(1) A decorrere dall'inizio della seconda tappa, è fatto divieto a uno Stato membro di imporre ai trasporti effettuati all'interno della Comunità l'applicazione di prezzi e condizioni che importino qualsiasi elemento di sostegno o di protezione nell'interesse di una o più imprese o industrie particolari, salvo quando tale applicazione sia autorizzata dalla Commissione.

(2) La Commissione, di propria iniziativa o a richiesta di uno Stato membro, esamina i prezzi e condizioni di cui al paragrafo 1, avendo particolare riguardo, da una parte alle esigenze di una politica economica regionale adeguata, alle necessità delle regioni sottosviluppate e

Artikel 76

Totdat de in artikel 75, lid 1, bedoelde bepalingen zijn vastgesteld en behoudens goedkeuring van de Raad, met eenparigheid van stemmen verleend, mag geen enkele Lid-Staat de onderscheidene bepalingen die ter zake gelden bij de inwerkingtreding van dit Verdrag, zodanig veranderen dat zij daardoor in hun rechtstreekse of zijdelingse uitwerking minder gunstig worden voor de vervoerondernemers der overige Lid-Staten dan voor de nationale vervoerondernemers.

Artikel 77

Met dit Verdrag zijn verenigbaar de steunmaatregelen die beantwoorden aan de behoeften van de coördinatie van het vervoer of die overeenkomen met de vergoeding van bepaalde met het begrip „openbare dienst” verbonden, verplichte dienstverrichtingen.

Artikel 78

Elke in het kader van dit Verdrag genomen maatregel op het gebied der vrachtprijzen en vervoervoorwaarden moet rekening houden met de economische toestand van de vervoerondernemers.

Artikel 79

(1) Uiterlijk vóór het einde van de tweede etappe dienen in het verkeer binnen de Gemeenschap de discriminaties te zijn opgeheven welke daarin bestaan, dat een vervoerondernemer voor gelijke verbindingen verschillende vrachtprijzen en vervoervoorwaarden voor gelijke goederen toepast naar gelang van het land van herkomst of bestemming van de vervoerde waren.

(2) Lid 1 sluit niet uit dat krachtens artikel 75, lid 1, andere maatregelen door de Raad kunnen worden genomen.

(3) De Raad stelt binnen twee jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité, bepalingen vast, ten einde de uitvoering van lid 1 te waarborgen.

De Raad kan met name de bepalingen vaststellen welke noodzakelijk zijn, om de instellingen van de Gemeenschap in staat te stellen, te waken voor de naleving van het in lid 1 vermelde voorschrift en ten einde te verzekeren dat de gebruikers hiervan volledig voordeel trekken.

(4) De Commissie onderzoekt eigener beweging of op verzoek van een Lid-Staat de in lid 1 bedoelde gevallen van discriminatie en neemt, na raadpleging van elke belanghebbende Lid-Staat, in het kader van de overeenkomstig lid 3 getroffen regeling, de noodzakelijke beschikkingen.

Artikel 80

(1) Met ingang van de tweede etappe is het aan een Lid-Staat, behoudens machtiging van de Commissie, verboden voor het vervoer binnen de Gemeenschap de toepassing van prijzen en voorwaarden op te leggen welke enig element van steun of bescherming in het belang van een of meer ondernemingen of bepaalde industrieën inhouden.

(2) De Commissie onderwerpt eigener beweging of op verzoek van een Lid-Staat de in lid 1 bedoelde prijzen en voorwaarden aan een onderzoek en houdt daarbij met name rekening, enerzijds met de vereisten van een passend regionaal economisch beleid, met de behoeften

entwickelten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsarten.

Die Kommission erläßt die erforderlichen Entscheidungen nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat.

(3) Das in Absatz (1) genannte Verbot betrifft nicht die Wettbewerbstarife.

Artikel 81

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten beim Grenzübergang in Rechnung stellt, dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen.

Die Mitgliedstaaten werden bemüht sein, diese Kosten schrittweise zu verringern.

Die Kommission kann zur Durchführung dieses Artikels Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten.

Artikel 82

Die Bestimmungen dieses Titels stehen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen, soweit sie erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die der Wirtschaft bestimmter von der Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik aus dieser Teilung entstehen.

Artikel 83

Bei der Kommission wird ein beratender Ausschuß gebildet; er besteht aus Sachverständigen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Die Kommission hört den Ausschuß je nach Bedarf in Verkehrsfragen an; die Befugnisse der fachlichen Gruppe Verkehr des Wirtschafts- und Sozialausschusses bleiben unberührt.

Artikel 84

(1) Dieser Titel gilt für Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

(2) Der Rat kann einstimmig darüber entscheiden, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren geeignete Vorschriften für die Seeschifffahrt und Luftfahrt zu erlassen sind.

DRITTER TEIL

Die Politik der Gemeinschaft

TITEL I

Gemeinsame Regeln

Kapitel 1

Wettbewerbsregeln

Abschnitt 1

Vorschriften für Unternehmen

Artikel 85

(1) Mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen ge-

ainsi que des problèmes des régions gravement affectées par les circonstances politiques, et d'autre part des effets de ces prix et conditions sur la concurrence entre les modes de transport.

Après consultation de tout État membre intéressé, elle prend les décisions nécessaires.

(3) L'interdiction visée au paragraphe (1) ne frappe pas les tarifs de concurrence.

Article 81

Les taxes ou redevances qui, indépendamment des prix de transport, sont perçues par un transporteur au passage des frontières, ne doivent pas dépasser un niveau raisonnable, compte tenu des frais réels effectivement entraînés par ce passage.

Les États membres s'efforcent de réduire progressivement ces frais.

La Commission peut adresser aux États membres des recommandations en vue de l'application du présent article.

Article 82

Les dispositions du présent titre ne font pas obstacle aux mesures prises dans la République fédérale d'Allemagne, pour autant qu'elles sont nécessaires pour compenser les désavantages économiques causés, par la division de l'Allemagne, à l'économie de certaines régions de la République fédérale affectées par cette division.

Article 83

Un Comité de caractère consultatif, composé d'experts désignés par les gouvernements des États membres, est institué auprès de la Commission. Celle-ci le consulte chaque fois qu'elle le juge utile en matière de transport, sans préjudice des attributions de la section des transports du Comité économique et social.

Article 84

(1) Les dispositions du présent titre s'appliquent aux transports par chemin de fer, par route et par voie navigable.

(2) Le Conseil, statuant à l'unanimité, pourra décider si, dans quelle mesure, et par quelle procédure, des dispositions appropriées pourront être prises pour la navigation maritime et aérienne.

TROISIÈME PARTIE

La politique de la Communauté

TITRE I

Les règles communes

Chapitre 1

Les règles de concurrence

Section première

Les règles applicables aux entreprises

Article 85

(1) Sont incompatibles avec le marché commun et interdits tous accords entre entreprises, toutes décisions d'associations d'entreprises, et toutes pratiques concertées, qui sont susceptibles d'affecter le commerce entre États membres et qui ont pour objet ou pour effet

ai problemi delle regioni che abbiano gravemente risentito di circostanze politiche, e d'altra parte all'incidenza di tali prezzi e condizioni sulla concorrenza tra i modi di trasporto.

Dopo aver consultato tutti gli Stati membri interessati, la Commissione prende le necessarie decisioni.

(3) Il divieto di cui al paragrafo 1 non colpisce le tariffe concorrenziali.

Articolo 81

Le tasse o canoni che, a prescindere dai prezzi di trasporto, sono percepiti da un vettore al passaggio delle frontiere, non debbono superare un livello ragionevole, avuto riguardo alle spese reali effettivamente determinate dal passaggio stesso.

Gli Stati membri procurano di ridurre progressivamente le spese in questione.

La Commissione può rivolgere raccomandazioni agli Stati membri ai fini dell'applicazione del presente articolo.

Articolo 82

Le disposizioni del presente titolo non ostano alle misure adottate nella Repubblica federale di Germania, semprechè tali misure siano necessarie a compensare gli svantaggi economici cagionati dalla divisione della Germania all'economia di talune regioni della Repubblica federale che risentono di tale divisione.

Articolo 83

Presso la Commissione è istituito un comitato a carattere consultivo, composto di esperti designati dai governi degli Stati membri. La Commissione lo consulta in materia di trasporti, ogni qualvolta lo ritenga utile, restando impregiudicate le attribuzioni della sezione dei trasporti del Comitato economico e sociale.

Articolo 84

(1) Le disposizioni del presente titolo si applicano ai trasporti ferroviari, su strada e per vie navigabili.

(2) Il Consiglio, con deliberazione unanime, potrà decidere se, in quale misura e con quale procedura, potranno essere prese opportune disposizioni per la navigazione marittima e aerea.

PARTE TERZA

Politica della Comunità

TITOLO I

Norme comuni

Capo 1

Regole di concorrenza

Sezione prima

Regole applicabili alle imprese

Articolo 85

(1) Sono incompatibili con il mercato comune e vietati tutti gli accordi tra imprese, tutte le decisioni di associazioni d'impresa e tutte le pratiche concordate che possano pregiudicare il commercio tra Stati membri e che abbiano per oggetto o per effetto di impedire,

van minder ontwikkelde gebieden alsmede met de vraagstukken welke zich in door politieke omstandigheden ernstig benadeelde streken voordoen, en anderzijds met de gevolgen van die prijzen en voorwaarden voor de mededinging tussen de takken van vervoer.

Na raadpleging van elke betrokken Lid-Staat neemt zij de noodzakelijke beschikkingen.

(3) Het in lid 1 bedoelde verbod geldt niet voor mededingingstarieven.

Artikel 81

De heffingen of andere rechten welke naast de vervoerprijs door een vervoerondernemer in verband met het overschrijden der grens in rekening worden gebracht, mogen een redelijk peil niet te boven gaan, gelet op de werkelijke kosten welke door die grensoverschrijding feitelijk zijn veroorzaakt.

De Lid-Staten streven naar een geleidelijke verlaging van die kosten.

De Commissie kan de Lid-Staten aanbevelingen doen voor de toepassing van dit artikel.

Artikel 82

De bepalingen van deze titel staan niet in de weg aan maatregelen, in de Bondsrepubliek Duitsland genomen, voor zover deze noodzakelijk zijn om de economische nadelen door de deling van Duitsland berokkend aan de economie van die streken in de Bondsrepubliek welke door deze deling zijn getroffen, te compenseren.

Artikel 83

Een comité van raadgevende aard, bestaande uit door de regeringen der Lid-Staten aangewezen deskundigen, wordt aan de Commissie toegevoegd. Deze raadpleegt het comité over vervoeraangelegenheden, zo dikwijls zij zulks nodig acht, onverminderd de bevoegdheden van de afdeling vervoer van het Economisch en Sociaal Comité.

Artikel 84

(1) De bepalingen van deze titel zijn van toepassing op het vervoer per spoor, over de weg en over de binnenwateren.

(2) De Raad kan met eenparigheid van stemmen besluiten of, in hoeverre en volgens welke procedure passende bepalingen voor de zeevaart en de luchtvaart zullen kunnen worden genomen.

DERDE DEEL

Het beleid van de Gemeenschap

TITEL I

Gemeenschappelijke regels

Hoofdstuk 1

Regels betreffende de mededinging

Erste afdeling

Regels voor de ondernemingen

Artikel 85

(1) Onverenigbaar met de gemeenschappelijke markt en verboden zijn alle overeenkomsten tussen ondernemingen, alle besluiten van ondernemersverenigingen en alle onderling afgestemde feitelijke gedragingen welke de handel tussen Lid-Staten ongunstig kunnen beïnvloeden.

eignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des Gemeinsamen Marktes bezwecken oder bewirken, insbesondere

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;
- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- e) die an den Abschluß von Verträgen geknüpfte Bedingung, daß die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes (1) können für nicht anwendbar erklärt werden auf

- Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
- aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne daß den beteiligten Unternehmen

- a) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerläßlich sind, oder
- b) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Artikel 86

Mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar und verboten ist die mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem Gemeinsamen Markt oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Mißbrauch kann insbesondere in folgendem bestehen:

- a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;
- c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- d) der an den Abschluß von Verträgen geknüpften Bedingung, daß die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

d'empêcher, de restreindre ou de fausser le jeu de la concurrence à l'intérieur du marché commun, et notamment ceux qui consistent à:

- a) fixer de façon directe ou indirecte les prix d'achat ou de vente ou d'autres conditions de transaction,
- b) limiter ou contrôler la production, les débouchés, le développement technique ou les investissements,
- c) répartir les marchés ou les sources d'approvisionnement,
- d) appliquer, à l'égard de partenaires commerciaux, des conditions inégales à des prestations équivalentes en leur infligeant de ce fait un désavantage dans la concurrence,
- e) subordonner la conclusion de contrats à l'acceptation, par les partenaires, de prestations supplémentaires qui, par leur nature ou selon les usages commerciaux, n'ont pas de lien avec l'objet de ces contrats.

(2) Les accords ou décisions interdits en vertu du présent article sont nuls de plein droit.

(3) Toutefois, les dispositions du paragraphe (1) peuvent être déclarées inapplicables:

- à tout accord ou catégorie d'accords entre entreprises,
- à toute décision ou catégorie de décisions d'associations d'entreprises et
- à toute pratique concertée ou catégorie de pratiques concertées

qui contribuent à améliorer la production ou la distribution des produits ou à promouvoir le progrès technique ou économique, tout en réservant aux utilisateurs une partie équitable du profit qui en résulte, et sans

- a) imposer aux entreprises intéressées des restrictions qui ne sont pas indispensables pour atteindre ces objectifs,
- b) donner à ces entreprises la possibilité, pour une partie substantielle des produits en cause, d'éliminer la concurrence.

Article 86

Est incompatible avec le marché commun et interdit, dans la mesure où le commerce entre États membres est susceptible d'en être affecté, le fait pour une ou plusieurs entreprises d'exploiter de façon abusive une position dominante sur le marché commun ou dans une partie substantielle de celui-ci.

Ces pratiques abusives peuvent notamment consister à:

- a) imposer de façon directe ou indirecte des prix d'achat ou de vente ou d'autres conditions de transaction non équitables,
- b) limiter la production, les débouchés ou le développement technique au préjudice des consommateurs,
- c) appliquer à l'égard de partenaires commerciaux des conditions inégales à des prestations équivalentes, en leur infligeant de ce fait un désavantage dans la concurrence,
- d) subordonner la conclusion de contrats à l'acceptation, par les partenaires, de prestations supplémentaires, qui, par leur nature ou selon les usages commerciaux, n'ont pas de lien avec l'objet de ces contrats.

restringere o falsare il gioco della concorrenza all'interno del mercato comune ed in particolare quelli consistenti nel:

- a) fissare direttamente o indirettamente i prezzi d'acquisto o di vendita ovvero altre condizioni di transazione,
- b) limitare o controllare la produzione, gli sbocchi, lo sviluppo tecnico o gli investimenti,
- c) ripartire i mercati o le fonti di approvvigionamento,
- d) applicare, nei rapporti commerciali con gli altri contraenti, condizioni dissimili per prestazioni equivalenti, così da determinare per questi ultimi uno svantaggio nella concorrenza,
- e) subordinare la conclusione di contratti all'accettazione da parte degli altri contraenti di prestazioni supplementari, che, per loro natura o secondo gli usi commerciali, non abbiano alcun nesso con l'oggetto dei contratti stessi.

(2) Gli accordi o decisioni, vietati in virtù del presente articolo, sono nulli di pieno diritto.

(3) Tuttavia, le disposizioni del paragrafo 1 possono essere dichiarate inapplicabili:

- a qualsiasi accordo o categoria di accordi fra imprese,
- a qualsiasi decisione o categoria di decisioni di associazioni d'impresa, e
- a qualsiasi pratica concordata o categoria di pratiche concordate

che contribuiscano a migliorare la produzione o la distribuzione dei prodotti o a promuovere il progresso tecnico o economico, pur riservando agli utilizzatori una congrua parte dell'utile che ne deriva, ed evitando di

- a) imporre alle imprese interessate restrizioni che non siano indispensabili per raggiungere tali obiettivi,
- b) dare a tali imprese la possibilità di eliminare la concorrenza per una parte sostanziale dei prodotti di cui trattasi.

Articolo 86

È incompatibile con il mercato comune e vietato, nella misura in cui possa essere pregiudizievole al commercio tra Stati membri, lo sfruttamento abusivo da parte di una o più imprese di una posizione dominante sul mercato comune o su una parte sostanziale di questo.

Tali pratiche abusive possono consistere in particolare:

- a) nell'imporre direttamente od indirettamente prezzi d'acquisto, di vendita od altre condizioni di transazione non eque,
- b) nel limitare la produzione, gli sbocchi o lo sviluppo tecnico, a danno dei consumatori,
- c) nell'applicare nei rapporti commerciali con gli altri contraenti condizioni dissimili per prestazioni equivalenti, determinando così per questi ultimi uno svantaggio per la concorrenza,
- d) nel subordinare la conclusione di contratti all'accettazione da parte degli altri contraenti di prestazioni supplementari, che, per loro natura o secondo gli usi commerciali, non abbiano alcun nesso con l'oggetto dei contratti stessi.

vloeden en ertoe strekken of ten gevolge hebben dat de mededinging binnen de gemeenschappelijke markt wordt verhinderd, beperkt of vervalst en met name die welke bestaan in:

- a) het rechtstreeks of zijdelings bepalen van de aan- of verkoopprijzen of van andere contractuele voorwaarden,
- b) het beperken of controleren van de produktie, de afzet, de technische ontwikkeling of de investeringen,
- c) het verdelen van de markten of van de voorzieningsbronnen,
- d) het ten opzichte van handelspartners toepassen van ongelijke voorwaarden bij gelijkwaardige prestaties, hun daarmede nadeel berokkenend bij de mededinging,
- e) het afhankelijk stellen van het sluiten van overeenkomsten van de aanvaarding door de handelspartners van bijkomende prestaties welke naar hun aard of volgens het handelsgebruik geen verband houden met het onderwerp van deze overeenkomsten.

(2) De krachtens dit artikel verboden overeenkomsten of besluiten zijn van rechtswege nietig.

(3) De bepalingen van lid 1 van dit artikel kunnen echter buiten toepassing worden verklaard

- voor elke overeenkomst of groep van overeenkomsten tussen ondernemingen,
- voor elk besluit of groep van besluiten van ondernemersverenigingen en
- voor elke onderling afgestemde feitelijke gedraging of groep van gedragingen

die bijdragen tot verbetering van de produktie of van de verdeling der produkten of tot verbetering van de technische of economische vooruitgang, mits een billijk aandeel in de daaruit voortvloeiende voordelen de gebruikers ten goede komt, zonder nochtans aan de betrokken ondernemingen.

- a) beperkingen op te leggen welke voor het bereiken van deze doelstellingen niet onmisbaar zijn,
- b) de mogelijkheid te geven, voor een wezenlijk deel van de betrokken produkten de mededinging uit te schakelen.

Artikel 86

Onverenigbaar met de gemeenschappelijke markt en verboden, voor zover de handel tussen Lid-Staten daardoor ongunstig kan worden beïnvloed, is het, dat een of meer ondernemingen misbruik maken van een machtspositie op de gemeenschappelijke markt of op een wezenlijk deel daarvan.

Dit misbruik kan met name bestaan in:

- a) het rechtstreeks of zijdelings opleggen van onbillijke aan- of verkoopprijzen of van andere onbillijke contractuele voorwaarden,
- b) het beperken van de produktie, de afzet of de technische ontwikkeling ten nadele van de verbruikers,
- c) het toepassen ten opzichte van handelspartners van ongelijke voorwaarden bij gelijkwaardige prestaties, hun daarmede nadeel berokkenend bij de mededinging,
- d) het feit dat het sluiten van overeenkomsten afhankelijk wordt gesteld van het aanvaarden door de handelspartners van bijkomende prestaties, welke naar hun aard of volgens het handelsgebruik geen verband houden met het onderwerp van deze overeenkomsten.

Artikel 87

(1) Binnen drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags erläßt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung alle zweckdienlichen Verordnungen oder Richtlinien zur Verwirklichung der in den Artikeln 85 und 86 niedergelegten Grundsätze.

Sind innerhalb der genannten Frist diese Vorschriften nicht erlassen worden, so werden sie vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung beschlossen.

(2) Die in Absatz (1) vorgesehenen Vorschriften bezwecken insbesondere,

- a) die Beachtung der in Artikel 85 Absatz (1) und Artikel 86 genannten Verbote durch die Einführung von Geldbußen und Zwangsgeldern zu gewährleisten;
- b) die Einzelheiten der Anwendung des Artikels 85 Absatz (3) festzulegen; dabei ist dem Erfordernis einer wirksamen Überwachung bei möglichst einfacher Verwaltungskontrolle Rechnung zu tragen;
- c) gegebenenfalls den Anwendungsbereich der Artikel 85 und 86 für die einzelnen Wirtschaftszweige näher zu bestimmen;
- d) die Aufgaben der Kommission und des Gerichtshofs bei der Anwendung der in diesem Absatz vorgesehenen Vorschriften gegeneinander abzugrenzen;
- e) das Verhältnis zwischen den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einerseits und den in diesem Abschnitt enthaltenen oder auf Grund dieses Artikels getroffenen Bestimmungen andererseits festzulegen.

Artikel 88

Bis zum Inkrafttreten der gemäß Artikel 87 erlassenen Vorschriften entscheiden die Behörden der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren eigenen Rechtsvorschriften und den Bestimmungen der Artikel 85, insbesondere Absatz (3), und 86 über die Zulässigkeit von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen sowie über die mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem Gemeinsamen Markt.

Artikel 89

(1) Unbeschadet des Artikels 88 achtet die Kommission, sobald sie ihre Tätigkeit aufgenommen hat, auf die Verwirklichung der in den Artikeln 85 und 86 niedergelegten Grundsätze. Sie untersucht auf Antrag eines Mitgliedstaates oder von Amts wegen in Verbindung mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die ihr Amtshilfe zu leisten haben, die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Stellt sie eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt sie geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.

(2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so trifft die Kommission in einer mit Gründen versehenen Entscheidung die Feststellung, daß eine derartige Zuwiderhandlung vorliegt. Sie kann die Entscheidung veröffentlichen und die Mitgliedstaaten ermächtigen, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Artikel 90

(1) Die Mitgliedstaaten werden in bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine diesem Vertrag und insbesondere dessen Artikeln 7 und 85 bis 94 widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.

Article 87

(1) Dans un délai de trois ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, arrête tous règlements ou directives utiles en vue de l'application des principes figurant aux articles 85 et 86.

Si de telles dispositions n'ont pas été adoptées dans le délai précité, elles sont établies par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée.

(2) Les dispositions visées au paragraphe (1) ont pour but notamment:

- a) d'assurer le respect des interdictions visées à l'article 85 paragraphe (1) et à l'article 86, par l'institution d'amendes et d'astreintes,
- b) de déterminer les modalités d'application de l'article 85 paragraphe (3), en tenant compte de la nécessité, d'une part d'assurer une surveillance efficace, et d'autre part de simplifier dans toute la mesure du possible le contrôle administratif,
- c) de préciser, le cas échéant, dans les diverses branches économiques, le champ d'application des dispositions des articles 85 et 86,
- d) de définir le rôle respectif de la Commission et de la Cour de Justice dans l'application des dispositions visées dans le présent paragraphe,
- e) de définir les rapports entre les législations nationales d'une part, et d'autre part les dispositions de la présente section ainsi que celles adoptées en application du présent article.

Article 88

Jusqu'au moment de l'entrée en vigueur des dispositions prises en application de l'article 87, les autorités des États membres statuent sur l'admissibilité d'ententes et sur l'exploitation abusive d'une position dominante sur le marché commun, en conformité du droit de leur pays et des dispositions des articles 85 notamment paragraphe (3), et 86.

Article 89

(1) Sans préjudice de l'article 88, la Commission veille, dès son entrée en fonctions, à l'application des principes fixés par les articles 85 et 86. Elle instruit, sur demande d'un État membre ou d'office, et en liaison avec les autorités compétentes des États membres qui lui prêtent leur assistance, les cas d'infraction présumée aux principes précités. Si elle constate qu'il y a eu infraction, elle propose les moyens propres à y mettre fin.

(2) S'il n'est pas mis fin aux infractions, la Commission constate l'infraction aux principes par une décision motivée. Elle peut publier sa décision et autoriser les États membres à prendre les mesures nécessaires, dont elle définit les conditions et les modalités, pour remédier à la situation.

Article 90

(1) Les États membres, en ce qui concerne les entreprises publiques et les entreprises auxquelles ils accordent des droits spéciaux ou exclusifs, n'édicent ni ne maintiennent aucune mesure contraire aux règles du présent Traité, notamment à celles prévues aux articles 7 et 85 à 94 inclus.

Articolo 87

(1) Nel termine di tre anni dall'entrata in vigore del presente Trattato, il Consiglio, con deliberazione unanime, su proposta della Commissione e dopo consultata l'Assemblea, stabilisce tutti i regolamenti o le direttive utili ai fini dell'applicazione dei principi contemplati dagli articoli 85 e 86.

Tali disposizioni, qualora non siano state adottate entro il termine suindicato, sono stabilite dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea.

(2) Le disposizioni di cui al paragrafo 1 hanno, in particolare, lo scopo di:

- a) garantire l'osservanza dei divieti di cui all'articolo 85, paragrafo 1, e all'articolo 86, comminando ammende e penalità di mora,
- b) determinare le modalità di applicazione dell'articolo 85, paragrafo 3, avendo riguardo alla necessità di esercitare una sorveglianza efficace e, nel contempo, semplificare, per quanto possibile, il controllo amministrativo,
- c) precisare, eventualmente, per i vari settori economici, il campo di applicazione delle disposizioni degli articoli 85 e 86,
- d) definire i rispettivi compiti della Commissione e della Corte di Giustizia nell'applicazione delle disposizioni contemplate dal presente paragrafo,
- e) definire i rapporti fra le legislazioni nazionali da una parte, e le disposizioni della presente sezione nonché quelle adottate in applicazione del presente articolo, dall'altra.

Articolo 88

Fino al momento dell'entrata in vigore delle disposizioni adottate in applicazione dell'articolo 87, le autorità degli Stati membri decidono in merito all'ammissibilità di intese e allo sfruttamento abusivo di una posizione dominante nel mercato comune, in conformità del diritto nazionale interno e delle disposizioni dell'articolo 85, in particolare del paragrafo 3, e dell'articolo 86.

Articolo 89

(1) Senza pregiudizio dell'articolo 88, la Commissione, fin dall'entrata in funzione, vigila perché siano applicati i principi fissati dagli articoli 85 e 86. Essa istruisce, a richiesta di uno Stato membro o d'ufficio, e in collegamento con le autorità competenti degli Stati membri che le prestano la loro assistenza, i casi di presunta infrazione ai principi suddetti. Qualora essa constati l'esistenza di un'infrazione, propone i mezzi atti a porvi termine.

(2) Qualora non sia posto termine alle infrazioni, la Commissione constata l'infrazione ai principi con una decisione motivata. Essa può pubblicare tale decisione e autorizzare gli Stati membri ad adottare le necessarie misure, di cui definisce le condizioni e modalità per rimediare alla situazione.

Articolo 90

(1) Gli Stati membri non emanano né mantengono, nei confronti delle imprese pubbliche e delle imprese cui riconoscono diritti speciali o esclusivi, alcuna misura contraria alle norme del presente Trattato, specialmente a quelle contemplate dagli articoli 7 e da 85 a 94 inclusi.

Artikel 87

(1) Binnen een termijn van drie jaar, te rekenen van de inwerkingtreding van dit Verdrag, stelt de Raad met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering alle verordeningen of richtlijnen vast, dienstig voor de toepassing van de beginselen neergelegd in de artikelen 85 en 86.

Indien dergelijke voorschriften niet binnen de bovenvermelde termijn zijn goedgekeurd, worden zij door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering, vastgesteld.

(2) De in lid 1 bedoelde voorschriften hebben met name ten doel:

- a) nakoming van de in artikel 85, lid 1, en in artikel 86 bedoelde verbodsbepalingen te verzekeren door de instelling van geldboeten en dwangsommen;
- b) de wijze van toepassing van artikel 85, lid 3, vast te stellen met inachtneming van de noodzaak, enerzijds een doeltreffend toezicht te verzekeren, anderzijds de administratieve controle zoveel mogelijk te vereenvoudigen;
- c) in voorkomende gevallen, de werkingssfeer van de bepalingen van de artikelen 85 en 86 voor de verschillende bedrijfstakken nader vast te stellen;
- d) de taak van de Commissie onderscheidenlijk van het Hof van Justitie bij de toepassing van de in dit lid bedoelde bepalingen vast te stellen;
- e) de verhouding vast te stellen tussen de nationale wetgevingen enerzijds en de bepalingen van deze afdeling, alsmede de uitvoeringsbepalingen van dit artikel anderzijds.

Artikel 88

Tot op het tijdstip van inwerkingtreding van de voorschriften, op grond van artikel 87 vastgesteld, beslissen de autoriteiten van de Lid-Staten over de toelaatbaarheid van mededingingsregelingen en over het misbruik maken van een machtspositie op de gemeenschappelijke markt, in overeenstemming met hun nationale recht en de in artikel 85, met name lid 3, en in artikel 86 neergelegde bepalingen.

Artikel 89

(1) Onverminderd het in artikel 88 bepaalde, waakt de Commissie, zodra zij in functie is getreden, voor de toepassing van de in de artikelen 85 en 86 neergelegde beginselen. Op verzoek van een Lid-Staat of ambtshalve, en in samenwerking met de bevoegde autoriteiten van de Lid-Staten, welke haar daarbij behulpzaam zijn, stelt zij een onderzoek in naar de gevallen van vermoedelijke inbreuk op bovengenoemde beginselen. Indien haar blijkt dat inbreuk is gepleegd, stelt zij passende middelen voor, om daaraan een eind te maken.

(2) Wordt aan deze inbreuken geen eind gemaakt, dan stelt de Commissie de inbreuk op de beginselen in een met redenen omklede beschikking vast. Zij kan haar beschikking bekendmaken en de Lid-Staten machtigen, de noodzakelijke tegenmaatregelen, waarvan zij de voorwaarden en de wijze van toepassing bepaalt, te treffen om de toestand te verhelpen.

Artikel 90

(1) De Lid-Staten nemen of handhaven met betrekking tot de openbare bedrijven en de ondernemingen waaraan zij bijzondere of uitsluitende rechten verlenen, geen enkele maatregel welke in strijd is met de regels van dit Verdrag, met name die bedoeld in de artikelen 7 en 85 tot en met 94.

(2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die Vorschriften dieses Vertrags, insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser Vorschriften nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderläuft.

(3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels und richtet erforderlichenfalls geeignete Richtlinien oder Entscheidungen an die Mitgliedstaaten.

Abschnitt 2

Dumping

Artikel 91

(1) Stellt die Kommission während der Übergangszeit auf Antrag eines Mitgliedstaates oder eines anderen Beteiligten Dumping-Praktiken innerhalb des Gemeinsamen Marktes fest, so richtet sie Empfehlungen an den oder die Urheber, um diese Praktiken abzustellen.

Werden sie trotzdem fortgesetzt, so ermächtigt die Kommission den geschädigten Mitgliedstaat, geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

(2) Nach Inkrafttreten dieses Vertrags dürfen Waren, die aus einem Mitgliedstaat stammen oder sich dort im freien Verkehr befanden und in einen anderen Mitgliedstaat ausgeführt worden sind, in den erstgenannten Staat wieder eingeführt werden, ohne hierbei einem Zoll, einer mengenmäßigen Beschränkung oder Maßnahmen gleicher Wirkung zu unterliegen. Die Kommission erläßt geeignete Regelungen zur Anwendung dieses Absatzes.

Abschnitt 3

Staatliche Beihilfen

Artikel 92

(1) Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

(2) Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind

- a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;
- b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;
- c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.

(3) Als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar können angesehen werden:

- a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;

(2) Les entreprises chargées de la gestion de services d'intérêt économique général ou présentant le caractère d'un monopole fiscal sont soumises aux règles du présent Traité, notamment aux règles de concurrence, dans les limites où l'application de ces règles ne fait pas échec à l'accomplissement en droit ou en fait de la mission particulière qui leur a été impartie. Le développement des échanges ne doit pas être affecté dans une mesure contraire à l'intérêt de la Communauté.

(3) La Commission veille à l'application des dispositions du présent article et adresse, en tant que de besoin, les directives ou décisions appropriées aux États membres.

Section deuxième

Les pratiques de dumping

Article 91

(1) Si, au cours de la période de transition, la Commission, sur demande d'un État membre ou de tout autre intéressé, constate des pratiques de dumping exercées à l'intérieur du marché commun, elle adresse des recommandations à l'auteur ou aux auteurs de ces pratiques en vue d'y mettre fin.

Au cas où les pratiques de dumping continuent, la Commission autorise l'État membre lésé à prendre les mesures de protection dont elle définit les conditions et modalités.

(2) Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, les produits originaires d'un État membre ou qui s'y trouvent en libre pratique et qui ont été exportés dans un autre État membre sont admis à la réimportation sur le territoire de ce premier État sans qu'ils puissent être assujettis à aucun droit de douane, restriction quantitative, ou mesures d'effet équivalent. La Commission établit les réglementations appropriées pour l'application du présent paragraphe.

Section troisième

Les aides accordées par les États

Article 92

(1) Sauf dérogations prévues par le présent Traité, sont incompatibles avec le marché commun, dans la mesure où elles affectent les échanges entre États membres, les aides accordées par les États ou au moyen de ressources d'État sous quelque forme que ce soit, qui faussent ou qui menacent de fausser la concurrence en favorisant certaines entreprises ou certaines productions.

(2) Sont compatibles avec le marché commun:

- a) les aides à caractère social octroyées aux consommateurs individuels, à condition qu'elles soient accordées sans discrimination liée à l'origine des produits,
- b) les aides destinées à remédier aux dommages causés par les calamités naturelles ou par d'autres événements extraordinaires,
- c) les aides octroyées à l'économie de certaines régions de la République fédérale d'Allemagne affectées par la division de l'Allemagne, dans la mesure où elles sont nécessaires pour compenser les désavantages économiques causés par cette division.

(3) Peuvent être considérées comme compatibles avec le marché commun:

- a) les aides destinées à favoriser le développement économique de régions dans lesquelles le niveau de vie est anormalement bas ou dans lesquelles sévit un grave sous-emploi,

(2) Le imprese incaricate della gestione di servizi d'interesse economico generale o aventi carattere di monopolio fiscale, sono sottoposte alle norme del presente Trattato, e in particolare alle regole di concorrenza, nei limiti in cui l'applicazione di tali norme non osti all'adempimento, in linea di diritto e di fatto, della specifica missione loro affidata. Lo sviluppo degli scambi non deve essere compromesso in misura contraria agli interessi della Comunità.

(3) La Commissione vigila sull'applicazione delle disposizioni del presente articolo rivolgendo, ove occorra, agli Stati membri, opportune direttive o decisioni.

Sezione seconda

Pratiche di dumping

Articolo 91

(1) Qualora, durante il periodo transitorio, la Commissione, a richiesta di uno Stato membro o di qualsiasi altro interessato, constati l'esistenza di pratiche di dumping esercitate all'interno del mercato comune, essa rivolge raccomandazioni all'autore o agli autori di tali pratiche per porvi termine.

Quando le pratiche di dumping continuino a sussistere, la Commissione autorizza lo Stato membro che ne sia stato lesa ad adottare le misure di protezione di cui essa definisce le condizioni e le modalità.

(2) Dal momento dell'entrata in vigore del presente Trattato, i prodotti originari di uno Stato membro o che si trovino quivi in libera pratica e siano stati esportati in un altro Stato membro sono ammessi alla reimportazione nel territorio del primo Stato, senza che possano essere sottoposti ad alcun dazio doganale, restrizione quantitativa o a misure di effetto equivalente. La Commissione stabilisce le disposizioni regolamentari opportune ai fini dell'applicazione del presente paragrafo.

Sezione terza

Aiuti concessi dagli Stati

Articolo 92

(1) Salvo deroghe contemplate dal presente Trattato, sono incompatibili con il mercato comune, nella misura in cui incidono sugli scambi tra Stati membri, gli aiuti concessi dagli Stati, ovvero mediante risorse statali, sotto qualsiasi forma che, favorendo talune imprese o talune produzioni, falsino o minaccino di falsare la concorrenza.

(2) Sono compatibili con il mercato comune:

- a) gli aiuti a carattere sociale concessi ai singoli consumatori, a condizione che siano accordati senza discriminazioni determinate dall'origine dei prodotti,
- b) gli aiuti destinati a ovviare ai danni arrecati dalle calamità naturali oppure da altri eventi eccezionali,
- c) gli aiuti concessi all'economia di determinate regioni della Repubblica federale di Germania che risentono della divisione della Germania, nella misura in cui sono necessari a compensare gli svantaggi economici provocati da tale divisione.

(3) Possono considerarsi compatibili con il mercato comune:

- a) gli aiuti destinati a favorire lo sviluppo economico delle regioni ove il tenore di vita sia anormalmente basso, oppure si abbia una grave forma di sottoccupazione,

(2) De ondernemingen belast met het beheer van diensten van algemeen economisch belang of die het karakter dragen van een fiscaal monopolie, vallen onder de regels van dit Verdrag, met name onder de mededingingsregels, voor zover de toepassing daarvan de vervulling, in feite of in rechte, van de hun toevertrouwde bijzondere taak niet verhindert. De ontwikkeling van het handelsverkeer mag niet worden beïnvloed in een mate die strijdig is met het belang van de Gemeenschap.

(3) De Commissie waakt voor de toepassing van dit artikel en richt, voor zover nodig, passende richtlijnen of beschikkingen tot de Lid-Staten.

Tweede afdeling

Dumping

Artikel 91

(1) Indien tijdens de overgangperiode de Commissie op verzoek van een Lid-Staat of van enige andere belanghebbende vaststelt dat binnen de gemeenschappelijke markt dumping wordt toegepast, doet zij aanbevelingen aan hem of hen die zich aan deze praktijken schuldig maken, om daaraan een eind te maken.

Ingeval deze praktijken voortduren, machtigt de Commissie de benadeelde Lid-Staat tot het nemen van beschermende maatregelen, waarvan zij de voorwaarden en de wijze van toepassing bepaalt.

(2) Onmiddellijk na de inwerkingtreding van het Verdrag worden de produkten die van oorsprong zijn uit een Lid-Staat of zich daar in het vrije verkeer bevonden hebben en uitgevoerd zijn naar een andere Lid-Staat, tot wederinvoer op het grondgebied van die eerste Staat toegelaten, zonder dat daarop enigerlei invoerrecht, kwantitatieve beperking of maatregelen van gelijke werking kunnen worden toegepast. De Commissie geeft passende voorschriften voor de toepassing van dit lid.

Derde afdeling

Steunmaatregelen van de Staten

Artikel 92

(1) Behoudens de afwijkingen waarin dit Verdrag voorziet, zijn steunmaatregelen in welke vorm ook van de Staten of in welke vorm ook met staatsmiddelen bekostigd, die de mededinging door begunstiging van bepaalde ondernemingen of bepaalde produkties vervalsen of dreigen te vervalsen, onverenigbaar met de gemeenschappelijke markt, voor zover deze steun het handelsverkeer tussen de Lid-Staten ongunstig beïnvloedt.

(2) Met de gemeenschappelijke markt zijn verenigbaar:

- a) steunmaatregelen van sociale aard aan individuele verbruikers op voorwaarde dat deze toegepast worden zonder onderscheid naar de oorsprong van de produkten,
- b) steunmaatregelen tot herstel van de schade veroorzaakt door natuurrampen of andere buitengewone gebeurtenissen,
- c) steunmaatregelen aan de economie van bepaalde streken van de Bondsrepubliek Duitsland die nadeel ondervinden van de deling van Duitsland, voor zover deze steunmaatregelen noodzakelijk zijn om de door deze deling berokkende economische nadelen te compenseren.

(3) Als verenigbaar met de gemeenschappelijke markt kunnen worden beschouwd:

- a) steunmaatregelen ter bevordering van de economische ontwikkeling van streken waarin de levensstandaard abnormaal laag is of waar een ernstig gebrek aan werkgelegenheid heerst,

- b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates;
- c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Beihilfen für den Schiffsbau, soweit sie am 1. Januar 1957 bestanden und lediglich einem fehlenden Zollschutz entsprechen, werden jedoch entsprechend den für die Abschaffung der Zölle geltenden Bestimmungen und vorbehaltlich der Vorschriften dieses Vertrags über die gemeinsame Handelspolitik gegenüber dritten Ländern schrittweise abgebaut;
- d) sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission bestimmt.
- b) les aides destinées à promouvoir la réalisation d'un projet important d'intérêt européen commun, ou à remédier à une perturbation grave de l'économie d'un État membre,
- c) les aides destinées à faciliter le développement de certaines activités ou de certaines régions économiques, quand elles n'altèrent pas les conditions des échanges dans une mesure contraire à l'intérêt commun. Toutefois, les aides à la construction navale existant à la date du 1^{er} janvier 1957, pour autant qu'elles ne correspondent qu'à l'absence d'une protection douanière, sont progressivement réduites dans les mêmes conditions que celles applicables à l'élimination des droits de douane, sous réserve des dispositions du présent Traité visant la politique commerciale commune vis-à-vis des pays tiers,
- d) les autres catégories d'aides déterminées par décision du Conseil statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

Artikel 93

(1) Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erfordern.

(2) Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, daß eine von einem Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt nach Artikel 92 unvereinbar ist oder daß sie mißbräuchlich angewandt wird, so entscheidet sie, daß der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten hat.

Kommt der betreffende Staat dieser Entscheidung innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission oder jeder betroffene Staat in Abweichung von den Artikeln 169 und 170 den Gerichtshof unmittelbar anrufen.

Der Rat kann einstimmig auf Antrag eines Mitgliedstaates entscheiden, daß eine von diesem Staat gewährte oder geplante Beihilfe in Abweichung von Artikel 92 oder von den nach Artikel 94 erlassenen Verordnungen als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar gilt, wenn außergewöhnliche Umstände eine solche Entscheidung rechtfertigen. Hat die Kommission bezüglich dieser Beihilfe das in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehene Verfahren bereits eingeleitet, so bewirkt der Antrag des betreffenden Staates an den Rat die Aussetzung dieses Verfahrens, bis der Rat sich geäußert hat.

Äußert sich der Rat nicht binnen drei Monaten nach Antragstellung, so entscheidet die Kommission.

(3) Die Kommission wird von jeder beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig unterrichtet, daß sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, daß ein derartiges Vorhaben nach Artikel 92 mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz (2) vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende Mitgliedstaat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor die Kommission eine abschließende Entscheidung erlassen hat.

Article 93

(1) La Commission procède avec les États membres à l'examen permanent des régimes d'aides existant dans ces États. Elle propose à ceux-ci les mesures utiles exigées par le développement progressif ou le fonctionnement du marché commun.

(2) Si, après avoir mis les intéressés en demeure de présenter leurs observations, la Commission constate qu'une aide accordée par un État ou au moyen de ressources d'État, n'est pas compatible avec le marché commun aux termes de l'article 92, ou que cette aide est appliquée de façon abusive, elle décide que l'État intéressé doit la supprimer ou la modifier dans le délai qu'elle détermine.

Si l'État en cause ne se conforme pas à cette décision dans le délai imparti, la Commission ou tout autre État intéressé peut saisir directement la Cour de Justice, par dérogation aux articles 169 et 170.

Sur demande d'un État membre, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut décider qu'une aide, instituée ou à instituer par cet État, doit être considérée comme compatible avec le marché commun, en dérogation des dispositions de l'article 92 ou des règlements prévus à l'article 94, si des circonstances exceptionnelles justifient une telle décision. Si, à l'égard de cette aide, la Commission a ouvert la procédure prévue au présent paragraphe, alinéa 1, la demande de l'État intéressé adressée au Conseil aura pour effet de suspendre ladite procédure jusqu'à la prise de position du Conseil.

Toutefois, si le Conseil n'a pas pris position dans un délai de trois mois à compter de la demande, la Commission statue.

(3) La Commission est informée, en temps utile pour présenter ses observations, des projets tendant à instituer ou à modifier des aides. Si elle estime qu'un projet n'est pas compatible avec le marché commun, aux termes de l'article 92, elle ouvre sans délai la procédure prévue au paragraphe précédent. L'État membre intéressé ne peut mettre à exécution les mesures projetées avant que cette procédure ait abouti à une décision finale.

- b) gli aiuti destinati a promuovere la realizzazione di un importante progetto di comune interesse europeo oppure a porre rimedio a un grave turbamento dell'economia di uno Stato membro,
- c) gli aiuti destinati ad agevolare lo sviluppo di talune attività o di talune regioni economiche, semprechè non alterino le condizioni degli scambi in misura contraria al comune interesse. Tuttavia, gli aiuti alle costruzioni navali esistenti alla data del 1° gennaio 1957, in quanto determinati soltanto dall'assenza di una protezione doganale, sono progressivamente ridotti alle stesse condizioni che si applicano per l'abolizione dei dazi doganali, fatte salve le disposizioni del presente Trattato relative alla politica commerciale comune nei confronti dei Paesi terzi,
- d) le altre categorie di aiuti, determinate con decisione del Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.
- b) steunmaatregelen om de verwezenlijking van een belangrijk project van gemeenschappelijk Europees belang te bevorderen of een ernstige verstoring in de economie van een Lid-Staat op te heffen,
- c) steunmaatregelen om de ontwikkeling van bepaalde vormen van economische bedrijvigheid of van bepaalde regionale economieën te vergemakkelijken, mits de voorwaarden waaronder het handelsverkeer plaatsvindt, daardoor niet zodanig worden veranderd dat het gemeenschappelijk belang wordt geschaad. Echter worden de op 1 januari 1957 bestaande steunmaatregelen voor de scheepsbouw, doch slechts in de mate waarin deze overeenkomen met het ontbreken van douanebescherming, geleidelijk verminderd overeenkomstig de bepalingen die gelden voor het afschaffen van de douanerechten, onder voorbehoud van de bepalingen van dit Verdrag betreffende de gemeenschappelijke handelspolitiek ten aanzien van derde landen,
- d) andere soorten van steunmaatregelen aangewezen bij besluit van de Raad, genomen met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie.

Articolo 93

(1) La Commissione procede con gli Stati membri all'esame permanente dei regimi di aiuti esistenti in questi Stati. Essa propone a questi ultimi le opportune misure richieste dal graduale sviluppo o dal funzionamento del mercato comune.

(2) Qualora la Commissione, dopo aver intimato agli interessati di presentare le loro osservazioni, constati che un aiuto concesso da uno Stato, o mediante fondi statali, non è compatibile con il mercato comune a norma dell'articolo 92, oppure che tale aiuto è attuato in modo abusivo, decide che lo Stato interessato deve sopprimerlo o modificarlo nel termine da essa fissato.

Qualora lo Stato in causa non si conformi a tale decisione entro il termine stabilito, la Commissione o qualsiasi altro Stato interessato può adire direttamente la Corte di Giustizia, in deroga agli articoli 169 e 170.

A richiesta di uno Stato membro, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può decidere che un aiuto, istituito o da istituirsi da parte di questo Stato, deve considerarsi compatibile con il mercato comune, in deroga alle disposizioni dell'articolo 92 o ai regolamenti di cui all'articolo 94, quando circostanze eccezionali giustificano tale decisione. Qualora la Commissione abbia iniziato, nei riguardi di tale aiuto, la procedura prevista dal presente paragrafo, primo comma, la richiesta dello Stato interessato rivolta al Consiglio avrà per effetto di sospendere tale procedura fino a quando il Consiglio non si sia pronunciato al riguardo.

Tuttavia, se il Consiglio non si è pronunciato entro tre mesi dalla data della richiesta, la Commissione delibera.

(3) Alla Commissione sono comunicati, in tempo utile perchè presenti le sue osservazioni, i progetti diretti a istituire o modificare aiuti. Se ritiene che un progetto non sia compatibile con il mercato comune a norma dell'articolo 92, la Commissione inizia senza indugio la procedura prevista dal paragrafo precedente. Lo Stato membro interessato non può dare esecuzione alle misure progettate prima che tale procedura abbia condotto a una decisione finale.

Artikel 93

(1) De Commissie onderwerpt tezamen met de Lid-Staten in die Staten bestaande steunregelingen aan een voortdurend onderzoek. Zij stelt de dienstige maatregelen voor, welke de geleidelijke ontwikkeling of de werking van de gemeenschappelijke markt vereist.

(2) Indien de Commissie, na de belanghebbende te hebben aangemaand, hun opmerkingen te maken, vaststelt dat een steunmaatregel door een Staat of met staatsmiddelen bekostigd, volgens artikel 92 niet verenigbaar is met de gemeenschappelijke markt of dat van deze steunmaatregel misbruik wordt gemaakt, bepaalt zij dat de betrokken Staat die steunmaatregel moet opheffen of wijzigen binnen de door haar vast te stellen termijn.

Indien deze Staat dat besluit niet binnen de gestelde termijn nakomt, kan de Commissie of iedere andere belanghebbende Staat zich in afwijking van de artikelen 169 en 170 rechtstreeks tot het Hof van Justitie wenden.

Op verzoek van een Lid-Staat kan de Raad met eenparigheid van stemmen beslissen dat een door die Staat genomen of te nemen steunmaatregel in afwijking van de bepalingen van artikel 92 of van de in artikel 94 bedoelde verordeningen als verenigbaar moet worden beschouwd met de gemeenschappelijke markt, indien buitengewone omstandigheden een dergelijke beslissing rechtvaardigen. Als de Commissie met betrekking tot deze steunmaatregel de in de eerste alinea van dit lid vermelde procedure heeft aangevangen, wordt deze door het verzoek van de betrokken Staat aan de Raad geschorst, totdat de Raad zijn standpunt heeft bepaald.

Evenwel, indien de Raad binnen een termijn van drie maanden, te rekenen van het verzoek, zijn standpunt niet heeft bepaald, beslist de Commissie.

(3) De Commissie wordt van elk voornemen tot invoering of wijziging van steunmaatregelen tijdig op de hoogte gebracht, om haar opmerkingen te kunnen maken. Indien zij meent dat zulk een voornemen volgens artikel 92 onverenigbaar is met de gemeenschappelijke markt, vangt zij onverwijld de in het vorige lid bedoelde procedure aan. De betrokken Lid-Staat kan de voorgenomen maatregelen niet tot uitvoering brengen, voordat die procedure tot een eindbeslissing heeft geleid.

Artikel 94

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission alle zweckdienlichen Durchführungsverordnungen zu den Artikeln 92 und 93 erlassen und insbesondere die Bedingungen für die Anwendung des Artikels 93 Absatz (3) sowie diejenigen Arten von Beihilfen festlegen, die von diesem Verfahren ausgenommen sind.

Article 94

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut prendre tous règlements utiles en vue de l'application des articles 92 et 93 et fixer notamment les conditions d'application de l'article 93 paragraphe (3), et les catégories d'aides qui sont dispensées de cette procédure.

Kapitel 2

Steuerliche Vorschriften

Artikel 95

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Spätestens mit Beginn der zweiten Stufe werden die Mitgliedstaaten die bei Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Bestimmungen aufheben oder berichtigen, die den obengenannten Vorschriften entgegenstehen.

Chapitre 2

Dispositions fiscales

Article 95

Aucun État membre ne frappe directement ou indirectement les produits des autres États membres d'impositions intérieures, de quelque nature qu'elles soient, supérieures à celles qui frappent directement ou indirectement les produits nationaux similaires.

En outre, aucun État membre ne frappe les produits des autres États membres d'impositions intérieures de nature à protéger indirectement d'autres productions.

Les États membres éliminent ou corrigent, au plus tard au début de la deuxième étape, les dispositions existant à l'entrée en vigueur du présent Traité qui sont contraires aux règles ci-dessus.

Artikel 96

Werden Waren in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates ausgeführt, so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar erhobenen inländischen Abgaben.

Article 96

Les produits exportés vers le territoire d'un des États membres ne peuvent bénéficier d'aucune ristourne d'impositions intérieures supérieure aux impositions dont ils ont été frappés directement ou indirectement.

Artikel 97

Mitgliedstaaten, welche die Umsatzsteuer nach dem System der kumulativen Mehrphasensteuer erheben, können für inländische Abgaben, die sie von eingeführten Waren erheben, und für Rückvergütungen, die sie für ausgeführte Waren gewähren, unter Wahrung der in den Artikeln 95 und 96 aufgestellten Grundsätze Durchschnittsätze für Waren oder Gruppen von Waren festlegen.

Entsprechen diese Durchschnittsätze nicht den genannten Grundsätzen, so richtet die Kommission geeignete Richtlinien oder Entscheidungen an den betreffenden Staat.

Article 97

Les États membres qui perçoivent la taxe sur le chiffre d'affaires d'après le système de la taxe cumulative à cascade peuvent, pour les impositions intérieures dont ils frappent les produits importés ou pour les ristournes qu'ils accordent aux produits exportés, procéder à la fixation de taux moyens par produit ou groupe de produits, sans toutefois porter atteinte aux principes qui sont énoncés aux articles 95 et 96.

Au cas où les taux moyens fixés par un État membre ne sont pas conformes aux principes précités, la Commission adresse à cet État les directives ou décisions appropriées.

Artikel 98

Für Abgaben außer Umsatzsteuern, Verbrauchsabgaben und sonstigen indirekten Steuern sind Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr nach anderen Mitgliedstaaten sowie Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten nur zulässig, soweit der Rat sie vorher mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission für eine begrenzte Frist genehmigt hat.

Article 98

En ce qui concerne les impositions autres que les taxes sur le chiffre d'affaires, les droits d'accise et les autres impôts indirects, des exonérations et des remboursements à l'exportation vers les autres États membres ne peuvent être opérés, et des taxes de compensation à l'importation en provenance des États membres ne peuvent être établies, que pour autant que les mesures envisagées ont été préalablement approuvées pour une période limitée par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

Articolo 94

Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, può stabilire tutti i regolamenti utili ai fini dell'applicazione degli articoli 92 e 93 e fissare in particolare le condizioni per l'applicazione dell'articolo 93, paragrafo 3, nonché le categorie di aiuti che sono dispensate da tale procedura.

Capo 2

Disposizioni fiscali

Articolo 95

Nessuno Stato membro applica direttamente o indirettamente ai prodotti degli altri Stati membri imposizioni interne, di qualsivoglia natura, superiori a quelle applicate direttamente o indirettamente ai prodotti nazionali similari.

Inoltre, nessuno Stato membro applica ai prodotti degli altri Stati membri imposizioni interne intese a proteggere indirettamente altre produzioni.

Gli Stati membri aboliscono o modificano, non oltre l'inizio della seconda tappa, le disposizioni esistenti al momento dell'entrata in vigore del presente Trattato che siano contrarie alle norme che precedono.

Articolo 96

I prodotti esportati nel territorio di uno degli Stati membri non possono beneficiare di alcun ristorno d'imposizioni interne che sia superiore alle imposizioni ad essi applicate direttamente o indirettamente.

Articolo 97

Gli Stati membri che riscuotono l'imposta sulla cifra di affari in base al sistema dell'imposta cumulativa a cascata possono, per quanto riguarda le imposizioni interne che applicano ai prodotti importati o i ristorni che accordano ai prodotti esportati, procedere alla fissazione di aliquote medie per prodotto o gruppo di prodotti, senza pregiudizio tuttavia dei principi enunciati negli articoli 95 e 96.

Qualora le aliquote medie fissate da uno Stato membro non siano conformi ai principi suindicati, la Commissione rivolge a tale Stato le direttive o decisioni del caso.

Articolo 98

Per quanto riguarda le imposizioni diverse dalle imposte sulla cifra d'affari, dalle imposte di consumo e dalle altre imposte indirette, si possono operare esoneri e rimborsi all'esportazione negli altri Stati membri e introdurre tasse di compensazione applicabili alle importazioni provenienti dagli Stati membri, soltanto qualora le misure progettate siano state preventivamente approvate per un periodo limitato dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

Artikel 94

De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie alle verordeningen vaststellen, dienstig voor de toepassing van de artikelen 92 en 93, en met name de voorwaarden voor de toepassing van artikel 93, lid 3, bepalen alsmede de van die procedure vrijgestelde soorten van steunmaatregelen.

Hoofdstuk 2

Bepalingen betreffende de belastingen

Artikel 95

De Lid-Staten heffen op produkten van de overige Lid-Staten, al dan niet rechtstreeks, geen hogere binnenlandse belastingen van welke aard ook dan die welke, al dan niet rechtstreeks, op gelijksoortige nationale produkten worden geheven.

Bovendien heffen de Lid-Staten op de produkten van de overige Lid-Staten geen zodanige binnenlandse belastingen, dat daardoor andere produkties zijdelings worden beschermd.

Uiterlijk aan het begin van de tweede etappe zullen de Lid-Staten de bepalingen die bij de inwerkingtreding van dit Verdrag bestaan en strijdig zijn met bovengenoemde regels, afschaffen of herzien.

Artikel 96

Bij de uitvoer van produkten naar het grondgebied van een der Lid-Staten mag de teruggave van binnenlandse belastingen niet het bedrag overschrijden dat daarop al dan niet rechtstreeks geheven is.

Artikel 97

De Lid-Staten die omzetbelasting heffen volgens het cumulatieve cascadestelsel, mogen voor binnenlandse belastingen welke zij heffen op ingevoerde produkten, of voor de teruggave die zij verlenen bij de uitvoer van produkten, gemiddelde percentages per produkt of groep van produkten vaststellen, zonder evenwel inbreuk te maken op de in de artikelen 95 en 96 genoemde beginselen.

In de gevallen waarin de door een Lid-Staat vastgestelde gemiddelde percentages niet in overeenstemming zijn met bovengenoemde beginselen, richt de Commissie tot die Staat passende richtlijnen of beschikkingen.

Artikel 98

Met betrekking tot andere belastingen dan de omzetbelasting, de accijnzen en de overige indirecte belastingen mogen vrijstellingen en teruggaven bij uitvoer naar de andere Lid-Staten slechts worden verleend en compenserende belastingen bij invoer uit de Lid-Staten mogen slechts worden geheven, voor zover de bedoelde maatregelen van tevoren voor een beperkte periode door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie zijn goedgekeurd.

Artikel 99

Die Kommission prüft, wie die Rechtsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuer, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern, einschließlich der Ausgleichsmaßnahmen für den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, im Interesse des Gemeinsamen Marktes harmonisiert werden können.

Die Kommission unterbreitet dem Rat entsprechende Vorschläge; dieser entscheidet darüber einstimmig unbeschadet der Artikel 100 und 101.

Kapitel 3

Angleichung der Rechtsvorschriften

Artikel 100

Der Rat erläßt einstimmig auf Vorschlag der Kommission Richtlinien für die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes auswirken.

Die Versammlung und der Wirtschafts- und Sozialausschuß werden zu den Richtlinien gehört, deren Durchführung in einem oder mehreren Mitgliedstaaten eine Änderung von gesetzlichen Vorschriften zur Folge hätte.

Artikel 101

Stellt die Kommission fest, daß vorhandene Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem Gemeinsamen Markt verfälschen und dadurch eine Verzerrung hervorrufen, die zu beseitigen ist, so tritt sie mit den betreffenden Mitgliedstaaten in Beratungen ein.

Führen diese Beratungen nicht zur Beseitigung dieser Verzerrung, so erläßt der Rat während der ersten Stufe einstimmig und danach mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Richtlinien. Die Kommission und der Rat können alle sonstigen in diesem Vertrag vorgesehenen zweckdienlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 102

(1) Ist zu befürchten, daß der Erlaß oder die Änderung einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift eine Verzerrung im Sinne des Artikels 101 verursacht, so setzt sich der Mitgliedstaat, der diese Maßnahme beabsichtigt, mit der Kommission ins Benehmen. Diese empfiehlt nach Beratung mit den Mitgliedstaaten den beteiligten Staaten die zur Vermeidung dieser Verzerrung geeigneten Maßnahmen.

(2) Kommt der Staat, der innerstaatliche Vorschriften erlassen oder ändern will, der an ihn gerichteten Empfehlung der Kommission nicht nach, so kann nicht gemäß Artikel 101 verlangt werden, daß die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Vorschriften ändern, um die Verzerrung zu beseitigen. Verursacht ein Mitgliedstaat, der die Empfehlung der Kommission außer acht läßt, eine Verzerrung lediglich zu seinem eigenen Nachteil, so findet Artikel 101 keine Anwendung.

Article 99

La Commission examine de quelle façon les législations des différents États membres relatives aux taxes sur le chiffre d'affaires, aux droits d'accise et autres impôts indirects, y compris les mesures de compensation applicables aux échanges entre les États membres, peuvent être harmonisées dans l'intérêt du marché commun.

La Commission soumet des propositions au Conseil qui statue à l'unanimité, sans préjudice des dispositions des articles 100 et 101.

Chapitre 3

Le rapprochement des législations

Article 100

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, arrête des directives pour le rapprochement des dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres qui ont une incidence directe sur l'établissement ou le fonctionnement du marché commun.

L'Assemblée et le Comité économique et social sont consultés sur les directives dont l'exécution comporterait, dans un ou plusieurs États membres, une modification de dispositions législatives.

Article 101

Au cas où la Commission constate qu'une disparité existant entre les dispositions législatives, réglementaires ou administratives des États membres fausse les conditions de concurrence sur le marché commun et provoque, de ce fait, une distorsion qui doit être éliminée, elle entre en consultation avec les États membres intéressés.

Si cette consultation n'aboutit pas à un accord éliminant la distorsion en cause, le Conseil arrête, sur proposition de la Commission, les directives nécessaires à cette fin, en statuant à l'unanimité pendant la première étape et à la majorité qualifiée par la suite. La Commission et le Conseil peuvent prendre toutes autres mesures utiles prévues par le présent Traité.

Article 102

(1) Lorsqu'il y a lieu de craindre que l'établissement ou la modification d'une disposition législative, réglementaire ou administrative ne provoque une distorsion au sens de l'article précédent, l'État membre qui veut y procéder consulte la Commission. Après avoir consulté les États membres, la Commission recommande aux États intéressés les mesures appropriées pour éviter la distorsion en cause.

(2) Si l'État qui veut établir ou modifier des dispositions nationales ne se conforme pas à la recommandation que la Commission lui a adressée, il ne pourra être demandé aux autres États membres, dans l'application de l'article 101, de modifier leurs dispositions nationales en vue d'éliminer cette distorsion. Si l'État membre qui a passé outre à la recommandation de la Commission provoque une distorsion à son seul détriment, les dispositions de l'article 101 ne sont pas applicables.

Articolo 99

La Commissione esamina in qual modo sia possibile armonizzare, nell'interesse del mercato comune, le legislazioni dei singoli Stati membri relative alle imposte sulla cifra d'affari, alle imposte di consumo e ad altre imposte indirette, ivi comprese le misure di compensazione applicabili agli scambi fra gli Stati membri.

La Commissione sottopone proposte al Consiglio che delibera all'unanimità, fatte salve le disposizioni degli articoli 100 e 101.

Capo 3

Ravvicinamento delle legislazioni

Articolo 100

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, stabilisce direttive volte al ravvicinamento delle disposizioni legislative, regolamentari ed amministrative degli Stati membri che abbiano un'incidenza diretta sull'instaurazione o sul funzionamento del mercato comune.

L'Assemblea e il Comitato economico e sociale sono consultati sulle direttive la cui esecuzione importerebbe, in uno o più Stati membri, una modificazione nelle disposizioni legislative.

Articolo 101

Qualora la Commissione constati che una disparità esistente nelle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative degli Stati membri falsa le condizioni di concorrenza sul mercato comune e provoca, per tal motivo, una distorsione che deve essere eliminata, la Commissione provvede a consultarsi con gli Stati membri interessati.

Se attraverso tale consultazione non si raggiunge un accordo che elimini la distorsione in questione, il Consiglio stabilisce, su proposta della Commissione, le direttive all'uopo necessarie, deliberando all'unanimità durante la prima tappa e a maggioranza qualificata in seguito. La Commissione e il Consiglio possono adottare ogni altra opportuna misura prevista dal presente Trattato.

Articolo 102

(1) Quando vi sia motivo di temere che l'emanazione o la modifica di disposizioni legislative, regolamentari o amministrative provochi una distorsione ai sensi dell'articolo precedente, lo Stato membro che vuole procedere consulta la Commissione. La Commissione, dopo aver consultato gli Stati membri, raccomanda agli Stati interessati le misure idonee ad evitare la distorsione in questione.

(2) Se lo Stato che vuole emanare o modificare disposizioni nazionali non si conforma alla raccomandazione rivoltagli dalla Commissione, non si potrà richiedere agli altri Stati membri, nell'applicazione dell'articolo 101, di modificare le loro disposizioni nazionali per eliminare tale distorsione. Se lo Stato membro che ha trascurato la raccomandazione della Commissione provoca una distorsione unicamente a suo detrimento, non sono applicabili le disposizioni dell'articolo 101.

Artikel 99

De Commissie onderzoekt op welke wijze de wetgevingen van de verschillende Lid-Staten met betrekking tot de omzetbelasting, de accijnzen en de andere indirecte belastingen, met inbegrip van de compensatiemaatregelen welke van toepassing zijn op de handel tussen de Lid-Staten, in het belang van de gemeenschappelijke markt kunnen worden geharmoniseerd.

De Commissie dient voorstellen in bij de Raad die met eenparigheid van stemmen besluit, onverminderd de bepalingen van de artikelen 100 en 101.

Hoofdstuk 3

De aanpassing van de wetgevingen

Artikel 100

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie richtlijnen vast voor het nader tot elkaar brengen van de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen der Lid-Staten welke rechtstreeks van invloed zijn op de instelling of de werking van de gemeenschappelijke markt.

De Vergadering en het Economisch en Sociaal Comité worden geraadpleegd over de richtlijnen waarvan de uitvoering in één of meer Lid-Staten een wijziging van wettelijke bepalingen zou medebrengen.

Artikel 101

Ingeval de Commissie vaststelt dat een dispariteit tussen de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen der Lid-Staten de mededingingsvoorwaarden op de gemeenschappelijke markt vervalst en zodoende een distorsie veroorzaakt welke moet worden opgeheven, raadpleegt zij de betrokken Lid-Staten.

Indien deze raadpleging niet leidt tot overeenstemming waardoor de betrokken distorsie wordt opgeheven, stelt de Raad, gedurende de eerste etappe met eenparigheid en daarna met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie de voor dat doel noodzakelijke richtlijnen vast. De Commissie en de Raad kunnen alle andere dienstige maatregelen nemen welke dit Verdrag voorziet.

Artikel 102

(1) Wanneer er aanleiding bestaat, te vrezen dat de vaststelling of de wijziging van een wettelijke of bestuursrechtelijke bepaling een distorsie in de zin van het voorgaande artikel veroorzaakt, raadpleegt de Lid-Staat die daartoe wil overgaan, de Commissie. Na de Lid-Staten te hebben geraadpleegd, beveelt de Commissie de betrokken Staten passende maatregelen aan om deze distorsie te voorkomen.

(2) Indien de Staat die nationale bepalingen wil vaststellen of wijzigen, niet handelt overeenkomstig de aanbeveling welke de Commissie hem heeft gedaan, kan bij toepassing van artikel 101 van de andere Lid-Staten niet worden verlangd dat zij hun nationale bepalingen wijzigen om deze distorsie op te heffen. Indien de Lid-Staat die aan de aanbeveling van de Commissie geen gevolg heeft gegeven, een distorsie veroorzaakt waarvan alleen hijzelf nadeel ondervindt, zijn de bepalingen van artikel 101 niet van toepassing.

TITEL II

Die Wirtschaftspolitik

Kapitel 1

Die Konjunkturpolitik

Artikel 103

(1) Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Konjunkturpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Sie setzen sich miteinander und mit der Kommission über die unter den jeweiligen Umständen zu ergreifenden Maßnahmen ins Benehmen.

(2) Auf Vorschlag der Kommission kann der Rat unbeschadet der sonstigen in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren einstimmig über die der Lage entsprechenden Maßnahmen entscheiden.

(3) Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission gegebenenfalls die erforderlichen Richtlinien zur Durchführung der gemäß Absatz (2) getroffenen Entscheidungen.

(4) Das in diesem Artikel vorgesehene Verfahren gilt auch für den Fall, daß Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren auftreten.

Kapitel 2

Die Zahlungsbilanz

Artikel 104

Jeder Mitgliedstaat betreibt die Wirtschaftspolitik, die erforderlich ist, um unter Wahrung eines hohen Beschäftigungsstands und eines stabilen Preisniveaus das Gleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz zu sichern und das Vertrauen in seine Währung aufrechtzuerhalten.

Artikel 105

(1) Um die Verwirklichung der Ziele des Artikels 104 zu erleichtern, koordinieren die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik. Sie richten zu diesem Zweck eine Zusammenarbeit zwischen ihren zuständigen Verwaltungsstellen und zwischen ihren Zentralbanken ein.

Die Kommission unterbreitet dem Rat Empfehlungen zur Herbeiführung dieser Zusammenarbeit.

(2) Um die Koordinierung der Währungspolitik der Mitgliedstaaten in dem für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlichen Umfang zu fördern, wird ein Beratender Währungsausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hat,

- die Währungs- und Finanzlage der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft sowie den allgemeinen Zahlungsverkehr der Mitgliedstaaten zu beobachten und dem Rat und der Kommission regelmäßig darüber Bericht zu erstatten,
- auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen an diese Organe abzugeben.

Jeder Mitgliedstaat sowie die Kommission ernennen zwei Mitglieder des Währungsausschusses.

Artikel 106

(1) Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, in der Währung des Mitgliedstaates, in dem der Gläubiger oder der Begünstigte ansässig ist, die Zahlungen zu genehmigen, die sich auf den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr beziehen, sowie den Transfer von Kapitalbeträgen und Arbeitsentgelten zu gestatten, soweit der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten nach diesem Vertrag liberalisiert ist.

TITRE II

La politique économique

Chapitre 1

La politique de conjoncture

Article 103

(1) Les États membres considèrent leur politique de conjoncture comme une question d'intérêt commun. Ils se consultent mutuellement et avec la Commission sur les mesures à prendre en fonction des circonstances.

(2) Sans préjudice des autres procédures prévues par le présent Traité, le Conseil, sur proposition de la Commission, peut décider à l'unanimité des mesures appropriées à la situation.

(3) Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête, le cas échéant, les directives nécessaires sur les modalités d'application des mesures décidées aux termes du paragraphe (2).

(4) Les procédures prévues au présent article s'appliquent également en cas de difficultés survenues dans l'approvisionnement en certains produits.

Chapitre 2

La balance des paiements

Article 104

Chaque État membre pratique la politique économique nécessaire en vue d'assurer l'équilibre de sa balance globale des paiements et de maintenir la confiance dans sa monnaie, tout en veillant à assurer un haut degré d'emploi et la stabilité du niveau des prix.

Article 105

(1) En vue de faciliter la réalisation des objectifs énoncés dans l'article 104, les États membres coordonnent leurs politiques économiques. Ils instituent à cet effet une collaboration entre les services compétents de leurs administrations et entre leurs banques centrales.

La Commission présente au Conseil des recommandations pour la mise en œuvre de cette collaboration.

(2) En vue de promouvoir la coordination des politiques des États membres en matière monétaire dans toute la mesure nécessaire au fonctionnement du marché commun, il est institué un Comité monétaire de caractère consultatif, qui a pour mission:

- de suivre la situation monétaire et financière des États membres et de la Communauté, ainsi que le régime général des paiements des États membres et de faire rapport régulièrement au Conseil et à la Commission à ce sujet,
- de formuler des avis, soit à la requête du Conseil ou de la Commission, soit de sa propre initiative, à l'intention de ces institutions.

Les États membres et la Commission nomment chacun deux membres du Comité monétaire.

Article 106

(1) Chaque État membre s'engage à autoriser, dans la monnaie de l'État membre dans lequel réside le créancier ou le bénéficiaire, les paiements afférents aux échanges de marchandises, de services et de capitaux, ainsi que les transferts de capitaux et de salaires, dans la mesure où la circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes est libérée entre les États membres en application du présent Traité.

TITOLO II

Politica economica

Capo 1

Politica di congiuntura

Articolo 103

(1) Gli Stati membri considerano la loro politica di congiuntura come una questione d'interesse comune. Essi si consultano reciprocamente e con la Commissione circa le misure da adottare in funzione delle circostanze.

(2) Senza pregiudizio delle altre procedure previste dal presente Trattato, il Consiglio, su proposta della Commissione, può decidere all'unanimità in merito alle misure adatte alla situazione.

(3) Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, stabilisce, ove occorra, le direttive necessarie in ordine alle modalità d'applicazione delle misure decise a termini del paragrafo 2.

(4) Le procedure previste dal presente articolo sono altresì applicabili in caso di difficoltà sopravvenute nell'approvvigionamento di determinati prodotti.

Capo 2

La bilancia dei pagamenti

Articolo 104

Ogni Stato membro attua la politica economica necessaria a garantire l'equilibrio della sua bilancia globale dei pagamenti e a mantenere la fiducia nella propria moneta, pur avendo cura di garantire un alto livello di occupazione e la stabilità del livello dei prezzi.

Articolo 105

(1) Allo scopo di agevolare il raggiungimento degli obiettivi di cui all'articolo 104, gli Stati membri coordinano le loro politiche economiche. Essi istituiscono all'uopo una collaborazione tra i servizi competenti delle loro amministrazioni e tra i loro istituti bancari centrali. La Commissione presenta al Consiglio raccomandazioni per l'attuazione di tale collaborazione.

(2) Per promuovere il coordinamento delle politiche degli Stati membri nel campo monetario in tutta la misura necessaria al funzionamento del mercato comune, è istituito un Comitato monetario a carattere consultivo, con il compito di:

- seguire la situazione monetaria e finanziaria degli Stati membri e della Comunità, nonché il regime generale dei pagamenti degli Stati membri, e riferirne regolarmente al Consiglio ed alla Commissione,
- formulare pareri, sia a richiesta del Consiglio o della Commissione, sia di propria iniziativa destinati a tali istituzioni.

Gli Stati membri e la Commissione nominano ciascuno due membri del Comitato monetario.

Articolo 106

(1) Ciascuno Stato membro s'impegna ad autorizzare che vengano effettuati, nella valuta dello Stato membro nel quale risiede il creditore o il beneficiario, i pagamenti relativi agli scambi di merci, di servizi e di capitali, come anche i trasferimenti di capitali e di salari, nella misura in cui la circolazione delle merci, dei servizi, dei capitali e delle persone è liberalizzata tra gli Stati membri in applicazione del presente Trattato.

TITEL II

Het economisch beleid

Hoofdstuk 1

De conjunctuurpolitiek

Artikel 103

(1) De Lid-Staten beschouwen hun conjunctuurpolitiek als een aangelegenheid van gemeenschappelijk belang. Zij plegen met elkaar en met de Commissie overleg omtrent de naar omstandigheden te nemen maatregelen.

(2) Onverminderd de overige in dit Verdrag bepaalde procedures kan de Raad met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie de naar omstandigheden passende maatregelen vaststellen.

(3) In voorkomende gevallen stelt de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie de noodzakelijke richtlijnen vast betreffende de wijze van toepassing der overeenkomstig lid 2 voorgeschreven maatregelen.

(4) De bij dit artikel bepaalde procedures zijn eveneens van toepassing ingeval zich moeilijkheden voordoen in de voorziening van bepaalde producten.

Hoofdstuk 2

De betalingsbalans

Artikel 104

Iedere Lid-Staat voert het economisch beleid, dat noodzakelijk is om het evenwicht van zijn betalingsbalans in haar geheel te verzekeren en het vertrouwen in zijn valuta te handhaven, waarbij hij zorg draagt voor een hoge graad van werkgelegenheid en voor een stabiel prijspeil.

Artikel 105

(1) Ten einde de verwezenlijking van de in artikel 104 vermelde doeleinden te vergemakkelijken, coördineren de Lid-Staten hun economisch beleid. Zij brengen te dien einde een samenwerking tot stand tussen hun bevoegde dienstvakken en tussen hun centrale banken. De Commissie draagt de Raad aanbevelingen voor, om deze samenwerking op gang te brengen.

(2) Ten einde de coördinatie van het monetair beleid der Lid-Staten in de volle omvang, die nodig is voor de werking van de gemeenschappelijke markt, te bevorderen, wordt een Monetair Comité van raadgevende aard ingesteld, dat tot taak heeft

- de monetaire en financiële toestand van de Lid-Staten en van de Gemeenschap alsmede de algemene regeling van het betalingsverkeer der Lid-Staten te volgen en ter zake regelmatig aan de Raad en aan de Commissie verslag te doen,
- hetzij op verzoek van de Raad of van de Commissie, hetzij eigener beweging adviezen aan deze instellingen uit te brengen.

De Lid-Staten en de Commissie benoemen ieder twee leden van het Monetair Comité.

Artikel 106

(1) Elke Lid-Staat verbindt zich, om in de valuta van de Lid-Staat waarin de schuldeiser of de begunstigde verblijft houdt, de betalingen welke betrekking hebben op het goederen-, diensten- en kapitaalverkeer, evenals de overmaking van kapitaal en loon, toe te staan, voor zover het goederen-, diensten-, kapitaal- en personenverkeer tussen de Lid-Staten met toepassing van dit Verdrag is vrijgemaakt.

Die Mitgliedstaaten sind bereit, über die im vorstehenden Unterabsatz vorgesehene Liberalisierung des Zahlungsverkehrs hinauszugehen, soweit ihre Wirtschaftslage im allgemeinen und der Stand ihrer Zahlungsbilanz im besonderen dies zulassen.

(2) Soweit der Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr nur durch Beschränkungen der diesbezüglichen Zahlungen begrenzt ist, werden diese Beschränkungen durch entsprechende Anwendung der Kapitel über die Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen, die Liberalisierung der Dienstleistungen und den freien Kapitalverkehr schrittweise beseitigt.

(3) Die Mitgliedstaaten führen untereinander keine neuen Beschränkungen für die Transferierungen ein, die sich auf die in der Liste des Anhangs III zu diesem Vertrag aufgeführten unsichtbaren Transaktionen beziehen.

Die bestehenden Beschränkungen werden gemäß den Artikeln 63 bis 65 schrittweise beseitigt, soweit hierfür nicht die Absätze (1) und (2) des vorliegenden Artikels oder das Kapitel über den freien Kapitalverkehr maßgebend sind.

(4) Im Bedarfsfall verständigen sich die Mitgliedstaaten über die Maßnahmen, die zur Gewährleistung der in diesem Artikel vorgesehenen Zahlungen und Transferierungen zu treffen sind; diese Maßnahmen dürfen die in diesem Kapitel genannten Ziele nicht beeinträchtigen.

Artikel 107

(1) Jeder Mitgliedstaat behandelt seine Politik auf dem Gebiet der Wechselkurse als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse.

(2) Nimmt ein Mitgliedstaat eine Änderung seines Wechselkurses vor, die den Zielen des Artikels 104 nicht entspricht und die Wettbewerbsbedingungen schwerwiegend verfälscht, so kann die Kommission nach Anhörung des Währungsausschusses andere Mitgliedstaaten ermächtigen, für eine begrenzte Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Folgen dieses Vorgehens zu begegnen; sie legt die Bedingungen und Einzelheiten dieser Maßnahmen fest.

Artikel 108

(1) Ist ein Mitgliedstaat hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz von Schwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht, die sich entweder aus einem Ungleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz oder aus der Art der ihm zur Verfügung stehenden Devisen ergeben, und sind diese Schwierigkeiten geeignet, insbesondere das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes oder die schrittweise Verwirklichung der gemeinsamen Handelspolitik zu gefährden, so prüft die Kommission unverzüglich die Lage dieses Staates sowie die Maßnahmen, die er getroffen hat oder unter Einsatz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel gemäß Artikel 104 treffen kann. Die Kommission gibt die Maßnahmen an, die sie dem betreffenden Staat empfiehlt.

Erweisen sich die von einem Mitgliedstaat ergriffenen und die von der Kommission angeregten Maßnahmen als unzureichend, die aufgetretenen oder drohenden Schwierigkeiten zu beheben, so empfiehlt die Kommission dem Rat nach Anhörung des Währungsausschusses einen gegenseitigen Beistand und die dafür geeigneten Methoden.

Die Kommission unterrichtet den Rat regelmäßig über die Lage und ihre Entwicklung.

Les États membres se déclarent disposés à procéder à la libération de leurs paiements au-delà de ce qui est prévu à l'alinéa précédent pour autant que leur situation économique en général, et l'état de leur balance des paiements en particulier, le leur permettent.

(2) Dans la mesure où les échanges de marchandises et de services et les mouvements de capitaux ne sont limités que par des restrictions aux paiements y afférents, sont appliquées par analogie, aux fins de la suppression progressive de ces restrictions, les dispositions des chapitres relatifs à l'élimination des restrictions quantitatives, à la libération des services et à la libre circulation des capitaux.

(3) Les États membres s'engagent à ne pas introduire entre eux de nouvelles restrictions aux transferts afférents aux transactions invisibles énumérées à la liste qui fait l'objet de l'Annexe III du présent Traité.

La suppression progressive des restrictions existantes est effectuée conformément aux dispositions des articles 63 à 65 inclus, dans la mesure où elle n'est pas régie par les dispositions des paragraphes (1) et (2) ou par le chapitre relatif à la libre circulation des capitaux.

(4) En cas de besoin, les États membres se concertent sur les mesures à prendre pour permettre la réalisation des paiements et transferts visés au présent article; ces mesures ne peuvent porter atteinte aux objectifs énoncés dans le présent chapitre.

Article 107

(1) Chaque État membre traite sa politique en matière de taux de change comme un problème d'intérêt commun.

(2) Si un État membre procède à une modification de son taux de change qui ne réponde pas aux objectifs énoncés dans l'article 104 et fausse gravement les conditions de la concurrence, la Commission peut, après consultation du Comité monétaire, autoriser d'autres États membres à prendre, pour une période strictement limitée, les mesures nécessaires, dont elle définit les conditions et les modalités, pour parer aux conséquences de cette action.

Article 108

(1) En cas de difficultés ou de menace grave de difficultés dans la balance des paiements d'un État membre provenant soit d'un déséquilibre global de la balance, soit de la nature des devises dont il dispose, et susceptibles notamment de compromettre le fonctionnement du marché commun ou la réalisation progressive de la politique commerciale commune, la Commission procède sans délai à un examen de la situation de cet État, ainsi que de l'action qu'il a entreprise ou qu'il peut entreprendre conformément aux dispositions de l'article 104, en faisant appel à tous les moyens dont il dispose. La Commission indique les mesures dont elle recommande l'adoption par l'État intéressé.

Si l'action entreprise par un État membre et les mesures suggérées par la Commission ne paraissent pas suffisantes pour aplanir les difficultés ou menaces de difficultés rencontrées, la Commission recommande au Conseil, après consultation du Comité monétaire, le concours mutuel et les méthodes appropriées.

La Commission tient le Conseil régulièrement informé de l'état de la situation et de son évolution.

Gli Stati membri si dichiarano disposti a procedere alla liberalizzazione dei loro pagamenti oltre quanto previsto dal comma precedente, nella misura in cui ciò sia ad essi consentito dalla loro situazione economica generale e, in particolare, dalla situazione della loro bilancia dei pagamenti.

(2) Nella misura in cui gli scambi di merci e di servizi e i movimenti di capitale sono limitati unicamente da restrizioni sui relativi pagamenti, sono per analogia applicate, ai fini della graduale soppressione di tali restrizioni, le disposizioni dei capi che trattano dell'abolizione delle restrizioni quantitative, della liberalizzazione dei servizi e della libera circolazione dei capitali.

(3) Gli Stati membri s'impegnano a non introdurre nei loro rapporti nuove restrizioni per i trasferimenti relativi alle transazioni invisibili, enumerate nell'elenco di cui all'allegato III del presente Trattato.

La graduale soppressione delle restrizioni esistenti si effettua conformemente alle disposizioni degli articoli da 63 a 65 inclusi, semprechè non sia disciplinata dalle disposizioni dei paragrafi 1 e 2 o dal capo relativo alla libera circolazione dei capitali.

(4) Ove necessario, gli Stati membri si accordano sulle misure da adottare per rendere possibile la realizzazione dei pagamenti e trasferimenti di cui al presente articolo; tali misure non possono essere pregiudizievoli agli obiettivi enunciati nel presente capo.

Articolo 107

(1) Ogni Stato membro considera la propria politica, in materia di tassi di cambio, come un problema d'interesse comune.

(2) Qualora uno Stato membro proceda ad una modificazione del suo tasso di cambio che non risponda agli obiettivi di cui all'articolo 104 e alteri gravemente le condizioni di concorrenza, la Commissione, previa consultazione del Comitato monetario, può autorizzare altri Stati membri ad adottare, per un periodo strettamente limitato, le misure necessarie, di cui essa definisce le condizioni e modalità, per ovviare alle conseguenze di tale azione.

Articolo 108

(1) In caso di difficoltà o di grave minaccia di difficoltà nella bilancia dei pagamenti di uno Stato membro, provocate sia da uno squilibrio globale della bilancia, sia dal tipo di valuta di cui esso dispone, e capaci in particolare di compromettere il funzionamento del mercato comune o la graduale attuazione della politica commerciale comune, la Commissione procede senza indugio a un esame della situazione dello Stato in questione e dell'azione che questo ha intrapresa o può intraprendere conformemente alle disposizioni dell'articolo 104, facendo appello a tutti i mezzi di cui esso dispone. La Commissione indica le misure di cui raccomanda l'adozione da parte dello Stato interessato.

Se l'azione intrapresa da uno Stato membro e le misure consigliate dalla Commissione non appaiono sufficienti ad appianare le difficoltà o minacce di difficoltà incontrate, la Commissione raccomanda al Consiglio, previa consultazione del Comitato monetario, il concorso reciproco e i metodi del caso.

La Commissione tiene informato regolarmente il Consiglio della situazione e della sua evoluzione.

De Lid-Staten verklaren zich bereid, hun betalingen in een ruimere mate vrij te maken dan in de voorgaande alinea is bepaald, voor zover hun economische toestand in het algemeen en de toestand van hun betalingsbalans in het bijzonder zulks toelaten.

(2) Voor zover de beperkingen in het goederen-, diensten- en kapitaalverkeer slechts gelegen zijn in de daarmede verband houdende betalingen, worden, ter geleidelijke opheffing van die beperkingen, de bepalingen van de hoofdstukken inzake de afschaffing van de kwantitatieve beperkingen, de vrijmaking van de diensten en het vrije kapitaalverkeer, op overeenkomstige wijze toegepast.

(3) De Lid-Staten verbinden zich in hun onderling verkeer geen nieuwe beperkingen in te voeren van de overmakingen ter zake van de onzichtbare transacties vermeld in de lijst die als bijlage III aan dit Verdrag is gehecht.

De geleidelijke opheffing van de bestaande beperkingen wordt tot stand gebracht overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 63 tot en met 65, voor zover zij niet geregeld wordt door de bepalingen van de leden 1 en 2 of door het hoofdstuk inzake het vrije kapitaalverkeer.

(4) Indien nodig plegen de Lid-Staten met elkaar overleg omtrent de maatregelen die moeten worden genomen om de betalingen en overmakingen bedoeld in dit artikel mogelijk te maken; die maatregelen mogen geen inbreuk maken op de doeleinden vermeld in dit hoofdstuk.

Artikel 107

(1) Iedere Lid-Staat behandelt zijn wisselkoerspolitiek als een aangelegenheid van gemeenschappelijk belang.

(2) Indien een Lid-Staat in zijn wisselkoers een wijziging aanbrengt die niet beantwoordt aan de doeleinden genoemd in artikel 104 en die de mededingingsvoorwaarden ernstig vervalst, kan de Commissie na raadpleging van het Monetair Comité andere Lid-Staten machtigen, voor een strikt beperkte periode de maatregelen te nemen die noodzakelijk zijn om de gevolgen van die handelwijze te ondervangen; zij stelt de voorwaarden en de wijze van toepassing dier maatregelen vast.

Artikel 108

(1) In geval van moeilijkheden of ernstig dreigende moeilijkheden in de betalingsbalans van een Lid-Staat, die voortvloeien hetzij uit het ontbreken van het globaal evenwicht van zijn balans, hetzij uit de aard van beschikbare deviezen, en die met name de werking van de gemeenschappelijke markt of de geleidelijke verwezenlijking van de gemeenschappelijke handelspolitiek in gevaar kunnen brengen, onderwerpt de Commissie de toestand in die Staat en de maatregelen welke hij overeenkomstig artikel 104 met gebruikmaking van alle hem ten dienste staande middelen heeft genomen of kan nemen, onverwijld aan een onderzoek. De Commissie geeft de maatregelen aan die zij de betrokken Staat aanbeveelt.

Indien de door de Lid-Staat getroffen en de door de Commissie in overweging gegeven maatregelen niet voldoende blijken te zijn om de ondervonden of dreigende moeilijkheden uit de weg te ruimen, doet de Commissie, na raadpleging van het Monetair Comité, aan de Raad aanbevelingen tot wederzijdse bijstand en betreffende passende maatregelen, om die moeilijkheden uit de weg te ruimen.

De Commissie houdt de Raad regelmatig van de toestand en de ontwikkeling daarvan op de hoogte.

(2) Der Rat gewährt den gegenseitigen Beistand mit qualifizierter Mehrheit; er erläßt Richtlinien oder Entscheidungen, welche die Bedingungen und Einzelheiten hierfür festlegen. Der gegenseitige Beistand kann insbesondere erfolgen

- a) durch ein abgestimmtes Vorgehen bei anderen internationalen Organisationen, an die sich die Mitgliedstaaten wenden können;
- b) durch Maßnahmen, die notwendig sind, um Verkehrsverlagerungen zu vermeiden, falls der in Schwierigkeiten befindliche Staat mengenmäßige Beschränkungen gegenüber dritten Ländern beibehält oder wieder einführt;
- c) durch Bereitstellung von Krediten in begrenzter Höhe seitens anderer Mitgliedstaaten; hierzu ist ihr Einverständnis erforderlich.

Während der Übergangszeit kann der gegenseitige Beistand ferner durch besondere Senkungen von Zollsätzen oder durch Erweiterung von Kontingenten erfolgen, um eine Steigerung der Einfuhren aus dem in Schwierigkeiten befindlichen Staat zu begünstigen; hierzu ist das Einverständnis der Staaten, die diese Maßnahme treffen sollen, erforderlich.

(3) Stimmt der Rat dem von der Kommission empfohlenen gegenseitigen Beistand nicht zu oder sind der gewährte Beistand und die getroffenen Maßnahmen unzureichend, so ermächtigt die Kommission den in Schwierigkeiten befindlichen Staat, Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit diese Ermächtigung aufheben und die Bedingungen und Einzelheiten ändern.

Artikel 109

(1) Gerät ein Mitgliedstaat in eine plötzliche Zahlungsbilanzkrise und wird eine Entscheidung im Sinne des Artikels 108 Absatz (2) nicht unverzüglich getroffen, so kann der betreffende Staat vorsorglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen. Sie dürfen nur ein Mindestmaß an Störungen im Funktionieren des Gemeinsamen Marktes hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Ausmaß hinausgehen.

(2) Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten werden von den Schutzmaßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten benachrichtigt. Die Kommission kann dem Rat den gegenseitigen Beistand nach Artikel 108 empfehlen.

(3) Nach Stellungnahme der Kommission und nach Anhörung des Währungsausschusses kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, daß der betreffende Staat diese Schutzmaßnahmen zu ändern, auszusetzen oder aufzuheben hat.

Kapitel 3

Die Handelspolitik

Artikel 110

Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschränken beizutragen.

(2) Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, accorde le concours mutuel; il arrête les directives ou décisions fixant ses conditions et modalités. Le concours mutuel peut prendre notamment la forme:

- a) d'une action concertée auprès d'autres organisations internationales, auxquelles les États membres peuvent avoir recours,
- b) de mesures nécessaires pour éviter des détournements de trafic lorsque le pays en difficulté maintient ou rétablit des restrictions quantitatives à l'égard des pays tiers,
- c) d'octroi de crédits limités de la part d'autres États membres, sous réserve de leur accord.

En outre, pendant la période de transition, le concours mutuel peut également prendre la forme d'abaissements spéciaux de droits de douane ou d'élargissements de contingents destinés à favoriser l'accroissement des importations en provenance du pays en difficulté, sous réserve de l'accord des États qui prendraient ces mesures.

(3) Si le concours mutuel recommandé par la Commission n'a pas été accordé par le Conseil ou si le concours mutuel accordé et les mesures prises sont insuffisants, la Commission autorise l'État en difficulté à prendre les mesures de sauvegarde dont elle définit les conditions et modalités.

Cette autorisation peut être révoquée et ces conditions et modalités modifiées par le Conseil statuant à la majorité qualifiée.

Article 109

(1) En cas de crise soudaine dans la balance des paiements et si une décision au sens de l'article 108 paragraphe (2) n'intervient pas immédiatement, l'État membre intéressé peut prendre, à titre conservatoire, les mesures de sauvegarde nécessaires. Ces mesures doivent apporter le minimum de perturbations dans le fonctionnement du marché commun et ne pas excéder la portée strictement indispensable pour remédier aux difficultés soudaines qui se sont manifestées.

(2) La Commission et les autres États membres doivent être informés de ces mesures de sauvegarde au plus tard au moment où elles entrent en vigueur. La Commission peut recommander au Conseil le concours mutuel aux termes de l'article 108.

(3) Sur l'avis de la Commission et après consultation du Comité monétaire, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, peut décider que l'État intéressé doit modifier, suspendre ou supprimer les mesures de sauvegarde susvisées.

Chapitre 3

La politique commerciale

Article 110

En établissant une union douanière entre eux, les États membres entendent contribuer conformément à l'intérêt commun au développement harmonieux du commerce mondial, à la suppression progressive des restrictions aux échanges internationaux et à la réduction des barrières douanières.

(2) Deliberando a maggioranza qualificata, il Consiglio accorda il concorso reciproco; stabilisce le direttive o decisioni fissandone le condizioni e modalità. Il concorso reciproco può assumere in particolare la forma di:

- a) un'azione concordata presso altre organizzazioni internazionali, alle quali gli Stati membri possono ricorrere,
- b) misure necessarie ad evitare deviazioni di traffico quando il paese in difficoltà mantenga o ristabilisca restrizioni quantitative nei confronti dei Paesi terzi,
- c) concessione di crediti limitati da parte di altri Stati membri, con riserva del consenso di questi.

Inoltre, durante il periodo transitorio, il concorso reciproco può assumere altresì la forma di riduzioni speciali dei dazi doganali o di aumenti di contingenti destinati a favorire l'incremento delle importazioni provenienti dal Paese in difficoltà, a condizione di ottenere l'accordo degli Stati che adotterebbero tali misure.

(3) Quando il concorso reciproco raccomandato dalla Commissione non sia stato accordato dal Consiglio ovvero il concorso reciproco accordato e le misure adottate risultino insufficienti, la Commissione autorizza lo Stato che si trova in difficoltà ad adottare delle misure di salvaguardia di cui essa definisce le condizioni e le modalità.

Tale autorizzazione può essere revocata e le condizioni e modalità modificate dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

Articolo 109

(1) In caso di improvvisa crisi nella bilancia dei pagamenti, e qualora non intervenga immediatamente una decisione ai sensi dell'articolo 108, paragrafo 2, lo Stato membro interessato può adottare, a titolo conservativo, le misure di salvaguardia necessarie. Tali misure devono provocare il minor turbamento possibile nel funzionamento del mercato comune e non andare oltre la portata strettamente indispensabile a ovviare alle difficoltà improvvise manifestatesi.

(2) La Commissione e gli altri Stati membri devono essere informati in merito a tali misure di salvaguardia al più tardi al momento della loro entrata in vigore. La Commissione può proporre al Consiglio il concorso reciproco a termini dell'articolo 108.

(3) Su parere della Commissione e previa consultazione del Comitato monetario, il Consiglio può, deliberando a maggioranza qualificata, decidere che lo Stato interessato debba modificare, sospendere o abolire le suddette misure di salvaguardia.

Capo 3

Politica commerciale

Articolo 110

Con l'instaurare un'unione doganale fra loro, gli Stati membri intendono contribuire, secondo l'interesse comune, allo sviluppo armonico del commercio mondiale, alla graduale soppressione delle restrizioni agli scambi internazionali ed alla riduzione delle barriere doganali.

(2) De Raad kent met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de wederzijdse bijstand toe; hij stelt richtlijnen of beschikkingen vast die de voorwaarden en de wijze van toepassing daarvan bepalen. De wederzijdse bijstand kan met name de vorm aannemen van:

- a) een gezamenlijk optreden bij andere internationale organisaties waarop de Lid-Staten een beroep kunnen doen,
- b) maatregelen noodzakelijk om het zich verleggen van het handelsverkeer te vermijden, wanneer het land dat in moeilijkheden verkeert, kwantitatieve beperkingen ten aanzien van derde landen handhaaft of wederinvoert,
- c) de verlening van beperkte kredieten door andere Lid-Staten, onder voorbehoud van hun toestemming.

Gedurende de overgangperiode kan de wederzijdse bijstand bovendien de vorm aannemen van bijzondere verlagingen van douanerechten of van verruiming van contingenten, ten einde een verhoging van de invoer uit het in moeilijkheden verkerende land te bevorderen, op voorwaarde dat de Staten die deze maatregelen moeten treffen, hierin toestemmen.

(3) Indien de door de Commissie aanbevolen wederzijdse bijstand door de Raad niet wordt goedgekeurd of wanneer de goedgekeurde wederzijdse bijstand en de getroffen maatregelen ontoereikend zijn, machtigt de Commissie de in moeilijkheden verkerende Staat vrijwaringsmaatregelen te nemen waarvan zij de voorwaarden en de wijze van toepassing bepaalt.

De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen deze machtiging intrekken en deze voorwaarden en wijze van toepassing wijzigen.

Artikel 109

(1) In geval van een plotselinge crisis in de betalingsbalans en indien een besluit in de zin van artikel 108, lid 2, niet onmiddellijk wordt genomen, kan de betrokken Lid-Staat te zijner bescherming de noodzakelijke vrijwaringsmaatregelen treffen. Die maatregelen moeten zo weinig mogelijk verstoringen in de werking van de gemeenschappelijke markt teweegbrengen en mogen niet verder reiken dan strikt onvermijdelijk is om de plotselinge opgetreden moeilijkheden te overwinnen.

(2) De Commissie en de andere Lid-Staten moeten van hun vrijwaringsmaatregelen uiterlijk op het tijdstip van hun inwerkingtreding op de hoogte worden gebracht. De Commissie kan de Raad wederzijdse bijstand overeenkomstig artikel 108 aanbevelen.

(3) Op advies van de Commissie en na raadpleging van het Monetair Comité kan de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluiten dat de betrokken Staat bovenbedoelde vrijwaringsmaatregelen moet wijzigen, schorsen of intrekken.

Hoofdstuk 3

De handelspolitiek

Artikel 110

Door tezamen een douane-unie op te richten, beogen de Lid-Staten een bijdrage, in overeenstemming met het gemeenschappelijk belang, te leveren tot een harmonische ontwikkeling van de wereldhandel, de geleidelijke afschaffing van de beperkingen in het internationale handelsverkeer en de verlaging van de tariefmuren.

Bei der gemeinsamen Handelspolitik werden die günstigen Auswirkungen berücksichtigt, welche die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Staaten haben kann.

Artikel 111

Unbeschadet der Artikel 115 und 116 gelten während der Übergangszeit folgende Vorschriften:

1. Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Handelsbeziehungen mit dritten Ländern derart, daß am Ende der Übergangszeit die erforderlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet des Außenhandels gegeben sind.

Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für das bei dem gemeinsamen Vorgehen in der Übergangszeit anzuwendende Verfahren und für die Vereinheitlichung der Handelspolitik.

2. Die Kommission unterbreitet dem Rat Empfehlungen für Zollverhandlungen mit dritten Ländern über den Gemeinsamen Zolltarif.

Der Rat ermächtigt die Kommission, die Verhandlungen einzuleiten.

Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuß nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann.

3. Bei der Ausübung der ihm in diesem Artikel übertragenen Befugnisse beschließt der Rat während der beiden ersten Stufen einstimmig, danach mit qualifizierter Mehrheit.
4. Die Mitgliedstaaten treffen im Benehmen mit der Kommission alle erforderlichen Maßnahmen, um insbesondere eine Anpassung der geltenden Zollvereinbarungen mit dritten Ländern herbeizuführen, damit das Inkrafttreten des Gemeinsamen Zolltarifs nicht verzögert wird.

5. Die Mitgliedstaaten setzen sich das Ziel, ihre Liberalisierungslisten gegenüber dritten Ländern oder Gruppen von dritten Ländern auf einem möglichst hohen Stand untereinander zu vereinheitlichen. Die Kommission unterbreitet den Mitgliedstaaten alle hierfür geeigneten Empfehlungen.

Beseitigen oder verringern die Mitgliedstaaten ihre mengenmäßigen Beschränkungen gegenüber dritten Ländern, so sind sie verpflichtet, die Kommission hiervon vorher zu unterrichten und den anderen Mitgliedstaaten die gleiche Behandlung zu gewähren.

Artikel 112

(1) Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten im Rahmen anderer internationaler Organisationen eingegangenen Verpflichtungen werden die Systeme der von den Mitgliedstaaten für die Ausfuhr nach dritten Ländern gewährten Beihilfen vor dem Ende der Übergangszeit schrittweise vereinheitlicht, soweit dies erforderlich ist, um eine Verfälschung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen der Gemeinschaft zu vermeiden.

Auf Vorschlag der Kommission erläßt der Rat die hierzu erforderlichen Richtlinien, und zwar bis zum Ende der zweiten Stufe einstimmig, danach mit qualifizierter Mehrheit.

La politique commerciale commune tient compte de l'incidence favorable que la suppression des droits entre les États membres peut exercer sur l'accroissement de la force concurrentielle des entreprises de ces États.

Article 111

Au cours de la période de transition, sont applicables, sans préjudice des articles 115 et 116, les dispositions suivantes:

1. Les États membres procèdent à la coordination de leurs relations commerciales avec les pays tiers, de façon qu'à l'expiration de la période de transition soient réunies les conditions nécessaires à la mise en œuvre d'une politique commune en matière de commerce extérieur.

La Commission soumet au Conseil des propositions relatives à la procédure à appliquer au cours de la période de transition pour la mise en œuvre d'une action commune, et à l'uniformisation de la politique commerciale.

2. La Commission présente au Conseil des recommandations en vue des négociations tarifaires avec des pays tiers sur le tarif douanier commun.

Le Conseil autorise la Commission à ouvrir les négociations.

La Commission conduit ces négociations en consultation avec un Comité spécial désigné par le Conseil pour l'assister dans cette tâche, et dans le cadre des directives que le Conseil peut lui adresser.

3. Dans l'exercice des compétences qui lui sont attribuées par le présent article, le Conseil statue à l'unanimité au cours des deux premières étapes et à la majorité qualifiée par la suite.

4. Les États membres, en consultation avec la Commission, prennent toutes mesures nécessaires tendant notamment à aménager les accords tarifaires en vigueur avec les pays tiers, afin que l'entrée en vigueur du tarif douanier commun ne soit pas retardée.

5. Les États membres se fixent comme objectif d'uniformiser entre eux leurs listes de libération à l'égard de pays tiers ou de groupes de pays tiers à un niveau aussi élevé que possible. A cet effet, la Commission soumet aux États membres toutes recommandations appropriées.

Si les États membres procèdent à la suppression ou à la réduction des restrictions quantitatives à l'égard des pays tiers, ils sont tenus d'en informer préalablement aux autres États membres.

Article 112

(1) Sans préjudice des engagements assumés par les États membres dans le cadre d'autres organisations internationales, les régimes d'aides accordées par les États membres aux exportations vers les pays tiers sont progressivement harmonisés avant la fin de la période de transition, dans la mesure nécessaire pour éviter que la concurrence entre les entreprises de la Communauté soit faussée.

Sur proposition de la Commission, le Conseil arrête, à l'unanimité jusqu'à la fin de la seconde étape et à la majorité qualifiée par la suite, les directives nécessaires à cet effet.

La politica commerciale comune tiene conto dell'incidenza favorevole che la soppressione dei dazi fra gli Stati membri può esercitare sullo sviluppo della capacità di concorrenza delle imprese di tali Stati.

Articolo 111

Senza pregiudizio degli articoli 115 e 116, sono applicabili durante il periodo transitorio le disposizioni seguenti:

1. Gli Stati membri procedono al coordinamento dei loro rapporti commerciali con i Paesi terzi, in modo che al termine del periodo transitorio sussistano le condizioni necessarie all'attuazione di una politica comune in materia di commercio estero.

La Commissione sottopone al Consiglio proposte relative alla procedura da applicare durante il periodo transitorio per la realizzazione di un'azione comune, e all'uniformazione della politica commerciale.

2. La Commissione presenta al Consiglio raccomandazioni in merito ai negoziati tariffari con Paesi terzi sulla tariffa doganale comune.

Il Consiglio autorizza la Commissione ad aprire i negoziati.

La Commissione conduce tali negoziati in consultazione con un Comitato speciale designato dal Consiglio per assisterla in tale compito e nel quadro delle direttive che il Consiglio può impartirle.

3. Nell'esercizio delle competenze che gli sono conferite dal presente articolo, il Consiglio delibera all'unanimità, durante le due prime tappe, ed alla maggioranza qualificata in seguito.

4. Gli Stati membri, in consultazione con la Commissione, adottano tutte le necessarie misure dirette in particolare ad adattare gli accordi tariffari in vigore con i Paesi terzi, affinché l'entrata in vigore della tariffa doganale comune non venga ritardata.

5. Gli Stati membri si prefiggono come obiettivo di uniformare tra loro i propri elenchi di liberalizzazione nei confronti di Paesi terzi o di gruppi di Paesi terzi al livello più elevato possibile. A tal fine, la Commissione sottopone agli Stati membri tutte le raccomandazioni del caso.

Se gli Stati membri procedono all'abolizione o alla riduzione delle restrizioni quantitative nei confronti dei Paesi terzi, sono tenuti ad informarne preventivamente la Commissione e ad applicare lo stesso trattamento nei confronti degli altri Stati membri.

Articolo 112

(1) Senza pregiudizio degli impegni assunti dagli Stati membri nell'ambito di altre organizzazioni internazionali, i regimi di aiuti concessi dagli Stati membri alle esportazioni nei Paesi terzi saranno progressivamente armonizzati prima del termine del periodo transitorio, nella misura necessaria per evitare che venga alterata la concorrenza fra le imprese della Comunità.

Su proposta della Commissione, il Consiglio stabilisce, all'unanimità fino al termine della seconda tappa e a maggioranza qualificata in seguito, le direttive necessarie a tal fine.

Bij de gemeenschappelijke handelspolitiek wordt rekening gehouden met de gunstige invloed die de afschaffing van de rechten tussen de Lid-Staten kan uitoefenen op de toeneming van het vermogen tot mededinging van de ondernemingen dezer Staten.

Artikel 111

Tijdens de overgangperiode zijn, onverminderd de artikelen 115 en 116, de volgende bepalingen van toepassing:

1. De Lid-Staten coördineren hun handelsbetrekkingen met derde landen in dier voege dat na het verstrijken van de overgangperiode de noodzakelijke voorwaarden tot het voeren van een gemeenschappelijke politiek op het gebied van de buitenlandse handel vervuld zijn.

De Commissie doet aan de Raad voorstellen met betrekking tot de tijdens de overgangperiode toe te passen procedure bij gemeenschappelijk optreden en met betrekking tot de eenmaking van de handelspolitiek.

2. De Commissie doet aanbevelingen aan de Raad met het oog op de onderhandelingen met derde landen over het gemeenschappelijk douanetarief.

De Raad machtigt de Commissie de onderhandelingen te openen.

De Commissie voert deze onderhandelingen in overleg met een speciaal comité, door de Raad aangegeven om haar daarin bij te staan, en binnen het raam van de richtlijnen welke de Raad haar kan verstrekken.

3. Bij de uitoefening van de bevoegdheden welke hem bij dit artikel zijn verleend, besluit de Raad met eenparigheid gedurende de eerste twee etappes en met gekwalificeerde meerderheid van stemmen nadien.

4. De Lid-Staten nemen in overleg met de Commissie alle noodzakelijke maatregelen, welke met name ten doel hebben geldende tariefakkoorden met derde landen aan te passen ten einde de inwerkingtreding van het gemeenschappelijk douanetarief niet te vertragen.

5. De Lid-Staten stellen zich ten doel hun liberalisatielijsten ten opzichte van derde landen of groepen van derde landen op een zo hoog mogelijk peil onderling gelijk te maken. Hiertoe doet de Commissie aan de Lid-Staten alle passende aanbevelingen.

Indien de Lid-Staten de kwantitatieve beperkingen ten aanzien van derde landen opheffen of verminderen, zijn zij gehouden de Commissie tevoren daarvan in kennis te stellen en de andere Lid-Staten op gelijke voet te behandelen.

Artikel 112

(1) Onverminderd de verplichtingen door de Lid-Staten aangegaan in het kader van andere internationale organisaties, worden vóór het einde van de overgangperiode de steunregelingen, door de Lid-Staten bij uitvoer naar derde landen toegepast, geleidelijk met elkaar in overeenstemming gebracht, in de mate waarin zulks noodzakelijk is om te vermijden dat de mededinging tussen de ondernemingen van de Gemeenschap wordt vervalst.

De Raad stelt met eenparigheid tot aan het einde van de tweede etappe en met gekwalificeerde meerderheid van stemmen daarna, op voorstel van de Commissie, de daartoe noodzakelijke richtlijnen vast.

(2) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die Rückvergütung von Zöllen oder Abgaben gleicher Wirkung sowie von indirekten Abgaben, einschließlich der Umsatzsteuer, der Verbrauchsabgaben und der sonstigen indirekten Steuern bei der Ausfuhr einer Ware eines Mitgliedstaates nach einem dritten Land, soweit derartige Rückvergütungen nicht höher sind als die Belastungen, welche die ausgeführten Waren unmittelbar oder unmittelbar treffen.

Artikel 113

(1) Nach Ablauf der Übergangszeit wird die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluß von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Falle von Dumping und Subventionen.

(2) Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik.

(3) Sind Abkommen mit dritten Ländern auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen.

Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuß nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann.

(4) Bei der Ausübung der ihm in diesem Artikel übertragenen Befugnisse beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Artikel 114

Die in Artikel 111 Absatz (2) und in Artikel 113 vorgesehenen Abkommen werden im Namen der Gemeinschaft vom Rat geschlossen, der während der beiden ersten Stufen einstimmig, danach mit qualifizierter Mehrheit handelt.

Artikel 115

Um sicherzustellen, daß die Durchführung der von den Mitgliedstaaten im Einklang mit diesem Vertrag getroffenen handelspolitischen Maßnahmen nicht durch Verkehrsverlagerungen verhindert wird, oder wenn Unterschiede zwischen diesen Maßnahmen zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einem oder mehreren Staaten führen, empfiehlt die Kommission die Methoden für die erforderliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Genügt dies nicht, so ermächtigt sie die Mitgliedstaaten, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Im Dringlichkeitsfall können die Mitgliedstaaten während der Übergangszeit selbst die erforderlichen Maßnahmen treffen; sie setzen die anderen Mitgliedstaaten sowie die Kommission davon in Kenntnis; diese kann entscheiden, daß diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben sind.

Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes am wenigsten stören und dem Erfordernis Rechnung tragen, die Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs nach Möglichkeit zu beschleunigen.

(2) Les dispositions qui précèdent ne s'appliquent pas aux ristournes de droits de douane ou de taxes d'effet équivalent ni à celles d'impositions indirectes, y compris les taxes sur le chiffre d'affaires, les droits d'accise et les autres impôts indirects, accordées à l'occasion de l'exportation d'une marchandise d'un État membre vers un pays tiers, dans la mesure où ces ristournes n'excèdent pas les charges dont les produits exportés ont été frappés directement ou indirectement.

Article 113

(1) Après l'expiration de la période de transition, la politique commerciale commune est fondée sur des principes uniformes notamment en ce qui concerne les modifications tarifaires, la conclusion d'accords tarifaires et commerciaux, l'uniformisation des mesures de libération, la politique d'exportation, ainsi que les mesures de défense commerciale, dont celles à prendre en cas de dumping et de subventions.

(2) La Commission, pour la mise en œuvre de cette politique commerciale commune, soumet des propositions au Conseil.

(3) Si des accords avec des pays tiers doivent être négociés, la Commission présente des recommandations au Conseil qui l'autorise à ouvrir les négociations nécessaires.

Ces négociations sont conduites par la Commission en consultation avec un Comité spécial désigné par le Conseil pour l'assister dans cette tâche, et dans le cadre des directives que le Conseil peut lui adresser.

(4) Dans l'exercice des compétences qui lui sont attribuées par le présent article, le Conseil statue à la majorité qualifiée.

Article 114

Les accords visés aux articles 111 paragraphe (2), et 113 sont conclus au nom de la Communauté par le Conseil agissant à l'unanimité au cours des deux premières étapes et à la majorité qualifiée par la suite.

Article 115

Aux fins d'assurer que l'exécution des mesures de politique commerciale prises, en conformité avec le présent Traité, par tout État membre, ne soit empêchée par des détournements de trafic, ou lorsque des disparités dans ces mesures entraînent des difficultés économiques dans un ou plusieurs États, la Commission recommande les méthodes par lesquelles les autres États membres apportent la coopération nécessaire. A défaut, elle autorise les États membres à prendre les mesures de protection nécessaires dont elle définit les conditions et modalités.

En cas d'urgence et pendant la période de transition, les États membres peuvent prendre eux-mêmes les mesures nécessaires et les notifient aux autres États membres, ainsi qu'à la Commission, qui peut décider qu'ils doivent les modifier ou les supprimer.

Par priorité, doivent être choisies les mesures qui apportent le moins de perturbations au fonctionnement du marché commun et qui tiennent compte de la nécessité de hâter, dans la mesure du possible, l'établissement du tarif douanier commun.

(2) Le disposizioni che precedono non si applicano ai ristorni di dazi doganali o di tasse di effetto equivalente nè ai ristorni di imposizioni indirette, ivi comprese le imposte sulla cifra d'affari, le imposte di consumo e le altre imposte indirette, concessi all'atto dell'esportazione di una merce da uno Stato membro in un Paese terzo, nella misura in cui tali ristorni non siano superiori agli oneri che hanno gravato direttamente o indirettamente sui prodotti esportati.

Articolo 113

(1) Dopo lo spirare del periodo transitorio, la politica commerciale comune è fondata su principi uniformi, specialmente per quanto concerne le modificazioni tariffarie, la conclusione di accordi tariffari e commerciali, l'uniformazione delle misure di liberalizzazione, la politica d'esportazione e le misure di difesa commerciale, tra cui quelle da adottarsi in casi di dumping e di sovvenzioni.

(2) Ai fini dell'attuazione della politica commerciale comune, la Commissione sottopone delle proposte al Consiglio.

(3) Qualora si debbano negoziare accordi con Paesi terzi, la Commissione presenta raccomandazioni al Consiglio che l'autorizza ad aprire i negoziati necessari.

Tali negoziati sono condotti dalla Commissione in consultazione con un Comitato speciale designato dal Consiglio per assisterla in questo compito e nel quadro delle direttive che il Consiglio può impartirle.

(4) Nell'esercizio delle competenze che gli sono conferite dal presente articolo il Consiglio delibera a maggioranza qualificata.

Articolo 114

Gli accordi di cui agli articoli 111, paragrafo 2, e 113, sono conclusi a nome della Comunità dal Consiglio, il quale delibera all'unanimità durante le due prime tappe e a maggioranza qualificata in seguito.

Articolo 115

Per assicurare che l'esecuzione delle misure di politica commerciale adottate dagli Stati membri conformemente al presente Trattato non sia impedita da deviazioni di traffico, ovvero qualora delle disparità nelle misure stesse provochino difficoltà economiche in uno o più Stati, la Commissione raccomanda i metodi con i quali gli altri Stati membri apportano la necessaria cooperazione. In mancanza, la Commissione autorizza gli Stati membri ad adottare le misure di protezione necessarie definendone le condizioni e modalità.

In caso d'urgenza e durante il periodo transitorio, gli Stati membri possono adottare direttamente le misure necessarie e le notificano agli altri Stati membri e alla Commissione, che può decidere se devono modificarle o sopprimerle.

In ordine di priorità, devono essere scelte le misure capaci di provocare il minor turbamento possibile nel funzionamento del mercato comune e che tengano conto della necessità di affrettare, nei limiti del possibile, l'instaurazione della tariffa doganale comune.

(2) Bovenstaande bepalingen zijn niet van toepassing op de teruggave van douanerechten of heffingen van gelijke werking noch op de teruggave van indirecte belastingen met inbegrip van omzetbelasting, accijnzen en andere indirecte belastingen verleend bij de uitvoer van goederen van een Lid-Staat naar een derde land, voor zover deze teruggaven niet hoger zijn dan de belastingen welke al dan niet rechtstreeks op de uitgevoerde produkten drukten.

Artikel 113

(1) Na afloop van de overgangperiode wordt de gemeenschappelijke handelspolitiek gegrond op eenvormige beginselen, met name wat betreft de tariefwijzigingen, het sluiten van tarief- en handelsakkoorden, het eenvormig maken van liberalisatiemaatregelen, de uitvoerpolitiek, alsmede de handelspolitieke beschermingsmaatregelen, waaronder de te nemen maatregelen in geval van dumping en subsidies.

(2) De Commissie doet voorstellen aan de Raad om over te gaan tot toepassing van deze gemeenschappelijke handelspolitiek.

(3) Indien moet worden onderhandeld over akkoorden met derde landen, doet de Commissie aanbevelingen aan de Raad, die haar machtigt de vereiste onderhandelingen te openen.

De Commissie voert deze onderhandelingen in overleg met een speciaal comité, door de Raad aangewezen om haar daarin bij te staan, en binnen het raam van de richtlijnen welke de Raad haar kan verstrekken.

(4) Bij de uitoefening van de bevoegdheden welke hem bij dit artikel zijn verleend besluit de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen.

Artikel 114

De akkoorden bedoeld in de artikelen 111, lid 2, en 113 worden namens de Gemeenschap gesloten door de Raad die gedurende de eerste twee etappes krachtens een met eenparigheid van stemmen genomen besluit handelt en krachtens een met gekwalificeerde meerderheid van stemmen genomen besluit daarna.

Artikel 115

Ten einde te verzekeren dat de uitvoering der door elke Lid-Staat overeenkomstig dit Verdrag genomen handelspolitieke maatregelen niet wordt verhinderd door het zich verleggen van het handelsverkeer of indien dispariteiten in die maatregelen in een of meer Staten economische moeilijkheden medebrengen, doet de Commissie aanbevelingen over de wijze waarop de overige Lid-Staten de vereiste medewerking verlenen. Bij gebreke van dien machtigt zij de Lid-Staten de noodzakelijke beschermende maatregelen te treffen, waarvan zij de voorwaarden en de wijze van toepassing vaststelt.

In dringende gevallen kunnen de Lid-Staten gedurende de overgangperiode de noodzakelijke maatregelen zelf nemen en geven zij daarvan kennis aan de overige Lid-Staten alsmede aan de Commissie, die kan besluiten dat de Staten deze maatregelen moeten wijzigen of opheffen.

Bij voorrang moeten die maatregelen worden genomen die de minste verstoringen in de werking van de gemeenschappelijke markt veroorzaken en die recht doen aan de noodzaak om de instelling van het gemeenschappelijke douanetarief zoveel mogelijk te bespoedigen.

Artikel 116

Nach Ablauf der Übergangszeit gehen die Mitgliedstaaten in den internationalen Organisationen mit wirtschaftlichem Charakter bei allen Fragen, die für den Gemeinsamen Markt von besonderem Interesse sind, nur noch gemeinsam vor. Zu diesem Zweck unterbreitet die Kommission dem Rat Vorschläge über das Ausmaß und die Durchführung des gemeinsamen Vorgehens; dieser beschließt darüber mit qualifizierter Mehrheit.

Während der Übergangszeit setzen sich die Mitgliedstaaten miteinander ins Benehmen, um ihr Vorgehen aufeinander abzustimmen und soweit wie möglich eine einheitliche Haltung einzunehmen.

TITEL III

Die Sozialpolitik

Kapitel I

Sozialvorschriften

Artikel 117

Die Mitgliedstaaten sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken und dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen.

Sie sind der Auffassung, daß sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Gemeinsamen Marktes als auch aus den in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.

Artikel 118

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags hat die Kommission entsprechend seinen allgemeinen Zielen die Aufgabe, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in sozialen Fragen zu fördern, insbesondere auf dem Gebiet

- der Beschäftigung,
- des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen,
- der beruflichen Ausbildung und Fortbildung,
- der sozialen Sicherheit,
- der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten,
- des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit,
- des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zu diesem Zweck wird die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen tätig, gleichviel ob es sich um innerstaatliche oder um internationalen Organisationen gestellte Probleme handelt.

Vor Abgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Stellungnahmen hört die Kommission den Wirtschafts- und Sozialausschuß.

Artikel 119

Jeder Mitgliedstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten.

Article 116

Pour toutes les questions qui revêtent un intérêt particulier pour le marché commun, les États membres ne mènent plus, à partir de la fin de la période de transition, qu'une action commune dans le cadre des organisations internationales de caractère économique. A cet effet, la Commission soumet au Conseil, qui statue à la majorité qualifiée, des propositions relatives à la portée et à la mise en œuvre de cette action commune.

Pendant la période de transition, les États membres se consultent en vue de concerter leur action et d'adopter, autant que possible, une attitude uniforme.

TITRE III

La politique sociale

Chapitre I

Dispositions sociales

Article 117

Les États membres conviennent de la nécessité de promouvoir l'amélioration des conditions de vie et de travail de la main-d'œuvre permettant leur égalisation dans le progrès.

Ils estiment qu'une telle évolution résultera tant du fonctionnement du marché commun, qui favorisera l'harmonisation des systèmes sociaux, que des procédures prévues par le présent Traité et du rapprochement des dispositions législatives, réglementaires et administratives.

Article 118

Sans préjudice des autres dispositions du présent Traité, et conformément aux objectifs généraux de celui-ci, la Commission a pour mission de promouvoir une collaboration étroite entre les États membres dans le domaine social, notamment dans les matières relatives.

- à l'emploi,
- au droit du travail et aux conditions de travail,
- à la formation et au perfectionnement professionnels,
- à la sécurité sociale,
- à la protection contre les accidents et les maladies professionnelles,
- à l'hygiène du travail,
- au droit syndical et aux négociations collectives entre employeurs et travailleurs.

A cet effet, la Commission agit en contact étroit avec les États membres, par des études, des avis et par l'organisation de consultations, tant pour les problèmes qui se posent sur le plan national que pour ceux qui intéressent les organisations internationales.

Avant d'émettre les avis prévus au présent article, la Commission consulte le Comité économique et social.

Article 119

Chaque État membre assure au cours de la première étape, et maintient par la suite, l'application du principe de l'égalité des rémunérations entre les travailleurs masculins et les travailleurs féminins pour un même travail.

Articolo 116

Per tutte le questioni che rivestono un interesse particolare per il mercato comune, gli Stati membri, a decorrere dalla fine del periodo transitorio, condurranno unicamente un'azione comune nell'ambito delle organizzazioni internazionali a carattere economico. A tal fine, la Commissione sottopone al Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata, proposte relative alla portata ed all'attuazione di tale azione comune.

Durante il periodo transitorio, gli Stati membri si consultano per concertare la loro azione e adottare, per quanto possibile, un atteggiamento uniforme.

TITOLO III
Politica sociale

Capo 1
Disposizioni sociali

Articolo 117

Gli Stati membri convengono sulla necessità di promuovere il miglioramento delle condizioni di vita e di lavoro della mano d'opera che consenta la loro parificazione nel progresso.

Gli Stati membri ritengono che una tale evoluzione risulterà sia dal funzionamento del mercato comune, che favorirà l'armonizzarsi dei sistemi sociali, sia dalle procedure previste dal presente Trattato e dal ravvicinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative.

Articolo 118

Senza pregiudizio delle altre disposizioni del presente Trattato, e conformemente agli obiettivi generali di questo, la Commissione ha il compito di promuovere una stretta collaborazione tra gli Stati membri nel campo sociale, in particolare per le materie riguardanti:

- l'occupazione,
- il diritto al lavoro e le condizioni di lavoro,
- la formazione e il perfezionamento professionale,
- la sicurezza sociale,
- la protezione contro gli infortuni e le malattie professionali,
- l'igiene del lavoro,
- il diritto sindacale e le trattative collettive tra datori di lavoro e lavoratori.

A tal fine la Commissione opera a stretto contatto con gli Stati membri mediante studi e pareri e organizzando consultazioni, sia per i problemi che si presentano sul piano nazionale, che per quelli che interessano le organizzazioni internazionali.

Prima di formulare i pareri previsti dal presente articolo, la Commissione consulta il Comitato economico e sociale.

Articolo 119

Ciascuno Stato membro assicura durante la prima tappa, e in seguito mantiene, l'applicazione del principio della parità delle retribuzioni fra i lavoratori di sesso maschile e quelli di sesso femminile per uno stesso lavoro.

Artikel 116

Voor alle vraagstukken die van bijzonder belang zijn voor de gemeenschappelijke markt treden de Lid-Staten, in het kader van de internationale organisaties die een economisch karakter dragen, na het einde van de overgangperiode nog slechts gezamenlijk op. De Commissie doet aan de Raad, die met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluit, voorstellen betreffende de draagwijdte en de uitvoering van dat gezamenlijk optreden.

Gedurende de overgangperiode plegen de Lid-Staten overleg, ten einde hun optreden op elkaar af te stemmen en, voor zover mogelijk, een gelijke houding aan te nemen.

TITEL III
Sociale politiek

Hoofdstuk 1
Sociale bepalingen

Artikel 117

De Lid-Staten erkennen de noodzaak, verbetering van de levensstandaard en van de arbeidsvoorwaarden van de werknemers te bevorderen, zodat de onderlinge aanpassing daarvan op de weg van de vooruitgang wordt mogelijk gemaakt.

Zij zijn van mening dat een dergelijke ontwikkeling zal voortvloeien, zowel uit de werking van de gemeenschappelijke markt waardoor de harmonisatie der sociale stelsels zal worden bevorderd, als uit de in dit Verdrag bepaalde procedures en het nader tot elkaar brengen van wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen.

Artikel 118

Onverminderd de overige bepalingen van dit Verdrag en overeenkomstig de algemene doelstellingen daarvan heeft de Commissie tot taak, tussen de Lid-Staten een nauwe samenwerking op sociaal gebied te bevorderen, met name op het terrein

- van de werkgelegenheid,
- van het arbeidsrecht en de arbeidsvoorwaarden,
- van de beroepsopleiding en de voortgezette vorming,
- van de sociale zekerheid,
- van de bescherming tegen arbeidsongevallen en beroepsziekten,
- van de arbeidshygiëne,
- van het recht zich te organiseren in vakverenigingen en van collectieve onderhandelingen tussen werkgevers en werknemers.

Te dien einde is de Commissie in nauw contact met de Lid-Staten werkzaam door het verrichten van studies, het uitbrengen van adviezen en het organiseren van overleg zowel omtrent vraagstukken die zich voordoen op het nationale plan als omtrent die welke de internationale organisaties raken.

Alvorens de in dit artikel bedoelde adviezen uit te brengen, raadpleegt de Commissie het Economisch en Sociaal Comité.

Artikel 119

Iedere Lid-Staat verzekert gedurende de eerste etappe en handhaaft vervolgens de toepassing van het beginsel van gelijke beloning voor mannelijke en vrouwelijke werknemers voor gelijke arbeid.

Unter „Entgelt“ im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber auf Grund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer mittelbar oder unmittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung auf Grund des Geschlechts bedeutet,

- a) daß das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit auf Grund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird;
- b) daß für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

Artikel 120

Die Mitgliedstaaten werden bestrebt sein, die bestehende Gleichwertigkeit der Ordnungen über die bezahlte Freizeit beizubehalten.

Artikel 121

Nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses kann der Rat einstimmig der Kommission Aufgaben übertragen, welche die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen insbesondere auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit der in den Artikeln 48 bis 51 erwähnten aus- oder einwandernden Arbeitskräfte betreffen.

Artikel 122

Der Jahresbericht der Kommission an die Versammlung hat stets ein besonderes Kapitel über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft zu enthalten.

Die Versammlung kann die Kommission auffordern, Berichte über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen auszuarbeiten.

Kapitel 2

Der Europäische Sozialfonds

Artikel 123

Um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Gemeinsamen Markt zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ein Europäischer Sozialfonds errichtet, dessen Zweck es ist, innerhalb der Gemeinschaft die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu fördern.

Artikel 124

Die Verwaltung des Fonds obliegt der Kommission.

Die Kommission wird hierbei von einem Ausschuß unterstützt, der aus Vertretern der Regierungen sowie der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände besteht; den Vorsitz führt ein Mitglied der Kommission.

Artikel 125

(1) Auf Antrag eines Mitgliedstaates übernimmt der Fonds im Rahmen der in Artikel 127 vorgesehenen Regelung 50 v. H. der von diesem Staat oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts nach Inkrafttreten dieses Vertrags aufgewandten Kosten,

- a) um den Arbeitskräften eine produktive Wiederbeschäftigung zu sichern, und zwar durch
 - Berufsumschulung und
 - Umsiedlungsbeihilfen;

Par rémunération il faut entendre, au sens du présent article, le salaire ou traitement ordinaire de base ou minimum, et tous autres avantages payés directement ou indirectement, en espèces ou en nature, par l'employeur au travailleur en raison de l'emploi de ce dernier.

L'égalité de rémunération, sans discrimination fondée sur le sexe, implique:

- a) que la rémunération accordée pour un même travail payé à la tâche soit établie sur la base d'une même unité de mesure,
- b) que la rémunération accordée pour un travail payé au temps soit la même pour un même poste de travail.

Article 120

Les États membres s'attachent à maintenir l'équivalence existante des régimes de congés payés.

Article 121

Le Conseil, statuant à l'unanimité après consultation du Comité économique et social, peut charger la Commission de fonctions concernant la mise en œuvre de mesures communes, notamment en ce qui concerne la sécurité sociale des travailleurs migrants visés aux articles 48 à 51 inclus.

Article 122

La Commission consacre, dans son rapport annuel à l'Assemblée, un chapitre spécial à l'évolution de la situation sociale dans la Communauté.

L'Assemblée peut inviter la Commission à établir des rapports sur des problèmes particuliers concernant la situation sociale.

Chapitre 2

Le Fonds social européen

Article 123

Afin d'améliorer les possibilités d'emploi des travailleurs dans le marché commun et de contribuer ainsi au relèvement du niveau de vie, il est institué, dans le cadre des dispositions ci-après, un Fonds social européen qui aura pour mission de promouvoir à l'intérieur de la Communauté les facilités d'emploi et la mobilité géographique et professionnelle des travailleurs.

Article 124

L'administration du Fonds incombe à la Commission.

La Commission est assistée dans cette tâche par un Comité présidé par un membre de la Commission et composé de représentants des gouvernements et des organisations syndicales de travailleurs et d'employeurs.

Article 125

(1) Sur demande d'un État membre, le Fonds, dans le cadre de la réglementation prévue à l'article 127, couvre 50% des dépenses consacrées par cet État ou par un organisme de droit public à partir de l'entrée en vigueur du présent Traité:

- a) à assurer aux travailleurs un réemploi productif par:
 - la rééducation professionnelle,
 - des indemnités de réinstallation,

Per retribuzione deve essere inteso, ai sensi del presente articolo, il salario o trattamento normale di base o minimo, e tutti gli altri vantaggi pagati direttamente o indirettamente, in contanti o in natura, dal datore di lavoro al lavoratore in ragione dell'impiego di quest'ultimo.

La parità di retribuzione, senza discriminazione fondata sul sesso, implica:

- a) che la retribuzione accordata per uno stesso lavoro pagato a cottimo sia fissata in base a una stessa unità di misura,
- b) che la retribuzione corrisposta per un lavoro pagato a tempo sia uguale per un posto di lavoro uguale.

Articolo 120

Gli Stati membri si adoperano a mantenere l'equivalenza esistente nei regimi di congedi retribuiti.

Articolo 121

Il Consiglio, con deliberazione unanime, previa consultazione del Comitato economico e sociale, può affidare alla Commissione funzioni riguardanti l'attuazione di misure comuni, particolarmente per quanto riguarda la sicurezza sociale dei lavoratori migranti di cui agli articoli da 48 a 51 inclusi.

Articolo 122

La Commissione dedica, nella sua relazione annuale all'Assemblea, un capitolo speciale all'evoluzione della situazione sociale nella Comunità.

L'Assemblea può invitare la Commissione a elaborare delle relazioni su problemi particolari concernenti la situazione sociale.

Capo 2

Il Fondo sociale europeo

Articolo 123

Per migliorare le possibilità di occupazione dei lavoratori all'interno del mercato comune e contribuire così al miglioramento del tenore di vita, è istituito, nel quadro delle disposizioni seguenti, un Fondo sociale europeo che avrà il compito di promuovere all'interno della Comunità le possibilità di occupazione e la mobilità geografica e professionale dei lavoratori.

Articolo 124

L'amministrazione del Fondo spetta alla Commissione.

In tale compito la Commissione è assistita da un Comitato, presieduto da un membro della Commissione e composto di rappresentanti dei governi e delle organizzazioni sindacali dei lavoratori e dei datori di lavoro.

Articolo 125

(1) A richiesta di uno Stato membro, il Fondo, nel quadro della regolamentazione prevista dall'articolo 127, copre il 50% delle spese destinate da tale Stato o da un organismo di diritto pubblico a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato:

- a) ad assicurare ai lavoratori una nuova occupazione produttiva mediante:
 - la rieducazione professionale,
 - le indennità di nuova sistemazione,

Onder beloning in de zin van dit artikel dient te worden verstaan het gewone basis- of minimumloon of -salaris, en alle overige voordelen in geld of in natura die de werkgever direct of indirect aan de werknemer uit hoofde van zijn dienstbetrekking betaalt.

Gelijkheid van beloning zonder onderscheid naar kunne houdt in:

- a) dat de beloning voor gelijke arbeid in stukloon wordt vastgesteld op basis van een zelfde maatstaf,
- b) dat de beloning voor arbeid in tijdloon dezelfde is voor een zelfde functie.

Artikel 120

De Lid-Staten streven ernaar de bestaande gelijkwaardigheid van de bepalingen omtrent betaalde vakantie te handhaven.

Artikel 121

De Raad kan na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité met eenparigheid van stemmen de Commissie belasten met taken betreffende de uitvoering van gemeenschappelijke maatregelen, met name inzake de sociale zekerheid van de migrerende werknemers bedoeld in de artikelen 48 tot en met 51.

Artikel 122

In haar jaarverslag aan de Vergadering wijdt de Commissie een afzonderlijk hoofdstuk aan de ontwikkeling van de sociale toestand in de Gemeenschap.

De Vergadering kan de Commissie verzoeken verslagen op te stellen over bijzondere vraagstukken inzake de sociale toestand.

Hoofdstuk 2

Het Europees Sociaal Fonds

Artikel 123

Ten einde de werkgelegenheid voor de werknemers in de gemeenschappelijke markt te verbeteren en zodoende bij te dragen tot verhoging van de levensstandaard, wordt in het kader van de volgende bepalingen een Europees Sociaal Fonds opgericht dat tot taak heeft binnen de Gemeenschap de tewerkstelling te vergemakkelijken en de geografische en beroepsmobiliteit van de werknemers te bevorderen.

Artikel 124

Het beheer van het Fonds berust bij de Commissie.

De Commissie wordt in deze taak bijgestaan door een comité dat onder het voorzitterschap staat van een lid van de Commissie en samengesteld is uit vertegenwoordigers van de regeringen en van de vakverenigingen van werknemers en van werkgevers.

Artikel 125

(1) Op verzoek van een Lid-Staat vergoedt het Fonds in het kader van de bij artikel 127 bedoelde regeling 50% der uitgaven welke door die Staat of door een publiekrechtelijk lichaam na de inwerkingtreding van dit Verdrag zijn gedaan:

- a) om aan werknemers productieve nieuwe werkgelegenheid te verschaffen door
 - herscholing,
 - vergoedingen voor verplaatsingskosten,

b) um Beihilfen zugunsten von Arbeitnehmern zu gewähren, deren Beschäftigung infolge der Umstellung eines Unternehmens auf andere Produktionsziele vorübergehend eingeschränkt oder vorübergehend ganz oder teilweise ausgesetzt wird, so daß sie bis zur vollständigen Wiederbeschäftigung den gleichen Lohnstand beibehalten können.

(2) Der Zuschuß des Fonds zu den Kosten für die Berufsumschulung ist an die Bedingung geknüpft, daß die arbeitslosen Arbeitskräfte nur in einem neuen Beruf beschäftigt werden konnten und daß sie seit mindestens sechs Monaten eine produktive Beschäftigung in dem Beruf gefunden haben, für den sie umgeschult wurden.

Der Zuschuß zu Umsiedlungsbeihilfen ist an die Bedingung geknüpft, daß die arbeitslosen Arbeitskräfte veranlaßt waren, innerhalb der Gemeinschaft einen neuen Wohnort zu wählen, und daß sie dort seit mindestens sechs Monaten eine produktive Beschäftigung gefunden haben.

Der bei der Umstellung eines Unternehmens zugunsten von Arbeitnehmern gewährte Zuschuß ist an folgende Bedingungen geknüpft:

- a) daß die betreffenden Arbeitnehmer in diesem Unternehmen seit mindestens sechs Monaten erneut in vollem Umfang beschäftigt sind,
- b) daß die beteiligte Regierung vorher einen von diesem Unternehmen aufgestellten Plan für die Umstellung und deren Finanzierung vorgelegt hat, und
- c) daß die Kommission diesem Umstellungsplan vorher zugestimmt hat.

Artikel 126

Am Ende der Übergangszeit kann der Rat nach Stellungnahme der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung

- a) mit qualifizierter Mehrheit vorschreiben, daß die in Artikel 125 vorgesehenen Zuschüsse ganz oder teilweise wegfallen;
- b) einstimmig die neuen Aufgaben bestimmen, die dem Fonds im Rahmen seines in Artikel 123 festgelegten Zweckes zugewiesen werden können.

Artikel 127

Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung die zur Anwendung der Artikel 124 bis 126 erforderlichen Durchführungsvorschriften; insbesondere bestimmt er im einzelnen die Voraussetzungen für die Gewährung der Zuschüsse des Fonds gemäß Artikel 125 sowie die Arten von Unternehmen, deren Arbeitnehmern die in Artikel 125 Absatz (1) Buchstabe b) vorgesehenen Beihilfen zugute kommen.

Artikel 128

Auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses stellt der Rat in bezug auf die Berufsausbildung allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Politik auf, die zu einer harmonischen Entwicklung sowohl der einzelnen Volkswirtschaften als auch des Gemeinsamen Marktes beitragen kann.

b) à octroyer des aides en faveur des travailleurs dont l'emploi est réduit ou suspendu temporairement en tout en partie à la suite de la conversion de l'entreprise à d'autres productions, pour leur permettre de conserver le même niveau de rémunération en attendant d'être réemployés pleinement.

(2) Le concours du Fonds aux frais de rééducation professionnelle est subordonné à la condition que les travailleurs en chômage n'aient pu être employés que dans une profession nouvelle et qu'ils aient trouvé depuis au moins six mois un emploi productif dans la profession pour laquelle ils ont été rééduqués.

Le concours aux indemnités de réinstallation est subordonné à la condition que les travailleurs en chômage aient été amenés à changer de domicile à l'intérieur de la Communauté et aient trouvé dans leur nouvelle résidence un emploi productif depuis au moins six mois.

Le concours donné en faveur des travailleurs en cas de reconversion d'une entreprise est subordonné aux conditions suivantes:

- a) que les travailleurs en cause soient de nouveau pleinement occupés dans cette entreprise depuis au moins six mois,
- b) que le gouvernement intéressé ait présenté préalablement un projet établi par l'entreprise en question, relatif à la reconversion en cause et à son financement et
- c) que la Commission ait donné son approbation préalable à ce projet de reconversion.

Article 126

A l'expiration de la période de transition, le Conseil, sur avis de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée, peut:

- a) à la majorité qualifiée, disposer que tout ou partie des concours visés à l'article 125 ne seront plus octroyés,
- b) à l'unanimité, déterminer les missions nouvelles qui peuvent être confiées au Fonds, dans le cadre de son mandat tel qu'il est défini à l'article 123.

Article 127

Sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social et de l'Assemblée, le Conseil établit à la majorité qualifiée les dispositions réglementaires nécessaires à l'exécution des articles 124 à 126 inclus; il fixe notamment les modalités relatives aux conditions dans lesquelles le concours du Fonds est accordé aux termes de l'article 125, ainsi qu'aux catégories d'entreprises dont les travailleurs bénéficient du concours prévu à l'article 125 paragraphe (1) b).

Article 128

Sur proposition de la Commission et après consultation du Comité économique et social, le Conseil établit les principes généraux pour la mise en œuvre d'une politique commune de formation professionnelle qui puisse contribuer au développement harmonieux tant des économies nationales que du marché commun.

b) concedere ai lavoratori il cui lavoro sia ridotto o sospeso temporaneamente in tutto o in parte, in seguito alla riconversione dell'impresa verso altre produzioni, per permettere loro di conservare lo stesso livello di retribuzione in attesa di essere pienamente occupati.

(2) Il contributo del Fondo alle spese di rieducazione professionale è subordinato alla condizione che i lavoratori disoccupati abbiano potuto essere impiegati soltanto in un nuovo genere di lavoro e che abbiano trovato, da sei mesi almeno, un'occupazione produttiva nella professione per la quale sono stati rieducati.

Il contributo alle indennità di nuova sistemazione è subordinato alla condizione che i lavoratori disoccupati siano stati costretti a cambiare domicilio all'interno della Comunità ed abbiano trovato nella nuova residenza, da almeno sei mesi, un'occupazione produttiva.

Il contributo concesso in favore dei lavoratori in caso di riconversione di un'impresa è subordinato alle seguenti condizioni:

- a) che i lavoratori in questione siano di nuovo pienamente occupati in tale impresa da almeno sei mesi,
- b) che il governo interessato abbia in precedenza presentato un progetto elaborato dall'impresa di cui trattasi, relativo a tale riconversione e al suo finanziamento, e
- c) che la Commissione abbia concesso la sua preventiva approvazione a tale progetto di riconversione.

Articolo 126

Allo scadere del periodo transitorio, il Consiglio, su parere della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea, può:

- a) a maggioranza qualificata, disporre che non siano più concessi, in tutto o in parte, i contributi di cui all'articolo 125,
- b) all'unanimità, determinare i nuovi compiti che possono essere affidati al Fondo, nel quadro del suo mandato, quale è definito dall'articolo 123.

Articolo 127

Su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale e dell'Assemblea, il Consiglio fissa a maggioranza qualificata le disposizioni regolamentari necessarie all'applicazione degli articoli da 124 a 126 inclusi; determina in particolare le modalità relative alle condizioni per la concessione del contributo del Fondo a norma dell'articolo 125, come pure le modalità relative alle categorie d'impresie i cui lavoratori beneficiano del contributo previsto dall'articolo 125, paragrafo 1b).

Articolo 128

Su proposta della Commissione e previa consultazione del Comitato economico e sociale, il Consiglio fissa i principi generali per l'attuazione di una politica comune di formazione professionale che possa contribuire allo sviluppo armonioso sia delle economie nazionali sia del mercato comune.

b) om steun te verlenen ten gunste van werknemers wier werkgelegenheid geheel of gedeeltelijk wordt ingekrompen of tijdelijk opgeheven ten gevolge van een overschakeling van de onderneming op andere produktie, ten einde hun beloning op hetzelfde peil te houden totdat zij wederom volledig tewerk worden gesteld.

(2) De bijdrage van het Fonds in de kosten van her-scholing is afhankelijk van de voorwaarde dat de werk-loze werknemers slechts konden worden tewerkgesteld in een nieuw beroep en dat zij gedurende ten minste zes maanden een produktieve betrekking hebben gevonden in het beroep waarvoor zij herschoold zijn.

De bijdrage in de vergoedingen voor verplaatsingskosten is afhankelijk van de voorwaarde dat de werk-loze werknemers genoodzaakt waren binnen de Gemeenschap van woonplaats te veranderen en in hun nieuwe verblijfplaats gedurende ten minste zes maanden een produktieve betrekking hebben gevonden.

De bijdrage verleend ten gunste van de werknemers in geval van overschakeling van een onderneming is afhankelijk van de volgende voorwaarden:

- a) dat de betrokken werknemers gedurende ten minste zes maanden wederom volledig zijn tewerkgesteld in die onderneming,
- b) dat de belanghebbende regering vooraf een door de betrokken onderneming opgesteld plan heeft ingediend inzake de overschakeling in kwestie en de financiering daarvan en
- c) dat de Commissie aan dit plan tot overschakeling vooraf haar goedkeuring heeft gegeven.

Artikel 126

Na het verstrijken van de overgangsperiode kan de Raad op advies van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité en van de Vergadering

- a) met gekwalificeerde meerderheid van stemmen bepalen dat de bij artikel 125 bedoelde bijdragen geheel of gedeeltelijk niet meer zullen worden verleend,
- b) met eenparigheid van stemmen de nieuwe taken vaststellen die aan het Fonds kunnen worden toevertrouwd in het kader van zijn opdracht als omschreven in artikel 123.

Artikel 127

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité en van de Vergadering stelt de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de voorschriften vast welke noodzakelijk zijn voor de uitvoering van de artikelen 124 tot en met 126; hij bepaalt met name de wijze van toepassing daarvan zowel met betrekking tot de voorwaarden waaronder de bijdragen uit het Fonds worden verleend overeenkomstig artikel 125, als inzake de groepen van ondernemingen aan welke werknemers de bij artikel 125, alinea 1b), bedoelde bijdragen ten goede komen.

Artikel 128

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van het Economisch en Sociaal Comité stelt de Raad de algemene beginselen vast voor de toepassing van een gemeenschappelijk beleid met betrekking tot de beroepsopleiding dat kan bijdragen tot een harmonische ontwikkeling zowel van de nationale economieën als van de gemeenschappelijke markt.

TITEL IV

Die Europäische Investitionsbank

Artikel 129

Es wird eine Europäische Investitionsbank errichtet; sie besitzt Rechtspersönlichkeit.

Mitglieder der Europäischen Investitionsbank sind die Mitgliedstaaten.

Die Satzung der Europäischen Investitionsbank ist als Protokoll diesem Vertrag beigefügt.

Artikel 130

Aufgabe der Europäischen Investitionsbank ist es, zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes im Interesse der Gemeinschaft beizutragen; hierbei bedient sie sich des Kapitalmarktes sowie ihrer eigenen Mittel. In diesem Sinne erleichtert sie ohne Verfolgung eines Erwerbszweckes durch Gewährung von Darlehen und Bürgschaften die Finanzierung der nachstehend bezeichneten Vorhaben in allen Wirtschaftszweigen:

- a) Vorhaben zur Erschließung der weniger entwickelten Gebiete;
- b) Vorhaben zur Modernisierung oder Umstellung von Unternehmen oder zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, die sich aus der schrittweisen Errichtung des Gemeinsamen Marktes ergeben und wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können;
- c) Vorhaben von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten, die wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können.

VIERTER TEIL

Die Assoziierung
der überseeischen Länder
und Hoheitsgebiete

Artikel 131

Die Mitgliedstaaten kommen überein, die außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besondere Beziehungen unterhalten, der Gemeinschaft zu assoziieren. Diese Länder und Hoheitsgebiete, im folgenden als „Länder und Hoheitsgebiete“ bezeichnet, sind in Anhang IV zu diesem Vertrag aufgeführt.

Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten Gemeinschaft.

Entsprechend den in der Präambel dieses Vertrags aufgestellten Grundsätzen soll die Assoziierung in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen.

TITRE IV

La Banque européenne d'investissement

Article 129

Il est institué une Banque européenne d'investissement dotée de la personnalité juridique.

Les membres de la Banque européenne d'investissement sont les États membres.

Les Statuts de la Banque européenne d'investissement font l'objet d'un Protocole annexé au présent Traité.

Article 130

La Banque européenne d'investissement a pour mission de contribuer, en faisant appel aux marchés des capitaux et à ses ressources propres, au développement équilibré et sans heurt du marché commun dans l'intérêt de la Communauté. A cette fin, elle facilite, par l'octroi de prêts et de garanties, sans poursuivre de but lucratif, le financement des projets ci-après dans tous les secteurs de l'économie:

- a) projets envisageant la mise en valeur des régions moins développées,
- b) projets visant la modernisation ou la conversion d'entreprises ou la création d'activités nouvelles appelées par l'établissement progressif du marché commun, qui, par leur ampleur ou par leur nature, ne peuvent être entièrement couverts par les divers moyens de financement existant dans chacun des États membres,
- c) projets d'intérêt commun pour plusieurs États membres qui, par leur ampleur ou par leur nature, ne peuvent être entièrement couverts par les divers moyens de financement existant dans chacun des États membres.

QUATRIÈME PARTIE

L'association
des pays et territoires d'outre-mer

Article 131

Les États membres conviennent d'associer à la Communauté les pays et territoires non-européens entretenant avec la Belgique, la France, l'Italie et les Pays-Bas des relations particulières. Ces pays et territoires, ci-après dénommés «pays et territoires», sont énumérés à la liste qui fait l'objet de l'Annexe IV du présent Traité.

Le but de l'association est la promotion du développement économique et social des pays et territoires, et l'établissement de relations économiques étroites entre eux et la Communauté dans son ensemble.

Conformément aux principes énoncés dans le préambule du présent Traité, l'association doit en premier lieu permettre de favoriser les intérêts des habitants de ces pays et territoires et leur prospérité, de manière à les conduire au développement économique, social et culturel qu'ils attendent.

TITOLO IV

La Banca europea per gli investimenti

Articolo 129

È costituita una Banca europea per gli investimenti, con personalità giuridica.

Sono membri della Banca europea per gli investimenti gli Stati membri.

Lo statuto della Banca europea per gli investimenti costituisce l'oggetto di un Protocollo allegato al presente Trattato.

Articolo 130

La Banca europea per gli investimenti ha il compito di contribuire, facendo appello al mercato dei capitali ed alle proprie risorse, allo sviluppo equilibrato e senza scosse del mercato comune nell'interesse della Comunità. A tal fine facilita, mediante la concessione di prestiti e garanzie, senza perseguire scopi di lucro, il finanziamento dei seguenti progetti in tutti i settori dell'economia:

- a) progetti contemplanti la valorizzazione delle regioni meno sviluppate,
- b) progetti contemplanti l'ammodernamento o la riconversione d'impresе oppure la creazione di nuove attività richieste dalla graduale realizzazione del mercato comune che, per la loro ampiezza o natura, non possono essere interamente assicurati dai vari mezzi di finanziamento esistenti nei singoli Stati membri,
- c) progetti d'interesse comune per più Stati membri che, per la loro ampiezza o natura, non possono essere completamente assicurati dai vari mezzi di finanziamento esistenti nei singoli Stati membri.

PARTE QUARTA

Associazione dei Paesi e territori d'oltremare

Articolo 131

Gli Stati membri convengono di associare alla Comunità i Paesi e i territori non europei che mantengono con il Belgio, la Francia, l'Italia e i Paesi Bassi delle relazioni particolari. Questi Paesi e territori, qui di seguito chiamati « Paesi e territori », sono enumerati nell'elenco che costituisce l'allegato IV del presente Trattato.

Scopo dell'associazione è di promuovere lo sviluppo economico e sociale dei Paesi e territori e l'instaurazione di strette relazioni economiche tra essi e la Comunità nel suo insieme.

Conformemente ai principi enunciati nel preambolo del presente Trattato, l'associazione deve in primo luogo permettere di favorire gli interessi degli abitanti di questi Paesi e territori e la loro prosperità, in modo da condurli allo sviluppo economico, sociale e culturale che essi attendono.

TITEL IV

De Europese Investeringsbank

Artikel 129

Er wordt een Europese Investeringsbank opgericht, welke rechtspersoonlijkheid bezit.

De leden van de Europese Investeringsbank zijn de Lid-Statēn.

De Statuten van de Europese Investeringsbank zijn opgenomen in een Protocol dat aan dit Verdrag is gehecht.

Artikel 130

De Europese Investeringsbank heeft tot taak, met een beroep op de kapitaalmarkten en op haar eigen middelen bij te dragen tot een evenwichtige en ongestoorde ontwikkeling van de gemeenschappelijke markt in het belang van de Gemeenschap. Te dien einde vergemakkelijkt zij, door zonder winstoogmerk leningen en waarborgen te verstrekken, de financiering van de volgende projecten in alle sectoren van het economisch leven:

- a) projecten tot ontwikkeling van minder-ontwikkelde gebieden,
- b) projecten tot modernisering of overschakeling van ondernemingen of voor het scheppen van nieuwe bedrijvigheid, voortvloeiende uit de geleidelijke instelling van de gemeenschappelijke markt, welke projecten door hun omvang of hun aard niet geheel kunnen worden gefinancierd uit de verschillende middelen welke in ieder van de Lid-Statēn voorhanden zijn,
- c) projecten, welke voor verscheidene Lid-Statēn van gemeenschappelijk belang zijn en die door hun omvang of aard niet geheel kunnen worden gefinancierd uit de verschillende middelen welke in ieder van de Lid-Statēn voorhanden zijn.

VIERDE DEEL

De associatie van de landen en gebieden overzee

Artikel 131

De Lid-Statēn komen overeen, de niet-Europese landen en gebieden welke bijzondere betrekkingen onderhouden met België, Frankrijk, Italië en Nederland te associëren met de Gemeenschap. Die landen en gebieden hierna genoemd „landen en gebieden" worden opgenoemd in een lijst die als bijlage IV aan dit Verdrag is gehecht.

Doel van de associatie is het bevorderen van de economische en sociale ontwikkeling der landen en gebieden en de totstandbrenging van nauwe economische betrekkingen tussen hen en de Gemeenschap in haar geheel.

Overeenkomstig de in de preambule van dit Verdrag neergelegde beginselen moet de associatie in de eerste plaats de mogelijkheid scheppen, de belangen en de voorspoed van de inwoners van die landen en gebieden te bevorderen, ten einde hen te brengen tot de economische, sociale en culturele ontwikkeling welke zij verwachten.

Artikel 132

Mit der Assoziierung werden folgende Zwecke verfolgt:

1. Die Mitgliedstaaten wenden auf ihren Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das sie auf Grund dieses Vertrags untereinander anwenden.
2. Jedes Land oder Hoheitsgebiet wendet auf seinen Handelsverkehr mit den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das es auf den europäischen Staat anwendet, mit dem es besondere Beziehungen unterhält.
3. Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an den Investitionen, welche die fortschreitende Entwicklung dieser Länder und Hoheitsgebiete erfordert.
4. Bei Ausschreibungen und Lieferungen für Investitionen, die von der Gemeinschaft finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der Länder oder Hoheitsgebiete besitzen.
5. Soweit auf Grund des Artikels 136 nicht Sonderregelungen getroffen werden, gelten zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten für das Niederlassungsrecht ihrer Staatsangehörigen und Gesellschaften die Bestimmungen und Verfahrensregeln des Kapitels Niederlassungsfreiheit, und zwar unter Ausschluß jeder Diskriminierung.

Artikel 133

(1) Die Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten werden vollständig abgeschafft; dies geschieht nach Maßgabe der in diesem Vertrag vorgesehenen schrittweisen Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten.

(2) In jedem Land und Hoheitsgebiet werden die Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten nach Maßgabe der Artikel 12, 13, 14, 15 und 17 schrittweise abgeschafft.

(3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen.

Die in Unterabsatz 1 genannten Zölle werden schrittweise auf den Stand der Sätze gesenkt, die für die Einfuhr von Waren aus dem Mitgliedstaat gelten, mit dem das entsprechende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält. Hinsichtlich dieser Herabsetzungen beziehen sich die Hundertsätze und die Zeitfolge, die in diesem Vertrag vorgesehen sind, auf den Unterschied zwischen den Zollsätzen für Waren aus dem Mitgliedstaat, der mit dem betreffenden Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält, und den Zollsätzen, die für die gleichen Waren bei ihrer Einfuhr aus den anderen Staaten der Gemeinschaft in das einführende Land oder Hoheitsgebiet gelten.

(4) Absatz (2) gilt nicht für die Länder und Hoheitsgebiete, die auf Grund besonderer internationaler Verpflichtungen bereits bei Inkrafttreten dieses Vertrags einen nichtdiskriminierenden Zolltarif anwenden.

(5) Die Festlegung oder Änderung der Zollsätze für Waren, die in die Länder und Hoheitsgebiete eingeführt werden, darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Einfuhren aus den einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Article 132

L'association poursuit les objectifs ci-après:

1. Les États membres appliquent à leurs échanges commerciaux avec les pays et territoires le régime qu'ils s'accordent entre eux en vertu du présent Traité.
2. Chaque pays ou territoire applique à ses échanges commerciaux avec les États membres et les autres pays et territoires le régime qu'il applique à l'État européen avec lequel il entretient des relations particulières.
3. Les États membres contribuent aux investissements que demande le développement progressif de ces pays et territoires.
4. Pour les investissements financés par la Communauté, la participation aux adjudications et fournitures est ouverte, à égalité de conditions, à toutes les personnes physiques et morales ressortissant des États membres et des pays et territoires.
5. Dans les relations entre les États membres et les pays et territoires, le droit d'établissement des ressortissants et sociétés est réglé conformément aux dispositions et par application des procédures prévues au chapitre relatif au droit d'établissement et sur une base non discriminatoire, sous réserve des dispositions particulières prises en vertu de l'article 136.

Article 133

(1) Les importations originaires des pays et territoires bénéficient à leur entrée dans les États membres de l'élimination totale des droits de douane qui intervient progressivement entre les États membres conformément aux dispositions du présent Traité.

(2) A l'entrée dans chaque pays et territoire les droits de douane frappant les importations des États membres et des autres pays et territoires sont progressivement supprimés conformément aux dispositions des articles 12, 13, 14, 15 et 17.

(3) Toutefois, les pays et territoires peuvent percevoir des droits de douane qui répondent aux nécessités de leur développement et aux besoins de leur industrialisation ou qui, de caractère fiscal, ont pour but d'alimenter leur budget.

Les droits visés à l'alinéa ci-dessus sont cependant progressivement réduits jusqu'au niveau de ceux qui frappent les importations des produits en provenance de l'État membre avec lequel chaque pays ou territoire entretient des relations particulières. Les pourcentages et le rythme des réductions prévus dans le présent Traité sont applicables à la différence existant entre le droit frappant le produit en provenance de l'État membre qui entretient des relations particulières avec le pays ou territoire et celui dont est frappé le même produit en provenance de la Communauté à son entrée dans le pays ou territoire importateur.

(4) Le paragraphe (2) n'est pas applicable aux pays et territoires qui, en raison des obligations internationales particulières auxquelles ils sont soumis, appliquent déjà à l'entrée en vigueur du présent Traité un tarif douanier non discriminatoire.

(5) L'établissement ou la modification de droits de douane frappant les marchandises importées dans les pays et territoires ne doit pas donner lieu, en droit ou en fait, à une discrimination directe ou indirecte entre les importations en provenance des divers États membres.

Articolo 132

L'associazione persegue gli obiettivi seguenti:

1. Gli Stati membri applicano ai loro scambi commerciali con i Paesi e territori il regime che si accordano tra di loro, in virtù del presente Trattato.
2. Ciascun Paese o territorio applica ai suoi scambi commerciali con gli Stati membri e gli altri Paesi e territori il regime che applica allo Stato europeo con il quale mantiene relazioni particolari.
3. Gli Stati membri contribuiscono agli investimenti richiesti dallo sviluppo progressivo di questi Paesi e territori.
4. Per gli investimenti finanziati dalla Comunità, la partecipazione alle aggiudicazioni e alle forniture è aperta, a parità di condizioni, a tutte le persone fisiche e giuridiche appartenenti agli Stati membri e ai Paesi e territori.
5. Nelle relazioni fra gli Stati membri e i Paesi e territori, il diritto di stabilimento dei cittadini e delle società è regolato conformemente alle disposizioni e mediante applicazione delle procedure previste al capo relativo al diritto di stabilimento e su una base non discriminatoria, fatte salve le disposizioni particolari prese in virtù dell'articolo 136.

Articolo 133

(1) Le importazioni originarie dei Paesi e territori beneficiano, al loro ingresso negli Stati membri, dell'eliminazione totale dei dazi doganali che interviene progressivamente fra gli Stati membri conformemente alle disposizioni del presente Trattato.

(2) All'entrata in ciascun Paese e territorio i dazi doganali gravanti sulle importazioni dagli Stati membri e dagli altri Paesi e territori, sono progressivamente soppressi conformemente alle disposizioni degli articoli 12, 13, 14, 15 e 17.

(3) Tuttavia, i Paesi e territori possono riscuotere dei dazi doganali che rispondano alle necessità del loro sviluppo e ai bisogni della loro industrializzazione o dazi di carattere fiscale che abbiano per scopo di alimentare il loro bilancio.

I dazi di cui al comma precedente sono tuttavia progressivamente ridotti fino al livello di quelli gravanti sulle importazioni dei prodotti in provenienza dallo Stato membro con il quale ciascun Paese o territorio mantiene relazioni particolari. Le percentuali e il ritmo delle riduzioni previste nel presente Trattato sono applicabili alla differenza esistente tra il dazio che grava il prodotto in provenienza dallo Stato membro che mantiene relazioni particolari con il Paese o territorio e quello da cui è gravato lo stesso prodotto in provenienza dalla Comunità all'entrata nel Paese o territorio importatore.

(4) Il paragrafo 2 non è applicabile ai Paesi e territori i quali, a causa degli obblighi internazionali particolari cui sono soggetti, applicano già al momento dell'entrata in vigore del presente Trattato una tariffa doganale non discriminatoria.

(5) L'introduzione o la modifica di dazi che colpiscano le merci importate nei Paesi e territori non deve provocare, in linea di diritto o in linea di fatto, una discriminazione diretta o indiretta tra le importazioni in provenienza dai diversi Stati membri.

Artikel 132

Door de associatie worden de volgende doeleinden nastreeft:

1. De Lid-Staten passen op hun handelsverkeer met de landen en gebieden de regeling toe welke zij krachtens dit Verdrag tegenover elkaar zijn aangegaan.
2. Ieder land of gebied past op zijn handelsverkeer met de Lid-Staten en de andere landen en gebieden de regeling toe die het toepast op de Europese Staat waarmede het bijzondere betrekkingen onderhoudt.
3. De Lid-Staten dragen bij in de investeringen welke vereist zijn voor de geleidelijke ontwikkeling van die landen en gebieden.
4. Voor de door de Gemeenschap gefinancierde investeringen staat de deelneming in aanbestedingen en leveranties onder gelijke voorwaarden open voor alle onderdanen en rechtspersonen van de Lid-Staten en van de landen en gebieden.
5. In de betrekkingen tussen de Lid-Staten en de landen en gebieden wordt het recht van vestiging van de onderdanen en rechtspersonen op voet van non-discriminatie geregeld overeenkomstig de bepalingen en met toepassing van de procedures, bepaald in het hoofdstuk betreffende het recht van vestiging, behoudens de krachtens artikel 136 vastgestelde bijzondere bepalingen.

Artikel 133

(1) De goederen van oorsprong uit de landen en gebieden delen bij hun invoer in de Lid-Staten in de algehele afschaffing van douanerechten die overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag tussen de Lid-Staten geleidelijk plaatsvindt.

(2) Bij invoer in elk land en gebied worden de douanerechten op goederen uit de Lid-Staten en uit de andere landen en gebieden geleidelijk opgeheven overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 12, 13, 14, 15 en 17.

(3) De landen en gebieden kunnen evenwel douanerechten heffen welke in overeenstemming zijn met de eisen van hun ontwikkeling en de behoeften van hun industrialisatie, of welke van fiscale aard zijn en ten doel hebben in hun begrotingsmiddelen te voorzien.

De in vorenstaande alinea bedoelde rechten worden echter geleidelijk teruggebracht tot het peil van de invoerrechten welke worden geheven op produkten uit de Lid-Staat waarmede elk land of gebied bijzondere betrekkingen onderhoudt. De percentages en het ritme der in dit Verdrag bedoelde verlagingen zijn van toepassing op het verschil tussen het recht op het produkt van herkomst uit de Lid-Staat die met het land of gebied bijzondere betrekkingen onderhoudt, en het recht bij invoer in het land of gebied op een gelijk produkt van herkomst uit de Gemeenschap.

(4) Lid 2 is niet van toepassing op landen en gebieden die uit hoofde van de bijzondere internationale verplichtingen waaraan zij zijn onderworpen, reeds bij de inwerkingtreding van dit Verdrag een non-discriminatoire douanetarief toepassen.

(5) De instelling of wijziging van douanerechten op de in de landen en gebieden ingevoerde goederen mag noch in rechte noch in feite aanleiding geven tot een rechtstreekse of zijdelingse discriminatie tussen de importen uit de onderscheidene Lid-Staten.

Artikel 134

Ist die Höhe der Zollsätze, die bei der Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet für Waren aus einem dritten Land gelten, bei Anwendung des Artikels 133 Absatz (1) geeignet, Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaates hervorzurufen, so kann dieser die Kommission ersuchen, den anderen Mitgliedstaaten die erforderlichen Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen.

Artikel 135

Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten.

Artikel 136

Für einen ersten Zeitabschnitt von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags werden in einem dem Vertrag beigefügten Durchführungsabkommen die Einzelheiten und das Verfahren für die Assoziation der Länder und Hoheitsgebiete an die Gemeinschaft festgelegt.

Vor Ablauf der Geltungsdauer des in Absatz 1 genannten Abkommens legt der Rat auf Grund der erzielten Ergebnisse und der Grundsätze dieses Vertrags die Bestimmungen für einen neuen Zeitabschnitt einstimmig fest.

FUNFTER TEIL

Die Organe der Gemeinschaft

TITEL I

Vorschriften über die Organe

Kapitel 1

Die Organe

Abschnitt 1

Die Versammlung

Artikel 137

Die Versammlung besteht aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten; sie übt die Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus, die ihr nach diesem Vertrag zustehen.

Artikel 138

(1) Die Versammlung besteht aus Abgeordneten, die nach einem von jedem Mitgliedstaat bestimmten Verfahren von den Parlamenten aus ihrer Mitte ernannt werden.

(2) Die Zahl dieser Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	14
Deutschland	36
Frankreich	36
Italien	36
Luxemburg	6
Niederlande	14

Article 134

Si le niveau des droits applicables aux marchandises en provenance d'un pays tiers à l'entrée dans un pays ou territoire est, compte tenu de l'application des dispositions de l'article 133 paragraphe (1), de nature à provoquer des détournements de trafic au détriment d'un des États membres, celui-ci peut demander à la Commission de proposer aux autres États membres les mesures nécessaires pour remédier à cette situation.

Article 135

Sous réserve des dispositions qui régissent la santé publique, la sécurité publique et l'ordre public, la liberté de circulation des travailleurs des pays et territoires dans les États membres et des travailleurs des États membres dans les pays et territoires sera réglée par des conventions ultérieures qui requièrent l'unanimité des États membres.

Article 136

Pour une première période de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, une Convention d'application annexée à ce Traité fixe les modalités et la procédure de l'association entre les pays et territoires et la Communauté.

Avant l'expiration de la Convention prévue à l'alinéa ci-dessus, le Conseil statuant à l'unanimité établit, à partir des réalisations acquises et sur la base des principes inscrits dans le présent Traité, les dispositions à prévoir pour une nouvelle période.

CINQUIÈME PARTIE

Les institutions de la Communauté

TITRE I

Dispositions institutionnelles

Chapitre 1

Les institutions

Section première

L'Assemblée

Article 137

L'Assemblée, composée de représentants des peuples des États réunis dans la Communauté, exerce les pouvoirs de délibération et de contrôle qui lui sont attribués par le présent Traité.

Article 138

(1) L'Assemblée est formée de délégués que les Parlements sont appelés à désigner en leur sein selon la procédure fixée par chaque État membre.

(2) Le nombre des délégués est fixé ainsi qu'il suit:

Belgique	14
Allemagne	36
France	36
Italie	36
Luxembourg	6
Pays-Bas	14

Articolo 134

Se il livello dei dazi applicabili alle merci in provenienza da un Paese terzo alla loro entrata in un Paese o territorio, avuto riguardo alle disposizioni dell'articolo 133, paragrafo 1, è tale da provocare deviazioni di traffico a detrimento di uno degli Stati membri, questo può domandare alla Commissione di proporre agli altri Stati membri le misure necessarie per porre rimedio a questa situazione.

Articolo 135

Fatte salve le disposizioni che regolano la pubblica sanità, la pubblica sicurezza e l'ordine pubblico, la libertà di circolazione dei lavoratori dei Paesi e territori negli Stati membri e dei lavoratori degli Stati membri nei Paesi e territori sarà regolata da convenzioni successive per le quali è richiesta l'unanimità degli Stati membri.

Articolo 136

Per un primo periodo di cinque anni a decorrere dall'entrata in vigore del presente Trattato, una Convenzione di applicazione, allegata a tale Trattato, stabilisce le modalità e la procedura dell'associazione tra i Paesi e territori e la Comunità.

Prima dello scadere della Convenzione prevista dal comma precedente il Consiglio, deliberando all'unanimità, stabilisce, movendo dalle realizzazioni acquisite e basandosi sui principi iscritti nel presente Trattato, le disposizioni che dovranno essere previste per un nuovo periodo.

PARTE QUINTA

Le istituzioni della Comunità

TITOLO I

Disposizioni istituzionali

Capo 1

Le Istituzioni

Sezione prima

L'Assemblea

Articolo 137

L'Assemblea, composta di rappresentanti dei popoli degli Stati riuniti nella Comunità, esercita i poteri deliberativi e di controllo che le sono attribuiti dal presente Trattato.

Articolo 138

(1) L'Assemblea è formata di delegati che i Parlamenti sono richiesti di designare fra i propri membri secondo la procedura fissata da ogni Stato membro.

(2) Il numero dei delegati è fissato come segue:

Belgio	14
Germania	36
Francia	36
Italia	36
Lussemburgo	6
Paesi Bassi	14

Artikel 134

Indien het peil van de rechten, toepasselijk op goederen van herkomst uit een derde land, bij invoer in een land of gebied van dien aard is dat, als gevolg van de toepassing der bepalingen van artikel 133, lid 1, het handelsverkeer zich ten nadele van een der Lid-Staten kan verleggen kan deze Staat de Commissie verzoeken, aan de overige Lid-Staten de maatregelen voor te stellen welke noodzakelijk zijn om deze toestand te verhelpen.

Artikel 135

Behoudens de bepalingen betreffende de volksgezondheid, de openbare veiligheid en de openbare orde, zal het vrije verkeer van werknemers uit de landen en gebieden binnen de Lid-Staten en van werknemers uit de Lid-Staten binnen de landen en gebieden worden geregeld door later te sluiten overeenkomsten, waarvoor eenstemmigheid van de Lid-Staten is vereist.

Artikel 136

Voor een eerste periode van vijf jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag bepaalt een aan dit Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst de wijze van toepassing en de procedure van de associatie tussen de landen en gebieden enerzijds en de Gemeenschap anderzijds.

Vóór de afloop van de in vorenstaande alinea genoemde Overeenkomst stelt de Raad op basis van de bereikte resultaten en van de in dit Verdrag neergelegde beginselen met eenparigheid van stemmen de bepalingen vast voor een nieuwe periode.

VIJFDE DEEL

De instellingen van de Gemeenschap

TITEL I

Bepalingen inzake de instellingen

Hoofdstuk 1

De instellingen

Eerste afdeling

De Vergadering

Artikel 137

De Vergadering, bestaande uit vertegenwoordigers van de volkeren van de Staten die in de Gemeenschap zijn verenigd, oefent de haar door dit Verdrag verleende bevoegdheden uit om te beraadslagen en te besluiten, alsmede om toezicht uit te oefenen.

Artikel 138

(1) De Vergadering bestaat uit afgevaardigden die de Parlementen uit hun midden aanwijzen volgens de door iedere Lid-Staat vastgestelde procedure.

(2) Het aantal afgevaardigden is als volgt vastgesteld:

België	14
Duitsland	36
Frankrijk	36
Italië	36
Luxemburg	6
Nederland	14

(3) Die Versammlung arbeitet Entwürfe für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten aus.

Der Rat erläßt einstimmig die entsprechenden Bestimmungen und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 139

Die Versammlung hält jährlich eine Sitzungsperiode ab. Sie tritt, ohne daß es einer Einberufung bedarf, am dritten Dienstag des Monats Oktober zusammen.

Die Versammlung kann auf Antrag der Mehrheit ihrer Mitglieder sowie auf Antrag des Rates oder der Kommission zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode zusammentreten.

Artikel 140

Die Versammlung wählt aus ihrer Mitte ihren Präsidenten und ihr Präsidium.

Die Mitglieder der Kommission können an allen Sitzungen teilnehmen und müssen auf ihren Antrag im Namen der Kommission jederzeit gehört werden.

Die Kommission antwortet mündlich oder schriftlich auf die ihr von der Versammlung oder von deren Mitgliedern gestellten Fragen.

Der Rat wird nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung von der Versammlung jederzeit gehört.

Artikel 141

Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, beschließt die Versammlung mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Die Geschäftsordnung legt die Beschlußfähigkeit fest.

Artikel 142

Die Versammlung gibt sich ihre Geschäftsordnung; hierzu sind die Stimmen der Mehrheit ihrer Mitglieder erforderlich.

Die Verhandlungsniederschriften der Versammlung werden nach den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung veröffentlicht.

Artikel 143

Die Versammlung erörtert in öffentlicher Sitzung den jährlichen Gesamtbericht, der ihr von der Kommission vorgelegt wird.

Artikel 144

Wird wegen der Tätigkeit der Kommission ein Mißtrauensantrag eingebracht, so darf die Versammlung nicht vor Ablauf von drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung darüber entscheiden.

Wird der Mißtrauensantrag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung angenommen, so müssen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen. Sie führen die laufenden Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger gemäß Artikel 158 weiter.

(3) L'Assemblée élaborera des projets en vue de permettre l'élection au suffrage universel direct selon une procédure uniforme dans tous les États membres.

Le Conseil statuant à l'unanimité arrêtera les dispositions dont il recommandera l'adoption par les États membres, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 139

L'Assemblée tient une session annuelle. Elle se réunit de plein droit le troisième mardi d'octobre.

L'Assemblée peut se réunir en session extraordinaire à la demande de la majorité de ses membres, du Conseil ou de la Commission.

Article 140

L'Assemblée désigne parmi ses membres son président et son bureau.

Les membres de la Commission peuvent assister à toutes les séances et sont entendus au nom de celle-ci sur leur demande.

La Commission répond oralement ou par écrit aux questions qui lui sont posées par l'Assemblée ou par ses membres.

Le Conseil est entendu par l'Assemblée dans les conditions qu'il arrête dans son règlement intérieur.

Article 141

Sauf dispositions contraires du présent Traité, l'Assemblée statue à la majorité absolue des suffrages exprimés.

Le règlement intérieur fixe le quorum.

Article 142

L'Assemblée arrête son règlement intérieur à la majorité des membres qui la composent.

Les actes de l'Assemblée sont publiés dans les conditions prévues par ce règlement.

Article 143

L'Assemblée procède, en séance publique, à la discussion du rapport général annuel qui lui est soumis par la Commission.

Article 144

L'Assemblée, saisie d'une motion de censure sur la gestion de la Commission, ne peut se prononcer sur cette motion que trois jours au moins après son dépôt et par un scrutin public.

Si la motion de censure est adoptée à la majorité des deux tiers des voix exprimées et à la majorité des membres qui composent l'Assemblée, les membres de la Commission doivent abandonner collectivement leurs fonctions. Ils continuent à expédier les affaires courantes jusqu'à leur remplacement conformément à l'article 158.

(3) L'Assemblea elaborerà progetti intesi a permettere l'elezione a suffragio universale diretto, secondo una procedura uniforme in tutti gli Stati membri.

Il Consiglio, con deliberazione unanime, stabilirà le disposizioni di cui raccomanderà l'adozione da parte degli Stati membri, conformemente alle loro rispettive norme costituzionali.

Articolo 139

L'Assemblea tiene una sessione annuale. Essa si riunisce di diritto il terzo martedì di ottobre.

L'Assemblea può riunirsi in sessione straordinaria a richiesta della maggioranza dei suoi membri, del Consiglio o della Commissione.

Articolo 140

L'Assemblea designa tra i suoi membri il presidente e l'ufficio di presidenza.

A tutte le sedute possono assistere i membri della Commissione e, a nome di quest'ultima, essere uditi a loro richiesta.

La Commissione risponde oralmente o per iscritto alle interrogazioni che le sono presentate dall'Assemblea o dai membri di questa.

Il Consiglio è udito dall'Assemblea, secondo le modalità che esso stesso definisce nel suo regolamento interno.

Articolo 141

Salvo contrarie disposizioni del presente Trattato, l'Assemblea delibera a maggioranza assoluta dei suffragi espressi.

Il regolamento interno fissa il numero legale.

Articolo 142

L'Assemblea stabilisce il proprio regolamento interno a maggioranza dei membri che la compongono.

Gli atti dell'Assemblea sono pubblicati conformemente alle condizioni previste da detto regolamento.

Articolo 143

L'Assemblea, in seduta pubblica, procede all'esame della relazione generale annuale, che le è sottoposta dalla Commissione.

Articolo 144

L'Assemblea, cui sia presentata una mozione di censura sull'operato della Commissione, non può pronunciarsi su tale mozione prima che siano trascorsi almeno tre giorni dal suo deposito e con scrutinio pubblico.

Se la mozione di censura è approvata a maggioranza di due terzi dei voti espressi e a maggioranza dei membri che compongono l'Assemblea, i membri della Commissione devono abbandonare collettivamente le loro funzioni. Essi continuano a curare gli affari di ordinaria amministrazione fino alla loro sostituzione conformemente all'articolo 158.

(3) De Vergadering stelt ontwerpen op voor het houden van algemene verkiezingen volgens een in alle Lid-Staten eenvormige procedure.

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen de desbetreffende bepalingen vast, waarvan hij de aanneming door de Lid-Staten overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen aanbeveelt.

Artikel 139

De Vergadering houdt jaarlijks een zitting. Zij komt van rechtswege de derde dinsdag van oktober bijeen.

De Vergadering kan in buitengewone zitting bijeenkomen op verzoek van de meerderheid harer leden, van de Raad, of van de Commissie.

Artikel 140

De Vergadering kiest uit haar midden haar voorzitter en haar bureau.

De leden van de Commissie kunnen alle vergaderingen bijwonen en worden op hun verzoek in naam van de Commissie gehoord.

De Commissie antwoordt mondeling of schriftelijk op de haar door de Vergadering of door de leden daarvan gestelde vragen.

De Raad wordt door de Vergadering gehoord volgens de bepalingen, welke hij in zijn reglement van orde vaststelt.

Artikel 141

Voor zover in dit Verdrag niet anders is bepaald, besluit de Vergadering met volstreekte meerderheid der uitgebrachte stemmen.

Het reglement van orde bepaalt het quorum.

Artikel 142

De Vergadering stelt haar reglement van orde vast bij meerderheid van stemmen van haar leden.

De handelingen van de Vergadering worden overeenkomstig de bepalingen van dat reglement, bekendgemaakt.

Artikel 143

De Vergadering beraadslaagt in openbare zitting over het algemene jaarverslag, dat haar door de Commissie wordt voorgelegd.

Artikel 144

Wanneer aan de Vergadering een motie van afkeuring betreffende het beleid van de Commissie wordt voorgelegd, kan de Vergadering zich over deze motie niet eerder uitspreken dan ten minste drie dagen nadat de motie is ingediend en slechts bij openbare stemming.

Indien de motie van afkeuring is aangenomen met een meerderheid van twee derden der uitgebrachte stemmen en tevens bij meerderheid van de leden der Vergadering, moeten de leden van de Commissie gezamenlijk aftreden. Zij blijven de lopende zaken behartigen tot in hun vervanging is voorzien overeenkomstig artikel 158.

Abschnitt 2

Der Rat

Artikel 145

Zur Verwirklichung der Ziele und nach Maßgabe dieses Vertrags

- sorgt der Rat für die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten;
- besitzt der Rat eine Entscheidungsbefugnis.

Artikel 146

Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten. Jede Regierung entsendet eines ihrer Mitglieder.

Der Vorsitz wird von den Mitgliedern des Rates nacheinander in der alphabetischen Reihenfolge der Mitgliedstaaten für je sechs Monate wahrgenommen.

Artikel 147

Der Rat wird von seinem Präsidenten aus eigenem Entschluß, auf Antrag eines seiner Mitglieder oder der Kommission einberufen.

Artikel 148

(1) Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

(2) Ist zu einem Beschluß des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder wie folgt gewogen:

Belgien	2
Deutschland	4
Frankreich	4
Italien	4
Luxemburg	1
Niederlande	2

Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens abgegeben werden:

- zwölf Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind;
- zwölf Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens vier Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen.

(3) Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen.

Artikel 149

Wird der Rat kraft dieses Vertrags auf Vorschlag der Kommission tätig, so kann er Änderungen dieses Vorschlags nur einstimmig beschließen.

Solange ein Beschluß des Rates nicht ergangen ist, kann die Kommission ihren ursprünglichen Vorschlag ändern, insbesondere in den Fällen, in denen die Versammlung zu diesem Vorschlag gehört wurde.

Artikel 150

Jedes Mitglied kann sich das Stimmrecht höchstens eines anderen Mitglieds übertragen lassen.

Section deuxième

Le Conseil

Article 145

En vue d'assurer la réalisation des objets fixés par le présent Traité et dans les conditions prévues par celui-ci, le Conseil:

- assure la coordination des politiques économiques générales des États membres,
- dispose d'un pouvoir de décision.

Article 146

Le Conseil est formé par les représentants des États membres. Chaque gouvernement y délègue un de ses membres.

La présidence est exercée à tour de rôle par chaque membre du Conseil pour une durée de six mois, suivant l'ordre alphabétique des États membres.

Article 147

Le Conseil se réunit sur convocation de son président, à l'initiative de celui-ci, d'un de ses membres ou de la Commission.

Article 148

(1) Sauf dispositions contraires du présent Traité, les délibérations du Conseil sont acquises à la majorité des membres qui le composent.

(2) Pour les délibérations du Conseil qui requièrent une majorité qualifiée, les voix des membres sont affectées de la pondération suivante:

Belgique	2
Allemagne	4
France	4
Italie	4
Luxembourg	1
Pays-Bas	2

Les délibérations sont acquises si elles ont recueilli au moins:

- douze voix lorsqu'en vertu du présent Traité elles doivent être prises sur proposition de la Commission,
- douze voix exprimant le vote favorable d'au moins quatre membres dans les autres cas.

(3) Les abstentions des membres présents ou représentés ne font pas obstacle à l'adoption des délibérations du Conseil qui requièrent l'unanimité.

Article 149

Lorsqu'en vertu du présent Traité, un acte du Conseil est pris sur proposition de la Commission, le Conseil ne peut prendre un acte constituant amendement de la proposition que statuant à l'unanimité.

Tant que le Conseil n'a pas statué, la Commission peut modifier sa proposition initiale, notamment dans le cas où l'Assemblée a été consultée sur cette proposition.

Article 150

En cas de vote, chaque membre du Conseil peut recevoir délégation d'un seul des autres membres.

Sezione seconda

Il Consiglio**Articolo 145**

Per assicurare il raggiungimento degli scopi stabiliti dal presente Trattato e alle condizioni da questo previste, il Consiglio:

- provvede al coordinamento delle politiche economiche generali degli Stati membri,
- dispone di un potere di decisione.

Articolo 146

Il Consiglio è formato dai rappresentanti degli Stati membri. Ogni governo vi delega uno dei suoi membri.

La presidenza è esercitata a turno da ciascun membro del Consiglio per una durata di sei mesi seguendo l'ordine alfabetico degli Stati membri.

Articolo 147

Il Consiglio si riunisce su convocazione del suo presidente, per iniziativa di questi, di uno dei suoi membri o della Commissione.

Articolo 148

(1) Salvo contrarie disposizioni del presente Trattato, le deliberazioni del Consiglio sono valide se approvate a maggioranza dei membri che lo compongono.

(2) Per le deliberazioni del Consiglio che richiedono una maggioranza qualificata, ai voti dei membri è attribuita la seguente ponderazione:

Belgio	2
Germania	4
Francia	4
Italia	4
Lussemburgo	1
Paesi Bassi	2

Le deliberazioni sono valide se hanno raccolto almeno:

- dodici voti quando, in virtù del presente Trattato, debbono essere prese su proposta della Commissione,
- dodici voti che esprimano la votazione favorevole di almeno quattro membri, negli altri casi.

(3) Le astensioni dei membri presenti o rappresentati non ostano all'adozione delle deliberazioni del Consiglio per le quali è richiesta l'unanimità.

Articolo 149

Quando, in virtù delle disposizioni del presente Trattato, un atto del Consiglio sia stato emanato su proposta della Commissione, il Consiglio può emanare un atto che costituisca emendamento della proposta stessa, soltanto con deliberazione unanime.

Fino a quando il Consiglio non si sia pronunciato, la Commissione può modificare la sua proposta iniziale, specie quando l'Assemblea sia stata consultata in merito alla proposta.

Articolo 150

In caso di votazione, ciascun membro del Consiglio può ricevere delega da uno solo degli altri membri.

Tweede afdeling

De Raad**Artikel 145**

Ter bereiking van de doelstellingen van dit Verdrag en overeenkomstig de bepalingen daarvan

- draagt de Raad zorg voor de coördinatie van het algemeen economisch beleid van de Lid-Staten,
- heeft de Raad beslissingsbevoegdheid.

Artikel 146

De Raad bestaat uit vertegenwoordigers van de Lid-Staten. Iedere regering vaardigt een van haar leden af.

Het voorzitterschap wordt door de leden van de Raad in de alfabetische volgorde der Lid-Staten bij toerbeurt uitgeoefend voor de tijd van zes maanden.

Artikel 147

De Raad wordt door zijn voorzitter, op diens initiatief, op initiatief van een van zijn leden of van de Commissie, in vergadering bijeengeroepen.

Artikel 148

(1) Voor zover in dit Verdrag niet anders is bepaald, neemt de Raad zijn besluiten met volstreekte meerderheid van stemmen van zijn leden.

(2) Voor de besluiten van de Raad, waarvoor een gekwalificeerde meerderheid is vereist, worden de stemmen der leden als volgt gewogen:

België	2
Duitsland	4
Frankrijk	4
Italië	4
Luxemburg	1
Nederland	2

De besluiten komen tot stand wanneer zij ten minste

- twaalf stemmen hebben verkregen, ingeval zij krachtens dit Verdrag moeten worden genomen op voorstel van de Commissie,
- twaalf stemmen hebben verkregen waarbij ten minste vier leden voorstemmen, in de overige gevallen.

(3) Onthouding van stemming door aanwezige of vertegenwoordigde leden vormt geen beletsel voor het aannemen der besluiten van de Raad waarvoor eenparigheid van stemmen is vereist.

Artikel 149

Wanneer op grond van dit Verdrag een besluit van de Raad wordt genomen op voorstel van de Commissie, kan de Raad slechts met algemene stemmen een besluit nemen dat van dit voorstel afwijkt.

Zolang de Raad geen besluit heeft genomen, kan de Commissie haar oorspronkelijk voorstel wijzigen, met name ingeval de Vergadering omtrent dit voorstel is geraadpleegd.

Artikel 150

Ieder lid van de Raad kan slechts door één ander lid worden gemachtigd om namens hem te stemmen.

Artikel 151

Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Diese Geschäftsordnung kann die Einsetzung eines Ausschusses aus Vertretern der Mitgliedstaaten vorsehen. Der Rat bestimmt die Aufgabe und die Zuständigkeit dieses Ausschusses.

Artikel 152

Der Rat kann die Kommission auffordern, die nach seiner Ansicht zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele geeigneten Untersuchungen vorzunehmen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Artikel 153

Der Rat regelt nach Stellungnahme der Kommission die rechtliche Stellung der in diesem Vertrag vorgesehenen Ausschüsse.

Artikel 154

Der Rat setzt mit qualifizierter Mehrheit die Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs fest. Er setzt mit derselben Mehrheit alle sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen fest.

Abschnitt 3

Die Kommission

Artikel 155

Um das ordnungsgemäße Funktionieren und die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes zu gewährleisten, erfüllt die Kommission folgende Aufgaben:

- für die Anwendung dieses Vertrags sowie der von den Organen auf Grund dieses Vertrags getroffenen Bestimmungen Sorge zu tragen;
- Empfehlungen oder Stellungnahmen auf den in diesem Vertrag bezeichneten Gebieten abzugeben, soweit der Vertrag dies ausdrücklich vorsieht oder soweit sie es für notwendig erachtet;
- nach Maßgabe dieses Vertrags in eigener Zuständigkeit Entscheidungen zu treffen und am Zustandekommen der Handlungen des Rates und der Versammlung mitzuwirken;
- die Befugnisse auszuüben, die ihr der Rat zur Durchführung der von ihm erlassenen Vorschriften überträgt.

Artikel 156

Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode der Versammlung, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft.

Artikel 157

(1) Die Kommission besteht aus neun Mitgliedern, die auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.

Die Zahl der Mitglieder der Kommission kann vom Rat einstimmig geändert werden.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder der Kommission sein

Nicht mehr als zwei Mitglieder der Kommission dürfen dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen.

(2) Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft aus.

Article 151

Le Conseil arrête son règlement intérieur.

Ce règlement peut prévoir la constitution d'un comité formé de représentants des États membres. Le Conseil détermine la mission et la compétence de ce comité.

Article 152

Le Conseil peut demander à la Commission de procéder à toutes études qu'il juge opportunes pour la réalisation des objectifs communs, et de lui soumettre toutes propositions appropriées.

Article 153

Le Conseil arrête, après avis de la Commission, le statut des comités prévus par le présent Traité.

Article 154

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, fixe les traitements, indemnités et pensions du président et des membres de la Commission, du président, des juges, des avocats généraux et du greffier de la Cour de Justice. Il fixe également, à la même majorité, toutes indemnités tenant lieu de rémunération.

Section troisième

La Commission

Article 155

En vue d'assurer le fonctionnement et le développement du marché commun, la Commission:

- veille à l'application des dispositions du présent Traité ainsi que des dispositions prises par les institutions en vertu de celui-ci,
- formule des recommandations ou des avis sur les matières qui font l'objet du présent Traité, si celui-ci le prévoit expressément ou si elle l'estime nécessaire,
- dispose d'un pouvoir de décision propre et participe à la formation des actes du Conseil et de l'Assemblée dans les conditions prévues au présent Traité,
- exerce les compétences que le Conseil lui confère pour l'exécution des règles qu'il établit.

Article 156

La Commission publie tous les ans, un mois au moins avant l'ouverture de la session de l'Assemblée, un rapport général sur l'activité de la Communauté.

Article 157

(1) La Commission est composée de neuf membres, choisis en raison de leur compétence générale et offrant toutes garanties d'indépendance.

Le nombre des membres de la Commission peut être modifié par le Conseil statuant à l'unanimité.

Seuls les nationaux des États membres peuvent être membres de la Commission.

La Commission ne peut comprendre plus de deux membres ayant la nationalité d'un même État.

(2) Les membres de la Commission exercent leurs fonctions en pleine indépendance, dans l'intérêt général de la Communauté.

Articolo 151

Il Consiglio stabilisce il proprio regolamento interno.

Il regolamento può prevedere la costituzione di un comitato formato di rappresentanti degli Stati membri. Il Consiglio definisce i compiti e la competenza di tale comitato.

Articolo 152

Il Consiglio può chiedere alla Commissione di procedere a tutti gli studi che esso ritiene opportuni ai fini del raggiungimento degli obiettivi comuni, e di sottoporli tutte le proposte del caso.

Articolo 153

Il Consiglio stabilisce, previo parere della Commissione, lo statuto dei comitati previsti dal presente Trattato.

Articolo 154

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata, fissa gli stipendi, indennità e pensioni del presidente e dei membri della Commissione, del presidente, dei giudici, degli avvocati generali e del cancelliere della Corte di Giustizia. Esso fissa altresì, sempre a maggioranza qualificata, tutte le indennità sostitutive di retribuzione.

Sezione terza

La Commissione

Articolo 155

Al fine di assicurare il funzionamento e lo sviluppo del mercato comune nella Comunità, la Commissione:

- vigila sull'applicazione delle disposizioni del presente Trattato e delle disposizioni adottate dalle istituzioni in virtù del Trattato stesso,
- formula raccomandazioni o pareri nei settori definiti dal presente Trattato, quando questo esplicitamente lo preveda ovvero quando la Commissione lo ritenga necessario,
- dispone di un proprio potere di decisione e partecipa alla formazione degli atti del Consiglio e della Assemblea, alle condizioni previste dal presente Trattato,
- esercita le competenze che le sono conferite dal Consiglio per l'attuazione delle norme da esso stabilite.

Articolo 156

La Commissione pubblica ogni anno, almeno un mese prima dell'apertura della sessione dell'Assemblea, una relazione generale sull'attività della Comunità.

Articolo 157

(1) La Commissione è composta di nove membri, scelti in base alla loro competenza generale e che offrano ogni garanzia di indipendenza.

Il numero dei membri della Commissione può essere modificato dal Consiglio, che delibera all'unanimità. Soltanto cittadini degli Stati membri possono essere membri della Commissione.

La Commissione non può comprendere più di due membri aventi la cittadinanza di uno stesso Stato.

(2) I membri della Commissione esercitano le loro funzioni in piena indipendenza nell'interesse generale della Comunità.

Artikel 151

De Raad stelt zijn reglement van orde vast.

Dit reglement kan voorzien in de oprichting van een comité samengesteld uit vertegenwoordigers van de Lid-Staten. De Raad bepaalt de taak en de bevoegdheid van dit comité.

Artikel 152

De Raad kan de Commissie verzoeken, alle studies die hij wenselijk acht ter verwezenlijking van de gemeenschappelijke doelstellingen te verrichten en hem alle ter zake dienende voorstellen te doen.

Artikel 153

De Raad stelt, na advies van de Commissie, het statuut vast van de comité's welke in dit Verdrag zijn bedoeld.

Artikel 154

De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de wedden, vergoedingen en pensioenen vast van de voorzitter en de leden van de Commissie, van de president, de rechters en de griffier van, alsmede van de advocaten-generaal bij het Hof van Justitie. De Raad stelt, met dezelfde meerderheid, eveneens alle vergoedingen vast welke als beloning kunnen gelden.

Derde afdeling

De Commissie

Artikel 155

Ten einde de werking en de ontwikkeling van de gemeenschappelijke markt te verzekeren

- ziet de Commissie toe op de toepassing van de bepalingen van dit Verdrag alsmede van de voorzieningen welke de instellingen krachtens dit Verdrag treffen,
- doet zij aanbevelingen of brengt zij adviezen uit over de in dit Verdrag behandelde onderwerpen, indien het Verdrag dit uitdrukkelijk voorschrijft of indien zij dit noodzakelijk acht,
- heeft zij een eigen beslissingsbevoegdheid en werkt zij mede aan de totstandkoming van de handelingen van de Raad en van de Vergadering overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag,
- oefent zij de bevoegdheden uit welke de Raad haar verleent ter uitvoering van de regels die hij vaststelt.

Artikel 156

Jaarlijks, ten minste één maand vóór de opening van de zitting van de Vergadering, publiceert de Commissie een algemeen verslag over de werkzaamheden van de Gemeenschap.

Artikel 157

(1) De Commissie bestaat uit negen leden, die op grond van hun algemene bekwaamheid worden gekozen en die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden.

Het aantal leden van de Commissie kan door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd.

Alleen zij die de nationaliteit van een van de Lid-Staten bezitten, kunnen lid van de Commissie zijn.

In de Commissie mogen niet meer dan twee leden van dezelfde nationaliteit zitting hebben.

(2) De leden van de Commissie oefenen hun ambt volkomen onafhankelijk uit in het algemeen belang van de Gemeenschap.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Kommission bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Die Mitglieder der Kommission dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Werden diese Pflichten verletzt, so kann der Gerichtshof auf Antrag des Rates oder der Kommission das Mitglied je nach Lage des Falles gemäß Artikel 160 seines Amtes entheben oder ihm seine Ruhegehaltsansprüche oder andere an ihrer Stelle gewährte Vergünstigungen aberkennen.

Artikel 158

Die Mitglieder der Kommission werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen ernannt.

Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre. Wiederernennung ist zulässig.

Artikel 159

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitgliedes der Kommission durch Rücktritt oder Amtsenthebung.

Für das ausscheidende Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt. Der Rat kann einstimmig entscheiden, für diese Zeit einen Nachfolger nicht zu ernennen.

Außer im Falle der in Artikel 160 geregelten Amtsenthebung bleiben die Mitglieder der Kommission bis zur Neubesetzung ihres Sitzes im Amt.

Artikel 160

Jedes Mitglied der Kommission, das die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates oder der Kommission durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

In diesem Falle kann der Rat durch einstimmige Entscheidung dieses Mitglied vorläufig von seinen Dienstpflichten entbinden und die Stelle besetzen, bis der Gerichtshof entschieden hat.

Auf Antrag des Rates oder der Kommission kann der Gerichtshof das Mitglied vorläufig von seinen Dienstpflichten entbinden.

Artikel 161

Der Präsident und die beiden Vizepräsidenten der Kommission werden aus deren Mitgliedern für zwei Jahre nach dem Verfahren ernannt, das für die Ernennung der Mitglieder der Kommission vorgesehen ist. Wiederernennung ist zulässig.

Außer im Falle einer allgemeinen Neubesetzung erfolgt die Ernennung nach Anhörung der Kommission.

Endet das Amt des Präsidenten und der Vizepräsidenten durch Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod, so wird es für die verbleibende Amtszeit gemäß Absatz 1 neu besetzt.

Dans l'accomplissement de leurs devoirs, ils ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucun organisme. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec le caractère de leurs fonctions. Chaque État membre s'engage à respecter ce caractère et à ne pas chercher à influencer les membres de la Commission dans l'exécution de leur tâche.

Les membres de la Commission ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, exercer aucune autre activité professionnelle rémunérée ou non. Ils prennent, lors de leur installation, l'engagement solennel de respecter, pendant la durée de leurs fonctions et après la cessation de celles-ci, les obligations découlant de leur charge, notamment les devoirs d'honnêteté et de délicatesse quant à l'acceptation, après cette cessation, de certaines fonctions ou de certains avantages. En cas de violation de ces obligations, la Cour de Justice, saisie par le Conseil ou par la Commission, peut, selon le cas, prononcer la démission d'office dans les conditions de l'article 160 ou la déchéance du droit à pension de l'intéressé ou d'autres avantages en tenant lieu.

Article 158

Les membres de la Commission sont nommés d'un commun accord par les gouvernements des États membres.

Leur mandat a une durée de quatre ans. Il est renouvelable.

Article 159

En dehors des renouvellements réguliers et des décès, les fonctions de membre de la Commission prennent fin individuellement par démission volontaire ou d'office.

L'intéressé est remplacé pour la durée du mandat restant à courir. Le Conseil statuant à l'unanimité peut décider qu'il n'y a pas lieu à remplacement.

Sauf cas de démission d'office prévu à l'article 160, les membres de la Commission restent en fonctions jusqu'à ce qu'il soit pourvu à leur remplacement.

Article 160

Tout membre de la Commission, s'il ne remplit plus les conditions nécessaires à l'exercice de ses fonctions ou s'il a commis une faute grave, peut être déclaré démissionnaire par la Cour de Justice, à la requête du Conseil ou de la Commission.

En pareil cas, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut, à titre provisoire, le suspendre de ses fonctions et pourvoir à son remplacement jusqu'au moment où la Cour de Justice se sera prononcée.

La Cour de Justice peut, à titre provisoire, le suspendre de ses fonctions, à la requête du Conseil ou de la Commission.

Article 161

Le président et les deux vice-présidents de la Commission sont désignés parmi les membres de celle-ci pour deux ans, selon la même procédure que celle prévue pour la nomination des membres de la Commission. Leur mandat peut être renouvelé.

Sauf dans le cas d'un renouvellement général, la nomination est faite après consultation de la Commission.

En cas de démission ou de décès, le président et les vice-présidents sont remplacés pour la durée du mandat restant à courir, dans les conditions fixées à l'alinéa 1.

Nell'adempimento dei loro doveri, essi non sollecitano nè accettano istruzioni da alcun governo nè da alcun organismo. Essi si astengono da ogni atto incompatibile con il carattere delle loro funzioni. Ciascuno Stato membro s'impegna a rispettare tale carattere e a non cercare di influenzare i membri della Commissione nell'esecuzione del loro compito.

I membri della Commissione non possono, per la durata delle loro funzioni, esercitare alcun'altra attività professionale, remunerata o meno. Fin dal loro insediamento, essi assumono l'impegno solenne di rispettare, per la durata delle loro funzioni e dopo la cessazione di queste, gli obblighi derivanti dalla loro carica, ed in particolare i doveri di onestà e delicatezza per quanto riguarda l'accettare, dopo tale cessazione, determinate funzioni o vantaggi. In caso di violazione degli obblighi stessi, la Corte di Giustizia, su istanza del Consiglio o della Commissione, può, a seconda dei casi, pronunciare le dimissioni d'ufficio alle condizioni previste dall'articolo 160 ovvero la decadenza dal diritto a pensione dell'interessato o da altri vantaggi sostitutivi.

Articolo 158

I membri della Commissione sono nominati di comune accordo dai governi degli Stati membri.

Il loro mandato ha una durata di quattro anni ed è rinnovabile.

Articolo 159

A parte i rinnovi regolari e i decessi, le funzioni dei membri della Commissione cessano individualmente per dimissioni volontarie o d'ufficio.

L'interessato è sostituito per la restante durata del suo mandato. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, può decidere che non vi è motivo di procedere ad una sostituzione.

Salvo il caso di dimissioni d'ufficio, previste dall'articolo 160, i membri della Commissione restano in carica fino a quando non siasi provveduto alla loro sostituzione.

Articolo 160

Qualsiasi membro della Commissione, che non risponda più alle condizioni necessarie all'esercizio delle sue funzioni o che abbia commesso una colpa grave, può essere dichiarato dimissionario dalla Corte di Giustizia, su istanza del Consiglio o della Commissione.

In tal caso, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può, a titolo provvisorio, sospenderlo dalle sue funzioni e procedere alla sua sostituzione, fino a quando la Corte di Giustizia si sia pronunciata.

La Corte di Giustizia, a titolo provvisorio, può sospenderlo dalle sue funzioni, su istanza del Consiglio o della Commissione.

Articolo 161

Il presidente e i due vicepresidenti della Commissione sono designati tra i membri di questa per due anni, secondo la medesima procedura prevista per la nomina dei membri della Commissione. Il loro mandato può essere rinnovato.

Salvo il caso di rinnovamento generale, la nomina è fatta dopo consultazione della Commissione.

In caso di dimissioni o di decesso, il presidente e i vicepresidenti sono sostituiti per la restante durata del mandato alle condizioni fissate dal primo comma.

Bij de vervulling van hun plichten vragen noch aanvaarden zij instructies van enige regering of enig lichaam. Zij onthouden zich van iedere handeling welke onverenigbaar is met het karakter van hun ambt. Iedere Lid-Staat verbindt zich, dit karakter te eerbiedigen en niet te trachten de leden van de Commissie te beïnvloeden bij de uitvoering van hun taak.

De leden van de Commissie mogen gedurende hun ambtsperiode geen andere beroepswerkzaamheden, al dan niet tegen beloning, verrichten. Bij hun ambtsaanvaarding verbinden zij zich plechtig om gedurende hun ambtsperiode en na afloop daarvan de uit hun taak voortvloeiende verplichtingen na te komen, in het bijzonder eerlijkheid en kiesheid te betrachten in het aanvaarden van bepaalde functies of voordelen na afloop van die ambtsperiode. Ingeval deze verplichtingen niet worden nagekomen kan de Raad of de Commissie zich wenden tot het Hof van Justitie, dat, al naar het geval, ontslag ambtshalve volgens artikel 160 of verval van het recht op pensioen of van andere als zodanig geldende voordelen kan uitspreken.

Artikel 158

De leden van de Commissie worden in onderlinge overeenstemming door de regeringen der Lid-Staten benoemd.

Hun mandaat duurt vier jaar. Zij zijn herbenoembaar.

Artikel 159

Behalve door periodieke vervanging of door overlijden eindigt de ambtsvervulling van een lid van de Commissie door vrijwillig ontslag of ontslag ambtshalve.

De betrokkene wordt vervangen voor de verdere duur van het mandaat. De Raad kan met eenparigheid van stemmen vaststellen dat er geen reden voor vervanging is.

Behoudens in geval van ontslag ambtshalve als bepaald in artikel 160, blijven de leden van de Commissie in functie totdat in hun vervanging is voorzien.

Artikel 160

Op verzoek van de Raad of van de Commissie kan elk lid van de Commissie dat niet meer aan de eisen voor de uitoefening van zijn ambt voldoet of op ernstige wijze is tekort geschoten, door het Hof van Justitie van zijn ambt ontheven worden verklaard.

In zodanig geval kan de Raad hem, met eenparigheid van stemmen, bij wijze van voorlopige maatregel, in zijn ambt schorsen en in zijn vervanging voorzien, totdat het Hof van Justitie zich heeft uitgesproken.

Op verzoek van de Raad of van de Commissie kan het Hof van Justitie hem bij wijze van voorlopige maatregel in zijn ambt schorsen.

Artikel 161

De voorzitter en de twee vice-voorzitters van de Commissie worden voor twee jaar aangewezen uit haar leden op dezelfde wijze als bepaald voor de benoeming van de leden van de Commissie. Zij zijn herbenoembaar.

Behalve in geval van een algehele vernieuwing, geschiedt de aanwijzing na raadpleging van de Commissie.

In geval van ontslag of overlijden worden de voorzitter en de vice-voorzitters voor de verdere duur van hun mandaat vervangen overeenkomstig de bepalingen van de eerste alinea.

Artikel 162

Der Rat und die Kommission ziehen einander zu Rate und regeln einvernehmlich die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit.

Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, um ihr ordnungsmäßiges Arbeiten und das ihrer Dienststellen nach Maßgabe dieses Vertrags zu gewährleisten. Sie sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Artikel 163

Die Beschlüsse der Kommission werden mit der Mehrheit der in Artikel 157 bestimmten Anzahl ihrer Mitglieder gefaßt.

Die Kommission kann nur dann wirksam tagen, wenn die in ihrer Geschäftsordnung festgesetzte Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

Abschnitt 4

Der Gerichtshof

Artikel 164

Der Gerichtshof sichert die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrags.

Artikel 165

Der Gerichtshof besteht aus sieben Richtern.

Der Gerichtshof tagt in Vollsitzungen. Er kann jedoch aus seiner Mitte Kammern mit je drei oder fünf Richtern bilden, die bestimmte vorbereitende Aufgaben erledigen oder bestimmte Gruppen von Rechtssachen entscheiden; hierfür gelten die Vorschriften einer besonderen Regelung.

In allen Fällen, in denen Rechtssachen zur Entscheidung stehen, die auf Antrag eines Mitgliedstaates oder eines Organs der Gemeinschaft anhängig sind, tagt der Gerichtshof in Vollsitzung; das gleiche gilt für die im Wege der Vorabentscheidung zu entscheidenden Fragen, die ihm gemäß Artikel 177 vorgelegt werden.

Auf Antrag des Gerichtshofs kann der Rat einstimmig die Anzahl der Richter erhöhen und die erforderlichen Anpassungen der Absätze 2 und 3 und des Artikels 167 Absatz 2 vornehmen.

Artikel 166

Der Gerichtshof wird von zwei Generalanwälten unterstützt.

Der Generalanwalt hat in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlußanträge zu den dem Gerichtshof unterbreiteten Rechtssachen öffentlich zu stellen, um den Gerichtshof bei der Erfüllung seiner in Artikel 164 bestimmten Aufgabe zu unterstützen.

Auf Antrag des Gerichtshofs kann der Rat einstimmig die Anzahl der Generalanwälte erhöhen und die erforderlichen Anpassungen des Artikels 167 Absatz 3 vornehmen.

Article 162

Le Conseil et la Commission procèdent à des consultations réciproques et organisent d'un commun accord les modalités de leur collaboration.

La Commission fixe son règlement intérieur en vue d'assurer son fonctionnement et celui de ses services dans les conditions prévues par le présent Traité. Elle assure la publication de ce règlement.

Article 163

Les délibérations de la Commission sont acquises à la majorité du nombre des membres prévu à l'article 157.

La Commission ne peut siéger valablement que si le nombre de membres fixé dans son règlement intérieur est présent.

Section quatrième

La Cour de Justice

Article 164

La Cour de Justice assure le respect du droit dans l'interprétation et l'application du présent Traité.

Article 165

La Cour de Justice est formée de sept juges.

La Cour de Justice siège en séance plénière. Toutefois, elle peut créer en son sein des chambres composées chacune de trois ou cinq juges, en vue, soit de procéder à certaines mesures d'instruction, soit de juger certaines catégories d'affaires, dans les conditions prévues par un règlement établi à cet effet.

Dans tous les cas, la Cour de Justice siège en séance plénière pour statuer dans les affaires dont elle est saisie par un État membre ou une institution de la Communauté, ainsi que sur les questions préjudicielles qui lui sont soumises en vertu de l'article 177.

Si la Cour de Justice le demande, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut augmenter le nombre des juges et apporter les adaptations nécessaires aux alinéas 2 et 3 et à l'article 167 alinéa 2.

Article 166

La Cour de Justice est assistée de deux avocats généraux.

L'avocat général a pour rôle de présenter publiquement, en toute impartialité et en toute indépendance, des conclusions motivées sur les affaires soumises à la Cour de Justice, en vue d'assister celle-ci dans l'accomplissement de sa mission, telle qu'elle est définie à l'article 164.

Si la Cour de Justice le demande, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut augmenter le nombre des avocats généraux et apporter les adaptations nécessaires à l'article 167 alinéa 3.

Articolo 162

Il Consiglio e la Commissione procedono a reciproche consultazioni e definiscono di comune accordo le modalità della loro collaborazione.

La Commissione stabilisce il proprio regolamento interno allo scopo di assicurare il proprio funzionamento e quello dei propri servizi alle condizioni previste dal presente Trattato. Essa provvede alla pubblicazione del regolamento.

Articolo 163

Le deliberazioni della Commissione sono prese a maggioranza del numero dei suoi membri previsto dall'articolo 157.

La Commissione può tener una seduta valida solo se è presente il numero di membri stabilito nel suo regolamento interno.

Sezione quarta
La Corte di Giustizia

Articolo 164

La Corte di Giustizia assicura il rispetto del diritto nell'interpretazione e nell'applicazione del presente Trattato.

Articolo 165

La Corte di Giustizia è composta di sette giudici.

La Corte di Giustizia si riunisce in seduta plenaria. Essa può, tuttavia, creare nel suo ambito delle sezioni, ciascuna delle quali sarà composta di tre o cinque giudici, allo scopo di procedere a determinati provvedimenti di istruttoria o di giudicare determinate categorie di affari, alle condizioni previste da un regolamento a tal fine stabilito.

La Corte di Giustizia si riunisce sempre in seduta plenaria per pronunciarsi negli affari di cui è investita da parte di uno Stato membro o di un'istituzione della Comunità, e così pure quando deve pronunciarsi su questioni pregiudiziali che le sono sottoposte a norma dell'articolo 177.

Ove ciò sia richiesto dalla Corte di Giustizia, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può aumentare il numero dei giudici e apportare i necessari ritocchi ai commi secondo e terzo e all'articolo 167, secondo comma.

Articolo 166

La Corte di Giustizia è assistata da due avvocati generali.

L'avvocato generale ha l'ufficio di presentare pubblicamente, con assoluta imparzialità e in piena indipendenza, conclusioni motivate sugli affari sottoposte alla Corte di Giustizia, per assistere quest'ultima nell'adempimento della sua missione, quale è definita dall'articolo 164.

Ove ciò sia richiesto dalla Corte di Giustizia, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può aumentare il numero degli avvocati generali e apportare i necessari ritocchi all'articolo 167, terzo comma.

Artikel 162

De Raad en de Commissie raadplegen elkaar en bepalen in onderlinge overeenstemming de wijze waarop zij samenwerken.

De Commissie stelt haar reglement van orde vast, ten einde te verzekeren dat zij en haar diensten overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag werkzaam zullen zijn. Zij zorgt voor de bekendmaking van dat reglement.

Artikel 163

De besluiten van de Commissie worden genomen bij meerderheid van stemmen van het in artikel 157 bepaalde aantal leden.

De Commissie kan slechts geldig zitting houden, indien het in haar reglement van orde bepaalde aantal leden aanwezig is.

Vierde afdeling
Het Hof van Justitie

Artikel 164

Het Hof van Justitie verzekert de eerbiediging van het recht bij de uitlegging en toepassing van dit Verdrag.

Artikel 165

Het Hof van Justitie bestaat uit zeven rechters.

Het Hof van Justitie houdt voltallig zitting. Het kan echter uit zijn midden kamers vormen, elk samengesteld uit drie of vijf rechters, om overeenkomstig de bepalingen van een daartoe opgesteld reglement hetzij bepaalde maatregelen van onderzoek te nemen, hetzij bepaalde soorten van zaken te berechten.

Het Hof van Justitie houdt steeds voltallig zitting om uitspraak te doen in zaken die aanhangig zijn gemaakt door een Lid-Staat of door een instelling van de Gemeenschap, alsmede over de krachtens artikel 177 aan het Hof voorgelegde prejudiciële geschilpunten.

Indien het Hof van Justitie zulks verzoekt, kan de Raad met eenparigheid van stemmen het aantal rechters verhogen en de tweede en de derde alinea van dit artikel alsmede de tweede alinea van artikel 167, voor zover nodig aanpassen.

Artikel 166

Het Hof van Justitie wordt bijgestaan door twee advocaten-generaal.

De advocaat-generaal heeft tot taak, in het openbaar in volkomen onpartijdigheid en onafhankelijkheid met redenen omklede conclusies te nemen aangaande zaken welke aan het Hof van Justitie zijn voorgelegd, ten einde dit ter zijde te staan bij de vervulling van zijn taak, gelijk deze is omschreven in artikel 164.

Indien het Hof van Justitie zulks verzoekt, kan de Raad met eenparigheid van stemmen het aantal advocaten-generaal verhogen en de derde alinea van artikel 167, voor zover nodig aanpassen.

Artikel 167

Zu Richtern und Generalanwälten sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf sechs Jahre ernannt.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Richterstellen statt. Sie betrifft abwechselnd je drei und vier Richter. Die drei Richter, deren Stellen nach Ablauf der ersten drei Jahre neu zu besetzen sind, werden durch das Los bestimmt.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Generalanwälte statt. Der Generalanwalt, dessen Stelle nach Ablauf der ersten drei Jahre neu zu besetzen ist, wird durch das Los bestimmt.

Die Wiederernennung ausscheidender Richter und Generalanwälte ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofs für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Artikel 168

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und bestimmt dessen Stellung.

Artikel 169

Hat nach Auffassung der Kommission ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertrag verstoßen, so gibt sie eine mit Gründen versehene Stellungnahme hierzu ab; sie hat dem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Kommt der Staat dieser Stellungnahme innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen.

Artikel 170

Jeder Mitgliedstaat kann den Gerichtshof anrufen, wenn er der Auffassung ist, daß ein anderer Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertrag verstoßen hat.

Bevor ein Mitgliedstaat wegen einer angeblichen Verletzung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag gegen einen anderen Staat Klage erhebt, muß er die Kommission damit befassen.

Die Kommission erläßt eine mit Gründen versehene Stellungnahme; sie gibt den beteiligten Staaten zuvor Gelegenheit zu schriftlicher und mündlicher Äußerung in einem kontradiktorischen Verfahren.

Gibt die Kommission binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem ein entsprechender Antrag gestellt wurde, keine Stellungnahme ab, so kann ungeachtet des Fehlens der Stellungnahme vor dem Gerichtshof geklagt werden.

Artikel 171

Stellt der Gerichtshof fest, daß ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertrag verstoßen hat, so hat dieser Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergeben.

Article 167

Les juges et les avocats généraux, choisis parmi des personnalités offrant toutes garanties d'indépendance, et qui réunissent les conditions requises pour l'exercice, dans leurs pays respectifs, des plus hautes fonctions juridictionnelles, ou qui sont des jurisconsultes possédant des compétences notoires, sont nommés d'un commun accord pour six ans par les gouvernements des États membres.

Un renouvellement partiel des juges a lieu tous les trois ans. Il porte alternativement sur trois et quatre juges. Les trois juges dont la désignation est sujette à renouvellement à la fin de la première période de trois ans sont désignés par le sort.

Un renouvellement partiel des avocats généraux a lieu tous les trois ans. L'avocat général dont la désignation est sujette à renouvellement à la fin de la première période de trois ans est désigné par le sort.

Les juges et les avocats généraux sortants peuvent être nommés de nouveau.

Les juges désignent parmi eux, pour trois ans, le président de la Cour de Justice. Son mandat est renouvelable.

Article 168

La Cour de Justice nomme son greffier, dont elle fixe le statut.

Article 169

Si la Commission estime qu'un État membre a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité, elle émet un avis motivé à ce sujet, après avoir mis cet État en mesure de présenter ses observations.

Si l'État en cause ne se conforme pas à cet avis dans le délai déterminé par la Commission, celle-ci peut saisir la Cour de Justice.

Article 170

Chacun des États membres peut saisir la Cour de Justice s'il estime qu'un autre État membre a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité.

Avant qu'un État membre n'introduise, contre un autre État membre, un recours fondé sur une prétendue violation des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité, il doit en saisir la Commission.

La Commission émet un avis motivé après que les États intéressés ont été mis en mesure de présenter contradictoirement leurs observations écrites et orales.

Si la Commission n'a pas émis l'avis dans un délai de trois mois à compter de la demande, l'absence d'avis ne fait pas obstacle à la saisine de la Cour de Justice.

Article 171

Si la Cour de Justice reconnaît qu'un État membre a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité, cet État est tenu de prendre les mesures que comporte l'exécution de l'arrêt de la Cour de Justice.

Articolo 167

I giudici e gli avvocati generali, scelti tra personalità che offrano tutte le garanzie di indipendenza, e chi riuniscano le condizioni richieste per l'esercizio, nei rispettivi Paesi, delle più alte funzioni giurisdizionali, ovvero che siano giureconsulti di notoria competenza, sono nominati di comune accordo per sei anni dai governi degli Stati membri.

Ogni tre anni si procede a un rinnovamento parziale dei giudici. Esso riguarda alternativamente tre e quattro giudici. I tre giudici, la cui designazione è soggetta a rinnovamento al termine del primo periodo di tre anni, sono designati a sorte.

Ogni tre anni si procede a un rinnovamento parziale degli avvocati generali. L'avvocato generale, la cui designazione è soggetta a rinnovamento al termine del primo periodo di tre anni, è designato a sorte.

I giudici e gli avvocati generali uscenti possono essere nuovamente nominati.

I giudici designano tra loro, per tre anni, il presidente della Corte di Giustizia. Il suo mandato è rinnovabile.

Articolo 168

La Corte di Giustizia nomina il cancelliere, di cui fissa lo statuto.

Articolo 169

La Commissione, quando reputi che uno Stato membro abbia mancato a uno degli obblighi a lui incombenti in virtù del presente Trattato, emette un parere motivato al riguardo, dopo aver posto lo Stato in condizioni di presentare le sue osservazioni.

Qualora lo Stato in causa non si conformi a tale parere nel termine fissato dalla Commissione, questa può adire la Corte di Giustizia.

Articolo 170

Ciascuno degli Stati membri può adire la Corte di Giustizia, quando reputi che un altro Stato membro ha mancato a uno degli obblighi a lui incombenti in virtù del presente Trattato.

Uno Stato membro, prima di proporre contro un altro Stato membro un ricorso fondato su una pretesa violazione degli obblighi che a quest'ultimo incombono in virtù del presente Trattato, deve rivolgersi alla Commissione.

La Commissione emette un parere motivato dopo che gli Stati interessati siano stati posti in condizione di presentare in contraddittorio le loro osservazioni scritte e orali.

Qualora la Commissione non abbia formulato il parere nel termine di tre mesi dalla domanda, la mancanza del parere non osta alla facoltà di ricorso alla Corte di Giustizia.

Articolo 171

Quando la Corte di Giustizia riconosca che uno Stato membro ha mancato a uno degli obblighi ad esso incombenti in virtù del presente Trattato, tale Stato è tenuto a prendere i provvedimenti che l'esecuzione della sentenza della Corte di Giustizia importa.

Artikel 167

De rechters en de advocaten-generaal, gekozen uit personen die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden en aan alle gestelde eisen voldoen om in hun onderscheidene landen de hoogste rechterlijke ambten te bekleden, of die bekend staan als kundige rechtsgeleerden, worden in onderlinge overeenstemming door de regeringen van de Lid-Staten voor zes jaar benoemd.

Om de drie jaar vindt een gedeeltelijke vervanging van de rechters plaats. Deze heeft beurtelings betrekking op drie en op vier rechters. De drie rechters die aan het einde van de eerste periode van drie jaar moeten aftreden, worden door het lot aangewezen.

Om de drie jaar vindt een gedeeltelijke vervanging van de advocaten-generaal plaats. De advocaat-generaal die aan het einde van de eerste periode van drie jaar moet aftreden, wordt door het lot aangewezen.

De aftredende rechters en advocaten-generaal zijn herbenoembaar.

De rechters kiezen uit hun midden voor drie jaar de president van het Hof van Justitie. Hij is herkiesbaar.

Artikel 168

Het Hof van Justitie benoemt zijn griffier en bepaalt diens positie.

Artikel 169

Indien de Commissie van oordeel is dat een Lid-Staat een van de krachtens dit Verdrag op hem rustende verplichtingen niet is nagekomen, brengt zij dienaangaande een met redenen omkleed advies uit, na deze Staat in de gelegenheid te hebben gesteld zijn opmerkingen te maken.

Indien de betrokken Staat dit advies niet binnen de door de Commissie vastgestelde termijn opvolgt, kan de Commissie de zaak aanhangig maken bij het Hof van Justitie.

Artikel 170

Ieder van de Lid-Staten kan zich wenden tot het Hof van Justitie, indien hij van mening is dat een andere Lid-Staat een van de krachtens dit Verdrag op hem rustende verplichtingen niet is nagekomen.

Voordat een Lid-Staat tegen een andere Lid-Staat een klacht indient op grond van een beweerd schending van de verplichtingen welke krachtens dit Verdrag op deze laatste rusten, moet hij deze klacht aan de Commissie voorleggen.

De Commissie brengt een met redenen omkleed advies uit, nadat aan de betrokken Staten de gelegenheid is gegeven om over en weer schriftelijk en mondeling opmerkingen te maken.

Indien de Commissie binnen drie maanden na indiening van de klacht geen advies heeft uitgebracht, staat dit uitblijven van advies het indienen van de klacht bij het Hof van Justitie niet in de weg.

Artikel 171

Indien het Hof van Justitie vaststelt dat een Lid-Staat een der krachtens dit Verdrag op hem rustende verplichtingen niet is nagekomen, is deze Staat gehouden die maatregelen te nemen, welke nodig zijn ter uitvoering van het arrest van het Hof van Justitie.

Artikel 172

Die vom Rat auf Grund dieses Vertrags erlassenen Verordnungen können hinsichtlich der darin vorgesehenen Zwangsmaßnahmen dem Gerichtshof eine Zuständigkeit übertragen, welche die Befugnis zu unbeschränkter Ermessensnachprüfung und zur Änderung oder Verhängung solcher Maßnahmen umfaßt.

Artikel 173

Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit des Handelns des Rates und der Kommission, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt. Zu diesem Zweck ist er für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmißbrauchs erhebt.

Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind, sie unmittelbar und individuell betreffen.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe der betreffenden Handlung, ihrer Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von dieser Handlung Kenntnis erlangt hat.

Artikel 174

Ist die Klage begründet, so erklärt der Gerichtshof die angefochtene Handlung für nichtig.

Erklärt der Gerichtshof eine Verordnung für nichtig, so bezeichnet er, falls er dies für notwendig hält, diejenigen ihrer Wirkungen, die als fortgeltend zu betrachten sind.

Artikel 175

Unterläßt es der Rat oder die Kommission unter Verletzung dieses Vertrags, einen Beschluß zu fassen, so können die Mitgliedstaaten und die anderen Organe der Gemeinschaft beim Gerichtshof Klage auf Feststellung dieser Vertragsverletzung erheben.

Diese Klage ist nur zulässig, wenn das in Frage stehende Organ zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden. Hat es binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

Jede natürliche oder juristische Person kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 vor dem Gerichtshof Beschwerde darüber führen, daß ein Organ der Gemeinschaft es unterlassen hat, einen anderen Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme an sie zu richten.

Artikel 176

Das Organ, dem das für nichtig erklärte Handeln zur Last fällt oder dessen Untätigkeit als vertragswidrig erklärt worden ist, hat die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Verpflichtung besteht unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung des Artikels 215 Absatz 2 ergeben.

Article 172

Les règlements établis par le Conseil en vertu des dispositions du présent Traité peuvent attribuer à la Cour de Justice une compétence de pleine juridiction en ce qui concerne les sanctions prévues dans ces règlements.

Article 173

La Cour de Justice contrôle la légalité des actes du Conseil et de la Commission, autres que les recommandations ou avis. A cet effet, elle est compétente pour se prononcer sur les recours pour incompétence, violation des formes substantielles, violation du présent Traité ou de toute règle de droit relative à son application, ou détournement de pouvoir, formés par un État membre, le Conseil ou la Commission.

Toute personne physique ou morale peut former, dans les mêmes conditions, un recours contre les décisions dont elle est le destinataire, et contre les décisions qui, bien que prises sous l'apparence d'un règlement ou d'une décision adressée à une autre personne, la concernent directement et individuellement.

Les recours prévus au présent article doivent être formés dans un délai de deux mois à compter, suivant le cas, de la publication de l'acte, de sa notification au requérant, ou, à défaut, du jour où celui-ci en a eu connaissance.

Article 174

Si le recours est fondé, la Cour de Justice déclare nul et non avenu l'acte contesté.

Toutefois, en ce qui concerne les règlements, la Cour de Justice indique, si elle l'estime nécessaire, ceux des effets du règlement annulé qui doivent être considérés comme définitifs.

Article 175

Dans le cas où, en violation du présent Traité, le Conseil ou la Commission s'abstient de statuer, les États membres et les autres institutions de la Communauté peuvent saisir la Cour de Justice en vue de faire constater cette violation.

Ce recours n'est recevable que si l'institution en cause a été préalablement invitée à agir. Si, à l'expiration d'un délai de deux mois à compter de cette invitation, l'institution n'a pas pris position, le recours peut être formé dans un nouveau délai de deux mois.

Toute personne physique ou morale peut saisir la Cour de Justice dans les conditions fixées aux alinéas précédents pour faire grief à l'une des institutions de la Communauté d'avoir manqué de lui adresser un acte autre qu'une recommandation ou un avis.

Article 176

L'institution dont émane l'acte annulé, ou dont l'abstention a été déclarée contraire au présent Traité, est tenue de prendre les mesures que comporte l'exécution de l'arrêt de la Cour de Justice.

Cette obligation ne préjuge pas celle qui peut résulter de l'application de l'article 215 alinéa 2.

Articolo 172

I regolamenti stabiliti dal Consiglio in virtù delle disposizioni del presente Trattato possono attribuire alla Corte di Giustizia una competenza giurisdizionale anche di merito per quanto riguarda le sanzioni previste nei regolamenti stessi.

Articolo 173

La Corte di Giustizia esercita un controllo di legittimità sugli atti del Consiglio e della Commissione che non siano raccomandazioni o pareri. A tal fine, essa è competente a pronunciarsi sui ricorsi per incompetenza, violazione delle forme sostanziali, violazione del presente Trattato o di qualsiasi norma giuridica relativa alla sua applicazione, ovvero per sviamento di potere, proposti da uno Stato membro, dal Consiglio o dalla Commissione.

Qualsiasi persona fisica o giuridica può proporre, alle stesse condizioni, un ricorso contro le decisioni prese nei suoi confronti e contro le decisioni che, pur apparendo come un regolamento o una decisione presa nei confronti di altre persone, la riguardano direttamente e individualmente.

I ricorsi previsti dal presente articolo devono essere proposti nel termine di due mesi a decorrere, secondo i casi, dalla pubblicazione dell'atto, dalla sua notificazione al ricorrente ovvero, in mancanza, dal giorno in cui il ricorrente ne ha avuto conoscenza.

Articolo 174

Se il ricorso è fondato, la Corte di Giustizia dichiara nullo e non avvenuto l'atto impugnato.

Tuttavia, per quanto concerne i regolamenti, la Corte di Giustizia, ove lo reputi necessario, precisa gli effetti del regolamento annullato che devono essere considerati come definitivi.

Articolo 175

Qualora, in violazione del presente Trattato, il Consiglio o la Commissione si astengano dal pronunciarsi, gli Stati membri e le altre istituzioni della Comunità possono adire la Corte di Giustizia per far constatare tale violazione.

Il ricorso è ricevibile soltanto quando l'istituzione in causa sia stata preventivamente richiesta di agire. Se, allo scadere di un termine di due mesi da tale richiesta, l'istituzione non ha preso posizione, il ricorso può essere proposto entro un nuovo termine di due mesi.

Ogni persona fisica o giuridica può adire la Corte di Giustizia alle condizioni stabilite dai commi precedenti per contestare ad una delle istituzioni della Comunità di avere omesso di emanare nei suoi confronti un atto che non sia una raccomandazione o un parere.

Articolo 176

L'istituzione da cui emana l'atto annullato o la cui astensione sia stata dichiarata contraria al presente Trattato, è tenuta a prendere i provvedimenti che l'esecuzione della sentenza della Corte di Giustizia importa.

Tale obbligo non pregiudica quello eventualmente risultante dalla applicazione dell'articolo 215, secondo comma.

Artikel 172

De door de Raad krachtens de bepalingen van dit Verdrag vastgestelde verordeningen kunnen aan het Hof van Justitie volledige rechtsmacht verlenen wat betreft de sancties welke in die verordeningen zijn opgenomen.

Artikel 173

Het Hof van Justitie gaat de wettigheid na van de handelingen van de Raad en van de Commissie, voor zover het geen aanbevelingen of adviezen betreft. Te dien einde is het bevoegd uitspraak te doen in zake elk door een Lid-Staat, de Raad of de Commissie ingesteld beroep wegens onbevoegdheid, schending van wezenlijke vormvoorschriften, schending van dit Verdrag of van enige uitvoeringsregeling daarvan, dan wel wegens misbruik van bevoegdheid.

Iedere natuurlijke of rechtspersoon kan onder dezelfde voorwaarden beroep instellen tegen de tot hem gerichte beschikkingen, alsmede tegen beschikkingen die, hoewel genomen in de vorm van een verordening, of van een beschikking gericht tot een andere persoon, hem rechtstreeks en individueel raken.

Het in dit artikel bedoelde beroep moet worden ingesteld binnen twee maanden, te rekenen, al naar het geval, van de dag van bekendmaking van de handeling, van die van kennisgeving aan de verzoeker of, bij gebreke daarvan, van de dag waarop de verzoeker van de handeling heeft kennis gekregen.

Artikel 174

Indien het beroep gegrond is, wordt de betwiste handeling door het Hof van Justitie nietig verklaard.

Wat echter de verordeningen betreft, wijst het Hof van Justitie, zo het dit nodig oordeelt, die gevolgen van de vernietigde verordening aan, welke als gehandhaafd moeten worden beschouwd.

Artikel 175

Ingeval de Raad of de Commissie, in strijd met dit Verdrag, nalaat een besluit te nemen, kunnen de Lid-Staten en de overige instellingen van de Gemeenschap zich wenden tot het Hof van Justitie om deze schending te doen vaststellen.

Dit beroep is slechts ontvankelijk indien de betrokken instelling vooraf tot handelen is uitgenodigd. Indien deze instelling na twee maanden, te rekenen van de uitnodiging, haar standpunt nog niet heeft bepaald, kan het beroep worden ingesteld binnen een nieuwe termijn van twee maanden.

Iedere natuurlijke of rechtspersoon kan onder de in de voorgaande alinea's vastgestelde voorwaarden bij het Hof van Justitie zijn bezwaren indienen tegen het feit dat een der instellingen van de Gemeenschap heeft nagelaten te zijnen aanzien een andere handeling te verrichten dan het geven van een aanbeveling of een advies.

Artikel 176

De instelling welke de vernietigde handeling heeft verricht of wier nalatigheid strijdig met dit Verdrag is verklaard, is gehouden de maatregelen te nemen, welke nodig zijn ter uitvoering van het arrest van het Hof van Justitie.

Deze verplichting geldt onverminderd die, welke kan voortvloeien uit de toepassing van de tweede alinea van artikel 215.

Artikel 177

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung dieses Vertrags,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Gemeinschaft,
- c) über die Auslegung der Satzungen der durch den Rat geschaffenen Einrichtungen, soweit diese Satzungen dies vorsehen.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaates gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlaß seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Artikel 178

Der Gerichtshof ist für Streitsachen über den in Artikel 215 Absatz 2 vorgesehenen Schadensersatz zuständig.

Artikel 179

Der Gerichtshof ist für alle Streitsachen zwischen der Gemeinschaft und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben.

Artikel 180

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zuständig in Streitsachen über

- a) die Erfüllung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Satzung der Europäischen Investitionsbank. Der Verwaltungsrat der Bank besitzt hierbei die der Kommission in Artikel 169 übertragenen Befugnisse;
- b) die Beschlüsse des Rates der Gouverneure der Bank. Jeder Mitgliedstaat, die Kommission und der Verwaltungsrat der Bank können hierzu nach Maßgabe des Artikels 173 Klage erheben;
- c) die Beschlüsse des Verwaltungsrats der Bank. Diese können nach Maßgabe des Artikels 173 nur von Mitgliedstaaten oder der Kommission und lediglich wegen Verletzung der Formvorschriften des Artikels 21 Absätze (2) und (5) bis (7) der Satzung der Investitionsbank angefochten werden.

Artikel 181

Der Gerichtshof ist für Entscheidungen auf Grund einer Schiedsklausel zuständig, die in einem von der Gemeinschaft oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrag enthalten ist.

Article 177

La Cour de Justice est compétente pour statuer, à titre préjudiciel,

- a) sur l'interprétation du présent Traité,
- b) sur la validité et l'interprétation des actes pris par les institutions de la Communauté,
- c) sur l'interprétation des statuts des organismes créés par un acte du Conseil, lorsque ces statuts le prévoient.

Lorsqu'une telle question est soulevée devant une juridiction d'un des États membres, cette juridiction peut, si elle estime qu'une décision sur ce point est nécessaire pour rendre son jugement, demander à la Cour de Justice de statuer sur cette question.

Lorsqu'une telle question est soulevée dans une affaire pendante devant une juridiction nationale dont les décisions ne sont pas susceptibles d'un recours juridictionnel de droit interne, cette juridiction est tenue de saisir la Cour de Justice.

Article 178

La Cour de Justice est compétente pour connaître des litiges relatifs à la réparation des dommages visés à l'article 215 alinéa 2.

Article 179

La Cour de Justice est compétente pour statuer sur tout litige entre la Communauté et ses agents dans les limites et conditions déterminées au statut ou résultant du régime applicable à ces derniers.

Article 180

La Cour de Justice est compétente, dans les limites ci-après, pour connaître des litiges concernant:

- a) l'exécution des obligations des États membres résultant des Statuts de la Banque européenne d'investissement. Le Conseil d'administration de la Banque dispose à cet égard des pouvoirs reconnus à la Commission par l'article 169,
- b) les délibérations du Conseil des Gouverneurs de la Banque. Chaque État membre, la Commission et le Conseil d'administration de la Banque peuvent former un recours en cette matière dans les conditions prévues à l'article 173,
- c) les délibérations du Conseil d'administration de la Banque. Les recours contre ces délibérations ne peuvent être formés, dans les conditions fixées à l'article 173, que par les États membres ou la Commission, et seulement pour violation des formes prévues à l'article 21 paragraphes (2) et (5) à (7) inclus des Statuts de la Banque.

Article 181

La Cour de Justice est compétente pour statuer en vertu d'une clause compromissoire contenue dans un contrat de droit public ou de droit privé passé par la Communauté ou pour son compte.

Articolo 177

La Corte di Giustizia è competente a pronunciarsi, in via pregiudiziale,

- a) sull'interpretazione del presente Trattato,
- b) sulla validità e l'interpretazione degli atti compiuti dalle istituzioni della Comunità,
- c) sull'interpretazione degli statuti degli organismi creati con atto del Consiglio, quando sia previsto dagli statuti stessi.

Quando una questione del genere è sollevata davanti a una giurisdizione di uno degli Stati membri, tale giurisdizione può, qualora reputi necessaria per emanare la sua sentenza una decisione su questo punto, domandare alla Corte di Giustizia di pronunciarsi sulla questione.

Quando una questione del genere è sollevata in un giudizio pendente davanti a una giurisdizione nazionale, avverso le cui decisioni non possa proporsi un ricorso giurisdizionale di diritto interno, tale giurisdizione è tenuta a rivolgersi alla Corte di Giustizia.

Articolo 178

La Corte di Giustizia è competente a conoscere delle controversie relative al risarcimento dei danni di cui all'articolo 215, secondo comma.

Articolo 179

La Corte di Giustizia è competente a pronunciarsi su qualsiasi controversia tra la Comunità e gli agenti di questa, nei limiti e alle condizioni determinati dallo statuto o risultanti dal regime applicabile a questi ultimi.

Articolo 180

La Corte di Giustizia è competente, nei limiti sotto specificati, a conoscere delle controversie in materia di:

- a) esecuzione degli obblighi degli Stati membri derivanti dallo Statuto della Banca europea per gli investimenti. Il Consiglio di amministrazione della Banca dispone a tale riguardo dei poteri riconosciuti alla Commissione dall'articolo 169,
- b) deliberazioni del Consiglio dei governatori della Banca. Ciascuno Stato membro, la Commissione e il Consiglio di amministrazione della Banca possono proporre un ricorso in materia, alle condizioni previste dall'articolo 173,
- c) deliberazioni del Consiglio di amministrazione della Banca. I ricorsi avverso tali deliberazioni possono essere proposti, alle condizioni fissate dall'articolo 173, soltanto dagli Stati membri o dalla Commissione, e unicamente per violazione delle forme di cui all'articolo 21, paragrafo 2 e paragrafi da 5 a 7 inclusi, dello Statuto della Banca.

Articolo 181

La Corte di Giustizia è competente a giudicare in virtù di una clausola compromissoria contenuta in un contratto di diritto pubblico o di diritto privato stipulato dalla Comunità o per conto di questa.

Artikel 177

Het Hof van Justitie is bevoegd, bij wijze van prejudiciële beslissing, een uitspraak te doen

- a) over de uitlegging van dit Verdrag,
- b) over de geldigheid en de uitlegging van de door de instellingen van de Gemeenschap verrichte handelingen.
- c) over de uitlegging van de statuten van bij besluit van de Raad ingestelde organen, wanneer die statuten daarin voorzien.

Indien een vraag te dien aanzien wordt opgeworpen voor een rechterlijke instantie van een der Lid-Staten, kan deze instantie, indien zij een beslissing op dit punt noodzakelijk acht voor het wijzen van haar vonnis, het Hof van Justitie verzoeken, over deze vraag een uitspraak te doen.

Indien een vraag te dien aanzien wordt opgeworpen in een zaak aanhangig bij een nationale rechterlijke instantie waarvan de beslissingen volgens het nationale recht niet vatbaar zijn voor hoger beroep, is deze instantie gehouden, zich tot het Hof van Justitie te wenden.

Artikel 178

Het Hof van Justitie is bevoegd, kennis te nemen van geschillen over de vergoeding van de in de tweede alinea van artikel 215 bedoelde schade.

Artikel 179

Het Hof van Justitie is bevoegd, uitspraak te doen in elk geschil tussen de Gemeenschap en haar personeelsleden, binnen de grenzen en onder de voorwaarden vastgesteld in het statuut of voortvloeiende uit de regeling welke voor hen toepasselijk is.

Artikel 180

Het Hof van Justitie is bevoegd, binnen de hierna aangegeven grenzen, kennis te nemen van de geschillen betreffende:

- a) de uitvoering van de verplichtingen der Lid-Staten voortvloeiende uit de Statuten van de Europese Investeringsbank. De Raad van Bewind van de Bank beschikt dienaangaande over de bevoegdheden welke bij artikel 169 aan de Commissie zijn toegekend;
- b) de besluiten van de Raad van Gouverneurs van de Bank. Elke Lid-Staat, de Commissie en de Raad van Bewind van de Bank kunnen onder de voorwaarden gesteld in artikel 173 te dezer zake beroep instellen;
- c) de besluiten van de Raad van Bewind van de Bank. Beroep tegen deze besluiten kan onder de voorwaarden van artikel 173 slechts worden ingesteld door de Lid-Staten of de Commissie, en alleen in geval van schending van de vormvoorschriften bedoeld in artikel 21, leden 2, 5, 6 en 7, van de Statuten van de Investeringsbank.

Artikel 181

Het Hof van Justitie is bevoegd, uitspraak te doen krachtens een arbitragebeding vervat in een door of namens de Gemeenschap gesloten publiekrechtelijke of privaatrechtelijke overeenkomst.

Artikel 182

Der Gerichtshof ist für jede mit dem Gegenstand dieses Vertrags in Zusammenhang stehende Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten zuständig, wenn diese bei ihm auf Grund eines Schiedsvertrags anhängig gemacht wird.

Artikel 183

Soweit keine Zuständigkeit des Gerichtshofs auf Grund dieses Vertrags besteht, sind Streitsachen, bei denen die Gemeinschaft Partei ist, der Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte nicht entzogen.

Artikel 184

Ungeachtet des Ablaufs der in Artikel 173 Absatz 3 genannten Frist kann jede Partei in einem Rechtsstreit, bei dem es auf die Geltung einer Verordnung des Rates oder der Kommission ankommt, vor dem Gerichtshof die Unanwendbarkeit dieser Verordnung aus den in Artikel 173 Absatz 1 genannten Gründen geltend machen.

Artikel 185

Klagen bei dem Gerichtshof haben keine aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er es den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

Artikel 186

Der Gerichtshof kann in den bei ihm anhängigen Sachen die erforderlichen einstweiligen Anordnungen treffen.

Artikel 187

Die Urteile des Gerichtshofes sind gemäß Artikel 192 vollstreckbar.

Artikel 188

Die Satzung des Gerichtshofes wird in einem besonderen Protokoll festgelegt.

Der Gerichtshof erläßt seine Verfahrensordnung. Sie bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates.

Kapitel 2

Gemeinsame Vorschriften für mehrere Organe

Artikel 189

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab.

Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

Article 182

La Cour de Justice est compétente pour statuer sur tout différend entre États membres en connexité avec l'objet du présent Traité, si ce différend lui est soumis en vertu d'un compromis.

Article 183

Sous réserve des compétences attribuées à la Cour de Justice par le présent Traité, les litiges auxquels la Communauté est partie ne sont pas, de ce chef, soustraits à la compétence des juridictions nationales.

Article 184

Nonobstant l'expiration du délai prévu à l'article 173 alinéa 3, toute partie peut, à l'occasion d'un litige mettant en cause un règlement du Conseil ou de la Commission, se prévaloir des moyens prévus à l'article 173 alinéa 1, pour invoquer devant la Cour de Justice l'inapplicabilité de ce règlement.

Article 185

Les recours formés devant la Cour de Justice n'ont pas d'effet suspensif. Toutefois, la Cour de Justice peut, si elle estime que les circonstances l'exigent, ordonner le sursis à l'exécution de l'acte attaqué.

Article 186

Dans les affaires dont elle est saisie, la Cour de Justice peut prescrire les mesures provisoires nécessaires.

Article 187

Les arrêts de la Cour de Justice ont force exécutoire dans les conditions fixées à l'article 192.

Article 188

Le Statut de la Cour de Justice est fixé par un Protocole séparé.

La Cour de Justice établit son règlement de procédure. Ce règlement est soumis à l'approbation unanime du Conseil.

Chapitre 2

Dispositions communes à plusieurs institutions

Article 189

Pour l'accomplissement de leur mission et dans les conditions prévues au présent Traité, le Conseil et la Commission arrêtent des règlements et des directives, prennent des décisions et formulent des recommandations ou des avis.

Le règlement a une portée générale, il est obligatoire dans tous ses éléments et il est directement applicable dans tout État membre.

La directive lie tout État membre destinataire quant au résultat à atteindre, tout en laissant aux instances nationales la compétence quant à la forme et aux moyens.

La décision est obligatoire en tous ses éléments pour les destinataires qu'elle désigne.

Les recommandations et les avis ne lient pas.

Articolo 182

La Corte di Giustizia è competente a conoscere di qualsiasi controversia tra Stati membri in connessione con l'oggetto del presente Trattato, quando tale controversia le venga sottoposta in virtù di un compromesso.

Articolo 183

Fatte salve le competenze attribuite alla Corte di Giustizia dal presente Trattato, le controversie nelle quali la Comunità sia parte non sono, per tale motivo, sottratte alla competenza delle giurisdizioni nazionali.

Articolo 184

Nell'eventualità di una controversia che metta in causa un regolamento del Consiglio o della Commissione, ciascuna parte può, anche dopo lo spirare del termine previsto dall'articolo 173, terzo comma, valersi dei motivi previsti dall'articolo 173, primo comma, per invocare davanti alla Corte di Giustizia l'inapplicabilità del regolamento stesso.

Articolo 185

I ricorsi proposti alla Corte di Giustizia non hanno effetto sospensivo. Tuttavia, la Corte può, quando reputi che le circostanze lo richiedano, ordinare la sospensione dell'esecuzione dell'atto impugnato.

Articolo 186

La Corte di Giustizia, negli affari che le sono proposti, può ordinare i provvedimenti provvisori necessari.

Articolo 187

Le sentenze della Corte di Giustizia hanno forza esecutiva alle condizioni fissate dall'articolo 192.

Articolo 188

Lo Statuto della Corte di Giustizia è stabilito con un Protocollo separato.

La Corte di Giustizia stabilisce il proprio regolamento di procedura. Tale regolamento è sottoposto all'approvazione unanime del Consiglio.

Capo 2

Disposizioni comuni a più istituzioni

Articolo 189

Per l'assolvimento dei loro compiti e alle condizioni contemplate dal presente Trattato, il Consiglio e la Commissione stabiliscono regolamenti e direttive, prendono decisioni e formulano raccomandazioni o pareri.

Il regolamento ha portata generale. Esso è obbligatorio in tutti i suoi elementi e direttamente applicabile in ciascuno degli Stati membri.

La direttiva vincola lo Stato membro cui è rivolta per quanto riguarda il risultato da raggiungere, salva restando la competenza degli organi nazionali in merito alla forma e ai mezzi.

La decisione è obbligatoria in tutti i suoi elementi per i destinatari da essa designati.

Le raccomandazioni e i pareri non sono vincolanti.

Artikel 182

Het Hof van Justitie is bevoegd, uitspraak te doen in elk geschil tussen Lid-Staten dat met de materie van dit Verdrag verband houdt, indien dit geschil hem krachtens een compromis wordt voorgelegd.

Artikel 183

Behoudens de bevoegdheid die bij dit Verdrag aan het Hof van Justitie wordt verleend, zijn de geschillen waarin de Gemeenschap partij is, niet uit dien hoofde onttrokken aan de bevoegdheid van de nationale rechterlijke instanties.

Artikel 184

Iedere partij kan, ook al is de in de derde alinea van artikel 173 bedoelde termijn verstreken, naar aanleiding van een geschil waarbij een verordening van de Raad of van de Commissie in het geding is, de in de eerste alinea van artikel 173 bedoelde middelen aanvoeren om voor het Hof van Justitie de niet-toepasselijkheid van deze verordening in te roepen.

Artikel 185

Een bij het Hof van Justitie ingesteld beroep heeft geen schorsende werking. Het Hof van Justitie kan echter, indien het van oordeel is dat de omstandigheden zulks vereisen, opschorting van de uitvoering van de bestreden handeling gelasten.

Artikel 186

Het Hof van Justitie kan in zaken welke bij dit college aanhangig zijn gemaakt, de noodzakelijke voorlopige maatregelen gelasten.

Artikel 187

De arresten van het Hof van Justitie zijn uitvoerbaar overeenkomstig de bepalingen van artikel 192.

Artikel 188

Het Statuut van het Hof van Justitie wordt vastgesteld bij een afzonderlijk protocol.

Het Hof van Justitie stelt zijn reglement voor de procesvoering vast, dat met eenparigheid van stemmen door de Raad moet worden goedgekeurd.

Hoofdstuk 2

Bepalingen welke verscheidene instellingen gemeen hebben

Artikel 189

Voor de vervulling van hun taak stellen de Raad en de Commissie verordeningen en richtlijnen vast, geven beschikkingen en brengen aanbevelingen of adviezen uit, onder de in dit Verdrag vervatte voorwaarden.

Een verordening heeft een algemene strekking. Zij is verbindend in al haar onderdelen en is rechtstreeks toepasselijk in elke Lid-Staat.

Een richtlijn is verbindend ten aanzien van het te bereiken resultaat voor elke Lid-Staat waarvoor zij bestemd is, doch aan de nationale instanties wordt de bevoegdheid gelaten, vorm en middelen te kiezen.

Een beschikking is verbindend in al haar onderdelen voor degenen tot wie zij uitdrukkelijk is gericht.

Aanbevelingen en adviezen zijn niet verbindend.

Artikel 190

Die Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen des Rates und der Kommission sind mit Gründen zu versehen und nehmen auf die Vorschläge und Stellungnahmen Bezug, die nach diesem Vertrag eingeholt werden müssen.

Artikel 191

Die Verordnungen werden im Amtsblatt der Gemeinschaft veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Richtlinien und Entscheidungen werden denjenigen, für die sie bestimmt sind, bekanntgegeben und werden durch diese Bekanntgabe wirksam.

Artikel 192

Die Entscheidungen des Rates oder der Kommission, die eine Zahlung auferlegen, sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozeßrechts des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der staatlichen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Mitgliedstaates zu diesem Zweck bestimmt und der Kommission und dem Gerichtshof benennt.

Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach innerstaatlichem Recht betreiben, indem sie die zuständige Stelle unmittelbar anruft.

Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofes ausgesetzt werden. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die einzelstaatlichen Rechtsprechungsorgane zuständig.

Kapitel 3

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

Artikel 193

Es wird ein Wirtschafts- und Sozialausschuß mit beratender Aufgabe errichtet.

Der Ausschuß besteht aus Vertretern der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, insbesondere der Erzeuger, der Landwirte, der Verkehrsunternehmer, der Arbeitnehmer, der Kaufleute und Handwerker, der freien Berufe und der Allgemeinheit.

Artikel 194

Die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	12
Deutschland	24
Frankreich	24
Italien	24
Luxemburg	5
Niederlande	12

Article 190

Les règlements, les directives et les décisions du Conseil et de la Commission sont motivés et visent les propositions ou avis obligatoirement recueillis en exécution du présent Traité.

Article 191

Les règlements sont publiés dans le Journal Officiel de la Communauté. Ils entrent en vigueur à la date qu'ils fixent ou, à défaut, le vingtième jour suivant leur publication.

Les directives et les décisions sont notifiées à leurs destinataires et prennent effet par cette notification.

Article 192

Les décisions du Conseil ou de la Commission qui comportent, à la charge des personnes autres que les États, une obligation pécuniaire, forment titre exécutoire.

L'exécution forcée est régie par les règles de la procédure civile en vigueur dans l'État sur le territoire duquel elle a lieu. La formule exécutoire est apposée, sans autre contrôle que celui de la vérification de l'authenticité du titre, par l'autorité nationale que le gouvernement de chacun des États membres désignera à cet effet et dont il donnera connaissance à la Commission et à la Cour de Justice.

Après l'accomplissement de ces formalités à la demande de l'intéressé, celui-ci peut poursuivre l'exécution forcée en saisissant directement l'organe compétent, suivant la législation nationale.

L'exécution forcée ne peut être suspendue qu'en vertu d'une décision de la Cour de Justice. Toutefois, le contrôle de la régularité des mesures d'exécution relève de la compétence des juridictions nationales.

Chapitre 3

Le Comité économique et social

Article 193

Il est institué un Comité économique et social, à caractère consultatif.

Le Comité est composé de représentants des différentes catégories de la vie économique et sociale, notamment des producteurs, des agriculteurs, des transporteurs, des travailleurs, des négociants et artisans, des professions libérales et de l'intérêt général.

Article 194

Le nombre des membres du Comité est fixé ainsi qu'il suit:

Belgique	12
Allemagne	24
France	24
Italie	24
Luxembourg	5
Pays-Bas	12

Articolo 190

I regolamenti, le direttive e le decisioni del Consiglio e della Commissione sono motivati e fanno riferimento alle proposte o ai pareri obbligatoriamente richiesti in esecuzione del presente Trattato.

Articolo 191

I regolamenti sono pubblicati nella Gazzetta Ufficiale della Comunità; essi entrano in vigore alla data da essi stabilita ovvero, in mancanza, nel ventesimo giorno successivo alla loro pubblicazione.

Le direttive e le decisioni sono notificate ai loro destinatari e hanno efficacia in virtù di tale notificazione.

Articolo 192

Le decisioni del Consiglio o della Commissione che importano, a carico di persone che non siano gli Stati, un obbligo pecuniario costituiscono titolo esecutivo.

L'esecuzione forzata è regolata dalle norme di procedura civile vigenti nello Stato sul cui territorio essa viene effettuata. La formula esecutiva è apposta, con la sola verifica dell'autenticità del titolo, dall'autorità nazionale che il governo di ciascuno degli Stati membri designerà a tal fine, informandone la Commissione e la Corte di Giustizia.

Assolte tali formalità a richiesta dell'interessato, quest'ultimo può ottenere l'esecuzione forzata richiedendola direttamente all'organo competente, secondo la legislazione nazionale.

L'esecuzione forzata può essere sospesa soltanto in virtù di una decisione della Corte di Giustizia. Tuttavia, il controllo della regolarità dei provvedimenti esecutivi è di competenza delle giurisdizioni nazionali.

Capo 3

Il Comitato economico e sociale

Articolo 193

È istituito un Comitato economico e sociale, a carattere consultivo.

Il Comitato è composto di rappresentanti delle varie categorie della vita economica e sociale, in particolare dei produttori, agricoltori, vettori, lavoratori, commercianti e artigiani, nonché delle libere professioni e degli interessi generali.

Articolo 194

Il numero dei membri del Comitato è fissato come segue:

Belgio	12
Germania	24
Francia	24
Italia	24
Lussemburgo	5
Paesi Bassi	12

Artikel 190

De verordeningen, richtlijnen en beschikkingen van de Raad en van de Commissie worden met redenen omkleed en verwijzen naar de voorstellen of adviezen welke krachtens dit Verdrag moeten worden gevraagd.

Artikel 191

De verordeningen worden bekendgemaakt in het Publikatieblad van de Gemeenschap. Zij treden in werking op de in de verordeningen bepaalde datum of, bij gebreke daarvan, op te twintigste dag volgende op die van hun bekendmaking.

Van de richtlijnen en de beschikkingen wordt kennis gegeven aan hen tot wie zij zijn gericht; zij worden door deze kennisgeving van kracht.

Artikel 192

De beschikkingen van de Raad of van de Commissie welke voor natuurlijke of rechtspersonen, met uitzondering van de Staten, een geldelijke verplichting inhouden, vormen executoriale titel.

De gedwongen tenuitvoerlegging geschiedt volgens de bepalingen van burgerlijke rechtsvordering die van kracht zijn in de Staat op wiens grondgebied zij plaatsvindt. De formules van tenuitvoerlegging wordt, zonder andere controle dan de verificatie van de authenticiteit van de titel, aangebracht door de nationale autoriteit die door de regering van elke Lid-Staat daartoe wordt aangewezen. Van die aanwijzing geeft zij kennis aan de Commissie en aan het Hof van Justitie.

Nadat de bedoelde formaliteiten op verzoek van de belanghebbende zijn vervuld, kan deze de tenuitvoerlegging volgens de nationale wetgeving voortzetten door zich rechtstreeks te wenden tot de bevoegde instantie.

De tenuitvoerlegging kan niet worden geschorst dan krachtens een beschikking van het Hof van Justitie. Evenwel behoort het toezicht op de regelmatigheid van de wijze van tenuitvoerlegging tot de bevoegdheid van de nationale rechterlijke instanties.

Hoofdstuk 3

Het Economisch en Sociaal Comité

Artikel 193

Er wordt een Economisch en Sociaal Comité van raadgevende aard ingesteld.

Het Comité bestaat uit vertegenwoordigers van alle sectoren van het economische en sociale leven, met name van de producenten, landbouwers, vervoerders, werknemers, handelaren en ambachtslieden, van de vrije beroepen en van het algemeen belang.

Artikel 194

Het aantal leden van het Comité is als volgt vastgesteld:

België	12
Duitsland	24
Frankrijk	24
Italië	24
Luxemburg	5
Nederland	12

Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Rat durch einstimmigen Beschluß auf vier Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig.

Sie werden für ihre Person ernannt und sind an keine Weisungen gebunden.

Artikel 195

(1) Zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses legt jeder Mitgliedstaat dem Rat eine Liste vor, die doppelt so viel Kandidaten enthält wie seinen Staatsangehörigen Sitze zugewiesen sind.

Die Zusammensetzung des Ausschusses muß der Notwendigkeit Rechnung tragen, den verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine angemessene Vertretung zu sichern

(2) Der Rat hört die Kommission. Er kann die Meinung der maßgeblichen europäischen Organisationen der verschiedenen Zweige des Wirtschafts- und Soziallebens einholen, die an der Tätigkeit der Gemeinschaft interessiert sind.

Artikel 196

Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

Er gibt sich seine Geschäftsordnung; sie bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates.

Der Ausschuß wird von seinem Präsidenten auf Antrag des Rates oder der Kommission einberufen.

Artikel 197

Der Ausschuß umfaßt fachliche Gruppen für die Hauptgebiete dieses Vertrags

Er enthält insbesondere je eine fachliche Gruppe für die Landwirtschaft und für den Verkehr; auf diese finden die Sonderbestimmungen der Titel über die Landwirtschaft und den Verkehr Anwendung.

Die fachlichen Gruppen werden im Rahmen des allgemeinen Zuständigkeitsbereichs des Ausschusses tätig. Sie können nicht unabhängig vom Ausschuß gehört werden.

Innerhalb des Ausschusses können ferner Unterausschüsse eingesetzt werden; diese haben über bestimmte Fragen oder auf bestimmten Gebieten Entwürfe von Stellungnahmen zur Beratung im Ausschuß auszuarbeiten.

Die Geschäftsordnung bestimmt die Art und Weise der Zusammensetzung und regelt die Zuständigkeit der fachlichen Gruppen und Unterausschüsse.

Artikel 198

Der Ausschuß muß vom Rat oder der Kommission in den in diesem Vertrag vorgesehenen Fällen gehört werden. Er kann von diesen Organen in allen Fällen gehört werden, in denen diese es für angebracht halten.

Wenn der Rat oder die Kommission es für notwendig erachten, setzen sie dem Ausschuß für die Vorlage seiner Stellungnahme eine Frist; diese beträgt mindestens zehn Tage, vom Eingang der Mitteilung beim Präsidenten des Ausschusses an gerechnet. Nach Ablauf der Frist kann das Fehlen einer Stellungnahme unberücksichtigt bleiben.

Die Stellungnahmen des Ausschusses und der zuständigen fachlichen Gruppe sowie ein Bericht über die Beratungen werden dem Rat und der Kommission übermittelt.

Les membres du Comité sont nommés, pour quatre ans, par le Conseil statuant à l'unanimité. Leur mandat est renouvelable

Les membres du Comité sont désignés à titre personnel et ne doivent être liés par aucun mandat impératif.

Article 195

(1) En vue de la nomination des membres du Comité, chaque État membre adresse au Conseil une liste comprenant un nombre de candidats double de celui des sièges attribués à ses ressortissants.

La composition du Comité doit tenir compte de la nécessité d'assurer une représentation adéquate aux différentes catégories de la vie économique et sociale.

(2) Le Conseil consulte la Commission. Il peut recueillir l'opinion des organisations européennes représentatives des différents secteurs économiques et sociaux intéressés à l'activité de la Communauté.

Article 196

Le Comité désigne parmi ses membres son président et son bureau pour une durée de deux ans.

Il établit son règlement intérieur et le soumet à l'approbation du Conseil statuant à l'unanimité.

Le Comité est convoqué par son président à la demande du Conseil ou de la Commission.

Article 197

Le Comité comprend des sections spécialisées pour les principaux domaines couverts par le présent Traité.

Il comporte notamment une section de l'agriculture et une section des transports, qui font l'objet des dispositions particulières prévues aux titres relatifs à l'agriculture et aux transports.

Le fonctionnement des sections spécialisées s'exerce dans le cadre des compétences générales du Comité. Les sections spécialisées ne peuvent être consultées indépendamment du Comité.

Il peut être institué d'autre part au sein du Comité des sous-comités appelés à élaborer, sur des questions ou dans des domaines déterminés, des projets d'avis à soumettre aux délibérations du Comité.

Le règlement intérieur fixe les modalités de composition et les règles de compétence concernant les sections spécialisées et les sous-comités.

Article 198

Le Comité est obligatoirement consulté par le Conseil ou par la Commission dans les cas prévus au présent Traité. Il peut être consulté par ces institutions dans tous les cas où elles le jugent opportun.

S'il l'estime nécessaire, le Conseil ou la Commission impartit au Comité, pour présenter son avis, un délai qui ne peut être inférieur à dix jours à compter de la communication qui est adressée à cet effet au président. A l'expiration du délai impartit, il peut être passé outre à l'absence d'avis.

L'avis du Comité et l'avis de la section spécialisée, ainsi qu'un compte rendu des délibérations, sont transmis au Conseil et à la Commission.

I membri del Comitato sono nominati per quattro anni dal Consiglio, che delibera all'unanimità. Il loro mandato è rinnovabile.

I membri del Comitato sono designati a titolo personale e non devono essere vincolati da alcun mandato imperativo.

Articolo 195

(1) Ogni Stato membro, per la nomina dei membri del Comitato, invia al Consiglio un elenco comprendente un numero di candidati doppio di quello dei seggi attribuiti ai propri cittadini.

La composizione del Comitato deve tener conto della necessità di assicurare una rappresentanza adeguata alle diverse categorie della vita economica e sociale.

(2) Il Consiglio consulta la Commissione. Esso può chiedere il parere delle organizzazioni europee rappresentative dei diversi settori economici e sociali interessati all'attività della Comunità.

Articolo 196

Il Comitato designa tra i suoi membri il presidente e l'ufficio di presidenza per una durata di due anni.

Esso stabilisce il proprio regolamento interno e lo sottopone all'approvazione del Consiglio, che delibera all'unanimità.

Il Comitato è convocato dal presidente su richiesta del Consiglio o della Commissione.

Articolo 197

Il Comitato comprende delle sezioni specializzate per i principali settori contemplati dal presente Trattato.

Il Comitato annovera in particolare una sezione per l'agricoltura e una sezione per i trasporti, che formano oggetto delle disposizioni particolari previste dai titoli relativi all'agricoltura e ai trasporti.

L'attività delle sezioni specializzate si svolge nell'ambito delle competenze generali del Comitato. Le sezioni specializzate non possono essere consultate indipendentemente dal Comitato.

Presso il Comitato possono essere, d'altra parte, istituiti sottocomitati incaricati di elaborare, per questioni o settori determinati, progetti di parere da sottoporre alle deliberazioni del Comitato.

Il regolamento interno stabilisce le modalità di composizione e le norme relative alla competenza delle sezioni specializzate e dei sottocomitati.

Articolo 198

Il Consiglio o la Commissione sono tenuti a consultare il Comitato nei casi previsti dal presente Trattato. Tali istituzioni possono consultarlo in tutti i casi in cui lo ritengano opportuno.

Quando lo reputino necessario, il Consiglio o la Commissione fissano al Comitato, per la presentazione del suo parere, un termine che non può essere inferiore a dieci giorni a decorrere dalla data della comunicazione inviata a tal fine al presidente. Allo spirare del termine fissato, si può non tener conto dell'assenza di parere.

Il parere del Comitato e il parere della sezione specializzata sono trasmessi al Consiglio e alla Commissione, unitamente a un resoconto delle deliberazioni.

De leden van het Comité worden door de Raad met eenparigheid van stemmen voor vier jaar benoemd. Zij zijn herbenoembaar.

De leden worden benoemd in hun persoonlijke hoedanigheid en mogen niet gebonden zijn door enig imperatief mandaat.

Artikel 195

(1) Met het oog op de benoeming van de leden van het Comité, zendt elke Lid-Staat aan de Raad een lijst waarop tweemaal zoveel kandidaten voorkomen als er zetels toegekend zijn voor zijn onderdanen.

Bij de samenstelling van het Comité moet rekening worden gehouden met de noodzaak, aan de verschillende sectoren van het economische en sociale leven een passende vertegenwoordiging te verzekeren.

(2) De Raad raadpleegt de Commissie. Hij kan de mening vragen van de Europese organisaties die representatief zijn voor de verschillende economische en sociale sectoren welke belang hebben bij de activiteit van de Gemeenschap.

Artikel 196

Het Comité kiest, voor een periode van twee jaar, uit zijn midden zijn voorzitter en zijn bureau.

Het stelt zijn reglement van orde vast en onderwerpt dit aan de goedkeuring van de Raad; deze goedkeuring dient met eenparigheid van stemmen te worden gegeven.

Het Comité wordt door zijn voorzitter bijeengeroepen op verzoek van de Raad of van de Commissie.

Artikel 197

Het Comité omvat gespecialiseerde afdelingen voor de voornaamste terreinen waarop dit Verdrag van toepassing is.

Het omvat met name een afdeling voor de landbouw en een afdeling voor het vervoer, welke onderwerpen worden geregeld door de bijzondere bepalingen van de titels betreffende de landbouw en het vervoer.

De gespecialiseerde afdelingen verrichten hun werkzaamheden binnen het raam van de algemene bevoegdheden van het Comité. De gespecialiseerde afdelingen kunnen niet buiten het Comité om worden geraadpleegd.

Binnen het Comité kunnen voorts sub-comités worden ingesteld, om over bepaalde onderwerpen of op bepaalde gebieden ontwerp-adviezen op te stellen, welke ter bespreking aan het Comité moeten worden voorgelegd.

Het reglement van orde stelt de wijze van samenstelling en de bevoegdheden van de gespecialiseerde afdelingen en van de sub-comités vast.

Artikel 198

Het Comité moet door de Raad of door de Commissie worden geraadpleegd in de gevallen voorzien in dit Verdrag. Het kan door deze instellingen worden geraadpleegd in alle gevallen waarin zij het wenselijk oordelen.

Indien de Raad of the Commissie zulks noodzakelijk achten, stellen zij aan het Comité een termijn voor het uitbrengen van advies; deze termijn mag niet korter zijn dan tien dagen, te rekenen van het tijdstip waarop de mededeling aan de voorzitter werd gericht. Na afloop van de gestelde termijn kan worden gehandeld zonder het advies af te wachten.

Het advies van het Comité en het advies van de gespecialiseerde afdeling, alsmede een verslag van de besprekingen, worden aan de Raad en aan de Commissie gezonden.

TITEL II

Finanzvorschriften

Artikel 199

Alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft einschließlich derjenigen des Europäischen Sozialfonds werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt.

Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

Artikel 200

(1) Die Einnahmen des Haushalts umfassen unbeschadet anderer Einnahmen die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, die nach folgendem Aufbringungsschlüssel bestimmt werden:

Belgien	7,9
Deutschland	28
Frankreich	28
Italien	28
Luxemburg	0,2
Niederlande	7,9

(2) Die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten zur Deckung der Ausgaben des Europäischen Sozialfonds werden nach folgendem Aufbringungsschlüssel bestimmt:

Belgien	8,8
Deutschland	32
Frankreich	32
Italien	20
Luxemburg	0,2
Niederlande	7

(3) Die Aufbringungsschlüssel können vom Rat einstimmig geändert werden.

Artikel 201

Die Kommission prüft, unter welchen Bedingungen die in Artikel 200 vorgesehenen Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel, insbesondere durch Einnahmen aus dem Gemeinsamen Zolltarif nach dessen endgültiger Einführung, ersetzt werden können.

Die Kommission unterbreitet dem Rat diesbezügliche Vorschläge.

Nach Anhörung der Versammlung zu diesen Vorschlägen kann der Rat einstimmig die entsprechenden Bestimmungen festlegen und den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfehlen.

Artikel 202

Die in den Haushaltsplan eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt, soweit die gemäß Artikel 209 festgelegte Haushaltsordnung nicht etwas anderes bestimmt.

Nach Maßgabe der auf Grund des Artikels 209 erlassenen Vorschriften dürfen die nicht für Personalausgaben vorgesehenen Mittel, die bis zum Ende der Durchführungszeit eines Haushaltsplans nicht verbraucht worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

TITRE II

Dispositions financières

Article 199

Toutes les recettes et les dépenses de la Communauté, y compris celles qui se rapportent au Fonds social européen, doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire et être inscrites au budget.

Le budget doit être équilibré en recettes et en dépenses.

Article 200

(1) Les recettes du budget comprennent, sans préjudice d'autres recettes, les contributions financières des États membres déterminées selon la clef de répartition suivante:

Belgique	7,9
Allemagne	28
France	28
Italie	28
Luxembourg	0,2
Pays-Bas	7,9

(2) Toutefois, les contributions financières des États membres destinées à faire face aux dépenses du Fonds social européen sont déterminées selon la clef de répartition suivante:

Belgique	8,8
Allemagne	32
France	32
Italie	20
Luxembourg	0,2
Pays-Bas	7

(3) Les clefs de répartition peuvent être modifiées par le Conseil statuant à l'unanimité.

Article 201

La Commission étudiera dans quelles conditions les contributions financières des États membres prévues à l'article 200 pourraient être remplacées par des ressources propres, notamment par des recettes provenant du tarif douanier commun lorsque celui-ci aura été définitivement mis en place.

A cet effet, la Commission présentera des propositions au Conseil.

Le Conseil statuant à l'unanimité pourra, après avoir consulté l'Assemblée sur ces propositions, arrêter les dispositions dont il recommandera l'adoption par les États membres conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 202

Les dépenses inscrites au budget sont autorisées pour la durée d'un exercice budgétaire, sauf dispositions contraires du règlement pris en exécution de l'article 209.

Dans les conditions qui seront déterminées en application de l'article 209, les crédits, autres que ceux relatifs aux dépenses de personnel, qui seront inutilisés à la fin de l'exercice budgétaire, pourront faire l'objet d'un report qui sera limité au seul exercice suivant.

TITOLO II

Disposizioni finanziarie

Articolo 199

Tutte le entrate e le spese della Comunità, ivi comprese quelle relative al Fondo sociale europeo, devono costituire oggetto di previsioni per ciascun esercizio finanziario ed essere iscritte nel bilancio.

Nel bilancio entrate e spese devono risultare in pareggio.

Articolo 200

(1) Le entrate del bilancio comprendono, a prescindere da altre entrate, i contributi finanziari degli Stati membri, stabiliti secondo il seguente criterio di ripartizione:

Belgio	7,9
Germania	28
Francia	28
Italia	28
Lussemburgo	0,2
Paesi Bassi	7,9

(2) Tuttavia, i contributi finanziari degli Stati membri destinati a far fronte alle spese del Fondo sociale europeo sono stabiliti secondo il seguente criterio di ripartizione:

Belgio	8,8
Germania	32
Francia	32
Italia	20
Lussemburgo	0,2
Paesi Bassi	7

(3) I criteri di ripartizione possono essere modificati dal Consiglio, che delibera all'unanimità.

Articolo 201

La Commissione studierà a quali condizioni i contributi finanziari degli Stati membri di cui all'articolo 200 potrebbero essere sostituiti con risorse proprie, e in particolare con entrate provenienti dalla tariffa doganale comune dopo la definitiva instaurazione di quest'ultima.

A tal fine, la Commissione presenterà proposte al Consiglio.

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, dopo aver consultato l'Assemblea in merito a tali proposte, potrà stabilire le disposizioni di cui raccomanderà l'adozione da parte degli Stati membri, in conformità delle loro rispettive norme costituzionali.

Articolo 202

Le spese iscritte nel bilancio sono autorizzate per la durata di un esercizio finanziario, salvo contrarie disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 209.

Alle condizioni che saranno determinate in applicazione dell'articolo 209, i crediti, che non siano quelli relativi alle spese di personale e che alla fine dell'esercizio finanziario siano rimasti inutilizzati potranno essere riportati all'esercizio successivo e limitatamente a questo.

TITEL II

Financiële bepalingen

Artikel 199

Alle ontvangsten en uitgaven van de Gemeenschap, met inbegrip van die welke betrekking hebben op het Europees Sociaal Fonds, moeten voor elk begrotingsjaar worden geraamd en opgenomen in de begroting.

De ontvangsten en uitgaven van de begroting moeten in evenwicht zijn.

Artikel 200

(1) De ontvangsten van de begroting omvatten, onverminderd andere ontvangsten, de financiële bijdragen der Lid-Staten, vastgesteld overeenkomstig de volgende verdeelsleutel:

België	7,9
Duitsland	28
Frankrijk	28
Italië	28
Luxemburg	0,2
Nederland	7,9

(2) De financiële bijdragen van de Lid-Staten ter dekking van de uitgaven van het Europees Sociaal Fonds worden echter vastgesteld overeenkomstig de volgende verdeelsleutel:

België	8,8
Duitsland	32
Frankrijk	32
Italië	20
Luxemburg	0,2
Nederland	7

(3) De verdeelsleutels kunnen door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd.

Artikel 201

De Commissie bestudeert onder welke voorwaarden de financiële bijdragen der Lid-Staten, bedoeld in artikel 200, zouden kunnen worden vervangen door eigen middelen, met name door ontvangsten afkomstig uit het gemeenschappelijk douanetarief, wanneer dit definitief in werking zal zijn getreden.

Hiertoe doet de Commissie voorstellen aan de Raad.

De Raad kan met eenparigheid van stemmen, na de Vergadering over deze voorstellen te hebben geraadpleegd, de bepalingen vaststellen, waarvan hij de aaneming door de Lid-Staten overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen aanbeveelt.

Artikel 202

De uitgaven opgevoerd op de begroting worden toegestaan voor de duur van een begrotingsjaar, voor zover niet anders wordt bepaald in het ter uitvoering van artikel 209 vastgestelde reglement.

Onder de voorwaarden die worden vastgesteld met toepassing van artikel 209, kunnen de kredieten welke aan het einde van het begrotingsjaar ongebruikt zijn gebleven, worden overgedragen uitsluitend naar het eerstvolgende begrotingsjaar, voor zover deze kredieten niet betrekking hebben op personeelsuitgaven.

Die vorgesehenen Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefaßt sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der gemäß Artikel 209 festgelegten Haushaltsordnung unterteilt.

Die Ausgaben der Versammlung, des Rates, der Kommission und des Gerichtshofs werden unbeschadet einer besonderen Regelung für bestimmte gemeinsame Ausgaben in gesonderten Teilen des Haushaltsplans aufgeführt.

Artikel 203

(1) Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(2) Jedes Organ der Gemeinschaft stellt einen Haushaltsvoranschlag für seine Ausgaben auf. Die Kommission faßt diese Voranschläge in einem Vorentwurf für den Haushaltsplan zusammen. Sie fügt eine Stellungnahme bei, die abweichende Voranschläge enthalten kann.

Die Kommission legt dem Rat den Vorentwurf des Haushaltsplans bis zum 30. September des Jahres vor, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Der Rat setzt sich mit der Kommission und gegebenenfalls den anderen beteiligten Organen ins Benehmen, wenn er von dem Vorentwurf abweichen will.

(3) Der Rat stellt den Entwurf des Haushaltsplans mit qualifizierter Mehrheit auf und leitet ihn sodann der Versammlung zu.

Der Entwurf des Haushaltsplans ist der Versammlung spätestens am 31. Oktober des Jahres vorzulegen, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Die Versammlung ist berechtigt, dem Rat Änderungen des Entwurfs des Haushaltsplans vorzuschlagen.

(4) Hat die Versammlung binnen einem Monat nach Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans ihre Zustimmung erteilt oder dem Rat keine Stellungnahme zugeleitet, so gilt der Entwurf des Haushaltsplans als endgültig festgestellt.

Hat die Versammlung innerhalb dieser Frist Änderungen vorgeschlagen, so wird der geänderte Entwurf des Haushaltsplans dem Rat zugeleitet. Dieser berät darüber mit der Kommission und gegebenenfalls mit den anderen beteiligten Organen und stellt den Haushaltsplan mit qualifizierter Mehrheit endgültig fest.

(5) Für die Feststellung des Teils des Haushaltsplans, der sich auf den Europäischen Sozialfonds bezieht, werden die Stimmen der Mitglieder des Rates wie folgt gewogen:

Belgien	8
Deutschland	32
Frankreich	32
Italien	20
Luxemburg	1
Niederlande	7

Die Beschlüsse kommen zustande, wenn mindestens 67 Stimmen dafür abgegeben werden.

Artikel 204

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Haushaltsplan noch nicht verabschiedet, so können nach der gemäß Artikel 209 festgelegten Haushaltsordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Aus-

Les crédits sont spécialisés par chapitres groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination, et subdivisés, pour autant que de besoin, conformément au règlement pris en exécution de l'article 209.

Les dépenses de l'Assemblée, du Conseil, de la Commission et de la Cour de Justice font l'objet de parties séparées du budget sans préjudice d'un régime spécial pour certaines dépenses communes.

Article 203

(1) L'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre.

(2) Chacune des institutions de la Communauté dresse un état prévisionnel de ses dépenses. La Commission groupe ces états dans un avant-projet de budget. Elle y joint un avis qui peut comporter des prévisions divergentes.

Le Conseil doit être saisi par la Commission de l'avant-projet de budget au plus tard le 30 septembre de l'année qui précède celle de son exécution.

Le Conseil consulte la Commission, et le cas échéant les autres institutions intéressées, toutes les fois qu'il entend s'écarter de cet avant-projet.

(3) Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, établit le projet de budget et le transmet ensuite à l'Assemblée.

L'Assemblée doit être saisie du projet de budget au plus tard le 31 octobre de l'année qui précède celle de son exécution.

L'Assemblée a le droit de proposer au Conseil des modifications au projet de budget.

(4) Si dans un délai d'un mois après communication du projet de budget, l'Assemblée a donné son approbation, ou si elle n'a pas transmis son avis au Conseil, le projet de budget est réputé définitivement arrêté.

Si dans ce délai, l'Assemblée a proposé des modifications, le projet de budget ainsi modifié est transmis au Conseil. Celui-ci en délibère avec la Commission, et le cas échéant avec les autres institutions intéressées, et arrête définitivement le budget en statuant à la majorité qualifiée.

(5) Pour l'adoption de la partie du budget relative au Fonds social européen, les votes des membres du Conseil sont affectés de la pondération suivante:

Belgique	8
Allemagne	32
France	32
Italie	20
Luxembourg	1
Pays-Bas	7

Les délibérations sont acquises lorsqu'elles ont recueilli au moins 67 voix.

Article 204

Si au début d'un exercice budgétaire le budget n'a pas encore été voté, les dépenses pourront être effectuées mensuellement par chapitre ou par autre division, d'après les dispositions du règlement pris en exécution

I crediti sono specificatamente registrati in capitoli che raggruppano le spese a seconda della loro natura o della loro destinazione, e repartiti, per quanto occorra, in conformità del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 209.

Le spese dell'Assemblea, del Consiglio, della Commissione e della Corte di Giustizia sono iscritte in parti separate del bilancio, senza pregiudizio di un regime speciale per determinate spese comuni.

Articolo 203

(1) L'esercizio finanziario ha inizio il 1° gennaio e si chiude al 31 dicembre.

(2) Ciascuna istituzione della Comunità elabora uno stato di previsione delle proprie spese. La Commissione raggruppa tali stati di previsione in un progetto preliminare di bilancio, allegandovi un parere che può importare previsioni divergenti.

La Commissione deve sottoporre al Consiglio il progetto preliminare di bilancio non oltre il 30 settembre dell'anno che ne precede l'esecuzione.

Ogni qualvolta il Consiglio intenda discostarsi dal progetto preliminare, consulta la Commissione ed eventualmente le altre istituzioni interessate.

(3) Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata, stabilisce il progetto di bilancio e lo trasmette successivamente all'Assemblea.

Il progetto di bilancio deve essere sottoposto all'Assemblea non oltre il 31 ottobre dell'anno che ne precede l'esecuzione.

L'Assemblea ha il diritto di proporre al Consiglio modificazioni al progetto di bilancio.

(4) Qualora, entro un mese dalla comunicazione del progetto il bilancio, l'Assemblea abbia dato la sua approvazione ovvero non abbia trasmesso il suo parere al Consiglio, il progetto di bilancio si considera definitivamente stabilito.

Qualora, entro tale termine, l'Assemblea abbia proposto modificazioni, il progetto di bilancio così modificato viene trasmesso al Consiglio. Quest'ultimo delibera in proposito con la Commissione ed eventualmente con le altre istituzioni interessate e stabilisce definitivamente il bilancio, deliberando a maggioranza qualificata.

(5) Ai fini dell'approvazione della parte del bilancio relativa al Fondo sociale europeo, ai voti dei membri del Consiglio è attribuita la seguente ponderazione:

Belgio	8
Germania	32
Francia	32
Italia	20
Lussemburgo	1
Paesi Bassi	7

Le deliberazioni si reputano valide quando abbiano ottenuto almeno 67 voti.

Articolo 204

Se, all'inizio di un esercizio finanziario, il bilancio non è stato ancora votato, le spese potranno essere effettuate mensilmente per capitolo o seguendo un'altra suddivisione, in base alle disposizioni del regolamento

De kredieten worden ingedeeld in hoofdstukken, waarin de uitgaven worden gegroepeerd naar hun aard en bestemming en voor zover nodig onderverdeeld overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 209 vastgestelde reglement.

De uitgaven van de Vergadering, van de Raad, van de Commissie en van het Hof van Justitie worden afzonderlijk in de begroting opgenomen, onverminderd een speciale regeling voor bepaalde gemeenschappelijke uitgaven.

Artikel 203

(1) Het begrotingsjaar begint op 1 januari en sluit op 31 december.

(2) Elke instelling van de Gemeenschap maakt een raming op van haar uitgaven. De Commissie groepeerde die ramingen in een voor-ontwerp van begroting. Zij voegt daaraan een advies toe, dat afwijkende ramingen mag inhouden.

De Commissie moet het voor-ontwerp van begroting uiterlijk op 30 september van het jaar dat aan de uitvoering ervan voorafgaat, aan de Raad voorleggen.

De Raad raadpleegt de Commissie en, in voorkomende gevallen, de andere betrokken instellingen telkens wanneer hij van dit voor-ontwerp wenst af te wijken.

(3) De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de ontwerp-begroting vast en zendt deze vervolgens aan de Vergadering.

De ontwerp-begroting moet uiterlijk op 31 oktober van het jaar dat voorafgaat aan de uitvoering ervan, aan de Vergadering worden voorgelegd.

De Vergadering heeft het recht aan de Raad wijzigingen in de ontwerp-begroting voor te stellen.

(4) Indien de Vergadering binnen een termijn van een maand na voorlegging van de ontwerp-begroting haar goedkeuring heeft verleend of indien zij geen advies aan de Raad heeft gezonden, wordt de ontwerp-begroting geacht definitief te zijn vastgesteld.

Indien de Vergadering binnen die termijn wijzigingen heeft voorgesteld, wordt de aldus gewijzigde ontwerp-begroting aan de Raad gezonden. Deze beraadslaagt daarover met de Commissie en, in voorkomende gevallen, met de andere betrokken instellingen en stelt de begroting met gekwalificeerde meerderheid van stemmen definitief vast.

(5) Voor de aanvaarding van het deel van de begroting dat betrekking heeft op het Europees Sociaal Fonds, worden de door de leden van de Raad uitgebrachte stemmen als volgt gewogen:

België	8
Duitsland	32
Frankrijk	32
Italië	20
Luxemburg	1
Nederland	7

De besluiten komen tot stand wanneer zij ten minste 67 stemmen hebben verkregen.

Artikel 204

Indien bij het begin van een begrotingsjaar de begroting nog niet is aangenomen, kunnen de uitgaven maandelijks worden verricht per hoofdstuk of per andere afdeling, overeenkomstig de bepalingen van het ter uit-

gaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im abgelaufenen Haushaltsplan bereitgestellten Mittel vorgenommen werden; die Kommission darf jedoch monatlich höchstens über ein Zwölftel der Mittel verfügen, die in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen sind.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit unter Beachtung der sonstigen Bestimmungen des Absatzes 1 Ausgaben genehmigen, die über dieses Zwölftel hinausgehen.

Jeden Monat zahlen die Mitgliedstaaten einstweilig nach den für das vorausgegangene Haushaltsjahr festgelegten Aufbringungsschlüsseln die erforderlichen Beträge zur Durchführung dieses Artikels.

Artikel 205

Im Rahmen der zugewiesenen Mittel führt die Kommission den Haushaltsplan nach der gemäß Artikel 209 festgelegten Haushaltsordnung in eigener Verantwortung aus.

Die Beteiligung der einzelnen Organe bei der Vornahme ihrer Ausgaben wird in der Haushaltsordnung im einzelnen geregelt.

Die Kommission kann nach der gemäß Artikel 209 festgelegten Haushaltsordnung Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung übertragen.

Artikel 206

Die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des Haushalts wird durch einen Kontrollausschuß geprüft; dieser besteht aus Rechnungsprüfern, die volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen; einer der Prüfer führt den Vorsitz. Der Rat legt die Anzahl der Rechnungsprüfer einstimmig fest. Die Rechnungsprüfer und der Vorsitzende des Kontrollausschusses werden vom Rat einstimmig auf fünf Jahre bestellt. Ihre Vergütung wird vom Rat mit qualifizierter Mehrheit festgelegt.

Durch die Prüfung, die an Hand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle durchgeführt wird, stellt der Kontrollausschuß die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben fest und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Nach Abschluß eines jeden Haushaltsjahres erstattet der Kontrollausschuß einen Bericht, den er mit der Mehrheit seiner Mitglieder annimmt.

Die Kommission legt dem Rat und der Versammlung jährlich die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres für die Rechnungsvorgänge des Haushaltsplans zusammen mit dem Bericht des Kontrollausschusses vor. Sie übermittelt ihnen ferner eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der Gemeinschaft.

Der Rat erteilt der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans. Er teilt seine Entscheidung der Versammlung mit.

Artikel 207

Der Haushaltsplan wird in der Rechnungseinheit aufgestellt, die in der gemäß Artikel 209 festgelegten Haushaltsordnung bestimmt wird.

Die Mitgliedstaaten stellen der Gemeinschaft die in Artikel 200 Absatz (1) vorgesehenen Finanzbeiträge in ihrer Landeswährung zur Verfügung.

de l'article 209, dans la limite du douzième des crédits ouverts au budget de l'exercice précédent, sans que cette mesure puisse avoir pour effet de mettre à la disposition de la Commission des crédits supérieurs au douzième de ceux prévus dans le projet de budget en préparation.

Le Conseil statuant à la majorité qualifiée peut, sous réserve que les autres conditions fixées à l'alinéa 1 soient respectées, autoriser des dépenses excédant le douzième.

Les États membres versent chaque mois, à titre provisionnel, et conformément aux clefs de répartition retenues pour l'exercice précédent, les sommes nécessaires en vue d'assurer l'application du présent article.

Article 205

La Commission exécute le budget, conformément aux dispositions du règlement pris en exécution de l'article 209, sous sa propre responsabilité et dans la limite des crédits alloués.

Le règlement prévoit les modalités particulières selon lesquelles chaque institution participe à l'exécution de ses dépenses propres.

A l'intérieur du budget, la Commission peut procéder, dans les limites et conditions fixées par le règlement pris en exécution de l'article 209, à des virements de crédits, soit de chapitre à chapitre, soit de subdivision à subdivision.

Article 206

Les comptes de la totalité des recettes et dépenses du budget sont examinés par une commission de contrôle, formée de commissaires aux comptes offrant toutes garanties d'indépendance, et présidée par l'un d'eux. Le Conseil statuant à l'unanimité fixe le nombre des commissaires. Les commissaires et le président de la commission de contrôle sont désignés par le Conseil statuant à l'unanimité, pour une période de cinq ans. Leur rémunération est fixée par le Conseil statuant à la majorité qualifiée.

La vérification, qui a lieu sur pièces et au besoin sur place, a pour objet de constater la légalité et la régularité des recettes et dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. La commission de contrôle établit, après la clôture de chaque exercice, un rapport qu'elle adopte à la majorité des membres qui la composent.

La Commission soumet chaque année au Conseil et à l'Assemblée les comptes de l'exercice écoulé afférents aux opérations du budget, accompagnés du rapport de la commission de contrôle. En outre, elle leur communique un bilan financier décrivant l'actif et le passif de la Communauté.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, donne décharge à la Commission sur l'exécution du budget. Il communique sa décision à l'Assemblée.

Article 207

Le budget est établi dans l'unité de compte fixée conformément aux dispositions du règlement pris en exécution de l'article 209.

Les contributions financières prévues à l'article 200 paragraphe (1) sont mises à la disposition de la Communauté par les États membres dans leur monnaie nationale.

stabilito in esecuzione dell'articolo 209, nel limite di un dodicesimo dei crediti aperti nel bilancio dell'esercizio precedente, senza che tale misura possa avere per effetto di mettere a disposizione della Commissione crediti superiori al dodicesimo di quelli previsti nel progetto di bilancio in preparazione.

Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata, può autorizzare spese superiori al limite del dodicesimo, semprechè siano osservate le altre condizioni di cui al primo comma.

Gli Stati membri versano ogni mese, a titolo provvisorio, in conformità ai criteri di ripartizione adottati nell'esercizio precedente, le somme necessarie per assicurare l'applicazione del presente articolo.

Articolo 205

La Commissione cura l'esecuzione del bilancio, conformemente alle disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 209, sotto la propria responsabilità e nei limiti dei crediti stanziati.

Il regolamento prevede le modalità particolari secondo le quali ogni istituzione partecipa all'esecuzione delle proprie spese.

All'interno del bilancio, la Commissione può procedere, nei limiti e alle condizioni fissate dal regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 209, a trasferimenti di crediti, sia da capitolo a capitolo, sia da suddivisione a suddivisione.

Articolo 206

I conti relativi alla totalità delle entrate e delle spese del bilancio sono esaminati da una Commissione di controllo, composta di revisori dei conti che diano pieno affidamento di indipendenza, e presieduta da uno di essi. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, fissa il numero dei revisori. I revisori e il presidente della Commissione di controllo sono designati dal Consiglio, con deliberazione unanime, per un periodo di cinque anni. La loro retribuzione è fissata dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

La verifica, che ha luogo sui documenti e, in caso di necessità, sul posto, ha lo scopo di constatare la legittimità e la regolarità delle entrate e delle spese e di accertarsi della sana gestione finanziaria. Dopo la chiusura di ciascun esercizio, la Commissione di controllo stende una relazione che adotta a maggioranza dei membri che la compongono.

Ogni anno la Commissione presenta al Consiglio e all'Assemblea i conti dell'esercizio trascorso concernenti le operazioni del bilancio, unitamente alla relazione della Commissione di controllo. Inoltre, essa comunica loro un bilancio finanziario che espone l'attivo e il passivo della Comunità.

Il Consiglio dà atto alla Commissione, deliberando a maggioranza qualificata, dell'esecuzione del bilancio e comunica la sua decisione all'Assemblea.

Articolo 207

Il bilancio è stabilito nell'unità di conto fissata conformemente alle disposizioni del regolamento adottato in esecuzione dell'articolo 209.

I contributi finanziari previsti dall'articolo 200, paragrafo 1, sono messi a disposizione della Comunità dagli Stati membri nella loro moneta nazionale.

voering van artikel 209 vastgestelde reglement, zonder dat zij een twaalfde der bij de begroting van het vorige begrotingsjaar geopende kredieten mogen overschrijden en zonder dat deze maatregel tot gevolg mag hebben, dat de Commissie meer dan een twaalfde van de kredieten der in voorbereiding zijnde ontwerp-begroting ter beschikking krijgt.

De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, onder voorbehoud dat aan de overige in de eerste alinea gestelde voorwaarden wordt voldaan, uitgaven van meer dan een twaalfde toestaan.

De Lid-Staten storten iedere maand bij wijze van voorschot en overeenkomstig de voor het voorafgaande dienstjaar vastgestelde verdeelsleutels de bedragen noodzakelijk voor de toepassing van dit artikel.

Artikel 205

De Commissie voert de begroting overeenkomstig de bepalingen van het ter uitvoering van artikel 209 vastgestelde reglement uit onder haar eigen verantwoordelijkheid en binnen de grenzen der toegekende kredieten.

Het reglement voorziet in de wijze waarop en de mate waarin iedere instelling haar eigen uitgaven doet.

Binnen de begroting kan de Commissie, met inachtneming van de grenzen en de voorwaarden bepaald in het ter uitvoering van artikel 209 vastgestelde reglement, kredieten overschrijven hetzij van het ene hoofdstuk naar het andere, hetzij van de ene onderafdeling naar de andere.

Artikel 206

De rekeningen van alle ontvangsten en uitgaven van de begroting worden onderzocht door een controle-commissie, welke is samengesteld uit financiële commissarissen die alle waarborgen bieden van onafhankelijkheid en welke door een van hen wordt voorgezeten. De Raad bepaalt met eenparigheid van stemmen het aantal commissarissen. De commissarissen en de voorzitter van de controle-commissie worden door de Raad met eenparigheid van stemmen voor een periode van vijf jaar benoemd. Hun beloning wordt door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen vastgesteld.

De controle, die aan de hand van bescheiden en zo nodig ter plaatse geschiedt, heeft ten doel de wettigheid en de regelmatigheid van de ontvangsten en uitgaven na te gaan en vast te stellen of een goed financieel beheer werd gevoerd. De controle-commissie stelt na afsluiting van elk begrotingsjaar een verslag op dat zij met meerderheid van stemmen van haar leden aanneemt.

De Commissie legt ieder jaar aan de Raad en aan de Vergadering de rekeningen over het afgelopen begrotingsjaar voor welke betrekking hebben op de uitvoering van de begroting, tezamen met het verslag van de controle-commissie. Bovendien doet zij hun een financiële balans van de activa en passiva van de Gemeenschap toekomen.

De Raad verleent met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de Commissie kwijting voor de uitvoering van de begroting. Hij doet aan de Vergadering mededeling van zijn beschikking.

Artikel 207

De begroting luidt in de rekeneenheid, bepaald overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 209 vastgestelde reglement.

De financiële bijdragen, bedoeld in artikel 200, lid 1, worden aan de Gemeenschap door de Lid-Staten in hun nationale valuta ter beschikking gesteld.

Die einstweilen nicht benötigten Mittel aus diesen Beiträgen werden bei den Schatzämtern der Mitgliedstaaten oder den von diesen bezeichneten Stellen hinterlegt. Während der Hinterlegungszeit behalten diese Mittel den am Tag der Hinterlegung geltenden Pariwert gegenüber der in Absatz 1 genannten Rechnungseinheit.

Diese einstweilen nicht benötigten Mittel können zu Bedingungen angelegt werden, welche die Kommission mit dem betreffenden Mitgliedstaat vereinbart.

Die gemäß Artikel 209 festgelegte Haushaltsordnung bezeichnet die technischen Bedingungen für die Durchführung der Finanzgeschäfte des Europäischen Sozialfonds.

Artikel 208

Die Kommission kann vorbehaltlich der Unterrichtung der zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten ihre Guthaben in der Währung eines dieser Staaten in die Währung eines anderen Mitgliedstaates transferieren, soweit dies erforderlich ist, um diese Guthaben für die in diesem Vertrag vorgesehenen Zwecke zu verwenden. Besitzt die Kommission verfügbare oder flüssige Guthaben in der benötigten Währung, so vermeidet sie soweit möglich derartige Transferierungen.

Die Kommission verkehrt mit jedem Mitgliedstaat über die von diesem bezeichnete Behörde. Bei der Durchführung ihrer Finanzgeschäfte nimmt sie die Notenbank des betreffenden Mitgliedstaates oder ein anderes von diesem genehmigtes Finanzinstitut in Anspruch.

Artikel 209

Der Rat legt einstimmig auf Vorschlag der Kommission folgendes fest:

- a) die Haushaltsordnung, in der insbesondere die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung im einzelnen geregelt werden;
- b) die Einzelheiten und das Verfahren, nach denen die Beiträge der Mitgliedstaaten der Kommission zur Verfügung zu stellen sind;
- c) die Vorschriften über die Verantwortung der anweisungsbefugten Personen und der Rechnungsführer sowie die entsprechenden Kontrollmaßnahmen.

SECHSTER TEIL

Allgemeine und Schlußbestimmungen

Artikel 210

Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.

Artikel 211

Die Gemeinschaft besitzt in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Zu diesem Zweck wird sie von der Kommission vertreten.

Les soldes disponibles de ces contributions sont déposés auprès des Trésors des États membres ou des organismes désignés par eux. Pendant la durée de ce dépôt, les fonds déposés conservent la valeur correspondant à la parité, en vigueur au jour du dépôt, par rapport à l'unité de compte visée à l'alinéa 1.

Ces disponibilités peuvent être placées dans des conditions qui font l'objet d'accords entre la Commission et l'État membre intéressé.

Le règlement pris en exécution de l'article 209 détermine les conditions techniques dans lesquelles sont effectuées les opérations financières relatives au Fonds social européen.

Article 208

La Commission peut, sous réserve d'en informer les autorités compétentes des États intéressés, transférer dans la monnaie de l'un des États membres les avoirs qu'elle détient dans la monnaie d'un autre État membre, dans la mesure nécessaire à leur utilisation pour les objets auxquels ils sont destinés par le présent Traité. La Commission évite, dans la mesure du possible, de procéder à de tels transferts, si elle détient des avoirs disponibles ou mobilisables dans les monnaies dont elle a besoin.

La Commission communique avec chacun des États membres par l'intermédiaire de l'autorité qu'il désigne. Dans l'exécution des opérations financières, elle a recours à la Banque d'émission de l'État membre intéressé ou à une autre institution financière agréée par celui-ci.

Article 209

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission:

- a) arrête les règlements financiers spécifiant notamment les modalités relatives à l'établissement et à l'exécution du budget et à la reddition et à la vérification des comptes,
- b) fixe les modalités et la procédure selon lesquelles les contributions des États membres doivent être mises à la disposition de la Commission,
- c) détermine les règles et organise le contrôle de la responsabilité des ordonnateurs et comptables.

SIXIÈME PARTIE

Dispositions générales et finales

Article 210

La Communauté a la personnalité juridique.

Article 211

Dans chacun des États membres, la Communauté possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales; elle peut notamment acquérir ou aliéner des biens immobiliers et mobiliers et ester en justice. A cet effet, elle est représentée par la Commission.

I saldi disponibili di detti contributi sono depositati presso le Tesorerie degli Stati membri o presso organismi da essi designati. Per la durata di questi depositi, i fondi depositati conservano, rispetto all'unità di conto di cui al primo comma, il valore corrispondente alla parità in vigore il giorno del deposito.

Le disponibilità di cui trattasi possono essere collocate a condizioni che formano oggetto di accordi fra la Commissione e lo Stato membro interessato.

Il regolamento adottato in esecuzione dell'articolo 209 stabilisce le modalità tecniche dell'esecuzione delle operazioni finanziarie relative al Fondo sociale europeo.

Articolo 208

La Commissione, con riserva d'informarne le autorità competenti degli Stati membri interessati, può trasferire nella moneta di uno di questi Stati gli averi che essa tiene nella moneta di un altro Stato membro, nella misura necessaria alla loro utilizzazione per gli scopi cui sono destinati dal presente Trattato. La Commissione evita, per quanto possibile, di procedere a tali trasferimenti quando detenga averi disponibili o realizzabili nelle monete di cui ha bisogno.

La Commissione comunica con i singoli Stati membri per il tramite dell'autorità da essi designata. Nell'esecuzione delle operazioni finanziarie, essa ricorre alla banca d'emissione dello Stato membro interessato oppure ad altri istituti finanziari da quest'ultimo autorizzati.

Articolo 209

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione:

- a) stabilisce i regolamenti finanziari che specificano in particolare le modalità relative all'elaborazione ed esecuzione del bilancio e al rendimento e alla verifica dei conti,
- b) fissa le modalità e la procedura secondo le quali i contributi degli Stati membri devono essere messi a disposizioni della Commissione,
- c) determina le norme ed organizza il controllo della responsabilità degli ordinatori e contabili.

PARTE SESTA

Disposizioni generali e finali

Articolo 210

La Comunità ha personalità giuridica.

Articolo 211

In ciascuno degli Stati membri, la Comunità ha la più ampia capacità giuridica riconosciuta alle persone giuridiche dalle legislazioni nazionali; essa può in particolare acquistare o alienare beni immobili e mobili e stare in giudizio. A tal fine, essa è rappresentata dalla Commissione.

De beschikbare saldi van die bijdragen worden gedeponereerd bij de Schatkist van de Lid-Staten of bij door hen aangewezen instellingen. Zolang deze gelden aldus gedeponereerd zijn, behouden zij de waarde die overeenstemt met de pariteit, welke gold op de dag van deponering ten opzichte van de in de eerste alinea bedoelde rekeneenheid.

De beschikbare middelen kunnen worden belegd onder de voorwaarden die tussen de Commissie en de betrokken Lid-Staten worden overeengekomen.

Het ter uitvoering van artikel 209 vastgestelde reglement stelt de technische voorwaarden vast waaronder de financiële verrichtingen met betrekking tot het Europees Sociaal Fonds plaatsvinden.

Artikel 208

De Commissie kan, onder voorbehoud dat zij daarvan de bevoegde instanties der betrokken Staten in kennis stelt, de saldi, welke zij in de valuta van een der Lid-Staten in haar bezit heeft, overmaken in de valuta van een andere Lid-Staat, voor zover zij gebruikt moeten worden voor de doeleinden die in dit Verdrag zijn aangewezen. De Commissie vermijdt dergelijke overmakingen zoveel mogelijk, indien zij saldi beschikbaar heeft of beschikbaar kan maken in de valuta waaraan zij behoefte heeft.

De Commissie onderhoudt de betrekkingen met elke Lid-Staat door tussenkomst van de door deze aangeezene autoriteit. Voor de uitvoering van financiële verrichtingen heeft zij toegang tot de centrale bank van de betrokken Lid-Staat of tot een andere door deze Staat gemachtigde financiële instelling.

Artikel 209

De Raad, met eenparigheid van stemmen en op voorstel van de Commissie,

- a) stelt de financiële reglementen vast, waarbij met name de wijze wordt vastgesteld, waarop de begroting wordt opgesteld en uitgevoerd, alsmede de wijze waarop rekening en verantwoording wordt gedaan en de rekeningen worden nagezien,
- b) bepaalt de regels en de procedure volgens welke de bijdragen van de Lid-Staten ter beschikking van de Commissie moeten worden gesteld,
- c) stelt de regels vast en organiseert de controle betreffende de verantwoordelijkheid der ordonnateurs en rekenplichtigen.

ZESDE DEEL

Algemene en slotbepalingen

Artikel 210

De Gemeenschap bezit rechtspersoonlijkheid.

Artikel 211

In elk der Lid-Staten heeft de Gemeenschap de ruimste handelingsbevoegdheid welke door de nationale wetgevingen aan rechtspersonen wordt toegekend; zij kan met name roerende en onroerende goederen verkrijgen of vervreemden en in rechte optreden. Te dien einde wordt zij door de Commissie vertegenwoordigd.

Artikel 212

Der Rat erläßt in Zusammenarbeit mit der Kommission und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe einstimmig das Statut der Beamten sowie die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft.

Nach Ablauf des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit das Statut und die Beschäftigungsbedingungen auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe ändern.

Artikel 213

Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags festgelegt.

Artikel 214

Die Mitglieder der Organe der Gemeinschaft, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.

Artikel 215

Die vertragliche Haftung der Gemeinschaft bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.

Im Bereich der außervertraglichen Haftung ersetzt die Gemeinschaft den durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.

Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber der Gemeinschaft bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.

Artikel 216

Der Sitz der Organe der Gemeinschaft wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt.

Artikel 217

Die Regelung der Sprachenfrage für die Organe der Gemeinschaft wird unbeschadet der Verfahrensordnung des Gerichtshofs vom Rat einstimmig getroffen.

Artikel 218

Die Gemeinschaft genießt in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe eines besonderen Protokolls.

Artikel 219

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags nicht anders als hierin vorgesehen zu regeln.

Article 212

Le Conseil statuant à l'unanimité arrête, en collaboration avec la Commission et après consultation des autres institutions intéressées, le statut des fonctionnaires et le régime applicable aux autres agents de la Communauté.

Après l'expiration de la quatrième année suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, ce statut et ce régime peuvent être modifiés par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission et après consultation des autres institutions intéressées.

Article 213

Pour l'accomplissement des tâches qui lui sont confiées, la Commission peut recueillir toutes informations et procéder à toutes vérifications nécessaires, dans les limites et conditions fixées par le Conseil en conformité avec les dispositions du présent Traité.

Article 214

Les membres des institutions de la Communauté, les membres des comités, ainsi que les fonctionnaires et agents de la Communauté sont tenus, même après la cessation de leurs fonctions, de ne pas divulguer les informations qui, par leur nature, sont couvertes par le secret professionnel, et notamment les renseignements relatifs aux entreprises et concernant leurs relations commerciales ou les éléments de leur prix de revient.

Article 215

La responsabilité contractuelle de la Communauté est régie par la loi applicable au contrat en cause.

En matière de responsabilité non contractuelle, la Communauté doit réparer, conformément aux principes généraux communs aux droits des États membres, les dommages causés par ses institutions ou par ses agents dans l'exercice de leurs fonctions.

La responsabilité personnelle des agents envers la Communauté est réglée dans les dispositions fixant leur statut ou le régime qui leur est applicable.

Article 216

Le siège des institutions de la Communauté est fixé du commun accord des gouvernements des États membres.

Article 217

Le régime linguistique des institutions de la Communauté est fixé, sans préjudice des dispositions prévues dans le règlement de la Cour de Justice, par le Conseil statuant à l'unanimité.

Article 218

La Communauté jouit, sur les territoires des États membres, des immunités et privilèges nécessaires pour remplir sa mission, dans les conditions définies à un Protocole séparé.

Article 219

Les États membres s'engagent à ne pas soumettre un différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Traité à un mode de règlement autre que ceux prévus par celui-ci.

Articolo 212

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, stabilisce, in collaborazione con la Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate, lo statuto dei funzionari e il regime applicabile agli altri agenti della Comunità.

A decorrere dalla fine del quarto anno successivo all'entrata in vigore del presente Trattato, lo statuto e il regime di cui trattasi possono essere modificati dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate.

Articolo 213

Per l'esecuzione dei compiti affidateli, la Commissione può raccogliere tutte le informazioni e procedere a tutte le necessarie verifiche, nei limiti e alle condizioni fissate dal Consiglio conformemente alle disposizioni del presente Trattato.

Articolo 214

I membri delle istituzioni della Comunità, i membri dei Comitati, e parimenti i funzionari e agenti della Comunità, sono tenuti, anche dopo la cessazione delle loro funzioni, a non divulgare le informazioni che per loro natura siano protette dal segreto professionale e in particolare quelle relative alle imprese e riguardanti i loro rapporti commerciali ovvero gli elementi dei loro costi.

Articolo 215

La responsabilità contrattuale della Comunità è regolata dalla legge applicabile al contratto in causa.

In materia di responsabilità extracontrattuale, la Comunità deve risarcire, conformemente ai principi generali comuni ai diritti degli Stati membri, i danni cagionati dalle sue istituzioni o dai suoi agenti nell'esercizio delle loro funzioni.

La responsabilità personale degli agenti nei confronti della Comunità è regolata dalle disposizioni che stabiliscono il loro statuto o il regime loro applicabile.

Articolo 216

La sede delle istituzioni della Comunità è fissata d'intesa comune dai governi degli Stati membri.

Articolo 217

Il regime linguistico delle istituzioni della Comunità è fissato, senza pregiudizio delle disposizioni previste nel regolamento della Corte di Giustizia, dal Consiglio, che delibera all'unanimità.

Articolo 218

La Comunità gode, sui territori degli Stati membri, delle immunità e privilegi necessari all'assolvimento dei suoi compiti, alle condizioni definite da un protocollo separato.

Articolo 219

Gli Stati membri s'impegnano a non sottoporre una controversia relativa all'interpretazione o all'applicazione del presente Trattato a un modo di composizione diverso da quelli previsti dal Trattato stesso.

Artikel 212

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen, in samenwerking met de Commissie en na raadpleging van de andere betrokken instellingen, het statuut van de ambtenaren vast, alsmede de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden van de Gemeenschap.

Na het einde van het vierde jaar, te rekenen van het tijdstip van inwerkingtreding van dit Verdrag, kunnen dat statuut en die regeling door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de andere betrokken instellingen, worden gewijzigd.

Artikel 213

Voor de vervulling van de haar opgedragen taken kan de Commissie, binnen de grenzen en onder de voorwaarden door de Raad overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag vastgesteld, alle gegevens verzamelen en alle noodzakelijke verificaties verrichten.

Artikel 214

De leden van de instellingen der Gemeenschap, de leden van de comités, alsmede de ambtenaren en personeelsleden van de Gemeenschap zijn gehouden, zelfs na afloop van hun functie, de inlichtingen die naar hun aard vallen onder de geheimhoudingsplicht en met name de inlichtingen betreffende de ondernemingen en hun handelsbetrekkingen of de bestanddelen van hun kosten, niet openbaar te maken.

Artikel 215

De contractuele aansprakelijkheid van de Gemeenschap wordt beheerst door de wet welke op het betrokken contract van toepassing is.

Inzake de niet-contractuele aansprakelijkheid moet de Gemeenschap overeenkomstig de algemene beginselen welke de rechtsstelsels der Lid-Staten gemeen hebben, de schade vergoeden die door haar instellingen of door haar personeelsleden in de uitoefening van hun functies is veroorzaakt.

De persoonlijke aansprakelijkheid der personeelsleden jegens de Gemeenschap wordt geregeld bij de bepalingen welke hun statuut of de op hen toepasselijke regeling vaststellen.

Artikel 216

De zetel van de instellingen der Gemeenschap wordt in onderlinge overeenstemming door de regeringen der Lid-Staten vastgesteld.

Artikel 217

De regeling van het taalgebruik door de instellingen der Gemeenschap wordt, onverminderd de bepalingen van het reglement van het Hof van Justitie, door de Raad met eenparigheid van stemmen vastgesteld.

Artikel 218

De Gemeenschap geniet, overeenkomstig de bepalingen van een afzonderlijk protocol, op het grondgebied van de Lid-Staten de voorrechten en immuniteiten welke nodig zijn ter vervulling van haar taak.

Artikel 219

De Lid-Staten verbinden zich, een geschil betreffende de uitlegging of de toepassing van dit Verdrag niet op andere wijze te doen beslechten dan in dit Verdrag is voorgeschreven.

Artikel 220

Soweit erforderlich, leiten die Mitgliedstaaten untereinander Verhandlungen ein, um zugunsten ihrer Staatsangehörigen folgendes sicherzustellen:

- den Schutz der Personen sowie den Genuß und den Schutz der Rechte zu den Bedingungen, die jeder Staat seinen eigenen Angehörigen einräumt;
- die Beseitigung der Doppelbesteuerung innerhalb der Gemeinschaft;
- die gegenseitige Anerkennung der Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 Absatz 2, die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit bei Verlegung des Sitzes von einem Staat in einen anderen und die Möglichkeit der Verschmelzung von Gesellschaften, die den Rechtsvorschriften verschiedener Mitgliedstaaten unterstehen;
- die Vereinfachung der Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen und Schiedssprüche.

Artikel 221

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags stellen die Mitgliedstaaten binnen drei Jahren nach seinem Inkrafttreten die Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Kapital von Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 den eigenen Staatsangehörigen gleich.

Artikel 222

Dieser Vertrag läßt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.

Artikel 223

(1) Die Vorschriften dieses Vertrags stehen folgenden Bestimmungen nicht entgegen:

- a) Ein Mitgliedstaat ist nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, deren Preisgabe seines Erachtens seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;
- b) jeder Mitgliedstaat kann die Maßnahmen ergreifen, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen; diese Maßnahmen dürfen auf dem Gemeinsamen Markt die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen.

(2) Während des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags legt der Rat einstimmig die Liste der Waren fest, auf welche Absatz (1) Buchstabe b) Anwendung findet.

(3) Der Rat kann diese Liste einstimmig auf Vorschlag der Kommission ändern.

Artikel 224

Die Mitgliedstaaten setzen sich miteinander ins Benehmen, um durch gemeinsames Vorgehen zu verhindern, daß das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes durch Maßnahmen beeinträchtigt wird, die ein Mitglied-

Article 220

Les États membres engageront entre eux, en tant que de besoin, des négociations en vue d'assurer, en faveur de leurs ressortissants:

- la protection des personnes, ainsi que la jouissance et la protection des droits dans les conditions accordées par chaque État à ses propres ressortissants,
- l'élimination de la double imposition à l'intérieur de la Communauté,
- la reconnaissance mutuelle des sociétés au sens de l'article 58 alinéa 2, le maintien de la personnalité juridique en cas de transfert du siège de pays en pays et la possibilité de fusion de sociétés relevant de législations nationales différentes,
- la simplification des formalités auxquelles sont subordonnées la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions judiciaires ainsi que des sentences arbitrales.

Article 221

Dans un délai de trois ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, les États membres accordent le traitement national en ce qui concerne la participation financière des ressortissants des autres États membres au capital des sociétés au sens de l'article 58, sans préjudice de l'application des autres dispositions du présent Traité.

Article 222

Le présent Traité ne préjuge en rien le régime de la propriété dans les États membres.

Article 223

(1) Les dispositions du présent Traité ne font pas obstacle aux règles ci-après:

- a) aucun État membre n'est tenu de fournir des renseignements dont il estimerait la divulgation contraire aux intérêts essentiels de sa sécurité,
- b) tout État membre peut prendre les mesures qu'il estime nécessaires à la protection des intérêts essentiels de sa sécurité et qui se rapportent à la production ou au commerce d'armes, de munitions et de matériel de guerre; ces mesures ne doivent pas altérer les conditions de la concurrence dans le marché commun en ce qui concerne les produits non destinés à des fins spécifiquement militaires.

(2) Au cours de la première année suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, le Conseil statuant à l'unanimité fixe la liste des produits auxquels les dispositions du paragraphe (1) b) s'appliquent.

(3) Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, peut apporter des modifications à cette liste.

Article 224

Les États membres se consultent en vue de prendre en commun les dispositions nécessaires pour éviter que le fonctionnement du marché commun ne soit affecté par les mesures qu'un État membre peut être appelé à

Articolo 220

Gli Stati membri avvieranno fra loro, per quanto occorra, negoziati intesi a garantire, a favore dei loro cittadini:

- la tutela delle persone, come pure il godimento e la tutela dei diritti alle condizioni accordate da ciascuno Stato ai propri cittadini,
- l'eliminazione della doppia imposizione fiscale all'interno della Comunità,
- il reciproco riconoscimento delle società a mente dell'articolo 58, comma secondo, il mantenimento della personalità giuridica in caso di trasferimento della sede da un paese a un altro e la possibilità di fusione di società soggette a legislazioni nazionali diverse,
- la semplificazione delle formalità cui sono sottoposti il reciproco riconoscimento e la reciproca esecuzione delle decisioni giudiziarie e delle sentenze arbitrali.

Articolo 221

Fatta salva l'applicazione delle altre disposizioni del presente Trattato, gli Stati membri, nel termine di tre anni dall'entrata in vigore del presente Trattato, applicano la disciplina nazionale nei confronti della partecipazione finanziaria dei cittadini degli altri Stati membri al capitale delle società a mente dell'articolo 58.

Articolo 222

Il presente Trattato lascia del tutto impregiudicato il regime di proprietà esistente negli Stati membri.

Articolo 223

(1) Le disposizioni del presente Trattato non ostano alle norme seguenti:

- a) nessuno Stato membro è tenuto a fornire informazioni la cui divulgazione sia dallo stesso considerata contraria agli interessi essenziali della propria sicurezza,
- b) ogni Stato membro può adottare le misure che ritenga necessarie alla tutela degli interessi essenziali della propria sicurezza e che si riferiscano alla produzione o al commercio di armi, munizioni e materiale bellico; tali misure non devono alterare le condizioni di concorrenza nel mercato comune per quanto riguarda i prodotti che non siano destinati a fini specificamente militari.

(2) Nel corso del primo anno successivo all'entrata in vigore del presente Trattato, il Consiglio con deliberazione unanime stabilisce l'elenco dei prodotti cui si applicano le disposizioni del paragrafo 1 b).

(3) Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, può apportare modificazioni a tale elenco.

Articolo 224

Gli Stati membri si consultano al fine di prendere di comune accordo le disposizioni necessarie ad evitare che il funzionamento del mercato comune abbia a risentire delle misure che uno Stato membro può essere indotto

Artikel 220

De Lid-Staten treden, voor zover nodig, met elkaar in onderhandeling ter verzekering, voor hun onderdanen, van

- de bescherming van de persoon alsmede het genot en de bescherming van de rechten, overeenkomstig de voorwaarden welke in elke Staat voor de eigen onderdanen gelden,
- de afschaffing van dubbele belasting binnen de Gemeenschap,
- de onderlinge erkenning van vennootschappen in de zin van de tweede alinea van artikel 58, de handhaving van de rechtspersoonlijkheid in geval van verplaatsing van de zetel van het ene land naar het andere en de mogelijkheid tot fusie van vennootschappen die onder verschillende nationale wetgevingen ressorteren,
- de vereenvoudiging van de formaliteiten waaraan de wederzijdse erkenning en tenuitvoerlegging van rechterlijke beslissingen en scheidsrechterlijke uitspraken onderworpen zijn.

Artikel 221

Binnen een termijn van drie jaar, te rekenen van de inwerkingtreding van dit Verdrag, verlenen de Lid-Staten nationale behandeling wat betreft financiële deelneming door de onderdanen van de andere Lid-Staten in het kapitaal van rechtspersonen in de zin van artikel 58, onverminderd de toepassing der overige bepalingen van dit Verdrag.

Artikel 222

Dit Verdrag laat de regeling van het eigendomsrecht in de Lid-Staten onverlet.

Artikel 223

(1) De bepalingen van dit Verdrag vormen geen beletsel voor de volgende regels:

- a) geen enkele Lid-Staat is gehouden inlichtingen te verstrekken waarvan de verbreiding naar zijn mening strijdig zou zijn met de wezenlijke belangen van zijn veiligheid;
- b) elke Lid-Staat kan de maatregelen nemen die hij noodzakelijk acht voor de bescherming van de wezenlijke belangen van zijn veiligheid en die betrekking hebben op de produktie van of de handel in wapenen, munitie en oorlogsmateriaal; die maatregelen mogen de mededingingsverhoudingen op de gemeenschappelijke markt niet wijzigen voor produkten die niet bestemd zijn voor specifiek militaire doeleinden.

(2) In de loop van het eerste jaar volgend op de inwerkingtreding van dit Verdrag stelt de Raad met eenparigheid van stemmen de lijst vast van de produkten waarop de bepalingen van lid 1 b) van toepassing zijn.

(3) De Raad kan met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie wijzigingen in deze lijst aanbrengen.

Artikel 224

De Lid-Staten plegen onderling overleg ten einde gezamenlijk de regelingen te treffen noodzakelijk om te voorkomen dat de werking van de gemeenschappelijke markt ongunstig wordt beïnvloed door de maatregelen

staat bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernstesten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen trifft, die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat.

Artikel 225

Werden auf dem Gemeinsamen Markt die Wettbewerbsbedingungen durch Maßnahmen auf Grund der Artikel 223 und 224 verfälscht, so prüft die Kommission gemeinsam mit dem beteiligten Staat, wie diese Maßnahmen den Vorschriften dieses Vertrags angepaßt werden können.

In Abweichung von dem in den Artikeln 169 und 170 vorgesehenen Verfahren kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, daß ein anderer Mitgliedstaat die in den Artikeln 223 und 224 vorgesehenen Befugnisse mißbraucht. Der Gerichtshof entscheidet unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Artikel 226

(1) Während der Übergangszeit kann ein Mitgliedstaat bei Schwierigkeiten, welche einen Wirtschaftszweig erheblich und voraussichtlich anhaltend treffen oder welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebietes beträchtlich verschlechtern können, die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen beantragen, um die Lage wieder auszugleichen oder den betreffenden Wirtschaftszweig an die Wirtschaft des Gemeinsamen Marktes anzupassen.

(2) Auf Antrag des betreffenden Staates bestimmt die Kommission unverzüglich in einem Dringlichkeitsverfahren die ihres Erachtens erforderlichen Schutzmaßnahmen und legt gleichzeitig die Bedingungen und Einzelheiten ihrer Anwendung fest.

(3) Die nach Absatz (2) genehmigten Maßnahmen können von den Vorschriften dieses Vertrags abweichen, soweit und solange dies unbedingt erforderlich ist, um die in Absatz (1) genannten Ziele zu erreichen. Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes am wenigsten stören.

Artikel 227

(1) Dieser Vertrag gilt für das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich der Niederlande.

(2) Für Algerien und die französischen überseeischen Departements gelten mit Inkrafttreten dieses Vertrags seine besonderen und allgemeinen Bestimmungen über

- den freien Warenverkehr,
- die Landwirtschaft, mit Ausnahme des Artikels 40 Absatz (4),
- den freien Dienstleistungsverkehr,
- die Wettbewerbsregeln,
- die in den Artikeln 108, 109 und 226 vorgesehenen Schutzmaßnahmen,
- die Organe.

prendre en cas de troubles intérieurs graves affectant l'ordre public, en cas de guerre ou de tension internationale grave constituant une menace de guerre, ou pour faire face aux engagements contractés par lui en vue du maintien de la paix et de la sécurité internationale.

Article 225

Si des mesures prises dans les cas prévus aux articles 223 et 224 ont pour effet de fausser les conditions de la concurrence dans le marché commun, la Commission examine avec l'État intéressé les conditions dans lesquelles ces mesures peuvent être adaptées aux règles établies par le présent Traité.

Par dérogation à la procédure prévue aux articles 169 et 170, la Commission ou tout État membre peut saisir directement la Cour de Justice, s'il estime qu'un autre État membre fait un usage abusif des pouvoirs prévus aux articles 223 et 224. La Cour de Justice statue à huis clos.

Article 226

(1) Au cours de la période de transition, en cas de difficultés graves et susceptibles de persister dans un secteur de l'activité économique ainsi que de difficultés pouvant se traduire par l'altération grave d'une situation économique régionale, un État membre peut demander à être autorisé à adopter des mesures de sauvegarde permettant de rééquilibrer la situation et d'adapter le secteur intéressé à l'économie du marché commun.

(2) Sur demande de l'État intéressé, la Commission, par une procédure d'urgence, fixe sans délai les mesures de sauvegarde qu'elle estime nécessaires, en précisant les conditions et les modalités d'application.

(3) Les mesures autorisées aux termes du paragraphe (2) peuvent comporter des dérogations aux règles du présent Traité, dans la mesure et pour les délais strictement nécessaires pour atteindre les buts visés au paragraphe (1). Par priorité devront être choisies les mesures qui apportent le moins de perturbations au fonctionnement du marché commun.

Article 227

(1) Le présent Traité s'applique au Royaume de Belgique, à la République fédérale d'Allemagne, à la République Française, à la République Italienne, au Grand-Duché de Luxembourg et au Royaume des Pays-Bas.

(2) En ce qui concerne l'Algérie et les départements français d'outre-mer, les dispositions particulières et générales du présent Traité relatives:

- à la libre circulation des marchandises,
 - à l'agriculture, à l'exception de l'article 40 paragraphe (4),
 - à la libération des services,
 - aux règles de concurrence,
 - aux mesures de sauvegarde prévues aux articles 108, 109 et 226,
 - aux institutions,
- sont applicables dès l'entrée en vigueur du présent Traité.

a prendere nell'eventualità di gravi agitazioni interne che turbino l'ordine pubblico, in caso di guerra o di grave tensione internazionale che costituisca una minaccia di guerra ovvero per far fronte agli impegni da esso assunti ai fini del mantenimento della pace e della sicurezza internazionale.

Articolo 225

Quando delle misure adottate nei casi contemplati dagli articoli 223 e 224 abbiano per effetto di alterare le condizioni di concorrenza nel mercato comune, la Commissione esamina con lo Stato interessato le condizioni alle quali tali misure possono essere rese conformi alle norme sancite dal presente Trattato.

In deroga alla procedura di cui agli articoli 169 e 170, la Commissione o qualsiasi Stato membro può ricorrere direttamente alla Corte di Giustizia, ove ritenga che un altro Stato membro faccia un uso abusivo dei poteri contemplati dagli articoli 223 e 224. La Corte di Giustizia giudica a porte chiuse.

Articolo 226

(1) Durante il periodo transitorio, in caso di difficoltà gravi in un settore dell'attività economica e che siano suscettibili di protrarsi, come anche in caso di difficoltà che possano determinare grave perturbazione in una situazione economica regionale, uno Stato membro può domandare di essere autorizzato ad adottare misure di salvaguardia che consentano di ristabilire la situazione e di adattare il settore interessato all'economia del mercato comune.

(2) A richiesta dello Stato interessato, la Commissione, con procedura d'urgenza, stabilisce senza indugio le misure di salvaguardia che ritiene necessarie, precisandone le condizioni e le modalità d'applicazione.

(3) Le misure autorizzate a termini del paragrafo 2 possono importare deroghe alle norme del presente Trattato nei limiti e nei termini strettamente necessari per raggiungere gli scopi contemplati dal paragrafo 1. Nella scelta di tali misure dovrà accordarsi la precedenza a quelle che turbino il meno possibile, il funzionamento del mercato comune.

Articolo 227

(1) Il presente Trattato si applica al Regno del Belgio, alla Repubblica Francese, alla Repubblica federale di Germania, alla Repubblica Italiana, al Granducato del Lussemburgo e al Regno dei Paesi Bassi.

(2) Per quanto riguarda l'Algeria e i dipartimenti francesi d'oltremare, le disposizioni e particolari e generali del presente Trattato riguardanti:

- la libera circolazione delle merci,
 - agricoltura, escluso l'articolo 40, paragrafo 4.
 - la liberalizzazione dei servizi,
 - le regole di concorrenza,
 - le misure di salvaguardia contemplate dagli articoli 108, 109 e 226,
 - le istituzioni,
- sono applicabili fin dall'entrata in vigore del presente Trattato.

waartoe een Lid-Staat zich genoopt kan voelen, in geval van ernstige binnenlandse onlusten waardoor de openbare orde wordt verstoord, in geval van oorlog of van een ernstige internationale spanning welke oorlogsgevaar inhoudt, of om te voldoen aan de verplichtingen die hij met het oog op het behoud van de vrede en van de internationale veiligheid heeft aangegaan.

Artikel 225

Indien maatregelen, genomen in de gevallen bedoeld in de artikelen 223 en 224, tot gevolg hebben dat de mededingingsverhoudingen op de gemeenschappelijke markt worden vervalst, onderzoekt de Commissie tezamen met de betrokken Staat onder welke voorwaarden die maatregelen kunnen worden aangepast aan de in dit Verdrag vastgestelde regels.

In afwijking van de procedure bepaald in de artikelen 169 en 170, kan de Commissie of iedere Lid-Staat zich rechtstreeks wenden tot het Hof van Justitie, indien zij menen dat een andere Lid-Staat misbruik maakt van de bevoegdheden bedoeld in de artikelen 223 en 224. Het Hof van Justitie beslist met gesloten deuren.

Artikel 226

(1) Tijdens de overgangperiode kan een Lid-Staat, in geval van ernstige en mogelijk aanhoudende moeilijkheden in een sector van het economisch leven, alsmede van moeilijkheden die de economische toestand van een bepaalde streek ernstig kunnen verstoren, machtiging vragen om vrijwaringsmaatregelen te nemen, waardoor de toestand wederom in evenwicht kan worden gebracht en de betrokken sector kan worden aangepast aan de economie van de gemeenschappelijke markt.

(2) Op verzoek van de betrokken Staat stelt de Commissie door middel van een spoedprocedure onverwijld de vrijwaringsmaatregelen vast welke zij noodzakelijk acht, waarbij zij de voorwaarden en de wijze van toepassing nader aangeeft.

(3) De overeenkomstig lid 2 toegestane maatregelen kunnen afwijkingen van de regels van dit Verdrag inhouden, voor zover en voor zolang deze strikt noodzakelijk zijn ter bereiking van de in lid 1 beoogde doelstellingen. Bij voorrang moeten die maatregelen worden gekozen die de werking van de gemeenschappelijke markt het minst verstoren.

Artikel 227

(1) Dit Verdrag is van toepassing op het Koninkrijk België, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, de Italiaanse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg en het Koninkrijk der Nederlanden.

(2) Ten aanzien van Algerië en de Franse overzeese departementen zijn zodra dit Verdrag in werking treedt van toepassing de bijzondere en algemene bepalingen daarvan betreffende

- het vrije verkeer van goederen,
- de landbouw, met uitzondering van artikel 40, lid 4,
- de vrijmaking van het dienstenverkeer,
- de regels voor de mededinging,
- de vrijwaringsmaatregelen bedoeld in de artikelen 108, 109 en 226,
- de instellingen.

Die Bedingungen für die Anwendung der anderen Bestimmungen dieses Vertrags werden binnen zwei Jahren nach seinem Inkrafttreten durch einstimmige Entscheidungen des Rates auf Vorschlag der Kommission beschlossen.

Die Organe der Gemeinschaft sorgen im Rahmen der in diesem Vertrag, insbesondere in Artikel 226, vorgesehenen Verfahren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Gebiete.

(3) Für die in Anhang IV zu diesem Vertrag aufgeführten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete gilt das besondere Assoziierungssystem, das im Vierten Teil dieses Vertrags festgelegt ist.

(4) Dieser Vertrag findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.

Artikel 228

(1) Soweit dieser Vertrag den Abschluß von Abkommen zwischen der Gemeinschaft und einem oder mehreren Staaten oder einer internationalen Organisation vorsieht, werden diese Abkommen von der Kommission ausgehandelt. Sie werden vorbehaltlich der Zuständigkeiten, welche die Kommission auf diesem Gebiet besitzt, durch den Rat geschlossen; dieser hört zuvor die Versammlung in allen Fällen, in denen der Vertrag dies vorsieht.

Der Rat, die Kommission oder ein Mitgliedstaat kann zuvor ein Gutachten des Gerichtshofes über die Vereinbarkeit des beabsichtigten Abkommens mit diesem Vertrag einholen. Ist dieses Gutachten ablehnend, so kann das Abkommen nur nach Maßgabe des Artikels 236 in Kraft treten.

(2) Die unter diesen Voraussetzungen geschlossenen Abkommen sind für die Organe der Gemeinschaft und für die Mitgliedstaaten verbindlich.

Artikel 229

Die Kommission unterhält alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen, ihrer Fachorganisationen und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens.

Sie unterhält ferner, soweit zweckdienlich, Beziehungen zu allen internationalen Organisationen.

Artikel 230

Die Gemeinschaft führt jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat herbei.

Artikel 231

Die Gemeinschaft führt ein enges Zusammenwirken mit der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit herbei; die Einzelheiten werden gemeinsam festgelegt.

Artikel 232

(1) Dieser Vertrag ändert nicht die Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten, der Befugnisse der Organe dieser Gemeinschaft und der Vorschriften des genannten Vertrags für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl.

(2) Dieser Vertrag beeinträchtigt nicht die Vorschriften des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Les conditions d'application des autres dispositions du présent Traité seront déterminées au plus tard deux ans après son entrée en vigueur, par des décisions du Conseil statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission.

Les institutions de la Communauté veilleront, dans le cadre des procédures prévues par le présent Traité et notamment de l'article 226, à permettre le développement économique et social de ces régions.

(3) Les pays et territoires d'outre-mer dont la liste figure à l'Annexe IV du présent Traité font l'objet du régime spécial d'association défini dans la quatrième partie de ce Traité.

(4) Les dispositions du présent Traité s'appliquent aux territoires européens dont un État membre assume les relations extérieures.

Article 228

(1) Dans les cas où les dispositions du présent Traité prévoient la conclusion d'accords entre la Communauté et un ou plusieurs États ou une organisation internationale, ces accords sont négociés par la Commission. Sous réserve des compétences reconnues à la Commission dans ce domaine, ils sont conclus par le Conseil, après consultation de l'Assemblée dans les cas prévus au présent Traité.

Le Conseil, la Commission ou un État membre peut recueillir au préalable l'avis de la Cour de Justice sur la compatibilité de l'accord envisagé avec les dispositions du présent Traité. L'accord qui a fait l'objet d'un avis négatif de la Cour de Justice ne peut entrer en vigueur que dans les conditions fixées selon le cas à l'article 236.

(2) Les accords conclus dans les conditions fixées ci-dessus lient les institutions de la Communauté et les États membres.

Article 229

La Commission est chargée d'assurer toutes liaisons utiles avec les organes des Nations Unies, de leurs institutions spécialisées et de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce.

Elle assure en outre les liaisons opportunes avec toutes organisations internationales.

Article 230

La Communauté établit avec le Conseil de l'Europe toutes coopérations utiles.

Article 231

La Communauté établit avec l'Organisation Européenne de Coopération Économique une étroite collaboration dont les modalités seront fixées d'un commun accord.

Article 232

(1) Les dispositions du présent Traité ne modifient pas celles du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, notamment en ce qui concerne les droits et obligations des États membres, les pouvoirs des institutions de cette Communauté et les règles posées par ce Traité pour le fonctionnement du marché commun du charbon et de l'acier.

(2) Les dispositions du présent Traité ne dérogent pas aux stipulations du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

Le condizioni di applicazione delle altre disposizioni del presente Trattato saranno definite al più tardi entro due anni dall'entrata in vigore di esso, mediante decisioni del Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione.

Le istituzioni della Comunità vigileranno, nel quadro delle procedure contemplate dal presente Trattato e in particolare dall'articolo 226, a che sia consentito lo sviluppo economico e sociale di tali regioni.

(3) I Paesi e i territori d'oltremare, il cui elenco figura nell'allegato IV del presente Trattato, costituiscono l'oggetto dello speciale regime di associazione definito nella quarta parte del Trattato stesso.

(4) Le disposizioni del presente Trattato si applicano ai territori europei di cui uno Stato membro assume la rappresentanza nei rapporti con l'estero.

Articolo 228

(1) Quando le disposizioni del presente Trattato prevedano la conclusione di accordi tra la Comunità e uno o più Stati ovvero una organizzazione internazionale, tali accordi sono negoziati dalla Commissione. Fatte salve le competenze riconosciute in questo campo alla Commissione, essi sono conclusi dal Consiglio, previa consultazione dell'Assemblea nei casi previsti dal presente Trattato.

Il Consiglio, la Commissione o uno Stato membro possono domandare preventivamente il parere della Corte di Giustizia circa la compatibilità dell'accordo previsto con le disposizioni del presente Trattato. Quando la Corte di Giustizia abbia espresso parere negativo, l'accordo può entrare in vigore soltanto alle condizioni stabilite, a seconda dei casi, dall'articolo 236.

(2) Gli accordi conclusi alle condizioni suindicate sono vincolanti per le istituzioni della Comunità e per gli Stati membri.

Articolo 229

La Commissione assicura ogni utile collegamento con gli organi delle Nazioni Unite, degli istituti specializzati delle Nazioni Unite e dell'Accordo generale sulle tariffe doganali e il commercio.

La Commissione assicura inoltre i collegamenti che ritiene opportuni con qualsiasi organizzazione internazionale.

Articolo 230

La Comunità attua ogni utile forma di cooperazione col Consiglio dell'Europa.

Articolo 231

La Comunità attua con l'Organizzazione Europea di Cooperazione Economica una stretta collaborazione le cui modalità saranno fissate d'intesa comune.

Articolo 232

(1) Le disposizioni del presente Trattato non modificano quelle del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, in particolare per quanto riguarda i diritti e gli obblighi degli Stati membri, i poteri delle istituzioni di tale Comunità e le norme sancite da tale Trattato per il funzionamento del mercato comune del carbone e dell'acciaio.

(2) Le disposizioni del presente Trattato non derogano a quanto stipulato dal Trattato che istituisce la Comunità Europea per l'Energia Atomica.

De voorwaarden voor de toepassing van de overige bepalingen van dit Verdrag worden uiterlijk twee jaar na zijn inwerkingtreding bij beschikkingen van de Raad met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie vastgesteld.

De instellingen van de Gemeenschap dragen er, binnen het raam van de procedures waarin dit Verdrag voorziet, met name van artikel 226, zorg voor dat de economische en sociale ontwikkeling van die streken mogelijk wordt gemaakt.

(3) De landen en gebieden overzee waarvan de lijst als bijlage IV aan dit Verdrag is gehecht, vormen het onderwerp van de bijzondere associatieregeling omschreven in het vierde deel van dit Verdrag.

(4) De bepalingen van dit Verdrag zijn van toepassing op de Europese grondgebieden welke buitenlandse betrekkingen door een Lid-Staat worden behartigd.

Artikel 228

(1) In de gevallen dat de bepalingen van dit Verdrag voorzien in het sluiten van akkoorden tussen de Gemeenschap en een of meer Staten of een internationale organisatie, wordt over die akkoorden door de Commissie onderhandeld. Onder voorbehoud van de aan de Commissie te dezer zake toegekende bevoegdheden worden de akkoorden door de Raad gesloten, nadat de Vergadering, in de gevallen waarin dit Verdrag voorziet, is geraadpleegd.

De Raad, de Commissie of een Lid-Staat kunnen tevoren het advies inwinnen van het Hof van Justitie over de verenigbaarheid van het beoogde akkoord met de bepalingen van dit Verdrag. Het akkoord, ten opzichte waarvan door het Hof van Justitie een afwijzend advies is uitgebracht, kan slechts in werking treden onder de voorwaarden welke bij artikel 236 zijn gesteld.

(2) De akkoorden, gesloten onder de hierboven vastgestelde voorwaarden, zijn verbindend voor de instellingen van de Gemeenschap en voor de Lid-Staten.

Artikel 229

De Commissie is belast met de zorg voor alle dienstige betrekkingen met de organen van de Verenigde Naties, van hun gespecialiseerde organisaties en van de Algemene Overeenkomst betreffende Tarieven en Handel.

Zij onderhoudt bovendien de wenselijk geachte betrekkingen met alle internationale organisaties.

Artikel 230

De Gemeenschap brengt elke dienstige samenwerking tot stand met de Raad van Europa.

Artikel 231

De Gemeenschap brengt met de Organisatie voor Europese Economische Samenwerking een nauwe samenwerking tot stand welke zal plaatsvinden op de wijze die in onderlinge overeenstemming zal worden vastgesteld.

Artikel 232

(1) De bepalingen van dit Verdrag brengen geen wijziging in die van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, met name wat betreft de rechten en verplichtingen der Lid-Staten, de bevoegdheden der instellingen van die Gemeenschap en de in dat Verdrag gestelde regels voor de werking van de gemeenschappelijke markt voor kolen en staal.

(2) De bepalingen van dit Verdrag doen geen afbreuk aan die van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Artikel 233

Dieser Vertrag steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, soweit die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch Anwendung dieses Vertrags nicht erreicht sind.

Artikel 234

Die Rechte und Pflichten aus Übereinkünften, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten einerseits und einem oder mehreren dritten Ländern andererseits geschlossen wurden, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Soweit diese Übereinkünfte mit diesem Vertrag nicht vereinbar sind, wenden der oder die betreffenden Mitgliedstaaten alle geeigneten Mittel an, um die festgestellten Unvereinbarkeiten zu beheben. Erforderlichenfalls leisten die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck einander Hilfe; sie nehmen gegebenenfalls eine gemeinsame Haltung ein.

Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Übereinkünfte tragen die Mitgliedstaaten dem Umstand Rechnung, daß die in diesem Vertrag von jedem Mitgliedstaat gewährten Vorteile Bestandteil der Errichtung der Gemeinschaft sind und daher in untrennbarem Zusammenhang stehen mit der Schaffung gemeinsamer Organe, der Übertragung von Zuständigkeiten auf diese und der Gewährung der gleichen Vorteile durch alle anderen Mitgliedstaaten.

Artikel 235

Erscheint ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich, um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in diesem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erläßt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung die geeigneten Vorschriften.

Artikel 236

Die Regierung jedes Mitgliedstaates oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung dieses Vertrags vorlegen.

Gibt der Rat nach Anhörung der Versammlung und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an diesem Vertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren.

Diese Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

Artikel 237

Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat.

Die Aufnahmebedingungen und die erforderlich werdenden Anpassungen dieses Vertrags werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Article 233

Les dispositions du présent Traité ne font pas obstacle à l'existence et à l'accomplissement des unions régionales entre la Belgique et le Luxembourg, ainsi qu'entre la Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas, dans la mesure où les objectifs de ces unions régionales ne sont pas atteints en application du présent Traité.

Article 234

Les droits et obligations résultant de conventions conclues antérieurement à l'entrée en vigueur du présent Traité, entre un ou plusieurs États membres d'une part, et un ou plusieurs États tiers d'autre part, ne sont pas affectés par les dispositions du présent Traité.

Dans la mesure où ces conventions ne sont pas compatibles avec le présent Traité, le ou les États membres en cause recourent à tous les moyens appropriés pour éliminer les incompatibilités constatées. En cas de besoin, les États membres se prêtent une assistance mutuelle en vue d'arriver à cette fin, et adoptent le cas échéant une attitude commune.

Dans l'application des conventions visées au premier alinéa, les États membres tiennent compte du fait que les avantages consentis dans le présent Traité par chacun des États membres font partie intégrante de l'établissement de la Communauté et sont, de ce fait, inséparablement liés à la création d'institutions communes, à l'attribution de compétences en leur faveur et à l'octroi des mêmes avantages par tous les autres États membres.

Article 235

Si une action de la Communauté apparaît nécessaire pour réaliser, dans le fonctionnement du marché commun, l'un des objets de la Communauté, sans que le présent Traité ait prévu les pouvoirs d'action requis à cet effet, le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, prend les dispositions appropriées.

Article 236

Le gouvernement de tout État membre ou la Commission peut soumettre au Conseil des projets tendant à la révision du présent Traité.

Si le Conseil, après avoir consulté l'Assemblée et le cas échéant la Commission, émet un avis favorable à la réunion d'une conférence des représentants des gouvernements des États membres, celle-ci est convoquée par le président du Conseil en vue d'arrêter d'un commun accord les modifications à apporter au présent Traité.

Les amendements entreront en vigueur après avoir été ratifiés par tous les États membres en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 237

Tout État européen peut demander à devenir membre de la Communauté. Il adresse sa demande au Conseil lequel, après avoir pris l'avis de la Commission, se prononce à l'unanimité.

Les conditions de l'admission et les adaptations du présent Traité que celle-ci entraîne font l'objet d'un accord entre les États membres et l'État demandeur. Cet accord est soumis à la ratification par tous les États contractants, en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Articolo 233

Le disposizioni del presente Trattato non ostano alla esistenza e al perfezionamento delle unioni regionali tra il Belgio e il Lussemburgo, come pure tra il Belgio, il Lussemburgo e i Paesi Bassi, nella misura in cui gli obiettivi di tali unioni regionali non sono raggiunti in applicazione del presente Trattato.

Articolo 234

Le disposizioni del presente Trattato non pregiudicano i diritti e gli obblighi derivanti da convenzioni concluse, anteriormente all'entrata in vigore del Trattato stesso, tra uno o più Stati membri da una parte e uno o più Stati terzi dall'altra.

Nella misura in cui tali convenzioni sono incompatibili col presente Trattato, lo Stato o gli Stati membri interessati ricorrono a tutti i mezzi atti ad eliminare le incompatibilità constatate. Ove occorra, gli Stati membri si forniranno reciproca assistenza per raggiungere tale scopo, assumendo eventualmente una comune linea di condotta.

Nell'applicazione delle convenzioni di cui al primo comma, gli Stati membri tengono conto del fatto che i vantaggi consentiti nel presente Trattato da ciascuno degli Stati membri costituiscono parte integrante dell'instaurazione della Comunità e sono, per ciò stesso, indissolubilmente connessi alla creazione di istituzioni comuni, all'attribuzione di competenze a favore di queste ultime e alla concessione degli stessi vantaggi da parte di tutti gli altri Stati membri.

Articolo 235

Quando un'azione della Comunità risulti necessaria per raggiungere, nel funzionamento del mercato comune, uno degli scopi della Comunità, senza che il presente Trattato abbia previsto i poteri d'azione a tal uopo richiesti, il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione e dopo aver consultato l'Assemblea, prende le disposizioni del caso.

Articolo 236

Il governo di qualsiasi Stato membro o la Commissione possono sottoporre al Consiglio progetti intesi a modificare il presente Trattato.

Qualora il Consiglio, dopo aver consultato l'Assemblea ed, ove del caso, la Commissione, esprima parere favorevole alla convocazione di una conferenza dei rappresentanti dei governi degli Stati membri, questa è convocata dal presidente del Consiglio allo scopo di stabilire di comune accordo gli emendamenti da apportare al presente Trattato.

Gli emendamenti entreranno in vigore dopo essere stati ratificati da tutti gli Stati membri conformemente alle loro norme costituzionali rispettive.

Articolo 237

Ogni Stato europeo può domandare di diventare membro della Comunità. Esso invia la sua domanda al Consiglio che, dopo aver chiesto il parere della Commissione, si pronuncia all'unanimità.

Le condizioni per l'ammissione e gli adattamenti del presente Trattato, da questa determinati, formano l'oggetto di un accordo tra gli Stati membri e lo Stato richiedente. Tale accordo è sottoposto a ratifica da tutti gli Stati contraenti conformemente alle loro rispettive norme costituzionali.

Artikel 233

De bepalingen van dit Verdrag vormen geen beletsel voor het bestaan en de voltooiing van de regionale unies tussen België en Luxemburg alsmede tussen België, Luxemburg en Nederland, voor zover de doelstellingen van die regionale unies niet bereikt zijn door toepassing van dit Verdrag.

Artikel 234

De rechten en verplichtingen voortvloeiende uit overeenkomsten vóór de inwerkingtreding van dit Verdrag gesloten tussen een of meer Lid-Staten enerzijds en een of meer derde Staten anderzijds, worden door de bepalingen van dit Verdrag niet aangetast.

Voor zover deze overeenkomsten niet verenigbaar zijn met dit Verdrag, maken de betrokken Lid-Staat of Lid-Staten gebruik van alle passende middelen om de vastgestelde onverenigbaarheid op te heffen. Indien nodig, verlenen de Lid-Staten elkaar bijstand, ten einde dat doel te bereiken en volgen in voorkomende gevallen een gemeenschappelijke gedragslijn.

Bij de toepassing van de overeenkomsten, bedoeld in de eerste alinea, houden de Lid-Staten rekening met het feit dat de voordelen door elke Lid-Staat in dit Verdrag toegestaan, een wezenlijk bestanddeel uitmaken van de totstandkoming van de Gemeenschap en dientengevolge onverbreekelijk verbonden zijn met de oprichting van de gemeenschappelijke instellingen, met het toekennen van bevoegdheden aan die instellingen en met het verlenen van dezelfde voordelen door de overige Lid-Staten.

Artikel 235

Indien een optreden van de Gemeenschap noodzakelijk blijkt om, in het kader van de gemeenschappelijke markt, een der doelstellingen van de Gemeenschap te verwezenlijken, zonder dat dit Verdrag in de daartoe vereiste bevoegdheden voorziet, neemt de Raad met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering de passende maatregelen.

Artikel 236

De regering van elke Lid-Staat of de Commissie kunnen aan de Raad ontwerpen voorleggen tot herziening van dit Verdrag.

Indien de Raad na raadpleging van de Vergadering en, in voorkomende gevallen, van de Commissie, gunstig adviseert ten aanzien van het bijeenkomen van een conferentie van vertegenwoordigers van de regeringen der Lid-Staten, wordt deze conferentie door de voorzitter van de Raad bijeengeroepen, ten einde in onderlinge overeenstemming de in dit Verdrag aan te brengen wijzigingen vast te stellen.

De wijzigingen treden in werking nadat zij door alle Lid-Staten overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen zijn bekrachtigd.

Artikel 237

Elke Europese Staat kan verzoeken lid te worden van de Gemeenschap. Hij richt zijn verzoek tot de Raad, die, na advies van de Commissie te hebben ingewonnen, met eenparigheid van stemmen beslist.

De voorwaarden voor de toelating en de daaruit voortvloeiende aanpassingen van dit Verdrag vormen het onderwerp van een akkoord tussen de Lid-Staten en de Staat die het verzoek indient. Dit akkoord moet door alle contracterende Staten worden bekrachtigd, overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen.

Artikel 238

Die Gemeinschaft kann mit einem dritten Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen schließen, die eine Assoziation mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.

Diese Abkommen werden nach Anhörung der Versammlung einstimmig vom Rat geschlossen.

Werden durch diese Abkommen Änderungen dieses Vertrags erforderlich, so müssen diese zuvor nach dem in Artikel 236 vorgesehenen Verfahren angenommen werden.

Artikel 239

Die diesem Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen der Mitgliedstaaten beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 240

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

Einsetzung der Organe

Artikel 241

Der Rat tritt binnen einem Monat nach Inkrafttreten dieses Vertrags zusammen.

Artikel 242

Der Rat trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen, um binnen drei Monaten nach seinem ersten Zusammentreten den Wirtschafts- und Sozialausschuß einzusetzen.

Artikel 243

Die Versammlung tritt binnen zwei Monaten nach der ersten Sitzung des Rates auf Einberufung durch dessen Präsidenten zusammen, um ihr Präsidium zu wählen und ihre Geschäftsordnung auszuarbeiten. Bis zur Wahl des Präsidiums führt der Alterspräsident den Vorsitz.

Artikel 244

Der Gerichtshof nimmt seine Tätigkeit mit Ernennung seiner Mitglieder auf. Die Ernennung des ersten Präsidenten erfolgt nach dem für die Ernennung der Mitglieder geltenden Verfahren für die Dauer von drei Jahren.

Der Gerichtshof legt binnen drei Monaten nach Aufnahme seiner Tätigkeit seine Verfahrensordnung fest.

Der Gerichtshof kann nicht vor der Veröffentlichung der Verfahrensordnung angerufen werden. Die Fristen für die Klageerhebung laufen erst von diesem Zeitpunkt an.

Der Präsident des Gerichtshofs übt von seiner Ernennung an die ihm durch diesen Vertrag übertragenden Befugnisse aus.

Artikel 245

Mit Ernennung ihrer Mitglieder nimmt die Kommission ihre Tätigkeit auf und übernimmt gleichzeitig die ihr in diesem Vertrag übertragenen Aufgaben.

Article 238

La Communauté peut conclure avec un État tiers, une union d'États ou une organisation internationale, des accords créant une association caractérisée par des droits et obligations réciproques, des actions en commun et des procédures particulières.

Ces accords sont conclus par le Conseil agissant à l'unanimité et après consultation de l'Assemblée.

Lorsque ces accords impliquent des amendements au présent Traité, ces derniers doivent être préalablement adoptés selon la procédure prévue à l'article 236.

Article 239

Les Protocoles qui, du commun accord des États membres, seront annexés au présent Traité, en font partie intégrante.

Article 240

Le présent Traité est conclu pour une durée illimitée.

Mise en place des institutions

Article 241

Le Conseil se réunit dans un délai d'un mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Article 242

Le Conseil prend toutes dispositions utiles pour constituer le Comité économique et social dans un délai de trois mois à compter de sa première réunion.

Article 243

L'Assemblée se réunit dans un délai de deux mois à compter de la première réunion du Conseil, sur convocation du président de celui-ci, pour élire son bureau et élaborer son règlement intérieur. Jusqu'à l'élection du bureau, elle est présidée par le doyen d'âge.

Article 244

La Cour de Justice entre en fonctions dès la nomination de ses membres. La première désignation du président est faite pour trois ans dans les mêmes conditions que celles des membres.

La Cour de Justice établit son règlement de procédure dans un délai de trois mois à compter de son entrée en fonctions.

La Cour de Justice ne peut être saisie qu'à partir de la date de publication de ce règlement. Les délais d'introduction des recours ne courent qu'à compter de cette même date.

Dès sa nomination, le président de la Cour de Justice exerce les attributions qui lui sont confiées par le présent Traité.

Article 245

La Commission entre en fonctions et assume les charges qui lui sont confiées par le présent Traité dès la nomination de ses membres.

Articolo 238

La Comunità può concludere con uno Stato terzo, una unione di Stati o una organizzazione internazionale, accordi che istituiscano un'associazione caratterizzata da diritti e obblighi reciproci, da azioni in comune e da procedure particolari.

Tali accordi sono conclusi dal Consiglio operante all'unanimità e dopo consultazione dell'Assemblea.

Qualora tali accordi importino degli emendamenti al presente Trattato, questi ultimi devono essere preventivamente adottati secondo la procedura prevista dall'articolo 236.

Articolo 239

I Protocolli che, di comune accordo tra gli Stati membri, saranno allegati al presente Trattato, ne costituiscono parte integrante.

Articolo 240

Il presente Trattato è concluso per una durata illimitata.

Insediamento delle istituzioni

Articolo 241

Il Consiglio si riunisce entro un mese dall'entrata in vigore del Trattato.

Articolo 242

Il Consiglio prende ogni utile disposizione per costituire il Comitato economico e sociale entro tre mesi dalla sua prima riunione.

Articolo 243

L'Assemblea si riunisce entro due mesi dalla prima riunione del Consiglio, su convocazione del presidente di questo, per eleggere il suo ufficio di presidenza ed elaborare il suo regolamento interno. Fino all'elezione dell'ufficio di presidenza, l'Assemblea è presieduta dal decano.

Articolo 244

La Corte di Giustizia entra in funzione dal momento della nomina dei suoi membri. La prima designazione del presidente è fatta per tre anni secondo le stesse modalità seguite per i membri.

La Corte di Giustizia stabilisce il proprio regolamento di procedura entro un termine di tre mesi dalla sua entrata in funzione.

La Corte di Giustizia non può essere adita che successivamente alla data di pubblicazione del regolamento. I termini per la presentazione dei ricorsi decorrono a contare dalla stessa data.

Fin dalla nomina, il presidente della Corte di Giustizia esercita le attribuzioni che gli sono conferite dal presente Trattato.

Articolo 245

La Commissione entra in funzione e assume gli incarichi che le sono affidati dal presente Trattato dal momento della nomina dei suoi membri.

Artikel 238

De Gemeenschap kan met een derde Staat, een Statenunie of een internationale organisatie akkoorden sluiten, waardoor een associatie wordt tot stand gebracht, welke door wederzijdse rechten en verplichtingen, gemeenschappelijk optreden en bijzondere procedures wordt gekenmerkt.

Die akkoorden worden gesloten door de Raad krachtens een na raadpleging van de Vergadering met eenparigheid van stemmen genomen besluit.

Wanneer die akkoorden wijzigingen in dit Verdrag medebrengen, moeten deze wijzigingen vooraf worden aangenomen volgens de procedure bedoeld in artikel 236.

Artikel 239

De protocollen die, in onderlinge overeenstemming tussen de Lid-Staten, aan dit Verdrag worden gehecht, maken een integrerend deel daarvan uit.

Artikel 240

Dit Verdrag wordt voor onbepaalde tijd gesloten.

Oprichting van de instellingen

Artikel 241

De Raad komt bijeen een maand na de inwerkingtreding van het Verdrag.

Artikel 242

De Raad neemt binnen drie maanden na zijn eerste bijeenkomst alle dienstige maatregelen voor de vorming van het Economisch en Sociaal Comité.

Artikel 243

De Vergadering komt bijeen binnen twee maanden na de eerste bijeenkomst van de Raad op uitnodiging van diens voorzitter, ten einde haar bureau te kiezen en haar reglement van orde vast te stellen. Tot aan de verkiezing van het bureau wordt de Vergadering voorzeten door het oudste lid in jaren.

Artikel 244

Het Hof van Justitie treedt in functie zodra zijn leden zijn benoemd. De eerste maal wordt de president, voor drie jaar, benoemd op dezelfde wijze als de leden.

Binnen drie maanden na het tijdstip waarop het Hof van Justitie in functie is getreden, stelt het zijn reglement voor de procesvoering vast.

Bij het Hof van Justitie kunnen eerst na bekendmaking van dit reglement zaken aanhangig worden gemaakt. De termijnen voor het instellen van beroep beginnen eerst op dit zelfde tijdstip te lopen.

Zodra de president van het Hof van Justitie is benoemd, oefent hij de bevoegdheden uit die hem bij dit Verdrag zijn verleend.

Artikel 245

De Commissie treedt in functie en oefent de haar bij dit Verdrag opgedragen taken uit, zodra haar leden zijn benoemd.

Mit Aufnahme ihrer Tätigkeit leitet die Kommission die Untersuchungen ein und stellt die Verbindungen her, die für die Erstellung einer Übersicht über die wirtschaftliche Lage der Gemeinschaft erforderlich sind.

Artikel 246

(1) Das erste Haushaltsjahr beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Tritt der Vertrag in der zweiten Jahreshälfte in Kraft, so endet das Haushaltsjahr am 31. Dezember des folgenden Jahres.

(2) Bis zur Aufstellung des Haushaltsplans für das erste Haushaltsjahr zahlen die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unverzinsliche Vorschüsse; diese werden von den Finanzbeiträgen für die Durchführung dieses Haushaltsplans abgezogen.

(3) Bis zur Aufstellung des Statuts der Beamten und der für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft geltenden Beschäftigungsbedingungen gemäß Artikel 212 stellt jedes Organ das erforderliche Personal ein und schließt zu diesem Zweck befristete Verträge.

Jedes Organ prüft gemeinsam mit dem Rat die mit der Anzahl, der Vergütung und der Verteilung der Stellen zusammenhängenden Fragen.

Schlußbestimmungen

Artikel 247

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft. Findet diese Hinterlegung weniger als fünfzehn Tage vor Beginn des folgenden Monats statt, so tritt der Vertrag am ersten Tag des zweiten Monats nach dieser Hinterlegung in Kraft.

Artikel 248

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Dès son entrée en fonctions, la Commission procède aux études et établit les liaisons nécessaires à l'établissement d'une vue d'ensemble de la situation économique de la Communauté.

Article 246

(1) Le premier exercice financier s'étend de la date d'entrée en vigueur du Traité jusqu'au 31 décembre suivant. Toutefois, cet exercice s'étend jusqu'au 31 décembre de l'année suivant celle de l'entrée en vigueur du Traité, si celle-ci se situe au cours du deuxième semestre.

(2) Jusqu'à l'établissement du budget applicable au premier exercice, les États membres font à la Communauté des avances sans intérêts qui viennent en déduction des contributions financières afférentes à l'exécution de ce budget.

(3) Jusqu'à l'établissement du statut des fonctionnaires et du régime applicable aux autres agents de la Communauté, prévus à l'article 212, chaque institution recrute le personnel nécessaire et conclut à cet effet des contrats de durée limitée.

Chaque institution examine avec le Conseil les questions relatives au nombre, à la rémunération et à la répartition des emplois.

Dispositions finales

Article 247

Le présent Traité sera ratifié par les Hautes Parties Contractantes en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la République Italienne.

Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification de l'État signataire qui procédera le dernier à cette formalité. Toutefois, si ce dépôt a lieu moins de quinze jours avant le début du mois suivant, l'entrée en vigueur du Traité est reportée au premier jour du deuxième mois suivant la date de ce dépôt.

Article 248

Le présent Traité, rédigé en un exemplaire unique, en langue allemande, en langue française, en langue italienne et en langue néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Italienne qui remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des autres États signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Traité.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Non appena entrata in funzione, la Commissione procede agli studi e istituisce i collegamenti necessari a stabilire una prospettiva generale della situazione economica della Comunità.

Articolo 246

(1) Il primo esercizio finanziario decorre dalla data dell'entrata in vigore del Trattato e termina al 31 dicembre successivo. Tuttavia, l'esercizio si protrae al 31 dicembre dell'anno successivo all'anno dell'entrata in vigore del Trattato quando tale entrata in vigore venga a cadere nel corso del secondo semestre.

(2) Fino all'elaborazione del bilancio per il primo esercizio, gli Stati membri versano alla Comunità delle anticipazioni senza interessi che vanno in deduzione dei contributi finanziari relativi all'esecuzione del bilancio stesso.

(3) Fino a quando non siano stabiliti lo statuto dei funzionari e il regime applicabile agli altri agenti della Comunità, di cui all'articolo 212, ciascuna istituzione provvede all'assunzione del personale necessario e all'uopo conclude contratti di durata limitata.

Ogni istituzione esamina unitamente al Consiglio le questioni relative al numero, alla retribuzione e alla ripartizione degli impieghi.

Disposizioni finali

Articolo 247

Il presente Trattato sarà ratificato dalle Alte Parti Contraenti conformemente alle loro norme costituzionali rispettive. Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo della Repubblica Italiana.

Il presente Trattato entrerà in vigore il primo giorno del mese successivo all'avvenuto deposito dello strumento di ratifica da parte dello Stato firmatario che procederà per ultimo a tale formalità. Tuttavia, qualora tale deposito avvenisse meno di quindici giorni prima dell'inizio del mese seguente, l'entrata in vigore del Trattato sarà rinviata al primo giorno del secondo mese successivo alla data del deposito stesso.

Articolo 248

Il presente Trattato, redatto in unico esemplare, in lingua francese, in lingua italiana, in lingua olandese e in lingua tedesca, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Governo della Repubblica Italiana che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli altri Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Trattato.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Zodra de Commissie in functie is getreden, maakt zij een aanvang met die studies en legt zij die contacten welke noodzakelijk zijn voor het opstellen van een algemeen overzicht van de economische toestand van de Gemeenschap.

Artikel 246

(1) Het eerste boekjaar loopt van het tijdstip van de inwerkingtreding van het Verdrag tot 31 december daaropvolgend. Dit eerste boekjaar loopt echter tot 31 december van het jaar volgend op het jaar van inwerkingtreding van het Verdrag, indien deze plaatsvindt in de loop van het tweede halfjaar.

(2) Tot aan de vaststelling van de begroting voor het eerste boekjaar, verstrekken de Lid-Staten aan de Gemeenschap renteloze voorschotten, welke in mindering worden gebracht van de financiële bijdragen ter uitvoering van deze begroting.

(3) Tot aan de vaststelling van het statuut van de ambtenaren alsmede van de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden van de Gemeenschap, bedoeld in artikel 212, neemt iedere instelling het nodige personeel aan en gaat te dien einde contracten aan van een beperkte duur.

Iedere instelling onderzoekt met de Raad de vraagstukken die betrekking hebben op het aantal, de bezoldiging en de verdeling der functies.

Slotbepalingen

Artikel 247

Dit Verdrag zal door de Hoge Verdragsluitende Partijen worden bekrachtigd overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen. De akten van bekrachtiging zullen worden nedergelegd bij de Regering van de Italiaanse Republiek.

Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand die volgt op het nederleggen van de akte van bekrachtiging door de ondertekenende Staat die als laatste deze handeling verricht. Indien deze nederlegging echter minder dan vijftien dagen vóór het begin van de eerstvolgende maand plaatsvindt, wordt de inwerkingtreding van het Verdrag verschoven naar de eerste dag van de tweede maand volgende op die nederlegging.

Artikel 248

Dit Verdrag, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van de Regering van de Italiaanse Republiek, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen der andere ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Verdrag hebben gesteld.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Anhänge

Anhang I

Annexes

Annexe I

Listen A bis G
zu den Artikeln 19 und 20 des Vertrags

Listes A à G
prévues aux articles 19 et 20 du Traité

Liste A

Liste A

Liste der Tarifpositionen,
bei denen zur Errechnung des einfachen Mittels der
in Spalte 3 erwähnte Zollsatz zu berücksichtigen ist.

Liste des positions tarifaires pour lesquels le calcul
de la moyenne arithmétique
doit être effectué compte tenu du droit
mentionné dans la colonne 3 ci-dessous

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung	Zollsätze (in %) die für Frank- reich zu berück- sichtigen sind	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Droits (en %) à prendre en considération pour la France
1	2	3	1	2	3
ex 15.10	Saure Öle aus der Raffination	18	ex 15.10	Huiles acides de raffinage	18
15.11	Glyzerin, einschließlich Gly- zerinwasser und -unterlau- gen:		15.11	Glycérine, y compris les eaux et lessives glycéreuses:	
	- roh	6		- brutes	6
	- gereinigt	10		- épurées	10
19.04	Sago (Tapiokasago, Sago aus Sagomark, Kartoffelsago und anderer)	45	19.04	Tapioca, y compris celui de féculé de pommes de terre	45
ex 28.28	Vanadiumpentoxyd	15	ex 28.28	Pentoxyde de vanadium	15
ex 28.37	Neutrales Natriumsulfit	20	ex 28.37	Sulfite de sodium neutre	20
ex 28.52	Cerchlorid; Cersulfat	20	ex 28.52	Chlorure de cérium; sulfate de cérium	20
ex 29.01	Aromatische Kohlenwasser- stoffe:		ex 29.01	Hydrocarbures aromatiques:	
	- Xylol:			- Xylènes:	
	- Isomergemische	20		- mélanges d'isomères	20
	- ortho-Xylol, meta-Xylol, para-Xylol	25		- orthoxylène, métaxylène, paraxylène	25
	- monomeres Styrol	20		- Styrolène (styrène) mono- mère	20
	- Isopropylbenzol (Cumol)	25		- Isopropylbenzène (cumène)	25
ex 29.02	Dichlormethan	20	ex 29.02	Dichlorométhane	20
	Monomeres Vinylidenchlorid	25		Chlorure de vinylidène mo- nomère	25
ex 29.03	Para-Toluolsulfonchlorid	15	ex 29.03	Paratoluène sulfo-chlorure	15
ex 29.15	Dimethylterephthalat	30	ex 29.15	Téréphtalate de diméthyle	30
ex 29.22	Aethylendiamin und seine Salze	20	ex 29.22	Ethylène diamine et ses sels	20
ex 29.23	Cyclische Aminoaldehyde, cyclische Aminoketone und Aminochinone, ihre Halo- gen-, Sulfo-, Nitro- und Nitro- soderivate, ihre Salze und Ester	25	ex 29.23	Amino-aldéhydes cycliques, aminocétone cycliques et amino-quinones, leurs déri- vés halogénés, sulfonés, ni- trés, nitrosés, leurs sels et leurs esters	25
ex 29.25	Homoveratrylamin	25	ex 29.25	Homovératryl amine	25
29.28	Diazo-, Azo- und Azoxyver- bindungen	25	29.28	Composés diazoïques, azo- ïques ou azoxyques	25

Allegati

Bijlagen

Allegato I

Bijlage I

Elenchi da A a G
previsti dagli articoli 19 e 20 del Trattato

Lijsten A tot en met G bedoeld
in de artikelen 19 en 20 van het Verdrag

Elenco A

Lijst A

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il calcolo della media aritmetica deve essere effettuato tenendo conto del dazio menzionato nella colonna 3 seguente

Lijst van de tariefposten waarvoor het rekenkundig gemiddelde moet worden vastgesteld met inachtneming van de percentages vermeld in kolom 3

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Dazio (in %) da prendere in considerazione per la Francia	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Invoerrecht (in procenten) in aanmerking te nemen voor Frankrijk
1	2	3	1	2	3
ex 15.10	Oli acidi di raffinazione	18	ex 15.10	Acid-oils verkregen bij raffinage	18
15.11	Glicerina, comprese le acque e le liscive glicerinose:		15.11	Glycerine, glycerinewater en glycerinelogen daaronder begrepen:	
	– gregge	6		– ruw	6
	– depurate	10		– gezuiverd	10
19.04	Tapioca, compresa quella di fecola di patate	45	19.04	Tapioca en sago, alsmede soortgelijke produkten uit aardappelzetmeel of uit ander zetmeel	45
ex 28.28	Pentossido di vanadio	15	ex 28.28	Vanadiumpentoxyde	15
ex 28.37	Solfito di sodio neutro	20	ex 28.37	Neutraal natriumsulfiet	20
ex 28.52	Cloruro di cerio; solfato di cerio	20	ex 28.52	Ceriumchloride; ceriumsulfaat	20
ex 29.01	Idrocarburi aromatici:		ex 29.01	Aromatische koolwaterstoffen:	
	– Xiloli:			– xylene:	
	– miscugli di isomeri	20		– xyleen, bestaande uit een mengsel van isomeren	20
	– ortoxilolo, metaxilolo, paraxilolo	25		– orthoxyleen, metaxyleen, paraxyleen	25
	– Stirolo monomero	20		– styreen (vinylbenzeen): het monomeer	20
	– Isopropilbenzolo (cumene)	25		– cumeen (isopropylbenzeen)	25
ex 29.02	Diclorometano	20	ex 29.02	Dichloormethaan	20
	Cloruro di vinilidene monomero	25		Vinylideenchloride: het monomeer	25
ex 29.03	Paratoluene solfo-cloruro	15	ex 29.03	Paratoluene sulfochloride	15
ex 29.15	Tereftalato di dimetile	30	ex 29.15	Dimethyltereftalaat	30
ex 29.22	Etilendiamina e suoi sali	20	ex 29.22	Ethyleendiamine en de zouten daarvan	20
ex 29.23	Ammio-aldeidi cicliche, ammino-chetonici ciclici e ammino-chinoni, loro derivati alogenati, solfonati, nitrati, nitrosi, loro sali e loro esteri	25	ex 29.23	Cyclische aminoaldehyden, cyclische aminoketonen, aminochinonen, alsmede de halogeen-, sulfo-, nitro- en nitrosoderivaten, en de zouten en esters daarvan	25
ex 29.25	Omoveratril ammine	25	ex 29.25	Homoveratrylamide	25
29.28	Diazo-azo o azzossi composti	25	29.28	Diazonium-, azo- en azoöxy-verbindingen	25

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Zollsätze (in %) die für Frankreich zu berücksichtigen sind	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Droits (en %) à prendre en considération pour la France
1	2	3	1	2	3
ex 29.31	Dichlorbenzylsulfid	25	ex 29.31	Disulfure de benzyle dichloré	25
ex 29.44	Antibiotika (ausgenommen Penicillin, Streptomycin, Chloromycetin und deren Salze sowie Aureomycin)	15	ex 29.44	Antibiotiques, à l'exception de la pénicilline, de la streptomycine, de la chloromycétine et de leurs sels et de l'aureomycine	15
ex 30.02	Impfstoffe gegen Maul- und Klauenseuche, Zuchtstämme von Mikroorganismen für die Herstellung dieser Impfstoffe; Sera und Impfstoffe gegen die Schweinepest	15	ex 30.02	Vaccins anti-aphteux, souches de micro-organismes destinées à leur fabrication; sérums et vaccins contre la peste porcine	15
ex 30.03	Sarkomycin	18	ex 30.03	Sarkomycine	18
ex 31.02	Mineralische oder chemische Stickstoffdüngemittel, gemischt	20	ex 31.02	Engrais minéraux ou chimiques azotés, composés	20
ex 31.03	Mineralische oder chemische Phosphatdüngemittel: - einfach: - Superphosphate: - aus Knochen - andere - gemischt	10 12 7	ex 31.03	Engrais minéraux ou chimiques phosphatés: - simples: - superphosphates: - d'os - autres - mélangés	10 12 7
ex 31.04	Mineralische oder chemische Kalidüngemittel, gemischt	7	ex 31.04	Engrais minéraux ou chimiques potassiques, mélangés	7
ex 31.05	Andere Düngemittel, einschließlich Mischdünger und Volldünger: - Phosphornitrate und Kaliumammoniumphosphate - andere, ausgenommen aufgelöste organische Düngemittel Düngemittel in Tabletten, Pastillen oder ähnlichen Formen oder in Packungen mit einem Gewicht von 10 kg oder weniger	10 7 15	ex 31.05	Autres engrais, y compris les engrais composés et les engrais complexes - Phosphonitrates et phosphates ammonopotassiques - Autres, à l'exception des engrais organiques dissous Engrais présentés soit en tablettes, pastilles et autres formes similaires soit en emballages d'un poids brut maximum de 10 kg.	10 7 15
ex 32.07	Natürlicher Magnetit, fein zerkleinert, wie er zur Herstellung von Pigmenten verwendet wird, ausschließlich zum Schwemmen von Kohle bestimmt	25	ex 32.07	Magnétite naturelle finement broyée des types utilisés pour servir de pigments et destinés exclusivement au lavage du charbon	25

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles 1	Denominazione dei prodotti 2	Dazio (in %) da prendere in considerazione per la Francia 3	Nummers van de Naamlijst van Brussel 1	Omschrijving der goederen 2	Invoerrecht (in procent) in aanmerking te nemen voor Frankrijk 3
ex 29.31	Disolfuro di benzile diclorurato	25	ex 29.31	Dichloorbenzyldisulfide	25
ex 29.44	Antibiotici, ad eccezione della penicillina, streptomycina, cloromicetina, dei loro sali e dell'aureomicina	15	ex 29.44	Antibiotica, met uitzondering van penicilline, van streptomycine, van chloromycetine (chlooramfenicol) en van de zouten daarvan, en met uitzondering van aureomycine (chloortetracycline)	15
ex 30.02	Vaccini antiaftosi, culture di microorganismi destinate alla loro fabbricazione; sieri e vaccini contro la peste porcina	15	ex 30.02	Vaccins tegen mond- en klauwzeer, alsmede de stammen van cultures van microorganismen voor de bereiding van bedoelde vaccins; sera en vaccins tegen varkenspest	15
ex 30.03	Sarcomicina	18	ex 30.03	Sarkomycine	18
ex 31.02	Concimi minerali o chimici azotati, composti	20	ex 31.02	Minerale of chemische stikstofhoudende meststoffen van gemengde samenstelling	20
ex 31.03	Concimi minerali o chimici fosfatici: - semplici: - perfosfati: - di ossa - altri - miscelati	10 12 7	ex 31.03	Minerale of chemische fosfaatmeststoffen: - onvermengde: - superfosfaten: - van beenderen - andere - vermengde	10 12 7
ex 31.04	Concimi minerali o chimici potassici, miscelati	7	ex 31.04	Minerale of chemische kaliummeststoffen, vermengde	7
ex 31.05	Altri concimi, compresi i concimi composti e quelli complessi: Fosfonitrati e fosfati ammonopotassici - Altri, ad eccezione dei concimi organici disciolti Concimi presentati sia in tavolette, pastiglie o altre forme simili, sia in confezioni di un peso lordo massimo di kg. 10	10 7 15	ex 31.05	Andere meststoffen, samengestelde en complexe meststoffen daaronder begrepen: - fosfonitraten en ammoniumkaliumfosfaten - andere, met uitzondering van organische meststoffen in oplossing Meststoffen in de vorm van tabletten of in dergelijke vormen, dan wel in verpakkingen met een brutogewicht van niet meer dan 10 kg	10 7 15
ex 32.07	Magnetite naturale finemente macinata dei tipi utilizzati per servire come pigmenti e destinati esclusivamente al lavaggio del carbone	25	ex 32.07	Natuurlijk magnetiet van de soort, welke gebruikt wordt als verfpigment, uitsluitend bestemd voor het wassen (sorteren) van steenkool	25

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Zollsätze (in %), die für Frankreich zu berücksichtigen sind	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Droits (en %) à prendre en considération pour la France
1	2	3	1	2	3
ex 37.02	Lichtempfindliche Filme, nicht belichtet, gelocht: - für einfarbige Aufnahmen (Positive), in Sätzen von drei Einheiten, die getrennt nicht verwendbar und als Träger für Farbfilme bestimmt sind - für Farbaufnahmen, mit einer Länge von mehr als 100 m	20 20	ex 37.02	Pellicules sensibilisées, non impressionnées, perforées: - pour images monochromes, positives, importées en jeux de trois unités non utilisables séparément et destinées à constituer le support d'un film polychrome - pour images polychromes d'une longueur supérieure à 100 mètres	20 20
ex 39.02	Polyvinylidenchlorid; Tafeln aus Butyral	30	ex 39.02	Chlorure de polyvinylidène; butyral en feuilles	30
ex 39.03	Zelluloseester, ausgenommen Zellulosenitrate und Zelluloseacetate Kunststoffe auf der Grundlage von Zelluloseestern (andere als Zellulosenitrate und -acetate) Kunststoffe auf der Grundlage von Zelluloseäthern oder anderen chemischen Derivaten der Zellulose	20 15 30	ex 39.03	Esters de la cellulose, à l'exclusion des nitrates et acétates Matières plastiques à base d'esters de la cellulose (autres que les nitrates et acétates) Matières plastiques à base d'éthers ou autres dérivés chimiques de la cellulose	20 15 30
ex 39.06	Alginsäure, ihre Salze und Ester, trocken	20	ex 39.06	Acide alginique, ses sels et ses esters, à l'état sec	20
ex 48.01	Maschinenpapier und Maschinenpappe: - Kraftpapier und Kraftpappe - andere, in endlosen Bahnen hergestellt, aus zwei oder mehreren gegautschten Lagen, mit einer Innenschicht aus Kraftpapier	25 25	ex 48.01	Papiers et cartons fabriqués mécaniquement: - Papier et carton kraft - Autres, formés en continu, en deux ou plusieurs jets, à intérieur en papier kraft	25 25
48.04	Papier und Pappe, zusammengeklebt, auf der Oberfläche weder getränkt noch überzogen, auch mit Innenverstärkung, in Rollen oder Bogen	25	48.04	Papiers et cartons simplement assemblés par collage, non imprégnés ni enduits à la surface, même renforcés intérieurement, en rouleau ou en feuilles	25
ex 48.05	Papier und Pappe, gewellt Kraftpapier und Kraftpappe, gekreppt oder gefältelt	25 25	ex 48.05	Papiers et cartons simplement ondulés Papiers et cartons kraft simplement crépés ou plissés	25 25
ex 48.07	Kraftpapier und Kraftpappe, gummiert	25	ex 48.07	Papiers et cartons kraft gommés	25
ex 51.01	Künstliche Spinnfäden, ungezwirnt, nicht gedreht oder mit weniger als 400 Drehungen	20	ex 51.01	Fils de fibres textiles artificielles continues, simples, non moulinés ou moulinés à moins de 400 tours	20

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Dazio in % da prendere in considerazione per la Francia	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Invoerrecht in percenten in aanmerking te nemen voor Frankrijk
1	2	3	1	2	3
ex 37.02	Pellicole sensibilizzate, non impressionate, perforate: - per immagini monocolori, positive, importate in serie di tre unità non utilizzabili separatamente e destinate a costituire il supporto di una pellicola policroma - per immagini policrome di una lunghezza superiore a 100 metri	20 20	ex 37.02	Films, lichtgevoelig, onbelicht, geperforeerd: - voor monochroombeelden (in één kleur), positief in stellen van drie stuks, welke ieder afzonderlijk niet bruikbaar zijn en welke bestemd zijn voor kleurenfilms - voor kleurenfilms, met een lengte van meer dan 100 m	20 20
ex 39.02	Cloruro di polivinilidene, polivinilbutirrate in fogli	30	ex 39.02	Polyvinylideenchloride; polyvinyl-butyral in vellen	30
ex 39.03	Esteri della cellulosa, esclusi i nitrati e gli acetati Materie plastiche a base di esteri della cellulosa (diverse dai nitrati e acetati) Materie plastiche a base di esteri o altri derivati chimici della cellulosa	20 15 30	ex 39.03	Esters van cellulose, met uitzondering van cellulosenitraat en van celluloseacetaat Kunstmatige plastische stoffen op basis van celluloseesters (andere dan cellulosenitraat en celluloseacetaat) Kunstmatige plastische stoffen op basis van celluloseethers of van andere chemische cellulose-derivaten	20 15 30
ex 39.06	Acido alginico, suoi sali e suoi esteri, allo stato secco	20	ex 39.06	Alginezuur, alsmede de zouten en esters daarvan, in droge staat	20
ex 48.01	Carta e cartoni fabbricati meccanicamente: - Carta e cartone kraft - Altri, ottenuti in continua, in due o più strati, con interno di carta kraft	25 25	ex 48.01	Machinaal papier en machinaal karton: - kraftpapier en -karton - andere, vervaardigd in continubanen en bestaande uit twee of meer lagen, met een binnenlaag van kraftpapier	25 25
48.04	Carta e cartoni semplicemente ruiniti mediante incollatura; non impregnati né intonacati alla superficie, anche rinforzati internamente, in rotoli o in fogli	25	48.04	Papier en karton, samengesteld uit enkel opeengelijmde vellen, niet geïmpregneerd en niet voorzien van een deklaag, ook indien inwendig versterkt, op rollen of in bladen	25
ex 48.05	Carta e cartoni semplicemente ondulati Carta e cartoni kraft semplicemente increspatis o pieghettati	25 25	ex 48.05	Papier en karton, enkel gegolfd Kraftpapier en kraftkarton, enkel gecrept of geplisseerd	25 25
ex 48.07	Carta e cartoni kraft gommati	25	ex 48.07	Kraftpapier en kraftkarton, gegomd	25
ex 51.01	Filati di fibre tessili artificiali continue, semplici, non torti o torti a meno di 400 giri	20	ex 51.01	Garens van kunstmatige continuevezels, eendraads, niet getwijnd of getwijnd op minder dan 400 toeren	20

Nummer des Brüsseler Zolltarif- systems	Warenbezeichnung	Zollsätze (in %) die für Frank- reich zu berück- sichtigen sind	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Droits (en %) à prendre en considération pour la France
1	2	3	1	2	3
ex 55.05	Baumwollgarne, gewirnt, ausgenommen Fantasiegarne, roh, mit einer Länge im einfachen Faden von 337.500 m oder mehr je kg	20	ex 55.05	Fils de coton, retors, autres que de fantaisie, écrus, me- surant au kilogramme en fils simples, 337.500 m. ou plus	20
ex 57.07	Kokosgarne	18	ex 57.07	Fils de coco	18
ex 58.01	Geknüpftete Teppiche, aus Seide, Schappeseide, synthe- tischen Spinnfäden, Metall- garnen oder Garnen der Position 52.01, Metallfäden, Garnen aus Wolle oder fei- nen Tierhaaren	80	ex 58.01	Tapis à points noués ou en- roulés, de soie, de schappe, de fibres textiles synthéti- ques, de filés ou de fils du n° 52.01, de fils de métal, de laine ou de poils fins	80
ex 59.04	Kokosgarne, gewirnt	18	ex 59.04	Fils de coco retors	18
ex 71.04	Pulver von Diamanten	10	ex 71.04	Égrisés et poudres de dia- mants	10
ex 84.10	Pumpengehäuse aus nicht rostfreiem Stahl oder aus Leichtmetall oder Legierun- gen daraus, für Kolbenver- brennungsmotoren für Luft- fahrzeuge	15	ex 84.10	Corps de pompes en acier non inoxydable ou en mé- taux légers ou leurs alliages pour moteurs à pistons pour l'aviation	15
ex 84.11	Gehäuse für Pumpen und Kompressoren aus nicht rost- freiem Stahl oder aus Leicht- metall oder Legierungen dar- aus, für Kolbenverbren- nungsmotoren für Luftfahr- zeuge	15	ex 84.11	Corps de pompes ou de com- presseurs en acier non in- oxydable ou en métaux lé- gers ou leurs alliages pour moteurs à pistons pour l'avia- tion	15
ex 84.37	Maschinen zum Herstellen von Tüll, Spitzen oder Web- spitzen	10	ex 84.37	Métiers à tulle, à dentelle, à guipure	10
	Stickmaschinen, ausgenom- men Hohlraummaschinen	10		Métiers à broderie, à l'ex- ception des machines à tirer les fils et à lier les jours	10
ex 84.38	Hilfsmaschinen und -apparate für Maschinen zum Herstel- len von Tüll, Spitzen oder Webspitzen:		ex 84.38	Appareils et machines auxi- liaires de métiers à tulle, à dentelle, à guipure:	
	- Maschinen zum Antreiben der Spulenschlitten	10		- Machines à remonter les chariots	10
	- Jacquardmaschinen	18		- Mécaniques Jacquard	18
	Hilfsmaschinen und -apparate für Stickmaschinen:			Appareils et machines auxi- liaires de métiers à broderie	
	- Automaten	18		- Automates	18
	- Kartenschlagmaschinen, Kartenkopiermaschinen, Kontrollmaschinen, Schlauchkopse	10		- Machines à piquer les car- tons, machines à répéter les cartons, métiers de con- trôle, coconneuses	10

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Dazio (in %*) da prendere in considerazione per la Francia	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Invoceren in aanvragen te maken voor Frankrijk
1	2	3	1	2	3
ex 55.05	Filati di cotone, ritorti, diversi da quelli di fantasia, greggi, misuranti per chilogramma, in filati semplici, 337.500 metri o più	20	ex 55.05	Garens van katoen, meerdraads, ongebleekt en metende, in enkelvoudige draad, per kilogram 337.500 m of meer, met uitzondering van fantasiegarens	20
ex 57.07	Filati di cocco	18	ex 57.07	Kokosgarens	18
ex 58.01	Tappeti a punti annodati o arrotolati, di seta, di borra di seta, di fibre tessili sintetiche, di filati o di fili della voce n. 52.01, di fili di metallo, di lana o di peli fini	80	ex 58.01	Tapijten, geknoopt of met opgerolde polen, van zijde, van vlokzijde, van synthetische textielvezels, van garens bedoeld bij post 52.01, van metaaldraad, van wol of van fijn haar	80
ex 59.04	Filati di cocco ritorti	18	ex 59.04	Kokosbindgaren (meerdraads kokosgaren)	18
ex 71.04	Residui e polveri di diamanti	10	ex 71.04	Poeder en stof van diamant	10
ex 84.10	Corpi di pompe di acciaio non inossidabile o di metalli leggeri o loro leghe per motori a pistoni per l'aviazione		ex 84.10	Huizen voor pompen, van niet roestvrij staal of van lichte metalen of van legeringen daarvan, voor zuigermotoren voor vliegtuigen	15
ex 84.11	Corpi di pompe o di compressori in acciaio non inossidabile o di metalli leggeri o loro leghe per motori a pistoni per l'aviazione	15	ex 84.11	Huizen voor pompen of voor compressors van niet roestvrij staal of van lichte metalen of van legeringen daarvan, voor zuigermotoren voor vliegtuigen	15
ex 84.37	Telai per tulli, per pizzi, per guipure	10	ex 84.37	Machines voor het vervaardigen van tule, van kant, van guipures (guimpemachines)	10
	Telai per ricami, escluse le macchine per tirare i fili e per legare i trafori a giorno	10		Borduurstoelen, met uitzondering van machines om draden uit weefsels te trekken en om de vlottende draden tot opengewerkte figuren (jours) te verbinden	10
ex 84.38	Apparecchi e macchine ausiliari dei telai per tulli, per pizzi, per guipure:		ex 84.38	Hulptoestellen en hulpmachines voor machines voor het vervaardigen van tule, van kant, van guipures:	
	- Macchine per ricaricare i carrelli	10		- toestellen voor het omhoog brengen van de spoelhouders (carriages)	10
	- Meccanismi Jacquard	18		- jacquardmechanismen	18
	Apparacchie e macchine ausiliari dei telai ricami:			Hulptoestellen en hulpmachines, voor borduurmachines:	
	- Automatici	18		- automaten	18
	- Macchine per perforare i cartoni, macchine per ripetere i cartoni, telai di controllo, «coconneuses»	10		- kaartenponsmachines of kaartenlagmachines voor het aanbrengen van perforaties in dobby- en jacquardkaarten, z. g. kaartherhalers voor jacquardkaarten, controlemachines, spoelmachines	10

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Zollsätze (in %) die für Frankreich zu berücksichtigen sind	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Droits (en %) à prendre en considération pour la France
1	2	3	1	2	3
	<p>Teile und Zubehör für Maschinen zum Herstellen von Tüll, Spitzen oder Webspitzen sowie für ihre Hilfsmaschinen und -apparate:</p> <p>- Spulenschlitten, Spulen, Käämme, Barren und Kamm-schienen für Flachwirkma-schinen, Laden (ihre Plat-ten und Messer), vollstän-dige Klöppel und Teile von Laden und Klöppeln für Rundwirkmaschinen</p>	10		<p>Accessoires et pièces déta-chées pour métiers à tulle, à dentelle, à guipure et pour leurs appareils et leurs ma-chines auxiliaires:</p> <p>- Chariots, bobines, combs, jumelles et lames de combs pour métiers rectilignes, battants (leurs plateaux et couteaux), fuseaux com-piets et pièces détachées de battants et fuseaux pour métiers circulaires</p>	10
	<p>Teile und Zubehör für Stick-maschinen sowie für ihre Hilfsmaschinen und -appa-rate:</p> <p>- Stickmaschinenschiffchen, Gehäuse für Stickmaschi-nenschiffchen, einschließ-lich Platten; Halter</p>	10		<p>Accessoires et pièces déta-chées pour métiers à brode-rie et pour leurs appareils et leurs machines auxiliaires:</p> <p>- Navettes, boîtes à navet-tes y compris leurs pla-ques; agrafes</p>	10
ex 84.59	Spulenswickelmaschinen, zum Aufrollen von Leitungsdraht oder isolierenden oder schüt-zenden Bändern zum Herstel-len von Wicklungen für die Elektrotechnik	23	ex 84.59	Machines dites « à bobiner », destinées à l'enroulement des fils conducteurs et des bandes isolantes ou protec-trices pour la fabrication des enroulements et bobinages électriques	23
	Direktanlasser und Schwung-kraftanlasser für Luftfahr-zeuge	25		Démarrateurs d'aviation à pri-se directe ou à inertie	25
ex 84.63	Kurbeln für Kolbenverbren-nungsmotoren für Luftfahr-zeuge	10	ex 84.63	Viliebrequins pour moteurs à pistons pour l'aviation	10
ex 85.08	Anlasser für Luftfahrzeuge	20	ex 85.08	Démarrateurs d'aviation	20
	Magnetzündler, einschließlich Lichtmagnetzündler für Luft-fahrzeuge	25		Magnétos, y compris les dy-namos-magnétos pour l'avia-tion	25
88.01	Luftfahrzeuge, leichter als Luft (Luftschiffe und Ballone)	25	88.01	Aérostats	25
ex 88.03	Teile von Luftfahrzeugen, leichter als Luft (Luftschiffe und Ballone)	25	ex 88.03	Parties et pièces détachées d'aérostats	25
88.04	Fallschirme und Teile davon sowie Fallschirmzubehör	12	88.04	Parachutes et leurs parties, pièces détachées et accessoi-res	12

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles 1	Denominazione dei prodotti 2	Dazio (in %) da prendere in considerazione per la Francia 3	Nummers van de Naamlijst van Brussel 1	Omschrijving der goederen 2	Invoerrecht (in procenten) in aanmerking te nemen voor Frankrijk 3
	<p>Accessori e pezzi staccati di telai per tulli, pizzi, guipure e per i loro apparecchi e le loro macchine ausiliari:</p> <p>– Carrelli, bobine, « combs », « jumelles » e lame di combs per telai rettilinei, battenti (loro piatti e lame), fusi completi e pezzi staccati di battenti e fusi per telai circolari</p> <p>Accessori e pezzi staccati di telai per ricami e per i loro apparecchi e le loro macchine ausiliari:</p> <p>– Navette, scatole per navette comprese le loro piastre, ganci</p>	10		<p>Delen, onderdelen en hulpstukken, van machines voor het vervaardigen van tule, van kant, van guipures, en van de hulptoestellen en hulpmachines daarvoor:</p> <p>– spoelhouders (carriages), spoelen, kammen, platinen, enz. voor vlakke getouwen, laden (alsmede de bijbehorende deksels en rieten), complete klossen en onderdelen van laden en klossen voor ronde getouwen</p> <p>Delen, onderdelen en hulpstukken, voor borduurmachines en voor hulptoestellen en hulpmachines daarvoor:</p> <p>– schietspoelen, wisselbakken of schietspoelbakken en platen daarvoor; haken</p>	10
ex 84.59	<p>Macchine dette « per bobinare », destinate all'avvolgimento dei fili conduttori e dei nastri isolanti o protettori per la fabbricazione degli avvolgimenti e bobine elettrici</p> <p>Avviatori di aviazione a presa diretta o per inerzia</p>	23	ex 84.59	<p>Wikkelmachines voor het wikkelen van geleidraden en van isoleerbanden of beschermbanden, voor het vervaardigen van elektrische wikkelingen en elektrische spoelen</p> <p>Starttoestellen met rechtsstreekse koppeling of met vliegwiel, voor vliegtuigen</p>	23
ex 84.63	Alberi a gomito per motori a pistoni per l'aviazione	10	ex 84.63	Krukassen voor zuigermotoren voor vliegtuigen	10
ex 85.08	<p>Avviatori per aviazione</p> <p>Magneti, compresi le dinamomagneti per l'aviazione</p>	20	ex 85.08	<p>Starttoestellen voor vliegtuigen</p> <p>Magneto's, daaronder begrepen dynamomagneto's voor vliegtuigen</p>	20
88.01	Aerostati	25	88.01	Luchtballons en luchtschepen	25
ex 88.03	Parti e pezzi staccati di aerostati	25	ex 88.03	Delen en onderdelen, van luchtballons en van luchtschepen	25
88.04	Paracaduti e loro parti, pezzi staccati e accessori	12	88.04	Valschermen, alsmede delen, onderdelen en toebehoren daarvan	12

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung	Zollsätze (in %), die für Frankreich zu berücksichtigen sind	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Droits (en %) à prendre en considération pour la France
1	2	3	1	2	3
88.05	Katapulte und ähnliche Startvorrichtungen für Luftfahrzeuge; Teile davon	15	88.05	Catapultes et autres engins de lancement similaires, leurs parties et pièces détachées	15
	Bodengeräte zur Flugausbildung; Teile davon	20		Appareils au sol d'entraînement au vol, leurs parties et pièces détachées	20
ex 90.14	Aeronautische Instrumente, Apparate und Geräte	18	ex 90.14	Instruments et appareils pour la navigation aérienne	18
ex 92.10	Klaviermechaniken und Klaviaturen (mit 85 oder mehr Tönen)	30	ex 92.10	Mécaniques et claviers (comportant 85 notes ou plus) de pianos	30

Liste B

Liste der Tarifpositionen, bei denen der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs 3 % nicht übersteigen darf

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
---------------------------------------	------------------

Kapitel 5

05.01
05.02
05.03
05.05
05.06
ex 05.07
05.09
bis
05.12
ex 05.13

Kapitel 13

13.01
13.02

Kapitel 14

14.01
bis
14.05

Kapitel 25

25.02
ex 25.04
25.05
25.06
ex 25.07

Natürlicher Graphit, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf

Lehm und Ton (außer Kaolin) — ausgenommen geblähter Ton der Position 68.07 —, Andalusit, Cyanit, auch gebrannt; Mullit; Schamotte-Körnungen und Ton-Dinasmassen

Liste B

Liste des positions tarifaires pour lesquelles les droits du tarif douanier commun ne peuvent dépasser 3 %

Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
--------------------------------------	--------------------------

Chapitre 5

05.01
05.02
05.03
05.05
05.06
ex 05.07
05.09
à
05.12
ex 05.13

Chapitre 13

13.01
13.02

Chapitre 14

14.01
à
14.05

Chapitre 25

25.02
ex 25.04
25.05
25.06
ex 25.07

Graphite naturel, non conditionné pour la vente au détail

Argiles (sauf le kaolin) à l'exception des argiles expansées du n° 68.07, andalousite, cyanite, même calcinées; mullite; terres de chamotte et de dinas

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Dazio (in %) da prendere in considerazione per la Francia	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Invoerrecht (in procenten in aanmerking te nemen voor Frankrijk)
1	2	3	1	2	3
88.05	Catapulte ed altri simili meccanismi di lancio, loro parti e pezzi staccati	15	88.05	Katapulten en andere dergelijke lanceertoestellen, delen en onderdelen van deze toestellen	15
	Apparecchiature al suolo di allenamento al volo, loro parti e pezzi staccati	20		Toestellen voor vlieg oefeningen op de grond, alsmede delen en onderdelen daarvan	20
ex 90.14	Strumenti ed apparecchi per la navigazione aerea	18	ex 90.14	Instrumenten, apparaten en toestellen, voor lucht-navigatie	18
ex 92.10	Meccaniche e tastiere (comportanti 85 note o più) per pianoforti	30	ex 92.10	Mechanismen en klavieren (met 85 toetsen of meer) van piano's	30

Elenco B

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il dazio della tariffa doganale comune non può sorpassare il 3 %

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti
--	----------------------------

Capitolo 5

05.01
05.02
05.03
05.05
05.06
ex 05.07
05.09
a
05.12
ex 05.13

Piume, pelli e altre parti di uccelli rivestite delle loro piume o della loro calugine, gregge (escluse le piume da letto e la calugine, gregge)

Sugne naturali, gregge

Capitolo 13

13.01
13.02

Capitolo 14

14.01
a
14.05

Capitolo 25

25.02
ex 25.04
25.05
25.06
ex 25.07

Grafite naturale, non condizionata per la vendita al minuto

Argille (eccetto il caolino) escluse le argille espanse della voce n. 68.07, andalusite, cianite, anche calcinate, mullite; terre di chamotte e di dinas

Lijst B

Lijst van de tariefposten waarvoor de invoerrechten van het gemeenschappelijk douanetarief 3% niet mogen overschrijden

Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
--------------------------------------	---------------------------

Hoofdstuk 5

05.01
05.02
05.03
05.05
05.06
ex 05.07
05.09
tot/met
05.12
ex 05.13

Veren, vogelhuiden, en andere delen van vogels, met veren of dons bezet, ruw (met uitzondering van ruwe of onbewerkte bedveren en dons)

Echte sponsen, ruw

Hoofdstuk 13

13.01
13.02

Hoofdstuk 14

14.01
tot met
14.05

Hoofdstuk 25

25.02
ex 25.04
25.05
ex 25.07

Natuurlijk grafiet, niet gereed voor de verkoop in het klein

Klei (behalve kaoline) met uitzondering van geëxpandeerde klei bedoeld bij post nr 68.07, andalusiet, kyaniet, ook indien gebrand; mulliet; chamotte- en dinasaarde

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
ex 25.08	Kreide, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 25.08	Craie, non conditionnée pour la vente au détail
ex 25.09	Farberden, weder gebrannt noch untereinander gemischt; natürlicher Eisenglimmer	ex 25.09	Terres, colorantes, non calcinées ni mélangées; oxydes de fer micacés naturels
25.10		25.10	
25.11		25.11	
ex 25.12	Kieselgur, Tripel und dergleichen mit einem Schüttgewicht von 1 oder weniger, auch gebrannt, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 25.12	Terres d'infusoires, farines siliceuses fossiles et autres terres siliceuses analogues (kieselgur, tripolite, diatomite, etc.) d'une densité apparente inférieure ou égale à 1, même calcinées, non conditionnées pour la vente au détail
ex 25.13	Bimsstein, Schmirgel, natürlicher Korund und andere natürliche Schleifstoffe, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 25.13	Pierre ponce, emeri, corindon naturel et autres abrasifs naturels, non conditionnés pour la vente au détail
25.14		25.14	
ex 25.17	Feuerstein (Flintstein); zerkleinerte Steine, Makadam (Schotter) und Teermakadam, Feldsteine und Kies, wie sie als Steinmaterial im Wege- und Bahnbau oder beim Betonbau verwendet werden; Kiesel	ex 25.17	Silex; pierres concassées, macadam et tarmacadam, cailloux et graviers des types généralement utilisés pour l'empierrement des routes et des voies ferrées, ballast, bétonnage; galets
ex 25.18	Dolomit, naturroh, auch roh behauen oder durch Spalten oder Sägen lediglich zerteilt	ex 25.18	Dolomie brute, dégrossie ou simplement débitée par sciage
25.20		25.20	
25.21		25.21	
25.24		25.24	
25.25		25.25	
25.26		25.26	
ex 25.27	Natürlicher Speckstein und Talk, auch roh behauen oder durch Spalten oder Sägen lediglich zerteilt; Talkum, ausgenommen Talkum in Packungen mit einem Reingewicht von 1 kg oder weniger	ex 25.27	Stéatite naturelle, brute, dégrossie ou simplement débitée par sciage; talc, autre qu'en emballages d'un poids net d'un kilo ou moins
25.28		25.28	
25.29		25.29	
25.31		25.31	
25.32	Mineralische Stoffe, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Scherben und Bruch von keramisch hergestellten Waren	25.32	Matières minérales non dénommées ni comprises ailleurs, débris et tessons de poterie
Kapitel 26		Chapitre 26	
ex 26.01	Metallurgische Erze, auch angereichert, ausgenommen Bleierze, Zinkerze und Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Schwefelkiesabbrände	ex 26.01	Minerais métallurgiques, même enrichis, à l'exception du minerai de plomb, du minerai de zinc et des produits relevant de la C.E.C.A., pyrites de fer grillées (cendres de pyrites)
26.02		26.02	
ex 26.03	Aschen und Rückstände, die Metall oder Metallverbindungen enthalten (ausgenommen solche der Position 26.02), ausgenommen zinkhaltige Aschen und zinkhaltige Rückstände	ex 26.03	Cendres et résidus (autres que ceux du n° 26.02), contenant du métal ou des composés métalliques, à l'exception de ceux contenant du zinc
26.04		26.04	
Kapitel 27		Chapitre 27	
27.03		27.03	
ex 27.04	Koks und Schmelzkoks, aus Steinkohle, zur Herstellung von Elektroden, und Koks aus Torf	ex 27.04	Coke et semi-coke de houille pour la fabrication des électrodes et coke de tourbe

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
ex 25.08	Creta, non condizionate per la vendita al minuto	ex 25.08	Krijt, niet gereed voor de verkoop in het klein
ex 25.09	Terre coloranti, non calcinate né mescolate, ossidi di ferro micacei naturali	ex 25.09	Verfaarden, gebrand noch gemengd; natuurlijke micahoudende ijzeroxyden
25.10		25.10	
25.11		25.11	
ex 25.12	Terre d'infusori, farine silicee fossili e altre terre silicee analoghe (kieselgur, tripolite, diatomite, ecc.) con una densità apparente inferiore o uguale a 1, anche calcinate, non condizionate per la vendita al minuto	ex 25.12	Diatomeeënaarde (kieselgur, bergmeel, infusoriënaarde) en andere dergelijke kiezel-aarde met een schijnbare dichtheid van 1 of minder, ook indien gebrand, niet gereed voor de verkoop in het klein
ex 25.13	Pietra pomice, smerriglio, corindone naturale e altri abrasivi naturali, non condizionate per la vendita al minuto	ex 25.13	Puimsteen, amaril, natuurlijk korund en andere natuurlijke schuur-, slip- en polijstmiddelen, niet gereed voor de verkoop in het klein
25.14		25.14	
ex 25.17	Selce; pietre frantumate, macadam e tarmacadam, sassi e ghiaia dei tipi generalmente utilizzati per massicciate stradali e ferroviarie, ballast, calcestruzzo; ciottoli	ex 25.17	Vuursteen; steenslag, teersteenslag (teer-macadam), keistenen, alsmede grint van de soort, welke gewoonlijk wordt gebezigd voor het verharden van wegen en spoorwegen, voor ballast en voor betonwerk; rolstenen
ex 25.18	Dolomite greggia, sgrossata o semplicemente segata	ex 25.18	Dolomiet, onbewerkt of enkel kantrecht behouwen of gezaagd
25.20		25.20	
25.21		25.21	
25.24		25.24	
25.25		25.25	
25.26		25.26	
ex 25.27	Steatite naturale, greggia, sgrossata o semplicemente segata; talco, escluso quello in imballaggi di un peso netto di kg. 1 o meno	ex 25.27	Natuurlijke speksteen, onbewerkt of enkel kantrecht behouwen of gezaagd; talk, anders dan in verpakkingen met een nettogewicht van 1 kg of minder
25.28		25.28	
25.29		25.29	
25.31		25.31	
25.32		25.32	
Capitolo 26		Hoofdstuk 26	
ex 26.01	Minerali metallurgici, anche arricchiti, esclusi il minerale di piombo, il minerale di zinco e i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, piriti di ferro arrostiti (ceneri di piriti)	ex 26.01	Metaalertsen, ook indien geconcentreerd, met uitzondering van looderts, van zinkerts en van produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.; geroost ijzerkies (pyrietas)
26.02		26.02	
ex 26.03	Ceneri e residui (diversi da quelli della voce n. 26.02), contenenti metalli o composti metallici, esclusi quelli contenenti zinco	ex 26.03	Metaalassen en metaalresiduen (andere dan die bedoeld bij post 26.02) welke metaal of metaalverbindingen bevatten, met uitzondering van die welke zink bevatten
26.04		26.04	
Capitolo 27		Hoofdstuk 27	
27.03		27.03	
ex 27.04	Coke e semi-coke di carbon fossile per la fabbricazione di elettrodi e coke di torba	ex 27.04	Cokes en half-cokes, van steenkool, voor de vervaardiging van elektroden, en cokes van turf

Nummer des Büsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
27.05		27.05	
27.05 a		27.05 bis	
27.06		27.06	
ex 27.13	Ozokerit, Montanwachs und Torfwachs, roh	ex 27.13	Ozokérite, cire de lignite et cire de tourbe, brutes
27.15		27.15	
27.17		27.17	
Kapitel 31		Chapitre 31	
31.01		31.01	
ex 31.02	Natürlicher Natronsalpeter	ex 31.02	Nitrate de sodium, naturel
Kapitel 40		Chapitre 40	
40.01		40.01	
40.03		40.03	
40.04		40.04	
Kapitel 41		Chapitre 41	
41.09		41.09	
Kapitel 43		Chapitre 43	
43.01		43.01	
Kapitel 44		Chapitre 44	
44.01		44.01	
Kapitel 47		Chapitre 47	
47.02		47.02	
Kapitel 50		Chapitre 50	
50.01		50.01	
Kapitel 53		Chapitre 53	
53.01		53.01	
53.02		53.02	
53.03		53.03	
53.05		53.05	
Kapitel 55		Chapitre 55	
ex 55.02	Baumwoll-Linters, andere als rohe	ex 55.02	Linters de coton, autres que bruts
55.04		55.04	
Kapitel 57		Chapitre 57	
57.04		57.04	
Kapitel 63		Chapitre 63	
63.02		63.02	
Kapitel 70		Chapitre 70	
ex 70.01	Scherben von Glaswaren und andere Abfälle und Scherben von Glas	ex 70.01	Tessons de verrerie et autres déchets et débris de verre
Kapitel 71		Chapitre 71	
ex 71.01	Echte Perlen, roh	ex 71.01	Perles fines brutes
ex 71.02	Edelsteine und Schmucksteine, roh	ex 71.02	Pierres gemmes (précieuses ou fines) brutes
71.04		71.04	
71.11		71.11	
Kapitel 77		Chapitre 77	
ex 77.04	Beryllium (Glucinium), roh	ex 77.04	Béryllium (glucinium) brut

Numero della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
27.05		27.05	
27.05 bis		27.05 bis	
27.06		27.06	
ex 27.13	Ozocerite, cera di lignite e cera di torba, gregge	ex 27.13	Aardwas (ozokeriet), montaanwas en turf- was, ruw
27.15		27.15	
27.17		27.17	
Capitolo 31		Hoofdstuk 31	
31.01		31.01	
ex 31.02	Nitrato di sodio, naturale	ex 31.02	Natuurlijk natriumnitraat
Capitolo 40		Hoofdstuk 40	
40.01		40.01	
40.03		40.03	
40.04		40.04	
Capitolo 41		Hoofdstuk 41	
41.09		41.09	
Capitolo 43		Hoofdstuk 43	
43.01		43.01	
Capitolo 44		Hoofdstuk 44	
44.01		44.01	
Capitolo 47		Hoofdstuk 47	
47.02		47.02	
Capitolo 50		Hoofdstuk 50	
50.01		50.01	
Capitolo 53		Hoofdstuk 53	
53.01		53.01	
53.02		53.02	
53.03		53.03	
53.05		53.05	
Capitolo 55		Hoofdstuk 55	
ex 55.02	Linters di cotone, diversi dai greggi	ex 55.02	Linters van katoen, andere dan ruwe
55.04		55.04	
Capitolo 57		Hoofdstuk 57	
57.04		57.04	
Capitolo 63		Hoofdstuk 63	
63.02		63.02	
Capitolo 70		Hoofdstuk 70	
70.01	Residui di vetreria e altri avanzi e rottami di vetro	ex 70.01	Glasscherven en ander glasafval
Capitolo 71		Hoofdstuk 71	
ex 71.01	Perle fini, gregge	ex 71.01	Echte parels, onbewerkt
ex 71.02	Pietre preziose (gemme) e pietre semipre- ziose (fini), gregge	ex 71.02	Natuurlijke edelstenen (half-edelstenen daaronder begrepen), onbewerkt
71.04		71.04	
71.11		71.11	
Capitolo 77		Hoofdstuk 77	
ex 77.04	Berillio (glucinio) greggio	ex 77.04	Beryllium (glucinium), ruw

Liste C

Liste der Tarifpositionen,
bei denen der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs
10 % nicht übersteigen darf

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 5	
ex 05.07	Federn, Vogelbälge und andere Vogelteile mit ihren Federn oder Daunen, andere als roh
05.14	
Kapitel 13	
ex 13.03	Pflanzensäfte und -auszüge; Agar-Agar und andere natürliche Pflanzenschleime und Verdickungsmittel, aus pflanzlichen Stoffen aus-gezogen (ausgenommen Pektin)
Kapitel 15	
ex 15.04	Fette und Öle, von Fischen oder Meeres-säugetieren, auch raffiniert (ausgenommen Walöl)
15.05	
15.06	
15.09	
15.11	
15.14	
Kapitel 25	
ex 25.09	Farberden, gebrannt oder untereinander ge-mischt
ex 25.15	Marmor, Travertin, Ecaussine und andere Werksteine aus Kalkstein mit einer augen-scheinlichen Dichte von 2,5 oder mehr und Alabaster, durch Spalten oder Sägen ledig-lich zerteilt, mit einer Dicke von 25 cm oder weniger
ex 25.16	Granit, Porphy, Basalt, Sandstein und andere Werksteine, durch Spalten oder Sägen lediglich zerteilt, mit einer Dicke von 25 cm oder weniger
ex 25.17	Körnungen, Splitter und Steinmehl von Stei-nen der Positionen 25.15 und 25.16
ex 25.18	Dolomit, gesintert oder gebrannt; Dolomit-stampfmasse
25.22	
25.23	
Kapitel 27	
ex 27.07	Öle und andere Erzeugnisse der Destillation von Steinkohlenteer und ähnliche Erzeug-nisse, ausgenommen Phenole, Kresole und Xylenole
27.08	
ex 27.13	Ozokerit, Montanwachs und Torfwachs, aus-genommen roh
ex 27.14	Bitumen und andere nicht paraffinische Rück-stände aus Erdöl oder Schieferöl, ausgenom-men Petrolkoks
27.16	

Liste C

Liste des positions tarifaires
pour lesquelles les droits du tarif douanier commun
ne peuvent dépasser 10 %

Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Chapitre 5	
ex 05.07	Plumes, peaux et autres parties d'oiseaux revêtues de leurs plumes ou de leur duvet, autres que brutes
05.14	
Chapitre 13	
ex 13.03	Sucs et extraits végétaux; agar-agar et autres mucilages et épaississants naturels extraits des végétaux (à l'exception de la pectine)
Chapitre 15	
ex 15.04	Graisses et huiles de poissons et mammifères marins, même raffinées, (à l'exception de l'huile de baleine)
15.05	
15.06	
15.09	
15.11	
15.14	
Chapitre 25	
ex 25.09	Terres colorantes calcinées ou mélangées
ex 25.15	Marbres, travertins, écaussines et autres pierres calcaires de taille ou de construc-tion d'une densité apparente supérieure ou égale à 2,5 et albâtre, simplement débités par sciage, d'une épaisseur de 25 cm ou moins.
ex 25.16	Granit, porphyre, basalte, grès et autres pierres de taille ou de construction, sim-plement débités par sciage, d'une épaisseur de 25 cm ou moins
ex 25.17	Granules, éclats et poudres des pierres des nos 25.15-et 25.16
ex 25.18	Dolomie frittée ou calcinée; pisé de Dolomie
25.22	
25.23	
Chapitre 27	
ex 27.07	Huiles et autres produits provenant de la distillation des goudrons de houille de haute température et produits assimilés, à l'excep-tion des phénols, crésols et xylénols
27.08	
ex 27.13	Ozokerite, cire de lignite et cire de tourbe, autres que brutes
ex 27.14	Bitume de pétrole et autres résidus des huiles de pétrole ou de schistes, à l'excep-tion du coke de pétrole
27.16	

Elenco C

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il dazio della tariffa doganale comune non può sorpassare il 10 %

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti
Capitolo 5	
ex 05.07	Piume, pelli ed altre parti di uccelli rivestite delle loro piume e della loro calugine, diverse dalle gregge
05.14	
Capitolo 13	
ex 13.03	Succhi ed estratti vegetali; agar-agar e altre mucillagini e ispessenti naturali estratti da vegetali (esclusa la pectina)
Capitolo 15	
ex 15.04	Grassi ed oli di pesci e di mammiferi marini, anche raffinati (escluso l'olio di balena)
15.05	
15.06	
15.09	
15.11	
15.14	
Capitolo 25	
ex 25.09	Terre coloranti calcinate o mescolate
ex 25.15	Marmi, travertini, calcare di Ecaussines ed altre pietre calcaree da taglio o da costruzione con densità apparente superiore o uguale a 2,5 e alabastro, semplicemente segati, aventi uno spessore di 25 cm. o meno
ex 25.16	Granito, porfido, basalto, arenaria e altre pietre da taglio o da costruzione, semplicemente segate, aventi uno spessore di 25 cm. o meno
ex 25.17	Granuli, scaglie e polveri di pietre delle voci nn. 25.15 e 25.16
ex 25.18	Dolomite calcinata; pigiata di dolomite
25.22	
25.23	
Capitolo 27	
ex 27.07	Oli ed altri prodotti provenienti dalla distillazione dei catrami di carbon fossile ad alta temperatura e prodotti assimilati, esclusi i fenoli, cresoli, xilenoli
27.08	
ex 27.13	Ozocerite, cera di lignite e cera di torba, diverse dalle gregge
ex 27.14	Bitume di petrolio e altri residui degli oli di petrolio o di scisti, escluso il coke di petrolio
27.16	

Lijst C

Lijst van de tariefposten waarvoor de invoerrechten van het gemeenschappelijk douanetarief 10 % niet mogen overschrijden

Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Hoofdstuk 5	
ex 05.07	Veren, vogelhuiden en andere delen van vogels met veren of dons bezet, andere dan ruwe
05.14	
Hoofdstuk 13	
ex 13.03	Plantensappen en plantenextracten, agar-agar en andere plantenlijmen en plantaardige bindmiddelen (met uitzondering van pectine)
Hoofdstuk 15	
ex 15.04	Vetten en oliën van vis of van zeezoogdieren, ook indien geraffineerd (met uitzondering van walvistraan)
15.05	
15.06	
15.09	
15.11	
15.14	
Hoofdstuk 25	
ex 25.09	Verfaarden, gebrand of onderling vermengd
ex 25.15	Marmer, travertin, écaussine en andere kalksteen voor de steenhouwerij of het bouwbedrijf, met een schijnbare dichtheid van 2,5 of meer, en albast, enkel gezaagd op een dikte van 25 cm of minder
ex 25.16	Graniet, porfier, basalt, zandsteen en andere natuursteen voor de steenhouwerij, enkel gezaagd op een dikte van 25 cm of minder
ex 25.17	Korrels, scherven, (splinters) en poeder, van de steensoorten bedoeld bij de posten 25.15 en 25.16
ex 25.18	Dolomiet, gesinterd of gebrand; stamp- en strijkmassa van dolomiet
25.22	
25.23	
Hoofdstuk 27	
ex 27.07	Oliën en andere produkten, verkregen van hoge-temperatuursteenkoolteer, alsmede daarmee gelijkgestelde produkten, met uitzondering van fenolen, kresolen en xylene-nolen
27.08	
ex 27.13	Aardwas (ozokeriet), montaanwas en turfwas, ander dan ruw
ex 27.14	Petroleumbitumen en andere residuen van aardoliën of van leisteenoiliën, met uitzondering van petroleumcokes
27.16	

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Kapitel 30		Chapitre 30	
ex 30.01	Drüsen und andere Organe zu organotherapeutischen Zwecken, getrocknet, auch als Pulver	ex 30.01	Glandes et autres organes à usages opothérapeutiques, à l'état desséché, même pulvérisés
Kapitel 32		Chapitre 32	
ex 32.01	Pflanzliche Gerbstoffauszüge, ausgenommen Mimosaauszüge und Quebrachoauszüge	ex 32.01	Extraits tannants d'origine végétale, à l'exception des extraits de mimosa et de quebracho
32.02		32.02	
32.03		32.03	
32.04		32.04	
Kapitel 33		Chapitre 33	
ex 33.01	Ätherische Öle (auch terpenfrei gemacht), flüssig oder fest (konkret), ausgenommen ätherische Öle von Zitrusfrüchten; Resinoide	ex 33.01	Huiles essentielles (déterpénées ou non), liquides ou concrètes, à l'exception des huiles essentielles d'agrumes; résinoïdes
33.02		33.02	
33.03		33.03	
33.04		33.04	
Kapitel 38		Chapitre 38	
38.01		38.01	
38.02		38.02	
38.04		38.04	
38.05		38.05	
38.06		38.06	
ex 38.07	Balsamterpentinöle; Sulfatterpentinöl, roh; Dipenten, roh	ex 38.07	Essence de térébenthine; essence de papeterie au sulfate, brute; dipentène brut
38.08		38.08	
38.10		38.10	
Kapitel 40		Chapitre 40	
40.05		40.05	
ex 40.07	Garne aus Spinnstoffen, mit Weichkautschuk getränkt oder überzogen	ex 40.07	Fils textiles imprégnés ou recouverts de caoutchouc vulcanisé
40.15		40.15	
Kapitel 41		Chapitre 41	
41.02		41.02	
ex 41.03	Schaf- und Lammlleder, nach dem Gerben bearbeitet	ex 41.03	Peaux d'ovins, travaillées après tannage
ex 41.04	Ziegen- und Zickelleder, nach dem Gerben bearbeitet	ex 41.04	Peaux de caprins, travaillées après tannage
41.05		41.05	
41.06		41.06	
41.07		41.07	
41.10		41.10	
Kapitel 43		Chapitre 43	
43.02		43.02	
Kapitel 44		Chapitre 44	
44.06		44.06	
bis		à	
44.13		44.13	
44.16		44.16	
44.17		44.17	
44.18		44.18	

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Capitolo 30		Hoofdstuk 30	
ex 30.01	Ghiandole ed altri organi per usi opoterapici, disseccati, anche polverizzati	ex 30.01	Klieren en andere organen voor opotherapeutisch gebruik, gedroogd, ook indien in poedervorm
Capitolo 32		Hoofdstuk 32	
ex 32.01	Estratti concianti di origine vegetale, esclusi gli estratti di mimosa e di quebracho	ex 32.01	Looi-extracten van plantaardige oorsprong, met uitzondering van extracten van mimosabast en van quebracho
32.02		32.02	
32.03		32.03	
32.04		32.04	
Capitolo 33		Hoofdstuk 33	
ex 33.01	Oli essenziali (deterpenati o no), essenze concrete o assolute, esclusi gli oli essenziali di agrumi; resinoidi	ex 33.01	Etherische oliën (ook indien daaruit de terpenen zijn afgesplitst), vloeibaar of vast, met uitzondering van etherische oliën van citrusvruchten; harsaroma's
33.02		33.02	
33.03		33.03	
33.04		33.04	
Capitolo 38		Hoofdstuk 38	
38.01		38.01	
38.02		38.02	
38.04		38.04	
38.05		38.05	
38.06		38.06	
ex 38.07	Essenza di trementina; essenza recuperata nella fabbricazione della cellulosa al solfato, greggia; dipentene greggio	ex 38.07	Terpentijnolie; ruwe sulfaatterpentijnolie; ruw dipenteen
38.08		38.08	
38.10		38.10	
Capitolo 40		Hoofdstuk 40	
40.05		40.05	
ex 40.07	Filati tessili imbevuti o ricoperti di gomma vulcanizzata	ex 40.07	Textielgaren geïmpregneerd of bedekt met geïmpregneerde rubber
40.15		40.15	
Capitolo 41		Hoofdstuk 41	
41.02		41.02	
ex 41.03	Pelli ovine, lavorate dopo la concia	ex 41.03	Schapeleder, bewerkt na het looiproces
ex 41.04	Pelli caprine, lavorate dopo la concia	ex 41.04	Geiteleder, bewerkt na het looiproces
41.05		41.05	
41.06		41.06	
41.07		41.07	
41.10		41.10	
Capitolo 43		Hoofdstuk 43	
43.02		43.02	
Capitolo 44		Hoofdstuk 44	
44.06		44.06	
a		tot/met	
44.13		44.13	
44.16		44.16	
44.17		44.17	
44.18		44.18	

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Kapitel 48		Chapitre 48	
ex 48.01	Zeitungsdruckpapier in Rollen	ex 48.01	Papier journal présenté en bobines
Kapitel 50		Chapitre 50	
50.06		50.06	
50.08		50.08	
Kapitel 52		Chapitre 52	
52.01		52.01	
Kapitel 53		Chapitre 53	
53.06		53.06	
bis		à	
53.09		53.09	
Kapitel 54		Chapitre 54	
54.03		54.03	
Kapitel 55		Chapitre 55	
55.05		55.05	
Kapitel 57		Chapitre 57	
ex 57.05	Hanfgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 57.05	Fils de chanvre, non conditionnés pour la vente au détail
ex 57.06	Jutegarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 57.06	Fils de jute, non conditionnés pour la vente au détail
ex 57.07	Garne aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 57.07	Fils d'autres fibres textiles végétales, non conditionnés pour la vente au détail
ex 57.08	Papiergarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	ex 57.08	Fils de papier, non conditionnés pour la vente au détail
Kapitel 68		Chapitre 68	
68.01		68.01	
68.03		68.03	
68.08		68.08	
ex 68.10	Baumaterial aus Gips oder aus Gemischen auf der Grundlage von Gips	ex 68.10	Matériaux de construction en plâtre ou en compositions à base de plâtre
ex 68.11	Baumaterial aus Zement oder Beton, Betonwerksteine und dergleichen, auch bewehrt, einschließlich Baumaterial aus Hüttenzement oder Terrazzo	ex 68.11	Matériaux de construction en ciment, en béton ou en pierre artificielle, même armés, y compris ceux en ciment de laitier ou en granits
ex 68.12	Baumaterial aus Asbestzement, Zellulosezement oder dergleichen	ex 68.12	Matériaux de construction en amianteciment, cellulose-ciment et similaires
ex 68.13	Bearbeiteter Asbest; Gemische auf der Grundlage von Asbest oder auf der Grundlage von Asbest und Magnesiumkarbonat	ex 68.13	Amiante travaillé; mélanges à base d'amiante ou à base d'amiante et de carbonate de magnésium
Kapitel 69		Chapitre 69	
69.01		69.01	
69.02		69.02	
69.04		69.04	
69.05		69.05	
Kapitel 70		Chapitre 70	
ex 70.01	Glas in Brocken (ausgenommen optisches Glas)	ex 70.01	Verre en masse (à l'exception du verre d'optique)
70.02		70.02	
70.03		70.03	
70.04		70.04	
70.05		70.05	
70.06		70.06	
70.16		70.16	

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Capitolo 48		Hoofdstuk 48	
ex 48.01	Carta destinata a giornali presentata in rotoli	ex 48.01	Courantenpapier op rollen
Capitolo 50		Hoofdstuk 50	
50.06		50.06	
50.08		50.08	
Capitolo 52		Hoofdstuk 52	
52.01		52.01	
Capitolo 53		Hoofdstuk 53	
53.06		53.06	
a		tot/met	
53.09		53.09	
Capitolo 54		Hoofdstuk 54	
54.03		54.03	
Capitolo 55		Hoofdstuk 55	
55.05		55.05	
Capitolo 57		Hoofdstuk 57	
ex 57.05	Filati di canapa, non preparati per la vendita al minuto	ex 57.05	Garens van hennep, niet gereed voor de verkoop in het klein
ex 57.06	Filati di juta, non preparati per la vendita al minuto	ex 57.06	Garens van jute, niet gereed voor de verkoop in het klein
ex 57.07	Filati di altre fibre tessili vegetali, non preparati per la vendita al minuto	ex 57.07	Garens van andere plantaardige textielvezels, niet gereed voor de verkoop in het klein
ex 57.08	Filati di carta, non preparati per la vendita al minuto	ex 57.08	Papiergarens, niet gereed voor de verkoop in het klein
Capitolo 68		Hoofdstuk 68	
68.01		68.01	
68.03		68.03	
68.08		68.08	
ex 68.10	Materiali da costruzione di gesso o di composizioni a base di gesso	ex 68.10	Bouwmaterialen van gips of van gipspreparaten
ex 68.11	Materiali da costruzione di cemento, di calcestruzzo o di pietra artificiale, anche armati, compresi quelli di cemento di scoria o di granito	ex 68.11	Bouwmaterialen van cement, van beton of van kunststeen, ook indien gewapend, die van slakkencement of van granito daaronder begrepen
ex 68.12	Materiali da costruzione di amianto-cemento, cellulosa-cemento e simili	ex 68.12	Bouwmaterialen van asbestcement, van cellulosecement en dergelijke
ex 68.13	Amianto lavorato; miscele a base di amianto o a base di amianto e di carbonato di magnesio	ex 68.13	Bewerkte asbestvezels; mengsels samengesteld met asbest of met asbest en magnesiumcarbonaat
Capitolo 69		Hoofdstuk 69	
69.01		69.01	
69.02		69.02	
69.04		69.04	
69.05		69.05	
Capitolo 70		Hoofdstuk 70	
ex 70.01	Vetro in massa (escluso il vetro da ottica)	ex 70.01	Glasmassa (met uitzondering van optisch glas)
70.02		70.02	
70.03		70.03	
70.04		70.04	
70.05		70.05	
70.06		70.06	
70.16		70.16	

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Kapitel 71		Chapitre 71	
ex 71.05	Silber und Silberlegierungen, unbearbeitet	ex 71.05	Argent et alliages d'argent, bruts
ex 71.06	Silberplattierungen, unbearbeitet	ex 71.06	Plaqué ou doublé d'argent, brut
ex 71.07	Gold und Goldlegierungen, unbearbeitet	ex 71.07	Or et alliages d'or, bruts
ex 71.08	Goldplattierungen (auf unedlen Metallen oder auf Silber), unbearbeitet	ex 71.08	Plaqué ou doublé d'or sur métaux communs ou sur argent, brut
ex 71.09	Platin, Platinbeimetallo, ihre Legierungen, unbearbeitet	ex 71.09	Platine et métaux de la mine du platine et leurs alliages, bruts
ex 71.10	Platin- und Platinbeimetalloplattierungen (auf unedlen Metallen oder auf Edelmetallen), unbearbeitet	ex 71.10	Plaqué ou doublé de platine ou de métaux de la mine du platine sur métaux communs ou sur métaux précieux, bruts
Kapitel 73		Chapitre 73	
73.04		73.04	
73.05		73.05	
ex 73.07	Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen und Platinen, aus Stahl (ausgenommen Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl); Stahl, nur vorgeschmiedet oder gehämmert (Schmiedehalbzeug)	ex 73.07	Fer et acier en blooms, billettes, brames et largets (à l'exception des produits relevant de la C.E.C.A.); fer et acier simplement dégrossis par forgeage ou par martelage (ébauches de forge)
ex 73.10	Stabstahl, warmgewalzt, warm stranggepreßt oder geschmiedet (einschließlich Walzdraht); Stabstahl, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Hohlbohrerstäbe aus Stahl, zum Herstellen von Bohrern und Bohrstangen für Bergwerke geeignet (ausgenommen Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	ex 73.10	Barres en fer ou en acier, laminées ou filées à chaud ou forgées (y compris le fil machine); barres en fer ou en acier, obtenus ou parachevées à froid; barres creuses en acier pour le forage des mines (à l'exception des produits relevant de la C.E.C.A.)
ex 73.11	Profile aus Stahl, warm gewalzt, warm stranggepreßt, geschmiedet, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Spundwandisen aus Stahl, auch gelocht oder aus zusammengesetzten Elementen hergestellt (ausgenommen Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	ex 73.11	Profilés en fer ou en acier, laminés ou filés à chaud, forgés ou bien obtenus ou parachevés à froid; palplanches en fer ou en acier, même percées ou faites d'éléments assemblés (à l'exception des produits relevant de la C.E.C.A.)
ex 73.12	Bandstahl, warm oder kalt gewalzt, (ausgenommen Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	ex 73.12	Feuillards en fer ou en acier laminés à chaud ou à froid (à l'exception des produits relevant de la C.E.C.A.)
ex 73.13	Bleche aus Stahl, warm oder kalt gewalzt (ausgenommen Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	ex 73.13	Tôles de fer ou d'acier, laminées à chaud ou à froid (à l'exception des produits relevant de la C.E.C.A.)
73.14		73.14	
ex 73.15	Qualitätskohlenstoffstahl und legierte Stähle, in den in den Positionen 73.06 bis 73.14 aufgeführten Formen (ausgenommen Waren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	ex 73.15	Aciers alliés et acier fin ou carbone sous les formes indiquées aux nos 73.06 à 73.14 inclus (à l'exception des produits relevant de la C.E.C.A.)
Kapitel 74		Chapitre 74	
74.03		74.03	
74.04		74.04	
ex 74.05	Blattmetall, Folien und dünne Bänder, aus Kupfer, auch geprägt, zugeschnitten, gelocht, überzogen oder bedruckt (ausgenommen solche, die auf Unterlagen befestigt sind)	ex 74.05	Feuilles et bandes minces en cuivre, même gaufrées, découpées, perforées, revêtues ou imprimées (autres que celles fixées sur support)
ex 74.06	Pulver aus Kupfer (ausgenommen feines Pulver)	ex 74.06	Poudre de cuivre (autre qu'impalpable)

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Capitolo 71		Hoofdstuk 71	
ex 71.05	Argento e sue leghe, greggi	ex 71.05	Zilver en zilverlegeringen, onbewerkt
ex 71.06	Metalli comuni placcati o ricoperti di argento, greggi	ex 71.06	Metalen geplateerd met zilver, onbewerkt
ex 71.07	Oro e sue leghe, greggi	ex 71.07	Goud en goudlegeringen, onbewerkt
ex 71.08	Metalli comuni o argento, placcati o ricoperti di oro, greggi	ex 71.08	Onedele metalen en zilver, geplateerd met goud, onbewerkt
ex 71.09	Platino e metalli del gruppo del platino e loro leghe, greggi	ex 71.09	Platina en platinametalen, alsmede legeringen daarvan, onbewerkt
ex 71.10	Metalli comuni o metalli preziosi, placcati o ricoperti di platino o di metalli del gruppo del platino, greggi	ex 71.10	Onedele en edele metalen, geplateerd met platina of met platinametalen, onbewerkt
Capitolo 73		Hoofdstuk 73	
73.04		73.04	
73.05		73.05	
ex 73.07	Ferro e acciaio in blumi, billette, bramme e bidoni (esclusi i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio); ferro e acciaio semplicemente sbozzati per fucinatura o per martellatura (sbozzi di forgia)	ex 73.07	Blooms, billets, bramen en largets, van ijzer of van staal (met uitzondering van de produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.); smeedstukken van ijzer of van staal, enkel ruw voorgesmeed
ex 73.10	Barre di ferro o di acciaio, laminate o estruse a caldo o fucinate (compresa la vergella e bordione); barre di ferro o di acciaio ottenute o rifinite a freddo; barre forate di acciaio per la perforazione delle mine (esclusi i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio)	ex 73.10	Staven van ijzer of van staal, warm gewalst of warm geperst dan wel gesmeed (walsdraad daaronder begrepen); staven van ijzer of van staal, verkregen door koud bewerken of door koud nabewerken; holle staven van staal voor mijnboringen (met uitzondering van de produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.)
ex 73.11	Profilati di ferro o di acciaio, laminati o estrusi a caldo, fucinati oppure ottenuti o rifiniti a freddo; palancole di ferro o di acciaio, anche forate o fatte di elementi riuniti (esclusi i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio)	ex 73.11	Profielijzer en profielstaal, warm gewalst of warm geperst, gesmeed of verkregen door koud bewerken of door koud nabewerken; damwandprofielen van ijzer of van staal, ook indien van gaten voorzien of bestaande uit aaneengezette delen (met uitzondering van de produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.)
ex 73.12	Nastri di ferro o di acciaio laminati a caldo o a freddo (esclusi i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio)	ex 73.12	Bandijzer en bandstaal, warm of koud gewalst (met uitzondering van de produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.)
ex 73.13	Lamiere di ferro o di acciaio, laminate a caldo o a freddo (esclusi i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio)	ex 73.13	Plaatijzer en plaatstaal, warm of koud gewalst (met uitzondering van de produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.)
73.14		73.14	
ex 73.15	Acciai legati e acciaio fino al carbonio, nelle forme indicate alle voci dal n. 73.06 al n. 73.14 inclusi (esclusi i prodotti della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio)	ex 73.15	Gelegeerd staal en koolstofstaal in de vormen aangeduid in de posten 73.06 tot en met 73.14 (met uitzondering van de produkten vallende onder de regeling van de E.G.K.S.)
Capitolo 74		Hoofdstuk 74	
74.03		74.03	
74.04		74.04	
ex 74.05	Fogli e nastri sottili di rame, anche goffrati, tagliati, perforati, ricoperti o stampati (esclusi quelli fissati su supporto)	ex 74.05	Bladkoper, ook indien gegaufreerd, gesneden, deperforeerd, bekleed of bedrukt (ander dan op een drager bevestigd)
ex 74.06	Polvere di rame (esclusa quella impalpabile)	ex 74.06	Poeder van koper (ander dan stuifpoeder)

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Kapitel 75		Chapitre 75	
75.02		75.02	
75.03		75.03	
ex 75.05	Anoden zum Vernickeln, gegossen, roh	ex 75.05	Anodes pour nickelage, brutes de coulée
Kapitel 76		Chapitre 76	
76.02		76.02	
76.03		76.03	
ex 76.04	Blattmetall, Folien und dünne Bänder, aus Aluminium, auch geprägt, zugeschnitten, gelocht, überzogen oder bedruckt (ausgenommen solche, die auf Unterlagen befestigt sind)	ex 76.04	Feuilles et bandes minces d'aluminium, même gaufrées, découpées, perforées, revêtues ou imprimées (autres que celles fixées sur support)
ex 76.05	Pulver aus Aluminium (ausgenommen feines Pulver)	ex 76.05	Poudre d'aluminium (autre qu'impalpable)
Kapitel 77		Chapitre 77	
ex 77.02	Stäbe (Stangen), Profile, Draht, Bleche, Tafeln, Bänder und Drehspäne, nach Größe sortiert, aus Magnesium; Pulver aus Magnesium (ausgenommen feines Pulver)	ex 77.02	Magnésium sous forme de barres, profilés, fils, tôles, feuilles, bandes et tournures calibrées; poudre de magnésium (autre qu'impalpable)
ex 77.04	Stäbe (Stangen), Profile, Draht, Bleche, Tafeln und Bänder, aus Beryllium (Glucinium)	ex 77.04	Béryllium (glucinium) sous forme de barres, profilés, fils, tôles, feuilles et bandes
Kapitel 78		Chapitre 78	
78.02		78.02	
78.03		78.03	
ex 78.04	Folien und dünne Bänder aus Blei, auch geprägt, zugeschnitten, gelocht, überzogen oder bedruckt (ausgenommen solche, die auf Unterlagen befestigt sind)	ex 78.04	Feuilles et bandes minces en plomb, même gaufrées, découpées, perforées, revêtues ou imprimées (à l'exception de celles fixées sur support)
Kapitel 79		Chapitre 79	
79.02		79.02	
79.03		79.03	
Kapitel 80		Chapitre 80	
80.02		80.02	
80.03		80.03	
ex 80.04	Blattmetall, Folien und dünne Bänder, aus Zinn, auch geprägt, zugeschnitten, gelocht, überzogen oder bedruckt (ausgenommen solche, die auf Unterlagen befestigt sind)	ex 80.04	Feuilles et bandes minces en étain, même gaufrées, découpées, perforées, revêtues ou imprimées (à l'exception de celles fixées sur support)
Kapitel 81		Chapitre 81	
ex 81.01	Stäbe (Stangen), Profile, Bleche, Platten, Bänder, Draht und Fäden, aus Wolfram	ex 81.01	Tungstène (wolfram) sous forme de barres, profilés, tôles, feuilles, bandes, fils, filaments
ex 81.02	Stäbe (Stangen), Profile, Bleche, Platten, Bänder, Draht und Fäden, aus Molybdän	ex 81.02	Molybdène sous forme de barres, profilés, tôles, feuilles, bandes, fils, filaments
ex 81.03	Stäbe (Stangen), Profile, Bleche, Platten, Bänder, Draht und Fäden, aus Tantal	ex 81.03	Tantale sous forme de barres, profilés, tôles, feuilles, bandes, fils, filaments
ex 81.04	Stäbe (Stangen), Profile, Bleche, Platten, Bänder, Draht und Fäden, aus anderen unedlen Metallen.	ex 81.04	Autres métaux communs sous forme de barres, profilés, tôles, feuilles, bandes, fils, filaments
Kapitel 93		Chapitre 93	
ex 93.06	Schaftrohlinge für Gewehre	ex 93.06	Bois de fusils
Kapitel 95		Chapitre 95	
ex 95.01 bis	Schnitzstoffe: roh zugerichtet, d. h. Platten, Scheiben, Stäbe, Rohre und dergleichen, weder poliert noch anders bearbeitet	ex 95.01 à ex 95.07	Matières à tailler: dégrossissages, c'est-à-dire, plaques, feuilles, baguettes, tubes et formes similaires, non polis ni autrement ouvrés
Kapitel 98		Chapitre 98	
ex 98.11	Pfeifenrohformen		Ébauchons pour pipes

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Capitolo 75		Hoofdstuk 75	
75.02		75.02	
75.03		75.03	
ex 75.05	Anodi per nichellatura, greggi di colata	ex 75.05	Anoden om te vernikkelen, ruw gegoten
Capitolo 76		Hoofdstuk 76	
76.02		76.02	
76.03		76.03	
ex 76.04	Fogli e nastri sottili di alluminio, anche gofrati, tagliati, perforati, ricoperti o stampati (esclusi quelli fissati su supporto)	ex 76.04	Bladaluminium, ook indien gegaufreerd, gesneden, deperforeerd, bekleed of bedrukt (ander dan op een drager bevestigd)
ex 76.05	Polvere di alluminio (esclusa quella impalpabile)	ex 76.05	Poeder van aluminium (ander dan stuifpoeder)
Capitolo 77		Hoofdstuk 77	
ex 77.02	Magnesio in barre, profilati, fili, lamiere, fogli, nastri e torniture calibrate; polvere di magnesio (esclusa quella impalpabile)	ex 77.02	Staven, profielen, draad, platen, bladen, strippen en gekalibreerd draaisel, van magnesium; magnesiumpoeder (ander dan stuifpoeder)
ex 77.04	Berillio (glucinio) in barre, profilati, fili, lamiere, fogli e nastri	ex 77.04	Beryllium (glucinium) in staven, profielen, draad, platen, bladen en strippen
Capitolo 78		Hoofdstuk 78	
78.02		78.02	
78.03		78.03	
ex 78.04	Fogli e nastri sottili di piombo, anche gofrati, tagliati, perforati, ricoperti o stampati (esclusi quelli fissati su supporto)	ex 78.04	Loodfoelie, ook indien gegaufreerd, gesneden, geperforeerd, bekleed of bedrukt (met uitzondering van die op een drager bevestigd)
Capitolo 79		Hoofdstuk 79	
79.02		79.02	
79.03		79.03	
Capitolo 80		Hoofdstuk 80	
80.02		80.02	
80.03		80.03	
ex 80.04	Fogli e nastri sottili di stagno, anche gofrati, tagliati, perforati, ricoperti o stampati (esclusi quelli fissati su supporto)	ex 80.04	Tinfolie (stanniool), ook indien gegaufreerd, gesneden, geperforeerd, bekleed of bedrukt (met uitzondering van die op een drager bevestigd)
Capitolo 81		Hoofdstuk 81	
ex 81.01	Tungsteno (wolframio) in barre, profilati, lamiere, fogli, nastri, fili, filamenti	ex 81.01	Wolfram in staven, profielen, platen, bladen, strippen, draad
ex 81.02	Molibdeno in barre, profilati, lamiere, fogli, nastri, fili, filamenti	ex 81.02	Molybdeen in staven, profielen, platen, bladen, strippen, draad
ex 81.03	Tantalio in barre, profilati, lamiere, fogli, nastri, fili, filamenti	ex 81.03	Tantalium in staven, profielen, platen, bladen, strippen, draad
ex 81.04	Altri metalli comuni in barre, profilati, lamiere, fogli, nastri, fili, filamenti	ex 81.04	Andere onedele metalen in staven, profielen, platen, bladen, strippen, draad
Capitolo 93		Hoofdstuk 93	
ex 93.06	Parti in legno per fucili	ex 93.06	Kolven voor geweren, van hout
Capitolo 95		Hoofdstuk 95	
ex 95.01	Materie da intagliare: semilavorati, cioè	ex 95.01	Stoffen geschikt om te worden gesneden:
a	placche, fogli, bacchette, tubi e forme simili,	tot/met	voorbewerkt d.w.z. platen, bladen, staafjes,
ex 95.07	non lucidati nè altrimenti lavorati	ex 95.07	buizen of dergelijke vormen, niet gepolijst en niet anders bewerkt
Capitolo 98		Hoofdstuk 98	
ex 98.11	Sbozzi di pipe	ex 98.11	Ebauchons voor pijpen

Liste D

Liste der Tarifpositionen,
bei denen der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs
15 % nicht übersteigen darf

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 28	
	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen
ex 28.01	
ex 28.04	Wasserstoff; Edelgase; andere Nichtmetalle (ausgenommen Selen und Phosphor)
28.05	
bis	
28.10	
ex 28.11	Arseniksäureanhydrid; Arsensäuren
28.13	
bis	
28.22	
28.24	
28.26	
bis	
28.31	
ex 28.32	Chlorate (ausgenommen Natrium- und Kaliumchlorat) und Perchlorate
ex 28.34	Oxyjodide und Perjodate
28.35	
bis	
28.45	
28.47	
bis	
28.58	

Liste D

Liste des positions tarifaires
pour lesquelles les droits du tarif douanier commun
ne peuvent dépasser 15 %

Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Chapitre 28	
	Produits chimiques inorganiques; composés inorganiques ou organiques de métaux précieux, d'éléments radioactifs, de métaux des terres rares et d'isotopes
ex 28.01	Halogènes (à l'exception de l'iode brut et du brome)
ex 28.04	Hydrogène; gaz rares; autres métalloïdes (à l'exception du sélénium et du phosphore)
28.05	
à	
28.10	
ex 28.11	Anhydride arsénieux; acide arsénique
28.13	
à	
28.22	
28.24	
28.26	
à	
28.31	
ex 28.32	Chlorates (à l'exception du chlorate de sodium et du chlorate de potassium) et perchlorates
ex 28.34	Oxyiodures et periodates
28.35	
à	
28.45	
28.47	
à	
28.58	

Liste E

Liste der Tarifpositionen,
bei denen der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs
25 % nicht übersteigen darf

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung
Kapitel 29	
	Organische chemische Erzeugnisse
ex 29.01	Kohlenwasserstoffe (ausgenommen Naphthalin)
29.02	
29.03	
ex 29.04	Acyclische Alkohole, ihre Halogen-, Sulfo-, Nitro- und Nitrosoderivate (ausgenommen Butyl- und Isobutylalkohole)

Liste E

Liste des positions tarifaires
pour lesquelles les droits du tarif douanier commun
ne peuvent dépasser 25 %

Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Chapitre 29	
	Produits chimiques organiques
ex 29.01	Hydrocarbures (à l'exception du naphthalène)
29.02	
29.03	
ex 29.04	Alcools acycliques et leurs dérivés halogénés, sulfonés, nitrés, nitrosés, (à l'exception des alcools butyliques et isobutyliques)

Elenco D

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il dazio della tariffa doganale comune non può sorpassare il 15 %

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti
Capitolo 28	
	Prodotti chimici inorganici; composti inorganici od organici dei metalli preziosi, degli elementi radioattivi, dei metalli delle terre rare e degli isotopi
ex 28.01	Alogeni (esclusi lo iodio greggio e il bromo)
ex 28.04	Idrogeno; gas rari, altri metalloidi (esclusi il selenio e il fosforo)
28.05	
a	
28.10	
ex 28.11	Anidride arseniosa; acido arsenico
28.13	
a	
28.22	
28.24	
28.26	
a	
28.31	
ex 28.32	Clorati (esclusi il clorato di sodio e il clorato di potassio) e perclorati
ex 28.34	Ossioduri e periodati
28.35	
a	
28.45	
28.47	
a	
28.58	

Elenco E

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il dazio della tariffa doganale comune non può sorpassare il 25 %

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti
Capitolo 29	
	Prodotti chimici organici
ex 29.01	Idrocarburi (esclusa la naftalina)
29.02	
29.03	
ex 29.04	Alcoli aciclici e loro derivati alogenati, solfonati, nitrati, nitrosi (esclusi gli alcoli butilici e isobutilici)

Lijst D

Lijst van de tariefposten waarvoor de invoerrechten van het gemeenschappelijk douanetarief 15 % niet mogen overschrijden

Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Hoofdstuk 28	
	Anorganische chemische produkten; anorganische of organische verbindingen van edele metalen, van radioactieve elementen, van zeldzame aardmetalen et van isotopen
ex 28.01	Halogenen (met uitzondering van ruwe jodium en van broom)
ex 28.04	Waterstof; edele gassen; andere metalloiden (met uitzondering van selenium en van fosfor)
28.05	
tot/met	
28.10	
ex 28.11	Arseentrioxijde, arseenzuur
28.13	
tot/met	
28.22	
28.24	
28.26	
tot/met	
28.31	
ex 28.32	Chloraten (met uitzondering van natriumchloraat en van kaliumchloraat) en perchloraten
ex 28.34	Oxyjodiden en perjodaten
28.35	
tot/met	
28.45	
28.47	
tot/met	
28.58	

Lijst E

Lijst van de tariefposten waarvoor de invoerrechten vat het gemeenschappelijk douanetarief 25 % niet mogen overschrijden

Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Hoofdstuk 29	
	Organische chemische produkten
ex 29.01	Koolwaterstoffen (met uitzondering van naftaleen)
29.02	
29.03	
ex 29.04	Acyclische alcoholen, alsmede halogeen-, sulfo-, nitro- en nitrosoderivaten daarvan (met uitzondering van butyl- en isobutylalcoholen)

Nummer des Zolltarif-Brüsseler schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
29.05		29.05	
ex 29.06	Phenole (ausgenommen Phenol, Kresole und Xylenole) und Phenolalkohole	ex 29.06	Phénols (à l'exception du phénol, des crésols et des xylénols) et phénols-alcools
29.07		29.07	
bis		à	
29.45		29.45	
Kapitel 32		Chapitre 32	
32.05		32.05	
32.06		32.06	
Kapitel 39		Chapitre 39	
39.01		39.01	
bis		à	
39.06		39.06	

Liste F

Liste der Tarifpositionen,
bei denen der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs
im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt ist

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zolltarif (Zollsatz in % des Wertes)
1	2	3
ex 01.01	Pferde, lebend, zum Schlachten	11
ex 01.02	Rinder, lebend (andere als reinrassige Rinder zu Zucht-zwecken*)	16
ex 01.03	Schweine, lebend (andere als reinrassige Schweine zu Zucht-zwecken*)	16
ex 02.01	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall, frisch, gekühlt oder gefroren: - von Pferden - von Rindern*) - von Schweinen*)	16 20 20
02.02	Hausgeflügel, nicht lebend, und genießbarer Schlachtabfall hiervon (ausgenommen Lebern), frisch, gekühlt oder gefroren	18
ex 02.06	Fleisch von Pferden, gesalzen oder getrocknet	16

*) Nur soweit es sich um Haustiere handelt

Liste F

Liste des positions tarifaires
pour lesquelles les droits du tarif douanier commun
ont été fixés d'un commun accord

Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3
ex 01.01	Chevaux vivants destinés à la boucherie	11
ex 01.02	Animaux vivants de l'espèce bovine (autres que les animaux reproducteurs de race pure*)	16
ex 01.03	Animaux vivants de l'espèce porcine (autres que les animaux reproducteurs de race pure*)	16
ex 02.01	Viandes et apats comestibles, frais réfrigérés ou congelés: - de l'espèce chevaline - de l'espèce bovine*) - de l'espèce porcine*)	16 20 20
02.02	Volailles mortes de basse-cour et leurs abats comestibles (à l'exclusion des foies), frais, réfrigérés ou congelés	18
ex 02.06	Viandes salées ou séchées de cheval	16

*) Ne sont visés que les animaux des espèces domestiques

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
29.05		29.05	
ex 29.06	Fenoli (esclusi il fenolo, i cresoli e gli xilenoli) e fenoli-alcoli	ex 29.06	Fenolen (met uitzondering van fenol, van kresolen en van xylenolen) en fenolalcoholen
29.07		29.07	
a		tot/met	
29.45		29.45	
Capitolo 32		Hoofdstuk 32	
32.05		32.05	
32.06		32.06	
Capitolo 39		Hoofdstuk 39	
39.01		39.01	
a		tot/met	
39.06		39.06	

Elenco F

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il dazio della tariffa doganale comune è stato fissato di comune accordo

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Tariffa doganale comune (dazio sul valore in %)
1	2	3
ex 01.01	Cavalli vivi destinati alla macellazione	11
ex 01.02	Animali vivi della specie bovina (esclusi gli animali riproduttori di razza pura*)	16
ex 01.03	Animali vivi della specie suina (esclusi gli animali riproduttori di razza pura*)	16
ex 02.01	Carni e frattaglie commestibili, fresche, refrigerate o congelate:	
	- della specie equina	16
	- della specie bovina*)	20
	- della specie suina*)	20
ex 02.02	Volatili morti da cortile e loro frattaglie commestibili (escluso il fegato), freschi, refrigerati o congelati	18
ex 02.06	Carni salate o secche di cavallo	16

*) Sono compresi soltanto gli animali domestici.

Lijst F

Lijst van de tariefposten waarvoor de invoerrechten van het gemeenschappelijk douanetarief in onderlinge overeenstemming zijn vastgesteld

Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Gemeenschappelijk douanetarief (invoerrecht naar de waarde in %)
1	2	3
ex 01.01	Levende slachtpaarden	11
ex 01.02	Levende runderen (andere dan fokdieren van zuiver ras*)	16
ex 01.03	Levende varkens (andere dan fokdieren van zuiver ras*)	16
ex 02.01	Vlees en eetbare slachtafvalfen, vers, gekoeld of bevroren	
	- van paarden	16
	- van runderen*)	20
	- van varkens*)	20
ex 02.02	Dood pluimvee, alsmede de daarvan afkomstige eetbare slachtafvalfen (met uitzondering van levers), vers, gekoeld of bevroren	18
ex 02.06	Gezouten of gedroogd paardvlees	16

*) Voor zover behorende de gewone veestapel.

Nummer des Brüsseler Zolltarif- schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zolltarif (Zollsatz in % des Wertes)	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3	1	2	3
ex 03.01	Süßwasserfische, frisch (lebend oder nicht lebend), gekühlt oder gefroren: - Forellen und andere Salmoniden - andere	16 10	ex 03.01	Poissons d'eau douce, frais (vivants ou morts), réfrigérés ou congelés: - Truites et autres salmonidés - Autres	16 10
ex 03.03	Krebstiere und Weichtiere (auch ohne Panzer oder Schale), frisch (lebend oder nicht lebend), gekühlt, gefroren, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake; Krebstiere in ihrem Panzer, nur in Wasser gekocht: - Langusten und Hummern - Krabben und Garnelen - Austern	25 18 18	ex 03.03	Crustacés, mollusques et coquillages (même séparés de leur carapace ou coquille), frais (vivants ou morts), réfrigérés, congelés, séchés, salés ou en saumure; crustacés non décortiqués, simplement cuits à l'eau: - Langoustes et homards - Crabes et crevettes - Huitres	25 18 18
04.03	Butter	24	04.03	Beurre	24
ex 04.05	Vogeleier in der Schale, frisch oder haltbar gemacht: - vom 16. 2. bis 31. 8. - vom 1. 9. bis 15. 2.	12 15	ex 04.05	Œufs d'oiseaux, en coquilles, frais ou conservés: - du 16/2 au 31/8 - du 1/9 au 15/2	12 15
04.06	Natürlicher Honig	30	04.06	Miel naturel	30
ex 05.07	Bettfedern und Daunen, roh	0	ex 05.07	Plumes à lit et duvet, bruts	0
05.08	Knochen und Stirnbeinzapfen, roh, entfettet oder einfach bearbeitet (aber nicht zugeschnitten), mit Säure behandelt oder auch entleimt; Mehl und Abfälle dieser Stoffe	0	05.08	Os et cornillons, bruts, dégraissés ou simplement préparés, mais non découpés en forme, acidulés ou bien dégelatinés; poudres et déchets de ces matières	0
ex 06.03	Blüten und Blütenknospen, geschnitten, zu Binde- oder Zierzwecken, frisch: - vom 1. 6. bis 31. 10. - vom 1. 11. bis 31. 5.	24 20	ex 06.03	Fleurs et boutons de fleurs coupés, pour bouquets ou pour ornements, frais: - du 1/6 au 31/10 - du 1/11 au 31/5	24 20
07.01	Gemüse und Küchenkräuter, frisch oder gekühlt: - Speisezwiebeln, Schalotten und Knoblauch - Frühkartoffeln: - vom 1. 1. bis 15. 5. - vom 16. 5. bis 30. 6. - andere ¹⁾	12 15 21	07.01	Légumes et plantes potagères, à l'état frais ou réfrigéré: - Oignons, échalottes, aux - Pommes de terre de premiers: - du 1/1 au 15/5 - du 16/5 au 30/6 - Autres ¹⁾	12 15 21

¹⁾ Grundsätzlich wird der Zollsatz in Höhe des einfachen Mittels festgelegt. Etwaige Berichtigungen können durch die Festsetzung von Saisonzöllen im Rahmen der Agrarpolitik der Gemeinschaft durchgeführt werden.

¹⁾ En principe, le taux est fixé au niveau de la moyenne arithmétique. Un ajustement éventuel pourra être effectué en fixant les droits saisonniers dans le cadre de la politique agricole de la Communauté.

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Tariiffa doganale comune (dazio sul valore in ‰)	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Gemeenschappelijk douanetariet (invoerrecht naar de waarde in *)
1	2	3	1	2	3
ex 03.01	Pesci di acqua dolce, freschi (vivi o morti), refrigerati o congelati: - Trote e altri salmonidi - Altri	16 10	ex 03.01	Zoetwatervis, vers (levend of dood), gekoeld of bevroren - forellen en andere zalmvissen - andere	16 10
ex 03.03	Crostacei, molluschi e testacei (anche separati dal loro guscio o dalla loro conchiglia), freschi (vivi o morti), refrigerati, congelati, secchi, salati o in salamoia; crostacei non sgusciati, semplicemente cotti in acqua: - Aragoste e astachi - Granchi e gamberetti - Ostriche	25 18 18	ex 03.03	Schaal-, schelp- en weekdieren (ook indien ontdaan van schaal of schelp), vers (levend of dood), gekoeld, bevroren, gedroogd, gezouten of gepekeld; schaaldieren in de schaal, enkel gekookt in water - langoesten en zee kreeften - krabben en garnalen - oesters	25 18 18
04.03	Burro	24	04.03	Boter	24
ex 04.05	Uova di volatili, in guscio, fresche o conservate: - dal 16-2 al 31-8 - dall'1-9 al 15-2	12 15	ex 04.05	Vogeleieren in de schaal, vers of verduurzaamd - van 16-2 tot/met 31-8 - van 1-9 tot/met 15-2	12 15
04.06	Miele naturale	30	04.06	Natuurhoning	30
ex 05.07	Piume da letto e calugine, gregge	0	ex 05.07	Bedveren en dons, ruw	0
05.08	Ossa (comprese quelle interne delle corna), gregge, sgrassate o semplicemente preparate, ma non tagliate in forma determinata, acidulate o degelatinate; loro polveri e cascami	0	05.08	Beenderen en hoornpitten, ruw, ontvet of eenvoudig voorbehandeld, doch niet in vorm gesneden, met zuur behandeld of ontdaan van gelatine; poeder en afval van deze stoffen	0
ex 06.03	Fiori e boccioli di fiori recisi, per mazzi o per ornamenti, freschi: - dall'1-6 al 31-10 - dall'1-11 al 31-5	24 20	ex 06.03	Afgesneden bloemen, bloesems en bloemknoppen, voor bloemstukken of voor versiering, vers - van 1-6 tot/met 31-10 - van 1-11 tot/met 31-5	24 20
07.01	Ortaggi e piante mangerecce, freschi o refrigerati: - Cipolle, scalogne, agli - Patate primaticce: - dall'1-1 al 15-5 - dal 16-5 al 30-6 - Altri ¹⁾	12 15 21	07.01	Groenten en moeskruiden, vers of gekoeld - uien, sjalotten, knoflook - nieuwe aardappelen (primieurs) van 1-1 tot/met 15-5 van 16-5 tot/met 30/6 - andere ¹⁾	12 15 21

¹⁾ Di massima, il dazio è stabilito al livello della media aritmetica. Un eventuale adeguamento potrà essere effettuato fissando i dazi stagionali nel quadro della politica agricola della Comunità.

¹⁾ In beginsel wordt het invoerrecht vastgesteld op het peil van het rekenkundig gemiddelde. Een eventuele aanpassing zal tot stand kunnen worden gebracht door vaststelling van de seizoenrechten in het kader van de landbouwpolitiek van de Gemeenschap.

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zolltarif (Zollsatz in % des Wertes)	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3	1	2	3
07.04	Gemüse und Küchenkräuter, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, aber nicht weiter zubereitet:		07.04	Légumes et plantes potagères, desséchés, déshydratés ou évaporés, même coupés en morceaux ou en tranches ou bien broyés, ou pulvérisés, mais non autrement préparés:	
	- Speisezwiebeln	20		- Oignons	20
	- andere	16		- Autres	16
ex 07.05	Trockene ausgelöste Hülsenfrüchte, auch geschält oder zerkleinert:		ex 07.05	Légumes à cosse, secs, écosés, même décortiqués ou cassés:	
	- Erbsen und Bohnen	10		- Pois et haricots	10
ex 08.01	Bananen, frisch	20	ex 08.01	Bananes fraîches	20
08.02	Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet:		08.02	Agrumes, fraîches ou sèches:	
	- Apfelsinen:			- Oranges:	
	- vom 15. 3. bis 30. 9.	15		- du 15/3 au 30/9	15
	- außerhalb dieses Zeitabschnitts	20		- en dehors de cette période	20
	- Mandarinen und Clementinen	20		- Mandarines et clémentines	20
	- Zitronen	8		- Citrons	8
	- Pampelmusen	12		- Pamplemousses	12
	- andere	16		- Autres	16
ex 08.04	Weintrauben, frisch:		ex 08.04	Raisins frais:	
	- vom 1. 11. bis 14. 7.	18		- du 1/11 au 14/7	18
	- vom 15. 7. bis 31. 10.	22		- du 15/7 au 31/10	22
08.06	Apfel, Birnen und Quitten, frisch ¹⁾		08.06	Pommes, poires et coings, frais ¹⁾	
08.07	Steinobst, frisch:		08.07	Fruits à noyaux, frais:	
	- Aprikosen	25		- Abricots	25
	- anderes ¹⁾			- Autres ¹⁾	
ex 08.12	Pflaumen, getrocknet	18	ex 08.12	Pruneaux	18
ex 09.01	Kaffee, roh	16	ex 09.01	Café vert	16
10.01 bis 10.07	Getreide ²⁾		10.01 à 10.07	Céréales ²⁾	
ex 11.01	Weizenmehl ²⁾		ex 11.01	Farine de froment ²⁾	
12.01	Olisaaten und ölhaltige Früchte, auch zerkleinert	0	12.01	Graines et fruits oléagineux, même concassés	0

1) Grundsätzlich wird der Zollsatz in Höhe des einfachen Mittels festgelegt. Etwaige Berichtigungen können durch die Festsetzung von Saisonzöllen im Rahmen der Agrarpolitik der Gemeinschaft durchgeführt werden.

2) a) Die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Getreide und Weizenmehl ergeben sich aus dem einfachen Mittel der tarifmäßigen Zollsätze.

b) Abweichend von Artikel 23 können die Mitgliedstaaten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die anzuwendenden Regeln im Rahmen der in Artikel 40 Absatz 2 vorgesehenen Maßnahmen festgelegt werden, die Erhebung des Zolles für diese Waren aussetzen.

c) Falls die Erzeugung oder Verarbeitung von Getreide oder Weizenmehl in einem Mitgliedstaat durch die in einem anderen Mitgliedstaat vorgenommene Aussetzung der Zollsätze ernsthaft gefährdet oder beeinträchtigt wird, nehmen die betreffenden Mitgliedstaaten miteinander Verhandlungen auf. Führen diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so kann die Kommission den geschädigten Staat ermächtigen, geeignete, in ihrer Art und Weise von der Kommission festgelegte Maßnahmen zu treffen, soweit der Unterschied gegenüber dem Gestehungspreis nicht durch eine innere Getreidemarktordnung des Mitgliedstaats, der die Aussetzung vornimmt, ausgeglichen wird.

1) En principe, le taux est fixé au niveau de la moyenne arithmétique. Un ajustement éventuel pourra être effectué en fixant les droits saisonniers dans le cadre de la politique agricole de la Communauté.

2) a) Les droits du tarif douanier commun sur les céréales et la farine de froment s'établissent au niveau de la moyenne arithmétique des droits inscrits.

b) Jusqu'au moment où le régime à appliquer sera déterminé dans le cadre des mesures prévues à l'article 40 paragraphe 2, les États membres pourront, par dérogation aux dispositions de l'article 23, suspendre la perception des droits sur ces produits.

c) Au cas où la production ou la transformation de céréales et de farine de froment dans un État membre se trouve gravement menacée, ou compromise par la suspension de droits dans un autre État membre, les États membres intéressés engagent des négociations entre eux. Si ces négociations n'aboutissent à aucun résultat, la Commission peut autoriser l'État lésé à prendre les mesures appropriées, dont elle fixe les modalités dans la mesure où la différence de prix de revient n'est pas compensée par l'existence d'une organisation interne du marché des céréales de l'État membre qui pratique la suspension.

1	2	3	1	2	3
1	2	3	1	2	3
07.04	Ortaggi e piante mangerecce, disseccati, disidratati o evaporati, anche tagliati in pezzi o in fette oppure macinati o polverizzati, ma non altrimenti preparati:		07.04	Groenten en moeskruiden, gedroogd, gedehydrateerd of geëvaporeerd, ook indien in stukken of in schijven gesneden, dan wel fijngemaakt of in poedervorm, doch niet op andere wijze bereid:	
	- Cipolle	20		- uien	20
	- Altri	16		- andere	16
ex 07.05	Legumi da granella, secchi, sgranati, anche decorticati o spezzati:		ex 07.05	Gedroogde zaden van peulgroenten, ook indien gepeld of gebroken	
	- Piselli e fagioli	10		- erwt en bonen	10
ex 08.01	Banane fresche	20	ex 08.01	Bananen, vers	20
08.02	Agrumi freschi o secchi:		08.02	Citrusvruchten, vers of gedroogd:	
	- Aranci:			- sinaasappelen	
	- dal 15-3 al 30-9	15		- 15-3 tot/met 30-9	15
	- al di fuori di questo periodo	20		- buiten dit tijdperk	20
	- Mandarini e clementine	20		- mandarijnen en clementines	20
	- Limoni	8		- citroenen	8
	- Pompelmi	12		- pompelmoezen	12
	- Altri	16		- andere	16
ex 08.04	Uve fresche:		ex 08.04	Druiven:	
	- dall' 1-11 al 14-7	18		- van 1-11 tot/met 14-7	18
	- dal 15-7 al 31-10	22		- van 15-7 tot/met 31-10	22
08.06	Mele, pere e cotogne, fresche ¹⁾		08.06	Appelen, peren en kweeperen, vers ¹⁾	
08.07	Frutta a nocciolo, fresca:		08.07	Steenfruit, vers:	
	- Albicocche	25		- abrikozen	25
	- Altre ¹⁾			- andere ¹⁾	
ex 08.12	Prugne	18	ex 08.12	Pruimen, gedroogd	18
ex 09.01	Caffè crudo	16	ex 09.01	Koffie, ongebrand	16
10.01			10.01		
a	Cereali ²⁾		tot/met	Granen ²⁾	
10.07			10.07		
ex 11.01	Farina di frumento ²⁾		ex 11.01	Tarwemeel ²⁾	
12.01	Semi e frutti oleosi, anche frantumati	0	12.01	Oliehoudende zaden en vruchten, ook indien gebroken	0

1) Di massima, il dazio è stabilito al livello della media aritmetica. Un eventuale adeguamento potrà essere effettuato fissando i dazi stagionali nel quadro della politica agricola della Comunità.

2) a) I dazi della tariffa doganale comune sui cereali e la farina di frumento si fissano al livello della media aritmetica dei dazi iscritti.

b) Fino al momento in cui il regime da applicare sarà determinato nel quadro delle misure previste dall'articolo 40, paragrafo 2, gli Stati membri potranno, in deroga alle disposizioni dell'articolo 23, sospendere la riscossione dei dazi su questi prodotti.

c) Nei casi in cui, in uno Stato membro, la produzione o la trasformazione dei cereali e della farina di frumento sia gravemente minacciata o compromessa a causa della sospensione dei dazi in un altro Stato membro, gli Stati membri interessati inizieranno negoziati fra loro. Se questi negoziati non perverranno ad alcun risultato, la Commissione può autorizzare lo Stato leso a prendere idonei provvedimenti, di cui fisserà le modalità, nella misura in cui la differenza del costo non venga compensata dall'esistenza, nello Stato membro che pratica la sospensione, di una organizzazione interna del mercato dei cereali.

1) In beginsel wordt het invoerrecht vastgesteld op het peil van het rekenkundig gemiddelde. Een eventuele aanpassing zal tot stand kunnen worden gebracht door vaststelling van de seizoenrechten in het kader van de landbouwpolitiek van de Gemeenschap.

2) a) De invoerrechten van het gemeenschappelijk douanetarief op granen en tarwemeel komen tot stand op het peil van het rekenkundig gemiddelde van de ingeschreven rechten.

b) Tot het tijdstip waarop het toe te passen stelsel zal zijn uitgewerkt in het kader van de maatregelen bedoeld in artikel 40, lid 2, zullen de Lid-Staten, in afwijking van de bepalingen van artikel 23, de heffing van de rechten op deze producten kunnen schorsen.

c) Wanneer een Lid-Staat met betrekking tot de produktie of de verwerking van granen en tarwemeel ernstig wordt bedreigd of benadeeld door de schorsing van rechten in een andere Lid-Staat, treden de betrokken Lid-Staaten met elkander in onderhandeling. Ingeval deze onderhandelingen niet tot enig resultaat leiden, kan de Commissie de benadeelde Staat machtigen, passende maatregelen te treffen, waarvan zij de wijze van toepassing vaststelt, voor zover het verschil in kostprijs niet wordt gecompenseerd door het bestaan van een interne organisatie van de graanmarkt in de Lid-Staat die de schorsing toepast.

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zolltarif (Zollsatz in % des Wertes)	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3	1	2	3
ex 12.03	Samen zur Aussaat (andere als von Rüben)	10	ex 12.03	Graines à ensemercer (autres que de betteraves)	10
12.06	Hopfen (Blütenzapfen) und Hopfenmehl	12	12.06	Houblon (cônes et lupuline)	12
15.15	Bienenwachs und anderes Insektenwachs, auch gefärbt:		15.15	Cires d'abeilles et d'autres insectes même artificiellement colorées:	
	- roh	0		- brutes	0
	- anderes	10		- autres	10
15.16	Pflanzenwachs, auch gefärbt:		15.16	Cires végétales, même artificiellement colorées	
	- roh	0		- brutes	0
	- anderes	8		- autres	8
ex 16.04	Fische, zubereitet oder haltbar gemacht:		ex 16.04	Préparations et conserves de poissons:	
	- Salmoniden	20		- Salmonidés	20
ex 16.05	Krebstiere, zubereitet oder haltbar gemacht	20	ex 16.05	Crustacés, préparés ou conservés	20
17.01	Rüben- und Rohrzucker, fest	80	17.01	Sucres de betteraves et de canne, à l'état solide	80
18.01	Kakaobohnen, auch Bruch, roh oder geröstet	9	18.01	Cacao en fèves et brisures de fèves, bruts ou torréfiés	9
18.02	Kakaoschalen, Kakaohäutchen und anderer Kakaoabfall	9	18.02	Coques, pelures, pellicules et déchets de cacao	9
19.02	Zubereitungen zur Ernährung von Kindern oder zum Diät- oder Küchengebrauch auf der Grundlage von Mehl, Stärke oder Malz-Extrakt, auch mit einem Gehalt an Kakao von weniger als 50 Gewichtshundertteilen	25	19.02	Préparations pour l'alimentation des enfants ou pour usages diététiques ou culinaires, à base de farines, fécules ou extraits de malt, même additionnées de cacao dans une proportion inférieure à 50% en poids	25
ex 20.02	Sauerkraut	20	ex 20.02	Choucroute	20
21.07	Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen	25	21.07	Préparations alimentaires non dénommées ni comprises ailleurs	25
22.04	Traubenmost, teilweise vergoren, auch ohne Alkohol stummgemacht	40	22.04	Mouts de raisins partiellement fermentés, mêmes mûts autrement qu'à l'alcool	40
23.01	Mehl, ungenießbar:		23.01	Farines et poudres impropres à l'alimentation humaine:	
	- von Fleisch und von Schlachtabfall; Grieben	4		- de viandes et d'abats; cretons	4
	- von Fischen, von Krebstieren oder von Weichtieren	5		- de poissons, de crustacés ou de mollusques	5
24.01	Tabak, unverarbeitet; Tabakabfälle	30	24.01	Tabacs bruts ou non fabriqués; déchets de tabac	30

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Tariffa doganale comune (dazio sul valore in %)	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Gemeenschappelijk douanetarief (invocerredt naar de waarde in %)
1	2	3	1	2	3
ex 12.03	Semi da sementa (esclusi quelli di barbabietole)	10	ex 12.03	Zaaizaden (andere dan bie-tezaad)	10
12.06	Luppolo (coni e luppolina)	12	12.06	Hop (hopbellen en lupuline)	12
15.15	Cere di api e di altri insetti anche artificialmente colorate:		15.15	Bijenwas en was van andere insekten, ook indien gekleurd	
	- gregge	0		- ruw	0
	- altre	10		- andere	10
15.16	Cere vegetali, anche artificialmente colorate:		15.16	Plantaardige was, ook indien gekleurd	
	- gregge	0		- ruw	0
	- altre	8		- andere	8
ex 16.04	Preparazioni e conserve di pesci:		ex 16.04	Bereidingen en conserven, van vis:	
	- Salmonidi	20		- zalmvissen	20
ex 16.05	Crostacei, preparati o conservati	20	ex 16.05	Bereidingen en conserven van schaaldieren	20
17.01	Zucchero di barbabietole e di canna, allo stato solido	80	17.01	Beetwortelsuiker en riet-suiker, in vaste vorm	80
18.01	Cacao in grani anche infranto, greggio o torrefatto	9	18.01	Cacaobonen, ook indien gebroken, al dan niet gebrand	9
18.02	Gusci, bucce, pellicole e cascami di cacao	9	18.02	Cacaodoppen, cacaoschillen, cacaovliesen en andere afvallen van cacao	9
19.02	Preparazioni per l'alimentazione dei fanciulli, per usi dietetici o di cucina, a base di farine, fecole o estratti di malto, anche addizionati di cacao in misura inferiore al 50% in peso	25	19.02	Meel-, zetmeel- en mout-extractpreparaten voor kindervoeding, voor dieetvoeding of voor keukengebruik, zonder cacao en met minder dan 50 gewichtspercenten cacao	25
ex 20.02	Crauti	20	ex 20.02	Zuurkool	20
21.07	Preparazioni alimentari non nominate nè comprese altrove	25	21.07	Produkten voor menselijke consumptie, niet elders genoemd noch elders onder begrepen	25
22.04	Mosti di uve parzialmente fermentati, anche mutizzati con metodi diversi dalla aggiunta di alcole	40	22.04	Gedeeltelijk gegiste druivenmost, ook indien de gisting op andere wijze dan door toevoegen van alcohol is gestuit	40
23.01	Farine e polveri non adatte all'alimentazione umana:		23.01	Meel en poeder ongeschikt voor menselijke consumptie:	
	- di carni e frattaglie; ciccioli	4		- van vlees en van afvallen van vlees; kanen	4
	- di pesci, di crostacei o di molluschi	5		- van vis, van schaal-, schelp- of weekdieren	5
24.01	Tabacchi greggi o non lavorati; cascami di tabacco	30	24.01	Ruwe en niet tot verbruik bereide tabak; afvallen van tabak	30

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zolltarif (Zollsatz in % des Wertes)	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3	1	2	3
ex 25.07	Kaolin, Sillimanit	0	ex 25.07	Kaolin, sillimanite	0
ex 25.15	Marmor, roh oder roh behauen, auch durch Sägen lediglich zerteilt, mit einer Dicke von mehr als 25 cm	0	ex 25.15	Marbres bruts ou équarris y compris ceux débités par sciage d'une épaisseur supérieure à 25 cm	0
ex 25.16	Granit, Porphyre, Basalt, Sandstein und andere Werksteine, roh oder roh behauen, auch durch Sägen lediglich zerteilt, mit einer Dicke von mehr als 25 cm	0	ex 25.16	Granit, porphyre, basalte, grès et autres pierres de taille ou de construction, bruts ou équarris y compris ceux débités par sciage d'une épaisseur supérieure à 25 cm	0
25.19	Natürliches Magnesiumkarbonat (Magnesit), auch gebrannt, ausgenommen reines Magnesiumoxyd	0	25.19	Carbonate de magnésium naturel (magnésite), même calciné, à l'exclusion de l'oxyde de magnésium	0
ex 25.27	Talkum in Packungen mit einem Reingewicht von 1 kg oder weniger	8	ex 25.27	Talc en emballages d'un poids net d'un kilo ou moins	8
ex 27.07	Phenole, Kresole und Xylenole, unbearbeitet	3	ex 27.07	Phénols, crésols et xylénols, bruts	3
27.09	Erdöl und Schieferöl, unbearbeitet	0	27.09	Huiles brutes de pétrole ou de schistes	0
ex 27.14	Petrolkoks	0	ex 27.14	Coke de pétrole	0
28.03	Kohlenstoff (z. B. Gasruß oder carbon black, Acetylenruß, Anthrazenruß, Lampenruß)	5	28.03	Carbone (noir de gaz de pétrole ou carbon black, noirs d'acétylène, noirs anthracéniques, autres noirs de fumée, etc.)	5
ex 28.04	Phosphor	15	ex 28.04	Phosphore	15
	Selen	0		Sélénium	0
28.23	Eisenoxyde und -hydroxyde, einschließlich Farberden auf der Grundlage von natürlichem Eisenoxyd mit einem Gehalt an gebundenem Eisen, berechnet als Fe_2O_3 , von 70 Gewichtshundertteilen oder mehr	10	28.23	Oxydes et hydroxydes de fer (y compris les terres colorantes à base d'oxyde de fer naturel, contenant en poids 70% et plus de fer combiné évalué en Fe_2O_3)	10
28.25	Titanoxyde	15	28.25	Oxydes de titane	15
ex 28.32	Natrium- und Kaliumchlorat	10	ex 28.32	Chlorates de sodium et de potassium	10
ex 29.01	Aromatische Kohlenwasserstoffe: - Naphthalin	8	ex 29.01	Hydrocarbures aromatiques: - Naphtalène	8
ex 29.04	Tertiärer Butylalkohol	8	ex 29.04	Alcool butylique tertiaire	8
ex 32.07	Titanweiß	15	ex 32.07	Blanc de titane	15
ex 33.01	Ätherische Öle von Zitrusfrüchten (auch terpenfrei gemacht), flüssig oder fest (konkret)	12	ex 33.01	Huiles essentielles d'agrumes, déterpénées ou non, liquides ou concrètes	12

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Tariffa doganale comune (dazio sul valore in %)	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Gemeenschappelijk douanetarief (invoerrecht naar de waarde in %)
1	2	3	1	2	3
ex 25.07	Caolino, sillimanite	0	ex 25.07	Kaoline, sillimaniet	0
ex 25.15	Marmi greggi o squadriati compresi quelli segati, aventi uno spessore di più di 25 cm.	0	ex 25.15	Marmer, onbewerkt of enkel kantrecht behouwen of gezaagd op een dikte van meer dan 25 cm	0
ex 25.16	Granito, porfido, basalto, arenarie e altre pietre da taglio o da costruzione, greggi o squadriati compresi quelli segati, aventi uno spessore di più di 25 cm.	0	ex 25.16	Graniet, porfier, basalt, zandsteen en andere natuursteen voor de steenhouwerij, onbewerkt of enkel kantrecht behouwen of gezaagd op een dikte van meer dan 25 cm	0
25.19	Carbonato di magnesio naturale (magnesite), anche calcinato, escluso l'ossido di magnesio	0	25.19	Natuurlijk magnesiumcarbonaat (magnesiet) ook indien gebrand of gesinterd, met uitzondering van magnesiumoxyde	0
ex 25.27	Talco in imballaggi del peso netto di kg. 1 o meno	8	ex 25.27	Talk in verpakking met een nettogewicht van 1 kg of minder	8
ex 27.07	Fenoli, cresoli, xilenoli, greggi	3	ex 27.07	Fenolen, kresolen en xyleneolen, ruw	3
27.09	Oli greggi di petrolio o di scisti	0	27.09	Ruwe aardolie en ruwe leisteenolie	0
27.14	Coke di petrolio	0	ex 27.14	Petroleumcokes	0
28.03	Carbone (nero di gas di petrolio o carbone blk, neri d'acetilene, neri di antracene, altri neri fumo, ecc.)	5	28.03	Koolstof (zwartsel uit aardgas of carbonblack, acetyleenzwart, anthraceenzwart, ander zwartsel, enz.)	5
ex 28.04	Fosforo	15	ex 28.04	Fosfor	15
	Selenio	0		Selenium	0
28.23	Ossidi e idrossidi di ferro (comprese le terre coloranti a base di ossido di ferro naturale, contenenti in peso 70% e più di ferro combinato, calcolato come Fe ₂ O ₃)	10	28.23	Ijzeroxyden en ijzerhydroxyden (natuurlijke ijzerhoudende verfaarden, welke in totaal 70 gewichtspercenten of meer ijzerverbindingen, berekend als Fe ₂ O ₃ , bevatten, daaronder begrepen)	10
28.25	Ossidi di titanio	15	28.25	Titaanoxyden	15
ex 28.32	Clorati di sodio e di potassio	10	ex 28.32	Natriumchloraat en kaliumchloraat	10
ex 29.01	Idrocarburi aromatici:		ex 29.01	Aromatische koolwaterstoffen:	
	- Naftalina	8		- Naftaleen	8
ex 29.04	Alcole butilico terziario	8	ex 29.04	Tertiaire butylacohol	8
ex 32.07	Bianco di titanio	15	ex 32.07	Titaanwit	15
ex 33.01	Oli essenziali di agrumi, de-terpenati o non, essenze concrete o assolute	12	ex 33.01	Etherische oliën van citrusvruchten (ook indien daaruit de terpenen zijn afgesplitst), vloeibaar of vast	12

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zolltarif (Zollsatz in % des Wertes)	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3	1	2	3
34.04	Künstliche Wachse, einschließlich wasserlösliche; zubereitete Wachse, nicht emulgiert und ohne Lösungsmittel	12	34.04	Cires artificielles, y compris celles solubles dans l'eau; cires préparées non émulsionnées et sans solvant	12
ex 40.07	Fäden und Kordeln aus Weichkautschuk, auch mit Spinnstoffzeugnissen überzogen	15	ex 40.07	Fils et cordes de caoutchouc vulcanisé, même recouverts de textiles	15
41.01	Rohe Häute und Felle (frisch, gesalzen, getrocknet, geäschert oder gepickelt)	0	41.01	Peaux brutes (fraîches, salées, séchées, chaulées, picklées), y compris les peaux d'ovins lainées	0
ex 41.03	Schaf- und Lammleder, nur gegerbt: - von indischen Metis - andere	0 6	ex 41.03	Peaux d'ovins, simplement tannées: - de métis des Indes - autres	0 6
ex 41.04	Ziegen- und Zickelleder, nur gegerbt: - von indischen Ziegen - andere	0 7	ex 41.04	Peaux de caprins, simplement tannées: - de chèvres des Indes - autres	0 7
41.08	Lackleder und metallisiertes Leder	12	41.08	Cuirs et peaux vernis ou métallisés	12
44.14	Holzurniere, durch Sägen, Messern oder Rundschälen hergestellt, mit einer Dicke von 5 mm oder weniger, auch mit Papier oder Gewebe einseitig verstärkt	10	44.14	Feuilles de placage en bois, sciées, tranchées ou déroulées, d'une épaisseur égale ou inférieure à 5 mm, même renforcées sur une face de papier ou de tissu	10
44.15	Furniertes Holz und Sperrholzplatten, auch in Verbindung mit anderen Stoffen; Hölzer mit Einlegearbeit (Intarsien oder Marketerie)	15	44.15	Bois plaqués ou contre-plaqués, même avec adjonction d'autres matières; bois marquetés ou incrustés	15
53.04	Reißspinnstoff aus Wolle oder feinen oder groben Tierhaaren	0	53.04	Effilochés de laine et de poils (fins ou grossiers)	0
54.01	Flachs, roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	0	54.01	Lin brut, roui, teillé, peigné ou autrement traité, mais non filé; étoupes et déchets (y compris les effilochés)	0
54.02	Ramie, roh, geschält, entleimt, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	0	54.02	Ramie brute, décortiquée, dégommée, peignée ou autrement traitée, mais non filée; étoupes et déchets (y compris les effilochés)	0
55.01	Baumwolle, weder gekrem-pelt noch gekämmt	0	55.01	Coton en masse	0
ex 55.02	Baumwoll-Linters, roh	0	ex 55.02	Linters de coton, bruts	0

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Tariffa doganale comune (dazio sul valore in %)	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Gemeenschappelijk douanetarief (invoerrecht naar de waarde in %)
1	2	3	1	2	3
34.04	Cere artificiali, comprese quelle solubili nell'acqua; cere preparate non emulsionate e senza solvente	12	34.04	Kunstwas, ook indien oplosbaar in water; bereide was, niet geëmulgeerd en zonder oplosmiddelen	12
ex 40.07	Filati e corde di gomma vulcanizzata, anche ricoperti di materie tessili	15	ex 40.07	Draad en koord van ge vulcaniseerde rubber, ook indien omwoeld of omvlochten met textiel	15
41.01	Pelli gregge (fresche, salate, secche, trattate alla calce, piclate), comprese quelle di ovini munite del vello	0	41.01	Huiden en vellen, ongeloid (vers, gezouten, gedroogd, gekalkt of gepekeld), ongelooide schapevachten daaronder begrepen	0
ex 41.03	Pelli ovine, semplicemente conciate: - di meticci delle Indie - altre	0 6	ex 41.03	Schapeleder, enkel geloid: - van Indische bastaards - andere	0 6
ex 41.04	Pelli caprine, semplicemente conciate: - di capre delle Indie - altre	0 7	ex 41.04	Geiteleder, enkel geloid: - van Indische geiten - andere	0 7
41.08	Cuoio e pelli verniciati o metallizzati	12	41.08	Lakleder en gemetalliseerd leder	12
44.14	Fogli da impiallacciatura di legno, segati, tranciati o sfogliati, dello spessore non superiore a mm. 5, anche rinforzati su una faccia con carta o con tessuto	10	44.14	Fineer, verkregen door zagen, snijden of schillen, met een dikte van niet meer dan 5 mm, ook indien aan één zijde versterkt met papier of met weefsel	10
44.15	Legno impiallacciato e legno compensato, anche commisti con altre materie; legno intarsiato o incrostato	15	44.15	Duplex-, triplex- en multiplexhout en met fineer bekleed hout, ook indien samengesteld met andere stoffen; inlegwerk van hout	15
53.04	Sfilacciati di lana e di peli (fini o grossolani)	0	53.04	Rafelwol en rafelingen van fijn of van grof haar	0
54.01	Lino greggio, macerato, stigliato, pettinato o altrimenti preparato, ma non filato; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati)	0	54.01	Vlas, ruw, geroot, gezwingseld, gehekeld of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)	0
54.02	Ramiè greggio, decorticato, sgommato, pettinato o altrimenti preparato, ma non filato; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati)	0	54.02	Ramee, ruw, afgeschraapt, ontgomd, gekamd of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)	0
55.01	Cotone in massa	0	55.01	Katoen, niet gekaard en niet gekamd	0
ex 55.02	Linters di cotone, greggi	0	ex 55.02	Linters van katoen, ruw	0

Nummer des Brüsseler Zolltarit- schemas	Warenbezeichnung	Gemeinsamer Zollsatz (Zollsatz in % des Wertes)	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits	Tarif douanier commun (taux ad valorem en %)
1	2	3	1	2	3
55.03	Abfälle von Baumwolle (einschließlich Reißspinnstoff), weder gekrempelt noch gekämmt	0	55.03	Déchets de coton (y compris les effilochés) non peignés ni cardés	0
57.01	Hanf (Cannabis sativa), roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	0	57.01	Chanvre (Cannabis sativa) brut, roui, teillé, peigné ou autrement traité, mais non filé; étoupes et déchets (y compris les effilochés)	0
57.02	Manilahanf (Abaca oder Musa textilis), roh oder bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	0	57.02	Abaca (chanvre de Manille ou Musa textilis) brut, en filasse ou travaillé, mais non filé; étoupes et déchets (y compris les effilochés)	0
57.03	Jute, roh, geschält oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	0	57.03	Jute brut, décortiqué ou autrement traité, mais non filé; étoupes et déchets (y compris les effilochés)	0
74.01	Kupfermatte; Rohkupfer (Kupfer zum Raffinieren und raffiniertes Kupfer); Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Kupfer	0	74.01	Mattes de cuivre; cuivre brut (cuivre pour affinage et cuivre affiné); déchets et débris de cuivre	0
74.02	Kupfervorlegierungen	0	74.02	Cupro-alliages	0
75.01	Nickelmatte, Nickelspeise und andere Zwischenerzeugnisse der Nickelherstellung; Rohnickel (ausgenommen Anoden der Position 75.05); Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Nickel	0	75.01	Mattes, speiss et autres produits intermédiaires de la métallurgie du nickel; nickel brut (à l'exclusion des anodes du n° 75.05); déchets et débris de nickel	0
80.01	Rohzinn; Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Zinn	0	80.01	Etain brut; déchets et débris d'étain	0
ex 85.08	Zündkerzen	18	ex 85.08	Bougies d'allumage	18

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Tariffa doganale comune (dazio sul valore in ‰)	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen	Gemeenschappelijk douanetarief (invoerrecht naar de waarde in ‰)
1	2	3	1	2	3
55.03	Cascami di cotone (compresi gli sfilacciati) non pettinati nè cardati	0	55.03	Afval van katoen (rafelingen daaronder begrepen), niet gekaard en niet gekamd	0
57.01	Canapa (Cannabis sativa) greggia, macerata, stigliata, pettinata o altrimenti preparata, ma non filata; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati)	0	57.01	Hennep (Cannabis sativa), ruw, geroot, gezwingeld, gehekeld of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)	0
57.02	Abaca (canapa di Manilla o Musa textilis) greggia, in filaccia o preparata, ma non filata; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati)	0	57.02	Manillahennep (abaca of musa textilis), ruw, gehekeld of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)	0
57.03	Juta greggia, decorticata o altrimenti preparata, ma non filata; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati)	0	57.03	Jute, ruw, ontdaan van het hout of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)	0
74.01	Metalline cuprifere; rame greggio (rame da affinazione e rame raffinato); cascami e rottami di rame	0	74.01	Kopersteen of ruwsteen; ruw of gezuiverd koper; resten en afvallen van koper	0
74.02	Cupro-leghe	0	74.02	Cuprolegeringen	0
75.01	Metalline, speiss ed altri prodotti intermedi della metallurgia del nichelio; nichelio greggio (esclusi gli anodi della voce n. 75.05); cascami e rottami di nichelio	0	75.01	Nikkelmatte, nikkelspijs en andere tussenprodukten van de nikkelmetallurgie; ruw nikkel (met uitzondering van de anoden bedoeld bij post 75.05); resten en afvallen van nikkel	0
80.01	Stagno greggio; cascami e rottami di stagno	0	80.01	Ruwe tin; resten en afvallen van tin	0
ex 85.08	Candele di accensione	18	ex 85.08	Ontstekingsbougies	18

Liste G

Liste der Tarifpositionen, bei denen über den Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs zwischen den Mitgliedstaaten zu verhandeln ist

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
ex 03.01	Seefische, frisch (lebend oder nicht lebend), gekühlt oder gefroren
03.02	Fische, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert
04.04	Käse und Quark
11.02	Grobgries und Feingries; Getreidekörner geschält, geschliffen, perlförmig geschliffen, geschrotet oder gequetscht (einschließlich Flocken), ausgenommen enthülster, geschliffener oder glasierter Reis und Bruchreis; Getreidekeime, auch gemahlen
11.07	Malz, auch geröstet
ex 15.01	Schweineschmalz
15.02	Talg von Rindern, Schafen oder Ziegen, roh oder ausgeschmolzen, einschließlich Premier Jus
15.03	Schmalzstearin; Oleostearin; Schmalzöl, Oleomargarine und Talgöl, weder emulgiert, vermischt noch anders verarbeitet
ex 15.04	Walöl, auch raffiniert
15.07	Fette pflanzliche Ole, flüssig oder fest, roh, gereinigt oder raffiniert
15.12	Tierische und pflanzliche Fette und Ole, gehärtet, auch raffiniert, jedoch nicht weiter verarbeitet
18.03	Kakaomasse, auch entfettet
18.04	Kakaobutter, einschließlich Kakaofett
18.05	Kakaopulver, nicht gezuckert
18.06	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen
19.07	Brot, Schiffszwieback und andere gewöhnliche Backwaren, ohne Zusatz von Zucker, Honig, Eiern, Fett, Käse oder Früchten
19.08	Feine Backwaren auch mit beliebigem Gehalt an Kakao
21.02	Auszüge oder Essenzen aus Kaffee, Tee oder Mate; Zubereitungen auf der Grundlage solcher Auszüge oder Essenzen
22.05	Wein aus frischen Weintrauben; mit Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben

Liste G

Liste des positions tarifaires pour lesquelles les droits du tarif douanier commun doivent faire l'objet d'une négociation entre les États membres

Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
ex 03.01	Poissons de mer frais (vivants ou morts), réfrigérés ou congelés
03.02	Poissons simplement salés, ou en saumure, séchés ou fumés
04.04	Fromages et caillebotte
11.02	Gruaux, semoules; grains mondés, perlés, concassés, aplatis (y compris les flocons), à l'exception du riz pélé, glacé, poli ou en brisures; germes de céréales, même en farines
11.07	Malt, même torréfié
ex 15.01	Saindoux et autres graisses de porc, pressées ou fondues
15.02	Suifs des espèces bovine, ovine et caprine, bruts ou fondus, y compris les suifs dits « premiers jus »
15.03	Stéarine solaire; oléo-stéarine; huile de saindoux et oléo-margarine non émulsionnée, sans mélange ni aucune préparation
ex 15.04	Huile de baleine, même raffinée
15.07	Huiles végétales fixes, fluides ou concrètes, brutes épurées ou raffinées
15.12	Graisses et huiles animales ou végétales hydrogénés même raffinées mais non préparées
18.03	Cacao en masse ou en pains (pâte de cacao), même dégraissé
18.04	Beurre de cacao, y compris la graisse et l'huile de cacao
18.05	Cacao en poudre, non sucré
18.06	Chocolat et autres préparations alimentaires contenant du cacao
19.07	Pains, biscuits de mer et autres produits de la boulangerie ordinaire, sans addition de sucre, de miel, d'œufs, de matières grasses, de fromage ou de fruits
19.08	Produits de la boulangerie fine, de la pâtisserie et de la biscuiterie, même additionnés de cacao en toutes proportions
21.02	Extraits ou essences de café, de thé ou de maté; préparations à base de ces extraits ou essences
22.05	Vins de raisins frais; moûts de raisins frais mutés à l'alcool (y compris les mistelles)

Elenco G

Elenco delle posizioni di tariffa per le quali il dazio della tariffa doganale comune deve formare oggetto di negoziato tra gli Stati membri

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti
ex 03.01	Pesci di mare freschi (vivi o morti), refrigerati o congelati
03.02	Pesci semplicemente salati, o in salamoia, secchi o affumicati
04.04	Formaggi e latticini
11.02	Semole, semolini; cereali mondati, perlati, spezzati, schiacciati (compresi i fiocchi) esclusi il riso pilato, brillato, lucidato e quello spezzato; germi di cereali, anche sfarinati
11.07	Malto, anche torrefatto
ex 15.01	Strutto e altri grassi di maiale, pressati o fusi
15.02	Sevi della specie bovina, ovina e caprina, greggi o fusi, compresi i sevi detti « primo sugo »
15.03	Stearina solare; oleostearina; olio di strutto e oleomargarina non emulsionata, non mescolati nè altrimenti preparati
ex 15.04	Olio di balena, anche raffinato
15.07	Oli vegetali fissi, fluidi o concreti, greggi, depurati o raffinati
15.12	Grassi e oli animali o vegetali idrogenati, anche raffinati ma non preparati
18.03	Cacao in massa o in pani (pasta di cacao), anche sgrassato
18.04	Burro di cacao, compreso il grasso e l'olio di cacao
18.05	Cacao in polvere, non zuccherato
18.06	Cioccolato e altre preparazioni alimentari contenenti cacao
19.07	Pane, biscotto di mare ed altri prodotti della panetteria ordinaria, senza aggiunta di zuccheri, miele, uova, materie grasse, formaggio o frutta
19.08	Prodotti della panetteria fine, della pasticceria e della biscotteria, anche addizionati di cacao in qualsiasi proporzione
21.02	Estratti o essenze di caffè, di tè o di maté; preparazioni a base di questi estratti o essenze
22.05	Vini di uve fresche; mosti di uve fresche mutizzati con l'alcole (mistelle)

Lijst G

Lijst van de tariefposten waarover de Lid-Staten met elkaar moeten onderhandelen inzake de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief

Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
ex 03.01	Zeevis, vers (levend of dood), gekoeld of bevroren
03.02	Vis, enkel gezouten, gepekeld, gedroogd of gerookt
04.04	Kaas en wrongel
11.02	Grutten, gries, griesmeel, gort en parelgort en andere gepelde, geparelde, gebroken of geplette granen (vlokken daaronder begrepen), met uitzondering van gepelde, gepolijste, geglansde of bij het pellen gebroken rijst; graankiemen, ook indien gemalen
11.07	Mout, ook indien gebrand
ex 15.01	Reuzel en ander geperst of gesmolten varkensvet
15.02	Ruw of gesmolten rundvet, schapevet en geitevet, premier jus (oleostock) daaronder begrepen
15.03	Varkensstearine; oleostearine; spekolie en oleomargarine, niet geëmulgeerd, niet vermengd en niet anderszins bereid
ex 15.04	Walvistraan, ook indien geraffineerd
15.07	Plantaardige vette oliën, vloeibaar of vast, ruw, gezuiverd of geraffineerd
15.12	Gehydrogeneerde dierlijke of plantaardige vetten en oliën, ook indien gezuiverd, doch niet verder bereid
18.03	Cacaomassa (cacaopasta), ook indien ontvet
18.04	Cacaoboter, cacaovet en cacao-olie daaronder begrepen
18.05	Cacaopoeder, zonder toegevoegde suiker
18.06	Chocolade en andere voedingsmiddelen, welke cacao bevatten
19.07	Brood, scheepsbeschuit en andere gewone bakkerswaren, waaraan geen suiker, honig, eieren, vetstoffen, kaas of vruchten zijn toegevoegd
19.08	Banketbakkerswerk, gebak en biscuit, ook indien deze produkten (ongeacht in welke verhouding) cacao bevatten
21.02	Extracten en essences van koffie, van thee of van maté; preparaten van deze extracten of essences
22.05	Wijn van verse druiven; druivemost waarvan de gisting door toevoegen van alcohol is gestuit (mistella daaronder begrepen)

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
22.08	Athylalkohol und Sprit mit einem Gehalt an Äthylalkohol von 73,6 Gewichtshundertteilen oder mehr, unvergällt; Athylalkohol und Sprit mit beliebigem Gehalt an Athylalkohol, vergällt	22.08	Alcool éthylique non dénaturé de 80 degrés et plus; alcool éthylique dénaturé de tous titres
22.09	Sprit mit einem Gehalt an Athylalkohol von weniger als 73,6 Gewichtshundertteilen, unvergällt; Branntwein, Likör und andere alkoholische Getränke; zusammengesetzte alkoholische Zubereitungen zur Herstellung von Getränken	22.09	Alcool éthylique non dénaturé de moins de 80 degrés; eaux de vie, liqueurs et autres boissons spiritueuses, préparations alcooliques composées (dites extraits concentrés) pour la fabrication de boissons
25.01	Steinsalz, Siedesalz, Seesalz, präpariertes Speisesalz; reines Natriumchlorid; Salzsole; Meerwasser	25.01	Sel gemme, sel de saline, sel marin, sel préparé pour la table; chlorure de sodium pur; eaux mères de salines; eau de mer
25.03	Schwefel aller Art, ausgenommen sublimierter Schwefel, gefällter Schwefel und kolloider Schwefel	25.03	Soufres de toute espèce (à l'exception du soufre sublimé, du soufre précipité et du soufre colloïdal)
25.30	Natürliche rohe Borate und ihre Konzentrate (auch kalziniert), ausgenommen aus natürlichen Solen ausgeschiedene Borate; natürliche rohe Borsäure mit einem Gehalt von nicht mehr als 85 Gewichtshundertteilen H_3BO_3 in der Trockensubstanz	25.30	Borates naturels bruts et leurs cocentrés (calcinés ou non), à l'exclusion des borates extraits des saumures naturelles; acide borique naturel titrant au maximum 85% de BO_3H_3 sur produit sec
ex 26.01	Bleierze und Zinkerze	ex 26.01	Minerais de plomb et minerais de zinc
ex 26.03	Zinkhaltige Aschen und zinkhaltige Rückstände	ex 26.03	Cendres et résidus contenant du zinc
27.10	Erdöle und Schieferöle, bearbeitet; Zubereitungen mit einem Gehalt an Erdöl oder Schieferöl von 70 Gewichtshundertteilen oder mehr, anderweit weder genannt noch inbegriffen, in denen diese Öle den Charakter der Ware bestimmen	27.10	Huiles de pétrole ou de schistes (autres que les huiles brutes), y compris les préparations non dénommées ni comprises ailleurs contenant en poids une proportion d'huile de pétrole ou de schistes supérieure ou égale à 70% et dont ces huiles constituent l'élément de base
27.11	Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe	27.11	Gaz de pétrole et autres hydrocarbures gazeux
27.12	Vaseline	27.12	Vaseline
ex 27.13	Paraffin, Petrolatum aus Erdöl oder Schieferöl, paraffinische Rückstände (Gatsch oder slack wax), auch gefärbt	ex 27.13	Paraffine, cires de pétrole ou de schistes, résidus paraffineux (gatsch ou slack wax), même colorés
ex 28.01	Jod, roh, und Brom	ex 28.01	Iode brut et brome
28.02	Sublimierter oder gefällter Schwefel; kolloider Schwefel	28.02	Soufre sublimé ou précipité; soufre colloïdal
ex 28.11	Arsensäureanhydrid	ex 28.11	Anhydride arsénique
28.12	Borsäure und Borsäureanhydrid	28.12	Acide et anhydride boriques
28.33	Bromide und Oxybromide; Bromate und Perbromate; Hypobromite	28.33	Bromures et oxybromures; bromates et perbromates hypobromites
ex 28.34	Jodite und Jodate	ex 28.34	Iodures et iodates
28.46	Borate und Perborate	28.46	Borates et perborates

Nomen della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
22.08	Alcole etilico non denaturato di 80° o più; alcole etilico denaturato di qualsiasi gradazione.	22.08	Ethylalcohol, niet gedenatureerd, met een sterkte van 80 graden of meer, gedenatureerde ethylalcohol, ongeacht de sterkte
22.09	Alcole etilico non denaturato di meno di 80°; acquaviti, liquori ed altre bevande alcoliche; preparazioni alcoliche composte (dette estratti concentrati) per la fabbricazione di bevande.	22.09	Ethylalcohol, niet gedenatureerd, met een sterkte van minder dan 80 graden; gedistilleerde dranken, likeuren en andere alcoholhoudende dranken, samengestelde alcoholische preparaten („geconcentreerde extracten“) voor de vervaardiging van dranken
25.01	Salgemma, sale di salina, sale marino, sale preparato da tavola; cloruro di sodio puro, acque madri di saline; acqua di mare.	25.01	Zout (steen-, klip- en mijnzout, zeezout, geraffineerd zout, met inbegrip van bereid industrie-, keuken- en tafelzout); zuiver natriumchloride; zout in oplossing, zoals pekkel, moederloog, zeewater
25.03	Zolfi di ogni specie (esclusi lo zolfo sublimato, lo zolfo precipitato e lo zolfo colloidale.	25.03	Zwavel van alle soorten (met uitzondering van gesublimeerde, van geprecipiteerde en van colloidale zwavel)
25.30	Borati naturali greggi e loro concentrati (calcinati o non), esclusi i borati estratti dalle soluzioni naturali; acido borico naturale con contenuto massimo di 85 % di H ₂ BO ₃ sul prodotto secco.	25.30	Natuurlijke ruwe boraten en concentraten daarvan, ook indien gebrand, doch met uitzondering van boraten verkregen uit natuurlijke pekkel (brijn); natuurlijk ruw boorzuur met een gehalte aan H ₂ BO ₃ , berekend op het droge gewicht, van niet meer dan 85 percent
ex 26.01	Minerali di piombo e minerali di zinco.	ex 26.01	Looderts en zinkerts
ex 26.03	Ceneri e residui contenenti zinco.	ex 26.03	Assen en residuen, welke zink bevatten
27.10	Oli di petrolio o di scisti (diversi dagli oli greggi), comprese le preparazioni non nominate nè comprese altrove contenenti in peso una quantità di olio di petrolio o di scisti superiore od uguale al 70 % e delle quali detti oli costituiscono il componente base.	27.10	Aardoliën en leisteenoliën, andere dan ruwe; preparaten, welke 70 of meer gewichtspercenten aardoliën bevatten en waarvan deze oliën het hoofdbestanddeel zijn, niet elders genoemd noch elders onder begrepen
27.11	Gas di petrolio ed altri idrocarburi gassosi	27.11	Aardgas en andere gasvormige koolwaterstoffen
27.12	Vaselina.	27.12	Vaseline
ex 27.13	Paraffina, cere di petrolio o di scisti, residui paraffinosi (gatsch o slack wax), anche colorati.	ex 27.13	Paraffine, was uit aardoliën of uit leisteenoliën, paraffineachtige residuen (slack wax), ook indien gekleurd
ex 28.01	Iodo greggio e bromo.	ex 28.01	Jodium, ruw, en broom
28.02	Zolfo sublimato o precipitato; zolfo colloidale	28.02	Gesublimeerde of geprecipiteerde zwavel, colloidale zwavel
ex 28.11	Anidride arsenica.	ex 28.11	Arseenpentoxyde
28.12	Acido borico e anidride borica.	28.12	Boorzuur en boorzuuranhydride
28.33	Bromuri e ossibromuri; bromati e perbromati; ipobromati.	28.33	Bromiden en oxybromiden; bromaten en perbromaten; hypobromieten
ex 28.34	Ioduri e iodati.	ex 28.34	Jodiden en jodaten
28.46	Borati e perborati.	28.46	Boraten en perboraten

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
ex 29.04	Butylalkohole, einschließlich Isobutylalkohol (andere als tertiärer Butylalkohol)	ex 29.04	Alcools butyliques et isobutyliques (autres que l'alcool butylique tertiaire)
ex 29.06	Phenol, Kresole und Xylenole	ex 29.06	Phénol, crésols et xylénols
ex 32.01	Mimosaauszüge und Quebrachoauszüge	ex 32.01	Extraits de quebracho et extraits de mimosa
40.02	Synthetischer Kautschuk, einschließlich des synthetischen Latex, auch stabilisiert; Faktis	40.02	Caoutchouc synthétique y compris le latex synthétique, stabilisé ou non; factice pour caoutchouc dérivé des huiles
44.03	Rohholz, auch entrindet oder nur grob zugerichtet	44.03	Bois bruts, même écorcés ou simplement dégrossis
44.04	Holz, vierseitig oder zweiseitig grob zugerichtet, aber nicht weiter bearbeitet	44.04	Bois simplement équarris
44.05	Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemessert oder rundgeschält, aber nicht weiter bearbeitet, mit einer Dicke von mehr als 5 mm	44.05	Bois simplement sciés longitudinalement, tranchés ou déroulés, d'une épaisseur supérieure à 5 mm
45.01	Naturkork, unbearbeitet, und Korkabfälle; Korkschrot, Korkmehl	45.01	Liège naturel brut et déchets de liège; liège concassé, granulé ou pulvérisé
45.02	Würfel, Platten, Blätter und Streifen, aus Naturkork, einschließlich Würfel oder Quader zur Herstellung von Stopfen	45.02	Cubes, plaques, feuilles et bandes en liège naturel y compris les cubes ou carrés pour la fabrication des bouchons
47.01	Halbstoffe (Massen aus mechanisch oder chemisch aufbereiteten pflanzlichen Faserstoffen)	47.01	Pâtes à papier
50.02	Grège, weder gedreht noch gezwirnt	50.02	Soie grège (non moulinée)
50.03	Abfälle von Seide (einschließlich nicht abhaspelbarer Seidenraupenkokons und Reißspinnstoffe); Schappeseide, Bouretteseide und Kämmlinge	50.03	Déchets de soie (y compris les cocons de vers à soie non dévidables et les effilochés); bourre, bourette et blousses
50.04	Seidengarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	50.04	Fils de soie, non conditionnés pour la vente au détail
50.05	Schappeseidengarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf	50.05	Fils de bourre de soie (schappe) non conditionnés pour la vente au détail
ex 62.03	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken, aus Jutegeweben, gebraucht	ex 62.03	Sacs et sachets d'emballage en tissus de jute, usagés
ex 70.19	Glasperlen und Nachahmungen von echten Perlen; Nachahmungen von Edelsteinen, Schmucksteinen und ähnliche Glaswaren	ex 70.19	Perles de verre et imitations de perles fines; imitations de pierres gemmes ou de pierres synthétiques et verroteries similaires
ex 73.02	Ferrolegerungen (andere als hochgekohltes Ferromangan)	ex 73.02	Ferro-alliages (autres que le ferro-manganèse carburé)
76.01	Rohaluminium; Bearbeitungsabfälle und Schrott aus Aluminium*)	76.01	Aluminium brut; déchets et débris d'aluminium*)
77.01	Rohmagnesium; Bearbeitungsabfälle und Schrott (einschließlich Drehspäne, nicht nach Größe sortiert) aus Magnesium*)	77.01	Magnésium brut; déchets et débris de magnésium (y compris les tournures non calibrées*)
78.01	Rohblei (auch silberhaltig); Bearbeitungsabfälle und Schrott aus Blei*)	78.01	Plomb brut (même argentifère); déchets et débris de plomb*)

*) Die Zollsätze für Halbwaren sind unter Berücksichtigung des für das jeweilige Rohmetall festgesetzten Zollsatzes nach dem in Artikel 21 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren zu überprüfen.

*) Les droits applicables aux demi-produits devront être revus en fonction du droit arrêté pour le métal brut conformément à la procédure prévue à l'article 21 paragraphe (2) du Traité.

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
ex 29.04	Alcoli butilici e isobutilico (escluso l'alcole butilico terziario).	ex 29.04	Butylalcoholen en isobutylalcohol (andere dan tertiaire butylalcohol)
ex 29.06	Fenolo, cresoli e xilenoli.	ex 29.06	Fenol, kresolen en xylenolen
ex 32.01	Estratti di quebracho ed estratti di mimosa.	ex 32.01	Extracten van quebracho en extracten van mimosabast
40.02	Gomma sintetica compreso il lattice sintetico, stabilizzato o non; fatturato (factis).	40.02	Synthetische rubber, al dan niet gestabiliseerde synthetische latex daaronder begrepen; uit oliën vervaardigde factis
44.03	Legno rozzo, anche scortecciato o semplicemente sgrossato.	44.03	Hout, onbewerkt, ook indien ontschorst of ruw behakt of ontdaan van het spint
44.04	Legno semplicemente squadrato.	44.04	Hout, enkel vierkant behakt of vierkant bezaagd
44.05	Legno semplicemente segato per il lungo, tranciato o sfogliato, dello spessore superiore a mm. 5.	44.05	Hout, enkel overlans gezaagd of enkel gesneden of geschild, met een dikte van meer dan 5 mm
45.01	Sughero naturale greggio e cascami di sughero; sughero frantumato, granulato o polverizzato.	45.01	Ruwe natuurkurk en kurkafval; gebroken of gemalen kurk
45.02	Cubi, lastre, fogli e strisce di sughero naturale, compresi i cosiddetti cubi o quadretti per la fabbricazione dei turaccioli.	45.02	Blokken, platen, bladen, vellen en strippen van natuurkurk, blokjes voor het vervaardigen van kurken (stoppen) daaronder begrepen
47.01	Paste per carta.	47.01	Papierstof
50.02	Seta greggia (non torta).	50.02	Ruwe zijde (haspelzijde of grège), niet gemoulineerd
50.03	Cascami di seta (bozzoli di bachi da seta non atti alla trattura, sfilacciati, borra, roccadino o pettenuzzo e residui della cardatura della seta).	50.03	Afval van zijde (cocons van zijderupsen, ongeschikt om te worden afgehaspeld, alsmede rafelingen daaronder begrepen); vlokzijde, bourette en kammeling
50.04	Filati di seta non preparati per la vendita al minuto.	50.04	Garens van zijde, niet gereed voor de verkoop in het klein
50.05	Filati di borra di seta (schappe) non preparati per la vendita al minuto.	50.05	Garens van vlokzijde, niet gereed voor de verkoop in het klein
ex 62.03	Sacchi e sacchetti da imballaggio di juta, usati.	ex 62.03	Zakken voor verpakkingsdoeleinden van juteweefsel, gebruikte
ex 70.19	Perle e imitazioni di perle fini, di vetro; imitazioni di pietre preziose, semipreziose e sintetiche, di vetro.	ex 70.19	Glazen kralen en onechte parels; onechte edelstenen zijnde imitaties van natuurlijke edelstenen of van synthetische edelstenen en dergelijk klein glaswerk
ex 73.02	Ferro-leghe (escluso il ferro-manganese carburato).	ex 73.02	Ferrolegeringen (andere dan ferromangaan, bevattende meer dan twee gewichtspercenten koolstof)
76.01	Alluminio greggio; cascami e rottami d'alluminio *)	76.01	Ruw aluminium; resten of afval van aluminium *)
77.01	Magnesio greggio; cascami e rottami di magnesio (comprese le torniture non calibrate *)	77.01	Ruw magnesium; resten en afvallen van magnesium (niet gekalibreerd draaisel daaronder begrepen) *)
78.01	Piombo greggio (anche argentifero); cascami e rottami di piombo *)	78.01	Ruw lood (ook indien zilverhoudend); resten en afvallen van lood *)

*) I dazi da applicare ai semiproducti dovranno essere esaminati in funzione del dazio fissato per il metallo greggio, in conformità alla procedura prevista dall'articolo 21, paragrafo 2, del Trattato.

*) De op halfabrikaten toe te passen rechten zullen moeten worden herzien met inachtname van het recht bepaald voor het ruwe metaal overeenkomstig de procedure genoemd in artikel 21, lid 2, van het Verdrag.

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
79.01	Rohzink; Bearbeitungsabfälle und Schrott aus Zink ^{*)}	79.01	Zinc brut; déchets et débris de zinc ^{*)}
ex 81.01	Wolfram, roh ^{*)} , Wolframpulver	ex 81.01	Tungstène (wolfram) brut, en poudre ^{*)}
ex 81.02	Molybdän, roh ^{*)}	ex 81.02	Molybdène brut ^{*)}
ex 81.03	Tantel, roh ^{*)}	ex 81.03	Tantale brut ^{*)}
ex 81.04	Andere unedle Metalle, roh ^{*)}	ex 81.04	Autres métaux bruts ^{*)}
ex 84.06	Motoren für Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge, die schwerer als Luft sind, und Schiffe, und Teile dieser Motoren	ex 84.06	Moteurs pour véhicules automobiles, aérodynes et bateaux, leurs parties et pièces détachées
ex 84.08	Strahltriebwerke, Teile davon und ihr Zubehör	ex 84.08	Propulseurs à réaction, leurs pièces détachées et accessoires
84.45	Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Metallen oder Hartmetallen, ausgenommen Maschinen der Positionen 84.49 und 84.50	84.45	Machines-outils pour le travail des métaux et des carbures métalliques, autres que celles des nos 84.49 et 84.50
84.48	Teile und Zubehör, erkennbar ausschließlich oder hauptsächlich für Maschinen der Positionen 84.45, 84.46 oder 84.47 bestimmt, einschließlich Werkstück- und Werkzeughalter, sich selbst öffnende Gewindeschneideköpfe, Teilköpfe und andere Spezialvorrichtungen für Werkzeugmaschinen; Werkzeughalter für mechanische Handwerkzeuge der Positionen 82.04, 84.49 oder 85.05	84.48	Pièces détachées et accessoires reconnaissables comme étant exclusivement ou principalement destinés aux machines-outils des nos 84.45 à 84.47 inclus, y compris les porte-pièces et porte-outils, les filières à déclenchement automatique, les dispositifs diviseurs et autres dispositifs spéciaux se montant sur les machines-outils; porte-outils pour outillage à main des nos 82.04, 84.49 et 85.05
ex 84.63	Kraftübertragungsvorrichtungen für Kraftfahrzeuge mit drei oder vier Rädern	ex 84.63	Organes de transmission pour moteurs d'automobiles
87.06	Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge der Positionen 87.01, 87.02 oder 87.03	87.06	Parties, pièces détachées et accessoires des véhicules automobiles repris aux nos 78.01 à 87.03 inclus
88.02	Luftfahrzeuge, schwerer als Luft (z. B. Landflugzeuge, Wasserflugzeuge, Segelflugzeuge, Tragschrauber, Hubschrauber, Schwingenflügler und Drachen); rotierende Fallschirme (Rotochutes)		Aérodynes, (avions, hydravions, cerfs-volants, planeurs, autogyres, hélicoptères, ornithoptères, etc.); rotochutes
ex 88.03	Teile von Luftfahrzeugen, die schwerer als Luft sind.	ex 88.03	Parties et pièces détachées d'aérodynes

^{*)} Die das J. tikel für Halbwaren sind unter Berücksichtigung des für Metall festgesetzten Zollsatzes nach dem in Art. vorgesehenen Verfahren zu überprüfen.

^{*)} Les droits applicables aux demi-produits devront être revus en fonction du droit arrêté pour le métal brut conformément à la procédure prévue à l'article 21 paragraphe (2) du Traité.

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Numeri van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
79.01	Zinco greggio; cascami e rottami di zinco*)	79.01	Ruw zink; resten en afvallen van zink *)
ex 81.01	Tungsteno (wolframio) greggio, in polvere*)	ex 81.01	Ruw wolfram, in poedervorm *)
ex 81.02	Molibdeno greggio*)	ex 81.02	Ruw molybdeen*)
ex 81.03	Tantalio greggio*)	ex 81.03	Ruw tantalium*)
ex 81.04	Altri metalli greggi*)	ex 81.04	Andere ruwe metalen*)
ex 84.06	Motori per autoveicoli, per aerodine e per navi, loro parti e pezzi staccati.	ex 84.06	Motoren voor automobielen, voor vliegtuigen en voor schepen, alsmede delen en onderdelen daarvan
ex 84.08	Propulsori a reazione, loro pezzi staccati e accessori.	ex 84.08	Straalmotoren, alsmede onderdelen en toebehoren daarvan
84.45	Macchine utensili per la lavorazione dei metalli e dei carburi metallici, diverse da quelle delle voci n. 84.49 e 84.50.	84.45	Gereedschapswerktuigen voor het bewerken van metalen en van metaalcarbiden, met uitzondering van die bedoeld bij de posten 84.49 en 84.50
84.48	Parti staccate e accessori riconoscibili come destinati esclusivamente o principalmente alle macchine utensili delle voci dal n. 84.45 al n. 84.47 inclusi, compresi i portapezzi e portautensili, le filiere a scatto automatico, i dispositivi divisori ed altri dispositivi speciali da applicare su macchine utensili; portautensili per l'utensileria a mano delle voci nn. 82.04, 84.49 e 85.05.	84.48	Delen, onderdelen en toebehoren, waarvan kan worden onderkend dat zij uitsluitend of hoofdzakelijk bestemd zijn voor de gereedschapswerktuigen bedoeld bij de posten 84.45 tot en met 84.47, alsmede werkstukhouders en gereedschapshouders, zelfopnende draadsnijkoppen, verdeelkoppen en andere speciale toestellen, bestemd om op gereedschapswerktuigen te worden gemonteerd; gereedschapshouders voor handgereedschap bedoeld bij de posten 82.04, 84.49 en 85.05
ex 84.63	Organi di trasmissione per motori di automobili.	ex 84.63	Overbrengingsorganen voor automobielmotoren
87.06	Parti, pezzi staccati e accessori degli autoveicoli compresi nelle voci dal n. 87.01 al n. 87.03 inclusi.	87.06	Delen, onderdelen en toebehoren, voor motorvoertuigen bedoeld bij de posten 87.01 tot en met 87.03
88.02	Aerodine (aeroplani, idrovolanti, cervi volanti, alianti, autogiri, elicotteri, ornototteri, ecc.); « rotochutes ».	88.02	Vliegtuigtoestellen, zwaarder dan de lucht (vliegtuigen, watervliegtuigen, kabelvliegers, zweefvliegtuigen, autogiro's, hefschroefvliegtuigen, enz.); rotochutes
ex 88.03	Parti e pezzi staccati di aerodine.	ex 88.03	Delen en onderdelen van vliegtuigtoestellen

*) I dazi da applicare ai semiprodotto dovranno essere esaminati in funzione del dazio fissato per il metallo greggio, in conformità alla procedura prevista dall'articolo 21, paragrafo 2, del Trattato.

*) De op halffabrikaten toe te passen rechten zullen moeten worden herzien met inachtneming van het recht bepaald voor het ruwe metaal overeenkomstig de procedure genoemd in artikel 21, lid 2, van het Verdrag.

Anhang II

Annexe II

Liste zu Artikel 38 dieses Vertrags

Liste prévue à l'article 38 du Traité

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
Kapitel 1	Lebende Tiere	Chapitre 1	Animaux vivants
Kapitel 2	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall	Chapitre 2	Viandes et abats comestibles
Kapitel 3	Fische, Krebstiere und Weichtiere	Chapitre 3	Poissons, crustacés et mollusques
Kapitel 4	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig	Chapitre 4	Lait et produits de la laiterie, œufs d'oiseaux; miel naturel
Kapitel 5		Chapitre 5	
05.04	Därme, Blasen und Magen von anderen Tieren als Fischen, ganz oder geteilt	05.04	Boyaux, vessies et estomacs d'animaux, entiers ou en morceaux, autres que ceux de poissons
05.15	Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen; nicht lebende Tiere des Kapitels 1 oder 3, ungenießbar	05.15	Produits d'origine animale, non dénommés ni compris ailleurs; animaux morts des chapitres 1 ou 3, impropres à la consommation humaine
Kapitel 6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	Chapitre 6	Plantes vivantes et produits de la floriculture
Kapitel 7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden	Chapitre 7	Légumes, plantes, racines et tubercules alimentaires
Kapitel 8	Genießbare Früchte; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen	Chapitre 8	Fruits comestibles; écorces d'agrumes et de melons
Kapitel 9	Kaffee, Tee und Gewürze, ausgenommen Mate (Position 09.03)	Chapitre 9	Café, thé et épices, à l'exclusion du maté n° 09.03)
Kapitel 10	Getreide	Chapitre 10	Céréales
Kapitel 11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Kleber; Inulin	Chapitre 11	Produits de la minoterie; malt; amidons et féculés; gluten; inuline
Kapitel 12	Olisaaten und ölhaltige Früchte verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch; Stroh und Futter	Chapitre 12	Graines et fruits oléagineux; graines, semences et fruits divers; plantes industrielles et médicinales; pailles et fourrages
Kapitel 13		Chapitre 13	
ex 13.03	Pektin	ex 13.03	Pectine
Kapitel 15		Chapitre 15	
15.01	Schweineschmalz; Geflügelfett, ausgepreßt oder ausgeschmolzen	15.01	Saindoux et autres graisses de porc pressées ou fondues; graisse de volailles pressée ou fondue
15.02	Talg von Rindern, Schafen oder Ziegen, roh oder ausgeschmolzen, einschließlich Premier Jus	15.02	Suifs (des espèces bovine, ovine et caprine) bruts ou fondus, y compris les suifs dits « premiers jus »
15.03	Schmalzstearin; Oleostearin; Schmalzöl, Oleomargarine und Talgöl, weder emulgiert, vermischt noch anders verarbeitet	15.03	Stéarine solaire; oléo-stéarine; huile de saindoux et oléo-margarine non émulsionnée, sans mélange ni aucune préparation
15.04	Fette und Öle von Fischen oder Meeresäugetieren, auch raffiniert	15.04	Graisses et huiles de poissons et de mammifères marins même raffinées
15.07	Fette pflanzliche Öle, flüssig oder fest, roh, gereinigt oder raffiniert	15.07	Huiles végétales fixes, fluides ou concrètes, brutes, épurées ou raffinées

Allegato II

Bijlage II

Elenco previsto dall'articolo 38 del Trattato

Lijst genoemd in artikel 38 van het Verdrag

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
Capitolo 1	Animali vivi.	Hoofdstuk 1	Levende dieren
Capitolo 2	Carni e frattaglie commestibili.	Hoofdstuk 2	Vlees en eetbare slachtafvallen
Capitolo 3	Pesci, crostacei e molluschi.	Hoofdstuk 3	Vis, schaal-, schelp- en weekdieren
Capitolo 4	Latte e derivati del latte; uova di volatili; miele naturale.	Hoofdstuk 4	Melk en zuivelprodukten; vogeleieren; natuurhonig
Capitolo 5		Hoofdstuk 5	
05.04	Budella, vesciche e stomaci di animali, interi o in pezzi, esclusi quelli di pesci.	05.04	Darmen, blazen en magen van dieren, andere dan die van vissen, in hun geheel of in stukken
05.15	Prodotti di origine animale, non nominati nè compresi altrove; animali morti dei capitoli 1 o 3, non atti all'alimentazione umana.	05.15	Produkten van dierlijke oorsprong, niet elders genoemd noch elders onder begrepen; dode dieren van de soorten bedoeld bij de hoofdstukken 1 en 3, niet geschikt voor menselijke consumptie
Capitolo 6	Piante vive e prodotti della floricoltura.	Hoofdstuk 6	Levende planten en produkten van de bloementeelt
Capitolo 7	Legumi, ortaggi, piante, radici e tuberi, mangerecci.	Hoofdstuk 7	Groenten, planten, wortels en knollen, voor voedingsdoeleinden
Capitolo 8	Frutta commestibile; scorze di agrumi e di meloni.	Hoofdstuk 8	Eetbaar fruit; schillen van citrusvruchten en van meloenen
Capitolo 9	Caffè, tè e spezie, esclusi il maté (voce n. 09.03).	Hoofdstuk 9	Koffie, thee en specerijen, met uitzondering van maté (nr 09.03)
Capitolo 10	Cereali.	Hoofdstuk 10	Granen
Capitolo 11	Prodotti della macinazione; malto; amidi e fecole; glutine; inulina.	Hoofdstuk 11	Produkten van de meelindustrie; mout; zetmeel; gluten; inuline
Capitolo 12	Semi e frutti oleosi; semi, sementi e frutti diversi; piante industriali e medicinali; pagli e foraggi.	Hoofdstuk 12	Oliehoudende zaden en vruchten; allerlei zaden, zaadgoed en vruchten; planten voor industrieel en geneeskundig gebruik; stro en voeder
Capitolo 13		Hoofdstuk 13	
ex 13.03	Pectina.	ex 13.03	Pectine
Capitolo 15		Hoofdstuk 15	
15.01	Strutto ed altri grassi di maiale pressati o fusi; grasso di volatili pressato o fuso.	15.01	Reuzel en ander geperst of gesmolten varkensvet; geperst of gesmolten vet van pluimvee
15.02	Sevi (della specie bovina, ovina e caprina) greggi o fusi, compresi i sevi detti « primo sugo ».	15.02	Ruw of gesmolten rundvet, schapevet en geitevet, premier jus daaronder begrepen
15.03	Stearina solare; oleo-stearina; olio di strutto e oleo-margarina non emulsionata, non mescolati nè altrimenti preparati.	15.03	Varkensstearine; oleostearine; spekolie en oleomargarine, niet geëmulgeerd, niet vermengd en niet anderszins bereid
15.04	Grassi e oli di pesci e di mammiferi marini, anche raffinati.	15.04	Vetten en oliën van vis of van zeezoogdieren, ook indien geraffineerd
15.07	Oli vegetali fissi, fluidi o concreti, greggi, depurati o raffinati.	15.07	Plantaardige vette oliën, vloeibaar of vast, ruw, gezuiverd of geraffineerd

Nummer des Brüsseler Zolltarif-schemas	Warenbezeichnung	Nos. de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des produits
15.12	Tierische und pflanzliche Fette und Öle, gehärtet, auch raffiniert, jedoch nicht weiter verarbeitet	15.12	Graisses et huiles animales ou végétales hydrogénées, même raffinées mais non préparées
15.13	Margarine, Kunstspeise fett und andere genießbare verarbeitete Fette	15.13	Margarine, simili-saindox et autres graisses alimentaires préparées
15.17	Rückstände aus der Verarbeitung von Fettstoffen oder von tierischen oder pflanzlichen Wachsen	15.17	Résidus provenant du traitement des corps gras ou des cires animales ou végétales
Kapitel 16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen, Krebstieren und Weichtieren	Chapitre 16	Préparations de viandes, de poissons, de crustacés et de mollusques
Kapitel 17		Chapitre 17	
17.01	Rüben- und Rohzucker, fest	17.01	Sucres de betteraves et de canne, à l'état solide
17.02	Andere Zucker; Sirupe; Kunsthonig, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamelisiert	17.02	Autres sucres; sirops; succédanés du miel, même mélangés de miel naturel; sucres et mélasses caramélisés
17.03	Melassen, auch entfärbt	17.03	Mélasses, même décolorées
Kapitel 18		Chapitre 18	
18.01	Kakaobohnen, auch Bruch, roh oder geröstet	18.01	Cacao en fèves et brisures de fèves, bruts ou torréfiés
18.02	Kakaoschalen, Kakaohäutchen und anderer Kakaofall	18.02	Coques, pelures, pellicules et déchets de cacao
Kapitel 20	Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen	Chapitre 20	Préparations de légumes, de plantes potagères, de fruits et d'autres plantes ou parties de plantes
Kapitel 22		Chapitre 22	
22.04	Traubenmost, teilweise vergoren, auch ohne Alkohol stummgemacht	22.04	Mouts de raisins partiellement fermentés, même mutés autrement qu'à l'alcool
22.05	Wein aus frischen Weintrauben; mit Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben	22.05	Vins de raisins frais; mouts de raisins frais mutés à l'alcool (y compris les mistelles)
22.07	Apfelwein, Birnenwein, Met und andere gegorene Getränke	22.07	Cidre, poiré, hydromel et autres boissons fermentées
Kapitel 23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter	Chapitre 23	Résidus et déchets des industries alimentaires; aliments préparés pour animaux
Kapitel 24		Chapitre 24	
24.01	Tabak, unverarbeitet; Tabakabfälle	24.01	Tabacs bruts ou non fabriqués; déchets de tabac
Kapitel 45		Chapitre 45	
45.01	Naturkork, unbearbeitet, und Korkabfälle; Korkschröt, Korkmehl	45.01	Liège naturel brut et déchets de liège; liège concassé, granulé ou pulvérisé
Kapitel 54		Chapitre 54	
54.01	Flachs, roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	54.01	Lin brut, roui, teillé, peigné, ou autrement traité, mais non filé; étoupes et déchets (y compris les effilochés)
Kapitel 57		Chapitre 57	
57.01	Hanf (Cannabis sativa), roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)	57.01	Chanvre (Cannabis sativa) brut, roui, teillé, peigné ou autrement traité, mais non filé; étoupes et déchets (y compris les effilochés)

Numeri della Nomenclatura di Bruxelles	Denominazione dei prodotti	Nummers van de Naamlijst van Brussel	Omschrijving der goederen
15.12	Grassi e oli animali o vegetali idrogenati anche raffinati, ma non preparati.	15.12	Gehydrogeneerde dierlijke of plantaardige vetten en oliën, ook indien gezuiverd, doch niet verder bereid
15.13	Margarina, imitazioni dello strutto e altri grassi alimentari preparati.	15.13	Margarine, kunstreuzel en andere bereide spijsvetten
15.17	Residui provenienti dalla lavorazione delle sostanze grasse, o delle cere animali o vegetali.	15.17	Afvallen, afkomstig van de bewerking van vetstoffen of van dierlijke of plantaardige was
Capitolo 16	Preparazioni di carni, di pesci, di crostacei e di molluschi.	Hoofdstuk 16	Bereidingen van vlees, van vis, van schaal-, schelp- en weekdieren
Capitolo 17		Hoofdstuk 17	
17.01	Zucchero di barbabietola e di canna, allo stato solido.	17.01	Beetwortelsuiker en rietsuiker, in vaste vorm
17.02	Altri zuccheri; sciroppi; succedanei del miele, anche misti con miele naturale; zuccheri e melazzi, caramellati.	17.02	Andere suiker; suikerstroop; kunsthonig, ook indien met natuurhonig vermengd; karamel
17.03	Melazzi, anche decolorati.	17.03	Melasse, ook indien ontkleurd
Capitolo 18		Hoofdstuk 18	
18.01	Cacao in grani anche infranto, greggio o torrefatto.	18.01	Cacaobonen, ook indien gebroken, al dan niet gebrand
18.02	Gusci, bucce, pellicole e cascami di cacao.	18.02	Cacaodoppen, cacaoschillen, cacaovliezen en andere afvallen van cacao
Capitolo 20	Preparazioni di ortaggi, di piante mangerecce, di frutti e di altre piante o parti di piante.	Hoofdstuk 20	Bereidingen van groenten, van moeskruidenten, van vruchten en van planten of plantendelen
Capitolo 22		Hoofdstuk 22	
22.04	Mosti di uva parzialmente fermentati anche mutizzati con metodi diversi dall'aggiunta di alcole.	22.04	Gedeeltelijk gegist druivemost, ook indien de gisting op andere wijze dan door toevoegen van alcohol is gestuit
22.05	Vini di uve fresche; mosti di uve fresche mutizzati con l'alcole (mistelle).	22.05	Wijn van verse druiven; druivemost waarvan de gisting door toevoegen van alcohol is gestuit (mistella daaronder begrepen)
22.07	Sidro, sidro di pere, idromele ed altre bevande fermentate.	22.07	Appelrank, peredrank, honigdrank en andere gegiste dranken
Capitolo 23	Residui e cascami delle industrie alimentari; alimenti preparati per gli animali.	Hoofdstuk 23	Resten en afval van de voedselindustrie; bereid voedsel voor dieren
Capitolo 24		Hoofdstuk 24	
24.01	Tabacchi greggi o non lavorati; cascami di tabacco.	24.01	Ruwe en niet tot verbruik bereide tabak; afvallen van tabak
Capitolo 45		Hoofdstuk 45	
45.01	Sughero naturale greggio e cascami di sughero; sughero frantumato, granulato o polverizzato.	45.01	Ruwe natuurkurk en kurkafval; gebroken of gemalen kurk
Capitolo 54		Hoofdstuk 54	
54.01	Lino greggio, macerato, stigliato, pettinato o altrimenti preparato, ma non filato; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati).	54.01	Vlas, ruw, geroot, gezwingeld, gehekeld of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)
Capitolo 57		Hoofdstuk 57	
57.01	Canapa (Cannabis sativa) greggia, macerata, stigliata, pettinata o altrimenti preparata, ma non filata; stoppa e cascami (compresi gli sfilacciati).	57.01	Hennep (Cannabis sativa), ruw, geroot, gezwingeld, gehekeld of anders bewerkt, doch niet gesponnen; werk en afval (rafelingen daaronder begrepen)

Anhang III

Annexe III

Liste der unsichtbaren Transaktionen
zu Artikel 106 dieses Vertrags

- Seefrachten, einschließlich Chartern, Hafengebühren, Ausgaben für Fischereifahrzeuge usw.
- Binnenschiffahrtsfrachten einschließlich Chartern.
- Straßenverkehr: Reisende, Frachten und Chartern.
- Luftverkehr: Reisende, Frachten und Chartern.
Bezahlung von internationalen Flugscheinen und Gebühren für Übergepäck durch die Reisenden; Bezahlung von internationalen Luftfrachten und Luftchartern.

- Erlöse aus dem Verkauf von internationalen Flugscheinen, aus Gebühren für Übergepäck, für internationale Luftfrachten und Luftchartern.

- Für alle Transportmittel des Seeverkehrs: Hafenleistungen (Bunkerung, Treibstoff, Lebensmittel, Unterhaltungskosten, Reparaturen, Ausgaben für die Besatzung usw.).
Für alle Transportmittel des Binnenschiffverkehrs: Hafenleistungen (Bunkerung, Treibstoff, Lebensmittel, Unterhaltungskosten und kleinere Reparaturen von Transportmitteln, Ausgaben für die Besatzung usw.).
Für alle Transportmittel des gewerblichen Straßenverkehrs: Treibstoff, Öl, kleinere Reparaturen, Garagenbenutzung, Ausgaben für Fahrer und Fahrpersonal usw.
- Für alle Lufttransportmittel: Betriebskosten und allgemeine Unkosten einschließlich Reparaturen an Flugzeugen und Navigationsmaterial für die Luftfahrt.
- Kosten und Gebühren der Einlagerung unter Zollverschluss, Lagerkosten, Gebühren für die Entnahme aus dem Zollager (Zollabfertigung).
- Zölle und Abgaben.
- Belastungen aus dem Transit.
- Kosten für Reparaturen und Montage.
Kosten der Verarbeitung, Bearbeitung, Lohnveredlung und anderer derartiger Dienstleistungen.
- Schiffsreparaturen.
Reparaturen von anderen Transportmitteln als solchen für den Wasser- und Luftverkehr.
- Technische Hilfeleistung (Hilfeleistung in bezug auf die Erzeugung und Verteilung von Waren und Dienstleistungen auf allen Stufen, die während eines entsprechend dem besonderen Zweck dieser Hilfeleistung festgesetzten Zeitabschnitts gewährt wird, beispielsweise Beratung und Besuche durch Fachleute, die Erstellung technischer Pläne und Zeichnungen, Fertigungskontrollen, Marktforschung sowie die Ausbildung von Personal).
- Provisionen und Maklergebühren.
Gewinne aus Transitgeschäften.
Bankprovisionen und -spesen.
Repräsentationskosten.
- Werbungskosten aller Art.
- Geschäftsreisekosten.
- Beteiligung von Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen usw. an den allgemeinen Unkosten ihres Stammhauses im Ausland und umgekehrt.

Liste des transactions invisibles
prévue à l'article 106 du Traité

- Frets maritimes, y compris chartes-parties, frais de port, dépenses pour bateaux de pêche, etc.
- Frets fluviaux, y compris les chartes-parties.
- Transports part route: voyageurs, frets et affrètements.
- Transports aériens: voyageurs, frets et affrètements.
Règlement par les passagers des billets de passage aérien internationaux, des excédents de bagages; règlement du fret aérien international et des vols affrétés.

- Recettes provenant de la vente des billets de passage aérien internationaux, des excédents de bagages, du fret aérien international et des vols affrétés.

- Pour tous les moyens de transports maritimes: frais d'escale (soutage, essence, vivres, frais d'entretien, réparations, frais d'équipage, etc.).
Pour tous les moyens de transports fluviaux: frais d'escale (soutage, essence, vivres, frais d'entretien et petites réparations de matériel de transport, frais d'équipage, etc.).
Pour tous les moyens de transports commerciaux routiers: carburants, huile, petites réparations, garage, frais pour les chauffeurs et le personnel de bord, etc.
Pour tous les moyens de transports aériens: frais d'exploitation et frais commerciaux, y compris réparations d'aéronefs et de matériel de navigation aérienne.
- Frais et droits d'entrepôt, de magasinage, de dédouanement.
- Droits de douane et taxes.
- Charges résultant du transit.
- Frais de réparation et de montage.
Frais de transformation, d'usinage, de travail à façon et autres services du même genre.
- Réparations de navires.
Réparations de matériel de transport à l'exclusion des navires et des aéronefs.
- Assistance technique (assistance en vue de la production et de la distribution de biens et de services à tous les stades, fournie pour une période fixée en fonction de l'objet particulier de cette assistance, et comprenant par exemple des consultations et des déplacements d'experts, l'établissement de plans et de dessins d'ordre technique, des contrôles de fabrication, des études de marchés, ainsi que la formation du personnel).
- Commissions et courtages.
Bénéfices découlant des opérations de transit.
Commissions et frais bancaires.
Frais de représentation.
- Publicité sous toutes ses formes.
- Voyages d'affaires.
- Participation de filiales, succursales, etc., aux frais généraux de leur maison mère à l'étranger et vice versa.

Allegato III

Bijlage III

Elenco delle transazioni invisibili
contemplato dall'articolo 106 del Trattato

- Noli marittimi, ivi compresi contratti di noleggio, spese portuali, spese per pescherecci ecc.
- Noli fluviali, ivi compresi i contratti di noleggio.
- Trasporti su strada: viaggiatori, noli e noleggi.
- Trasporti aerei: viaggiatori, noli e noleggi.
Pagamento da parte dei passeggeri dei biglietti di passaggio aereo internazianali, dei supplementi per eccedenze di bagaglio; pagamento del nolo aereo internazionale e dei voli a noleggio.

Introiti derivanti dalla vendita dei biglietti di passaggio aereo internazionale, dei supplementi per eccedenze di bagaglio, del nolo aereo internazionale dei voli a noleggio.

- Per tutti i mezzi di trasporto marittimi: spese di scalo (rifornimento di combustibile, benzina, viveri, spese di manutenzione, riparazioni, spese per l'equipaggio ecc.).
Per tutti i mezzi di trasporto fluviali: spese di scalo (rifornimento di combustibile, benzina, viveri, spese di manutenzione e piccole riparazioni, di materiale da trasporto, spese per l'equipaggio, ecc.).
Per tutti i mezzi di trasporto commerciali su strada: carburante, olio, piccole riparazioni, autorimessa, spese per gli autisti e il personale viaggiante, ecc.
- Per tutti i mezzi di trasporto aerei: spese di gestione e spese commerciali, ivi comprese le riparazioni di aeromobili e di materiale di navigazione aerea.
- Spese e diritti di deposito doganale, di magazzinaggio, di sdoganamento.
- Dazi doganali e tasse.
- Oneri derivanti dal transito.
- Spese di riparazione e di montaggio.
Spese di trasformazione, di officina, di lavori a cottimo o altri servizi dello stesso genere.
- Riparazioni di natanti.
Riparazioni di materiale da trasporto a esclusione dei natanti e degli aeromobili.
- Assistenza tecnica (assistenza per la produzione e la distribuzione di beni e servizi in tutte le fasi, fornita per un periodo determinato in ordine all'oggetto specifico di tale assistenza, e comprendente ad esempio consultazioni e missioni de esperti, elaborazione di piani e disegni di carattere tecnico, controlli di fabbricazione, studio dei mercati, come pure la formazione del personale).
- Commissioni e provvigioni.
Utili derivanti dalle operazioni di transito.
Commissioni e spese bancarie.
Spese di rappresentanza.
- Pubblicità in qualsiasi forma.
- Viaggi per affari.
- Partecipazioni di filiali, succursali, ecc. alle spese generali della loro sede principale all'estero e viceversa.

Lijst van de onzichtbare transacties
genoemd in artikel 106 van het Verdrag

- Zeevrachten, met inbegrip van charterpartijen, havenrechten, uitgaven voor vissersvaartuigen, enz.
- Binnenvaartvrachten, met inbegrip der charterpartijen.
- Wegvervoer: reizigers, vrachten en bevrachtingen.
- Luchtvervoer: reizigers, vrachten en bevrachtingen.
Betaling door de reizigers van internationale vliegbiljetten, van meervracht voor reisgoed; betaling van de internationale luchtvracht en gecharterde vluchten.

Ontvangsten uit de verkoop van internationale vliegbiljetten, uit meervracht voor reisgoed, uit internationale luchtvracht en gecharterde vluchten.

- Voor alle zeeschepen: aanlegkosten (bunkereren, benzine, proviand, onderhoudskosten, reparaties, uitrustingskosten, enz.).
Voor alle binnenschepen: aanlegkosten (bunkereren, benzine, proviand, onderhoudskosten, kleine kosten van benzine, proviand, onderhoudskosten, reparaties, uitrustingskosten, enz.)
Voor alle commerciële voertuigen: vloeibare brandstoffen, olie, kleine herstelwerkzaamheden, garage, onkosten der chauffeurs en ander mederijgend personeel, enz.
- Voor alle luchtvaartuigen: exploitatie- en handelskosten, daarbij inbegrepen herstelwerkzaamheden aan vliegtuigen en navigatiematerieel.
- Entrepotkosten en -rechten, pakhuiskosten, inklaring.
- Douanerechten en heffingen.
- Kosten ten gevolge van doorvoer.
- Kosten van herstel en montage.
Kosten van ombouw, atwerking, loonveredeling en andere dergelijke diensten.
- Reparatie van schepen.
Reparatie van vervoermiddelen uitgezonderd schepen en luchtvaartuigen.
- Technische hulp (hulp met het oog op de produktie en de distributie van goederen en van diensten in alle stadia, verleend gedurende een bepaalde tijd, afhankelijk van het bijzondere object waarvoor deze hulp wordt verleend en bijvoorbeeld omvattende raadplegingen en reizen van deskundigen, het vervaardigen van technische plannen en tekeningen, fabriekscontrole, marktstudiën alsmede opleiding van personeel).
- Commissie en makelaarsloon.
Winsten uit doorvoerhandel.
Bankprovisie en -kosten.
Representatiekosten.
- Publiciteit in alle vormen.
- Zakenreizen.
- Deelneming door filialen, bijkomene kosten van hun hoofland en omgekeerd.

in de af-
het buiten-

- Bauunternehmer-Verträge (Bau und Unterhaltung von Gebäuden, Straßen, Brücken, Häfen usw. durch Spezialunternehmen, im allgemeinen zu Pauschalpreisen nach öffentlicher Ausschreibung).
- Differenzen, Sicherheitsleistungen und Depots für Geschäfte an Warenterminbörsen nach Handelsbrauch.
- Fremdenverkehr.
- Private Reisen und Aufenthalte zu Studienzwecken.
- Private Reisen und Aufenthalte aus gesundheitlichen Gründen.
- Private Reisen und Aufenthalte aus familiären Gründen.
- Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und musikalische Verlagswerke im Abonnement.
Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, musikalische Verlagswerke und Schallplatten.
- Belichtete Filme, Spielfilme und andere gewerbliche Filme, Kultur-, Unterrichtsfilme usw. (Leihgebühren, Abgaben, Subskriptionen, Kopier- und Synchronisationskosten usw.).
- Mitgliedsbeiträge.
- Unterhaltung und laufende Instandsetzung von Privatbesitz im Ausland.
- Staatliche Ausgaben (amtliche Vertretungen im Ausland, Beiträge zu internationalen Organisationen).
- Steuern und Abgaben, Gerichtskosten, Gebühren für die Eintragung von Patenten und Warenzeichen.
Schadensersatzleistungen.
Rückzahlung bei Aufhebung von Verträgen oder Rückgewährung nichtgeschuldeter Leistungen.
Geldstrafen.
- Regelmäßige Verrechnungen der Post-, Telefon- und Telegraphenverwaltungen sowie der öffentlichen Verkehrsunternehmen.
- Devisengenehmigungen für Angehörige des eigenen Staates oder Deviseninländer fremder Staatsangehörigkeit, die auswandern.
Devisengenehmigungen für Angehörige des eigenen Staates oder Deviseninländer fremder Staatsangehörigkeit, die in ihr Heimatland zurückkehren.
- Löhne und Gehälter von Grenzgängern, Saisonarbeitern oder sonstigen Devisenausländern (unbeschadet der Berechtigung der Staaten, Vorschriften für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zu erlassen).
- Geldsendungen von Auswanderern (unbeschadet der Berechtigung der Staaten, Einwanderungsvorschriften zu erlassen).
- Honorare und Vergütungen.
Dividenden und Gewinnanteile.
M. Pacht us.. Wertpapieren, Hypothekenbriefen usw.).
- Ve
- Vorliche Tilgung (mit Ausnahme von Transfers oder nachgeholtter Tilgungen).
- Gew.
- im Betrieb von Unternehmen.
- Contrats d'entreprises (travaux de construction et d'entretien de bâtiments, routes, ponts, ports, etc., exécutés par des entreprises spécialisées, généralement à des prix forfaitaires après adjudication publique).
- Différences, nantissements et dépôts concernant les opérations à terme sur marchandises effectuées conformément aux pratiques commerciales établies.
- Tourisme.
- Voyages et séjours de caractère personnel pour études.
- Voyages et séjours de caractère personnel, nécessités par des raisons de santé.
- Voyages et séjours de caractère personnel pour raisons de famille.
- Abonnements à des journaux, périodiques, livres, éditions musicales.
Journaux, périodiques, livres, éditions musicales et disques.
- Films impressionnés, commerciaux, d'information, d'éducation, etc. (location, redevances cinématographiques, souscriptions et frais de copie et de synchronisation, etc.).
- Cotisations.
- Entretien et réparations courantes de propriétés privées à l'étranger.
- Dépenses gouvernementales (représentations officielles à l'étranger, contributions aux organismes internationaux).
- Impôts et taxes, frais de justice, frais d'enregistrement de brevets et de marques de fabrique.
Dommages et intérêts.
Remboursements effectués en cas d'annulation de contrats ou de paiements indus.
Amendes.
- Règlements périodiques des Administrations des Postes, Télégraphes et Téléphones, ainsi que des entreprises de transport public.
- Autorisations de change accordées aux ressortissants ou résidents de nationalité étrangère émigrant à l'étranger.
Autorisations de change accordées aux ressortissants ou résidents de nationalité étrangère rentrant dans leur patrie.
- Salaires et traitements (ouvriers, frontaliers ou saisonniers, et autres prestations de non-résidents, sans préjudice au droit pour les pays de réglementer l'emploi de la main-d'œuvre étrangère).
- Remises d'émigrants (sans préjudice au droit pour les pays de réglementer l'immigration).
- Honoraires et rémunérations.
- Dividendes et revenus de parts bénéficiaires.
- Intérêts (titres mobiliers, titres hypothécaires, etc.).
- Loyers et fermages, etc.
- Amortissements contractuels d'emprunts (à l'exception des transferts représentant un amortissement ayant le caractère d'un remboursement anticipé ou de paiement d'arriérés accumulés).
- Bénéfices découlant d'exploitation d'entreprises.

- Contratti d'impresa (lavori di costruzione e di manutenzione di edifici, strade, ponti, porti, ecc. eseguiti da imprese specializzate, in generale a prezzi forfettari dopo aggiudicazione pubblica).
- Differenze, garanzie e depositi riguardanti le operazioni a termine relative a merci effettuate conformemente alle pratiche commerciali d'uso.
- Turismo.
- Viaggi e soggiorni di carattere personale per motivi di studio.
- Viaggi e soggiorni di carattere personale dovuti a motivi di salute.
- Viaggi e soggiorni di carattere personale per motivi familiari.
- Abbonamenti a giornali, periodici, libri, edizioni musicali.
Giornali, periodici, libri, edizioni musicali e dischi.
- Pellicole già impressionate, di carattere commerciale, informativo, educativo, ecc. (noleggio, canoni cinematografici, sottotitoli, spese di doppiaggio e di stampa delle copie).
- Contributi.
- Manutenzione e riparazioni ordinarie di proprietà private all'estero.
- Spese governative (rappresentanze ufficiali all'estero, contributi alle organizzazioni internazionali).
- Imposte e tasse, spese giudiziarie, spese di registrazione di brevetti e di marchi di fabbrica.
Danni e interessi.
Rimborsi effettuati in caso di annullamento di contratti o di pagamenti non dovuti.
Multe.
- Saldi periodici delle amministrazioni delle poste, telegrafi e telefoni e delle imprese di trasporto pubblico.
- Autorizzazioni di cambio concesse ai cittadini o residenti di nazionalità straniera che migrano all'estero.

Autorizzazioni di cambio concesse ai cittadini o residenti di nazionalità straniera che rientrano in patria.
- Salari e stipendi (lavoratori delle zone di frontiera o stagionali, e altre prestazioni di non residenti, restando impregiudicato il diritto dei singoli Paesi a disciplinare l'occupazione della mano d'opera straniera).
- Rimesse di emigranti (restando impregiudicato il diritto dei singoli Paesi a disciplinare l'immigrazione).
- Onorari e retribuzioni.
- Dividendi e rendite di quote beneficiarie.
- Interessi (titoli mobiliari, titoli ipotecari, ecc.).
- Canoni di affitto di stabili e di fondi rustici, ecc.
- Ammortamenti contrattuali di prestiti (eccettuati i trasferimenti che rappresentino un ammortamento avente carattere di rimborso anticipato o di pagamento di arretrati accumulatisi).
- Utili derivanti dalla gestione di imprese.
- Kosten van aannemingswerk (bouw en onderhoud van gebouwen, wegen, bruggen, havens, enz. door gespecialiseerde aannemers, gewoonlijk tegen vaste prijzen na openbare aanbesteding).
- Bijstortingen, borgtochten en deposito's met betrekking tot de termijnhandel in goederen, verricht volgens de bestaande handelsgebruiken.
- Toerisme.
- Persoonlijke reizen en verblijf uit hoofde van studie.
- Persoonlijke reizen en verblijf om gezondheidsredenen.
- Persoonlijke reizen en verblijf wegens familieomstandigheden.
- Abonnementen op couranten, tijdschriften, boeken, muziekwerken.
Couranten, tijdschriften, boeken, muziekwerken en grammofoonplaten.
- Belichte films, commerciële films, voorlichtingsfilms, opvoedkundige films, enz. (huur, rechten, subscripties, kopie- en synchronisatiekosten, enz.)
- Bijdragen voor verenigingen (contributie).
- Onderhoud van en lopende herstelwerkzaamheden aan particulier bezit, in het buitenland.
- Regeringsuitgaven (officiële vertegenwoordigingen in het buitenland, bijdragen aan internationale lichamen).
- Belastingen en heffingen, gerechtskosten, registratiekosten voor octrooien en fabrieksmerken.
Schadeloosstellingen.
Terugbetalingen wegens annulering van contracten en van onverschuldigde bedragen.
Geldboeten.
- Periodieke betalingen door de Post, Telegraaf en Telefoon diensten, alsmede door openbare vervoerondernemingen.
- Deviezenvergunningen verleend aan onderdanen of ingezetenen van vreemde nationaliteit die emigreren.

Valutaverunningen verleend aan onderdanen of ingezetenen of aan degenen van vreemde nationaliteit die naar hun vaderland terugkeren.
- Lonen en salarissen van grensarbeiders en seizoenarbeiders en van andere niet verblijfhouders, (onverminderd het recht van de landen, het gebruik van vreemde werkkrachten te regelen).
- Overmakingen door emigranten (onverminderd het recht der landen om de immigratie te regelen).
- Honoraria en vergoedingen.
- Dividenden en inkomsten uit winstaandelen.
- Rente (effecten, hypotheekbrieven, enz.)
- Huur en pacht, enz.
- Contractuele aflossingen van leningen (met uitzondering van overschrijvingen van vervroegde aflossingen of van opgelopen achterstallige betalingen).
- Winst voortvloeiende uit de exploitatie van bedrijven.

- Ertragnisse aus Urheberrechten.
Patente, gewerbliche Muster, Warenzeichen und Erfindungen (Übertragung von und Lizenzerteilung an Patenten, gewerblichen Mustern, Warenzeichen und Erfindungen ohne Rücksicht auf gesetzlichen Schutz, sowie Transfers für solche Übertragungen oder Lizenzerteilungen).
- Konsulatseinnahmen.
- Pensionen, Ruhegehälter und andere ähnliche Einkünfte.

Gesetzliche Unterhaltszahlungen sowie finanzielle Unterstützungen in Härtefällen.
Abgestufte Transfers von Guthaben in einem Mitgliedstaat von Personen mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat, sofern diese Personen nicht über ausreichende Mittel verfügen, um ihren persönlichen Unterhalt in dem letztgenannten Staat zu bestreiten.
- Transaktionen und Transfers aus Direktversicherungsgeschäften.
- Transaktionen und Transfers in Verbindung mit Rückversicherung und Retrozessionsverträgen.
- Eröffnung und Rückzahlung von Handels- und Industriekrediten.
- Transfers von Beträgen geringer Höhe ins Ausland.
- Beurkundungskosten jeder Art der zugelassenen Deviseninstitute für ihre eigene Rechnung.
- Sport- und Rennpreise.
- Erbschaften.
- Ausstattungen.
- Droits d'auteur.
Brevets, dessins, marques de fabrique et inventions (cessions et licences de brevets, dessins, marques de fabrique et inventions, protégés ou non, et transferts découlant de telles cessions ou licences).
- Recettes consulaires.
- Pensions et retraites, et autres revenus analogues.

Pensions alimentaires légales et assistance financière en cas de gêne particulière.
Transferts échelonnés d'avoirs détenus dans un pays membre par des personnes résidant dans un autre pays membre et dépourvues de ressources suffisant à leur entretien personnel dans ce dernier pays.
- Transactions et transferts afférents à l'assurance directe.
- Transactions et transferts afférents à la réassurance et à la récession.
- Ouverture et remboursement de crédits de caractère commercial ou industriel.
- Transferts à l'étranger de montants de minime importance.
- Frais de documentation de toute nature engagés pour leur compte personnel par des établissements de change agréés.
- Primes de sportifs et gains de course.
- Successions.
- Dots.

Anhang IV

Überseeische Länder und Hoheitsgebiete, auf welche der Vierte Teil dieses Vertrags Anwendung findet

Französisch-Westafrika: Senegal, Sudan, Guinea, Elfenbeinküste, Dahomey, Mauretanien, Niger und Obervolta,

Französisch-Aquatorialafrika: Mittelkongo, Ubangi-Chari, Tschad und Gabon,

Saint Pierre und Miquelon, Komoren-Archipel, Madagaskar und zugehörige Gebiete, Französisch-Somaliland, Neukaledonien und zugehörige Gebiete, die französischen Niederlassungen in Ozeanien, die australen und antarktischen Gebiete,

die autonome Republik Togo,

das unter französischer Verwaltung stehende Treuhandgebiet Kamerun,

Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi,

das unter italienischer Verwaltung stehende Treuhandgebiet Somaliland,

Niederländisch-Neuguinea.

Annexe IV

Pays et Territoires d'outre-mer auxquels s'appliquent les dispositions de la quatrième partie du Traité

L'Afrique Occidentale française comprenant: le Sénégal, le Sudan, la Guinée, la Côte d'Ivoire, le Dahomey, la Mauritanie, le Niger et la Haute Volta,

l'Afrique Équatoriale française comprenant: le Moyen Congo, l'Oubangui Chari, le Tchad et le Gabon,

Saint-Pierre et Miquelon, l'Archipel des Comores, Madagascar et dépendances, la Côte française des Somalis, la Nouvelle Calédonie et dépendances, les Établissements français de l'Océanie, les Terres australes et antarctiques,

la République autonome du Togo,

le territoire sous tutelle du Cameroun administré par la France,

le Congo Belge et le Ruanda-Urundi,

la Somalie sous tutelle italienne,

la Nouvelle Guinée Néerlandaise.

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - Diritti d'autore.
Brevetti, disegni, marchi di fabbrica e invenzioni (cessioni e licenze d'uso di brevetti, disegni, marchi di fabbrica e invenzioni, protetti o meno, e trasferimenti derivanti da tali cessioni o licenze d'uso). - Introiti consolari. - Pensioni e trattamenti di quiescenza e altri redditi analoghi.
Pensioni alimentari legali e assistenza finanziaria in caso di particolare disagio.
Trasferimenti frazionati di averi detenuti in un Paese membro da persone residenti in un altro Paese membro e prive di risorse sufficienti al loro mantenimento personale. - Transazioni e trasferimenti inerenti all'assicurazione diretta. - Transazioni e trasferimenti inerenti alla riassicurazione e alla retrocessione. - Apertura e rimborso di crediti di carattere commerciale o industriale. - Trasferimenti all'estero di somme di entità trascurabile. - Spese di documentazione di qualsiasi natura sostenute per proprio conto da istituti di cambio riconosciuti. - Premi per competizioni sportive e vincite alle corse. - Successioni. - Doti. | <ul style="list-style-type: none"> - Auteursrechten.
Octrooien, tekeningen, fabrieks- of uitvindersmerken (octrooiverleningen en licenties, tekeningen, fabrieks- of uitvindersmerken, al of niet beschermd, en overschrijvingen voortvloeiende uit octrooiverleningen en licenties). - Consulaire ontvangsten. - Pensioenen en dergelijke inkomsten.
Wettelijke alimentaties en financiële steun in bijzonder benarde gevallen. Termijnafbetalingen van tegoe-den, welke zich in een Lid-Staat bevinden en het eigendom van personen zijn die in een andere Lid-Staat woonachtig zijn en over onvoldoende middelen beschikken om in laatstgenoemd land in hun eigen onderhoud te voorzien. - Transacties en overmakingen verband houdende met rechtstreekse verzekering. - Transacties en overmakingen in verband met herverzekering en retrocessie. - Opening en terugbetaling van kredieten van commerciële of industriële aard. - Overmakingen naar het buitenland van onbelangrijke bedragen. - Documentatiekosten van elke aard, gemaakt voor eigen rekening van erkende deviezenbanken en wisselkantoren. - Premies van sportbeoefenaars en bij wedstrijden behaalde winsten. - Erfenissen. - Huwelijks giften. |
|---|---|

Allegato IV

Paesi e territori d'oltremare cui si applicano le disposizioni della parte quarta del Trattato

L'Africa Occidentale Francese comprendente: il Senegal, il Sudan, la Guinea, la Costa d'Avorio, il Dahomey, la Mauritania, il Niger e l'Alto Volta;

L'Africa Equatoriale Francese comprendente: il Medio Congo, l'Ubanghi-Ciari, il Ciad e il Gabon;

Saint-Pierre et Miquelon, l'Arcipelago delle Comore, il Madagascar e dipendenze, la Somalia francese, la Nuova Caledonia e dipendenze, gli Stabilimenti francesi dell'Oceania, le Terre australi e antartiche;

La Repubblica autonoma del Togo;

Il territorio del Camerun sotto amministrazione fiduciaria della Francia;

Il Congo belga e il Ruanda-Urundi;

La Somalia sotto amministrazione fiduciaria italiana;

La Nuova Guinea olandese.

Bijlage IV

Landen en gebieden overzee waarop toepasselijk de bepalingen van het vierde deel van het Verdrag

Frans West-Afrika omvattende: Senegal, Soedan, Guinea, de Ivoorkust, Dahomey, Mauretanië, Niger en Opper-Volta,

Frans Equatoriaal Afrika omvattende: Midden-Kongo, Oebangi-Tsjari, Tsjaadgebied en Gaboen,

Saint-Pierre en Miquelon, de Komoren-archipel, Madagaskar en onderhorigheden, Frans Somaliland, Nieuw-Kaledonië en onderhorigheden, de Franse Nederzettingen in Oceanië, de Zuidelijke en zuidpool-gebieden,

de autonome Republiek Togo,

het door Frankrijk bestuurde trustgebied van Kameroen,

Belgisch-Kongo en Ruanda-Urundi,

het onder Italiaans bestuur staand trustgebied van Somaliland,

Nederlands Nieuw-Guinea.

I. 2

Protokoll über die
Satzung der Europäischen Investitionsbank

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN DEM WUNSCH, die in Artikel 129 dieses Vertrags vorgesehene Satzung der Europäischen Investitionsbank festzulegen —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Die durch Artikel 129 dieses Vertrags gegründete Europäische Investitionsbank, im folgenden als „Bank“ bezeichnet, wird entsprechend diesem Vertrag und dieser Satzung errichtet; sie übt ihre Aufgaben und ihre Tätigkeit nach Maßgabe dieser Übereinkünfte aus.

Der Sitz der Bank wird im gegenseitigen Einvernehmen der Regierungen der Mitgliedstaaten festgelegt.

Artikel 2

Die Aufgabe der Bank ist in Artikel 130 dieses Vertrags bestimmt.

Artikel 3

Nach Artikel 129 dieses Vertrags sind Mitglieder der Bank

das Königreich Belgien,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Französische Republik,
die Italienische Republik,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande.

Artikel 4

(1) Die Bank wird mit einem Kapital von einer Milliarde Rechnungseinheiten ausgestattet, das von den Mitgliedstaaten in folgender Höhe gezeichnet wird:

Deutschland	300	Millionen
Frankreich	300	Millionen
Italien	240	Millionen
Belgien	86,5	Millionen
Niederlande	71,5	Millionen
Luxemburg	2	Millionen

Der Wert der Rechnungseinheit beträgt 0,88867088 Gramm Feingold.

Die Mitgliedstaaten haften nur bis zur Höhe ihres Anteils am gezeichneten und nicht eingezahlten Kapital.

(2) Bei Aufnahme eines neuen Mitglieds erhöht sich das gezeichnete Kapital entsprechend dem Beitrag des neuen Mitglieds.

(3) Der Rat der Gouverneure kann einstimmig über eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals entscheiden.

(4) Der Anteil am gezeichneten Kapital kann weder abtreten noch verpfändet noch gepfändet werden.

I. 2

Protocole sur les
Statuts de la Banque européenne
d'investissement

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

DÉSIRANT fixer les Statuts de la Banque européenne d'investissement, prévus à l'article 129 du Traité —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité:

Article 1

La Banque européenne d'investissement instituée par l'article 129 du Traité, ci-après dénommée la « Banque », est constituée et exerce ses fonctions et son activité conformément aux dispositions de ce Traité et des présents statuts.

Le siège de la Banque est fixé du commun accord des gouvernements des États membres.

Article 2

La mission de la Banque est définie par l'article 130 du Traité.

Article 3

Conformément à l'article 129 du Traité, sont membres de la Banque:

le Royaume de Belgique
la République fédérale d'Allemagne
la République Française
la République Italienne
le Grand-Duché de Luxembourg
le Royaume des Pays-Bas

Article 4

(1) La Banque est dotée d'un capital d'un milliard d'unités de compte, souscrit par les États membres à concurrence des montants suivants:

Allemagne	300	millions
France	300	millions
Italie	240	millions
Belgique	86,5	millions
Pays-Bas	71,5	millions
Luxembourg	2	millions

La valeur de l'unité de compte est de 0,88867088 gramme d'or fin.

Les États membres ne sont responsables que jusqu'à concurrence de leur quote-part du capital souscrit et non versé.

(2) L'admission d'un nouveau membre entraîne une augmentation du capital souscrit correspondant à l'apport du nouveau membre.

(3) Le Conseil des gouverneurs, statuant à l'unanimité, peut décider une augmentation du capital souscrit.

(4) La quote-part du capital souscrit ne peut être ni cédée, ni donnée en nantissement et est insaisissable.

I. 2

Protocollo sullo Statuto della Banca Europea per gli investimenti

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

DESIDERANDO stabilire lo statuto della Banca europea per gli investimenti, contemplato dall'articolo 129 del Trattato,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato stesso:

Articolo 1

La Banca europea per gli investimenti istituita dall'articolo 129 del Trattato, in seguito denominata la «Banca», è costituita ed esercita le proprie funzioni e la sua attività conformemente alle disposizioni del Trattato e del presente statuto.

La sede della Banca è fissata di comune accordo dai governi degli Stati membri.

Articolo 2

I compiti della Banca sono definiti dall'articolo 130 del Trattato.

Articolo 3

Conformemente all'articolo 129 del Trattato, i membri della Banca sono:

il Regno del Belgio;
la Repubblica federale di Germania;
la Repubblica Francese;
la Repubblica Italiana;
il Granducato del Lussemburgo;
il Regno dei Paesi Bassi.

Articolo 4

(1) Il capitale della Banca è di un miliardo di unità di conto; le quote sottoscritte rispettivamente dagli Stati membri, sono le seguenti:

Germania	300	milioni
Francia	300	milioni
Italia	240	milioni
Belgio	86,5	milioni
Paesi Bassi	71,5	milioni
Lussemburgo	2	milioni

Il valore delle unità di conto corrisponde a 0,888 670 88 grammi d'oro fino.

Gli Stati membri sono responsabili soltanto fino a concorrenza dell'ammontare della loro quota di capitale sottoscritto e non versato.

(2) L'ammissione di un nuovo membro determina un aumento del capitale sottoscritto pari al conferimento del nuovo membro.

(3) Il Consiglio dei governatori, deliberando all'unanimità, può decidere un aumento del capitale sottoscritto.

(4) La quota di capitale sottoscritta non è cedibile, non può essere costituita in garanzia nè è sequestrabile.

I. 2

Protocol betreffende de Statuten van de Europese Investeringsbank

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

WENSENDE, de in artikel 129 van het Verdrag bedoelde Statuten van de Europese Investeringsbank vast te stellen,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan dat Verdrag zijn gehecht:

Artikel 1

De Europese Investeringsbank welke bij artikel 129 van het Verdrag is ingesteld, hierna te noemen „de Bank“, wordt opgericht, oefent haar functies uit en verricht haar werkzaamheden overeenkomstig de bepalingen van dat Verdrag en van deze Statuten.

De zetel van de Bank wordt in onderlinge overeenstemming tussen de regeringen van de Lid-Staten vastgesteld.

Artikel 2

De taak van de Bank is in artikel 130 van het Verdrag omschreven.

Artikel 3

Overeenkomstig artikel 129 van het Verdrag zijn leden van de Bank

het Koninkrijk België,
de Bondsrepubliek Duitsland,
de Franse Republiek,
de Italiaanse Republiek,
het Groothertogdom Luxemburg,
het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 4

(1) Het kapitaal van de Bank bedraagt één miljard rekeneenheden, waarin door de Lid-Staten voor de volgende bedragen wordt deelgenomen:

Duitsland	300	miljoen
Frankrijk	300	miljoen
Italië	240	miljoen
België	86,5	miljoen
Nederland	71,5	miljoen
Luxemburg	2	miljoen

De waarde van de rekeneenheid is 0,88867088 gram fijn goud.

De Lid-Staten zijn ten hoogste aansprakelijk tot het nog niet gestorte bedrag van hun aandeel in het geplaatste kapitaal.

(2) De toelating van een nieuw lid brengt verhoging van het geplaatste kapitaal mede, overeenkomende met de inbreng van het nieuwe lid.

(3) De Raad van Gouverneurs kan met eenparigheid van stemmen tot een verhoging van het geplaatste kapitaal besluiten.

(4) Het aandeel der leden in het geplaatste kapitaal kan gecedeerd noch verpand worden en is niet vatbaar voor beslag.

Artikel 5

(1) Die Mitgliedstaaten zahlen 25 v.H. des gezeichneten Kapitals in fünf gleichen Raten ein, und zwar jeweils binnen zwei, neun, sechzehn, dreiundzwanzig und dreißig Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags.

Jede Einzahlung erfolgt zu einem Viertel in Gold oder einer frei konvertierbaren Währung und zu drei Vierteln in Landeswährung.

(2) Der Verwaltungsrat kann die Zahlung der restlichen 75 v.H. des gezeichneten Kapitals verlangen, soweit dies erforderlich wird, um den Verpflichtungen der Bank gegenüber ihren Anleihegebern nachzukommen.

Die Zahlung erfolgt im Verhältnis zu den Anteilen der Mitgliedstaaten am gezeichneten Kapital und in den Währungen, deren die Bank zur Erfüllung dieser Verpflichtungen bedarf.

Artikel 6

(1) Der Rat der Gouverneure kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des Verwaltungsrats entscheiden, daß die Mitgliedstaaten der Bank verzinsliche Sonderdarlehen gewähren, wenn und soweit die Bank diese zur Finanzierung bestimmter Vorhaben benötigt und der Verwaltungsrat nachweist, daß die Bank nicht in der Lage ist, die erforderlichen Mittel auf den Kapitalmärkten zu Bedingungen zu beschaffen, die der Art und dem Gegenstand der zu finanzierenden Vorhaben angemessen sind.

(2) Die Sonderdarlehen dürfen erst mit Beginn des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags angefordert werden. Sie dürfen insgesamt 400 Millionen Rechnungseinheiten und jährlich 100 Millionen Rechnungseinheiten nicht überschreiten.

(3) Die Laufzeit der Sonderdarlehen wird nach der Laufzeit der Darlehen oder Bürgschaften festgesetzt, welche die Bank mittels dieser Sonderdarlehen zu gewähren beabsichtigt; sie darf 20 Jahre nicht überschreiten. Der Rat der Gouverneure kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des Verwaltungsrats eine Entscheidung über die vorzeitige Rückzahlung der Sonderdarlehen erlassen.

(4) Die Sonderdarlehen sind zu 4 v.H. jährlich verzinslich, es sei denn, daß durch eine Entscheidung des Rats der Gouverneure unter Berücksichtigung der Entwicklung und der Höhe der Zinssätze auf den Kapitalmärkten ein anderer Zinssatz bestimmt wird.

(5) Die Sonderdarlehen werden von den Mitgliedstaaten nach dem Verhältnis ihrer Anteile am gezeichneten Kapital gewährt; sie werden binnen sechs Monaten nach Anforderung in Landeswährung eingezahlt.

(6) Im Falle der Liquidation der Bank werden die Sonderdarlehen der Mitgliedstaaten erst nach Begleichung der übrigen Schulden der Bank zurückgezahlt.

Artikel 7

(1) Sinkt die Parität der Währung eines Mitgliedstaates gegenüber der in Artikel 4 bestimmten Rechnungseinheit, so gleicht dieser Staat den Betrag des von ihm in seiner Währung eingezahlten Kapitalanteils im Verhältnis zu der eingetretenen Änderung der Parität durch eine zusätzliche Zahlung an die Bank aus. Der Betrag, für den der Ausgleich vorgenommen wird, darf

Article 5

(1) Les États membres versent 25% du capital souscrit, en cinq paiements égaux se situant respectivement au plus tard deux mois, neuf mois, seize mois, vingt-trois mois et trente mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Chaque versement est effectué pour un quart en or ou en monnaie librement convertible et pour trois-quarts en monnaie nationale.

(2) Le Conseil d'administration peut exiger le versement des 75% restant du capital souscrit pour autant que ce versement est rendu nécessaire pour faire face aux obligations de la Banque à l'égard de ses bailleurs de fonds.

Le versement est effectué par chaque État membre proportionnellement à sa quote-part du capital souscrit, dans les monnaies dont la Banque a besoin pour faire face à ces obligations.

Article 6

(1) Sur proposition du Conseil d'administration, le Conseil des gouverneurs peut décider à la majorité qualifiée que les États membres accordent à la Banque des prêts spéciaux productifs d'intérêts, dans le cas et dans la mesure où la Banque aura besoin d'un tel prêt pour le financement de projets déterminés, et où le Conseil d'administration justifie qu'elle n'est pas en mesure de se procurer les ressources nécessaires sur les marchés des capitaux à des conditions convenables, compte tenu de la nature et de l'objet des projets à financer.

(2) Les prêts spéciaux ne peuvent être requis qu'à partir du début de la quatrième année suivant l'entrée en vigueur du Traité. Ils ne doivent pas excéder 400 millions d'unités de compte au total, ni 100 millions d'unités de compte par an.

(3) La durée des prêts spéciaux sera établie en fonction de la durée des crédits ou garanties que la Banque se propose d'accorder au moyen de ces prêts; elle ne doit pas dépasser 20 ans. Le Conseil des gouverneurs, statuant à la majorité qualifiée sur proposition du Conseil d'administration, peut décider le remboursement anticipé des prêts spéciaux.

(4) Les prêts spéciaux porteront intérêt au taux de 4% l'an, à moins que le Conseil des gouverneurs, en tenant compte de l'évolution et du niveau des taux d'intérêt sur les marchés des capitaux, ne décide de fixer un taux différent.

(5) Les prêts spéciaux doivent être accordés par les États membres au prorata de leur souscription dans le capital; ils doivent être versés en monnaie nationale au cours des six mois qui suivent leur appel.

(6) En cas de liquidation de la Banque, les prêts spéciaux des États membres ne sont remboursés qu'après extinction des autres dettes de la Banque.

Article 7

(1) Au cas où la parité de la monnaie d'un État membre par rapport à l'unité de compte définie à l'article 4 serait réduite, le montant de la quote-part de capital versée par cet État dans sa monnaie nationale serait ajusté proportionnellement à la modification intervenue dans la parité, moyennant un versement complémentaire effectué par cet État en faveur de la Banque. Tou-

Articolo 5

(1) Gli Stati membri versano il 25% del capitale sottoscritto in cinque rate uguali, che maturano rispettivamente al più tardi due mesi, nove mesi, sedici mesi, ventitré mesi e trenta mesi dall'entrata in vigore del Trattato.

Ogni versamento è effettuato per un quarto in oro o moneta liberamente convertibile e per tre quarti in moneta nazionale.

(2) Il Consiglio di amministrazione può esigere il versamento del rimanente 75% del capitale sottoscritto, semprechè tale versamento sia necessario per far fronte alle obbligazioni della Banca nei confronti dei suoi mutuari.

Il versamento è effettuato da ciascuno Stato membro proporzionalmente alla sua quota di capitale sottoscritto e nelle monete di cui la Banca necessita per far fronte a tali obbligazioni.

Articolo 6

(1) Su proposta del Consiglio di amministrazione, il Consiglio dei governatori può decidere a maggioranza qualificata che gli Stati membri accordino alla Banca prestiti speciali fruttiferi, nel caso e nella misura in cui la Banca necessiti di un prestito di tal genere per il finanziamento di determinati progetti e il Consiglio di amministrazione dimostri che la Banca non è in grado di procurarsi sul mercato dei capitali i fondi necessari a condizioni convenienti, avuto riguardo alla natura e allo scopo dei progetti da finanziare.

(2) I prestiti speciali possono essere richiesti soltanto a decorrere dall'inizio del quarto anno successivo all'entrata in vigore del Trattato. I prestiti non debbono superare un totale di 400 milioni di unità di conto, nè 100 milioni di unità di conto per anno.

(3) La durata dei prestiti speciali sarà fissata in funzione della durata dei crediti o garanzie che la Banca si propone di concedere mediante tali prestiti; tale durata non deve essere superiore a 20 anni. Il Consiglio dei governatori, deliberando a maggioranza qualificata su proposta del Consiglio di amministrazione, può decidere il rimborso anticipato dei prestiti speciali.

(4) Il saggio d'interesse dei prestiti speciali sarà del 4% annuo, salvo che il Consiglio dei governatori, avuto riguardo all'evoluzione e al livello del saggio d'interesse sul mercato dei capitali, non decida di fissare un saggio diverso.

(5) I prestiti speciali devono essere accordati dagli Stati membri proporzionalmente al capitale sottoscritto; i versamenti saranno effettuati in moneta nazionale durante i sei mesi successivi al richiamo.

(6) In caso di liquidazione della Banca, i prestiti speciali degli Stati membri sono rimborsati soltanto dopo l'estinzione degli altri debiti della Banca.

Articolo 7

(1) Qualora la parità della moneta di uno Stato membro subisca un ribasso rispetto all'unità di conto di cui all'articolo 4, l'ammontare della quota di capitale versata da tale Stato nella sua moneta nazionale sarà adeguato proporzionalmente alla modificazione intervenuta nella parità, mediante un versamento complementare effettuato da tale Stato a credito della Banca. Tuttavia,

Artikel 5

(1) De Lid-Staten storten 25% van het geplaatste kapitaal in vijf gelijke delen en wel uiterlijk onderscheidenlijk twee, negen, zestien, drieëntwintig en dertig maanden na de inwerkingtreding van het Verdrag.

Iedere storting geschiedt voor een vierde in goud of vrij-converteerbare deviezen en voor drie vierden in nationale valuta.

(2) De Raad van Bewind kan de storting van de resterende 75% van het geplaatste kapitaal verlangen, voor zover dit noodzakelijk is om aan de verplichtingen van de Bank ten opzichte van haar geldschieters de vol-
doen.

Storting geschiedt door elke Lid-Staat in verhouding tot zijn aandeel in het geplaatste kapitaal in de valuta welke de Bank nodig heeft, ten einde aan haar verplichtingen te voldoen.

Artikel 6

(1) Op voorstel van de Raad van Bewind kan de Raad van Gouverneurs met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluiten dat de Lid-Staten aan de Bank bijzondere, rentedragende leningen verstrekken, in het geval en in de mate waarin de Bank een dergelijke lening nodig heeft voor de financiering van bepaalde projecten, en wanneer de Raad van Bewind aantoonde dat zij niet in staat is, zich de nodige gelden op de kapitaalmarkten te verschaffen tegen passende voorwaarden, gelet op de aard en het doel van de te financieren projecten.

(2) De bijzondere leningen kunnen eerst worden opgeëist vanaf het begin van het vierde jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag. Zij mogen noch in totaal een bedrag van 400 miljoen rekeneenheden noch per jaar een bedrag van 100 miljoen rekeneenheden overschrijden.

(3) De looptijd van de bijzondere leningen zal worden vastgesteld in overeenstemming met die van de kredieten of garanties welke de Bank zich voorstelt door middel van deze leningen te verstrekken; deze looptijd mag twintig jaar niet te boven gaan. De Raad van Gouverneurs kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Raad van Bewind besluiten tot vervroegde terugbetaling van de bijzondere leningen.

(4) De bijzondere leningen zullen een rente dragen van 4% 's jaars, tenzij de Raad van Gouverneurs, rekening houdende met de ontwikkeling en het peil van de rentevoet op de kapitaalmarkten, besluit een andere rentevoet vast te stellen.

(5) De bijzondere leningen moeten door de Lid-Staten worden verstrekt in verhouding tot het aandeel dezer Staten in het geplaatste kapitaal; het bedrag daarvan dient binnen zes maanden na een daartoe strekkende oproep in de nationale valuta te worden gestort.

(6) In geval van liquidatie van de Bank worden de bijzondere leningen, door de Lid-Staten verstrekt, eerst terugbetaald na aflossing van de andere schulden van de Bank.

Artikel 7

(1) Ingeval de pariteit van de valuta van een Lid-Staat in verhouding tot de in artikel 4 omschreven rekeneenheid zou worden verlaagd, wordt het bedrag van het door deze Staat in zijn nationale valuta gestorte aandeel in het geplaatste kapitaal aangepast in verhouding tot de wijziging in de pariteit door een door dit land de verrichten aanvullende storting ten gunste van

jedoch den Gesamtbetrag der von der Bank gewährten Darlehen und ihrer verfügbaren Bestände in der betreffenden Währung nicht überschreiten. Die Zahlung wird binnen zwei Monaten oder, soweit sie Darlehen betrifft, zu deren Fälligkeitsterminen geleistet.

(2) Steigt die Parität der Währung eines Mitgliedstaates gegenüber der in Artikel 4 bestimmten Rechnungseinheit, so gleicht die Bank den Betrag des von diesem Staat in seiner Währung eingezahlten Kapitalanteils im Verhältnis zu der eingetretenen Änderung der Parität durch eine Rückzahlung an diesen Staat aus. Der Betrag, für den der Ausgleich vorgenommen wird, darf jedoch den Gesamtbetrag der von der Bank gewährten Darlehen und ihrer verfügbaren Bestände in der betreffenden Währung nicht überschreiten. Die Zahlung wird binnen zwei Monaten oder, soweit sie Darlehen betrifft, zu deren Fälligkeitsterminen geleistet.

(3) Die Parität der Währung eines Mitgliedstaates gegenüber der in Artikel 4 bestimmten Rechnungseinheit ist das Verhältnis zwischen dem Feingoldgehalt dieser Rechnungseinheit und dem Feingoldgehalt, welcher der dem Internationalen Währungsfonds angezeigten Parität dieser Währung entspricht. In Ermangelung einer solchen ergibt sich die Parität aus dem Wechselkurs der betreffenden Währung gegenüber einer in Gold bestimmten oder in Gold konvertierbaren Währung, den der Mitgliedstaat für laufende Zahlungen anwendet.

(4) Wird eine Änderung der Parität aller Währungen der Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds oder der Mitglieder der Bank nach einem einheitlichen Verhältnissatz vorgenommen, so kann der Rat der Gouverneure entscheiden, daß die Absätze (1) und (2) keine Anwendung finden.

Artikel 8

Die Bank wird von einem Rat der Gouverneure, einem Verwaltungsrat und einem Direktorium verwaltet und geleitet.

Artikel 9

(1) Der Rat der Gouverneure besteht aus den von den Mitgliedstaaten benannten Ministern.

(2) Er erläßt die allgemeinen Richtlinien für die Kreditpolitik der Bank, insbesondere hinsichtlich der Ziele, die bei der schrittweisen Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes jeweils anzustreben sind.

Er achtet auf die Durchführung dieser Richtlinien.

(3) Er hat ferner folgende Befugnisse:

- a) Er entscheidet über die Erhöhung des gezeichneten Kapitals gemäß Artikel 4 Absatz (3);
- b) er übt die in Artikel 6 in bezug auf die Sonderdarlehen vorgesehenen Befugnisse aus;
- c) er übt die in den Artikeln 11 und 13 vorgesehenen Befugnisse für die Ernennung und Amtsenthebung der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Direktoriums aus;
- d) er erteilt die Ausnahmegenehmigung gemäß Artikel 18 Absatz (1);
- e) er genehmigt den vom Verwaltungsrat ausgearbeiteten Jahresbericht;

tefois, le montant sur lequel est effectué l'ajustement ne peut excéder le montant total des prêts consentis par la Banque et libellés dans la monnaie en question, et des avoirs de la Banque dans cette monnaie. Le versement doit être effectué dans un délai de deux mois ou, dans la mesure où il correspond à des prêts, aux échéances de ces prêts.

(2) Au cas où la parité de la monnaie d'un État membre par rapport à l'unité de compte définie à l'article 4 serait augmentée, le montant de la quote-part de capital versée par cet État dans sa monnaie nationale serait ajusté proportionnellement à la modification intervenue dans la parité, moyennant un remboursement effectué par la Banque en faveur de cet État. Toutefois, le montant sur lequel est effectué l'ajustement ne peut excéder le montant total des prêts consentis par la Banque et libellés dans la monnaie en question, et des avoirs de la Banque dans cette monnaie. Ce versement doit être effectué dans un délai de deux mois ou, dans la mesure où il correspond à des prêts, aux échéances de ces prêts.

(3) La parité de la monnaie d'un État membre par rapport à l'unité de compte définie à l'article 4 est le rapport entre le poids d'or fin contenu dans cette unité de compte et le poids d'or fin correspondant au pair de cette monnaie déclaré au Fonds Monétaire International. A défaut, cette parité résultera du taux de change, par rapport à une monnaie définie ou convertible en or, appliqué par l'État membre pour les paiements courants.

(4) Le Conseil des gouverneurs peut décider qu'il ne sera pas fait application des règles fixées aux paragraphes (1) et (2) lorsqu'il est procédé à une modification uniformément proportionnelle au pair de toutes les monnaies des pays membres du Fonds Monétaire International ou des membres de la Banque.

Article 8

La Banque est administrée et gérée par un Conseil des gouverneurs, un Conseil d'administration et un Comité de direction.

Article 9

(1) Le Conseil des gouverneurs se compose des ministres désignés par les États membres.

(2) Le Conseil des gouverneurs établit les directives générales relatives à la politique de crédit de la Banque, notamment en ce qui concerne les objectifs dont il y aura lieu de s'inspirer au fur et à mesure que progresse la réalisation du marché commun.

Il veille à l'exécution de ces directives.

(3) En outre, le Conseil des gouverneurs

- a) décide de l'augmentation du capital souscrit conformément à l'article 4 paragraphe (3),
- b) exerce les pouvoirs prévus par l'article 6 en matière de prêts spéciaux,
- c) exerce les pouvoirs prévus par les articles 11 et 13 pour la nomination et la démission d'office des membres du Conseil d'administration et du Comité de direction,
- d) accorde la dérogation prévue par l'article 18 paragraphe (1),
- e) approuve le rapport annuel établi par le Conseil d'administration,

l'ammontare sul quale è effettuato l'adeguamento non può eccedere l'ammontare totale dei prestiti concessi dalla Banca e iscritti nella moneta in questione e degli averi della Banca nella moneta stessa. Il versamento deve essere effettuato entro due mesi oppure, nella misura in cui corrisponde a prestiti, alle scadenze di questi.

(2) Qualora la parità della moneta di uno Stato membro subisca un aumento rispetto all'unità di conto definita dall'articolo 4, l'ammontare della quota di capitale versata da tale Stato nella sua moneta nazionale sarà adeguato proporzionalmente alla modificazione intervenuta nella parità mediante un rimborso effettuato dalla Banca a favore di tale Stato. Tuttavia, l'ammontare sul quale è effettuato l'adeguamento non può eccedere l'ammontare totale dei prestiti concessi dalla Banca e iscritti nella moneta in questione e degli averi della Banca nella moneta stessa. Il versamento deve essere effettuato entro due mesi oppure, nella misura in cui corrisponde a prestiti, alle scadenze di questi.

(3) La parità della moneta di uno Stato membro rispetto all'unità di conto definita all'articolo 4 è stabilita in base al rapporto fra il peso di oro fino contenuto in tale unità di conto ed il peso di oro fino corrispondente alla parità di tale moneta dichiarata al Fondo Monetario Internazionale. In mancanza, tale parità sarà determinata in base al tasso di cambio rispetto a una moneta definita o convertibile in oro, applicato dallo Stato membro per i pagamenti ordinari.

(4) Il Consiglio dei governatori può decidere che non saranno applicate le norme stabilite dai paragrafi 1 e 2 del presente articolo qualora si proceda a una modificazione uniformemente proporzionale al rapporto di parità di tutte le monete dei Paesi membri del Fondo Monetario Internazionale o dei membri della Banca.

Articolo 8

La Banca è amministrata e gestita da un Consiglio dei governatori, un Consiglio di amministrazione e un Comitato direttivo.

Articolo 9

(1) Il Consiglio dei governatori è composto dei ministri designati dagli Stati membri.

(2) Il Consiglio dei governatori fissa le direttive generali relative alla politica creditizia della Banca, massime per quanto riguarda gli obiettivi ai quali ci si dovrà ispirare a misura che progredisce l'attuazione del mercato comune.

Il Consiglio dei governatori vigila sull'esecuzione di tali direttive.

(3) Inoltre, il Consiglio dei governatori:

- a) decide dell'aumento del capitale sottoscritto, conformemente all'articolo 4, paragrafo 3,
- b) esercita i poteri previsti dall'articolo 6 in merito ai prestiti speciali,
- c) esercita i poteri previsti dagli articoli 11 e 13 per la nomina e le dimissioni d'ufficio dei membri del Consiglio di amministrazione e del Comitato direttivo,
- d) concede la deroga di cui all'articolo 18, paragrafo 1,
- e) approva la relazione annuale redatta dal Consiglio di amministrazione,

de Bank. Het bedrag waarop de aanpassing betrekking heeft mag echter het totaal der door de Bank in bedoelde valuta verstrekte leningen en het bezit van de Bank in deze valuta niet overschrijden. De storting dient binnen twee maanden te geschieden of, voor zover deze verband houdt met leningen, op de vervaldagen van die leningen.

(2) Ingeval de pariteit van de valuta van een Lid-Staat in verhouding tot de in artikel 4 omschreven rekeneenheid zou worden verhoogd, wordt het bedrag van het door deze Staat in zijn nationale valuta gestorte aandeel in het geplaatste kapitaal aangepast in verhouding tot de wijziging in de pariteit, door middel van een terugbetaling door de Bank aan deze Staat. Het bedrag waarop de aanpassing betrekking heeft mag echter het totaal der door de Bank in bedoelde valuta verstrekte leningen en het bezit van de Bank in deze valuta niet overschrijden. Deze storting dient binnen twee maanden te geschieden of, voor zover deze verband houdt met leningen, op de vervaldagen van die leningen.

(3) De pariteit van de valuta van een Lid-Staat in verhouding tot de in artikel 4 omschreven rekeneenheid, is de verhouding tussen het gewicht aan fijn goud dat deze rekeneenheid vertegenwoordigt en het gewicht aan fijn goud overeenkomende met de pariteit van die valuta zoals deze is medegedeeld aan het Internationaal Monetair Fonds. Bij gebreke van dien wordt die pariteit berekend aan de hand van de wisselkoers welke ten aanzien van een in goud uitgedrukte of een in goud converteerbare valuta door de Lid-Staat voor zijn lopende betalingen wordt toegepast.

(4) De Raad van Gouverneurs kan besluiten dat de in de leden 1 en 2 vastgestelde regels niet zullen worden toegepast, wanneer een gelijkelijk evenredige wijziging wordt gebracht in de pariteit van alle valuta's van de landen welke lid zijn van het Internationaal Monetair Fonds of van de Bank.

Artikel 8

De Bank wordt bestuurd en beheerd door een Raad van Gouverneurs, een Raad van Bewind en een Directie.

Artikel 9

(1) De Raad van Gouverneurs bestaat uit de door de Lid-Staten aangewezen Ministers.

(2) De Raad van Gouverneurs stelt de algemene richtlijnen vast met betrekking tot de kredietpolitiek van de Bank, met name wat betreft de doelstellingen welke, naarmate de verwezenlijking van de gemeenschappelijke markt voortschrijdt, als leidraad moeten dienen.

Hij ziet erop toe dat deze richtlijnen worden opgevolgd.

(3) Bovendien geldt voor de Raad van Gouverneurs het volgende:

- a) hij besluit tot verhoging van het geplaatste kapitaal in overeenstemming met artikel 4, lid 3;
- b) hij oefent de bevoegdheden uit welke in artikel 6 inzake de bijzondere leningen zijn genoemd;
- c) hij oefent de bevoegdheden uit welke in de artikelen 11 en 13 voor de benoeming en het amts-halve ontslaan der leden van de Raad van Bewind en van de Directie zijn genoemd;
- d) hij staat de in artikel 18, lid 1, genoemde afwijking toe;
- e) hij keurt het door de Raad van Bewind opgestelde jaarverslag goed;

- f) er genehmigt die Jahresbilanz und die Ertragsrechnung;
- g) er nimmt die in den Artikeln 7, 14, 17, 26 und 27 vorgesehenen Befugnisse und Obliegenheiten wahr;
- h) er genehmigt die Geschäftsordnung der Bank.

(4) Der Rat der Gouverneure ist im Rahmen dieses Vertrags und dieser Satzung befugt, einstimmig alle Entscheidungen über die Einstellung der Tätigkeit der Bank und ihre etwaige Liquidation zu treffen.

Artikel 10

Soweit in dieser Satzung nicht etwas Gegenteiliges bestimmt ist, werden die Entscheidungen des Rates der Gouverneure mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder gefaßt. Der Rat der Gouverneure stimmt nach den in Artikel 148 dieses Vertrags vorgesehenen Bestimmungen ab.

Artikel 11

(1) Der Verwaltungsrat hat die ausschließliche Entscheidungsbefugnis für die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften sowie die Aufnahme von Anleihen; er setzt die Darlehens-Zinssätze und Bürgschaftsprovisionen fest; er sorgt für die ordnungsmäßige Verwaltung der Bank; er gewährleistet, daß die Führung der Geschäfte der Bank mit den Bestimmungen dieses Vertrags und dieser Satzung sowie mit den allgemeinen Richtlinien des Rates der Gouverneure im Einklang steht.

Am Ende des Geschäftsjahres hat er dem Rat der Gouverneure einen Bericht vorzulegen und ihn, nachdem er genehmigt ist, zu veröffentlichen.

(2) Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf ordentlichen und zwölf stellvertretenden Mitgliedern.

Die ordentlichen Mitglieder werden nach Benennung durch die Mitgliedstaaten und die Kommission für fünf Jahre vom Rat der Gouverneure wie folgt bestellt:

- 2 ordentliche Mitglieder werden gemeinsam von den Beneluxländern benannt;
- 3 ordentliche Mitglieder werden von der Bundesrepublik Deutschland benannt;
- 3 ordentliche Mitglieder werden von der Französischen Republik benannt;
- 3 ordentliche Mitglieder werden von der Italienischen Republik benannt;
- 1 ordentliches Mitglied wird von der Kommission benannt.

Ihre Wiederbestellung ist zulässig.

Jedem ordentlichen Mitglied steht ein stellvertretendes Mitglied zur Seite, das nach denselben Bedingungen und Verfahrensregeln wie die ordentlichen Mitglieder bestellt wird.

Die stellvertretenden Mitglieder können an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen; sie sind nicht stimmberechtigt, es sei denn, daß sie das ordentliche Mitglied vertreten, falls dieses verhindert ist.

Bei den Sitzungen des Verwaltungsrates führt der Präsident des Direktoriums oder bei seiner Verhinderung ein Vizepräsident den Vorsitz; der Vorsitzende nimmt an Abstimmungen nicht teil.

f) approuve le bilan annuel de même que le compte des profits et pertes,

g) exerce les pouvoirs et attributions prévues par les articles 7, 14, 17, 26 et 27,

h) approuve le règlement intérieur de la Banque.

(4) Le Conseil des gouverneurs est compétent pour prendre, à l'unanimité, dans le cadre du Traité et des présents statuts, toutes décisions relatives à la suspension de l'activité de la Banque et à sa liquidation éventuelle.

Article 10

Sauf dispositions contraires des présents statuts, les décisions du Conseil des gouverneurs sont prises à la majorité des membres qui le composent. Les votes du Conseil des gouverneurs sont régis par les dispositions de l'article 148 du Traité.

Article 11

(1) Le Conseil d'administration a compétence exclusive pour décider de l'octroi de crédits et de garanties et de la conclusion d'emprunts; fixe les taux d'intérêts pour les prêts, ainsi que les commissions de garanties; contrôle la saine administration de la Banque; assure la conformité de la gestion de la Banque avec les dispositions du Traité et des statuts et les directives générales fixées par le Conseil des gouverneurs.

A l'expiration de l'exercice, il est tenu de soumettre un rapport au Conseil des gouverneurs et de le publier après approbation.

(2) Le Conseil d'administration est composé de 12 administrateurs et de 12 suppléants.

Les administrateurs sont nommés pour une période de cinq ans par le Conseil des gouverneurs sur désignation respective des États membres et de la Commission à raison de:

- 2 administrateurs désignés d'un commun accord par les pays du Benelux,
- 3 administrateurs désignés par la République fédérale d'Allemagne,
- 3 administrateurs désignés par la République Française,
- 3 administrateurs désignés par la République Italienne,
- 1 administrateur désigné par la Commission.

Leur mandat est renouvelable.

Chaque administrateur est assisté d'un suppléant nommé dans les mêmes conditions et suivant les mêmes procédures que les administrateurs.

Les suppléants peuvent participer aux séances du Conseil d'administration; ils n'ont pas le droit de vote, sauf s'ils remplacent le titulaire en cas d'empêchement de celui-ci.

Le président, ou à son défaut un des vice-présidents du Comité de direction, préside les séances du Conseil d'administration sans prendre part au vote.

- f) approva il bilancio annuo nonchè il conto profitti e perdite,
- g) esercita i poteri e le attribuzioni previsti dagli articoli 7, 14, 17, 26 e 27,
- h) approva il regolamento interno della Banca.

(4) Il Consiglio dei governatori è competente a prendere, all'unanimità, nell'ambito del Trattato e del presente statuto tutte le decisioni relative alla sospensione dell'attività della Banca e alla sua eventuale liquidazione.

Articolo 10

Salvo contraria disposizione del presente statuto, le decisioni del Consiglio dei governatori sono prese a maggioranza dei membri che lo compongono. Le votazioni del Consiglio dei governatori sono regolate dalle disposizioni dell'articolo 148 del Trattato.

Articolo 11

(1) Il Consiglio di amministrazione ha competenza esclusiva per decidere della concessione di crediti e di garanzie e per la conclusione di prestiti; fissa il saggio d'interesse per i prestiti nonchè le commissioni di garanzia; controlla la sana amministrazione della Banca; assicura la conformità della gestione della Banca con le disposizioni del Trattato e dello statuto e con le direttive generali stabilite dal Consiglio dei governatori.

Alla chiusura dell'esercizio, il Consiglio di amministrazione è tenuto a sottoporre al Consiglio dei governatori una relazione ed a pubblicarla dopo l'approvazione.

(2) Il Consiglio di amministrazione è composto di 12 amministratori e di 12 sostituti.

Gli amministratori sono nominati per un periodo di cinque anni dal Consiglio dei governatori, su rispettiva designazione degli Stati membri e della Commissione, in ragione di:

- 3 amministratori designati dalla Repubblica federale di Germania;
- 3 amministratori designati dalla Repubblica Francese;
- 3 amministratori designati dalla Repubblica Italiana;
- 2 amministratori designati di comune accordo dai Paesi del Benelux;
- 1 amministratore designato dalla Commissione.

Il loro mandato è rinnovabile.

Ogni amministratore è assistito da un sostituto nominato alle stesse condizioni e secondo le stesse procedure degli amministratori.

I sostituti possono partecipare alle sedute del Consiglio d'amministrazione; non hanno diritto di voto, salvo quando sostituiscono il titolare in caso d'impedimento di questi.

Il presidente, o in sua assenza uno dei vicepresidenti del Comitato direttivo, presiede le sedute del Consiglio d'amministrazione senza partecipare alle votazioni.

f) hij keurt de jaarbalans alsmede de winst- en verliesrekening goed;

g) hij oefent de in de artikelen 7, 14, 17, 26 en 27 genoemde bevoegdheden uit;

h) hij keurt het reglement van orde van de Bank goed.

(4) De Raad van Gouverneurs is bevoegd om met eenparigheid van stemmen, in het kader van het Verdrag en van deze Statuten, alle besluiten te nemen met betrekking tot de schorsing van de werkzaamheden en van de Bank en met betrekking tot haar eventuele liquidatie.

Artikel 10

Voor zover in deze Statuten niet anders is bepaald, worden de besluiten van de Raad van Gouverneurs met meerderheid van de stemmen zijner leden genomen. Voor het stemmen in de Raad van Gouverneurs gelden de bepalingen van artikel 148 van het Verdrag.

Artikel 11

(1) Alleen de Raad van Bewind is bevoegd te besluiten tot het verlenen van kredieten en garanties en tot het aangaan van leningen; hij stelt de rentevoet vast voor de door de Bank verstrekte leningen alsmede de provisie ter zake van verleende garanties; hij ziet toe op een goed bestuur van de Bank; hij zorgt ervoor dat het beheer van de Bank plaatsvindt in overeenstemming met de bepalingen van het Verdrag en van de Statuten en met de algemene richtlijnen welke door de Raad van Gouverneurs worden vastgesteld.

Na het boekjaar brengt hij verslag uit aan de Raad van Gouverneurs en maakt dit verslag na goedkeuring bekend.

(2) De Raad van Bewind bestaat uit twaalf bewindvoerders en twaalf plaatsvervangers.

De bewindvoerders worden voor de tijd van vijf jaar door de Raad van Gouverneurs benoemd na aanwijzing onderscheidenlijk door de Lid-Staten en door de Commissie, en wel als volgt:

- 3 bewindvoerders aangewezen door de Bondsrepubliek Duitsland,
- 3 bewindvoerders aangewezen door de Franse Republiek,
- 3 bewindvoerders aangewezen door de Italiaanse Republiek,
- 2 bewindvoerders in onderlinge overeenstemming aangewezen door de Benelux-landen,
- 1 bewindvoerder aangewezen door de Commissie.

Zij zijn herbenoembaar.

Elke bewindvoerder wordt bijgestaan door een plaatsvervanger, die onder dezelfde voorwaarden en volgens dezelfde procedure wordt benoemd als de bewindvoerders.

De plaatsvervangers kunnen aan de vergaderingen van de Raad van Bewind deelnemen; zij hebben geen stemrecht, tenzij zij een bewindvoerder in geval van verhindering vervangen.

De president of, bij ontstentenis, een van de vicepresidenten van de Directie oefent het voorzitterschap uit van de Raad van Bewind, zonder aan de stemming deel te nemen.

Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates werden Persönlichkeiten bestellt, die jede Gewähr für Unabhängigkeit und Befähigung bieten. Sie sind nur der Bank verantwortlich.

(3) Ein ordentliches Mitglied kann nur dann seines Amtes enthoben werden, wenn es die für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt; in diesem Falle kann der Rat der Gouverneure mit qualifizierter Mehrheit seine Amtsenthebung verfügen.

Wird ein Jahresbericht nicht genehmigt, so hat dies den Rücktritt des Verwaltungsrates zur Folge.

(4) Sitze, die durch Todesfall, freiwilligen Rücktritt, Amtsenthebung oder Gesamtrücktritt frei werden, sind nach Maßgabe des Absatzes (2) neu zu besetzen. Außer den allgemeinen Neubestellungen sind frei werdende Sitze für die verbleibende Amtszeit neu zu besetzen.

(5) Der Rat der Gouverneure bestimmt die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates. Er stellt einstimmig fest, welche Tätigkeiten mit dem Amt eines ordentlichen oder stellvertretenden Mitglieds unvereinbar sind.

Artikel 12

(1) Jedes ordentliche Mitglied verfügt im Verwaltungsrat über eine Stimme.

(2) Soweit in dieser Satzung nicht etwas Gegenteiliges bestimmt ist, werden die Entscheidungen des Verwaltungsrates mit der einfachen Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder getroffen. Für die qualifizierte Mehrheit sind acht Stimmen erforderlich. Die Geschäftsordnung der Bank bestimmt die Anzahl der Mitglieder, deren Anwesenheit für die Beschlußfähigkeit des Verwaltungsrates erforderlich ist.

Artikel 13

(1) Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten, die vom Rat der Gouverneure auf Vorschlag des Verwaltungsrates für sechs Jahre bestellt werden. Ihre Wiederbestellung ist zulässig.

(2) Der Rat der Gouverneure kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des Verwaltungsrates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, die Amtsenthebung der Mitglieder des Direktoriums anordnen.

(3) Das Direktorium nimmt unter der Aufsicht des Präsidenten und der Kontrolle des Verwaltungsrates die laufenden Geschäfte der Bank wahr.

Es bereitet die Entscheidungen des Verwaltungsrates vor, insbesondere hinsichtlich der Aufnahme von Anleihen sowie der Gewährung von Darlehen und Bürgschaften; es sorgt für die Durchführung dieser Entscheidungen.

(4) Die Stellungnahmen des Direktoriums zu beantragten Darlehen und Bürgschaften sowie zu geplanten Anleihen werden mit Mehrheit beschlossen.

(5) Der Rat der Gouverneure setzt die Vergütung der Mitglieder des Direktoriums fest und bestimmt, welche Tätigkeiten mit ihrem Amt unvereinbar sind.

(6) Die Bank wird gerichtlich und außergerichtlich vom Präsidenten oder bei seiner Verhinderung von einem Vizepräsidenten vertreten.

Les membres du Conseil d'administration sont choisis parmi les personnalités offrant toutes garanties d'indépendance et de compétence; ils ne sont responsables qu'envers la Banque.

(3) Dans le seul cas où un administrateur ne remplit plus les conditions nécessaires pour exercer ses fonctions, le Conseil des gouverneurs, statuant à la majorité qualifiée, pourra prononcer sa démission d'office.

La non-approbation du rapport annuel entraîne la démission du Conseil d'administration.

(4) En cas de vacance, par suite de décès ou de démission volontaire, d'office ou collective, il est procédé au remplacement selon les règles fixées au paragraphe qui précède. En dehors des renouvellements généraux, les membres sont remplacés pour la durée de leur mandat restant à courir.

(5) Le Conseil des gouverneurs fixe la rétribution des membres du Conseil d'administration. Il établit à l'unanimité les incompatibilités éventuelles avec les fonctions d'administrateur et de suppléant.

Article 12

(1) Chaque administrateur dispose d'une voix au Conseil d'administration.

(2) Sauf dispositions contraires des présents statuts, les décisions du Conseil d'administration sont prises à la majorité simple des membres du Conseil ayant voix délibérative. La majorité qualifiée requiert la réunion de huit voix. Le règlement intérieur de la Banque fixe le quorum nécessaire pour la validité des délibérations du Conseil d'administration.

Article 13

(1) Le Comité de direction se compose d'un président et de deux vice-présidents nommés pour une période de six ans par le Conseil des gouverneurs sur proposition du Conseil d'administration. Leur mandat est renouvelable.

(2) Sur proposition du Conseil d'administration ayant statué à la majorité qualifiée, le Conseil des gouverneurs, statuant à son tour à la majorité qualifiée, peut prononcer la démission d'office des membres du Comité de direction.

(3) Le Comité de direction assure la gestion des affaires courantes de la Banque, sous l'autorité du président et sous le contrôle du Conseil d'administration.

Il prépare les décisions du Conseil d'administration notamment en ce qui concerne la conclusion d'emprunts et l'octroi de crédits et de garanties; il assure l'exécution de ces décisions.

(4) Le Comité de direction formule à la majorité ses avis sur les projets de prêts et de garanties et sur les projets d'emprunts.

(5) Le Conseil des gouverneurs fixe la rétribution des membres du Comité de direction et établit les incompatibilités avec leurs fonctions.

(6) Le président, ou en cas d'empêchement un des vice-présidents, représente la Banque en matière judiciaire ou extra-judiciaire.

I membri del Consiglio d'amministrazione sono scelti tra personalità che offrano ogni garanzia di indipendenza e di competenza; essi sono responsabili soltanto nei confronti della Banca.

(3) Soltanto nel caso che un amministratore non risponda più ai requisiti necessari all'esercizio delle sue funzioni, il Consiglio dei governatori, deliberando a maggioranza qualificata, potrà dichiararlo dimissionario d'ufficio.

La mancata approvazione della relazione annuale provoca le dimissioni del Consiglio d'amministrazione.

(4) In caso di vacanza, a seguito di decesso oppure di dimissioni volontarie, d'ufficio o collettive, si provvede alla sostituzione secondo le norme di cui al paragrafo 2. Salvo nei casi di rinnovamento generale, i membri sono sostituiti per la restante durata del mandato.

(5) Il Consiglio dei governatori stabilisce la retribuzione dei membri del Consiglio d'amministrazione. Esso definisce all'unanimità le eventuali incompatibilità con le funzioni di amministratore e di sostituto.

Articolo 12

(1) Ogni amministratore dispone di un voto nel Consiglio d'amministrazione.

(2) Salvo contraria disposizione del presente statuto, le decisioni del Consiglio d'amministrazione sono prese a maggioranza semplice dei membri del Consiglio aventi voto deliberativo. La maggioranza qualificata richiede otto voti. Il regolamento interno della Banca fissa il numero legale necessario per la validità delle deliberazioni del Consiglio d'amministrazione.

Articolo 13

(1) Il Comitato direttivo è composto di un presidente e di due vicepresidenti nominati per un periodo di sei anni dal Consiglio dei governatori, su proposta del Consiglio d'amministrazione. Il loro mandato è rinnovabile.

(2) Su proposta del Consiglio d'amministrazione, che abbia deliberato a maggioranza qualificata, il Consiglio dei governatori, deliberando a sua volta a maggioranza qualificata, può dichiarare dimissionari d'ufficio i membri del Comitato direttivo.

(3) Il Comitato direttivo provvede alla gestione degli affari d'ordinaria amministrazione della Banca, sotto l'autorità del presidente e sotto il controllo del Consiglio d'amministrazione.

Esso prepara le decisioni del Consiglio d'amministrazione, in particolare per la conclusione di prestiti e la concessione di crediti e garanzie; assicura l'esecuzione di tali decisioni.

(4) Il Comitato direttivo formula a maggioranza i suoi pareri circa i progetti di concessione di crediti e di garanzie e i progetti di emissione di prestiti.

(5) Il Consiglio dei governatori fissa la retribuzione dei membri del Comitato direttivo e definisce le incompatibilità con le loro funzioni.

(6) Il presidente o, in caso di impedimento, uno dei vicepresidenti, rappresenta la Banca in sede giudiziaria o extra giudiziaria.

Als leden van de Raad van Bewind worden gekozen personen die alle waarborgen bieden voor onafhankelijkheid en bekwaamheid. Zij zijn slechts aan de Bank verantwoordig schuldig.

(3) Een bewindvoerder kan slechts dan door de Raad van Gouverneurs, welke ter zake met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluit, ambtshalve worden ontslagen, indien hij niet meer voldoet aan de voorwaarden welke voor de uitoefening van zijn functie zijn gesteld.

Ingeval het jaarverslag niet wordt goedgekeurd, treedt de Raad van Bewind af.

(4) Indien er ten gevolge van overlijden of van vrijwillig, ambtshalve of collectief ontslag een vacature ontstaat, wordt tot vervanging overgegaan overeenkomstig de in lid 2 vastgestelde voorschriften. Behalve bij algehele vernieuwing, worden de leden voor de verdere duur van hun mandaat vervangen.

(5) De Raad van Gouverneurs stelt de vergoeding vast voor de leden van de Raad van Bewind. Met eenparigheid van stemmen bepaalt hij welke functie eventueel onverenigbaar is met die van bewindvoerder en van plaatsvervanger.

Artikel 12

(1) Elke bewindvoerder beschikt in de Raad van Bewind over één stem.

(2) Voor zover in deze Statuten niet anders is bepaald, worden de besluiten van de Raad van Bewind met eenvoudige meerderheid van stemmen van zijn stemgerechtigde leden genomen. Voor de gekwalificeerde meerderheid zijn acht eensluidende stemmen vereist. Het reglement van orde van de Bank stelt het quorum vast dat voor het nemen van rechtsgeldige besluiten in de Raad van Bewind is vereist.

Artikel 13

(1) De Directie bestaat uit een president en twee vicepresidenten, die voor de tijd van zes jaar door de Raad van Gouverneurs op voorstel van de Raad van Bewind worden benoemd. Zij zijn herbenoembaar.

(2) Op voorstel van de Raad van Bewind, met gekwalificeerde meerderheid van stemmen tot stand gekomen, kan de Raad van Gouverneurs, eveneens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, besluiten, de leden van de Directie ambtshalve te ontslaan.

(3) De Directie behandelt de lopende zaken van de Bank, onder leiding van de president en onder toezicht van de Raad van Bewind.

Zij bereidt de besluiten van de Raad van Bewind voor, met name wat betreft het aangaan van leningen en het verlenen van kredieten en garanties, en zorgt voor de uitvoering van die besluiten.

(4) De adviezen inzake plannen voor het verstrekken van leningen en voor het verlenen van garanties en inzake plannen voor het aangaan van leningen worden door de Directie met meerderheid van stemmen vastgesteld.

(5) De Raad van Gouverneurs stelt de vergoeding vast voor de leden van de Directie en bepaalt welke werkzaamheden onverenigbaar zijn met hun ambt.

(6) De president of, bij ontstentenis, een van de vicepresidenten vertegenwoordigt de Bank in en buiten rechte.

(7) Der Präsident ist der Vorgesetzte der Bediensteten der Bank. Er stellt sie ein und entläßt sie. Bei der Auswahl des Personals ist nicht nur die persönliche Eignung und die berufliche Befähigung zu berücksichtigen, sondern auch auf eine angemessene Beteiligung von Staatsangehörigen der einzelnen Mitgliedstaaten zu achten.

(8) Das Direktorium und das Personal der Bank sind nur dieser verantwortlich und üben ihre Ämter unabhängig aus.

Artikel 14

(1) Ein Ausschuß, der aus drei vom Rat der Gouverneure auf Grund ihrer Befähigung ernannten Mitgliedern besteht, prüft jährlich die Ordnungsmäßigkeit der Geschäfte und der Bücher der Bank.

(2) Er stellt fest, ob die Bilanz und die Ertragsrechnung den Geschäftsbüchern entsprechen und auf der Aktiv- und Passivseite die Geschäftslage der Bank richtig wiedergeben.

Artikel 15

Die Bank verkehrt mit jedem Mitgliedstaat über die von diesem bezeichnete Behörde. Bei der Durchführung ihrer Finanzgeschäfte nimmt sie die Notenbank des betreffenden Mitgliedstaates oder andere von diesem genehmigte Finanzinstitute in Anspruch.

Artikel 16

(1) Die Bank arbeitet mit allen in ähnlichen Bereichen tätigen internationalen Organisationen zusammen.

(2) Die Bank nimmt zu den Bank- und Finanzinstituten der Länder, auf die sie ihre Geschäftstätigkeit erstreckt, alle der Zusammenarbeit dienlichen Beziehungen auf.

Artikel 17

Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates oder der Kommission oder von Amts wegen nimmt der Rat der Gouverneure die Auslegung oder Ergänzung seiner nach Artikel 9 dieser Satzung erlassenen Richtlinien gemäß den für ihren Erlaß maßgebenden Bestimmungen vor.

Artikel 18

(1) Im Rahmen der ihr in Artikel 130 dieses Vertrags gestellten Aufgabe gewährt die Bank ihren Mitgliedern oder privaten oder öffentlichen Unternehmen Darlehen für Investitionsvorhaben, die in den europäischen Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten durchzuführen sind, soweit Mittel aus anderen Quellen zu angemessenen Bedingungen nicht zur Verfügung stehen.

Die Bank kann auf Vorschlag des Verwaltungsrates durch eine vom Rat der Gouverneure einstimmig erteilte Ausnahmegenehmigung auch Darlehen für Investitionsvorhaben gewähren, die ganz oder teilweise außerhalb der europäischen Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten durchzuführen sind.

(2) Die Gewährung von Darlehen wird soweit wie möglich von dem Einsatz auch anderer Finanzierungsmittel abhängig gemacht.

(7) Les fonctionnaires et employés de la Banque sont placés sous l'autorité du président. Ils sont engagés et licenciés par lui. Dans le choix du personnel, il doit être tenu compte non seulement des aptitudes personnelles et des qualifications professionnelles, mais encore d'une participation équitable des nationaux des États membres.

(8) Le Comité de direction et le personnel de la Banque ne sont responsables que devant cette dernière et exercent leurs fonctions en pleine indépendance.

Article 14

(1) Un Comité, composé de trois membres nommés par le Conseil des gouverneurs — en raison de leur compétence, vérifie chaque année la régularité des opérations et des livres de la Banque.

(2) Il confirme que le bilan et le compte de profits et pertes sont conformes aux écritures comptables et qu'ils reflètent exactement, à l'actif comme au passif, la situation de la Banque.

Article 15

La Banque communique avec chaque État membre par l'intermédiaire de l'autorité désignée par celui-ci. Dans l'exécution des opérations financières, elle a recours à la banque d'émission de l'État membre intéressé ou à d'autres institutions financières agréées par celui-ci.

Article 16

(1) La Banque coopère avec toutes les organisations internationales dont l'activité s'exerce en des domaines analogues aux siens.

(2) La Banque recherche tous les contacts utiles en vue de coopérer avec les institutions bancaires et financières des pays auxquels elle étend ses opérations.

Article 17

A la requête d'un État membre ou de la Commission, ou d'office, le Conseil des gouverneurs interprète ou complète, dans les conditions dans lesquelles elles ont été arrêtées, les directives fixées par lui aux termes de l'article 9 des présents statuts.

Article 18

(1) Dans le cadre du mandat défini à l'article 130 du Traité, la Banque accorde des crédits à ses membres ou à des entreprises privées ou publiques pour des projets d'investissement à réaliser sur les territoires européens des États membres, pour autant que des moyens provenant d'autres ressources ne sont pas disponibles à des conditions raisonnables.

Toutefois, par dérogation accordée à l'unanimité par le Conseil des gouverneurs, sur proposition du Conseil d'administration, la Banque peut octroyer des crédits pour des projets d'investissement à réaliser en tout ou en partie hors des territoires européens des États membres.

(2) L'octroi de prêts est, autant que possible, subordonné à la mise en œuvre d'autres moyens de financement.

(7) I funzionari e gli impiegati della Banca sono posti sotto l'autorità del presidente. Essi sono da lui assunti e licenziati. Nella scelta del personale, si deve tener conto non solo delle attitudini personali e delle qualificazioni professionali, ma anche di una equa partecipazione dei cittadini degli Stati membri.

(8) Il Comitato direttivo e il personale della Banca sono responsabili soltanto nei confronti di quest'ultima ed esercitano le loro funzioni in piena indipendenza.

Articolo 14

(1) Un Comitato, composto di tre membri nominati dal Consiglio dei governatori, in ragione della loro competenza, verifica ogni anno la regolarità delle operazioni e dei libri della Banca.

(2) Tale Comitato conferma che il bilancio ed il conto profitti e perdite sono conformi alle scritture contabili e rispecchiano esattamente la situazione della Banca sia all'attivo che al passivo.

Articolo 15

La Banca comunica con i singoli Stati membri per il tramite dell'autorità da essi designata. Nell'esecuzione delle operazioni finanziarie essa ricorre alla banca d'emissione dello Stato membro interessato oppure ad altri istituti finanziari da quest'ultimo autorizzati.

Articolo 16

(1) La Banca coopera con tutte le organizzazioni internazionali, il cui campo di attività copra settori analoghi ai suoi.

(2) La Banca ricerca ogni utile contatto per cooperare con gli istituti bancari e finanziari dei Paesi ai quali estende le proprie operazioni.

Articolo 17

A richiesta di uno Stato membro o della Commissione, ovvero d'ufficio, il Consiglio dei governatori interpreta o perfeziona, alle condizioni nelle quali sono state stabilite, le direttive da esso fissate ai sensi dell'articolo 9 del presente statuto.

Articolo 18

(1) Nell'ambito del mandato definito dall'articolo 130 del Trattato, la Banca concede crediti ai suoi membri oppure a imprese private o pubbliche per progetti d'investimenti da attuare nei territori europei degli Stati membri, semprechè non siano disponibili, a condizioni ragionevoli, mezzi provenienti da altre fonti.

Tuttavia, per deroga concessa all'unanimità dal Consiglio dei governatori, su proposta del Consiglio d'amministrazione, la Banca può concedere crediti per progetti di investimenti da attuarsi in tutto o in parte al di fuori dei territori europei degli Stati membri.

(2) La concessione di crediti è subordinata, per quanto possibile, al ricorso ad altri mezzi di finanziamento.

(7) De ambtenaren en bedienden van de Bank staan onder het gezag van de president. Zij worden door hem benoemd en ontslagen. Bij de keuze van het personeel dient niet alleen rekening te worden gehouden met persoonlijke geschiktheid en beroepsbekwaamheid, doch eveneens met een billijke verdeling naar nationaliteit over de Lid-Staten.

(8) De Directie en het personeel van de Bank zijn slechts aan de Bank verantwoording schuldig en oefenen hun functies in volledige onafhankelijkheid uit.

Artikel 14

(1) Een comité van drie leden, door de Raad van Gouverneurs op grond van hun bekwaamheid benoemd, controleert elk jaar de regelmatigheid van de verrichtingen en van de boeken van de Bank.

(2) Dit comité verklaart dat de balans en de winst- en verliesrekening in overeenstemming zijn met de boekingen en dat zij, zowel wat de activa als de passiva betreft, een juist beeld geven van de financiële toestand van de Bank.

Artikel 15

De Bank onderhoudt de betrekkingen met elke Lid-Staat door tussenkomst van de door deze aangewezen autoriteit. Voor de uitvoering van financiële verrichtingen heeft zij toegang tot de centrale bank van de betrokken Lid-Staat of tot andere door die Staat gemachtigde financiële instellingen.

Artikel 16

(1) De Bank werkt samen met alle internationale organisaties waarvan de werkzaamheden zich uitstrekken over een terrein dat met het hare overeenkomt.

(2) De Bank legt alle contacten welke dienstig zijn voor de samenwerking met de bankinstellingen en financiële instellingen der landen tot welke zij haar verrichtingen uitstrekt.

Artikel 17

Op verzoek van een Lid-Staat of van de Commissie, dan wel ambtshalve, worden de richtlijnen die door de Raad van Gouverneurs overeenkomstig artikel 9 van deze Statuten zijn vastgesteld, door hem uitgelegd of aangevuld op dezelfde wijze als waarop zij tot stand zijn gekomen.

Artikel 18

(1) In het kader van de in artikel 130 van het Verdrag omschreven taak, verleent de Bank kredieten aan haar leden of aan particuliere of openbare ondernemingen ten behoeve van investeringsprojecten, te verwezenlijken op het Europese grondgebied van de Lid-Staten, voor zover uit andere bronnen voortkomende middelen niet tegen redelijke voorwaarden beschikbaar zijn.

Nochtans kan de Bank, krachtens een met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Raad van Bewind genomen besluit van de Raad van Gouverneurs tot afwijking van het voorgaande, kredieten verlenen voor investeringsprojecten welke geheel of gedeeltelijk buiten het Europese grondgebied van de Lid-Staten zullen worden verwezenlijkt.

(2) Het verstrekken van leningen wordt zoveel mogelijk ondergeschikt gemaakt aan de inschakeling van andere financieringsmiddelen.

(3) Wird einem Unternehmen oder einer Körperschaft — mit Ausnahme der Mitgliedstaaten — ein Darlehen gewährt, so macht die Bank dies entweder von einer Bürgschaft des Mitgliedstaates, in dessen Hoheitsgebiet das Vorhaben verwirklicht wird, oder von anderen ausreichenden Bürgschaften abhängig.

(4) Die Bank kann Bürgschaften für Anleihen übernehmen, die von öffentlichen oder privaten Unternehmen oder von Körperschaften für die Durchführung der in Artikel 130 dieses Vertrags bezeichneten Vorhaben aufgenommen werden.

(5) Die jeweils ausstehenden Darlehen und Bürgschaften der Bank dürfen insgesamt 250 v. H. des gezeichneten Kapitals nicht überschreiten.

(6) Die Bank sichert sich gegen das Wechselrisiko, indem sie die Darlehens- und Bürgschaftsverträge mit den ihres Erachtens geeigneten Klauseln versieht.

Artikel 19

(1) Die Darlehenszinssätze und Bürgschaftsprovisionen der Bank werden den jeweiligen Bedingungen des Kapitalmarktes angepaßt und so bemessen, daß die Bank aus den Erträgen ihre Verpflichtungen erfüllen, ihre Kosten decken und gemäß Artikel 24 einen Reservefonds bilden kann.

(2) Die Bank gewährt keine Zinsermäßigungen. Läßt die Eigenart des zu finanzierenden Vorhabens eine Zinsermäßigung angezeigt erscheinen, so kann der betreffende Mitgliedstaat oder eine dritte Stelle Zinsvergütungen gewähren, soweit die Gewährung mit Artikel 92 dieses Vertrags vereinbar ist.

Artikel 20

Bei ihren Darlehens- und Bürgschaftsgeschäften beachtet die Bank folgende Grundsätze:

1. Sie achtet auf die wirtschaftlich zweckmäßigste Verwendung ihrer Mittel im Interesse der Gemeinschaft.

Sie darf nur dann Darlehen gewähren oder Bürgschaft leisten,

a) wenn der Zinsen- und Tilgungsdienst bei Vorhaben von Produktionsunternehmen aus deren Erträgen, und bei sonstigen Vorhaben durch eine entsprechende Verpflichtung des Staates, in dem das Vorhaben durchgeführt wird, oder auf andere Weise sichergestellt ist,

b) und wenn die Durchführung des Vorhabens zu einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität im allgemeinen beiträgt und die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes fördert.

2. Sie darf weder Beteiligungen an Unternehmen erwerben noch Verantwortung bei deren Geschäftsführung übernehmen, es sei denn, daß dies für die Wahrnehmung ihrer Rechte erforderlich ist, um die Rückzahlung der von ihr ausgeliehenen Mittel zu sichern.

3. Sie kann ihre Forderungen auf dem Kapitalmarkt abtreten und von ihren Darlehensnehmern die Ausgabe von Schuldverschreibungen oder anderen Wertpapieren verlangen.

(3) Lorsqu'un prêt est consenti à une entreprise ou à une collectivité autre qu'un État membre, la Banque subordonne l'octroi de ce prêt soit à une garantie de l'État membre sur le territoire duquel le projet sera réalisé, soit à d'autres garanties suffisantes.

(4) La Banque peut garantir des emprunts contractés par des entreprises publiques ou privées ou par des collectivités pour la réalisation d'opérations prévues à l'article 130 du Traité.

(5) L'encours total des prêts et des garanties accordés par la Banque ne doit pas excéder 250 % du montant du capital souscrit.

(6) La Banque se prémunit contre le risque de change en assortissant les contrats de prêts et de garanties des clauses qu'elle estime appropriées.

Article 19

(1) Les taux d'intérêt pour les prêts à consentir par la Banque, ainsi que les commissions de garantie, doivent être adaptés aux conditions qui prévalent sur le marché des capitaux, et doivent être calculés de façon que les recettes qui en résultent permettent à la Banque de faire face à ses obligations, de couvrir ses frais et de constituer un fonds de réserve conformément à l'article 24.

(2) La Banque n'accorde pas de réduction sur les taux d'intérêt. Dans le cas où, compte tenu du caractère spécifique du projet à financer, une réduction du taux d'intérêt paraît indiquée, l'État membre intéressé ou une tierce instance peut accorder des bonifications d'intérêt, dans la mesure où leur octroi est compatible avec les règles fixées à l'article 92 du Traité.

Article 20

Dans ses opérations de prêts et de garanties, la Banque doit observer les principes suivants:

1. Elle veille à ce que ses fonds soient utilisés de la façon la plus rationnelle dans l'intérêt de la Communauté.

Elle ne peut accorder des prêts ou garantir des emprunts que

a) lorsque le service d'intérêt et d'amortissement est assuré par les bénéfices d'exploitation, dans le cas de projets mis en œuvre par des entreprises du secteur de la production, ou par un engagement souscrit par l'État dans lequel le projet est mis en œuvre, ou de toute autre manière, dans le cas d'autres projets,

b) et lorsque l'exécution du projet contribue à l'accroissement de la productivité économique en général et favorise la réalisation du marché commun.

2. Elle ne doit acquérir aucune participation à des entreprises ni assumer aucune responsabilité dans la gestion, à moins que la protection de ses droits ne l'exige pour garantir le recouvrement de sa créance.

3. Elle peut céder ses créances sur le marché des capitaux et, à cet effet, exiger de ses emprunteurs l'émission d'obligations ou d'autres titres.

(3) Quando un prestito è accordato a una impresa o ad una collettività che non sia uno Stato membro, la Banca subordina la concessione di tale credito ad una garanzia dello Stato membro sul territorio del quale sarà attuato il progetto, oppure ad altre garanzie sufficienti.

(4) La Banca può garantire prestiti contratti da imprese pubbliche o private ovvero da collettività per l'attuazione di operazioni previste dall'articolo 130 del Trattato.

(5) Il totale degli impegni derivanti dai prestiti e dalle garanzie accordati dalla Banca non deve essere in alcun momento superiore al 250% del capitale sottoscritto.

(6) La Banca si cautela contro il rischio di cambio inserendo le clausole che riterrà idonee nei contratti relativi ai prestiti e alle garanzie.

Articolo 19

(1) I saggi d'interesse per i prestiti accordati dalla Banca nonché le commissioni di garanzia devono essere adattati alle condizioni che prevalgono sul mercato dei capitali e devono essere calcolati in modo che gli introiti che ne derivano consentano alla Banca di far fronte alle proprie obbligazioni, di coprire le proprie spese e di costituire un fondo di riserva, conformemente all'articolo 24.

(2) La Banca non accorda riduzioni sui saggi d'interesse. Qualora, avuto riguardo al carattere specifico del progetto da finanziare, risulti opportuna una riduzione del saggio di interesse, lo Stato membro interessato ovvero un'autorità terza può concedere bonifici d'interesse, nella misura in cui tale concessione sia compatibile con le norme fissate dall'articolo 92 del Trattato.

Articolo 20

Nelle operazioni di prestito e di garanzia la Banca deve osservare i seguenti principi:

1. Vigila che i suoi fondi siano impiegati nel modo più razionale nell'interesse della Comunità.

Può accordare o garantire prestiti soltanto:

- a) quando il servizio degli interessi e dell'ammortamento sia assicurato dagli utili di gestione, nel caso di progetti attuati da imprese appartenenti ai settori produttivi, oppure da un impegno sottoscritto dallo Stato in cui si realizza il progetto, o in qualsiasi altra maniera, nel caso di altri progetti,
- b) e quando l'esecuzione del progetto contribuisca all'incremento della produttività economica in generale e favorisca l'attuazione del mercato comune.

2. Non deve acquistare partecipazioni in imprese nè assumere responsabilità di sorta nella loro gestione, salvo che non lo richieda la tutela dei propri diritti per garantire la riscossione dei propri crediti.

3. Può cedere i propri crediti sul mercato dei capitali ed esigere a tal fine dai suoi debitori l'emissione di obbligazioni o di altri titoli.

(3) Wanneer een lening wordt toegekend aan een onderneming of een ander lichaam dan een Lid-Staat, maakt de Bank het verstrekken van deze lening ondergeschikt hetzij aan een garantie van de Lid-Staat op wiens grondgebied het project zal worden verwezenlijkt, hetzij aan andere voldoende waarborgen.

(4) De Bank kan leningen garanderen die door openbare of particuliere ondernemingen of door lichamen zijn aangegaan ter verwezenlijking van projecten als bedoeld in artikel 130.

(5) De som van de uitstaande leningen en garanties door de Bank verstrekt mag 250% van het geplaatste kapitaal niet te boven gaan.

(6) De Bank beveiligd zich tegen wisselkoersrisico's door in de lenings- en garantie-overeenkomsten de naar haar mening passende bepalingen op te nemen.

Artikel 19

(1) De rentevoet voor door de Bank te verstrekken leningen alsmede de garantieprovisie dienen te worden aangepast aan de op de kapitaalmarkt geldende voorwaarden en zodanig te worden berekend, dat de daaruit voortvloeiende ontvangsten de Bank in staat stellen, haar verplichtingen na te komen, haar kosten te dekken en overeenkomstig artikel 24 een reservefonds te vormen.

(2) De Bank staat geen verlagingen toe van de rentevoet. Ingeval er, gelet op de bijzondere aard van het te financieren project, aanleiding bestaat tot verlaging van de rentevoet, kan de belanghebbende Lid-Staat of een derde instantie rentevergoedingen verlenen, voor zover dit verenigbaar is met de in artikel 92 van het Verdrag vastgestelde regels.

Artikel 20

Bij het verstrekken van leningen en van garanties neemt de Bank de volgende beginselen in acht:

1. Zij waakt ervoor dat haar gelden op de meest rationele wijze in het belang van de Gemeenschap worden aangewend.

Zij kan slechts leningen verstrekken of op te nemen leningen garanderen:

- a) wanneer rente en aflossing bij projecten, uitgevoerd door ondernemingen in de produktieve sector, zijn gewaarborgd door de exploitatie-opbrengsten, of, bij andere projecten, door een verbintenis aangegaan door de Staat waarin het project wordt uitgevoerd dan wel op enigerlei andere wijze,
- b) en wanneer de uitvoering van het project bijdraagt tot een verhoging van de economische produktiviteit in het algemeen en eveneens tot de verwezenlijking van de gemeenschappelijke markt.

2. Zij mag op generlei wijze deelnemen in ondernemingen noch een verantwoordelijkheid in het beleid daarvan op zich nemen, tenzij beveiliging van haar rechten dit als waarborg voor de inning van haar schuldvordering vereist.

3. Zij kan haar schuldvorderingen cederen op de kapitaalmarkt en te dien einde van haar geldnemers de uitgifte van obligaties of andere effecten verlangen.

4. Weder die Bank noch die Mitgliedstaaten dürfen Bedingungen vorschreiben, nach denen Beträge aus ihren Darlehen in einem bestimmten Mitgliedstaat ausgegeben werden müssen.
5. Sie kann die Gewährung von Darlehen davon abhängig machen, daß internationale Ausschreibungen stattfinden.
6. Sie darf ein Vorhaben weder finanzieren noch zu seiner Finanzierung beitragen, wenn der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet es durchgeführt werden soll, Einspruch erhebt.

Artikel 21

(1) Darlehens- und Bürgschaftsanträge können der Bank entweder über die Kommission oder über denjenigen Mitgliedstaat zugeleitet werden, in dessen Hoheitsgebiet das Vorhaben durchgeführt wird. Darlehens- und Bürgschaftsanträge können von Unternehmen auch unmittelbar bei der Bank eingereicht werden.

(2) Werden der Bank Anträge über die Kommission zugeleitet, so sind sie dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet das Vorhaben durchgeführt wird, zur Stellungnahme vorzulegen. Werden sie der Bank über einen Staat zugeleitet, so sind sie der Kommission zur Stellungnahme vorzulegen. Werden sie von einem Unternehmen unmittelbar eingereicht, so sind sie dem betreffenden Mitgliedstaat und der Kommission vorzulegen.

Die betreffenden Mitgliedstaaten und die Kommission haben eine Frist von zwei Monaten zur Abgabe ihrer Stellungnahme. Ist diese Frist verstrichen, so kann die Bank das betreffende Vorhaben als genehmigt betrachten.

(3) Der Verwaltungsrat beschließt über die ihm vom Direktorium vorgelegten Darlehens- und Bürgschaftsanträge.

(4) Das Direktorium prüft, ob die ihm vorgelegten Darlehens- und Bürgschaftsanträge den Bestimmungen dieser Satzung, insbesondere des Artikels 20 entsprechen. Spricht sich das Direktorium für die Gewährung des Darlehens oder der Bürgschaft aus, so legt es den Vertragsentwurf dem Verwaltungsrat vor; es kann seine positive Stellungnahme von Voraussetzungen abhängig machen, die es als wesentlich erachtet. Spricht sich das Direktorium gegen die Gewährung des Darlehens oder der Bürgschaft aus, so unterbreitet es die Unterlagen mit seiner Stellungnahme dem Verwaltungsrat.

(5) Bei einer negativen Stellungnahme des Direktoriums kann der Verwaltungsrat das Darlehen oder die Bürgschaft nur einstimmig gewähren.

(6) Bei einer negativen Stellungnahme der Kommission kann der Verwaltungsrat das Darlehen oder die Bürgschaft nur einstimmig gewähren; bei dieser Abstimmung enthält sich das von der Kommission benannte Mitglied des Verwaltungsrats der Stimme.

(7) Bei einer negativen Stellungnahme des Direktoriums und der Kommission darf der Verwaltungsrat das Darlehen oder die Bürgschaft nicht gewähren.

Artikel 22

(1) Die Bank nimmt die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten auf.

4. Ni elle ni les États membres ne doivent imposer de conditions selon lesquelles les sommes prêtées doivent être dépensées à l'intérieur d'un État membre déterminé.
5. Elle peut subordonner l'octroi de prêts à l'organisation d'adjudications internationales.
6. Elle ne finance, en tout ou en partie, aucun projet auquel s'oppose l'État membre sur le territoire duquel ce projet doit être exécuté.

Article 21

(1) Les demandes de prêt ou de garantie peuvent être adressées à la Banque soit par l'intermédiaire de la Commission, soit par l'intermédiaire de l'État membre sur le territoire duquel le projet sera réalisé. La Banque peut aussi être saisie directement d'une demande de prêt ou de garantie par une entreprise.

(2) Lorsque les demandes sont adressées par l'intermédiaire de la Commission, elles sont soumises pour avis à l'État membre sur le territoire duquel le projet sera réalisé. Lorsqu'elles sont adressées par l'intermédiaire de l'État, elles sont soumises pour avis à la Commission. Lorsqu'elles émanent directement d'une entreprise, elles sont soumises à l'État membre intéressé et à la Commission.

Les États membres intéressés et la Commission doivent donner leur avis dans un délai de deux mois au maximum. A défaut de réponse dans ce délai, la Banque peut considérer que le projet en cause ne soulève pas d'objections.

(3) Le Conseil d'administration statue sur les demandes de prêt ou de garantie qui lui sont soumises par le Comité de direction.

(4) Le Comité de direction examine si les demandes de prêt ou de garantie qui lui sont soumises sont conformes aux dispositions des présents statuts, notamment à celles de l'article 20. Si le Comité de direction se prononce en faveur de l'octroi du prêt ou de la garantie, il doit soumettre le projet de contrat au Conseil d'administration; il peut subordonner son avis favorable aux conditions qu'il considère comme essentielles. Si le Comité de direction se prononce contre l'octroi du prêt ou de la garantie, il doit soumettre au Conseil d'administration les documents appropriés accompagnés de son avis.

(5) En cas d'avis négatif du Comité de direction, le Conseil d'administration ne peut accorder le prêt ou la garantie en cause qu'à l'unanimité.

(6) En cas d'avis négatif de la Commission, le Conseil d'administration ne peut accorder le prêt ou la garantie en cause qu'à l'unanimité, l'administrateur nommé sur désignation de la Commission s'abstenant de prendre part au vote.

(7) En cas d'avis négatif du Comité de direction et de la Commission, le Conseil d'administration ne peut pas accorder le prêt ou la garantie en cause.

Article 22

(1) La Banque emprunte sur les marchés internationaux des capitaux les ressources nécessaires à l'accomplissement de ses tâches.

4. La Banca e gli Stati membri non debbono imporre condizioni per le quali le somme prestate debbano essere spese all'interno di un determinato Stato membro.
 5. La Banca può subordinare la concessione di crediti alla organizzazione di aggiudicazioni internazionali.
 6. La Banca non finanzia, nè interamente nè in parte, alcun progetto al quale si opponga lo Stato membro sul cui territorio il progetto stesso deve essere messo in esecuzione.
4. Noch de Bank noch de Lid-Staten mogen als voorwaarde stellen dat uitgeleende gelden in een bepaalde Lid-Staat moeten worden besteed.
 5. Zij kan het verstrekken van leningen afhankelijk stellen van het uitschrijven van internationale aanbestedingen.
 6. Zij financiert noch geheel noch gedeeltelijk een project waartegen de Lid-Staat op wiens grondgebied het project moet worden uitgevoerd, zich verzet.

Articolo 21

(1) Le domande di prestiti o di garanzie possono essere inoltrate alla Banca per il tramite sia della Commissione sia dello Stato membro sul territorio del quale sarà attuato il progetto. Un'impresa può presentare anche direttamente alla Banca una domanda di prestito o di garanzia.

(2) Quando le domande siano inoltrate per il tramite della Commissione, vengono sottoposte al parere dello Stato membro sul territorio del quale sarà attuato il progetto. Quando siano inoltrate per il tramite dello Stato stesso, sono sottoposte al parere della Commissione. Qualora siano presentate direttamente da un'impresa, sono sottoposte allo Stato membro interessato e alla Commissione.

Gli Stati membri interessati e la Commissione devono esprimere il loro parere nel termine massimo di due mesi. In caso di mancata risposta entro tale termine, la Banca può ritenere che il progetto di cui trattasi non sollevi obiezioni.

(3) Il Consiglio d'amministrazione delibera in merito alle domande di prestiti o di garanzie a lui sottoposte dal Comitato direttivo.

(4) Il Comitato direttivo esamina se le domande di prestiti o di garanzie che gli sono presentate sono conformi alle disposizioni del presente statuto, in particolare a quelle dell'articolo 20. Se il Comitato direttivo si pronuncia a favore della concessione del prestito o della garanzia, deve sottoporre il progetto di contratto al Consiglio d'amministrazione; può subordinare il proprio parere favorevole alle condizioni che ritenga essenziali. Qualora il Comitato direttivo si pronunci contro la concessione del prestito o della garanzia, deve sottoporre al Consiglio d'amministrazione i documenti pertinenti, unitamente al proprio parere.

(5) In caso di parere negativo del Comitato direttivo, il Consiglio d'amministrazione può accordare il prestito o la garanzia in questione soltanto all'unanimità.

(6) In caso di parere negativo della Commissione, il Consiglio d'amministrazione può accordare il prestito o la garanzia richiesta soltanto all'unanimità, e l'amministratore nominato su designazione della Commissione si astiene dal partecipare alla votazione.

(7) In caso di parere negativo del Comitato direttivo e della Commissione, il Consiglio d'amministrazione non può accordare il prestito o la garanzia in questione.

Articolo 22

(1) La Banca contrae sui mercati internazionali dei capitali i prestiti necessari per l'adempimento dei suoi compiti.

Artikel 21

(1) Aanvragen om leningen of garanties kunnen aan de Bank worden gericht, hetzij door tussenkomst van de Commissie, hetzij van de Lid-Staat op wiens grondgebied het project zal worden verwezenlijkt. Een onderneming kan zich ook rechtstreeks met zodanige aanvragen tot de Bank richten.

(2) Wanneer de aanvragen door tussenkomst van de Commissie plaatsvinden, worden zij voor advies voorgelegd aan de Lid-Staat op wiens grondgebied het project zal worden uitgevoerd. Wanneer de aanvragen door tussenkomst van de Lid-Staat plaatsvinden, worden zij voor advies aan de Commissie voorgelegd. Wanneer zij rechtstreeks van een onderneming afkomstig zijn, worden zij aan de betrokken Lid-Staat en aan de Commissie voorgelegd.

De betrokken Lid-Staten en de Commissie dienen hun advies binnen een termijn van ten hoogste twee maanden te geven; bij gebreke van een antwoord binnen deze termijn, mag de Bank aannemen dat tegen het betrokken project geen bezwaren bestaan.

(3) De Raad van Bewind beslist over lenings- en garantie-aanvragen welke hem door de Directie worden voorgelegd.

(4) De Directie onderzoekt of de haar voorgelegde lenings- en garantieaanvragen voldoen aan de bepalingen van deze Statuten, met name aan die van artikel 20. Indien de Directie zich uitspreekt voor het verstrekken van de lening of de garantie, moet zij de ontwerp-overeenkomst aan de Raad van Bewind voorleggen; zij kan haar gunstig advies afhankelijk stellen van de voorwaarden welke zij als wezenlijk beschouwt. Indien de Directie zich uitspreekt tegen het verstrekken van de lening of de garantie, moet zij de desbetreffende bescheiden, vergezeld van haar advies, voorleggen aan de Raad van Bewind.

(5) Wanneer de Directie een atwijzend advies uitbrengt, kan de Raad van Bewind de betrokken lening of garantie niet dan met eenparigheid van stemmen verstrekken.

(6) Wanneer de Commissie een atwijzend advies uitbrengt, kan de Raad van Bewind de betrokken lening of garantie niet dan met eenparigheid van stemmen verstrekken; daarbij onthoudt de bewindvoerder die na aanwijzing van de Commissie is benoemd, zich van stemming.

(7) Ingeval zowel de Directie als de Commissie een atwijzend advies uitbrengen, mag de Raad van Bewind de betrokken lening of garantie niet verstrekken.

Artikel 22

(1) De Bank neemt op de internationale kapitaalmarkten de gelden op welke ter vervulling van haar taak noodzakelijk zijn.

(2) Die Bank kann auf dem Kapitalmarkt eines Mitgliedstaates Anleihen entweder nach den dort für Inlandemissionen geltenden Rechtsvorschriften oder, in Ermangelung solcher Vorschriften, auf Grund einer entsprechenden Fühlungnahme und Vereinbarung mit dem betreffenden Staat aufnehmen.

Die zuständigen Stellen des Mitgliedstaates können ihre Zustimmung nur dann versagen, wenn auf dem Kapitalmarkt dieses Staates ernstliche Störungen zu befürchten sind.

Artikel 23

(1) Die Bank kann die verfügbaren Mittel, die sie nicht unmittelbar zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen benötigt, in folgender Weise verwenden:

- a) Sie kann Anlagen auf den Geldmärkten vornehmen;
- b) vorbehaltlich des Artikels 20 Absatz 2 kann sie die von ihr selbst oder ihren Darlehensnehmern ausgegebenen Wertpapiere kaufen oder verkaufen;
- c) sie kann alle sonstigen in ihren Aufgabenbereich fallenden Finanzgeschäfte vornehmen.

(2) Unbeschadet des Artikels 25 befaßt sich die Bank bei der Handhabung ihrer Anlagen nur mit solchen Devisenarbitragen, die für die Durchführung ihrer Darlehensverträge oder die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den von ihr aufgenommenen Anleihen oder gewährten Bürgschaften unmittelbar erforderlich sind.

(3) Auf den in diesem Artikel genannten Gebieten handelt die Bank im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden oder der Notenbank des betreffenden Mitgliedstaates.

Artikel 24

(1) Es wird schrittweise ein Reservefonds bis zum Höchstbetrag von 10 v. H. des gezeichneten Kapitals gebildet. Der Verwaltungsrat kann die Bildung zusätzlicher Rücklagen beschließen, wenn die Verbindlichkeiten der Bank es rechtfertigen. Solange der Reservefonds noch nicht in voller Höhe gebildet ist, sind an ihn abzuführen:

- a) die Zinserträge der Darlehen, welche die Bank aus den nach Artikel 5 von den Mitgliedstaaten einzuzahlenden Beträgen gewährt hat,
- b) die Zinserträge der Darlehen, welche die Bank aus den Rückzahlungen der unter Buchstabe a) bezeichneten Darlehen gewährt hat,

soweit diese Zinserträge nicht zur Erfüllung der Verpflichtungen und zur Deckung der Kosten der Bank benötigt werden.

(2) Die Mittel des Reservefonds sind so anzulegen, daß sie jederzeit entsprechend dem Zweck des Fonds eingesetzt werden können.

Artikel 25

(1) Die Bank ist jederzeit ermächtigt, ihre Guthaben in der Währung eines Mitgliedstaates in die Währung eines anderen Mitgliedstaates zu transferieren, um die Geschäfte durchzuführen, die der ihr in Artikel 130 dieses Vertrags und in Artikel 23 dieser Satzung gestellten Aufgabe entsprechen. Besitzt die Bank flüssige oder verfügbare Mittel in der von ihr benötigten Währung, so vermeidet sie, soweit möglich, derartige Transferierungen.

(2) La Banque peut emprunter sur le marché des capitaux d'un État membre, dans le cadre des dispositions légales s'appliquant aux émissions intérieures, ou, à défaut de telles dispositions dans un État membre, quand cet État membre et la Banque se sont concertés et se sont mis d'accord sur l'emprunt envisagé par celle-ci.

L'assentiment des instances compétentes de l'État membre ne peut être refusé que si des troubles graves dans le marché des capitaux de cet État sont à craindre.

Article 23

(1) La Banque peut employer, dans les conditions suivantes, les disponibilités dont elle n'a pas immédiatement besoin pour faire face à ses obligations:

- a) elle peut effectuer des placements sur les marchés monétaires,
- b) sous réserves des dispositions de l'article 20 paragraphe 2, elle peut acheter ou vendre des titres émis soit par elle-même, soit par ses emprunteurs,
- c) elle peut effectuer toute autre opération financière en rapport avec son objet.

(2) Sans préjudice des dispositions de l'article 25, la Banque n'effectue, dans la gestion de ses placements, aucun arbitrage de devises qui ne soit directement nécessité par la réalisation de ses prêts ou par l'accomplissement des engagements qu'elle a contractés du fait des emprunts émis par elle ou des garanties octroyées par elle.

(3) Dans les domaines visés par le présent article, la Banque agira en accord avec les autorités compétentes des États membres ou avec leur banque d'émission.

Article 24

(1) Il sera constitué progressivement un fonds de réserve à concurrence de 10% du capital souscrit. Si la situation des engagements de la Banque le justifie, le Conseil d'administration peut décider la constitution de réserves supplémentaires. Aussi longtemps que ce fonds de réserve n'aura pas été entièrement constitué, il y aura lieu de l'alimenter par:

- a) les recettes d'intérêts provenant des prêts accordés par la Banque sur les sommes à verser par les États membres en vertu de l'article 5,
- b) les recettes d'intérêts provenant des prêts accordés par la Banque sur les sommes constituées par le remboursement des prêts visés au a),

pour autant que ces recettes d'intérêts ne sont pas nécessaires pour exécuter les obligations et pour couvrir les frais de la Banque.

(2) Les ressources du fonds de réserve doivent être placées de façon à être à tout moment en état de répondre à l'objet de ce fonds.

Article 25

(1) La Banque sera toujours autorisée à transférer dans l'une des monnaies des États membres les avoirs qu'elle détient dans la monnaie d'un autre État membre pour réaliser les opérations financières conformes à son objet tel qu'il est défini à l'article 130 du Traité et compte tenu des dispositions de l'article 23 des présents statuts. La Banque évite dans la mesure du possible de procéder à de tels transferts, si elle détient des avoirs disponibles ou mobilisables dans la monnaie dont elle a besoin.

(2) La banca può contrarre prestiti sul mercato dei capitali di uno Stato membro nel quadro delle disposizioni legislative relative alle emissioni interne oppure, ove manchino tali disposizioni in uno Stato membro, dopo che lo Stato membro e la Banca si siano consultati e si siano accordati sul prestito che quest'ultima ha in progetto.

Il consenso degli organi competenti dello Stato membro può essere recusato soltanto quando vi sia motivo di temere gravi turbamenti sul mercato dei capitali di questo Stato.

Articolo 23

(1) La Banca può impiegare, alle seguenti condizioni, le disponibilità di cui non abbia immediata necessità per far fronte alle sue obbligazioni:

- a) può effettuare collocamenti sui mercati monetari;
- b) fatte salve le disposizioni dell'articolo 20, paragrafo 2, può acquistare o vendere titoli emessi sia direttamente sia dai suoi debitori;
- c) la Banca può effettuare qualsiasi altra operazione finanziaria in connessione con le sue finalità.

(2) Senza pregiudizio delle disposizioni dell'articolo 25, la Banca non effettua, nella gestione dei suoi collocamenti, alcun arbitraggio di divise che non sia strettamente indispensabile per realizzare i suoi prestiti o per adempiere agli impegni assunti in seguito ai prestiti emessi o alle garanzie concesse dalla Banca stessa.

(3) Nei settori contemplati dal presente articolo, la Banca agirà di concerto con le autorità competenti degli Stati membri o con la loro banca di emissione.

Articolo 24

(1) Sarà costituito progressivamente un fondo di riserva fino a concorrenza del 10% del capitale sottoscritto. Qualora la situazione degli impegni della Banca lo giustifichi, il Consiglio d'amministrazione può decidere la costituzione di riserve supplementari. Fino a che tale fondo di riserva non sia stato interamente costituito, si dovrà alimentarlo mediante:

- a) gli introiti provenienti dagli interessi maturati dei prestiti concordati dalla Banca sulle somme che gli Stati membri debbono versare ai sensi dell'articolo 5,
- b) gli introiti provenienti dagli interessi maturati dei prestiti concordati dalla Banca sulle somme costituite dal rimborso dei prestiti di cui alla lettera a),

semprechè tali introiti per interessi maturati non siano necessari a soddisfare obbligazioni e a coprire le spese della Banca.

(2) Le risorse del fondo di riserva devono essere collocate in modo da essere in grado ad ogni momento di ripondere allo scopo di tali fondi.

Articolo 25

(1) La Banca sarà sempre autorizzata a convertire in una delle monete degli Stati membri gli averi che essa detiene nella moneta di un altro Stato membro per effettuare operazioni finanziarie rispondenti ai suoi scopi, così come definiti dall'articolo 130 del Trattato, e avuto riguardo delle disposizioni dell'articolo 23 del presente statuto. La Banca eviterà per quanto possibile di procedere a tali conversioni qualora detenga averi disponibili o realizzabili nella moneta di cui necessita.

(2) De Bank kan op de kapitaalmarkt van een Lid-Staat leningen opnemen in het kader van de voor binnenlandse emissies geldende wettelijke voorschriften of, bij gebreke van dergelijke voorschriften in een Lid-Staat, nadat deze laatste en de Bank overleg hebben gepleegd en tot overeenstemming zijn gekomen inzake de door de Bank voorgenomen lening.

De bevoegde instanties van bedoelde Lid-Staat kunnen hun toestemming slechts weigeren, indien ernstige storingen op de kapitaalmarkt van die Staat te vrezen zijn.

Artikel 23

(1) De Bank kan de beschikbare middelen welke zij niet onmiddellijk nodig heeft om aan haar verplichtingen te voldoen, op de volgende wijze aanwenden:

- a) zij kan deze op de geldmarkten uitzetten,
- b) met inachtneming van de bepalingen van artikel 20, lid 2, kan zij effecten kopen of verkopen welke door haar of door haar geldnemers zijn uitgegeven.
- c) zij kan elke andere financiële handeling verrichten welke met haar doel verband houdt.

(2) Onverminderd de bepalingen van artikel 25, verricht de Bank bij het beheer over de door haar uitgezette gelden geen deviezenarbitrage welke niet rechtstreeks noodzakelijk is voor de verwezenlijking van door haar te verstrekken leningen of voor de nakoming van de verplichtingen welke zij wegens door haar aangegane leningen of verstrekte garanties op zich heeft genomen.

(3) Op het in dit artikel bedoelde gebied handelt de Bank in overleg met de bevoegde instanties van de Lid-Staten of met hun centrale bank.

Artikel 24

(1) Er zal geleidelijk een reservefonds worden gevormd ten belope van 10% van het geplaatste kapitaal. Indien de stand van de verplichtingen van de Bank zulks rechtvaardigt, kan de Raad van Bewind besluiten tot het vormen van aanvullende reserves. Zolang dit reservefonds nog niet geheel is gevormd, behoort het te worden gevoed door:

- a) de rente-ontvangsten uit hoofde van leningen door de Bank verstrekt uit de door de Lid-Staten krachtens artikel 5 te storten bedragen,
- b) de rente-ontvangsten uit hoofde van leningen door de Bank verstrekt uit de bedragen, verkregen door de terugbetaling van de onder a) bedoelde leningen,

voor zover deze rente-ontvangsten niet noodzakelijk zijn voor het nakomen der verplichtingen en voor het dekken der kosten van de Bank.

(2) De middelen van het reservefonds dienen zodanig te worden belegd dat zij te allen tijde het doel van dit fonds kunnen dienen.

Artikel 25

(1) De Bank is steeds bevoegd haar bezit aan deviezen van een van de Lid-Staten over te maken in deviezen van een andere Lid-Staat, met het oog op de uitvoering van financiële verrichtingen overeenkomstig haar taak, als omschreven in artikel 130 van het Verdrag, en met inachtneming van de bepalingen van artikel 23 van deze Statuten. De Bank vermijdt dergelijke overmakingen zoveel mogelijk, indien zij saldi beschikbaar heeft of beschikbaar kan maken in valuta die zij nodig heeft.

(2) Die Bank kann ihre Guthaben in der Währung eines Mitgliedstaates nur mit dessen Zustimmung in die Währung dritter Länder konvertieren.

(3) Die Bank kann über die in Gold oder in konvertibler Währung eingezahlten Kapitalbeträge sowie über die auf dritten Märkten aufgenommenen Devisen frei verfügen.

(4) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, den Schuldnern der Bank die erforderlichen Devisenbeträge zur Rückzahlung von Kapital sowie zur Zahlung von Zinsen für Darlehen und Provisionen für Bürgschaften zur Verfügung zu stellen, welche die Bank für die Durchführung von Vorhaben im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten gewährt hat.

Artikel 26

Kommt ein Mitgliedstaat seinen Mitgliedspflichten aus dieser Satzung, insbesondere der Pflicht zur Einzahlung seines Anteils oder seiner Sonderdarlehen oder zur Bedienung in Anspruch genommener Darlehen nicht nach, so kann die Gewährung von Darlehen oder Bürgschaften an diesen Staat oder seine Angehörigen durch eine mit qualifizierter Mehrheit gefaßte Entscheidung des Rates der Gouverneure ausgesetzt werden.

Diese Entscheidung befreit den Mitgliedstaat oder seine Angehörigen nicht von ihren Verpflichtungen gegenüber der Bank.

Artikel 27

Entscheidet der Rat der Gouverneure, daß die Tätigkeit der Bank einzustellen ist, so wird der gesamte Geschäftsbetrieb unverzüglich beendet; ausgenommen sind lediglich Amtshandlungen, die zur ordnungsmäßigen Verwertung, Sicherstellung und Erhaltung der Vermögenswerte sowie zur Regelung der Verbindlichkeiten notwendig sind.

Im Falle der Liquidation bestellt der Rat der Gouverneure die Liquidatoren und erteilt ihnen Weisungen zur Durchführung der Liquidation.

Artikel 28

(1) Die Bank besitzt in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt wird; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen.

Die Vorrechte und Befreiungen der Bank werden in dem Protokoll festgelegt, das in Artikel 218 dieses Vertrags vorgesehen ist.

(2) Das Vermögen der Bank kann in keiner Form beschlagnahmt oder enteignet werden.

Artikel 29

Über Rechtsstreitigkeiten zwischen der Bank einerseits und ihren Gläubigern, Kreditnehmern oder dritten Personen andererseits entscheiden die zuständigen Gerichte der einzelnen Staaten vorbehaltlich der Zuständigkeiten, die dem Gerichtshof zuerkannt sind.

Die Bank begründet in jedem Mitgliedstaat einen Gerichtsstand der Niederlassung. Sie kann in Verträgen einen besonderen Gerichtsstand bestimmen oder ein Schiedsverfahren vorsehen.

(2) La Banque ne peut convertir en devises des pays tiers les avoirs qu'elle détient dans la monnaie d'un des États membres, sans l'assentiment de cet État.

(3) La Banque peut disposer librement de la fraction de son capital versé en or ou en devises convertibles, ainsi que des devises empruntées sur des marchés tiers.

(4) Les États membres s'engagent à mettre à la disposition des débiteurs de la Banque les devises nécessaires au remboursement en capital et intérêt des prêts accordés ou garantis par la Banque pour des projets à réaliser sur leur territoire.

Article 26

Si un État membre méconnaît ses obligations de membre découlant des présents statuts, notamment l'obligation de verser sa quote-part ou ses prêts spéciaux ou d'assurer le service de ses emprunts, l'octroi de prêts ou de garanties à cet État membre ou à ses ressortissants peut être suspendu par décision du Conseil des gouverneurs statuant à la majorité qualifiée.

Cette décision ne libère pas l'État ni ses ressortissants de leurs obligations vis-à-vis de la Banque.

Article 27

(1) Si le Conseil des gouverneurs décide de suspendre l'activité de la Banque, toutes les activités devront être arrêtées sans délai, à l'exception des opérations nécessaires pour assurer dûment l'utilisation, la protection et la conservation des biens, ainsi que le règlement des engagements.

(2) En cas de liquidation, le Conseil des gouverneurs nomme les liquidateurs et leur donne des instructions pour effectuer la liquidation.

Article 28

(1) La Banque jouit dans chacun des États membres de la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales; elle peut notamment acquérir et aliéner des biens immobiliers ou mobiliers et ester en justice.

Les privilèges et immunités accordés à la Banque sont déterminés par le Protocole prévu à l'article 218 du Traité.

(2) Les biens de la Banque sont exemptés de toute réquisition ou expropriation sous n'importe quelle forme.

Article 29

Les litiges entre la Banque d'une part, et d'autre part ses prêteurs, ses emprunteurs ou des tiers sont tranchés par les juridictions nationales compétentes, sous réserve des compétences attribuées à la Cour de Justice.

La Banque doit élire domicile dans chacun des États membres. Toutefois, elle peut, dans un contrat, procéder à une élection spéciale de domicile ou prévoir une procédure d'arbitrage.

(2) La Banca non può convertire in valute di Paesi terzi gli averi che detiene nella moneta di uno degli Stati membri, senza il consenso di quest'ultimo.

(3) La Banca può disporre liberamente della parte del suo capitale versato in oro o in valute convertibili, nonchè delle valute ottenute mediante prestiti emessi su mercati terzi.

(4) Gli Stati membri si impegnano a mettere a disposizione dei debitori della Banca le valute necessarie al rimborso del capitale e interessi dei prestiti accordati o garantiti da questa per progetti da attuare sul loro territorio.

(2) De Bank mag haar bezit aan deviezen van een der Lid-Staten niet zonder toestemming van deze Staat omzetten in deviezen van derde landen.

(3) De Bank kan vrij beschikken over dat deel van het kapitaal dat in goud of in converteerbare deviezen is gestort, en eveneens over de op de markten van derde landen geleende deviezen.

(4) De Lid-Staten verbinden zich, die deviezen ter beschikking van de debiteuren van de Bank te stellen, welke vereist zijn voor de terugbetaling van hoofdoms en rente van de leningen die de Bank verstrekt of gegarandeerd heeft, ten behoeve van op het grondgebied der Lid-Staten uit te voeren projecten.

Articolo 26

Qualora uno Stato membro disconosca i suoi obblighi di membro derivanti dal presente statuto, e in particolare l'obbligo di versare la propria quota o i suoi prestiti speciali o di assicurare il servizio dei prestiti da lui contratti, il Consiglio dei governatori, deliberante a maggioranza qualificata, può decidere di sospendere la concessione di crediti e di garanzie a tale Stato membro o ai suoi cittadini.

Tale decisione non libera lo Stato nè i suoi cittadini dalle loro obbligazioni nei confronti della Banca.

Articolo 27

(1) Qualora il Consiglio dei governatori decida di sospendere l'attività della Banca, tutte le attività dovranno essere sospese senza indugio, eccezione fatta per le operazioni necessarie a debitamente garantire l'utilizzazione, la tutela e la conservazione dei beni nonchè la liquidazione degli impegni.

(2) In caso di liquidazione, il Consiglio dei governatori nomina i liquidatori e impartisce loro istruzioni per effettuare la liquidazione.

Articolo 28

(1) In ognuno degli Stati membri la Banca ha la più ampia capacità giuridica riconosciuta dalle legislazioni nazionali alle persone giuridiche; essa può in particolare acquistare e alienare beni mobili o immobili e stare in giudizio.

I privilegi e immunità accordati alla Banca sono definiti dal Protocollo previsto dall'articolo 218 del Trattato.

(2) I beni della Banca sono esenti da tutte le requisizioni o espropri in qualsiasi forma.

Articolo 29

Le controversie tra la Banca, da una parte, e i suoi creditori, i suoi debitori o terzi, dall'altra, sono decise dalle giurisdizioni nazionali competenti, fatte salve le competenze attribuite alla Corte di Giustizia.

La Banca deve eleggere domicilio in ognuno degli Stati membri. Tuttavia, essa può, in un contratto, procedere ad una elezione speciale di domicilio o prevedere una procedura arbitrale.

Artikel 26

Indien een Lid-Staat zijn uit deze Statuten voortvloeiende verplichtingen als lid niet nakomt, met name de verplichting zijn aandeel of de bijzondere leningen te storten, of aan zijn verbintenissen ter zake van opgenomen leningen te voldoen, kan de verstreking van leningen of van garanties aan deze Lid-Staat of aan zijn onderdanen worden geschorst door een met gekwalificeerde meerderheid van stemmen genomen besluit van de Raad van Gouverneurs.

Dit besluit bevrijdt de Staat noch zijn onderdanen van hun verplichtingen jegens de Bank.

Artikel 27

(1) Indien de Raad van Gouverneurs besluit, de werkzaamheid van de Bank te schorsen, moeten alle werkzaamheden zonder verwijl worden stopgezet, met uitzondering van die welke noodzakelijk zijn om het gebruik, de bescherming en het behoud van de bezittingen, alsmede de afwikkeling der verplichtingen behoorlijk te waarborgen.

(2) In geval van liquidatie benoemt de Raad van Gouverneurs de liquidateurs en geeft hun aanwijzingen voor de afwikkeling daarvan.

Artikel 28

(1) De Bank heeft in ieder der Lid-Staten de ruimste handelingsbevoegdheid welk door de nationale wetgevingen aan rechtspersonen wordt toegekend; zij kan roerende en onroerende goederen verkrijgen en vreemden en in rechte optreden.

De aan de Bank verleende voorrechten en immuniteiten worden door het in artikel 218 van het Verdrag genoemde protocol bepaald.

(2) De bezittingen van de Bank kunnen op geen enkele wijze gevorderd of onteigend worden.

Artikel 29

Geschillen tussen de Bank enerzijds en haar geldgevers, geldnemers of derden anderzijds worden, behoudens de aan het Hof van Justitie toegekende bevoegdheden, door de bevoegde nationale rechter beslecht.

De Bank kiest woonplaats in elk der Lid-Staten. Zij kan echter in een contract een bijzondere woonplaats kiezen of in een scheidsrechterlijke procedure voorzien.

Das Vermögen und die Guthaben der Bank können nur auf gerichtliche Anordnung beschlagnahmt oder der Zwangsvollstreckung unterworfen werden.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Les biens et avoirs de la Banque ne pourront être saisis ou soumis à exécution forcée que par décision de justice.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 3

Protokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der zur Zeit infolge der Teilung Deutschlands gegebenen Verhältnisse —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigelegt sind:

(1) Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrags in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels.

(2) Jeder Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über die Abkommen, die den Handelsverkehr mit den außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gelegenen deutschen Gebieten betreffen, sowie über die zu ihrer Ausführung ergehenden Vorschriften. Er achtet darauf, daß diese Ausführung nicht im Gegensatz zu den Grundsätzen des Gemeinsamen Marktes steht, und trifft insbesondere geeignete Vorkehrungen, um Schädigungen innerhalb der Volkswirtschaften der anderen Mitgliedstaaten zu vermeiden.

(3) Jeder Mitgliedstaat kann geeignete Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß sich für ihn aus dem Handel eines anderen Mitgliedstaates mit den deutschen Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland Schwierigkeiten ergeben.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 3

Protocole relatif au Commerce intérieur allemand et aux problèmes connexes

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

PRENANT en considération les conditions existant actuellement en raison de la division de l'Allemagne —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées au Traité:

(1) Les échanges entre les territoires allemands régis par la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne et les territoires allemands où la Loi fondamentale n'est pas d'application faisant partie du commerce intérieur allemand, l'application du Traité n'exige aucune modification du régime actuel de ce commerce en Allemagne.

(2) Chaque État membre informe les autres États membres et la Commission des accords intéressant les échanges avec les territoires allemands où la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne n'est pas d'application, ainsi que de leurs dispositions d'exécution. Il veille à ce que cette exécution ne soit pas en contradiction avec les principes du marché commun et prend notamment les mesures appropriées permettant d'éviter les préjudices qui pourraient être causés dans les économies des autres États membres.

(3) Chaque État membre peut prendre des mesures appropriées en vue de prévenir les difficultés pouvant résulter pour lui du commerce entre un État membre et les territoires allemands où la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne n'est pas d'application.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I beni e gli averi della Banca potranno essere sequestrati o sottoposti a esecuzione forzata soltanto con decisione giudiziaria.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

De vermogenswaarden van de Baak kunnen slechts in-gevolge rechterlijke beslissing in beslag genomen of ge-executeerd worden.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventienvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	J. Linthorst Homan
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	Gaetano Martino

I. 3

Protocollo
relativo al commercio interno tedesco
e ai problemi che vi si connettono

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

CONSIDERANDO le condizioni attualmente in essere a causa della divisione della Germania,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato:

(1) Atteso che gli scambi fra i territori tedeschi dalla Legge Fondamentale della Repubblica federale di Germania e i territori tedeschi ove la Legge Fondamentale non sia applicabile fanno parte del commercio interno tedesco, l'applicazione del Trattato non esige alcuna modificazione del regime attuale di tale commercio in Germania.

(2) Ciascuno Stato membro informa gli altri Stati membri e la Commissione degli accordi che interessano gli scambi con i territori tedeschi ove la Legge Fondamentale della Repubblica federale di Germania non sia applicabile, come anche delle disposizioni esecutive degli accordi stessi. Esso Stato vigila a che l'esecuzione di tali accordi non sia in contraddizione con i principi del mercato comune e adotta in particolare le misure idonee ad evitare i pregiudizi che possano essere arrecati alle economie degli altri Stati membri.

(3) Ciascuno Stato membro può adottare misure idonee a prevenire le difficoltà eventualmente derivanti nei suoi confronti dal commercio fra uno Stato membro e i territori tedeschi ove la Legge Fondamentale della Repubblica federale di Germania non sia applicabile.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 3

Protocol betreffende de binnenlandse handel
van Duitsland en de daarmee
samenhangende vraagstukken

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

IN OVERWEGING NEMENDE de thans ten gevolge van de deling van Duitsland heersende toestanden,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan het Verdrag zijn gehecht:

(1) Aangezien het handelsverkeer tussen de Duitse gebieden waar de Grondwet voor de Bondsrepubliek Duitsland geldt, en de Duitse gebieden waar die Grondwet niet wordt toegepast, deel uitmaakt van de binnenlandse handel van Duitsland, vereist de toepassing van het Verdrag in Duitsland geen enkele wijziging van de thans voor die binnenlandse handel bestaande regeling.

(2) Iedere Lid-Staat brengt de akkoorden inzake het handelsverkeer met de Duitse gebieden waar de Grondwet voor de Bondsrepubliek niet wordt toegepast, alsmede hun uitvoeringsbepalingen ter kennis van de andere Lid-Staten en van de Commissie. Hij waakt ervoor dat deze uitvoering niet in tegenspraak is met de beginselen van de gemeenschappelijke markt, en treft met name passende maatregelen om te vermijden, dat het economisch bestel van de andere Lid-Staten wordt geschaad.

(3) Iedere Lid-Staat kan passende maatregelen treffen, ten einde te verhinderen dat voor hem moeilijkheden ontstaan uit de handel tussen een Lid-Staat en de Duitse gebieden waar de Grondwet voor de Bondsrepubliek Duitsland niet wordt toegepast.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventienvijftig.

J. Luns	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Bech	Hallstein
Antonio Segni	M. Faure
Pineau	Gaetano Martino
Adenauer	Lambert Schaus
P. H. Spaak	J. Linthorst Homan

I. 4

Protokoll über bestimmte Vorschriften
betreffend Frankreich

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

VON DEM WUNSCH GELEITET, gewisse besondere Probleme, die im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen, in Übereinstimmung mit den allgemeinen Zielen dieses Vertrags zu regeln —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigelegt sind:

I. Abgaben und Beihilfen

(1) Die Kommission und der Rat nehmen jährlich eine Prüfung des in der Franken-Zone angewandten Systems der Ausfuhrbeihilfen und der besonderen Einfuhrabgaben vor.

Bei dieser Prüfung gibt die französische Regierung die Maßnahmen bekannt, die sie zur Herabsetzung und Rationalisierung der Höhe der Beihilfen und Abgaben treffen will.

Ferner teilt sie dem Rat und der Kommission die Einführung neuer Abgaben, die sie auf Grund weiterer Liberalisierungen plant, sowie die Umgestaltung der Beihilfen und Abgaben mit, die sie innerhalb des am 1. Januar 1957 geltenden Abgabenhöchstsatzes in Aussicht nimmt. Diese Maßnahmen können innerhalb dieser Organe erörtert werden.

(2) Ist der Rat der Auffassung, daß bestimmte Industriezweige der anderen Mitgliedstaaten durch die fehlende Einheitlichkeit beeinträchtigt werden, so kann er auf Vorschlag der Kommission auf Grund eines mit qualifizierter Mehrheit gefaßten Beschlusses die französische Regierung ersuchen, bestimmte Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Abgaben und Beihilfen für jede der drei Gruppen Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren zu treffen. Trifft die französische Regierung diese Maßnahmen nicht, so ermächtigt der Rat mit qualifizierter Mehrheit die anderen Mitgliedstaaten, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, deren Bedingungen und Einzelheiten er festlegt.

(3) War die laufende Zahlungsbilanz der Franken-Zone länger als ein Jahr ausgeglichen und haben ihre Währungsreserven einen unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandelsvolumens als zufriedenstellend anzusehenden Stand erreicht, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission entscheiden, daß die französische Regierung das System der Abgaben und Beihilfen abzuschaffen hat.

Wird zwischen der Kommission und der französischen Regierung über die Frage, ob der Stand der Währungsreserven der Franken-Zone als zufriedenstellend angesehen werden kann, kein Einvernehmen erzielt, so übertragen sie diese Feststellung einer im gegenseitigen Einvernehmen als Schiedsrichter gewählten Persönlichkeit oder Stelle. Kommt keine Einigung zustande, so ernennt der Präsident des Gerichtshofes den Schiedsrichter.

Lautet die Entscheidung auf Abschaffung, so ist diese derart durchzuführen, daß das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz nicht beeinträchtigt wird; insbesondere können die Beihilfen und Abgaben schrittweise abgeschafft werden. Ist die Abschaffung durchgeführt, so sind die Bestimmungen dieses Vertrags uneingeschränkt anzuwenden.

I. 4

Protocole
relatif à certaines dispositions
intéressant la France

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

DÉSIRANT régler, conformément aux objectifs généraux du Traité, certains problèmes particuliers existant actuellement —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité:

I. Taxes et aides

Il est procédé annuellement par la Commission et par le Conseil à un examen du régime de l'aide à l'exportation et des taxes spéciales à l'importation pratiqué dans la zone franc.

A l'occasion de cet examen, le gouvernement français fait connaître les mesures qu'il se propose de prendre en vue de réduire et de rationaliser les niveaux des aides et taxes.

Il communique également au Conseil et à la Commission les créations nouvelles de taxes qu'il envisage comme suite à de nouvelles libérations et les aménagements des aides et des taxes auxquels il entend procéder dans la limite du taux maximum de la taxe en vigueur au 1^{er} janvier 1957. Ces différentes mesures peuvent faire l'objet d'une discussion au sein de ces institutions.

(2) Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut, s'il estime que l'absence d'uniformité porte préjudice à certains secteurs industriels des autres États membres, demander au gouvernement français de prendre certaines mesures d'uniformisation des taxes et des aides, dans chacune des trois catégories des matières premières, des demi-produits et des produits finis. Dans le cas où le gouvernement français ne prendrait pas ces mesures, le Conseil, statuant également à la majorité qualifiée, autorise les autres États membres à prendre les mesures de sauvegarde dont il définit les conditions et modalités.

(3) Dans le cas où la balance des paiements courants de la zone franc aurait été équilibrée pendant plus d'un an, et où ses réserves monétaires auraient atteint un niveau considéré comme satisfaisant, en particulier au regard du volume de son commerce extérieur, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut décider que le gouvernement français doit supprimer le système des taxes et aides.

Au cas où la Commission et le gouvernement français ne seraient pas d'accord sur le point de savoir si le niveau des réserves monétaires de la zone franc peut être considéré comme satisfaisant, ils se rapportent à l'avis d'une personnalité ou d'un organisme choisi d'un commun accord comme arbitre. En cas de désaccord, cet arbitre est désigné par le président de la Cour de Justice.

La suppression ainsi décidée doit être aménagée dans des conditions telles qu'elle ne risque pas de porter atteinte à l'équilibre de la balance des paiements et peut, en particulier, être effectuée de manière progressive. Cette suppression étant intervenue, les dispositions du Traité s'appliquent intégralement.

I. 4

Protocollo relativo a talune disposizioni
riguardanti la Francia

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

DESIDERANDO risolvere, in conformità degli obiettivi generali del Trattato, taluni problemi particolari attualmente esistenti,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato:

I. Tasse e aiuti

(1) La Commissione e il Consiglio procedono annualmente ad un esame del regime degli aiuti all'esportazione e delle tasse speciali all'importazione esistente nella zona del franco.

In occasione di tale esame, il Governo francese rende note le misure che intende adottare per ridurre e rendere razionali i livelli degli aiuti e tasse.

Esso Governo comunica altresì al Consiglio e alla Commissione le nuove imposizioni che intende effettuare in seguito a nuove liberalizzazioni e gli adattamenti degli aiuti e delle tasse cui intende procedere nei limiti dell'aliquota massima della tassa in vigore al 1° gennaio 1957. Le singole misure possono costituire l'oggetto di una discussione nell'ambito delle istituzioni suddette.

(2) Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, quando ritenga che la mancanza di uniformità sia pregiudizievole a taluni settori industriali degli altri Stati membri, può chiedere al Governo francese di adottare determinate misure per uniformare le tasse e gli aiuti, in ciascuna delle tre categorie relative alle materie prime, ai semiprodotto e ai prodotti finiti. Qualora il Governo francese non adotti tali misure, il Consiglio, sempre deliberando a maggioranza qualificata, autorizza gli altri Stati membri a prendere le misure di salvaguardia di cui definisce le condizioni e modalità.

(3) Ove la bilancia dei pagamenti ordinari della zona del franco risulti equilibrata per oltre un anno e le sue riserve monetarie abbiano raggiunto un livello ritenuto soddisfacente, particolarmente nei riguardi del volume del suo commercio estero, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, può decidere che il Governo francese deve abolire il sistema delle tasse e aiuti.

Qualora la Commissione e il Governo francese non concordino nel ritenere soddisfacente il livello delle riserve monetarie nella zona del franco, essi si rimettono al parere di una personalità o di un organismo scelto di comune intesa come arbitro. In caso di disaccordo, l'arbitro è designato dal presidente della Corte di Giustizia.

L'abolizione così decisa deve essere eseguita secondo modalità che non la rendano pregiudizievole all'equilibrio della bilancia dei pagamenti e può, in particolare, essere operata gradatamente. Le disposizioni del Trattato si applicano integralmente non appena intervenuta tale abolizione.

I. 4

Protocol betreffende enkele bepalingen
van belang voor Frankrijk

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

WENSENDE, in overeenstemming met de algemene doeleinden van het Verdrag, enkele thans bestaande bijzondere vraagstukken te regelen,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan dat Verdrag zijn gehecht:

I. Heffingen en steunmaatregelen

(1) Jaarlijks wordt door de Commissie en door de Raad een onderzoek ingesteld naar het in het gebied van de Franse frank toegepaste stelsel van steunmaatregelen voor de uitvoer en van bijzondere heffingen bij invoer.

Bij dit onderzoek geeft de Franse Regering kennis van de maatregelen welke zij zich voorstelt te nemen met het oog op de verlaging en de rationalisatie van het peil der steunmaatregelen en heffingen.

Zij doet de Raad en de Commissie eveneens mededeling van nieuwe heffingen welke zij ingevolge nieuwe liberalisatiemaatregelen beoogt in te voeren alsmede van de herzieningen van de steunmaatregelen en de heffingen waartoe zij wenst over te gaan binnen de limiet van het op 1 januari 1957 geldende maximumpercentage voor heffingen. Deze verschillende maatregelen kunnen het onderwerp van bespreking in die instellingen uitmaken.

(2) Indien de Raad van mening is dat het ontbreken van eenvormigheid schadelijk is voor bepaalde industriële sectoren der overige Lid-Staten, kan hij, met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie, besluiten de Franse Regering te verzoeken bepaalde maatregelen te nemen tot uniformisatie van de heffingen en van de steunmaatregelen, in elk van de drie categorieën, te weten: grondstoffen, half-fabrikaten en eindprodukten. Indien de Franse Regering deze maatregelen niet neemt, machtigt de Raad, eveneens met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, de overige Lid-Staten tot het treffen van vrijwaringsmaatregelen waarvan hij de voorwaarden en wijze van toepassing vaststelt.

(3) Indien de lopende rekening van de betalingsbalans van het gebied van de Franse frank langer dan een jaar in evenwicht is geweest en indien de monetaire reserves een peil hebben bereikt dat als bevredigend wordt beschouwd, in het bijzonder met het oog op de omvang van de buitenlandse handel van dit gebied, kan de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie, besluiten dat de Franse Regering het stelsel van heffingen en steunmaatregelen dient af te schaffen.

Indien de Commissie en de Franse Regering niet tot overeenstemming komen omtrent de vraag, of het peil der monetaire reserves van het gebied van de Franse frank als bevredigend kan worden beschouwd, onderwerpen zij zich aan het oordeel van een in onderlinge overeenstemming als scheidsrechter gekozen persoon of lichaam. Bij gebreke van overeenstemming wordt deze scheidsrechter door de president van het Hof van Justitie aangewezen.

Bij de afschaffing waartoe aldus is besloten dient zodanig te werk te worden gegaan, dat daardoor het evenwicht van de betalingsbalans niet in gevaar wordt gebracht; in het bijzonder kan de afschaffing geleidelijk plaatsvinden. Wanneer deze afschaffing eenmaal heeft plaatsgevonden, worden de bepalingen van het Verdrag geheel en al toegepast.

Der Begriff „laufende Zahlungsbilanz“ hat die Bedeutung, die ihm bei den internationalen Organisationen und dem Internationalen Währungsfonds beigelegt wird; er umfaßt die Handelsbilanz und die unsichtbaren Transaktionen, die den Charakter von Erträgen oder Dienstleistungen haben.

II. Entgelt für Überstunden

(1) Nach Ansicht der Mitgliedstaaten wird die Errichtung des Gemeinsamen Marktes am Ende der ersten Stufe Verhältnisse herbeiführen, unter denen die Grundlage, bei deren Überschreitung Überstunden vergütet werden, sowie die durchschnittliche Höhe dieser Überstundenzuschläge in der Industrie den betreffenden Werten in Frankreich entsprechen werden, und zwar nach dem Durchschnitt des Jahres 1956.

(2) Treten diese Verhältnisse am Ende der ersten Stufe nicht ein, so hat die Kommission Frankreich zu ermächtigen, hinsichtlich der durch die Ungleichheit in der Art der Überstundenvergütung in Mitleidenschaft gezogenen Industriezweige Schutzmaßnahmen zu ergreifen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt, es sei denn, daß während dieser Stufe der durchschnittliche Zuwachs des Lohnniveaus in den gleichen Zweigen anderer Mitgliedstaaten die in Frankreich eingetretene Erhöhung im Vergleich zum Durchschnitt des Jahres 1956 um einen Hundertsatz übersteigt, den die Kommission mit Zustimmung des Rates festsetzt, der hierbei mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 5

Protokoll betreffend Italien

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

VON DEM WUNSCH GELEITET, gewisse besondere Probleme betreffend Italien zu regeln —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigelegt sind:

DIE MITGLIEDSTAATEN DER GEMEINSCHAFT

NEHMEN ZUR KENNNTNIS, daß sich die italienische Regierung mit der Durchführung eines Zehnjahresplans zur wirtschaftlichen Ausweitung befaßt, durch den die strukturellen Unterschiede der italienischen Volkswirtschaft ausgeglichen werden sollen, und zwar insbesondere durch die Ausrüstung der weniger entwickelten Gebiete Süditaliens und der italienischen Inseln sowie durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit;

WEISEN DARAUF HIN, daß die Grundsätze und die Ziele dieses Plans der italienischen Regierung von Organisationen für internationale Zusammenarbeit, deren Mitglieder sie sind, berücksichtigt und gebilligt wurden;

Le terme «balance des paiements courants» doit être entendu au sens adopté par les organismes internationaux et le Fonds Monétaire International, c'est-à-dire la balance commerciale et les transactions invisibles ayant le caractère de revenus ou de prestations de services.

II. Rémunération des heures supplémentaires

(1) Les États membres estiment que l'établissement du marché commun entraînera, à la fin de la première étape, une situation dans laquelle la base au-delà de laquelle sont rémunérées les heures supplémentaires et le taux moyen de majoration pour ces heures dans l'industrie correspondront à ceux existant en France, selon la moyenne de l'année 1956.

(2) A défaut de réalisation de la situation ci-dessus, à la fin de la première étape, la Commission est tenue d'autoriser la France à prendre, à l'égard des secteurs industriels affectés par l'inégalité dans le mode de rémunération des heures supplémentaires, des mesures de sauvegarde dont elle définit les conditions et modalités, sauf dans le cas où pendant cette étape l'augmentation moyenne du niveau des salaires dans les mêmes secteurs d'autres États membres excéderait, par rapport à la moyenne de l'année 1956, celle intervenue en France, d'un pourcentage fixé par la Commission avec l'approbation du Conseil statuant à la majorité qualifiée.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 5

Protocole concernant l'Italie

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

DÉSIRANT régler certains problèmes particuliers intéressant l'Italie —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexés au Traité:

LES ÉTATS MEMBRES DE LA COMMUNAUTÉ

PRENNENT ACTE du fait que le gouvernement italien est engagé dans la mise en exécution d'un programme décennal d'expansion économique, qui a pour but de redresser les déséquilibres de structure de l'économie italienne, notamment par l'équipement des zones moins développées dans le Midi et dans les Iles et par la création d'emplois nouveaux dans le but d'éliminer le chômage;

RAPPELLENT que ce programme du gouvernement italien a été pris en considération et approuvé dans ses principes et ses objectifs par des organisations de coopération internationale dont ils sont membres;

L'espressione «bilancia dei pagamenti ordinari» va intesa nel significato adottato dalle organizzazioni internazionali e dal Fondo monetario internazionale, vale a dire la bilancia commerciale e le transazioni invisibili aventi carattere di rendite o di prestazioni di servizi.

II. Retribuzione delle ore di lavoro straordinario

(1) Gli Stati membri ritengono che l'instaurazione del mercato comune condurrà, al termine della prima tappa, ad una situazione in cui il limite oltre il quale sono retribuite le ore di lavoro straordinario e il tasso medio di maggiorazione per tali ore nell'industria corrisponderanno a quelli esistenti in Francia secondo la media dell'anno 1956.

(2) Ove tale situazione non si realizzasse al termine della prima tappa, la Commissione è tenuta ad autorizzare la Francia ad adottare, nei confronti dei settori industriali che risentono della disparità nel modo di retribuzione delle ore di lavoro straordinario, misure di salvaguardia di cui essa definisce le condizioni e modalità, salvo qualora, nel corso di tale tappa, l'aumento medio del livello dei salari negli stessi settori di altri Stati membri, rispetto alla media dell'anno 1956, fosse superiore a quello intervenuto in Francia di una percentuale fissata dalla Commissione con l'approvazione del Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 5

Protocollo concernente l'Italia

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

DESIDERANDO risolvere taluni problemi particolari che interessano l'Italia,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato:

GLI STATI MEMBRI DELLA COMUNITA

PRENDONO ATTO del fatto che il Governo italiano è impegnato nell'esecuzione di un programma decennale di espansione economica che mira a sanare gli squilibri strutturali dell'economia italiana, in particolare grazie all'attrezzatura delle zone meno sviluppate nel Mezzogiorno e nelle Isole e alla creazione di nuovi posti di lavoro per eliminare la disoccupazione;

RICORDANO che tale programma del Governo italiano è stato preso in considerazione e approvato nei suoi principi e nei suoi obiettivi da organizzazioni di cooperazione internazionale di cui essi sono membri;

De uitdrukking „de lopende rekening van de betalingsbalans” dient te worden verstaan in de zin als aanvaard door de internationale lichamen en het Internationaal Monetair Fonds, dat wil zeggen als de handelsbalans en de onzichtbare transacties welke het karakter bezitten van inkomsten en van dienstverrichtingen.

II. Vergoeding van overuren

(1) De Lid-Staten zijn van mening dat het tot stand brengen van de gemeenschappelijke markt tot een zodanige toestand zal leiden aan het einde van de eerste etappe, dat de grondslag waarboven overuren worden vergoed, alsook de gemiddelde toeslag voor deze uren in de industrie, overeenstemmen met het in het jaar 1956 in Frankrijk bestaande gemiddelde.

(2) Wanneer aan het einde van de eerste etappe de vorenomschreven toestand niet is verwezenlijkt, dient de Commissie Frankrijk te machtigen, ten opzichte van industrietakken welke benadeeld worden door de ongelijkheid in de wijze van vergoeding der overuren, vrijwaringsmaatregelen te treffen, waarvan zij de voorwaarden en wijze van toepassing vaststelt, tenzij gedurende deze etappe in dezelfde industrietakken in andere Lid-Staten de gemiddelde stijging van het loonpeil, in verhouding tot het gemiddelde van 1956, de gemiddelde stijging in Frankrijk te boven gaat met een percentage dat door de Commissie, na goedkeuring door de Raad, die ter zake met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluit, is vastgesteld.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 5

Protocol betreffende Italië

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

VERLANGENDE bepaalde bijzondere vraagstukken te regelen welke voor Italië van belang zijn,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan het Verdrag zijn gehecht:

DE LID-STATEN VAN DE GEMEENSCHAP

NEMEN KENNIS van het feit, dat de Italiaanse Regering een aanvang heeft gemaakt met de tenuitvoerlegging van een tienjarenplan voor economische expansie, dat tot doel heeft een evenwicht tot stand te brengen in de structuur van de Italiaanse economie, met name door de minderontwikkelde streken in het zuiden en op de eilanden toe te rusten en door nieuwe werkgelegenheid te scheppen, ten einde de werkloosheid uit te schakelen;

BRENGEN IN HERINNERING, dat dit programma van de Italiaanse Regering door organisaties van internationale samenwerking waarvan zij lid zijn, in zijn beginselen en zijn doelstellingen in beschouwing is genomen en goedgekeurd;

ERKENNEN AN, daß die Erreichung der Ziele des italienischen Plans in ihrem gemeinsamen Interesse liegt:

KOMMEN ÜBEREIN, den Organen der Gemeinschaft die Anwendung aller in diesem Vertrag vorgesehenen Mittel und Verfahren zu empfehlen, insbesondere durch eine angemessene Verwendung der Mittel der Europäischen Investitionsbank und des Europäischen Sozialfonds der italienischen Regierung die Erfüllung dieser Aufgabe zu erleichtern;

SIND DER AUFFASSUNG, daß die Organe der Gemeinschaft bei der Anwendung dieses Vertrags berücksichtigen müssen, daß die italienische Volkswirtschaft in den kommenden Jahren erheblichen Belastungen ausgesetzt sein wird, und daß gefährliche Spannungen, namentlich in der Zahlungsbilanz oder im Beschäftigungsstand, durch welche die Anwendung dieses Vertrags in Italien in Frage gestellt werden könnte, zu vermeiden sind;

ERKENNEN insbesondere AN, daß im Falle der Anwendung der Artikel 108 und 109 darauf zu achten ist, daß bei den Maßnahmen, um welche die italienische Regierung ersucht wird, die Durchführung ihres Plans zur wirtschaftlichen Ausweitung und zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung gesichert bleibt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

RECONNAISSENT qu'il est de leur intérêt commun que les objectifs du programme italien soient atteints;

CONVIENNENT, en vue de faciliter au gouvernement italien l'accomplissement de cette tâche, de recommander aux institutions de la Communauté de mettre en œuvre tous les moyens et procédures prévus par le Traité en recourant notamment à un emploi adéquat des ressources de la Banque européenne d'investissement et du Fonds social européen;

SONT D'AVIS qu'il doit être tenu compte par les institutions de la Communauté, dans l'application du Traité, de l'effort que l'économie italienne devra supporter dans les prochaines années, et de l'opportunité d'éviter que des tensions dangereuses ne se produisent, notamment dans la balance des paiements ou dans le niveau de l'emploi, qui pourraient compromettre l'application de ce Traité en Italie;

RECONNAISSENT en particulier que, dans le cas d'application des articles 108 et 109, il faudra veiller à ce que les mesures demandées au gouvernement italien sauvegardent l'aboutissement de son programme d'expansion économique et de relèvement du niveau de vie de la population.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 6

Protokoll betreffend das Großherzogtum Luxemburg

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

VON DEM WUNSCH GELEITET, gewisse besondere Probleme betreffend das Großherzogtum Luxemburg zu regeln —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

(1) Auf Grund der besonderen Lage seiner Landwirtschaft ist das Großherzogtum Luxemburg berechtigt, die mengenmäßigen Beschränkungen für die Einfuhr der Erzeugnisse beizubehalten, die in der Liste im Anhang zur Entscheidung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 3. Dezember 1955 betreffend die luxemburgische Landwirtschaft aufgeführt sind.

Belgien, Luxemburg und die Niederlande wenden das in Artikel 6 Absatz 3 der Konvention über die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion vom 25. Juli 1921 vorgesehene System an.

(2) Das Großherzogtum Luxemburg trifft alle Maßnahmen struktureller, technischer und wirtschaftlicher Art, um die schrittweise Eingliederung der luxemburgischen

I. 6

Protocole concernant le Grand-Duché de Luxembourg

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

DÉSIRANT régler certains problèmes particuliers intéressant le Grand-Duché de Luxembourg —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées au Traité:

Article 1

(1) En raison de la situation particulière de son agriculture, le Grand-Duché de Luxembourg est autorisé à maintenir les restrictions quantitatives à l'importation des produits figurant à la liste annexée à la décision des Parties Contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce en date du 3 décembre 1955, concernant l'agriculture luxembourgeoise.

La Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas appliquent le régime prévu par l'article 6 alinéa 3 de la Convention d'Union économique belgo-luxembourgeoise du 25 juillet 1921.

(2) Le Grand-Duché de Luxembourg prend toutes mesures d'ordre structurel, technique et économique, rendant possible l'intégration progressive de l'agricul-

RICONOSCONO che il raggiungimento degli obiettivi del programma italiano risponde al loro interesse comune;

CONVENGONO, onde agevolare il Governo italiano nell'adempimento di tale compito, di raccomandare alle istituzioni della Comunità di attuare tutti i mezzi e tutte le procedure previsti dal Trattato, ricorrendo in particolare a un adeguato impiego delle risorse della Banca europea per gli investimenti e del Fondo sociale europeo;

RITENGONO che le istituzioni della Comunità debbano considerare, ai fini dell'applicazione del Trattato, lo sforzo che l'economia italiana dovrà sostenere nei prossimi anni, e l'opportunità di evitare che insorgano pericolose tensioni, in particolare per quanto riguarda la bilancia dei pagamenti o il livello dell'occupazione, tensioni che potrebbero compromettere l'applicazione del Trattato in Italia;

RICONOSCONO in particolare che, in caso di applicazione degli articoli 108 e 109, si dovrà aver cura che le misure richieste al Governo italiano salvaguardino il compimento del suo programma di espansione economica e di miglioramento del tenore di vita della popolazione.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 6

Protocollo concernente il Granducato del Lussemburgo

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

DESIDERANDO risolvere taluni problemi particolari che interessano il Granducato del Lussemburgo,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato:

Articolo 1

(1) In ragione della particolare situazione della sua agricoltura, il Granducato del Lussemburgo è autorizzato a mantenere le restrizioni quantitative all'importazione dei prodotti compresi nell'elenco allegato alla decisione delle Parti Contraenti dell'Accordo generale sulle tariffe doganali e sul commercio, in data 3 dicembre 1955, riguardante l'agricoltura lussemburghese.

Il Belgio, il Lussemburgo e i Paesi Bassi applicano il regime di cui all'articolo 6, terzo comma, della Convenzione di Unione economica belgo-lussemburghese del 25 luglio 1921.

(2) Il Granducato del Lussemburgo adotta tutte le misure di ordine strutturale, tecnico ed economico, atte a consentire la progressiva integrazione dell'agricoltura

ERKENNEN, dat het in hun gemeenschappelijk belang is dat de doelstellingen van het Italiaanse programma worden bereikt;

KOMEN OVEREEN, ten einde de vervulling van de taak der Italiaanse Regering te vergemakkelijken, aan de instellingen van de Gemeenschap aan te bevelen alle in het Verdrag bedoelde middelen en procedures aan te wenden, met name door een doeltreffend gebruik te maken van de middelen van de Europese Investeringsbank en het Europees Sociaal Fonds;

ZIJN VAN MENING, dat door de instellingen van de Gemeenschap bij de toepassing van het Verdrag rekening moet worden gehouden met de krachtsinspanning welke de Italiaanse economie zich gedurende de eerstkomende jaren moet getroosten, en met de wenselijkheid gevaarlijke spanningen te voorkomen, met name in de betalingsbalans en het peil van werkgelegenheid, welke de toepassing van dat Verdrag in Italië in gevaar zouden kunnen brengen;

ERKENNEN in het bijzonder, dat er bij de toepassing van de artikelen 108 en 109 voor gewaakt moet worden dat de maatregelen welke van de Italiaanse Regering worden verlangd, het volbrengen van haar programma voor economische expansie en voor verbetering van de levensstandaard van de bevolking niet aantasten.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 6

Protocol betreffende het Groothertogdom Luxemburg

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

VERLANGENDE, bepaalde bijzondere vraagstukken te regelen welke voor het Groothertogdom Luxemburg van belang zijn,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan het Verdrag zijn gehecht:

Artikel 1

(1) Gezien de bijzondere toestand van zijn landbouw, wordt aan het Groothertogdom Luxemburg toegestaan de kwantitatieve beperkingen te handhaven bij de invoer van de produkten voorkomende op de lijst welke is gehecht aan het besluit van de Verdragsluitende Partijen bij de Algemene Overeenkomst betreffende Tarieven en Handel van 3 december 1955 met betrekking tot de Luxemburgse landbouw.

België, Luxemburg en Nederland passen de regeling toe vermeld in artikel 6, lid 3, van de Overeenkomst van 25 juli 1921 tot oprichting van een economische unie tussen België en het Groothertogdom Luxemburg.

(2) Het Groothertogdom Luxemburg neemt alle maatregelen van structurele, technische en economische aard waardoor de geleidelijke integratie van de Luxemburgse

Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt zu ermöglichen. Die Kommission kann an das Großherzogtum Luxemburg Empfehlungen über die zu treffenden Maßnahmen richten.

Am Ende der Übergangszeit entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission, inwieweit die abweichende Regelung für das Großherzogtum Luxemburg beizubehalten, zu ändern oder aufzuheben ist.

Jeder beteiligte Mitgliedstaat kann gegen diese Entscheidung eine gemäß Artikel 8 Absatz (4) dieses Vertrags bestellte Schiedsstelle anrufen.

Artikel 2

Bei der Festlegung der in Artikel 48 Absatz (3) dieses Vertrags betreffend die Freizügigkeit der Arbeitnehmer vorgesehenen Vorschriften trägt die Kommission in bezug auf das Großherzogtum Luxemburg der besonderen demographischen Lage dieses Staates Rechnung.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 7

Protokoll über die Waren aus bestimmten Ursprungs- und Herkunftsländern, für die bei der Einfuhr in einen Mitgliedstaat eine Sonderregelung gilt

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

VON DEM WUNSCH GELEITET, die Anwendung dieses Vertrags auf Waren aus bestimmten Ursprungs- und Herkunftsländern, für die bei der Einfuhr in einen Mitgliedstaat eine Sonderregelung gilt, näher zu bestimmen —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

(1) Die Anwendung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erfordert keine Änderung der bei Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Zollregelung für die Einfuhr

- a) nach den Beneluxländern von Waren, deren Ursprungs- und Herkunftsländer Surinam oder die Niederländischen Antillen sind;
- b) nach Frankreich von Waren, deren Ursprungs- und Herkunftsländer Marokko, Tunesien, die Republik Vietnam, Kambodscha oder Laos sind. Dies gilt auch für die französischen Niederlassungen des Kondominiums der Neuen Hebriden;
- c) nach Italien von Waren, deren Ursprungs- und Herkunftsländer Libyen oder das zur Zeit unter italienischer Verwaltung stehende Treuhandsgebiet Somaliland sind.

ture luxembourgeoise dans le marché commun. La Commission peut lui adresser des recommandations au sujet des mesures à prendre.

A la fin de la période de transition, le Conseil décide, à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, dans quelle mesure les dérogations accordées au Grand-Duché de Luxembourg doivent être maintenues, modifiées ou abolies.

Un droit de recours contre cette décision est ouvert à tout État membre intéressé devant une instance d'arbitrage désignée conformément aux dispositions de l'article 8 paragraphe (4) du Traité.

Article 2

Lors de l'établissement des règlements prévus par l'article 48 paragraphe (3) du Traité, relatif à la libre circulation des travailleurs, la Commission tient compte, en ce qui concerne le Grand-Duché de Luxembourg, de la situation démographique particulière de ce pays.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 7

Protocole relatif aux marchandises originaires et en provenance de certains pays et bénéficiant d'un régime particulier à l'importation dans un des États membres

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

DÉSIRANT apporter des précisions sur l'application du Traité à certaines marchandises originaires et en provenance de certains pays et bénéficiant d'un régime particulier à l'importation dans un des États membres —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité:

(1) L'application du Traité instituant la Communauté Economique Européenne n'exige aucune modification du régime douanier applicable, à l'entrée en vigueur du Traité, aux importations

- a) dans les pays du Benelux, de marchandises originaires et en provenance du Surinam et des Antilles Néerlandaises,
- b) en France, de marchandises originaires et en provenance du Maroc, de la Tunisie, de la République du Vietnam, du Cambodge et du Laos. Les dispositions ci-dessus s'appliquent également aux Établissements français du condominium des Nouvelles Hébrides,
- c) en Italie, de marchandises originaires et en provenance de la Libye et de la Somalie actuellement sous tutelle italienne.

lussemburghese nel mercato comune. La Commissione può rivolgergli raccomandazioni circa le misure da adottare.

Al termine del periodo transitorio, il Consiglio decide, a maggioranza qualificata, su proposta della Commissione, in quale misura le deroghe concesse al Granducato del Lussemburgo debbano essere mantenute, modificate o abolite.

Ad ogni Stato membro interessato è riconosciuto il diritto di ricorso contro tale decisione dinanzi ad un organo arbitrale, designato conformemente alle disposizioni dell'articolo 8, paragrafo 4, del Trattato.

Articolo 2

Nello stabilire i regolamenti contemplati dall'articolo 48, paragrafo 3, del Trattato, relativo alla libera circolazione dei lavoratori, la Commissione considera, nei riguardi del Granducato del Lussemburgo, la particolare situazione demografica di tale paese.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 7

Protocollo relativo alle merci originarie e provenienti da taluni paesi che beneficiano di un regime particolare alla importazione in uno degli Stati membri

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

DESIDERANDO dare precisazioni in merito all'applicazione del Trattato a talune merci originarie e provenienti da taluni paesi, che beneficiano di un regime particolare all'importazione in uno degli Stati membri,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato:

(1) L'applicazione del Trattato istitutivo della Comunità Economica Europea non richiede alcuna modificazione del regime doganale applicabile, al momento dell'entrata in vigore del Trattato, alle importazioni:

- nei paesi del Benelux, di merci originarie e provenienti dal Surinam e dalle Antille olandesi;
- in Francia, di merci originarie e proveniente dal Marocco, dalla Tunisia, dalla Repubblica del Vietnam, dalla Cambogia e dal Laos. Le disposizioni che precedono si applicano altresì agli Stabilimenti francesi del Condominio delle Nuove Ebridi;
- in Italia, di merci originarie e provenienti dalla Libia e dalla Somalia attualmente in amministrazione fiduciaria italiana.

landbouw in de gemeenschappelijke markt mogelijk wordt gemaakt. De Commissie kan het Groothertogdom Luxemburg aanbevelingen doen over de te nemen maatregelen.

Aan het einde van de overgangsperiode besluit de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie in hoeverre de afwijkingen toegestaan aan het Groothertogdom Luxemburg moeten worden gehandhaafd, gewijzigd of afgeschaft.

Tegen die beschikking staat voor elke betrokken Lid-Staat beroep open bij een scheidsrechterlijke instantie, aangewezen overeenkomstig de bepalingen van artikel 8, lid 4, van het Verdrag.

Artikel 2

Bij de vaststelling van de verordeningen als bedoeld in artikel 48, lid 3, van het Verdrag, inzake het vrije verkeer van werknemers, houdt de Commissie ten aanzien van het Groothertogdom Luxemburg rekening met de bijzondere demografische toestand van dat land.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zevenenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 7

Protocol betreffende goederen van oorsprong en van herkomst uit bepaalde landen onderworpen aan een bijzondere regeling bij invoer in een van de Lid-Staten

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

VERLANGENDE nadere aanduidingen te geven voor de toepassing van het Verdrag op bepaalde goederen welke van oorsprong en van herkomst zijn uit bepaalde landen en onderworpen aan een bijzondere regeling bij invoer in een der Lid-Staten,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan het Verdrag zijn gehecht:

(1) De toepassing van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap vergt geen enkele wijziging in de douaneregeling die bij de inwerkingtreding van het Verdrag van toepassing is op de invoer

- in de Benelux-landen, van goederen van oorsprong en van herkomst uit Suriname en de Nederlandse Antillen,
- in Frankrijk, van goederen van oorsprong en van herkomst uit Marokko, Tunesië, de Republiek Vietnam, Kambodja en Laos. De hierboven vermelde bepalingen zijn eveneens van toepassing op de Franse nederzettingen in het Condominium van de Nieuwe Hebriden,
- in Italië, van goederen van oorsprong en van herkomst uit Lybië en uit het thans onder Italiaans bestuur staand trustgebied van Somaliland.

(2) Waren, die nach der genannten Regelung in einen Mitgliedstaat eingeführt wurden, dürfen bei ihrer Wiederausfuhr in einen anderen Mitgliedstaat nicht als im Sinne des Artikels 10 dieses Vertrags im freien Verkehr des erstgenannten Staates befindlich angesehen werden.

(3) Vor Ende des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags teilen die Mitgliedstaaten der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten die Bestimmungen betreffend die in diesem Protokoll bezeichneten Sonderregelungen sowie die Liste der Waren mit, für welche diese gelten.

Sie geben ferner der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten spätere Änderungen dieser Listen oder Regelungen bekannt.

(4) Die Kommission achtet darauf, daß sich die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen nicht zum Schaden der anderen Mitgliedstaaten auswirken kann; sie kann zu diesem Zweck im Verhältnis der Mitgliedstaaten zueinander alle geeigneten Vorkehrungen treffen.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 8

Protokoll
über die Regelung für die Waren, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, hinsichtlich Algeriens und der überseeischen Departements der Französischen Republik

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Bestimmungen dieses Vertrags über Algerien und die überseeischen Departements der Französischen Republik das Problem aufwerfen, welche Regelung hinsichtlich Algeriens und dieser Departements für die Waren zu treffen ist, die Gegenstand des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sind,

IN DEM WUNSCH, eine geeignete Lösung im Einklang mit den Grundsätzen der beiden Verträge zu finden —

WERDEN diese Frage im Geiste gegenseitiger Zusammenarbeit sobald wie möglich, spätestens jedoch bei der ersten Änderung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl REGELN.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

(2) Les marchandises importées dans un État membre au bénéfice du régime susvisé ne peuvent être considérées comme étant en libre pratique dans cet État au sens de l'article 10 du Traité, lorsqu'elles sont réexportées dans un autre État membre.

(3) Avant la fin de la première année suivant l'entrée en vigueur du Traité, les États membres communiquent à la Commission et aux autres États membres les dispositions concernant les régimes particuliers visés au présent Protocole, ainsi que la liste des produits qui en bénéficient.

Ils informent également la Commission et les autres États membres des modifications apportées ultérieurement à ces listes ou à ces régimes.

(4) La Commission veille à ce que l'application des dispositions ci-dessus ne puisse porter préjudice aux autres États membres; elle peut prendre, à cet effet, dans les relations entre États membres, toutes dispositions appropriées.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 8

Protocole
relatif au régime à appliquer aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier à l'égard de l'Algérie et des départements d'outre-mer de la République Française

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

CONSCIENTES du fait que les dispositions du Traité concernant l'Algérie et les départements d'outre-mer de la République Française posent le problème du régime à appliquer, à l'égard de l'Algérie et de ces départements, aux produits faisant l'objet du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier,

DÉSIREUSES de rechercher une solution appropriée en harmonie avec les principes des deux Traités —

RÉGLERONT ce problème dans un esprit de collaboration réciproque dans le plus court délai, au plus tard à l'occasion de la première révision du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

(2) Le merci importate in uno Stato membro in base al regime suddetto non possono considerarsi in libera pratica in tale Stato, ai sensi dell'articolo 10 del Trattato, quando siano riesportate in un altro Stato membro.

(3) Entro la fine del primo anno successivo all'entrata in vigore del Trattato, gli Stati membri comunicano alla Commissione e agli altri Stati membri le disposizioni relative ai regimi particolari contemplati dal presente Protocollo, nonchè l'elenco dei prodotti che beneficiano di tali regimi.

Essi informano altresì la Commissione e gli altri Stati membri delle modificazioni successivamente apportate a tali elenchi o a tali regimi.

(4) La Commissione vigila a che l'applicazione delle disposizioni che precedono non sia pregiudizievole agli altri Stati membri; essa può prendere, a tal fine, ogni opportuna disposizione nelle relazioni fra Stati membri.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 8

Protocollo relativo al regime da applicare ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio nei confronti dell'Algeria e dei dipartimenti d'oltremare della Repubblica Francese

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

CONSAPEVOLI del fatto che le disposizioni del Trattato concernenti l'Algeria e i dipartimenti d'oltremare della Repubblica Francese sollevano il problema del regime da applicare, nei confronti dell'Algeria e di tali dipartimenti, ai prodotti che costituiscono l'oggetto del Trattato istitutivo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio,

DESIDERANDO ricercare una soluzione adeguata, in armonia coi principi dei due Trattati,

RISOLVERANNO con spirito di reciproca collaborazione tale problema nel più breve termine, e al più tardi in occasione della prima revisione del Trattato istitutivo della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

(2) De goederen in een Lid-Staat ingevoerd met toepassing van bovenvermelde regeling kunnen niet worden geacht in die Staat in het vrije verkeer te zijn, in de zin van artikel 10 van het Verdrag, wanneer zij weer worden uitgevoerd naar een andere Lid-Staat.

(3) Vóór het einde van het eerste jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag delen de Lid-Staten de bepalingen betreffende de in dit Protocol bedoelde bijzondere regeling, alsmede de lijst van de produkten waarvoor zij gelden, aan de Commissie en aan de andere Lid-Staten mede.

Zij brengen de Commissie en de andere Lid-Staten eveneens op de hoogte van de later in deze lijsten of in deze regeling aangebrachte wijzigingen.

(4) De Commissie waakt ervoor dat de toepassing van bovengenoemde bepalingen geen schade kan berokkenen aan de andere Lid-Staten; zij kan daartoe alle passende maatregelen nemen ten aanzien van de betrekkingen tussen Lid-Staten.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zevenenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
J. Luns	Lambert Schaus
Bech	J. Linthorst Homan

I. 8

Protocol betreffende de regeling toe te passen op de produkten vallende onder de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal ten aanzien van Algerië en de overzeese departementen van de Franse Republiek

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

ZICH BEWUST van het feit, dat de bepalingen van het Verdrag betreffende Algerië en de overzeese departementen van de Franse Republiek het vraagstuk der rijzen van de regeling, die moet worden toegepast, ten aanzien van Algerië en die departementen, op de produkten vallende onder het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal,

VERLANGENDE, te streven naar een passende oplossing, welke in overeenstemming is met de beginselen van beide Verdragen,

ZULLEN dit vraagstuk in een geest van onderlinge samenwerking regelen binnen een zo kort mogelijke termijn en uiterlijk ter gelegenheid van de eerste herziening van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zevenenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 9

Protokoll über die
Mineralöle und einige Mineralölerzeugnisse

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

(1) Jeder Mitgliedstaat kann gegenüber den anderen Mitgliedstaaten und dritten Ländern für einen Zeitabschnitt von sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung beibehalten, die auf die Erzeugnisse der Positionen 27.09, 27.10, 27.11, 27.12 und ex 27.13 der Brüsseler Nomenklatur (Paraffin, Petrolatum aus Erdöl oder Olschiefer und paraffinische Rückstände) am 1. Januar 1957 oder, wenn sie bei Inkrafttreten dieses Vertrags niedriger sind, zu diesem Zeitpunkt angewandt wurden. Der beizubehaltende Zollsatz für Rohöl darf jedoch nicht zur Folge haben, daß der am 1. Januar 1957 bestehende Abstand zwischen den geltenden Zollsätzen für Rohöl und für die oben erwähnten Mineralölerzeugnisse um mehr als 5 v. H. vergrößert wird. Falls ein solcher Abstand nicht besteht, darf ein neu geschaffener Abstand nicht mehr betragen als 5 v. H. des am 1. Januar 1957 auf die Waren der Position 27.09 angewandten Zollsatzes. Werden vor Ablauf dieses Zeitabschnitts von sechs Jahren die Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung für die Waren der Position 27.09 herabgesetzt, so müssen die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung für die übrigen obengenannten Waren entsprechend herabgesetzt werden.

Bei Ablauf dieses Zeitabschnitts werden die nach Maßgabe des vorstehenden Unterabsatzes beibehaltenen Zollsätze gegenüber den anderen Mitgliedstaaten vollständig aufgehoben. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Gemeinsame Zolltarif gegenüber dritten Ländern angewandt.

(2) Für die Beihilfen zur Herstellung der in der Position 27.09 der Brüsseler Nomenklatur genannten Rohöle gilt Artikel 92 Absatz (3) Buchstabe c) dieses Vertrags, soweit diese Beihilfen notwendig erscheinen, um den Rohölpreis dem Preis anzunähern, der auf dem Weltmarkt cif europäischer Hafen eines Mitgliedstaates angewandt wird. Während der beiden ersten Stufen macht die Kommission von den in Artikel 93 vorgesehenen Befugnissen nur insoweit Gebrauch, als dies erforderlich ist, um eine mißbräuchliche Anwendung der genannten Beihilfen zu verhindern.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 9

Protocole concernant
les huiles minérales et certains de leurs dérivés

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées au Traité:

(1) Chaque État membre peut maintenir à l'égard des autres États membres et des États tiers, pour une période de six années à compter de l'entrée en vigueur du Traité, les droits de douane et taxes d'effet équivalent appliqués sur les produits relevant des positions 27.09, 27.10, 27.11, 27.12 et ex 27.13 (paraffine, cires de pétrole ou de schistes, et résidus paraffineux) de la Nomenclature de Bruxelles, à la date du 1^{er} janvier 1957, ou à la date de l'entrée en vigueur du Traité s'ils sont inférieurs. Toutefois, le droit à maintenir sur les huiles brutes ne pourra avoir pour effet d'accroître de plus de 5% l'écart existant au 1^{er} janvier 1957 entre les droits applicables aux huiles brutes d'une part, et aux dérivés susmentionnés de l'autre. Dans le cas où un tel écart n'existe pas, celui qui pourrait être créé ne pourra pas excéder 5% du droit appliqué au 1^{er} janvier 1957 sur les produits relevant de la position 27.09. Si, avant l'expiration de la période de six années, une réduction des droits de douane et des taxes d'effet équivalent est apportée aux produits relevant de la position 27.09, les droits de douane et taxes d'effet équivalent frappant les autres produits susmentionnés doivent faire l'objet d'une réduction correspondante.

A l'expiration de cette période, les droits maintenus dans les conditions prévues à l'alinéa précédent sont totalement supprimés à l'égard des autres États membres. A la même date, le tarif douanier commun est applicable à l'égard des États tiers.

(2) Les aides à la production des huiles minérales visées à la position 27.09 de la Nomenclature de Bruxelles, dans la mesure où elles apparaissent nécessaires en vue de ramener le prix des huiles brutes au prix pratiqué sur le marché mondial, CAF port européen d'un État membre, relèvent de l'application de l'article 92 paragraphe (3) c) du Traité. Au cours des deux premières étapes, la Commission n'use des pouvoirs prévus à l'article 93 que dans la mesure nécessaire à empêcher une application abusive desdites aides.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 9

Protocollo concernente
gli oli minerali e taluni loro derivati

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti, che sono allegate al Trattato:

(1) Ciascuno Stato membro può mantenere, nei confronti degli altri Stati membri e degli Stati terzi, per un periodo di sei anni dal momento dell'entrata in vigore del Trattato, i dazi doganali e tasse d'effetto equivalente applicati ai prodotti contemplati nelle posizioni 27.09, 27.10, 27.11, 27.12 e ex 27.13 (paraffina, cere di petrolio o di scisti, e residui paraffinosi) della Nomenclatura di Bruxelles, alla data del 1° gennaio 1957, ovvero quelli applicati alla data dell'entrata in vigore del Trattato, quando questi ultimi siano inferiori. Tuttavia, il dazio da mantenere sugli oli grezzi non potrà avere per effetto di accrescere in misura superiore al 5% il divario esistente al 1° gennaio 1957 fra i dazi applicabili agli oli grezzi, da una parte, e quelli applicati ai derivati summenzionati dall'altra. Ove tale scarto non esista, quello eventualmente creato non potrà superare il 5% del dazio applicato al 1° gennaio 1957 ai prodotti contemplati nella posizione 27.09. Qualora, prima dello scadere del periodo di sei anni, si proceda a una riduzione dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente nei confronti dei prodotti contemplati nella posizione 27.09, i dazi doganali e le tasse di effetto equivalente applicati agli altri prodotti summenzionati devono formare oggetto di una riduzione corrispondente.

Allo scadere del periodo stesso, i dazi mantenuti alle condizioni previste dal comma precedente sono interamente aboliti nei riguardi degli altri Stati membri. Alla stessa data diventa applicabile nei confronti dei paesi terzi la tariffa doganale comune.

(2) Agli aiuti alla produzione degli oli minerali contemplati nella posizione 27.09 della Nomenclatura di Bruxelles si applicano le disposizioni dell'articolo 92, paragrafo 3c) del Trattato, nella misura in cui tali aiuti appaiono necessari per riportare il prezzo degli oli grezzi al livello del prezzo praticato sul mercato mondiale, CAF porto europeo di uno Stato membro. Durante le due prime tappe, la Commissione fa uso dei poteri previsti dall'articolo 93 soltanto nella misura necessaria a impedire un'applicazione abusiva di tali aiuti.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 9

Protocol betreffende
de aardolie en sommige derivaten daarvan

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan het Verdrag zijn gehecht:

(1) Elke Lid-Staat kan ten aanzien van de andere Lid-Staten en van derde Staten voor een periode van zes jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag de douanerechten en heffingen van gelijke werking op produkten vallende onder de posten 27.09, 27.10, 27.12 en ex 27.13 (paraffine, was van petroleum of van leisteenoelie, en paraffine-residuen) van de Naamlijst van Brussel handhaven, zoals zij van toepassing zijn op 1 januari 1957 of op de datum van de inwerkingtreding van het Verdrag, als zij op laatstbedoelde datum lager zijn. Evenwel zal het recht dat op ruwe oliën wordt gehandhaafd, niet tot gevolg kunnen hebben, dat het op 1 januari 1957 bestaande verschil tussen de invoerrechten die van toepassing zijn op ruwe oliën enerzijds en op bovengenoemde derivaten anderzijds, met meer dan 5% toeneemt. Ingeval een dergelijk verschil niet bestaat, zal een eventueel tot stand te brengen verschil niet meer dan 5% mogen bedragen van het op 1 januari 1957 toegepaste recht op de produkten vallende onder post 27.09. Indien vóór het verstrijken van de periode van zes jaar een verlaging van de douanerechten en heffingen van gelijke werking wordt aangebracht op produkten vallende onder post 27.09, moeten de douanerechten en heffingen van gelijke werking waaraan de andere bovengenoemde produkten zijn onderworpen, een overeenkomstige verlaging ondergaan.

Bij afloop van deze periode worden de rechten welke onder de voorwaarden, gesteld in de voorgaande alinea, zijn gehandhaafd, ten aanzien van de andere Lid-Staten in hun geheel afgeschaft. Op dezelfde datum is het gemeenschappelijke douanetarief van toepassing ten aanzien van derde Staten.

(2) Voor zover steunmaatregelen voor de produktie van aardolie, als bedoeld bij post 27.09 van de Naamlijst van Brussel noodzakelijk blijken om de prijs van de ruwe olie terug te brengen tot de prijs die geldt op de wereldmarkt, c.i.f. Europese haven van een Lid-Staat, vallen zij onder de toepassing van artikel 92, lid 3 c), van het Verdrag. Tijdens de eerste twee etappen maakt de Commissie slechts gebruik van de in artikel 93 genoemde bevoegdheden, in de mate waarin zulks noodzakelijk is om een verkeerde toepassing van die maatregelen te beletten.

GEDAAN te Rome, de vijfentwintigste maart negenhonderd zevenenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 10

Protokoll
über die Anwendung des Vertrags
zur Gründung der Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft auf die außereuropäischen Teile
des Königreichs der Niederlande

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN DEM BESTREBEN, bei der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Tragweite des Artikels 227 dieses Vertrags gegenüber dem Königreich der Niederlande genau zu bestimmen —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

Die Regierung des Königreichs der Niederlande ist wegen des Verfassungsgefüges des Königreichs, wie es im Statut vom 29. Dezember 1954 festgelegt ist, berechtigt, in Abweichung von Artikel 227 diesen Vertrag nur für das Königreich in Europa und Niederländisch-Neuguinea zu ratifizieren.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 11

Durchführungsabkommen über
die Assoziierung der überseeischen Länder
und Hoheitsgebiete mit der Gemeinschaft

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

VON DEM WUNSCH GELEITET, das in Artikel 136 dieses Vertrags vorgesehene Durchführungsabkommen festzulegen —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Die Mitgliedstaaten beteiligen sich unter den nachstehend festgelegten Bedingungen an geeigneten Maßnahmen zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der im Anhang IV dieses Vertrags aufgeführten Länder und Hoheitsgebiete, indem sie die Bemühungen der verantwortlichen Behörden dieser Länder und Hoheitsgebiete ergänzen.

Zu diesem Zweck wird ein Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete geschaffen, an den die Mitgliedstaaten während eines Zeitabschnitts von fünf Jahren die in Anlage A zu diesem Abkommen vorgesehenen jährlichen Beiträge leisten.

Der Fonds wird von der Kommission verwaltet.

Artikel 2

Die verantwortlichen Behörden der Länder und Hoheitsgebiete unterbreiten der Kommission im Einvernehmen mit den örtlichen Behörden oder der Vertretung der Bevölkerung der betreffenden Länder und Hoheitsgebiete die sozialen und wirtschaftlichen Vorhaben, für welche die Finanzierung durch die Gemeinschaft beantragt wird.

I. 10

Protocole
relatif à l'application du Traité instituant
la Communauté Économique Européenne
aux parties non européennes du Royaume
des Pays-Bas

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

SOUÇIEUSES, au moment de signer le Traité instituant entre elles la Communauté Économique Européenne, de préciser la portée des dispositions de l'article 227 de ce Traité à l'égard du Royaume des Pays-Bas —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité:

Le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, en raison de la structure constitutionnelle du Royaume telle qu'elle résulte du Statut du 29 décembre 1954, aura la faculté, par dérogation à l'article 227, de ne ratifier le Traité que pour le Royaume en Europe et la Nouvelle-Guinée Néerlandaise.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 11

Convention d'application relative à
l'Association des pays et territoires d'outre-mer
à la Communauté

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

DÉSIRANT arrêter la Convention d'application prévue à l'article 136 du Traité —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité.

Article 1

Les États membres participent, dans les conditions fixées ci-après, aux mesures propres à promouvoir le développement social et économique des pays et territoires énumérés à l'Annexe IV du Traité, par un effort complémentaire de celui accompli par les autorités responsables de ces pays et territoires.

A cette fin, il est créé un Fonds de développement pour les pays et territoires d'outre-mer, auquel les États membres versent pendant cinq années les contributions annuelles prévues à l'Annexe A de la présente Convention.

Le Fonds est géré par la Commission.

Article 2

Les autorités responsables des pays et territoires présentent à la Commission, en accord avec les autorités locales ou avec la représentation de la population des pays et territoires intéressés, les projets sociaux et économiques pour lesquels le financement de la Communauté est demandé.

I. 10

Protocollo concernente l'applicazione del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea alle parti non europee del Regno dei Paesi Bassi

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

SOLLECITE di precisare, al momento della firma del Trattato che istituisce tra loro la Comunità Economica Europea, la portata del disposto dell'articolo 227 del Trattato nei confronti del Regno dei Paesi Bassi,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti, che sono allegate al Trattato stesso:

Il Governo del Regno dei Paesi Bassi, a motivo della struttura costituzionale del Regno quale risulta dallo Statuto del 29 dicembre 1954, avrà facoltà, in deroga all'articolo 227, di ratificare il Trattato soltanto per quanto riguarda il Regno in Europa e la Nuova Guinea olandese.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 11

Convenzione d'applicazione relativa a l'associazione dei Paesi e territori d'oltremare alla Comunità

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

DESIDERANDO stabilire la Convenzione d'applicazione prevista dall'articolo 136 del Trattato,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti, che sono allegate al Trattato:

Articolo 1

Gli Stati membri partecipano, alle condizioni in appresso stabilite, alle misure atte a promuovere lo sviluppo sociale ed economico dei Paesi e territori elencati nell'allegato IV del Trattato, mediante uno sforzo complementare a quello compiuto dalle autorità responsabili di tali Paesi e territori.

A tal fine, è costituito un Fondo per lo sviluppo dei Paesi e territori d'oltremare, al quale gli Stati membri versano per cinque anni i contributi annui previsti dall'allegato A della presente Convenzione.

Il Fondo è amministrato dalla Commissione.

Articolo 2

Le autorità responsabili dei Paesi e territori presentano alla Commissione, d'intesa con le autorità locali o con i rappresentanti della popolazione dei Paesi e territori interessati, i progetti sociali ed economici per i quali è richiesto il finanziamento della Comunità.

I. 10

Protocol betreffende de toepassing van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap op de Niet-Europese delen van het Koninkrijk der Nederlanden

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

VERLANGENDE, op het ogenblik van ondertekening van het Verdrag waarbij zij tezamen de Europese Economische Gemeenschap oprichten, de draagwijdte der bepalingen van artikel 227 van dat Verdrag ten aanzien van het Koninkrijk der Nederlanden nader te omschrijven,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan dat Verdrag zijn gehecht:

De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden is, wegens de grondwettelijke structuur van het Koninkrijk, zoals deze volgt uit het Statuut van 29 december 1954, gerechtigd, in afwijking van artikel 227, het Verdrag alleen voor het Rijk in Europa en Nederlands Nieuw-Guinea te bekrachtigen.

GEDAAN te Rome, de vijftiendwintigste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 11

Toepassingsovereenkomst betreffende de associatie van de landen en gebieden overzee met de Gemeenschap

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

WENSENDE, de in artikel 136 van het Verdrag bedoelde Toepassingsovereenkomst vast te stellen,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan dat Verdrag zijn gehecht:

Artikel 1

De Lid-Staten nemen onder de hierna bepaalde voorwaarden deel aan de maatregelen welke de sociale en economische ontwikkeling van de landen en gebieden genoemd in bijlage IV van het Verdrag kunnen bevorderen, in aanvulling op hetgeen wordt verricht door de instanties welke voor die landen en gebieden de verantwoording dragen.

Te dien einde wordt een Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee opgericht, waarin de Lid-Staten gedurende vijf jaar de in bijlage A van deze Overeenkomst genoemde jaarlijkse bijdragen storten.

Het Fonds wordt door de Commissie beheerd.

Artikel 2

De instanties welke voor de landen en gebieden de verantwoording dragen, leggen, in overeenstemming met de plaatselijke autoriteiten of met de vertegenwoordiging van de bevolking der betrokken landen en gebieden, aan de Commissie de sociale economische projecten voor, waarvan wordt verzocht dat zij door de Gemeenschap worden gefinancierd.

Artikel 3

Die Kommission stellt jährlich die allgemeinen Pläne für die Bereitstellung der nach Anlage B dieses Abkommens verfügbaren Mittel für die verschiedenen Gruppen von Vorhaben auf.

Die allgemeinen Pläne umfassen folgende Finanzierungsvorhaben:

- a) bestimmte soziale Einrichtungen, insbesondere Krankenhäuser, Lehr- und technische Forschungsanstalten, Stellen für Berufsberatung und berufliche Förderung der Bevölkerung;
- b) wirtschaftliche Investitionen von allgemeinem Interesse, die unmittelbar mit der Durchführung eines Plans für konkrete produktive Entwicklungsvorhaben verbunden sind.

Artikel 4

Zu Beginn jedes Haushaltsjahres bestimmt der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Anhörung der Kommission die Beträge, die für die Finanzierung

- a) der in Artikel 3 Buchstabe a) bezeichneten sozialen Einrichtungen sowie
- b) der in Artikel 3 Buchstabe b) genannten wirtschaftlichen Investitionen von allgemeinem Interesse

bereitzustellen sind.

Die Entscheidung des Rates muß auf eine rationelle geographische Verteilung der verfügbaren Mittel gerichtet sein.

Artikel 5

(1) Die Kommission bestimmt, wie die im Sinne des Artikels 4 Buchstabe a) verfügbaren Beträge auf die einzelnen Anträge für die Finanzierung sozialer Einrichtungen zu verteilen sind.

(2) Die Kommission arbeitet Vorschläge für die Finanzierung der wirtschaftlichen Investitionsvorhaben aus, deren Durchführung gemäß Artikel 4 Buchstabe b) sie vorsieht.

Sie legt diese Vorschläge dem Rat vor.

Liegt binnen einem Monat kein Antrag eines Mitgliedstaates an den Rat vor, sich damit zu befassen, so gelten die Vorschläge als genehmigt.

Wird der Rat damit befaßt, so beschließt er binnen zwei Monaten mit qualifizierter Mehrheit.

(3) Die im Laufe eines Jahres nicht zugewiesenen Mittel werden auf die folgenden Jahre übertragen.

(4) Die zugewiesenen Beträge werden den Behörden zur Verfügung gestellt, die für die Durchführung der Arbeiten verantwortlich sind. Die Kommission achtet darauf, daß die Mittel zweckentsprechend und unter den günstigsten wirtschaftlichen Bedingungen verwendet werden.

Artikel 6

Der Rat legt binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Einzelheiten für die Anforderung und Überweisung der Finanzbeiträge sowie für die Haushaltsregelung und die Verwaltung der Mittel des Entwicklungsfonds fest.

Article 3

La Commission établit chaque année les programmes généraux d'affectation aux différentes catégories de projets des fonds disponibles au titre de l'Annexe B de la présente Convention.

Les programmes généraux comportent des projets pour le financement

- a) de certaines institutions sociales, notamment d'hôpitaux, d'établissements d'enseignement ou de recherche technique, d'institutions d'orientation et de promotion des activités professionnelles des populations,
- b) d'investissements économiques d'intérêt général directement liés à l'exécution d'un programme comportant des projets de développement productifs et concrets.

Article 4

Au début de chaque exercice, le Conseil détermine à la majorité qualifiée après consultation de la Commission les montants à consacrer au financement

- a) des institutions sociales mentionnées à l'article 3 a),
- b) des investissements économiques d'intérêt général visés à l'article 3 b).

La décision du Conseil doit tendre à une répartition géographique rationnelle des montants disponibles.

Article 5

(1) La Commission détermine la répartition, entre les diverses demandes de financement d'institutions sociales, des montants disponibles au titre de l'article 4 a).

(2) La Commission élabore les propositions de financement des projets d'investissement économique qu'elle retient au titre de l'article 4 b).

Elle les communique au Conseil.

Si dans le délai d'un mois aucun État membre ne demande que le Conseil s'en saisisse, elles sont réputées approuvées.

Si le Conseil est saisi, il statue à la majorité qualifiée dans un délai de deux mois.

(3) Les montants non affectés au cours d'une année sont reportés aux années suivantes.

(4) Les montants attribués sont mis à la disposition des autorités responsables de l'exécution des travaux. La Commission veille à ce que leur utilisation soit conforme aux affectations décidées et qu'elle se réalise dans les meilleures conditions économiques.

Article 6

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, fixe, dans les six mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité, les modalités relatives aux appels et au transfert des contributions financières, au régime budgétaire et à la gestion des ressources du Fonds de développement.

Articolo 3

La Commissione definisce ogni anno i programmi generali per lo stanziamento, a favore delle singole categorie di progetti, dei fondi disponibili a mente dell'allegato B della presente Convenzione.

I programmi generali comprendono progetti per il finanziamento:

- a) di talune istituzioni sociali, in particolare di ospedali, di istituti per l'insegnamento o le ricerche tecniche, di istituti per l'orientamento e l'incoraggiamento delle attività professionali delle popolazioni,
- b) di investimenti economici di interesse generale, direttamente connessi con l'esecuzione di un programma che implichi progetti di sviluppo produttivi e concreti.

Articolo 4

All'inizio di ogni esercizio, il Consiglio stabilisce a maggioranza qualificata, previa consultazione della Commissione, le somme da destinare al finanziamento:

- a) delle istituzioni sociali di cui all'articolo 3 a),
- b) degli investimenti economici d'interesse generale di cui all'articolo 3 b).

La decisione del Consiglio deve mirare a una razionale ripartizione geografica delle somme disponibili.

Articolo 5

(1) La Commissione stabilisce la ripartizione delle somme disponibili, a mente dell'articolo 4 a), fra le singole domande per il finanziamento d'istituzioni sociali.

(2) La Commissione elabora le proposte di finanziamento dei progetti d'investimenti economici che accoglie a mente dell'articolo 4 b).

Essa le trasmette al Consiglio.

Se, nel termine di un mese, nessuna richiesta sia avanzata da uno Stato membro perchè siano portate dinanzi al Consiglio, le proposte si ritengono approvate.

Quando il Consiglio ne sia stato investito, delibera a maggioranza qualificata nel termine di due mesi.

(3) Le somme che non siano state assegnate nel corso di un anno vengono riportate agli anni successivi.

(4) Le somme assegnate sono messe a disposizione delle autorità responsabili dell'esecuzione dei lavori. La Commissione provvede a che il loro uso sia conforme alle assegnazioni stabilite e si effettui alle migliori condizioni economiche.

Articolo 6

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, fissa, entro sei mesi dal momento dell'entrata in vigore del Trattato, le modalità relative ai richiami e al trasferimento dei contributi finanziari, al regime di bilancio e alla gestione delle risorse del Fondo per lo sviluppo.

Artikel 3

De Commissie stelt ieder jaar de algemene programma's vast betreffende de bestemming van de volgens bijlage B van deze Overeenkomst beschikbare fondsen voor de verschillende groepen van projecten.

De algemene programma's omvatten projecten voor de financiering van

- a) bepaalde sociale instellingen, met name ziekenhuizen, inrichtingen van onderwijs of voor technisch onderzoek, instellingen voor beroepsvoorlichting en voor bevordering van de beroepswerkzaamheden van de bevolking,
- b) economische investeringen van algemeen belang welke rechtstreeks verbonden zijn met de uitvoering van een programma dat produktieve en concrete ontwikkelingsprojecten inhoudt.

Artikel 4

Bij de aanvang van elk boekjaar bepaalt de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen na raadpleging van de Commissie, welke bedragen moeten worden besteed voor de financiering:

- a) van de in artikel 3 a) genoemde sociale instellingen,
- b) van de in artikel 3 b) bedoelde economische investeringen van algemeen belang.

De beschikking van de Raad moet gericht zijn op een doelmatige geografische verdeling der beschikbare bedragen.

Artikel 5

(1) De Commissie bepaalt de verdeling van de uit hoofde van artikel 4 a) beschikbare bedragen over de verschillende aanvragen tot financiering van sociale instellingen.

(2) De Commissie stelt de voorstellen op ter financiering van de projecten voor economische investeringen welke zij uit hoofde van artikel 4 b) in aanmerking neemt.

Zij zendt deze voorstellen aan de Raad.

Indien binnen een maand geen enkele Lid-Staat de Raad verzocht heeft deze voorstellen in behandeling te nemen worden zij geacht te zijn goedgekeurd.

Indien de Raad deze voorstellen in behandeling neemt, besluit hij binnen twee maanden met gekwalificeerde meerderheid van stemmen.

(3) De bedragen waaraan in de loop van een jaar geen bestemming is gegeven, worden overgedragen naar de volgende jaren.

(4) De toegekende bedragen worden ter beschikking gesteld van de autoriteiten die verantwoordelijk zijn voor de uitvoering der werken. De Commissie draagt er zorg voor dat de bedragen worden gebruikt overeenkomstig hun bestemming en dat zulks op de meest economische wijze geschiedt.

Artikel 6

De Raad bepaalt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie binnen zes maanden na de inwerkingtreding van dit Verdrag de wijze waarop de financiële bijdragen worden afgeroepen en overgemaakt, de begroting wordt ingericht en de middelen van het Ontwikkelingsfonds worden beheerd.

Artikel 7

Die in den Artikeln 4, 5 und 6 vorgesehene qualifizierte Mehrheit beträgt 67 Stimmen. Die einzelnen Mitgliedstaaten verfügen über folgende Stimmen:

Belgien	11 Stimmen
Deutschland	33 Stimmen
Frankreich	33 Stimmen
Italien	11 Stimmen
Luxemburg	1 Stimme
Niederlande	11 Stimmen

Artikel 8

In jedem Land oder Hoheitsgebiet findet auf die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Mitgliedstaaten als des Staates, der besondere Beziehungen zu dem betreffenden Land oder Hoheitsgebiet unterhält, das Niederlassungsrecht schrittweise Anwendung. Die Einzelheiten werden während des ersten Jahres der Anwendung dieses Abkommens vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission so festgelegt, daß jede Diskriminierung während der Übergangszeit schrittweise beseitigt wird.

Artikel 9

Für den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten gilt das in den Artikeln 133 und 134 dieses Vertrags vorgesehene Zollsystem.

Artikel 10

Während der Geltungsdauer dieses Abkommens wenden die Mitgliedstaaten in ihrem Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten diejenigen Bestimmungen des in diesem Vertrag enthaltenen Kapitels über die Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten an, die während desselben Zeitabschnitts zwischen ihnen gelten.

Artikel 11

(1) In jedem Land oder Hoheitsgebiet, in dem Einfuhrkontingente bestehen, werden ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens die Kontingente, die den Mitgliedstaaten mit Ausnahme desjenigen Staates offenstehen, mit dem das betreffende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält, zu Globalkontingenten zusammengefaßt, welche den anderen Mitgliedstaaten ohne Unterschied zugänglich sind. Von dem gleichen Zeitpunkt an werden diese Kontingente jährlich gemäß Artikel 32 und Artikel 33 Absätze (1), (2), (4), (5), (6) und (7) dieses Vertrags erhöht.

(2) Liegt das Globalkontingent für eine nicht liberalisierte Ware unter 7 v. H. der Gesamteinfuhr eines Landes oder Hoheitsgebiets, so wird binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens ein Kontingent in Höhe von 7 v. H. aufgestellt und jährlich nach Maßgabe des Absatzes (1) erhöht.

(3) Besteht für bestimmte Waren kein Kontingent für die Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet, so bestimmt die Kommission durch Entscheidung die Einzelheiten für die Eröffnung und Erweiterung der den anderen Mitgliedstaaten einzuräumenden Kontingente.

Artikel 12

Soweit die Einfuhrkontingente der Mitgliedstaaten Einfuhren sowohl aus einem Staat, der besondere Beziehungen zu einem Land oder Hoheitsgebiet unter-

Article 7

La majorité qualifiée prévue aux articles 4, 5 et 6 est de 67 voix. Les États membres disposent respectivement de:

Belgique	11 voix
Allemagne ...	33 voix
France	33 voix
Italie	11 voix
Luxembourg ..	1 voix
Pays-Bas	11 voix

Article 8

Dans chaque pays ou territoire, le droit d'établissement est étendu progressivement aux ressortissants et sociétés des États membres autres que celui qui a des relations particulières avec ce pays ou territoire. Les modalités sont fixées, au cours de la première année d'application de la présente Convention, par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, de telle sorte que toute discrimination disparaisse progressivement au cours de la période de transition.

Article 9

Dans les échanges commerciaux entre les États membres et les pays et territoires, le régime douanier applicable est celui prévu par les articles 133 et 134 du Traité.

Article 10

Les États membres appliquent à leurs échanges commerciaux avec les pays et territoires, pendant la durée de la présente Convention, les dispositions du chapitre du Traité relatif à l'élimination des restrictions quantitatives entre les États membres, qu'ils appliquent pour cette même période dans leurs relations mutuelles.

Article 11

(1) Dans chaque pays ou territoire où existent des contingents à l'importation, et un an après l'entrée en vigueur de la présente Convention, les contingents ouverts aux États autres que celui avec lequel ce pays ou territoire a des relations particulières sont transformés en contingents globaux accessibles sans discrimination aux autres États membres. A partir de la même date, ces contingents sont augmentés annuellement par application des dispositions de l'article 32 et de l'article 33 paragraphes (1), (2), (4), (5), (6) et (7) du Traité.

(2) Lorsque, pour un produit non libéré, le contingent global n'atteint pas 7% de l'importation totale dans un pays ou territoire, un contingent égal à 7% de cette importation est établi, au plus tard un an après l'entrée en vigueur de la présente Convention, et augmenté annuellement conformément aux dispositions prévues au paragraphe (1).

(3) Lorsque, pour certains produits, aucun contingent n'est ouvert à l'importation dans un pays ou territoire, la Commission détermine par voie de décision les modalités d'ouverture et d'élargissement des contingents offerts aux autres États membres.

Article 12

Dans la mesure où les contingents d'importation des États membres portent sur des importations provenant tant d'un État ayant des relations particulières avec un

Articolo 7

La maggioranza qualificata di cui agli articoli 4, 5 e 6 è di 67 voti. I voti di cui dispongono gli Stati membri sono rispettivamente:

Belgio	11 voti
Germania	33 voti
Francia	33 voti
Italia	11 voti
Lussemburgo	1 voto
Paesi Bassi	11 voti

Articolo 8

In ciascun Paese o territorio, il diritto di stabilimento è progressivamente esteso ai cittadini e alle società degli Stati membri diversi da quello che ha relazioni particolari con tale Paese o territorio. Le modalità sono stabilite, durante il primo anno di applicazione della presente Convenzione, dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, in modo che venga meno gradatamente ogni discriminazione nel corso del periodo transitorio.

Articolo 9

Negli scambi commerciali fra gli Stati membri e i Paesi e territori, il regime doganale applicabile è quello previsto dagli articoli 133 e 134 del Trattato.

Articolo 10

Per la durata della presente Convenzione, gli Stati membri applicano ai loro scambi commerciali con i Paesi e territori le disposizioni del capo del Trattato relativo all'abolizione delle restrizioni quantitative fra gli Stati membri, che essi mettono in atto durante lo stesso periodo nelle loro relazioni reciproche.

Articolo 11

(1) In ciascun paese e territorio ove esistano contingenti all'importazione, e un anno dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione, i contingenti accordati agli Stati diversi da quello con cui il Paese o territorio ha relazioni particolari, sono trasformati in contingenti globali accessibili senza discriminazione agli altri Stati membri. A decorrere dalla stessa data, tali contingenti sono aumentati annualmente in applicazione delle disposizioni dell'articolo 32 e dell'articolo 33, paragrafi 1, 2, 4, 5, 6 e 7 del Trattato.

(2) Quando, nei riguardi di un prodotto non liberalizzato, il contingente globale non raggiunge il 7% dell'importazione totale in un Paese o territorio, è istituito un contingente pari al 7% di tale importazione, al più tardi un anno dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione ed è aumentato annualmente conformemente alle disposizioni previste dal paragrafo 1.

(3) Quando, per taluni prodotti, non sia accordato alcun contingente all'importazione in un Paese o territorio, la Commissione stabilisce mediante decisioni le modalità di concessione e di aumento dei contingenti accordati agli altri Stati membri.

Articolo 12

Nella misura in cui i contingenti d'importazione degli Stati membri riguardano sia importazioni provenienti da uno Stato avente relazioni particolari con un Paese o

Artikel 7

De in de artikelen 4, 5 en 6 bedoelde gekwalificeerde meerderheid bestaat uit 67 stemmen. De Lid-Staten beschikken onderscheidenlijk over:

België	11 stemmen
Duitsland	33 stemmen
Frankrijk	33 stemmen
Italië	11 stemmen
Luxemburg	1 stem
Nederland	11 stemmen

Artikel 8

In elk land of gebied wordt het recht van vestiging geleidelijk uitgebreid tot onderdanen en rechtspersonen van een andere Lid-Staat dan die welke bijzondere betrekkingen met dat land of gebied onderhoudt. De wijze van toepassing wordt in de loop van het eerste jaar dat deze Overeenkomst wordt toegepast, door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie zodanig vastgesteld dat iedere discriminatie in de loop van de overgangperiode geleidelijk verdwijnt.

Artikel 9

In het handelsverkeer tussen de Lid-Staten en de landen en gebieden wordt de douaneregeling toegepast die in de artikelen 133 en 134 van het Verdrag is opgenomen.

Artikel 10

In hun handelsverkeer met de landen en gebieden passen de Lid-Staten voor de duur van deze Overeenkomst de bepalingen toe van het hoofdstuk van het Verdrag betreffende afschaffing van de kwantitatieve beperkingen tussen de Lid-Staten, welke zij gedurende diezelfde periode in hun onderlinge betrekkingen toepassen.

Artikel 11

(1) In elk land of gebied waar invoercontingenten bestaan, worden een jaar na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst, de contingenten welke zijn geopend voor andere Staten dan die waarmede dat land of gebied bijzondere betrekkingen onderhoudt, gewijzigd in globale contingenten, welke zonder discriminatie ter beschikking zijn van de overige Lid-Staten. Vanaf hetzelfde tijdstip worden die contingenten jaarlijks verruimd met toepassing van de bepalingen van artikel 32 en van artikel 33, leden 1, 2, 4, 5, 6 en 7 van het Verdrag.

(2) Wanneer voor een niet-geliberaliseerd produkt het globale contingent minder dan 7% uitmaakt van de totale invoer in een land of gebied, wordt uiterlijk een jaar na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst een contingent gelijk aan 7% van die invoer vastgesteld en jaarlijks verruimd overeenkomstig de bepalingen van lid 1.

(3) Wanneer voor bepaalde produkten geen enkel contingent voor de invoer in een land of gebied is geopend, bepaalt de Commissie bij beschikking de wijze van opening en verruiming der contingenten ten behoeve van de andere Lid-Staten.

Artikel 12

Voor zover de invoercontingenten der Lid-Staten betrekking hebben op invoer zowel uit een Staat welke bijzondere betrekkingen onderhoudt met een land of

hält, als auch aus diesem Land oder Hoheitsgebiet umfassen, ist der Anteil der Einfuhr aus den Ländern und Hoheitsgebieten Gegenstand eines Globalkontingents, das auf Grund der Einfuhrstatistik festgelegt wird. Dieses Kontingent wird während des ersten Jahres der Geltungsdauer dieses Abkommens festgesetzt und nach Maßgabe des Artikels 10 erhöht.

Artikel 13

Die Bestimmungen des Artikels 10 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels darstellen.

Artikel 14

Vom Ablauf der Geltungsdauer dieses Abkommens bis zur Einführung der Assoziierungsbestimmungen für einen neuen Zeitabschnitt werden die Einfuhrkontingente der Länder und Hoheitsgebiete einerseits und der Mitgliedstaaten andererseits hinsichtlich der Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in der für das fünfte Jahr festgesetzten Höhe beibehalten. Die am Ende des fünften Jahres bestehende Regelung des Niederlassungsrechts wird ebenfalls beibehalten.

Artikel 15

(1) Für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee nach Italien und in die Beneluxstaaten und von Bananen in die Bundesrepublik Deutschland aus dritten Ländern werden Zollkontingente nach Maßgabe der Protokolle eingeräumt, die diesem Abkommen beigefügt sind.

(2) Läuft die Geltungsdauer dieses Abkommens vor Abschluß einer neuen Übereinkunft ab, so werden den Mitgliedstaaten in der Zwischenzeit für Bananen, Kakao- und ungebrannten Kaffee Zollkontingente eingeräumt, für welche die zu Beginn der zweiten Stufe angewandten Zollsätze gelten; diese Zollkontingente entsprechen dem Einfuhrvolumen aus dritten Ländern während des letzten Jahres, für das statistische Angaben vorliegen.

Diese Kontingente werden gegebenenfalls im Verhältnis zum Anstieg des Verbrauchs im Einfuhrstaate erhöht.

(3) Die Mitgliedstaaten, denen Zollkontingente eingeräumt werden, für welche gemäß den Protokollen über die Einfuhr von ungebranntem Kaffee und Bananen aus dritten Ländern die bei Inkrafttreten dieses Vertrags angewandten Zollsätze gelten, können verlangen, daß für diese Erzeugnisse anstelle der in Absatz (2) vorgesehenen Regelung diese Zollkontingente in der Höhe beibehalten werden, die sie bei Ablauf der Geltungsdauer dieses Abkommens erreicht haben.

Diese Kontingente werden gegebenenfalls nach Maßgabe des Absatzes (2) erhöht.

(4) Die Kommission bestimmt auf Antrag der betreffenden Staaten den Umfang der in den vorstehenden Absätzen vorgesehenen Zollkontingente.

pays ou territoire que de ce pays ou territoire, la part d'importation en provenance des pays et territoires fait l'objet d'un contingent global établi à partir des statistiques d'importations. Ce contingent est fixé au cours de la première année d'application de la présente Convention et s'accroît suivant les règles prévues à l'article 10.

Article 13

Les dispositions de l'article 10 ne font pas obstacle aux interdictions ou restrictions d'importation, d'exportation ou de transit, justifiées par des raisons de moralité publique, d'ordre public, de sécurité publique, de protection de la santé et de la vie des personnes et des animaux ou de préservation des végétaux, de protection des trésors nationaux ayant une valeur artistique, historique ou archéologique, ou de protection de la propriété industrielle et commerciale. Toutefois, ces interdictions ou restrictions ne doivent constituer ni un moyen de discrimination arbitraire, ni une restriction déguisée au commerce.

Article 14

Après la date d'expiration de la présente Convention et jusqu'à l'établissement des dispositions d'association à prévoir pour une nouvelle période, les contingents d'importation dans les pays et territoires d'une part, et dans les États membres d'autre part, en ce qui concerne les produits originaires des pays et territoires, demeurent au niveau fixé pour la cinquième année. Le régime du droit d'établissement existant à la fin de la cinquième année est également maintenu.

Article 15

(1) Les importations de café vert en Italie et dans les pays du Benelux d'une part, et de bananes dans la République fédérale d'Allemagne d'autre part, en provenance de pays tiers, bénéficient de contingents tarifaires dans les conditions fixées aux Protocoles annexés à la présente Convention.

(2) Si la Convention vient à expiration avant la conclusion d'un nouvel accord, les États membres bénéficient, en attendant ce nouvel accord, pour les bananes, le cacao en fèves et le café vert, de contingents tarifaires admissibles aux droits applicables au début de la deuxième étape et égaux au volume des importations en provenance de pays tiers au cours de la dernière année pour laquelle les statistiques sont disponibles.

Ces contingents sont majorés, le cas échéant, proportionnellement à l'accroissement de la consommation dans les pays importateurs.

(3) Les États membres bénéficiaires de contingents tarifaires admissibles aux droits appliqués lors de l'entrée en vigueur du Traité au titre des Protocoles relatifs aux importations de café vert et de bananes en provenance de pays tiers, ont le droit d'obtenir pour ces produits, au lieu du régime prévu au paragraphe précédent, le maintien de ces contingents tarifaires au niveau qu'ils ont atteint à la date d'expiration de la Convention.

Ces contingents sont majorés, le cas échéant, dans les conditions prévues au paragraphe (2).

(4) La Commission fixe, sur demande des États intéressés, le volume des contingents tarifaires prévus aux paragraphes ci-dessus.

territorio, sia importazioni provenienti da tale Paese o territorio, la quota d'importazione in provenienza dai Paesi e territori costituisce l'oggetto di un contingente globale stabilito in base alle statistiche delle importazioni. Tale contingente è fissato durante il primo anno di applicazione della presente Convenzione ed aumenta secondo le norme di cui all'articolo 10.

Articolo 13

Le disposizioni dell'articolo 10 lasciano impregiudicati i divieti o restrizioni d'importazione, d'esportazione o di transito giustificati da motivi di moralità pubblica, d'ordine pubblico, di pubblica sicurezza, di tutela della salute e della vita delle persone e degli animali o di preservazione dei vegetali, di protezione del patrimonio artistico, storico o archeologico nazionale, o di tutela della proprietà industriale e commerciale. Tuttavia, tali divieti o restrizioni non devono costituire né un mezzo di discriminazione arbitraria né una restrizione dissimulata del commercio.

Articolo 14

Dopo la data di scadenza della presente Convenzione e fino alla determinazione delle disposizioni di associazione da prevedere per un nuovo periodo, i contingenti d'importazione nei Paesi e territori, da una parte, e negli Stati membri, dall'altra, rimangono, per quanto riguarda i prodotti originari di tali Paesi e territori, al livello fissato per il quinto anno. È del pari mantenuto il regime del diritto di stabilimento esistente alla fine del quinto anno.

Articolo 15

(1) Le importazioni di caffè verde in Italia e nei Paesi del Benelux, da una parte, e, dall'altra, le importazioni di banane nella Repubblica federale di Germania, provenienti da Paesi terzi, beneficiano di contingenti tariffari alle condizioni stabilite dai Protocolli allegati alla presente Convenzione.

(2) Qualora la Convenzione venga a scadere prima della conclusione di un nuovo accordo, gli Stati membri, in attesa del nuovo accordo, beneficiano, per quanto riguarda le banane, i semi di cacao e il caffè verde, di contingenti tariffari ammissibili ai dazi applicabili all'inizio della seconda tappa e pari al volume delle importazioni provenienti da Paesi terzi durante l'ultimo anno per cui si dispone di statistiche.

Tali contingenti sono maggiorati, ove occorra, proporzionalmente all'incremento del consumo nei Paesi importatori.

(3) Gli Stati membri che beneficiano di contingenti tariffari ammissibili ai dazi applicati al momento dell'entrata in vigore del Trattato, a mente dei Protocolli sulle importazioni di caffè verde e di banane provenienti da Paesi terzi, hanno il diritto di ottenere per tali prodotti, anziché il regime di cui al paragrafo precedente, il mantenimento dei contingenti tariffari al livello che hanno raggiunto alla data di scadenza della Convenzione.

Tali contingenti sono maggiorati, dove occorra, alle condizioni previste dal paragrafo 2.

(4) La Commissione, a richiesta degli Stati interessati, fissa il volume dei contingenti tariffari previsti dai paragrafi che precedono.

gebied, als uit dat land of gebied zelf, wordt voor het deel van de invoer uit de landen en gebieden een global contingent vastgesteld op basis van de invoerstatistiek. Dit contingent wordt vastgesteld in de loop van het eerste jaar dat deze Overeenkomst wordt toegepast en wordt verruimd volgens de regels van artikel 10.

Artikel 13

De bepalingen van artikel 13 vormen geen beletsel voor verboden of beperkingen van invoer, uitvoer of doorvoer, welke gerechtvaardigd zijn uit hoofde van bescherming van de openbare zedelijkheid, de openbare orde, de openbare veiligheid, de gezondheid en het leven van personen, dieren of planten, het nationaal artistiek, historisch en archeologisch bezit of uit hoofde van bescherming van de industriële en commerciële eigendom. Deze verboden of beperkingen mogen echter geen middel tot willekeurige discriminatie noch een verkapte beperking van de handel tussen de Lid-Staten vormen.

Artikel 14

Na het verstrijken van de geldigheidsduur van deze Overeenkomst en totdat de bepalingen inzake de associatie voor een nieuwe periode zijn vastgesteld, blijven, ten aanzien van de produkten van oorsprong uit de landen en gebieden, de invoercontingenten in de landen en gebieden enerzijds en in de Lid-Staten anderzijds gehandhaafd op het voor het vijfde jaar vastgestelde peil. De regeling van het recht van vestiging zoals die aan het einde van het vijfde jaar bestaat, wordt eveneens gehandhaafd.

Artikel 15

(1) Voor invoer van ongebrande koffie in Italië en in de Benelux-landen enerzijds en van bananen in de Bondsrepubliek Duitsland anderzijds, van herkomst uit derde landen, gelden tariefcontingenten overeenkomstig het bepaalde in de Protocolen welke aan deze Overeenkomst zijn gehecht.

(2) Indien de Overeenkomst eindigt, voordat een nieuwe overeenkomst is gesloten, hebben de Lid-Staten in afwachting van deze nieuwe overeenkomst recht op tariefcontingenten voor bananen, cacaobonen en ongebrande koffie, waarbij de rechten worden gegeven welke van toepassing zijn bij de aanvang van de tweede etappe, en waarvan de omvang gelijk is aan die van de invoer uit derde landen gedurende het laatste jaar waarover statistische gegevens beschikbaar zijn.

Deze contingenten worden in voorkomende gevallen verruimd in evenredigheid met de toeneming van het verbruik in de invoerende landen.

(3) De Lid-Staten welke, op grond van de Protocolen inzake de invoer van ongebrande koffie en van bananen uit derde landen, recht hebben op tariefcontingenten met heffing van de invoerrechten welke van toepassing zijn bij de inwerkingtreding van het Verdrag, kunnen verlangen dat voor deze producten in de plaats van de in het vorige lid bepaalde regeling de tariefcontingenten worden gehandhaafd op het peil bereikt op de dag waarop de Overeenkomst eindigt.

Bedoelde contingenten worden in voorkomende gevallen verruimd overeenkomstig lid 2.

(4) De Commissie stelt op verzoek van de belanghebbende Staten de omvang van de in de bovenstaande leden bedoelde tariefcontingenten vast.

Artikel 16

Die Artikel 1 bis 8 dieses Abkommens gelten für Algerien und die französischen überseeischen Departements.

Artikel 17

Dieses Abkommen gilt unbeschadet der Artikel 14 und 15 für die Zeitdauer von fünf Jahren.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Article 16

Les dispositions prévues aux articles 1 à 8 inclus de la présente Convention sont applicables à l'Algérie et aux départements français d'outre-mer.

Article 17

Sans préjudice de l'application des dispositions des articles 14 et 15, la présente Convention est conclue pour une durée de cinq années.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Anlage A gemäß Artikel 1 dieses Abkommens

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Insgesamt
Hundertsätze	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Staaten In Millionen EZU-Rechnungseinheiten						
Belgien	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70
Deutschland	20	25	33	45	77	200
Frankreich	20	25	33	45	77	200
Italien	4	5	6,60	9	15,40	40
Luxemburg	0,125	0,15625	0,20625	0,28125	0,48125	1,25
Niederlande	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70

Annexe A prévue à l'article 1 de la Convention

	1ère année	2ème année	3ème année	4ème année	5ème année	Total
Pourcentages	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Pays En millions d'unités de compte U.E.P.						
Belgique	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70
Allemagne	20	25	33	45	77	200
France	20	25	33	45	77	200
Italie	4	5	6,60	9	15,40	40
Luxembourg	0,125	0,15625	0,20625	0,28125	0,48125	1,25
Pays-Bas	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70

Anlage B gemäß Artikel 3 dieses Abkommens

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Insgesamt
Hundertsätze	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Überseeische Länder und Hoheitsgebiete von In Millionen EZU-Rechnungseinheiten						
Belgien	3	3,75	4,95	6,75	11,55	30
Frankreich	51,125	63,906	84,356	115,031	196,832	511,25
Italien	0,5	0,625	0,825	1,125	1,925	5
Niederlande	3,5	4,375	5,775	7,875	13,475	35

Annexe B prévue à l'article 3 de la Convention

	1ère année	2ème année	3ème année	4ème année	5ème année	Total
Pourcentages	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Pays et territoires d'outre-mer de: En millions d'unités de compte U.E.P.						
Belgique	3	3,75	4,95	6,75	11,55	30
France	51,125	63,906	84,356	115,031	196,832	511,25
Italie	0,5	0,625	0,825	1,125	1,925	5
Pays-Bas	3,5	4,375	5,775	7,875	13,475	35

Articolo 16

Le disposizioni di cui agli articoli da 1 a 8 inclusi della presente Convenzione sono applicabili all'Algeria e ai dipartimenti francesi d'oltremare.

Articolo 17

Salva restando l'applicazione delle disposizioni degli articoli 14 e 15, la presente Convenzione è conclusa per la durata di cinque anni.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecento-
cinquantasette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Artikel 16

De bepalingen van de artikelen 1 tot en met 8 van deze Overeenkomst zijn van toepassing op Algerië en op de Franse overzeese departementen.

Artikel 17

Onverminderd de toepassing van de artikelen 14 en 15 wordt deze Overeenkomst gesloten voor een tijdsduur van vijf jaar.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negen-
tienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Allegato A previsto dall'articolo 1 della Convenzione

	1° anno	2° anno	3° anno	4° anno	5° anno	Totale
Percentuali	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Paesi	In milioni di unità di conto U.E.P.					
Belgio	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70
Germania	20	25	33	45	77	200
Francia	20	25	33	45	77	200
Italia	4	5	6,60	9	15,40	40
Lussemburgo	0,125	0,15625	0,20625	0,28125	0,48125	1,25
Paesi Bassi	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70

Bijlage A bedoeld in artikel 1 van de Overeenkomst

	Eerste jaar	Tweede jaar	Derde jaar	Vierde jaar	Vijfde jaar	Totaal
Percentages	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Landen	In Miljoenen E.B.U.-Rekeneenheden					
België	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70
Duitsland	20	25	33	45	77	200
Frankrijk	20	25	33	45	77	200
Italië	4	5	6,60	9	15,40	40
Luxemburg	0,125	0,15625	0,20625	0,28125	0,48125	1,25
Nederland	7	8,75	11,55	15,75	26,95	70

Allegato B previsto dall'articolo 3 della Convenzione

	1° anno	2° anno	3° anno	4° anno	5° anno	Totale
Percentuali	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Paesi e territori d'oltremare di	In milioni di unità di conto U.E.P.					
Belgio	3	3,75	4,95	6,75	11,55	30
Francia	51,125	63,906	84,356	115,031	196,832	511,25
Italia	0,5	0,625	0,825	1,125	1,925	5
Paesi Bassi	3,5	4,375	5,775	7,875	13,475	35

Bijlage B bedoeld in artikel 3 van de Overeenkomst

	Eerste jaar	Tweede jaar	Derde jaar	Vierde jaar	Vijfde jaar	Totaal
Percentages	10 %	12,5 %	16,5 %	22,5 %	38,5 %	100 %
Landen en gebieden overzee van	In Miljoenen E.B.U.-Rekeneenheden					
België	3	3,75	4,95	6,75	11,55	30
Frankrijk	51,125	63,906	84,356	115,031	196,832	511,25
Italië	0,5	0,625	0,825	1,125	1,925	5
Nederland	3,5	4,375	5,775	7,875	13,475	35

I. 12

**Protokoll
über das Zollkontingent
für die Einfuhr von Bananen
(ex 08.01 der Brüsseler Nomenklatur)**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Abkommen beigelegt sind:

(1) Mit der in Artikel 23 Absatz (1) Buchstabe b) dieses Vertrags vorgesehenen ersten Annäherung der Außenzölle steht der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ablauf der zweiten Stufe ein Jahreskontingent für die zollfreie Einfuhr in Höhe von 90 v. H. der im Jahre 1956 eingeführten Mengen zu, wobei die Einfuhr aus den in Artikel 131 dieses Vertrags bezeichneten Ländern und Hoheitsgebieten in Abzug gebracht wird.

(2) Nach dem Ende der zweiten Stufe beträgt dieses Kontingent bis zum Ablauf der dritten Stufe 80 v. H. der vorgenannten Menge.

(3) Die in den vorstehenden Absätzen festgelegten Jahreskontingente werden um 50 v. H. der Differenz zwischen den im Laufe des Vorjahres eingeführten Gesamtmengen und den entsprechenden Mengen des Jahres 1956 erhöht.

Verringert sich die Gesamteinfuhr im Verhältnis zum Jahre 1956, so dürfen die oben bestimmten Jahreskontingente während des in Absatz (1) genannten Zeitraums 90 v. H. der Einfuhr des Vorjahres und während des in Absatz (2) genannten Zeitraums 80 v. H. der Einfuhr des Vorjahres nicht übersteigen.

(4) Mit Beginn der vollständigen Anwendung des Gemeinsamen Zolltarifs beträgt das Kontingent 75 v. H. der Einfuhr des Jahres 1956. Dieses Kontingent wird nach Maßgabe des Absatzes (3) Unterabsatz 1 erhöht.

Verringert sich die Einfuhr im Verhältnis zum Jahre 1956, so darf das oben bestimmte Jahreskontingent 75 v. H. der Einfuhr des Vorjahres nicht übersteigen.

Der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission über die Aufhebung oder Änderung dieses Kontingents.

(5) Die Einfuhrmenge des Jahres 1956, abzüglich der Einfuhr aus den in Artikel 131 dieses Vertrags bezeichneten Ländern und Hoheitsgebieten, die gemäß den vorstehenden Bestimmungen als Berechnungsgrundlage der Kontingente dienen soll, beläuft sich auf 290 000 Tonnen.

(6) Sollte es den Ländern und Hoheitsgebieten unmöglich sein, die von der Bundesrepublik Deutschland verlangten Mengen vollständig zu liefern, so sind die beteiligten Mitgliedstaaten bereit, einer entsprechenden Erhöhung des deutschen Zollkontingents zuzustimmen.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 12

**Protocole
concernant le contingent tarifaire
pour les importations de bananes
(ex 08.01 de la Nomenclature de Bruxelles)**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

(1) Dès le premier rapprochement des droits extérieurs prévu à l'article 23 paragraphe (1) b) du Traité et jusqu'à la fin de la deuxième étape, la République fédérale d'Allemagne bénéficie d'un contingent annuel d'importation en franchise de droits égal à 90% des quantités importées en 1956, déduction faite des quantités provenant des pays et territoires visés à l'article 131 du Traité.

(2) Dès la fin de la deuxième étape et jusqu'à l'expiration de la troisième étape, ce contingent est de 80% de la quantité définie ci-dessus.

(3) Les contingents annuels fixés aux paragraphes ci-dessus sont augmentés de 50% de la différence entre, d'une part, les quantités totales importées au cours de l'année précédente et, d'autre part, celles qui ont été importées en 1956.

Dans le cas où les importations totales auraient diminué par rapport à l'année 1956, les contingents annuels prévus ci-dessus ne pourront excéder 90% des importations de l'année précédente dans la période visée au paragraphe premier et 80% des importations de l'année précédente dans la période visée au paragraphe (2).

(4) Dès l'application intégrale du tarif douanier commun, le contingent est de 75% des importations de l'année 1956. Ce contingent est majoré dans les conditions prévues au paragraphe (3) alinéa 1.

Au cas où les importations auraient diminué par rapport à l'année 1956, le contingent annuel prévu ci-dessus ne pourra excéder 75% des importations de l'année précédente.

Sur proposition de la Commission, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, décide de la suppression ou de la modification de ce contingent.

(5) Le montant des importations de l'année 1956, déduction faite des importations en provenance des pays et territoires visés à l'article 131 du Traité qui, au titre des dispositions ci-dessus, doit servir de base au calcul des contingents, est de 290.000 tonnes.

(6) Dans le cas où les pays et territoires se trouveraient dans l'impossibilité de fournir intégralement les quantités demandées par la République fédérale d'Allemagne, les États membres intéressés se déclarent prêts à donner leur accord à une augmentation correspondante du contingent tarifaire allemand.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 12

Protocollo relativo al contingente tariffario
per le importazioni di banane

(Ex 08.01 della Nomenclatura di Bruxelles)

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni, che sono allegata alla Convenzione:

(1) Fin dal momento del primo ravvicinamento dei dazi esterni di cui all'articolo 23, paragrafo 1 b), del Trattato e fino al termine della seconda tappa, la Repubblica federale di Germania beneficia di un contingente annuo di importazione in franchigia doganale pari al 90% dei quantitativi importati nel 1956, dedotti i quantitativi in provenienza dai Paesi e territori di cui all'articolo 131 del Trattato.

(2) Subito dopo la fine della seconda tappa e fino allo scadere della terza tappa, tale contingente è pari all'80% del quantitativo suindicato.

(3) I contingenti annui fissati dai paragrafi precedenti sono aumentati in misura corrispondente al 50% della differenza tra i quantitativi totali importati durante l'anno precedente da una parte, e quelli importati nel 1956 dall'altra.

Qualora il totale delle importazioni fosse diminuito rispetto all'anno 1956, i contingenti annui di cui sopra non potranno essere superiori al 90% delle importazioni dell'anno precedente nel periodo contemplato dal paragrafo 1 e all'80% delle importazioni dell'anno precedente nel periodo contemplato dal paragrafo 2.

(4) Subito dopo l'integrale applicazione della tariffa doganale comune, il contingente è pari al 75% delle importazioni dell'anno 1956. Tale contingente viene maggiorato alle condizioni di cui al paragrafo 3, primo comma.

Qualora le importazioni fossero diminuite rispetto all'anno 1956, il contingente annuo di cui sopra non potrà essere superiore al 75% delle importazioni dell'anno precedente.

Su proposta della Commissione, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata, decide dell'abolizione o della modificazione di tale contingente.

(5) Il totale delle importazioni dell'anno 1956, dopo deduzione delle importazioni provenienti dai Paesi e territori di cui all'articolo 131 del Trattato che, a norma delle disposizioni precedenti, deve servire di base al calcolo dei contingenti, è di 290.000 tonnellate.

(6) Qualora i Paesi e territori si trovassero nell'impossibilità di fornire integralmente i quantitativi richiesti dalla Repubblica federale di Germania, gli Stati membri interessati si dichiarano pronti a consentire un aumento corrispondente del contingente tariffario tedesco.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

I. 12

Protocol betreffende het tariefcontingent
voor de invoer van bananen

(ex 08.01 van de Naamlijst van Brussel)

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan de Overeenkomst zijn gehecht:

(1) Vanaf de eerste aanpassing der buitenrechten bedoeld in artikel 23, lid 1 b) van het Verdrag en tot het einde van de tweede etappe, kan de Bondsrepubliek Duitsland gebruik maken van een jaarlijks invoercontingent, vrij van rechten, ter grootte van 90% van de in 1956 ingevoerde hoeveelheden, verminderd met de hoeveelheden afkomstig uit de in artikel 131 van het Verdrag bedoelde landen en gebieden.

(2) Vanaf het einde van de tweede etappe en tot het einde van de derde etappe bedraagt dit contingent 80% van de hierboven omschreven hoeveelheid.

(3) De in de bovenstaande paragrafen vastgestelde jaarlijkse contingenten worden verhoogd met 50% van het verschil tussen de totale gedurende het voorgaande jaar ingevoerde hoeveelheden enerzijds en de in 1956 ingevoerde hoeveelheden anderzijds.

Ingeval de totale invoer verminderd zou zijn ten opzichte van het jaar 1956, mogen de hierboven bepaalde jaarlijkse contingenten voor de in paragraaf 1 bedoelde periode niet hoger zijn dan 90% van de invoer van het voorgaande jaar en voor de in paragraaf 2 bedoelde periode niet hoger dan 80% van de invoer van het voorgaande jaar.

(4) Zodra het gemeenschappelijke douanetarief in zijn geheel wordt toegepast, bedraagt het contingent 75% van de invoer van het jaar 1956. Dit contingent wordt verhoogd overeenkomstig de bepalingen van de eerste alinea van paragraaf 3.

Ingeval de invoer verminderd zou zijn ten opzichte van het jaar 1956, mag het hierboven bepaalde jaarlijkse contingent 75% van de invoer van het voorgaande jaar niet overschrijden.

Op voorstel van de Commissie besluit de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen inzake afschaffing of wijziging van dit contingent.

(5) De invoer van het jaar 1956, na aftrek van de invoer uit de in artikel 131 van het Verdrag bedoelde landen en gebieden, die overeenkomstig de vorenstaande bepalingen als grondslag moet dienen voor de berekening van de contingenten, bedraagt 290.000 ton.

(6) De betrokken Lid-Staten verklaren zich bereid in te stemmen met een overeenkomstige verhoging van het Duitse tariefcontingent, ingeval de landen en gebieden in de onmogelijkheid zouden verkeren de door de Bondsrepubliek Duitsland verlangde hoeveelheden ten volle te leveren.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Bei Unterzeichnung dieses Protokolls gibt der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland im Namen seiner Regierung folgende Erklärung ab, welche die anderen Bevollmächtigten zur Kenntnis nehmen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Maßnahmen zu unterstützen, die von privater deutscher Seite zur Förderung des Verkaufs von Bananen aus assoziierten überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten innerhalb der Bundesrepublik getroffen werden könnten.

Zu diesem Zweck sind so bald wie möglich Verhandlungen zwischen den Wirtschaftskreisen der einzelnen an der Lieferung und am Absatz von Bananen interessierten Länder einzuleiten.

Au moment de signer ce Protocole, le plénipotentiaire de la République fédérale d'Allemagne a fait, au nom de son gouvernement, la déclaration suivante, dont les autres plénipotentiaires ont pris acte:

La République fédérale d'Allemagne se déclare prête à encourager les mesures qui pourraient être prises par les intérêts privés allemands en vue de favoriser la vente dans la République fédérale des bananes en provenance des pays et territoires associés d'outre-mer.

Dans ce but, des pourparlers devront être entamés aussitôt que possible entre les milieux économiques des différents pays intéressés à la livraison et à l'écoulement des bananes.

I. 13

**Protokoll
über das Zollkontingent
für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee
(ex 09.01 der Brüsseler Nomenklatur)**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die diesem Abkommen beigefügt sind:

A. Für Italien

Während des ersten Zeitraums der Assoziation der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete mit der Gemeinschaft gelten nach der ersten gemäß Artikel 23 dieses Vertrags vorgenommenen Änderung der Zollsätze für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee aus dritten Ländern in das Hoheitsgebiet Italiens die bei Inkrafttreten des Vertrags anwendbaren Zollsätze im Rahmen eines Jahreskontingents in Höhe der Gesamteinfuhr von ungebranntem Kaffee nach Italien aus dritten Ländern im Jahre 1956.

Von dem sechsten Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags an wird bis zum Ende der zweiten Stufe das im vorstehenden Absatz vorgesehene Anfangskontingent um 20 v. H. herabgesetzt.

Mit Beginn der dritten Stufe wird das Kontingent für die Dauer derselben auf 50 v. H. des Anfangskontingents festgesetzt.

Nach Ablauf der Übergangszeit kann für einen Zeitraum von vier Jahren die Einfuhr von ungebranntem Kaffee nach Italien weiterhin bis zu 20 v. H. des Anfangskontingents zu den bei Inkrafttreten dieses Vertrags dort anwendbaren Zollsätzen erfolgen.

Die Kommission prüft, ob der in vorstehendem Absatz vorgesehene Hundertsatz und die dort bezeichnete Frist gerechtfertigt sind.

Für die außerhalb der oben vorgesehenen Kontingente eingeführten Mengen gelten die Bestimmungen dieses Vertrags.

B. Für die Beneluxländer

Mit Beginn der zweiten Stufe und für ihre Dauer kann ungebrannter Kaffee aus dritten Ländern in die Hoheitsgebiete der Beneluxländer bis zu 85 v. H. der Gesamtmenge, die im letzten mit statistischen Unterlagen belegten Jahr eingeführt wurde, weiterhin zollfrei eingeführt werden.

I. 13

**Protocole
concernant le contingent tarifaire
pour les importations de café vert
(ex 09.01 de la Nomenclature de Bruxelles)**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

A. En ce qui concerne l'Italie

Pendant la première période d'association des pays et territoires d'outre-mer à la Communauté et après la première modification des droits de douane opérée en conformité avec l'article 23 du Traité, les importations de café vert en provenance de pays tiers, dans le territoire de l'Italie, sont soumises aux droits de douane applicables lors de l'entrée en vigueur du Traité dans la limite d'un contingent annuel égal aux importations totales de café vert effectuées en Italie en provenance de pays tiers au cours de l'année 1956.

A partir de la sixième année après l'entrée en vigueur du Traité et jusqu'à l'expiration de la deuxième étape, le contingent initial prévu à l'alinéa précédent est réduit de 20%.

Dès le début de la troisième étape, et pour la durée de celle-ci, le contingent est fixé à 50% du contingent initial.

A l'issue de la période de transition et pour une période de quatre ans, les importations de café vert en Italie peuvent continuer à bénéficier des droits de douane applicables dans ce pays lors de l'entrée en vigueur du Traité à concurrence de 20% du contingent initial.

La Commission examine si le pourcentage et le délai prévus à l'alinéa précédent sont justifiés.

Les dispositions du Traité sont applicables aux quantités importées en dehors des contingents prévus ci-dessus.

B. En ce qui concerne les pays du Benelux

Dès le début de la deuxième étape, et pour la durée de celle-ci, les importations de café vert en provenance de pays tiers dans les territoires des pays du Benelux peuvent continuer à être effectuées en franchise de droits de douane à concurrence d'un tonnage égal à 85% de la quantité totale de café vert importée au cours de la dernière année pour laquelle les statistiques sont disponibles.

Al momento di firmare il presente Protocollo, il plenipotenziario della Repubblica federale di Germania ha fatto, a nome del suo governo, la seguente dichiarazione, di cui gli altri plenipotenziari hanno preso atto:

La Repubblica federale di Germania si dichiara pronto a incoraggiare le misure che potrebbero essere adottate da parte degli interessi privati tedeschi per favorire la vendita nella Repubblica federale delle banane provenienti dai Paesi e territori associati d'oltremare.

A tal fine dovranno iniziarsi non appena possibile colloqui tra i circoli economici dei vari Paesi interessati alle forniture e allo smercio delle banane.

I. 13

Protocollo relativo al contingente tariffario per le importazioni di Caffè verde

(Ex 09.01 della Nomenclatura di Bruxelles)

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti, che sono allegate alla Convenzione:

A. Per quanto riguarda l'Italia

Durante il primo periodo di associazione dei Paesi e territori d'oltremare alla Comunità e dopo la prima modificazione dei dazi doganali operata in conformità dell'articolo 23 del Trattato, le importazioni di caffè verde provenienti da Paesi terzi in territorio italiano sono sottoposte ai dazi doganali applicabili al momento dell'entrata in vigore del Trattato, nei limiti di un contingente annuo pari al totale delle importazioni di caffè verde effettuate in Italia in provenienza da Paesi terzi durante l'anno 1956.

A decorrere dal sesto anno successivo all'entrata in vigore del Trattato e fino allo scadere della seconda tappa, il contingente iniziale previsto dal comma precedente è ridotto del 20%.

Fin dall'inizio della terza tappa, e per la durata di quest'ultima, il contingente è fissato in misura pari al 50% del contingente iniziale.

Al termine del periodo transitorio e per un periodo di quattro anni, le importazioni di caffè verde in Italia potranno continuare a beneficiare dei dazi doganali applicabili in tale Paese al momento dell'entrata in vigore del Trattato fino a concorrenza del 20% del contingente iniziale.

La Commissione esamina se la percentuale e il termine previsti dal comma precedente siano giustificati.

Le disposizioni del Trattato sono applicabili ai quantitativi importati a prescindere dai contingenti previsti più sopra.

B. Per quanto riguarda i Paesi del Benelux

Fin dall'inizio della seconda tappa e per la durata di quest'ultima, le importazioni di caffè verde in provenienza da Paesi terzi nei territori dei Paesi del Benelux potranno continuare a effettuarsi in franchigia doganale, fino a concorrenza di un tonnellaggio pari all'85% del quantitativo totale di caffè verde importato nel corso dell'ultimo anno per il quale siano disponibili le statistiche.

Op het ogenblik van de ondertekening van dit Protocol heeft de gevolmachtigde van de Bondsrepubliek Duitsland namens zijn Regering de volgende verklaring afgelegd, waarvan de andere gevolmachtigden hebben kennis genomen:

De Bondsrepubliek Duitsland verklaart zich bereid de maatregelen aan te moedigen die van Duitse particuliere zijde zouden kunnen worden genomen, ten einde de verkoop in de Bondsrepubliek van bananen uit de geassocieerde landen en gebieden overzee te begunstigen.

Te dien einde worden tussen de economische kringen der verschillende landen die bij de levering en de afzet van bananen betrokken zijn, zo spoedig mogelijk besprekingen gehouden.

I. 13

Protocol betreffende het tariefcontingent voor de invoer van ongebrande koffie

(ex 09.01 van de Naamlijst van Brussel)

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan de Overeenkomst zijn gehecht:

A. Betreffende Italië

Gedurende de eerste periode van associatie van de landen en gebieden overzee met de Gemeenschap en nadat de eerste wijziging van de douanerechten overeenkomstig artikel 23 van het Verdrag tot stand is gekomen, wordt, tot ten hoogste voor een jaarlijks contingent ter grootte van de totale invoer in Italië van ongebrande koffie uit derde landen gedurende het jaar 1956, de invoer in het grondgebied van Italië van ongebrande koffie uit derde landen onderworpen aan de bij de inwerkingtreding van het Verdrag toepasselijke invoerrechten.

Vanaf het zesde jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag en tot het einde van de tweede etappe wordt het oorspronkelijke contingent, in de voorgaande alinea bedoeld, met 20% verminderd.

Bij de aanvang van de derde etappe wordt voor de duur daarvan het contingent vastgesteld op 50% van het oorspronkelijk contingent.

Aan het einde van de overgangperiode kunnen voor een periode van vier jaar voor de invoer van ongebrande koffie in Italië de invoerrechten blijven gelden die van toepassing waren in dat land bij de inwerkingtreding van het Verdrag, ten belope van 20% van het oorspronkelijke contingent.

De Commissie onderzoekt of het percentage en de termijn gesteld in de vorige alinea verantwoord zijn.

De bepalingen van het Verdrag zijn van toepassing op de hoeveelheden welke boven vorenbedoelde contingenten worden ingevoerd.

B. Betreffende de Benelux-landen

Bij de aanvang van de tweede etappe kan voor de duur daarvan de invoer in de Benelux-landen van ongebrande koffie uit derde landen vrijgesteld blijven van de heffing van invoerrechten voor een tonnage ten belope van 85% van de totale hoeveelheid ongebrande koffie, ingevoerd gedurende het laatste jaar waarover statistische gegevens beschikbaar zijn.

Mit Beginn der dritten Stufe und für ihre Dauer wird die im vorstehenden Absatz bezeichnete Menge auf 50 v. H. der Gesamteinfuhr von ungebranntem Kaffee im letzten mit statistischen Unterlagen belegten Jahr herabgesetzt.

Für die außerhalb der oben vorgesehenen Kontingente eingeführten Mengen gelten die Bestimmungen dieses Vertrags.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Dès le début de la troisième étape, et pour la durée de celle-ci, les importations en franchise de droits de douane prévues à l'alinéa précédent sont ramenées à 50% du tonnage total des importations de café vert effectuées au cours de la dernière année pour laquelle les statistiques sont disponibles.

Les dispositions du Traité sont applicables aux quantités importées en dehors des contingents prévus ci-dessus.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Fin dall'inizio della terza tappa e per la durata di quest'ultima, le importazioni in franchigia doganale previste dal comma precedente sono riportate al 50% del tonnellaggio totale delle importazioni di caffè verde effettuate durante l'ultimo anno per il quale siano disponibili le statistiche.

Le disposizioni del Trattato sono applicabili ai quantitativi importati a prescindere dai contingenti previsti più sopra.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Bij de aanvang van de derde etappe wordt voor de duur daarvan de hoeveelheid die overeenkomstig de voorgaande alinea vrijgesteld is van de heffing van invoerrechten, teruggebracht tot 50% van de totale hoeveelheid ongebrande koffie, ingevoerd gedurende het laatste jaar waarover statistische gegevens beschikbaar zijn.

De bepalingen van het Verdrag zijn van toepassing op die hoeveelheden welke boven vorenbedoelde contingents worden ingevoerd.

GEDAAN te Rome, de vijftiwintigste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

II. 1

**Vertrag zur Gründung
der Europäischen Atomgemeinschaft
(EURATOM)**

Inhaltsverzeichnis

	Seite ¹⁾
Präambel	1018
Erster Titel: Aufgaben der Gemeinschaft	1020
Zweiter Titel: Förderung des Fortschritts auf dem Gebiet der Kernenergie	1022
Kapitel I : Förderung der Forschung	1022
Kapitel II : Verbreitung der Kenntnisse	1026
Kapitel III : Der Gesundheitsschutz	1040
Kapitel IV : Investitionen	1044
Kapitel V : Gemeinsame Unternehmen	1046
Kapitel VI : Versorgung	1050
Kapitel VII : Überwachung der Sicherheit	1062
Kapitel VIII: Das Eigentum	1068
Kapitel IX : Der Gemeinsame Markt auf dem Kerngebiet	1070
Kapitel X : Außenbeziehungen	1074
Dritter Titel: Vorschriften über die Organe	1078
Kapitel I : Die Organe der Gemeinschaft	1078
Kapitel II : Gemeinsame Vorschriften für mehrere Organe	1096
Kapitel III : Der Wirtschafts- und Sozial- ausschuß	1098
Vierter Titel: Finanzvorschriften	1100
Fünfter Titel: Allgemeine Bestimmungen	1112
Sechster Titel: Vorschriften über die Anlaufzeit	1122
Schlußbestimmungen	1128

II. 1

**Traité instituant
la Communauté Européenne de l'Énergie
Atomique (Euratom)**

Sommaire

Préambule	
Titre premier: Missions de la Communauté	
Titre deuxième: Dispositions favorisant le progrès dans le domaine de l'énergie nucléaire	
Chapitre I: Le développement de la recherche	
Chapitre II: La diffusion des connaissances	
Chapitre III: La protection sanitaire	
Chapitre IV: Les investissements	
Chapitre V: Les entreprises communes	
Chapitre VI: L'approvisionnement	
Chapitre VII: Le contrôle de sécurité	
Chapitre VIII: Le régime de propriété	
Chapitre IX: Le marché commun nucléaire	
Chapitre X: Les relations extérieures	
Titre troisième: Dispositions institutionnelles	
Chapitre I: Les institutions de la Communauté	
Chapitre II: Dispositions communes à plusieurs institutions	
Chapitre III: Le Comité économique et social	
Titre quatrième: Dispositions financières	
Titre cinquième: Dispositions générales	
Titre sixième: Dispositions relatives à la période initiale	
Dispositions finales	

¹⁾ Die Seitenzahlen sind nicht Bestandteil dieses Vertrags

II. 1

**Trattato che istituisce la
Comunità Europea dell'Energia Atomica
(EURATOM)**

Sommario

Preambolo

Titolo primo:	Compiti della Comunità
Titolo secondo:	Disposizioni intese a favorire il progresso nel campo dell'energia nucleare:
Capo I:	Sviluppo delle ricerche
Capo II:	Diffusione delle cognizioni
Capo III:	Protezione sanitaria
Capo IV:	Investimenti
Capo V:	Imprese comuni
Capo VI:	Approvvigionamento
Capo VII:	Controllo di sicurezza
Capo VIII:	Regime della proprietà
Capo IX:	Mercato comune nucleare
Capo X:	Relazioni con l'esterno
Titolo terzo:	Disposizioni istituzionali:
Capo I:	Le istituzioni della Comunità
Capo II:	Disposizioni comuni a più istituzioni
Capo III:	Il Comitato economico e sociale
Titolo quarto:	Disposizioni finanziarie
Titolo quinto:	Disposizioni generali
Titolo sesto:	Disposizioni relative al periodo iniziale
Disposizioni finali	

II. 1

**Verdrag tot oprichting van de Europese
Gemeenschap voor Atoomenergie
(EURATOM)**

Inhoud

Preambule

Eerste titel:	Taken van de Gemeenschap
Tweede titel:	Bepalingen ter Bevordering van de vooruitgang op het gebied van de kernenergie:
Hoofdstuk I:	Ontwikkeling van het onderzoek
Hoofdstuk II:	Verspreiding van kennis
Hoofdstuk III:	Bescherming van de gezondheid
Hoofdstuk IV:	Investerings
Hoofdstuk V:	Gemeenschappelijke Ondernemingen
Hoofdstuk VI:	Voorziening
Hoofdstuk VII:	Veiligheidscontrole
Hoofdstuk VIII:	Regeling van het eigendomsrecht
Hoofdstuk IX:	De gemeenschappelijke markt op het gebied van de kernenergie
Hoofdstuk X:	Betrekkingen met derden
Derde titel:	Bepalingen inzake de instellingen:
Hoofdstuk I:	De instellingen van de Gemeenschap
Hoofdstuk II:	Bepalingen welke verscheidene instellingen gemeen hebben
Hoofdstuk III:	Het Economisch en Sociaal Comité
Vierde titel:	Financiële bepalingen
Vijfde titel:	Algemene bepalingen
Zesde titel:	Bepalingen met betrekking tot de Beginperiode
Slotbepalingen	

	Seite ¹⁾		
Anhänge		Annexes	
Anhang I : Forschungsgebiet betreffend die Kernenergie gemäß Artikel 4 dieses Vertrags	1130	Annexe I: Domaine des recherches concernant l'énergie nucléaire visé à l'article 4 du Traité	
Anhang II : Industriezweige, auf die in Artikel 41 dieses Vertrags Bezug genommen ist	1136	Annexe II: Secteurs industriels visés à l'article 41 du Traité	
Anhang III: Vergünstigungen, die den gemeinsamen Unternehmen nach Artikel 48 dieses Vertrags gewährt werden können	1136	Annexe III: Avantages susceptibles d'être octroyés aux Entreprises communes au titre de l'article 48 du Traité	
Anhang IV: Listen der Güter und Erzeugnisse, die den Bestimmungen des Kapitels IX über den Gemeinsamen Markt auf dem Kerngebiet unterliegen	1138	Annexe IV: Listes des biens et produits relevant des dispositions du chapitre IX relatif au marché commun nucléaire	
Anhang V : Erstes Forschungs- und Ausbildungsprogramm gemäß Artikel 215 dieses Vertrags	1146	Annexe V: Programme initial de recherches et d'enseignement visé à l'article 214 du Traité	
Aufgliederung der zur Durchführung des Forschungs- und Ausbildungsprogramms erforderlichen Ausgaben nach großen Posten	1150	Décomposition par grands postes des dépenses nécessaires à l'exécution du programme de recherches et d'enseignement	

¹⁾ Die Seitenzahlen sind nicht Bestandteil dieses Vertrags.

Allegati		Bijlagen	
Allegato I.	Campo di ricerche concernenti l'energia nucleare in relazione all'articolo 4 del Trattato	Bijlage I.	— Gebied van onderzoek betreffende de kernenergie bedoeld in artikel 4 van het Verdrag
Allegato II.	Settori industriali di cui all'articolo 41 del Trattato	Bijlage II.	— Takken van industrie bedoeld in artikel 41 van het Verdrag
Allegato III.	Vantaggi che possono essere accordati alle imprese comuni a norma dell'articolo 48 del Trattato	Bijlage III.	— Gunsten welke op grond van artikel 48 van het Verdrag kunnen worden toegekend aan Gemeenschappelijke Ondernemingen
Allegato IV.	Elenco dei beni e prodotti di cui alle disposizioni del capo IX relativo al mercato comune nucleare	Bijlage IV.	— Lijsten van goederen en produkten die vallen onder de bepalingen van hoofdstuk IX met betrekking tot de gemeenschappelijke markt op het gebied van de kernenergie
Allegato V.	Programma iniziale di ricerche e d'insegnamento di cui all'articolo 214 del Trattato	Bijlage V.	— Eerste programma voor onderzoek en onderwijs bedoeld in artikel 215 van het Verdrag
	Ripartizione per grandi rubriche delle spese necessarie all'esecuzione del programma di ricerche e d'insegnamento		Samenstelling volgens grote stelposten van de uitgaven die nodig zijn voor de uitvoering van het onderzoek- en onderwijsprogramma

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER, DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE —

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt,

IN DER UBERZEUGUNG, daß nur ein gemeinsames Vorgehen, ohne Verzug unternommen, Aussicht bietet, die Leistungen zu verwirklichen, die der schöpferischen Kraft ihrer Länder entsprechen,

ENTSCHLOSSEN, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt,

IN DEM BESTREBEN, die Sicherheiten zu schaffen, die erforderlich sind, um alle Gefahren für das Leben und die Gesundheit ihrer Völker auszuschließen,

IN DEM WUNSCH, andere Länder an ihrem Werk zu beteiligen und mit den zwischenstaatlichen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, die sich mit der friedlichen Entwicklung der Kernenergie befassen —

HABEN BESCHLOSSEN, eine Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) zu gründen; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Herrn Paul-Henri Spaak, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler,

Herrn Professor Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär des Auswärtigen Amts;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Christian Pineau, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Maurice Faure, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn Antonio Segni, Ministerpräsident,

Herrn Professor Gaetano Martino, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Joseph Bech, Staatsminister, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Lambert Schaus, Botschafter, Leiter der luxemburgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEMBOURG, SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS —

CONSCIENTS que l'énergie nucléaire constitue la ressource essentielle qui assurera le développement et le renouvellement des productions et permettra le progrès des œuvres de paix,

CONVAINCUS que seul un effort commun entrepris sans retard promet des réalisations à la mesure de la capacité créatrice de leurs pays,

RÉSOLUS à créer les conditions de développement d'une puissante industrie nucléaire, source de vastes disponibilités d'énergie et d'une modernisation des techniques, ainsi que de multiples autres applications contribuant au bien-être de leurs peuples,

SOUICIEUX d'établir les conditions de sécurité qui écartent les périls pour la vie et la santé des populations,

DÉSIREUX d'associer d'autres pays à leur œuvre et de coopérer avec les organisations internationales attachées au développement pacifique de l'énergie atomique —

ONT DÉCIDÉ de créer une Communauté Européenne de l'Énergie Atomique (EURATOM) et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

M. Paul-Henri Spaak, Ministre des Affaires Étrangères;

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire Général du Ministère des Affaires Économiques. Président de la délégation belge auprès de la Conférence Intergouvernementale;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Docteur Konrad Adenauer, Chancelier fédéral;

M. le Professeur Docteur Walter Hallstein, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères;

Le Président de la République Française:

M. Christian Pineau, Ministre des Affaires Étrangères;

M. Maurice Faure, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères;

Le Président de la République Italienne:

M. Antonio Segni, Président du Conseil des Ministres

M. le Professeur Gaetano Martino, Ministre des Affaires Étrangères;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Joseph Bech, Président du Gouvernement, Ministre des Affaires Étrangères;

M. Lambert Schaus, Ambassadeur, Président de la délégation luxembourgeoise auprès de la Conférence Intergouvernementale;

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA, SUA ALTEZZA REALE LA GRANDUCHESSA DEL LUSSEMBURGO, SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

COSCIENTI che l'energia nucleare costituisce la risorsa essenziale che assicurerà lo sviluppo e il rinnovo delle produzioni e permetterà il progresso delle opere di pace,

CONVINTI che soltanto da uno sforzo comune intrapreso senza indugio è possibile ripromettersi realizzazioni commisurate alla capacità creativa dei loro Paesi.

RISOLUTI a creare le premesse per lo sviluppo di una potente industria nucleare, fonte di vaste disponibilità di energia e di un ammodernamento delle tecniche, e così pure di altre e molteplici applicazioni che contribuiscono al benessere dei loro popoli,

SOLLECITI d'instaurare condizioni di sicurezza che allontanino i pericoli per la vita e la salute delle popolazioni.

DESIDEROSI di associare altri Paesi alla loro opera e di cooperare con le organizzazioni internazionali interessate allo sviluppo pacifico dell'energia atomica,

HANNO DECISO di creare una Comunità Europea dell'Energia Atomica (EURATOM) e hanno designato a tal fine come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

S. E. Paul-Henri Spaak, Ministro degli Affari esteri;

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario generale del Ministero degli Affari economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa;

Il Presidente della Repubblica federale di Germania:
S. E. Konrad Adenauer, Cancelliere federale;
S. E. Walter Hallstein, Segretario di Stato agli Affari esteri;

Il Presidente della Repubblica Francese:
S. E. Christian Pineau, Ministro degli Affari esteri;

S. E. Maurice Faure, Segretario di Stato agli Affari esteri;

Il Presidente della Repubblica Italiana:
S. E. Antonio Segni, Presidente del Consiglio dei Ministri;
S. E. Gaetano Martino, Ministro degli Affari esteri;

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo:

S. E. Joseph Bech, Presidente del Governo, Ministro degli Affari esteri;

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa;

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN, DE PRESIDENT VAN DE BONDSREPUBLIC DUITSLAND, DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK, DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK, HARE KONINKLIJKE HOOGHEID DE GROOTHERTOGIN VAN LUXEMBURG, HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

BESEFFENDE, dat de kernenergie de voornaamste hulpbron vormt welke de ontwikkeling en de vernieuwing van de produktie zal verzekeren en de vooruitgang van de werken des vredes mogelijk zal maken,

OVERTUIGD, dat alleen een onverwijld gemeenschappelijke inspanning de belofte inhoudt van een verwezenlijking die beantwoordt aan het scheppingsvermogen van hun landen,

VASTBESLOTEN, de voorwaarden te scheppen tot ontwikkeling van een krachtige industrie op het gebied van de kernenergie als bron van ruime energievoorraden en van een modernisering der techniek, alsook van talrijke andere toepassingen welke zullen bijdragen tot het welzijn van hun volkeren,

VERLANGENDE, veiligheidsvoorwaarden te scheppen, waardoor de gevaren voor het leven en de gezondheid van de bevolking worden afgewend,

GELEID DOOR DE WENS, andere landen te betrekken in hun streven en samen te werken met de internationale organisaties die zich toelagen op de vreedzame ontwikkeling van de atoomenergie,

HEBBEN BESLOTEN een Europese Gemeenschap voor Atoomenergie (EURATOM) op te richten en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

de Heer Paul-Henri Spaak, Minister van Buitenlandse Zaken;

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van de Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie.

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Dr. Konrad Adenauer, Bondskanselier;
Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken.

De President van de Franse Republiek:

de Heer Christian Pineau, Minister van Buitenlandse Zaken;
de Heer Maurice Faure, Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken.

De President van de Italiaanse Republiek:

de Heer Antonio Segni, Voorzitter van de Raad van Ministers;
Prof. Gaetano Martino, Minister van Buitenlandse Zaken.

Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg:

de Heer Joseph Bech, Minister-President, Minister van Buitenlandse Zaken;

de Heer Lambert Schaus, Ambassadeur, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie.

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:
Herrn Joseph Luns, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,
Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der niederländischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

DIESE SIND nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt UBERINGEKOMMEN:

ERSTER TITEL

Aufgaben der Gemeinschaft

Artikel 1

Durch diesen Vertrag gründen die Hohen Vertragsparteien untereinander eine EUROPÄISCHE ATOMGEMEINSCHAFT (EURATOM).

Aufgabe der Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.

Artikel 2

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe hat die Gemeinschaft nach Maßgabe des Vertrags

- a) die Forschung zu entwickeln und die Verbreitung der technischen Kenntnisse sicherzustellen;
- b) einheitliche Sicherheitsnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte aufzustellen und für ihre Anwendung zu sorgen;
- c) die Investitionen zu erleichtern und, insbesondere durch Förderung der Initiative der Unternehmen, die Schaffung der wesentlichen Anlagen sicherzustellen, die für die Entwicklung der Kernenergie in der Gemeinschaft notwendig sind;
- d) für regelmäßige und gerechte Versorgung aller Benutzer der Gemeinschaft mit Erzen und Kernbrennstoffen Sorge zu tragen;
- e) durch geeignete Überwachung zu gewährleisten, daß die Kernstoffe nicht anderen als den vorgesehenen Zwecken zugeführt werden;
- f) das ihr zuerkannte Eigentumsrecht an besonderen spaltbaren Stoffen auszuüben;
- g) ausgedehnte Absatzmärkte und den Zugang zu den besten technischen Mitteln sicherzustellen, und zwar durch die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes für die besonderen auf dem Kerngebiet verwendeten Stoffe und Ausrüstungen, durch den freien Kapitalverkehr für Investitionen auf dem Kerngebiet und durch die Freiheit der Beschäftigung für die Fachkräfte innerhalb der Gemeinschaft;
- h) zu den anderen Ländern und den zwischenstaatlichen Einrichtungen alle Verbindungen herzustellen, die geeignet sind, den Fortschritt bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu fördern.

Artikel 3

(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- eine Versammlung,
- einen Rat,
- eine Kommission,
- einen Gerichtshof.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:
M. Joseph Luns, Ministre des Affaires Étrangères;

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation néerlandaise auprès de la Conférence Intergouvernementale;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,
SONT CONVENUS des dispositions qui suivent.

TITRE PREMIER

Missions de la Communauté

Article 1

Par le présent Traité, les Hautes Parties Contractantes instituent entre Elles une COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE DE L'ÉNERGIE ATOMIQUE (EURATOM).

La Communauté a pour mission de contribuer, par l'établissement des conditions nécessaires à la formation et à la croissance rapides des industries nucléaires, à l'élévation du niveau de vie dans les États membres et au développement des échanges avec les autres pays.

Article 2

Pour l'accomplissement de sa mission la Communauté doit, dans les conditions prévues au présent Traité:

- a) développer la recherche et assurer la diffusion des connaissances techniques,
- b) établir des normes de sécurité uniformes pour la protection sanitaire de la population et des travailleurs, et veiller à leur application,
- c) faciliter les investissements et assurer, notamment en encourageant les initiatives des entreprises, la réalisation des installations fondamentales nécessaires au développement de l'énergie nucléaire dans la Communauté,
- d) veiller à l'approvisionnement régulier et équitable de tous les utilisateurs de la Communauté en minerais et combustibles nucléaires,
- e) garantir, par les contrôles appropriés, que les matières nucléaires ne sont pas détournées à d'autres fins que celles auxquelles elles sont destinées,
- f) exercer le droit de propriété qui lui est reconnu sur les matières fissiles spéciales,
- g) assurer de larges débouchés et l'accès aux meilleurs moyens techniques, par la création d'un marché commun des matériels et équipements spécialisés, par la libre circulation des capitaux pour les investissements nucléaires, et par la liberté d'emploi des spécialistes à l'intérieur de la Communauté,
- h) instituer avec les autres pays et avec les organisations internationales toutes liaisons susceptibles de promouvoir le progrès dans l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire.

Article 3

(1) La réalisation des tâches confiées à la Communauté est assurée par

- une Assemblée
- un Conseil
- une Commission
- une Cour de Justice.

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:
S. E. Joseph Luns, Ministro degli Affari esteri:

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa:

I QUALI, dopo avere scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma, HANNO CONVENUTO le disposizioni che seguono:

TITOLO PRIMO

Compiti della Comunità

Articolo 1

Con il presente Trattato, le Alte Parti Contraenti istituiscono tra Loro una COMUNITÀ EUROPEA DELL'ENERGIA ATOMICA (EURATOM).

La Comunità ha il compito di contribuire, creando le premesse necessarie per la formazione e il rapido incremento delle industrie nucleari, all'elevazione del tenore di vita negli Stati membri e allo sviluppo degli scambi con gli altri Paesi.

Articolo 2

Per l'assolvimento dei suoi compiti, la Comunità deve, alle condizioni previste dal presente Trattato:

- a) sviluppare le ricerche e assicurare la diffusione delle cognizioni tecniche,
- b) stabilire norme di sicurezza uniformi per la protezione sanitaria della popolazione e dei lavoratori, e vigilare sulla loro applicazione,
- c) agevolare gli investimenti, ed assicurare, particolarmente incoraggiando le iniziative delle imprese, la realizzazione degli impianti fondamentali necessari allo sviluppo dell'energia nucleare nella Comunità,
- d) curare il regolare ed equo approvvigionamento di tutti gli utilizzatori della Comunità in minerali e combustibili nucleari,
- e) garantire, mediante adeguati controlli, che le materie nucleari non vengano distolte dalle finalità cui sono destinate,
- f) esercitare il diritto di proprietà che le è riconosciuto sulle materie fissili speciali,
- g) assicurare ampi sbocchi e l'accesso ai migliori mezzi tecnici, mediante la creazione di un mercato comune dei materiali e delle attrezzature speciali, la libera circolazione dei capitali per gli investimenti nucleari e la libertà d'impiego degli specialisti all'interno della Comunità,
- h) stabilire con gli altri Paesi e con le organizzazioni internazionali tutti i collegamenti idonei a promuovere il progresso nell'utilizzazione pacifica dell'energia nucleare.

Articolo 3

(1) L'esecuzione dei compiti affidati alla Comunità è assicurata da:

- un Assemblée;
- un Consiglio;
- una Commissione;
- una Corte di Giustizia.

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
de Heer Joseph Luns, Minister van Buitenlandse Zaken;

de Heer J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

DIE na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

EERSTE TITEL

Taken van de Gemeenschap

Artikel 1

De Hoge Verdragsluitende Partijen richten bij dit Verdrag tezamen een EUROPESE GEMEENSCHAP VOOR ATOOMENERGIE (EURATOM) op.

De Gemeenschap heeft tot taak, door het scheppen van de voorwaarden noodzakelijk voor de snelle totstandkoming en groei van de industrie op het gebied van de kernenergie, bij te dragen tot de verhoging van de levensstandaard in de Lid-Staten en de ontwikkeling van de betrekkingen met andere landen.

Artikel 2

Voor de vervulling van haar taak moet de Gemeenschap onder de in dit Verdrag bepaalde voorwaarden:

- a) het onderzoek ontwikkelen en zorgen voor de verspreiding van technische kennis,
- b) uniforme veiligheidsnormen vaststellen voor de gezondheidsbescherming van de bevolking en de werknemers en ervoor waken dat deze worden toegepast,
- c) de investeringen vergemakkelijken en, met name door aanmoediging van het initiatief van de ondernemingen, zorgen voor de verwezenlijking van de fundamentele installaties die noodzakelijk zijn voor de ontwikkeling van de kernenergie in de Gemeenschap,
- d) waken voor een regelmatige en billijke erts- en splijtstofvoorziening van alle gebruikers in de Gemeenschap,
- e) door passende controle waarborgen, dat de kernmaterialen niet voor andere doeleinden worden aangewend dan waarvoor zij bestemd zijn.
- f) het eigendomsrecht uitoefenen dat haar wordt toegekend op de bijzondere splijtstoffen,
- g) zorgen voor ruime afzetmogelijkheden en voor de beschikking over de beste technische middelen door het instellen van een gemeenschappelijke markt voor speciale goederen en uitrusting, door het vrije kapitaalverkeer voor investeringen op het gebied van de kernenergie en door vrije werkgelegenheid voor specialisten binnen de Gemeenschap,
- h) met andere landen en met internationale organisaties alle betrekkingen tot stand brengen, welke de vooruitgang in het vreedzame gebruik van de kernenergie kunnen bevorderen.

Artikel 3

(1) De vervulling van de aan de Gemeenschap opgedragen taken wordt verzekerd door

- een Vergadering,
- een Raad,
- een Commissie,
- een Hof van Justitie.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.

(2) Der Rat und die Kommission werden von einem Wirtschafts- und Sozialausschuß mit beratender Aufgabe unterstützt.

ZWEITER TITEL

Die Förderung des Fortschritts auf dem Gebiet der Kernenergie

KAPITEL I

Förderung der Forschung

Artikel 4

(1) Die Kommission hat die Kernforschung in den Mitgliedstaaten zu fördern und zu erleichtern und zu ihrer Ergänzung das Forschungs- und Ausbildungsprogramm der Gemeinschaft durchzuführen.

(2) Die Kommission übt diese Tätigkeit auf den Gebieten aus, die in der diesem Vertrag als Anhang I beigefügten Liste bezeichnet sind.

Diese Liste kann vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission geändert werden. Die Kommission hört den in Artikel 134 vorgesehenen Ausschuß für Wissenschaft und Technik an.

Artikel 5

Um die Koordinierung der in den Mitgliedstaaten betriebenen Forschung zu fördern und sie zu ergänzen, fordert die Kommission die Mitgliedstaaten sowie Personen oder Unternehmen auf, ihr die in dieser Aufforderung bezeichneten Forschungsprogramme zu übermitteln. Sie tut dies entweder durch an bestimmte Empfänger gerichtete und ihrer Regierung mitgeteilte Anfragen oder durch allgemeine Bekanntmachung.

Nachdem die Kommission den Beteiligten jede Möglichkeit zur Äußerung gegeben hat, kann sie zu jedem ihr übermittelten Forschungsprogramm eine mit Gründen versehene Stellungnahme abgeben. Sie muß dies tun, wenn der Staat oder die Person oder das Unternehmen, die ein Forschungsprogramm übermitteln haben, es beantragen.

Durch diese Stellungnahmen rät die Kommission von überflüssiger Doppelarbeit ab und weist die Forschung auf noch unzureichend bearbeitete Gebiete hin. Die Kommission darf die Programme nur mit Zustimmung der Staaten, Personen oder Unternehmen veröffentlichen, die sie übermitteln haben.

Die Kommission veröffentlicht in regelmäßigen Abständen eine Liste der Kernforschungsgebiete, die nach ihrer Auffassung noch unzureichend bearbeitet sind.

Die Kommission kann die Vertreter öffentlicher und privater Forschungszentren sowie alle Sachverständigen, die auf demselben oder einem verwandten Gebiet Forschungsarbeit leisten, zu Tagungen einladen, die der gegenseitigen Beratung und Unterrichtung dienen.

Artikel 6

Um die Durchführung der ihr übermittelten Forschungsprogramme zu fördern, kann die Kommission

- a) im Rahmen von Forschungsverträgen finanzielle Hilfen gewähren, wobei jedoch Subventionen ausgeschlossen sind,

Chaque institution agit dans les limites des attributions qui lui sont conférées par le présent Traité.

(2) Le Conseil et la Commission sont assistés d'un Comité économique et social exerçant des fonctions consultatives.

TITRE DEUXIÈME

Dispositions favorisant le progrès dans le domaine de l'énergie nucléaire

CHAPITRE I

Le développement de la recherche

Article 4

(1) La Commission est chargée de promouvoir et de faciliter les recherches nucléaires dans les États membres, et de les compléter par l'exécution du programme de recherches et d'enseignement de la Communauté.

(2) En cette matière, l'action de la Commission s'exerce dans le domaine défini par la liste constituant l'Annexe I du présent Traité.

Cette liste peut être modifiée par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission. Celle-ci consulte le Comité scientifique et technique prévu à l'article 134.

Article 5

Afin de promouvoir la coordination des recherches entreprises dans les États membres et de pouvoir les compléter, la Commission invite, soit par une demande spéciale adressée à un destinataire déterminé et communiquée à l'État membre dont il relève, soit par une demande générale rendue publique, les États membres, personnes ou entreprises à lui communiquer leurs programmes relatifs aux recherches qu'elle définit dans sa demande.

La Commission peut, après avoir donné aux intéressés toutes facilités pour présenter leurs observations, formuler un avis motivé sur chacun des programmes dont elle reçoit communication. Sur demande de l'État, de la personne ou de l'entreprise qui a communiqué le programme, la Commission est tenue de formuler un tel avis.

Par ces avis la Commission déconseille les doubles emplois inutiles et oriente les recherches vers les secteurs insuffisamment étudiés. La Commission ne peut publier les programmes sans l'accord des États, personnes ou entreprises qui les ont communiqués.

La Commission publie périodiquement une liste des secteurs de la recherche nucléaire qu'elle estime insuffisamment étudiés.

La Commission peut réunir, en vue de procéder à des consultations réciproques et à des échanges d'informations, les représentants des centres de recherches publics et privés, ainsi que tous experts qui effectuent des recherches dans les mêmes domaines ou dans des domaines connexes.

Article 6

Pour encourager l'exécution des programmes de recherches qui lui sont communiqués, la Commission peut:

- a) apporter dans le cadre de contrats de recherches un concours financier, à l'exclusion de subventions,

Ciascuna istituzione agisce nei limiti delle attribuzioni che le sono conferite dal presente Trattato.

(2) Il Consiglio e la Commissione sono assistiti da un Comitato economico e sociale che svolge funzioni consultive.

TITOLO SECONDO

Disposizioni intese a favorire il progresso nel campo dell'energia nucleare

CAPO I

Sviluppo delle ricerche

Articolo 4

(1) La Commissione è incaricata di promuovere e facilitare le ricerche nucleari negli Stati membri e di integrarle mediante l'esecuzione del programma di ricerche e di insegnamento della Comunità.

(2) In tale materia, l'azione della Commissione si svolge nel campo definito dall'elenco che costituisce l'allegato I del presente Trattato.

L'elenco può essere modificato dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione. Quest'ultima consulta il Comitato scientifico e tecnico previsto dall'articolo 134.

Articolo 5

Al fine di promuovere il coordinamento delle ricerche intraprese negli Stati membri e di poterle integrare, la Commissione invita, sia con una domanda speciale rivolta a un destinatario determinato e comunicata allo Stato membro cui questi appartiene, sia con una domanda generale resa di pubblico dominio, gli Stati membri, le persone o le imprese a comunicarle i loro programmi relativi alle ricerche da essa definite nella sua domanda.

Dopo aver dato agli interessati la più ampia facoltà di formulare le proprie osservazioni, la Commissione può esprimere un parere motivato in merito ai singoli programmi di cui riceve comunicazione. Qualora ne sia richiesta dallo Stato, dalla persona o dall'impresa che ha comunicato il programma, la Commissione è tenuta ad esprimere tale parere.

Mediante detti pareri, la Commissione sconsiglia i doppi impieghi inutili e orienta le ricerche verso i settori non sufficientemente studiati. La Commissione non può rendere pubblici i programmi senza il consenso degli Stati, delle persone o imprese che li hanno comunicati.

La Commissione pubblica periodicamente un elenco dei settori di ricerche nucleari che non ritiene sufficientemente studiati.

La Commissione, al fine di procedere a consultazioni reciproche e a scambi di informazioni, può riunire i rappresentanti dei centri pubblici e privati di ricerche e gli esperti che svolgono ricerche negli stessi campi o in altri a questi connessi.

Articolo 6

Per incoraggiare l'esecuzione dei programmi di ricerche che le vengono comunicati, la Commissione può:

- a) apportare nel quadro di contratti di ricerca un concorso finanziario, esclusa ogni sovvenzione,

Iedere instelling handelt binnen de grenzen van de haar door dit Verdrag verleende bevoegdheden.

(2) De Raad en de Commissie worden bijgestaan door een Economisch en Sociaal Comité met raadgevende taak.

TWEEDE TITEL

Bepalingen ter bevordering van de vooruitgang op het gebied van de kernenergie

Hoofdstuk I

Ontwikkeling van het onderzoek

Artikel 4

(1) De Commissie is er mede belast het onderzoek op het gebied van de kernenergie in de Lid-Staten te bevorderen en te vergemakkelijken en het aan te vullen door het ten uitvoer brengen van het onderzoek- en onderwijsprogramma van de Gemeenschap.

(2) In deze aangelegenheid is de Commissie werkzaam op het gebied, dat is bepaald in de lijst die als bijlage I aan dit Verdrag is gehecht.

Deze lijst kan door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen worden gewijzigd op voorstel van de Commissie, die het in artikel 134 genoemde Wetenschappelijk en Technisch Comité raadpleegt.

Artikel 5

Ten einde de coördinatie van de in de Lid-Staten ondernomen onderzoekingen te bevorderen en om deze te kunnen aanvullen, nodigt de Commissie, hetzij door een aan een bepaalde geadresseerde gericht speciaal verzoek dat ter kennis wordt gebracht van de Lid-Staat waaronder de geadresseerde ressorteert, hetzij door een openbaargemaakt algemeen verzoek, de Lid-Staten, personen of ondernemingen uit, haar hun programma's met betrekking tot de onderzoekingen die zij in haar verzoek omschrijft, mede te delen.

De Commissie kan, na aan de betrokkenen alle gelegenheid tot het maken van opmerkingen te hebben verleend, een met redenen omkleed advies uitbrengen over elk van de programma's welke haar worden medegedeeld. Op verzoek van de Staat, van de persoon of van de onderneming die het programma heeft medegedeeld, is de Commissie gehouden een dergelijk advies uit te brengen.

Door deze adviezen raadt de Commissie nutteloos dubbel werk af en richt het onderzoek op de onvoldoende bestudeerde sectoren. De Commissie kan de programma's niet publiceren zonder toestemming van de Staten, personen of ondernemingen die deze hebben medegedeeld.

De Commissie publiceert op gezette tijden een lijst van de sectoren van het onderzoek op het gebied van de kernenergie, die zij onvoldoende bestudeerd acht.

Ten einde te geraken tot wederzijds overleg en tot uitwisseling van inlichtingen kan de Commissie de vertegenwoordigers van de openbare en particuliere onderzoekcentra bijeenroepen, alsmede alle deskundigen die onderzoek verrichten op dezelfde of aanverwante gebieden.

Artikel 6

Ter bevordering van de uitvoering van de haar medegedeelde onderzoek-programma's kan de Commissie:

- a) in het raam van onderzoekcontracten financiële bijstand verlenen met uitsluiting van subsidies;

- b) Ausgangsstoffe oder besondere spaltbare Stoffe, die ihr zur Verfügung stehen, für die Durchführung dieser Programme entgeltlich oder unentgeltlich liefern,
- c) den Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen Anlagen, Ausrüstungen oder die Hilfe von Fachkräften entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung stellen,
- d) die betreffenden Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen zu gemeinsamen Finanzierungen veranlassen.

Artikel 7

Der Rat legt einstimmig auf Vorschlag der Kommission, die den Ausschuß für Wissenschaft und Technik anhört, die Forschungs- und Ausbildungsprogramme der Gemeinschaft fest.

Sie werden jeweils für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren festgelegt.

Die zur Durchführung dieser Programme erforderlichen Mittel werden jährlich in den Forschungs- und Investitionshaushalt der Gemeinschaft aufgenommen.

Die Kommission sorgt für die Durchführung der Programme und erstattet dem Rat hierüber jährlich Bericht.

Die Kommission übermittelt dem Wirtschafts- und Sozialausschuß laufend eine allgemeine Übersicht über die genannten Programme.

Artikel 8

(1) Die Kommission errichtet nach Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Technik eine Gemeinsame Kernforschungsstelle.

Diese sorgt für die Durchführung der Forschungsprogramme und der anderen ihr von der Kommission übertragenen Aufgaben.

Sie sorgt ferner für die Festlegung einer einheitlichen Fachsprache und eines einheitlichen Maßsystems auf dem Kerngebiet.

Sie errichtet eine Zentralstelle für das Meßwesen auf dem Kerngebiet.

(2) Die Tätigkeit der Kernforschungsstelle kann aus geographischen oder arbeitstechnischen Gründen in getrennten Anlagen ausgeübt werden.

Artikel 9

(1) Die Kommission kann, nachdem sie die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses eingeholt hat, im Rahmen der Gemeinsamen Kernforschungsstelle Schulen für die Ausbildung von Fachkräften gründen, insbesondere auf den Gebieten der Erzschürfung, der Herstellung von Kernstoffen von hohem Reinheitsgrad, der Aufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe, der Bautechnik für Atomanlagen, des Gesundheitsschutzes und der Herstellung und Verwendung von radioaktiven Elementen.

Die Kommission legt die Einzelheiten für die Durchführung der Ausbildung fest.

(2) Es wird eine Anstalt im Range einer Universität gegründet; die Einzelheiten ihrer Einrichtung werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission festgelegt.

b) fournir à titre onéreux ou gratuit pour l'exécution de ces programmes les matières brutes ou les matières fissiles spéciales dont elle dispose,

c) mettre à titre onéreux ou gratuit à la disposition des États membres, personnes ou entreprises, des installations, des équipements ou l'assistance d'experts.

d) provoquer un financement en commun par les États membres, personnes ou entreprises intéressés.

Article 7

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission qui consulte le Comité scientifique et technique, arrête les programmes de recherches et d'enseignement de la Communauté.

Ces programmes sont définis pour une période qui ne peut excéder cinq années.

Les fonds nécessaires à l'exécution de ces programmes sont inscrits chaque année au budget de recherches et d'investissements de la Communauté.

La Commission assure l'exécution des programmes et soumet chaque année au Conseil un rapport à ce sujet.

La Commission tient le Comité économique et social informé des grandes lignes des programmes de recherches et d'enseignement de la Communauté.

Article 8

(1) La Commission crée, après consultation du Comité scientifique et technique, un Centre commun de recherches nucléaires.

Le Centre assure l'exécution des programmes de recherches et des autres tâches que lui confie la Commission.

Il assure en outre l'établissement d'une terminologie nucléaire uniforme et d'un système d'étalonnage unique.

Il organise un bureau central de mesures nucléaires.

(2) Les activités du Centre peuvent, pour des raisons géographiques ou fonctionnelles, être exercées dans des établissements distincts.

Article 9

(1) Après avoir demandé l'avis du Comité économique et social, la Commission peut créer, dans le cadre du Centre commun de recherches nucléaires, des écoles pour la formation de spécialistes, notamment dans les domaines de la prospection minière, de la production de matériaux nucléaires de grande pureté, du traitement des combustibles irradiés, du génie atomique, de la protection sanitaire, de la production et de l'utilisation des radioéléments.

La Commission règle les modalités de l'enseignement.

(2) Il sera créé une institution de niveau universitaire dont les modalités de fonctionnement seront fixées par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

- b) fornire, a titolo oneroso o gratuito, per l'esecuzione di detti programmi, le materie grezze o le materie fissili speciali di cui dispone,
- c) mettere a disposizione degli Stati membri, delle persone o delle imprese, a titolo oneroso o gratuito, impianti, attrezzature o l'assistenza di esperti,
- d) promuovere un finanziamento in comune da parte degli Stati membri, delle persone o delle imprese interessate.
- b) al of niet tegen vergoeding de voor de uitvoering van deze programma's nodige grondstoffen of bijzondere splijtstoffen, waarover zij beschikt, verstrekken;
- c) al of niet tegen vergoeding installaties, uitrustingen of bijstand van deskundigen ter beschikking stellen van de Lid-Staten, personen of ondernemingen;
- d) een gemeenschappelijke financiering door de betrokken Lid-Staten, personen of ondernemingen bewerkstelligen.

Articolo 7

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, che consulta il Comitato scientifico e tecnico, stabilisce i programmi di ricerche e d'insegnamento della Comunità.

Tali programmi sono definiti per un periodo non superiore a cinque anni.

I fondi necessari all'esecuzione dei programmi sono iscritti ogni anno nel bilancio di ricerche e investimenti della Comunità.

La Commissione assicura l'esecuzione dei programmi e sottopone ogni anno al Consiglio una relazione al riguardo.

La Commissione tiene informato il Comitato economico e sociale delle grandi linee dei programmi di ricerche e d'insegnamento della Comunità.

Articolo 8

(1) La Commissione, previa consultazione del Comitato scientifico e tecnico, istituisce un Centro comune di ricerche nucleari.

Il Centro cura l'esecuzione dei programmi di ricerche e degli altri compiti ad esso affidati dalla Commissione.

Il Centro provvede inoltre a definire una terminologia nucleare uniforme e un sistema unico di misurazione.

Il Centro organizza un ufficio centrale di misure nucleari.

(2) Per motivi di ordine geografico o funzionale, le attività del Centro possono essere esercitate in sedi diverse.

Articolo 9

(1) Dopo aver chiesto il parere del Comitato economico e sociale, la Commissione può creare, nell'ambito del Centro comune di ricerche nucleari, scuole per la formazione di specialisti, particolarmente nei settori della ricerca mineraria, della produzione di materiali nucleari di grande purezza, del trattamento di combustibili irradati, del genio atomico, della protezione sanitaria, della produzione e utilizzazione dei radioelementi.

La Commissione regola le modalità dell'insegnamento.

(2) Sarà creato un istituto di livello universitario le cui modalità di funzionamento saranno fissate dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

Artikel 7

Met eenparigheid van stemmen stelt de Raad, op voorstel van de Commissie, welke het Wetenschappelijk en Technisch Comité raadpleegt, de onderzoek- en onderwijsprogramma's van de Gemeenschap vast.

Deze programma's worden opgesteld voor een tijdvak van ten hoogste vijf jaar.

De geldmiddelen nodig voor de uitvoering van die programma's worden ieder jaar op de begroting voor onderzoek en investeringen van de Gemeenschap opgevoerd.

De Commissie zorgt voor de uitvoering van de programma's en legt daaromtrent ieder jaar een verslag voor aan de Raad.

De Commissie houdt het Economisch en Sociaal Comité op de hoogte van de grote lijnen van de onderzoek- en onderwijsprogramma's van de Gemeenschap.

Artikel 8

(1) Na raadpleging van het Wetenschappelijk en Technisch Comité richt de Commissie een Gemeenschappelijk Centrum voor Onderzoek op het gebied van de Kernenergie op.

Het Centrum draagt zorg voor de uitvoering van de onderzoekprogramma's en van de overige taken, welke de Commissie aan het Centrum toevertrouwt.

Daarenboven zorgt het Centrum voor het vaststellen van een uniforme terminologie op het gebied van de kernenergie en voor één ijkstelsel.

Het richt een centraal bureau op voor metingen op het gebied van de kernenergie.

(2) De werkzaamheden van het Centrum kunnen om geografische of organisatorische redenen in afzonderlijke inrichtingen worden verricht.

Artikel 9

(1) Na advies van het Economisch en Sociaal Comité te hebben gewonnen, kan de Commissie, in het kader van het Gemeenschappelijk Centrum voor Onderzoek op het Gebied van de Kernenergie, scholen stichten voor de opleiding van specialisten, met name op het gebied van de opsporing van delfstoffen, de produktie van kernmateriaal van grote zuiverheid, de behandeling van bestraalde splijtstoffen, de techniek van de kernenergie, de bescherming van de gezondheid, de vervaardiging en het gebruik van radioactieve isotopen.

De Commissie regelt de wijze waarop het onderwijs wordt ingericht.

(2) Een instelling op universitair niveau wordt opgericht, waarvan de werkwijze door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie, zal worden bepaald.

Artikel 10

Die Kommission kann Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen sowie dritte Staaten, zwischenstaatliche Einrichtungen oder Angehörige dritter Staaten durch Vertrag mit der Durchführung bestimmter Teile des Forschungsprogramms der Gemeinschaft betrauen.

Artikel 11

Die Kommission veröffentlicht die in den Artikeln 7, 8 und 10 genannten Forschungsprogramme sowie in regelmäßigen Zeitabständen Berichte über den Stand und Fortgang dieser Arbeiten.

KAPITEL II

Verbreitung der Kenntnisse

Abschnitt I

Kenntnisse,
über welche die Kommission verfügen kann

Artikel 12

Auf Antrag bei der Kommission können die Mitgliedstaaten sowie Personen und Unternehmen die Einräumung nichtausschließlicher Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen verlangen, deren Inhaberin die Gemeinschaft ist, soweit sie die Erfindungen, die Gegenstand solcher Rechte oder Anmeldungen sind, wirksam zu nutzen vermögen.

Unter den gleichen Voraussetzungen erteilt die Kommission Unterlizenzen an Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen, sofern die Gemeinschaft Inhaberin vertraglicher Lizenzen ist, die eine derartige Möglichkeit vorsehen.

Die Kommission erteilt diese Lizenzen oder Unterlizenzen zu Bedingungen, die im Einvernehmen mit den Lizenznehmern festzulegen sind und stellt ihnen alle zur Nutzung der Lizenzen erforderlichen Kenntnisse zur Verfügung. Diese Bedingungen umfassen insbesondere eine angemessene Vergütung sowie gegebenenfalls die Befugnis des Lizenznehmers, dritten Personen Unterlizenzen zu erteilen und gegebenenfalls die Verpflichtung, die mitgeteilten Kenntnisse als Betriebsgeheimnis zu behandeln.

Wird über die in Absatz 3 genannten Bedingungen ein Einvernehmen nicht erzielt, so können die Lizenznehmer beim Gerichtshof die Festsetzung angemessener Bedingungen beantragen.

Artikel 13

Die Kommission teilt den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen die nicht den Bestimmungen des Artikels 12 unterliegenden, von der Gemeinschaft erworbenen Kenntnisse mit, welche sie entweder in Durchführung ihres eigenen Forschungsprogramms erlangt hat oder die ihr zur freien Verfügung mitgeteilt wurden.

Die Kommission kann jedoch die Mitteilung dieser Kenntnisse davon abhängig machen, daß sie vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben werden.

Erwirbt die Kommission Kenntnisse, deren Erwerb an gewisse Beschränkungen hinsichtlich ihrer Nutzung und Verbreitung geknüpft ist — zum Beispiel sogenannte Verschlusssachen —, so dürfen sie nur unter Beachtung dieser Beschränkungen mitgeteilt werden.

Article 10

La Commission peut confier par contrat l'exécution de certaines parties du programme de recherches de la Communauté à des États membres, personnes ou entreprises, ainsi qu'à des États tiers, des organisations internationales ou des ressortissants d'États tiers.

Article 11

La Commission publie les programmes de recherches visés par les articles 7, 8 et 10, ainsi que des rapports périodiques sur l'état d'avancement de leur exécution.

CHAPITRE II

La diffusion des connaissances

Section I

Connaissances dont la Communauté a la disposition

Article 12

Les États membres, personnes et entreprises ont le droit, sur requête adressée à la Commission, de bénéficier de licences non exclusives sur les brevets, titres de protection provisoire, modèles d'utilité ou demandes de brevet, qui sont la propriété de la Communauté, pour autant qu'ils sont en mesure d'exploiter d'une manière effective les inventions qui en sont l'objet.

La Commission doit, sous les mêmes conditions, concéder des sous-licences sur des brevets, titres de protection provisoire, modèles d'utilité ou demandes de brevet, lorsque la Communauté bénéficie de licences contractuelles prévoyant cette faculté.

A des conditions à fixer d'un commun accord avec les bénéficiaires, la Commission concède ces licences ou sous-licences et communique toutes les connaissances nécessaires à l'exploitation. Ces conditions portent notamment sur une indemnisation appropriée et, éventuellement, sur la faculté pour le bénéficiaire de concéder à des tiers des sous-licences ainsi que sur l'obligation de traiter les connaissances communiquées comme secrets de fabrique.

A défaut d'accord sur la fixation des conditions prévues à l'alinéa 3, les bénéficiaires peuvent saisir la Cour de Justice en vue de faire fixer les conditions appropriées.

Article 13

La Commission doit communiquer aux États membres, personnes et entreprises les connaissances ne faisant pas l'objet des dispositions de l'article 12, acquises par la Communauté, qu'elles résultent de l'exécution de son programme de recherches ou qu'elles lui aient été communiquées avec faculté d'en disposer librement.

Toutefois, la Commission peut subordonner la communication de ces connaissances à la condition qu'elles restent confidentielles et ne soient pas transmises à des tiers.

La Commission ne peut communiquer les connaissances acquises sous réserve de restrictions concernant leur emploi et leur diffusion — telles que les connaissances dites classifiées — qu'en assurant le respect de ces restrictions.

Articolo 10

La Commissione può affidare per contratto l'esecuzione di determinate parti del programma di ricerche della Comunità a Stati membri, persone o imprese, e parimenti a Stati terzi, organizzazioni internazionali ovvero a cittadini di Stati terzi.

Articolo 11

La Commissione pubblica i programmi di ricerche contemplati dagli articoli 7, 8 e 10, nonché relazioni periodiche sullo stato di avanzamento dei lavori relativi alla loro esecuzione.

CAPO II**Diffusione delle cognizioni****Sezione I****Cognizioni di cui la Comunità ha la disponibilità****Articolo 12**

Gli Stati membri, le persone e le imprese hanno il diritto, presentando una domanda alla Commissione, di beneficiare di licenze di uso non esclusivo sui brevetti, sui titoli di protezione temporanea, sui modelli di utilità o domande di brevetto, che sono proprietà della Comunità, semprechè essi siano in grado di sfruttare effettivamente le invenzioni che ne costituiscono l'oggetto.

Alle stesse condizioni, la Commissione deve rilasciare delle sublicenze d'uso su brevetti, titoli di protezione temporanea, modelli di utilità o domande di brevetto, quando la Comunità benefici di licenze contrattuali che contemplino tale facoltà.

La Commissione rilascia, a condizioni da fissare di comune accordo con i beneficiari, queste licenze o sublicenze e fornisce tutte le cognizioni necessarie per il loro sfruttamento. Tali condizioni riguardano in particolare un congruo indennizzo ed eventualmente la facoltà per il beneficiario di concedere a terzi delle sublicenze e l'obbligo di considerare come segreti di fabbricazione le cognizioni comunicate.

In caso di mancato accordo nello stabilire le condizioni contemplate dal terzo comma, i beneficiari possono adire la Corte di Giustizia perchè siano fissate condizioni idonee.

Articolo 13

La Commissione deve comunicare agli Stati membri, alle persone e alle imprese le cognizioni non contemplate dal disposto dell'articolo 12, acquisite dalla Comunità, che abbiano origine dall'esecuzione del suo programma di ricerche ovvero che le siano state comunicate con facoltà di disporre liberamente.

Tuttavia, la Commissione può subordinare la comunicazione di tali cognizioni alla condizione che restino riservate e non vengano trasmesse a terzi.

La Commissione non può comunicare le cognizioni acquisite con riserva di restrizioni relative al loro uso e diffusione — come nel caso delle cognizioni cosiddette classificate — se non assicurando l'osservanza delle restrizioni stesse.

Artikel 10

De Commissie kan bij contract de uitvoering van bepaalde delen van het onderzoek-programma van de Gemeenschap toevertrouwen aan Lid-Staten, personen of ondernemingen, alsmede aan derde Staten, aan internationale organisaties of aan onderdanen van derde Staten.

Artikel 11

De Commissie publiceert de in de artikelen 7, 8 en 10 bedoelde onderzoek-programma's, alsmede periodieke verslagen over de stand van de uitvoering daarvan.

Hoofdstuk II**Verspreiding van kennis****Afdeling I****Kennis waarover de Gemeenschap beschikt****Artikel 12**

De Lid-Staten, personen en ondernemingen hebben op hun tot de Commissie gericht verzoek het recht, niet-uitsluitende licenties op octrooien, voorlopig bescherminggevende rechten, gebruiksmodellen of octrooi-aanvragen, die eigendom der Gemeenschap zijn, te verkrijgen, voor zover zij in staat zijn, de desbetreffende uitvindingen daadwerkelijk te exploiteren.

De Commissie moet onder dezelfde voorwaarden sub-licenties verlenen op octrooien, voorlopig bescherminggevende rechten, gebruiksmodellen of octrooi-aanvragen, wanneer de Gemeenschap krachtens een licentie-overeenkomst daartoe de bevoegdheid heeft.

Op voorwaarden, welke in onderlinge overeenstemming met de gegadigden worden vastgesteld, verleent de Commissie die licenties of sub-licenties en deelt zij alle voor de exploitatie daarvan noodzakelijke kennis mede. Die voorwaarden hebben met name betrekking op een passende vergoeding en eventueel op de bevoegdheid, toe te kennen aan de gegadigde, om aan derden sub-licenties te verlenen evenals op de verplichting de medegedeelde kennis als fabrieksgeheim te behandelen.

Bij gebreke van overeenstemming over de vaststelling van de in de derde alinea bedoelde voorwaarden, kunnen de gegadigden zich wenden tot het Hof van Justitie, ten einde passende voorwaarden te doen vaststellen.

Artikel 13

De Commissie moet aan de Lid-Staten, personen en ondernemingen mededeling doen van door de Gemeenschap verkregen kennis, welke niet onder de bepalingen van artikel 12 valt, onverschillig of deze voortvloeit uit de uitvoering van haar onderzoekprogramma dan wel aan haar is medegedeeld met de bevoegdheid er vrijelijk over te beschikken.

De Commissie kan echter aan mededeling van deze kennis de voorwaarden verbinden, dat zij als vertrouwelijk moet worden beschouwd en niet aan derden mag worden doorgegeven.

De Commissie kan kennis welke zij heeft verkregen onder beperkende voorwaarden ten aanzien van het gebruik en de verspreiding daarvan — zoals de zogenaamde geclassificeerde kennis — slechts mededelen indien zij de naleving van die voorwaarden waarborgt.

Abschnitt II
Sonstige Kenntnisse

a) Verbreitung auf gültlichem Wege

Artikel 14

Die Kommission bemüht sich im Wege gültlicher Verhandlung um die Mitteilung der Kenntnisse, die für die Erreichung der Ziele der Gemeinschaft nützlich sind, und um die Einräumung von Nutzungslizenzen an Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen, die derartige Kenntnisse zum Gegenstand haben.

Artikel 15

Die Kommission legt ein Verfahren fest, nach dem durch ihre Vermittlung Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen die vorläufigen oder endgültigen Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten austauschen können, soweit es sich nicht um Ergebnisse handelt, welche der Gemeinschaft aus der Durchführung von Forschungsaufträgen der Kommission zustehen.

Dieses Verfahren muß den vertraulichen Charakter des Austausches gewährleisten. Die mitgeteilten Ergebnisse können jedoch von der Kommission an die Gemeinsame Kernforschungsstelle zu Dokumentationszwecken weitergeleitet werden; dies hat keinerlei Nutzungsrecht zur Folge, soweit nicht derjenige, von dem die Mitteilung ausgeht, zugestimmt hat.

b) Mitteilung an die Kommission von Amts wegen

Artikel 16

(1) Unverzüglich nach Eingang der Anmeldung eines Patents oder Gebrauchsmusters in einem Mitgliedstaat, das für das Kerngebiet eigentümlich ist, sucht dieser Mitgliedstaat um das Einverständnis des Anmelders nach, den Inhalt der Anmeldung sofort der Kommission mitzuteilen.

Stimmt der Anmelder zu, so erfolgt diese Mitteilung binnen drei Monaten nach Eingang der Anmeldung. Stimmt der Anmelder nicht zu, so zeigt der Mitgliedstaat der Kommission innerhalb derselben Frist das Vorliegen der Anmeldung an.

Die Kommission kann den Mitgliedstaat ersuchen, ihr den Inhalt einer Anmeldung mitzuteilen, deren Vorliegen ihr angezeigt worden ist.

Die Kommission überreicht ihr Ersuchen binnen zwei Monaten nach der Anzeige. Jede Verlängerung dieser Frist hat eine entsprechende Verlängerung der im sechsten Unterabsatz vorgesehenen Frist zur Folge.

Erhält ein Mitgliedstaat ein solches Ersuchen der Kommission, so fordert er den Anmelder erneut auf, der Mitteilung des Inhalts seiner Anmeldung zuzustimmen. Stimmt der Anmelder zu, so erfolgt diese Mitteilung unverzüglich.

Stimmt der Anmelder nicht zu, so ist der Mitgliedstaat gleichwohl verpflichtet, nach Ablauf von achtzehn Monaten nach Eingang der Anmeldung der Kommission diese Mitteilung zu machen.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission binnen achtzehn Monaten nach Eingang des Vorliegens jeder noch nicht veröffentlichten Anmeldung eines Patents oder Gebrauchsmusters mit, das auf Grund einer ersten Prüfung ihres Erachtens zwar nicht für das Kerngebiet

Section II
Autres connaissances

a) Diffusion par procédés amiables

Article 14

La Commission s'efforce d'obtenir ou de faire obtenir à l'amiable la communication des connaissances utiles à la réalisation des objectifs de la Communauté, et la concession des licences d'exploitation des brevets, titres de protection provisoire, modèles d'utilité ou demandes de brevet couvrant ces connaissances.

Article 15

La Commission organise une procédure par laquelle les États membres, personnes et entreprises peuvent échanger par son intermédiaire les résultats provisoires ou définitifs de leurs recherches, dans la mesure où il ne s'agit pas de résultats acquis par la Communauté en vertu de mandats de recherches confiés par la Commission.

Cette procédure doit assurer le caractère confidentiel de l'échange. Toutefois, les résultats communiqués peuvent être transmis par la Commission au Centre commun de recherches nucléaires à des fins de documentation, sans que cette transmission entraîne un droit d'utilisation auquel l'auteur de la communication n'aurait pas consenti.

b) Communication d'office à la Commission

Article 16

(1) Dès le dépôt d'une demande de brevet ou de modèle d'utilité portant sur un objet spécifiquement nucléaire auprès d'un État membre, celui-ci sollicite l'accord du déposant pour communiquer immédiatement à la Commission le contenu de la demande.

En cas d'accord du déposant, cette communication est faite dans un délai de trois mois à compter du dépôt de la demande. Au défaut d'accord du déposant, l'État membre notifie à la Commission dans le même délai l'existence de la demande.

La Commission peut requérir de l'État membre la communication du contenu d'une demande dont l'existence lui a été notifiée.

La Commission présente sa requête dans un délai de deux mois à compter de la notification. Toute prorogation de ce délai entraîne une prorogation égale du délai prévu à l'alinéa 6.

L'État membre, saisi de la requête de la Commission, est tenu de solliciter de nouveau l'accord du déposant pour communiquer le contenu de la demande. En cas d'accord, cette communication est faite sans délai.

A défaut d'accord du déposant, l'État membre est néanmoins tenu de faire cette communication à la Commission au terme d'un délai de dix-huit mois à compter du dépôt de la demande.

(2) Les États membres sont tenus de communiquer à la Commission, dans un délai de dix-huit mois à compter de son dépôt, l'existence de toute demande de brevet ou de modèle d'utilité non encore publiée, et qu'ils estiment au vu d'un premier examen porter sur un objet

Sezione II
Altre cognizioni

a) Diffusione mediante trattative private

Articolo 14

La Commissione cerca di ottenere o di fare ottenere a trattativa privata la comunicazione delle cognizioni utili al conseguimento degli obiettivi della Comunità e la concessione delle licenze di sfruttamento dei brevetti, dei titoli di protezione temporanea, dei modelli di utilità o domande di brevetto che proteggono tali cognizioni.

Articolo 15

La Commissione stabilisce una procedura che consenta agli Stati membri, alle persone e alle imprese di scambiarsi per il suo tramite i risultati provvisori o definitivi delle loro ricerche nucleari a fini di documentazione, senza che tale trasmissione determini un diritto di utilizzazione al quale l'autore della comunicazione non abbia consentito.

Tale procedura deve garantire il carattere riservato dello scambio. Tuttavia, i risultati comunicati possono essere trasmessi dalla Commissione al Centro comune di ricerche nucleari a fini di documentazione, senza che tale trasmissione determini un diritto di utilizzazione al quale l'autore della comunicazione non abbia consentito.

b) Comunicazione d'ufficio alla Commissione

Articolo 16

(1) Non appena una domanda di brevetto o di modello d'utilità, il cui oggetto sia specificatamente nucleare, è depositata presso uno Stato membro, questo richiede il consenso del richiedente per comunicare immediatamente alla Commissione il contenuto della domanda.

Quando vi sia consenso da parte del richiedente, la comunicazione avviene entro un termine di tre mesi dalla data del deposito della domanda. Ove manchi tale consenso, lo Stato membro notifica entro lo stesso termine alla Commissione l'esistenza della domanda.

La Commissione può richiedere allo Stato membro la comunicazione del contenuto di una domanda di cui le sia stata notificata l'esistenza.

La Commissione presenta la sua richiesta nel termine di due mesi dall'avvenuta notificazione. Ogni proroga di tale termine importa una proroga corrispondente del termine previsto dal sesto comma.

Lo Stato membro al quale è rivolta la richiesta della Commissione è tenuto a domandare nuovamente al richiedente il consenso per comunicare il contenuto della domanda. Ove il consenso sia accordato, la comunicazione avviene senza indugio.

In caso di mancato consenso del richiedente, lo Stato membro è nondimeno tenuto a effettuare la comunicazione alla Commissione allo scadere di un termine di diciotto mesi dalla data del deposito della domanda.

(2) Gli Stati membri sono tenuti a comunicare alla Commissione, nel termine di diciotto mesi dalla data dell'avvenuto deposito, l'esistenza di qualsiasi domanda di brevetto o di modello di utilità non ancora pubblicata e il cui oggetto, in base a sommario esame, senza essere

Afdeling II
Andere kennis

a) Verspreiding langs minnelijke weg

Artikel 14

De Commissie beijvert zich langs minnelijke weg mededeling te verkrijgen of te doen verkrijgen van kennis, die van nut is voor het bereiken der doelstellingen van de Gemeenschap, en verlening van tot exploitatie strekkende licenties op octrooien, voorlopig beschermgevendende rechten, gebruiksmodellen of octrooi-aanvragen, die deze kennis tot onderwerp hebben.

Artikel 15

De Commissie stelt een procedure vast, volgens welke de Lid-Staten, personen en ondernemingen, door haar bemiddeling, de voorlopige of uiteindelijke resultaten van hun onderzoekingen kunnen uitwisselen, voor zover het niet betreft resultaten door de Gemeenschap verkregen krachtens door de Commissie verstrekte opdrachten tot onderzoek.

Deze procedure moet de vertrouwelijke aard van de uitwisseling waarborgen. De medegedeelde resultaten kunnen echter door de Commissie worden doorgegeven aan het Gemeenschappelijk Centrum voor Onderzoek op het Gebied van de Kernenergie voor documentatiedoeleinden, zonder dat dit doorgeven een gebruiksrecht tot gevolg heeft, waartoe hij, die de mededeling deed, geen toestemming heeft gegeven.

b) Ambtshalve mededeling aan de Commissie

Artikel 16

(1) Zodra een aanvraag om octrooi of om een gebruiksmodel waarvan het onderwerp valt binnen het specifiek kernenergetische terrein, bij een Lid-Staat wordt ingediend, vraagt deze Staat toestemming aan de aanvrager om de inhoud der aanvraag onmiddellijk aan de Commissie mede te delen.

Stemt de aanvrager daarin toe, dan wordt deze mededeling binnen drie maanden na indiening van de aanvraag gedaan. Bij gebreke van toestemming van de aanvrager geeft de Lid-Staat binnen dezelfde termijn van het bestaan der aanvraag kennis aan de Commissie.

De Commissie kan van de Lid-Staat mededeling verzoeken van de inhoud van een aanvraag, van het bestaan waarvan haar kennis is gegeven.

De Commissie dient haar verzoek in binnen twee maanden na de kennisgeving. Iedere verlenging van deze termijn heeft tot gevolg een gelijke verlenging van de termijn gesteld in de zesde alinea.

De Lid-Staat, die het verzoek van de Commissie ontvangt, is gehouden wederom toestemming aan de aanvrager te verzoeken om de inhoud van de aanvraag mede te delen. In geval van toestemming wordt deze mededeling zonder verwijl gedaan.

Bij gebreke van toestemming van de aanvrager is de Lid-Staat niettemin gehouden deze mededeling aan de Commissie te doen, achttien maanden na indiening van de aanvraag.

(2) De Lid-Staten zijn gehouden binnen achttien maanden na de indiening aan de Commissie mededeling te doen van het bestaan van elke aanvraag om octrooi of om een gebruiksmodel, welke nog niet is bekendgemaakt en waarvan zij na een eerste onderzoek menen,

eigentümlich ist, jedoch mit der Entwicklung der Kernenergie innerhalb der Gemeinschaft unmittelbar zusammenhängt und hierfür von wesentlicher Bedeutung ist.

qui, sans être spécifiquement nucléaire, est directement lié et essentiel au développement de l'énergie nucléaire dans la Communauté.

Auf Ersuchen der Kommission wird ihr der Inhalt der Anmeldung binnen zwei Monaten mitgeteilt.

Sur requête de la Commission, le contenu lui en est communiqué dans un délai de deux mois.

(3) Die Mitgliedstaaten werden die Dauer des Anmeldeverfahrens für Patente oder Gebrauchsmuster, welche die in den Absätzen (1) und (2) bezeichneten Gebiete betreffen und Gegenstand eines Ersuchens der Kommission sind, soweit wie möglich verringern, damit die Veröffentlichung in kürzester Frist erfolgen kann.

(3) Les États membres sont tenus de réduire autant que possible la durée de la procédure relative aux demandes de brevet ou de modèle d'utilité portant sur les objets visés aux paragraphes (1) et (2) qui ont fait l'objet d'une requête de la Commission, afin que la publication intervienne dans le plus bref délai.

(4) Die genannten Mitteilungen sind von der Kommission vertraulich zu behandeln. Sie erfolgen nur zu Dokumentationszwecken. Die Kommission kann die mitgeteilten Erfindungen nur mit Zustimmung des Anmelders oder nach Maßgabe der Artikel 17 bis 23 benutzen.

(4) Les communications précitées doivent être considérées comme confidentielles par la Commission. Elles ne peuvent être faites qu'à des fins de documentation. Toutefois la Commission peut utiliser les inventions communiquées avec l'accord du déposant, ou conformément aux articles 17 à 23 inclus.

(5) Steht ein mit einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung geschlossenes Abkommen der Mitteilung entgegen, so findet dieser Artikel keine Anwendung.

(5) Les dispositions du présent article ne sont pas applicables lorsqu'un accord conclu avec un État tiers ou une organisation internationale s'oppose à la communication.

c) Erteilung von Lizenzen im Wege des Schiedsverfahrens oder von Amts wegen

c) Concession de licences par voie d'arbitrage ou d'office

Artikel 17

Article 17

(1) Wird ein gütliches Einvernehmen nicht erzielt, so können nach Maßgabe der Artikel 18 bis 23 im Wege des Schiedsverfahrens oder von Amts wegen nichtausschließliche Lizenzen erteilt werden:

(1) A défaut d'accord amiable, des licences non exclusives peuvent être concédées, par voie d'arbitrage ou d'office, dans les conditions définies aux articles 18 à 23 inclus:

- a) an die Gemeinschaft oder die nach Artikel 48 hierzu berechtigten gemeinsamen Unternehmen — für Patente, vorläufig geschützte Rechte oder Gebrauchsmuster betreffend Erfindungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Kernforschung, soweit die Erteilung dieser Lizenzen für die Fortführung ihrer eigenen Forschung notwendig oder für den Betrieb ihrer Anlagen unerlässlich ist.

- a) à la Communauté, ou aux Entreprises communes auxquelles ce droit est attribué en vertu de l'article 48, sur les brevets, titres de protection provisoire ou modèles d'utilité couvrant des inventions directement liées aux recherches nucléaires, pour autant que la concession de ces licences est nécessaire à la poursuite de leurs recherches propres ou indispensable au fonctionnement de leurs installations.

Auf Antrag der Kommission wird mit diesen Lizenzen das Recht verbunden, die Befugnis zur Nutzung der Erfindung Dritten zuzusprechen, soweit sie Arbeiten oder Aufträge für die Gemeinschaft oder gemeinsame Unternehmen ausführen;

Sur demande de la Commission, ces licences comportent la faculté d'autoriser des tiers à utiliser l'invention, dans la mesure où ceux-ci exécutent des travaux ou des commandes pour le compte de la Communauté ou des Entreprises communes;

- b) an Personen oder Unternehmen, die bei der Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt haben — für Patente, vorläufig geschützte Rechte oder Gebrauchsmuster, die eine Erfindung betreffen, welche mit der Entwicklung der Kernenergie innerhalb der Gemeinschaft unmittelbar zusammenhängt und hierfür von maßgeblicher Bedeutung ist, soweit alle nachstehend aufgeführten Bedingungen erfüllt sind:

- b) à des personnes ou entreprises qui en ont fait la demande à la Commission, sur les brevets, titres de protection provisoire ou modèles d'utilité couvrant une invention directement liée et essentielle au développement de l'énergie nucléaire dans la Communauté, pour autant que toutes les conditions suivantes sont satisfaites:

- i) daß nach Eingang der Patentanmeldung eine Frist von mindestens vier Jahren verstrichen ist, es sei denn, daß es sich um eine für das Kerngebiet eigentümliche Erfindung handelt;

- i) un délai de quatre ans au moins s'est écoulé depuis le dépôt de la demande de brevet, sauf s'il s'agit d'une invention portant sur un objet spécifiquement nucléaire;

specificatamente nucleare, sia, a loro giudizio, direttamente connesso ed essenziale allo sviluppo dell'energia nucleare nella Comunità.

A richiesta della Commissione, il contenuto della domanda le è comunicato nel termine di due mesi.

(3) Gli Stati membri sono tenuti a ridurre per quanto possibile la durata della procedura relativa alle domande di brevetto o di modello d'utilità concernenti gli oggetti contemplati dai paragrafi 1 e 2 che hanno formato oggetto di una richiesta della Commissione, per consentire nel più breve termine la pubblicazione delle domande stesse.

(4) Le comunicazioni di cui sopra devono essere considerate dalla Commissione come aventi carattere riservato. Esse possono essere effettuate unicamente a fini di documentazione. Tuttavia, la Commissione può utilizzare le invenzioni comunicate, con il consenso del richiedente ovvero conformemente agli articoli da 17 a 23 inclusi.

(5) Le disposizioni del presente articolo non sono applicabili quando la comunicazione sia incompatibile con un accordo concluso con uno Stato terzo o con una organizzazione internazionale.

dat zij betrekking heeft op een onderwerp, dat, zonder dat het binnen het specifiek kernenergetisch terrein valt, niettemin rechtstreeks verband houdt met en van overwegend belang is voor de ontwikkeling van de kernenergie binnen de Gemeenschap.

Op verzoek van de Commissie wordt haar de inhoud daarvan binnen twee maanden medegedeeld.

(3) De Lid-Staten zijn gehouden de duur van de procedure betreffende aanvragen om octrooi of om gebruiksmodellen, welke betrekking hebben op de in leden 1 en 2 bedoelde onderwerpen en ten aanzien waarvan de Commissie een verzoek heeft ingediend, zoveel mogelijk te verkorten, opdat de bekendmaking binnen de kortst mogelijke termijn kan geschieden.

(4) Bovengenoemde mededelingen moeten door de Commissie als vertrouwelijk worden beschouwd. Zij kunnen slechts worden gedaan voor documentatiedoeleinden. De Commissie kan de medegedeelde uitvindingen evenwel toepassen met toestemming van de aanvrager of overeenkomstig de artikelen 17 tot en met 23.

(5) De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing wanneer een met een derde Staat of met een internationale organisatie gesloten akkoord zich tegen mededeling verzet.

c) Concessione di licenze d'uso con procedimento arbitrale o d'ufficio

Articolo 17

(1) In mancanza di accordo per trattativa privata, possono essere concesse licenze d'uso non esclusivo, con procedimento arbitrale o d'ufficio, alle condizioni definite dagli articoli da 18 a 23 inclusi:

- a) alla Comunità o alle Imprese comuni cui tale diritto è attribuito in virtù dell'articolo 48, sui brevetti, titoli di protezione temporanea o modelli di utilità che proteggano invenzioni direttamente connesse con ricerche nucleari, semprechè la concessione di tali licenze sia necessaria al proseguimento delle loro proprie ricerche o indispensabile al funzionamento dei loro impianti.

A richiesta della Commissione, le licenze d'uso comprendono la facoltà di autorizzare terzi a utilizzare l'invenzione, nella misura in cui questi ultimi eseguono lavori o commesse per conto della Comunità o delle Imprese comuni.

- b) a persone o imprese che ne abbiano fatto richiesta alla Commissione, sui brevetti, titoli di protezione temporanea o modelli d'utilità che proteggono una invenzione direttamente connessa ed essenziale allo sviluppo dell'energia nucleare nella Comunità, semprechè siano osservate tutte le seguenti condizioni:
- i) sia trascorso un termine di almeno quattro anni dal deposito della domanda di brevetto, salvo che non si tratti di una invenzione relativa ad oggetto specificamente nucleare;

c) Licentieverlening bij wege van arbitrage of ambtshalve

Artikel 17

(1) Bij gebreke van een minnelijke schikking kunnen niet-uitsluitende licenties worden verleend bij wege van arbitrage of ambtshalve, volgens de bepalingen van de artikelen 18 tot en met 23:

- a) aan de Gemeenschap of aan de Gemeenschappelijke Ondernemingen waaraan dit recht krachtens artikel 48 is toegekend op de octrooien, op de voorlopig bescherminggevende rechten of op de gebruiksmodellen, betreffende uitvindingen, welke rechtstreeks verband houden met onderzoeken op het gebied van de kernenergie, voor zover het verlenen van die licenties noodzakelijk is voor het uitvoeren van hun eigen onderzoeken of onontbeerlijk is voor het functioneren van hun installaties.

Op verzoek van de Commissie houden deze licenties de bevoegdheid in, derden te machtigen de uitvinding toe te passen voor zover zij werkzaamheden of bestellingen uitvoeren voor rekening van de Gemeenschap of van de Gemeenschappelijke Ondernemingen;

- b) aan personen of ondernemingen, die daartoe een verzoek hebben gericht tot de Commissie, op octrooien, op voorlopig bescherminggevende rechten of op gebruiksmodellen, betreffende een uitvinding welke rechtstreeks verband houdt met en van overwegend belang is voor de ontwikkeling van de kernenergie binnen de Gemeenschap, voor zover aan alle hieronder volgende voorwaarden is voldaan:
- i) ten minste vier jaren zijn verlopen sedert de indiening van de aanvraag om octrooi, behoudens wanneer het een uitvinding betreft, welke betrekking heeft op een onderwerp, dat binnen het specifiek kernenergetische terrein valt;

- ii) daß in einem Mitgliedstaat, in dem eine Erfindung geschützt ist, die Bedürfnisse der nach Ansicht der Kommission erwünschten Entwicklung der Kernenergie hinsichtlich dieser Erfindung nicht gedeckt sind;
- iii) daß der Patentinhaber aufgefordert wurde, diese Bedürfnisse selbst oder durch seine Lizenznehmer zu decken, und dieser Aufforderung nicht nachgekommen ist;
- iv) daß die Personen und Unternehmen, welche die Lizenz beantragen, in der Lage sind, diese Bedürfnisse durch ihre Nutzung der Erfindung wirksam zu decken.

Die Mitgliedstaaten können zur Befriedigung der genannten Bedürfnisse ohne vorherigen Antrag der Kommission keine in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen Zwangsmaßnahmen treffen, die den dieser Erfindung zustehenden Schutz einschränken.

(2) Eine nichtausschließliche Lizenz nach Maßgabe des Absatzes (1) kann nicht erteilt werden, wenn der Inhaber berechnete Gründe, insbesondere den Umstand geltend macht, daß ihm keine angemessene Frist zur Verfügung stand.

(3) Die Gewährung einer Lizenz gemäß Absatz (1) berechtigt zu voller Entschädigung, deren Höhe zwischen dem Inhaber des Patents, des vorläufig geschützten Rechts oder Gebrauchsmusters einerseits und dem Lizenznehmer andererseits zu vereinbaren ist.

(4) Die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums wird durch diesen Artikel nicht berührt.

Artikel 18

Zu den in diesem Abschnitt vorgesehenen Zwecken wird ein Schiedsausschuß gebildet; der Rat bestellt die Mitglieder und legt die Geschäftsordnung dieses Ausschusses auf Vorschlag des Gerichtshofes fest.

Die Parteien können gegen die Entscheidungen des Schiedsausschusses binnen einem Monat nach deren Zustellung beim Gerichtshof ein Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung einlegen. Die Nachprüfung des Gerichtshofes beschränkt sich auf die förmliche Rechtmäßigkeit der Entscheidung und auf die Auslegung dieses Vertrags durch den Schiedsausschuß.

Die endgültigen Entscheidungen des Schiedsausschusses haben unter den Parteien Rechtskraft. Sie sind gemäß Artikel 164 vollstreckbar.

Artikel 19

Will die Kommission in Ermangelung einer gütlichen Einigung die Erteilung einer Lizenz gemäß Artikel 17 erwirken, so benachrichtigt sie den Inhaber des Patents, des vorläufig geschützten Rechts, des Gebrauchsmusters oder der Patentanmeldung und bezeichnet gleichzeitig den Lizenzantragsteller und den Umfang der Lizenz.

Artikel 20

Der Inhaber kann binnen einem Monat nach Eingang der in Artikel 19 bezeichneten Benachrichtigung der Kommission wie auch gegebenenfalls dem lizenzantragstellenden Dritten vorschlagen, einen Schiedsvertrag zu schließen, der die Zuständigkeit des Schiedsausschusses begründet.

ii) les besoins qu'entraîne le développement de l'énergie nucléaire sur les territoires d'un État membre où une invention est protégée, tel que ce développement est conçu par la Commission, ne sont pas couverts en ce qui concerne cette invention;

iii) le titulaire, invité à satisfaire lui-même ou par ses licenciés à ces besoins, ne s'est pas conformé à cette invitation;

iv) les personnes ou entreprises bénéficiaires sont en mesure de satisfaire à ces besoins d'une manière effective par leur exploitation.

Les États membres ne peuvent sans requête préalable de la Commission prendre pour ces mêmes besoins aucune mesure coercitive prévue par leur législation nationale ayant pour effet de limiter la protection accordée à l'invention.

(2) La concession d'une licence non exclusive dans les conditions prévues au paragraphe précédent ne peut être obtenue si le titulaire établit l'existence d'une raison légitime, et notamment le fait de n'avoir pas joui d'un délai adéquat.

(3) La concession d'une licence en application du paragraphe (1) ouvre droit à une pleine indemnisation dont le montant est à convenir entre le titulaire du brevet, titre de protection provisoire ou modèle d'utilité, et le bénéficiaire de la licence.

(4) Les stipulations du présent article ne portent pas atteinte aux dispositions de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

Article 18

Il est institué, pour les fins prévues à la présente section, un Comité d'arbitrage dont les membres sont désignés et dont le règlement est arrêté par le Conseil statuant sur proposition de la Cour de Justice.

Dans un délai d'un mois à compter de leur notification, les décisions du Comité d'arbitrage peuvent faire l'objet d'un recours suspensif des parties devant la Cour de Justice. Le contrôle de la Cour de Justice ne peut porter que sur la régularité formelle de la décision, et sur l'interprétation donnée par le Comité d'arbitrage aux dispositions du présent Traité.

Les décisions définitives du Comité d'arbitrage ont entre les parties intéressées force de chose jugée. Elles ont force exécutoire dans les conditions fixées à l'article 164.

Article 19

Lorsque, à défaut d'accord amiable, la Commission se propose d'obtenir la concession de licences dans un cas prévu à l'article 17, elle en avise le titulaire du brevet, prévu à l'article 17, elle en avise le titulaire du brevet, le titre de protection provisoire, modèle d'utilité ou de la demande de brevet, et mentionne dans son avis le bénéficiaire et l'étendue de la licence.

Article 20

Le titulaire peut, dans un délai d'un mois à compter de la réception de l'avis mentionné à l'article 19, proposer à la Commission, et le cas échéant au tiers bénéficiaire, de conclure un compromis à l'effet de saisir le Comité d'arbitrage.

- ii) non siano coperti, per quanto riguarda tale invenzione, i bisogni determinati dallo sviluppo dell'energia nucleare sui territori di uno Stato membro ove un'invenzione è protetta, in base al concetto che di tale sviluppo si fa la Commissione;
- iii) non sia stato ottemperato da parte del titolare all'invito di soddisfare, direttamente o per il tramite dei suoi concessionari, a tali bisogni;
- iv) sia possibile, da parte delle persone o imprese beneficiarie, soddisfare effettivamente a questi bisogni mediante lo sfruttamento dell'invenzione.

In mancanza di preventiva richiesta della Commissione, gli Stati membri non possono adottare, per questi stessi bisogni, alcuna misura coercitiva prevista dalla loro legislazione nazionale e che abbia per effetto di limitare la protezione accordata all'invenzione.

(2) La concessione di una licenza d'uso non esclusivo alle condizioni previste dal paragrafo precedente non può essere ottenuta quando il titolare faccia valere l'esistenza di un motivo legittimo, e in particolare il fatto di non aver potuto disporre di un termine adeguato.

(3) La concessione di una licenza in applicazione del paragrafo 1 dà diritto a un indennizzo completo, il cui ammontare deve essere convenuto fra il titolare del brevetto, del titolo di protezione temporanea o modello d'utilità, e il beneficiario della licenza d'uso.

(4) Quanto stipulato dal presente articolo lascia impregiudicate le disposizioni della Convenzione di Parigi per la tutela della proprietà industriale.

Articolo 18

A fini previsti dalla presente sezione, è istituito un Collegio arbitrale il cui regolamento è stabilito ed i cui membri vengono designati dal Consiglio, che delibera su proposta della Corte di Giustizia.

Nel termine di un mese dalla loro notificazione, le decisioni del Collegio arbitrale possono formare oggetto di ricorso sospensivo delle parti alle Corti di Giustizia. Il controllo della Corte di Giustizia può vertere unicamente sulla regolarità formale della decisione, e sulla interpretazione data dal Collegio arbitrale alle disposizioni del presente Trattato.

Le decisioni definitive del Collegio arbitrale hanno forza di cosa giudicata tra le parti interessate e sono esecutive alle condizioni fissate dall'articolo 164.

Articolo 19

Qualora, in mancanza di accordo per trattativa privata, la Commissione si proponga di ottenere la concessione di licenze d'uso in uno dei casi previsti dall'articolo 17, ne dà comunicazione al titolare del brevetto, del titolo di protezione temporanea, del modello d'utilità o della domanda di brevetto, e specifica nella sua comunicazione il beneficiario e l'estensione della licenza.

Articolo 20

Nel termine di un mese dal ricevimento della comunicazione di cui all'articolo 19, il titolare può proporre alla Commissione, ed eventualmente al terzo beneficiario, di concludere un compromesso al fine di demandare la decisione al Collegio arbitrale.

ii) in de behoeften, welke voortvloeien uit de ontwikkeling van de kernenergie binnen het grondgebied van een Lid-Staat, waar een uitvinding wordt beschermd, zoals de Commissie deze ontwikkeling opvat, niet wordt voorzien voor wat deze uitvinding betreft;

iii) een verzoek is gedaan aan de octrooihouder om zelf of door zijn licentiehouders in die behoeften te voorzien, doch door hem aan dat verzoek geen gevolg is gegeven;

iv) de gegadigde personen of ondernemingen in staat zijn daadwerkelijk door hun exploitatie in die behoeften te voorzien.

Zonder voorafgaand verzoek van de Commissie kunnen de Lid-Staten, om in die zelfde behoeften te voorzien, geen enkele in hun nationale wetgeving opgenomen dwangmaatregel nemen, die beperking van de bescherming van de uitvinding tot gevolg heeft.

(2) De verlening van een niet-uitsluitende licentie onder de in het vorige lid bedoelde voorwaarden kan niet geschieden, indien de octrooihouder het bestaan van een wettige reden aantoot en met name de omstandigheid dat hij niet over een voldoende termijn heeft beschikt.

(3) De verlening van een licentie krachtens lid 1 geeft recht op een volledige vergoeding, waarvan het bedrag moet worden overeengekomen tussen de houder van het octrooi, van het voorlopig bescherminggevend recht of van het gebruiksmodel en de licentiehouder.

(4) De bepalingen van dit artikel doen geen afbreuk aan de bepalingen van het Unieverdrag van Parijs tot de bescherming van de industriële eigendom.

Artikel 18

Voor de in deze afdeling gestelde doeleinden wordt een Arbitrage-Commissie ingesteld, waarvan de leden worden benoemd en waarvan het reglement wordt vastgesteld door de Raad, op voorstel van het Hof van Justitie.

Binnen een maand na de kennisgeving staat tegen de beslissingen van de Arbitrage-Commissie voor partijen beroep met schorsende werking open bij het Hof van Justitie. Het onderzoek van het Hof van Justitie kan slechts betrekking hebben op de formele regelmatigheid van de beslissing en op de door de Arbitrage-Commissie aan de bepalingen van dit Verdrag gegeven uitlegging.

De eindbeslissingen van de Arbitrage-Commissie hebben voor de betrokken partijen kracht van gewijsde. Zij zijn uitvoerbaar onder de in artikel 164 gestelde voorwaarden.

Artikel 19

Wanneer, bij gebreke van een minnelijke schikking, de Commissie in een geval als bedoeld in artikel 17 verlening van licenties wenst te verkrijgen, geeft zij daarvan bericht aan de houder van het octrooi, het voorlopig bescherminggevend recht, het gebruiksmodel of de octrooi-aanvraag onder gelijkzijdige vermelding van de gegadigde en de omvang van de licentie.

Artikel 20

De houder kan binnen een maand na ontvangst van het in artikel 19 genoemde bericht, aan de Commissie en in voorkomende gevallen aan de gegadigde derde, voorstellen een compromis te sluiten met het doel, zich tot de Arbitrage-Commissie te wenden.

Lehnt die Kommission oder der Lizenzantragsteller den Abschluß eines solchen Schiedsvertrags ab, so kann die Kommission den Mitgliedstaat oder seine zuständigen Stellen nicht ersuchen, die Lizenz zu erteilen oder erteilen zu lassen.

Stellt der auf Grund eines Schiedsvertrags angerufene Schiedsausschuß fest, daß das Ersuchen der Kommission den Bestimmungen des Artikels 17 entspricht, so erläßt er eine mit Gründen versehene Entscheidung, welche die Lizenzerteilung zugunsten des Lizenzantragstellers beinhaltet und in der die Bedingungen und die Vergütung für die Lizenz festgesetzt werden, soweit sich die Parteien hierüber nicht geeinigt haben.

Artikel 21

Schlägt der Inhaber nicht vor, den Schiedsausschuß anzurufen, so kann die Kommission den betreffenden Mitgliedstaat oder seine zuständigen Stellen ersuchen, die Lizenz zu erteilen oder erteilen zu lassen.

Sind der Mitgliedstaat — oder seine zuständigen Stellen — nach Anhörung des Inhabers der Auffassung, daß die Voraussetzungen des Artikels 17 nicht erfüllt sind, so teilen sie der Kommission mit, daß sie es ablehnen, die Lizenz zu erteilen oder erteilen zu lassen.

Lehnen sie es ab, die Lizenz zu erteilen oder erteilen zu lassen, oder äußern sie sich binnen vier Monaten nach dem Ersuchen nicht zur Frage der Lizenzerteilung, so kann die Kommission binnen zwei Monaten den Gerichtshof anrufen.

Der Inhaber wird in dem Verfahren vor dem Gerichtshof gehört.

Wird in dem Urteil des Gerichtshofes festgestellt, daß die Voraussetzungen des Artikels 17 erfüllt sind, so sind der betreffende Mitgliedstaat oder seine zuständigen Stellen verpflichtet, die zur Vollstreckung dieses Urteils erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 22

(1) Können sich der Inhaber des Patents, des vorläufig geschützten Rechts oder des Gebrauchsmusters und der Lizenznehmer über die Höhe der Entschädigung nicht einigen, so können die Beteiligten einen Schiedsvertrag schließen, der die Zuständigkeit des Schiedsausschusses begründet.

Die Parteien verzichten damit auf jede Klage; Artikel 18 bleibt unberührt.

(2) Lehnt der Lizenznehmer den Abschluß eines Schiedsvertrags ab, so gilt die Lizenzerteilung als nichtig.

Lehnt der Inhaber den Abschluß eines Schiedsvertrags ab, so wird die in diesem Artikel vorgesehene Entschädigung von den zuständigen innerstaatlichen Stellen festgesetzt.

Artikel 23

Nach Ablauf eines Jahres können die Entscheidungen des Schiedsausschusses oder der zuständigen innerstaatlichen Stellen hinsichtlich der Lizenzbedingungen überprüft werden, soweit neue Tatsachen dies rechtfertigen.

Die Überprüfung obliegt der Stelle, welche die Entscheidung erlassen hat.

Si la Commission ou le tiers bénéficiaire refuse la conclusion d'un compromis, la Commission ne peut requérir l'État membre ou ses instances compétentes de concéder ou faire concéder la licence.

Si le Comité d'arbitrage, saisi par le compromis, reconnaît la conformité de la requête de la Commission aux dispositions de l'article 17, il rend une décision motivée emportant concession de licence en faveur du bénéficiaire, et fixant les conditions et la rémunération de celle-ci dans la mesure où les parties ne se sont pas mises d'accord à ce sujet.

Article 21

Lorsque le titulaire ne propose pas de saisir le Comité d'arbitrage, la Commission peut requérir l'État membre intéressé ou ses instances compétentes de concéder ou faire concéder la licence.

Si l'État membre, ou ses instances compétentes, estime, le titulaire entendu, que les conditions prévues à l'article 17 ne sont pas remplies, il notifie à la Commission son refus de concéder ou faire concéder la licence.

S'il refuse de concéder ou faire concéder la licence, ou ne fournit dans un délai de quatre mois à compter de la requête aucune explication quant à la concession de la licence, la Commission dispose d'un délai de deux mois pour saisir la Cour de Justice.

Le titulaire doit être entendu dans la procédure devant la Cour de Justice.

Si l'arrêt de la Cour de Justice constate que les conditions prévues à l'article 17 sont remplies, l'État membre intéressé, ou ses instances compétentes, est tenu de prendre les mesures que comporte l'exécution de cet arrêt.

Article 22

(1) A défaut d'accord sur le montant de l'indemnisation, entre le titulaire du brevet, titre de protection provisoire ou modèle d'utilité et le bénéficiaire de la licence, les intéressés peuvent conclure un compromis à l'effet de saisir le Comité d'arbitrage.

Les parties renoncent de ce fait à tout recours, à l'exception de celui visé à l'article 18.

(2) Si le bénéficiaire refuse la conclusion d'un compromis, la licence dont il a bénéficié est réputée nulle.

Si le titulaire refuse la conclusion d'un compromis, l'indemnisation prévue au présent article est fixée par les instances nationales compétentes.

Article 23

Les décisions du Comité d'arbitrage ou des instances nationales compétentes sont, après l'expiration d'un délai d'un an et pour autant que des faits nouveaux le justifient, susceptibles de révision en ce qui concerne les conditions de la licence.

La révision incombe à l'instance dont émane la décision.

Se la Commissione o il terzo beneficiario rifiuta di concludere un compromesso, la Commissione non può richiedere allo Stato membro o ai suoi organi competenti di concedere o far concedere la licenza d'uso.

Se il Collegio arbitrale, cui è demandata per compromesso la richiesta della Commissione, la riconosce conforme alle disposizioni dell'articolo 17, esso emette una decisione motivata che importa concessione di licenza a favore del beneficiario e fissa le condizioni e la remunerazione della licenza stessa, semprechè le parti non si siano già accordate in merito.

Articolo 21

Quando il titolare non propone di rivolgersi al Collegio arbitrale, la Commissione può richiedere allo Stato membro interessato o ai suoi organi competenti di concedere o far concedere la licenza d'uso.

Qualora lo Stato membro o i suoi organi competenti non ravvisino, previa audizione del titolare, l'esistenza delle condizioni previste dall'articolo 17, notificano alle Commissioni il loro rifiuto di concedere o far concedere la licenza.

Ove essi rifiutino di concedere o far concedere la licenza, ovvero non forniscano alcuna spiegazione in merito alla concessione della licenza entro quattro mesi dalla richiesta, la Commissione dispone di un termine di due mesi per adire la Corte di Giustizia.

Il titolare deve essere udito nella fase procedurale dinanzi alla Corte di Giustizia.

Se la sentenza della Corte di Giustizia constata l'esistenza delle condizioni previste dall'articolo 17, lo Stato membro interessato, o i suoi organi competenti, sono tenuti ad adottare le misure richieste dall'esecuzione della sentenza.

Articolo 22

(1) In caso di mancato accordo sull'ammontare dell'indennizzo fra il titolare del brevetto, del titolo di protezione temporanea o modello d'utilità e il beneficiario della licenza d'uso, gli interessati possono concludere un compromesso al fine di demandare la decisione al Collegio arbitrale.

Le parti rinunciano per ciò stesso a qualsiasi ricorso, fatto salvo il ricorso di cui all'articolo 18.

(2) Se il beneficiario rifiuta la conclusione di un compromesso, la licenza di cui ha beneficiato è considerata nulla.

Se il titolare rifiuta la conclusione di un compromesso, l'indennizzo previsto dal presente articolo è fissato dagli organi nazionali competenti.

Articolo 23

Trascorso il termine di un anno e semprechè nuove circostanze lo giustificino, le decisioni del Collegio arbitrale o degli organi nazionali competenti possono essere soggette a revisione per quanto concerne le condizioni della licenza d'uso.

La revisione spetta all'organo da cui emana la decisione.

Indien de Commissie of de gegadigde derde weigert een compromis te sluiten, kan de Commissie de Lid-Staat of zijn bevoegde instanties niet verzoeken de licentie te verlenen of te doen verlenen.

Indien de Arbitrage-Commissie, waaraan het geschil krachtens het compromis is voorgelegd, erkent dat het verzoek van de Commissie in overeenstemming is met de bepalingen van artikel 17, doet zij een met redenen omklede uitspraak, die verlenging van de licentie aan de gegadigde medebrengt en waarbij de voorwaarden en vergoeding voor deze licentie worden vastgesteld, voor zover partijen daaromtrent niet tot overeenstemming zijn gekomen.

Artikel 21

Wanneer de houder niet voorstelt het geschil aan de Arbitrage-Commissie voor te leggen, kan de Commissie de betrokken Lid-Staat of zijn bevoegde instanties verzoeken de licentie te verlenen of te doen verlenen.

Indien de Lid-Staat of zijn bevoegde instanties, de houder gehoord, van mening zijn dat niet is voldaan aan de in artikel 17 gestelde voorwaarden, geeft de Lid-Staat aan de Commissie kennis van zijn weigering de licentie te verlenen of te doen verlenen.

Indien hij weigert de licentie te verlenen of te doen verlenen of binnen vier maanden na het verzoek geen toelichting verstrekt ten aanzien van het verlenen van de licentie, kan de Commissie zich binnen twee maanden tot het Hof van Justitie wenden.

De octrooihouder moet worden gehoord in het geding voor het Hof van Justitie.

Indien het arrest van het Hof van Justitie vaststelt, dat aan de in artikel 17 gestelde voorwaarden is voldaan, zijn de betrokken Lid-Staat of zijn bevoegde instanties gehouden de nodige maatregelen te nemen om dit arrest ten uitvoer te leggen.

Artikel 22

(1) Bij gebreke van overeenstemming over het bedrag der vergoeding tussen de houder van het octrooi, van het voorlopig bescherminggevend recht of van het gebruiksmodel en de licentiehouders, kunnen de betrokkenen een compromis sluiten met het doel zich tot de Arbitrage-Commissie te wenden.

Partijen zien hierdoor af van elk beroep, met uitzondering van dat bedoeld in artikel 18.

(2) Indien de licentiehouders weigert een compromis te sluiten, wordt de hem verleende licentie nietig geacht.

Indien de houder van het octrooi, van het bescherminggevend recht of van het gebruiksmodel weigert een compromis te sluiten, wordt de in dit artikel bedoelde vergoeding door de bevoegde nationale instanties vastgesteld.

Artikel 23

De beslissingen van de Arbitrage-Commissie of van de bevoegde nationale instanties kunnen, wat de licentievoorwaarden betreft, na één jaar worden herzien, voor zover nieuwe feiten dit rechtvaardigen.

De herziening dient te geschieden door de instantie waarvan de beslissing uitgaat.

Abschnitt III

Bestimmungen über die Geheimhaltung

Artikel 24

Die von der Gemeinschaft in Durchführung ihres Forschungsprogramms erworbenen Kenntnisse, deren Preisgabe den Verteidigungsinteressen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten schaden kann, werden unter Geheimschutz gestellt; hierbei gelten folgende Bestimmungen:

1. Auf Vorschlag der Kommission beschließt der Rat eine Verschlusssachen-Verordnung, die unter Berücksichtigung dieses Artikels die verschiedenen zur Anwendung gelangenden Geheimschutzgrade und die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen festlegt.
2. Die Kommission stuft die Kenntnisse, deren Preisgabe nach ihrer Ansicht den Verteidigungsinteressen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten schaden kann, vorläufig in den hierfür in der Verschlusssachen-Verordnung vorgesehenen Geheimschutzgrad ein.

Sie teilt den Mitgliedstaaten diese Kenntnisse unverzüglich mit; diese stellen den Geheimschutz vorläufig in der gleichen Weise sicher.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission binnen drei Monaten mit, ob sie den vorläufig angewandten Geheimschutzgrad beibehalten, durch einen anderen ersetzen oder den Geheimschutz aufheben wollen.

Nach Ablauf dieser Frist gelangt der strengste der beantragten Geheimschutzgrade zur Anwendung. Die Kommission zeigt dies den Mitgliedstaaten an.

Auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaates kann der Rat jederzeit einstimmig die Anwendung eines anderen Geheimschutzgrades oder die Aufhebung des Geheimschutzes beschließen. Vor der Beschlußfassung über den Antrag eines Mitgliedstaates holt der Rat die Stellungnahme der Kommission ein.

3. Die Artikel 12 und 13 gelten nicht für die in einen Geheimschutzgrad eingestuftten Kenntnisse.

Vorbehaltlich der Beachtung der anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen

- a) kann die Kommission jedoch die in den Artikeln 12 und 13 bezeichneten Kenntnisse mitteilen:
 - i) einem gemeinsamen Unternehmen,
 - ii) einer Person oder einem nicht gemeinsamen Unternehmen durch Vermittlung des Mitgliedstaates, in dessen Hoheitsgebieten diese Person oder dieses Unternehmen tätig ist;
- b) kann ein Mitgliedstaat die in Artikel 13 bezeichneten Kenntnisse einer Person oder einem nicht gemeinsamen Unternehmen, die in seinen Hoheitsgebieten tätig sind, mitteilen; die Mitteilung ist der Kommission anzuzeigen;
- c) ist ferner jeder Mitgliedstaat berechtigt, von der Kommission für seine eigenen Bedürfnisse oder diejenigen einer Person oder eines Unternehmens, die in seinen Hoheitsgebieten tätig sind, die Erteilung einer Lizenz gemäß Artikel 12 zu verlangen.

Section III

Dispositions concernant le secret

Article 24

Les connaissances, acquises par la Communauté grâce à l'exécution de son programme de recherches, dont la divulgation est susceptible de nuire aux intérêts de la défense d'un ou plusieurs États membres, sont soumises à un régime de secret dans les conditions suivantes.

1. Un règlement de sécurité adopté par le Conseil sur proposition de la Commission, fixe, compte tenu des dispositions du présent article, les différents régimes de secret applicables et les mesures de sûreté à mettre en œuvre pour chacun d'eux.
2. La Commission doit soumettre provisoirement au régime de secret prévu à cet effet par le règlement de sécurité les connaissances dont elle estime que la divulgation est susceptible de nuire aux intérêts de la défense d'un ou plusieurs États membres.

Elle communique immédiatement ces connaissances aux États membres qui sont tenus d'en assurer provisoirement le secret dans les mêmes conditions.

Dans un délai de trois mois les États membres font connaître à la Commission s'ils désirent maintenir le régime provisoirement appliqué, y substituer un autre régime ou lever le secret.

Le plus sévère des régimes ainsi demandés est appliqué à l'expiration de ce délai. La Commission en donne notification aux États membres.

Sur demande de la Commission, ou d'un État membre, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut à tout moment appliquer un autre régime ou lever le secret. Le Conseil prend l'avis de la Commission avant de se prononcer sur la demande d'un État membre.

3. Les dispositions des articles 12 et 13 ne sont pas applicables aux connaissances soumises à un régime de secret

Toutefois, sous réserve que les mesures de sûreté applicables soient respectées,

- a) les connaissances visées aux articles 12 et 13 peuvent être communiquées par la Commission:
 - i) à une Entreprise commune,
 - ii) à une personne ou à une entreprise autre qu'une Entreprise commune par l'intermédiaire de l'État membre sur les territoires duquel elle exerce son activité,
- b) les connaissances visées à l'article 13 peuvent être communiquées par un État membre à une personne ou à une entreprise, autre qu'une Entreprise commune, exerçant son activité sur les territoires de cet État, sous réserve de notifier cette communication à la Commission,
- c) en outre, chaque État membre a le droit d'exiger de la Commission, pour ses besoins propres ou pour ceux d'une personne ou entreprise exerçant son activité sur les territoires de cet État, la concession d'une licence conformément à l'article 12.

Sezione III

Disposizioni relative al segreto

Articolo 24

Le cognizioni, acquisite dalla Comunità grazie all'esecuzione del suo programma di ricerche e la cui divulgazione è suscettibile di nuocere agli interessi della difesa di uno o di più Stati membri, sono sottoposte a un regime di segretezza alle condizioni seguenti:

1. Un regolamento di sicurezza adottato dal Consiglio su proposta della Commissione stabilisce, avuto riguardo alle disposizioni del presente articolo, i differenti regimi di segretezza applicabili e le misure di sicurezza da attuare per ciascuno di essi.
2. La Commissione deve provvisoriamente sottoporre al regime di segretezza, all'uopo previsto dal regolamento di sicurezza, le cognizioni la cui divulgazione sia da essa reputata suscettibile di nuocere agli interessi della difesa di uno o più Stati membri.

La Commissione comunica immediatamente tali cognizioni agli Stati membri, che sono tenuti ad assicurarne provvisoriamente la segretezza alle stesse condizioni.

Entro un termine di tre mesi gli Stati membri rendono edotta la Commissione del loro desiderio di mantenere il regime provvisoriamente applicato, oppure di sostituirvi un altro regime o di abolire il regime di segretezza.

Allo spirare del termine viene applicato il più rigoroso dei regimi così domandati. La Commissione provvede a darne notificazione agli Stati membri.

A richiesta della Commissione o di uno Stato membro, il Consiglio, con deliberazione unanime, può in qualsiasi momento applicare un diverso regime o abolire il regime di segretezza. Il Consiglio domanda il parere della Commissione prima di pronunciarsi sulla richiesta di uno Stato membro.

3. Le disposizioni degli articoli 12 e 13 non sono applicabili alle cognizioni soggette a un regime di segretezza.

Tuttavia, fatta salva l'osservanza delle misure di sicurezza applicabili,

- a) le cognizioni di cui agli articoli 12 e 13 possono essere comunicate dalla Commissione:
 - i) a una Impresa comune,
 - ii) a una persona o a una impresa, che non sia una Impresa comune, per il tramite dello Stato membro sui territori del quale essa svolge la sua attività,
- b) le cognizioni di cui all'articolo 13 possono essere comunicate da uno Stato membro a una persona o a una impresa, che non sia un'Impresa comune, svolgenti la propria attività sui territori di tale Stato, a condizione di notificare la comunicazione alla Commissione,
- c) inoltre, ciascuno Stato membro ha il diritto di esigere della Commissione per i suoi propri bisogni o per quelli di una persona o impresa svolgenti la propria attività sui territori dello Stato stesso, la concessione di una licenza d'uso, conformemente all'articolo 12.

Afdeling III

Bepalingen betreffende de geheimhouding

Artikel 24

De kennis, welke de Gemeenschap dank zij de uitvoering van haar onderzoek-programma heeft verkregen en waarvan de openbaarmaking de defensiebelangen van een of meer Lid-Staten zou kunnen schaden, wordt onderworpen aan een stelsel van geheimhouding volgens de volgende bepalingen:

1. Een beveiligingsverordening, die wordt aangenomen door de Raad op voorstel van de Commissie, stelt, met inachtneming van de bepalingen van dit artikel, de verschillende toepasselijke stelsels van geheimhouding en de voor elk daarvan te nemen beveiligingsmaatregelen vast.
2. De Commissie moet de kennis, waarvan de openbaarmaking naar haar oordeel de defensiebelangen van een of meer Lid-Staten zou kunnen schaden, voorlopig onderwerpen aan het daarvoor in de beveiligingsverordening voorgeschreven stelsel van geheimhouding.

Zij deelt deze kennis onmiddellijk mede aan de Lid-Staten, die verplicht zijn voorlopig de geheimhouding daarvan te waarborgen onder dezelfde voorwaarden.

Binnen drie maanden doen de Lid-Staten aan de Commissie weten of zij het voorlopig toegepaste stelsel wensen te handhaven, het door een ander stelsel wensen te vervangen of de geheimhouding wensen op te heffen.

Na het verstrijken van deze termijn wordt het strengste van de aldus gevraagde stelsels toegepast. De Commissie geeft hiervan kennis aan de Lid-Staten.

Op verzoek van de Commissie of van een Lid-Staat kan de Raad met eenparigheid van stemmen te allen tijde een ander stelsel toepassen of de geheimhouding opheffen. De Raad wint het advies van de Commissie in alvorens zich uit te spreken over het verzoek van een Lid-Staat.

3. De bepalingen van de artikelen 12 en 13 zijn niet van toepassing op de kennis die aan een stelsel van geheimhouding is onderworpen.

Echter onder voorbehoud dat de toepasselijke beveiligingsmaatregelen in acht genomen worden,

- a) kan de in de artikelen 12 en 13 bedoelde kennis door de Commissie worden medegedeeld:
 - i) aan een Gemeenschappelijke Onderneming,
 - ii) aan een persoon of een andere dan een Gemeenschappelijke Onderneming door bemiddeling van de Lid-Staat op welks grondgebied zij werkzaam zijn;
- b) kan de in artikel 13 bedoelde kennis door een Lid-Staat worden medegedeeld aan een persoon of aan een andere dan een Gemeenschappelijke Onderneming, die werkzaam is op het grondgebied van die Staat, onder voorbehoud dat van deze mededeling aan de Commissie kennis wordt geleverd;
- c) heeft elke Lid-Staat bovendien het recht, van de Commissie de verlening van een licentie overeenkomstig artikel 12 te eisen, voor zijn eigen behoeften of voor die van een persoon of onderneming, welke werkzaam zijn op het grondgebied van deze Staat.

Artikel 25

(1) Teilt ein Mitgliedstaat das Bestehen oder den Inhalt einer Patent- oder Gebrauchsmusteranmeldung mit, die einen in Artikel 16 Absatz (1) oder (2) bezeichneten Gegenstand betrifft, so weist er gegebenenfalls auf die Notwendigkeit hin, diese Anmeldung aus Verteidigungsgründen in den von ihm angegebenen Geheimschutzgrad einzustufen; hierbei teilt er die voraussichtliche Dauer des Geheimschutzes mit.

Die Kommission leitet alle Mitteilungen, die sie gemäß dem vorstehenden Unterabsatz erhält, an die anderen Mitgliedstaaten weiter. Die Kommission und die Mitgliedstaaten beachten die Vorkehrungen, welche der von dem Ursprungsstaat verlangte Geheimschutzgrad nach der Verschlusssachen-Verordnung erfordert.

(2) Die Kommission kann diese Mitteilungen ferner an die gemeinsamen Unternehmen oder durch Vermittlung eines Mitgliedstaates an eine Person oder ein nicht gemeinsames Unternehmen weiterleiten, die in den Hoheitsgebieten dieses Staates tätig sind.

Die Erfindungen, die Gegenstand der in Absatz (1) genannten Anmeldungen sind, können nur mit Zustimmung des Anmelders oder nach Maßgabe der Artikel 17 bis 23 genutzt werden.

Die Mitteilungen und gegebenenfalls die Nutzung nach Maßgabe des vorliegenden Absatzes unterliegen den Maßnahmen, die der von dem Ursprungsstaat verlangte Geheimschutzgrad gemäß der Verschlusssachen-Verordnung erfordert.

Die Mitteilungen bedürfen in allen Fällen der Zustimmung des Ursprungsstaates. Die Mitteilung und die Nutzung können nur aus Verteidigungsgründen verweigert werden.

(3) Der Rat kann jederzeit auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaates einstimmig die Anwendung eines anderen Geheimschutzgrades oder die Aufhebung des Geheimschutzes beschließen. Vor der Beschlußfassung über den Antrag eines Mitgliedstaates holt der Rat die Stellungnahme der Kommission ein.

Artikel 26

(1) Werden Kenntnisse, die Gegenstand von Patenten, Patentanmeldungen, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Gebrauchsmusteranmeldungen sind, nach Maßgabe der Artikel 24 und 25 unter Geheimschutz gestellt, so können Staaten, welche die Anwendung des Geheimschutzes beantragt haben, die Genehmigung zu entsprechenden Anmeldungen in den anderen Mitgliedstaaten nicht verweigern.

Jeder Mitgliedstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, damit derartige Rechte und Anmeldungen nach dem in seinen innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Verfahren weiterhin unter Geheimschutz bleiben.

(2) Die gemäß Artikel 24 unter Geheimschutz gestellten Kenntnisse können nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten Gegenstand von Anmeldungen außerhalb dieser Staaten werden. Nehmen diese Staaten nicht Stellung, so gilt die Zustimmung nach Ablauf von sechs Monaten, nachdem die Kommission den Mitgliedstaaten diese Kenntnisse übermittelt hat, als erteilt.

Artikel 27

Der Ersatz des Schadens, der dem Anmelder durch die Stellung unter Geheimschutz aus Verteidigungsgründen erwächst, unterliegt den Rechtsvorschriften der Mitglied-

Article 25

(1) L'État membre qui communique l'existence ou le contenu d'une demande de brevet ou de modèle d'utilité portant sur un objet visé à l'article 16 paragraphe (1) ou (2), notifie le cas échéant la nécessité de soumettre cette demande, pour des raisons de défense, au régime de secret qu'il indique, en précisant la durée probable de ce dernier.

La Commission transmet aux autres États membres l'ensemble des communications qu'elle reçoit en exécution de l'alinéa précédent. La Commission et les États membres sont tenus de respecter les mesures qu'implique, aux termes du règlement de sécurité, le régime de secret requis par l'État d'origine.

(2) La Commission peut également transmettre ces communications, soit aux Entreprises communes, soit, par l'intermédiaire d'un État membre, à une personne ou à une entreprise autre qu'une Entreprise commune qui exerce son activité sur les territoires de cet État.

Les inventions qui font l'objet des demandes visées au paragraphe (1) ne peuvent être utilisées qu'avec l'accord du demandeur, ou conformément aux dispositions des articles 17 à 23 inclus.

Les communications et, le cas échéant, l'utilisation visées au présent paragraphe sont soumises aux mesures qu'implique, aux termes du règlement de sécurité, le régime de secret requis par l'État d'origine.

Elles sont, dans tous les cas, subordonnées au consentement de l'État d'origine. Les refus de communication et d'utilisation ne peuvent être motivés que par des raisons de défense.

(3) Sur demande de la Commission ou d'un État membre, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut à tout moment appliquer un autre régime ou lever le secret. Le Conseil prend l'avis de la Commission avant de se prononcer sur la demande d'un État membre.

Article 26

(1) Lorsque des connaissances faisant l'objet de brevets, demandes de brevet, titres de protection provisoire, modèles d'utilité ou demandes de modèle d'utilité sont mises au secret conformément aux dispositions des articles 24 et 25, les États qui ont demandé l'application de ce régime ne peuvent refuser l'autorisation de déposer des demandes correspondantes dans les autres États membres.

Chaque État membre prend les mesures nécessaires pour que de tels titres et demandes soient maintenus au secret selon la procédure prévue par ses dispositions législatives et réglementaires nationales.

(2) Les connaissances mises au secret conformément à l'article 24, ne peuvent faire l'objet de dépôts en dehors des États membres qu'avec le consentement unanime de ces derniers. A défaut d'une prise de position de ces États, ce consentement est réputé acquis à l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date de communication de ces connaissances par la Commission aux États membres.

Article 27

L'indemnisation du préjudice subi par le demandeur, du fait de la mise au secret pour des raisons de défense, est soumise aux dispositions des lois nationales des États

Articolo 25

(1) Lo Stato membro che comunica l'esistenza o il contenuto di una domanda di brevetto o di modello d'utilità relativi a un oggetto contemplato dall'articolo 16, paragrafo 1 o 2, notifica eventualmente la necessità di sottoporre tale domanda, per ragioni attinenti alla difesa, al regime di segretezza che indica, precisando la durata probabile del regime stesso.

La Commissione trasmette agli altri Stati membri l'insieme delle comunicazioni che riceve in esecuzione del comma precedente. La Commissione e gli Stati membri sono tenuti ad osservare le misure inerenti, a termini del regolamento di sicurezza, al regime di segretezza richiesto dallo Stato di origine.

(2) La Commissione può egualmente trasmettere tali comunicazioni sia alle Imprese comuni, sia, per il tramite di uno Stato membro, a una persona o a una impresa, che non sia un'impresa comune, svolgenti la propria attività sul territorio dello Stato stesso.

Le invenzioni, che costituiscono l'oggetto delle domande di cui al paragrafo 1, possono essere utilizzate soltanto con il consenso del richiedente, ovvero conformemente alle disposizioni degli articoli 17 ai 23 incluso.

Le comunicazioni ed eventualmente l'utilizzazione di cui al presente paragrafo sono soggette alle misure inerenti, a termini del regolamento di sicurezza, al regime di segretezza richiesto dallo Stato di origine.

Esse sono, in tutti i casi, subordinate al consenso dello Stato d'origine. Tale consenso non può essere rifiutato che per ragioni attinenti alla difesa.

(3) A richiesta della Commissione o di uno Stato membro, il Consiglio, con deliberazione unanime, può in qualsiasi momento applicare un diverso regime o abolire il regime di segretezza. Il Consiglio domanda il parere della Commissione prima di pronunciarsi sulla domanda di uno Stato membro.

Articolo 26

(1) Quando delle cognizioni oggetto di brevetti, domande di brevetto, titoli di protezione temporanea, modelli di utilità o domande di modello di utilità, sono sottoposte al vincolo di segretezza, conformemente alle disposizioni degli articoli 24 e 25, gli Stati che hanno chiesto l'applicazione di tale regime non possono rifiutare l'autorizzazione al deposito di domande corrispondenti negli altri Stati membri.

Ciascuno Stato membro adotta le misure necessarie per garantire la segretezza di tali titoli e domande, secondo la procedura prevista dalle sue disposizioni legislative e regolamentari nazionali.

(2) Le cognizioni sottoposte al vincolo di segretezza, conformemente all'articolo 24, possono formare l'oggetto di depositi all'esterno degli Stati membri soltanto con il loro consenso unanime. Il consenso, in mancanza di presa di posizione di questi Stati, si considera acquisito allo spirare di un termine di sei mesi dalla data dell'avvenuta comunicazione di tali cognizioni agli Stati membri da parte della Commissione.

Articolo 27

L'indennizzo del pregiudizio subito dal richiedente in conseguenza del vincolo di segretezza imposto per ragioni attinenti alla difesa, è regolato dalle disposizioni legis-

Artikel 25

(1) De Lid-Staat, die mededeling doet van het bestaan of van de inhoud van een aanvraag om octrooi of om gebruiksmodel betreffende een in artikel 16, lid 1 of 2 bedoeld onderwerp, geeft in voorkomend geval kennis van de noodzaak deze aanvraag om defensieredenen te onderwerpen aan het stelsel van geheimhouding, dat deze Staat aanwijst onder vermelding van de vermoedelijke duur daarvan.

De Commissie geeft aan de overige Lid-Staten alle mededelingen door welke zij krachtens de voorgaande alinea heeft verkregen. De Commissie en de Lid-Staten zijn gehouden de maatregelen, welke krachtens de bepalingen van de beveiligingsverordening voortvloeien uit het stelsel van geheimhouding, dat door de Staat van oorsprong wordt verlangd, in acht te nemen.

(2) De Commissie kan deze mededelingen eveneens doorgeven, hetzij aan de Gemeenschappelijke Ondernemingen hetzij, door bemiddeling van een Lid-Staat, aan een persoon of aan een andere dan een Gemeenschappelijke Onderneming, die werkzaam is op het grondgebied van die Staat.

De uitvindingen waarop de in lid 1 bedoelde aanvragen betrekking hebben, kunnen niet dan met toestemming van de aanvrager of overeenkomstig de bepalingen der artikelen 17 tot en met 23 worden toegepast.

De mededelingen en, in voorkomend geval, de toepassing bedoeld in dit lid zijn onderworpen aan de maatregelen, welke krachtens de beveiligingsverordening voortvloeien uit het door de Staat van oorsprong verlangde stelsel van geheimhouding.

Zij behoeven in alle gevallen de toestemming van de Staat van oorsprong. Mededeling en toepassing kunnen slechts om defensieredenen worden geweigerd.

(3) Op verzoek van de Commissie of van een Lid-Staat kan de Raad, te allen tijde, met eenparigheid van stemmen een ander stelsel toepassen of de geheimhouding opheffen. De Raad wint het advies van de Commissie in, alvorens zich uit te spreken over het verzoek van een Lid-Staat.

Artikel 26

(1) Wanneer kennis welke het onderwerp is van octrooien, octrooi-aanvragen, voorlopig bescherminggevend rechten, gebruiksmodellen of aanvragen om gebruiksmodel aan geheimhouding wordt onderworpen overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 24 en 25, kunnen de Staten die de toepassing van dit stelsel gevraagd hebben, niet weigeren hun toestemming te geven om overeenkomstige aanvragen in de overige Lid-Staten in te dienen.

Elke Lid-Staat neemt de nodige maatregelen om de geheimhouding van dergelijke rechten en aanvragen te waarborgen volgens de procedure, voorgeschreven door de nationale wetten en bestuursrechtelijke bepalingen van die Staat.

(2) De overeenkomstig artikel 24 aan geheimhouding onderworpen kennis kan niet dan met algemene instemming van de Lid-Staten in aanmerking komen voor indiening van aanvragen buiten die Staten. Spreken die Staten zich niet uit, dan wordt deze instemming geacht verkregen te zijn, zes maanden na de datum waarop de Commissie deze kennis medegedeeld heeft aan de Lid-Staten.

Artikel 27

De vergoeding van de schade welke de aanvrager heeft geleden uit hoofde van de geheimverklaring om defensieredenen, is onderworpen aan de bepalingen van de

staaten; er fällt dem Staat zur Last, der die Stellung unter Geheimschutz beantragt, oder entweder eine Verschärfung oder eine Verlängerung des Geheimschutzes oder das Verbot der Anmeldung außerhalb der Gemeinschaft erwirkt hat.

Haben mehrere Mitgliedstaaten eine Verschärfung oder Verlängerung des Geheimschutzes oder das Verbot der Anmeldung außerhalb der Gemeinschaft erwirkt, so haben sie für den aus ihrem Antrag erwachsenen Schaden gesamtschuldnerisch aufzukommen.

Die Gemeinschaft kann keine Schadensersatzansprüche auf Grund dieses Artikels geltend machen.

Abschnitt IV

Besondere Bestimmungen

Artikel 28

Werden Patent- oder Gebrauchsmusteranmeldungen, die noch nicht veröffentlicht sind, oder Patente oder Gebrauchsmuster, die aus Verteidigungsgründen geheimgehalten werden, infolge ihrer Mitteilung an die Kommission unbefugt genutzt oder einem Unbefugten bekannt, so ersetzt die Gemeinschaft dem Berechtigten den hieraus entstehenden Schaden.

Der Schadensersatzanspruch der Berechtigten gegen Dritte geht unbeschadet der eigenen Ansprüche der Gemeinschaft gegen den Urheber des Schadens auf die Gemeinschaft über, soweit sie diesen ersetzt. Das Recht der Gemeinschaft, gegen den Urheber des Schadens nach den geltenden allgemeinen Vorschriften vorzugehen, bleibt unberührt.

Artikel 29

Alle Abkommen oder Verträge über den Austausch von wissenschaftlichen oder gewerblichen Kenntnissen auf dem Kerngebiet zwischen einem Mitgliedstaat oder einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits sind von der Kommission zu schließen, falls sie bei einer Partei die Unterzeichnung durch einen Staat in Ausübung seiner Hoheitsrechte erfordern.

Die Kommission kann jedoch einen Mitgliedstaat oder eine Person oder ein Unternehmen ermächtigen, derartige Abkommen unter den von ihr als angemessen erachteten Voraussetzungen vorbehaltlich der Artikel 103 und 104 selbst zu schließen.

KAPITEL III

Der Gesundheitsschutz

Artikel 30

In der Gemeinschaft werden Grundnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen festgesetzt.

Unter Grundnormen sind zu verstehen:

- a) die zulässigen Höchstdosen, die ausreichende Sicherheit gewähren,
- b) die Höchstgrenze für die Aussetzung gegenüber schädlichen Einflüssen und für schädlichen Befall,
- c) die Grundsätze für die ärztliche Überwachung der Arbeitskräfte.

membres, et incombe à l'État qui a demandé la mise au secret ou qui a provoqué, soit l'aggravation ou la prolongation du secret, soit l'interdiction du dépôt en dehors de la Communauté.

Au cas où plusieurs États membres ont provoqué, soit l'aggravation ou la prolongation du secret, soit l'interdiction du dépôt en dehors de la Communauté, ils sont tenus de réparer solidairement le préjudice résultant de leur demande.

La Communauté ne peut prétendre à aucune indemnisation au titre du présent article.

Section IV

Dispositions particulières

Article 28

Au cas où, du fait de leur communication à la Commission, des demandes de brevet ou de modèle d'utilité non encore publiés, ou des brevets ou modèles d'utilité tenus secrets pour des raisons de défense, sont utilisés indûment ou viennent à la connaissance d'un tiers non autorisé, la Communauté est tenue de réparer le dommage subi par l'intéressé.

La Communauté, sans préjudice de ses propres droits contre l'auteur, est subrogée aux intéressés dans l'exercice de leurs droits de recours contre les tiers, dans la mesure où elle a supporté la réparation du dommage. Il n'est pas dérogé au droit de la Communauté d'agir, conformément aux dispositions générales en vigueur, contre l'auteur du préjudice.

Article 29

Tout accord ou contrat ayant pour objet un échange de connaissances scientifiques ou industrielles en matière nucléaire, entre un État membre, une personne ou une entreprise, et un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, qui requerrait de part ou d'autre la signature d'un État agissant dans l'exercice de sa souveraineté, doit être conclu par la Commission.

Toutefois, la Commission peut autoriser un État membre, une personne ou une entreprise, à conclure de tels accords, aux conditions qu'elle juge appropriées, sous réserve de l'application des dispositions des articles 103 et 104.

CHAPITRE III

La protection sanitaire

Article 30

Des normes de base relatives à la protection sanitaire de la population et des travailleurs contre les dangers résultant des radiations ionisantes sont instituées dans la Communauté.

On entend par normes de base:

- a) les doses maxima admissibles avec une sécurité suffisante,
- b) les expositions et contaminations maxima admissibles,
- c) les principes fondamentaux de surveillance médicale des travailleurs.

lative nazionali degli Stati membri, e incombe allo Stato che ha richiesto il vincolo di segretezza ovvero che ha provocato sia l'inasprimento o il prolungamento del vincolo stesso, sia il divieto di deposito all'esterno della Comunità.

Qualora più Stati membri abbiano provocato, sia l'inasprimento o il prolungamento del vincolo di segretezza, sia il divieto di deposito all'esterno della Comunità, essi sono tenuti in solido a riparare il pregiudizio cagionato dalla loro richiesta.

La Comunità non può pretendere alcun indennizzo a mente del presente articolo.

Sezione IV

Disposizioni particolari

Articolo 28

Qualora, per effetto della loro comunicazione alla Commissione, domande di brevetti o di modelli d'utilità non ancora pubblicate, oppure brevetti o modelli d'utilità mantenuti segreti per ragioni attinenti alla difesa, siano utilizzati indebitamente o vengano a conoscenza di un terzo non autorizzato, la Comunità è tenuta a risarcire il danno subito dall'interessato.

La Comunità, senza pregiudizio dei propri diritti nei confronti dell'autore, è surrogata agli interessati nell'esercizio del loro diritto di ricorso contro terzi, nella misura in cui abbia sopportato il risarcimento del danno. Non vi è deroga al diritto della Comunità di agire, conformemente alle disposizioni generali in vigore, contro l'autore del pregiudizio.

Articolo 29

Qualsiasi accordo o contratto avente per oggetto uno scambio di cognizioni scientifiche o industriali in materia nucleare, tra uno Stato membro, una persona o un'impresa e uno Stato terzo, un'organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, nei casi in cui richiederebbe da una parte o dall'altra la firma di uno Stato che agisce nell'esercizio della sua sovranità, deve essere concluso dalla Commissione.

Tuttavia, la Commissione può autorizzare uno Stato membro, una persona o un'impresa a concludere accordi di tale natura, alle condizioni che essa giudica appropriate, fatta salva l'applicazione del disposto degli articoli 103 e 104.

CAPO III

Protezione sanitaria

Articolo 30

Sono istituite nella Comunità norme fondamentali relative alla protezione sanitaria della popolazione e dei lavoratori contro i pericoli derivanti dalle radiazioni ionizzanti.

Per norme fondamentali s'intendono:

- a) le dosi massime ammissibili con un sufficiente margine di sicurezza;
- b) le esposizioni e contaminazioni massime ammissibili;
- c) i principi fondamentali di sorveglianza sanitaria dei lavoratori.

nationale wetten der Lid-Staten en komt ten laste van de Staat die de geheimverklaring gevraagd heeft, of die hetzij de verzwaring of de verlenging van de geheimhouding, hetzij het verbod van indiening van aanvragen buiten de Gemeenschap uitgelokt heeft.

Wanneer meer Staten hetzij de verzwaring of de verlenging van de geheimhouding, hetzij het verbod tot indiening van aanvragen buiten de Gemeenschap hebben uitgelokt, zijn zij voor de uit hun verzoek voortvloeiende schade hoofdelijk aansprakelijk.

De Gemeenschap kan uit hoofde van dit artikel geen aanspraak maken op enige vergoeding.

Afdeling IV

Bijzondere bepalingen

Artikel 28

Indien nog niet gepubliceerde aanvragen om octrooi of gebruiksmodel, of octrooien of gebruiksmodellen welke geheim gehouden worden om defensieredenen ten gevolge van een mededeling aan de Commissie onrechtmatig worden toegepast of ter kennis van een niet bevoegde derde komen, is de Gemeenschap gehouden de door de betrokkene geleden schade te vergoeden.

Onverminderd haar eigen rechten tegen de veroorzaker van de schade, treedt de Gemeenschap in de rechten op verhaal van belanghebbenden tegenover derden, voor zover zij de schade heeft vergoed. Het recht van de Gemeenschap om, overeenkomstig de van kracht zijnde algemene bepalingen, op de treden tegen de veroorzaker, blijft onverlet.

Artikel 29

Elk akkoord of contract, dat uitwisseling van wetenschappelijke of industriële kennis op het gebied van de kernenergie ten doel heeft tussen een Lid-Staat, een persoon of een onderneming enerzijds en een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat anderzijds, waarvoor van één van beide zijden de ondertekening door een Staat, handelende in de uitoefening van zijn soevereiniteit, vereist is, moet door de Commissie worden gesloten.

De Commissie kan echter een Lid-Staat, een persoon of een onderneming machtigen, onder door haar passend geachte voorwaarden, dergelijke akkoorden te sluiten onder voorbehoud, dat de bepalingen van de artikelen 103 en 104 worden toegepast.

HOOFDSTUK III

Bescherming van de gezondheid

Artikel 30

Voor de bescherming van de gezondheid der bevolking en der werknemers tegen de aan ioniserende straling verbonden gevaren worden binnen de Gemeenschap basisnormen vastgesteld.

Onder basisnormen wordt verstaan:

- a) de met voldoende veiligheid maximaal toelaatbare doses,
- b) de maximaal toelaatbare bestraling en besmetting.
- c) de grondbeginselen van het medisch toezicht op de werknemers.

Artikel 31

Die Grundnormen werden von der Kommission nach Stellungnahme einer Gruppe von Persönlichkeiten ausgearbeitet, die der Ausschuß für Wissenschaft und Technik aus wissenschaftlichen Sachverständigen der Mitgliedstaaten, insbesondere aus Sachverständigen für Volksgesundheit, ernennt. Die Kommission holt zu den in dieser Weise ausgearbeiteten Grundnormen die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses ein.

Nach Anhörung der Versammlung legt der Rat die Grundnormen auf Vorschlag der Kommission, die ihm die von ihr eingeholten Stellungnahmen der Ausschüsse zuleitet, mit qualifizierter Mehrheit fest.

Artikel 32

Die Grundnormen können auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaates nach dem Verfahren des Artikels 31 überprüft oder ergänzt werden.

Die Kommission hat jeden von einem Mitgliedstaat gestellten Antrag zu prüfen.

Artikel 33

Jeder Mitgliedstaat erläßt die geeigneten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um die Beachtung der festgesetzten Grundnormen sicherzustellen, und trifft die für den Unterricht, die Erziehung und Berufsausbildung erforderlichen Maßnahmen.

Die Kommission erläßt die geeigneten Empfehlungen, um die auf diesem Gebiet in den Mitgliedstaaten geltenden Bestimmungen miteinander in Einklang zu bringen.

Zu diesem Zweck haben die Mitgliedstaaten der Kommission diese Bestimmungen nach dem Stande im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags sowie die späteren Entwürfe gleichartiger Bestimmungen bekanntzugeben.

Etwaige Empfehlungen der Kommission zu diesen Entwürfen sind innerhalb von drei Monaten nach deren Mitteilung zu erlassen.

Artikel 34

Jeder Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet besonders gefährliche Versuche stattfinden sollen, ist verpflichtet, zusätzliche Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz zu treffen; er hat hierzu vorher die Stellungnahme der Kommission einzuholen.

Besteht die Möglichkeit, daß sich die Auswirkungen der Versuche auf die Hoheitsgebiete anderer Mitgliedstaaten erstrecken, so ist die Zustimmung der Kommission erforderlich.

Artikel 35

Jeder Mitgliedstaat schafft die notwendigen Einrichtungen zur ständigen Überwachung des Gehalts der Luft, des Wassers und des Bodens an Radioaktivität sowie zur Überwachung der Einhaltung der Grundnormen.

Die Kommission hat Zugang zu diesen Überwachungseinrichtungen; sie kann ihre Arbeitsweise und Wirksamkeit nachprüfen.

Artikel 36

Die Auskünfte über die in Artikel 35 genannten Überwachungsmaßnahmen sind der Kommission von den zuständigen Behörden regelmäßig zu übermitteln, damit die Kommission ständig über den Gehalt an Radioaktivität unterrichtet ist, dem die Bevölkerung ausgesetzt ist.

Article 31

Les normes de base sont élaborées par la Commission, après avis d'un groupe de personnalités désignées par le Comité scientifique et technique parmi les experts scientifiques des États membres, notamment parmi les experts en matière de santé publique. La Commission demande sur les normes de base ainsi élaborées l'avis du Comité économique et social.

Après consultation de l'Assemblée, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission qui lui transmet les avis des Comités recueillis par elle, fixe les normes de base.

Article 32

A la demande de la Commission ou d'un État membre, les normes de base peuvent être révisées ou complétées suivant la procédure définie à l'article 31.

La Commission est tenue d'instruire toute demande formulée par un État membre.

Article 33

Chaque État membre établit les dispositions législatives, réglementaires et administratives propres à assurer le respect des normes de base fixées, et prend les mesures nécessaires en ce qui concerne l'enseignement, l'éducation et la formation professionnelle.

La Commission fait toutes recommandations en vue d'assurer l'harmonisation des dispositions applicables à cet égard dans les États membres.

A cet effet, les États membres sont tenus de communiquer à la Commission ces dispositions telles qu'elles sont applicables lors de l'entrée en vigueur du présent Traité, ainsi que les projets ultérieurs de dispositions de même nature.

Les recommandations éventuelles de la Commission qui concernent les projets de dispositions doivent être faites dans un délai de trois mois à compter de la communication de ces projets.

Article 34

Tout État membre sur les territoires duquel doivent avoir lieu des expériences particulièrement dangereuses, est tenu de prendre des dispositions supplémentaires de protection sanitaire sur lesquelles il recueille préalablement l'avis de la Commission.

L'avis conforme de la Commission est nécessaire lorsque les effets de ces expériences sont susceptibles d'affecter les territoires des autres États membres.

Article 35

Chaque État membre établit les installations nécessaires pour effectuer le contrôle permanent du taux de la radioactivité de l'atmosphère, des eaux et du sol, ainsi que le contrôle du respect des normes de base.

La Commission a le droit d'accéder à ces installations de contrôle; elle peut en vérifier le fonctionnement et l'efficacité.

Article 36

Les renseignements concernant les contrôles visés à l'article 35 sont communiqués régulièrement par les autorités compétentes à la Commission, afin que celle-ci soit tenue au courant du taux de la radioactivité susceptible d'exercer une influence sur la population.

Articolo 31

Le norme fondamentali vengono elaborate dalla Commissione, previo parere di un gruppo di personalità designate dal Comitato scientifico e tecnico tra gli esperti scientifici degli Stati membri, particolarmente tra quelli versati in materia di sanità pubblica. La Commissione domanda il parere del Comitato economico e sociale sulle norme fondamentali così elaborate.

Dopo consultazione dell'Assemblea, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione che gli trasmette i pareri dei Comitati da essa raccolti, stabilisce le norme fondamentali.

Articolo 32

A richiesta della Commissione o di uno Stato membro, le norme fondamentali possono essere rivedute o completate secondo la procedura definita dall'articolo 31.

La Commissione è tenuta a istruire qualsiasi domanda formulata da uno Stato membro.

Articolo 33

Ciascuno Stato membro stabilisce le disposizioni legislative, regolamentari e amministrative atte a garantire l'osservanza delle norme fondamentali fissate, e adotta le misure necessarie per quanto riguarda l'insegnamento, l'educazione e la formazione professionale.

La Commissione formula tutte le raccomandazioni intese ad assicurare l'armonizzazione delle disposizioni applicabili in materia negli Stati membri.

A tal fine, gli Stati membri sono tenuti a comunicare alla Commissione sia le disposizioni applicabili al momento dell'entrata in vigore del presente Trattato sia gli ulteriori progetti di disposizioni di ugual natura.

Le eventuali raccomandazioni della Commissione in merito ai progetti di disposizioni devono essere effettuate nel termine di tre mesi dall'avvenuta comunicazione dei progetti stessi.

Articolo 34

Ciascuno Stato membro, nei territori del quale devono effettuarsi degli esperimenti particolarmente pericolosi, è tenuto ad adottare disposizioni supplementari di protezione sanitaria, dopo aver preventivamente domandato in merito il parere della Commissione.

Il parere conforme della Commissione è obbligatorio quando gli effetti di tali esperimenti siano suscettibili di ripercuotersi sui territori degli altri Stati membri.

Articolo 35

Ciascuno Stato membro provvede agli impianti necessari per effettuare il controllo permanente del grado di radioattività dell'atmosfera, delle acque e del suolo, come anche al controllo sull'osservanza delle norme fondamentali.

La Commissione ha il diritto di accedere agli impianti di controllo e può verificarne il funzionamento e l'efficienza.

Articolo 36

Le informazioni relative ai controlli contemplati dall'articolo 35 sono regolarmente comunicate dalle autorità competenti alla Commissione, per renderla edotta del grado di radioattività di cui la popolazione possa eventualmente risentire.

Artikel 31

De basisnormen worden voorbereid door de Commissie, na advies van een groep personen, aangewezen door het Wetenschappelijk en Technisch Comité uit wetenschappelijke deskundigen van de Lid-Staten, met name uit de deskundigen op het gebied van de volksgezondheid. De Commissie vraagt over de aldus voorbereide basisnormen het advies van het Economisch en Sociaal Comité.

Na raadpleging van de Vergadering stelt de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de basisnormen vast op voorstel van de Commissie, die hem de adviezen doorgeeft welke zij bij de Comités heeft ingewonnen.

Artikel 32

Op verzoek van de Commissie of van een Lid-Staat kunnen de basisnormen worden herzien of aangevuld volgens de in artikel 31 bepaalde procedure.

De Commissie moet ieder door een Lid-Staat ingediend verzoek in behandeling nemen.

Artikel 33

Elke Lid-Staat vaardigt passende wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen uit om de vastgestelde basisnormen te doen naleven en neemt de nodige maatregelen met betrekking tot het onderwijs, de opvoeding en de beroepsopleiding.

De Commissie doet alle aanbevelingen om de te dien aanzien in de Lid-Staten toepasselijke bepalingen met elkander in overeenstemming te brengen.

Hiertoe moeten de Lid-Staten deze bepalingen, zoals zij van toepassing zijn bij de inwerkingtreding van dit Verdrag, alsmede de latere ontwerp-bepalingen van gelijke aard aan de Commissie mededelen.

De eventuele aanbevelingen van de Commissie, die betrekking hebben op de ontwerp-bepalingen, moeten worden gedaan binnen drie maanden na de mededeling van deze ontwerpen.

Artikel 34

Elke Lid-Staat op wiens grondgebied bijzonder gevaarlijke proefnemingen moeten plaatsvinden, is verplicht aanvullende maatregelen te treffen voor de bescherming van de gezondheid, omtrent welke hij vooraf het advies van de Commissie inwint.

De instemming van de Commissie is noodzakelijk, indien de gevolgen van deze proefnemingen zich kunnen doen gevoelen op het grondgebied van de andere Lid-Staten.

Artikel 35

Elke Lid-Staat richt de nodige installaties op, om een voortdurende controle uit te oefenen op de radioactiviteit van de lucht, het water en de bodem, evenals om controle uit te oefenen op de inachtneming van de basisnormen.

De Commissie heeft toegang tot deze controle-installaties; zij kan de werking en de doeltreffendheid van deze installaties nagaan.

Artikel 36

De inlichtingen betreffende de in artikel 35 bedoelde controle worden door de bevoegde autoriteiten regelmatig aan de Commissie medegedeeld, ten einde deze op de hoogte te houden van de mate van radioactiviteit, die van invloed kan zijn op de bevolking.

Artikel 37

Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, der Kommission über jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Stoffe aller Art die allgemeinen Angaben zu übermitteln, auf Grund deren festgestellt werden kann, ob die Durchführung dieses Plans eine radioaktive Verseuchung des Wassers, des Bodens oder des Luftraums eines anderen Mitgliedstaates verursachen kann.

Die Kommission gibt nach Anhörung der in Artikel 31 genannten Sachverständigengruppe innerhalb einer Frist von sechs Monaten ihre Stellungnahme ab.

Artikel 38

Die Kommission richtet an die Mitgliedstaaten Empfehlungen über den radioaktiven Gehalt der Luft, des Wassers und des Bodens.

In dringenden Fällen erläßt die Kommission eine Richtlinie, mit der sie dem betreffenden Mitgliedstaat aufgibt, innerhalb einer von ihr festgesetzten Frist alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine Überschreitung der Grundnormen zu vermeiden und die Beachtung der Vorschriften zu gewährleisten.

Kommt der Staat innerhalb der festgesetzten Frist der Richtlinie der Kommission nicht nach, so kann diese oder jeder beteiligte Mitgliedstaat in Abweichung von den Artikeln 141 und 142 unmittelbar den Gerichtshof anrufen.

Artikel 39

Die Kommission errichtet im Rahmen der Gemeinsamen Kernforschungsstelle unmittelbar nach deren Gründung eine Studien- und Dokumentationsabteilung für Fragen des Gesundheitsschutzes.

Die Aufgabe dieser Abteilung besteht vor allem darin, die in den Artikeln 33, 37 und 38 genannten Unterlagen und Auskünfte zusammenzustellen und die Kommission bei der Erfüllung der ihr durch dieses Kapitel übertragenen Aufgaben zu unterstützen.

KAPITEL IV

Investitionen

Artikel 40

Um die Initiative der Personen und Unternehmen anzuregen und eine abgestimmte Entwicklung ihrer Investitionen auf dem Kerngebiet zu erleichtern, veröffentlicht die Kommission in regelmäßigen Abständen hinweisende Programme, insbesondere hinsichtlich der Ziele für die Erzeugung von Kernenergie und der im Hinblick hierauf erforderlichen Investitionen aller Art.

Vor der Veröffentlichung holt die Kommission die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu diesen Programmen ein.

Artikel 41

Personen und Unternehmen, die zu den in Anhang II dieses Vertrags genannten Industriezweigen gehören, haben der Kommission Investitionsvorhaben für neue Anlagen sowie für Ersatzanlagen oder Umstellungen anzuzeigen; Art und Umfang der anzuzeigenden Vorhaben bestimmen sich nach Merkmalen, die der Rat auf Vorschlag der Kommission festlegt.

Die Liste der vorgenannten Industriezweige kann vom Rat auf Vorschlag der Kommission, die zuvor die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses einholt, mit qualifizierter Mehrheit geändert werden.

Article 37

Chaque État membre est tenu de fournir à la Commission les données générales de tout projet de rejet d'effluents radioactifs sous n'importe quelle forme, permettant de déterminer si la mise en œuvre de ce projet est susceptible d'entraîner une contamination radioactive des eaux, du sol ou de l'espace aérien d'un autre État membre.

La Commission, après consultation du groupe d'experts visé à l'article 31, émet son avis dans un délai de six mois.

Article 38

La Commission adresse aux États membres toutes recommandations en ce qui concerne le taux de radioactivité de l'atmosphère, des eaux et du sol.

En cas d'urgence, la Commission arrête une directive par laquelle elle enjoint à l'État membre en cause de prendre, dans le délai qu'elle détermine, toutes les mesures nécessaires pour éviter un dépassement des normes de base et pour assurer le respect des réglementations.

Si cet État ne se conforme pas, dans le délai imparti, à la directive de la Commission, celle-ci ou tout État membre intéressé peut, par dérogation aux articles 141 et 142, saisir immédiatement la Cour de Justice.

Article 39

La Commission établit dans le cadre du Centre commun de recherches nucléaires, et dès la création de celui-ci, une section de documentation et d'études des questions de protection sanitaire.

Cette section a notamment pour mission de rassembler la documentation et les renseignements visés aux articles 33, 37 et 38, et d'assister la Commission dans l'exécution des tâches qui lui sont imparties par le présent chapitre.

CHAPITRE IV

Les investissements

Article 40

Afin de susciter l'initiative des personnes et entreprises et de faciliter un développement coordonné de leurs investissements dans le domaine nucléaire, la Commission publie périodiquement des programmes de caractère indicatif portant notamment sur des objectifs de production d'énergie nucléaire et sur les investissements de toute nature qu'implique leur réalisation.

La Commission demande l'avis du Comité économique et social sur ces programmes, préalablement à leur publication.

Article 41

Les personnes et entreprises relevant des secteurs industriels énumérés à l'Annexe II du présent Traité sont tenues de communiquer à la Commission les projets d'investissement concernant les installations nouvelles ainsi que les remplacements ou transformations répondant aux critères de nature et d'importance définis par le Conseil, statuant sur proposition de la Commission.

La liste des secteurs industriels visée ci-dessus peut être modifiée par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission qui demande préalablement l'avis du Comité économique et social.

Articolo 37

Ciascuno Stato membro è tenuto a fornire alla Commissione i dati generali di qualsiasi progetto relativo allo smaltimento di residui radioattivi, sotto qualsiasi forma, per consentire di determinare se la realizzazione di tale progetto sia suscettibile di provocare una contaminazione radioattiva delle acque, del suolo o dello spazio aereo di un altro Stato membro.

La Commissione, previa consultazione del gruppo di esperti previsto dall'articolo 31, esprime il suo parere entro un termine di sei mesi.

Articolo 38

La Commissione invia agli Stati membri tutte le raccomandazioni concernenti il grado di radioattività dell'atmosfera, delle acque e del suolo.

In caso di urgenza, la Commissione emana una direttiva con cui intima allo Stato membro in causa di adottare, nel termine che la Commissione stessa provvede a fissare, tutte le misure necessarie ad evitare un'infrangimento alle norme fondamentali e a garantire il rispetto delle disposizioni regolamentari.

Qualora lo Stato in causa non si conformi nel termine stabilito alla direttiva della Commissione, quest'ultima o qualsiasi Stato membro interessato può, in deroga agli articoli 141 e 142, adire immediatamente la Corte di Giustizia.

Articolo 39

La Commissione crea nell'ambito del Centro comune di ricerche nucleari, e non appena questo sia stato istituito, una sezione di studio e documentazione per i problemi di protezione sanitaria.

Tale sezione ha in particolare l'incarico di raccogliere la documentazione e le informazioni di cui agli articoli 33, 37 e 38, e di assistere la Commissione nell'esecuzione dei compiti che le sono affidati a norma del presente capo.

CAPO IV

Investimenti

Articolo 40

Per incoraggiare l'iniziativa di persone e di imprese e agevolare uno sviluppo coordinato dei loro investimenti nel campo nucleare, la Commissione pubblica periodicamente dei programmi a carattere indicativo, riguardanti in particolare obiettivi di produzione di energia nucleare e gli investimenti di qualsiasi natura richiesti dalla loro realizzazione.

La Commissione domanda il parere del Comitato economico e sociale su tali programmi, prima della loro pubblicazione.

Articolo 41

Le persone e imprese appartenenti ai settori industriali enumerati nell'allegato II del presente Trattato hanno l'obbligo di comunicare alla Commissione i progetti d'investimenti concernenti i nuovi impianti nonché le sostituzioni o trasformazioni rispondenti ai criteri relativi alla natura e all'entità definiti dal Consiglio, che delibera su proposta della Commissione.

L'elenco dei settori industriali summenzionato può essere modificato dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, la quale domanda preventivamente il parere del Comitato economico e sociale.

Artikel 37

Iedere Lid-Staat is gehouden, aan de Commissie de algemene gegevens te verstrekken van elk plan voor de lozing van radioactieve afvalstoffen, in welke vorm ook, om vast te kunnen stellen of de uitvoering van dat plan een radioactieve besmetting van het water, de bodem of het luchtruim van een andere Lid-Staat tengevolge zou kunnen hebben.

De Commissie brengt, na raadpleging van de in artikel 31 bedoelde groep van deskundigen, binnen zes maanden haar advies uit.

Artikel 38

De Commissie richt tot de Lid-Staten alle aanbevelingen over de mate van radioactiviteit van de lucht, het water en de bodem.

In spoedeisende gevallen stelt de Commissie een richtlijn vast, waarbij zij de betrokken Lid-Staat gelast, binnen een door haar gestelde termijn alle nodige maatregelen te treffen, om een overschrijding van de basisnormen te voorkomen en de naleving van de voorschriften te verzekeren.

Indien die Staat binnen de gestelde termijn de richtlijn van de Commissie niet volgt, kan deze of elke betrokken Lid-Staat, in afwijking van de artikelen 141 en 142, de zaak onmiddellijk bij het Hof van Justitie aanhangig maken.

Artikel 39

In het kader van het Gemeenschappelijk Centrum voor Onderzoek op het gebied van de Kernenergie richt de Commissie, zodra dit Centrum is gesticht, een afdeling op voor documentatie en studie van vraagstukken betreffende de bescherming van de volksgezondheid.

Deze afdeling heeft in het bijzonder de opdracht de in de artikelen 33, 37 en 38 bedoelde gegevens en inlichtingen te verzamelen en de Commissie bij de uitvoering van de haar in dit hoofdstuk opgedragen taak bij te staan.

HOOFDSTUK IV

Investerings

Artikel 40

Ten einde het initiatief van personen en ondernemingen aan te wakkeren en een gecoördineerde ontwikkeling van hun investeringen op het gebied van de kernenergie te vergemakkelijken, publiceert de Commissie op gezette tijden programma's van indicatieve aard, die met name betrekking hebben op doeleinden van de productie van kernenergie en op de voor hun verwezenlijking nodige investeringen van welke aard ook.

Alvorens deze programma's te publiceren, wint de Commissie het advies in van het Economisch en Sociaal Comité.

Artikel 41

De personen en ondernemingen, die behoren tot de takken van industrie genoemd in bijlage II van dit Verdrag, zijn gehouden aan de Commissie mededeling te doen van de investeringsprojecten voor nieuwe installaties, alsmede voor vervanging of verbouwing, welke naar aard en omvang beantwoorden aan de criteria door de Raad op voorstel van de Commissie vastgesteld.

De lijst der bovenbedoelde takken van industrie kan door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen worden gewijzigd op voorstel van de Commissie, die vooraf het advies van het Economisch en Sociaal Comité inwint.

Artikel 42

Die in Artikel 41 bezeichneten Vorhaben sind der Kommission sowie zur Unterrichtung dem betreffenden Mitgliedstaat spätestens drei Monate vor Abschluß der ersten Lieferverträge oder, falls die Arbeiten mit Eigenmitteln des Unternehmens durchgeführt werden sollen, spätestens drei Monate vor Beginn der Arbeiten mitzuteilen.

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission eine Änderung dieser Frist beschließen.

Artikel 43

Die Kommission erörtert mit den Personen oder Unternehmen alle Gesichtspunkte der Investitionsvorhaben, die mit den Zielen dieses Vertrags in Zusammenhang stehen.

Sie teilt ihre Auffassung dem beteiligten Mitgliedstaat mit.

Artikel 44

Die Kommission kann die ihr mitgeteilten Investitionsvorhaben mit Zustimmung der beteiligten Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen veröffentlichen.

KAPITEL V

Gemeinsame Unternehmen

Artikel 45

Unternehmen, die für die Entwicklung der Kernindustrie in der Gemeinschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind, können als gemeinsame Unternehmen im Sinne dieses Vertrags nach Maßgabe der folgenden Artikel errichtet werden.

Artikel 46

(1) Jeder Plan zur Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens, der von der Kommission, einem Mitgliedstaat oder einer anderen Seite ausgeht, wird von der Kommission geprüft.

Hierzu holt die Kommission die Stellungnahme der Mitgliedstaaten sowie aller öffentlichen oder privaten Stellen ein, die nach ihrer Auffassung in der Lage sind, ihr Aufschlüsse zu erteilen.

(2) Die Kommission übermittelt dem Rat jeden Plan zur Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens mit ihrer begründeten Stellungnahme.

Bejaht sie die Notwendigkeit des geplanten gemeinsamen Unternehmens, so unterbreitet sie dem Rat Vorschläge über

- a) den Standort,
- b) die Satzung,
- c) den Umfang und die Zeitfolge der Finanzierung,
- d) die etwaige Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens,
- e) die etwaige Beteiligung eines dritten Staates, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder eines Angehörigen eines dritten Staates an der Finanzierung oder Geschäftsführung des gemeinsamen Unternehmens,
- f) die vollständige oder teilweise Gewährung der in Anhang III dieses Vertrags genannten Vergünstigungen.

Sie fügt einen eingehenden Bericht über den gesamten Plan bei.

Article 42

Les projets visés à l'article 41 doivent être communiqués à la Commission, et pour information à l'État membre intéressé, au plus tard trois mois avant la conclusion des premiers contrats avec les fournisseurs, ou trois mois avant le début des travaux si ceux-ci doivent être réalisés par les moyens propres de l'entreprise.

Le Conseil, statuant sur proposition de la Commission, peut modifier ce délai.

Article 43

La Commission discute avec les personnes ou entreprises tous les aspects des projets d'investissement qui se rattachent aux objectifs du présent Traité.

Elle communique son point de vue à l'État membre intéressé.

Article 44

Avec l'accord des États membres, des personnes et des entreprises intéressés, la Commission peut publier les projets d'investissement qui lui sont communiqués.

CHAPITRE V

Les Entreprises communes

Article 45

Les entreprises qui revêtent une importance primordiale pour le développement de l'industrie nucléaire dans la Communauté peuvent être constituées en Entreprises communes au sens du présent Traité, conformément aux dispositions des articles suivants.

Article 46

(1) Tout projet d'Entreprise commune, émanant de la Commission, d'un État membre ou de toute autre initiative, fait l'objet d'une enquête par la Commission.

A cette fin, la Commission prend l'avis des États membres, ainsi que de tout organisme public ou privé qu'elle juge susceptible de l'éclairer.

(2) La Commission transmet au Conseil, avec son avis motivé, tout projet d'Entreprise commune.

Si elle émet un avis favorable sur la nécessité de l'Entreprise commune envisagée, la Commission soumet au Conseil des propositions concernant:

- a) le lieu d'implantation,
- b) les statuts,
- c) le volume et le rythme du financement,
- d) la participation éventuelle de la Communauté au financement de l'Entreprise commune,
- e) la participation éventuelle d'un État tiers, d'une organisation internationale ou d'un ressortissant d'un État tiers au financement ou à la gestion de l'Entreprise commune,
- f) l'attribution de tout ou partie des avantages énumérés à l'Annexe III du présent Traité.

Elle joint un rapport détaillé sur l'ensemble du projet.

Articolo 42

I progetti di cui all'articolo 41 devono essere comunicati alla Commissione, e per informazione allo Stato membro interessato, al più tardi tre mesi prima della conclusione dei primi contratti con i fornitori, ovvero tre mesi prima dell'inizio dei lavori, quando questi debbano essere compiuti dall'impresa con mezzi propri.

Il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione, può modificare il termine suddetto.

Articolo 43

La Commissione discute con le persone o imprese tutti gli aspetti dei progetti d'investimenti connessi con gli obiettivi del presente Trattato.

Essa comunica il suo punto di vista allo Stato membro interessato.

Articolo 44

Con l'accordo degli Stati membri, delle persone e delle imprese interessate, la Commissione può pubblicare i progetti d'investimenti che le sono comunicati.

CAPO V

Imprese comuni

Articolo 45

Le imprese che rivestono fondamentale importanza per lo sviluppo dell'industria nucleare nella Comunità possono essere costituite in Imprese comuni ai sensi del presente Trattato, conformemente alle disposizioni degli articoli seguenti.

Articolo 46

(1) Qualsiasi progetto di Impresa comune, emanante dalla Commissione, da uno Stato membro o dovuto a qualsiasi altra iniziativa, è oggetto di un'indagine da parte della Commissione.

A tal fine, la Commissione domanda il parere degli Stati membri come di qualsiasi organismo pubblico o privato che essa giudichi idoneo ad illuminarla in proposito.

(2) La Commissione trasmette al Consiglio, accompagnandolo con il suo parere motivato, ogni progetto di Impresa comune.

Qualora la Commissione formuli parere favorevole circa la necessità del l'Impresa comune in causa, sottopone al Consiglio delle proposte concernenti:

- a) la località d'impianto,
- b) lo statuto,
- c) il volume e il ritmo del finanziamento,
- d) la partecipazione eventuale della Comunità al finanziamento dell'Impresa comune,
- e) la partecipazione eventuale di uno Stato terzo di una organizzazione internazionale o di un cittadino di uno Stato terzo al finanziamento o alla gestione dell'Impresa comune,
- f) l'attribuzione totale o parziale dei vantaggi enumerati nell'allegato III del presente Trattato.

La Commissione allega una relazione particolareggiata sull'insieme del progetto.

Artikel 42

Van de in artikel 41 bedoelde projecten moet mededeling worden gedaan aan de Commissie en, ter informatie, aan de betrokken Lid-Staat, en wel uiterlijk drie maanden vóór het afsluiten van de eerste contracten met de leveranciers of drie maanden vóór de aanvang der werkzaamheden, indien deze met eigen middelen van de onderneming moeten worden verricht.

De Raad kan op voorstel van de Commissie deze termijn wijzigen.

Artikel 43

De Commissie bespreekt met de personen of ondernemingen alle aspecten van de investeringsprojecten, welke in verband staan met de doelstellingen van dit Verdrag.

De Commissie deelt haar standpunt mede aan de betrokken Lid-Staat.

Artikel 44

De Commissie kan, met goedvinden van de betrokken Lid-Staten, personen en ondernemingen, de investeringsprojecten, die haar zijn medegedeeld, bekendmaken.

HOOFDSTUK V

Gemeenschappelijke Ondernemingen

Artikel 45

Ondernemingen welke van fundamenteel belang zijn voor de ontwikkeling van de industrie op het gebied van de kernenergie binnen de Gemeenschap, kunnen worden opgericht als Gemeenschappelijke Ondernemingen in de zin van dit Verdrag, overeenkomstig de bepalingen van de hiernavolgende artikelen.

Artikel 46

(1) Elk project voor een Gemeenschappelijke Onderneming, dat uitgaat van de Commissie, van een Lid-Staat, of voortvloeit uit enig ander initiatief, wordt door de Commissie aan een onderzoek onderworpen.

Hiertoe wint de Commissie het advies in van de Lid-Staten alsmede van elk openbaar of particulier lichaam, dat haar, naar haar oordeel, kan voorlichten.

(2) De Commissie geeft ieder project voor een Gemeenschappelijke Onderneming, tezamen met haar met redenen omkleed advies, aan de Raad door.

Indien zij een gunstig advies uitbrengt over de noodzakelijkheid van de beoogde Gemeenschappelijke Onderneming, doet de Commissie aan de Raad voorstellen betreffende:

- a) de vestigingsplaats,
- b) de statuten,
- c) de omvang en het ritme van de financiering,
- d) de eventuele deelneming van de Gemeenschap aan de financiering van de Gemeenschappelijke Onderneming,
- e) de eventuele deelneming van een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat aan de financiering of aan het beheer van de Gemeenschappelijke Onderneming,
- f) de toekenning van alle of van een gedeelte der in bijlage III van dit Verdrag genoemde gunsten.

Zij voegt daaraan een uitvoerig rapport toe over het gehele project.

Artikel 47

Hat die Kommission sich in dieser Weise an den Rat gewandt, so kann er sie um zusätzliche Auskünfte und Prüfungen ersuchen, soweit er diese als notwendig erachtet.

Ist der Rat mit qualifizierter Mehrheit der Auffassung, daß ein von der Kommission mit ablehnender Stellungnahme übermittelter Plan trotzdem durchzuführen ist, so hat die Kommission ihm die Vorschläge und den eingehenden Bericht gemäß Artikel 46 vorzulegen.

Im Fall einer günstigen Stellungnahme der Kommission oder im Fall des vorstehenden Unterabsatzes beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit über jeden Vorschlag der Kommission.

Jedoch ist Einstimmigkeit erforderlich hinsichtlich

- a) der Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens;
- b) der Beteiligung eines dritten Staates, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder eines Angehörigen eines dritten Staates an der Finanzierung oder Geschäftsführung des gemeinsamen Unternehmens.

Artikel 48

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission durch einstimmigen Beschluß die in Anhang III dieses Vertrags genannten Vergünstigungen auf jedes gemeinsame Unternehmen ganz oder teilweise in Anwendung bringen; jeder Mitgliedstaat ist alsdann in seinem Bereich zu deren Gewährung verpflichtet.

Der Rat kann nach demselben Verfahren die Bedingungen für die Gewährung dieser Vergünstigungen festlegen.

Artikel 49

Die Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens erfolgt durch Entscheidung des Rates.

Jedes gemeinsame Unternehmen hat Rechtspersönlichkeit.

Es hat in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die das jeweilige innerstaatliche Recht juristischen Personen zuerkennt; es kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie klagen und verklagt werden.

Soweit die Bestimmungen dieses Vertrags oder seine Satzung nichts anderes vorsehen, unterliegt jedes gemeinsame Unternehmen den für gewerbliche oder kaufmännische Unternehmen geltenden Vorschriften; die Satzung kann hilfsweise auf das innerstaatliche Recht der Mitgliedstaaten Bezug nehmen.

Soweit nicht nach den Bestimmungen dieses Vertrags der Gerichtshof zuständig ist, werden Streitigkeiten, bei denen gemeinsame Unternehmen beteiligt sind, durch die zuständigen innerstaatlichen Rechtsprechungsorgane entschieden.

Artikel 50

Die Satzungen der gemeinsamen Unternehmen werden gegebenenfalls nach den darin vorgesehenen besonderen Vorschriften geändert.

Diese Änderungen können jedoch erst in Kraft treten, nachdem sie auf Vorschlag der Kommission durch den Rat nach Maßgabe des Artikels 47 gebilligt worden sind.

Article 47

Le Conseil, saisi par la Commission, peut lui demander les compléments d'information et d'enquête qu'il jugerait nécessaires.

Si le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, estime qu'un projet transmis par la Commission avec un avis défavorable doit cependant être réalisé, la Commission est tenue de soumettre au Conseil les propositions et le rapport détaillé visés à l'article 46.

En cas d'avis favorable de la Commission ou dans le cas visé à l'alinéa précédent, le Conseil statue à la majorité qualifiée sur chaque proposition de la Commission.

Toutefois, le Conseil statue à l'unanimité en ce qui concerne:

- a) la participation de la Communauté au financement de l'Entreprise commune,
- b) la participation d'un Etat tiers, d'une organisation internationale ou d'un ressortissant d'un Etat tiers au financement ou à la gestion de l'Entreprise commune.

Article 48

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, peut rendre applicable à chaque Entreprise commune tout ou partie des avantages énumérés à l'Annexe III du présent Traité, dont les États membres sont tenus d'assurer l'application chacun en ce qui le concerne.

Le Conseil peut, suivant la même procédure, fixer les conditions auxquelles l'attribution de ces avantages est subordonnée.

Article 49

La constitution d'une Entreprise commune résulte de la décision du Conseil.

Chaque Entreprise commune a la personnalité juridique.

Dans chacun des États membres, elle jouit de la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales respectives; elle peut notamment acquérir et aliéner des biens mobiliers et immobiliers et ester en justice.

Sauf dispositions contraires du présent Traité ou de ses statuts, chaque Entreprise commune est soumise aux règles applicables aux entreprises industrielles ou commerciales; les statuts peuvent se référer à titre subsidiaire aux législations nationales des États membres.

Sous réserve des compétences attribuées à la Cour de Justice en vertu du présent Traité, les litiges intéressant les Entreprises communes sont tranchés par les juridictions nationales compétentes.

Article 50

Les statuts des Entreprises communes sont, le cas échéant, modifiés conformément aux dispositions particulières qu'ils prévoient à cet effet.

Toutefois, ces modifications ne peuvent entrer en vigueur qu'après avoir été approuvées par le Conseil, statuant dans les mêmes conditions qu'à l'article 47, sur proposition de la Commission.

Articolo 47

Il Consiglio, investito dalla Commissione, può richiedere i supplementi di informazioni e d'indagine che ritenga necessari.

Se il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata, ritiene che un progetto trasmesso dalla Commissione con parere sfavorevole debba essere nondimeno realizzato, la Commissione è tenuta a sottoporre al Consiglio le proposte e la relazione particolareggiata di cui all'articolo 46.

In caso di parere favorevole della Commissione, ovvero nel caso contemplato dal comma precedente, il Consiglio delibera a maggioranza qualificata sulle singole proposte della Commissione.

Tuttavia, il Consiglio delibera all'unanimità per quanto riguarda:

- a) la partecipazione della Comunità al finanziamento dell'Impresa comune,
- b) la partecipazione di uno Stato terzo, di una organizzazione internazionale o di un cittadino di uno Stato terzo al finanziamento o alla gestione dell'Impresa comune.

Articolo 48

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, può ammettere interamente o parzialmente ogni Impresa comune al beneficio dei vantaggi enumerati nell'allegato III del presente Trattato del quale gli Stati membri sono tenuti a garantire l'applicazione, ciascuno per la parte che lo riguarda.

Il Consiglio può, secondo la stessa procedura, fissare le condizioni alle quali è subordinata l'attribuzione di tali vantaggi.

Articolo 49

La costituzione di una Impresa comune risulta dalla decisione del Consiglio.

Ogni Impresa comune ha personalità giuridica.

In ciascuno degli Stati membri essa gode della più ampia capacità giuridica riconosciuta alle persone giuridiche dalle legislazioni nazionali rispettive; essa può in particolare acquistare ed alienare beni mobili e immobili e stare in giudizio.

Salvo contrarie disposizioni del presente Trattato o del proprio statuto, ogni Impresa comune è soggetta alle norme applicabili alle imprese industriali o commerciali; gli statuti possono richiamarsi in via sussidiaria alle legislazioni nazionali degli Stati membri.

Fatte salve le competenze attribuite alla Corte di Giustizia in virtù del presente Trattato, le controversie interessanti le Imprese comuni sono decise dalle competenti giurisdizioni nazionali.

Articolo 50

Gli statuti delle Imprese comuni sono, ove occorra, modificati conformemente alle disposizioni particolari da essi all'uopo previste.

Tuttavia, tali modificazioni non possono entrare in vigore che dopo approvazione del Consiglio, che delibera secondo le modalità di cui all'articolo 47 su proposta della Commissione.

Artikel 47

Wanneer de Commissie zich tot de Raad heeft gewend kan deze haar verzoeken om de nadere inlichtingen en het aanvullend onderzoek, die hij noodzakelijk acht.

Indien de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de mening uitspreekt dat een door de Commissie met een ongunstig advies doorgegeven project toch moet worden uitgevoerd, is de Commissie gehouden de voorstellen en het uitvoerig rapport, bedoeld in artikel 46, aan de Raad voor te leggen.

Bij gunstig advies van de Commissie of in het in de voorgaande alinea bedoelde geval, beslist de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen over ieder voorstel van de Commissie.

De Raad beslist echter met eenparigheid van stemmen over:

- a) de deelneming van de Gemeenschap aan de financiering van de Gemeenschappelijke Onderneming.
- b) de deelneming van een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat aan de financiering of aan het beheer van de Gemeenschappelijke Onderneming.

Artikel 48

De Raad kan met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie alle of een gedeelte van de in bijlage III van dit Verdrag genoemde gunsten van toepassing verklaren op iedere Gemeenschappelijke Onderneming; de Lid-Staten zijn, ieder wat hem betreft, gehouden de toepassing daarvan te verzekeren.

De Raad kan op dezelfde wijze de voorwaarden vaststellen, waaraan de toekenning van deze gunsten wordt verbonden.

Artikel 49

De oprichting van een Gemeenschappelijke Onderneming geschiedt ingevolge beschikking van de Raad.

Iedere Gemeenschappelijke Onderneming bezit rechtspersoonlijkheid.

In elke Lid-Staat heeft de Gemeenschappelijke Onderneming de ruimste handelingsbevoegdheid welke door de onderscheidene nationale wetgevingen aan rechtspersonen wordt toegekend; zij kan met name roerende en onroerende goederen verkrijgen en vervreemden en in rechte optreden.

Voor zover in dit Verdrag of in haar statuten niet anders is bepaald, valt elke Gemeenschappelijke Onderneming onder de voorschriften, welke van toepassing zijn op handels- en industriële ondernemingen; de statuten kunnen subsidiair verwijzen naar de nationale wetgevingen der Lid-Staten.

Onder voorbehoud van de krachtens dit Verdrag aan het Hof van Justitie verleende bevoegdheden worden de geschillen, waarbij de Gemeenschappelijke Ondernemingen betrokken zijn, door de bevoegde nationale rechterlijke instanties beslecht.

Artikel 50

De statuten van de Gemeenschappelijke Ondernemingen worden in voorkomende gevallen gewijzigd overeenkomstig de bijzondere bepalingen, welke daarin voor dat doel zijn opgenomen.

Deze wijzigingen kunnen echter eerst van kracht worden, nadat zij op voorstel van de Commissie door de Raad, die beslist overeenkomstig de bepalingen van artikel 47, zijn goedgekeurd.

Artikel 51

Solange die mit dem Betrieb der gemeinsamen Unternehmen betrauten Organe noch nicht eingesetzt sind, sorgt die Kommission für die Durchführung der Entscheidungen des Rates über die Errichtung dieser Unternehmen.

KAPITEL VI

Versorgung

Artikel 52

(1) Die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen wird gemäß den Bestimmungen dieses Kapitels nach dem Grundsatz des gleichen Zugangs zu den Versorgungsquellen durch eine gemeinsame Versorgungspolitik sichergestellt.

(2) Zu diesem Zweck und nach Maßgabe dieses Kapitels

- a) ist jedes Gebaren verboten, das darauf abzielt, einzelnen Verbrauchern eine bevorzugte Stellung zu sichern,
- b) wird eine Agentur geschaffen, die über ein Bezugsrecht für Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe, die im Gebiet der Mitgliedstaaten erzeugt werden, sowie über das ausschließliche Recht verfügt, Verträge über die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus Ländern innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft abzuschließen.

Die Agentur darf die Verbraucher nicht auf Grund der von ihnen beabsichtigten Verwendung der beantragten Lieferungen irgendwie unterschiedlich behandeln, es sei denn, daß diese Verwendung unzulässig ist oder daß sie den Bedingungen widerspricht, von denen die nicht der Gemeinschaft angehörenden Lieferer die Lieferung abhängig gemacht haben.

Abschnitt I

Die Agentur

Artikel 53

Die Agentur steht unter der Aufsicht der Kommission; diese erteilt ihr Richtlinien, hat gegen ihre Entscheidungen ein Einspruchsrecht und ernennt ihren Generaldirektor sowie ihren stellvertretenden Generaldirektor.

Jede ausdrückliche oder stillschweigende Handlung der Agentur bei Ausübung ihres Bezugsrechts oder ihres ausschließlichen Rechts zum Abschluß von Lieferverträgen kann durch die Beteiligten der Kommission unterbreitet werden, die hierüber innerhalb eines Monats zu entscheiden hat.

Artikel 54

Die Agentur hat Rechtspersönlichkeit und genießt finanzielle Autonomie.

Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die Satzung der Agentur fest.

Die Satzung kann in derselben Weise geändert werden.

Sie bestimmt das Kapital der Agentur und die Art und Weise, in der es aufgebracht wird. Die Mehrheit des Kapitals muß in jedem Falle der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten gehören. Die Aufteilung des Kapitals wird von den Mitgliedstaaten im gemeinsamen Einvernehmen beschlossen.

Article 51

La Commission assure l'exécution de toutes les décisions du Conseil relatives à la constitution des Entreprises communes jusqu'à la mise en place des organes chargés du fonctionnement de celles-ci.

CHAPITRE VI

L'approvisionnement

Article 52

(1) L'approvisionnement en minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales est assuré, conformément aux dispositions du présent chapitre, selon le principe de légal accès aux ressources, et par la poursuite d'une politique commune d'approvisionnement.

(2) A cet effet, dans les conditions prévues au présent chapitre:

- a) sont interdites toutes pratiques ayant pour objet d'assurer à certains utilisateurs une position privilégiée,
- b) est constituée une Agence disposant d'un droit d'option sur les minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales produits sur les territoires des États membres, ainsi que du droit exclusif de conclure des contrats portant sur la fourniture de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales en provenance de l'intérieur ou de l'extérieur de la Communauté.

L'Agence ne peut opérer entre les utilisateurs aucune discrimination fondée sur l'emploi que ceux-ci se proposent de faire des fournitures demandées, sauf si cet emploi est illicite ou s'avère contraire aux conditions mises par les fournisseurs extérieurs à la Communauté à la livraison en cause.

Section I

L'Agence

Article 53

L'Agence est placée sous le contrôle de la Commission, qui lui donne ses directives, dispose d'un droit de veto sur ses décisions et nomme son directeur général ainsi que son directeur général adjoint.

Tout acte de l'Agence, implicite ou explicite, dans l'exercice de son droit d'option ou de son droit exclusif de conclure des contrats de fournitures, est susceptible d'être déféré par les intéressés devant la Commission qui prend une décision dans un délai d'un mois.

Article 54

L'Agence est dotée de la personnalité juridique et de l'autonomie financière.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les statuts de l'Agence.

Les statuts peuvent être révisés dans les mêmes formes.

Les statuts déterminent le capital de l'Agence et les modalités selon lesquelles il est souscrit. La majorité du capital doit dans tous les cas appartenir à la Communauté et aux États membres. La répartition du capital est décidée d'un commun accord par les États membres.

Articolo 51

La Commissione provvede all'esecuzione di tutte le decisioni del Consiglio relative alla costituzione delle Imprese comuni fino all'insediamento degli organi incaricati del loro funzionamento.

CAPO VI

Approvvigionamento

Articolo 52

(1) L'approvvigionamento in minerali, materie grezze e materie fissili speciali è assicurato, conformemente alle disposizioni del presente capo, secondo il principio dell'uguale accesso alle risorse e mediante una politica comune di approvvigionamento.

(2) A tal fine, alle condizioni previste dal presente capo:

- a) sono vietate tutte le pratiche aventi per oggetto di assicurare a determinati utilizzatori una posizione di privilegio;
- b) è costituita un'Agenzia che dispone di un diritto d'opzione sui minerali, materie grezze e materie fissili speciali prodotte sui territori degli Stati membri, come anche del diritto esclusivo di concludere contratti relativi alla fornitura di minerali, materie grezze o materie fissili speciali provenienti dall'interno o dall'esterno della Comunità.

L'Agenzia non può operare tra gli utilizzatori alcuna discriminazione fondata sull'uso che questi si propongono di fare delle forniture richieste, salvo che tale uso sia illecito o si riveli contrario alle condizioni poste dai fornitori esterni alla Comunità per la consegna di cui trattasi.

Sezione I

L'Agenzia

Articolo 53

L'Agenzia è posta sotto il controllo della Commissione, che le impartisce le sue direttive, dispone di un diritto di veto sulle sue decisioni e nomina il suo direttore generale e il suo direttore generale aggiunto.

Qualsiasi atto dell'Agenzia, implicito o esplicito, nell'esercizio del suo diritto di opzione o del suo diritto esclusivo di concludere contratti di forniture, può essere portato dagli interessati dinanzi alla Commissione che prende una decisione nel termine di un mese.

Articolo 54

L'Agenzia ha personalità giuridica e gode di autonomia finanziaria.

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, stabilisce lo statuto dell'Agenzia.

Lo statuto può essere sottoposto a revisione secondo la stessa procedura.

Lo statuto determina il capitale dell'Agenzia e le modalità di sottoscrizione. La maggioranza del capitale deve appartenere in tutti i casi alla Comunità e agli Stati membri. La ripartizione del capitale è decisa di comune accordo dagli Stati membri.

Artikel 51

De Commissie zorgt voor de uitvoering van alle beschikkingen van de Raad betreffende de oprichting van Gemeenschappelijke Ondernemingen, totdat de organen belast met de werking van deze Ondernemingen tot stand zijn gebracht.

HOOFDSTUK VI

Voorziening

Artikel 52

(1) De voorziening van ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen geschiedt, overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk, volgens het beginsel van gelijke toegang tot de hulpbronnen en door middel van een gemeenschappelijk voorzieningsbeleid.

(2) Te dien einde, en volgens de bepalingen van dit hoofdstuk,

- a) is elke handelwijze, welke beoogt aan bepaalde gebruikers een bevoorrechte positie te verschaffen, verboden;
- b) wordt een Agentschap opgericht, dat een optierecht heeft op ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen, voortgebracht op het grondgebied van de Lid-Staten, alsmede het uitsluitend recht heeft om contracten te sluiten voor de levering van ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen, herkomstig uit landen binnen of buiten de Gemeenschap.

Het Agentschap mag tussen de gebruikers niet discrimineren op grond van het gebruik dat zij van de gevraagde leveranties wensen te maken, tenzij dit gebruik ongeoorloofd is of indruist tegen de voorwaarden, welke de niet tot de Gemeenschap behorende leveranciers aan de betrokken leverantie hebben verbonden.

Afdeling I

Het Agentschap

Artikel 53

Het Agentschap staat onder toezicht van de Commissie; deze geeft richtlijnen aan het Agentschap, heeft het recht van veto over zijn beslissingen en benoemt zijn directeur-generaal, alsmede zijn adjunct-directeur-generaal.

Iedere stilzwijgende of uitdrukkelijke handeling door het Agentschap verricht in de uitoefening van zijn optierecht of van zijn uitsluitend recht om leveringscontracten te sluiten, kan door belanghebbenden aan de Commissie worden voorgelegd; de Commissie neemt binnen een maand een beschikking.

Artikel 54

Het Agentschap bezit rechtspersoonlijkheid en financiële zelfstandigheid.

De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie de statuten van het Agentschap vast.

De statuten kunnen op dezelfde wijze worden herzien.

De statuten bepalen het kapitaal van het Agentschap en de wijze waarop het ingebracht wordt. Het grootste deel van het kapitaal moet in ieder geval aan de Gemeenschap en de Lid-Staten toebehoren. De verdeling van het kapitaal wordt in onderlinge overeenstemming door de Lid-Staten vastgesteld.

Die Satzung legt die Art und Weise der kaufmännischen Geschäftsführung der Agentur fest. Sie kann zur Deckung der Betriebskosten der Agentur die Erhebung einer Abgabe auf die Umsätze vorsehen.

Artikel 55

Die Mitgliedstaaten erteilen der Agentur alle Auskünfte oder lassen ihr alle Auskünfte erteilen, die zur Ausübung ihres Bezugsrechts und ihres ausschließlichen Rechts zum Abschluß von Lieferverträgen erforderlich sind.

Artikel 56

Die Mitgliedstaaten gewährleisten die freie Ausübung der Tätigkeit der Agentur in ihren Hoheitsgebieten.

Sie können das Organ oder die Organe einsetzen, die zur Vertretung der Erzeuger und Verbraucher aus den ihnen unterstehenden außereuropäischen Hoheitsgebieten in den Beziehungen zur Agentur zuständig sind.

Abschnitt II

Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe aus dem Aufkommen der Gemeinschaft

Artikel 57

- (1) Das Bezugsrecht der Agentur erstreckt sich
- a) auf den Erwerb der Rechte zur Nutzung und zum Verbrauch der Stoffe, die auf Grund der Bestimmungen des Kapitels VIII Eigentum der Gemeinschaft sind;
 - b) auf den Erwerb des Eigentumsrechts in allen anderen Fällen.
- (2) Die Agentur übt ihr Bezugsrecht durch den Abschluß von Verträgen mit den Erzeugern von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus.

Vorbehaltlich der Artikel 58, 62 und 63 ist jeder Erzeuger verpflichtet, der Agentur die von ihm in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten erzeugten Erze, Ausgangsstoffe oder besonderen spaltbaren Stoffe vor ihrer Verwendung, Übertragung oder Lagerung anzubieten.

Artikel 58

Erstreckt sich die Tätigkeit eines Erzeugers auf mehrere Produktionsstufen, beginnend mit der Gewinnung des Erzes bis zur Herstellung des Metalls einschließlich, so ist er nur verpflichtet, der Agentur das Erzeugnis in der von ihm gewählten Produktionsstufe anzubieten.

Das gleiche gilt für mehrere Unternehmen, zwischen denen Verbindungen bestehen, die der Kommission rechtzeitig mitgeteilt und mit ihr nach dem in den Artikeln 43 und 44 vorgesehenen Verfahren erörtert worden sind.

Artikel 59

Übt die Agentur ihr Bezugsrecht entweder auf die gesamte Produktion oder auf einen Teil der Produktion nicht aus, so

- a) kann der Erzeuger die Erze, Ausgangsstoffe oder besonderen spaltbaren Stoffe entweder mit eigenen Mitteln oder im Wege von Lohnveredelungsverträgen unter dem Vorbehalt verarbeiten oder verarbeiten lassen, daß er der Agentur das bei dieser Verarbeitung gewonnene Erzeugnis anbietet,

Les statuts fixent les modalités de la gestion commerciale de l'Agence. Ils peuvent prévoir une redevance sur les transactions, destinée à couvrir les dépenses de fonctionnement de l'Agence.

Article 55

Les États membres communiquent ou font communiquer à l'Agence tous les renseignements nécessaires à l'exercice de son droit d'option et de son droit exclusif de conclure des contrats de fournitures.

Article 56

Les États membres garantissent le libre exercice des fonctions de l'Agence sur leurs territoires.

Ils peuvent constituer le ou les organismes ayant compétence pour représenter, dans les relations avec l'Agence, les producteurs et les utilisateurs des territoires non-européens soumis à leur juridiction.

Section II

Minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales en provenance de la Communauté

Article 57

- (1) Le droit d'option de l'Agence porte:
- a) sur l'acquisition des droits d'utilisation et de consommation des matières dont la propriété appartient à la Communauté en vertu des dispositions du chapitre VIII,
 - b) sur l'acquisition du droit de propriété dans tous les autres cas.
- (2) L'Agence exerce son droit d'option par la conclusion de contrats avec les producteurs de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales.

Sous réserve des dispositions des articles 58, 62 et 63, tout producteur est tenu d'offrir à l'Agence les minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales qu'il produit dans les territoires des États membres, préalablement à l'utilisation, au transfert ou au stockage de ces minerais ou matières.

Article 58

Lorsqu'un producteur effectue plusieurs stades de la production compris entre l'extraction de minerai et la production de métal incluses, il n'est tenu d'offrir le produit à l'Agence qu'au stade de production qu'il choisit.

Il en est de même pour plusieurs entreprises ayant entre elles des liens communiqués en temps utile à la Commission et discutés avec celle-ci selon la procédure prévue aux articles 43 et 44.

Article 59

Si l'Agence n'exerce pas son droit d'option sur tout ou partie de la production, le producteur

- a) peut, soit par ses propres moyens, soit par des contrats de travail à façon, transformer les minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales, sous réserve d'offrir à l'Agence le produit de cette transformation,

Lo statuto stabilisce le modalità della gestione commerciale dell'Agenzia. Esso può prevedere un canone sulle transazioni, destinato a coprire le spese di funzionamento dell'Agenzia.

Articolo 55

Gli Stati membri comunicano o fanno comunicare all'Agenzia tutte le informazioni necessarie all'esercizio del suo diritto di opzione e del suo diritto esclusivo di concludere contratti di fornitura.

Articolo 56

Gli Stati membri garantiscono il libero esercizio delle funzioni dell'Agenzia sui loro territori.

Essi possono costituire l'organismo o gli organismi competenti a rappresentare, nelle relazioni con l'Agenzia, i produttori e gli utilizzatori dei territori non europei sottoposti alla loro giurisdizione.

Sezione II

Minerali, materie grezze e materie fissili speciali provenienti dalla Comunità

Articolo 57

(1) Il diritto d'opzione dell'Agenzia copre:

- a) l'acquisizione dei diritti di utilizzazione e di consumo delle materie la cui proprietà spetta alla Comunità in virtù delle disposizioni del capo VIII,
- b) l'acquisizione del diritto di proprietà in tutti gli altri casi.

(2) L'Agenzia esercita il suo diritto di opzione mediante la conclusione di contratti con i produttori di minerali, materie grezze o materie fissili speciali.

Fatte salve le disposizioni degli articoli 58, 62 e 63, ogni produttore è tenuto a offrire all'Agenzia i minerali, materie grezze o materie fissili speciali che egli produce nei territori degli Stati membri, preventivamente all'utilizzazione, al trasferimento o alla costituzione in scorta di tali minerali o materie.

Articolo 58

Quando un produttore opera in più fasi della produzione, comprese tra l'estrazione di minerale e la produzione di metallo incluse, è tenuto ad offrire il prodotto all'Agenzia unicamente nella fase di produzione di sua scelta.

Lo stesso avviene nel caso di più imprese tra cui sussistono dei vincoli, comunicati tempestivamente alla Commissione e con questa discussi secondo la procedura prevista dagli articoli 43 e 44.

Articolo 59

Se l'Agenzia non esercita il suo diritto di opzione su tutta o su parte della produzione, il produttore

- a) può, sia con mezzi propri, sia mediante contratti di lavoro su ordinazione, trasformare i minerali, le materie grezze o le materie fissili speciali; a condizione di offrire all'Agenzia il prodotto di tale trasformazione;

De statuten regelen de wijze waarop het commerciële beheer van het Agentschap wordt gevoerd. Zij kunnen ter bestrijding van de bedrijfskosten van het Agentschap in een heffing van de transacties voorzien.

Artikel 55

De Lid-Staten moeten aan het Agentschap alle inlichtingen verstrekken of doen verstrekken die noodzakelijk zijn voor uitoefening van zijn optierecht en zijn uitsluitend recht om leveringscontracten te sluiten.

Artikel 56

De Lid-Staten waarborgen de vrije uitoefening van de functies van het Agentschap op hun grondgebied.

Zij kunnen een orgaan of organen oprichten, die bevoegd zijn, om de producenten en de gebruikers in de niet-Europese gebieden, welke onder hun rechtsmacht vallen, te vertegenwoordigen in de betrekkingen met het Agentschap.

Afdeling II

Ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen herkomstig uit de Gemeenschap

Artikel 57

(1) Het optierecht van het Agentschap geldt:

- a) voor de verkrijging van het gebruiks- en verbruiksrecht ten aanzien van materialen die krachtens de bepalingen van hoofdstuk VIII aan de Gemeenschap in eigendom toebehoren;
- b) voor de verkrijging van het eigendomsrecht in alle andere gevallen.

(2) Het Agentschap oefent zijn optierecht uit door het sluiten van contracten met de producenten van ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen.

Behoudens de bepalingen van de artikelen 58, 62 en 63 is iedere producent gehouden de ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen welke hij voortbrengt op het grondgebied van de Lid-Staten, aan het Agentschap aan te bieden, alvorens deze ertsen of stoffen worden gebruikt, overgedragen of opgeslagen.

Artikel 58

Wanneer een producent verscheidene bewerkingen verricht vanaf de ertswinning tot en met de produktie van metaal, is hij slechts gehouden het produkt aan het Agentschap aan te bieden in het produktiestadium dat hij zelf kiest.

Hetzelfde geldt voor verschillende ondernemingen, waartussen bindingen bestaan, welke tijdig aan de Commissie zijn medegedeeld en met deze besproken zijn volgens de in de artikelen 43 en 44 bepaalde procedure.

Artikel 59

Wanneer het Agentschap zijn optierecht niet uitoefent ten aanzien van de gehele produktie of een gedeelte daarvan:

- a) kan de producent hetzij met eigen middelen, hetzij door middel van contracten voor loonveredeling, de ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen verwerken, onder voorbehoud dat hij het Agentschap het produkt van deze verwerking aanbiedt,

b) wird der Erzeuger durch Entscheidung der Kommission ermächtigt, die verfügbaren Erzeugnisse außerhalb der Gemeinschaft unter dem Vorbehalt abzusetzen, daß er hierbei keine günstigeren Bedingungen gewährt, als sie in dem der Agentur vorher unterbreiteten Angebot enthalten waren. Besondere spaltbare Stoffe können jedoch nur durch die Agentur gemäß Artikel 62 ausgeführt werden.

Die Kommission kann die Ermächtigung nicht erteilen, wenn die Empfänger dieser Lieferungen nicht alle Garantien dafür bieten, daß die allgemeinen Interessen der Gemeinschaft gewahrt werden, oder wenn die Klauseln und Bedingungen dieser Verträge den Zielen dieses Vertrags zuwiderlaufen.

Artikel 60

Die Verbraucher teilen der Agentur in regelmäßigen Abständen ihren Bedarf mit; sie geben dabei die Mengen, die physikalische und chemische Beschaffenheit, den Herkunftsort, die Verwendung, die einzelnen Lieferfristen und die Preisbestimmungen an, die als Klauseln und Bedingungen in den von ihnen gewünschten Liefervertrag aufzunehmen wären.

Ebenso teilen die Erzeuger der Agentur die Angebote, die sie machen können, mit; sie geben dabei alle Einzelheiten, insbesondere die Laufzeit der Verträge, an, die für die Aufstellung ihrer Produktionsprogramme erforderlich sind. Die Laufzeit dieser Verträge darf zehn Jahre nicht überschreiten, es sei denn, daß die Kommission zustimmt.

Die Agentur teilt den Verbrauchern die Angebote und den Umfang der bei ihr eingegangenen Nachfragen mit und fordert sie auf, innerhalb einer bestimmten Frist Aufträge zu erteilen.

Ist die Agentur im Besitz aller Aufträge, so teilt sie die Bedingungen mit, unter denen sie diese ausführen kann.

Kann die Agentur nicht alle eingegangenen Aufträge vollständig ausführen, so verteilt sie die Stoffe nach dem Verhältnis der Aufträge zu jedem Angebot, vorbehaltlich der Artikel 68 und 69.

Eine Vollzugsordnung der Agentur, die der Billigung der Kommission bedarf, regelt im einzelnen, wie Angebote und Nachfragen einander gegenüberzustellen sind.

Artikel 61

Die Agentur ist verpflichtet, alle Aufträge auszuführen, es sei denn, daß rechtliche oder sachliche Hindernisse ihrer Ausführung entgegenstehen.

Bei Abschluß eines Vertrages kann sie unter Beachtung der Vorschriften des Artikels 52 von den Verbrauchern angemessene Vorauszahlungen als Garantie oder zur Erleichterung ihrer eigenen, zur Ausführung des Auftrags erforderlichen langfristigen Verpflichtungen gegenüber den Erzeugern verlangen.

Artikel 62

(1) Die Agentur übt ihr Bezugsrecht auf die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten erzeugten besonderen spaltbaren Stoffe zu folgenden Zwecken aus:

- a) um die Nachfrage der Verbraucher der Gemeinschaft nach Maßgabe des Artikels 60 zu decken,

b) est autorisé, par décision de la Commission, à écouler à l'extérieur de la Communauté la production disponible, sous réserve de ne pas pratiquer des conditions plus favorables que celles de l'offre faite antérieurement à l'Agence. Toutefois l'exportation des matières fissiles spéciales ne peut se faire que par l'Agence conformément aux dispositions de l'article 62.

La Commission ne peut accorder l'autorisation si les bénéficiaires de ces livraisons n'offrent pas toutes les garanties que les intérêts généraux de la Communauté seront respectés, ou si les clauses et conditions de ces contrats sont contraires aux objectifs du présent Traité.

Article 60

Les utilisateurs éventuels font connaître périodiquement à l'Agence leurs besoins en fournitures, en spécifiant les quantités, la nature physique et chimique, les lieux de provenance, emplois, échelonnements de livraisons et conditions de prix, qui constitueraient les clauses et conditions d'un contrat de fournitures dont ils désiraient la conclusion.

De même, les producteurs font connaître à l'Agence les offres qu'ils sont en mesure de présenter, avec toutes spécifications, et notamment la durée des contrats, nécessaires pour permettre l'établissement de leurs programmes de production. La durée de ces contrats ne devra pas dépasser dix ans, sauf accord de la Commission.

L'Agence informe tous les utilisateurs éventuels des offres et du volume des demandes qu'elle a reçues, et les invite à passer commande dans un délai déterminé.

Étant en possession de l'ensemble de ces commandes, l'Agence fait connaître les conditions dans lesquelles elle peut y satisfaire.

Si l'Agence ne peut donner satisfaction complète à toutes les commandes reçues, elle répartit les fournitures au prorata des commandes correspondant à chacune des offres, sous réserve des dispositions des articles 68 et 69.

Un règlement de l'Agence, soumis à l'approbation de la Commission, détermine les modalités de confrontation des offres et des demandes.

Article 61

L'Agence a l'obligation de satisfaire à toutes les commandes, sauf obstacles juridiques ou matériels s'opposant à leur exécution.

Elle peut, en respectant les prescriptions de l'article 52, demander aux utilisateurs le versement d'avances appropriées lors de la conclusion d'un contrat, soit à titre de garantie, soit en vue de faciliter ses propres engagements à long terme avec les producteurs nécessaires à l'exécution de la commande.

Article 62

(1) L'Agence exerce son droit d'option sur les matières fissiles spéciales produites dans les territoires des États membres,

- a) soit pour répondre à la demande des utilisateurs de la Communauté dans les conditions définies à l'article 60,

b) è autorizzato, con decisione della Commissione, a esitare all'esterno della Comunità la produzione disponibile, con riserva di non praticare condizioni più favorevoli di quelle contemplate nell'offerta precedentemente fatta all'Agenzia. Tuttavia, l'esportazione delle materie fissili speciali non può avvenire che per mezzo dell'Agenzia, conformemente alle disposizioni dell'articolo 62.

La Commissione non può accordare l'autorizzazione quando i beneficiari di tali forniture non offrano tutte le garanzie che gli interessi generali della Comunità saranno rispettati, ovvero quando le clausole e condizioni di tali contratti siano in contrasto con gli obiettivi del presente Trattato.

Articolo 60

Gli eventuali utilizzatori comunicano periodicamente all'Agenzia il loro fabbisogno di forniture, specificando i quantitativi, le caratteristiche fisiche e chimiche, le località di provenienza, gli usi, il frazionamento delle forniture e le condizioni di prezzo, corrispondenti alle clausole e condizioni di un contratto di fornitura di cui desidererebbero la conclusione.

Così pure, i produttori comunicano all'Agenzia le offerte che sono in grado di presentare, specificandone tutti i dati necessari a permettere l'elaborazione dei loro programmi di produzione e in particolare la durata dei contratti. Tale durata non dovrà essere superiore a dieci anni, salvo accordo della Commissione.

L'Agenzia informa tutti gli eventuali utilizzatori delle offerte e del volume delle domande che ha ricevuto e li invita a effettuare le ordinazioni entro un dato termine.

Una volta in possesso dell'insieme di tali ordinazioni, l'Agenzia rende note le condizioni alle quali può soddisfarle.

Qualora l'Agenzia non sia in grado di soddisfare integralmente tutte le ordinazioni ricevute, essa ripartisce le forniture proporzionalmente alle ordinazioni corrispondenti a ogni offerta, fatte salve le disposizioni degli articoli 68 e 69.

Un regolamento dell'Agenzia, sottoposto all'approvazione della Commissione, determina le modalità di raffronto delle offerte e delle domande.

Articolo 61

L'Agenzia ha l'obbligo di soddisfare tutte le ordinazioni, sempreché alla loro esecuzione non si frappongano ostacoli giuridici o materiali.

L'Agenzia, rispettando le prescrizioni dell'articolo 52, può chiedere agli utilizzatori il versamento di adeguati accanti all'atto della conclusione di un contratto, sia a titolo di garanzia, sia al fine di facilitare l'assolvimento dei propri impegni a lungo termine con i produttori, necessari all'esecuzione dell'ordinazione.

Articolo 62

(1) L'agenzia esercita il diritto di opzione sulle materie fissili speciali prodotte nei territori degli Stati membri,

a) sia per rispondere alla domanda degli utilizzatori della Comunità alle condizioni definite dall'articolo 60,

b) wordt de producent bij beschikking van de Commissie toestemming verleend om de beschikbare produktie buiten de Gemeenschap te verkopen onder voorbehoud dat geen gunstiger voorwaarden worden bedongen dan bij het eerder gedane aanbod aan het Agentschap. De uitvoer van bijzondere splijtstoffen kan echter slechts door het Agentschap geschieden overeenkomstig de bepalingen van artikel 62.

De Commissie mag haar toestemming niet verlenen, indien de ontvangers van deze leveranties niet alle waarborgen bieden dat de algemene belangen van de Gemeenschap zullen worden geëerbiedigd of indien de bepalingen en voorwaarden van deze contracten in strijd zijn met de doelstellingen van dit Verdrag.

Artikel 60

De eventuele gebruikers delen aan het Agentschap op gezette tijden hun behoeften aan materialen mede, onder opgave van de hoeveelheden, de natuurkundige en scheikundige aard, de plaatsen van herkomst, het gebruik, de leveringstermijnen en de prijzen, welke de bepalingen en voorwaarden zouden uitmaken van een leveringscontract, waarvan zij de afsluiting wensen.

Eveneens delen de producenten aan het Agentschap de aanbiedingen mede, welke zij kunnen doen, met alle specificaties die nodig zijn om hun produktieprogramma's te kunnen opstellen en met name de duur der contracten. Deze duur mag, zonder toestemming van de Commissie, niet langer zijn dan tien jaar.

Het Agentschap brengt alle eventuele gebruikers op de hoogte van de aanbiedingen en van de omvang der ontvangen aanvragen en nodigt hen uit binnen een bepaalde termijn hun bestellingen in te dienen.

Wanneer het Agentschap al deze bestellingen ontvangen heeft, deelt het mede, onder welke voorwaarden het aan deze kan voldoen.

Indien het Agentschap niet in staat is aan alle ontvangen bestellingen volledig te voldoen, verdeelt het de leveringen naar evenredigheid van de bij elk der aanbiedingen passende bestellingen, behoudens de bepalingen van de artikelen 68 en 69.

Een reglement van het Agentschap, dat de goedkeuring van de Commissie behoeft, bepaalt de wijze waarop vraag en aanbod tegen elkaar worden afgewogen.

Artikel 61

Het Agentschap is verplicht aan alle bestellingen te voldoen, tenzij juridische of materiële bezwaren zich daartegen verzetten.

Het Agentschap kan, met inachtneming van de voorschriften van artikel 52, bij het sluiten van een contract de gebruikers verzoeken een passend voorschot te storten, hetzij als waarborg, hetzij ter verlichting van de eigen verplichtingen op lange termijn die het Agentschap voor het voldoen aan deze bestelling ten opzichte van de producenten op zich heeft genomen.

Artikel 62

(1) Het Agentschap oefent zijn optierecht uit op de bijzondere splijtstoffen welke op het grondgebied van de Lid-Staten worden voortgebracht,

a) hetzij om aan de aanvragen van de verbruikers in de Gemeenschap onder de in artikel 60 bepaalde voorwaarden te voldoen,

- b) um diese Stoffe selbst zu lagern oder
- c) um sie mit Genehmigung der Kommission, die hierbei Artikel 59 Buchstabe b) Unterabsatz 2 beachtet, auszuführen.

(2) Jedoch sind diese Stoffe und die zur Aufarbeitung geeigneten Rückstände zu folgenden Zwecken dem Erzeuger zu belassen:

- a) um mit Genehmigung der Agentur gelagert zu werden,
- b) um im Rahmen des eigenen Bedarfs des Erzeugers verwendet zu werden oder
- c) um Unternehmen im Gebiet der Gemeinschaft im Rahmen ihres Bedarfs zur Verfügung gestellt zu werden, soweit diese mit dem Erzeuger zur Durchführung eines der Kommission rechtzeitig mitgeteilten Programms in unmittelbarer Verbindung stehen; Voraussetzung ist, daß die Verbindung weder eine Beschränkung der Produktion, der technischen Entwicklung oder der Investitionen noch die mißbräuchliche Schaffung von Ungleichheiten zwischen den Verbrauchern der Gemeinschaft bezweckt oder bewirkt.

Die Anwendung der Vorschriften des Kapitels VII wird hierdurch nicht berührt.

(3) Auf die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten erzeugten besonderen spaltbaren Stoffe, bezüglich derer die Agentur ihr Bezugsrecht nicht ausgeübt hat, findet Artikel 89 Absatz (1) Buchstabe a) Anwendung.

Artikel 63

Die Erze, Ausgangsstoffe oder besonderen spaltbaren Stoffe, die von den gemeinsamen Unternehmen erzeugt werden, werden den Verbrauchern nach den satzungsmäßigen oder vertragsmäßigen Bestimmungen dieser Unternehmen zugeteilt.

Abschnitt III

Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe aus dem Aufkommen außerhalb der Gemeinschaft

Artikel 64

Die Agentur hat, soweit nicht in diesem Vertrag Ausnahmen vorgesehen sind, das ausschließliche Recht, Abkommen oder Übereinkünfte mit dem Hauptzweck der Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus dem Aufkommen außerhalb der Gemeinschaft abzuschließen; sie wird dabei gegebenenfalls im Rahmen der zwischen der Gemeinschaft und einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung abgeschlossenen Abkommen tätig.

Artikel 65

Artikel 60 findet auf die Nachfragen der Verbraucher und die Verträge zwischen den Verbrauchern und der Agentur Anwendung, soweit es sich um die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus dem Aufkommen außerhalb der Gemeinschaft handelt.

Die Agentur kann jedoch den Herkunftsort der Stoffe bestimmen, soweit sie dem Verbraucher Lieferungsbedingungen zukommen läßt, die mindestens ebenso günstig sind wie die in dem Auftrag angegebenen.

- b) soit pour stocker elle-même ces matières,

- c) soit pour exporter ces matières avec l'autorisation de la Commission, qui se conforme aux dispositions de l'article 59b) alinéa 2.

(2) Toutefois, sans cesser d'être soumis à l'application des dispositions du chapitre VII, ces matières et les résidus fertiles sont laissés au producteur,

- a) soit pour être stockés avec l'autorisation de l'Agence,
- b) soit pour être utilisés dans la limite des besoins propres de ce producteur,
- c) soit pour être mis à la disposition, dans la limite de leurs besoins, d'entreprises situées dans la Communauté, unies avec ce producteur, pour l'exécution d'un programme communiqué en temps utile à la Commission, par des liens directs n'ayant ni pour objet ni pour effet de limiter la production, le développement technique ou les investissements, ou de créer abusivement des inégalités entre les utilisateurs de la Communauté.

(3) Les dispositions de l'article 89 paragraphe (1) a) sont applicables aux matières fissiles spéciales produites dans les territoires des États membres, sur lesquelles l'Agence n'a pas exercé son droit d'option.

Article 63

Les minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales produits par les Entreprises communes sont attribués aux utilisateurs selon les règles statutaires ou conventionnelles propres à ces Entreprises.

Section III

Minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales ne provenant pas de la Communauté

Article 64

L'Agence, agissant éventuellement dans le cadre des accords passés entre la Communauté et un État tiers ou une organisation internationale, a le droit exclusif, sauf les exceptions prévues au présent Traité, de conclure des accords ou conventions ayant pour objet principal des fournitures de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales en provenance de l'extérieur de la Communauté.

Article 65

L'article 60 est applicable aux demandes des utilisateurs et aux contrats entre les utilisateurs et l'Agence relatifs à la fourniture de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales en provenance de l'extérieur de la Communauté.

Toutefois, l'Agence peut déterminer l'origine géographique des fournitures pour autant qu'elle assure à l'utilisateur des conditions au moins aussi avantageuses que celles formulées dans la commande.

- b) sia per costituire essa stessa delle scorte di tali materie,
- c) sia per esportare tali materie con l'autorizzazione della Commissione, che si conforma alle disposizioni dell'articolo 59 b), comma secondo.

(2) Tuttavia, pur continuando ad essere soggette all'applicazione delle disposizioni del capo VII, queste materie, come anche i residui fertili, sono lasciate al produttore,

- a) sia per essere costituite in scorte con l'autorizzazione dell'Agenzia,
- b) sia per essere utilizzate nei limiti dei bisogni propri dello stesso produttore,
- c) sia per essere messe a disposizione, nei limiti del loro fabbisogno, di imprese situate nella Comunità, legate al produttore, per l'esecuzione di un programma comunicato in tempo utile alla Commissione, da vincoli diretti non aventi per oggetto nè per effetto di limitare la produzione, lo sviluppo tecnico o gli investimenti, ovvero di creare abusivamente delle disparità tra gli utilizzatori della Comunità.

(3) Le disposizioni dell'articolo 89, paragrafo 1 a), sono applicabili alle materie fissili speciali prodotte nei territori degli Stati membri e sulle quali l'Agenzia non ha esercitato il suo diritto d'opzione.

Articolo 63

I minerali, materie grezze o materie fissili speciali prodotte dalle Imprese comuni sono assegnati agli utilizzatori secondo le norme statuarie o convenzionali in vigore per tali Imprese.

Sezione III

Minerali, materie grezze e materie fissili speciali non provenienti dalla Comunità

Articolo 64

L'Agenzia, operando eventualmente nell'ambito degli accordi sottoscritti tra la Comunità e uno Stato terzo oppure un'organizzazione internazionale, ha il diritto esclusivo, fatte salve le eccezioni previste nel presente Trattato, di concludere accordi o convenzioni aventi per oggetto principale forniture di minerali, materie grezze o materie fissili speciali provenienti dall'esterno della Comunità.

Articolo 65

L'Articolo 60 è applicabile alle domande degli utilizzatori e ai contratti tra gli utilizzatori e l'Agenzia relativi alla fornitura di minerali, materie grezze o materie fissili speciali provenienti dall'esterno della Comunità.

Tuttavia, l'origine geografica delle forniture può essere determinata dall'Agenzia, semprechè le condizioni assicurate all'utilizzatore siano almeno altrettanto favorevoli di quelle specificate nell'ordinazione.

- b) hetzij om deze stoffen zelf op te slaan,
- c) hetzij om deze stoffen uit te voeren met toestemming van de Commissie, die zich houdt aan de bepalingen van artikel 59 b), tweede alinea.

(2) Onverminderd de toepassing van de bepalingen van hoofdstuk VII worden deze stoffen en de bij de productie overgebleven kweekstoffen echter ter beschikking gelaten van de producent,

- a) hetzij om opgeslagen te worden met machtiging van het Agentschap,
- b) hetzij om binnen de grenzen van zijn eigen behoeften te worden gebruikt,
- c) hetzij om binnen de grenzen van hun behoeften ter beschikking te worden gesteld van ondernemingen binnen de Gemeenschap, welke met die producent, voor de uitvoering van een tijdig aan de Commissie medegedeeld programma, rechtstreekse bindingen hebben, welke noch ertoe strekken, noch ten gevolge hebben dat de productie, de technische ontwikkeling of de inversteringen worden beperkt, of wederrechtelijk een ongelijkheid tussen de gebruikers van de Gemeenschap wordt teweeggebracht.

(3) De bepalingen van artikel 89 lid 1 a) zijn van toepassing op bijzondere splijtstoffen, welke op het grondgebied van de Lid-Staten zijn voortgebracht en waarop het Agentschap zijn optierecht niet heeft uitgeoefend.

Artikel 63

De ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen, voortgebracht door de Gemeenschappelijke Ondernemingen, worden aan de gebruikers toegewezen volgens de regels, vastgesteld in de statuten of overeenkomsten welke voor deze Ondernemingen gelden.

Afdeling III

Ersen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen niet uit de Gemeenschap herkomstig

Artikel 64

Het Agentschap heeft, eventueel optredend in het kader van de tussen de Gemeenschap en een derde Staat of een internationale organisatie gesloten akkoorden, het uitsluitend recht, behoudens de in dit Verdrag bepaalde uitzonderingen, akkoorden of overeenkomsten te sluiten, welke leveringen van ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen, herkomstig van buiten de Gemeenschap, als hoofddoel hebben.

Artikel 65

Artikel 60 is van toepassing op de aanvragen van de gebruikers en op de contracten tussen de gebruikers en het Agentschap, betreffende de levering van ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen, herkomstig van buiten de Gemeenschap.

Het Agentschap kan echter de geografische oorsprong van de leveringen bepalen, voor zover het aan de gebruiker ten minste even gunstige voorwaarden verzekert als die welke in de bestelling zijn neergelegd.

Artikel 66

Stellt die Kommission auf Antrag der beteiligten Verbraucher fest, daß die Agentur nicht oder nur zu mißbräuchlichen Preisen in der Lage ist, die bestellten Stoffe ganz oder zum Teil innerhalb einer angemessenen Frist zu liefern, so sind die Verbraucher berechtigt, unmittelbar Verträge über Lieferungen aus dem Aufkommen außerhalb der Gemeinschaft zu schließen, soweit die Verträge in den wesentlichen Punkten dem in ihrer Bestellung angegebenen Bedarf entsprechen.

Dieses Recht wird auf ein Jahr gewährt; es kann verlängert werden, wenn die Lage, die seine Gewährung gerechtfertigt hat, fort dauert.

Die Verbraucher, die von diesem Recht Gebrauch machen, haben der Kommission die beabsichtigten unmittelbaren Verträge mitzuteilen. Die Kommission kann innerhalb eines Monats gegen den Abschluß dieser Verträge Einspruch erheben, wenn sie den Zielen dieses Vertrags zuwiderlaufen.

Abschnitt IV

Preise

Artikel 67

Soweit in diesem Vertrag keine Ausnahmen vorgesehen sind, ergeben sich die Preise aus der Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage nach Maßgabe des Artikels 60; widersprechende innerstaatliche Vorschriften der Mitgliedstaaten sind unzulässig.

Artikel 68

Verboten ist ein Preisgebaren, das darauf abzielt, einzelnen Verbrauchern unter Umgehung des Grundsatzes des gleichen Zugangs, der sich aus diesem Kapitel ergibt, eine bevorzugte Stellung zu verschaffen.

Stellt die Agentur ein derartiges Gebaren fest, so zeigt sie es der Kommission an.

Erachtet die Kommission die Feststellung für begründet, so kann sie für die strittigen Angebote die Preise in einer Höhe neu festsetzen, die dem Grundsatz des gleichen Zugangs entspricht.

Artikel 69

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission durch einstimmigen Beschluß Preise festsetzen.

Die Agentur kann, wenn sie gemäß Artikel 60 die Bedingungen für die Ausführung der Aufträge festlegt, den Verbrauchern, die Aufträge erteilt haben, einen Preisausgleich vorschlagen.

Abschnitt V

Bestimmungen über die Versorgungspolitik

Artikel 70

Die Kommission kann sich im Rahmen des Haushaltsplans der Gemeinschaft finanziell unter den von ihr festgelegten Bedingungen an Schürfungsvorhaben in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten beteiligen.

Die Kommission kann an die Mitgliedstaaten Empfehlungen für die Entwicklung der Schürfung und der Erzeugung richten.

Article 66

Si la Commission constate, à la demande des utilisateurs intéressés, que l'Agence n'est pas en mesure de livrer dans un délai raisonnable tout ou partie des fournitures commandées, ou ne peut le faire qu'à des prix abusifs, les utilisateurs ont le droit de conclure directement des contrats portant sur des fournitures en provenance de l'extérieur de la Communauté, pour autant que ces contrats répondent essentiellement aux besoins exprimés dans leur commande.

Ce droit est accordé pour un délai d'un an, renouvelable en cas de prolongation de la situation qui a justifié son attribution.

Les utilisateurs qui font usage du droit prévu au présent article sont tenus de communiquer à la Commission les contrats directs projetés. Celle-ci peut, dans un délai d'un mois, s'opposer à leur conclusion s'ils sont contraires aux objectifs du présent Traité.

Section IV

Prix

Article 67

Sauf exceptions prévues par le présent Traité, les prix résultent de la confrontation des offres et des demandes dans les conditions visées à l'article 60, auxquelles les États membres ne peuvent contrevenir par leurs réglementations nationales.

Article 68

Sont interdites les pratiques de prix qui auraient pour objet d'assurer à certains utilisateurs une position privilégiée, en fraude au principe de l'égal accès résultant des dispositions du présent chapitre.

Si l'Agence constate de telles pratiques, elle les signale à la Commission.

La Commission peut, si elle juge la constatation fondée, rétablir, pour les offres litigieuses, les prix à un niveau conforme au principe de l'égal accès.

Article 69

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, peut fixer des prix.

Lorsqu'elle établit, en application de l'article 60, les conditions auxquelles les commandes peuvent être satisfaites, l'Agence peut proposer aux utilisateurs qui ont passé commande une péréquation de prix.

Section V

Dispositions concernant la politique d'approvisionnement

Article 70

La Commission peut, dans les limites prévues au budget de la Communauté, intervenir financièrement, aux conditions qu'elle définit, dans des campagnes de prospection sur les territoires des États membres.

La Commission peut adresser des recommandations aux États membres en vue du développement de la prospection et de d'exploitation minière.

Articolo 66

Qualora la Commissione accerti, a richiesta degli utilizzatori interessati, che l'Agenzia non è in grado di consegnare in un termine ragionevole l'intera fornitura ordinata o parte di essa, ovvero che possa farlo soltanto a prezzi abusivi, gli utilizzatori hanno il diritto di concludere direttamente dei contratti per forniture provenienti dall'esterno della Comunità, semprechè tali contratti corrispondano essenzialmente ai bisogni espressi nella loro ordinazione.

Tale diritto è accordato per un anno, con possibilità di rinnovazione qualora si protragga la situazione che ha determinato il riconoscimento del diritto.

Gli utilizzatori che si avvalgono del diritto previsto dal presente articolo sono tenuti a comunicare alla Commissione i contratti diretti in progetto. Questa può, nel termine di un mese, opporsi alla loro conclusione quando siano in contrasto con gli obiettivi del presente Trattato.

Sezione IV

Prezzi

Articolo 67

Fatte salve le eccezioni previste dal presente Trattato, i prezzi risultano dal raffronto delle offerte e delle domande secondo le modalità contemplate dall'articolo 60, alle quali non possono contravvenire le disposizioni nazionali degli Stati membri

Articolo 68

Sono vietate le pratiche di prezzi che abbiano per oggetto di assicurare a determinati utilizzatori una posizione di privilegio in violazione del principio dell'eguale accesso, risultante dalle disposizioni del presente capo.

L'Agenzia, qualora dovesse constatare tali pratiche, provvede a segnalarle alla Commissione.

Quando giudichi fondato il rilievo, la Commissione può ristabilire, per le offerte contestate, i prezzi a un livello conforme al principio dell'uguale accesso.

Articolo 69

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, può fissare dei prezzi.

Quando l'Agenzia, in applicazione dell'articolo 60, stabilisce le condizioni alle quali le ordinazioni possono essere soddisfatte, ha facoltà di proporre una perequazione di prezzi agli utilizzatori che hanno effettuato ordinazioni.

Sezione V

Disposizioni relative alla politica di approvvigionamento

Articolo 70

La Commissione, nei limiti previsti dal bilancio della Comunità, può intervenire finanziariamente, alle condizioni da essa stabilite, nelle campagne di ricerche minerarie sui territori degli Stati membri.

La Commissione può rivolgere agli Stati membri raccomandazioni intese a sviluppare la ricerca e la coltivazione mineraria.

Artikel 66

Indien de Commissie op verzoek van de betrokken gebruikers vaststelt, dat het Agentschap niet in staat is binnen een redelijke termijn het bestelde materiaal geheel of gedeeltelijk te leveren, of dit slechts kan doen tegen onredelijke prijzen, hebben de gebruikers het recht rechtstreeks contracten te sluiten voor leveringen van buiten de Gemeenschap, voor zover deze contracten wezenlijk beantwoorden aan de in hun bestelling tot uiting gebrachte behoeften.

Dit recht wordt verleend voor de duur van één jaar, welke kan worden verlengd, ingeval de toestand die de verlening heeft gerechtvaardigd, blijft voortduren.

De gebruikers die van het in dit artikel bedoelde recht gebruik maken, zijn gehouden de voorgenomen rechtstreekse contracten aan de Commissie mede te delen. Deze kan zich binnen een maand tegen het afsluiten daarvan verzetten, indien zij in strijd zijn met de doelstellingen van dit Verdrag.

Afdeling IV

Prijzen

Artikel 67

Behoudens de in dit Verdrag bepaalde uitzonderingen, komen de prijzen tot stand door afweging tegen elkaar van vraag en aanbod, volgens de bepalingen van artikel 60; hierop mogen de Lid-Staten geen inbreuk maken door middel van hun nationale regelingen.

Artikel 68

Prijzmanipulaties die ten doel hebben, in strijd met het beginsel van gelijke toegang dat uit dit hoofdstuk voortvloeit, aan bepaalde verbruikers een bevoorrechte positie te verschaffen, zijn verboden.

Indien het Agentschap dergelijke manipulaties vaststelt, meldt het deze aan de Commissie.

Indien de Commissie de vaststelling gegrond acht, kan zij voor de betwiste aanbiedingen de prijzen wederom op een peil brengen, dat met het beginsel van gelijke toegang strookt.

Artikel 69

De Raad kan met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie prijzen vaststellen.

Wanneer het Agentschap met toepassing van artikel 60 de voorwaarden vaststelt, waaronder aan de bestellingen kan worden voldaan, kan het aan de gebruikers, die een bestelling hebben gedaan, een prijsverevening voorstellen.

Afdeling V

Bepalingen betreffende het voorzieningsbeleid

Artikel 70

De Commissie kan, binnen de in de begroting van de Gemeenschap bepaalde grenzen en onder door haar vast te stellen voorwaarden, financieel bijdragen tot de opsporing van delfstoffen op het grondgebied van de Lid-Staten.

De Commissie kan aan de Lid-Staten aanbevelingen doen met het oog op de ontwikkeling van de opsporing van delfstoffen en van de mijnbouw.

Die Mitgliedstaaten haben der Kommission jährlich einen Bericht über die Entwicklung der Schürfung und der Erzeugung, die voraussichtlichen Reserven und die in ihren Hoheitsgebieten durchgeführten oder geplanten Investitionen im Bergbau vorzulegen. Die Berichte werden dem Rat mit der Stellungnahme der Kommission vorgelegt; diese Stellungnahme hat insbesondere auf die Maßnahmen einzugehen, welche die Mitgliedstaaten auf die gemäß vorstehendem Absatz ausgesprochenen Empfehlungen getroffen haben.

Stellt der Rat, nachdem die Kommission ihn angerufen hat, mit qualifizierter Mehrheit fest, daß die Schürfungsmaßnahmen und die Steigerung der Erzeugung in erheblichem Maße unzureichend bleiben, obwohl Erzeugungsmöglichkeiten wirtschaftlich auf lange Sicht gerechtfertigt erscheinen, so wird unterstellt, daß der betreffende Mitgliedstaat, solange er diese Lage nicht behebt, für sich und für seine Staatsangehörigen auf das Recht des gleichen Zugangs zu dem sonstigen Aufkommen innerhalb der Gemeinschaft verzichtet.

Artikel 71

Die Kommission richtet an die Mitgliedstaaten sachdienliche Empfehlungen über steuer- oder bergrechtliche Regelungen.

Artikel 72

Die Agentur kann aus den innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft zur Verfügung stehenden Mengen die notwendigen Handelsbestände anlegen, um die Versorgung oder die laufenden Lieferungen der Gemeinschaft zu erleichtern.

Die Kommission kann gegebenenfalls die Einrichtung von Sicherheitsbeständen beschließen. Die Art und Weise der Finanzierung dieser Bestände wird vom Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit gebilligt.

Abschnitt VI

Besondere Vorschriften

Artikel 73

Umfaßt ein Abkommen oder eine Vereinbarung zwischen einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits auch die Lieferung von Erzeugnissen, die in die Zuständigkeit der Agentur fallen, so ist zum Abschluß oder zur Erneuerung des Abkommens oder der Vereinbarung die vorherige Zustimmung der Kommission erforderlich, soweit es sich um die Lieferung dieser Erzeugnisse handelt.

Artikel 74

Die Kommission kann die Übertragung, die Einfuhr oder die Ausfuhr kleiner Mengen von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen in dem Maße, wie sie üblicherweise für die Forschung benutzt werden, von den Vorschriften dieses Kapitels ausnehmen.

Jede Übertragung, Einfuhr oder Ausfuhr auf Grund dieser Bestimmung ist der Agentur anzuzeigen.

Artikel 75

Die Bestimmungen dieses Kapitels finden keine Anwendung auf Verpflichtungen, welche die Aufbereitung, Umwandlung oder Formung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen zum Gegenstand haben,

Les États membres sont tenus d'adresser annuellement à la Commission un rapport sur le développement de la prospection et de la production, les réserves probables, et les investissements miniers effectués ou envisagés sur leurs territoires. Ces rapports sont soumis au Conseil avec l'avis de la Commission, notamment en ce qui concerne la suite que les États membres ont réservée aux recommandations adressées en vertu de l'alinéa précédent.

Si le Conseil, saisi par la Commission, constate à la majorité qualifiée que, malgré des possibilités d'extraction paraissant économiquement justifiées à long terme, les mesures de prospection et l'accroissement de l'exploitation minière continuent d'être sensiblement insuffisants, l'État membre intéressé est censé, pour tout le temps où il n'aura pas remédié à cette situation, avoir renoncé, tant pour lui même que pour ses ressortissants, au droit d'égal accès aux autres ressources intérieures de la Communauté.

Article 71

La Commission adresse aux États membres toutes recommandations utiles sur les réglementations fiscales ou minières.

Article 72

L'Agence peut, sur les disponibilités existant à l'intérieur ou à l'extérieur de la Communauté, constituer les stocks commerciaux nécessaires pour faciliter l'approvisionnement ou les livraisons courantes de la Communauté.

La Commission peut éventuellement décider la constitution de stocks de sécurité. Les modalités de financement de ces stocks sont approuvées par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

Section VI

Dispositions particulières

Article 73

Si un accord ou une convention entre un État membre, une personne ou entreprise d'une part, et un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers d'autre part, comporte accessoirement des livraisons de produits entrant dans la compétence de l'Agence, l'accord préalable de la Commission est nécessaire pour la conclusion ou le renouvellement de cet accord ou de cette convention en ce qui concerne la livraison de ces produits.

Article 74

La Commission peut dispenser de l'application des dispositions du présent chapitre le transfert, l'importation ou l'exportation de petites quantités de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales, de l'ordre de celles qui sont couramment utilisées pour la recherche.

Tout transfert, importation ou exportation effectué en vertu de cette disposition doit être notifié à l'Agence.

Article 75

Les dispositions du présent chapitre ne sont pas applicables aux engagements ayant pour objet le traitement, la transformation ou la mise en forme de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales

Gli Stati membri sono tenuti a inviare alla Commissione una relazione annuale riguardante lo sviluppo della ricerca e della produzione, le riserve probabili e gli investimenti minerari in atto o in progetto sui loro territori. Tali relazioni sono sottoposte al Consiglio unitamente al parere della Commissione, specie per quanto concerne il seguito dato dagli Stati membri alle raccomandazioni ad essi rivolte in virtù del comma precedente.

Qualora il Consiglio, investito dalla Commissione, constati a maggioranza qualificata che, nonostante l'esistenza di possibilità di estrazione che appaiono economicamente giustificate a lungo termine, le misure adottate per le ricerche e l'incremento della coltivazione mineraria continuano ad essere sensibilmente insufficienti, si considera che lo Stato membro interessato, fino a quando non avrà posto rimedio a tale situazione, abbia rinunciato, per se stesso e per i suoi cittadini, al diritto di uguale accesso alle altre risorse interne della Comunità.

Articolo 71

La Commissione rivolge agli Stati membri ogni utile raccomandazione sulle disposizioni tributarie o minerarie.

Articolo 72

L'Agenzia può costituire, in base alle disponibilità esistenti all'interno o all'esterno della Comunità, le scorte commerciali necessarie ad agevolare l'approvvigionamento o le normali forniture della Comunità.

La Commissione può decidere l'eventuale costituzione di scorte di sicurezza. Le modalità di finanziamento di tali scorte sono approvate dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

Sezione VI

Disposizioni particolari

Articolo 73

Qualora un accordo o una convenzione fra uno Stato membro, una persona o una impresa, da una parte, e uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, dall'altra, comporti in via accessoria forniture di prodotti di competenza dell'Agenzia, è necessario il preventivo consenso della Commissione per la conclusione o rinnovazione di tale accordo o convenzione per quanto concerne la fornitura di tali prodotti.

Articolo 74

La Commissione può dispensare dall'applicazione delle disposizioni del presente capo il trasferimento, l'importazione e l'esportazione di piccoli quantitativi di minerali, materie grezze o materie fissili speciali, la cui entità corrisponda agli usi normali a fini di ricerca.

Qualsiasi trasferimento, importazione o esportazione effettuati in virtù di tale disposizione, devono essere notificati all'Agenzia.

Articolo 75

Le disposizioni del presente capo non si applicano agli impegni aventi per oggetto il trattamento, la trasformazione e la formatazione di minerali, materie grezze o materie fissili speciali

De Lid-Staten zijn gehouden jaarlijks aan de Commissie een rapport toe te zenden over de ontwikkeling van de opsporing en winning van delfstoffen, over de vermoedelijke reserves en over de op hun grondgebied verrichte of voorgenomen investeringen in de mijnbouw. Deze rapporten worden aan de Raad voorgelegd met het advies van de Commissie, met name betreffende het gevolg, dat de Lid-Staten hebben gegeven aan de krachtens de voorgaande alinea gedane aanbevelingen.

Indien de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op verzoek van de Commissie vaststelt, dat ondanks op lange termijn economisch verantwoord schijnende delvingsmogelijkheden, de opsporingsmaatregelen en de toeneming van de mijnontginning aanmerkelijk onvoldoende blijven, wordt de betrokken Lid-Staat, zolang hij geen verbetering in deze toestand brengt, geacht af te zien van het recht van gelijke toegang tot de andere hulpbronnen binnen de Gemeenschap zowel voor hemzelf als voor zijn onderdanen.

Artikel 71

De Commissie doet aan de Lid-Staten alle dienstige aanbevelingen over de belasting- of mijnbouwregelingen.

Artikel 72

Het Agentschap kan uit de binnen en buiten de Gemeenschap beschikbare hoeveelheden de nodige handelsvoorraden aanleggen om de voorziening of de lopende leveringen van de Gemeenschap te vergemakkelijken.

De Commissie kan eventueel tot het aanleggen van veiligheidsvoorraden besluiten. De wijze van financiering van deze voorraden wordt op voorstel van de Commissie door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen goedgekeurd.

Afdeling VI

Bijzondere bepalingen

Artikel 73

Indien een akkoord of overeenkomst tussen een Lid-Staat, een persoon of een onderneming enerzijds, en een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat anderzijds, tevens levering inhoudt van produkten, welke onder de bevoegdheid van het Agentschap vallen, is wat de levering van deze produkten betreft, voorafgaande instemming van de Commissie nodig voor het sluiten of het verlengen van dat akkoord of die overeenkomst.

Artikel 74

De Commissie kan de overdracht, de invoer of de uitvoer van kleine hoeveelheden ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen, zoals die gewoonlijk worden gebruikt voor het onderzoek, vrijstellen van de toepassing der bepalingen van dit hoofdstuk.

Van iedere overdracht, invoer of uitvoer, welke geschiedt krachtens deze bepaling, moet aan het Agentschap kennis worden gegeven.

Artikel 75

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn niet van toepassing op de verbintenissen tot het behandelen, bewerken of verwerken van ertsen, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen

- a) bei Verpflichtungen zwischen Personen oder Unternehmen untereinander — falls die aufbereiteten, umgewandelten oder geformten Stoffe an die Person oder das Unternehmen, von denen sie stammen, zurückgegeben werden müssen;
- b) bei Verpflichtungen zwischen einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits — falls die Stoffe außerhalb der Gemeinschaft aufbereitet, umgewandelt oder geformt werden und an die Person oder das Unternehmen, von denen sie stammen, zurückgegeben werden;
- c) bei Verpflichtungen zwischen einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits — falls die Stoffe in der Gemeinschaft aufbereitet, umgewandelt oder geformt werden und an die Einrichtung oder den Staatsangehörigen, von denen sie stammen, oder an einen anderen von dieser Einrichtung oder diesem Staatsangehörigen bestimmten Empfänger, der seinen Sitz ebenfalls außerhalb der Gemeinschaft hat, zurückgegeben werden.

Die beteiligten Personen oder Unternehmen müssen jedoch der Agentur das Bestehen derartiger Verpflichtungen und sofort nach Unterzeichnung der Verträge die Mengen der Stoffe anzeigen, die Gegenstand dieser Umsätze sind. Den unter Buchstabe b) genannten Verpflichtungen kann die Kommission widersprechen, wenn sie der Auffassung ist, daß die Umwandlung oder Formung nicht wirksam und sicher und ohne Substanzverlust zum Nachteil der Gemeinschaft gewährleistet werden kann.

Die Stoffe, die Gegenstand dieser Verpflichtungen sind, unterliegen in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten den in Kapitel VII vorgesehenen Überwachungsmaßnahmen. Die Bestimmungen des Kapitels VIII finden jedoch keine Anwendung auf die besonderen spaltbaren Stoffe, die Gegenstand von Verpflichtungen nach Buchstabe c) sind.

Artikel 76

Die Vorschriften dieses Kapitels können, insbesondere falls unvorhergesehene Umstände eine allgemeine Mangelage hervorrufen, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung durch einstimmigen Beschluß des Rates geändert werden; die Veranlassung dazu kann von einem Mitgliedstaat oder von der Kommission ausgehen. Die Kommission hat jeden Antrag eines Mitgliedstaates zu untersuchen.

Nach Ablauf von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags kann der Rat diese Bestimmungen in ihrer Gesamtheit bestätigen. Bestätigt er sie nicht, so werden nach dem im vorstehenden Absatz bestimmten Verfahren neue Vorschriften über den Gegenstand dieses Kapitels erlassen.

KAPITEL VII

Überwachung der Sicherheit

Artikel 77

Die Kommission hat sich nach Maßgabe dieses Kapitels in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten zu vergewissern, daß

- a) die Erze, die Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe nicht zu anderen als den von ihren Benutzern angegebenen Zwecken verwendet werden,

- a) conclus entre plusieurs personnes ou entreprises lorsque les matières traitées, transformées ou mises en forme doivent faire retour à la personne ou entreprise d'origine.
- b) conclus entre une personne ou entreprise et une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, lorsque les matières sont traitées, transformées ou mises en forme hors de la Communauté et font retour à la personne ou entreprise d'origine,
- c) conclus entre une personne ou entreprise et une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, lorsque les matières sont traitées, transformées ou mises en forme dans la Communauté et font retour, soit à l'organisation ou au ressortissant d'origine, soit à tout autre destinataire également situé hors de la Communauté, désigné par cette organisation ou ce ressortissant.

Toutefois, les personnes ou entreprises intéressées doivent notifier à l'Agence l'existence de tels engagements et, dès la signature des contrats, les quantités de matières faisant l'objet de ces mouvements. En ce qui concerne les engagements visés au b), la Commission peut y faire obstacle, si elle estime que la transformation ou la mise en forme ne peut être assurée avec efficacité et sécurité et sans perte de matière au détriment de la Communauté.

Les matières faisant l'objet de ces engagements sont soumises sur les territoires des États membres aux mesures de contrôle prévues au chapitre VII. Toutefois les dispositions du chapitre VIII ne sont pas applicables aux matières fissiles spéciales faisant l'objet des engagements visés au c).

Article 76

Les dispositions du présent chapitre peuvent être modifiées, notamment au cas où des circonstances imprévues créeraient un état de pénurie générale, à l'initiative d'un État membre ou de la Commission, par le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée. La Commission est tenue d'instruire toute demande formulée par un État membre.

À l'issue d'une période de sept ans à compter de l'entrée en vigueur du Traité, le Conseil peut confirmer l'ensemble de ces dispositions. À défaut de confirmation, de nouvelles dispositions relatives à l'objet du présent chapitre sont arrêtées conformément à la procédure déterminée à l'alinéa précédent.

CHAPITRE VII

Contrôle de sécurité

Article 77

Dans les conditions prévues au présent chapitre, la Commission doit s'assurer sur les territoires des États membres:

- a) que les minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales ne sont pas détournés des usages auxquels leurs utilisateurs ont déclaré les destiner,

- a) conclusi tra più persone o imprese quando le materie trattate, trasformate o formate devono essere restituite alla persona o all'impresa di origine.
- b) conclusi tra una persona o un'impresa e una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, quando le materie sono trattate, trasformate o formate all'esterno della Comunità e sono restituite alla persona o all'impresa di origine,
- c) conclusi tra una persona o un'impresa e una organizzazione internazionale o un cittadino di un Paese terzo, quando le materie sono trattate, trasformate o formate nella Comunità e sono restituite sia al cittadino o all'organizzazione di origine, sia a qualsiasi altro destinatario, designato da tale cittadino o organizzazione, situato anch'esso all'esterno della Comunità.
- a) aangegaan tussen verschillende personen of ondernemingen, indien de behandelde, bewerkte of verwerkte materialen moeten terugkeren naar de oorspronkelijke persoon of onderneming.
- b) aangegaan tussen een persoon of onderneming en een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat, indien de materialen worden behandeld, bewerkt of verwerkt buiten de Gemeenschap en terugkeren naar de oorspronkelijke persoon of onderneming,
- c) aangegaan tussen een persoon of onderneming en een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat, wanneer de materialen worden behandeld, bewerkt of verwerkt binnen de Gemeenschap en terugkeren, hetzij naar de oorspronkelijke organisatie of onderdaan, hetzij naar een andere door deze organisatie of onderdaan aangewezen geadresseerde eveneens buiten de Gemeenschap.

Tuttavia, le persone o imprese interessate devono notificare all'Agenzia l'esistenza di tali impegni e, subito dopo la firma dei contratti, i quantitativi di materie che formano oggetto di tali spostamenti. Per quanto concerne gli impegni di cui alla lettera b) la Commissione può farvi opposizione qualora essa ritenga che alla trasformazione e alla formatazione non possa provvedersi in modo efficace e sicuro e senza perdita di materie a detrimento della Comunità.

Le materie oggetto di tali impegni sono sottoposte sui territori degli Stati membri alle misure di controllo previste dal capo VII. Tuttavia le disposizioni del capo VIII non sono applicabili alle materie fissili speciali che costituiscono l'oggetto degli impegni di cui alla lettera c).

Articolo 76

Le disposizioni del presente capo, specie quando circostanze impreviste venissero a determinare uno stato di penuria generale, possono essere modificate su iniziativa di uno Stato membro o della Commissione, dal Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea. La Commissione è tenuta a istruire qualsiasi domanda presentata da uno Stato membro.

Allo scadere di un periodo di sette anni a decorrere dall'entrata in vigore del Trattato, il Consiglio può confermare l'insieme di tali disposizioni. In caso di mancata conferma, nuove disposizioni relative all'oggetto del presente capo sono stabilite conformemente alla procedura definita dal comma precedente.

CAPO VII

Controllo di sicurezza

Articolo 77

Alle condizioni previste dal presente capo, la Commissione deve accertarsi che, nei territori degli Stati membri:

- a) i minerali, materie grezze e materie fissili speciali non siano distolti dagli usi ai quali i loro utilizzatori hanno dichiarato di destinarli,

De betrokken personen of ondernemingen moeten echter aan het Agentschap kennis geven van het bestaan van dergelijke verbintenissen en zodra de contracten zijn ondertekend, van de hoeveelheden materiaal welke daarmede gemoeid zijn. De Commissie kan zich verzetten tegen de onder b) vermelde verbintenissen, indien zij meent dat de bewerking of verwerking niet doeltreffend, veilig en zonder verlies aan materialen ten nadele van de Gemeenschap kan geschieden.

De materialen, waarvoor deze verbintenissen zijn aangegaan, worden op het grondgebied van de Lid-Staten aan de in hoofdstuk VII bepaalde controlemaatregelen onderworpen. De bepalingen van hoofdstuk VIII zijn echter niet van toepassing op de bijzondere splijtstoffen waarvoor de onder c) bedoelde verbintenissen zijn aangegaan.

Artikel 76

De bepalingen van dit hoofdstuk kunnen, met name ingeval door onvoorziene omstandigheden een toestand van algemene schaarste zou ontstaan, op initiatief van een Lid-Staat of van de Commissie door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering; het initiatief daartoe kan van een Lid-Staat of van de Commissie uitgaan. De Commissie is gehouden ieder verzoek van een Lid-Staat in behandeling te nemen.

Na verloop van zeven jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag kan de Raad deze bepalingen in hun geheel bevestigen. Bij gebreke van bevestiging worden nieuwe bepalingen met betrekking tot het onderwerp van dit hoofdstuk vastgesteld overeenkomstig de procedure, omschreven in de voorgaande alinea.

HOOFDSTUK VII

Veiligheidscontrole

Artikel 77

Overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk moet de Commissie zich ervan vergewissen of op het grondgebied van de Lid-Staten

- a) de ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen niet voor andere doeleinden worden aangewend dan waarvoor de gebruikers verklaard hebben ze te bestemmen,

b) die Vorschriften über die Versorgung und alle besonderen Kontrollverpflichtungen geachtet werden, welche die Gemeinschaft in einem Abkommen mit einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung übernommen hat.

Artikel 78

Wer eine Anlage zur Erzeugung, Trennung oder sonstigen Verwendung von Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen oder zur Aufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe errichtet oder betreibt, hat der Kommission die grundlegenden technischen Merkmale der Anlage anzugeben, soweit deren Kenntnis für die Zwecke des Artikels 77 erforderlich ist.

Die Verfahren für die chemische Aufbereitung bestrahlter Stoffe bedürfen insoweit der Genehmigung der Kommission, als dies für die Zwecke des Artikels 77 erforderlich ist.

Artikel 79

Die Kommission verlangt, daß Aufstellungen über Betriebsvorgänge geführt und vorgelegt werden, um die Buchführung über verwendete oder erzeugte Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe zu ermöglichen. Das gleiche gilt für die Beförderung der Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe.

Die Betroffenen geben den Behörden des betreffenden Mitgliedstaates die Mitteilungen bekannt, die sie gemäß Artikel 78 und Absatz 1 dieses Artikels an die Kommission richten.

Art und Umfang der Verpflichtungen des Absatzes 1 dieses Artikels werden in einer Verordnung bestimmt, die von der Kommission mit Billigung des Rates erlassen wird.

Artikel 80

Die Kommission kann verlangen, daß alle überschüssigen besonderen spaltbaren Stoffe, die als Nebenprodukt wieder- oder neugewonnen und nicht tatsächlich verwendet oder zur Verwendung bereitgestellt werden, bei der Agentur oder in anderen Lagern hinterlegt werden, die der Überwachung der Kommission unterstehen oder zugänglich sind.

Die so hinterlegten besonderen spaltbaren Stoffe sind den Beteiligten auf Antrag unverzüglich zurückzugeben.

Artikel 81

Die Kommission kann in die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten Inspektoren entsenden. Sie hört den Mitgliedstaat, bevor sie einen Inspektor mit seiner ersten Überwachungsaufgabe in den Hoheitsgebieten dieses Staates betraut; diese Anhörung wirkt auch für alle späteren Aufgaben dieses Inspektors.

Soweit dies für die Überwachung der Erze, Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe und zu der Feststellung erforderlich ist, ob die Bestimmungen des Artikels 77 beachtet werden, haben die Inspektoren unter Vorlage eines Ausweises über ihre Amtseigenschaft jederzeit zu allen Orten, Unterlagen und Personen Zugang, die sich von Berufs wegen mit Stoffen, Ausrüstungsgegenständen oder Anlagen beschäftigen, welche gemäß diesem Kapitel der Überwachung unterliegen. Die von der Kommission ernannten Inspektoren werden auf Antrag des beteiligten Staates von Vertretern der Be-

b) que sont respectés les dispositions relatives à l'approvisionnement et tout engagement particulier relatif au contrôle souscrit par la Communauté dans un accord conclu avec un État tiers ou une organisation internationale.

Article 78

Quiconque établit ou exploite une installation pour la production, la séparation ou toute utilisation de matières brutes ou matières fissiles spéciales, ou encore pour le traitement de combustibles nucléaires irradiés, est tenu de déclarer à la Commission les caractéristiques techniques fondamentales de l'installation, dans la mesure où la connaissance de celles-ci est nécessaire à la réalisation des buts définis à l'article 77.

La Commission doit approuver les procédés à employer pour le traitement chimique des matières irradiés, dans la mesure nécessaire à la réalisation des buts définis à l'article 77.

Article 79

La Commission exige la tenue et la présentation de relevés d'opérations en vue de permettre la comptabilité des minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales, utilisés ou produits. Il en est de même pour les matières brutes et les matières fissiles spéciales transportées.

Les assujettis notifient aux autorités de l'État membre intéressé les communications qu'ils adressent à la Commission en vertu de l'article 78 et de l'alinéa 1 du présent article.

La nature et la portée des obligations visées à l'alinéa 1 du présent article sont définies dans un règlement établi par la Commission et approuvé par le Conseil.

Article 80

La Commission peut exiger que soit mis en dépôt auprès de l'Agence, ou dans d'autres dépôts contrôlés ou contrôlables par la Commission, tout excédent de matières fissiles spéciales récupérées ou obtenues comme sous-produits et qui ne sont pas effectivement employées ou prêtes à être employées.

Les matières fissiles spéciales ainsi déposées doivent être restituées sans retard aux intéressés sur leur demande.

Article 81

La Commission peut envoyer des inspecteurs sur les territoires des États membres. Elle procède auprès de chaque État membre intéressé, préalablement à la première mission qu'elle confie à un inspecteur sur les territoires de cet État, à une consultation qui vaut pour toutes les missions ultérieures de cet inspecteur.

Sur présentation d'un document établissant leur qualité, les inspecteurs ont à tout moment accès à tous lieux, à tous éléments d'information et auprès de toutes personnes qui, de par leur profession, s'occupent de matières, équipements ou installations soumis au contrôle prévu au présent chapitre, dans la mesure nécessaire pour contrôler les minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales, et pour s'assurer du respect des dispositions prévues à l'article 77. Si l'État intéressé le demande, les inspecteurs désignés par la Commission sont accompagnés de représentants des autorités de cet État,

b) siano osservate le disposizioni relative all'approvvigionamento, e qualsiasi impegno particolare relativo al controllo assunto dalla Comunità in virtù di un accordo concluso con uno Stato terzo o con una organizzazione internazionale.

Articolo 78

Chiunque crei o gestisca un impianto per la produzione, la separazione o qualsiasi utilizzazione di materie grezze o materie fissili speciali, ovvero per il trattamento di combustibili nucleari irradiati, è tenuto a dichiarare alla Commissione le caratteristiche tecniche fondamentali dell'impianto, nella misura in cui la conoscenza di tali caratteristiche è necessaria al raggiungimento degli scopi di cui all'articolo 77.

La Commissione deve approvare i procedimenti da usare per il trattamento chimico delle materie irradiate, nella misura necessaria al raggiungimento degli scopi di cui all'articolo 77.

Articolo 79

La Commissione esige la tenuta e la presentazione di specifiche delle operazioni, al fine di permettere la contabilità relativa ai minerali, materie grezze e materie fissili speciali, utilizzati o prodotti. Gli stessi obblighi sussistono per le materie grezze e le materie fissili speciali trasportate.

Quanti siano soggetti a tali obblighi notificano alle autorità dello Stato membro interessato le comunicazioni che inviano alla Commissione a mente dell'articolo 78 e del primo comma del presente articolo.

La natura e la portata degli obblighi di cui al primo comma del presente articolo sono definite in un regolamento elaborato dalla Commissione e approvato dal Consiglio.

Articolo 80

La Commissione può esigere che sia depositata presso l'Agenzia, o in altri depositi controllati o controllabili dalla Commissione, qualsiasi eccedenza di materie fissili speciali recuperate od ottenute come sottoprodotti, che non siano effettivamente usate o pronte per esserlo.

Le materie fissili speciali così depositate devono essere senza indugio restituite agli interessati, a richiesta di questi.

Articolo 81

La Commissione può inviare ispettori nei territori degli Stati membri. Essa procede presso ogni Stato membro interessato, preventivamente alla prima missione che affida a un ispettore nei territori dello Stato stesso, a una consultazione valida per tutte le successive missioni dell'ispettore.

Dietro presentazione di un documento comprovante la loro qualità, gli ispettori hanno accesso, in qualsiasi momento, a tutte le località, a tutti gli elementi di informazione e presso tutte le persone che, per loro professione, si occupano di materie, attrezzature o impianti soggetti al controllo in virtù del presente capo, nella misura necessaria a controllare i minerali, le materie grezze e materie fissili speciali, e ad assicurarsi dell'osservanza delle disposizioni previste dall'articolo 77. Quando sia richiesto dallo Stato interessato, gli ispettori designati dalla Commissione sono accompagnati da

b) de bepalingen met betrekking tot de voorziening en elke bijzondere verbintenis betreffende controle, die de Gemeenschap heeft aangegaan in een akkoord met een derde Staat of een internationale organisatie, worden nageleefd.

Artikel 78

Ieder die een installatie voor de produktie, de afscheiding of enige aanwending van grondstoffen of bijzondere splijtstoffen of voor de behandeling van bestraalde splijtstoffen opricht of in gebruik heeft, is gehouden aan de Commissie de fundamentele technische kenmerken van die installatie mede te delen, voor zover de kennis daarvan noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de in artikel 77 omschreven doelstellingen.

De Commissie moet de werkwijzen voor de regeneratie der bestraalde stoffen goedkeuren, voor zover dit noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de in artikel 77 omschreven doelstellingen.

Artikel 79

De Commissie verlangt het bijhouden en overleggen van werkstaten, om de rekening en verantwoording der gebruikte of geproduceerde ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen mogelijk te maken. Hetzelfde geldt voor de vervoerde grondstoffen en bijzondere splijtstoffen.

Degenen die aan de controle onderworpen zijn, geven aan de autoriteiten van de betrokken Lid-Staat kennis van de mededelingen welke zij, krachtens artikel 78 en de eerste alinea van dit artikel, aan de Commissie doen toekomen.

De aard en de strekking van de in de eerste alinea van dit artikel bedoelde verplichtingen worden omschreven in een door de Commissie op te maken en door de Raad goed te keuren verordening.

Artikel 80

De Commissie kan verlangen, dat elk overschot aan bijzondere splijtstoffen, die als bijproduct teruggewonnen of verkregen zijn en niet daadwerkelijk gebruikt worden of voor het doel gereed zijn, bij het Agentschap worden opgeslagen dan wel in andere bewaarplaatsen, die door de Commissie worden of kunnen worden gecontroleerd.

De bijzondere splijtstoffen, die aldus zijn opgeslagen, moeten op verzoek van belanghebbenden onverwijld aan deze worden teruggegeven.

Artikel 81

De Commissie kan inspecteurs zenden naar het grondgebied van de Lid-Staten. De Commissie raadpleegt iedere betrokken Lid-Staat, voordat zij de eerste opdracht aan een inspecteur verleent op het grondgebied van die Staat; deze raadpleging geldt voor alle latere opdrachten aan die inspecteur.

De inspecteurs hebben, op vertoon van een document waaruit hun hoedanigheid blijkt, te allen tijde toegang tot alle plaatsen, alle gegevens en alle personen, die zich uit hoofde van hun beroep bezighouden met krachtens dit hoofdstuk aan controle onderworpen materialen, uitrustingen of installaties, voor zover dit noodzakelijk is om de ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen te controleren en er zich van te vergewissen, of de bepalingen van artikel 77 worden nageleefd. Indien de betrokken Staat zulks verzoekt, worden de door de Commissie aangewezen inspecteurs vergezeld van vertegenwoordig-

hörden dieses Staates begleitet; doch darf hierdurch für die Inspektoren bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe keine Verzögerung oder sonstige Behinderung eintreten.

Wird der Durchführung einer Überwachungsmaßnahme widersprochen, so hat die Kommission beim Präsidenten des Gerichtshofes einen Gerichtsbefehl zu beantragen, um die Durchführung dieser Überwachung im Zwangswege sicherzustellen. Der Präsident des Gerichtshofes entscheidet innerhalb von drei Tagen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Kommission durch eine eigene Entscheidung eine schriftliche Anordnung der Überwachungsmaßnahmen erlassen. Diese Anordnung ist dem Präsidenten des Gerichtshofes unverzüglich zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

Nach Erlass des Befehls oder der Entscheidung haben die Behörden des betreffenden Staates den Inspektoren Zugang zu den Orten zu verschaffen, die in dem Befehl oder der Entscheidung bezeichnet sind.

Artikel 82

Die Inspektoren werden von der Kommission eingestellt.

Ihnen liegt ob, sich die in Artikel 79 vorgesehene Buchführung vorlegen zu lassen und sie zu prüfen. Sie berichten der Kommission über jeden Verstoß.

Die Kommission kann eine Richtlinie erlassen, mit der sie dem betreffenden Mitgliedstaat aufgibt, innerhalb einer von ihr festgesetzten Frist alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um dem festgestellten Verstoß ein Ende zu setzen. Sie gibt dem Rat hiervon Kenntnis.

Kommt der Mitgliedstaat dieser Richtlinie der Kommission innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann diese oder jeder beteiligte Mitgliedstaat, in Abweichung von den Artikeln 141 und 142, unmittelbar den Gerichtshof anrufen.

Artikel 83

(1) Verletzen Personen oder Unternehmen die ihnen durch dieses Kapitel auferlegten Verpflichtungen, so kann die Kommission gegen sie Zwangsmaßnahmen verhängen.

Diese werden in folgenden Stufen verhängt:

- a) Verwarnung,
- b) Entzug besonderer Vorteile, wie finanzielle Unterstützung oder technische Hilfe,
- c) Übertragung der Verwaltung des Unternehmens für eine Höchstdauer von vier Monaten an eine Person oder eine Personengruppe, die im gemeinsamen Einvernehmen zwischen der Kommission und dem Staat, dem das Unternehmen untersteht, bestellt werden,
- d) vollständiger oder teilweiser Entzug der Ausgangsstoffe oder besonderen spaltbaren Stoffe.

(2) Die zur Durchführung des vorstehenden Absatzes erlassenen Entscheidungen der Kommission, die eine Herausgabeverpflichtung enthalten, sind vollstreckbar. Sie können in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten nach Maßgabe des Artikels 164 vollstreckt werden.

In Abweichung von Artikel 157 haben Klagen, die gegen die Entscheidungen der Kommission über die Verhängung der im vorstehenden Absatz vorgesehenen Zwangsmaßnahmen beim Gerichtshof erhoben werden, aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch auf Antrag der Kommission oder jedes beteiligten Mitgliedstaates die sofortige Vollstreckung der Entscheidung anordnen.

sous réserve que les inspecteurs ne soient pas de ce fait retardés ou autrement gênés dans l'exercice de leurs fonctions.

En cas d'opposition à l'exécution d'un contrôle, la Commission est tenue de demander au président de la Cour de Justice un mandat, afin d'assurer, par voie de contrainte, l'exécution de ce contrôle. Le président de la Cour de Justice décide dans un délai de trois jours.

S'il y a péril en la demeure, la Commission peut délivrer elle-même, sous forme d'une décision, un ordre écrit de procéder au contrôle. Cet ordre doit être soumis sans délai, pour approbation ultérieure, au président de la Cour de Justice.

Après délivrance du mandat ou de la décision, les autorités nationales de l'État intéressé assurent l'accès des inspecteurs dans les lieux désignés dans le mandat ou la décision.

Article 82

Les inspecteurs sont recrutés par la Commission.

Ils sont chargés de se faire présenter et de vérifier la comptabilité mentionnée à l'article 79. Ils rendent compte de toute violation à la Commission.

La Commission peut arrêter une directive par laquelle elle enjoint à l'État membre en cause de prendre, dans le délai qu'elle détermine, toutes les mesures nécessaires pour mettre fin à la violation constatée; elle en informe le Conseil.

Si l'État membre ne se conforme pas, dans le délai imparti, à cette directive de la Commission, celle-ci ou tout État membre intéressé peut, par dérogation aux articles 141 et 142, saisir immédiatement la Cour de Justice.

Article 83

(1) En cas d'infraction des personnes ou entreprises aux obligations qui leur sont imposées par le présent chapitre, des sanctions peuvent être prononcées contre elles par la Commission.

Ces sanctions sont, dans l'ordre de gravité:

- a) l'avertissement,
- b) le retrait d'avantages particuliers tels qu'assistance financière ou aide technique,
- c) la mise de l'entreprise, pour une durée maximum de quatre mois sous l'administration d'une personne ou d'un collège désigné d'un commun accord entre la Commission et l'État dont relève l'entreprise,
- d) le retrait total ou partiel des matières brutes ou matières fissiles spéciales.

(2) Les décisions de la Commission comportant obligation de livrer, prises pour l'exécution du paragraphe précédent, forment titre exécutoire. Elles peuvent être exécutées sur les territoires des États membres dans les conditions fixées à l'article 164.

Par dérogation aux dispositions de l'article 157, les recours introduits devant la Cour de Justice contre les décisions de la Commission infligeant des sanctions prévues au paragraphe précédent ont un effet suspensif. Toutefois, la Cour de Justice peut, à la demande de la Commission ou de tout État membre intéressé, ordonner l'exécution immédiate de la décision.

rappresentanti delle autorità di questo Stato, a condizione che ciò non provochi, per gli ispettori, ritardi o intralci nell'esercizio delle loro funzioni.

In caso di opposizione all'effettuazione di un controllo, la Commissione è tenuta a domandare al presidente della Corte di Giustizia un mandato, al fine di assicurare l'esecuzione forzata del controllo stesso. Il presidente della Corte di Giustizia decide entro un termine di tre giorni.

Ove l'indugiare sia pregiudizievole, la Commissione può rilasciare essa stessa, sotto forma di una decisione, un ordine scritto di procedere al controllo. Tale ordine deve essere immediatamente presentato, per la successiva approvazione, al presidente della Corte di Giustizia.

Dopo il rilascio del mandato o della decisione, le autorità nazionali dello Stato interessato provvedono ad assicurare l'accesso degli ispettori ai luoghi indicati nel mandato o nella decisione.

Articolo 82

Gli ispettori sono assunti dalla Commissione.

Essi sono incaricati di farsi presentare e di verificare la contabilità di cui all'articolo 79. Essi riferiscono alla Commissione in merito a qualsiasi violazione.

La Commissione può emanare una direttiva con cui essa intima allo Stato membro in questione di prendere, nei termini da essa fissati, tutte le misure necessarie per porre termine alla violazione constatata; essa ne rende edotto il Consiglio.

Se lo Stato membro non si conforma, nel termine assegnato, alla direttiva della Commissione, questa o qualsiasi Stato membro interessato può, in deroga agli articoli 141 e 142, adire immediatamente la Corte di Giustizia.

Articolo 83

(1) In caso di infrazione da parte delle persone o delle imprese agli obblighi loro imposti dal presente capo, la Commissione può pronunciare sanzioni nei loro confronti.

Tali sanzioni sono, in ordine di gravità:

- a) il richiamo,
- b) la revoca di vantaggi particolari, quali l'assistenza finanziaria o l'aiuto tecnico,
- c) un provvedimento che ponga l'impresa, per un periodo massimo di quattro mesi, sotto l'amministrazione di una persona o di un collegio designati di comune accordo dalla Commissione e dallo Stato cui appartiene l'impresa,
- d) il ritiro totale o parziale delle materie grezze o materie fissili speciali.

(2) Le decisioni adottate dalla Commissione in esecuzione del precedente paragrafo e che importino obbligo di consegna formano titolo esecutivo. Esse possono essere eseguite nei territori degli Stati membri secondo le modalità previste dall'articolo 164.

In deroga al disposto dell'articolo 157, i ricorsi proposti alla Corte di Giustizia contro le decisioni della Commissione che comminino delle sanzioni previste dal paragrafo precedente hanno effetto sospensivo. Tuttavia, la Corte di Giustizia può, a richiesta della Commissione o di qualsiasi Stato membro interessato, ordinare l'esecuzione immediata della decisione.

gers van de autoriteiten van deze Staat, op voorwaarde dat de inspecteurs daardoor niet worden opgehouden of op andere wijze in de uitoefening van hun functie worden gehinderd.

Bij verzet tegen de uitoefening van controle dient de Commissie aan de president van het Hof van Justitie een bevelschrift te vragen, ten einde met dwangmiddelen de uitvoering van de controle te verzekeren. De president van het Hof van Justitie beslist hierover binnen drie dagen.

Indien uitstel gevaar oplevert, kan de Commissie zelf een schriftelijk controlebevel afgeven in de vorm van een beschikking. Dit bevel moet onverwijld ter goedkeuring achteraf aan de president van het Hof van Justitie worden voorgelegd.

Na afgifte van het bevelschrift of van de beschikking dragen de instanties van de betrokken Staat er zorg voor dat de inspecteurs toegang krijgen tot de in het bevelschrift of de beschikking bepaalde plaatsen.

Artikel 82

De inspecteurs worden door de Commissie in dienst genomen.

Zij zijn verplicht zich de in artikel 79 bedoelde rekening en verantwoording te doen voorleggen en deze na te zien. Zij brengen aan de Commissie van elke schending verslag uit.

De Commissie kan een richtlijn vaststellen waarbij zij de betrokken Lid-Staat gelast, binnen een door haar te stellen termijn alle maatregelen te nemen, die noodzakelijk zijn om een einde te maken aan de vastgestelde schending; zij stelt de Raad daarvan op de hoogte.

Indien de Lid-Staat zich binnen de gestelde termijn niet aan deze richtlijn van de Commissie onderwerpt, kan de Commissie of elke betrokken Lid-Staat, in afwijking van de artikelen 141 en 142, de zaak onmiddellijk aanhangig maken bij het Hof van Justitie.

Artikel 83

(1) Ingeval personen of ondernemingen inbreuk maken op de verplichtingen welke hun door dit hoofdstuk worden opgelegd, kan de Commissie sancties tegen hen uitspreken.

Deze sancties zijn, naar hun gewicht gerangschikt, de volgende:

- a) de waarschuwing,
- b) het intrekken van bijzondere voordelen, zoals financiële bijstand of technische hulp,
- c) het stellen van de onderneming, voor een tijdsduur van ten hoogste vier maanden, onder het beheer van een persoon of groep van personen, daartoe aangewezen in onderlinge overeenstemming tussen de Commissie en de Staat waaronder de onderneming ressorteert,
- d) het geheel of gedeeltelijk intrekken van grondstoffen of van bijzondere splijtstoffen.

(2) De beschikkingen van de Commissie houdende verplichting tot levering welke zijn vastgesteld ter uitvoering van het voorgaande lid, vormen een executoriale titel. Zij kunnen op het grondgebied van de Lid-Staten ten uitvoer worden gelegd onder de in artikel 164 vastgestelde voorwaarden.

In afwijking van de bepalingen van artikel 157 heeft het beroep bij het Hof van Justitie tegen de beschikkingen van de Commissie waarbij sancties worden opgelegd als bepaald in het voorgaande lid, schorsende werking. Het Hof van Justitie kan echter, op verzoek van de Commissie of van elke betrokken Lid-Staat, de onmiddellijke tenuitvoerlegging van de beschikking bevelen.

Der Schutz der verletzten Interessen ist durch ein angemessenes Rechtsverfahren zu gewährleisten.

(3) Die Kommission kann an die Mitgliedstaaten Empfehlungen über Rechtsvorschriften richten, welche die Beachtung der Verpflichtungen dieses Kapitels in ihren Hoheitsgebieten sicherstellen sollen.

(4) Die Mitgliedstaaten haben dafür Sorge zu tragen, daß die Zwangsmaßnahmen vollstreckt und daß die Verletzungen gegebenenfalls durch deren Urheber behoben werden.

Artikel 84

Bei der Überwachung wird kein Unterschied nach dem Verwendungszweck der Erze, der Ausgangsstoffe und der besonderen spaltbaren Stoffe gemacht.

Der Bereich, die Art und Weise der Überwachung sowie die Befugnisse der mit der Überwachung beauftragten Organe sind auf die Verwirklichung der in diesem Kapitel bestimmten Ziele beschränkt.

Die Überwachung erstreckt sich nicht auf Stoffe, die für die Zwecke der Verteidigung bestimmt sind, soweit sie sich im Vorgang der Einfügung in Sondergeräte für diese Zwecke befinden oder soweit sie nach Abschluß dieser Einfügung gemäß einem Operationsplan in eine militärische Anlage eingesetzt oder dort gelagert werden.

Artikel 85

Die Einzelheiten der in diesem Kapitel vorgesehenen Überwachung können, falls neu eingetretene Umstände es erfordern, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung durch einstimmigen Beschluß des Rates diesen Umständen angepaßt werden; die Veranlassung dazu kann von einem Mitgliedstaat oder der Kommission ausgehen. Die Kommission hat jeden Antrag eines Mitgliedstaates zu untersuchen.

KAPITEL VIII

Das Eigentum

Artikel 86

Die besonderen spaltbaren Stoffe sind Eigentum der Gemeinschaft.

Das Eigentumsrecht der Gemeinschaft umfaßt alle besonderen spaltbaren Stoffe, die von einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen erzeugt oder eingeführt werden und der in Kapitel VII vorgesehenen Sicherheitsüberwachung unterliegen.

Artikel 87

Die Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen haben an den besonderen spaltbaren Stoffen, die ordnungsgemäß in ihren Besitz gelangt sind, das unbeschränkte Nutzungs- und Verbrauchsrecht, soweit nicht für sie Verpflichtungen aus diesem Vertrag, insbesondere bezüglich der Sicherheitsüberwachung, des Bezugsrechts der Agentur und des Gesundheitsschutzes, entgegenstehen.

Artikel 88

Die Agentur führt im Namen der Gemeinschaft ein besonderes Konto mit der Bezeichnung „Finanzkonto der besonderen spaltbaren Stoffe“.

La sauvegarde des intérêts lésés doit être garantie par une procédure légale appropriée.

(3) La Commission peut adresser aux États membres toutes recommandations relatives aux dispositions législatives ou réglementaires tendant à assurer le respect sur leurs territoires, des obligations résultant du présent chapitre.

(4) Les États membres sont tenus d'assurer l'exécution des sanctions et, s'il y a lieu, la réparation des infractions par les auteurs de celles-ci.

Article 84

Il n'est pas fait, dans l'exercice du contrôle, de discrimination selon la destination donnée aux minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales:

Le domaine, les modalités du contrôle et les pouvoirs des organes chargés du contrôle sont limités à la réalisation des buts définis dans le présent chapitre.

Le contrôle ne peut s'étendre aux matières destinées aux besoins de la défense qui sont en cours de façonnage spécial pour ces besoins, ou qui, après ce façonnage, sont, conformément à un plan d'opérations, implantées ou stockées dans un établissement militaire.

Article 85

Au cas où des circonstances nouvelles le nécessiteraient, les modalités d'application du contrôle prévues au présent chapitre peuvent être adaptées, à l'initiative d'un État membre ou de la Commission, par le Conseil statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée. La Commission est tenue d'instruire toute demande formulée par un État membre.

CHAPITRE VIII

Le régime de propriété

Article 86

Les matières fissiles spéciales sont la propriété de la Communauté.

Le droit de propriété de la Communauté s'étend à toutes les matières fissiles spéciales produites ou importées par un État membre, une personne ou une entreprise, et soumises au contrôle de sécurité prévu au chapitre VII.

Article 87

Les États membres, personnes ou entreprises ont, sur les matières fissiles spéciales entrées régulièrement en leur possession, le droit d'utilisation et de consommation le plus étendu, sous la réserve des obligations résultant pour eux des dispositions du présent Traité, notamment en ce qui regarde le contrôle de sécurité, le droit d'option reconnu à l'Agence et la protection sanitaire.

Article 88

L'Agence tient, au nom de la Communauté, un compte spécial dit « compte financier des matières fissiles spéciales ».

La tutela degli interessi lesi deve essere garantita da una procedura legale appropriata.

(3) La Commissione può rivolgere agli Stati membri tutte le raccomandazioni relative alle disposizioni legislative o regolamentari intese ad assicurare l'osservanza nei loro territori degli obblighi risultanti dal presente capo.

(4) Gli Stati membri sono tenuti ad assicurare l'esecuzione delle sanzioni e, ove occorra, la riparazione delle infrazioni da parte degli autori di queste.

Articolo 84

Nell'esercizio del controllo non si fanno discriminazioni in base alla destinazione data ai minerali, alle materie grezze e alle materie fissili speciali.

Il settore di competenza, le modalità del controllo e i poteri degli organi incaricati del controllo sono limitati all'attuazione degli scopi definiti nel presente capo.

Il controllo non può estendersi alle materie destinate alle necessità della difesa che sono in corso di speciale elaborazione per tali necessità ovvero che dopo tale elaborazione sono, conformemente a un piano operativo, collocate o costituite in scorta in uno stabilimento militare.

Articolo 85

Qualora nuove circostanze lo richiedano, le modalità di applicazione del controllo previste dal presente capo possono subire degli adattamenti su iniziativa di uno Stato membro o della Commissione, ad opera del Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea. La Commissione è tenuta ad istruire qualsiasi domanda formulata da uno Stato membro.

CAPO VIII

Regime della proprietà

Articolo 86

Le materie fissili speciali sono proprietà della Comunità.

Il diritto di proprietà della Comunità si estende a tutte le materie fissili speciali prodotte o importate da uno Stato membro, da una persona o da un'impresa, e sottoposte al controllo di sicurezza previsto dal Capo VII.

Articolo 87

Gli Stati membri, persone o imprese hanno, sulle materie fissili speciali di cui siano venuti regolarmente in possesso, il più ampio diritto di utilizzazione e di consumo, fatti salvi gli obblighi loro derivanti dalle disposizioni del presente Trattato, specie per quanto riguarda il controllo di sicurezza, il diritto di opzione riconosciuto all'Agenzia e la protezione sanitaria.

Articolo 88

Un conto speciale, detto conto finanziario delle materie fissili speciali, è tenuto a cura dell'Agenzia, a nome della Comunità.

De bescherming der geschade belangen moet door een passende rechtsprocedure worden gewaarborgd.

(3) De Commissie kan de Lid-Staten alle aanbevelingen doen met betrekking tot de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen, welke ten doel hebben de naleving op hun grondgebied van de uit dit hoofdstuk voortvloeiende verplichtingen te verzekeren.

(4) De Lid-Staten zijn gehouden er voor te zorgen, dat de sancties ten uitvoer worden gelegd en, in voorkomende gevallen, dat schade, veroorzaakt door de inbreuken, wordt hersteld door hen die zich aan deze inbreuken hebben schuldig gemaakt.

Artikel 84

Bij de uitoefening van de controle wordt niet gediscrimineerd op grond van de bestemming welke is gegeven aan de ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen.

Het gebied waarover de controle zich uitstrekt, en de wijze waarop deze wordt uitgeoefend, alsmede de bevoegdheden van de controle-organen, zijn beperkt tot de verwezenlijking van de in dit hoofdstuk omschreven doelstellingen.

De controle mag zich niet uitstrekken tot materialen bestemd voor defensiedoeleinden, welke voor die doeleinden in bijzondere bewerking zijn of welke na die bewerking, krachtens een operatieplan, in een militaire inrichting worden geplaatst of opgeslagen.

Artikel 85

Indien nieuwe omstandigheden zulks noodzakelijk zouden maken, kan de in dit hoofdstuk bepaalde wijze van uitoefening van de controle door de Raad met eenparigheid van stemmen worden aangepast op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering; het initiatief daartoe kan van een Lid-Staat of van de Commissie uitgaan. De Commissie is gehouden elk verzoek van een Lid-Staat in behandeling te nemen.

HOOFDSTUK VII

Regeling van het eigendomsrecht

Artikel 86

De bijzondere splijtstoffen zijn eigendom van de Gemeenschap.

Het eigendomsrecht van de Gemeenschap strekt zich uit tot alle bijzondere splijtstoffen die zijn voortgebracht of ingevoerd door een Lid-Staat, een persoon of een onderneming, en die onderworpen zijn aan de veiligheidscontrole bepaald in hoofdstuk VII.

Artikel 87

De Lid-Staten, personen of ondernemingen hebben op de op regelmatige wijze in hun bezit gekomen bijzondere splijtstoffen het meest uitgebreide recht tot gebruik en verbruik, onder voorbehoud van de verplichtingen welke voor hen voortvloeien uit de bepalingen van dit Verdrag, met name wat de veiligheidscontrole, het aan het Agentschap toegekende optierecht en de gezondheidsbescherming betreft.

Artikel 88

Het Agentschap houdt namens de Gemeenschap een bijzondere administratie bij, genaamd „Financiële administratie van de bijzondere splijtstoffen“.

Artikel 89

(1) Das Finanzkonto der besonderen spaltbaren Stoffe wird wie folgt geführt:

- a) Der Gemeinschaft wird der Wert der besonderen spaltbaren Stoffe gutgeschrieben, die einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen überlassen oder zur Verfügung gestellt werden; der Mitgliedstaat, die Person oder das Unternehmen werden mit diesem Wert belastet;
- b) die Gemeinschaft wird mit dem Wert der besonderen spaltbaren Stoffe belastet, die von einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen erzeugt oder eingeführt und Eigentum der Gemeinschaft werden; dieser Wert wird dem Mitgliedstaat, der Person oder dem Unternehmen gutgeschrieben. Eine entsprechende Buchung wird vorgenommen, wenn ein Mitgliedstaat, eine Person oder ein Unternehmen der Gemeinschaft besondere spaltbare Stoffe zurückgibt, die diesem Staat, dieser Person oder diesem Unternehmen vorher überlassen oder zur Verfügung gestellt worden waren.

(2) Die Wertschwankungen, denen die besonderen spaltbaren Stoffe unterliegen, werden rechnungsmäßig so behandelt, daß für die Gemeinschaft weder Verlust noch Gewinn entsteht. Die Gefahren gehen zu Lasten und Gewinn der Besitzer.

(3) Die Salden aus den obengenannten Vorgängen sind auf Verlangen des Gläubigers sofort fällig.

(4) Soweit die Agentur auf eigene Rechnung Geschäfte vornimmt, gilt sie für die Anwendung dieses Kapitels als Unternehmen.

Artikel 90

Die Vorschriften dieses Kapitels über das Eigentumsrecht der Gemeinschaft können, falls neu eingetretene Umstände das erfordern, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung durch einstimmigen Beschluß des Rates diesen Umständen angepaßt werden; die Veranlassung dazu kann von einem Mitgliedstaat oder von der Kommission ausgehen. Die Kommission hat jeden Antrag eines Mitgliedstaates zu untersuchen.

Artikel 91

Die Ordnung des Eigentums an den Gegenständen, Stoffen und Vermögenswerten, an denen kein Eigentumsrecht der Gemeinschaft auf Grund dieses Kapitels besteht, richtet sich nach dem Recht der einzelnen Mitgliedstaaten.

KAPITEL IX

Der Gemeinsame Markt
auf dem Kerngebiet

Artikel 92

Die Bestimmungen dieses Kapitels finden auf die Güter und Erzeugnisse Anwendung, die in den Listen des Anhangs IV dieses Vertrags aufgeführt sind.

Diese Listen können vom Rat auf Vorschlag der Kommission geändert werden; die Veranlassung dazu kann von der Kommission oder einem Mitgliedstaat ausgehen.

Article 89

(1) Dans le compte financier des matières fissiles spéciales:

- a) est portée au crédit de la Communauté et au débit de l'État membre, de la personne ou de l'entreprise bénéficiaire, la valeur des matières fissiles spéciales laissées ou mises à la disposition de cet État, de cette personne ou de cette entreprise;
- b) est portée au débit de la Communauté et au crédit de l'État membre, de la personne ou de l'entreprise prestataire, la valeur des matières fissiles spéciales produites ou importées par cet État, cette personne ou cette entreprise, et devenant la propriété de la Communauté. Il est passé une écriture analogue lorsqu'un État membre, une personne ou une entreprise restitue matériellement à la Communauté des matières fissiles spéciales antérieurement laissées ou mises à la disposition de cet État, de cette personne ou de cette entreprise.

(2) Les variations de valeur affectant les quantités de matières fissiles spéciales sont traduites en comptabilité de telle sorte qu'elles ne puissent donner lieu à aucune perte et à aucun bénéfice pour la Communauté. Les risques sont à la charge ou au profit des détenteurs.

(3) Les soldes résultant des opérations ci-dessus sont immédiatement exigibles à la demande du créancier.

(4) Pour l'application du présent chapitre, l'Agence est regardée comme une entreprise en ce qui concerne les opérations faites pour son propre compte.

Article 90

Au cas où des circonstances nouvelles le nécessiteraient, les dispositions du présent chapitre relatives au droit de propriété de la Communauté peuvent être adaptées, à l'initiative d'un État membre ou de la Commission, par le Conseil statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée. La Commission est tenue d'instruire toute demande formulée par un État membre.

Article 91

Le régime de propriété applicable à tous objets, matières et biens qui ne font pas l'objet d'un droit de propriété de la Communauté en vertu du présent chapitre, est déterminé par la législation de chaque État membre.

CHAPITRE IX

Le marché commun nucléaire

Article 92

Les dispositions du présent chapitre sont applicables aux biens et produits qui figurent dans les listes constituant l'Annexe IV du présent Traité.

Ces listes peuvent être modifiées à l'initiative de la Commission ou d'un État membre par le Conseil statuant sur proposition de la Commission.

Articolo 89

(1) Nel conto finanziario delle materie fissili speciali:

- a) è portato a credito della Comunità e a debito dello Stato membro, della persona o dell'impresa beneficiari, il controvalore delle materie fissili speciali lasciate o messe a disposizione di tale Stato, persona o impresa;
- b) è portato a debito della Comunità e a credito dello Stato membro, della persona o dell'impresa fornitrice, il controvalore delle materie fissili speciali prodotte o importate da tale Stato, persona o impresa, e che diventano proprietà della Comunità. Si effettua una scritturazione analoga quando uno Stato membro, una persona o una impresa restituisce materialmente alla Comunità delle materie fissili speciali in precedenza lasciate o messe a disposizione di tale Stato, persona o impresa.

(2) Le oscillazioni di valore dei quantitativi di materie fissili speciali sono tradotte in termini contabili in modo che non possano determinare per la Comunità né perdite né benefici. I rischi sono a carico o a vantaggio dei detentori.

(3) I saldi risultanti dalle operazioni suddette sono immediatamente esigibili a richiesta del creditore.

(4) Ai fini dell'applicazione del presente capo, l'Agenzia è considerata alla stregua di un'impresa in ordine alle operazioni fatte per suo proprio conto.

Articolo 90

Qualora nuove circostanze lo richiedessero, le disposizioni del presente capo relative al diritto di proprietà della Comunità possono subire degli adattamenti, su iniziativa di uno Stato membro o della Commissione, ad opera del Consiglio, che delibera all'unanimità su proposta della Commissione e previa consultazione dell'Assemblea. La Commissione è tenuta a istruire qualsiasi domanda formulata da uno Stato membro.

Articolo 91

Il regime di proprietà applicabile a tutti gli oggetti, materie e beni nei confronti dei quali non sussista un diritto di proprietà della Comunità, a mente del presente capo, è determinato dalla legislazione dei singoli Stati membri.

CAPO IX

Mercato comune nucleare

Articolo 92

Le disposizioni del presente capo sono applicabili ai beni e prodotti contemplati negli elenchi che costituiscono l'allegato IV del presente Trattato.

Tali elenchi possono essere modificati su iniziativa della Commissione o di uno Stato membro dal Consiglio, che delibera su proposta della Commissione.

Artikel 89

(1) In de financiële administratie van de bijzondere splijtstoffen

- a) wordt in het credit van de Gemeenschap en in het debet van de begunstigde Lid-Staat, persoon of onderneming, de waarde geboekt van de bijzondere splijtstoffen die ter beschikking zijn gelaten of gesteld van die Staat, van die persoon of van die onderneming;
- b) wordt in het debet van de Gemeenschap en in het credit van de leverende Lid-Staat, persoon of onderneming, de waarde geboekt van de door die Staat, persoon of onderneming voortgebrachte of ingevoerde bijzondere splijtstoffen die eigendom van de Gemeenschap worden. Een soortgelijke boeking wordt verricht wanneer een Lid-Staat, een persoon of een onderneming aan de Gemeenschap bijzondere splijtstoffen teruggeeft die voorheen ter beschikking van die Staat, persoon of onderneming waren gelaten of gesteld.

(2) De veranderingen, die zich in de waarde van de hoeveelheden bijzondere splijtstoffen kunnen voordoen, worden in de administratie op zodanige wijze weergegeven, dat deze geen aanleiding kunnen geven tot enigerlei verlies of winst voor de Gemeenschap. Eventuele winsten of verliezen komen ten bate of ten laste van de houders.

(3) De uit de hierboven vermelde verrichtingen voortvloeiende saldi zijn op verzoek van de crediteur onmiddellijk opeisbaar.

(4) Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt het Agentschap als een onderneming beschouwd, wat betreft de verrichtingen voor eigen rekening.

Artikel 90

Indien nieuwe omstandigheden zulks noodzakelijk zouden maken, kunnen de bepalingen van dit hoofdstuk betreffende het eigendomsrecht van de Gemeenschap op initiatief van een Lid-Staat of van de Commissie, door de Raad met eenparigheid van stemmen worden aangepast op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering; het initiatief daartoe kan van een Lid-Staat of van een Commissie uitgaan. De Commissie is gehouden elk verzoek van een Lid-Staat in behandeling te nemen.

Artikel 91

Het eigendomsrecht, dat van toepassing is op alle voorwerpen, materialen en goederen die krachtens dit hoofdstuk niet in eigendom toebehoren aan de Gemeenschap, wordt geregeld door de wetgeving van elke Lid-Staat.

HOOFDSTUK IX

De gemeenschappelijke markt op het gebied van de kernenergie

Artikel 92

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn van toepassing op de goederen en produkten, die voorkomen op de lijsten die als bijlage IV aan dit Verdrag zijn gehecht.

Deze lijsten kunnen op initiatief van de Commissie of van een Lid-Staat door de Raad op voorstel van de Commissie worden gewijzigd.

Artikel 93

Die Mitgliedstaaten beseitigen untereinander ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags alle Einfuhr- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung und alle mengenmäßigen Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr:

- a) für die in den Listen A¹ und A² aufgeführten Erzeugnisse,
- b) für die in der Liste B aufgeführten Erzeugnisse, soweit für diese Erzeugnisse ein gemeinsamer Zolltarif gilt und sie mit einer Bescheinigung der Kommission versehen sind, aus der ihre Bestimmung für auf dem Kerngebiet liegende Zwecke hervorgeht.

Die einem Mitgliedstaat unterstehenden außereuropäischen Hoheitsgebiete können weiterhin Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung erheben, soweit sie ausschließlich fiskalischen Charakter haben. Höhe und System dieser Zölle und Abgaben dürfen nicht zu einer Diskriminierung dieses Staates und der übrigen Mitgliedstaaten führen.

Artikel 94

Die Mitgliedstaaten stellen einen gemeinsamen Zolltarif nach Maßgabe folgender Bestimmungen auf:

- a) Für die in der Liste A¹ aufgeführten Erzeugnisse wird der gemeinsame Zolltarif auf der Höhe des niedrigsten Tarifs festgesetzt, der am 1. Januar 1957 in einem der Mitgliedstaaten gegolten hat.
- b) Für die in der Liste A² aufgeführten Erzeugnisse trifft die Kommission alle zweckdienlichen Vorkehrungen, um Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten über diese Erzeugnisse innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags herbeizuführen. Kann für solche Erzeugnisse bis zum Ende des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags kein Einvernehmen erzielt werden, so setzt der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die Sätze des gemeinsamen Zolltarifs fest.
- c) Der gemeinsame Zolltarif für die in den Listen A¹ und A² aufgeführten Erzeugnisse wird nach Ablauf des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags angewandt.

Artikel 95

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission einstimmig die vorzeitige Anwendung der Sätze des gemeinsamen Zolltarifs auf diejenigen in Liste B aufgeführten Erzeugnisse beschließen, bei denen eine derartige Maßnahme zur Entwicklung der Kernenergie in der Gemeinschaft beitragen könnte.

Artikel 96

Die Mitgliedstaaten beseitigen gegenüber den Angehörigen eines Mitgliedstaates alle auf die Staatsangehörigkeit gegründeten Beschränkungen des Zugangs zu qualifizierten Beschäftigungen auf dem Kerngebiet; vorbehalten sind lediglich die Einschränkungen, die sich aus den grundlegenden Erfordernissen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit und der Volksgesundheit ergeben.

Der Rat kann nach Anhörung der Versammlung auf Vorschlag der Kommission, die zuvor die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses einholt, mit qualifizierter Mehrheit die Richtlinien für die Art und Weise der Anwendung dieses Artikels erlassen.

Article 93

Les États membres aboliront entre eux, un an après l'entrée en vigueur du présent Traité, tous droits de douane à l'importation et à l'exportation ou taxes d'effet équivalent, et toutes restrictions quantitatives tant à l'importation qu'à l'exportation:

- a) sur les produits figurant dans les listes A¹ et A²,
- b) sur les produits figurant dans la liste B pour autant qu'un tarif douanier commun s'applique à ces produits et qu'ils sont munis d'un certificat délivré par la Commission attestant leur destination à des fins nucléaires.

Toutefois, les territoires non-européens relevant de la juridiction d'un État membre peuvent continuer à percevoir des droits d'entrée et de sortie ou des taxes d'effet équivalent à caractère exclusivement fiscal. Les taux et régimes de ces droits et taxes ne peuvent établir de discrimination entre cet État et les autres États membres.

Article 94

Les États membres établissent un tarif douanier commun dans les conditions ci-après:

- a) en ce qui concerne les produits figurant à la liste A¹, le tarif douanier commun est fixé au niveau du tarif le plus bas appliqué au 1^{er} janvier 1957 dans l'un des États membres,
- b) en ce qui concerne les produits figurant dans la liste A², la Commission prend toutes dispositions utiles pour que des négociations entre les États membres soient engagées sur ces produits dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité. Dans le cas où, pour certains de ces produits, un accord n'aurait pu intervenir à la fin de la première année suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, fixe les droits du tarif douanier commun applicables.
- c) le tarif douanier commun sur les produits figurant dans les listes A¹ et A² est appliqué à partir de la fin de la première année suivant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 95

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, peut décider l'application anticipée des droits du tarif douanier commun sur ceux des produits figurant dans la liste B pour lesquels une telle mesure serait de nature à contribuer au développement de l'énergie nucléaire dans la Communauté.

Article 96

Les États membres suppriment toute restriction, fondée sur la nationalité, à l'accès aux emplois qualifiés dans le domaine nucléaire, à l'égard des nationaux d'un des États membres, sous réserve des limitations qui résultent des nécessités fondamentales d'ordre public, de sécurité publique et de santé publique.

Après consultation de l'Assemblée, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, qui demande au préalable l'avis du Comité économique et social, peut arrêter les directives touchant les modalités d'application du présent article.

Articolo 93

Un anno dopo l'entrata in vigore del presente Trattato, gli Stati membri aboliranno tra loro ogni dazio all'importazione o all'esportazione, o tassa di effetto equivalente, come pure ogni restrizione quantitativa, sia all'importazione che all'esportazione, riguardanti:

- a) i prodotti contemplati negli elenchi A¹ e A²,
- b) i prodotti contemplati nell'elenco B, semprechè una tariffa doganale comune si applichi a detti prodotti e che questi siano accompagnati da un certificato, rilasciato dalla Commissione, che attesti la loro destinazione a fini di carattere nucleare.

Tuttavia, i territori non europei sottoposti alla giurisdizione di uno Stato membro possono continuare a riscuotere dazi di entrata e di uscita o tasse di effetto equivalente a carattere esclusivamente fiscale. I tassi e i regimi di questi dazi e di queste tasse non possono introdurre una discriminazione tra questo Stato e gli altri Stati membri.

Articolo 94

Gli Stati membri stabiliscono una tariffa doganale comune alle seguenti condizioni:

- a) per i prodotti contemplati nell'elenco A¹, la tariffa doganale comune è fissata al livello della tariffa più bassa in vigore al 1° gennaio 1957 in uno degli Stati membri;
- b) per i prodotti contemplati nell'elenco A², la Commissione prende ogni opportuna disposizione perchè vengano avviati negoziati fra gli Stati membri in merito a tali prodotti, nel termine di tre mesi dall'entrata in vigore del presente Trattato. Qualora per taluni di questi prodotti non sia stato possibile addivenire ad un accordo alla fine del primo anno successivo all'entrata in vigore del presente Trattato, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, fissa i dazi applicabili della tariffa doganale comune;
- c) la tariffa doganale comune sui prodotti contemplati negli elenchi A¹ e A² è applicata a partire dalla fine del primo anno successivo all'entrata in vigore del presente Trattato.

Articolo 95

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, può decidere l'applicazione anticipata dei dazi della tariffa doganale comune su quei prodotti contemplati nell'elenco B per i quali un tale provvedimento possa contribuire allo sviluppo dell'energia nucleare nella Comunità.

Articolo 96

Gli Stati membri aboliscono qualsiasi restrizione, fondata sulla cittadinanza, all'accesso agli impieghi qualificati nel settore nucleare, nei confronti dei cittadini di uno degli Stati membri, fatte salve le limitazioni dettate da necessità fondamentali di ordine pubblico, di pubblica sicurezza e di sanità pubblica.

Previa consultazione dell'Assemblea, il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, che domanda preventivamente il parere del Comitato economico e sociale, può stabilire le direttive concernenti le modalità d'applicazione del presente articolo.

Artikel 93

Een jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag schaffen de Lid-Staten onderling alle douanerechten op de in- en uitvoer, of heffingen van gelijke werking en elke kwantitatieve beperking van de in- en uitvoer af:

- a) voor de op lijsten A¹ en A² voorkomende produkten,
- b) voor de op lijst B voorkomende produkten, voor zover hiervoor een gemeenschappelijk douanetarief geldt en deze produkten worden begeleid door een door de Commissie afgegeven certificaat, waaruit blijkt dat zij bestemd zijn voor doeleinden op het gebied van de kernenergie.

De niet-Europese grondgebieden, welke vallen onder de rechtsmacht van een Lid-Staat, kunnen echter in- en uitvoerrechten of heffingen van gelijke werking met een uitsluitend fiscaal karakter blijven heffen. De hoogte en de wijze van heffing dezer rechten en heffingen mogen geen discriminatie teweegbrengen tussen deze Staat en de overige Lid-Staten.

Artikel 94

De Lid-Staten stellen een gemeenschappelijk douanetarief vast overeenkomstig de volgende bepalingen:

- a) voor de produkten voorkomende op lijst A¹ wordt het gemeenschappelijk douanetarief vastgesteld op het peil van het laagste tarief dat op 1 januari 1957 in één der Lid-Staten werd toegepast;
- b) voor de produkten voorkomende op lijst A², neemt de Commissie alle dienstige maatregelen, opdat ten aanzien van deze produkten binnen drie maanden na inwerkingtreding van dit Verdrag tussen de Lid-Staten onderhandelingen worden geopend. Ingeval voor sommige van deze produkten geen overeenstemming is bereikt aan het einde van het eerste jaar na de inwerkingtreding van dit Verdrag, stelt de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie de toe passen rechten van het gemeenschappelijk douanetarief vast;
- c) het gemeenschappelijk douanetarief voor de produkten voorkomende op de lijsten A¹ en A² wordt toegepast vanaf het einde van het eerste jaar na inwerkingtreding van dit Verdrag.

Artikel 95

De Raad kan op voorstel van de Commissie met eenparigheid van stemmen besluiten tot vervroegde toepassing van de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief op die produkten voorkomende op lijst B, waarvoor een dergelijke maatregel tot de ontwikkeling van de kernenergie binnen de Gemeenschap zou kunnen bijdragen.

Artikel 96

De Lid-Staten schaffen elke op de nationaliteit gegronde beperking van de toegang tot gekwalificeerde arbeid op het gebied van de kernenergie af ten aanzien van hen die de nationaliteit van de Lid-Staten bezitten, behoudens de beperkingen welke voortvloeien uit de fundamentele eisen van openbare orde, openbare veiligheid en volksgezondheid.

Na raadpleging van de Vergadering kan de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie, die vooraf het advies van het Economisch en Sociaal Comité inwint, de richtlijnen betreffende de wijze van toepassing van dit artikel vaststellen.

Artikel 97

Natürliche oder juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaates unterstehen, unterliegen keiner Beschränkung auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit, wenn sie sich am Bau von Atomanlagen wissenschaftlicher oder gewerblicher Art in der Gemeinschaft beteiligen wollen.

Artikel 98

Die Mitgliedstaaten treffen alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um den Abschluß von Versicherungsverträgen zur Deckung der Gefahren auf dem Kerngebiet zu erleichtern.

Der Rat erläßt innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags nach Anhörung der Versammlung auf Vorschlag der Kommission, die zuvor die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses einholt, mit qualifizierter Mehrheit die Richtlinien für die Art und Weise der Anwendung dieses Artikels.

Artikel 99

Die Kommission kann Empfehlungen zur Erleichterung des Kapitalverkehrs aussprechen, der dazu bestimmt ist, die in der Liste des Anhangs II dieses Vertrags genannten Erzeugungsbranche zu finanzieren.

Artikel 100

Soweit der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten nach diesem Vertrag freigegeben ist, verpflichtet sich jeder Mitgliedstaat zu genehmigen, daß in der Währung des Mitgliedstaates, in dem der Gläubiger oder der Begünstigte ansässig ist, Zahlungen betreffend den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr vorgenommen und daß Kapital und Löhne in dieser Währung überwiesen werden können.

KAPITEL X

Außenbeziehungen

Artikel 101

Die Gemeinschaft kann im Rahmen ihrer Zuständigkeit Verpflichtungen durch Abkommen und Vereinbarungen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates eingehen.

Die Abkommen und Vereinbarungen werden von der Kommission nach den Richtlinien des Rates ausgehandelt; sie werden von der Kommission mit Zustimmung des Rates abgeschlossen; dieser beschließt mit qualifizierter Mehrheit.

Jedoch werden Abkommen und Vereinbarungen, deren Durchführung keine Mitwirkung des Rates erfordert und im Rahmen des betreffenden Haushaltsplans möglich ist, von der Kommission allein ausgehandelt und abgeschlossen; die Kommission hat lediglich den Rat hierüber ständig zu unterrichten.

Artikel 102

Falls außer der Gemeinschaft ein oder mehrere Mitgliedstaaten an den Abkommen und Vereinbarungen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates

Article 97

Aucune restriction fondée sur la nationalité ne peut être opposée aux personnes physiques ou morales, publiques ou privées, relevant de la juridiction d'un État membre, désireuses de participer à la construction dans la Communauté d'installations nucléaires de caractère scientifique ou industriel.

Article 98

Les États membres prennent toutes mesures nécessaires afin de faciliter la conclusion de contrats d'assurance relatifs à la couverture du risque atomique.

Dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité, le Conseil, après consultation de l'Assemblée, arrête à la majorité qualifiée, sur proposition de la Commission qui demande au préalable l'avis du Comité économique et social, les directives touchant les modalités d'application du présent article.

Article 99

La Commission peut formuler toutes recommandations tendant à faciliter les mouvements de capitaux destinés à financer les productions mentionnées dans la liste constituant l'Annexe II du présent Traité.

Article 100

Chaque État membre s'engage à autoriser, dans la monnaie de l'État membre dans lequel réside le créancier ou le bénéficiaire, les paiements afférents aux échanges de marchandises, de services et de capitaux, ainsi que les transferts de capitaux et de salaires, dans la mesure où la circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes est libérée entre les États membres en application du présent Traité.

CHAPITRE X

Les relations extérieures

Article 101

Dans le cadre de sa compétence, la Communauté peut s'engager par la conclusion d'accords ou conventions avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers.

Ces accords ou conventions sont négociés par la Commission selon les directives du Conseil; ils sont conclus par la Commission avec l'approbation du Conseil qui statue à la majorité qualifiée.

Toutefois, les accords ou conventions dont l'exécution n'exige pas une intervention du Conseil et peut être assurée dans les limites du budget intéressé, sont négociés et conclus par la Commission, à charge d'en tenir le Conseil informé.

Article 102

Les accords ou conventions conclus avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, auxquels sont parties, outre la Communauté, un ou plusieurs États membres, ne peuvent entrer en

Articolo 97

Nessuna restrizione fondata sulla nazionalità può essere opposta alle persone fisiche o giuridiche pubbliche o private, sottoposte alla giurisdizione di uno Stato membro, che siano desiderose di partecipare alla costruzione nella Comunità di impianti nucleari a carattere scientifico o industriale.

Articolo 98

Gli Stati membri adottano tutte le misure necessarie allo scopo di facilitare la conclusione di contratti di assicurazione relativi alla copertura del rischio atomico.

Entro due anni dall'entrata in vigore del presente Trattato, il Consiglio, previa consultazione dell'Assemblea, su proposta della Commissione che domanda preventivamente il parere del Comitato economico e sociale, emana a maggioranza qualificata le direttive concernenti le modalità di applicazione del presente articolo.

Articolo 99

La Commissione può formulare tutte le raccomandazioni intese a facilitare il movimento di capitali destinati a finanziare le produzioni contemplate nello elenco che costituisce l'allegato II del presente Trattato.

Articolo 100

Ogni Stato membro s'impegna ad autorizzare che i pagamenti concernenti gli scambi di merci, di servizi e di capitali siano effettuati nella moneta dello Stato membro nel quale risiede il creditore o il beneficiario; s'impegna altresì ad autorizzare i trasferimenti di capitali e di salari, nella misura in cui la circolazione delle merci, dei servizi, dei capitali e delle persone è liberalizzata fra gli Stati membri in applicazione del presente Trattato.

Capo X

Relazioni con l'esterno

Articolo 101

Nell'ambito della sua competenza, la Comunità può impegnarsi mediante la conclusione di accordi o convenzioni con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo.

Tali accordi o convenzioni sono negoziati dalla Commissione secondo le direttive del Consiglio e sono conclusi dalla Commissione con l'approvazione del Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

Tuttavia, gli accordi o convenzioni, cui possa darsi esecuzione senza intervento del Consiglio e nei limiti del bilancio in causa, sono negoziati e conclusi dalla Commissione, a condizione di renderne edotto il Consiglio.

Articolo 102

Gli accordi o convenzioni conclusi con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, nei quali siano parti, oltre la Comunità, uno o più Stati membri, possono entrare in vigore soltanto

Artikel 97

Geen enkele op nationaliteit gegronde beperking kan worden aangevoerd tegen natuurlijke of rechtspersonen, naar publiek- of privaatrecht, die onder de rechtsmacht van een Lid-Staat vallen, wanneer zij aan de bouw van installaties van wetenschappelijke of industriële aard op het gebied van de kernenergie binnen de Gemeenschap wensen deel te nemen.

Artikel 98

De Lid-Staten nemen alle nodige maatregelen om het afsluiten van verzekeringscontracten ter dekking van de atoomrisico's te vergemakkelijken.

Binnen twee jaar na inwerkingtreding van dit Verdrag stelt de Raad, na raadpleging van de Vergadering, met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie, die vooraf het advies van het Economisch en Sociaal Comité inwint, de richtlijnen vast betreffende de wijze van toepassing van dit artikel.

Artikel 99

De Commissie kan ter vergemakkelijking van het kapitaalverkeer, bestemd voor de financiering van de takken van industrie, vermeld in de lijst die als bijlage II aan dit Verdrag is gehecht, alle nodige aanbevelingen doen.

Artikel 100

Elke Lid-Staat verbindt zich, om in de valuta van de Lid-Staat waarin de schuldeiser of de begunstigde verblijft houdt, de betalingen, welke betrekking hebben op het goederen-, diensten- en kapitaalverkeer, evenals de overmaking van kapitaal en loon, toe te staan, voor zover het goederen-, diensten-, kapitaal- en personenverkeer tussen de Lid-Staten met toepassing van dit Verdrag is vrijgemaakt.

HOOFDSTUK X

Betrekkingen met derden

Artikel 101

Binnen de grenzen van haar bevoegdheid kan de Gemeenschap verplichtingen aangaan door het sluiten van akkoorden of overeenkomsten met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat.

Met het oog op deze akkoorden of overeenkomsten worden door de Commissie onderhandelingen gevoerd volgens richtlijnen van de Raad; zij worden gesloten door de Commissie met goedkeuring van de Raad, welke daartoe met een gekwalificeerde meerderheid besluit.

Het onderhandelen over en het sluiten van akkoorden of overeenkomsten welke zonder tussenkomst van de Raad en binnen de grenzen van de betreffende begroting kunnen worden uitgevoerd, geschiedt evenwel door de Commissie, die verplicht is de Raad daarvan op de hoogte te houden.

Artikel 102

De akkoorden of overeenkomsten gesloten met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat, waarbij behalve de Gemeenschap een of meer Lid-Staten partij zijn, kunnen eerst

beteiligt sind, so können diese Abkommen und Vereinbarungen erst in Kraft treten, wenn alle beteiligten Mitgliedstaaten der Kommission mitgeteilt haben, daß sie nach den Vorschriften ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung anwendbar geworden sind.

Artikel 103

Die Mitgliedstaaten haben der Kommission ihre Entwürfe von Abkommen und Vereinbarungen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates mitzuteilen, soweit diese Abkommen und Vereinbarungen den Anwendungsbereich dieses Vertrags berühren.

Enthält der Entwurf Bestimmungen, welche die Anwendung dieses Vertrags beeinträchtigen, so gibt die Kommission dem betreffenden Mitgliedstaat innerhalb eines Monats nach Eingang der an sie gerichteten Mitteilung ihre Einwendungen bekannt.

Der Staat kann das beabsichtigte Abkommen oder die beabsichtigte Vereinbarung erst schließen, wenn er die Bedenken der Kommission beseitigt hat oder wenn er durch Antrag im Dringlichkeitsverfahren einen Beschluß des Gerichtshofes über die Vereinbarkeit der beabsichtigten Bestimmungen mit den Vorschriften dieses Vertrags herbeigeführt und diesem Beschluß entsprochen hat. Der Antrag kann dem Gerichtshof jederzeit vorgelegt werden, sobald der Staat die Einwendungen der Kommission erhalten hat.

Artikel 104

Personen oder Unternehmen, die nach Inkrafttreten dieses Vertrags Abkommen oder Vereinbarungen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates schließen oder erneuern, können sich auf diese Abkommen oder Vereinbarungen nicht berufen, um sich den Verpflichtungen zu entziehen, die ihnen nach diesem Vertrag obliegen.

Jeder Mitgliedstaat trifft alle Maßnahmen, die er für erforderlich hält, um der Kommission auf deren Ersuchen alle Auskünfte über die Abkommen oder Vereinbarungen zu erteilen, die nach Inkrafttreten dieses Vertrags in dessen Anwendungsbereich von Personen oder Unternehmen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates abgeschlossen worden sind. Die Kommission darf diese Mitteilung nur anfordern, um zu prüfen, ob die Abkommen oder Vereinbarungen nicht Bestimmungen enthalten, welche die Anwendung dieses Vertrags beeinträchtigen.

Der Gerichtshof entscheidet auf Antrag der Kommission über die Vereinbarkeit dieser Abkommen und Vereinbarungen mit den Bestimmungen dieses Vertrags.

Artikel 105

Die Durchführung von Abkommen und Vereinbarungen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags von einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates abgeschlossen worden sind, kann nicht auf Grund der Vorschriften des Vertrags beanstandet werden, wenn diese Abkommen oder Vereinbarungen der Kommission spätestens 30 Tage nach Inkrafttreten dieses Vertrags mitgeteilt worden sind.

Jedoch ist die Berufung auf Abkommen und Vereinbarungen gegenüber diesem Vertrag unzulässig, wenn sie nach Unterzeichnung und vor Inkrafttreten des Vertrags von einer Person oder einem Unternehmen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrich-

vigueur qu'après notification à la Commission par tous les États membres intéressés que ces accords ou conventions sont devenus applicables conformément aux dispositions de leur droit interne respectif.

Article 103

Les États membres sont tenus de communiquer à la Commission leurs projets d'accords ou de conventions avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, dans la mesure où ces accords ou conventions intéressent le domaine d'application du présent Traité.

Si un projet d'accord ou de convention contient des clauses faisant obstacle à l'application du présent Traité, la Commission adresse ses observations à l'État intéressé dans un délai d'un mois à compter de la réception de la communication qui lui est faite.

Cet État ne peut conclure l'accord ou la convention projeté qu'après avoir levé les objections de la Commission, ou s'être conformé à la délibération par laquelle la Cour de Justice, statuant d'urgence sur sa requête, se prononce sur la compatibilité des clauses envisagées avec les dispositions du présent Traité. La requête peut être introduite à la Cour de Justice à tout moment à partir de la réception par l'État des observations de la Commission.

Article 104

Toute personne ou entreprise qui conclut ou renouvelle postérieurement à l'entrée en vigueur du présent Traité, des accords ou conventions avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, ne peut invoquer ces accords ou conventions pour se soustraire aux obligations mises à sa charge par le présent Traité.

Chaque État membre prend toutes mesures qu'il juge nécessaires pour communiquer à la Commission, sur requête de celle-ci, toutes informations concernant les accords ou conventions conclus postérieurement à l'entrée en vigueur du présent Traité, dans le domaine d'application de celui-ci, par toute personne ou entreprise avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers. La Commission ne peut requérir cette communication qu'à seule fin de vérifier que ces accords ou conventions ne comportent pas de clauses faisant obstacle à l'application du présent Traité.

Sur requête de la Commission, la Cour de Justice se prononce sur la compatibilité de ces accords ou conventions avec les dispositions du présent Traité.

Article 105

Les dispositions du présent Traité ne sont pas opposables à l'exécution des accords ou conventions conclus avant l'entrée en vigueur de celui-ci par un État membre, une personne ou une entreprise avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers, lorsque ces accords ou conventions ont été communiqués à la Commission au plus tard trente jours après l'entrée en vigueur du présent Traité.

Toutefois, les accords ou conventions conclus entre la signature et l'entrée en vigueur du présent Traité par une personne ou entreprise avec un État tiers, une organisation internationale ou un ressortissant d'un État tiers ne peuvent être opposés au présent Traité si l'in-

dopo l'avvenuta notificazione alla Commissione da parte di tutti gli Stati membri interessati che tali accordi o convenzioni sono divenuti applicabili conformemente alle disposizioni del loro diritto interno rispettivo.

Articolo 103

Gli Stati membri sono tenuti a comunicare alla Commissione i loro progetti di accordi o convenzioni con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, in quanto tali accordi o convenzioni investano il campo di applicazione del presente Trattato.

Qualora un progetto d'accordo o di convenzione comprenda delle clausole che ostino all'applicazione del presente Trattato, la Commissione rivolge le sue osservazioni allo Stato interessato nel termine di un mese dal ricevimento della comunicazione che le è stata inviata.

Tale Stato non può concludere l'accordo o la convenzione in progetto che dopo aver soddisfatto alle obiezioni della Commissione, ovvero essersi conformato alla deliberazione con cui la Corte di Giustizia, con procedura d'urgenza a istanza dello Stato stesso, si pronunzia sulla compatibilità delle clausole in progetto con le disposizioni del presente Trattato. L'istanza può essere presentata alla Corte di Giustizia in qualsiasi momento, non appena lo Stato abbia ricevuto le osservazioni della Commissione.

Articolo 104

Qualsiasi persona o impresa che concluda o rinnovi, successivamente all'entrata in vigore del presente Trattato, accordi o convenzioni con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, non può invocare tali accordi o convenzioni per sottrarsi agli obblighi che le incombono a norma del presente Trattato.

Ciascuno Stato membro adotta tutte le misure che ritiene necessarie per comunicare alla Commissione, a richiesta di questa, tutte le informazioni relative agli accordi o convenzioni conclusi successivamente all'entrata in vigore del presente Trattato, nel campo d'applicazione di quest'ultimo, da qualsiasi persona o impresa con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo. La Commissione può esigere tale comunicazione unicamente al fine di verificare che tali accordi o convenzioni non comprendano clausole che ostino all'applicazione del presente Trattato.

Su istanza della Commissione, la Corte di Giustizia si pronuncia in merito alla compatibilità di tali accordi o convenzioni con le disposizioni del presente Trattato.

Articolo 105

Le disposizioni del presente Trattato non sono opponibili all'esecuzione degli accordi o convenzioni conclusi, prima dell'entrata in vigore del Trattato stesso, da uno Stato membro, da una persona o impresa con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, qualora tali accordi o convenzioni siano stati comunicati alla Commissione entro trenta giorni al massimo dall'entrata in vigore del presente Trattato.

Tuttavia, gli accordi o convenzioni conclusi tra il momento della firma e quello dell'entrata in vigore del presente Trattato da una persona o impresa con uno Stato terzo, una organizzazione internazionale o un cittadino di uno Stato terzo, non sono opponibili al presente Trat-

in werking treden, nadat alle betrokken Lid-Staten aan de Commissie hebben medegedeeld, dat deze akkoorden of overeenkomsten volgens de bepalingen van hun onderscheidene nationale wetgevingen van toepassing zijn geworden.

Artikel 103

De Lid-Staten zijn gehouden aan de Commissie mededeling te doen van hun ontwerp-akkoorden of ontwerp-overeenkomsten met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat, voor zover deze akkoorden of overeenkomsten verband houden met de werkingssfeer van dit Verdrag.

Wanneer een ontwerp-akkoord of ontwerp-overeenkomst bepalingen bevat welke een beletsel vormen voor de toepassing van dit Verdrag, richt de Commissie haar opmerkingen tot de betrokken Staat binnen een termijn van een maand na de ontvangst van de mededeling welke haar is gedaan.

Deze Staat kan het ontworpen akkoord of de ontworpen overeenkomst niet sluiten dan na de bezwaren van de Commissie te hebben opgeheven of zich te hebben geschikt naar de uitspraak de het Hof van Justitie op zijn verzoek onverwijld heeft gedaan ten aanzien van de verenigbaarheid der ontworpen clausules met bepalingen van dit Verdrag. Het verzoek kan bij het Hof van Justitie worden ingediend op ieder tijdstip nadat de Staat de opmerkingen van de Commissie heeft ontvangen.

Artikel 104

Geen persoon of onderneming die na de inwerking-treding van dit Verdrag akkoorden of overeenkomsten met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat sluit of verlengt, kan zich op deze akkoorden of overeenkomsten beroepen ten einde zich te onttrekken aan de hun door dit Verdrag opgelegde verplichtingen.

Iedere Lid-Staat neemt alle maatregelen welke hij noodzakelijk oordeelt om aan de Commissie, op haar verzoek, mededeling te doen van alle inlichtingen betreffende de akkoorden of overeenkomsten die na de inwerkingtreding en binnen de werkingssfeer van dit Verdrag door enige persoon of onderneming gesloten worden met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat. De Commissie kan deze mededeling uitsluitend verlangen om na te gaan of deze akkoorden of overeenkomsten geen clausules bevatten welke een beletsel vormen voor de toepassing van dit Verdrag.

Op verzoek van de Commissie spreekt het Hof van Justitie zich uit over de verenigbaarheid van deze akkoorden of overeenkomsten met de bepalingen van dit Verdrag.

Artikel 105

De bepalingen van dit Verdrag kunnen niet worden ingeroepen tegen de uitvoering van akkoorden of overeenkomsten die een Lid-Staat, een persoon of een onderneming vóór de inwerkingtreding van dit Verdrag heeft gesloten met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat, indien van deze akkoorden of overeenkomsten uiterlijk dertig dagen na de inwerkingtreding van dit Verdrag aan de Commissie mededeling is gedaan.

Nochtans kunnen akkoorden of overeenkomsten die een persoon of een onderneming tussen de ondertekening en de inwerkingtreding van dit Verdrag heeft gesloten met een derde Staat, een internationale organisatie of een onderdaan van een derde Staat, niet worden ingeroepen

tung oder einem Angehörigen eines dritten Staates geschlossen worden sind und wenn die Absicht, sich den Vorschriften dieses Vertrags zu entziehen, nach Auffassung des Gerichtshofes, der auf Antrag der Kommission entscheidet, für eine der Vertragsparteien ein bestimmender Grund für den Abschluß war.

Artikel 106

Die Mitgliedstaaten, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags Abkommen mit dritten Staaten über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie geschlossen haben, sind verpflichtet, gemeinsam mit der Kommission Verhandlungen mit diesen dritten Staaten zu führen, damit die Gemeinschaft soweit wie möglich die Rechte und Pflichten aus den Abkommen übernimmt.

Jedes neue Abkommen, das sich aus diesen Verhandlungen ergibt, bedarf der Zustimmung des Mitgliedstaates oder der Mitgliedstaaten, welche die obengenannten Abkommen unterzeichnet haben, sowie der Genehmigung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

DRITTER TITEL Vorschriften über die Organe

KAPITEL I

Die Organe der Gemeinschaft

Abschnitt I

Die Versammlung

Artikel 107

Die Versammlung besteht aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten; sie übt die Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus, die ihr nach diesem Vertrag zustehen.

Artikel 108

(1) Die Versammlung besteht aus Abgeordneten, die nach einem von jedem Mitgliedstaat bestimmten Verfahren von den Parlamenten aus ihrer Mitte ernannt werden.

(2) Die Zahl dieser Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	14
Deutschland	36
Frankreich	36
Italien	36
Luxemburg	6
Niederlande	14

(3) Die Versammlung arbeitet Entwürfe für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten aus.

Der Rat erläßt einstimmig die entsprechenden Bestimmungen und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 109

Die Versammlung hält jährlich eine Sitzungsperiode ab. Sie tritt, ohne daß es einer Einberufung bedarf, am dritten Dienstag des Monats Oktober zusammen.

tention de se soustraire aux dispositions de ce dernier a été, de l'avis de la Cour de Justice statuant sur requête de la Commission, l'un des motifs déterminants de l'accord ou de la convention pour l'une ou l'autre partie.

Article 106

Les États membres qui, avant l'entrée en vigueur du présent Traité, ont conclu des accords avec des États tiers visant la coopération dans le domaine de l'énergie nucléaire, sont tenus d'entreprendre conjointement avec la Commission les négociations nécessaires avec ces États tiers en vue de faire assumer, autant que possible, la reprise par la Communauté des droits et obligations découlant de ces accords.

Tout nouvel accord résultant de ces négociations requiert le consentement du ou des États membres signataires des accords visés ci-dessus, ainsi que l'approbation du Conseil statuant à la majorité qualifiée.

TITRE TROISIÈME Dispositions institutionnelles

CHAPITRE I

Les institutions de la Communauté

Section I

L'Assemblée

Article 107

L'Assemblée, composée de représentants des peuples des États réunis dans la Communauté, exerce les pouvoirs de délibération et de contrôle qui lui sont attribués par le présent Traité.

Article 108

(1) L'Assemblée est formée de délégués que les Parlements sont appelés à désigner en leur sein selon la procédure fixée par chaque État membre.

(2) Le nombre de ces délégués est fixé ainsi qu'il suit:

Belgique	14
Allemagne	36
France	36
Italie	36
Luxembourg	6
Pays-Bas	14

(3) L'Assemblée élaborera des projets en vue de permettre l'élection au suffrage universel direct selon une procédure uniforme dans tous les États membres.

Le Conseil, statuant à l'unanimité, arrêtera les dispositions dont il recommandera l'adoption par les États membres, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 109

L'Assemblée tient une session annuelle. Elle se réunit de plein droit le troisième mardi d'octobre.

tato quando l'intenzione di sottrarsi alle disposizioni di quest'ultimo sia stata, secondo il parere della Corte di Giustizia, che delibera su istanza della Commissione, uno dei motivi determinanti dell'accordo o della Convenzione per l'una o l'altra parte.

Articolo 106

Gli Stati membri che, anteriormente all'entrata in vigore del presente Trattato, abbiano concluso accordi con Stati terzi per una cooperazione nel campo dell'energia nucleare, sono tenuti ad avviare, congiuntamente alla Commissione, le trattative necessarie con questi Stati terzi al fine di ottenere, per quanto possibile, la cessione alla Comunità dei diritti e obblighi derivanti da tali accordi.

Ogni nuovo accordo risultante da tali trattative richiede il consenso dello Stato o degli Stati membri, firmatari degli accordi summenzionati, e l'approvazione del Consiglio che delibera a maggioranza qualificata.

TITOLO TERZO

Disposizioni istituzionali

CAPO I

Le istituzioni della Comunità

Sezione I

L'Assemblea

Articolo 107

L'Assemblea, composta di rappresentanti dei popoli degli Stati riuniti nella Comunità, esercita i poteri deliberativi e di controllo che le sono attribuiti dal presente Trattato.

Articolo 108

(1) L'Assemblea è formata di delegati che i Parlamenti sono richiesti di designare fra i propri membri secondo la procedura fissata da ogni Stato membro.

(2) Il numero dei delegati è fissato come segue:

Belgio	14
Germania	36
Francia	36
Italia	36
Lussemburgo	6
Paesi Bassi	14

(3) L'Assemblea elaborerà progetti intesi a permettere l'elezione a suffragio universale diretto, secondo una procedura uniforme in tutti gli Stati membri.

Il Consiglio, con deliberazione unanime, stabilirà le disposizioni di cui raccomanderà l'adozione da parte degli Stati membri, conformemente alle loro rispettive norme costituzionali.

Articolo 109

L'Assemblea tiene una sessione annuale. Essa si riunisce di diritto il terzo martedì di ottobre.

tegen dit Verdrag, indien naar het oordeel van het Hof van Justitie, dat op verzoek van de Commissie uitspraak doet, de bedoeling zich aan de bepalingen van dit Verdrag te onttrekken voor een van beide partijen een der doorslaggevende beweegredenen tot het aangaan van het akkoord of de overeenkomst is geweest.

Artikel 106

De Lid-Staten die vóór de inwerkingtreding van dit Verdrag met derde Staten akkoorden hebben gesloten betreffende de samenwerking op het gebied van de kern-energie, zijn gehouden tezamen met de Commissie de noodzakelijke onderhandelingen te voeren met deze derde Staten, ten einde de rechten en verplichtingen welke uit deze akkoorden voortvloeien, voor zover zulks mogelijk is, te doen overnemen door de Gemeenschap.

Ieder nieuw akkoord dat uit deze onderhandelingen voortvloeit, behoeft de toestemming van de Lid-Staat of Lid-Staten welke de bovenbedoelde akkoorden hebben ondertekend, alsook de goedkeuring van de Raad, die met gekwalificeerde meerderheid van stemmen besluit.

DERDE TITEL

Bepalingen inzake de instellingen

HOOFDSTUK I

De instellingen van de Gemeenschap

Afdeling I

De Vergadering

Artikel 107

De Vergadering, bestaande uit vertegenwoordigers van de volkeren van de Staten die in de Gemeenschap zijn verenigd, oefent de haar door dit Verdrag verleende bevoegdheden om te beraadslagen en te besluiten, alsmede om toezicht uit te oefenen, uit.

Artikel 108

(1) De Vergadering bestaat uit afgevaardigden die de Parlementen uit hun midden aanwijzen volgens de door iedere Lid-Staat vastgestelde procedure.

(2) Het aantal afgevaardigden is als volgt vastgesteld:

België	14
Duitsland	36
Frankrijk	36
Italië	36
Luxemburg	6
Nederland	14

(3) De Vergadering stelt ontwerpen op voor het houden van rechtstreekse algemene verkiezingen volgens een in alle Lid-Staten eenvormige procedure.

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen de desbetreffende bepalingen vast, waarvan hij de aanneming door de Lid-Staten, overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen, aanbeveelt.

Artikel 109

De Vergadering houdt jaarlijks een zitting. Zij komt van rechtswege de derde dinsdag van oktober bijeen.

Die Versammlung kann auf Antrag der Mehrheit ihrer Mitglieder sowie auf Antrag des Rates oder der Kommission zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode zusammentreten.

Artikel 110

Die Versammlung wählt aus ihrer Mitte ihren Präsidenten und ihr Präsidium.

Die Mitglieder der Kommission können an allen Sitzungen teilnehmen und müssen auf ihren Antrag im Namen der Kommission jederzeit gehört werden.

Die Kommission antwortet mündlich oder schriftlich auf die ihr von der Versammlung oder von deren Mitgliedern gestellten Fragen.

Der Rat wird nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung von der Versammlung jederzeit gehört.

Artikel 111

Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, beschließt die Versammlung mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Die Geschäftsordnung legt die Beschlußfähigkeit fest.

Artikel 112

Die Versammlung gibt sich ihre Geschäftsordnung; hierzu sind die Stimmen der Mehrheit ihrer Mitglieder erforderlich.

Die Verhandlungsniederschriften der Versammlung werden nach den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung veröffentlicht.

Artikel 113

Die Versammlung erörtert in öffentlicher Sitzung den jährlichen Gesamtbericht, der ihr von der Kommission vorgelegt wird.

Artikel 114

Wird wegen der Tätigkeit der Kommission ein Mißtrauensantrag eingebracht, so darf die Versammlung nicht vor Ablauf von drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung darüber entscheiden.

Wird der Mißtrauensantrag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung angenommen, so müssen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen. Sie führen die laufenden Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger gemäß Artikel 127 weiter.

Abschnitt II

Der Rat

Artikel 115

Der Rat übt seine Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse nach Maßgabe dieses Vertrags aus.

Er trifft alle in seine Zuständigkeit fallenden Maßnahmen, um die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft miteinander abzustimmen.

Artikel 116

Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten. Jede Regierung entsendet eines ihrer Mitglieder.

Der Vorsitz wird von den Mitgliedern des Rates nacheinander in der alphabetischen Reihenfolge der Mitgliedstaaten für je sechs Monate wahrgenommen.

L'Assemblée peut se réunir en session extraordinaire à la demande de la majorité de ses membres, du Conseil ou de la Commission.

Article 110

L'Assemblée désigne parmi ses membres son président et son bureau.

Les membres de la Commission peuvent assister à toutes les séances et sont entendus au nom de celle-ci sur leur demande.

La Commission répond oralement ou par écrit aux questions qui lui sont posées par l'Assemblée ou par ses membres.

Le Conseil est entendu par l'Assemblée dans les conditions qu'il arrête dans son règlement intérieur.

Article 111

Sauf dispositions contraires du présent Traité, l'Assemblée statue à la majorité absolue des suffrages exprimés.

Le règlement intérieur fixe le quorum.

Article 112

L'Assemblée arrête son règlement intérieur à la majorité des membres qui la composent.

Les actes de l'Assemblée sont publiés dans les conditions prévues par ce règlement.

Article 113

L'Assemblée procède, en séance publique, à la discussion du rapport général annuel qui lui est soumis par la Commission.

Article 114

L'Assemblée, saisie d'une motion de censure sur la gestion de la Commission, ne peut se prononcer sur cette motion que trois jours au moins après son dépôt et par un scrutin public.

Si la motion de censure est adoptée à la majorité des deux tiers des voix exprimées et à la majorité des membres qui composent l'Assemblée, les membres de la Commission doivent abandonner collectivement leurs fonctions. Ils continuent à expédier les affaires courantes jusqu'à leur remplacement conformément à l'article 127.

Section II

Le Conseil

Article 115

Le Conseil exerce ses attributions et ses pouvoirs de décision dans les conditions prévues par le présent Traité.

Il prend toutes mesures relevant de sa compétence en vue de coordonner les actions des États membres et de la Communauté.

Article 116

Le Conseil est formé par les représentants des États membres. Chaque gouvernement y délègue un de ses membres.

La présidence est exercée à tour de rôle par chaque membre du Conseil pour une durée de six mois suivant l'ordre alphabétique des États membres.

L'Assemblea può riunirsi in sessione straordinaria a richiesta della maggioranza dei suoi membri, del Consiglio o della Commissione.

Articolo 110

L'Assemblea designa tra i suoi membri il presidente e l'ufficio di presidenza.

A tutte le sedute possono assistere i membri della Commissione e, a nome di quest'ultima, essere uditi a loro richiesta.

La Commissione risponde oralmente o per iscritto alle interrogazioni che le sono presentate dall'Assemblea o dai membri di questa.

Il Consiglio è udito dall'Assemblea, secondo le modalità che esso stesso definisce nel suo regolamento interno.

Articolo 111

Salvo contrarie disposizioni del presente Trattato, l'Assemblea delibera a maggioranza assoluta dei suffragi espressi.

Il regolamento interno fissa il numero legale.

Articolo 112

L'Assemblea stabilisce il proprio regolamento interno a maggioranza dei membri che la compongono.

Gli atti dell'Assemblea sono pubblicati alle condizioni previste da detto regolamento.

Articolo 113

L'Assemblea, in seduta pubblica, procede all'esame della relazione generale annuale, che le è sottoposta dalla Commissione.

Articolo 114

L'Assemblea, cui sia presentata una mozione di censura sull'operato della Commissione, non può pronunciarsi su tale mozione prima che siano trascorsi almeno tre giorni dal suo deposito e con scrutinio pubblico.

Se la mozione di censura è approvata a maggioranza di due terzi dei voti espressi e a maggioranza dei membri che compongono l'Assemblea, i membri della Commissione devono abbandonare collettivamente le loro funzioni. Essi continuano a curare gli affari di ordinaria amministrazione fino alla loro sostituzione conformemente all'articolo 127.

Sezione II Il Consiglio

Articolo 115

Il Consiglio esercita le sue attribuzioni e i suoi poteri di decisione alle condizioni previste dal presente Trattato.

Esso prende tutti i provvedimenti di sua competenza al fine di coordinare le azioni degli Stati membri e della Comunità.

Articolo 116

Il Consiglio è formato dai rappresentanti degli Stati membri. Ogni governo vi delega uno dei suoi membri.

La presidenza è esercitata a turno da ciascun membro del Consiglio per una durata di sei mesi seguendo l'ordine alfabetico degli Stati membri.

De Vergadering kan in buitengewone zitting bijeenkomen op verzoek van de meerderheid harer leden, van de Raad of van de Commissie.

Artikel 110

De Vergadering kiest uit haar midden haar voorzitter en haar bureau.

De leden van de Commissie kunnen alle vergaderingen bijwonen en worden op hun verzoek in naam van de Commissie gehoord.

De Commissie antwoordt mondeling of schriftelijk op de haar door de Vergadering of door de leden daarvan gestelde vragen.

De Raad wordt door de Vergadering gehoord volgens de bepalingen, welke hij in zijn reglement van orde vaststelt.

Artikel 111

Voor zover in dit Verdrag niet anders is bepaald, besluit de Vergadering met volstrekte meerderheid der uitgebrachte stemmen.

Het reglement van orde bepaalt het quorum.

Artikel 112

De Vergadering stelt haar reglement van orde vast bij meerderheid van stemmen van haar leden.

De handelingen van de Vergadering worden overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag bekendgemaakt.

Artikel 113

De Vergadering beraadslaagt in openbare zitting over het algemene jaarverslag, dat haar door de Commissie wordt voorgelegd.

Artikel 114

Wanneer aan de Vergadering een motie van afkeuring betreffende het beleid van de Commissie wordt voorgelegd, kan de Vergadering zich over deze motie niet eerder uitspreken dan ten minste drie dagen nadat de motie is ingediend en slechts bij openbare stemming.

Indien de motie van afkeuring is aangenomen met een meerderheid van twee derden der uitgebrachte stemmen en tevens bij meerderheid van de leden der Vergadering, moeten de leden van de Commissie gezamenlijk aftreden. Zij blijven de lopende zaken behartigen tot in hun vervanging is voorzien overeenkomstig artikel 127.

Afdeling II De Raad

Artikel 115

De Raad oefent zijn beslissingsbevoegdheid en zijn overige bevoegdheden uit onder de voorwaarden gesteld in dit Verdrag.

Hij neemt alle maatregelen die tot zijn bevoegdheid behoren ten einde het optreden van de Lid-Staten en van de Gemeenschap te coördineren.

Artikel 116

De Raad bestaat uit vertegenwoordigers van de Lid-Staten. Iedere regering vaardigt een van haar leden af.

Het voorzitterschap wordt door de leden van de Raad in de alfabetische volgorde der Lid-Staten bij toerbeurt uitgeoefend voor de tijd van zes maanden.

Artikel 117

Der Rat wird von seinem Präsidenten aus eigenem Entschluß, auf Antrag eines seiner Mitglieder oder der Kommission einberufen.

Artikel 118

(1) Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

(2) Ist zu einem Beschluß des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder wie folgt gewogen:

Belgien	2
Deutschland	4
Frankreich	4
Italien	4
Luxemburg	1
Niederlande	2

Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens abgegeben werden:

- zwölf Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind;
- zwölf Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens vier Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen.

(3) Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen.

Artikel 119

Wird der Rat kraft dieses Vertrags auf Vorschlag der Kommission tätig; so kann er Änderungen dieses Vorschlags nur einstimmig beschließen.

Solange ein Beschluß des Rates nicht ergangen ist, kann die Kommission ihren ursprünglichen Vorschlag ändern, insbesondere in den Fällen, in denen die Versammlung zu diesem Vorschlag gehört wurde.

Artikel 120

Jedes Mitglied kann sich das Stimmrecht höchstens eines anderen Mitglieds übertragen lassen.

Artikel 121

Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die Geschäftsordnung kann die Einsetzung eines Ausschusses aus Vertretern der Mitgliedstaaten vorsehen. Der Rat bestimmt die Aufgabe und die Zuständigkeit dieses Ausschusses.

Artikel 122

Der Rat kann die Kommission auffordern, die nach seiner Ansicht zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele geeigneten Untersuchungen vorzunehmen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Artikel 123

Der Rat setzt mit qualifizierter Mehrheit die Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes fest. Er setzt mit derselben Mehrheit alle sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen fest.

Article 117

Le Conseil se réunit sur convocation de son président, à l'initiative de celui-ci, d'un de ses membres ou de la Commission.

Article 118

(1) Sauf dispositions contraires du présent Traité, les délibérations du Conseil sont acquises à la majorité des membres qui le composent.

(2) Pour les délibérations du Conseil qui requièrent une majorité qualifiée, les voix des membres sont affectées de la pondération suivante:

Belgique	2
Allemagne	4
France	4
Italie	4
Luxembourg	1
Pays-Bas	2

Les délibérations sont acquises si elles ont recueilli au moins:

- douze voix lorsqu'en vertu du présent Traité elles doivent être prises sur proposition de la Commission;
- douze voix exprimant le vote favorable d'au moins quatre membres dans les autres cas.

3) Les abstentions des membres présents ou représentés ne font pas obstacle à l'adoption des délibérations du Conseil qui requièrent l'unanimité.

Article 119

Lorsqu'en vertu du présent Traité, un acte du Conseil est pris sur proposition de la Commission, le Conseil ne peut prendre un acte constituant amendement de la proposition que statuant à l'unanimité.

Tant que le Conseil n'a pas statué, la Commission peut modifier sa proposition initiale, notamment dans le cas où l'Assemblée a été consultée sur cette proposition.

Article 120

En cas de vote, chaque membre du Conseil peut recevoir délégation d'un seul des autres membres.

Article 121

Le Conseil arrête son règlement intérieur.

Ce règlement peut prévoir la constitution d'un comité formé de représentants des États membres. Le Conseil détermine la mission et la compétence de ce comité.

Article 122

Le Conseil peut demander à la Commission de procéder à toutes études qu'il juge opportunes pour la réalisation des objectifs communs, et de lui soumettre toutes propositions appropriées.

Article 123

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, fixe les traitements, indemnités et pensions du président et des membres de la Commission, du président, des juges, des avocats généraux et du greffier de la Cour de Justice. Il fixe également à la même majorité toutes indemnités tenant lieu de rémunération.

Articolo 117

Il Consiglio si riunisce su convocazione del suo presidente, per iniziativa di questi, di uno dei suoi membri o della Commissione.

Articolo 118

(1) Salvo contrarie disposizioni del presente Trattato, le deliberazioni del Consiglio sono valide se approvate a maggioranza dei membri che lo compongono.

(2) Per le deliberazioni del Consiglio che richiedono una maggioranza qualificata, ai voti dei membri è attribuita la seguente ponderazione:

Belgio	2
Germania	4
Francia	4
Italia	4
Lussemburgo	1
Paesi Bassi	2

Le deliberazioni sono valide se hanno raccolto almeno:

- dodici voti quando, in virtù del presente Trattato, debbano essere adottate su proposta della Commissione;
- dodici voti che esprimano la votazione favorevole di almeno quattro membri, negli altri casi.

(3) Le astensioni dei membri presenti o rappresentati non ostano all'adozione delle deliberazioni del Consiglio per le quali è richiesta l'unanimità.

Articolo 119

Quando, in virtù delle disposizioni del presente Trattato un atto del Consiglio sia stato emanato su proposta della Commissione, il Consiglio può emanare un atto che costituisca emendamento della proposta stessa soltanto con deliberazione unanime.

Fino a quando il Consiglio non si sia pronunciato, la Commissione può modificare la sua proposta iniziale, specie quando l'Assemblea sia stata consultata in merito alla proposta.

Articolo 120

In caso di votazione, ciascun membro del Consiglio può ricevere delega da uno solo degli altri membri.

Articolo 121

Il Consiglio stabilisce il proprio regolamento interno.

Il regolamento può prevedere la costituzione di un comitato formato di rappresentanti degli Stati membri. Il Consiglio definisce i compiti e la competenza di tale comitato.

Articolo 122

Il Consiglio può chiedere alla Commissione di procedere a tutti gli studi che esso ritiene opportuni ai fini del raggiungimento degli obiettivi comuni, e di sottoporli tutte le proposte del caso.

Articolo 123

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata, fissa gli stipendi, indennità e pensioni del presidente e dei membri della Commissione, del presidente, dei giudici, degli avvocati generali e del cancelliere della Corte di Giustizia. Esso fissa altresì sempre a maggioranza qualificata, tutte le indennità sostitutive di retribuzione.

Artikel 117

De Raad wordt door zijn voorzitter, op diens initiatief, op initiatief van een van zijn leden of van de Commissie, in vergadering bijeengeroepen.

Artikel 118

(1) Voor zover in dit Verdrag niet anders is bepaald, neemt de Raad zijn besluiten met volstreekte meerderheid van stemmen van zijn leden.

(2) Voor de besluiten van de Raad, waarvoor een gekwalificeerde meerderheid is vereist, worden de stemmen der leden als volgt gewogen:

België	2
Duitsland	4
Frankrijk	4
Italië	4
Luxemburg	1
Nederland	2

De besluiten komen tot stand wanneer zij ten minste

- twaalf stemmen hebben verkregen, ingeval zij krachtens dit Verdrag moeten worden genomen op voorstel van de Commissie,
- twaalf stemmen hebben verkregen waarbij ten minste vier leden voorstemmen, in de overige gevallen.

(3) Onthouding van stemming door aanwezige of vertegenwoordigde leden vormt geen beletsel voor het aannemen der besluiten van de Raad waarvoor eenparigheid van stemmen is vereist.

Artikel 119

Wanneer op grond van dit Verdrag een besluit van de Raad wordt genomen op voorstel van de Commissie, kan de Raad slechts met eenparigheid van stemmen een besluit nemen dat van dit voorstel afwijkt.

Zolang de Raad geen besluit heeft genomen, kan de Commissie haar oorspronkelijk voorstel wijzigen, met name ingeval de Vergadering omtrent dit voorstel is geraadpleegd.

Artikel 120

Ieder lid van de Raad kan slechts door één ander lid worden gemachtigd om namens hem te stemmen.

Artikel 121

De Raad stelt zijn reglement van orde vast.

Dit reglement kan voorzien in de oprichting van een comité samengesteld uit vertegenwoordigers van de Lid-Staten. De Raad bepaalt de taak en de bevoegdheid van dit comité.

Artikel 122

De Raad kan de Commissie verzoeken, alle studies die hij wenselijk acht ter verwezenlijking van de gemeenschappelijke doelstellingen, te verrichten en hem alle ter zake dienende voorstellen te doen.

Artikel 123

De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de wedden, vergoedingen en pensioenen vast van de voorzitter en de leden van de Commissie, van de president, de rechters en de griffier van, alsmede van de advocaten-generaal bij het Hof van Justitie. De Raad stelt, met dezelfde meerderheid, eveneens alle vergoedingen vast welke als beloning kunnen gelden.

Abschnitt III
Die Kommission

Artikel 124

Um die Entwicklung der Kernenergie innerhalb der Gemeinschaft zu gewährleisten, erfüllt die Kommission folgende Aufgaben:

- für die Anwendung dieses Vertrags sowie der von den Organen auf Grund dieses Vertrags getroffenen Bestimmungen Sorge zu tragen;
- Empfehlungen oder Stellungnahmen auf den in diesem Vertrag bezeichneten Gebieten abzugeben, soweit der Vertrag dies ausdrücklich vorsieht oder soweit sie es für notwendig erachtet;
- nach Maßgabe dieses Vertrags in eigener Zuständigkeit Entscheidungen zu treffen und am Zustandekommen der Handlungen des Rates und der Versammlung mitzuwirken;
- die Befugnisse auszuüben, die ihr der Rat zur Durchführung der von ihm erlassenen Vorschriften überträgt.

Artikel 125

Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode der Versammlung, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft.

Artikel 126

(1) Die Kommission besteht aus fünf Mitgliedern verschiedener Staatsangehörigkeit, die auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung unter Berücksichtigung des besonderen Gegenstands dieses Vertrags ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.

Die Zahl der Mitglieder der Kommission kann vom Rat einstimmig geändert werden.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder der Kommission sein.

(2) Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft aus.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Kommission bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu beeinflussen.

Die Mitglieder der Kommission dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Werden diese Pflichten verletzt, so kann der Gerichtshof auf Antrag des Rates oder der Kommission das Mitglied je nach Lage des Falles gemäß Artikel 129 seines Amtes entheben oder ihm seine Ruhegehaltsansprüche oder andere an ihrer Stelle gewährte Vergünstigungen aberkennen.

Section III
La Commission

Article 124

En vue d'assurer le développement de l'énergie nucléaire dans la Communauté, la Commission

- veille à l'application des dispositions du présent Traité ainsi que des dispositions prises par les institutions en vertu de celui-ci,
- formule des recommandations ou des avis dans les domaines définis par le présent Traité, si celui-ci le prévoit expressément ou si elle l'estime nécessaire,
- dispose d'un pouvoir de décision propre, et participe à la formation des actes du Conseil et de l'Assemblée, dans les conditions prévues au présent Traité,
- exerce les compétences que le Conseil lui confère pour l'exécution des règles qu'il établit.

Article 125

La Commission publie tous les ans, un mois au moins avant l'ouverture de la session de l'Assemblée, un rapport général sur l'activité de la Communauté.

Article 126

(1) La Commission est composée de cinq membres, de nationalité différente, choisis en raison de leur compétence générale eu égard à l'objet particulier du présent Traité, et offrant toutes garanties d'indépendance.

Le nombre des membres de la Commission peut être modifié par le Conseil statuant à l'unanimité.

Seuls les nationaux des États membres peuvent être membres de la Commission.

(2) Les membres de la Commission exercent leurs fonctions en pleine indépendance dans l'intérêt général de la Communauté.

Dans l'accomplissement de leurs devoirs, ils ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucun organisme. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec le caractère de leurs fonctions. Chaque État membre s'engage à respecter ce caractère et à ne pas chercher à influencer les membres de la Commission dans l'exécution de leur tâche.

Les membres de la Commission ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, exercer aucune autre activité professionnelle rémunérée ou non. Ils prennent, lors de leur installation, l'engagement solennel de respecter, pendant la durée de leurs fonctions et après la cessation de celles-ci, les obligations découlant de leur charge, notamment les devoirs d'honnêteté et de délicatesse quant à l'acceptation, après cette cessation, de certaines fonctions ou de certains avantages. En cas de violation de ces obligations, la Cour de Justice, saisie par le Conseil ou par la Commission, peut, selon le cas, prononcer la démission d'office dans les conditions de l'article 129 ou la déchéance du droit à pension de l'intéressé ou d'autres avantages en tenant lieu.

Sezione III
La Commissione

Articolo 124

Al fine di assicurare lo sviluppo dell'energia nucleare nella Comunità, la Commissione,

- vigila sull'applicazione delle disposizioni del presente Trattato e delle disposizioni adottate dalle istituzioni in virtù del Trattato stesso,
- formula raccomandazioni o pareri nei settori definiti dal presente Trattato, quando questo esplicitamente lo preveda ovvero quando la Commissione lo ritenga necessario,
- dispone di un proprio potere di decisione, e partecipa alla formazione degli atti del Consiglio e dell'Assemblea, alle condizioni previste dal presente Trattato,
- esercita le competenze che le sono conferite dal Consiglio per l'attuazione delle norme da esso stabilite.

Articolo 125

La Commissione pubblica ogni anno, almeno un mese prima dell'apertura della sessione dell'Assemblea, una relazione generale sull'attività della Comunità.

Articolo 126

(1) La Commissione è composta di cinque membri, di nazionalità diversa, scelti in base alla loro competenza generale nei confronti dell'oggetto specifico del presente Trattato e che offrano ogni garanzia di indipendenza.

Il numero dei membri della Commissione può essere modificato dal Consiglio, che delibera all'unanimità.

Soltanto cittadini degli Stati membri possono essere membri della Commissione.

(2) I membri della Commissione esercitano le loro funzioni in piena indipendenza nell'interesse generale della Comunità.

Nell'adempimento dei loro doveri, essi non sollecitano né accettano istruzioni da alcun governo né da alcun organismo. Essi si astengono da ogni atto incompatibile con il carattere delle loro funzioni. Ciascuno Stato membro s'impegna a rispettare tale carattere e a non cercare di influenzare i membri della Commissione nell'esecuzione del loro compito.

I membri della Commissione non possono, per la durata delle loro funzioni, esercitare alcun'altra attività professionale, remunerata o meno. Fin dal loro insediamento, essi assumono l'impegno solenne di rispettare, per la durata delle loro funzioni e dopo la cessazione di queste, gli obblighi derivanti dalla loro carica, ed in particolare i doveri di onestà e delicatezza per quanto riguarda l'accettare, dopo tale cessazione, determinate funzioni o vantaggi. In caso di violazione degli obblighi stessi, la Corte di Giustizia, su istanza del Consiglio o della Commissione, può, a seconda dei casi, pronunciare le dimissioni d'ufficio alle condizioni previste dall'articolo 129 ovvero la decadenza dal diritto a pensione dell'interessato o da altri vantaggi sostitutivi.

Afdeling III
De Commissie

Artikel 124

Ten einde de ontwikkeling van de kernenergie binnen de Gemeenschap te verzekeren

- ziet de Commissie toe op de toepassing zowel van de bepalingen van dit Verdrag als van de bepalingen welke de instellingen krachtens dit Verdrag vaststellen,
- doet de Commissie aanbevelingen of brengt zij adviezen uit op de in dit Verdrag omschreven gebieden, indien het Verdrag dit uitdrukkelijk voorschrijft of indien zij het noodzakelijk acht,
- heeft de Commissie een eigen beslissingsbevoegdheid en werkt zij mede aan de totstandkoming van de handelingen van de Raad en van de Vergadering overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag,
- oefent de Commissie de bevoegdheden uit welke de Raad haar verleent ter uitvoering van de regels die hij stelt.

Artikel 125

Jaarlijks, ten minste één maand voor de opening van de zitting van de Vergadering, publiceert de Commissie een algemeen verslag over de werkzaamheden van de Gemeenschap.

Artikel 126

(1) De Commissie bestaat uit vijf leden van verschillende nationaliteit, die op grond van hun algemene bekwaamheid in verband met het bijzondere doel van dit Verdrag worden gekozen en die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden.

Het aantal leden van de Commissie kan door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd.

Alleen zij die de nationaliteit van een van de Lid-Staten bezitten, kunnen lid van de Commissie zijn.

(2) De leden van de Commissie oefenen hun ambt volkomen onafhankelijk uit in het algemeen belang van de Gemeenschap.

Bij de vervulling van hun plichten vragen noch aanvaarden zij instructies van enige regering of enig lichaam. Zij onthouden zich van iedere handeling welke onverenigbaar is met het karakter van hun ambt. Iedere Lid-Staat verbindt zich, dit karakter te eerbiedigen en niet te trachten de leden van de Commissie te beïnvloeden bij de uitvoering van hun taak.

De leden van de Commissie mogen gedurende hun ambtsperiode geen andere beroepswerkzaamheden, al dan niet tegen beloning, verrichten. Bij hun ambtsaanvaarding verbinden zij zich plechtig om gedurende hun ambtsperiode en na afloop daarvan de uit hun taak voortvloeiende verplichtingen na te komen, in het bijzonder eerlijkheid en kiesheid te betrachten in het aanvaarden van bepaalde functies of voordelen na afloop van die ambtsperiode. Ingeval deze verplichtingen niet worden nagekomen, kan de Raad of de Commissie zich wenden tot het Hof van Justitie, dat, al naar het geval, ontslag ambtshalve volgens artikel 129 of verval van het recht op pensioen of van andere, daarvoor in de plaats tredende voordelen kan uitspreken.

Artikel 127

Die Mitglieder der Kommission werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen ernannt.

Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre. Wiederernennung ist zulässig.

Artikel 128

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Mitgliedes der Kommission durch Rücktritt oder Amtsenthebung.

Für das ausscheidende Mitglied wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt. Der Rat kann einstimmig entscheiden, für diese Zeit einen Nachfolger nicht zu ernennen.

Außer im Falle der in Artikel 129 geregelten Amtsenthebung bleiben die Mitglieder der Kommission bis zur Neubesetzung ihres Sitzes im Amt.

Artikel 129

Jedes Mitglied der Kommission, das die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates oder der Kommission durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

In diesem Falle kann der Rat durch einstimmige Entscheidung dieses Mitglied vorläufig von seinen Dienstpflichten entbinden und die Stelle besetzen, bis der Gerichtshof entschieden hat.

Auf Antrag des Rates oder der Kommission kann der Gerichtshof das Mitglied vorläufig von seinen Dienstpflichten entbinden.

Artikel 130

Der Präsident und der Vizepräsident der Kommission werden aus deren Mitgliedern für zwei Jahre nach dem Verfahren ernannt, das für die Ernennung der Mitglieder der Kommission vorgesehen ist. Wiederernennung ist zulässig.

Außer im Falle einer allgemeinen Neubesetzung erfolgt die Ernennung nach Anhörung der Kommission.

Endet das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten durch Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod, so wird es für die verbleibende Amtszeit gemäß Absatz 1 neu besetzt.

Artikel 131

Der Rat und die Kommission ziehen einander zu Rate und regeln einvernehmlich die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit.

Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, um ihr ordnungsmäßiges Arbeiten und das ihrer Dienststellen nach Maßgabe dieses Vertrags zu gewährleisten. Sie sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Artikel 132

Die Beschlüsse der Kommission werden mit der Mehrheit der in Artikel 126 bestimmten Anzahl ihrer Mitglieder gefaßt.

Die Kommission kann nur dann wirksam tagen, wenn die in ihrer Geschäftsordnung festgesetzte Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

Article 127

Les membres de la Commission sont nommés d'un commun accord par les gouvernements des États membres.

Leur mandat a une durée de quatre ans. Il est renouvelable.

Article 128

En dehors des renouvellements réguliers et des décès, les fonctions de membre de la Commission prennent fin individuellement par démission volontaire ou d'office.

L'intéressé est remplacé pour la durée du mandat restant à courir. Le Conseil statuant à l'unanimité peut décider qu'il n'y a pas lieu à remplacement.

Sauf cas de démission d'office prévue à l'article 129, les membres de la Commission restent en fonctions jusqu'à ce qu'il soit pourvu à leur remplacement.

Article 129

Tout membre de la Commission, s'il ne remplit plus les conditions nécessaires à l'exercice de ses fonctions ou s'il a commis une faute grave, peut être déclaré démissionnaire par la Cour de Justice, à la requête du Conseil ou de la Commission.

En pareil cas, le Conseil, statuant à l'unanimité, peut, à titre provisoire, le suspendre de ses fonctions et pourvoir à son remplacement jusqu'au moment où la Cour de Justice se sera prononcée.

La Cour de Justice peut, à titre provisoire, le suspendre de ses fonctions, à la requête du Conseil ou de la Commission.

Article 130

Le président et le vice-président de la Commission sont désignés parmi les membres de celle-ci pour deux ans, selon la même procédure que celle prévue pour la nomination des membres de la Commission. Leur mandat peut être renouvelé.

Sauf dans le cas d'un renouvellement général, la nomination est faite après consultation de la Commission.

En cas de démission ou de décès, le président et le vice-président sont remplacés pour la durée du mandat restant à courir, dans les conditions fixées à l'alinéa 1.

Article 131

Le Conseil et la Commission procèdent à des consultations réciproques et organisent d'un commun accord les modalités de leur collaboration.

La Commission fixe son règlement intérieur en vue d'assurer son fonctionnement et celui de ses services dans les conditions prévues par le présent Traité. Elle assure la publication de ce règlement.

Article 132

Les délibérations de la Commission sont acquises à la majorité du nombre des membres prévu à l'article 126.

La Commission ne peut siéger valablement que si le nombre de membres fixé dans son règlement intérieur est présent.

Articolo 127

I membri della Commissione sono nominati di comune accordo dai governi degli Stati membri.

Il loro mandato ha una durata di quattro anni ed è rinnovabile.

Articolo 128

A parte i rinnovi regolari e i decessi, le funzioni dei membri della Commissione cessano individualmente per dimissioni volontarie o di ufficio.

L'interessato è sostituito per la restante durata del suo mandato. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, può decidere che non vi è motivo di procedere ad una sostituzione.

Salvo il caso di dimissioni d'ufficio, previste dall'articolo 129, i membri della Commissione restano in carica fino a quando non siasi provveduto alla loro sostituzione.

Articolo 129

Qualsiasi membro della Commissione, che non risponda più alle condizioni necessarie all'esercizio delle sue funzioni o che abbia commesso una colpa grave, può essere dichiarato dimissionario dalla Corte di Giustizia, su istanza del Consiglio o della Commissione.

In tal caso, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può, a titolo provvisorio, sospenderlo dalle sue funzioni e procedere alla sua sostituzione, fino a quando la Corte di Giustizia si sia pronunciata.

La Corte di Giustizia, a titolo provvisorio, può sospenderlo dalle sue funzioni, su istanza del Consiglio o della Commissione.

Articolo 130

Il presidente e il vicepresidente della Commissione sono designati tra i membri di questa per due anni, secondo la medesima procedura prevista per la nomina dei membri della Commissione. Il loro mandato può essere rinnovato.

Salvo il caso di rinnovamento generale, la nomina è fatta dopo consultazione della Commissione.

In caso di dimissioni, o di decesso, il presidente e il vicepresidente sono sostituiti per la restante durata del mandato, alle condizioni fissate dal primo comma.

Articolo 131

Il Consiglio e la Commissione procedono a reciproche consultazioni e definiscono di comune accordo le modalità della propria collaborazione.

La Commissione stabilisce il proprio regolamento interno allo scopo di assicurare il proprio funzionamento e quello dei propri servizi, alle condizioni previste dal presente Trattato. Essa provvede alla pubblicazione del regolamento.

Articolo 132

Le deliberazioni della Commissione sono prese a maggioranza del numero dei suoi membri previsto dall'articolo 126.

La Commissione può tenere una seduta valida solo se è presente il numero di membri stabilito nel suo regolamento interno.

Artikel 127

De leden van de Commissie worden in onderlinge overeenstemming door de regeringen der Lid-Staten benoemd.

Hun mandaat duurt vier jaar. Zij zijn herbenoembaar.

Artikel 128

Behalve door periodieke vervanging of door overlijden eindigt de ambtsvervulling van een lid van de Commissie door vrijwillig ontslag of ontslag ambtshalve.

De betrokkene wordt vervangen voor de verdere duur van het mandaat. De Raad kan met eenparigheid van stemmen vaststellen dat er geen reden voor vervanging is.

Behoudens in geval van ontslag ambtshalve als bepaald in artikel 129, blijven de leden van de Commissie in functie totdat in hun vervanging is voorzien.

Artikel 129

Op verzoek van de Raad of van de Commissie kan elk lid van de Commissie dat niet meer aan de eisen voor de uitoefening van zijn ambt voldoet of op ernstige wijze is tekort geschoten, door het Hof van Justitie van zijn ambt ontheven worden verklaard.

In zodanig geval kan de Raad hem met eenparigheid van stemmen, bij wijze van voorlopige maatregel, in zijn ambt schorsen en in zijn vervanging voorzien, totdat het Hof van Justitie zich heeft uitgesproken.

Op verzoek van de Raad of van de Commissie kan het Hof van Justitie hem, bij wijze van voorlopige maatregel, in zijn ambt schorsen.

Artikel 130

De voorzitter en de vice-voorzitter van de Commissie worden voor twee jaar aangewezen uit haar leden op dezelfde wijze als is bepaald voor de benoeming van de leden van de Commissie. Zij zijn herbenoembaar.

Behalve in geval van een algehele vernieuwing, geschiedt de aanwijzing na raadpleging van de Commissie.

In geval van ontslag of overlijden worden de voorzitter en de vice-voorzitter voor de verdere duur van hun mandaat vervangen overeenkomstig de bepalingen van de eerste alinea.

Artikel 131

De Raad en de Commissie raadplegen elkaar en regelen in onderlinge overeenstemming de wijze waarop zij samenwerken.

De Commissie stelt haar reglement van orde vast, ten einde te verzekeren dat zij en haar diensten overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag werkzaam zullen zijn. Zij zorgt voor de bekendmaking van dat reglement.

Artikel 132

De besluiten van de Commissie worden genomen bij meerderheid van stemmen van het in artikel 126 bepaalde aantal leden.

De Commissie kan slechts geldig zitting houden, indien het in haar reglement van orde bepaalde aantal leden aanwezig is.

Artikel 133

Der Rat kann durch einstimmigen Beschluß genehmigen, daß die Regierung eines Mitgliedstaates bei der Kommission einen geeigneten Vertreter zur Sicherung einer ständigen Verbindung beglaubigt.

Artikel 134

(1) Bei der Kommission wird ein Ausschuß für Wissenschaft und Technik mit beratender Aufgabe errichtet. Der Ausschuß muß in den in diesem Vertrag vorgesehenen Fällen gehört werden. Er kann außerdem in allen Fällen gehört werden, in denen die Kommission es für angebracht hält.

(2) Der Ausschuß besteht aus zwanzig Mitgliedern, die vom Rat nach Anhörung der Kommission ernannt werden. Die Mitglieder werden für ihre Person auf fünf Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig. Sie sind an keine Weisungen gebunden.

Der Ausschuß wählt jährlich aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium.

Artikel 135

Die Kommission kann zur Erfüllung ihrer Aufgabe jederzeit Gutachten einholen und Studienausschüsse einsetzen.

Abschnitt IV

Der Gerichtshof

Artikel 136

Der Gerichtshof sichert die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrags.

Artikel 137

Der Gerichtshof besteht aus sieben Richtern.

Der Gerichtshof tagt in Vollsitzungen. Er kann jedoch aus seiner Mitte Kammern mit je drei oder fünf Richtern bilden, die bestimmte vorbereitende Aufgaben erledigen oder bestimmte Gruppen von Rechtssachen entscheiden; hierfür gelten die Vorschriften einer besonderen Regelung.

In allen Fällen, in denen Rechtssachen zur Entscheidung stehen, die auf Antrag eines Mitgliedstaates oder eines Organs der Gemeinschaft anhängig sind, tagt der Gerichtshof in Vollsitzung; das gleiche gilt für die im Wege der Vorabentscheidung zu entscheidenden Fragen, die ihm gemäß Artikel 150 vorgelegt werden.

Auf Antrag des Gerichtshofes kann der Rat einstimmig die Anzahl der Richter erhöhen und die erforderlichen Anpassungen der Absätze 2 und 3 und des Artikels 139 Absatz 2 vornehmen.

Artikel 138

Der Gerichtshof wird von zwei Generalanwälten unterstützt.

Der Generalanwalt hat in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlußanträge zu den dem Gerichtshof unterbreiteten Rechtssachen öffentlich zu stellen, um den Gerichtshof bei der Erfüllung seiner in Artikel 136 bestimmten Aufgabe zu unterstützen.

Article 133

Le Conseil, statuant à l'unanimité, peut convenir que le gouvernement d'un État membre accrédite auprès de la Commission un représentant qualifié, chargé d'assurer une liaison permanente.

Article 134

(1) Il est institué auprès de la Commission un Comité scientifique et technique de caractère consultatif.

Le Comité est obligatoirement consulté dans les cas prévus au présent Traité. Il peut être consulté dans tous les cas où la Commission le juge opportun.

(2) Le Comité est composé de vingt membres, nommés par le Conseil après consultation de la Commission.

Les membres du Comité sont nommés à titre personnel pour une durée de cinq ans. Leurs fonctions sont renouvelables. Ils ne peuvent être liés par aucun mandat impératif.

Le Comité scientifique et technique désigne chaque année parmi ses membres son président et son bureau.

Article 135

La Commission peut procéder à toutes consultations et instituer tous comités d'études nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

Section IV

La Cour de Justice

Article 136

La Cour de Justice assure le respect du droit dans l'interprétation et l'application du présent Traité.

Article 137

La Cour de Justice est formée de sept juges.

La Cour de Justice siège en séance plénière. Toutefois, elle peut créer en son sein des chambres composées chacune de trois ou cinq juges en vue, soit de procéder à certaines mesures d'instruction, soit de juger certaines catégories d'affaires, dans les conditions prévues par un règlement établi à cet effet.

Dans tous les cas, la Cour de Justice siège en séance plénière pour statuer dans les affaires dont elle est saisie par un État membre ou une institution de la Communauté ainsi que sur les questions préjudicielles qui lui sont soumises en vertu de l'article 150.

Si la Cour de Justice le demande, le Conseil statuant à l'unanimité peut augmenter le nombre des juges et apporter les adaptations nécessaires aux alinéas 2 et 3 et à l'article 139 alinéa 2.

Article 138

La Cour de Justice est assistée de deux avocats généraux.

L'avocat général a pour rôle de présenter publiquement, en toute impartialité et en toute indépendance, des conclusions motivées sur les affaires soumises à la Cour de Justice, en vue d'assister celle-ci dans l'accomplissement de sa mission, telle qu'elle est définie à l'article 136.

Articolo 133

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, può convenire che il governo di uno Stato membro accrediti presso la Commissione un rappresentante qualificato, incaricato di assicurare un collegamento permanente.

Articolo 134

(1) Presso la Commissione è istituito un Comitato scientifico e tecnico, a carattere consultivo.

Il Comitato è obbligatoriamente consultato nei casi previsti dal presente Trattato. Esso può essere consultato in tutti i casi nei quali la Commissione lo reputi opportuno.

(2) Il Comitato è composto di venti membri, nominati dal Consiglio previa consultazione della Commissione.

I membri del Comitato sono nominati a titolo personale per una durata di cinque anni. Il loro incarico è rinnovabile. Essi non possono essere vincolati da alcun mandato imperativo.

Il Comitato scientifico e tecnico designa tra i suoi membri ogni anno il presidente e l'ufficio di presidenza.

Articolo 135

La Commissione può procedere a tutte le consultazioni e istituire tutti i Comitati di studi necessari all'adempimento della sua missione.

Sezione IV

La Corte di Giustizia

Articolo 136

La Corte di Giustizia assicura il rispetto del diritto nell'interpretazione e nell'applicazione del presente Trattato.

Articolo 137

La Corte di Giustizia è composta di sette giudici.

La Corte di Giustizia si riunisce in seduta plenaria. Essa può, tuttavia, creare nel suo ambito delle sezioni, ciascuna delle quali sarà composta di tre o cinque giudici, allo scopo di procedere a determinati provvedimenti di istruttoria o di giudicare determinate categorie di affari, alle condizioni previste da un regolamento a tal fine stabilito.

La Corte di Giustizia si riunisce sempre in seduta plenaria per pronunciarsi negli affari di cui è investita da parte di uno Stato membro o di un'istituzione della Comunità, e così pure quando deve pronunciarsi su questioni pregiudiziali che le sono sottoposte a norma dell'articolo 150.

Ove ciò sia richiesto dalla Corte di Giustizia, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può aumentare il numero dei giudici e apportare i necessari ritocchi ai commi secondo e terzo e all'articolo 139, secondo comma.

Articolo 138

La Corte di Giustizia è assistita da due avvocati generali.

L'avvocato generale ha l'ufficio di presentare pubblicamente, con assoluta imparzialità e in piena indipendenza, conclusioni motivate sugli affari sottoposti alla Corte di Giustizia, per assistere quest'ultima nell'adempimento della sua missione, così come definita dall'articolo 136.

Artikel 133

De Raad kan met eenparigheid van stemmen goedvinden dat de regering van een Lid-Staat bij de Commissie een bevoegde vertegenwoordiger accrediteert, belast met de zorg voor een permanente verbinding.

Artikel 134

(1) Bij de Commissie wordt een Wetenschappelijk en Technisch Comité van raadgevende aard ingesteld.

Het Comité moet worden geraadpleegd in de door dit Verdrag bepaalde gevallen. Het kan worden geraadpleegd in alle gevallen waarin de Commissie dit gewenst acht.

(2) Het Comité bestaat uit twintig leden, benoemd door de Raad na raadpleging van de Commissie.

De leden van het Comité worden in hun persoonlijke hoedanigheid benoemd voor de tijd van vijf jaar. Zij zijn herbenoembaar. Zij mogen niet gebonden zijn door enig imperatief mandaat.

Het Wetenschappelijk en Technisch Comité wijst ieder jaar uit zijn leden zijn voorzitter en zijn bureau aan.

Artikel 135

De Commissie kan een ieder raadplegen en alle studiecomités instellen noodzakelijk voor de vervulling van haar taak.

Afdeling IV

Het Hof van Justitie

Artikel 136

Het Hof van Justitie verzekert de eerbiediging van het recht bij de uitlegging en toepassing van dit Verdrag.

Artikel 137

Het Hof van Justitie bestaat uit zeven rechters.

Het Hof van Justitie komt in voltallige zitting bijeen. Het kan echter uit zijn midden kamers vormen, elk samengesteld uit drie of vijf rechters, om overeenkomstig de bepalingen van een daartoe opgesteld reglement hetzij bepaalde maatregelen van onderzoek te nemen, hetzij bepaalde soorten van zaken te berechten.

In alle zaken die aanhangig zijn gemaakt door een Lid-Staat of door een instelling van de Gemeenschap, alsmede in alle krachtens artikel 150 aan het Hof voorgelegde prejudiciële geschillen, beslist het Hof van Justitie in voltallige zitting.

Indien het Hof van Justitie zulks verzoekt, kan de Raad met eenparigheid van stemmen het aantal rechters verhogen en de tweede en de derde alinea van dit artikel alsmede de tweede alinea van artikel 139, voor zover nodig aanpassen.

Artikel 138

Het Hof van Justitie wordt bijgestaan door twee advocaten-generaal.

De advocaat-generaal heeft tot taak, in het openbaar in volkomen onpartijdigheid en onafhankelijkheid met redenen omklede conclusies te nemen aangaande zaken welke aan het Hof van Justitie zijn voorgelegd, ten einde dit ter zijde te staan bij de vervulling van zijn taak, gelijk deze is omschreven in artikel 136.

Auf Antrag des Gerichtshofes kann der Rat einstimmig die Anzahl der Generalanwälte erhöhen und die erforderlichen Anpassungen des Artikels 139 Absatz 3 vornehmen.

Artikel 139

Zu Richtern und Generalanwälten sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf sechs Jahre ernannt.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Richterstellen statt. Sie betrifft abwechselnd je drei und vier Richter. Die drei Richter, deren Stellen nach Ablauf der ersten drei Jahre neu zu besetzen sind, werden durch das Los bestimmt.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Generalanwälte statt. Der Generalanwalt, dessen Stelle nach Ablauf der ersten drei Jahre neu zu besetzen ist, wird durch das Los bestimmt.

Die Wiederernennung ausscheidender Richter und Generalanwälte ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofes für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Artikel 140

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und bestimmt dessen Stellung.

Artikel 141

Hat nach Auffassung der Kommission ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertrag verstoßen, so gibt sie eine mit Gründen versehene Stellungnahme hierzu ab; sie hat dem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Kommt der Staat dieser Stellungnahme innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen.

Artikel 142

Jeder Mitgliedstaat kann den Gerichtshof anrufen, wenn er der Auffassung ist, daß ein anderer Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertrag verstoßen hat.

Bevor ein Mitgliedstaat wegen einer angeblichen Verletzung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag gegen einen anderen Staat Klage erhebt, muß er die Kommission damit befragen.

Die Kommission erläßt eine mit Gründen versehene Stellungnahme; sie gibt den beteiligten Staaten zuvor Gelegenheit zu schriftlicher und mündlicher Äußerung in einem kontradiktorischen Verfahren.

Gibt die Kommission binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem ein entsprechender Antrag gestellt wurde, keine Stellungnahme ab, so kann ungeachtet des Fehlens der Stellungnahme vor dem Gerichtshof geklagt werden.

Artikel 143

Stellt der Gerichtshof fest, daß ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus diesem Vertrag verstoßen hat, so hat dieser Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

Si la Cour de Justice le demande, le Conseil statuant à l'unanimité peut augmenter le nombre des avocats généraux et apporter les adaptations nécessaires à l'article 139 alinéa 3.

Article 139

Les juges et les avocats généraux, choisis parmi des personnalités offrant toutes garanties d'indépendance, et qui réunissent les conditions requises pour l'exercice, dans leurs pays respectifs, des plus hautes fonctions juridictionnelles, ou qui sont des juristes possédant des compétences notoires, sont nommés d'un commun accord pour six ans par les gouvernements des États membres.

Un renouvellement partiel des juges a lieu tous les trois ans. Il porte alternativement sur trois et quatre juges. Les trois juges dont la désignation est sujette à renouvellement à la fin de la première période de trois ans sont désignés par le sort.

Un renouvellement partiel des avocats généraux a lieu tous les trois ans. L'avocat général dont la désignation est sujette à renouvellement à la fin de la première période de trois ans est désigné par le sort.

Les juges et les avocats généraux sortants peuvent être nommés de nouveau.

Les juges désignent parmi eux, pour trois ans, le président de la Cour de Justice. Son mandat est renouvelable.

Article 140

La Cour de Justice nomme son greffier, dont elle fixe le statut.

Article 141

Si la Commission estime qu'un État membre a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité, elle émet un avis motivé à ce sujet, après avoir mis cet État en mesure de présenter ses observations.

Si l'État en cause ne se conforme pas à cet avis dans le délai déterminé par la Commission, celle-ci peut saisir la Cour de Justice.

Article 142

Chacun des États membres peut saisir la Cour de Justice, s'il estime qu'un autre État membre a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité.

Avant qu'un État membre n'introduise, contre un autre État membre, un recours fondé sur une prétendue violation des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité, il doit en saisir la Commission.

La Commission émet un avis motivé après que les États intéressés aient été mis en mesure de présenter contradictoirement leurs observations écrites et orales.

Si la Commission n'a pas émis l'avis dans un délai de trois mois à compter de la demande, l'absence d'avis ne fait pas obstacle à la saisine de la Cour de Justice.

Article 143

Si la Cour de Justice reconnaît qu'un État membre a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu du présent Traité, cet État est tenu de prendre les mesures que comporte l'exécution de l'arrêt de la Cour de Justice.

Ove ciò sia richiesto dalla Corte di Giustizia, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può aumentare il numero degli avvocati generali e apportare i necessari ritocchi all'articolo 139, terzo comma.

Articolo 139

I giudici e gli avvocati generali, scelti tra personalità che offrano tutte le garanzie di indipendenza, e che riuniscano le condizioni richieste per l'esercizio, nei rispettivi Paesi, delle più alte funzioni giurisdizionali, ovvero che siano giureconsulti di notoria competenza, sono nominati di comune accordo per sei anni dai governi degli Stati membri.

Ogni tre anni si procede a un rinnovamento parziale dei giudici. Esso riguarda alternativamente tre e quattro giudici. I tre giudici la cui designazione è soggetta a rinnovamento al termine del primo periodo di tre anni sono designati a sorte.

Ogni tre anni si procede a un rinnovamento parziale degli avvocati generali. L'avvocato generale, la cui designazione è soggetta a rinnovamento al termine del primo periodo di tre anni, è designato a sorte.

I giudici e gli avvocati generali uscenti possono essere nuovamente nominati.

I giudici designano tra loro, per tre anni, il presidente della Corte di Giustizia. Il suo mandato è rinnovabile.

Articolo 140

La Corte di Giustizia nomina il cancelliere, di cui fissa lo statuto.

Articolo 141

La Commissione, quando reputi che uno Stato membro abbia mancato a uno degli obblighi a lui incombenti in virtù del presente Trattato, emette un parere motivato al riguardo, dopo aver posto lo Stato in condizioni di presentare le sue osservazioni.

Qualora lo Stato in causa non si conformi a tale parere nel termine fissato dalla Commissione, questa può adire la Corte di Giustizia.

Articolo 142

Ciascuno degli Stati membri può adire la Corte di Giustizia, quando reputi che un altro Stato membro ha mancato a uno degli obblighi a lui incombenti in virtù del presente Trattato.

Uno Stato membro, prima di proporre contro un altro Stato membro un ricorso fondato su una pretesa violazione degli obblighi che a quest'ultimo incombono in virtù del presente Trattato, deve rivolgersi alla Commissione.

La Commissione emette un parere motivato dopo che gli Stati interessati siano stati posti in condizione di presentare in contraddittorio le loro osservazioni scritte e orali.

Qualora la Commissione non abbia formulato il parere nel termine di tre mesi dalla domanda, la mancanza del parere non osta alla facoltà di ricorso alla Corte di Giustizia.

Articolo 143

Quando la Corte di Giustizia riconosca che uno Stato membro ha mancato a uno degli obblighi ad esso incombenti in virtù del presente Trattato, tale Stato è tenuto a prendere i provvedimenti che l'esecuzione della sentenza della Corte di Giustizia importa.

Indien het Hof van Justitie zulks verzoekt, kan de Raad met eenparigheid van stemmen het aantal advocaten-generaal verhogen en de derde alinea van artikel 139 voor zover nodig aanpassen.

Artikel 139

De rechters en de advocaten-generaal, gekozen uit personen die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden en aan alle gestelde eisen voldoen om in hun onderscheidene landen de hoogste rechterlijke ambten te bekleeden, of die bekend staan als kundige rechtsgeleerden, worden in onderlinge overeenstemming door de regeringen van de Lid-Staten voor zes jaar benoemd.

Om de drie jaar vindt een gedeeltelijke vervanging van de rechters plaats. Deze heeft beurtelings betrekking op drie en op vier rechters. De drie rechters die aan het einde van de eerste periode van drie jaar moeten aftreden, worden door het lot aangewezen.

Om de drie jaar vindt een gedeeltelijke vervanging van de advocaten-generaal plaats. De advocaat-generaal die aan het einde van de eerste periode van drie jaar moet aftreden, wordt door het lot aangewezen.

De aftredende rechters en advocaten-generaal zijn herbenoembaar.

De rechters kiezen uit hun midden voor drie jaar de president van het Hof van Justitie. Hij is herkiesbaar.

Artikel 140

Het Hof van Justitie benoemt zijn griffier en bepaalt diens positie.

Artikel 141

Indien de Commissie van oordeel is dat een Lid-Staat een van de krachtens dit Verdrag op hem rustende verplichtingen niet is nagekomen, brengt zij dienaangaande een met redenen omkleed advies uit, na deze Staat in de gelegenheid te hebben gesteld zijn opmerkingen te maken.

Indien de betrokken Staat dit advies niet binnen de door de Commissie vastgestelde termijn opvolgt, kan de Commissie de zaak aanhangig maken bij het Hof van Justitie.

Artikel 142

Ieder van de Lid-Staten kan zich wenden tot het Hof van Justitie, indien hij van mening is dat een andere Lid-Staat een van de krachtens dit Verdrag op hem rustende verplichtingen niet is nagekomen.

Voordat een Lid-Staat tegen een andere Lid-Staat een klacht indient op grond van een beweerde schending van de verplichtingen welke krachtens dit Verdrag op deze laatste rusten, moet hij deze klacht aan de Commissie voorleggen.

De Commissie brengt een met redenen omkleed advies uit, nadat aan de betrokken Staten de gelegenheid is gegeven om over en weer schriftelijk en mondeling opmerkingen te maken.

Indien de Commissie binnen drie maanden na indiening van de klacht geen advies heeft uitgebracht, kan desniettemin de klacht bij het Hof van Justitie worden ingediend.

Artikel 143

Indien het Hof van Justitie vaststelt dat een Lid-Staat een der krachtens dit Verdrag op hem rustende verplichtingen niet is nagekomen, is deze Staat gehouden die maatregelen te nemen, welke nodig zijn ter uitvoering van het arrest.

Artikel 144

Die Zuständigkeit des Gerichtshofs umfaßt die Belugnis zu unbeschränkter Ermessensnachprüfung sowie zur Änderung oder Verhängung von Zwangsmaßnahmen

- a) bei Klagen, die gemäß Artikel 12 zur Festlegung angemessener Bedingungen für die Erteilung von Lizenzen oder Unterlizenzen durch die Kommission erhoben werden;
- b) bei Klagen, die von Personen oder Unternehmen wegen Zwangsmaßnahmen erhoben werden, die gegen sie von der Kommission gemäß Artikel 83 verhängt werden.

Artikel 145

Ist die Kommission der Auffassung, daß eine Person oder ein Unternehmen eine Verletzung dieses Vertrags begangen hat, auf welche Artikel 83 keine Anwendung findet, so fordert sie den für diese Person oder dieses Unternehmen zuständigen Mitgliedstaat auf, wegen dieser Verletzung Zwangsmaßnahmen nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu verhängen.

Kommt der betreffende Staat innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist der Aufforderung nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof zur Feststellung der Verletzung anrufen, die der betreffenden Person oder dem betreffenden Unternehmen zur Last gelegt wird.

Artikel 146

Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit des Handelns des Rates und der Kommission, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt. Zu diesem Zweck ist er für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmißbrauchs erhebt.

Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind, sie unmittelbar und individuell betreffen.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe der betreffenden Handlung, ihrer Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von dieser Handlung Kenntnis erlangt hat.

Artikel 147

Ist die Klage begründet, so erklärt der Gerichtshof die angefochtene Handlung für nichtig.

Erklärt der Gerichtshof eine Verordnung für nichtig, so bezeichnet er, falls er dies für notwendig hält, diejenigen ihrer Wirkungen, die als fortgeltend zu betrachten sind.

Artikel 148

Unterläßt es der Rat oder die Kommission unter Verletzung dieses Vertrags, einen Beschluß zu fassen, so können die Mitgliedstaaten und die anderen Organe der Gemeinschaft beim Gerichtshof Klage auf Feststellung dieser Vertragsverletzung erheben.

Article 144

La Cour de Justice exerce une compétence de pleine juridiction à l'égard

- a) des recours introduits en application de l'article 12 en vue de faire fixer les conditions appropriées de la concession par la Commission de licences ou sous-licences,
- b) des recours introduits par des personnes ou entreprises contre les sanctions qui leur seraient infligées par la Commission en application de l'article 83.

Article 145

Si la Commission estime qu'une personne ou entreprise a commis une violation du présent Traité à laquelle les dispositions de l'article 83 ne sont pas applicables, elle invite l'État membre dont relève cette personne ou cette entreprise à faire sanctionner la violation en application de sa législation nationale.

Si l'État intéressé n'exerce pas, dans le délai déterminé par la Commission, l'action que comporte cette invitation, la Commission peut saisir la Cour de Justice en vue de faire constater la violation reprochée à la personne ou à l'entreprise en cause.

Article 146

La Cour de Justice contrôle la légalité des actes du Conseil et de la Commission, autres que les recommandations ou avis. A cet effet, elle est compétente pour se prononcer sur les recours pour incompétence, violation des formes substantielles, violation du présent Traité ou de toute règle de droit relative à son application, ou détournement de pouvoir, formés par un État membre, le Conseil ou la Commission.

Toute personne physique ou morale peut former, dans les mêmes conditions, un recours contre les décisions dont elle est le destinataire, et contre les décisions qui, bien que prises sous l'apparence d'un règlement ou d'une décision adressée à une autre personne, la concernent directement et individuellement.

Les recours prévus au présent article doivent être formés dans un délai de deux mois à compter, suivant le cas, de la publication de l'acte, de sa notification au requérant, ou, à défaut, du jour où celui-ci en a eu connaissance.

Article 147

Si le recours est fondé, la Cour de Justice déclare nul et non avenu l'acte contesté.

Toutefois, en ce qui concerne les règlements, la Cour de Justice indique, si elle l'estime nécessaire, ceux des effets du règlement annulé qui doivent être considérés comme définitifs.

Article 148

Dans le cas où, en violation du présent Traité, le Conseil ou la Commission s'abstient de statuer, les États membres et les autres institutions de la Communauté peuvent saisir la Cour de Justice en vue de faire constater cette violation.

Articolo 144

La Corte di Giustizia ha competenza giurisdizionale anche di merito,

- a) sui ricorsi proposti, in applicazione dell'articolo 12, perchè siano fissate le appropriate condizioni per la concessione da parte della Commissione di licenze o sublicenze;
- b) sui ricorsi proposti da persone o imprese contro le sanzioni eventualmente comminate dalla Commissione in applicazione dell'articolo 83.

Articolo 145

La Commissione, quando reputi che una persona o impresa ha commesso una violazione del presente Trattato alla quale non siano applicabili le disposizioni dell'articolo 83, invita lo Stato membro cui appartiene la persona o impresa in causa a prendere nei riguardi della violazione le sanzioni previste dalla sua legislazione nazionale.

Qualora lo Stato interessato non eserciti, nel termine fissato dalla Commissione, l'azione che tale invito importa, la Commissione può adire la Corte di Giustizia per far constatare la violazione contestata alla persona o all'impresa in causa.

Articolo 146

La Corte di Giustizia esercita un controllo di legittimità sugli atti del Consiglio e della Commissione che non siano raccomandazioni o pareri. A tal fine, essa è competente a pronunciarsi sui ricorsi per incompetenza, violazione delle forme sostanziali, violazione del presente Trattato o di qualsiasi regola di diritto relativa alla sua applicazione, ovvero per sviamento di potere, proposti da uno Stato membro, dal Consiglio o dalla Commissione.

Qualsiasi persona fisica o giuridica può proporre, alle stesse condizioni, un ricorso contro le decisioni prese nei suoi confronti e contro le decisioni che, pur apparendo come un regolamento o una decisione presa nei confronti di altre persone, la riguardano direttamente e individualmente.

I ricorsi previsti dal presente articolo devono essere proposti nel termine di due mesi a decorrere, secondo i casi, dalla pubblicazione dell'atto, dalla sua notificazione al ricorrente ovvero, in mancanza, dal giorno in cui il recorrente ne ha avuto conoscenza.

Articolo 147

Se il ricorso è fondato, la Corte di Giustizia dichiara nullo e non avvenuto l'atto impugnato.

Tuttavia, per quanto concerne i regolamenti, la Corte di Giustizia, ove lo reputi necessario, precisa gli effetti del regolamento annullato che devono essere considerati come definitivi.

Articolo 148

Qualora, in violazione del presente Trattato, il Consiglio o la Commissione si astengano dal pronunciarsi, gli Stati membri e le altre istituzioni della Comunità possono adire la Corte di Giustizia per far constatare tale violazione.

Artikel 144

Het Hof van Justitie oefent volledige rechtsmacht uit ten aanzien van

- a) het beroep, ingesteld op grond van artikel 12, om passende voorwaarden te doen vaststellen voor de verlening van licenties en sub-licenties door de Commissie;
- b) het beroep, ingesteld door personen of ondernemingen tegen de sancties die hun zijn opgelegd door de Commissie op grond van artikel 83.

Artikel 145

Indien de Commissie meent dat een persoon of een onderneming zich schuldig heeft gemaakt aan een schending van dit Verdrag op welke schending de bepalingen van artikel 83 niet van toepassing zijn, verzoekt zij de Lid-Staat waaronder die persoon of die onderneming ressorteert, ter zake van deze schending maatregelen te nemen op grond van zijn nationale wetgeving.

Indien de betrokken Staat op dit verzoek, binnen de door de Commissie gestelde termijn, geen maatregelen neemt, kan de Commissie zich tot het Hof van Justitie wenden ten einde de aan de betrokken persoon of onderneming verweten schending te doen vaststellen.

Artikel 146

Het Hof van Justitie gaat de wettigheid na van de handelingen van de Raad en van de Commissie, voor zover het geen aanbevelingen of adviezen betreft. Te dien einde is het bevoegd uitspraak te doen inzake elk door een Lid-Staat, de Raad of de Commissie ingesteld beroep wegens onbevoegdheid, schending van wettelijke vormvoorschriften, schending van dit Verdrag of van enige uitvoeringsregeling daarvan, dan wel wegens misbruik van bevoegdheid.

Iedere natuurlijke of rechtspersoon kan onder dezelfde voorwaarden beroep instellen tegen de tot hem gerichte beschikkingen, alsmede tegen beschikkingen die, hoewel genomen in de vorm van een verordening, of van een beschikking gericht tot een andere persoon, hem rechtstreeks en individueel raken.

Het in dit artikel bedoelde beroep moet worden ingesteld binnen twee maanden, te rekenen, al naar het geval, van de dag van bekendmaking van de handeling van die van kennisgeving aan de verzoeker of, bij gebreke daarvan, van de dag waarop de verzoeker van de handeling heeft kennis gekregen.

Artikel 147

Indien het beroep gegrond is, wordt de betwiste handeling door het Hof van Justitie nietig verklaard.

Wat echter de verordeningen betreft, wijst het Hof van Justitie, zo het dit nodig oordeelt, die gevolgen van de vernietigde verordening aan, welke als gehandhaafd moeten worden beschouwd.

Artikel 148

Ingeval de Raad of de Commissie, in strijd met dit Verdrag, nalaat een besluit te nemen, kunnen de Lid-Staten en de overige instellingen van de Gemeenschap zich wenden tot het Hof van Justitie om deze schending te doen vaststellen.

Diese Klage ist nur zulässig, wenn das in Frage stehende Organ zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden. Hat es binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

Jede natürliche oder juristische Person kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 vor dem Gerichtshof Beschwerde darüber führen, daß ein Organ der Gemeinschaft es unterlassen hat, einen anderen Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme an sie zu richten.

Artikel 149

Das Organ, dem das für nichtig erklärte Handeln zur Last fällt oder dessen Untätigkeit als vertragswidrig erklärt worden ist, hat die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Verpflichtung besteht unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung des Artikels 188 Absatz 2 ergeben.

Artikel 150

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung dieses Vertrags,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Gemeinschaft,
- c) über die Auslegung der Satzungen der durch den Rat geschaffenen Einrichtungen, soweit diese Satzungen nicht etwas anderes bestimmen.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaates gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlaß seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Artikel 151

Der Gerichtshof ist für Streitsachen über den in Artikel 188 Absatz 2 vorgesehenen Schadenersatz zuständig.

Artikel 152

Der Gerichtshof ist für alle Streitsachen zwischen der Gemeinschaft und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben.

Artikel 153

Der Gerichtshof ist für Entscheidungen auf Grund einer Schiedsklausel zuständig, die in einem von der Gemeinschaft oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrag enthalten ist.

Ce recours n'est recevable que si l'institution en cause a été préalablement invitée à agir. Si, à l'expiration d'un délai de deux mois à compter de cette invitation, l'institution n'a pas pris position, le recours peut être formé dans un nouveau délai de deux mois.

Toute personne physique ou morale peut saisir la Cour de Justice dans les conditions fixées aux alinéas précédents pour faire grief à l'une des institutions de la Communauté d'avoir manqué de lui adresser un acte autre qu'une recommandation ou un avis.

Article 149

L'institution dont émane l'acte annulé, ou dont l'abstention a été déclarée contraire au présent Traité, est tenue de prendre les mesures que comporte l'exécution de l'arrêt de la Cour de Justice.

Cette obligation ne préjuge pas celle qui peut résulter de l'application de l'article 188 alinéa 2.

Article 150

La Cour de Justice est compétente pour statuer, à titre préjudiciel,

- a) sur l'interprétation du présent Traité,
- b) sur la validité et l'interprétation des actes pris par les institutions de la Communauté,
- c) sur l'interprétation des statuts des organismes créés par un acte du Conseil, sauf dispositions contraires de ces statuts.

Lorsqu'une telle question est soulevée devant une juridiction d'un des États membres, cette juridiction peut, si elle estime qu'une décision sur ce point est nécessaire pour rendre son jugement, demander à la Cour de Justice de statuer sur cette question.

Lorsqu'une telle question est soulevée dans une affaire pendante devant une juridiction nationale dont les décisions ne sont pas susceptibles d'un recours juridictionnel de droit interne, cette juridiction est tenue de saisir la Cour de Justice.

Article 151

La Cour de Justice est compétente pour connaître des litiges relatifs à la réparation des dommages visés à l'article 188 alinéa 2.

Article 152

La Cour de Justice est compétente pour statuer sur tout litige entre la Communauté et ses agents dans les limites et conditions déterminées au statut ou résultant du régime applicable à ces derniers.

Article 153

La Cour de Justice est compétente pour statuer en vertu d'une clause compromissoire contenue dans un contrat de droit public ou de droit privé passé par la Communauté ou pour son compte.

Il ricorso è ricevibile soltanto quando l'istituzione in causa sia stata preventivamente richiesta di agire. Se, allo scadere di un termine di due mesi da tale richiesta, l'istituzione non ha preso posizione, il ricorso può essere proposto entro un nuovo termine di due mesi.

Ogni persona fisica o giuridica può adire la Corte di Giustizia alle condizioni stabilite dai commi precedenti per contestare a una delle istituzioni della Comunità di aver omesso di emanare nei suoi confronti un atto che non sia una raccomandazione o un parere.

Articolo 149

L'istituzione da cui emana l'atto annullato o la cui astensione sia stata dichiarata contraria al presente Trattato, è tenuta a prendere i provvedimenti che l'esecuzione della sentenza della Corte di Giustizia importa.

Tale obbligo non pregiudica quello eventualmente risultante dalla applicazione dell'articolo 188, secondo comma.

Articolo 150

La Corte di Giustizia è competente a pronunciarsi, in via pregiudiziale,

- a) sull'interpretazione del presente Trattato,
- b) sulla validità e l'interpretazione degli atti compiuti dalle istituzioni della Comunità,
- c) sull'interpretazione degli statuti degli organismi creati con atto del Consiglio, salvo contrarie disposizioni degli statuti stessi.

Quando una questione del genere è sollevata davanti a una giurisdizione di uno degli Stati membri, tale giurisdizione può, qualora reputi necessaria per emanare la sua sentenza una decisione su questo punto, domandare alla Corte di Giustizia di pronunciarsi sulla questione.

Quando una questione del genere è sollevata in un giudizio pendente davanti a una giurisdizione nazionale, avverso le cui decisioni non possa proporsi un ricorso giurisdizionale di diritto interno, tale giurisdizione è tenuta a rivolgersi alla Corte di Giustizia.

Articolo 151

La Corte di Giustizia è competente a conoscere delle controversie relative al risarcimento dei danni di cui all'articolo 188, secondo comma.

Articolo 152

La Corte di Giustizia è competente a pronunciarsi su qualsiasi controversia tra la Comunità e gli agenti di questa, nei limiti e alle condizioni determinati dallo statuto o risultanti dal regime applicabile a questi ultimi.

Articolo 153

La Corte di Giustizia è competente a giudicare in virtù di una clausola compromissoria contenuta in un contratto di diritto pubblico o di diritto privato stipulato dalla Comunità o per conto di questa.

Dit beroep is slechts ontvankelijk indien de betrokken instelling vooraf tot handelen is uitgenodigd. Indien deze instelling na twee maanden, te rekenen van de uitnodiging, haar standpunt nog niet heeft bepaald, kan het beroep worden ingesteld binnen een nieuwe termijn van twee maanden.

Iedere natuurlijke of rechtspersoon kan onder de in de voorgaande alinea's vastgestelde voorwaarden bij het Hof van Justitie zijn bezwaren indienen tegen het feit dat een der instellingen van de Gemeenschap heeft nagelaten te zijnen aanzien een andere handeling te verrichten dan het geven van een aanbeveling of een advies.

Artikel 149

De instelling welke de vernietigde handeling heeft verricht of wier nalatigheid strijdig met dit Verdrag is verklaard, is gehouden de maatregelen te nemen, welke nodig zijn ter uitvoering van het arrest van het Hof van Justitie.

Deze verplichting geldt onverminderd die, welke kan voortvloeien uit de toepassing van de tweede alinea van artikel 188.

Artikel 150

Het Hof van Justitie is bevoegd, bij wijze van prejudiciële beslissing, een uitspraak te doen

- a) over de uitlegging van dit Verdrag,
- b) over de geldigheid en de uitlegging van de door de instellingen van de Gemeenschap verrichte handelingen,
- c) over de uitlegging van de statuten van bij besluit van de Raad ingestelde organen, voor zover in die statuten niet anders is bepaald.

Indien een vraag te dien aanzien wordt opgeworpen voor een rechterlijke instantie van een der Lid-Staten, kan deze instantie, indien zij een beslissing op dit punt noodzakelijk acht voor het wijzen van haar vonnis, het Hof van Justitie verzoeken over deze vraag een uitspraak te doen.

Indien ene vraag te dien aanzien wordt opgeworpen in een zaak aanhangig bij een nationale rechterlijke instantie waarvan de beslissingen volgens het nationale recht niet vatbaar zijn voor hoger beroep, is deze instantie gehouden zich tot het Hof van Justitie te wenden.

Artikel 151

Het Hof van Justitie is bevoegd kennis te nemen van geschillen over de vergoeding van de in de tweede alinea van artikel 188 bedoelde schade.

Artikel 152

Het Hof van Justitie is bevoegd, uitspraak te doen in elk geschil tussen de Gemeenschap en haar personeelsleden, binnen de grenzen en onder de voorwaarden vastgesteld in het statuut of voortvloeiende uit de regeling welke voor hen toepasselijk is.

Artikel 153

Het Hof van Justitie is bevoegd, uitspraak te doen krachtens een arbitragebeding vervat in een door of namens de Gemeenschap gesloten publiekrechtelijke of privaatrechtelijke overeenkomst.

Artikel 154

Der Gerichtshof ist für jede mit dem Gegenstand dieses Vertrags in Zusammenhang stehende Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten zuständig, wenn diese bei ihm auf Grund eines Schiedsvertrags anhängig gemacht wird.

Artikel 155

Soweit keine Zuständigkeit des Gerichtshofes auf Grund dieses Vertrags besteht, sind Streitsachen, bei denen die Gemeinschaft Partei ist, der Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte nicht entzogen.

Artikel 156

Ungeachtet des Ablaufs der in Artikel 146 Absatz 3 genannten Frist kann jede Partei in einem Rechtsstreit, bei dem es auf die Geltung einer Verordnung des Rates oder der Kommission ankommt, vor dem Gerichtshof die Unanwendbarkeit dieser Verordnung aus den in Artikel 146 Absatz 1 genannten Gründen geltend machen.

Artikel 157

Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, haben Klagen bei dem Gerichtshof keine aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er es den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

Artikel 158

Der Gerichtshof kann in den bei ihm anhängigen Sachen die erforderlichen einstweiligen Anordnungen treffen.

Artikel 159

Die Urteile des Gerichtshofes sind gemäß Artikel 164 vollstreckbar.

Artikel 160

Die Satzung des Gerichtshofes wird in einem besonderen Protokoll festgelegt.

Der Gerichtshof erläßt seine Verfahrensordnung. Sie bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates.

KAPITEL II**Gemeinsame Vorschriften für mehrere Organe****Artikel 161**

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab.

Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

Article 154

La Cour de Justice est compétente pour statuer sur tout différend entre États membres en connexité avec l'objet du présent Traité, si ce différend lui est soumis en vertu d'un compromis.

Article 155

Sous réserve des compétences attribuées à la Cour de Justice par le présent Traité, les litiges auxquels la Communauté est partie ne sont pas, de ce chef, soustraits à la compétence des juridictions nationales.

Article 156

Nonobstant l'expiration du délai prévu à l'article 146 alinéa 3, toute partie peut, à l'occasion d'un litige mettant en cause un règlement du Conseil ou de la Commission, se prévaloir des moyens prévus à l'article 146 alinéa 1 pour invoquer devant la Cour de Justice l'inapplicabilité de ce règlement.

Article 157

Sauf dispositions contraires du présent Traité, les recours formés devant la Cour de Justice n'ont pas d'effet suspensif. Toutefois, la Cour de Justice peut, si elle estime que les circonstances l'exigent, ordonner le sursis à l'exécution de l'acte attaqué.

Article 158

Dans les affaires dont elle est saisie, la Cour de Justice peut prescrire les mesures provisoires nécessaires.

Article 159

Les arrêts de la Cour de Justice ont force exécutoire dans les conditions fixées à l'article 164.

Article 160

Le Statut de la Cour de Justice est fixé par un Protocole séparé.

La Cour de Justice établit son règlement de procédure. Ce règlement est soumis à l'approbation unanime du Conseil.

CHAPITRE II**Dispositions communes à plusieurs Institutions****Article 161**

Pour l'accomplissement de leur mission et dans les conditions prévues au présent Traité, le Conseil et la Commission arrêtent des règlements et des directives. Ils prennent des décisions et formulent des recommandations ou des avis.

Le règlement a une portée générale. Il est obligatoire dans tous ses éléments et il est directement applicable dans tout État membre.

La directive lie tout État membre destinataire quant au résultat à atteindre, tout en laissant aux instances nationales la compétence quant à la forme et aux moyens.

La décision est obligatoire en tous ses éléments pour les destinataires qu'elle désigne.

Les recommandations et les avis ne lient pas.

Articolo 154

La Corte di Giustizia è competente a conoscere di qualsiasi controversia tra Stati membri in connessione con l'oggetto del presente Trattato, quando tale controversia le venga sottoposta in virtù di un compromesso.

Articolo 155

Fatte salve le competenze attribuite alla Corte di Giustizia dal presente Trattato, le controversie nelle quali la Comunità sia parte non sono, per tale motivo, sottratte alla competenza delle giurisdizioni nazionali.

Articolo 156

Nell'eventualità di una controversia che metta in causa un regolamento del Consiglio o della Commissione, ciascuna parte può, anche dopo lo spirare del termine previsto dall'articolo 146, terzo comma, valersi dei motivi previsti dall'articolo 146, primo comma, per invocare davanti alla Corte di Giustizia l'inapplicabilità del regolamento stesso.

Articolo 157

Salvo contrarie disposizioni del presente Trattato, i ricorsi proposti alla Corte di Giustizia non hanno effetto sospensivo. Tuttavia, la Corte può, quando reputi che le circostanze lo richiedano, ordinare la sospensione dell'esecuzione dell'atto impugnato.

Articolo 158

La Corte di Giustizia, negli affari che le sono proposti, può ordinare i provvedimenti provvisori necessari.

Articolo 159

Le sentenze della Corte di Giustizia hanno forza esecutiva alle condizioni fissate dall'articolo 164.

Articolo 160

Lo Statuto della Corte di Giustizia è stabilito con un Protocollo separato.

La Corte di Giustizia stabilisce il proprio regolamento di procedura. Tale regolamento è sottoposto all'approvazione unanime del Consiglio.

CAPO II

Disposizioni comuni a più istituzioni

Articolo 161

Per l'assolvimento dei loro compiti e alle condizioni contemplate dal presente Trattato, il Consiglio e la Commissione stabiliscono regolamenti e direttive, prendono decisioni e formulano raccomandazioni o pareri.

Il regolamento ha portata generale. Esso è obbligatorio in tutti i suoi elementi e direttamente applicabile in ciascuno degli Stati membri.

La direttiva vincola lo Stato membro cui è rivolta per quanto riguarda il risultato da raggiungere, salva restando la competenza degli organi nazionali in merito alla forma e ai mezzi.

La decisione è obbligatoria in tutti i suoi elementi per i destinatari da essa designati.

Le raccomandazioni e i pareri non sono vincolanti.

Artikel 154

Het Hof van Justitie is bevoegd uitspraak te doen in elk geschil tussen Lid-Staten dat met de materie van G. Verdrag verband houdt, indien dit geschil hem krachtens een compromis wordt voorgelegd.

Artikel 155

Behoudens de bevoegdheid die bij dit Verdrag aan het Hof van Justitie wordt verleend, zijn de geschillen waarin de Gemeenschap partij is, niet uit dien hoofde onttrokken aan de bevoegdheid van de nationale rechterlijke instanties.

Artikel 156

Iedere partij kan, ook al is de in de derde alinea van artikel 146 bedoelde termijn verstreken, naar aanleiding van een geschil waarbij een verordening van de Raad of van de Commissie in het geding is, de in de eerste alinea van artikel 146 bedoelde middelen aanvoeren om voor het Hof van Justitie de niet-toepasselijkheid van deze verordening in te roepen.

Artikel 157

Voor zover in dit Verdrag niet anders wordt bepaald, heeft een bij het Hof van Justitie ingesteld beroep geen schorsende werking. Het Hof van Justitie kan echter, indien het van oordeel is dat de omstandigheden zulks vereisen, opschorting van de uitvoering van de bestreden handeling gelasten.

Artikel 158

Het Hof van Justitie kan in zaken welke bij dit college aanhangig zijn gemaakt, de noodzakelijke voorlopige maatregelen gelasten.

Artikel 159

De arresten van het Hof van Justitie zijn uitvoerbaar overeenkomstig de bepalingen van artikel 164.

Artikel 160

Het Statuut van het Hof van Justitie wordt vastgesteld bij een afzonderlijk protocol.

Het Hof van Justitie stelt zijn reglement voor de procesvoering vast, dat met eenparigheid van stemmen door de Raad moet worden goedgekeurd.

HOOFDSTUK II

Bepalingen welke verscheidene instellingen gemeen hebben

Artikel 161

Voor de vervulling van hun taak stellen de Raad en de Commissie verordeningen en richtlijnen vast, geven beschikkingen en brengen aanbevelingen of adviezen uit, onder de in dit Verdrag vervatte voorwaarden.

Een verordening heeft een algemene strekking. Zij is verbindend in al haar onderdelen en is rechtstreeks toepasselijk in elke Lid-Staat.

Een richtlijn is verbindend ten aanzien van het te bereiken resultaat voor elke Lid-Staat waarvoor zij bestemd is, doch an de nationale instanties wordt de bevoegdheid gelaten vorm en middelen te kiezen.

Een beschikking is verbindend in al haar onderdelen voor degenen tot wie zij uitdrukkelijk is gericht.

Aanbevelingen en adviezen zijn niet verbindend.

Artikel 162

Die Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen des Rates und der Kommission sind mit Gründen zu versehen und nehmen auf die Vorschläge und Stellungnahmen Bezug, die nach diesem Vertrag eingeholt werden müssen.

Artikel 163

Die Verordnungen werden im Amtsblatt der Gemeinschaft veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Richtlinien und Entscheidungen werden denjenigen, für die sie bestimmt sind, bekanntgegeben und werden durch diese Bekanntgabe wirksam.

Artikel 164

Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozeßrechts des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der staatlichen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Mitgliedstaates zu diesem Zweck bestimmt und der Kommission, dem Gerichtshof sowie dem gemäß Artikel 18 eingesetzten Schiedsausschuß benennt.

Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach innerstaatlichem Recht betreiben, indem sie die zuständige Stelle unmittelbar anruft.

Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofes ausgesetzt werden. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die einzelstaatlichen Rechtsprechungsorgane zuständig.

KAPITEL III

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

Artikel 165

Es wird ein Wirtschafts- und Sozialausschuß mit beratender Aufgabe errichtet.

Der Ausschuß besteht aus Vertretern der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

Artikel 166

Die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	12
Deutschland	24
Frankreich	24
Italien	24
Luxemburg	5
Niederlande	12

Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Rat durch einstimmigen Beschluß auf vier Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig.

Sie werden für ihre Person ernannt und sind an keine Weisungen gebunden.

Article 162

Les règlements, les directives et les décisions du Conseil et de la Commission sont motivés et visent les propositions ou avis obligatoirement recueillis en exécution du présent Traité.

Article 163

Les règlements sont publiés dans le Journal Officiel de la Communauté. Ils entrent en vigueur à la date qu'ils fixent ou, à défaut, le vingtième jour suivant leur publication.

Les directives et les décisions sont notifiées à leurs destinataires et prennent effet par cette notification.

Article 164

L'exécution forcée est régie par les règles de la procédure civile en vigueur dans l'État sur le territoire duquel elle a lieu. La formule exécutoire est apposée, sans autre contrôle que celui de la vérification de l'authenticité du titre, par l'autorité nationale que le gouvernement de chacun des États membres désignera à cet effet et dont il donnera connaissance à la Commission, à la Cour de Justice et au Comité d'arbitrage institué en vertu de l'article 18.

Après l'accomplissement de ces formalités à la demande de l'intéressé, celui-ci peut poursuivre l'exécution forcée en saisissant directement l'organe compétent, suivant la législation nationale.

L'exécution forcée ne peut être suspendue qu'en vertu d'une décision de la Cour de Justice. Toutefois, le contrôle de la régularité des mesures d'exécution relève de la compétence des juridictions nationales.

CHAPITRE III

Le Comité économique et social

Article 165

Il est institué un Comité économique et social, à caractère consultatif.

Le Comité est composé de représentants des différentes catégories de la vie économique et sociale.

Article 166

Le nombre des membres du Comité est fixé ainsi qu'il suit:

Belgique	12
Allemagne	24
France	24
Italie	24
Luxembourg	5
Pays-Bas	12

Les membres du Comité sont nommés, pour quatre ans, par le Conseil, statuant à l'unanimité. Leur mandat est renouvelable.

Les membres du Comité sont désignés à titre personnel et ne doivent être liés par aucun mandat impératif.

Articolo 162

I regolamenti, le direttive e le decisioni del Consiglio e della Commissione sono motivati e fanno riferimento alle proposte o ai pareri obbligatoriamente richiesti in esecuzione del presente Trattato.

Articolo 163

I regolamenti sono pubblicati nella Gazzetta Ufficiale della Comunità; essi entrano in vigore alla data da essi stabilita ovvero, in mancanza, nel ventesimo giorno successivo alla loro pubblicazione.

Le direttive e le decisioni sono notificate ai loro destinatari e hanno efficacia in virtù di tale notificazione.

Articolo 164

L'esecuzione forzata è regolata dalle norme di procedura civile vigenti nello Stato sul cui territorio essa viene effettuata. La formula esecutiva è apposta, con la sola verifica dell'autenticità del titolo, dall'autorità nazionale che il governo di ciascuno degli Stati membri designerà a tal fine, informandone la Commissione, la Corte di Giustizia e il Collegio arbitrale istituito in virtù dell'articolo 18.

Assolte tali formalità a richiesta dell'interessato, quest'ultimo può ottenere l'esecuzione forzata richiedendola direttamente all'organo competente, secondo la legislazione nazionale.

L'esecuzione forzata può essere sospesa soltanto in virtù di una decisione della Corte di Giustizia. Tuttavia, il controllo della regolarità dei provvedimenti esecutivi è di competenza delle giurisdizioni nazionali.

CAPO III

Il Comitato economico e sociale

Articolo 165

È istituito un Comitato economico e sociale, a carattere consultivo.

Il Comitato è composto di rappresentanti delle varie categorie della vita economica e sociale.

Articolo 166

Il numero dei membri del Comitato è fissato come segue:

Belgio	12
Germania	24
Francia	24
Italia	24
Lussemburgo	5
Paesi Bassi	12

I membri del Comitato sono nominati per quattro anni dal Consiglio, che delibera all'unanimità. Il loro mandato è rinnovabile.

I membri del Comitato sono designati a titolo personale e non devono essere vincolati da alcun mandato imperativo.

Artikel 162

De verordeningen, richtlijnen en beschikkingen van de Raad en van de Commissie worden met redenen omkleed en verwijzen naar de voorstellen of adviezen welke krachtens dit Verdrag moeten worden gevraagd.

Artikel 163

De verordeningen worden bekendgemaakt in het *Publikatieblad van de Gemeenschap*. Zij treden in werking op de in de verordeningen bepaalde datum of, bij gebreke daarvan, op de twintigste dag volgende op die van hun bekendmaking.

Van de richtlijnen en de beschikkingen wordt kennis gegeven aan hen tot wie zij zijn gericht; zij worden door deze kennisgeving van kracht.

Artikel 164

De tenuitvoerlegging geschiedt volgens de bepalingen van burgerlijke rechtsvordering die van kracht zijn in de Staat op wiens grondgebied zij plaatsvindt. De formule van tenuitvoerlegging wordt, zonder andere controle dan de verificatie van de authenticiteit van de titel, aangebracht door de nationale autoriteit die door de regering van elke Lid-Staat daartoe wordt aangewezen. Van die aanwijzing geeft zij kennis aan de Commissie, het Hof van Justitie en de Arbitrage-Commissie ingesteld krachtens artikel 18.

Nadat de bedoelde formaliteiten op verzoek van de belanghebbende zijn vervuld, kan deze de tenuitvoerlegging volgens de nationale wetgeving voortzetten door zich rechtstreeks te wenden tot de bevoegde instantie.

De tenuitvoerlegging kan niet worden geschorst dan krachtens een beschikking van het Hof van Justitie. Evenwel behoort het toezicht op de regelmatigheid van de wijze van tenuitvoerlegging tot de bevoegdheid van de nationale rechterlijke instanties.

HOOFDSTUK III

Het Economisch en Sociaal Comité

Artikel 165

Er wordt een Economisch en Sociaal Comité van raadgevende aard ingesteld.

Het Comité bestaat uit vertegenwoordigers van de verschillende sectoren van het economische en sociale leven.

Artikel 166

Het aantal leden van het Comité is als volgt vastgesteld:

België	12
Duitsland	24
Frankrijk	24
Italië	24
Luxemburg	5
Nederland	12

De leden van het Comité worden door de Raad met eenparigheid van stemmen voor vier jaar benoemd. Zij zijn herbenoembaar.

De leden worden benoemd in hun persoonlijke hoedanigheid en mogen niet gebonden zijn door enig imperatief mandaat.

Artikel 167

(1) Zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses legt jeder Mitgliedstaat dem Rat eine Liste vor, die doppelt so viel Kandidaten enthält wie seinen Staatsangehörigen Sitze zugewiesen sind.

Die Zusammensetzung des Ausschusses muß der Notwendigkeit Rechnung tragen, den verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine angemessene Vertretung zu sichern.

(2) Der Rat hört die Kommission. Er kann die Meinung der maßgeblichen europäischen Organisationen der verschiedenen Zweige des Wirtschafts- und Soziallebens einholen, die an der Tätigkeit der Gemeinschaft interessiert sind.

Artikel 168

Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

Er gibt sich seine Geschäftsordnung; sie bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates.

Der Ausschuß wird von seinem Präsidenten auf Antrag des Rates oder der Kommission einberufen.

Artikel 169

Der Ausschuß kann in fachliche Gruppen gegliedert werden.

Die fachlichen Gruppen werden im Rahmen des allgemeinen Zuständigkeitsbereichs des Ausschusses tätig. Sie können nicht unabhängig vom Ausschuß gehört werden.

Innerhalb des Ausschusses können ferner Unterausschüsse eingesetzt werden; diese haben über bestimmte Fragen oder auf bestimmten Gebieten Entwürfe von Stellungnahmen zur Beratung im Ausschuß auszuarbeiten.

Die Geschäftsordnung bestimmt die Art und Weise der Zusammensetzung und regelt die Zuständigkeit der fachlichen Gruppen und Unterausschüsse.

Artikel 170

Der Ausschuß muß vom Rat oder der Kommission in den in diesem Vertrag vorgesehenen Fällen gehört werden. Er kann von diesen Organen in allen Fällen gehört werden, in denen diese es für angebracht halten.

Wenn der Rat oder die Kommission es für notwendig erachten, setzen sie dem Ausschuß für die Vorlage seiner Stellungnahme eine Frist; diese beträgt mindestens zehn Tage, vom Eingang der Mitteilung beim Präsidenten des Ausschusses an gerechnet. Nach Ablauf der Frist kann das Fehlen einer Stellungnahme unberücksichtigt bleiben.

Die Stellungnahmen des Ausschusses und der zuständigen fachlichen Gruppe sowie ein Bericht über die Beratungen werden dem Rat und der Kommission übermittelt.

VIERTER TITEL

Finanzvorschriften

Artikel 171

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft mit Ausnahme derjenigen der Agentur oder der gemeinsamen Unternehmen werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Verwaltungshaushalt oder den Forschungs- und Investitionshaushalt eingesetzt.

Article 167

(1) En vue de la nomination des membres du Comité, chaque État membre adresse au Conseil une liste comprenant un nombre de candidats double de celui des sièges attribués à ses ressortissants.

La composition du Comité doit tenir compte de la nécessité d'assurer une représentation adéquate aux différentes catégories de la vie économique et sociale.

(2) Le Conseil consulte la Commission. Il peut recueillir l'opinion des organisations européennes représentatives des différents secteurs économiques et sociaux intéressés à l'activité de la Communauté.

Article 168

Le Comité désigne parmi ses membres son président et son bureau pour une durée de deux ans.

Il établit son règlement intérieur et le soumet à l'approbation du Conseil statuant à l'unanimité.

Le Comité est convoqué par son président à la demande du Conseil ou de la Commission.

Article 169

Le Comité peut être divisé en sections spécialisées.

Le fonctionnement des sections spécialisées s'exerce dans le cadre des compétences générales du Comité. Les sections spécialisées ne peuvent être consultées indépendamment du Comité.

Il peut être institué d'autre part au sein du Comité des sous-comités appelés à élaborer, sur des questions ou dans des domaines déterminés, des projets d'avis à soumettre aux délibérations du Comité.

Le règlement intérieur fixe les modalités de composition et les règles de compétence concernant les sections spécialisées et les sous-comités.

Article 170

Le Comité est obligatoirement consulté par le Conseil ou par la Commission dans les cas prévus au présent Traité. Il peut être consulté par ces institutions dans tous les cas où elles le jugent opportun.

S'il l'estime nécessaire, le Conseil ou la Commission impartit au Comité, pour présenter son avis, un délai qui ne peut être inférieur à dix jours à compter de la communication qui est adressée à cet effet au président. A l'expiration du délai impartit, il peut être passé outre à l'absence d'avis.

L'avis du Comité et l'avis de la section spécialisée, ainsi qu'un compte-rendu des délibérations, sont transmis au Conseil et à la Commission.

TITRE QUATRIÈME

Dispositions financières

Article 171

(1) Toutes les recettes et les dépenses de la Communauté, autres que celles de l'Agence et des Entreprises communes, doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire et être inscrites, soit au budget de fonctionnement, soit au budget de recherches et d'investissement.

Articolo 167

(1) Ogni Stato membro, per la nomina dei membri del Comitato, invia al Consiglio un elenco comprendente un numero di candidati doppio di quello dei seggi attribuiti ai propri cittadini.

La composizione del Comitato deve tener conto della necessità di assicurare una rappresentanza adeguata alle diverse categorie della vita economica e sociale.

(2) Il Consiglio consulta la Commissione. Esso può chiedere il parere delle organizzazioni europee rappresentative dei diversi settori economici e sociali interessati all'attività della Comunità.

Articolo 168

Il Comitato designa tra i suoi membri il presidente e l'ufficio di presidenza per una durata di due anni.

Esso stabilisce il proprio regolamento interno e lo sottopone all'approvazione del Consiglio, che delibera all'unanimità.

Il Comitato è convocato dal presidente su richiesta del Consiglio o della Commissione.

Articolo 169

Il Comitato può essere suddiviso in sezioni specializzate.

L'attività delle sezioni specializzate si svolge nell'ambito delle competenze generali del Comitato. Le sezioni specializzate non possono essere consultate indipendentemente dal Comitato.

Presso il Comitato possono essere, d'altra parte, istituiti sottocomitati incaricati di elaborare, per questioni o settori determinati, progetti di parere da sottoporre alle deliberazioni del Comitato.

Il regolamento interno stabilisce le modalità di composizione e le norme relative alla competenza delle sezioni specializzate e dei sottocomitati.

Articolo 170

Il Consiglio o la Commissione sono tenuti a consultare il Comitato nei casi previsti dal presente Trattato. Tali istituzioni possono consultarlo in tutti i casi in cui lo ritengono opportuno.

Quando lo reputano necessario, il Consiglio o la Commissione fissano al Comitato, per la presentazione del suo parere, un termine che non può essere inferiore a dieci giorni a decorrere dalla data della comunicazione inviata a tal fine al presidente. Allo spirare del termine fissato, si può non tener conto dell'assenza di parere.

Il parere del Comitato e il parere della sezione specializzata sono trasmessi al Consiglio e alla Commissione, unitamente a un resoconto delle deliberazioni.

TITOLO QUARTO

Disposizioni finanziarie

Articolo 171

(1) Tutte le entrate e le spese della Comunità, ad eccezione di quelle dell'Agenzia e delle Imprese comuni, devono costituire oggetto di previsioni per ciascun esercizio finanziario ed essere iscritte nel bilancio di funzionamento o in quello delle ricerche e degli investimenti.

Artikel 167

(1) Met het oog op de benoeming van de leden van het Comité, zendt elke Lid-Staat aan de Raad een lijst waarop tweemaal zoveel kandidaten voorkomen als er zetels toegekend zijn voor zijn onderdanen.

Bij de samenstelling van het Comité moet rekening worden gehouden met de noodzaak, aan de verschillende sectoren van het economische en sociale leven een passende vertegenwoordiging te verzekeren.

(2) De Raad raadpleegt de Commissie. Hij kan de mening vragen van de Europese organisaties die representatief zijn voor de verschillende economische en sociale sectoren welke belang hebben bij de activiteit van de Gemeenschap.

Artikel 168

Het Comité kiest, voor een periode van twee jaar, uit zijn midden zijn voorzitter en zijn bureau.

Het stelt zijn reglement van orde vast en onderwerpt dit aan de goedkeuring van de Raad; deze goedkeuring dient met eenparigheid van stemmen te worden gegeven.

Het Comité wordt door zijn voorzitter bijeengeroepen op verzoek van de Raad of van de Commissie.

Artikel 169

Het Comité kan in gespecialiseerde afdelingen worden ingedeeld.

De gespecialiseerde afdelingen verrichten hun werkzaamheden binnen het raam van de algemene bevoegdheden van het Comité. De gespecialiseerde afdelingen kunnen niet buiten het Comité om worden geraadpleegd.

Binnen het Comité kunnen voorts sub-comités worden ingesteld om over bepaalde onderwerpen of op bepaalde gebieden ontwerp-adviezen op te stellen, welke ter bespreking aan het Comité moeten worden voorgelegd.

Het reglement van orde stelt de wijze van samenstelling en de bevoegdheden van de gespecialiseerde afdelingen en van de sub-comités vast.

Artikel 170

Het Comité moet door de Raad of door de Commissie worden geraadpleegd in de gevallen voorzien in dit Verdrag. Het kan door deze instellingen worden geraadpleegd in alle gevallen waarin zij het wenselijk oordelen.

Indien de Raad of de Commissie zulks noodzakelijk achten, stellen zij aan het Comité een termijn voor het uitbrengen van advies; deze termijn mag niet korter zijn dan tien dagen, te rekenen van het tijdstip waarop de mededeling aan de voorzitter werd gericht. Na afloop van de gestelde termijn kan worden gehandeld zonder het advies af te wachten.

Het advies van het Comité en het advies van de gespecialiseerde afdeling, alsmede een verslag van de besprekingen, worden aan de Raad en aan de Commissie gezonden.

VIERDE TITEL

Financiële bepalingen

Artikel 171

(1) Alle ontvangsten en uitgaven van de Gemeenschap, behalve die van het Agentschap en van de Gemeenschappelijke Ondernemingen, moeten voor elk begrotingsjaar worden geraamd; zij moeten worden opgenomen hetzij in de huishoudelijke begroting, hetzij in de begroting voor onderzoek en investeringen.

Jeder Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

(2) Die Einnahmen und Ausgaben der nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeitenden Agentur werden in einen eigenen Voranschlag aufgenommen

Die Bedingungen für die Veranschlagung, Durchführung und Kontrolle dieser Einnahmen und Ausgaben werden unter Berücksichtigung der Satzung der Agentur in einer gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung bestimmt.

(3) Die Voranschläge für die Einnahmen und Ausgaben sowie die Betriebskonten und Bilanzen der gemeinsamen Unternehmen werden der Kommission, dem Rat und der Versammlung für jedes Haushaltsjahr nach Maßgabe der Satzungen dieser Unternehmen übermittelt.

Artikel 172

(1) Die Einnahmen des Verwaltungshaushalts umfassen unbeschadet anderer laufender Einnahmen die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, die nach folgendem Aufbringungsschlüssel bestimmt werden:

Belgien	7,9
Deutschland	28
Frankreich	28
Italien	28
Luxemburg	0,2
Niederlande	7,9

(2) Die Einnahmen des Forschungs- und Investitionshaushalts umfassen unbeschadet etwaiger anderer Mittel die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, die nach folgendem Aufbringungsschlüssel bestimmt werden:

Belgien	9,9
Deutschland	30
Frankreich	30
Italien	23
Luxemburg	0,2
Niederlande	6,9

(3) Die Aufbringungsschlüssel können vom Rat einstimmig geändert werden.

(4) Anleihen, die zur Finanzierung der Forschungen oder der Investitionen bestimmt sind, werden unter den vom Rat festgelegten Bedingungen aufgenommen; der Rat beschließt hierbei nach Maßgabe des Artikels 177 Absatz (5).

Die Gemeinschaft kann auf dem Kapitalmarkt eines Mitgliedstaates Anleihen aufnehmen, und zwar entweder nach den dort für Inlandsemissionen geltenden Vorschriften oder in Ermangelung solcher Vorschriften auf Grund einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der Kommission und dem betreffenden Staat.

Die zuständigen Stellen des Mitgliedstaates können ihre Zustimmung nur versagen, wenn auf dem Kapitalmarkt dieses Staates schwere Störungen zu befürchten sind.

Artikel 173

Die in Artikel 172 vorgesehenen Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten können ganz oder teilweise durch das Aufkommen aus Umlagen ersetzt werden, welche die Gemeinschaft in den Mitgliedstaaten erhebt.

Zu diesem Zweck unterbreitet die Kommission dem Rat Vorschläge über die Veranlagung, das Verfahren für die Festsetzung des Satzes und die Einzelheiten der Erhebung dieser Umlagen.

Chaque budget doit être équilibré en recettes et en dépenses.

(2) Les recettes et les dépenses de l'Agence, qui fonctionnent suivant des règles commerciales, sont prévues à un état spécial.

Les conditions de prévision, d'exécution et de contrôle de ces recettes et de ces dépenses sont déterminées, compte tenu des statuts de l'Agence, par un règlement financier pris en exécution de l'article 183.

(3) Les prévisions de recettes et de dépenses ainsi que les comptes d'exploitation et bilans des Entreprises communes relatifs à chaque exercice sont communiqués à la Commission, au Conseil et à l'Assemblée dans les conditions déterminées par les statuts de ces Entreprises.

Article 172

(1) Les recettes du budget de fonctionnement comprennent, sans préjudice d'autres recettes courantes, les contributions financières des États membres, déterminées selon la clef de répartition suivante:

Belgique	7,9
Allemagne	28
France	28
Italie	28
Luxembourg	0,2
Pays-Bas	7,9

(2) Les recettes du budget de recherches et d'investissement comprennent, sans préjudice d'autres ressources éventuelles, les contributions financières des États membres déterminées selon la clef de répartition suivante:

Belgique	9,9
Allemagne	30
France	30
Italie	23
Luxembourg	0,2
Pays-Bas	6,9

(3) Les clefs de répartition peuvent être modifiées par le Conseil statuant à l'unanimité.

(4) Les emprunts destinés à financer les recherches ou les investissements sont contractés dans les conditions fixées par le Conseil, statuant dans les conditions prévues à l'article 177 paragraphe (5).

La Communauté peut emprunter sur le marché des capitaux d'un État membre, dans le cadre des dispositions légales s'appliquant aux émissions intérieures, ou, à défaut de telles dispositions dans un État membre, quand cet État membre et la Commission se sont concertés et se sont mis d'accord sur l'emprunt envisagé par celle-ci.

L'assentiment des instances compétentes de l'État membre ne peut être refusé que si des troubles graves dans le marché des capitaux de cet État sont à craindre.

Article 173

Les contributions financières des États membres prévues à l'article 172 pourront être remplacées en tout ou en partie par le produit de prélèvements perçus par la Communauté dans les États membres.

A cet effet, la Commission présentera au Conseil des propositions concernant l'assiette, le mode de fixation du taux et les modalités de perception de ces prélèvements.

In ciascun bilancio entrate e spese devono risultare in pareggio.

(2) Le entrate e le spese dell'Agenzia, che funziona secondo criteri commerciali, sono contemplate in uno stato di previsione speciale.

Le condizioni di previsione, di esecuzione e di controllo di queste entrate e di queste spese sono stabilite, avuto riguardo allo statuto dell'Agenzia, da un regolamento finanziario stabilito in esecuzione dell'articolo 183.

(3) Le previsioni di entrate e di spese, come pure i conti di gestione e i bilanci delle Imprese comuni relativi ai singoli esercizi, sono comunicati alla Commissione, al Consiglio e all'Assemblea, secondo le modalità definite dagli statuti di dette Imprese.

Articolo 172

(1) Le entrate del bilancio di funzionamento comprendono, a prescindere da altre entrate ordinarie, i contributi finanziari degli Stati membri, stabiliti secondo il seguente criterio di ripartizione:

Belgio	7,9
Germania	28
Francia	28
Italia	28
Lussemburgo	0,2
Paesi Bassi	7,9

(2) Le entrate del bilancio delle ricerche e degli investimenti comprendono, a prescindere da altre eventuali risorse, i contributi finanziari degli Stati membri stabiliti secondo il seguente criterio di ripartizione:

Belgio	9,9
Germania	30
Francia	30
Italia	23
Lussemburgo	0,2
Paesi Bassi	6,9

(3) I criteri di ripartizione possono essere modificati dal Consiglio, che delibera all'unanimità.

(4) I prestiti destinati a finanziare le ricerche o gli investimenti sono contratti alle condizioni stabilite dal Consiglio, che delibera secondo le modalità di cui all'articolo 177, paragrafo 5.

La Comunità può emettere prestiti sul mercato dei capitali di uno Stato membro, nel quadro delle disposizioni legislative che si applicano alle emissioni interne, ovvero, in assenza di tali disposizioni in uno Stato membro, quando tale Stato membro e la Commissione si siano concertati e intesi circa il prestito da quest'ultima progettato.

Il consenso degli organi competenti dello Stato membro può essere negato soltanto quando vi sia motivo di temere gravi turbamenti nel mercato dei capitali di tale Stato.

Articolo 173

I contributi finanziari degli Stati membri, di cui all'articolo 172, potranno essere sostituiti in tutto o in parte dal gettito di prelievi riscossi dalla Comunità negli Stati membri.

A questo scopo, la Commissione presenterà al Consiglio proposte concernenti la determinazione dell'imponibile, il modo di stabilire le aliquote, nonché le modalità di riscossione di tali prelievi.

De ontvangsten en uitgaven van elke begroting moeten in evenwicht zijn.

(2) De ontvangsten en uitgaven van het Agentschap, dat volgens commerciële beginselen zal werken, zullen op een afzonderlijke staat worden begroot.

De voorwaarden betreffende de raming, de uitvoering en de controle op deze ontvangsten en uitgaven worden, met inachtneming van de statuten van het Agentschap, geregeld in een ter uitvoering van artikel 183 vastgesteld financieel reglement.

(3) De op ieder dienstjaar betrekking hebbende ramingen van ontvangsten en uitgaven alsmede de verlies- en winstrekeningen en de balansen der Gemeenschappelijke Ondernemingen worden medegedeeld aan de Commissie, de Raad en de Vergadering, overeenkomstig de bepalingen opgenomen in de statuten van deze Ondernemingen.

Artikel 172

(1) De ontvangsten van de huishoudelijke begroting omvatten, onverminderd andere lopende ontvangsten, de financiële bijdragen van de Lid-Staten, vastgesteld overeenkomstig de volgende verdeelsleutel:

België	7,9
Duitsland	28
Frankrijk	28
Italië	28
Luxemburg	0,2
Nederland	7,9

(2) De ontvangsten van de begroting voor onderzoek en investeringen omvatten, onverminderd andere eventuele middelen, de financiële bijdragen van de Lid-Staten, vastgesteld overeenkomstig de volgende verdeelsleutel:

België	9,9
Duitsland	30
Frankrijk	30
Italië	23
Luxemburg	0,2
Nederland	6,9

(3) De verdeelsleutels kunnen door de Raad met eenparigheid van stemmen worden gewijzigd.

(4) De leningen ter financiering van het onderzoek of van de investeringen worden aangegaan onder de voorwaarden, die de Raad vaststelt overeenkomstig artikel 177, lid 5.

De Gemeenschap kan leningen opnemen op de kapitaalmarkt van een Lid-Staat in het kader van de wettelijke bepalingen, die aldaar gelden voor binnenlandse leningen; bij ontbreken van dergelijke bepalingen in een Lid-Staat kan zulks slechts plaatsvinden, nadat deze Staat en de Commissie onderling overleg hebben gepleegd en tot overeenstemming zijn gekomen omtrent de voorgenomen lening.

De toestemming van de bevoegde autoriteiten van de Lid-Staat mag alleen worden geweigerd, indien ernstige storingen op de kapitaalmarkt van deze Staat zijn te vreezen.

Artikel 173

De in artikel 172 bedoelde financiële bijdragen van de Lid-Staten kunnen geheel of ten dele worden vervangen door de opbrengst van door de Gemeenschap in de Lid-Staten geïnde heffingen.

Hiertoe doet de Commissie voorstellen aan de Raad betreffende de grondslag, de wijze van vaststelling van het tarief en de wijze van heffing.

Nach Anhörung der Versammlung zu diesen Vorschlägen kann der Rat einstimmig die entsprechenden Bestimmungen festlegen und den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfehlen.

Artikei 174

(1) Die im Verwaltungshaushalt enthaltenen Ausgaben umfassen insbesondere

- a) die Verwaltungskosten und
- b) die Ausgaben für die Überwachung der Sicherheit und den Gesundheitsschutz.

(2) Die im Forschungs- und Investitionshaushalt enthaltenen Ausgaben umfassen insbesondere

- a) die Ausgaben für die Durchführung des Forschungsprogramms der Gemeinschaft,
- b) die etwaige Beteiligung an dem Kapital der Agentur und an deren Investitionsausgaben,
- c) die Ausgaben für die Ausstattung von Unterrichtsanstalten,
- d) die etwaige Beteiligung an den gemeinsamen Unternehmen und an bestimmten gemeinsamen Vorhaben.

Artikel 175

Die in den Verwaltungshaushalt eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt, soweit die gemäß Artikel 183 festgelegte Haushaltsordnung nicht etwas anderes bestimmt.

Nach Maßgabe der auf Grund des Artikels 183 erlassenen Vorschriften dürfen die nicht für Personalausgaben vorgesehenen Mittel, die bis zum Ende der Durchführungszeit eines Haushaltsplanes nicht verbraucht worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Die für Verwaltungsausgaben bereitgestellten Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefaßt sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung unterteilt.

Die Ausgaben der Versammlung, des Rates, der Kommission und des Gerichtshofes werden unbeschadet einer besonderen Regelung für bestimmte gemeinsame Ausgaben in gesonderten Teilen des Haushaltsplans aufgeführt.

Artikel 176

(1) Die Zuweisungen für die Forschungs- und Investitionsausgaben umfassen vorbehaltlich der Grenzen, die sich aus den mit Ausgaben verbundenen Programmen oder Beschlüssen ergeben, welche auf Grund dieses Vertrags die Einstimmigkeit des Rates erfordern,

- a) Verpflichtungsermächtigungen zur Deckung einer Tranche, die eine gesonderte Einheit darstellt und ein zusammenhängendes Ganzes bildet;
- b) Zahlungsermächtigungen, welche die Höchstgrenze der Ausgaben darstellen, die jährlich zur Deckung der gemäß Buchstabe a) eingegangenen Verbindlichkeiten geleistet werden können.

(2) Der Fälligkeitsplan für die Verbindlichkeiten und Zahlungen wird dem Vorschlag der Kommission für den entsprechenden Haushaltsplan-Entwurf als Anlage beigefügt.

Le Conseil statuant à l'unanimité pourra, après avoir consulté l'Assemblée sur ces propositions, arrêter les dispositions dont il recommandera l'adoption par les États membres conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 174

(1) Les dépenses figurant au budget de fonctionnement comprennent notamment:

- a) les frais d'administration,
- b) les dépenses relatives au contrôle de sécurité et à la protection sanitaire.

(2) Les dépenses figurant au budget de recherches et d'investissement comprennent notamment:

- a) les dépenses relatives à l'exécution du programme de recherches de la Communauté,
- b) la participation éventuelle au capital de l'Agence et aux dépenses d'investissement de celle-ci,
- c) les dépenses relatives à l'équipement des établissements d'enseignement,
- d) la participation éventuelle aux Entreprises communes et à certaines opérations communes.

Article 175

Les dépenses inscrites au budget de fonctionnement sont autorisées pour la durée d'un exercice budgétaire, sauf dispositions contraires du règlement pris en exécution de l'article 183.

Dans les conditions qui seront déterminées en application de l'article 183, les crédits, autres que ceux relatifs aux dépenses de personnel, qui seront inutilisés à la fin de l'exercice budgétaire, pourront faire l'objet d'un report qui sera limité au seul exercice suivant.

Les crédits ouverts au titre de dépenses de fonctionnement sont spécialisés par chapitres groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination et subdivisés, pour autant que de besoin, conformément au règlement pris en exécution de l'article 183.

Les dépenses de l'Assemblée, du Conseil, de la Commission et de la Cour de Justice font l'objet de parties séparées du budget sans préjudice d'un régime spécial pour certaines dépenses communes.

Article 176

(1) Les dotations applicables aux dépenses de recherches et d'investissement comprennent, sous réserve des limites résultant des programmes ou décisions de dépense qui, en vertu du présent Traité, requièrent l'unanimité du Conseil:

- a) des crédits d'engagement, qui couvrent une tranche constituant une unité individualisée et formant un ensemble cohérent;
- b) des crédits de paiement, qui constituent la limite supérieure des dépenses susceptibles d'être payées chaque année pour la couverture des engagements contractés au titre du a).

(2) L'échéancier des engagements et des paiements figure en annexe au projet de budget correspondant proposé par la Commission.

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, dopo aver consultato l'Assemblea in merito a tali proposte, potrà stabilire le disposizioni di cui raccomanderà l'adozione da parte degli Stati membri, in conformità delle loro rispettive norme costituzionali.

Articolo 174

(1) Le spese iscritte nel bilancio di funzionamento comprendono in particolare:

- a) le spese amministrative,
- b) le spese relative al controllo di sicurezza ed alla protezione sanitaria.

(2) Le spese iscritte nel bilancio delle ricerche e degli investimenti comprendono in particolare:

- a) le spese relative all'esecuzione del programma di ricerche della Comunità,
- b) l'eventuale partecipazione al capitale dell'Agenzia e alle spese d'investimenti di quest'ultima,
- c) le spese relative all'attrezzatura degli istituti d'insegnamento,
- d) l'eventuale partecipazione alle Imprese comuni e a determinate operazioni comuni.

Articolo 175

Le spese iscritte nel bilancio di funzionamento sono autorizzate per la durata di un esercizio finanziario, salvo contrarie disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183.

Alle condizioni che saranno determinate in applicazione dell'articolo 183, i crediti, che non siano quelli relativi alle spese di personale e che alla fine dell'esercizio finanziario siano rimasti inutilizzati, potranno essere riportati all'esercizio successivo e limitatamente a questo.

I crediti aperti a titolo di spese di funzionamento sono specificati in capitoli che raggruppano le spese a seconda della loro natura o della loro destinazione, e ripartiti, per quanto occorra, in conformità del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183.

Le spese dell'Assemblea, del Consiglio, della Commissione e della Corte di Giustizia sono iscritte in parti separate del bilancio, senza pregiudizio di un regime speciale per determinate spese comuni.

Articolo 176

(1) Gli stanziamenti per le spese di ricerche e d'investimenti comprendono, fatti salvi i limiti risultanti dai programmi o dalle decisioni di spesa che, in virtù del presente Trattato, richiedono l'unanimità del Consiglio:

- a) crediti d'impegno, che coprono una serie di spese formanti una unità ben definita ed un complesso organico;
- b) crediti di pagamento, che costituiscono il limite superiore delle spese liquidabili ogni anno per la copertura degli impegni assunti a titolo del punto a).

(2) Lo scadenzario degli impegni e dei pagamenti figura in allegato al corrispondente progetto di bilancio proposto dalla Commissione.

De Raad kan met eenparigheid van stemmen, na de Vergadering over deze voorstellen te hebben geraadpleegd, de bepalingen vaststellen, waarvan hij de aanneming door de Lid-Staten overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen aanbeveelt.

Artikel 174

(1) De uitgaven voorkomende op de huishoudelijke begroting omvatten met name:

- a) de administratiekosten,
- b) de uitgaven die betrekking hebben op de veiligheidscontrole en de gezondheidsbescherming.

(2) De uitgaven voorkomende op de begroting voor onderzoek en investeringen omvatten met name:

- a) de uitgaven die betrekking hebben op de uitvoering van het onderzoekprogramma van de Gemeenschap,
- b) de eventuele deelneming in het kapitaal en in de investeringsuitgaven van het Agentschap,
- c) de uitgaven die betrekking hebben op de uitrusting van onderwijsinrichtingen,
- d) de eventuele deelneming aan de Gemeenschappelijke Ondernemingen en aan bepaalde gemeenschappelijke werkzaamheden.

Artikel 175

De uitgaven opgevoerd op de huishoudelijke begroting worden toegestaan voor de duur van een begrotingsjaar, voor zover niet anders wordt bepaald in het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement.

Onder de voorwaarden die worden vastgesteld met toepassing van artikel 183, kunnen de kredieten welke aan het einde van het begrotingsjaar ongebruikt zijn gebleven, worden overgedragen uitsluitend naar het eerstvolgende begrotingsjaar, voor zover deze kredieten niet betrekking hebben op personeelsuitgaven.

De kredieten ter dekking van de huishoudelijke uitgaven worden ingedeeld in hoofdstukken, waarin de uitgaven worden gegroepeerd naar hun aard en bestemming en voor zover nodig onderverdeeld overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement.

De uitgaven van de Vergadering, van de Raad, van de Commissie en van het Hof van Justitie worden afzonderlijk in de begroting opgenomen, onverminderd een speciale regeling voor bepaalde gemeenschappelijke uitgaven.

Artikel 176

(1) De toewijzingen ten behoeve van uitgaven voor onderzoek en investeringen omvatten, binnen de grenzen van de programma's of van betalingsbeschikkingen die op grond van dit Verdrag eenstemmigheid van de Raad vereisen:

- a) vastleggingskredieten ter dekking van een op zich zelf staand deel, dat een samenhangend geheel vormt,
- b) betalingskredieten die de hoogste grens vormen der uitgaven welke jaarlijks ter dekking van vastgelegde verplichtingen aangegaan krachtens a) kunnen worden geboekt.

(2) Het vervalboek van de vastgelegde verplichtingen en de betalingen wordt als bijlage opgenomen bij de overeenkomstige ontwerp-begroting, voorgesteld door de Commissie.

(3) Die für Forschungs- und Investitionsausgaben bereitgestellten Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Beiträge nach Art oder Bestimmung zusammengefaßt sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung unterteilt.

(4) Die verfügbaren Zahlungsermächtigungen werden durch Entscheidung der Kommission auf das nächste Haushaltsjahr übertragen, soweit der Rat nicht anders entscheidet.

Artikel 177

(1) Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(2) Jedes Organ der Gemeinschaft stellt einen Haushaltsvoranschlag für seine Verwaltungsausgaben auf. Die Kommission faßt diese Voranschläge in einem Vorentwurf für den Verwaltungshaushalt zusammen. Sie fügt eine Stellungnahme bei, die abweichende Voranschläge enthalten kann. Sie arbeitet ferner den Vorentwurf für den Forschungs- und Investitionshaushalt aus.

Die Kommission legt dem Rat die Vorentwürfe der Haushaltspläne bis zum 30. September des Jahres vor, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Der Rat setzt sich mit der Kommission und gegebenenfalls den anderen beteiligten Organen ins Benehmen, wenn er von den Vorentwürfen abweichen will.

(3) Der Rat stellt die Entwürfe der Haushaltspläne mit qualifizierter Mehrheit auf und leitet sie sodann der Versammlung zu.

Die Entwürfe der Haushaltspläne sind der Versammlung spätestens am 31. Oktober des Jahres vorzulegen, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

Die Versammlung ist berechtigt, dem Rat Änderungen der Entwürfe der Haushaltspläne vorzuschlagen.

(4) Hat die Versammlung binnen einem Monat nach Vorlage der Entwürfe der Haushaltspläne ihre Zustimmung erteilt oder dem Rat keine Stellungnahme zugeleitet, so gelten die Entwürfe der Haushaltspläne als endgültig festgestellt.

Hat die Versammlung innerhalb dieser Frist Änderungen vorgeschlagen, so werden die geänderten Entwürfe der Haushaltspläne dem Rat zugeleitet. Dieser berät darüber mit der Kommission und gegebenenfalls mit den anderen beteiligten Organen und stellt die Haushaltspläne mit qualifizierter Mehrheit endgültig fest, vorbehaltlich der Grenzen, die sich aus den mit Ausgaben verbundenen Programmen oder Beschlüssen ergeben, welche auf Grund dieses Vertrags die Einstimmigkeit des Rates erfordern.

(5) Für die Feststellung des Forschungs- und Investitionshaushalts werden die Stimmen der Mitglieder des Rates wie folgt gewogen:

Belgien	9
Deutschland	30
Frankreich	30
Italien	23
Luxemburg	1
Niederlande	7

Die Beschlüsse kommen zustande, wenn mindestens 67 Stimmen dafür abgegeben werden.

(3) Les crédits ouverts au titre de dépenses de recherches et d'investissement sont spécialisés par chapitres groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination et subdivisés, pour autant que de besoin, conformément au règlement pris en exécution de l'article 183.

(4) Les crédits de paiement disponibles sont reportés à l'exercice suivant par décision de la Commission, sauf décision contraire du Conseil.

Article 177

(1) L'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre.

(2) Chacune des institutions de la Communauté dresse un état prévisionnel de ses dépenses administratives. La Commission groupe ces états dans un avant-projet de budget de fonctionnement. Elle y joint un avis qui peut comporter des prévisions divergentes. Elle élabore en outre l'avant-projet de budget de recherches et d'investissement.

Le Conseil doit être saisi par la Commission des avant-projets de budgets au plus tard le 30 septembre de l'année qui précède celle de leur exécution.

Le Conseil consulte la Commission, et le cas échéant les autres institutions intéressées, toutes les fois qu'il entend s'écarter des avant-projets.

(3) Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, établit les projets de budgets et les transmet ensuite à l'Assemblée.

L'Assemblée doit être saisie des projets de budgets au plus tard le 31 octobre de l'année qui précède celle de leur exécution.

L'Assemblée a le droit de proposer au Conseil des modifications aux projets de budgets.

(4) Si dans un délai d'un mois après communication des projets de budgets, l'Assemblée a donné son approbation, ou si elle n'a pas transmis son avis au Conseil, les projets de budgets sont réputés définitivement arrêtés.

Si dans ce délai, l'Assemblée a proposé des modifications, les projets de budgets ainsi modifiés sont transmis au Conseil. Celui-ci en délibère avec la Commission, et, le cas échéant, avec les autres institutions intéressées, et arrête définitivement les budgets en statuant à la majorité qualifiée, sous réserve des limites résultant des programmes ou décisions de dépense qui, en vertu du présent Traité, requièrent l'unanimité du Conseil.

(5) Pour l'adoption du budget de recherches et d'investissement, les votes des membres du Conseil sont affectés de la pondération suivante:

Belgique	9
Allemagne	30
France	30
Italie	23
Luxembourg	1
Pays-Bas	7

Les délibérations sont acquises lorsqu'elles ont recueilli au moins 67 voix.

(3) I crediti aperti a titolo di spese di ricerche e d'investimenti sono specificati in capitoli che raggruppano le spese a seconda della natura o della destinazione e riparati, per quanto occorra, in conformità del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183.

(4) I crediti di pagamento disponibili sono riportati all'esercizio successivo con decisione della Commissione, salvo contraria decisione del Consiglio.

Articolo 177

(1) L'esercizio finanziario ha inizio il 1° gennaio e si chiude al 31 dicembre.

(2) Ciascuna istituzione della Comunità elabora uno stato di previsione delle proprie spese amministrative. La Commissione raggruppa tali stati di previsione in un progetto preliminare di bilancio di funzionamento, allegandovi un parere che può importare previsioni divergenti. Essa elabora inoltre il progetto preliminare di bilancio delle ricerche e degli investimenti.

La Commissione deve sottoporre al Consiglio i progetti preliminari di bilancio non oltre il 30 settembre dell'anno che ne precede l'esecuzione.

Ogni qualvolta il Consiglio intenda discostarsi dai progetti preliminari, consulta la Commissione ed eventualmente le altre istituzioni interessate.

(3) Il Consiglio, con deliberazione a maggioranza qualificata, stabilisce i progetti di bilancio e li trasmette successivamente all'Assemblea.

I progetti di bilancio devono essere sottoposti all'Assemblea non oltre il 31 ottobre dell'anno che ne precede l'esecuzione.

L'Assemblea ha il diritto di proporre al Consiglio modificazioni ai progetti di bilancio.

(4) Qualora, entro un mese dalla comunicazione dei progetti di bilancio, l'Assemblea abbia dato la sua approvazione ovvero non abbia trasmesso il suo parere al Consiglio, i progetti di bilancio si considerano definitivamente stabiliti.

Qualora, entro tale termine, l'Assemblea abbia proposto modificazioni, i progetti di bilancio così modificati vengono trasmessi al Consiglio. Quest'ultimo delibera in proposito con la Commissione ed eventualmente con le altre istituzioni interessate e stabilisce definitivamente i bilanci, deliberando a maggioranza qualificata, fatti salvi i limiti risultanti dai programmi o dalle decisioni di spesa che, in virtù del presente Trattato, richiedono l'unanimità del Consiglio.

(5) Ai fini dell'approvazione del bilancio delle ricerche e degli investimenti, ai voti dei membri del Consiglio è attribuita la seguente ponderazione:

Belgio	9
Germania	30
Francia	30
Italia	23
Lussemburgo	1
Paesi Bassi	7

Le deliberazioni si reputano valide quando abbiano ottenuto almeno 67 voti.

(3) De kredieten ter dekking van de uitgaven voor onderzoek en investeringen worden ingedeeld in hoofdstukken, waarin de uitgaven worden gegroepeerd naar hun aard en bestemming en voor zover nodig onderverdeeld overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement.

(4) De beschikbare betalingskredieten worden naar het volgende dienstjaar overgedragen bij beschikking van de Commissie, voor zover de Raad niet anders wordt besloten.

Artikel 177

(1) Het begrotingsjaar begint op 1 januari en sluit op 31 december.

(2) Elke instelling van de Gemeenschap maakt een raming op van haar administratieve uitgaven. De Commissie groepeerde die ramingen in een voor-ontwerp van huishoudelijke begroting. Zij voegt daaraan een advies toe, dat afwijkende ramingen mag inhouden. Zij bereidt bovendien het voor-ontwerp van begroting voor onderzoek en investeringen voor.

De Commissie moet de voor-ontwerpen van begrotingen uiterlijk op 30 september van het jaar dat aan de uitvoering ervan voorafgaat, aan de Raad voorleggen.

De Raad raadpleegt de Commissie en, in voorkomende gevallen, de andere betrokken instellingen telkens wanneer hij van deze voor-ontwerpen wenst af te wijken.

(3) De Raad stelt met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de ontwerp-begrotingen vast en zendt deze vervolgens aan de Vergadering.

De ontwerp-begrotingen moeten uiterlijk op 31 oktober van het jaar dat voorafgaat aan de uitvoering ervan, aan de Vergadering worden voorgelegd.

De Vergadering heeft het recht aan de Raad wijzigingen in de ontwerp-begrotingen voor te stellen.

(4) Indien de Vergadering binnen een termijn van een maand na voorlegging van de ontwerp-begrotingen haar goedkeuring heeft verleend of indien zij geen advies aan de Raad heeft gezonden, worden de ontwerp-begrotingen geacht definitief te zijn vastgesteld.

Indien de Vergadering binnen die termijn wijzigingen heeft voorgesteld, worden de aldus gewijzigde ontwerp-begrotingen aan de Raad gezonden. Deze beraadslaagt daarover met de Commissie en, in voorkomende gevallen, met de andere betrokken instellingen en stelt de begrotingen met gekwalificeerde meerderheid van stemmen definitief vast binnen de grenzen van de programma's of de betalingsbeschikkingen die op grond van dit Verdrag door de Raad met eenparigheid van stemmen worden vastgesteld.

(5) Voor de aanvaarding van de begroting voor onderzoek en investeringen worden de door de leden van de Raad uitgebrachte stemmen als volgt gewogen:

België	9
Duitsland	30
Frankrijk	30
Italië	23
Luxemburg	1
Nederland	7

De besluiten komen tot stand, wanneer zij ten minste 67 stemmen hebben verkregen.

Artikel 178

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Verwaltungshaushalt noch nicht verabschiedet, so können nach der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im abgelaufenen Haushaltsplan bereitgestellten Mittel vorgenommen werden; die Kommission darf jedoch monatlich höchstens über ein Zwölftel der Mittel verfügen, die in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen sind.

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Forschungs- und Investitionshaushalt noch nicht verabschiedet, so können nach der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der Mittel vorgenommen werden, die den jährlichen Voranschlägen entsprechen, welche in dem Fälligkeitsplan der Zahlungen für die bereits vorher gebilligten Verpflichtungsermächtigungen enthalten sind.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit unter Beachtung der sonstigen Bestimmungen der Absätze 1 und 2 Ausgaben genehmigen, die über dieses Zwölftel hinausgehen, vorbehaltlich der Grenzen, die sich aus den mit Ausgaben verbundenen Programmen oder Beschlüssen ergeben, welche auf Grund dieses Vertrags die Einstimmigkeit des Rates erfordern.

Jeden Monat zahlen die Mitgliedstaaten einstweilig nach den für das vorausgegangene Haushaltsjahr festgelegten Aufbringungsschlüsseln die erforderlichen Beträge zur Durchführung dieses Artikels.

Artikel 179

Im Rahmen der zugewiesenen Mittel führt die Kommission die Haushaltspläne nach der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung in eigener Verantwortung aus.

Die Beteiligung der einzelnen Organe bei der Vornahme ihrer Ausgaben wird in der Haushaltsordnung im einzelnen geregelt.

Die Kommission kann nach der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung innerhalb eines jeden Haushaltsplans Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung übertragen.

Artikel 180

Die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben eines jeden Haushalts wird durch einen Kontrollausschuß geprüft; dieser besteht aus Rechnungsprüfern, die volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen; einer der Prüfer führt den Vorsitz. Der Rat legt die Anzahl der Rechnungsprüfer einstimmig fest. Die Rechnungsprüfer vom Rat Vorsitzende des Kontrollausschusses werden vom Rat einstimmig auf fünf Jahre bestellt. Ihre Amtszeit wird vom Rat mit qualifizierter Mehrheit fest-

Die Prüfung, die an Hand der Rechnungsunterlagen, erforderlichenfalls an Ort und Stelle durch den Kontrollausschuß die Rechtmäßigkeit der Einnahmen und Aus-

Article 178

Si au début d'un exercice budgétaire le budget de fonctionnement n'a pas encore été voté, les dépenses pourront être effectuées mensuellement par chapitre ou par autre division, d'après les dispositions du règlement pris en exécution de l'article 183, dans la limite du douzième des crédits ouverts au budget de l'exercice précédent, sans que cette mesure puisse avoir pour effet de mettre à la disposition de la Commission des crédits supérieurs au douzième de ceux prévus dans le projet du budget en préparation.

Si au début d'un exercice budgétaire le budget de recherches et d'investissement n'a pas été voté, les dépenses pourront être effectuées mensuellement par chapitre ou par autre division, d'après les dispositions du règlement pris en exécution de l'article 183, dans la limite du douzième des crédits correspondant aux prévisions annuelles inscrites dans l'échéancier des paiements applicables aux crédits d'engagement antérieurement approuvés.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée, peut, sous réserve que les autres conditions fixées aux alinéas 1 et 2 soient respectées, autoriser des dépenses excédant le douzième, sous réserve des limites résultant des programmes ou décisions de dépense qui, en vertu du présent Traité, requièrent l'unanimité du Conseil.

Les États membres versent chaque mois, à titre provisionnel, et conformément aux clefs de répartition retenues pour l'exercice précédent, les sommes nécessaires en vue d'assurer l'application du présent article.

Article 179

La Commission exécute les budgets, conformément aux dispositions du règlement pris en exécution de l'article 183, sous sa propre responsabilité et dans la limite des crédits alloués.

Le règlement prévoit les modalités particulières selon lesquelles chaque institution participe à l'exécution de ses dépenses propres.

A l'intérieur de chaque budget, la Commission peut procéder, dans les limites et conditions fixées par le règlement pris en exécution de l'article 183, à des virements de crédits, soit de chapitre à chapitre, soit de subdivision à subdivision.

Article 180

Les comptes de la totalité des recettes et dépenses de chaque budget sont examinés par une commission de contrôle, formée de commissaires aux comptes offrant toutes garanties d'indépendance, et présidée par l'un d'eux. Le Conseil statuant à l'unanimité fixe le nombre des commissaires. Les commissaires et le président de la commission de contrôle sont désignés par le Conseil statuant à l'unanimité, pour une période de cinq ans. Leur rémunération est fixée par le Conseil statuant à la majorité qualifiée.

La vérification, qui a lieu sur pièces et au besoin sur place, a pour objet de constater la légalité et la régularité des recettes et dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. La commission de contrôle

Articolo 178

Se, all'inizio di un esercizio finanziario, il bilancio di funzionamento non è stato ancora votato, le spese potranno essere effettuate mensilmente per capitolo o seguendo un'altra suddivisione, in base alle disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183, nel limite di un dodicesimo dei crediti aperti nel bilancio dell'esercizio precedente, senza che tale misura possa avere per effetto di mettere a disposizione della Commissione crediti superiori al dodicesimo di quelli previsti nel progetto di bilancio in preparazione.

Se, all'inizio di un esercizio finanziario, il bilancio delle ricerche e degli investimenti non è stato ancora votato, le spese potranno essere effettuate mensilmente per capitolo o seguendo un'altra suddivisione, in base alle disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183, nel limite del dodicesimo dei crediti corrispondenti alle previsioni annuali registrate nello scadenario dei pagamenti riguardanti i crediti d'impegno approvati in precedenza.

Con deliberazione presa a maggioranza qualificata, e con riserva che le altre condizioni stabilite al primo e secondo comma siano osservate, il Consiglio può autorizzare spese superiori al limite del dodicesimo, fatti salvi i limiti risultanti dai programmi o dalle decisioni di spesa che, in virtù del presente Trattato, richiedono l'unanimità del Consiglio.

Gli Stati membri versano ogni mese, a titolo provvisorio, in conformità ai criteri di ripartizione adottati nell'esercizio precedente, le somme necessarie per assicurare l'applicazione del presente articolo.

Articolo 179

La Commissione cura l'esecuzione dei bilanci, conformemente alle disposizioni del regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183, sotto la propria responsabilità e nel limite dei crediti stanziati.

Il regolamento prevede le modalità particolari secondo le quali ogni istituzione partecipa all'esecuzione delle proprie spese.

All'interno di ogni bilancio, la Commissione può procedere, nei limiti e alle condizioni fissate dal regolamento stabilito in esecuzione dell'articolo 183, a trasferimenti di crediti, sia da capitolo a capitolo, sia da suddivisione a suddivisione.

Articolo 180

I conti relativi alla totalità delle entrate e delle spese di ciascun bilancio sono esaminati da una commissione di controllo, composta di revisori dei conti che diano pieno affidamento di indipendenza, e presieduta da uno di essi. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, fissa il numero dei revisori. I revisori e il presidente della Commissione di controllo sono designati dal Consiglio, con deliberazione unanime, per un periodo di cinque anni. La loro retribuzione è fissata dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata.

La verifica, che ha luogo sui documenti e, in caso di necessità, sul posto, ha lo scopo di constatare la legittimità e la regolarità delle entrate e delle spese e di accertarsi della sana gestione finanziaria. Dopo la chiusura

Artikel 178

Indien bij het begin van een begrotingsjaar de huishoudelijke begroting nog niet is aangenomen, kunnen de uitgaven maandelijks worden verricht per hoofdstuk of per andere afdeling, overeenkomstig de bepalingen van het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement, zonder dat zij een twaalfde der bij de begroting van het vorige begrotingsjaar geopende kredieten mogen overschrijden en zonder dat deze maatregel tot gevolg mag hebben, dat de Commissie meer dan een twaalfde van de kredieten der in voorbereiding zijnde ontwerp-begroting ter beschikking krijgt.

Indien bij het begin van een begrotingsjaar de begroting voor onderzoek en investeringen niet is aangenomen, kunnen de uitgaven maandelijks worden verricht per hoofdstuk of per andere afdeling, overeenkomstig de bepalingen van het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement, zonder dat zij een twaalfde der kredieten overeenkomende met de jaarlijkse ramingen vermeld in het vervalboek van de bepalingen met betrekking tot de vroeger goedgekeurde vastleggingskredieten, mogen overschrijden.

De Raad kan met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, onder voorbehoud dat aan de overige in de eerste en de tweede alinea gestelde voorwaarden wordt voldaan, uitgaven van meer dan een twaalfde toestaan binnen de grenzen van de programma's of betalingsbeschikkingen die op grond van dit Verdrag door de Raad met eenparigheid van stemmen worden vastgesteld.

De Lid-Staten storten iedere maand bij wijze van voorschot en overeenkomstig de voor het voorafgaande dienstjaar vastgestelde verdeelsleutels de bedragen noodzakelijk voor de toepassing van dit artikel.

Artikel 179

De Commissie voert de begrotingen overeenkomstig de bepalingen van het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement uit onder haar eigen verantwoordelijkheid en binnen de grenzen der toegekende kredieten.

Het reglement voorziet in de wijze waarop en de mate waarin iedere instelling haar eigen uitgaven doet.

Binnen elke begroting kan de Commissie met inachtneming van de grenzen en de voorwaarden bepaald in het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde reglement, kredieten overschrijven hetzij van het ene hoofdstuk naar het andere, hetzij van de ene onderafdeling naar de andere.

Artikel 180

De rekeningen van alle ontvangsten en uitgaven van elke begroting worden onderzocht door een controle-commissie, welke is samengesteld uit financiële commissarissen die alle waarborgen bieden van onafhankelijkheid en welke door een van hen wordt voorgezeten. De Raad bepaalt met eenparigheid van stemmen het aantal commissarissen. De commissarissen en de voorzitter van de controle-commissie worden door de Raad met eenparigheid van stemmen voor een periode van vijf jaar benoemd. Hun beloning wordt door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen vastgesteld.

De controle, die aan de hand van bescheiden en zo nodig ter plaatse geschiedt, heeft ten doel de wettigheid en de regelmatigheid van de ontvangsten en uitgaven na te gaan en vast te stellen of een goed financieel

gaben fest und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Nach Abschluß eines jeden Haushaltsjahres erstattet der Kontrollausschuß einen Bericht, den er mit der Mehrheit seiner Mitglieder annimmt.

Die Kommission legt dem Rat und der Versammlung jährlich die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres für die Rechnungsvorgänge jedes Haushaltsplans zusammen mit dem Bericht des Kontrollausschusses vor. Sie übermittelt ihnen ferner eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der Gemeinschaft.

Der Rat erteilt der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Entlastung zur Ausführung eines jeden Haushaltsplans. Er teilt seine Entscheidungen der Versammlung mit.

Artikel 181

Die in Artikel 171 Absätze (1) und (2) vorgesehenen Haushaltspläne und der dort genannte Voranschlag werden in der Rechnungseinheit aufgestellt, die in der gemäß Artikel 183 festgelegten Haushaltsordnung bestimmt wird.

Die Mitgliedstaaten stellen der Gemeinschaft die in Artikel 172 vorgesehenen Finanzbeiträge in ihrer Landeswährung zur Verfügung.

Die einstweilen nicht benötigten Mittel aus diesen Beiträgen werden bei den Schatzämtern der Mitgliedstaaten oder den von diesen bezeichneten Stellen hinterlegt. Während der Hinterlegungszeit behalten diese Mittel den am Tag der Hinterlegung geltenden Pariwert gegenüber der in Absatz 1 genannten Rechnungseinheit.

Diese einstweilen nicht benötigten Mittel können zu Bedingungen angelegt werden, welche die Kommission mit dem betreffenden Mitgliedstaat vereinbart.

Artikel 182

(1) Die Kommission kann vorbehaltlich der Unterrichtung der zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten ihre Guthaben in der Währung eines dieser Staaten in die Währung eines anderen Mitgliedstaates transferieren, soweit dies erforderlich ist, um diese Guthaben für die in diesem Vertrag vorgesehenen Zwecke zu verwenden. Besitzt die Kommission verfügbare oder flüssige Guthaben in der benötigten Währung, so vermeidet sie, soweit möglich, derartige Transferierungen.

(2) Die Kommission verkehrt mit jedem Mitgliedstaat über die von diesem bezeichnete Behörde. Bei der Durchführung ihrer Finanzgeschäfte nimmt sie die Notenbank des betreffenden Mitgliedstaates oder ein anderes von diesem genehmigtes Finanzinstitut in Anspruch.

(3) Für Ausgaben, welche die Gemeinschaft in den Währungen dritter Länder vorzunehmen hat, unterbreitet die Kommission dem Rat vor der endgültigen Feststellung der Haushaltspläne einen als Hinweis dienenden Plan über die Einnahmen und Ausgaben in den verschiedenen Währungen.

Dieser Plan wird vom Rat mit qualifizierter Mehrheit genehmigt. Er kann im Laufe des Haushaltsjahres nach demselben Verfahren geändert werden.

établit, après la clôture de chaque exercice, un rapport qu'elle adopte à la majorité des membres qui la composent.

La Commission soumet chaque année au Conseil et à l'Assemblée les comptes de l'exercice écoulé afférents aux opérations de chaque budget, accompagnés du rapport de la commission de contrôle. En outre, elle leur communique un bilan financier décrivant l'actif et le passif de la Communauté.

Le Conseil statuant à la majorité qualifiée donne décharge à la Commission sur l'exécution de chacun des budgets. Il communique ses décisions à l'Assemblée.

Article 181

Les budgets et l'état prévus à l'article 171 paragraphes (1) et (2) sont établis dans l'unité de compte fixée conformément aux dispositions du règlement financier pris en exécution de l'article 183.

Les contributions financières prévues à l'article 172 sont mises à la disposition de la Communauté par les États membres dans leur monnaie nationale.

Les soldes disponibles de ces contributions sont déposés auprès des Trésors des États membres ou des organismes désignés par eux. Pendant la durée de ce dépôt, les fonds déposés conservent la valeur correspondant à la parité, en vigueur au jour du dépôt, par rapport à l'unité de compte visée à l'alinéa 1.

Ces disponibilités peuvent être placées dans des conditions qui font l'objet d'accords entre la Commission et l'État membre intéressé.

Article 182

(1) La Commission peut, sous réserve d'en informer les autorités compétentes des États membres intéressés, transférer dans la monnaie de l'un de ces États les avoirs qu'elle détient dans la monnaie d'un autre État membre, dans la mesure nécessaire à leur utilisation pour les objets auxquels ils sont destinés par le présent Traité. La Commission évite, dans la mesure du possible, de procéder à de tels transferts si elle détient des avoirs disponibles ou mobilisables dans les monnaies dont elle a besoin.

(2) La Commission communique avec chacun des États membres par l'intermédiaire de l'autorité qu'il désigne. Dans l'exécution des opérations financières, elle a recours à la Banque d'émission de l'État membre intéressé ou à une autre institution financière agréée par celui-ci.

(3) En ce qui concerne les dépenses à effectuer par la Communauté dans les monnaies de pays tiers, la Commission soumet au Conseil, avant que les budgets soient définitivement arrêtés, le programme indicatif des recettes et dépenses devant être réalisées dans les différentes monnaies.

Ce programme est approuvé par le Conseil statuant à la majorité qualifiée. Il peut être modifié en cours d'exercice selon la même procédure.

di ciascun esercizio, la Commissione di controllo stende una relazione che adotta a maggioranza dei membri che la compongono.

Ogni anno la Commissione presenta al Consiglio e all'Assemblea i conti dell'esercizio trascorso concernenti le operazioni di ciascun bilancio, unitamente alla relazione della commissione di controllo. Inoltre, essa comunica loro un bilancio finanziario che espone l'attivo e il passivo della Comunità.

Il Consiglio dà atto alla Commissione, deliberando a maggioranza qualificata, dell'esecuzione di ciascuno dei bilanci e comunica le sue decisioni all'Assemblea.

Articolo 181

I bilanci e lo Stato di previsione di cui all'articolo 171, paragrafi 1 e 2, sono stabiliti nell'unità di conto fissata conformemente alle disposizioni del regolamento finanziario stabilito in esecuzione dell'articolo 183.

I contributi finanziari previsti dall'articolo 172 sono messi a disposizioni della Comunità dagli Stati membri nella loro moneta nazionale.

I saldi disponibili di detti contributi sono depositati presso le Tesorerie degli Stati membri o presso organismi da essi designati. Per la durata di questi depositi, i fondi depositati conservano, rispetto all'unità di conto di cui al primo comma, il valore corrispondente alla parità in vigore il giorno del deposito.

Le disponibilità di cui trattasi possono essere collocate a condizioni che formano oggetto di accordi fra la Commissione e lo Stato membro interessato.

Articolo 182

(1) La Commissione, con riserva d'informarne le autorità competenti degli Stati membri interessati, può trasferire nella moneta di uno di questi Stati gli averi che essa detiene nella moneta di un altro Stato membro, nella misura necessaria alla loro utilizzazione per gli scopi cui sono destinati dal presente Trattato. La Commissione evita, per quanto possibile, di procedere a tali trasferimenti quando detenga averi disponibili o realizzabili nelle monete di cui ha bisogno.

(2) La Commissione comunica con i singoli Stati membri per il tramite dell'autorità da essi designata. Nell'esecuzione delle operazioni finanziarie, essa ricorre alla banca d'emissione dello Stato membro interessato oppure ad altri istituti finanziari da quest'ultimo autorizzati.

(3) Per quanto si riferisce alle spese che la Commissione deve effettuare nelle monete dei Paesi terzi, la Commissione, prima che i bilanci siano definitivamente approvati, presenta al Consiglio il programma indicativo delle entrate e delle spese da liquidare nelle differenti monete.

Il programma è approvato dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata, e può essere modificato in corso di esercizio secondo la stessa procedura.

beheer werd gevoerd. De controle-commissie stelt na afsluiting van elk begrotingsjaar een verslag op dat zij met meerderheid van stemmen van haar leden aanneemt.

De Commissie legt ieder jaar aan de Raad en aan de Vergadering de rekeningen over het afgelopen begrotingsjaar voor welke betrekking hebben op de uitvoering van iedere begroting, tezamen met het verslag van de controle-commissie. Bovendien doet zij hun een financiële balans van de activa en passiva van de Gemeenschap toekomen.

De Raad verleent met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de Commissie kwijting voor de uitvoering van elke begroting. Hij doet aan de Vergadering mededeling van zijn beschikkingen.

Artikel 181

De begrotingen en de staat, bedoeld in artikel 171, leden 1 en 2, luiden in de rekeneenheid, bepaald overeenkomstig het ter uitvoering van artikel 183 vastgestelde financiële reglement.

De financiële bijdragen, bedoeld in artikel 172, worden aan de Gemeenschap door de Lid-Staten in hun nationale valuta ter beschikking gesteld.

De beschikbare saldi van die bijdragen worden gedeponeerd bij de Schatkist van de Lid-Staten of bij door hen aangewezen instellingen. Zolang deze gelden aldus gedeponeerd zijn, behouden zij de waarde die overeenstemt met de pariteit, welke gold op de dag van deponeering ten opzichte van de in de eerste alinea bedoelde rekeneenheid.

De beschikbare middelen kunnen worden belegd onder de voorwaarden die tussen de Commissie en de betrokken Lid-Staat worden overeengekomen.

Artikel 182

(1) De Commissie kan, onder voorbehoud dat zij daarvan de bevoegde instanties der betrokken Staten in kennis stelt, de saldi, welke zij in de valuta van een der Lid-Staten in haar bezit heeft, overmaken in de valuta van een andere Lid-Staat, voor zover zij gebruikt moeten worden voor de doeleinden die in dit Verdrag zijn aangewezen. De Commissie vermijdt dergelijke overmakingen zoveel mogelijk, indien zij saldi beschikbaar heeft of beschikbaar kan maken in de valuta waaraan zij behoefte heeft.

(2) De Commissie onderhoudt de betrekkingen met elke Lid-Staat door tussenkomst van de door deze aangewezen autoriteit. Voor de uitvoering van financiële verrichtingen heeft zij toegang tot de centrale bank van de betrokken Lid-Staat of tot een andere door deze Staat gemachtigde financiële instelling.

(3) Wat de uitgaven betreft, welke door de Gemeenschap moeten worden verricht in de valuta van derde landen, legt de Commissie, voordat de begrotingen definitief zijn vastgesteld, aan de Raad het indicatieve programma van ontvangsten en uitgaven voor welke in de verschillende valuta's moeten worden gedaan.

Dit programma wordt door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen goedgekeurd. Het kan in de loop van het begrotingsjaar volgens dezelfde procedure worden gewijzigd.

(4) Die Währungsbeträge dritter Länder, die für Ausgaben nach dem in Absatz (3) erwähnten Plan erforderlich sind, werden von den Mitgliedstaaten nach den in Artikel 172 festgelegten Aufbringungsschlüsseln an die Kommission übertragen. Die von der Kommission vereinnahmten Währungsbeträge dritter Länder werden nach denselben Schlüsseln an die Mitgliedstaaten übertragen.

(5) Die Kommission kann frei über Währungsbeträge dritter Länder verfügen, die aus in diesen Ländern aufgenommenen Anleihen stammen.

(6) Der Rat kann die in den Absätzen (1) bis (5) vorgesehene Regelung des Devisenverkehrs auf Vorschlag der Kommission einstimmig ganz oder teilweise auf die Agentur und die gemeinsamen Unternehmen für anwendbar erklären und gegebenenfalls den Erfordernissen ihrer Arbeitsweise anpassen.

Artikel 183

Der Rat legt einstimmig auf Vorschlag der Kommission folgendes fest:

- a) Die Haushaltsordnung, in der insbesondere die Aufstellung und Ausführung der Haushaltspläne, einschließlich desjenigen der Agentur, sowie die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung im einzelnen geregelt werden;
- b) die Einzelheiten und das Verfahren, nach denen die Beiträge der Mitgliedstaaten der Kommission zur Verfügung zu stellen sind;
- c) die Vorschriften über die Verantwortung der anweisungsbefugten Personen und der Rechnungsführer sowie die entsprechenden Kontrollmaßnahmen.

FUNFTER TITEL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 184

Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.

Artikel 185

Die Gemeinschaft besitzt in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Zu diesem Zweck wird sie von der Kommission vertreten.

Artikel 186

Der Rat erläßt in Zusammenarbeit mit der Kommission und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe einstimmig das Statut der Beamten sowie die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft.

Nach Ablauf des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit das Statut und die Beschäftigungsbedingungen auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen beteiligten Organe ändern.

..) La cession à la Commission des devises des pays tiers nécessaires à l'exécution des dépenses figurant au programme prévu au paragraphe (3) incombe aux États membres suivant les clefs de répartition fixées à l'article 172. La cession des devises des pays tiers encaissées par la Commission est effectuée aux États membres selon les mêmes clefs de répartition.

(5) La Commission peut disposer librement des devises des pays tiers qui proviennent des emprunts qu'elle a réalisés dans ces pays.

(6) Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, peut rendre applicable en tout ou en partie à l'Agence et aux Entreprises communes, et éventuellement adapter aux besoins de leur fonctionnement, le régime des changes prévu aux paragraphes précédents.

Article 183

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission,

- a) arrête les règlements financiers spécifiant notamment les modalités relatives à l'établissement et à l'exécution des budgets, y compris celui de l'Agence, et à la reddition et à la vérification des comptes,
- b) fixe les modalités et la procédure selon lesquelles les contributions des États membres doivent être mises à la disposition de la Commission,
- c) détermine les règles et organise le contrôle de la responsabilité des ordonnateurs et comptables.

TITRE CINQUIÈME

Dispositions générales

Article 184

La Communauté a la personnalité juridique.

Article 185

Dans chacun des États membres, la Communauté possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales; elle peut notamment acquérir ou aliéner des biens immobiliers et mobiliers et ester en justice. A cet effet, elle est représentée par la Commission.

Article 186

Le Conseil statuant à l'unanimité arrête, en collaboration avec la Commission et après consultation des autres institutions intéressées, le statut des fonctionnaires et le régime applicable aux autres agents de la Communauté.

Après l'expiration de la quatrième année suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, ce statut et ce régime peuvent être modifiés par le Conseil statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission et après consultation des autres institutions intéressées.

(4) La cessione alle Commissione delle valute dei Paesi terzi necessarie all'esecuzione delle spese contemplate nel programma di cui al paragrafo 3 incombe agli Stati membri secondo i criteri di ripartizione fissati dall'articolo 172. La cessione agli Stati membri delle valute dei Paesi terzi introitate dalla Commissione avviene secondo gli stessi criteri di ripartizione.

(5) La Commissione può disporre liberamente delle valute dei Paesi terzi che provengono dai prestiti che essa ha emesso in questi Paesi.

(6) Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione, può rendere applicabile in tutto o in parte all'Agenzia ed alle Imprese comuni il regime dei cambi previsto dai paragrafi precedenti ed eventualmente adattarlo alle necessità del loro funzionamento.

Articolo 183

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione,

- a) stabilisce i regolamenti finanziari che specificano in particolare le modalità relative all'elaborazione ed esecuzione dei bilanci, ivi compreso quello dell'Agenzia e al rendimento e alla verifica dei conti,
- b) fissa le modalità e la procedura secondo le quali i contributi degli Stati membri devono essere messi a disposizione della Commissione,
- c) determina le norme ed organizza il controllo della responsabilità degli ordinatori e contabili.

TITOLO QUINTO Disposizioni generali

Articolo 184

La Comunità ha personalità giuridica.

Articolo 185

In ciascuno degli Stati membri, la Comunità ha la più ampia capacità giuridica riconosciuta alle persone giuridiche dalle legislazioni nazionali; essa può in particolare acquistare o alienare beni immobili e mobili e stare in giudizio. A tal fine, essa è rappresentata dalla Commissione.

Articolo 186

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, stabilisce, in collaborazione con la Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate, lo statuto dei funzionari e il regime applicabile agli altri agenti della Comunità.

A decorrere dalla fine del quarto anno successivo all'entrata in vigore del presente Trattato, lo statuto e il regime di cui trattasi possono essere modificati dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate.

(4) De overdracht aan de Commissie van de deviezen van derde landen noodzakelijk voor het verrichten van de uitgaven voorkomende in het programma bedoeld in lid 3, moet door de Lid-Staten geschieden volgens de in artikel 172 vastgestelde verdeelsleutels. De overdracht aan de Lid-Staten van door de Commissie geïnde deviezen van derde landen geschiedt volgens dezelfde verdeelsleutels.

(5) De Commissie kan vrij beschikken over de deviezen van derde landen, afkomstig van leningen die zij in die landen heeft aangegaan.

(6) De Raad kan met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie de in de voorgaande leden bepaalde deviezenregeling geheel of gedeeltelijk op het Agentschap en op de Gemeenschappelijke Ondernemingen van toepassing verklaren en eventueel aan de behoeften van hun werkzaamheid aanpassen.

Artikel 183

De Raad, met eenparigheid van stemmen en op voorstel van de Commissie,

- a) stelt de financiële reglementen vast, waarbij met name de wijze wordt vastgesteld, waarop de begrotingen, met inbegrip van die van het Agentschap, worden opgesteld en uitgevoerd, alsmede de wijze waarop rekening en verantwoording wordt gedaan en de rekeningen worden nagezien,
- b) bepaalt de regels en de procedure volgens welke de bijdragen van de Lid-Staten ter beschikking van de Commissie moeten worden gesteld,
- c) stelt de regels vast en organiseert de controle betreffende de verantwoordelijkheid der ordonnateurs en rekenplichtigen.

VIJFDE TITEL Algemene bepalingen

Artikel 184

De Gemeenschap bezit rechtspersoonlijkheid.

Artikel 185

In elk der Lid-Staten heeft de Gemeenschap de ruimste handelingsbevoegdheid welke door de nationale wetgevingen aan rechtspersonen wordt toegekend; zij kan met name roerende en onroerende goederen verkrijgen of vervreemden en in rechte optreden. Te dien einde wordt zij door de Commissie vertegenwoordigd.

Artikel 186

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen, in samenwerking met de Commissie en na raadpleging van de andere betrokken instellingen, het statuut van de ambtenaren vast, alsmede de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden van de Gemeenschap.

Na het einde van het vierde jaar, te rekenen van het tijdstip van inwerkingtreding van dit Verdrag, kunnen dat statuut en die regeling door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de andere betrokken instellingen, worden gewijzigd.

Artikel 187

Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags festgelegt.

Artikel 188

Die vertragliche Haftung der Gemeinschaft bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.

Im Bereich der außervertraglichen Haftung ersetzt die Gemeinschaft den durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.

Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber der Gemeinschaft bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.

Artikel 189

Der Sitz der Organe der Gemeinschaft wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt.

Artikel 190

Die Regelung der Sprachenfrage für die Organe der Gemeinschaft wird unbeschadet der Verfahrensordnung des Gerichtshofes vom Rat einstimmig getroffen.

Artikel 191

Die Gemeinschaft genießt in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe eines besonderen Protokolls.

Artikel 192

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.

Artikel 193

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags nicht anders als hierin vorgesehen zu regeln.

Artikel 194

(1) Die Mitglieder der Organe der Gemeinschaft, die Mitglieder der Ausschüsse, die Beamten und Bediensteten der Gemeinschaft sowie alle anderen Personen, die durch ihre Amtstätigkeit oder durch ihre öffentlichen oder privaten Verbindungen mit den Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft oder mit den gemeinsamen Unternehmen von den Vorgängen, Informationen, Kenntnissen, Unterlagen oder Gegenständen, die auf Grund der von einem Mitgliedstaat oder einem Organ der Gemeinschaft

Article 187

Pour l'accomplissement des tâches qui lui sont confiées, la Commission peut recueillir toutes informations et procéder à toutes vérifications nécessaires, dans les limites et conditions fixées par le Conseil en conformité avec les dispositions du présent Traité.

Article 188

La responsabilité contractuelle de la Communauté est régie par la loi applicable au contrat en cause.

En matière de responsabilité non contractuelle, la Communauté doit réparer, conformément aux principes généraux communs aux droits des États membres, les dommages causés par ses institutions ou par ses agents dans l'exercice de leurs fonctions.

La responsabilité personnelle des agents envers la Communauté est régie dans les dispositions fixant leur statut ou le régime qui leur est applicable.

Article 189

Le siège des institutions de la Communauté est fixé du commun accord des gouvernements des États membres.

Article 190

Le régime linguistique des institutions de la Communauté est fixé, sans préjudice des dispositions prévues dans le règlement de la Cour de Justice, par le Conseil statuant à l'unanimité.

Article 191

La Communauté jouit, sur les territoires des États membres, des privilèges et immunités nécessaires pour remplir sa mission, dans les conditions définies par un Protocole séparé.

Article 192

Les États membres prennent toutes mesures générales ou particulières propres à assurer l'exécution des obligations découlant du présent Traité ou résultant des actes des institutions de la Communauté. Ils facilitent à celle-ci l'accomplissement de sa mission.

Ils s'abstiennent de toutes mesures susceptibles de mettre en péril la réalisation des buts du présent Traité.

Article 193

Les États membres s'engagent à ne pas soumettre un différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Traité à un mode de règlement autre que ceux prévus par celui-ci.

Article 194

(1) Les membres des institutions de la Communauté, les membres des Comités, les fonctionnaires et agents de la Communauté, ainsi que toutes autres personnes appelées, soit par leurs fonctions, soit par leurs relations publiques ou privées avec les institutions ou installations de la Communauté ou avec les Entreprises communes, à prendre ou à recevoir communication des faits, informations, connaissances, documents ou objets protégés par le secret en vertu des dispositions prises par

Articolo 187

Per l'esecuzione dei compiti affidatili, la Commissione può raccogliere tutte le informazioni e procedere a tutte le necessarie verifiche, nei limiti e alle condizioni fissate dal Consiglio conformemente alle disposizioni del presente Trattato.

Articolo 188

La responsabilità contrattuale della Comunità è regolata dalla legge applicabile al contratto in causa.

In materia di responsabilità extracontrattuale, la Comunità deve risarcire, conformemente ai principi generali comuni ai diritti degli Stati membri, i danni cagionati dalle sue istituzioni o dai suoi agenti nell'esercizio delle loro funzioni.

La responsabilità personale degli agenti nei confronti della Comunità è regolata dalle disposizioni che stabiliscono il loro statuto o il regime loro applicabile.

Articolo 189

La sede delle istituzioni della Comunità è fissata di intesa comune dai governi degli Stati membri.

Articolo 190

Il regime linguistico delle istituzioni della Comunità è fissato, senza pregiudizio delle disposizioni previste nel regolamento della Corte di Giustizia, dal Consiglio, che delibera all'unanimità.

Articolo 191

La Comunità gode, sui territori degli Stati membri, delle immunità e privilegi necessari all'assolvimento dei suoi compiti, alle condizioni definite da un protocollo separato.

Articolo 192

Gli Stati membri adottano tutte le misure, di carattere generale o particolare, atte ad assicurare l'adempimento degli obblighi derivanti dal presente Trattato o risultanti dagli atti delle istituzioni della Comunità. Essi agevolano quest'ultima nell'esecuzione della sua missione.

Gli Stati membri si astengono da qualsiasi misura che possa risultare pregiudizievole al raggiungimento degli scopi del presente Trattato.

Articolo 193

Gli Stati membri s'impegnano a non sottoporre una controversia relativa all'interpretazione o all'applicazione del presente Trattato a un modo di regolamento diverso da quelli previsti dal Trattato stesso.

Articolo 194

(1) I membri delle istituzioni della Comunità, i membri dei Comitati, i funzionari ed agenti della Comunità, come pure qualsiasi altra persona destinata, per le sue funzioni o per i suoi rapporti pubblici o privati con le istituzioni o impianti della Comunità ovvero con le imprese comuni, ad avere direttamente o indirettamente comunicazione di fatti, informazioni, cognizioni, documenti od oggetti protetti dal segreto in virtù delle disposizioni stabilite da uno Stato membro o da una istituzione della

Artikel 187

Voor de vervulling van de haar opgedragen taken kan de Commissie, binnen de grenzen en onder de voorwaarden door de Raad overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag vastgesteld, alle gegevens verzamelen en alle noodzakelijke verificaties verrichten.

Artikel 188

De contractuele aansprakelijkheid van de Gemeenschap wordt beheerst door de wet welke op het betrokken contract van toepassing is.

Inzake de niet-contractuele aansprakelijkheid moet de Gemeenschap overeenkomstig de algemene beginselen welke de rechtsstelsels der Lid-Staten gemeen hebben, de schade vergoeden die door haar instellingen of door haar personeelsleden in de uitoefening van hun functies is veroorzaakt.

De persoonlijke aansprakelijkheid der personeelsleden jegens de Gemeenschap wordt geregeld bij de bepalingen welke hun statuut of de op hen toepasselijke regeling vaststellen.

Artikel 189

De zetel van de instellingen der Gemeenschap wordt in onderlinge overeenstemming door de regeringen der Lid-Staten vastgesteld.

Artikel 190

De regeling van het taalgebruik door de instellingen der Gemeenschap wordt, onverminderd de bepalingen van het reglement van het Hof van Justitie, door de Raad met eenparigheid van stemmen vastgesteld.

Artikel 191

De Gemeenschap geniet, overeenkomstig de bepalingen van een afzonderlijk protocol, op het grondgebied van de Lid-Staten de voorrechten en immuniteiten welke nodig zijn ter vervulling van haar taak.

Artikel 192

De Lid-Staten treffen alle algemene of bijzondere maatregelen ter uitvoering van de verplichtingen welke voortvloeien uit het Verdrag of het gevolg zijn van de handelingen der instellingen van de Gemeenschap. Zij vergemakkelijken de vervulling van haar taak.

Zij onthouden zich van alle maatregelen die de verwezenlijking van de doelstellingen van dit Verdrag in gevaar kunnen brengen.

Artikel 193

De Lid-Staten verbinden zich, een geschil betreffende de uitlegging of de toepassing van dit Verdrag niet op andere wijze te doen beslechten dan in dit Verdrag is voorgeschreven.

Artikel 194

(1) De leden van de instellingen der Gemeenschap, de leden van de comités, de ambtenaren en personeelsleden van de Gemeenschap alsook alle andere personen die hetzij door hun functie, hetzij door hun openbare of particuliere betrekkingen met de instellingen of installaties van de Gemeenschap of met de Gemeenschappelijke Ondernemingen, in aanmerking komen om inzake te nemen of te krijgen van feiten, inlichtingen, kennis, documenten of voorwerpen die geheim moeten worden gehouden

erlassenen Vorschriften unter Geheimschutz stehen, Kenntnis nehmen oder Kenntnis erhalten, sind verpflichtet, diese Vorgänge, Informationen, Kenntnisse, Unterlagen oder Gegenstände, auch nach Beendigung dieser Amtstätigkeit oder dieser Verbindungen, gegenüber allen nicht berechtigten Personen sowie gegenüber der Öffentlichkeit geheimzuhalten.

Jeder Mitgliedstaat behandelt eine Verletzung dieser Verpflichtung als einen Verstoß gegen seine Geheimhaltungsvorschriften; er wendet dabei hinsichtlich des sachlichen Rechts und der Zuständigkeit seine Rechtsvorschriften über die Verletzung der Staatssicherheit oder die Preisgabe von Berufsgeheimnissen an. Er verfolgt jeden seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Urheber einer derartigen Verletzung auf Antrag eines beteiligten Mitgliedstaates oder der Kommission.

(2) Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission alle Vorschriften mit, die in seinen Hoheitsgebieten die Einstufung und die Geheimhaltung der Informationen, Kenntnisse, Unterlagen oder Gegenstände regeln, welche in den Anwendungsbereich dieses Vertrags gehören.

Die Kommission sorgt für die Mitteilung dieser Vorschriften an die übrigen Mitgliedstaaten.

Jeder Mitgliedstaat trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen zur Erleichterung der fortschreitenden Einführung eines möglichst einheitlichen und weitgehenden Geheimschutzes. Die Kommission kann nach Anhörung der beteiligten Mitgliedstaaten zu diesem Zweck Empfehlungen aussprechen.

(3) Die Organe der Gemeinschaft und ihre Einrichtungen sowie die gemeinsamen Unternehmen haben die Bestimmungen über den Geheimschutz anzuwenden, die in dem Gebiet, in dem sie ihren Sitz haben, gelten.

(4) Jede durch ein Organ der Gemeinschaft oder durch einen Mitgliedstaat einer Person, die ihre Tätigkeit im Anwendungsbereich dieses Vertrags ausübt, erteilte Ermächtigung, von den Vorgängen, Informationen, Unterlagen oder Gegenständen Kenntnis zu nehmen, die sich auf den Anwendungsbereich dieses Vertrags beziehen und dem Geheimschutz unterliegen, wird von jedem Organ und jedem anderen Mitgliedstaat anerkannt.

(5) Die Vorschriften dieses Artikels stehen der Anwendung besonderer Vorschriften nicht entgegen, die sich aus Abkommen zwischen einem Mitgliedstaat und einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung ergeben.

Artikel 195

Die Organe der Gemeinschaft sowie die Agentur und die gemeinsamen Unternehmen haben bei der Anwendung dieses Vertrags die Bedingungen zu beachten, denen nach den aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der Volksgesundheit erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften der Zugang zu den Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen unterliegt.

Artikel 196

Im Sinne dieses Vertrags bedeutet, soweit nichts anderes darin bestimmt ist,

- a) „Person“: jede natürliche Person, die ihre Tätigkeit ganz oder teilweise in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet ausübt, das in dem entsprechenden Kapitel dieses Vertrags bezeichnet ist;

un État membre ou par une institution de la Communauté, sont tenus, même après la cessation de ces fonctions ou relations, de les garder secrets vis-à-vis de toute personne non autorisée ainsi que du public.

Chaque État membre regarde toute violation de cette obligation comme une atteinte à ses secrets protégés qui relève, en ce qui concerne tant le fond que la compétence, des dispositions de sa législation applicable en matière d'atteinte à la sûreté de l'État ou de divulgation du secret professionnel. Il poursuit tout auteur d'une telle violation relevant de sa juridiction sur la requête de tout État membre intéressé, ou de la Commission.

(2) Chaque État membre communique à la Commission toutes dispositions réglementant sur ses territoires la classification et le secret des informations, connaissances, documents ou objets se rapportant au domaine d'application du présent Traité.

La Commission assure la communication de ces dispositions aux autres États membres.

En vue de faciliter l'instauration progressive d'une protection aussi uniforme et aussi large que possible des secrets protégés, chaque État membre prend toutes mesures opportunes. La Commission peut, après consultation des États membres intéressés, émettre toutes recommandations à cet effet.

(3) Les institutions de la Communauté et leurs installations, ainsi que les Entreprises communes, sont tenues d'appliquer les dispositions relatives à la protection des secrets en vigueur sur le territoire où chacune d'elles est située.

(4) Toute habilitation à prendre communication des faits, informations, documents ou objets se rapportant au domaine d'application du présent Traité et protégés par le secret, donnée, soit par une institution de la Communauté, soit par un État membre, à une personne exerçant son activité dans le domaine d'application du présent Traité, est reconnue par toute autre institution et tout autre État membre.

(5) Les dispositions du présent article ne font pas obstacle à l'application de dispositions particulières résultant d'accords conclus entre un État membre et un État tiers ou une organisation internationale.

Article 195

Les institutions de la Communauté, ainsi que l'Agence et les Entreprises communes, doivent respecter, dans l'application du présent Traité, les conditions posées à l'accès aux minerais, matières brutes et matières fissiles spéciales, par les réglementations nationales édictées pour des motifs d'ordre public ou de santé publique.

Article 196

Pour l'application du présent Traité et sauf dispositions contraires de celui-ci

- a) le terme « personne » désigne toute personne physique exerçant sur les territoires des États membres tout ou partie de ses activités dans le domaine défini par le chapitre correspondant du Traité,

Comunità, sono tenuti, anche dopo la cessazione da tali funzioni o l'estinzione di tali rapporti, a osservare il segreto nei confronti di qualsiasi persona non autorizzata e del pubblico.

Ogni Stato membro considera tutte le violazioni di tale obbligo come un attentato ai suoi segreti protetti che, sia per il merito che per la competenza, sono soggetti alle disposizioni della sua legislazione applicabile in materia di attentato alla sicurezza dello Stato ovvero di divulgazione del segreto professionale. Esso procede contro ogni autore di una violazione del genere sottoposto alla sua giurisdizione, su istanza di qualsiasi Stato membro interessato, o della Commissione.

(2) Ogni Stato membro comunica alla Commissione tutte le disposizioni che disciplinano sui suoi territori la classificazione e il segreto di informazioni, cognizioni, documenti od oggetti riferentisi al campo d'applicazione del presente Trattato.

La Commissione provvede a comunicare tali disposizioni agli altri Stati membri.

Ciascuno Stato membro adotta ogni provvedimento atto ad agevolare la graduale instaurazione di una protezione quanto più possibile uniforme ed ampia dei segreti protetti. La Commissione può, previa consultazione degli Stati membri interessati, formulare tutte le raccomandazioni del caso.

(3) Le istituzioni della Comunità e i loro impianti, e parimenti le Imprese comuni, sono tenuti ad applicare le disposizioni relative alla protezione dei segreti in vigore sui territori ove ciascuno di essi è situato.

(4) Qualsiasi autorizzazione ad avere comunicazione dei fatti, informazioni, documenti od oggetti riferentisi al campo d'applicazione del presente Trattato e protetti dal segreto, concessa da una istituzione della Comunità o da uno Stato membro a una persona che esercita la sua attività nel campo d'applicazione del presente Trattato, è riconosciuta da ogni altra istituzione e da ogni altro Stato membro.

(5) Le disposizioni del presente articolo non ostano all'applicazione di disposizioni particolari risultanti da accordi conclusi tra uno Stato membro e uno Stato terzo o una organizzazione internazionale.

Articolo 195

Le istituzioni della Comunità e così anche l'Agenzia e le Imprese comuni devono osservare, nell'applicazione del presente Trattato, le condizioni poste, per l'accesso ai minerali, materie grezze e materie fissili speciali, dai regolamenti nazionali emanati per motivi di ordine pubblico o di sanità pubblica.

Articolo 196

Ai fini dell'applicazione del presente Trattato e salvo contrarie disposizioni di questo,

- a) il termine « persona » sta a designare ogni persona fisica che svolga sui territori degli Stati membri interamente e in parte le sue attività nel campo definito dal corrispondente capo del presente Trattato,

krachtens de door een Lid-Staat of een instelling van de Gemeenschap getroffen voorzieningen, zijn verplicht deze zelfs na afloop van die functies of betrekkingen geheim te houden voor elke onbevoegde persoon alsook voor het publiek.

Elke Lid-Staat beschouwt iedere schending van deze verplichting als een inbreuk op zijn beschermde geheimen, die voor wat betreft zowel de zaak zelf als de bevoegdheid, valt onder de bepalingen van zijn wetgeving inzake het in gevaar brengen van de veiligheid van de Staat of de schending van het beroepsgeheim. Hij vervolgt op verzoek van iedere betrokken Lid-Staat of van de Commissie, eenieder die zich aan een dergelijke schending heeft schuldig gemaakt en die onder zijn rechtsmacht valt.

(2) Iedere Lid-Staat doet aan de Commissie mededeling van alle bepalingen die op zijn grondgebied de classificering en de geheimhouding regelen van inlichtingen, kennis, documenten of voorwerpen die binnen de werkingssfeer van dit Verdrag vallen.

De Commissie draagt zorg voor de mededeling van die bepalingen aan de andere Lid-Staten.

Ten einde de geleidelijke invoering van een zo eenvormig en zo ruim mogelijke bescherming der beschermde geheimen te vergemakkelijken, neemt elke Lid-Staat alle daartoe dienstige maatregelen. Na raadpleging van de betrokken Lid-Staten kan de Commissie te dien einde alle aanbevelingen doen.

(3) De instellingen van de Gemeenschap en hun installaties, alsmede de Gemeenschappelijke Ondernemingen zijn gehouden, met betrekking tot de bescherming van geheimen de bepalingen toe te passen die van kracht zijn op het grondgebied waar ieder van hen gevestigd is.

(4) Iedere machtiging om kennis te nemen van binnen de werkingssfeer van het Verdrag vallende en door geheimhouding beschermde feiten, inlichtingen, documenten of voorwerpen die hetzij door een instelling van de Gemeenschap, hetzij door een Lid-Staat verleend wordt aan een persoon werkzaam op het terrein waarop dit Verdrag van toepassing is, wordt door iedere andere instelling en iedere andere Lid-Staat erkend.

(5) De bepalingen van dit artikel vormen geen beletsel voor de toepassing van de bijzondere bepalingen voortvloeiende uit akkoorden tussen een Lid-Staat en een derde Staat of een internationale organisatie.

Artikel 195

De instellingen van de Gemeenschap alsook het Agentschap en de Gemeenschappelijke Ondernemingen moeten bij de toepassing van dit Verdrag de voorwaarden in acht nemen welke in de nationale regelingen om redenen van openbare orde of volksgezondheid gesteld zijn voor de toegang tot de ertsen, grondstoffen en bijzondere splijtstoffen.

Artikel 196

Voor de toepassing van dit Verdrag en voor zover hierin niet anders is bepaald, wordt verstaan onder:

- a) „persoon“: iedere natuurlijke persoon die op de grondgebieden van de Lid-Staten zijn werkzaamheden geheel of gedeeltelijk uitoefent op het door het desbetreffende hoofdstuk van het Verdrag bepaalde terrein;

- b) „Unternehmen“: jedes Unternehmen oder jede Einrichtung, die ihre Tätigkeit ganz oder teilweise in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet ausübt, das in dem entsprechenden Kapitel dieses Vertrags bezeichnet ist; die öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Stellung der Unternehmen und Einrichtungen spielt dabei keine Rolle.

Artikel 197

Im Sinne dieses Vertrags bedeutet

1. „besondere spaltbare Stoffe“: Plutonium 239; Uran 233; mit Uran 235 oder 233 angereichertes Uran; jedes Erzeugnis, in dem eines oder mehrere der obengenannten Isotope enthalten sind, und sonstige spaltbare Stoffe, die durch den Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit bestimmt werden; doch zählen Ausgangsstoffe in keinem Fall zu den besonderen spaltbaren Stoffen.

2. „mit Uran 235 oder 233 angereichertes Uran“: Uran, welches entweder Uran 235 oder Uran 233 oder diese beiden Isotope in einer solchen Menge enthält, daß das Verhältnis zwischen der Summe dieser beiden Isotope und dem Isotop 238 über dem Verhältnis zwischen dem Isotop 235 und dem Isotop 238 in natürlichem Uran liegt;

3. „Ausgangsstoffe“: Uran, welches das in der Natur vorkommende Isotopengemisch enthält; Uran, dessen Gehalt an Uran 235 unter dem normalen Gehalt liegt; Thorium; alle obengenannten Stoffe in Form von Metall, Legierungen, chemischen Verbindungen oder Konzentraten; jeden anderen Stoff, der einen oder mehrere der obengenannten Stoffe mit Konzentrierungen enthält, welche der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit bestimmt;

4. „Erze“: alle Erze, die mit mittleren Konzentrierungen Stoffe enthalten, die durch geeignete chemische und physikalische Aufbereitung die Gewinnung der obengenannten Ausgangsstoffe ermöglichen; die vorstehende mittlere Konzentrierung wird durch den Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit bestimmt.

Artikel 198

Soweit nichts anderes bestimmt ist, finden die Vorschriften dieses Vertrags auf die europäischen Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten sowie auf die ihnen unterstehenden außereuropäischen Hoheitsgebiete Anwendung.

Ebenso finden sie auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.

Artikel 199

Die Kommission unterhält alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen, ihrer Fachorganisationen und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens.

Sie unterhält ferner, soweit zweckdienlich, Beziehungen zu allen internationalen Organisationen.

Artikel 200

Die Gemeinschaft führt jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat herbei.

Artikel 201

Die Gemeinschaft führt ein enges Zusammenwirken mit der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit herbei; die Einzelheiten werden gemeinsam festgelegt.

- b) le terme « entreprise » désigne toute entreprise ou institution exerçant tout ou partie de ses activités dans les mêmes conditions, quel que soit son statut juridique, public ou privé.

Article 197

Pour l'application du présent Traité,

1. Le terme « matières fissiles spéciales » désigne le plutonium 239, l'uranium 233, l'uranium enrichi en uranium 235 ou 233, ainsi que tout produit contenant un ou plusieurs des isotopes ci-dessus et telles autres matières fissiles qui seront définies par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission; toutefois, le terme « matières fissiles spéciales » ne s'applique pas aux matières brutes.

2. Le terme « uranium enrichi en uranium 235 ou 233 » désigne l'uranium contenant soit de l'uranium 235, soit de l'uranium 233, soit ces deux isotopes en quantité telle que le rapport entre la somme de ces deux isotopes et l'isotope 238 soit supérieur au rapport entre l'isotope 235 et l'isotope 238 dans l'uranium naturel.

3. Le terme « matières brutes » désigne l'uranium contenant le mélange d'isotopes qui se trouve dans la nature, l'uranium dont la teneur en uranium 235 est inférieure à la normale, le thorium, toutes les matières mentionnées ci-dessus sous forme de métal, d'alliages, de composés chimiques ou de concentrés, toute autre matière contenant une ou plusieurs des matières mentionnées ci-dessus à des taux de concentration définis par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission.

4. Le terme « minerais » désigne tout minerai contenant, à des taux de concentration moyenne définis par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, des substances permettant d'obtenir par les traitements chimiques et physiques appropriés les matières brutes telles qu'elles sont définies ci-dessus.

Article 198

Sauf dispositions contraires, les stipulations du présent Traité sont applicables aux territoires européens des États membres et aux territoires non européens soumis à leur juridiction.

Elles s'appliquent également aux territoires européens dont un État membre assume les relations extérieures.

Article 199

La Commission est chargée d'assurer toutes liaisons utiles avec les organes des Nations Unies, de leurs institutions spécialisées et de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce.

Elle assure en outre les liaisons opportunes avec toutes organisations internationales.

Article 200

La Communauté établit avec le Conseil de l'Europe toutes coopérations utiles.

Article 201

La Communauté établit avec l'Organisation Européenne de Coopération Économique une étroite collaboration dont les modalités seront fixées d'un commun accord.

b) il termine «impresa» sta a designare ogni impresa o istituzione che svolga interamente o in parte le sue attività alle stesse condizioni, quale che sia il suo statuto giuridico, pubblico o privato.

b) „onderneming“: iedere onderneming of instelling welke haar werkzaamheden geheel of gedeeltelijk uitoefent onder dezelfde voorwaarden als bedoeld onder a), ongeacht haar publiek- of privaatrechtelijke positie.

Articolo 197

Ai fini dell'applicazione del presente Trattato,

1. Il termine «materie fissili speciali» sta a designare il plutonio 239, l'uranio 233, l'uranio arricchito in uranio 235 o 233 e parimenti qualsiasi prodotto contenente uno o più degli isotopi suddetti e le altre materie fissili che saranno definite dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione; tuttavia, il termine «materie fissili speciali» non si applica alle materie grezze.

2. Il termine «uranio arricchito in uranio 235 o 233» sta a designare l'uranio contenente sia l'uranio 235, sia l'uranio 233, sia questi due isotopi in quantità tale che il rapporto tra la somma di questi due isotopi e l'isotopo 238 sia superiore al rapporto tra l'isotopo 235 e l'isotopo 238 nell'uranio naturale.

3. Il termine «materie grezze» sta a designare l'uranio contenente la mescolanza di isotopi che si trova in natura, l'uranio il cui tenore in uranio 235 sia inferiore al normale, il torio, tutte le materie summenzionate sotto forma di metallo, di leghe, di composti chimici o di concentrati, qualsiasi altra materia contenente una o più delle materie summenzionate con tassi di concentrazione definiti dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione.

4. Il termine «minerali» sta a designare qualsiasi minerale contenente, con tassi di concentrazione media definiti dal Consiglio, che delibera a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, delle sostanze che permettano di ottenere attraverso trattamenti chimici e fisici appropriati le materie grezze definite come sopra.

Articolo 198

Salvo contrarie disposizioni, le stipulazioni del presente Trattato sono applicabili ai territori europei degli Stati membri e ai territori non europei sottoposti alla loro giurisdizione.

Esse si applicano ugualmente ai territori europei di cui uno Stato membro assume la rappresentanza nelle relazioni con l'estero.

Articolo 199

La Commissione assicura ogni utile collegamento con gli organi delle Nazioni Unite, degli istituti specializzati delle Nazioni Unite e dell'Accordo generale sulle tariffe doganali e il commercio.

La Commissione assicura inoltre i collegamenti opportuni con qualsiasi organizzazione internazionale.

Articolo 200

La Comunità attua ogni utile forma di cooperazione col Consiglio dell'Europa.

Articolo 201

La Comunità attua con l'Organizzazione Europea di Cooperazione Economica una stretta collaborazione le cui modalità saranno fissate d'intesa comune.

Artikel 197

Voor de toepassing van dit Verdrag wordt verstaan onder:

1. „bijzondere splijtstoffen“: plutonium 239, uranium 233, uranium verrijkt in de isotopen 235 of 233; elk produkt dat een of meer der hierbovengenoemde isotopen bevat, evenals die andere splijtstoffen die door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie als zodanig worden aangewezen; de term „bijzondere splijtstoffen“ is echter niet van toepassing op grondstoffen;

2. „uranium verrijkt in de isotopen 235 of 233“: uranium dat hetzij uranium 235, hetzij uranium 233, hetzij beide isotopen bevat in een zodanige hoeveelheid dat de verhouding tussen de som van die twee isotopen en de isotoop 238 groter is dan de verhouding tussen de isotoop 235 en de isotoop 238 in natuurlijk uranium;

3. „grondstoffen“: uranium dat het mengsel van isotopen bevat zoals dit in de natuur wordt aangetroffen, uranium waarvan het gehalte aan uranium 235 lager is dan normaal, thorium, alle hierboven vermelde materialen in de vorm van metaal, van legeringen, van chemische verbindingen of van concentraten, ieder ander materiaal dat een of meer der hierboven vermelde stoffen bevat in een gehalte dat door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie wordt vastgesteld;

4. „ertsen“: elk erts dat een door de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie vast te stellen gemiddeld gehalte aan bestanddelen bevat, die het mogelijk maken om door doelmatige scheikundige en natuurkundige behandeling grondstoffen te verkrijgen als hierboven zijn omschreven.

Artikel 198

Voor zover in het Verdrag niet anders is bepaald, zijn de bepalingen van dit Verdrag van toepassing op de Europese grondgebieden van de Lid-Staten en op de niet-Europese grondgebieden welke onder hun rechtsmacht vallen.

Zij zijn eveneens van toepassing op de Europese grondgebieden welke buitenlandse betrekkingen door een Lid-Staat worden behartigd.

Artikel 199

De Commissie is belast met de zorg voor alle dienstige betrekkingen met de organen van de Verenigde Naties, van hun gespecialiseerde organisaties en van de Algemene Overeenkomst betreffende Tarieven en Handel.

Zij onderhoudt bovendien de wenselijk geachte betrekkingen met alle internationale organisaties.

Artikel 200

De Gemeenschap brengt elke dienstige samenwerking tot stand met de Raad van Europa.

Artikel 201

De Gemeenschap brengt met de Organisatie voor Europese Economische Samenwerking een nauwe samenwerking tot stand welke zal plaatsvinden op de wijze die in onderlinge overeenstemming zal worden vastgesteld.

Artikel 202

Dieser Vertrag steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, soweit die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch Anwendung dieses Vertrags nicht erreicht sind.

Artikel 203

Erscheint ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich, um eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in diesem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erläßt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung die geeigneten Vorschriften.

Artikel 204

Die Regierung jedes Mitgliedstaates oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung dieses Vertrags vorlegen.

Gibt der Rat nach Anhörung der Versammlung und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an diesem Vertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren.

Diese Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

Artikel 205

Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat.

Die Aufnahmebedingungen und die erforderlich werdenden Anpassungen dieses Vertrags werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 206

Die Gemeinschaft kann mit einem dritten Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen schließen, die eine Assoziation mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.

Diese Abkommen werden nach Anhörung der Versammlung einstimmig vom Rat geschlossen.

Werden durch diese Abkommen Änderungen dieses Vertrags erforderlich, so müssen diese zuvor nach dem in Artikel 204 vorgesehenen Verfahren angenommen werden.

Artikel 207

Die diesem Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen der Mitgliedstaaten beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 208

Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

Article 202

Les dispositions du présent Traité ne font pas obstacle à l'existence et à l'accomplissement des unions régionales entre la Belgique et le Luxembourg, ainsi qu'entre la Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas, dans la mesure où les objectifs de ces unions régionales ne sont pas atteints en application du présent Traité.

Article 203

Si une action de la Communauté apparaît nécessaire pour réaliser l'un des objets de la Communauté, sans que le présent Traité ait prévu les pouvoirs d'action requis à cet effet, le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, prend les dispositions appropriées.

Article 204

Le gouvernement de tout État membre ou la Commission peut soumettre au Conseil des projets tendant à la révision du présent Traité.

Si le Conseil, après avoir consulté l'Assemblée, et le cas échéant la Commission, émet un avis favorable à la réunion d'une conférence des représentants des gouvernements des États membres, celle-ci est convoquée par le président du Conseil en vue d'arrêter d'un commun accord les modifications à apporter au présent Traité.

Les amendements entreront en vigueur après avoir été ratifiés par tous les États membres en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 205

Tout État européen peut demander à devenir membre de la Communauté. Il adresse sa demande au Conseil lequel, après avoir pris l'avis de la Commission, se prononce à l'unanimité.

Les conditions de l'admission et les adaptations du présent Traité que celle-ci entraîne font l'objet d'un accord entre les États membres et l'État demandeur. Cet accord est soumis à la ratification par tous les États contractants en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Article 206

La Communauté peut conclure avec un État tiers, une union d'États ou une organisation internationale, des accords créant une association caractérisée par des droits et obligations réciproques, des actions en commun et des procédures particulières.

Ces accords sont conclus par le Conseil agissant à l'unanimité et après consultation de l'Assemblée.

Lorsque ces accords impliquent des amendements au présent Traité, ces derniers doivent être préalablement adoptés selon la procédure prévue à l'article 204.

Article 207

Les Protocoles qui, du commun accord des États membres, seront annexés au présent Traité, en font partie intégrante.

Article 208

Le présent Traité est conclu pour une durée illimitée.

Articolo 202

Le disposizioni del presente Trattato non ostano alla esistenza e al perfezionamento delle unioni regionali tra il Belgio e il Lussemburgo, come pure tra il Belgio, il Lussemburgo e i Paesi Bassi, nella misura in cui gli obiettivi di tali unioni regionali non sono raggiunti in applicazione del presente Trattato.

Articolo 203

Quando un'azione della Comunità risulti necessaria per il raggiungimento di uno degli scopi della Comunità, senza che il presente Trattato abbia previsto i poteri d'azione a tal uopo richiesti, il Consiglio, deliberando all'unanimità su proposta della Commissione e dopo aver consultato l'Assemblea, prende le disposizioni del caso.

Articolo 204

Il governo di qualsiasi Stato membro o la Commissione possono sottoporre al Consiglio progetti intesi a modificare il presente Trattato.

Qualora il Consiglio, dopo aver consultato l'Assemblea e, ove del caso, la Commissione, esprima parere favorevole alla convocazione di una conferenza dei rappresentanti dei governi degli Stati membri, questa è convocata dal presidente del Consiglio allo scopo di stabilire di comune accordo gli emendamenti da apportare al presente Trattato.

Gli emendamenti entreranno in vigore dopo essere stati ratificati da tutti gli Stati membri conformemente alle loro norme costituzionali rispettive.

Articolo 205

Ogni Stato europeo può domandare di diventare membro della Comunità. Esso invia la sua domanda al Consiglio che, dopo aver chiesto il parere della Commissione, si pronuncia all'unanimità.

Le condizioni per l'ammissione e gli adattamenti del presente Trattato, da questa determinati, formano l'oggetto di un accordo tra gli Stati membri e lo Stato richiedente. Tale accordo è sottoposto a ratifica da tutti gli Stati contraenti conformemente alle loro rispettive norme costituzionali.

Articolo 206

La Comunità può concludere con uno Stato terzo, una unione di Stati o una organizzazione internazionale, accordi che istituiscano una associazione caratterizzata da diritti e obblighi reciproci, da azioni in comune e da procedure particolari.

Tali accordi sono conclusi dal Consiglio operante all'unanimità e dopo consultazione dell'Assemblea.

Qualora tali accordi importino degli emendamenti al presente Trattato, questi ultimi devono essere preventivamente adottati secondo la procedura prevista dall'articolo 204.

Articolo 207

I protocolli che, di comune accordo tra gli Stati membri, saranno allegati al presente Trattato, ne costituiscono parte integrante.

Articolo 208

Il presente Trattato è concluso per una durata illimitata.

Artikel 202

De bepalingen van dit Verdrag vormen geen beletsel voor het bestaan en de voltooiing van de regionale unies tussen België en Luxemburg, alsmede tussen België, Luxemburg en Nederland, voor zover de doelstellingen van die regionale unies bereikt zijn door toepassing van dit Verdrag.

Artikel 203

Indien een optreden van de Gemeenschap noodzakelijk blijkt ter verwezenlijking van een der doelstellingen van de Gemeenschap zonder dat dit Verdrag in de daartoe vereiste bevoegdheden voorziet, neemt de Raad met eenparigheid van stemmen op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de Vergadering, de passende maatregelen.

Artikel 204

De regering van elke Lid-Staat of de Commissie kunnen aan de Raad ontwerpen voorleggen tot herziening van dit Verdrag.

Indien de Raad na raadpleging van de Vergadering en, in voorkomende gevallen, van de Commissie, gunstig adviseert ten aanzien van het bijeenkomen van een conferentie van vertegenwoordigers van de regeringen der Lid-Staten, wordt deze conferentie door de voorzitter van de Raad bijeengeroepen, ten einde in onderlinge overeenstemming de in dit Verdrag aan te brengen wijzigingen vast te stellen.

De wijzigingen treden in werking nadat zij door alle Lid-Staten overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen zijn bekrachtigd.

Artikel 205

Elke Europese Staat kan verzoeken lid te worden van de Gemeenschap. Hij richt zijn verzoek tot de Raad, die, na advies van de Commissie te hebben ingewonnen, met eenparigheid van stemmen beslist.

De voorwaarden voor de toelating en de daaruit voortvloeiende aanpassingen van dit Verdrag vormen het onderwerp van een akkoord tussen de Lid-Staten en de Staat die het verzoek indient. Dit akkoord moet door alle contracterende Staten worden bekrachtigd, overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen.

Artikel 206

De Gemeenschap kan met een derde Staat, een Statenunie of een internationale organisatie akkoorden sluiten, waardoor een associatie wordt tot stand gebracht welke door wederzijdse rechten en verplichtingen, gemeenschappelijk optreden en bijzondere procedures wordt gekenmerkt.

Die akkoorden worden gesloten door de Raad krachtens een na raadpleging van de Vergadering met eenparigheid van stemmen genomen besluit.

Wanneer die akkoorden wijzigingen in dit Verdrag medebrengen, moeten deze wijzigingen vooraf worden aangenomen volgens de procedure bedoeld in artikel 204.

Artikel 207

De protocollen die, in onderlinge overeenstemming tussen de Lid-Staten, aan dit Verdrag worden gehecht, maken een integrerend deel daarvan uit.

Artikel 208

Dit Verdrag wordt voor onbeperkte tijd gesloten.

SECHSTER TITEL

Vorschriften über die Anlaufzeit

Abschnitt I

Einsetzung der Organe

Artikel 209

Der Rat tritt binnen einem Monat nach Inkrafttreten dieses Vertrags zusammen.

Artikel 210

Der Rat trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen, um binnen drei Monaten nach seinem ersten Zusammentreten den Wirtschafts- und Sozialausschuß einzusetzen.

Artikel 211

Die Versammlung tritt binnen zwei Monaten nach der ersten Sitzung des Rates auf Einberufung durch dessen Präsidenten zusammen, um ihr Präsidium zu wählen und ihre Geschäftsordnung auszuarbeiten. Bis zur Wahl des Präsidiums führt der Alterspräsident den Vorsitz.

Artikel 212

Der Gerichtshof nimmt seine Tätigkeit mit Ernennung seiner Mitglieder auf. Die Ernennung des ersten Präsidenten erfolgt nach dem für die Ernennung der Mitglieder geltenden Verfahren für die Dauer von drei Jahren.

Der Gerichtshof legt binnen drei Monaten nach Aufnahme seiner Tätigkeit seine Verfahrensordnung fest.

Der Gerichtshof kann nicht vor der Veröffentlichung der Verfahrensordnung angerufen werden. Die Fristen für die Klageerhebung laufen erst von diesem Zeitpunkt an.

Der Präsident des Gerichtshofes übt von seiner Ernennung an die ihm durch diesen Vertrag übertragenen Befugnisse aus.

Artikel 213

Mit Ernennung ihrer Mitglieder nimmt die Kommission ihre Tätigkeit auf und übernimmt gleichzeitig die ihr in diesem Vertrag übertragenen Aufgaben.

Mit Aufnahme ihrer Tätigkeit leitet die Kommission die Untersuchungen ein und stellt die Verbindungen mit den Mitgliedstaaten, den Unternehmen, den Arbeitnehmern und den Verbrauchern her, die zur Erstellung einer Übersicht über die Lage der Kernindustrien in der Gemeinschaft erforderlich sind. Die Kommission legt der Versammlung binnen sechs Monaten hierüber einen Bericht vor.

Artikel 214

(1) Das erste Haushaltsjahr beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Tritt der Vertrag in der zweiten Jahreshälfte in Kraft, so endet das Haushaltsjahr am 31. Dezember des folgenden Jahres.

(2) Bis zur Aufstellung der Haushaltspläne für das erste Haushaltsjahr zahlen die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unverzinsliche Vorschüsse; diese werden von den Finanzbeiträgen für die Durchführung dieser Haushaltspläne abgezogen.

TITRE SIXIÈME

Dispositions relatives à la période initiale

Section I

Mise en place des institutions

Article 209

Le Conseil se réunit dans un délai d'un mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Article 210

Le Conseil prend toutes dispositions utiles pour constituer le Comité économique et social dans un délai de trois mois à compter de sa première réunion.

Article 211

L'Assemblée se réunit dans un délai de deux mois à compter de la première réunion du Conseil, sur convocation du président de celui-ci, pour élire son bureau et élaborer son règlement intérieur. Jusqu'à l'élection du bureau, elle est présidée par le doyen d'âge.

Article 212

La Cour de Justice entre en fonctions dès la nomination de ses membres. La première désignation du président est faite pour trois ans dans les mêmes conditions que celles des membres.

La Cour de Justice établit son règlement de procédure dans un délai de trois mois à compter de son entrée en fonctions.

La Cour de Justice ne peut être saisie qu'à partir de la date de publication de ce règlement. Les délais d'introduction des recours ne courent qu'à compter de cette même date.

Dès sa nomination, le président de la Cour de Justice exerce les attributions qui lui sont confiées par le présent Traité.

Article 213

La Commission entre en fonctions et assume les charges qui lui sont confiées par le présent Traité dès la nomination de ses membres.

Dès son entrée en fonctions, la Commission procède aux études et établit les liaisons avec les États membres, les entreprises, les travailleurs et les utilisateurs, nécessaires à l'établissement d'une vue d'ensemble de la situation des industries nucléaires dans la Communauté. Dans un délai de six mois la Commission adresse à ce sujet un exposé à l'Assemblée.

Article 214

(1) Le premier exercice financier s'étend de la date d'entrée en vigueur du Traité jusqu'au 31 décembre suivant. Toutefois cet exercice s'étend jusqu'au 31 décembre de l'année suivant celle de l'entrée en vigueur du Traité, si celle-ci se situe au cours du deuxième semestre.

(2) Jusqu'à l'établissement des budgets applicables au premier exercice, les États membres font à la Communauté des avances sans intérêts qui viennent en déduction des contributions financières afférentes à l'exécution de ces budgets.

TITOLO SESTO

Disposizioni relative al periodo iniziale

Sezione I

Insediamento delle Istituzioni

Articolo 209

Il Consiglio si riunisce entro un mese dall'entrata in vigore del Trattato.

Articolo 210

Il Consiglio prende ogni utile disposizione per costituire il Comitato economico e sociale entro tre mesi dalla sua prima riunione.

Articolo 211

L'Assemblea si riunisce entro due mesi dalla prima riunione del Consiglio, su convocazione del presidente di questo, per eleggere il suo ufficio di presidenza ed elaborare il suo regolamento interno. Fino all'elezione dell'ufficio di presidenza, l'Assemblea è presieduta dal decano.

Articolo 212

La Corte di Giustizia entra in funzione dal momento della nomina dei suoi membri. La prima designazione del presidente è fatta per tre anni secondo le stesse modalità seguite per i membri.

La Corte di Giustizia stabilisce il proprio regolamento di procedura entro un termine di tre mesi dalla sua entrata in funzione.

La Corte di Giustizia non può essere adita che successivamente alla data di pubblicazione del regolamento. I termini per la presentazione dei ricorsi decorrono a contare dalla stessa data.

Fin dalla nomina, il presidente della Corte di Giustizia esercita le attribuzioni che gli sono conferite dal presente Trattato.

Articolo 213

La Commissione entra in funzione e assume gli incarichi che le sono affidati dal presente Trattato dal momento della nomina dei suoi membri.

Non appena entrata in funzione, la Commissione procede agli studi e istituisce i collegamenti con gli Stati membri, le imprese, i lavoratori e gli utilizzatori, necessari a stabilire una prospettiva generale della situazione delle industrie nucleari nella Comunità. La Commissione invia all'Assemblea nel termine di sei mesi una relazione al riguardo.

Articolo 214

(1) Il primo esercizio finanziario decorre dalla data dell'entrata in vigore del Trattato e termina al 31 dicembre successivo. Tuttavia, l'esercizio si protrae al 31 dicembre dell'anno successivo all'anno dell'entrata in vigore del Trattato, quando tale entrata in vigore venga a cadere nel corso del secondo semestre.

(2) Fino all'elaborazione dei bilanci per il primo esercizio, gli Stati membri versano alla Comunità delle anticipazioni senza interesse che vanno in deduzione dei contributi finanziari relativi all'esecuzione dei bilanci stessi.

ZESDE TITEL

Bepalingen met betrekking tot de beginperiode

Afdeling I

Oprichting van de instellingen

Artikel 209

De Raad komt bijeen binnen een maand na de inwerkingtreding van het Verdrag.

Artikel 210

De Raad neemt binnen drie maanden na zijn eerste bijeenkomst alle dienstige maatregelen voor de vorming van het Economisch en Sociaal Comité.

Artikel 211

De Vergadering komt bijeen binnen twee maanden na de eerste bijeenkomst van de Raad op uitnodiging van diens voorzitter, ten einde haar bureau te kiezen en haar reglement van orde vast te stellen. Tot aan de verkiezing van het bureau wordt de Vergadering voorgezeten door het oudste lid in jaren.

Artikel 212

Het Hof van Justitie treedt in functie zodra zijn leden zijn benoemd. De eerste maal wordt de president voor drie jaar benoemd, op dezelfde wijze als de leden.

Binnen drie maanden na het tijdstip waarop het Hof van Justitie in functie is getreden, stelt het zijn reglement voor de procesvoering vast.

Bij het Hof van Justitie kunnen eerst na bekendmaking van dit reglement zaken ahangig worden gemaakt. De termijnen voor het instellen van beroep beginnen eerst op ditzelfde tijdstip te lopen.

Zodra de president van het Hof van Justitie is benoemd, oefent hij de bevoegdheden uit die hem bij dit Verdrag zijn verleend.

Artikel 213

De Commissie treedt in functie en oefent de haar bij dit Verdrag opgedragen taken uit, zodra haar leden zijn benoemd.

Zodra de Commissie in functie is getreden, maakt zij een aanvang met die studies en legt die contacten met de Lid-Staten, de ondernemingen, de werknemers en de gebruikers, welke noodzakelijk zijn voor het opstellen van een algemeen overzicht van de toestand van de industrieën op het gebied van de kernenergie in de Gemeenschap. Binnen zes maanden doet de Commissie aan de Vergadering een uiteenzetting te dezer zake toekomen.

Artikel 214

(1) Het eerste boekjaar loopt van het tijdstip van de inwerkingtreding van het Verdrag tot 31 december daaraanvolgend. Dit eerste boekjaar loopt echter tot 31 december van het jaar volgend op het jaar van inwerkingtreding van het Verdrag, indien de

(2) Tot aan de vaststelling van de balans van het eerste boekjaar, verstrekken de Lid-Staten aan de Gemeenschap renteloze voorschotten ter uitvoering van deze begroting.

(3) Bis zur Aufstellung des Statuts der Beamten und der für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft geltenden Beschäftigungsbedingungen gemäß Artikel 186 stellt jedes Organ das erforderliche Personal ein und schließt zu diesem Zweck befristete Verträge.

(3) Jusqu'à l'établissement du statut des fonctionnaires et du régime applicable aux autres agents de la Communauté, prévus à l'article 186, chaque institution recrute le personnel nécessaire et conclut à cet effet des contrats de durée limitée.

Jedes Organ prüft gemeinsam mit dem Rat die mit der Anzahl, der Vergütung und der Verteilung der Stellen zusammenhängenden Fragen.

Chaque institution examine avec le Conseil les questions relatives au nombre, à la rémunération et à la répartition des emplois.

Abschnitt II

Erste Durchführungsbestimmungen zu diesem Vertrag

Artikel 215

(1) Ein erstes Forschungs- und Ausbildungsprogramm, das in Anhang V dieses Vertrags enthalten ist, und dessen Durchführungskosten vorbehaltlich einer abweichenden einstimmigen Entscheidung des Rates 215 Millionen EZU-Rechnungseinheiten nicht überschreiten dürfen, ist innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags durchzuführen.

(2) Die Aufschlüsselung der für die Durchführung dieses Programms erforderlichen Ausgaben nach großen Posten ist als Hinweis in Anhang V des Vertrags enthalten.

Der Rat kann dieses Programm auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ändern.

Artikel 216

Die Vorschläge der Kommission über die Arbeitsweise der in Artikel 9 genannten Anstalt im Range einer Universität werden dem Rat innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Vertrags unterbreitet.

Artikel 217

Die in Artikel 24 vorgesehene Verschlusssachen-Verordnung bezüglich der für die Verbreitung der Kenntnisse geltenden Geheimschutzgrade wird vom Rat innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags erlassen.

Artikel 218

Die Grundnormen werden gemäß Artikel 31 innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags festgelegt.

Artikel 219

Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlen gewährleisten sollen, werden gemäß Artikel 33 durch diese Staaten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags der Kommission mitgeteilt.

Artikel 220

Die Vorschläge der Kommission über die in Artikel 54 vorgesehene Unterbringung der Agenten werden dem Rat innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags

Section II

Premières dispositions d'application du Traité

Article 215

(1) Un programme initial de recherches et d'enseignement figurant à l'Annexe V du présent Traité et dont la réalisation ne pourra, sous réserve d'une décision différente du Conseil statuant à l'unanimité, dépasser 215 millions d'unités de compte U.E.P., devra être exécuté dans un délai de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

(2) La décomposition des dépenses nécessaires à l'exécution de ce programme figure par grands postes, à titre indicatif, à l'Annexe V.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, pourra modifier ce programme.

Article 216

Les propositions de la Commission concernant les modalités de fonctionnement de l'institution de niveau universitaire visée à l'article 9 sont adressées au Conseil dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Article 217

Le règlement de sécurité prévu à l'article 24 relatif aux régimes de secret applicables à la diffusion des connaissances est arrêté par le Conseil dans un délai de six mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Article 218

Les normes de base sont fixées conformément aux dispositions de l'article 31 dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Article 219

Les dispositions législatives, réglementaires et administratives destinées à assurer sur les territoires des États membres la protection sanitaire des populations et des travailleurs contre les dangers résultant de radiations ionisantes, sont, en conformité avec les termes de l'article 33, communiquées par ces États à la Commission dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Article 220

Les propositions de la Commission relatives aux statuts de l'Agence visés à l'article 54 sont adressées au Conseil dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

(3) Fino a quando non siano stabiliti lo statuto dei funzionari e il regime applicabile agli altri agenti della Comunità, di cui all'articolo 186, ciascuna istituzione provvede all'assunzione del personale necessario e all'uopo conclude contratti di durata limitata.

Ogni istituzione esamina unitamente al Consiglio le questioni relative al numero, alla retribuzione e alla ripartizione degli impieghi.

Sezione II

Prime disposizioni per l'applicazione del Trattato

Articolo 215

(1) Un programma iniziale di ricerche e di insegnamento che costituisce l'allegato V del presente Trattato e la cui realizzazione non potrà, salvo diversa decisione del Consiglio, che delibera all'unanimità, superare 215 milioni di unità di conto U.E.P., dovrà essere eseguito nel termine di cinque anni dall'entrata in vigore del Trattato.

(2) Le spese necessarie all'esecuzione del programma figurano suddivise per grandi voci, a titolo indicativo, nell'allegato V.

Il Consiglio, deliberando a maggioranza qualificata su proposta della Commissione, potrà modificare tale programma.

Articolo 216

Le proposte della Commissione relative alle modalità di funzionamento dell'istituto di livello universitario, contemplato dall'articolo 9, sono presentate al Consiglio nel termine di un anno dall'entrata in vigore del Trattato.

Articolo 217

Il regolamento di sicurezza di cui all'articolo 24, concernente i regimi di segretezza applicabili alla diffusione delle cognizioni, è stabilito dal Consiglio nel termine di sei mesi dall'entrata in vigore del Trattato.

Articolo 218

Le norme fondamentali sono stabilite conformemente alle disposizioni dell'articolo 31 nel termine di un anno dall'entrata in vigore del Trattato.

Articolo 219

Le disposizioni legislative, regolamentari ed amministrative destinate ad assicurare sui territori degli Stati membri la protezione sanitaria della popolazione e dei lavoratori contro i rischi derivanti dalle radiazioni ionizzanti sono comunicate, conformemente ai termini dell'articolo 33, dagli Stati stessi alla Commissione nel termine di tre mesi dall'entrata in vigore del Trattato.

Articolo 220

Le proposte della Commissione relative allo statuto dell'Agenzia contemplato dall'articolo 54 sono presentate al Consiglio nel termine di tre mesi dall'entrata in vigore del Trattato.

(3) Tot aan de vaststelling van het statuut van de ambtenaren alsmede van de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden van de Gemeenschap, bedoeld in artikel 186, neemt iedere instelling het nodige personeel aan en gaat te dien einde contracten aan van een beperkte duur.

Iedere instelling onderzoekt met de Raad de vraagstukken die betrekking hebben op het aantal, de bezoldiging en de verdeling der functies.

Afdeling II

Bepalingen voor de eerste toepassing van het Verdrag

Artikel 215

(1) Een eerste onderzoek- en onderwijsprogramma als opgenomen in bijlage V, waarvan de verwezenlijking, onder voorbehoud van een met eenparigheid van stemmen genomen afwijkende beschikking van de Raad, niet meer mag bedragen dan 215 miljoen E.B.U.-rekenenheden, moet worden uitgevoerd binnen vijf jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag.

(2) De onderverdeling der voor de uitvoering van dit programma noodzakelijke uitgaven is onder grote stelposten in bijlage V opgenomen.

De Raad kan dit programma met gekwalificeerde meerderheid van stemmen op voorstel van de Commissie wijzigen.

Artikel 216

De voorstellen van de Commissie inzake de wijze van functioneren van de in artikel 9 bedoelde instelling op universitair niveau worden tot de Raad gericht binnen een jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag.

Artikel 217

De beveiligingsverordening als bedoeld in artikel 24 die betrekking heeft op de stelsels van geheimhouding die van toepassing zijn op de verspreiding van kennis, worden binnen zes maanden na de inwerkingtreding van het Verdrag door de Raad vastgesteld.

Artikel 218

Binnen een jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag worden de basismaten vastgesteld overeenkomstig de bepalingen van artikel 31.

Artikel 219

De wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen, welke bestemd zijn om op de grondgebieden van de Lid-Staten de bescherming van de gezondheid van de bevolking en de werknemers te verzekeren tegen de gevaren verbonden aan ioniserende straling, worden door deze Staten binnen drie maanden na de inwerkingtreding van het Verdrag aan de Commissie medegedeeld overeenkomstig de bepalingen van artikel 33.

Artikel 220

Der voorstellen van de Commissie inzake de in artikel 54 bedoelde statuten van het Agentschap worden binnen drie maanden na de inwerkingtreding van het Verdrag tot de Raad gericht.

Abschnitt III
Übergangsbestimmungen

Artikel 221

Die Artikel 14 bis 23 und die Artikel 25 bis 28 finden auf die Patente, vorläufig geschützten Rechte und Gebrauchsmuster sowie Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen, die schon vor Inkrafttreten dieses Vertrags bestanden, mit folgender Maßgabe Anwendung:

1. Bei der Anwendung der in Artikel 17 Absatz (2) vorgesehenen Frist ist zugunsten des Inhabers die durch das Inkrafttreten des Vertrags eingetretene neue Lage zu berücksichtigen.

2. Sind für die Mitteilung einer nicht geheimen Erfindung die in Artikel 16 genannten Fristen von drei und achtzehn Monaten oder eine dieser Fristen bei Inkrafttreten des Vertrags abgelaufen, so läuft von diesem Zeitpunkt an eine neue Frist von sechs Monaten.

Laufen diese Fristen oder eine dieser Fristen zu diesem Zeitpunkt noch, so werden sie vom Tage ihres normalen Ablaufs an gerechnet um sechs Monate verlängert.

3. Die gleichen Bestimmungen finden nach Artikel 16 und 25 Absatz (1) auf die Mitteilung einer geheimen Erfindung mit der Maßgabe Anwendung, daß in einem derartigen Fall als Ausgangspunkt für die neuen Fristen oder für die Verlängerung der noch laufenden Fristen der Zeitpunkt des Inkrafttretens der in Artikel 24 genannten Verschlusssachen-Verordnung dient.

Artikel 222

Zwischen dem Inkrafttreten dieses Vertrags und dem von der Kommission festgesetzten Zeitpunkt, zu dem die Agentur ihre Tätigkeit aufnimmt, bedarf der Abschluß oder die Erneuerung von Abkommen und Vereinbarungen über die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen der vorherigen Genehmigung der Kommission.

Diese hat ihre Genehmigung zum Abschluß oder zur Verlängerung von Abkommen und Vereinbarungen zu verweigern, die nach ihrer Auffassung die Anwendung dieses Vertrags gefährden können. Sie kann ihre Genehmigung insbesondere davon abhängig machen, daß in die Abkommen oder Vereinbarungen Klauseln aufgenommen werden, die es der Agentur gestatten, sich an deren Durchführung zu beteiligen.

Artikel 223

In Abweichung von Artikel 60 und zur Berücksichtigung der bereits eingeleiteten Untersuchungen und Arbeiten werden die Reaktoren, die in den Hoheitsgebieten eines Mitgliedstaates erstellt worden sind und die vor Ablauf von sieben Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags kritisch werden können, während eines Zeitraums von höchstens zehn Jahren nach dem genannten Zeitpunkt bevorzugt aus dem Aufkommen an Erzen und Ausgangsstoffen aus den Hoheitsgebieten dieses Staates oder mit den Ausgangsstoffen oder den besonderen spaltbaren Stoffen versorgt, die Gegenstand eines vor Inkrafttreten dieses Vertrags geschlossenen zweiseitigen Abkommens sind, das der Kommission gemäß Artikel 105 mitgeteilt wurde.

Der gleiche Vorrang wird während des gleichen Zeitraums von zehn Jahren für die Versorgung aller Isotopentrennanlagen eingeräumt, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates vor Ablauf einer Frist von sieben Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags als gemeinsames oder nicht gemeinsames Unternehmen in Betrieb genommen werden.

Section III

Dispositions applicables à titre transitoire

Article 221

Les dispositions des articles 14 à 23 inclus et des articles 25 à 28 inclus s'appliquent aux brevets, titres de protection provisoire et modèles d'utilité ainsi qu'aux demandes de brevet et de modèle d'utilité antérieurs à l'entrée en vigueur du Traité, dans les conditions ci-après:

(1) Pour l'application du délai prévu à l'article 17 paragraphe (2), il doit être tenu compte, en faveur du titulaire, de la situation nouvelle créée par l'entrée en vigueur du Traité.

(2) En ce qui concerne la communication d'une invention non secrète, si les délais de trois et dix-huit mois visés à l'article 16, ou l'un d'eux, sont expirés à la date de l'entrée en vigueur du Traité, un nouveau délai de six mois commence à courir à compter de cette date.

Si ces délais, ou l'un d'eux, sont en cours à cette date, ils sont prorogés de six mois à compter du jour de leur expiration normale.

(3) Les mêmes dispositions s'appliquent en ce qui concerne la communication d'une invention secrète, aux termes des articles 16 et 25 paragraphe (1), sous la réserve qu'en pareil cas, la date prise en considération comme point de départ des nouveaux délais ou pour la prolongation des délais en cours est celle de l'entrée en vigueur du règlement de sécurité visé à l'article 24.

Article 222

Pendant la période comprise entre la date d'entrée en vigueur du Traité et celle, fixée par la Commission, à laquelle l'Agence assume ses fonctions, les accords et conventions de fournitures de minerais, matières brutes ou matières fissiles spéciales sont conclus ou renouvelés avec l'approbation préalable de la Commission.

Celle-ci doit refuser son approbation à la conclusion ou au renouvellement d'accords et conventions qu'elle estime de nature à compromettre l'application du présent Traité. Elle peut notamment subordonner son approbation à l'insertion, dans les accords et conventions, de clauses permettant à l'Agence de devenir partie à l'exécution de ceux-ci.

Article 223

Par dérogation à l'article 60 et pour tenir compte des études et travaux déjà engagés, l'approvisionnement des réacteurs établis sur les territoires d'un État membre qui pourront diverger avant l'expiration d'un délai de sept ans à compter de la date d'entrée en vigueur du Traité, bénéficie, pendant une période maximum de dix ans à partir de la même date, d'une priorité qui peut être exercée tant sur les ressources en minerais et en matières brutes provenant des territoires de cet État, que sur les matières brutes ou matières fissiles spéciales faisant l'objet d'un accord bilatéral conclu avant l'entrée en vigueur du Traité, et communiqué à la Commission conformément aux dispositions de l'article 105.

La même priorité est accordée, pendant la même période de dix ans, pour l'approvisionnement de toute usine de séparation isotopique, constituant ou non une Entreprise commune, entrée en fonctionnement sur le territoire d'un État membre avant l'expiration d'un délai de sept ans à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

Sezione III

Disposizioni applicabili a titolo transitorio

Articolo 221

Le disposizioni di cui agli articoli da 14 a 23 inclusi e da 25 a 28 inclusi si applicano ai brevetti, titoli di protezione temporanea e modelli di utilità, come anche alle domande di brevetti e di modelli di utilità precedenti all'entrata in vigore del Trattato, alle condizioni seguenti:

1. Per l'applicazione del termine previsto dall'articolo 17, paragrafo 2, va considerata in favore del titolare la nuova situazione creata dall'entrata in vigore del Trattato.

2. Per quanto concerne la comunicazione di una invenzione non segreta, quando i termini di tre mesi e diciotto mesi previsti dall'articolo 16, o uno di questi, siano scaduti alla data dell'entrata in vigore del Trattato, da tale data ha decorrenza un nuovo termine di sei mesi.

Se questi termini, o uno di questi, sono in corso a tale data, vengono prorogati di sei mesi a decorrere dal giorno della loro normale scadenza.

3. Le stesse disposizioni si applicano per quanto concerne la comunicazione di una invenzione segreta, a mente degli articoli 16 e 25, paragrafo 1; in tal caso, tuttavia, la data considerata per la decorrenza dei nuovi termini ovvero per la proroga dei termini in corso è quella dell'entrata in vigore del regolamento di sicurezza di cui all'articolo 24.

Articolo 222

Durante il periodo compreso tra la data di entrata in vigore del Trattato e quella, fissata dalla Commissione, in cui l'Agenzia assume le sue funzioni, gli accordi e convenzioni di fornitura di minerali, materie grezze o materie fissili speciali sono conclusi o rinnovati con la preventiva approvazione della Commissione.

Questa deve ricusare la sua approvazione alla conclusione o al rinnovo di accordi e convenzioni che ritenga tali da compromettere l'applicazione del presente Trattato. La Commissione può in particolare subordinare la propria approvazione all'apposizione, negli accordi e convenzioni, di clausole che consentano all'Agenzia di diventare parte nell'esecuzione di questi.

Articolo 223

In deroga all'articolo 60 e in considerazione degli studi e lavori già avviati, l'approvvigionamento dei reattori impiantati sui territori di uno Stato membro che potranno divergere prima dello scadere di un termine di sette anni dalla data di entrata in vigore del Trattato, beneficia, per un periodo massimo di dieci anni a decorrere dalla stessa data, di una precedenza che può essere fatta valere tanto sulle risorse di minerali e di materie grezze provenienti dai territori dello Stato in causa, quanto sulle materie grezze o materie fissili speciali che costituiscono oggetto di un accordo bilaterale concluso prima dell'entrata in vigore del Trattato, e comunicato alla Commissione conformemente alle disposizioni dell'articolo 105.

La stessa precedenza è accordata, durante lo stesso periodo di dieci anni, per l'approvvigionamento di qualsiasi stabilimento di separazione isotopica, che costituisca o meno una Impresa comune, entrato in funzione sul territorio di uno Stato membro prima dello scadere di un termine di sette anni dall'entrata in vigore del Trattato.

Afdeling III

Overgangsbepalingen

Artikel 221

De bepalingen van de artikelen 14 tot en met 23 en van de artikelen 25 tot en met 28 zijn van toepassing op octrooien, voorlopig bescherminggevendende rechten en gebruiksmodellen, alsmede op aanvragen om octrooien en om gebruiksmodellen, die vóór de inwerkingtreding van dit Verdrag bestonden, en wel onder de volgende voorwaarden:

1. Voor de toepassing van de termijn, gesteld in artikel 17, lid 2, moet, ten gunste van de houder, rekening worden gehouden met de door de inwerkingtreding van het Verdrag ontstane nieuwe toestand.

2. Wanneer voor de mededeling van een niet-geheime uitvinding, de in artikel 16 gestelde termijnen van drie tot achttien maanden, of een van beide, verstreken zijn op het tijdstip van de inwerkingtreding van het Verdrag, gaat op dat tijdstip een nieuwe termijn van zes maanden in.

Indien deze termijnen, of een van beide, op dat tijdstip lopen, worden zij met zes maanden verlengd te rekenen van de dag waarop zij normaal zouden verstrijken.

3. Dezelfde bepalingen zijn van toepassing op de mededeling van een geheime uitvinding, overeenkomstig de artikelen 16 en 25, lid 1, met dien verstande dat de nieuwe termijnen of de verlenging van de lopende termijnen in dat geval ingaan op de dag inwerkingtreding van de in artikel 24 bedoelde beveiligingsverordening.

Artikel 222

Tussen het tijdstip van inwerkingtreding van het Verdrag en het door de Commissie vastgestelde tijdstip waarop het Agentschap in functie treedt, worden de akkoorden en overeenkomsten voor levering van erts, grondstoffen of bijzondere splijtstoffen gesloten of verlengd met voorafgaande goedkeuring van de Commissie.

Deze moet haar goedkeuring weigeren voor het sluiten of verlengen van akkoorden en overeenkomsten, die, naar haar oordeel, de toepassing van dit Verdrag in gevaar kunnen brengen. Zij kan met name haar goedkeuring afhankelijk stellen van de opneming in de akkoorden en overeenkomsten van clausules die aan het Agentschap de mogelijkheid geven deel te nemen aan de uitvoering van deze akkoorden en overeenkomsten.

Artikel 223

In afwijking van artikel 60 en ten einde rekening te houden met reeds begonnen studies en werkzaamheden heeft de voorziening van de op de grondgebieden van een Lid-Staat gebouwde reactoren, welke binnen zeven jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag kritisch kunnen worden, gedurende een periode van ten hoogste tien jaar na dezelfde datum voorrang zowel ten aanzien van de erts en grondstoffen herkomstig uit de grondgebieden van die Staat als ten aanzien van grondstoffen of bijzondere splijtstoffen waartrent vóór de inwerkingtreding van het Verdrag een bilateraal akkoord is gesloten waarvan aan de Commissie mededeling is gedaan overeenkomstig de bepalingen van artikel 105.

Dezelfde voorrang wordt gedurende hetzelfde tijdvak van tien jaar verleend voor de voorziening van elke fabriek voor isotopenscheiding, al of niet een Gemeenschappelijke Onderneming, welke vóór het verstrijken van een termijn van zeven jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag op het grondgebied van een Lid-Staat in bedrijf is gesteld.

Die Agentur schließt die entsprechenden Verträge, nachdem die Kommission festgestellt hat, daß die Bedingungen für die Einräumung des Vorrangs erfüllt sind.

L'Agence conclut les contrats correspondants, après vérification par la Commission que les conditions d'application du droit de priorité sont remplies.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 224

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft. Findet diese Hinterlegung weniger als fünfzehn Tage vor Beginn des folgenden Monats statt, so tritt der Vertrag am ersten Tag des zweiten Monats nach dieser Hinterlegung in Kraft.

Artikel 225

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

DISPOSITIONS FINALES

Article 224

Le présent Traité sera ratifié par les Hautes Parties Contractantes en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la République Italienne.

Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification de l'État signataire qui procédera le dernier à cette formalité. Toutefois, si ce dépôt a lieu moins de quinze jours avant le début du mois suivant, l'entrée en vigueur du Traité est reportée au premier jour du deuxième mois suivant la date de ce dépôt.

Article 225

Le présent Traité, rédigé en un exemplaire unique, en langue allemande, en langue française, en langue italienne et en langue néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Italienne qui remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des autres États signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Traité.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

L'Agenzia conclude i relativi contratti, dopo verifica da parte della Commissione che sussistono le condizioni per il riconoscimento del diritto di prelazione.

Het Agentschap sluit de desbetreffende contracten nadat de Commissie heeft nagegaan of aan de voorwaarden voor toepassing van het recht van voorrang is voldaan.

DISPOSIZIONI FINALI

Articolo 224

Il presente Trattato sarà ratificato dalle Alte Parti Contraenti conformemente alle loro norme costituzionali rispettive. Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo della Repubblica Italiana.

Il presente Trattato entrerà in vigore il primo giorno del mese successivo all'avvenuto deposito dello strumento di ratifica da parte dello Stato firmatario che procederà per ultimo a tale formalità. Tuttavia, qualora tale deposito avvenisse meno di quindici giorni prima dell'inizio del mese seguente, l'entrata in vigore del Trattato sarà rinviata al primo giorno del secondo mese successivo alla data del deposito stesso.

Articolo 225

Il presente Trattato, redatto in unico esemplare, in lingua francese, in lingua italiana, in lingua olandese e in lingua tedesca, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Governo della Repubblica Italiana che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli altri Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Trattato.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

SLOTBEPALINGEN

Artikel 224

Dit Verdrag zal door de Hoge Verdragsluitende Partijen worden bekrachtigd overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen. De akten van bekrachtiging zullen worden nedergelegd bij de Regering van de Italiaanse Republiek.

Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand die volgt op het nederleggen van de akte van bekrachtiging door de ondertekenende Staat die als laatste deze handeling verricht. Indien deze nederlegging echter minder dan vijftien dagen vóór het begin van de eerstvolgende maand plaatsvindt wordt de inwerkingtreding van het Verdrag verschoven naar de eerste dag van de tweede maand volgende op die nederlegging.

Artikel 225

Dit Verdrag, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van de Regering van de Italiaanse Republiek, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen der andere ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Verdrag gesteld.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Anhänge

Annexes

Anhang I

Annexe I

Forschungsgebiet betreffend die Kernenergie gemäß Artikel 4 dieses Vertrags

Domaine des recherches concernant l'énergie nucléaire visé à l'article 4 du Traité

I. Rohstoffe

I. Matières premières

1. Verfahren für die Schürfung und den Abbau von Lagern, die Grundstoffe enthalten (Uran, Thorium und andere Erzeugnisse, die für die Kernenergie von besonderer Bedeutung sind).
2. Verfahren für die Konzentrierung dieser Stoffe und für die Umwandlung in technisch reine Verbindungen
3. Verfahren für die Umwandlung dieser technisch reinen Verbindungen in Verbindungen und Metalle nuklearer Qualität.
4. Verfahren für die Umwandlung und die Verarbeitung dieser Verbindungen und Metalle — sowie von reinem oder an diese Verbindungen oder Metalle gebundenem Plutonium, Uran 235 oder 233 — in Brennstoffelemente durch die chemische, keramische oder Hüttenindustrie.
5. Verfahren für den Schutz dieser Brennstoffelemente gegen äußere Korrosions- oder Erosionsfaktoren.
6. Verfahren für die Erzeugung, Reinigung, Verarbeitung und Aufbewahrung betreffend die übrigen besonderen Stoffe auf dem Gebiet der Kernenergie, insbesondere:
 - a) Moderatoren wie schweres Wasser, Graphit nuklearer Qualität, Beryllium und Berylliumoxyd,
 - b) Konstruktionsmaterial wie (hafniumfreies) Zirkonium, Niobium, Lanthan, Titan, Beryllium und ihre Oxyde. Kohlenstoffverbindungen und andere Verbindungen, die auf dem Gebiet der Kernenergie verwendet werden können,
 - c) Kühlmittel wie Helium, organische Thermofluidе, Natrium, Natriumkaliumlegierungen, Wismut, Bleiwismutlegierungen.
7. Verfahren für die Isotopentrennung
 - a) von Uran,
 - b) von Stoffen in wägbaren Mengen, die für die Kernenergie-Erzeugung gebraucht werden können, wie Lithium 6 und 7, Stickstoff 15, Bor 10,
 - c) von Isotopen, die in kleinen Mengen für Forschungsarbeiten verwendet werden.

1. Méthodes de prospection minière et d'exploitation des mines particulières aux mines de matières de base (uranium, thorium et autres produits d'un intérêt particulier pour l'énergie nucléaire).
2. Méthodes de concentration de ces matières et de transformation en composés de pureté technique.
3. Méthodes de transformation de ces composés de pureté technique en composés et métaux de qualité nucléaire.
4. Méthodes de transformation et de façonnage de ces composés et métaux — ainsi que de plutonium, d'uranium 235 ou 233 purs ou associés à ces composés ou métaux — par l'industrie chimique, céramique ou métallurgique, en éléments de combustible.
5. Méthodes de protection de ces éléments de combustible contre les agents de corrosion ou d'érosion extérieurs.
6. Méthodes de production, de purification, de façonnage et de conservation des autres matériaux spéciaux du domaine de l'énergie nucléaire, en particulier:
 - a) Modérateurs, tels que eau lourde, graphite nucléaire, béryllium et son oxyde.
 - b) Éléments de structure, tels que zirconium (exempt de hafnium), niobium, lanthane, titane, béryllium et leurs oxydes, carbures et autres composés utilisables dans le domaine de l'énergie nucléaire.
 - c) Fluides de refroidissement, tels que hélium, thermofluides organiques, sodium, alliages sodium-potassium, bismuth, alliages plomb-bismuth.
7. Méthodes de séparation isotopique:
 - a) de l'uranium.
 - b) de matériaux en quantités pondérable pouvant être utiles à la production d'énergie nucléaire tels que lithium 6 et 7, azote 15, bore 10.
 - c) d'isotopes utilisés en petites quantités pour des travaux de recherches.

II. Angewandte Physik auf dem Gebiet der Kernenergie

II. Physique appliquée à l'énergie nucléaire

1. Angewandte theoretische Physik
 - a) Kernreaktionen mit geringer Energie, insbesondere durch Neutronen hervorgerufene Reaktionen,
 - b) Spaltung,
 - c) Wechselwirkung von ionisierenden Strahlungen und Photonen mit der Materie,

1. Physique théorique appliquée:
 - a) Réactions nucléaires à basse énergie, en particulier réactions provoquées par neutrons.
 - b) Fission.
 - c) Interaction des rayonnements ionisants et photons avec la matière.

Allegati

Bijlagen

Allegato I

Bijlage I

Campo delle ricerche concernenti
l'energia nucleare
in relazione all'articolo 4 del Trattato

Terrein van onderzoek betreffende
de kernenergie
bedoeld in artikel 4 van het Verdrag

I. Materie prime

1. Metodi di prospezione mineraria e di sfruttamento delle miniere con particolare riguardo alle miniere di materie di base (uranio, torio e altri prodotti di interesse speciale per l'energia nucleare).
2. Metodi di concentrazione di queste materie e di trasformazione in composti tecnicamente puri.
3. Metodi di trasformazione di questi composti tecnicamente puri in composti e metalli di qualità nucleare.
4. Metodi di trasformazione e di trattamento di questi composti e metalli — nonché del plutonio, dell'uranio 235 o 233 puri o associati a questi composti o metalli — da parte dell'industria chimica, ceramica o metallurgica, in elementi di combustibile.
5. Metodi di protezione di questi elementi di combustibile dagli agenti esterni di corrosione o di erosione.
6. Metodi di produzione, di purificazione, di trattamento e conservazione degli altri materiali speciali del campo dell'energia nucleare, in particolare:
 - a) Moderatori quali acqua pesante, grafite nucleare, berillio e il suo ossido.
 - b) Elementi per strutture quali zirconio (esente da afnio), niobio, lantanio, titanio, berillio e loro ossidi, carburi ed altri composti utilizzabili nel campo dell'energia nucleare.
 - c) Fluidi refrigeranti, quali elio, termo-fluidi organici, sodio, leghe sodio-potassio, bismuto, leghe piombo-bismuto.
7. Metodi di separazione isotopica:
 - a) dell'uranio,
 - b) di materiali in quantità ponderali tali da poter essere utili per la produzione di energia nucleare come litio 6 e 7, azoto 15, boro 10,
 - c) di isotopi utilizzati in piccola quantità per lavori di ricerca.

II. Fisica applicata all'energia nucleare

1. Fisica teorica applicata:
 - a) Reazioni nucleari a bassa energia, in particolare reazioni provocate da neutroni.
 - b) Fissione.
 - c) Interazione delle radiazioni ionizzanti e fotoni con la materia.

I. Basismaterialen

1. Gebied van onderzoek betreffende de winning van basismaterialen (uranium, thorium en andere produkten van bijzonder belang voor de kernenergie).
2. Methoden voor concentratie van deze basismaterialen en voor omzetting daarvan in technisch zuivere verbindingen.
3. Methoden voor omzetting van deze technisch zuivere verbindingen in verbindingen en metalen van de zuiverheid vereist voor toepassing op het gebied van de kernenergie.
4. Methoden voor omzetting en bewerking van deze verbindingen en metalen — alsmede van plutonium, uranium 235 of 233, zuiver of verwerkt in genoemde verbindingen of metalen — door de chemische, keramische of metallurgische industrie tot splijstofelementen.
5. Methoden voor de bescherming van deze splijstofelementen tegen corrosie en erosie door uitwendige invloeden.
6. Methoden voor vervaardiging, zuivering, bewerking en bewaring van andere speciale materialen op het gebied van de kernenergie, in het bijzonder:
 - a) Moderatoren, zoals zwaarwater, grafiet van de zuiverheid vereist voor toepassing op het gebied van de kernenergie, beryllium en berylliumoxyde.
 - b) Materialen voor de bouw van reactoren zoals zirkonium (vrij van hafnium), niobium, lanthanum, titanium, beryllium en hun oxyden, carbiden en andere verbindingen, welke gebruikt kunnen worden op het gebied van de kernenergie.
 - c) Koelmiddelen zoals helium, organische warmte-overdragers, natrium, legeringen van natrium en kalium, bismuth, legeringen van lood en bismuth.
7. Methoden voor de afscheiding van isotopen
 - a) van uranium,
 - b) van stoffen in weegbare hoeveelheden, welke kunnen worden gebruikt bij de opwekking van kernenergie, zoals lithium 6 en 7, stikstof 15, borium 10,
 - c) van isotopen welke in kleine hoeveelheden gebruikt worden voor onderzoekswerkzaamheden.

II. Natuurkunde toegepast op de kernenergie

1. Toegepaste theoretische natuurkunde:
 - a) kernreacties met lage energie, in het bijzonder reacties veroorzaakt door neutronen,
 - b) splijting,
 - c) wisselwerking van ioniserende straling en photonen met de materie,

- d) Festkörpertheorie.
 - e) Untersuchung über die Fusion, insbesondere über das Verhalten eines ionisierten Plasmas unter Einwirkung elektromagnetischer Kräfte und die Thermodynamik außergewöhnlich hoher Temperaturen.
2. Angewandte experimentelle Physik
- a) dieselben Sachgebiete wie unter Ziffer 1,
 - b) Untersuchung der Eigenschaften der Transurane, die für die Kernenergie von Bedeutung sind.
3. Berechnung der Reaktoren
- a) makroskopische Neutronentheorie,
 - b) experimentelle Neutronenmessungen: exponentielle und kritische Messungen,
 - c) thermodynamische Berechnungen und Berechnungen über die Beständigkeit der Stoffe,
 - d) entsprechende experimentelle Messungen,
 - e) Kinetik der Reaktoren, Problem der Kontrolle ihres Betriebes und entsprechende Versuche,
 - f) Berechnungen über den Strahlenschutz und entsprechende Versuche.

III. Physikalische Chemie der Reaktoren

- 1. Untersuchung der physikalischen und chemischen Strukturänderungen und der Wandlung der technischen Eigenschaften verschiedener Stoffe in den Reaktoren
 - a) unter Hitzewirkung,
 - b) bei Berührung, auf Grund der Art der Stoffe,
 - c) durch mechanische Wirkung.
- 2. Untersuchung der Zersetzung und anderer Wirkungen, die durch Bestrahlung hervorgerufen werden
 - a) bei den Brennstoffelementen,
 - b) beim Konstruktionsmaterial und bei den Kühlmitteln,
 - c) bei den Moderatoren.
- 3. Analytische Chemie und physikalische Chemie der Reaktorbestandteile.
- 4. Physikalische Chemie der homogenen Reaktoren: Radiochemie, Korrosion.

IV. Behandlung der radioaktiven Stoffe

- 1. Verfahren für die Gewinnung von Plutonium und Uran 233 aus bestrahlten Brennstoffen, gegebenenfalls Rückgewinnung von Uran oder Thorium.
- 2. Chemie und Metallurgie des Plutoniums.
- 3. Verfahren für Gewinnung und Chemie der anderen Transurane.
- 4. Verfahren für Gewinnung und Chemie verwertbarer Radioisotope:
 - a) Spaltprodukte,
 - b) mittels Bestrahlung gewonnener Radioisotope.
- 5. Konzentrierung und Aufbewahrung der unbrauchbaren radioaktiven Abfälle.

- d) Théorie de l'état solide.
- e) Étude de la fusion portant notamment sur le comportement d'un plasma ionisé sous l'action de forces électromagnétiques et sur la thermodynamique des températures extrêmement élevées.

2. Physique expérimentale appliquée:
- a) Mêmes sujets que ceux mentionnés sous 1 ci-dessus.
 - b) Étude des propriétés des transuraniens présentant intérêt pour l'énergie nucléaire.

3. Calcul des réacteurs:
- a) Neutronique théorique macroscopique.
 - b) Déterminations neutroniques expérimentales: expériences exponentielles et critiques.
 - c) Calculs thermodynamiques et de résistance des matériaux.
 - d) Déterminations expérimentales correspondantes.
 - e) Cinétique des réacteurs, problème du contrôle de la marche de ceux-ci et expérimentations correspondantes.
 - f) Calculs de protection contre les radiations et expérimentations correspondantes.

III. Physico-chimie des réacteurs

- 1. Étude des modifications de structure physique et chimique et de l'altération de qualité technique de divers matériaux dans les réacteurs sous l'effet:
 - a) de la chaleur,
 - b) de la nature des agents au contact,
 - c) de causes mécaniques.
- 2. Étude des dégradations et autres phénomènes provoqués par irradiation:
 - a) dans les éléments de combustible,
 - b) dans les éléments de structure et les fluides de refroidissement,
 - c) dans les modérateurs.
- 3. Chimie et physico-chimie analytiques appliquées aux composants des réacteurs.
- 4. Physico-chimie des réacteurs homogènes: radiochimie, corrosion.

IV. Traitement des matières radioactives

- 1. Méthodes d'extraction du plutonium et de l'uranium 233 des combustibles irradiés, récupération éventuelle d'uranium ou de thorium.
- 2. Chimie et métallurgie du plutonium.
- 3. Méthodes d'extraction et chimie des autres transuraniens.
- 4. Méthodes d'extraction et chimie des radioisotopes utiles:
 - a) produits de fission,
 - b) obtenus par irradiation.
- 5. Concentration et conservation des déchets radioactifs inutiles.

- d) Teoria dello stato solido.
- e) Studio della fusione con particolare riguardo al comportamento di un plasma ionizzato sotto l'azione di forze elettro-magnetiche ed alla termodinamica delle temperature estremamente elevate.
- 2. Fisica sperimentale applicata:
 - a) Le stesse voci menzionate al paragrafo 1 precedente.
 - b) Studio delle proprietà degli elementi transuranici di interesse per l'energia nucleare.
- 3. Calcolo dei reattori:
 - a) Neutronica teorica macroscopica.
 - b) Determinazioni neutroniche sperimentali: esperienze esponenziali e critiche.
 - c) Calcoli termodinamici e di resistenza dei materiali.
 - d) Determinazioni sperimentali corrispondenti.
 - e) Cinetica dei reattori, problema del controllo del funzionamento di questi e sperimentazioni corrispondenti.
 - f) Calcoli di protezione contro le radiazioni e sperimentazioni corrispondenti.

III. Fisico-chimica dei reattori

- 1. Studio delle modificazioni della struttura fisica e chimica e della alterazione delle qualità tecniche dei diversi materiali nei reattori sotto l'effetto:
 - a) del calore,
 - b) della natura degli agenti a contatto,
 - c) delle cause meccaniche.
- 2. Studio delle degradazioni e degli altri fenomeni provocati dalle radiazioni:
 - a) negli elementi di combustibile,
 - b) negli elementi strutturali e nei fluidi refrigeranti,
 - c) nei moderatori.
- 3. Chimica e fisico-chimica analitiche applicate alle componenti dei reattori.
- 4. Fisico-chimica dei reattori omogenei: radio-chimica, corrosione.

IV. Trattamento dei materiali radioattivi

- 1. Metodi di estrazione del plutonio e dell'uranio 233 dai combustibili irradiati, eventuale recupero di uranio o di torio.
- 2. Chimica e metallurgia del plutonio.
- 3. Metodi di estrazione e chimica degli altri elementi transuranici.
- 4. Metodi di estrazione e chimica dei radioisotopi utili:
 - a) prodotti di fissione,
 - b) ottenuti per irradiazione.
- 5. Concentrazione e conservazione degli scarichi radioattivi inutili.

- d) theorie van de vaste toestand,
- e) bestudering van de kernversmelting, in het bijzonder van het gedrag van een geïoniseerd plasma onder invloed van elektromagnetische krachten en van de, thermodynamica van uiterst hoge temperaturen.
- 2. Toegepaste experimentele natuurkunde:
 - a) dezelfde onderwerpen als vermeld onder 1 hierboven,
 - b) bestudering van de eigenschappen van de transuraniemelementen van belang voor de kernenergie.
- 3. Berekeningen inzake reactoren:
 - a) theoretische macroscopische neutronenleer,
 - b) experimentele bepaling van de neutronenverdeling: exponentiële en kritische experimenten,
 - c) thermodynamische berekeningen en berekeningen van de bestendigheid van materialen,
 - d) overeenkomstige experimentele bepalingen,
 - e) reactorcinetica, problemen van de reactorregeling en overeenkomstige experimenten,
 - f) berekening van de afscherming van straling en overeenkomstige experimenten.

III. Fysische chemie van de reactoren

- 1. Studie van de natuurkundige en scheikundige structuurveranderingen en van de wijziging van de technische eigenschappen van verschillende materialen in reactoren door:
 - a) warmte,
 - b) de aard van de met elkaar in contact zijnde materialen,
 - c) mechanische oorzaken.
- 2. Studie van de afbraak en andere verschijnselen veroorzaakt door bestraling:
 - a) in de splijtstofelementen,
 - b) in de materialen voor de bouw van reactoren en in de koelmiddelen,
 - c) in de moderatoren.
- 3. Toepassing van de chemische en de fysisch-chemische analyse op de bestanddelen van reactoren.
- 4. Fysische chemie van homogene reactoren: radio-chemie, corrosie.

IV. Behandeling van radioactieve materialen

- 1. Methoden voor de winning van plutonium en uranium 233 uit bestraalde splijtstoffen, eventuele terugwinning van uranium of thorium.
- 2. Chemie en metallurgie van plutonium.
- 3. Afscheidingsmethoden en chemie van de andere transuraniemelementen.
- 4. Afscheidingsmethoden en chemie van de bruikbare radioactieve isotopen:
 - a) splijtingsprodukten,
 - b) produkten verkregen door bestraling.
- 5. Concentratie en opslag van onbruikbare radioactieve afval.

V. Verwendung der Radioelemente

Als Bestrahlungselemente oder als Spürelemente:

- a) in Industrie und Wissenschaft,
- b) in Therapie und Biologie,
- c) in der Landwirtschaft.

VI. Untersuchung der schädlichen Auswirkungen der Strahlungen auf Lebewesen

1. Untersuchungen über Auffindung und Messung schädlicher Strahlungen.
2. Untersuchung geeigneter Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen sowie der entsprechenden Sicherheitsnormen.
3. Untersuchung über Therapie gegen Strahlenwirkungen.

VII. Ausrüstungen

Untersuchungen über die Herstellung und Verbesserung von besonderen Ausrüstungen für Reaktoren und für sämtliche Forschungs- und industriellen Anlagen, die für die vorstehend erwähnten Forschungen erforderlich sind, z. B.:

1. folgende mechanische Ausrüstungen:
 - a) Pumpen für besondere Flüssigkeiten,
 - b) Wärmeaustauscher,
 - c) Apparate für kernphysikalische Forschung (wie z. B. Selektoren für Neutronengeschwindigkeiten),
 - d) Geräte für Fernbedienung;
2. folgende elektrische Ausrüstungen:
 - a) Geräte für Auffinden und Messung von Strahlungen, insbesondere zur Verwendung bei
 - der Schürfung von Erzen,
 - der wissenschaftlichen und technischen Forschung,
 - der Kontrolle von Reaktoren,
 - dem Gesundheitsschutz,
 - b) Geräte für die Steuerung der Reaktoren,
 - c) Teilchenbeschleuniger mit geringer Energie bis 10 MeV.

VIII. Wirtschaftliche Gesichtspunkte der Energieerzeugung

1. Vergleichende theoretische und experimentelle Untersuchung der verschiedenen Reaktortypen.
2. Technisch-wirtschaftliche Untersuchung der Brennstoffzyklen.

V. Applications des radioéléments

Applications des radioéléments en tant qu'éléments agissants ou en tant qu'éléments traceurs, dans les secteurs:

- a) industriels et scientifiques,
- b) thérapeutiques et biologiques,
- c) agricoles.

VI. Etude des effets nocifs des radiations sur les êtres vivants

1. Étude de la détection et de la mesure des radiations nocives.
2. Étude des préventions et protections adéquates et des normes de sécurité correspondantes.
3. Étude de la thérapeutique contre les effets des radiations.

VII. Équipements

Études pour la réalisation et l'amélioration d'équipements spécialement destinés, non seulement aux réacteurs, mais encore à l'ensemble des installations de recherche et industrielles nécessaires aux recherches énumérées ci-dessus. Peuvent être cités à titre indicatif:

1. Les équipements mécaniques suivants:
 - a) pompes pour fluides spéciaux,
 - b) échangeurs de chaleur,
 - c) appareils de recherche de physique nucléaire (tels que sélecteurs de vitesse de neutrons),
 - d) appareillages de manipulations à distance.
2. Les équipements électriques suivants:
 - a) appareillages de détection et de mesure des radiations à l'usage notamment:
 - de prospections minières,
 - de recherches scientifiques et techniques,
 - contrôle des réacteurs,
 - de protection sanitaire.
 - b) appareillages de commande des réacteurs.
 - c) accélérateurs de particules de basse énergie jusqu'à 10 MeV.

VIII. Aspects économiques de la production d'énergie

1. Étude comparée, théorique et expérimentale, des différents types de réacteurs.
2. Étude technico-économique des cycles de combustibles.

V. Applicazione dei radio-elementi

Applicazione dei radio-elementi sia come elementi agenti sia come elementi traccianti, nei settori:

- a) industriali e scientifici,
- b) terapeutici e biologici,
- c) agricoli.

VI. Studio degli effetti nocivi delle radiazioni sugli esseri viventi

1. Studio della rivelazione e della misura delle radiazioni nocive.
2. Studio delle prevenzioni e protezioni adeguate e delle norme di sicurezza corrispondenti.
3. Studio della terapeutica contro gli effetti delle radiazioni.

VII. Attrezzature

Studi per la realizzazione ed il miglioramento delle attrezzature destinate specialmente, non solo ai reattori, ma anche all'insieme delle installazioni di ricerca e industriali necessarie alle ricerche sopraelencate. Possono essere citate a titolo indicativo:

1. Le attrezzature meccaniche seguenti:
 - a) pompe per fluidi speciali,
 - b) scambiatori di calore,
 - c) apparecchi di ricerca di fisica nucleare (quali selettori di velocità dei neutroni),
 - d) dispositivi di manipolazione a distanza.
2. Le attrezzature elettriche seguenti:
 - a) dispositivi di rivelazione e di misura delle radiazioni specialmente per:
 - prospezioni minerarie,
 - ricerche scientifiche e tecniche,
 - controllo dei reattori,
 - protezione sanitaria,
 - b) dispositivi di comando dei reattori,
 - c) acceleratori di particelle di bassa energia fino a 10 MeV.

VIII. Aspetti economici della produzione di energia

1. Studio comparato, teorico e sperimentale, dei diversi tipi di reattori.
2. Studio tecnico-economico dei cicli di combustibile.

V. Toepassing van radioactieve isotopen

Als zodanig of als „tracers“ in:

- a) de industrie en de wetenschap,
- b) de geneeskunde en de biologie,
- c) de landbouw.

VI. Studie van de schadelijke inwerking van straling op levende wezens

1. Studie van de wijze van aantonen en de meting van schadelijke straling.
2. Studie van de middelen ter doelmatige voorkoming van bestraling en bescherming daartegen en van de daarmee samenhangende veiligheidsnormen.
3. Studie van de geneeswijzen tegen de gevolgen van straling.

VII. Uitrustingen

Studie voor de uitvoering en de verbetering van de uitrusting bestemd, niet alleen voor de reactoren, doch ook voor het geheel van installaties, ten behoeve van onderzoek en industrie welke zijn vereist voor de hierboven opgesomde onderzoekingen. Als voorbeeld kunnen worden genoemd:

1. de volgende mechanische uitrusting:
 - a) pompen voor speciale vloeistoffen,
 - b) warmtewisselaars,
 - c) apparaten voor kernfysisch onderzoek (zoals apparaten voor het scheiden van neutronen naar snelheid),
 - d) apparatuur voor afstandsbediening;
2. de volgende elektrische uitrusting:
 - a) apparatuur voor het aantonen en de meting van straling in het bijzonder ten behoeve van
 - de opsporing van delfstoffen,
 - het wetenschappelijk en technisch onderzoek,
 - de regeling van reactoren,
 - de bescherming van de gezondheid,
 - b) apparatuur voor de bediening van reactoren,
 - c) apparaten voor de versnelling van deeltjes met een lage energie tot 10 MeV.

VIII. Economische gezichtspunten van de energieproductie

1. Theoretische en experimentele vergelijkende studie van verschillende typen van reactoren.
2. Technisch-economische bestudering van de splitsstofcyclussen.

Anhang II

Industriezweige,
auf die in Artikel 41 dieses Vertrags
Bezug genommen ist

1. Gewinnung von Uran- und Thoriumerzen.
2. Konzentrierung dieser Erze.
3. Chemische Aufbereitung und Raffinierung der Uran- und Thoriumkonzentrate.
4. Aufbereitung der Kernbrennstoffe in jeglicher Form.
5. Herstellung von Kernbrennstoffelementen.
6. Herstellung von Uranhexafluorid.
7. Erzeugung angereicherten Urans.
8. Aufbereitung bestrahlter Brennstoffe zur Trennung aller oder eines Teils der darin enthaltenen Elemente.
9. Herstellung von Reaktormoderatoren.
10. Erzeugung von hafniumfreiem Zirkonium oder von Verbindungen hafniumfreien Zirkoniums.
11. Kernreaktoren aller Typen und für jeglichen Zweck.
12. Anlagen für die industrielle Aufbereitung radioaktiver Abfälle, die in Verbindung mit einer oder mehreren der in dieser Liste genannten Anlagen errichtet werden.
13. Halbindustrielle Einrichtungen für die Vorbereitung des Baues von Anlagen, die unter die Ziffern 3 bis 10 fallen.

Anhang III

Vergünstigungen,
die den gemeinsamen Unternehmen
nach Artikel 48 dieses Vertrags
gewährt werden können

1. a) Anerkennung des öffentlichen Interesses für den Erwerb von Grundstücken, die für die Errichtung der gemeinsamen Unternehmen erforderlich sind, nach dem einzelstaatlichen Recht;
- b) Anwendung des einzelstaatlichen Enteignungsverfahrens aus Gründen des öffentlichen Interesses zur Herbeiführung des Grundstückserwerbs in Fällen, in denen eine gütliche Einigung nicht zustande kommt.
2. Lizenzerteilung durch Schiedsverfahren oder von Amts wegen nach Artikel 17 bis 23 dieses Vertrags.
3. Befreiung von allen Abgaben und Gebühren für die Errichtung gemeinsamer Unternehmen und für die eingebrachten Einlagen.
4. Befreiung von Abgaben und Gebühren beim Erwerb von Grundstücken sowie von allen Gebühren für die Umschreibung und die Eintragung.
5. Befreiung von allen direkten Steuern, denen die gemeinsamen Unternehmen, ihr Vermögen, ihre Guthaben oder Einkünfte unterliegen könnten.

Annexe II

Secteurs industriels
visés à l'article 41 du Traité

1. Extraction des minerais d'uranium et de thorium.
2. Concentration de ces minerais.
3. Traitement chimique et raffinage des concentrés d'uranium et de thorium.
4. Préparation des combustibles nucléaires, sous toutes leurs formes.
5. Fabrication d'éléments de combustibles nucléaires.
6. Fabrication d'hexafluorure d'uranium.
7. Production d'uranium enrichi.
8. Traitement des combustibles irradiés en vue de la séparation de tout ou partie des éléments qu'ils contiennent.
9. Production de modérateurs de réacteurs.
10. Production de zirconium exempt d'hafnium, ou de composés de zirconium exempt d'hafnium.
11. Réacteurs nucléaires de tous types et à tous usages.
12. Installations de traitement industriel des déchets radioactifs, établis en liaison avec une ou plusieurs des installations définies dans la présente liste.
13. Installations semi-industrielles destinées à préparer la construction d'établissements relevant d'un des secteurs 3 à 10 inclus.

Annexe III

Avantages susceptibles d'être octroyés aux
Entreprises communes au titre de l'article 48
du Traité

1. a) Reconnaissance du caractère d'utilité publique, conformément aux législations nationales, aux acquisitions immobilières nécessaires à l'implantation des Entreprises communes.
- b) Application, conformément aux législations nationales, de la procédure d'expropriation pour cause d'utilité publique, en vue de réaliser ces acquisitions à défaut d'accord amiable.
2. Bénéfice de concession de licences par voie d'arbitrage ou d'office au titre des articles 17 à 23 inclus.
3. Exonération de tous droits et taxes à l'occasion de la constitution d'Entreprises communes, et de tous droits d'apports.
4. Exonération des droits et taxes de transmission perçus à l'occasion de l'acquisition de biens immobiliers et des droits de transcription et d'enregistrement.
5. Exonération de tous impôts directs susceptibles de s'appliquer aux Entreprises communes, à leurs biens, avoirs et revenus.

Allegato II

Bijlage II

Settori industriali
di cui all'articolo 41 del TrattatoTakken van industrie
bedoeld in artikel 41 van het Verdrag

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Estrazione dei minerali d'uranio e di torio. 2. Concentrazione di questi minerali. 3. Trattamento chimico e raffinamento dei concentrati di uranio e di torio. 4. Preparazione dei combustibili nucleari, sotto qualsiasi forma. 5. Produzione di elementi di combustibili nucleari. 6. Produzione di esafluoruro di uranio. 7. Produzione di uranio arricchito. 8. Trattamento di combustibili irradiati ai fini della separazione totale o parziale degli elementi da essi contenuti. 9. Produzione di moderatori di reattori. 10. Produzione di zirconio esente da afnio ovvero di composti di zirconio esente da afnio. 11. Reattori nucleari di tutti i tipi e per tutti gli usi. 12. Impianti di trattamento industriale dei residui radioattivi, stabiliti in collegamento con uno o più impianti definiti nel presente elenco. 13. Impianti semi-industriali destinati a preparare la costruzione di stabilimenti che rientrino in uno dei settori da 3 a 10 inclusi. | <ol style="list-style-type: none"> 1. Winning van uranium- en thoriumertsen. 2. Concentratie van die ertsen. 3. Scheikundige behandeling en zuivering van de concentraten van uranium en thorium. 4. Bereiding van splijtstoffen in elke vorm. 5. Vervaardiging van splijtstofelementen. 6. Vervaardiging van uraniumhexafluoride. 7. Produktie van verrijkt uranium. 8. Behandeling van bestraalde splijtstoffen voor de afscheiding van alle of een deel der elementen, welke deze bevatten. 9. Produktie van moderatoren voor reactoren. 10. Produktie van hafniumvrij zirkonium of van verbindingen daarvan. 11. Kernreactoren van elk type en voor elk doel. 12. Installaties voor de industriële behandeling van radioactieve afval, opgericht in verband met een of meer van de in deze lijst bedoelde installaties. 13. Semi-industriële installaties bestemd voor de voorbereiding van de bouw van bedrijven, vallende onder de takken van industrie 3 tot en met 10. |
|--|---|

Allegato III

Bijlage III

Vantaggi che possono essere accordati alle
Imprese comuni
a norma dell'articolo 48 del TrattatoGunsten, welke op grond van artikel 48
van het Verdrag kunnen worden toegekend aan
Gemeenschappelijke Ondernemingen

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. a) Riconoscimento del carattere di pubblica utilità, conformemente alle legislazioni nazionali, per gli acquisti immobiliari necessari all'impianto delle Imprese comuni. b) Applicazione, conformemente alle legislazioni nazionali, della procedura di esproprio per motivi di pubblica utilità, al fine di operare tali acquisti quando non sia stato raggiunto un accordo per trattativa privata. 2. Beneficio di concessione di licenze d'uso, con procedimento arbitrale o d'ufficio, a norma degli articoli da 17 a 23 inclusi. 3. Esonero da qualsiasi diritto e tassa al momento della costituzione di Imprese comuni e da ogni imposizione sui conferimenti. 4. Esonero dai diritti e tasse di trasmissione riscossi per l'acquisto di beni immobili e dai diritti di trascrizione e di registro. 5. Esonero da qualsiasi imposta diretta che possa comunque applicarsi alle Imprese comuni, ai loro beni, averi e redditi. | <ol style="list-style-type: none"> 1. a) Erkenning van het openbare nutskarakter, overeenkomstig de nationale wetgevingen, van de door Gemeenschappelijke Ondernemingen te verkrijgen, voor hun vestiging noodzakelijke, onroerende goederen. b) Toepassing, overeenkomstig de nationale wetgevingen, van de onteigeningsprocedure ten openbare nutte ten einde bij gebreke van minnelijke overeenstemming die goederen te verkrijgen. 2. Begünstiging door licentieverlening bij wege van arbitrage of ambtshalve op grond van de artikelen 17 tot en met 23. 3. Ontheffing van alle rechten en belastingen bij de oprichting van Gemeenschappelijke Ondernemingen en van alle rechten ter zake van inbreng. 4. Ontheffing van rechten en belastingen op de overdracht geheven bij de verkrijging van onroerende goederen en van rechten van overschrijving en registratie. 5. Ontheffing van alle directe belastingen, welke op de Gemeenschappelijke Ondernemingen, hun goederen, bezittingen en inkomsten zouden kunnen worden toegepast. |
|---|---|

- | | |
|--|---|
| <p>6. Befreiung von allen Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung sowie von allen Ein- und Ausfuhrverboten und allen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen wirtschaftlicher oder fiskalischer Art für</p> <p>a) wissenschaftliches und technisches Material, mit Ausnahme des Baumaterials und des Materials für Verwaltungszwecke,</p> <p>b) die Stoffe, die in dem gemeinsamen Unternehmen aufbereitet wurden oder dort aufbereitet werden sollen.</p> <p>7. Erleichterungen auf dem Gebiet des Devisenverkehrs nach Artikel 182 Absatz (6).</p> <p>8. Befreiung der im Dienste der gemeinsamen Unternehmen stehenden Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten sowie ihrer Ehegatten und ihrer Familienmitglieder, für deren Unterhalt sie aufkommen, von Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen.</p> | <p>6. Exonération de tous droits de douane et taxes d'effet équivalent, et de toute prohibition et restriction d'importation ou d'exportation, de caractère économique et fiscal, en ce qui concerne:</p> <p>a) le matériel scientifique et technique, à l'exclusion des matériaux de construction et du matériel de caractère administratif;</p> <p>b) les substances devant être ou ayant été traitées dans l'Entreprise commune.</p> <p>7. Facilités de change prévues à l'article 182 paragraphe (6).</p> <p>8. Exemption des restrictions d'entrée et de séjour en faveur des personnes ressortissant des États membres, employés au service des Entreprises communes, ainsi que de leurs conjoints et des membres de leur famille vivant à leur charge.</p> |
|--|---|

Anhang IV

Annexe IV

Listen der Güter und Erzeugnisse,
die den Bestimmungen des Kapitels IX über
den Gemeinsamen Markt
auf dem Kerngebiet unterliegen

Listes des biens et produits
relevant des dispositions du chapitre IX
relatif au marché commun nucléaire

Liste A¹Liste A¹

- | | |
|---|--|
| <p>Uranerze, deren Gehalt an natürlichem Uran gewichtsmäßig mehr als 5 v. H. beträgt.</p> <p>Pechblende, deren Gehalt an natürlichem Uran gewichtsmäßig mehr als 5 v. H. beträgt.</p> <p>Uranoxyd.</p> <p>Anorganische Verbindungen des natürlichen Urans außer Oxyd und Hexafluorid.</p> <p>Organische Verbindungen des natürlichen Urans.</p> <p>Natürliches Uran, roh oder bearbeitet.</p> <p>Plutoniumhaltige Legierungen.</p> <p>Organische oder anorganische Uranverbindungen, die mit organischen oder anorganischen Verbindungen des Uran 235 angereichert sind.</p> <p>Organische oder anorganische Verbindungen des Uran 233.</p> <p>Mit Uran 233 angereichertes Thorium.</p> <p>Organische oder anorganische Plutoniumverbindungen.</p> <p>Mit Plutonium angereichertes Uran.</p> <p>Mit Uran 235 angereichertes Uran.</p> <p>Legierungen, die mit Uran 235 angereichertes Uran oder Uran 233 enthalten.</p> <p>Plutonium.</p> <p>Uran 233.</p> <p>Uranhexafluorid.</p> <p>Monazit.</p> <p>Thoriumerze, die gewichtsmäßig mehr als 20 v. H. Thorium enthalten.</p> <p>Uran-Thorianit mit einem Thoriumgehalt von mehr als 20 v. H.</p> <p>Thorium, roh oder bearbeitet.</p> <p>Thoriumoxyd.</p> <p>Anorganische Thoriumverbindungen außer Oxyd.</p> <p>Organische Thoriumverbindungen.</p> | <p>Minerais d'uranium dont la concentration en uranium naturel est supérieure à 5% en poids.</p> <p>Pechblende dont la concentration en uranium naturel est supérieure à 5% en poids.</p> <p>Oxyde d'uranium.</p> <p>Composés inorganiques de l'uranium naturel autres que l'oxyde et l'hexafluorure.</p> <p>Composés organiques de l'uranium naturel.</p> <p>Uranium naturel brut ou ouvré.</p> <p>Alliages contenant du plutonium.</p> <p>Composés organiques ou inorganiques de l'uranium enrichis en composés organiques ou inorganiques de l'uranium 235.</p> <p>Composés organiques ou inorganiques de l'uranium 233.</p> <p>Thorium enrichi par de l'uranium 233.</p> <p>Composés organiques ou inorganiques du plutonium.</p> <p>Uranium enrichi par du plutonium.</p> <p>Uranium enrichi par de l'uranium 235.</p> <p>Alliages renfermant de l'uranium enrichi en uranium 235 ou de l'uranium 233.</p> <p>Plutonium.</p> <p>Uranium 233.</p> <p>Hexafluorure d'uranium.</p> <p>Monazite.</p> <p>Minerais de thorium dont la concentration en thorium est supérieure à 20% en poids.</p> <p>Urano-thorianite contenant plus de 20% de thorium.</p> <p>Thorium brut ou ouvré.</p> <p>Oxyde de thorium.</p> <p>Composés inorganiques du thorium autres que l'oxyde.</p> <p>Composés organiques du thorium.</p> |
|---|--|

6. Esonero da qualsiasi dazio doganale e tassa di effetto equivalente, e da ogni divieto e restrizione d'importazione o esportazione, di carattere economico e fiscale, per quanto riguarda:
- il materiale scientifico e tecnico, esclusi i materiali da costruzione e il materiale per usi amministrativi;
 - le sostanze che devono essere o siano state oggetto di trattamento nell'Impresa comune.
7. Agevolazioni di cambio, contemplate dall'articolo 182, paragrafo 6.
8. Esenzione dalle restrizioni all'entrata e al soggiorno a favore delle persone aventi la cittadinanza degli Stati membri, impiegate al servizio delle Imprese comuni, e a favore dei coniugi di queste e dei familiari che siano a loro carico.
6. Ontheffing van alle douanerechten en heffingen van gelijke werking en van alle verboden en beperkingen van in- of uitvoer, zowel van economische als van fiscale aard, wat betreft:
- wetenschappelijke en technische goederen, met uitzondering van bouwmaterialen en materieel voor administratieve doeleinden,
 - stoffen bestemd voor be- of verwerking of reeds bewerkt in de Gemeenschappelijke Onderneming.
7. Deviezenfaciliteiten, als bedoeld in artikel 182, lid 6.
8. Vrijstelling van toelatings- en verblijfsbeperkingen ten gunste van de in dienst der Gemeenschappelijke Ondernemingen zijnde onderdanen der Lid-Staten, alsmede van hun echtgenoten en de te hunnen laste komende gezinsleden.

Allegato IV

Bijlage IV

Elenchi dei beni e prodotti di cui alle disposizioni del Capo IX relativo al mercato comune nucleare

Lijsten van goederen en produkten die vallen onder der bepalingen van Hoofdstuk IX met betrekking tot de Gemeenschappelijke Markt op het gebied van de kernenergie

Elenco A¹Lijst A¹

Minerali di uranio la cui concentrazione di uranio naturale è superiore al 5% in peso.

Pechblenda la cui concentrazione di uranio naturale è superiore al 5% in peso.

Ossido di uranio.

Composti inorganici di uranio naturale diversi dall'ossido e dall'esafluoruro.

Composti organici dell'uranio naturale.

Uranio naturale grezzo o lavorato.

Leghe contenenti plutonio.

Composti organici od inorganici dell'uranio arricchiti con composti organici o inorganici dell'uranio 235.

Composti organici o inorganici dell'uranio 233.

Torio arricchito con uranio 233.

Composti organici od inorganici del plutonio.

Uranio arricchito con plutonio.

Uranio arricchito con uranio 235.

Leghe contenenti uranio arricchito in uranio 235 o uranio 233.

Plutonio.

Uranio 233.

Esafluoruro d'uranio.

Monazite.

Minerali di torio la cui concentrazione di torio è superiore al 20% in peso.

Uranio-torianite contenente più del 20% di torio.

Torio grezzo o lavorato.

Ossido di torio.

Composti inorganici del torio diversi dall'ossido.

Composti organici del torio.

Uraniumertsen bevattende meer dan 5 gewichtspercenten natuurlijk uranium.

Pekblende (uraanpikerts) bevattende meer dan 5 gewichtspercenten natuurlijk uranium.

Uraniumoxyde.

Anorganische verbindingen van natuurlijk uranium, andere dan uraniumoxyde en uraanhexafluoride.

Organische verbindingen van natuurlijk uranium.

Natuurlijk uranium, ruw of bewerkt.

Legeringen bevattende plutonium.

Organische en anorganische verbindingen van uranium, verrijkt in organische of in anorganische verbindingen van uranium 235.

Organische en anorganische verbindingen van uranium 233.

Thorium, verrijkt in uranium 233.

Organische en anorganische verbindingen van plutonium.

Uranium, verrijkt met plutonium.

Uranium, verrijkt in uranium 235.

Legeringen bevattende uranium verrijkt in uranium 235 of uranium 233.

Plutonium.

Uranium 233.

Uraanhexafluoride.

Monaziet.

Thoriumertsen, bevattende meer dan 20 gewichtspercenten thorium.

Urano-thoraniem, bevattende meer dan 20 gewichtspercenten thorium.

Thorium, ruw of bewerkt.

Thoriumoxyde.

Anorganische verbindingen van thorium, andere dan thoriumoxyde.

Organische verbindingen van thorium.

Liste A²

- Deuterium und seine Verbindungen (einschließlich des schweren Wassers), bei denen das Verhältnis der Deuteriumatome zu den Wasserstoffatomen zahlenmäßig 1:5000 überschreitet.
- Schweres Paraffin, bei dem das Verhältnis der Deuteriumatome zu den Wasserstoffatomen zahlenmäßig 1:5000 überschreitet.
- Mischungen und Lösungen, bei denen das Verhältnis der Deuteriumatome zu den Wasserstoffatomen zahlenmäßig 1:5000 überschreitet.
- Kernreaktoren.
- Geräte für die Trennung der Uranisotope durch Gasdiffusion oder andere Verfahren.
- Geräte für die Erzeugung von Deuterium, seinen Verbindungen (einschließlich des schweren Wassers), seinen Derivaten sowie von deuteriumhaltigen Mischungen und Lösungen, bei denen das Verhältnis der Deuteriumatome zu den Wasserstoffatomen zahlenmäßig 1:5000 überschreitet.
- Geräte, die mit Wasserelektrolyse arbeiten;
 - Geräte, die mit Destillation des Wassers, des flüssigen Wasserstoffs usw. arbeiten;
 - Geräte, die mit Isotopenaustausch zwischen Schwefelwasserstoff und Wasser als Funktion einer Temperaturänderung arbeiten;
 - Geräte, die mit anderen Techniken arbeiten.
- Eigens für die chemische Behandlung radioaktiver Stoffe konstruierte Geräte:
- Geräte für die Trennung bestrahlter Brennstoffe:
 - auf chemischem Wege (durch Lösungsmittel, Ausfälle), Ionenaustausch usw.,
 - auf physikalischem Wege (durch fraktionierte Destillation usw.);
 - Geräte für die Behandlung der Abfälle;
 - Geräte für die Aufbereitung der Brennstoffe zur Wiederverwendung (recyclage).
- Fahrzeuge, die eigens für den Transport von Erzeugnissen mit starker Radioaktivität konstruiert sind:
- Wagen und Loren zum Fahren auf Gleisen aller Spurweiten;
 - Lastkraftwagen;
 - Verladewagen mit Motoren;
 - Anhänger und Sattelanhänger, sowie andere Fahrzeuge ohne Eigenantrieb.
- Verpackungsmittel mit Abschirmung aus Blei gegen Strahlung für den Transport oder die Lagerung radioaktiver Stoffe.
- Künstliche radioaktive Isotope und ihre anorganischen oder organischen Verbindungen.
- Ferngesteuerte mechanische Greifer, die eigens für die Handhabung hochradioaktiver Stoffe konstruiert sind:
- mechanische Greifgeräte, fest oder beweglich, jedoch nicht mit der Hand führbar.

Liste A²

- Deutérium et ses composés (y compris l'eau lourde) dans lesquels la proportion d'atomes de deutérium par rapport aux atomes d'hydrogène dépasse 1:5000 en nombre.
- Paraffine lourde dans laquelle la proportion d'atomes de deutérium par rapport aux atomes d'hydrogène dépasse 1:5000 en nombre.
- Mélanges et solutions dans lesquels la proportion d'atomes de deutérium par rapport aux atomes d'hydrogène dépasse 1:5000 en nombre.
- Réacteurs nucléaires.
- Appareils pour la séparation des isotopes de l'uranium par diffusion gazeuse ou autres techniques.
- Appareils pour la production du deutérium, de ses composés (y compris l'eau lourde), dérivés, mélanges ou solutions, contenant du deutérium, et dans lesquels le rapport du nombre des atomes de deutérium au nombre des atomes d'hydrogène dépasse 1:5000:
- appareils fonctionnant par électrolyse de l'eau;
 - appareils fonctionnant par distillation de l'eau, de l'hydrogène liquide, etc.;
 - appareils fonctionnant par échange isotopique entre l'hydrogène sulfuré et l'eau, en fonction d'un changement de température;
 - appareils fonctionnant par d'autres techniques.
- Appareils spécialement conçus pour le traitement chimique des matières radioactives:
- appareils pour la séparation des combustibles irradiés:
 - par voie chimique (par solvants, par précipitation, par échanges d'ions, etc.);
 - par voie physique (par distillation fractionnée, etc.);
 - appareils pour le traitement des déchets;
 - appareils pour le recyclage des combustibles.
- Véhicules spécialement conçus pour le transport des produits à forte radioactivité:
- wagons et wagonnets pour voies ferrées de tout écartement;
 - camions automobiles;
 - chariots de manutention automobiles;
 - remorques et semi-remorques et autres véhicules non automobiles.
- Emballages munis de blindage en plomb de protection contre les radiations pour le transport ou le stockage des matières radioactives.
- Isotopes radioactifs artificiels et leurs composés inorganiques ou organiques.
- Manipulateurs mécaniques à distance, spécialement conçus pour la manipulation des substances hautement radioactives:
- appareils manipulateurs mécaniques, fixes ou mobiles, mais non maniables « à bras franc ».

Elenco A²

Deuterio e suoi composti (compresa l'acqua pesante) nei quali il rapporto del numero di atomi di deuterio al numero di atomi di idrogeno è superiore a 1/5000.

Paraffina pesante in cui il rapporto del numero di atomi di deuterio al numero di atomi di idrogeno è superiore a 1/5000.

Miscela e soluzioni nelle quali il rapporto del numero di atomi di deuterio al numero di atomi di idrogeno è superiore a 1/5000.

Reattori nucleari.

Apparecchi per la separazione degli isotopi dell'uranio mediante diffusione gassosa od altre tecniche.

Apparecchi per la produzione di deuterio, dei suoi composti (compresa l'acqua pesante), derivati, miscugli o soluzioni, contenenti deuterio e in cui il rapporto del numero di atomi di deuterio al numero di atomi di idrogeno è superiore a 1/5000:

- apparecchi funzionanti mediante elettrolisi dell'acqua;
- apparecchi funzionanti mediante distillazione dell'acqua, dell'idrogeno liquido, ecc.;
- apparecchi funzionanti mediante scambio isotopico fra l'idrogeno solforato e l'acqua, in funzione di un cambiamento di temperatura;
- apparecchi funzionanti mediante altre tecniche.

Apparecchi concepiti specialmente per il trattamento chimico delle sostanze radioattive:

- apparecchi per la separazione dei combustibili irradiati:
 - per via chimica (per solventi, per precipitazione, per scambi ionici, ecc.);
 - per via fisica (per distillazione frazionata, ecc.);
- apparecchi per il trattamento degli scarichi;
- apparecchi per rimettere in ciclo il combustibile.

Veicoli concepiti specialmente per il trasporto dei prodotti a forte radioattività:

- vagoni e vagoncini per strade ferrate a qualsiasi scaricamento;
- autocarri;
- carri di manutenzione;
- rimorchi e semirimorchi ed altri veicoli non automobili.

Imballaggi forniti di schermi di piombo di protezione dalle radiazioni per il trasporto o l'approvvigionamento di materiali radioattivi.

Isotopi radioattivi artificiali e loro composti organici o inorganici.

Manipolatori meccanici a distanza, concepiti specialmente per la manipolazione delle sostanze altamente radioattive:

- apparecchi manipolatori meccanici, fissi o mobili, ma non maneggiabili a «mano libera».

Lijst A²

Zware waterstof (deuterium) en verbindingen daarvan (zwaarwater daaronder begrepen), waarin de verhouding van het aantal atomen zware waterstof tot het aantal atomen normale waterstof 1 : 5000 overschrijdt.

Zware paraffine, waarin de verhouding van het aantal atomen zware waterstof tot het aantal atomen normale waterstof 1 : 5000 overschrijdt.

Mengsels en oplossingen, waarin de verhouding van het aantal atomen zware waterstof tot het aantal atomen normale waterstof 1 : 5000 overschrijdt.

Kernreactoren.

Apparaten voor het scheiden van uraniumisotopen door gasdiffusie of volgens andere werkwijzen.

Apparatuur voor het bereiden van zware waterstof en van verbindingen daarvan (zwaarwater daaronder begrepen), zomede voor het bereiden van derivaten, mengsels en oplossingen, welke zware waterstof bevatten en waarin de verhouding van het aantal atomen zware waterstof tot het aantal atomen normale waterstof 1 : 5000 overschrijdt

- apparaten waarvan de werking berust op de elektrolyse van water;
- apparaten waarvan de werking berust op de distillatie van water, van vloeibare waterstof enz.;
- apparaten waarin door middel van een verandering van de temperatuur een uitwisseling van isotopen wordt tot stand gebracht tussen zwavelwaterstof en water;
- apparaten welke werken volgens andere werkwijzen.

Apparaten, welke speciaal zijn vervaardigd voor de scheikundige behandeling van radioactieve stoffen

- apparaten voor het scheiden van bestraalde splijtstof
 - langs scheikundige weg (door oplosmiddelen, neerslaan, ionenuitwisseling, enz.);
 - langs natuurkundige weg (door gefractioneerde distillatie, enz.);
- apparaten voor de behandeling van afvalstoffen,
- apparaten voor het weer in omloop brengen van splijtstof.

Voertuigen speciaal ingericht en uitgerust voor het vervoer van sterk radioactieve stoffen

- goederenwagens voor spoor- en tramwegen voor iedere spoorwegbreedte;
- automobielen voor goederenvervoer;
- transportwagentjes, vorkheftrucks en dergelijke motorvoertuigen;
- aanhangwagens, opleggers en dergelijke voertuigen zonder eigen beweegkracht.

Verpakkingsmiddelen voor het vervoer en de opslag van radioactieve stoffen, voorzien van een loden bekleding ter afscherming van radioactieve straling.

Kunstmatic verkregen radioactieve isotopen en organische en anorganische verbindingen daarvan.

Werktuigen voor het hanteren van goederen op afstand, speciaal vervaardigd voor het hanteren van sterk radioactieve stoffen

- al dan niet verplaatsbare mechanische werktuigen, niet bestemd om met handkracht te worden bediend.

Liste B

Teile und Stücke für Kernreaktoren.

Lithiumerze und -konzentrate.

Metalle nuklearer Qualität:

- Beryllium (Glucinium), roh;
- Wismut, roh;
- Niobium (Columbium), roh;
- Zirkonium (hafniumfrei), roh;
- Lithium, roh;
- Aluminium, roh;
- Kalzium, roh;
- Magnesium, roh.

Bortrifluorid.

Wasserfreie Fluorwasserstoffsäure.

Chlortrifluorid.

Bromtrifluorid.

Lithiumhydroxyd.

Lithiumfluorid.

Lithiumchlorid.

Lithiumhydrid.

Lithiumkarbonat.

Berylliumoxyd (Glucin) nuklearer Qualität.

Hitzebeständige Steine aus Berylliumoxyd nuklearer Qualität.

Andere hitzebeständige Erzeugnisse aus Berylliumoxyd nuklearer Qualität.

Künstlicher Graphit in Form von Blöcken oder Stäben mit einem Bor Gehalt von eins oder weniger zu einer Million und einem mikroskopischen Gesamtwirkungsquerschnitt für die Absorption thermischer Neutronen von 5 Millibarns/Atom oder weniger.

Stabile Isotope, künstlich getrennt.

Elektromagnetische Ionentrenner, einschließlich der Massenspektrographen und Massenspektrometer.

Reaktorsimulatoren (Analogkalkulatoren besonderer Art).

Ferngesteuerte mechanische Greifer:

- für den Handgebrauch (d. h. mit der Hand führbar wie ein Werkzeug).

Pumpen für Metalle in flüssigem Zustand.

Hochvakuumpumpen.

Wärmeaustauscher, die eigens für eine Kernzentrale konstruiert sind.

Strahlungsdetektorengeräte (und entsprechende Ersatzteile) einer der folgenden Typen, die eigens für den Nachweis oder die Messung nuklearer Strahlen wie der Alpha- und Betaeilchen, der Gammastrahlung, der Neutronen und Protonen konstruiert sind oder diesen Zwecken angepaßt werden können:

- Geigerzählrohre und Proportionalzählrohre;
- Geräte für den Nachweis oder die Messung, die Geiger-Müller-Rohre oder Proportionalzählrohre enthalten;
- Ionisationskammern;
- Instrumente, die Ionisationskammern enthalten;

Liste B

Parties et pièces pour réacteurs nucléaires.

Minerais de lithium et concentrés.

Métaux de qualité nucléaire:

- béryllium (glucinium) brut;
- bismuth brut;
- niobium (columbium) brut;
- zirconium (exempt d'hafnium) brut;
- lithium brut;
- aluminium brut;
- calcium brut;
- magnésium brut.

Trifluorure de bore.

Acide fluorhydrique anhydre.

Trifluorure de chlore.

Trifluorure de brome.

Hydroxyde de lithium.

Fluorure de lithium.

Chlorure de lithium.

Hydruure de lithium.

Carbonate de lithium.

Oxyde de béryllium (glucine) de qualité nucléaire.

Briques réfractaires en glucine de qualité nucléaire.

Autres produits réfractaires en glucine de qualité nucléaire.

Graphite artificiel sous forme de blocs ou de barres dont la teneur en bore est inférieure ou égale à un pour un million et dont la section efficace microscopique totale d'absorption des neutrons thermiques est inférieure ou égale à 5 millibarns/atomes.

Isotopes stables séparés artificiellement.

Séparateurs d'ions électromagnétiques y compris les spectrographes et spectromètres de masse.

Simulateurs de piles (calculateurs analogiques de type spécial).

Manipulateurs mécaniques à distance:

- utilisables à la main (c'est-à-dire pouvant être maniés à « bras franc » à la manière d'un outil).

Pompes pour métaux à l'état liquide.

Pompes à vide poussé.

Échangeurs de chaleur spécialement conçus pour une centrale nucléaire.

Instruments pour la détection des radiations (et pièces de rechange correspondantes) de l'un des types suivants étudiés spécialement pour, ou susceptibles d'être adaptés à la détection ou la mesure de radiations nucléaires, telles que particules alpha et bêta, rayons gamma, neutrons et protons:

- tubes compteurs de Geiger et tubes compteurs proportionnels;
- instruments de détection ou de mesure à tubes Geiger-Muller ou à tubes compteurs proportionnels;
- chambres d'ionisation;
- instruments à chambres d'ionisation;

Elenco B

Parti e pezzi per reattori nucleari.

Minerali di litio e concentrati.

Metalli aventi qualità nucleari:

- berillio (glucinio) grezzo;
- bismuto grezzo;
- niobio (columbio) grezzo;
- zirconio (esente da afnio) grezzo;
- litio grezzo;
- alluminio grezzo;
- calcio grezzo;
- magnesio grezzo.

Trifluoruro di boro.

Acido fluoridrico anidro.

Trifluoruro di cloro.

Trifluoruro di bromo.

Idrossido di litio.

Fluoruro di litio.

Cloruro di litio.

Idruro di litio.

Carbonato di litio.

Ossido di berillio (glucina) avente qualità nucleare.

Mattoni refrattari di glucina aventi qualità nucleare.

Altri prodotti refrattari di glucina aventi qualità nucleare.

Grafite artificiale sotto forma di blocchi o di sbarre avente un tenore in boro inferiore od uguale ad uno per un milione ed una sezione d'urto microscopica totale d'assorbimento di neutroni termici inferiore o uguale a 5 millibarns/atomo.

Isotopi stabili separati artificialmente.

Separatori elettromagnetici di ioni compresi gli spettrografi e spettrometri di massa.

Simulatori di pile (calcolatori analogici di tipo speciale).

Manipolatori meccanici a distanza:

- utilizzabili a mano (cioè maneggiabili a « mano libera » come un attrezzo).

Pompe per metalli allo stato liquido.

Pompe a vuoto spinto.

Scambiatori di calore concepiti specialmente per una centrale nucleare.

Strumenti per la rivelazione delle radiazioni (e pezzi di ricambio corrispondenti) di uno dei tipi seguenti studiati specialmente o adattabili per la rivelazione o misura di radiazioni nucleari come le particelle alfa e beta, raggi gamma, neutroni e protoni:

- tubi contatori di Geiger e contatori proporzionali;
- strumenti di rivelazione o misura con tubi Geiger-Müller o con contatori proporzionali;
- camere di ionizzazione;
- strumenti con camere di ionizzazione;

Lijst B

Delen en onderdelen van kernreactoren.

Lithiumertsen en concentraten daarvan.

Metalen van de zuiverheid vereist voor toepassing op het gebied van de kernenergie

- beryllium (glucinium), ruw;
- bismuth, ruw;
- niobium (columbium), ruw;
- zirkonium (vrij van hafnium), ruw;
- lithium, ruw;
- aluminium, ruw;
- calcium, ruw;
- magnesium, ruw.

Boriumtrifluoride.

Watervrije fluorwaterstof.

Chloortrifluoride.

Broomtrifluoride.

Lithiumhydroxyde.

Lithiumfluoride.

Lithiumchloride.

Lithiumhydride.

Lithiumcarbonaat.

Berylliumoxyde (glucine) van de zuiverheid vereist voor toepassing op het gebied van de kernenergie.

Vuurvaste stenen van berylliumoxyde van de zuiverheid vereist voor toepassing op het gebied van de kernenergie.

Andere vuurvaste produkten van berylliumoxyde van de zuiverheid vereist voor toepassing op het gebied van de kernenergie.

Kunstmatig grafiet in blokken of staven, waarin het boriumgehalte niet meer bedraagt dan 1 op een miljoen en waarvan de totale microscopische werkzame doorsnede voor de absorptie van thermische neutronen niet meer bedraagt dan 5 millibarns.

Kunstmatig afgescheiden stabiele isotopen

Elektromagnetische ionenscheidingsapparaten, massaspectrografen en massaspectrometers daaronder begrepen.

Simulatoren (apparaten voor het nabootsen van de werking van kernreactoren, te weten speciaal ontworpen rekenmachines, werkend volgens het principe van de „analogie“).

Mechanische werktuigen voor het hanteren van goederen op afstand

- voor handgebruik (d.w.z. welke als een werktuig met de hand worden bediend).

Pompen voor vloeibaar metaal.

Hoogvacuumpompen.

Warmtewisselaars speciaal vervaardigd voor kernenergiecentrales.

Instrumenten voor het aantonen van straling (en daarvoor bestemde vervangingsonderdelen) van een der volgende typen, speciaal ontworpen voor of geschikt om te worden aangepast aan het aantonen of de meting van kernstraling zoals alpha- en beta-deeltjes, gamma-straling, neutronen en protonen:

- Geiger-telbuizen en proportionele telbuizen;
- instrumenten voor het aantonen of het meten, werkend met Geiger-Müller-buizen of met proportionele telbuizen;
- ionisatiekamers;
- instrumenten werkend met ionisatiekamers;

- Geräte für den Nachweis oder die Messung von Strahlen bei der Schürfung nach Erzen, der Kontrolle der Reaktoren, der Luft, des Wassers und des Bodens;
 - Neutronendetektoren, bei denen Bor, Bortrifluorid, Wasserstoff oder ein spaltbares Element verwendet wird;
 - Geräte für den Nachweis oder die Messung mit Neutronendetektoren, bei denen Bor, Bortrifluorid, Wasserstoff oder ein spaltbares Element verwendet wird;
 - Szintillationskristalle, montiert oder mit Metalleinhüllung (feste Szintillatoren);
 - Geräte für den Nachweis oder die Messung, die flüssige, feste oder gasförmige Szintillatoren enthalten;
 - Verstärker, die eigens für nukleare Messungen konstruiert sind, einschließlich der Linearverstärker, der Vorverstärker und der „Verteilerverstärker“ (distributed amplifiers) und der Analysatoren (pulse height analysers);
 - Koinzidenzgeräte zur Verwendung mit Strahlendetektoren;
 - Elektroskope und Elektrometer, einschließlich der Dosimeter (jedoch ausschließlich der Geräte für den Unterricht, der einfachen Elektroskope mit Metallblättchen, der Dosimeter, die eigens für die Verwendung mit medizinischen Röntgenapparaten konstruiert sind, sowie der elektrischen Meßgeräte);
 - Instrumente, mit denen ein Strom schwächer als 1 Mikroampere gemessen werden kann;
 - Photovervielfacherröhren mit einer Photokathode, die mindestens 10 Mikroampere je Lumen ergibt, eine mittlere Verstärkung größer als 10^5 haben, sowie jedes andere System elektrischer Vervielfacher, das durch positive Ionen aktiviert wird;
 - „Skalers“ und elektronische Integratoren für Strahlendetektoren.
- Zyklotrone, elektrostatische Generatoren des Typs „Van de Graaf“ oder „Cockcroft und Walton“, Linearbeschleuniger und andere „elektro-nukleare“ Maschinen, mit denen ein Kernpartikel auf mehr als 1 MeV beschleunigt werden kann.
- Magnete, die eigens für die vorgenannten Maschinen und Geräte (Zyklotrone usw.) konstruiert sind.
- Beschleunigungsröhren und Röhren zum Fokussieren derjenigen Typen, die in Massenspektrometern und Massenspektrographen verwendet werden.
- Intensive elektronische Quellen positiver Ionen für eine Verwendung mit Teilchenbeschleunigern, Massenspektrometern und anderen Geräten derselben Art.
- Spiegelglas (Strahlenschutzglas):
- Gußglas (gegossenes oder gewalztes Flachglas) [auch bereits bei der Herstellung mit Drahteinlagen verstärkt oder überfangen], nur auf einer oder auf beiden Seiten geschliffen oder poliert, in quadratischen oder rechteckigen Platten oder Tafeln;
 - Gußglas (gegossen oder gewalzt) [geschliffen, poliert oder nicht] anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten oder gekrümmt oder anderweitig bearbeitet (schräg abgeschnitten oder graviert usw.);
 - Sicherheitsglas, auch bearbeitet, bestehend aus getempertem Glas oder aus zwei oder mehreren Glasschichten.
- appareils de détection ou de mesure de radiation pour la prospection minière, le contrôle des réacteurs, de l'air, de l'eau et des sols;
 - tubes détecteurs de neutrons utilisant le bore, le trifluorure de bore, l'hydrogène ou un élément fissile;
 - instruments de détection ou de mesure à tubes détecteurs de neutrons utilisant le bore, le trifluorure de bore, l'hydrogène ou un élément fissile;
 - cristaux de scintillations montés ou sous enveloppe métallique (scintillateurs solides);
 - instruments de détection ou de mesure comportant des scintillateurs liquides, solides ou gazeux;
 - amplificateurs étudiés spécialement pour les mesures nucléaires y compris les amplificateurs linéaires, les préamplificateurs, les amplificateurs à gain réparti et les analyseurs (pulse height analyseurs);
 - appareillage de coïncidence pour utilisation avec détecteurs de rayonnement;
 - électroscopes et électromètres, y compris les dosimètres (mais à l'exclusion des appareils destinés à l'enseignement, des électroscopes simples à feuilles métalliques, des dosimètres spécialement conçus pour être utilisés avec appareils médicaux à rayons X et des appareils de mesure électrostatiques);
 - appareils permettant de mesurer un courant inférieur au micro-micro-ampère;
 - tubes photomultiplicateurs ayant une photocathode donnant un courant au moins égal à 10 micro-ampères par lumen et dont l'amplification moyenne est supérieure à 10^5 et tout autre système de multiplicateur électrique activé par des ions positifs;
 - échelles et intégrateurs électroniques pour détecteurs de radiations.
- Cyclotrons, générateurs électrostatiques du type „van de Graaf“ ou „Cockcroft et Walton“, accélérateurs linéaires et autres machines électro-nucléaires susceptibles de communiquer une énergie supérieure à un million d'électro-volts à des particules nucléaires.
- Aimants spécialement conçus pour les machines et appareils qui précèdent (cyclotrons, etc.).
- Tubes d'accélération et de focalisation des types utilisés dans les spectromètres et spectrographes de masse.
- Sources intenses électroniques d'ions positifs destinés à être utilisés avec des accélérateurs de particules, des spectromètres de masse, et autres appareils analogues.
- Glaces en verre antiradiations:
- verre coulé ou laminé (glaces) [même armé ou plaqué en cours de fabrication] simplement douci ou poli sur une ou deux faces, en plaques ou feuilles de forme carrée ou rectangulaire;
 - verre coulé ou laminé (glaces) [douce ou poli ou non], découpé de forme autre que carré ou rectangulaire, ou bien courbé, ou autrement travaillé (biseauté, grave, etc.);
 - glaces ou verres de sécurité, même façonnés, consistant en verres trempés ou formés de deux ou plusieurs feuilles contre-collées.

- apparecchi di rivelazione o misura di radiazione per la prospezione mineraria, il controllo dei reattori, dell'aria, dell'acqua e dei terreni;
 - rivelatori di neutroni usanti il boro, il trifluoruro di boro, l'idrogeno o un elemento fissile;
 - strumenti di rivelazione o misura con rivelatori di neutroni usanti il boro, il trifluoruro di boro, l'idrogeno o un elemento fissile;
 - cristalli di scintillazione montati o sotto involucro metallico (scintillatori solidi);
 - strumenti di rivelazione o di misura incorporanti scintillatori liquidi, solidi o gassosi;
 - amplificatori studiati specialmente per le misure nucleari compresi gli amplificatori lineari, i preamplificatori, gli amplificatori distribuiti a catena e gli analizzatori (analizzatori di altezza d'impulsi);
 - attrezzature in coincidenza da utilizzarsi con rivelatori di radiazione;
 - elettroscopi ed elettrometri compresi i dosimetri (ma esclusi gli apparecchi destinati all'insegnamento, gli elettroscopi semplici a foglie metalliche, i dosimetri concepiti per essere utilizzati con apparecchi medici a raggi X e apparecchi di misure elettrostatiche);
 - apparecchi che permettono di misurare una corrente d'intensità inferiore ad un micro-micro-ampère;
 - tubi fotomoltiplicatori aventi un fotocatodo sensibile ad una corrente almeno eguale a 10 micro-ampère per lumen e la cui amplificazione media è superiore a 10^5 ed ogni altro sistema di moltiplicatore elettrico attivato da ioni positivi;
 - scale ed integratori elettronici per la rivelazione di radiazioni.
- Cyclotroni, generatori elettrostatici di tipo «Van de Graaf» o «Cockcroft e Walton», acceleratori lineari ed altre macchine elettronucleari capaci di comunicare a particelle nucleari un'energia superiore a 1.000.000 eV.
- Magneti specialmente progettati per le macchine e apparecchi precedenti (cyclotroni, ecc.).
- Tubi acceleratori e di focalizzazione dei tipi utilizzati negli spettrometri e spettrografi di massa.
- Sorgenti elettroniche intense di ioni positivi destinate ad essere utilizzate con acceleratori di particelle, spettrometri di massa ed altri apparecchi analoghi.
- Lastre di vetro contro le radiazioni:
- vetro colato o laminato (specchi) (anche armato o placato in corso di fabbricazione) semplicemente pulito o levigato, su una o due facce, in lamine o fogli di forma quadrata o rettangolare;
 - vetro colato o laminato (specchi) (pulito o levigato o no) tagliato in modo diverso dalla forma quadrata o rettangolare oppure curvato o differentemente lavorato (smussato, inciso, ecc.);
 - specchi o vetri di sicurezza, anche lavorati, consistenti in vetri temprati o formati da due o più fogli incollati l'uno all'altro.
- apparaten voor het aantonen of meten van stralingen welke worden gebruikt bij de opsporing van delfstoffen en bij het controleren van reactoren, van de lucht, van het water en van de bodem;
 - buizen voor het aantonen van neutronen, waarin borium, boriumtrifluoride, waterstof of een splijtbaar element wordt toegepast;
 - aantonnings- en meetinstrumenten voorzien van buizen ter aantoning van neutronen, waarin borium, boriumtrifluoride, waterstof of een splijtbaar element wordt toegepast;
 - scintillatiekristallen, gemonteerd of in metalen huls (vaste scintillatoren);
 - apparaten voor het aantonen of het meten, welke vaste, vloeibare of gasvormige scintillatoren bevatten;
 - speciaal voor meting van kernstraling ontworpen versterkers, lineaire versterkers, voorversterkers, versterkers met getrapte versterking, analysatoren (impuls-hoogte-analysatoren);
 - coincidentieapparatuur voor gebruik met instrumenten voor het aantonen van straling;
 - elektroscopen en elektrometers, met inbegrip van dosimeters (evenwel met uitzondering van toestellen voor het onderwijs, eenvoudige metaalblad-elektroscopen, dosimeters speciaal bestemd voor gebruik met röntgenapparaten voor medische doeleinden en apparaten voor het meten van statische elektriciteit);
 - apparaten voor het meten van stromen zwakker dan een micro-micro-ampère;
 - fotomultiplicatorbuizen, voorzien van een fotokathode, welke een stroom geeft van ten minste 10 micro-ampère per lumen en waarvan de gemiddelde versterkingsfactor groter is dan 10^5 en verder elk ander elektrisch versterkingssysteem werkend met positieve ionen;
 - meetschalen en elektronische integratoren ten gebuik in instrumenten voor het aantonen van straling.
- Cyclotrons, elektrostatiche spanninggeneratoren van het type „van de Graaf“ of „Cockcroft en Walton“, lineaire versnellingsapparaten en andere elektrische machines gebruikt bij het kernonderzoek en de isotopenproductie, waarmede aan kerndeeltjes een energie van meer dan een miljoen elektrovolts kan worden gegeven.
- Speciaal voor vorengenoemde machines vervaardigde magneten (voor cyclotrons enz.).
- Versnellingsbuizen en buizen voor het bundelen van stralen van de soorten welke worden gebruikt in massaspectrometers en massaspectrografen.
- Langs elektronische weg verkregen sterke bronnen van positieve ionen, welke gebruikt worden in apparaten voor het versnellen van deeltjes, in massaspectrometers en andere soortgelijke apparaten.
- Stralingwerend glas (spiegelglas)
- gegoten of gewalst spiegelglas (alsmede draadglas en geplaatd glas, dat in één arbeidsgang is verkregen), enkel geslepen of gepolijst op één of op beide zijden, in vierkante of rechthoekige platen of bladen;
 - gegoten of gewalst spiegelglas (ook indien geslepen of gepolijst), anders dan vierkant of rechthoekig gesneden, gebogen of anders bewerkt (met schuin-geslepen randen, gegraveerd, enz.);
 - veiligheidsglas, bestaande uit geharde glasplaten (hardglas) of uit twee of meer opeengekitte glasplaten (triplexglas, pantserglas, enz.), ook indien in een bepaalde vorm.

Schutzanzüge gegen Bestrahlung oder radioaktive Ver-
seuchung:

- aus Kunststoff;
- aus Gummi;
- aus imprägnierten oder mit einer Schutzschicht belegten Geweben:
 - für Männer,
 - für Frauen.

Diphenyl (wenn es sich tatsächlich um aromatischen Kohlenwasserstoff handelt: $C_6H_5C_6H_5$).

Triphenyl.

Scaphandres de protection contre les radiations ou les contaminations radioactives:

- en matières plastiques artificielles;
- en caoutchouc;
- en tissus enduits:
 - pour hommes,
 - pour femmes.

Diphényl (s'il s'agit bien de l'hydrocarbure aromatique: $C_6H_5C_6H_5$).

Triphénil.

Anhang V

Annexe V

Erstes Forschungs- und Ausbildungsprogramm gemäß Artikel 215 dieses Vertrags

Programme initial de recherches et d'enseignement visé à l'article 215 du Traité

I. Programm der Gemeinsamen Forschungsstelle

1. Laboratorien, Ausrüstungen und Infrastruktur.

Die Gemeinsame Forschungsstelle umfaßt:

- a) allgemeine Laboratorien für Chemie, Physik, Elektronik und Metallurgie;
- b) besondere Laboratorien für folgende Gebiete:
 - Kernfusion,
 - Isotopentrennung für andere Elemente als Uran 235 (dieses Laboratorium wird mit einer elektromagnetischen Trennanlage mit hoher Trennleistung ausgerüstet),
 - Muster von Schürfgeräten,
 - Mineralogie,
 - Radiobiologie;
- c) ein mit einem eigenen Versuchsreaktor ausgestattetes, auf Kernmessungen spezialisiertes Normungsbüro für die Dosierung von Isotopen sowie die absoluten Messungen der Strahlungen und der Neutronenabsorption.

2. Dokumentation, Information und Unterricht.

Die Gemeinsame Forschungsstelle wird insbesondere auf folgenden Gebieten für einen umfassenden Informationsaustausch Sorge tragen:

- Rohstoffe: Methoden für die Schürfung, Gewinnung, Konzentrierung, Umwandlung, Verarbeitung usw.
- auf die Kernenergie angewandte Physik,
- physikalische Chemie der Reaktoren,
- Aufbereitung radioaktiver Stoffe,
- Verwendung der Radioelemente.

Die Gemeinsame Forschungsstelle wird Fachkurse, insbesondere für die Ausbildung von Prospektoren und die Verwendung der Radioelemente, veranstalten.

Die in Artikel 39 genannte Abteilung für Dokumentation und Studium der Fragen des Gesundheitsschutzes wird die erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zusammenstellen.

I. Programme du Centre commun

1. Laboratoires, équipements et infrastructure.

Le Centre commun comprendra:

- a) des laboratoires généraux de chimie, physique, électronique et métallurgie;
- b) des laboratoires spéciaux pour les matières suivantes
 - fusion nucléaire,
 - séparation isotopique d'éléments autres que l'uranium 235 (ce laboratoire sera équipé d'un séparateur électromagnétique à pouvoir de résolution élevé),
- prototypes d'appareillages de prospection,
- minéralogie,
- radiobiologie;
- c) un bureau de standards spécialisé en mesures nucléaires pour les dosages d'isotopes ainsi que les mesures absolues de rayonnement et d'absorptions neutroniques, doté d'un réacteur expérimental propre.

2. Documentation, information et enseignement.

Le Centre commun assumera un vaste échange d'informations notamment dans les domaines suivants:

- matières premières: méthodes de prospection, exploitation, concentration, transformation, façonnage, etc.;
- physique appliquée à l'énergie nucléaire;
- physico-chimie des réacteurs.
- traitement des matières radioactives;
- applications des radioéléments.

Il organisera des cycles d'enseignement spécialisé qui porteront notamment sur la formation de prospecteurs et les applications des radioéléments.

La section de documentation et d'étude des questions de protection sanitaire visée à l'article 39 rassemblera la documentation et les renseignements nécessaires.

Scafondri di protezione dalle radiazioni o contaminazioni radioattive:

- in materie plastiche artificiali;
- in gomma;
- in tessuti cerati:
 - per uomini,
 - per donne.

Difenile (se si tratta dell'idrocarburo aromatico $C_6H_5C_6H_5$).

Trifenile.

Beschermende kleding (van het type duikerpakken e.d.) ter bescherming tegen straling en besmetting met radioactieve stoffen

- van kunstmatige plastische stoffen;
- van rubber;
- van textiel, geïmpregneerd of voorzien van een deklaag
 - voor mannen,
 - voor vrouwen.

Difenyl (voor zover het betreft de aromatische koolwaterstof: $C_6H_5 - C_6H_5$).

Trifenyl.

Allegato V

Bijlage V

Programma iniziale di ricerche e d'insegnamento di cui all'articolo 215 del Trattato

Eerste programma voor onderzoek en onderwijs bedoeld in artikel 215 van het Verdrag

I. Programma del Centro comune

I. Programma van het Gemeenschappelijk Centrum

1. Laboratori, attrezzature e infrastruttura.

Il Centro comune comprenderà:

a) laboratori generali di chimica, fisica, elettronica e metallurgia;

b) laboratori speciali per le seguenti materie:

- fusione nucleare,
- separazione isotopica di elementi diversi dall'uranio 235 (questo laboratorio sarà dotato di un separatore elettromagnetico a elevato potere di risoluzione),
- prototipi di attrezzature di prospezione,
- mineralogia,
- radiobiologia.

c) un ufficio di misurazioni, specializzato in misure nucleari per i dosaggi di isotopi e per le misure assolute di radiazioni e assorbimenti neutronici, dotato di un reattore sperimentale proprio.

2. Documentazione, informazione e insegnamento.

Il Centro comune provvederà ad un ampio scambio di informazioni, in particolare nei seguenti settori:

- materie prime: metodi di prospezione, sfruttamento, concentrazione, trasformazione, trattamento, ecc.;
- fisica applicata all'energia nucleare;
- fisico-chimica dei reattori;
- trattamento dei materiali radioattivi;
- applicazione dei radio-elementi.

Esso organizzerà cicli d'insegnamento specializzato con particolare riguardo alla formazione di specialisti di ricerca mineraria e alle applicazioni dei radio-elementi.

La sezione di documentazione e di studio di problemi di protezione sanitaria, di cui all'articolo 39, raccoglierà la documentazione e i dati necessari.

1. Laboratoria, uitrusting en infrastructuur.

Het Gemeenschappelijk Centrum zal omvatten: a) algemene laboratoria voor scheikunde, natuurkunde, elektronica en de metallurgie;

b) speciale laboratoria voor de volgende onderwerpen

- kernversmelting,
- isotopenscheiding met uitzondering van de afscheiding van uranium 235 (dit laboratorium zal worden uitgerust met een elektromagnetische scheider met een hoog oplossend vermogen),
- prototypen van apparaten voor de opsporing van delfstoffen,
- mineralogie,
- radiobiologie;

c) een bureau voor standaardisatie gespecialiseerd in metingen op het gebied van de kernenergie, voor het doen van isotopenbepalingen evenals voor absolute meting van straling en neutronenabsorptie, uitgerust met een eigen experimentele reactor.

2. Documentatie, voorlichting en onderwijs.

Het Gemeenschappelijk Centrum zal een uitgebreide uitwisseling van gegevens mogelijk maken in het bijzonder op de volgende gebieden

- basismaterialen: methoden van opsporing, winning, concentrering, omzetting, bewerking, enz.,
- natuurkunde toegepast op de kernenergie,
- fysische chemie van reactoren,
- behandeling van radioactieve materialen,
- toepassingen van radioactieve isotopen.

Het zal cursussen organiseren waar gespecialiseerd onderwijs wordt gegeven en die in het bijzonder betrekking hebben op de vorming van deskundigen voor het opsporen van delfstoffen en op de toepassing van de radioactieve isotopen.

De afdeling documentatie en studie betreffende de vraagstukken op het gebied van de bescherming van de gezondheid, bedoeld in artikel 39, zal de documentatie en de nodige inlichtingen bijeenbrengen.

3. Reaktor-Prototypen.

Nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird eine Sachverständigengruppe eingesetzt. Sie richtet nach einem Vergleich der Programme der Mitgliedstaaten innerhalb kürzester Frist geeignete Empfehlungen an die Kommission über die auf diesem Gebiet zu treffende Auswahl und die Einzelheiten für deren Durchführung.

Vorgesehen ist die Schaffung von drei oder vier Prototypen schwacher Leistung und die Beteiligung — etwa mit Lieferung von Brennstoffen und Moderatoren — an drei Kraftreaktoren.

4. Hochflußreaktor.

Der Forschungsstelle muß möglichst bald ein Hochflußreaktor mit schnellen Neutronen für die Materialprüfung unter Bestrahlung zur Verfügung stehen.

Vorbereitende Untersuchungen hierfür werden unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags durchgeführt werden.

Der Hochflußreaktor wird mit ausgedehnten Versuchsräumen und geeigneten Betriebslaboratorien ausgestattet.

II. Forschungen, die auf Grund von Verträgen außerhalb der Forschungsstelle durchgeführt werden

Gemäß Artikel 10 wird ein bedeutender Teil der Forschungen auf Grund von Verträgen außerhalb der Gemeinsamen Forschungsstelle durchgeführt. Diese Forschungsverträge können folgendermaßen gestaltet werden:

1. Forschungen zur Ergänzung der Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf dem Gebiet der Kernfusion, der Isotopentrennung anderer Elemente als Uran 235, der Chemie, Physik, Elektronik, Metallurgie und Radiobiologie betrieben.
2. Bis zur Inbetriebnahme des geplanten Materialprüfungsreaktors kann die Forschungsstelle Versuchsräume in den Hochflußreaktoren der Mitgliedstaaten mieten.
3. Die Forschungsstelle kann sich der besonderen Einrichtungen der gemäß Kapitel V zu schaffenden gemeinsamen Unternehmen in der Weise bedienen, daß sie ihnen bestimmte Forschungen allgemeiner wissenschaftlicher Art durch Vertrag überträgt.

3. Réacteurs prototypes.

Un Groupe d'experts sera constitué dès la mise en vigueur du Traité. Après confrontation des programmes nationaux il adressera dans les délais les plus brefs à la Commission, les recommandations appropriées quant aux choix à faire en ce domaine et aux modalités de réalisation.

Sont envisagées la création de trois ou quatre prototypes de faible puissance, et la participation, par exemple sous forme de fourniture de combustible et de modérateurs, à trois réacteurs de puissance.

4. Réacteur à haut flux.

Le Centre devra disposer dans le plus bref délai d'un réacteur à haut flux de neutrons rapides, pour l'essai des matériaux sous rayonnement.

Des études préparatoires seront entreprises à cet effet dès l'entrée en vigueur du Traité.

Le réacteur à haut flux sera pourvu d'importants espaces expérimentaux et de laboratoires d'exploitation appropriés.

II. Recherches effectuées par contrats en dehors du Centre

Une partie importante des recherches seront effectuées par contrats en dehors du Centre commun conformément à l'article 10. Ces contrats de recherches pourront revêtir les formes suivantes:

1. Des recherches complémentaires à celles du Centre commun seront effectués en matière de fusion nucléaire, séparation isotopique d'éléments autres que l'uranium 235, chimie, physique, électronique, métallurgie et radiobiologie.
2. En attendant la mise en fonctionnement du réacteur d'essai de matériaux projeté, le Centre pourra louer des emplacements expérimentaux dans les réacteurs à haut flux nationaux.
3. Le Centre pourra recourir aux installations spécialisées des Entreprises communes à créer au titre du Chapitre V, en leur confiant par contrat certaines recherches d'ordre scientifique général.

3. Reattori prototipi.

Fin dall'entrata in vigore del Trattato sarà costituito un Gruppo di esperti. Dopo un raffronto dei programmi nazionali, esso rivolgerà alla Commissione, non appena possibile, le opportune raccomandazioni circa le scelte da effettuare in tale campo e le modalità di attuazione.

Si progetta di creare tre o quattro prototipi di bassa potenza e partecipare, ad esempio sotto forma di fornitura di combustibili e di moderatori, a tre reattori di elevata potenza.

4. Reattori ad alto flusso.

Il Centro dovrà disporre quanto prima di un reattore ad alto flusso di neutroni rapidi, per la prova dei materiali sotto radiazione.

Fin dall'entrata in vigore del Trattato dovranno intraprendersi studi preparatori a tal fine.

Il reattore ad alto flusso sarà dotato di rilevanti aree sperimentali e di idonei laboratori di sfruttamento.

II. Ricerche effettuate in base a contratti esternamente al Centro

Una parte considerevole delle ricerche sarà effettuata per contratti esternamente al Centro comune, in conformità dell'articolo 10. I contratti per ricerche potranno rivestire le seguenti forme:

1. Si effettueranno ricerche complementari a quelle del Centro comune, in materia di fusione nucleare, separazione isotopica di elementi diversi dall'uranio 235, chimica, fisica, elettronica, metallurgia e radiobiologia.
2. In attesa dell'entrata in funzione del progettato reattore per esperienze su materiali, il Centro potrà prendere in affitto zone sperimentali nei reattori nazionali ad alto flusso.
3. Il Centro potrà ricorrere, agli impianti specializzati per le Imprese comuni da crearsi a mente del Capo V, affidando loro per contratto talune ricerche di carattere scientifico generale.

3. Prototypen van reactoren.

Onmiddellijk na inwerkingtreding van het Verdrag zal een groep deskundigen worden gevormd. Na bestudering van de nationale programma's moet zij zo spoedig mogelijk aan de Commissie aanbevelingen doen betreffende de te maken keuze op dit terrein en de wijze van verwezenlijking.

De bouw van drie of vier prototypen van gering vermogen en de deelneming, bijvoorbeeld in de vorm van levering van splijtstof en van moderator-materiaal, aan drie reactoren voor het leveren van energie, wordt overwogen.

4. Hoge flux reactor.

Het Centrum zal, zo spoedig mogelijk, over een hoge flux reactor, werkend met snelle neutronen, dienen te beschikken, voor het onderzoek van materialen onder bestraling.

Onmiddellijk na inwerkingtreding van het Verdrag zullen daartoe voorbereidende studies worden ondernomen.

De hoge flux reactor zal van ruime onderzoekskanalen worden voorzien evenals van de daarbij passende laboratoria voor de exploitatie daarvan.

II. Onderzoekingen op contract buiten het Centrum

Een belangrijk deel van het onderzoek zal op contract worden verricht buiten het Gemeenschappelijk Centrum, overeenkomstig artikel 10. De contracten betreffende onderzoekingen kunnen de volgende inhoud hebben:

1. Onderzoekingen, welke die van het Gemeenschappelijke Centrum aanvullen, zullen worden verricht op het gebied van de kernversmelting, de scheiding van isotopen met uitzondering van de afscheiding van uranium 235, de scheikunde, de natuurkunde, de elektronica, de metallurgie en de radiobiologie.
2. Het Centrum kan, in afwachting van de inwerkingstelling van de ontworpen reactor voor materiaalonderzoek, onderzoeksruiimte in de nationale hoge flux reactoren huren.
3. Het Centrum kan gebruik maken van de gespecialiseerde installaties van de Gemeenschappelijke Ondernemingen, op te richten op grond van hoofdstuk V, door hun door middel van een contract bepaalde onderzoekingen van algemeen wetenschappelijke aard toe te vertrouwen.

Aufgliederung
der zur Durchführung des Forschungs- und Ausbildungsprogramms erforderlichen Ausgaben
nach großen Posten

(in Millionen EZU-Rechnungseinheiten)

	Ausrüstung	Betrieb ¹⁾	Ausrüstung u./o. Betrieb	Insgesamt
I. Gemeinsame Forschungsstelle				
1. Laboratorien, Ausrüstungen und Infrastruktur:				
a) Allgemeine chemische, physikalische, elektro- nische und metallurgische Laboratorien	12			
b) Besondere Laboratorien:				
Kernfusion	3,5			
Isotopentrennung (außer U-235)	2	1. Jahr 1,3		
Schürfung und Mineralogie	1	2. Jahr 4,3		
		3. Jahr 6,5		
		4. Jahr 7,4		
		5. Jahr 8,5		
		28		
c) Zentralbüro für Kernmessungen	3			
d) Andere Ausrüstungen der Forschungsstelle und ihrer Nebenstellen	8			
e) Infrastruktur	8,5			
	38			66
2. Dokumentation, Information und Ausbildung	1	1. Jahr 0,6		
		2. Jahr 1,6		
		3. Jahr 1,6		
		4. Jahr 1,6		
		5. Jahr 1,6		
		7,-		
3. Reaktorprototypen:				8
Sachverständigengruppe für die Auswahl der Proto- typen		1. Jahr 0,7	59,3 ²⁾	60
Programm				
4. Hochflußreaktor:				
Reaktor	15			
Laboratorium	6	4. Jahr 5,2		
Erneuerung der Ausrüstung	3	5. Jahr 5,2		
	24	10,4		34,4
II. Auf Grund von Verträgen außerhalb der For- schungsstelle durchgeführte Forschungen				
1. Ergänzungen der Arbeiten der Forschungsstelle:				
a) Chemie, Physik, Elektronik, Metallurgie			25	
b) Kernfusion			7,5	
c) Isotopentrennung (außer U-235)			1	
d) Radiobiologie			3,1	
2. Miete für Räume in Hochflußreaktoren der Mit- gliedstaaten			6	
3. Forschungen in gemeinsamen Unternehmen			4	
			46,6	46,6
			215,-	215,-

¹⁾ Schätzung auf Grund eines Personalbestandes von ungefähr 1000 Personen.

²⁾ Ein Teil dieses Betrages kann für Arbeiten bereitgestellt werden, die auf Grund von Verträgen außerhalb der Forschungsstelle durch-
geführt werden.

**Décomposition par grands postes
des dépenses nécessaires
à l'exécution du programme de recherches et d'enseignement**

(en millions d'unités de compte U. E. P.)

	Équipement	Fonctionnement *)	Équipement et / ou fonctionnement	Total
I. Centre commun				
1. Laboratoires, équipements et infrastructure:				
a) Laboratoires généraux de chimie, physique, électronique et métallurgie	12	} 1ère année 1,3 2ème année 4,3 3ème année 6,5 4ème année 7,4 5ème année 8,5		66
b) Laboratoires spéciaux:				
fusion nucléaire	3,5			
séparation isotopique (sauf U 235)	2			
prospection et minéralogie	1			
c) bureau central de mesures nucléaires	3	28		
d) autres équipements du Centre et de ses succursales	8			
e) infrastructure	8,5			
	38			
2. Documentation, information et enseignement	1,—	} 1ère année 0,6 2ème année 1,6 3ème année 1,6 4ème année 1,6 5ème année 1,6		0
3. Réacteurs prototypes:				
Groupe d'experts pour le choix des prototypes ...		1ère année 0,7		
Programme			59,3 **)	60
4. Réacteur à haut flux:				
Réacteur	15	} 4ème année 5,2 5ème année 5,2		34,4
Laboratoire	6			
Rajeunissement de l'équipement	3			
	24	10,4		
II. Recherches effectuées par contrats en dehors du centre				
1. Compléments aux travaux du Centre:				
a) Chimie, physique, électronique, métallurgie ...			25	
b) Fusion nucléaire			7,5	
c) Séparation isotopique (sauf U 235)			1	
d) Radiobiologie			3,1	
2. Location d'emplacements dans des réacteurs à haut flux nationaux			6	
3. Recherches dans des Entreprises communes			4	
			46,6	46,6
			<u>Total</u>	<u>215,—</u>

*) Évaluation basée sur un effectif d'environ 1.000 personnes.

**) Une partie de cette somme pourra être affectée à des travaux effectués par contrats en dehors du Centre.

**Ripartizione per grandi rubriche
delle spese necessarie all'esecuzione
del programma di ricerche e d'insegnamento**

(in milioni di unità di conto U.E.P.)

	Attrezzatura	Funzionamento ¹⁾	Attrezzatura e/o Funzionamento	Totale
I. Centro comune				
1. Laboratori, attrezzature e infrastruttura:				
a) Laboratori generali di chimica, fisica, elettronica e metallurgia	12			
b) Laboratori speciali:				
fusione nucleare	3,5			
separazione isotopica (salvo U-235)	2			
prospezione e mineralogia	1	1° anno 1,3 2° anno 4,3 3° anno 6,5 4° anno 7,4 5° anno 8,5		
c) ufficio centrale di misure nucleari	3			
d) altre attrezzature del Centro e delle sue succursali	8		28	
e) infrastruttura	8,5			66
	38			
2. Documentazione, informazione e insegnamento ...	1	1° anno 0,6 2° anno 1,6 3° anno 1,6 4° anno 1,6 5° anno 1,6		
			7	8
3. Reattori prototipi:				
Gruppo di esperti per la scelta dei prototipi		1° anno 0,7		
Programma			59,3 ²⁾	60
4. Reattore ad alto flusso:				
Reattore	15			
Laboratorio	6	4° anno 5,2 5° anno 5,2		
Ammodernamento dell'attrezzatura	3			
	24		10,4	34,4
II. Ricerche effettuate per contratto esternamente al Centro				
1. Lavori complementari a quelli del Centro:				
a) chimica, fisica, elettronica, metallurgia			25	
b) fusione nucleare			7,5	
c) separazione isotopica (salvo U-235)			1	
d) radiobiologia			3,1	
2. Locazione di zone in reattori ad alto flusso nazionali			6	
3. Ricerche presso imprese comuni			4	
			46,6	46,6
				<u>215</u>

¹⁾ Valutazione basata su di un effettivo di circa 1.000 persone.

²⁾ Una parte di tale somma potrà essere destinata a lavori effettuati per contratto esternamente al Centro.

**Samenstelling volgens grote stelposten
van de uitgaven, die nodig zijn voor de uitvoering van het onderzoek- en onderwijsprogramma**

(in miljoenen E. B. U.-rekeeneenheden)

	Uitrusting	Functionering ¹⁾	Uitrusting en/of functio- nering	Totaal
I. Gemeenschappelijk Centrum				
1. Laboratoria, uitrusting en infrastructuur:				
a) Algemene laboratoria voor scheikunde, natuurkunde, elektronica en metallurgie	12			
b) Speciale laboratoria:				
kernversmelting	3,5			
isotopenscheiding (behalve U 235)	2			
opsporing van delfstoffen en mineralogie	1	1e jaar 1,3 2e jaar 4,3 3e jaar 6,5 4e jaar 7,4 5e jaar 8,5		
c) Centraal bureau voor metingen op het gebied van de kernenergie	3	28		
d) andere uitrusting van het Centrum en zijn filialen	8			
e) infrastructuur	8,5			66
	<u>38</u>			
2. Documentatie, voorlichting en onderwijs	1	1e jaar 0,6 2e jaar 1,6 3e jaar 1,6 4e jaar 1,6 5e jaar 1,6		
		7		
3. Prototypen van reactoren				8
Groep van deskundigen voor de keuze der prototypen				
Programma		1e jaar 0,7		
			59,3 (2)	60
4. Hoge flux reactor:				
Reactor	15			
Laboratorium	6	4e jaar 5,2 5e jaar 5,2		
Vernieuwing van de uitrusting	3	10,4		34,4
	<u>24</u>			
II. Onderzoekingen op contract buiten het Centrum verricht				
1. Aanvullingen op de werkzaamheden van het Centrum:				
a) scheikunde, natuurkunde, elektronica, metallurgie			25	
b) kernversmelting			7,5	
c) isotopenscheiding (behalve U 235)			1	
d) radiobiologie			3,1	
2. Huur van ruimte in de nationale hoge flux reactoren			6	
3. Onderzoekingen in Gemeenschappelijke Ondernemingen			4	
			<u>46,6</u>	46,6
			<u>Total</u>	<u>215</u>

¹⁾ Schatting gebaseerd op een personeelsbezetting van ongeveer 1000 personen.

²⁾ En deel van deze som kan worden aangewend voor werkzaamheden, die buiten het Centrum op contract worden verricht.

II. 2

Protokoll
über die Anwendung des Vertrags
zur Gründung
der Europäischen Atomgemeinschaft
auf die außereuropäischen Teile
des Königreichs der Niederlande

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN DEM BESTREBEN, bei der Unterzeichnung des Vertrags zur Errichtung der Europäischen Atomgemeinschaft die Tragweite des Artikels 198 des Vertrags gegenüber dem Königreich der Niederlande zu präzisieren —

HABEN nachstehende Bestimmungen VEREINBART, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

Die Regierung des Königreichs der Niederlande ist auf Grund des Verfassungsgefüges des Königreichs, das im Statut vom 29. Dezember 1954 festgelegt ist, berechtigt, in Abweichung von Artikel 198 den Vertrag für das Königreich der Niederlande in seiner Gesamtheit oder für das Königreich in Europa und Niederländisch-Neuguinea zu ratifizieren. Sollte sich die Ratifizierung auf das Königreich in Europa und auf Niederländisch-Neuguinea beschränken, so kann die Regierung des Königreichs der Niederlande jederzeit durch Notifizierung an die Regierung der Italienischen Republik, bei der die Ratifikationsurkunden hinterlegt sind, erklären, daß dieser Vertrag auch für Surinam oder die Niederländischen Antillen oder für Surinam und die Niederländischen Antillen gilt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

II. 2

Protocole relatif à l'application du Traité
instituant la Communauté Européenne de
l'Énergie Atomique
aux Parties non-européennes
du Royaume des Pays-Bas

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES —

SOUCIEUSES, au moment de signer le Traité instituant entre elles la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique, de préciser la portée des dispositions de l'article 198 du Traité à l'égard du Royaume des Pays-Bas —

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à ce Traité:

Le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, en raison de la structure constitutionnelle du Royaume telle qu'elle résulte du Statut du 29 décembre 1954, aura la faculté, par dérogation à l'article 198, de ratifier le Traité soit pour le Royaume des Pays-Bas en son entier, soit pour le Royaume en Europe et pour la Nouvelle-Guinée Néerlandaise. Au cas où la ratification aurait été limitée au Royaume en Europe et à la Nouvelle-Guinée Néerlandaise, le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas pourra, à tout moment, par notification au Gouvernement de la République Italienne dépositaire des instruments de ratification, déclarer ce Traité également applicable, soit au Surinam, soit aux Antilles Néerlandaises, soit au Surinam et aux Antilles Néerlandaises.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

II. 2

Protocollo relativo alla applicazione del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica alle parti non europee del Regno dei Paesi Bassi

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

SOLLECITE di precisare, al momento della firma del Trattato che istituisce tra loro la Comunità Europea dell'Energia Atomica, la portata del disposto dell'articolo 198 del Trattato nei confronti del Regno dei Paesi Bassi,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato stesso:

Il Governo del Regno dei Paesi Bassi, a motivo della struttura costituzionale del Regno quale risulta dallo Statuto del 29 dicembre 1954, avrà facoltà, in deroga all'articolo 198, di ratificare il Trattato tanto per il Regno dei Paesi Bassi nel suo complesso quanto per il Regno in Europa e per la Nuova Guinea olandese. Qualora la ratifica dovesse limitarsi al Regno in Europa e alla Nuova Guinea olandese, il Governo del Regno dei Paesi Bassi potrà, in qualsiasi momento, mediante notificazione al Governo della Repubblica Italiana, depositario degli strumenti di ratifica, dichiarare che il Trattato è ugualmente applicabile al Surinam o alle Antille olandesi, ovvero al Surinam e alle Antille olandesi.

FATTO a Roma, li 25 marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

II. 2

**Protocol
betreffende de toepassing van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie op de niet-europese Delen van het Koninkrijk der Nederlanden**

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN,

VERLANGENDE, op het ogenblik van ondertekening van dit Verdrag waarbij zij tezamen de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie oprichten, de draagwijdte der bepalingen van artikel 198 van dit Verdrag ten aanzien van het Koninkrijk der Nederlanden nader te omschrijven,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan dit Verdrag zijn gehecht:

de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden is, wegens de grondwettelijke structuur van het Koninkrijk zoals deze volgt uit het Statuut van 29 december 1954, gerechtigd, in afwijking van artikel 198, het Verdrag hetzij voor het Koninkrijk der Nederlanden in zijn geheel, hetzij voor het Rijk in Europa en voor Nederlands Nieuw-Guinea te bekrachtigen. Indien de bekrachtiging beperkt zou zijn tot het Rijk in Europa en tot Nederlands Nieuw-Guinea, zal de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden te allen tijde, door kennisgeving aan de Regering van de Italiaanse Republiek, bij wie de akten van bekrachtiging worden nedergelegd, kunnen verklaren dat dat Verdrag eveneens van toepassing is hetzij op Suriname, hetzij op de Nederlandse Antillen, hetzij op Suriname en de Nederlandse Antillen.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventienvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

III.

**Abkommen über gemeinsame Organe
für die europäischen Gemeinschaften**

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER, DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE —

IN DEM BESTREBEN, die Zahl der Organe zu beschränken, die im Rahmen der von ihnen geschaffenen europäischen Gemeinschaften ähnliche Aufgaben zu erfüllen haben —

HABEN BESCHLOSSEN, für diese Gemeinschaften bestimmte gemeinsame Organe zu bilden; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Herrn Paul-Henri Spaak, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler,

Herrn Professor Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Christian Pineau, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Maurice Faure, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn Antonio Segni, Ministerpräsident,

Herrn Professor Gaetano Martino, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Ihre Königliche Hoheit
die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Joseph Bech, Staatsminister, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn Lambert Schaus, Botschafter, Leiter der luxemburgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn Joseph Luns, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der niederländischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

DIESE SIND nach Austausch ihrer in guter und gehörigen Form befundenen Vollmachten

wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

III.

**Convention relative
à certaines institutions communes
aux Communautés Européennes**

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEMBOURG, SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS —

SOUCIEUX d'éviter la multiplicité des institutions appelées à accomplir des missions analogues dans les Communautés Européennes qu'ils ont constituées —

ONT DÉCIDÉ de créer pour ces Communautés certaines institutions uniques et ont désigné, à cet effet, comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

M. Paul Henri Spaak, Ministre des Affaires Étrangères;

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire Général du Ministère des Affaires Économiques, Président de la délégation belge auprès de la Conférence Intergouvernementale;

Le Président
de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Docteur Konrad Adenauer, Chancelier fédéral;

M. le Professeur Docteur Walter Hallstein, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères;

Le Président de la République Française:

M. Christian Pineau, Ministre des Affaires Étrangères;

M. Maurice Faure, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères;

Le Président de la République Italienne:

M. Antonio Segni, Président du Conseil des Ministres;

M. le Professeur Gaetano Martino, Ministre des Affaires Étrangères;

Son Altesse Royale
la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Joseph Bech, Président du Gouvernement, Ministre des Affaires Étrangères;

M. Lambert Schaus, Ambassadeur, Président de la délégation luxembourgeoise auprès de la Conférence Intergouvernementale;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. Joseph Luns, Ministre des Affaires Étrangères;

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation néerlandaise auprès de la Conférence Intergouvernementale;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

III.

Convenzione relativa a talune istituzioni comuni alle Comunità Europee

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE, IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA, SUA ALTEZZA REALE LA GRANDUCHESSA DEL LUSSEMBURGO, SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

SOLLECITI di evitare la molteplicità delle istituzioni chiamate ad assolvere compiti analoghi nelle Comunità Europee che essi hanno costituito,

HANNO DECISO di creare per queste Comunità talune istituzioni uniche ed hanno a tal fine designato come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

S. E. Paul-Henri Spaak, Ministro degli Affari esteri;

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario generale del Ministero degli Affari economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa;

Il Presidente della Repubblica federale di Germania:

S. E. Konrad Adenauer, Cancelliere federale;

S. E. Walter Hallstein, Segretario di Stato agli Affari esteri;

Il Presidente della Repubblica Francese:

S. E. Christian Pineau, Ministro degli Affari esteri;

S. E. Maurice Faure, Segretario di Stato agli Affari esteri;

Il Presidente della Repubblica Italiana:

S. E. Antonio Segni, Presidente del Consiglio dei Ministri;

S. E. Gaetano Martino, Ministro degli Affari esteri;

Sua Altezza Reale
la Granduchessa del Lussemburgo:

S. E. Joseph Bech, Presidente del Governo, Ministro degli Affari esteri;

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa;

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:

S. E. Joseph Luns, Ministro degli Affari esteri;

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa.

I QUALI, dopo avere scambiato i loro pieni poteri riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti:

III.

Overeenkomst betreffende bepaalde instellingen welke de Europese Gemeenschappen gemeen hebben

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN, DE PRESIDENT VAN DE BONDSREPUBLIC DUITSLAND, DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK, DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK, HARE KONINKLIJKE HOOGHEID DE GROOTHERTOGIN VAN LUXEMBURG, HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN —

VERLANGENDE, te voorkomen dat een veelvoud ontstaat van instellingen welke geroepen zijn in de door hen opgerichte Europese Gemeenschappen gelijksoortige taken te vervullen —

HEBBEN BESLOTEN voor deze Gemeenschappen bepaalde gemeenschappelijke instellingen in het leven te roepen en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

De Heer Paul-Henri Spaak, Minister van Buitenlandse Zaken,

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van den Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Dr. Konrad Adenauer, Bondskanselier,

Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

De President van de Franse Republiek:

De Heer Christian Pineau, Minister van Buitenlandse Zaken,

De Heer Maurice Faure, Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

De President van de Italiaanse Republiek:

De Heer Antonio Segni, Voorzitter van den Raad van Ministers,

Professor Gaetano Martino, Minister van Buitenlandse Zaken;

Hare Koninklijke Hoogheid
de Groothertogin van Luxemburg:

De Heer Joseph Bech, Minister-President, Minister van Buitenlandse Zaken,

De Heer Lambert Schaus, Ambassadeur, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

De Heer Joseph Luns, Minister van Buitenlandse Zaken,

De Heer J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

Abschnitt I

Die Versammlung

Artikel 1

Die Befugnisse und Zuständigkeiten, die der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft der Versammlung übertragen, werden unter den in diesen Verträgen vorgesehenen Bedingungen durch eine einzige Versammlung ausgeübt; für die Zusammensetzung dieser Versammlung und die Bestellung ihrer Mitglieder sind Artikel 138 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 108 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft maßgebend.

Artikel 2

(1) Mit Aufnahme ihrer Tätigkeit tritt die in Artikel 1 genannte einzige Versammlung an die Stelle der in Artikel 21 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgesehenen Gemeinsamen Versammlung. Sie übt die Befugnisse und Zuständigkeiten, die der Gemeinsamen Versammlung durch den genannten Vertrag übertragen worden sind, gemäß dessen Bestimmungen aus.

(2) Artikel 21 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird daher mit der Aufnahme der Tätigkeit der in Artikel 1 genannten einzigen Versammlung aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Artikel 21

(1) Die Versammlung besteht aus Abgeordneten, die nach einem von jedem Mitgliedstaat bestimmten Verfahren von den Parlamenten aus ihrer Mitte zu ernennen sind.

(2) Die Zahl dieser Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:

Deutschland	36
Belgien	14
Frankreich	36
Italien	36
Luxemburg	6
Niederlande	14

(3) Die Versammlung arbeitet Entwürfe für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten aus.

Der Rat erläßt einstimmig die entsprechenden Bestimmungen und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.“

Abschnitt II

Der Gerichtshof

Artikel 3

Die Zuständigkeiten, die der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft dem Gerichtshof übertragen, werden unter den in diesen Verträgen vorgesehenen Bedingungen durch einen einzigen Gerichtshof ausgeübt; für die Zusammensetzung dieses Gerichtshofes und die Bestellung seiner Mitglieder

Section I

De l'Assemblée

Article 1

Les pouvoirs et les compétences que le Traité instituant la Communauté Économique Européenne d'une part, et le Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique d'autre part, attribuent à l'Assemblée, sont exercés, dans les conditions respectivement prévues à ces Traités, par une Assemblée unique composée et désignée comme il est prévu tant à l'article 138 du Traité instituant la Communauté Économique Européenne, qu'à l'article 108 du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

Article 2

(1) Dès son entrée en fonctions, l'Assemblée unique visée à l'article précédent remplace l'Assemblée Commune prévue à l'article 21 du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Elle exerce les pouvoirs et les compétences dévolus à l'Assemblée Commune par ce Traité, conformément aux dispositions de celui-ci.

(2) A cet effet, l'article 21 du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier est, à la date d'entrée en fonctions de l'Assemblée unique visée à l'article précédent, abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 21

(1) L'Assemblée est formée de délégués que les Parlements sont appelés à désigner en leur sein selon la procédure fixée par chaque État membre.

(2) Le nombre de ces délégués est fixé ainsi qu'il suit:

Allemagne	36
Belgique	14
France	36
Italie	36
Luxembourg	6
Pays-Bas	14

(3) L'Assemblée élaborera des projets en vue de permettre l'élection au suffrage universel direct selon une procédure uniforme dans tous les États membres.

Le Conseil, statuant à l'unanimité, arrêtera les dispositions dont il recommandera l'adoption par les États membres, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.»

Section II

De la Cour de Justice

Article 3

Les compétences que le Traité instituant la Communauté Économique Européenne d'une part, et le Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique d'autre part, attribuent à la Cour de Justice, sont exercées dans les conditions respectivement prévues à ces Traités, par une Cour de Justice unique composée et désignée comme il est prévu tant aux articles 165 à 167

Sezione I
L'Assemblea

Articolo 1

I poteri e le competenze attribuiti all'Assemblea dal Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea da una parte, e dal Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica dall'altra, sono esercitati, alle condizioni rispettivamente previste dai Trattati stessi, da un'Assemblea unica composta e designata come previsto sia dall'articolo 138 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, sia dall'articolo 108 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 2

(1) Fin dalla sua entrata in funzione, l'Assemblea unica di cui all'articolo precedente sostituisce l'Assemblea Comune prevista dall'articolo 21 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio. Essa esercita i poteri e le competenze devoluti all'Assemblea Comune da questo Trattato, conformemente alle disposizioni dello stesso.

(2) A tal fine, l'articolo 21 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, alla data dell'entrata in funzione dell'Assemblea unica di cui all'articolo precedente, è abrogato e sostituito dalle disposizioni seguenti:

«Articolo 21

(1) L'Assemblea è formata di delegati che i Parlamenti sono richiesti di designare fra i propri membri secondo la procedura fissata da ogni Stato membro.

(2) Il numero dei delegati è fissato come segue:

Germania	36
Belgio	14
Francia	36
Italia	36
Lussemburgo	6
Paesi Bassi	14

(3) L'Assemblea elaborerà dei progetti intesi a permettere l'elezione a suffragio universale diretto, secondo una procedura uniforme in tutti gli Stati membri.

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, stabilirà le disposizioni di cui raccomanderà l'adozione da parte degli Stati membri, conformemente alle loro rispettive norme costituzionali.»

Sezione II
La Corte di Giustizia

Articolo 3

Le competenze attribuite alla Corte di Giustizia dal Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea da una parte, e dal Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica dall'altra, sono esercitate alle condizioni rispettivamente previste da questi Trattati, da una Corte di Giustizia unica composta e designata come previsto sia dagli articoli da 165 a 167 inclusi del

Afdeling I
De Vergadering

Artikel 1

De algemene en bijzondere bevoegdheden welke het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap enerzijds en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie anderzijds aan de Vergadering toekennen, worden, overeenkomstig de bepalingen onderscheidenlijk in die Verdragen gesteld, uitgeoefend door één Vergadering, samengesteld en aangewezen als in artikel 138 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en in artikel 108 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie is voorgeschreven.

Artikel 2

(1) Zodra zij in functie treedt, vervangt de in het voorgaande artikel genoemde Vergadering de Gemeenschappelijke Vergadering genoemd in artikel 21 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal. Zij oefent de door Verdrag aan de Gemeenschappelijke Vergadering toegekende algemene en bijzondere bevoegdheden uit overeenkomstig de bepalingen daarvan.

(2) Te dien einde wordt op de datum waarop de in het voorgaande artikel genoemde Vergadering in functie treedt, artikel 21 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal ingetrokken en door de volgende bepalingen vervangen:

„Artikel 21

(1) De Vergadering bestaat uit afgevaardigden die de Parlementen uit hun midden aanwijzen volgens de door iedere deelnemende Staat vastgestelde procedure.

(2) Het aantal afgevaardigden is als volgt vastgesteld:

Duitsland	36
België	14
Frankrijk	36
Italië	36
Lussemburg	6
Nederland	14

(3) De Vergadering stelt ontwerpen op voor het houden van rechtstreekse algemene verkiezingen mogelijk te maken volgens een in alle deelnemende Staten eenvormige procedure.

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen de desbetreffende bepalingen vast, waarvan hij de aanneming door de deelnemende Staten, overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen, aanbeveelt.»

Afdeling II
Het Hof van Justitie

Artikel 3

De bevoegdheden welke het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap enerzijds en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie anderzijds aan het Hof van Justitie toekennen, worden, onder de voorwaarden onderscheidenlijk in die Verdragen gesteld, uitgeoefend door één Hof van Justitie, samengesteld en aangewezen

sind die Artikel 165 bis 167 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Artikel 137 bis 139 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft maßgebend.

inclus du Traité instituant la Communauté Économique Européenne, qu'aux articles 137-à 139 inclus du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

Artikel 4

(1) Mit Aufnahme seiner Tätigkeit tritt der in Artikel 3 genannte einzige Gerichtshof an die Stelle des in Artikel 32 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgesehenen Gerichtshofes. Er übt die Zuständigkeiten, die diesem Gerichtshof durch den genannten Vertrag übertragen worden sind, gemäß dessen Bestimmungen aus.

Der Präsident des in Artikel 3 genannten einzigen Gerichtshofes übt die Befugnisse aus, die durch den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl dem Präsidenten des darin vorgesehenen Gerichtshofes übertragen worden sind.

(2) Mit Aufnahme der Tätigkeit des in Artikel 3 genannten einzigen Gerichtshofes

- a) wird daher Artikel 32 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Artikel 32

Der Gerichtshof besteht aus sieben Richtern.

Der Gerichtshof tagt in Vollsitzungen. Er kann jedoch aus seiner Mitte Kammern mit je drei oder fünf Richtern bilden, die bestimmte vorbereitende Aufgaben erledigen oder bestimmte Gruppen von Rechtssachen entscheiden; hierfür gelten die Vorschriften einer besonderen Regelung.

In allen Fällen, in denen Rechtssachen zur Entscheidung stehen, die auf Antrag eines Mitgliedstaates oder eines Organs der Gemeinschaft anhängig sind, tagt der Gerichtshof in Vollsitzungen; das gleiche gilt für die im Wege der Vorabentscheidung zu entscheidenden Fragen, die ihm gemäß Artikel 41 vorgelegt werden.

Auf Antrag des Gerichtshofes kann der Rat einstimmig die Zahl der Richter erhöhen und die erforderlichen Anpassungen der Absätze 2 und 3 und des Artikels 32b Absatz 2 vornehmen.“

„Artikel 32a

Der Gerichtshof wird von zwei Generalanwälten unterstützt.

Der Generalanwalt hat in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlußanträge zu den dem Gerichtshof unterbreiteten Rechtssachen öffentlich zu stellen, um den Gerichtshof bei der Erfüllung seiner in Artikel 31 bestimmten Aufgabe zu unterstützen.

Auf Antrag des Gerichtshofes kann der Rat einstimmig die Zahl der Generalanwälte erhöhen und die erforderlichen Anpassungen des Artikels 32b Absatz 3 vornehmen.“

„Artikel 32b

Zu Richtern und Generalanwälten sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf sechs Jahre ernannt.

Article 4

(1) Dès son entrée en fonctions, la Cour de Justice unique visée à l'article précédent remplace la Cour prévue à l'article 32 du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Elle exerce les compétences attribuées à cette Cour par ce Traité, conformément aux dispositions de celui-ci.

Le président de la Cour de Justice unique visée à l'article précédent exerce les attributions dévolues par le Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier au président de la Cour prévue par ce Traité.

(2) A cet effet, à la date de l'entrée en fonctions de la Cour de Justice unique visée à l'article précédent,

- a) l'article 32 du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 32

La Cour est formée de sept juges.

La Cour siège en séance plénière. Toutefois, elle peut créer en son sein des chambres composées chacune de trois ou cinq juges en vue, soit de procéder à certaines mesures d'instruction, soit de juger certaines catégories d'affaires dans les conditions prévues par un règlement établi à cet effet.

Dans tous les cas, la Cour siège en séance plénière pour statuer dans les affaires dont elle est saisie par un État membre ou une institution de la Communauté, ainsi que sur les questions préjudicielles qui lui sont soumises en vertu de l'article 41.

Si la Cour le demande, le Conseil statuant à l'unanimité peut augmenter le nombre des juges et apporter les adaptations nécessaires aux alinéas 2 et 3 et à l'article 32ter alinéa 2.»

« Article 32bis

La Cour est assistée de deux avocats généraux.

L'avocat général a pour rôle de présenter publiquement, en toute impartialité et en toute indépendance, des conclusions motivées sur les affaires soumises à la Cour, en vue d'assister celle-ci dans l'accomplissement de sa mission, telle qu'elle est définie à l'article 31.

Si la Cour le demande, le Conseil statuant à l'unanimité peut augmenter le nombre des avocats généraux et apporter les adaptations nécessaires à l'article 32ter alinéa 3.»

« Article 32ter

Les juges et les avocats généraux, choisis parmi des personnalités offrant toutes garanties d'indépendance, et qui réunissent les conditions requises pour l'exercice, dans leurs pays respectifs, des plus hautes fonctions juridictionnelles, ou qui sont des jurisconsultes possédant des compétences notoires, sont nommés d'un commun accord pour six ans par les gouvernements des États membres.

Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, sia dagli articoli da 137 a 139 inclusi del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 4

(1) Fin dalla sua entrata in funzione, la Corte di Giustizia unica di cui all'articolo precedente sostituisce la Corte prevista dall'articolo 32 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio. Essa esercita le competenze attribuite a questa Corte da quest'ultimo Trattato, conformemente alle disposizioni dello stesso.

Il presidente della Corte di Giustizia unica di cui all'articolo precedente esercita le attribuzioni devolute dal Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio al presidente della Corte prevista da questo Trattato.

(2) A tal fine, alla data dell'entrata in funzione della Corte di Giustizia unica di cui all'articolo precedente,

- a) l'articolo 32 del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio è abrogato e sostituito dalle disposizioni seguenti:

« Articolo 32

La Corte è composta di sette giudici.

La Corte si riunisce in seduta plenaria. Essa può, tuttavia, creare nel suo ambito delle sezioni, ciascuna delle quali sarà composta di tre o cinque giudici, allo scopo di procedere a determinati provvedimenti di istruttoria o di giudicare determinate categorie di cause, alle condizioni previste da un regolamento a tal fine stabilito.

La Corte si riunisce sempre in seduta plenaria per pronunciarsi nelle cause di cui è investita da parte di uno Stato membro o di un'istituzione della Comunità, così pure quando deve pronunciarsi su questioni pregiudiziali che le sono sottoposte a norma dell'articolo 41.

Ove ciò sia richiesto dalla Corte, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può aumentare il numero dei giudici e apportare i necessari ritocchi ai commi secondo e terzo e all'articolo 32 ter, comma secondo.»

« Articolo 32 bis

La Corte è assistita da due avvocati generali.

L'avvocato generale ha l'ufficio di presentare pubblicamente, con assoluta imparzialità e in piena indipendenza, conclusioni motivate sulle cause proposte alla Corte per assistere quest'ultima nell'adempimento della sua missione, così come definita dall'articolo 31.

Ove ciò sia richiesto dalla Corte, il Consiglio, deliberando all'unanimità, può aumentare il numero degli avvocati generali e apportare i necessari ritocchi all'articolo 32 ter, comma terzo.»

« Articolo 32 ter

I giudici e gli avvocati generali, scelti tra personalità che offrano tutte le garanzie di indipendenza, e che riuniscano le condizioni richieste per l'esercizio, nei rispettivi Paesi, delle più alte funzioni giurisdizionali, ovvero che siano giuriconsulti di notoria competenza, sono nominati di comune accordo per sei anni dai governi degli Stati membri.

als in de artikelen 165 tot en met 167 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en in de artikelen 137 tot en met 139 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie is voorgeschreven.

Artikel 4

(1) Zodra het in functie treedt, vervangt het in het voorgaande artikel genoemde Hof van Justitie het Hof genoemd in artikel 32 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal. Het oefent de door dat Verdrag aan het Hof toegekende bevoegdheden uit overeenkomstig de bepalingen daarvan.

De president van het in het voorgaande artikel genoemde Hof van Justitie oefent de bevoegdheden uit welke het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal aan de voorzitter van het daarin genoemde Hof toekent.

(2) Te dien einde worden op de datum waarop het in het voorgaande artikel genoemde Hof van Justitie in functie treedt,

- a) artikel 32 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal ingetrokken en door de volgende bepalingen vervangen:

„ Artikel 32

Het Hof bestaat uit zeven rechters.

Het Hof komt in voltallige zitting bijeen. Het kan echter uit zijn midden kamers vormen, elk samengesteld uit drie of vijf rechters, om overeenkomstig de bepalingen van een daartoe opgesteld reglement hetzij bepaalde maatregelen van onderzoek te nemen, hetzij bepaalde soorten van zaken te berechten.

In alle zaken die aanhangig zijn gemaakt door een deelnemende Staat of door een instelling van de Gemeenschap, alsmede in alle krachtens artikel 41 aan het Hof voorgelegde prejudiciële geschillen, beslist het Hof in voltallige zitting.

Indien het Hof zulks verzoekt, kan de Raad met eenparigheid van stemmen het aantal rechters verhogen en de tweede en de derde alinea van dit artikel alsmede de tweede alinea van artikel 32ter voor zover nodig aanpassen.»

„ Artikel 32bis

Het Hof wordt bijgestaan door twee advocaten-generaal.

De advocaat-generaal heeft tot taak, in het openbaar in volkomen onpartijdigheid en onafhankelijkheid met redenen omklede conclusies te nemen aangaande zaken welke aan het Hof zijn voorgelegd, ten einde dit ter zijde te staan bij de vervulling van zijn taak, gelijk deze is omschreven in artikel 31.

Indien het Hof zulks verzoekt, kan de Raad met eenparigheid van stemmen het aantal advocaten-generaal verhogen en de derde alinea van artikel 32ter, voor zover nodig, aanpassen.»

„ Artikel 32ter

De rechters en de advocaten-generaal, gekozen uit personen die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden en aan alle gestelde eisen voldoen om in hun onderscheidene landen de hoogste rechterlijke ambten te bekleden, of die bekend staan als kundige rechtsgeleerden, worden in onderlinge overeenstemming door de regeringen van de deelnemende Staten voor zes jaar benoemd.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Richterstellen statt. Sie betrifft abwechselnd je drei und vier Richter. Die drei Richter, deren Stellen nach Ablauf der ersten drei Jahre neu zu besetzen sind, werden durch das Los bestimmt.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Generalanwälte statt. Der Generalanwalt, dessen Stelle nach Ablauf der ersten drei Jahre neu zu besetzen ist, wird durch das Los bestimmt.

Die Wiederernennung ausscheidender Richter und Generalanwälte ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofes für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig."

Artikel 32c

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und bestimmt dessen Stellung "

- b) werden daher die Bestimmungen des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes im Anhang zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufgehoben, soweit sie den Artikeln 32 bis 32c des genannten Vertrags entgegenstehen.

Un renouvellement partiel des juges a lieu tous les trois ans. Il porte alternativement sur trois et quatre juges. Les trois juges dont la désignation est sujette à renouvellement à la fin de la première période de trois ans sont désignés par le sort.

Un renouvellement partiel des avocats généraux a lieu tous les trois ans. L'avocat général dont la désignation est sujette à renouvellement à la fin de la première période de trois ans est désigné par le sort.

Les juges et les avocats généraux sortants peuvent être nommés de nouveau.

Les juges désignent parmi eux, pour trois ans, le président de la Cour. Son mandat est renouvelable.»

« Article 32 quater

La Cour nomme son greffier, dont elle fixe le statut.»

- b) les dispositions du Protocole sur le Statut de la Cour de Justice annexé au Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier sont abrogées en ce qu'elles ont de contraire aux articles 32 à 32 quater inclus de ce Traité.

Abschnitt III

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

Artikel 5

(1) Die Aufgaben, die der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft dem Wirtschafts- und Sozialausschuß übertragen, werden unter den in diesen Verträgen vorgesehenen Bedingungen durch einen einzigen Wirtschafts- und Sozialausschuß ausgeübt; für die Zusammensetzung dieses Ausschusses und die Bestellung seiner Mitglieder sind Artikel 194 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 166 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft maßgebend.

(2) Der in Absatz (1) genannte einzige Wirtschafts- und Sozialausschuß muß eine fachliche Gruppe und kann zuständige Unterausschüsse für die Gebiete oder Fragen umfassen, die dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft unterliegen.

(3) Die Artikel 193 und 197 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft finden auf den in Absatz (1) genannten einzigen Wirtschafts- und Sozialausschuß Anwendung.

Abschnitt IV

Die Finanzierung dieser Organe

Artikel 6

Die Verwaltungskosten der einzigen Versammlung, des einzigen Gerichtshofes und des einzigen Wirtschafts- und Sozialausschusses werden zu gleichen Teilen von den beteiligten Gemeinschaften getragen.

Die Durchführungsvorschriften zu diesem Artikel werden von den zuständigen Stellen jeder Gemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

Section III

Du Comité économique et social

Article 5

(1) Les fonctions que le Traité instituant la Communauté Économique Européenne d'une part, et le Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique d'autre part, attribuent au Comité économique et social, sont exercées, dans les conditions respectivement prévues à ces Traités, par un Comité économique et social unique, composé et désigné comme il est prévu tant à l'article 194 du Traité instituant la Communauté Économique Européenne, qu'à l'article 166 du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

(2) Le Comité économique et social unique visé au paragraphe précédent doit comprendre une section spécialisée, et peut comporter des sous-comités compétents, dans les domaines ou pour les questions relevant du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

(3) Les dispositions des articles 193 et 197 du Traité instituant la Communauté Économique Européenne sont applicables au Comité économique et social unique visé au paragraphe (1).

Section IV

Du financement de ces institutions

Article 6

Les dépenses de fonctionnement de l'Assemblée unique, de la Cour de Justice unique et du Comité économique et social unique sont réparties, par fractions égales, entre les Communautés intéressées.

Les modalités d'application du présent article sont arrêtées d'un commun accord par les autorités compétentes de chaque Communauté.

Ogni tre anni si procede a un rinnovamento parziale dei giudici. Esso riguarda alternativamente tre e quattro giudici. I tre giudici la cui designazione è soggetta a rinnovamento al termine del primo periodo di tre anni sono designati a sorte.

Ogni tre anni si procede a un rinnovamento parziale degli avvocati generali. L'avvocato generale, la cui designazione è soggetta a rinnovamento al termine del primo periodo di tre anni, è designato a sorte.

I giudici e gli avvocati generali uscenti possono essere nuovamente nominati.

I giudici designano tra loro, per tre anni, il presidente della Corte. Il suo mandato è rinnovabile.»

«Articolo 32 quater

La Corte nomina il cancelliere, di cui fissa lo statuto.»

- b) le disposizioni del Protocollo sullo Statuto della Corte di Giustizia allegato al Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio sono abrogate limitatamente alle disposizioni in esso contenute che siano contrarie agli articoli da 32 a 32 quater inclusi di questo Trattato.

Sezione III

Il Comitato economico e sociale

Articolo 5

(1) Le funzioni attribuite al Comitato economico e sociale dal Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea da una parte, e dal Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica dall'altra, sono esercitate, alle condizioni rispettivamente previste da questi Trattati, da un Comitato economico e sociale unico, composto e designato come previsto sia dall'articolo 194 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, sia dall'articolo 166 del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

(2) Il Comitato economico e sociale unico di cui al paragrafo precedente deve comprendere una sezione specializzata, e può annoverare sottocomitati competenti, nei settori o per le questioni che rientrano nella sfera di competenza del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

(3) Le disposizioni degli articoli 193 e 197 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea sono applicabili al Comitato economico e sociale unico di cui al paragrafo 1.

Sezione IV

Il finanziamento di tali istituzioni

Articolo 6

Le spese di funzionamento dell'Assemblea unica, della Corte di Giustizia unica e del Comitato economico e sociale unico sono ripartite, in proporzioni eguali, fra le Comunità interessate.

Le modalità d'applicazione del presente articolo sono stabilite di comune intesa dalle autorità competenti di ogni Comunità.

Om de drie jaar vindt een gedeeltelijke vervanging van de rechters plaats. Deze heeft betrekking op drie en op vier rechters. De drie rechters die aan het einde van de eerste periode van drie jaar moeten aftreden, worden door het lot aangewezen.

Om de drie jaar vindt een gedeeltelijke vervanging van de advocaten-generaal plaats. De advocaat-generaal die aan het einde van de eerste periode van drie jaar moet aftreden, wordt door het lot aangewezen.

De aftredende rechters en advocaten-generaal zijn herbenoembaar.

De rechters kiezen uit hun midden voor drie jaar de voorzitter van het Hof. Hij is herkiesbaar.»

„Artikel 32 quater

Het Hof benoemt zijn griffier en bepaalt diens positie.»

- b) de bepalingen van het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie, welk Protocol een bijlage vormt van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal, ingetrokken voor zover zij in strijd zijn met de artikelen 32 tot en met 32quater van dat Verdrag.

Afdeling III

Het Economisch en Sociaal Comité

Artikel 5

(1) De taak welke het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap enerzijds en het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie anderzijds aan het Economisch en Sociaal Comité toekennen, wordt onder de voorwaarden onderscheidenlijk in die Verdragen gesteld, vervuld door één Economisch en Sociaal Comité, samengesteld en aangewezen als in artikel 194 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en in artikel 166 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie is voorgeschreven.

(2) Het in het voorgaande lid genoemde Economisch en Sociaal Comité moet een gespecialiseerde afdeling en kan deskundige sub-comités omvatten, voor het terrein of voor de vraagstukken welke onder het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie vallen.

(3) De bepalingen van de artikelen 193 en 197 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap zijn van toepassing op het in lid 1 genoemde Economisch en Sociaal Comité.

Afdeling IV

De Financiering dezer Instellingen

Artikel 6

De huishoudelijke uitgaven van de Vergadering, het Hof van Justitie en het Economisch en Sociaal Comité worden door de betrokken Gemeenschappen voor gelijke delen gedragen.

De wijze van toepassing van dit artikel wordt in onderlinge overeenstemming vastgesteld door de bevoegde autoriteiten van elke Gemeenschap.

Schlußbestimmungen

Artikel 7

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieses Abkommen tritt gleichzeitig mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft in Kraft.

Artikel 8

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Dispositions finales

Article 7

La présente Convention sera ratifiée par les Hautes Parties Contractantes en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la République Italienne.

La présente Convention entrera en vigueur à la date à laquelle seront en vigueur le Traité instituant la Communauté Économique Européenne et le Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

Article 8

La présente Convention rédigée en un exemplaire unique, en langue allemande, en langue française, en langue italienne et en langue néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du Gouvernement de la République Italienne qui remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des autres États signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

FAIT à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Disposizioni finali

Articolo 7

La presente Convenzione sarà ratificata dalle Alte Parti Contraenti conformemente alle loro norme costituzionali rispettive. Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo della Repubblica Italiana.

La presente Convenzione entrerà in vigore alla data alla quale saranno in vigore il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e il Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Articolo 8

La presente Convenzione redatta in unico esemplare in lingua tedesca, in lingua francese, in lingua italiana e in lingua olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositata negli archivi del Governo della Repubblica Italiana che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli altri Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente Convenzione.

FATTO a Roma, li venticinque marzo millenovecentocinquantesette.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

Slotbepalingen

Artikel 7

Deze Overeenkomst zal door de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen worden bekrachtigd overeenkomstig hun onderscheidene grondwettelijke bepalingen. De akten van bekrachtiging zullen worden nedergelegd bij de Regering van de Italiaanse Republiek.

Deze Overeenkomst treedt in werking op de dag waarop zowel het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap als het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie in werking zullen treden.

Artikel 8

Deze Overeenkomst, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van de Regering van de Italiaanse Republiek, die een voor eensluidend geaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen der andere ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

GEDAAN te Rome, de vijftiengste maart negentienhonderd zeventenvijftig.

P. H. Spaak	J. Ch. Snoy et d'Oppuers
Adenauer	Hallstein
Pineau	M. Faure
Antonio Segni	Gaetano Martino
Bech	Lambert Schaus
J. Luns	J. Linthorst Homan

1. Protokoll
über die
Satzung des Gerichtshofs
der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGS
ZUR GRÜNDUNG DER EUROPAISCHEN
WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

IN DEM WUNSCH, die in Artikel 188 dieses Vertrags
vorgesehene Satzung des Gerichtshofs festzulegen —

HABEN zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten
ERNANNT:

Seine Majestät der König der Belgier:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär des
Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Delegation
bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Professor Dr. Carl Friedrich Ophüls, Bot-
schafter der Bundesrepublik Deutschland, Leiter der
deutschen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Robert Marjolin, ordentlicher Professor der
Rechte, stellvertretender Leiter der französischen Dele-
gation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn V. Badini Confalonieri, Unterstaatssekretär
für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der italienischen
Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Lambert Schaus, Botschafter des Großherzog-
tums Luxemburg, Leiter der luxemburgischen Delegation
bei der Regierungskonferenz;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der niederländi-
schen Delegation bei der Regierungskonferenz;

DIESE SIND nach Austausch ihrer in guter und gehö-
riger Form befundenen Vollmachten

über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN,
die dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirt-
schaftsgemeinschaft als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Für die Errichtung und die Tätigkeit des durch Ar-
tikel 4 dieses Vertrags geschaffenen Gerichtshofs gelten
die Bestimmungen dieses Vertrags und dieser Satzung.

TITEL I

Die Richter und die Generalanwälte

Artikel 2

Jeder Richter leistet vor Aufnahme seiner Amtstätig-
keit in öffentlicher Sitzung den Eid, sein Amt unpartei-
isch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsge-
heimnis zu wahren.

1. Protocole
sur le
Statut de la Cour de Justice
de la
Communauté Économique Européenne

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES
AU TRAITÉ INSTITUANT LA
COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE,

DÉSIRANT fixer le Statut de la Cour prévu à l'article
188 de ce Traité,

ONT DÉSIGNÉ, à cet effet, comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire général
du Ministère des Affaires économiques, Président de la
délégation belge auprès de la Conférence intergouverne-
mentale,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Professeur Docteur Carl Friedrich Ophüls, Am-
bassadeur de la République fédérale d'Allemagne, Prési-
dent de la délégation allemande auprès de la Conférence
intergouvernementale;

Le Président de la République Française:

M. Robert Marjolin, Professeur agrégé des Facultés
de Droit, Vice-Président de la délégation française au-
près de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République Italienne:

M. V. Badini Confalonieri, Sous-Secrétaire d'Etat
aux Affaires étrangères, Président de la délégation ita-
lienne auprès de la Conférence intergouvernementale;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Lambert Schaus, Ambassadeur du Grand-Duché
de Luxembourg, Président de la délégation luxembour-
geoise auprès de la Conférence intergouvernementale;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation
néerlandaise auprès de la Conférence intergouverne-
mentale;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENU des dispositions ci-après qui sont
annexées au Traité instituant la Communauté Écono-
mique Européenne.

Article 1

La Cour instituée par l'article 4 du Traité est consti-
tuée et exerce ses fonctions conformément aux disposi-
tions du Traité et du présent Statut.

TITRE PREMIER

Statut des juges et des avocats généraux

Article 2

Tout juge doit, avant d'entrer en fonctions, en séance
publique, prêter serment d'exercer ses fonctions en
pleine impartialité et en toute conscience et de ne rien
divulguer du secret des délibérations.

1. Protocollo
sullo
Statuto della Corte di Giustizia
della
Comunità Economica Europea

LE ALTE PARTI CONTRAENTI DEL TRATTATO
CHE ISTITUISCE
LA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA.

DESIDERANDO definire lo Statuto della Corte previsto all'articolo 188 del Trattato.

HANNO DESIGNATO, a tal fine, come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario generale del Ministero degli Affari Economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa;

Il Presidente della Repubblica federale di Germania:

S. E. Carl Friedrich Ophüls, Ambasciatore della Repubblica federale di Germania, Presidente della delegazione tedesca presso la Conferenza intergovernativa;

Il Presidente della Repubblica Francese:

S. E. Robert Marjolin, Professeur agrégé des Facultés de Droit, Vicepresidente della delegazione francese presso la Conferenza intergovernativa;

Il Presidente della Repubblica Italiana:

S. E. V. Badini Confalonieri, Sottosegretario di Stato agli Affari Esteri, Presidente della delegazione italiana presso la Conferenza intergovernativa;

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo:

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore del Granducato del Lussemburgo, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa;

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa;

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma.

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea.

Articolo 1

La Corte, istituita dall'articolo 4 del Trattato, è costituita ed esercita le proprie funzioni conformemente alle disposizioni del Trattato e del presente Statuto.

TITOLO PRIMO

Statuto dei giudici e degli avvocati generali

Articolo 2

Ogni giudice, prima di assumere le proprie funzioni deve, in seduta pubblica, prestare giuramento di esercitare tali funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.

1. Protocol
betreffende het
Statuut van het Hof van Justitie
van de
Europese Economische Gemeenschap

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN
BIJ HET VERDRAG TOT OPRICHTING
VAN DE EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP,

WENSENDE, het Statuut van het Hof van Justitie, bedoeld in artikel 188 van het Verdrag, vast te stellen,

HEBBEN te dien einde als hun gevolmachtigden AANGEWEZEN:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van de Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Prof. Dr. Carl Friedrich Ophüls, Ambassadeur van de Bondsrepubliek Duitsland, Voorzitter van de Duitse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Franse Republiek:

de Heer Robert Marjolin, Hoogleraar in de Rechtsgeleerdheid, Vice-Voorzitter van de Franse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Italiaanse Republiek:

de Heer V. Badini Confalonieri, Onder-Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken, Voorzitter van de Italiaanse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg:

de Heer Lambert Schaus, Ambassadeur van het Groothertogdom Luxemburg, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

de Heer J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten,

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT omtrent de volgende bepalingen welke aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap zijn gehecht.

Artikel 1

Het krachtens artikel 4 van het Verdrag ingestelde Hof van Justitie wordt samengesteld en oefent zijn functies uit overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag en van dit Statuut.

TITEL I

Status van de rechters en van de advocaten-generaal

Artikel 2

Alvorens zijn ambt te aanvaarden, moet iedere rechter in openbare zitting de eed afleggen, dat hij zijn functie zal uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig zijn geweten en dat hij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zal maken.

Artikel 3

Die Richter sind keiner Gerichtsbarkeit unterworfen. Hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, steht ihnen diese Befreiung auch nach Abschluß ihrer Amtstätigkeit zu.

Der Gerichtshof kann die Befreiung durch Plenarentscheidung aufheben.

Wird nach Aufhebung der Befreiung ein Strafverfahren gegen einen Richter eingeleitet, so darf dieser in jedem Mitgliedstaat nur vor ein Gericht gestellt werden, das für Verfahren gegen Richter der höchsten Gerichte dieses Mitgliedstaates zuständig ist.

Artikel 4

Die Richter dürfen weder ein politisches Amt noch ein Amt in der Verwaltung ausüben.

Sie dürfen keine entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben, es sei denn, daß der Rat ausnahmsweise von dieser Vorschrift Befreiung erteilt.

Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein.

Im Zweifelsfalle entscheidet der Gerichtshof.

Artikel 5

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Richters durch Rücktritt.

Bei Rücktritt eines Richters ist das Rücktrittsschreiben an den Präsidenten des Gerichtshofs zur Weiterleitung an den Präsidenten des Rates zu richten. Mit der Benachrichtigung des letzteren wird der Sitz frei.

Mit Ausnahme der Fälle, in denen Artikel 6 Anwendung findet, bleibt jeder Richter bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers im Amt.

Artikel 6

Ein Richter kann nur dann seines Amtes enthoben oder seiner Ruhegehaltsansprüche oder anderer an ihrer Stelle gewährter Vergünstigungen für verlustig erklärt werden, wenn er nach einstimmigem Urteil der Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs nicht mehr die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt oder den sich aus seinem Amt ergebenden Verpflichtungen nicht mehr nachkommt. Der Betroffene wirkt bei der Beschlußfassung nicht mit.

Der Kanzler bringt den Präsidenten der Versammlung und der Kommission die Entscheidung des Gerichtshofs zur Kenntnis und übermittelt sie dem Präsidenten des Rates.

Wird durch eine solche Entscheidung ein Richter seines Amtes enthoben, so wird sein Sitz mit der Benachrichtigung des Präsidenten des Rates frei.

Artikel 7

Endet das Amt eines Richters vor Ablauf seiner Amtszeit, so wird es für die verbleibende Amtszeit neu besetzt.

Artikel 8

Die Artikel 2 bis 7 finden auf die Generalanwälte Anwendung.

Article 3

Les juges jouissent de l'immunité de juridiction. En ce qui concerne les actes accomplis par eux, y compris leurs paroles et écrits, en leur qualité officielle, ils continuent à bénéficier de l'immunité après la cessation de leurs fonctions.

La Cour, siégeant en séance plénière, peut lever l'immunité.

Au cas où, l'immunité ayant été levée, une action pénale est engagée contre un juge, celui-ci n'est justiciable, dans chacun des États membres, que de l'instance compétente pour juger les magistrats appartenant à la plus haute juridiction nationale.

Article 4

Les juges ne peuvent exercer aucune fonction politique ou administrative.

Ils ne peuvent, sauf dérogation accordée à titre exceptionnel par le Conseil, exercer aucune activité professionnelle, rémunérée ou non.

Ils prennent, lors de leur installation, l'engagement solennel de respecter, pendant la durée de leurs fonctions et après la cessation de celles-ci, les obligations découlant de leur charge, notamment les devoirs d'honnêteté et de délicatesse quant à l'acceptation, après cette cessation, de certaines fonctions ou de certains avantages.

En cas de doute, la Cour décide.

Article 5

En dehors des renouvellements réguliers et des décès, les fonctions de juge prennent fin individuellement par démission.

En cas de démission d'un juge, la lettre de démission est adressée au président de la Cour pour être transmise au président du Conseil. Cette dernière notification emporte vacance de siège.

Sauf les cas où l'article 6 ci-après reçoit application, tout juge continue à siéger jusqu'à l'entrée en fonctions de son successeur.

Article 6

Les juges ne peuvent être relevés de leurs fonctions ni déclarés déchus de leur droit à pension ou d'autres avantages en tenant lieu que si, au jugement unanime des juges et des avocats généraux de la Cour, ils sont cessé de répondre aux conditions requises ou de satisfaire aux obligations découlant de leur charge. L'intéressé ne participe pas à ces délibérations.

Le greffier porte la décision de la Cour à la connaissance des présidents de l'Assemblée et de la Commission et la notifie au président du Conseil.

En cas de décision relevant un juge de ces fonctions, cette dernière notification emporte vacance de siège.

Article 7

Les juges dont les fonctions prennent fin avant l'expiration de leur mandat, sont remplacés pour la durée du mandat restant à courir.

Article 8

Les dispositions des articles 2 à 7 inclus sont applicables aux avocats généraux.

Articolo 3

I giudici godono dell'immunità di giurisdizione. Per quanto concerne gli atti da loro compiuti in veste ufficiale, comprese le loro parole e i loro scritti, essi continuano a godere dell'immunità dopo la cessazione delle funzioni.

La Corte, in seduta plenaria, può togliere l'immunità.

Qualora, tolta l'immunità, venga promossa un'azione penale contro un giudice, questo può essere giudicato, in ciascuno degli Stati membri, soltanto dall'organo competente a giudicare i magistrati appartenenti alla più alta giurisdizione nazionale.

Articolo 4

I giudici non possono esercitare alcuna funzione politica o amministrativa.

Essi non possono, salvo deroga concessa a titolo eccezionale dal Consiglio, esercitare alcuna attività professionale remunerata o meno.

Al momento del loro insediamento, essi assumono l'impegno solenne di rispettare, per la durata delle loro funzioni e dopo la cessazione di queste, gli obblighi derivanti dalla loro carica, in particolare i doveri di onestà e di delicatezza per quanto riguarda l'accettare, dopo tale cessazione, determinate funzioni o vantaggi.

In caso di dubbio, la Corte decide.

Articolo 5

A parte i rinnovamenti regolari e i decessi, le funzioni di giudice cessano individualmente per dimissione.

In caso di dimissione di un giudice, la lettera di dimissione è indirizzata al presidente della Corte per essere trasmessa al presidente del Consiglio. Quest'ultima notificazione importa vacanza di seggio.

Salvo i casi in cui si applica l'articolo 6 seguente, ogni giudice rimane in carica fino a quando il suo successore non assuma le proprie funzioni.

Articolo 6

I giudici possono essere rimossi dalle loro funzioni oppure essere dichiarati decaduti dal loro diritto a pensione o da altri vantaggi sostitutivi soltanto qualora, a giudizio unanime dei giudici e degli avvocati generali della Corte, non siano più in possesso dei requisiti richiesti ovvero non soddisfino più agli obblighi derivanti dalla loro carica. L'interessato non prende parte a tali deliberazioni.

Il cancelliere comunica la decisione della Corte ai presidenti dell'Assemblea e della Commissione e la notifica al presidente del Consiglio.

Quest'ultima notificazione, in caso di decisione che rimuove un giudice dalle sue funzioni, importa vacanza di seggio.

Articolo 7

I giudici le cui funzioni cessano prima dello scadere del loro mandato, sono sostituiti per la restante durata del mandato stesso.

Articolo 8

Le disposizioni degli articoli da 2 a 7 inclusi sono applicabili agli avvocati generali.

Artikel 3

De rechters zijn vrijgesteld van rechtsvervolging. Met betrekking tot hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan, gezegd of geschreven, blijven zij deze immuniteit genieten ook nadat zij hun ambt hebben neergelegd.

Het Hof kan, in voltallige zitting, de immuniteit opheffen.

Ingeval tegen een rechter wiens immuniteit is opgeheven, een strafvervolging wordt ingesteld, kan hij in elk der Lid-Statens slechts worden berecht door de instantie, welke bevoegd is tot berechting van de leden van het hoogste nationale rechterlijke college.

Artikel 4

De rechters mogen geen politieke functie of bestuursambt uitoefenen.

Zij mogen geen beroepswerkzaamheid al dan niet tegen beloning verrichten, tenzij van deze bepaling door de Raad bij uitzondering afwijking is toegestaan.

Bij hun ambtaanvaarding verbinden zij zich plechtig om gedurende hun ambtsperiode en na afloop daarvan de uit hun taak voortvloeiende verplichtingen na te komen, in het bijzonder eerlijkheid en kiesheid te betrachten in het aanvaarden van bepaalde functies of voordelen na afloop van die ambtsperiode.

In geval van twijfel beslist het Hof.

Artikel 5

Behalve door periodieke vervanging of door overlijden eindigt de ambtsuitoefening van een rechter door ontslag.

Ingeval een rechter ontslag verzoekt, richt hij daartoe tot de president van het Hof een brief, welke aan de voorzitter van de Raad wordt doorgezonden. Door laatstbedoelde kennisgeving ontstaat een vacature.

Behoudens in gevallen, waarin artikel 6 hiernavolgend toepassing vindt, blijft elke rechter zitting hebben totdat zijn opvolger in functie treedt.

Artikel 6

Een rechter kan slechts van zijn ambt worden ontheven of van zijn recht op pensioen of van andere als zodanig geldende gunsten vervallen worden verklaard, wanneer hij, naar het eenstemmig oordeel van de rechters van en de advocaten-generaal bij het Hof, heeft opgehouden aan de gestelde voorwaarden of aan de uit zijn ambt voortvloeiende verplichtingen te voldoen. De betrokkene neemt niet aan die beraadslagingen deel.

De griffier deelt de beslissing van het Hof mede aan de voorzitters van de Vergadering en van de Commissie en geeft van de beslissing kennis aan de voorzitter van de Raad.

In geval van een beslissing waarbij een rechter van zijn ambt wordt ontheven, ontstaat door laatstbedoelde kennisgeving een vacature.

Artikel 7

De rechters wier ambtsuitoefening vóór het verstrijken van hun mandaat eindigt, worden voor de verdere duur van het mandaat vervangen.

Artikel 8

De bepalingen van de artikelen 2 tot en met 7 zijn van toepassing op de advocaten-generaal.

TITEL II

Organisation

Artikel 9

Der Kanzler leistet vor dem Gerichtshof den Eid, sein Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren.

Artikel 10

Der Gerichtshof regelt die Vertretung des Kanzlers für den Fall seiner Verhinderung.

Artikel 11

Dem Gerichtshof werden Beamte und sonstige Bedienstete beigegeben, um ihm die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Sie unterstehen dem Kanzler unter Aufsicht des Präsidenten.

Artikel 12

Der Rat kann durch einstimmigen Beschluß auf Vorschlag des Gerichtshofs die Ernennung von Hilfsberichterstatlern vorsehen und ihre Stellung bestimmen. Die Hilfsberichterstatler können nach Maßgabe der Verfahrensordnung berufen werden, an der Bearbeitung der beim Gerichtshof anhängigen Sachen teilzunehmen und mit dem Berichterstatler zusammenzuarbeiten.

Zu Hilfsberichterstatlern sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die erforderlichen juristischen Befähigungsnachweise erbringen; sie werden vom Rat ernannt. Sie leisten vor dem Gerichtshof den Eid, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren.

Artikel 13

Die Richter, die Generalanwälte und der Kanzler sind verpflichtet, am Sitz des Gerichtshofs zu wohnen.

Artikel 14

Der Gerichtshof übt seine Tätigkeit ständig aus. Die Dauer der Gerichtsferien wird vom Gerichtshof unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse festgesetzt.

Artikel 15

Der Gerichtshof kann nur in der Besetzung mit einer ungeraden Zahl von Richtern rechtswirksam entscheiden. Die in Vollsitzungen getroffenen Entscheidungen des Gerichtshofs sind gültig, wenn fünf Richter anwesend sind. Die Entscheidungen der Kammern sind nur dann gültig, wenn sie von drei Richtern getroffen werden; bei Verhinderung eines Richters einer Kammer kann nach Maßgabe der Verfahrensordnung ein Richter einer anderen Kammer herangezogen werden.

Artikel 16

Die Richter und Generalanwälte dürfen nicht an der Erledigung einer Sache teilnehmen, in der sie vorher als Bevollmächtigte, Beistände oder Anwälte einer der Parteien tätig gewesen sind oder über die zu befinden sie als Mitglied eines Gerichts, eines Untersuchungsausschusses oder in anderer Eigenschaft berufen waren.

TITRE II

Organisation

Article 9

Le greffier prête serment devant la Cour d'exercer ses fonctions en pleine impartialité et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations.

Article 10

La Cour organise la suppléance du greffier pour le cas d'empêchement de celui-ci.

Article 11

Des fonctionnaires et autres agents sont attachés à la Cour pour permettre d'en assurer le fonctionnement. Ils relèvent du greffier sous l'autorité du président.

Article 12

Sur proposition de la Cour, le Conseil statuant à l'unanimité peut prévoir la nomination de rapporteurs adjoints et en fixer le statut. Les rapporteurs adjoints peuvent être appelés, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure, à participer à l'instruction des affaires dont la Cour est saisie, et à collaborer avec le juge rapporteur.

Les rapporteurs adjoints, choisis parmi des personnes offrant toutes garanties d'indépendance et réunissant les titres juridiques nécessaires, sont nommés par le Conseil. Ils prêtent serment devant la Cour d'exercer leurs fonctions en pleine impartialité et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations.

Article 13

Les juges, les avocats généraux et le greffier sont tenus de résider au siège de la Cour.

Article 14

La Cour demeure en fonctions d'une manière permanente. La durée des vacances judiciaires est fixée par la Cour, compte tenu des nécessités du service.

Article 15

La Cour ne peut valablement délibérer qu'en nombre impair. Les délibérations de la Cour siégeant en séance plénière sont valables si cinq juges sont présents. Les délibérations des chambres ne sont valables que si elles sont prises par trois juges; en cas d'empêchement de l'un des juges composant une chambre, il peut être fait appel à un juge faisant partie d'une autre chambre dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

Article 16

Les juges et les avocats généraux ne peuvent participer au règlement d'aucune affaire dans laquelle ils sont antérieurement intervenus comme agent, conseil ou avocat de l'une des parties, ou sur laquelle ils ont été appelés à se prononcer comme membre d'un tribunal, d'une commission d'enquête ou à tout autre titre.

TITOLO II

Organizzazione

Articolo 9

Il Cancelliere presta giuramento avanti alla Corte di esercitare le proprie funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.

Articolo 10

La Corte predispose la sostituzione del cancelliere in caso di impedimento di questi.

Articolo 11

Funzionari e altri agenti sono addetti alla Corte allo scopo di assicurarne il funzionamento. Essi dipendono dal cancelliere sotto l'autorità del presidente.

Articolo 12

Una deliberazione unanime del Consiglio, presa su proposta della Corte, può prevedere la nomina di relatori aggiunti e definirne lo statuto. I relatori aggiunti possono essere chiamati, alle condizioni che saranno definite dal regolamento di procedura, a partecipare all'istruzione degli affari sottoposti all'esame della Corte e a collaborare con il giudice relatore.

I relatori aggiunti, scelti tra persone che offrano ogni garanzia di indipendenza e abbiano le qualifiche giuridiche necessarie, sono nominati dal Consiglio. Essi prestano giuramento avanti alla Corte di esercitare le loro funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.

Articolo 13

I giudici, gli avvocati generali e il cancelliere devono risiedere dove la Corte ha la propria sede.

Articolo 14

La Corte funziona in modo permanente. La durata delle vacanze giudiziarie è fissata dalla Corte, tenuto conto delle necessità del servizio.

Articolo 15

La Corte può deliberare validamente soltanto in numero dispari. Le deliberazioni della Corte riunita in seduta plenaria sono valide se sono presenti cinque giudici. Le deliberazioni delle sezioni sono valide soltanto se prese da tre giudici; in caso d'impedimento di uno dei giudici componenti una sezione, si può ricorrere a un giudice che faccia parte di un'altra sezione, alle condizioni che saranno definite dal regolamento di procedura.

Articolo 16

I giudici e gli avvocati generali non possono partecipare alla trattazione di alcun affare nel quale essi siano in precedenza intervenuti come agenti, consulenti o avvocati di una delle parti, o sul quale essi siano stati chiamati a pronunciarsi come membri di un tribunale, di una commissione d'inchiesta o a qualunque altro titolo.

TITEL II

Organisatie

Artikel 9

De griffier legt voor het Hof de eed af, dat hij zijn functie zal uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig zijn geweten en dat hij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zal maken.

Artikel 10

Het Hof regelt de vervanging van de griffier, voor het geval dat deze verhinderd is.

Artikel 11

In het belang van de dienst worden aan het Hof ambtenaren en andere personeelsleden verbonden. Zij ressorteren onder de griffier, onder het bezag van de president.

Artikel 12

Op voorstel van het Hof kan de Raad met eenparigheid van stemmen voorzien in de benoeming van toegevoegde rapporteurs en hun statuut bepalen. De toegevoegde rapporteurs kunnen overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen worden geroepen om deel te nemen aan het onderzoek van de bij het Hof aanhangige zaken en om de rechter-rapporteur bij te staan.

De toegevoegde rapporteurs, gekozen uit personen, die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden en de nodige bewijzen van juridische bekwaamheid bezitten, worden door de Raad benoemd. Zij leggen voor het Hof de eed af dat zij hun ambt zullen uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig hun geweten en dat zij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zullen maken.

Artikel 13

De rechters, de advocaten-generaal en de griffier zijn verplicht verblijf te houden in de plaats waar het Hof is gevestigd.

Artikel 14

Het Hof is permanent in functie. De rechterlijke vakanties worden door het Hof met inachtneming van de eisen van de dienst vastgesteld.

Artikel 15

Het Hof kan slechts in oneven getal op geldige wijze beslissen. De in voltallige zitting genomen beslissingen van het Hof zijn geldig, wanneer vijf rechters tegenwoordig zijn. De beslissingen van de kamers zijn geldig, wanneer zij door drie rechters zijn genomen; in geval van verhindering van één der rechters van een kamer kan, overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen, een beroep worden gedaan op een rechter die deel uitmaakt van een andere kamer.

Artikel 16

De rechters en de advocaten-generaal mogen niet deelnemen aan de berechting van enige zaak, waarin zij vroeger zijn opgetreden als gemachtigde, raadsman of advocaat van één van beide partijen, of waarover zij geroepen zijn geweest zich uit te spreken als lid van een rechtbank, van een commissie van onderzoek of in enige andere hoedanigheid.

Glaubt ein Richter oder Generalanwalt bei der Entscheidung oder Untersuchung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund nicht mitwirken zu können, so macht er davon dem Präsidenten Mitteilung. Hält der Präsident die Teilnahme eines Richters oder Generalanwalts an der Verhandlung oder Entscheidung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund für unangebracht, so setzt er diesen hiervon in Kenntnis.

Ergibt sich bei der Anwendung dieses Artikels eine Schwierigkeit, so entscheidet der Gerichtshof.

Eine Partei kann den Antrag auf Änderung der Zusammensetzung des Gerichtshofs oder einer seiner Kammern weder mit der Staatsangehörigkeit eines Richters noch damit begründen, daß dem Gerichtshof oder einer seiner Kammern kein Richter ihrer Staatsangehörigkeit angehört.

TITEL III

Verfahren

Artikel 17

Die Staaten sowie die Organe der Gemeinschaft werden vor dem Gerichtshof durch einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede Sache bestellt wird; der Bevollmächtigte kann sich der Hilfe eines Beistands oder eines Anwalts bedienen, der in einem Mitgliedstaat zugelassen ist.

Die anderen Parteien müssen durch einen Anwalt vertreten sein, der in einem Mitgliedstaat zugelassen ist.

Die vor dem Gerichtshof auftretenden Bevollmächtigten, Beistände und Anwälte genießen nach Maßgabe der Verfahrensordnung die zur unabhängigen Ausübung ihrer Aufgaben erforderlichen Rechte und Sicherheiten.

Der Gerichtshof hat nach Maßgabe dieser Verfahrensordnung gegenüber den vor ihm auftretenden Beiständen und Anwälten die den Gerichten üblicherweise zuerkannten Befugnisse.

Hochschullehrer, die Angehörige von Mitgliedstaaten sind, deren Rechtsordnung ihnen gestattet, vor Gericht als Vertreter einer Partei aufzutreten, haben vor dem Gerichtshof die durch diesen Artikel den Anwälten eingeräumte Rechtsstellung.

Artikel 18

Das Verfahren vor dem Gerichtshof gliedert sich in ein schriftliches und ein mündliches Verfahren.

Das schriftliche Verfahren umfaßt die Übermittlung der Klageschriften, Schriftsätze, Klagebeantwortungen und Erklärungen und gegebenenfalls der Repliken sowie aller zur Unterstützung vorgelegten Belegstücke und Urkunden oder ihrer beglaubigten Abschriften an die Parteien sowie an diejenigen Organe der Gemeinschaft, deren Entscheidungen Gegenstand des Verfahrens sind.

Die Übermittlung obliegt dem Kanzler in der Reihenfolge und innerhalb der Fristen, welche die Verfahrensordnung bestimmt.

Das mündliche Verfahren umfaßt die Verlesung des von einem Berichtersteller vorgelegten Berichts, die Anhörung der Bevollmächtigten, Beistände und Anwälte und der Schlußanträge des Generalanwalts durch den Gerichtshof sowie gegebenenfalls die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

Si, pour une raison spéciale, un juge ou un avocat général estime ne pas pouvoir participer au jugement ou à l'examen d'une affaire déterminée, il en fait part au président. Au cas où le président estime qu'un juge ou un avocat général ne doit pas, pour une raison spéciale, siéger ou conclure dans une affaire déterminée, il en avertit l'intéressé.

En cas de difficulté sur l'application du présent article, la Cour statue.

Une partie ne peut invoquer soit la nationalité d'un juge, soit l'absence, au sein de la Cour ou d'une de ses chambres, d'un juge de sa nationalité pour demander la modification de la composition de la Cour ou d'une de ses chambres.

TITRE III

Procédure

Article 17

Les États ainsi que les institutions de la Communauté sont représentés devant la Cour par un agent nommé pour chaque affaire; l'agent peut être assisté d'un conseil ou d'un avocat inscrit à un barreau de l'un des États membres.

Les autres parties doivent être représentées par un avocat inscrit à un barreau de l'un des États membres.

Les agents, conseils et avocats comparissant devant la Cour jouissent des droits et garanties nécessaires à l'exercice indépendant de leurs fonctions, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

La Cour jouit à l'égard des conseils et avocats qui se présentent devant elle des pouvoirs normalement reconnus en la matière aux cours et tribunaux, dans les conditions qui seront déterminées par le même règlement.

Les professeurs ressortissants des États membres dont la législation leur reconnaît un droit de plaider jouissent devant la Cour des droits reconnus aux avocats par le présent article.

Article 18

La procédure devant la Cour comporte deux phases: l'une écrite, l'autre orale.

La procédure écrite comprend la communication aux parties, ainsi qu'aux institutions de la Communauté dont les décisions sont en cause, des requêtes, mémoires, défenses et observations et, éventuellement, des répliques, ainsi que de toutes pièces et documents à l'appui ou de leurs copies certifiées conformes.

Les communications sont faites par les soins du greffier dans l'ordre et les délais déterminés par le règlement de procédure.

La procédure orale comprend la lecture du rapport présenté par un juge rapporteur, l'audition par la Cour des agents, conseils et avocats et des conclusions de l'avocat général, ainsi que, s'il y a lieu, l'audition des témoins et experts.

Qualora, per un motivo particolare, un giudice o un avvocato generale reputi di non poter partecipare al giudizio o all'esame di un affare determinato, ne informa il presidente. Qualora il presidente reputi che un giudice o un avvocato generale non debba, per un motivo particolare, giudicare o concludere in un affare determinato, ne avverte l'interessato.

In caso di difficoltà nell'applicazione del presente articolo, la Corte decide.

Una parte non può invocare la nazionalità di un giudice, nè l'assenza in seno alla Corte o ad una sua sezione di un giudice della propria nazionalità, per richiedere la modificazione della composizione della Corte o di una delle sue sezioni.

TITOLO III

Procedura

Articolo 17

Tanto gli Stati quanto le istituzioni della Comunità sono rappresentati avanti alla Corte da un agente nominato per ciascun affare; l'agente può essere assistito da un consulente o da un avvocato iscritto negli albi professionali di uno Stato membro.

Le altre parti devono essere rappresentate da un avvocato iscritto negli albi professionali di uno Stato membro.

Gli agenti, i consulenti e gli avvocati che compaiono avanti alla Corte godono dei diritti e delle garanzie necessarie per l'esercizio indipendente delle loro funzioni, alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura.

La Corte gode nei confronti dei consulenti e degli avvocati che si presentano avanti ad essa, dei poteri normalmente riconosciuti in materia alle corti e ai tribunali, alle condizioni che saranno determinate dallo stesso regolamento.

I professori cittadini degli Stati membri la cui legislazione riconosce loro il diritto di patrocinare, godono avanti alla Corte dei diritti riconosciuti agli avvocati dal presente articolo.

Articolo 18

La procedura avanti alla Corte comprende due fasi: l'una scritta, l'altra orale.

La procedura scritta comprende la comunicazione alle parti e alle istituzioni della Comunità le cui decisioni sono in causa, delle istanze, memorie, difese e osservazioni e, eventualmente, delle repliche, nonché di ogni atto e documento a sostegno, ovvero delle loro copie certificate conformi.

Le comunicazioni sono fatte a cura del cancelliere secondo l'ordine e nei termini fissati dal regolamento di procedura.

La procedura orale comprende la lettura della relazione presentata da un giudice relatore, l'audizione da parte della Corte degli agenti, dei consulenti e degli avvocati e delle conclusioni dell'avvocato generale e, ove occorra, l'audizione dei testimoni e dei periti.

Wanneer een rechter of advocaat-generaal om een bijzondere reden meent niet te kunnen deelnemen aan de berechting of het onderzoek van een bepaalde zaak, deelt hij dit aan de president mede. Ingeval de president van oordeel is, dat een rechter of een advocaat-generaal om een bijzondere reden niet over een bepaalde zaak dient te zitten of te concluderen, stelt hij de betrokkene hiervan in kennis.

In geval van moeilijkheden nopens de toepassing van dit artikel beslist het Hof.

Partijen kunnen geen wijziging in de samenstelling van het Hof of van een van zijn kamers verlangen met een beroep op de nationaliteit van een rechter, of op het feit, dat in het Hof of in een van zijn kamers een rechter van haar nationaliteit ontbreekt.

TITEL III

Procedure

Artikel 17

De Staten zowel als de instellingen van de Gemeenschap worden voor het Hof vertegenwoordigd door een voor elke zaak benoemde gemachtigde; de gemachtigde kan door een raadsman of door een bij de balie van een van de Lid-Staten ingeschreven advocaat worden bijgestaan.

De andere partijen moeten worden vertegenwoordigd door een bij de balie van een der Lid-Staten ingeschreven advocaat.

De gemachtigden, raadslieden en advocaten, die voor het Hof verschijnen, genieten de voor de onafhankelijke uitoefening van hun functies nodige rechten en waarborgen, overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen.

Ten aanzien van de raadslieden en advocaten die voor het Hof optreden, bezit het Hof overeenkomstig de in dat reglement vast te stellen bepalingen de bevoegdheden, welke ter zake gewoonlijk aan gerechts-hoven en rechtbanken worden toegekend.

Hoogleraren die onderdaan zijn van een Lid-Staat waarvan de wetgeving hun het recht toekent te pleiten, genieten voor het Hof de rechten, welke in dit artikel aan de advocaten zijn toegekend.

Artikel 18

De procedure voor het Hof bestaat uit twee gedeelten: de schriftelijke en de mondelinge behandeling.

De schriftelijke behandeling omvat het toezenden aan partijen en aan de instellingen van de Gemeenschap wier beslissingen in het geding zijn, van de verzoekschriften, memoriën, verweerschriften en andere opmerkingen en, eventueel, van de verdere conclusiën, alsmede van alle stukken en documenten welke ter ondersteuning in het geding worden gebracht of van hun voor eensluidend gewaarmerkte afschriften.

De toezending geschiedt door tussenkomst van de griffier in de volgorde en binnen de termijnen als bepaald in het reglement voor de procesvoering.

De mondelinge behandeling omvat de voorlezing van het rapport van de rechter-rapporteur, alsmede het horen door het Hof van de gemachtigden, raadslieden en advocaten, en van de advocaat-generaal in zijn conclusie, benevens, zonedig, het horen van getuigen en deskundigen.

Artikel 19

Die Klageerhebung bei dem Gerichtshof erfolgt durch Einreichung einer an den Kanzler zu richtenden Klageschrift. Die Klageschrift muß Namen und Wohnsitz des Klägers, die Stellung des Unterzeichnenden, die Partei, gegen welche die Klage erhoben wird, und den Streitgegenstand angeben sowie die Anträge und eine kurze Darstellung der Klagegründe enthalten.

Ihr ist gegebenenfalls der Wortlaut des Aktes beizufügen, dessen Nichtigerklärung beantragt wird, oder in dem in Artikel 175 dieses Vertrags geregelten Fall eine Unterlage, aus der sich der Zeitpunkt der in dem genannten Artikel vorgesehenen Aufforderung ergibt. Sind der Klageschrift diese Unterlagen nicht beigelegt, so fordert der Kanzler den Kläger auf, sie innerhalb einer angemessenen Frist beizubringen; die Klage kann nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil die Beibringung erst nach Ablauf der für die Klageerhebung vorgeschriebenen Frist erfolgt.

Artikel 20

In den in Artikel 177 dieses Vertrags geregelten Fällen obliegt es dem Gericht des Mitgliedstaates, das ein Verfahren aussetzt und den Gerichtshof anruft, diese Entscheidung dem Gerichtshof zu übermitteln. Der Kanzler des Gerichtshofs stellt diese Entscheidung den beteiligten Parteien, den Mitgliedstaaten und der Kommission zu und außerdem dem Rat, sofern die Gültigkeit oder Auslegung einer Handlung des Rates streitig ist.

Binnen zwei Monaten nach dieser Zustellung können die Parteien, die Mitgliedstaaten, die Kommission und gegebenenfalls der Rat beim Gerichtshof Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben.

Artikel 21

Der Gerichtshof kann von den Parteien die Vorlage aller Urkunden und die Erteilung aller Auskünfte verlangen, die er für wünschenswert hält. Im Falle einer Weigerung stellt der Gerichtshof diese ausdrücklich fest.

Der Gerichtshof kann ferner von den Mitgliedstaaten und den Organen, die nicht Parteien in einem Rechtsstreit sind, alle Auskünfte verlangen, die er für die Regelung dieses Rechtsstreits als erforderlich erachtet.

Artikel 22

Der Gerichtshof kann jederzeit Personen, Personengemeinschaften, Dienststellen, Ausschüsse oder Einrichtungen seiner Wahl mit der Abgabe von Gutachten betrauen.

Artikel 23

Zeugen können nach Maßgabe der Verfahrensordnung vernommen werden.

Artikel 24

Nach Maßgabe der Verfahrensordnung kann der Gerichtshof gegenüber ausbleibenden Zeugen die den Gerichten allgemein zuerkannten Befugnisse ausüben und Geldbußen verhängen.

Article 19

La Cour est saisie par une requête adressée au greffier. La requête doit contenir l'indication du nom et du domicile du requérant et de la qualité du signataire, l'indication de la partie contre laquelle la requête est formée, l'objet du litige, les conclusions et un exposé sommaire des moyens invoqués.

Elle doit être accompagnée, s'il y a lieu, de l'acte dont l'annulation est demandée ou, dans l'hypothèse visée à l'article 175 du Traité, d'une pièce justifiant de la date de l'invitation prévue à cet article. Si ces pièces n'ont pas été jointes à la requête, le greffier invite l'intéressé à en effectuer la production dans un délai raisonnable, sans qu'aucune forclusion puisse être opposée au cas où la régularisation interviendrait après l'expiration du délai de recours.

Article 20

Dans les cas visés à l'article 177 du Traité, la décision de la juridiction nationale qui suspend la procédure et saisit la Cour est notifiée à celle-ci à la diligence de cette juridiction nationale. Cette décision est ensuite notifiée par les soins du greffier de la Cour aux parties en cause, aux États membres et à la Commission, ainsi qu'au Conseil si l'acte dont la validité ou l'interprétation est contestée émane de celui-ci.

Dans un délai de deux mois à compter de cette dernière notification, les parties, les États membres, la Commission et, le cas échéant, le Conseil, ont le droit de déposer devant la Cour des mémoires ou observations écrites.

Article 21

La Cour peut demander aux parties de produire tous documents et de fournir toutes informations qu'elle estime désirables. En cas de refus, elle en prend acte.

La Cour peut également demander aux États membres et aux institutions qui ne sont pas parties au procès, tous renseignements qu'elle estime nécessaires aux fins du procès.

Article 22

A tout moment, la Cour peut confier une expertise à toute personne, corps, bureau, commission ou organe de son choix.

Article 23

Des témoins peuvent être entendus dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

Article 24

La Cour jouit à l'égard des témoins défailants des pouvoirs généralement reconnus en la matière aux cours et tribunaux et peut infliger des sanctions pécuniaires, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

Articolo 19

La Corte è adita mediante istanza trasmessa al cancelliere. L'istanza deve contenere l'indicazione del nome e del domicilio dell'istante e della qualità del firmatario, l'indicazione della parte avverso la quale è proposta, l'oggetto della controversia, le conclusioni ed un'esposizione sommaria dei motivi invocati.

All'istanza deve essere allegato, ove occorra, l'atto di cui è richiesto l'annullamento, ovvero, nell'ipotesi contemplata dall'articolo 175 del Trattato, un documento che certifichi la data della richiesta prevista da tale articolo. Se questi documenti non sono stati allegati all'istanza, il cancelliere invita l'interessato a produrli entro un termine ragionevole, senza che si possa eccepire decadenza qualora la regolarizzazione intervenga dopo la scadenza del termine per ricorrere.

Articolo 20

Nei casi contemplati dall'articolo 177 del Trattato, la decisione della giurisdizione nazionale, che sospende la procedura e si rivolge alla Corte, è notificata a quest'ultima a cura di tale giurisdizione nazionale. Tale decisione è quindi notificata a cura del cancelliere della Corte alle parti in causa, agli Stati membri e alla Commissione, nonché al Consiglio quando l'atto di cui si contesta la validità o l'interpretazione emani da quest'ultimo.

Nel termine di due mesi da tale ultima notificazione, le parti, gli Stati membri, la Commissione e, quando ne sia il caso, il Consiglio, hanno il diritto di presentare alla Corte memorie ovvero osservazioni scritte.

Articolo 21

La Corte può richiedere alle parti di produrre tutti i documenti e di dare tutte le informazioni che essa reputi desiderabili. In caso di rifiuto, ne prende atto.

La Corte può parimenti richiedere agli Stati membri e alle istituzioni che non siano parti in causa tutte le informazioni che ritenga necessarie ai fini del processo.

Articolo 22

In ogni momento, la Corte può affidare una perizia a qualunque persona, ente, ufficio, commissione od organo di sua scelta.

Articolo 23

Alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura, si può procedere all'audizione di testimoni.

Articolo 24

La Corte gode, nei confronti dei testimoni non comparsi, dei poteri generalmente riconosciuti in materia alle corti e ai tribunali e può infliggere sanzioni pecuniarie, alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura.

Artikel 19

Een zaak wordt bij het Hof aanhangig gemaakt door middel van een verzoekschrift, dat aan de griffier wordt toegezonden. Het verzoekschrift moet inhouden de naam en woonplaats van de verzoeker en de hoedanigheid van de ondertekenaar, de aanduiding van de partij tegen wie het verzoekschrift is gericht, het onderwerp van het geschil, de conclusiën en een sommiere uiteenzetting van de aangevoerde middelen.

Aan het verzoekschrift wordt, indien het strekt tot vernietiging van een handeling, de desbetreffende akte toegevoegd of, in het geval bedoeld in artikel 175 van het Verdrag, een bewijsstuk van de datum der in dat artikel bedoelde uitnodiging. Indien deze stukken niet bij het verzoekschrift zijn gevoegd, nodigt de griffier de betrokkene uit deze alsnog binnen een redelijke termijn over te leggen; verval van het recht tot beroep kan niet worden tegengeworpen, indien het verzuim eerst is hersteld na het verstrijken van de termijn van beroep.

Artikel 20

In de in artikel 177 van het Verdrag bedoelde gevallen, wordt van de beslissing van de nationale rechterlijke instantie die de procedure schorst en een beroep doet op het Hof, aan dit Hof kennis gegeven op initiatief van die instantie. De griffier van het Hof geeft van deze beslissing vervolgens kennis aan de betrokken partijen, de Lid-Staten en de Commissie, alsmede aan de Raad wanneer de handeling, waarvan de geldigheid of de uitlegging wordt betwist, van deze uitgaat.

Binnen twee maanden na deze laatste kennisgeving hebben de partijen, de Lid-Staten, de Commissie en, in voorkomend geval, de Raad het recht bij het Hof memoriën of schriftelijke opmerkingen in te dienen.

Artikel 21

Het Hof kan partijen verzoeken alle stukken over te leggen en alle inlichtingen te verstrekken, welke het wenselijk acht. In geval van weigering neemt het Hof hiervan akte.

Het Hof kan eveneens aan de Lid-Staten en aan de instellingen die geen partij in het proces zijn, verzoeken alle inlichtingen te verstrekken welke het voor het proces nodig acht.

Artikel 22

Het Hof is bevoegd te allen tijde een deskundig onderzoek op de dragen aan personen, lichamen, bureaus, commissies of organen te zijner keuze.

Artikel 23

Getuigen kunnen worden gehoord overeenkomstig de bepalingen die zullen worden vastgesteld in het reglement voor de procesvoering.

Artikel 24

Ten aanzien van gebrekkige getuigen geniet het Hof dezelfde bevoegdheden als op dit gebied in de regel zijn toegekend aan gerechtshoven en rechtbanken, en kan geldboeten opleggen, een en ander overeenkomstig de bepalingen die zullen worden vastgesteld in het reglement voor de procesvoering.

Artikel 25

Zeugen und Sachverständige können unter Benutzung der in der Verfahrensordnung vorgeschriebenen Eidesformel oder in der in der Rechtsordnung ihres Landes vorgesehenen Weise eidlich vernommen werden.

Artikel 26

Der Gerichtshof kann anordnen, daß ein Zeuge oder Sachverständiger von dem Gericht seines Wohnsitzes vernommen wird.

Diese Anordnung ist gemäß den Bestimmungen der Verfahrensordnung zur Ausführung an das zuständige Gericht zu richten. Die in Ausführung des Rechtshilfersuchens abgefaßten Schriftstücke werden dem Gerichtshof nach denselben Bestimmungen übermittelt.

Der Gerichtshof übernimmt die anfallenden Auslagen; er erlegt sie gegebenenfalls den Parteien auf.

Artikel 27

Jeder Mitgliedstaat behandelt die Eidesverletzung eines Zeugen oder Sachverständigen wie eine vor seinen eigenen in Zivilsachen zuständigen Gerichten begangene Straftat. Auf Anzeige des Gerichtshofs verfolgt er den Täter vor seinen zuständigen Gerichten.

Artikel 28

Die Verhandlung ist öffentlich, es sei denn, daß der Gerichtshof von Amts wegen oder auf Antrag der Parteien aus wichtigen Gründen anders beschließt.

Artikel 29

Der Gerichtshof kann während der Verhandlung Sachverständige, Zeugen sowie die Parteien selbst vernehmen. Für die letzteren können jedoch nur ihre bevollmächtigten Vertreter mündlich verhandeln.

Artikel 30

Über jede mündliche Verhandlung ist ein vom Präsidenten und vom Kanzler zu unterschreibendes Protokoll aufzunehmen.

Artikel 31

Die Terminliste wird vom Präsidenten festgelegt.

Artikel 32

Die Beratungen des Gerichtshofs sind und bleiben geheim.

Artikel 33

Die Urteile sind mit Gründen zu versehen. Sie enthalten die Namen der Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben.

Artikel 34

Die Urteile sind vom Präsidenten und vom Kanzler zu unterschreiben. Sie werden in öffentlicher Sitzung verlesen.

Artikel 35

Der Gerichtshof entscheidet über die Kosten.

Article 25

Les témoins et experts peuvent être entendus sous la foi du serment selon la formule déterminée par le règlement de procédure ou suivant les modalités prévues par la législation nationale du témoin ou de l'expert.

Article 26

La Cour peut ordonner qu'un témoin ou un expert soit entendu par l'autorité judiciaire de son domicile.

Cette ordonnance est adressée aux fins d'exécution à l'autorité judiciaire compétente dans les conditions fixées par le règlement de procédure. Les pièces résultant de l'exécution de la commission rogatoire sont renvoyées à la Cour dans les mêmes conditions.

La Cour assume les frais, sous réserve de les mettre, le cas échéant, à la charge des parties.

Article 27

Chaque État membre regarde toute violation des serments des témoins et des experts comme le délit correspondant commis devant un tribunal national statuant en matière civile. Sur dénonciation de la Cour, il poursuit les auteurs de ce délit devant la juridiction nationale compétente.

Article 28

L'audience est publique, à moins qu'il n'en soit décidé autrement par la Cour, d'office ou sur demande des parties, pour des motifs graves.

Article 29

Au cours des débats, la Cour peut interroger les experts, les témoins ainsi que les parties elles-mêmes. Toutefois, ces dernières ne peuvent plaider que par l'organe de leur représentant.

Article 30

Il est tenu de chaque audience un procès-verbal signé par le président et le greffier.

Article 31

Le rôle des audiences est arrêté par le président.

Article 32

Les délibérations de la Cour sont et restent secrètes.

Article 33

Les arrêts sont motivés. Ils mentionnent les noms des juges qui ont délibéré.

Article 34

Les arrêts sont signés par le président et le greffier. Ils sont lus en séance publique.

Article 35

La Cour statue sur les dépens.

Articolo 25

I testimoni e i periti possono essere uditi sotto il vincolo del giuramento, secondo la formula stabilita dal regolamento di procedura ovvero secondo le modalità previste dalla legislazione nazionale del teste o del perito.

Articolo 26

La Corte può ordinare che un testimonio o un perito sia udito dall'autorità giudiziaria del suo domicilio.

Tale ordinanza è diretta, per la sua esecuzione, all'autorità giudiziaria competente, alle condizioni stabilite dal regolamento di procedura. Gli atti derivanti dall'esecuzione della rogatoria sono rimessi alla Corte alle stesse condizioni.

La Corte sostiene le spese, con riserva di porle, quando ne sia il caso, a carico delle parti.

Articolo 27

Ogni Stato membro considera qualsiasi violazione dei giuramenti dei testimoni e dei periti alla stregua del corrispondente reato commesso avanti a un tribunale nazionale giudicante in materia civile. Su denuncia della Corte esso procede contro gli autori di tale reato avanti alla giurisdizione nazionale competente.

Articolo 28

L'udienza è pubblica, salvo decisione contraria presa dalla Corte, d'ufficio o su richiesta delle parti, per motivi gravi.

Articolo 29

Nel corso del dibattimento la Corte può interrogare i periti, i testimoni e le parti stesse. Tuttavia queste ultime possono provvedere alla propria difesa orale soltanto tramite il proprio rappresentante.

Articolo 30

Di ogni udienza è redatto un verbale firmato dal presidente e dal cancelliere.

Articolo 31

Il ruolo delle udienze è fissato dal presidente.

Articolo 32

Le deliberazioni della Corte sono e restano segrete.

Articolo 33

Le sentenze sono motivate. Esse menzionano i nomi dei giudici che hanno partecipato alla deliberazione.

Articolo 34

Le sentenze sono firmate dal presidente e dal cancelliere. Esse sono lette in pubblica udienza.

Articolo 35

La Corte delibera sulle spese.

Artikel 25

Getuigen en deskundigen kunnen onder ede worden gehoord volgens de in het reglement voor de procesvoering vastgestelde formule of op de wijze, welke in de nationale wetgeving van de getuige of de deskundige is voorgeschreven.

Artikel 26

Het Hof kan bevelen, dat een getuige of deskundige door de rechterlijke instantie van zijn woonplaats wordt gehoord.

Dit bevel wordt ter uitvoering gericht tot de bevoegde rechterlijke instantie overeenkomstig de bepalingen van het reglement voor de procesvoering. De stukken ter uitvoering van de rogatoire commissie worden op dezelfde wijze aan het Hof teruggezonden.

Het Hof draagt de kosten, doch kan deze eventueel ten laste van partijen brengen.

Artikel 27

Elke Lid-Staat beschouwt iedere schending van de eed der getuigen en deskundigen als het overeenkomstige strafbare feit bedreven voor een nationale rechtbank die in burgerlijke zaken uitspraak doet. Op aangifte van het Hof vervolgt hij de daders van dit strafbare feit voor de bevoegde nationale rechterlijke instantie.

Artikel 28

De zittingen zijn openbaar, tenzij het Hof ambtshalve of op verzoek van partijen om gewichtige redenen anders beslist.

Artikel 29

Tijdens de mondelinge behandeling kan het Hof de deskundigen, de getuigen, alsook de partijen zelf, horen. Deze laatsten kunnen evenwel slechts pleiten bij monde van haar vertegenwoordiger.

Artikel 30

Van iedere zitting wordt proces-verbaal opgemaakt, hetwelk door de president en de griffier wordt ondertekend.

Artikel 31

De rol der terechtzitting wordt door de president vastgesteld.

Artikel 32

De beraadslagingen van het Hof zijn en blijven geheim.

Artikel 33

De arresten zijn met redenen omkleed. Zij vermelden de namen van de rechters, die hebben beslist.

Artikel 34

De arresten worden ondertekend door de president en de griffier. Zij worden in openbare zitting uitgesproken.

Artikel 35

Het Hof geeft een beslissing ten aanzien van de proceskosten.

Artikel 36

Der Präsident des Gerichtshofs kann nach einem abgekürzten Verfahren, das erforderlichenfalls von einzelnen Bestimmungen dieser Satzung abweichen kann und in der Verfahrensordnung geregelt ist, über Anträge auf Aussetzung gemäß Artikel 185 dieses Vertrags, auf Erlaß einstweiliger Anordnungen gemäß Artikel 186 oder auf Aussetzung der Zwangsvollstreckung gemäß Artikel 192 Absatz 4 entscheiden.

Bei Verhinderung des Präsidenten wird dieser durch einen anderen Richter nach Maßgabe der Verfahrensordnung vertreten.

Die von dem Präsidenten oder seinem Vertreter getroffene Anordnung stellt eine einstweilige Regelung dar und greift der Entscheidung des Gerichtshofs in der Hauptsache nicht vor.

Artikel 37

Die Mitgliedstaaten und die Organe der Gemeinschaft können einem bei dem Gerichtshof anhängigen Rechtsstreit beitreten.

Dasselbe gilt für alle anderen Personen, die ein berechtigtes Interesse am Ausgang eines bei dem Gerichtshof anhängigen Rechtsstreits glaubhaft machen; ausgenommen davon sind Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten, zwischen Organen der Gemeinschaft oder zwischen Mitgliedstaaten und Organen der Gemeinschaft.

Mit den auf Grund des Beitritts gestellten Anträgen können nur die Anträge einer Partei unterstützt werden.

Artikel 38

Stellt der ordnungsmäßig geladene Beklagte keine schriftlichen Anträge, so ergeht gegen ihn Versäumnisurteil. Gegen dieses Urteil kann binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch eingelegt werden. Der Einspruch hat keine Aussetzung der Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil zur Folge, es sei denn, daß der Gerichtshof anders beschließt.

Artikel 39

Mitgliedstaaten, Organe der Gemeinschaft und alle sonstigen natürlichen und juristischen Personen können nach Maßgabe der Verfahrensordnung in den dort genannten Fällen Drittwiderspruch gegen ein Urteil erheben, wenn dieses Urteil ihre Rechte beeinträchtigt und in einem Rechtsstreit erlassen worden ist, an dem sie nicht teilgenommen haben.

Artikel 40

Bestehen Zweifel über Sinn und Tragweite eines Urteils, so ist der Gerichtshof zuständig, dieses Urteil auf Antrag einer Partei oder eines Organs der Gemeinschaft auszulegen, wenn diese ein berechtigtes Interesse hieran glaubhaft machen.

Artikel 41

Die Wiederaufnahme des Verfahrens kann beim Gerichtshof nur dann beantragt werden, wenn eine Tatsache von entscheidender Bedeutung bekannt wird, die vor Verkündung des Urteils dem Gerichtshof und der die Wiederaufnahme beantragenden Partei unbekannt war.

Article 36

Le président de la Cour peut statuer selon une procédure sommaire dérogeant, en tant que de besoin, à certaines des règles contenues dans le présent Statut et qui sera fixée par le règlement de procédure, sur des conclusions tendant soit à l'obtention du sursis prévu à l'article 185 du Traité, soit à l'application de mesures provisoires en vertu de l'article 186, soit à la suspension de l'exécution forcée conformément à l'article 192 dernier alinéa.

En cas d'empêchement du président, celui-ci sera remplacé par un autre juge dans les conditions déterminées par le règlement de procédure.

L'ordonnance rendue par le président ou son remplaçant n'a qu'un caractère provisoire et ne préjuge en rien la décision de la Cour statuant au principal.

Article 37

Les États membres et les institutions de la Communauté peuvent intervenir aux litiges soumis à la Cour.

Le même droit appartient à toute autre personne justifiant d'un intérêt à la solution d'un litige soumis à la Cour, à l'exclusion des litiges entre États membres, entre institutions de la Communauté, ou entre États membres d'une part et institutions de la Communauté d'autre part.

Les conclusions de la requête en intervention ne peuvent avoir d'autre objet que le soutien des conclusions de l'une des parties.

Article 38

Lorsque la partie défenderesse, régulièrement mise en cause, s'abstient de déposer des conclusions écrites, l'arrêt est rendu par défaut à son égard. L'arrêt est susceptible d'opposition dans le délai d'un mois à compter de sa notification. Sauf décision contraire de la Cour, l'opposition ne suspend pas l'exécution de l'arrêt rendu par défaut.

Article 39

Les États membres, les institutions de la Communauté et toutes autres personnes physiques ou morales, peuvent, dans les cas et dans les conditions qui seront déterminés par le règlement de procédure, former tierce-opposition contre les arrêts rendus sans qu'ils aient été appelés, si ces arrêts préjudicient à leurs droits.

Article 40

En cas de difficulté sur le sens et la portée d'un arrêt, il appartient à la Cour de l'interpréter, sur la demande d'une partie ou d'une institution de la Communauté justifiant d'un intérêt à cette fin.

Article 41

La révision de l'arrêt ne peut être demandée à la Cour qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de l'arrêt, était inconnu de la Cour et de la partie qui demande la révision.

Articolo 36

Il presidente della Corte può decidere secondo una procedura sommaria che deroghi, per quanto necessario, ad alcune norme contenute nel presente Statuto e che sarà fissata dal regolamento di procedura, in merito alle conclusioni intese sia ad ottenere la sospensione prevista all'articolo 185 del Trattato, sia all'applicazione dei provvedimenti provvisori a norma dell'articolo 186, sia alla sospensione dell'esecuzione forzata conformemente all'articolo 192, ultimo comma.

Il presidente, in caso d'impedimento, è sostituito da un altro giudice alle condizioni determinate dal regolamento di procedura.

L'ordinanza pronunciata dal presidente o dal suo sostituto ha soltanto carattere provvisorio e non pregiudica in nulla la decisione della Corte sul merito.

Articolo 37

Gli Stati membri e le istituzioni della Comunità possono intervenire nelle controversie proposte alla Corte.

Uguale diritto spetta ad ogni altra persona che dimostri di avere un interesse alla soluzione di una controversia proposta alla Corte, ad esclusione delle controversie fra Stati membri, fra istituzioni della Comunità, ovvero fra Stati membri da una parte e istituzioni della Comunità dall'altra.

Le conclusioni dell'istanza d'intervento possono avere come oggetto soltanto l'adesione alle conclusioni di una delle parti.

Articolo 38

Quando la parte convenuta, regolarmente chiamata in causa, si astiene dal depositare conclusioni scritte, la sentenza viene pronunciata in sua contumacia. La sentenza può essere impugnata entro il termine di un mese a decorrere dalla sua notificazione. Salvo decisione contraria della Corte, l'opposizione non sospende l'esecuzione della sentenza pronunciata in contumacia.

Articolo 39

Gli Stati membri, le istituzioni della Comunità e ogni altra persona fisica o giuridica, possono, nei casi e alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura, proporre opposizione di terzo contro le sentenze pronunciate senza che esse siano state chiamate in causa, qualora tali sentenze siano pregiudizievoli ai loro diritti.

Articolo 40

In caso di difficoltà sul senso e la portata di una sentenza, spetta alla Corte d'interpretarla, a richiesta di una parte o di una istituzione della Comunità che dimostri di avere a ciò interesse.

Articolo 41

La revisione delle sentenze può essere richiesta alla Corte solo in seguito alla scoperta di un fatto di natura tale da avere un'influenza decisiva e che, prima della pronuncia della sentenza, era ignoto alla Corte e alla parte che domanda la revisione.

Artikel 36

De president van het Hof kan in een summere procedure, voor zover nodig afwijkend van sommige regels van dit Statuut, welke wordt vastgesteld bij het reglement voor de procesvoering, uitspraak doen op conclusies, strekkende ofwel ter verkrijging van de in artikel 185 van het Verdrag bedoelde opschorting, ofwel tot toepassing van voorlopige maatregelen krachtens artikel 186, ofwel tot schorsing van de gedwongen tenuitvoerlegging overeenkomstig de laatste alinea van artikel 192.

Bij verhindering van de president wordt deze door een andere rechter vervangen overeenkomstig de bepalingen van het reglement voor de procesvoering.

De door de president of zijn plaatsvervanger gegeven beschikking heeft slechts een voorlopig karakter en prejudicieert niet op de beslissing van het Hof ten principale.

Artikel 37

De Lid-Staten en de instellingen van de Gemeenschap kunnen zich voegen in een voor het Hof aanhangig rechtsgeding.

Hetzelfde recht heeft elke andere persoon, die aanmerkelijk belang te hebben bij de beslissing van een voor het Hof aanhangig rechtsgeding, met uitzondering van de rechtsgedingen tussen Lid-Staten, tussen instellingen van de Gemeenschap, of tussen Lid-Staten enerzijds en instellingen van de Gemeenschap anderzijds.

De conclusiën van het verzoek tot voeging kunnen slechts strekken tot ondersteuning van de conclusiën van een der partijen.

Artikel 38

Wanneer de verwerende partij, ofschoon regelmatig in het geding geroepen, nalaat schriftelijk conclusiën in te dienen, wordt het arrest tegen haar bij verstek gewezen. Het arrest is vatbaar voor verzet binnen een maand na zijn betekening. Tenzij het Hof anders bepaalt, schorst het verzet de tenuitvoerlegging van het bij verstek gewezen arrest niet.

Artikel 39

De Lid-Staten, de instellingen van de Gemeenschap en alle andere natuurlijke of rechtspersonen kunnen, in de gevallen en overeenkomstig de bepalingen vast te stellen in het reglement voor de procesvoering derdenverzet instellen tegen de arresten gewezen in rechtsgedingen, waarin zij niet geroepen zijn geweest, indien hun rechten door deze arresten worden geschaad.

Artikel 40

In geval van moeilijkheden nopens de betekenis en de strekking van een arrest, heeft het Hof tot taak dit uit te leggen, op verzoek van een der partijen of van een instelling van de Gemeenschap welke haar belang ter zake aanmerkelijk maakt.

Artikel 41

Herziening van een arrest kan aan het Hof slechts worden verzocht op grond van de ontdekking van een feit, dat van beslissende invloed kan zijn en dat, vóór de uitspraak van het arrest, onbekend was aan het Hof en aan de partij, die de herziening verzoekt.

Das Wiederaufnahmeverfahren wird durch eine Entscheidung des Gerichtshofs eröffnet, die das Vorliegen der neuen Tatsache ausdrücklich feststellt, ihr die für die Eröffnung des Wiederaufnahmeverfahrens erforderlichen Merkmale zuerkennt und deshalb den Antrag für zulässig erklärt.

Nach Ablauf von zehn Jahren nach Erlaß des Urteils kann kein Wiederaufnahmeantrag mehr gestellt werden.

Artikel 42

In der Verfahrensordnung sind besondere, den Entfernungen Rechnung tragende Fristen festzulegen.

Der Ablauf von Fristen hat keinen Rechtsnachteil zur Folge, wenn der Betroffene nachweist, daß ein Zufall oder ein Fall höherer Gewalt vorliegt.

Artikel 43

Die aus außervertraglicher Haftung der Gemeinschaft hergeleiteten Ansprüche verjähren in fünf Jahren nach Eintritt des Ereignisses, das ihnen zugrunde liegt. Die Verjährung wird durch Einreichung der Klageschrift beim Gerichtshof oder dadurch unterbrochen, daß der Geschädigte seinen Anspruch vorher gegenüber dem zuständigen Organ der Gemeinschaft geltend macht. In letzterem Fall muß die Klage innerhalb der in Artikel 173 vorgesehenen Frist von zwei Monaten erhoben werden; gegebenenfalls findet Artikel 175 Absatz 2 Anwendung.

Artikel 44

Die in Artikel 188 dieses Vertrags vorgesehene Verfahrensordnung des Gerichtshofs enthält außer den nach dieser Satzung zu erlassenden Bestimmungen alle sonstigen Vorschriften, die für die Anwendung dieser Satzung und erforderlichenfalls für ihre Ergänzung notwendig sind.

Artikel 45

Durch einstimmigen Beschluß kann der Rat die Bestimmungen dieser Satzung ergänzen, um sie den Notwendigkeiten anzupassen, die sich aus den gemäß Artikel 165 Absatz 4 dieses Vertrags getroffenen Maßnahmen ergeben.

Artikel 46

Der Präsident des Rates lost unmittelbar nach der Eidesleistung die Richter und Generalanwälte aus, deren Stellen nach Ablauf der ersten drei Jahre gemäß Artikel 167 Absätze 2 und 3 dieses Vertrags neu besetzt werden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am siebzehnten April neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

La procédure de révision s'ouvre par un arrêt de la Cour constatant expressément l'existence d'un fait nouveau, lui reconnaissant les caractères qui donnent ouverture à la révision, et déclarant de ce chef la demande recevable.

Aucune demande de révision ne pourra être formée après l'expiration d'un délai de dix ans à dater de l'arrêt.

Article 42

Des délais et la distance seront établis par le règlement de procédure.

Aucune déchéance tirée de l'expiration des délais ne peut être opposée lorsque l'intéressé établit l'existence d'un cas fortuit ou de force majeure.

Article 43

Les actions contre la Communauté en matière de responsabilité non contractuelle se prescrivent par cinq ans à compter de la survenance du fait qui y donne lieu. La prescription est interrompue soit par la requête formée devant la Cour, soit par la demande préalable que la victime peut adresser à l'institution compétente de la Communauté. Dans ce dernier cas, la requête doit être formée dans le délai de deux mois prévu à l'article 173; les dispositions de l'article 175 alinéa 2, sont, le cas échéant, applicables.

Article 44

Le règlement de procédure de la Cour prévue à l'article 188 du Traité contient, outre les dispositions prévues par le présent Statut, toutes autres dispositions nécessaires en vue de l'appliquer et de le compléter, en tant que de besoin.

Article 45

Le Conseil statuant à l'unanimité peut apporter aux dispositions du présent Statut les adaptations complémentaires qui s'avèreraient nécessaires en raison des mesures qu'il aurait prises aux termes de l'article 165 dernier alinéa du Traité.

Article 46

Le président du Conseil procède, immédiatement après la prestation de serment, à la désignation, par tirage au sort, des juges et des avocats généraux dont les fonctions sont sujettes à renouvellement à la fin de la première période de trois ans, conformément à l'article 167 alinéas 2 et 3 du Traité.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Bruxelles, le dix-sept avril mil neuf cent cinquante-sept.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls.
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

La procedura di revisione si apre con una sentenza della Corte che constata espressamente l'esistenza di un fatto nuovo, ne riconosce i caratteri che consentono l'adito alla revisione e dichiara per questo motivo ricevibile l'istanza.

Nessuna istanza di revisione può essere proposta dopo la scadenza di un termine di dieci anni dalla data della sentenza.

Articolo 42

Il regolamento di procedura stabilirà termini in ragione della distanza.

Nessuna decadenza risultante dallo spirare dei termini può essere eccepita quando l'interessato provi l'esistenza di un caso fortuito o di forza maggiore.

Articolo 43

Le azioni contro la Comunità in materia di responsabilità extracontrattuale si prescrivono in cinque anni a decorrere dal momento in cui avviene il fatto che dà loro origine. La prescrizione è interrotta sia dall'istanza presentata alla Corte, sia dalla preventiva richiesta che il danneggiato può rivolgere all'istituzione competente della Comunità. In quest'ultimo caso l'istanza deve essere proposta nel termine di due mesi previsto dall'articolo 173; sono applicabili, quando ne sia il caso, le disposizioni di cui all'articolo 175, comma secondo.

Articolo 44

Il regolamento di procedura della Corte di cui all'articolo 188 del Trattato contiene, oltre alle disposizioni contemplate dal presente Statuto, tutte le disposizioni necessarie per applicarlo e, per quanto necessario, completarlo.

Articolo 45

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, può apportare alle disposizioni del presente Statuto gli adattamenti complementari che risultassero necessari in seguito alle misure da esso eventualmente adottate a termini dell'articolo 165, ultimo comma del Trattato.

Articolo 46

Il presidente del Consiglio procede, immediatamente dopo la prestazione del giuramento, alla designazione, per estrazione a sorte, dei giudici e degli avvocati generali le cui funzioni sono soggette a rinnovamento alla fine del primo periodo di tre anni in conformità all'articolo 167, commi secondo e terzo del Trattato.

IN FEDE DI CHE i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

FATTO a Bruxelles, li diciassette aprile millenovecentocinquantesette.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls
Robert Marjolin
Vittorio Badini
Lambert Schaus
J. Linthorst Homan

De herzieningsprocedure begint met een arrest, waarbij het Hof, uitdrukkelijk het bestaan van een nieuw feit vaststellende en oordelende, dat het grond tot herziening oplevert, uit dien hoofde het verzoek ontvankelijk verklaart.

Herziening kan niet meer worden verzocht na verloop van tien jaar, te rekenen van de dagtekening van het arrest.

Artikel 42

Bepaalde termijnen volgens afstand worden in het reglement voor de procesvoering vastgesteld.

Verval van instantie wegens het verstrijken van een procestermijn kan niet worden tegengeworpen, wanneer de betrokkene toeval of overmacht aantoonst.

Artikel 43

De vorderingen tegen de Gemeenschap inzake niet contractuele aansprakelijkheid verjaren vijf jaar na het feit, dat tot deze vordering aanleiding heeft gegeven. De verjaring wordt gestuit, hetzij door een bij het Hof ingesteld beroep, hetzij door een eerder gedaan verzoek, hetwelk de benadeelde kan richten tot de bevoegde instelling van de Gemeenschap. In het laatste geval moet het beroep worden ingesteld binnen de termijn van twee maanden bepaald in artikel 173; de tweede alinea van artikel 175 is van overeenkomstige toepassing.

Artikel 44

Het in artikel 188 van het Verdrag bedoelde reglement voor de procesvoering bevat, behalve de in het Statuut vastgestelde bepalingen, alle overige bepalingen welke nodig zijn voor de toepassing en, voor zoveel nodig, de aanvulling van dit Statuut.

Artikel 45

De Raad kan, met eenparigheid van stemmen, de bepalingen an dit Statuut nader aanpassen wanneer zulks nodig blijkt ten gevolge van de maatregelen, die hij overeenkomstig de laatste alinea van artikel 165 van het Verdrag neemt.

Artikel 46

De voorzitter van de Raad gaat terstond na de eedsaflegging over tot aanwijzing, bij loting, van de rechters en de advocaten-generaal, die aan het einde van de eerste periode van drie jaar overeenkomstig de tweede en derde alinea's van artikel 167 van het Verdrag moeten worden vervangen.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

GEDAAN te Brussel, die zeventiende april negentienhonderd zevenenvijftig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls.
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

2. Protokoll
über die
Vorrechte und Befreiungen
der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGS
ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN
WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

IN DER ERWAGUNG, daß die Gemeinschaft gemäß Artikel 218 dieses Vertrags nach Maßgabe eines besonderen Protokolls in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen genießt,

UND IN DER ERWAGUNG, daß gemäß Artikel 28 des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank diese die Vorrechte und Befreiungen genießt, die in dem in Absatz 1 genannten Protokoll festgelegt werden —

HABEN für die Errichtung dieses Protokolls zu ihren Bevollmächtigten ERNANNT:

Seine Majestät der König der Belgier:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Professor Dr. Carl Friedrich Ophüls, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Leiter der deutschen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Robert Marjolin, ordentlicher Professor der Rechte, stellvertretender Leiter der französischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn V. Badini Confalonieri, Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der italienischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Lambert Schaus, Botschafter des Großherzogtums Luxemburg, Leiter der luxemburgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der niederländischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

DIESE SIND nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Anhang beigefügt sind:

2. Protocole
sur les
privilèges et immunités
de la
Communauté Économique Européenne

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES
AU TRAITÉ INSTITUANT LA
COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE,

CONSIDÉRANT qu'aux termes de l'article 218 de ce Traité, la Communauté jouit sur les territoires des États membres des immunités et privilèges nécessaires pour remplir sa mission, dans les conditions définies à un Protocole séparé,

CONSIDÉRANT d'autre part qu'aux termes de l'article 28 du Protocole sur les Statuts de la Banque européenne d'investissement, la Banque jouit des privilèges et immunités déterminés au Protocole visé à l'alinéa précédent,

ONT DÉSIGNÉ, afin d'établir ce Protocole, comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire général du Ministère des Affaires économiques, Président de la délégation belge auprès de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Professeur Docteur Carl Friedrich Ophüls, Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne, Président de la délégation allemande auprès de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République Française:

M. Robert Marjolin, Professeur agrégé des Facultés de Droit, Vice-Président de la délégation française auprès de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République Italienne:

M. V. Badini Confalonieri, Sous-Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, Président de la délégation italienne auprès de la Conférence intergouvernementale;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Lambert Schaus, Ambassadeur du Grand-Duché de Luxembourg, Président de la délégation luxembourgeoise auprès de la Conférence intergouvernementale;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation néerlandaise auprès de la Conférence intergouvernementale;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées au Traité instituant la Communauté Économique Européenne.

2. Protocollo
sui privilegi e sulle immunità
della
Comunità Economica Europea

2. Protocol
betreffende de
voorrechten en immuniteiten
van de
Europese Economische Gemeenschap

LE ALTE PARTI CONTRAENTI DEL TRATTATO
CHE ISTITUISCE
LA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA,

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN
BIJ VERDRAG TOT OPRICHTING
VAN DE EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP,

CONSIDERANDO che a termini dell'articolo 218 del Trattato la Comunità gode sui territori degli Stati membri delle immunità e dei privilegi necessari per assolvere la sua missione alle condizioni definite da un Protocollo separato,

OVERWEGENDE, dat krachtens de bepalingen van artikel 218 van dat Verdrag, de Gemeenschap, onder de in een afzonderlijk protocol te stellen voorwaarden, op het grondgebied van de Lid-Staten de immuniteiten en voorrechten geniet, welke nodig zijn ter vervulling van haar taak,

CONSIDERANDO d'altra parte che a termini dell'articolo 28 del Protocollo sullo Statuto della Banca europea per gli investimenti, la Banca gode dei privilegi e delle immunità previsti dal Protocollo di cui al comma precedente,

OVERWEGENDE verder, dat krachtens de bepalingen van artikel 28 van het Protocol betreffende de statuten van de Europese Investeringsbank, deze bank de immuniteiten en voorrechten geniet, welke in het in voorgaand lid bedoelde protocol zijn bepaald,

HANNO DESIGNATO comme plenipotenziari, al fine di definire tale Protocollo:

HEBBEN, ter vaststelling van dit Protocol, als hun gevolmachtigden AANGEWEZEN:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario Generale del Ministero degli Affari Economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa,

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van de Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Il Presidente della Repubblica Federale di Germania:

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

S. E. Carl Friedrich Ophüls, Ambasciatore della Repubblica Federale di Germania, Presidente della delegazione tedesca presso la Conferenza intergovernativa,

Prof. Dr. Carl Friedrich Ophüls, Ambassadeur van de Bondsrepubliek Duitsland, Voorzitter van de Duitse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Il Presidente della Repubblica Francese:

De President van de Franse Republiek:

S. E. Robert Marjolin, «Professeur agrégé des Facultés de Droit», Vicepresidente della delegazione francese presso la Conferenza intergovernativa,

de Heer Robert Marjolin, Hoogleraar in de Rechtsgeleerdheid, Vice-Voorzitter van de Franse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Il Presidente della Repubblica Italiana:

De President van de Italiaanse Republiek:

S. E. V. Badini Confalonieri, Sottosegretario di Stato agli Affari Esteri, Presidente della delegazione italiana presso la Conferenza intergovernativa,

de Heer V. Badini Confalonieri, Onder-Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken, Voorzitter van de Italiaanse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo:

Hare Koninklijke Hoogheid
de Groothertogin van Luxemburg:

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore del Granducato del Lussemburgo, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa,

de Heer Lambert Schaus, Ambassadeur van het Groothertogdom Luxemburg, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa,

de Herr J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea.

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT omtrent de volgende bepalingen welke aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap zijn gehecht.

KAPITEL I

Vermögensgegenstände, Liegenschaften,
Guthaben und Geschäfte der Gemeinschaft

Artikel 1

Die Räumlichkeiten und Gebäude der Gemeinschaft sind unverletzlich. Sie dürfen nicht durchsucht, beschlagnahmt, eingezogen oder enteignet werden. Die Vermögensgegenstände und Guthaben der Gemeinschaft dürfen ohne Ermächtigung des Gerichtshofs nicht Gegenstand von Zwangsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden oder Gerichte sein.

Artikel 2

Die Archive der Gemeinschaft sind unverletzlich.

Artikel 3

Die Gemeinschaft, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögensgegenstände sind von jeder direkten Steuer befreit.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten treffen in allen Fällen, in denen es ihnen möglich ist, geeignete Maßnahmen für den Erlaß oder die Erstattung des Betrags der indirekten Steuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliche oder unbewegliche Güter inbegriffen sind, wenn die Gemeinschaft für ihren Dienstbedarf größere Einkäufe tätigt, bei denen derartige Steuern und Abgaben im Preis enthalten sind. Die Durchführung dieser Maßnahmen darf jedoch den Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft nicht verfälschen.

Von den Abgaben, die lediglich die Vergütung für Leistungen gemeinnütziger Versorgungsbetriebe darstellen, wird keine Befreiung gewährt.

Artikel 4

Die Gemeinschaft ist von allen Zöllen sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen bezüglich der zu ihrem Dienstgebrauch bestimmten Gegenstände befreit; die in dieser Weise eingeführten Gegenstände dürfen im Hoheitsgebiet des Staates, in das sie eingeführt worden sind, weder entgeltlich noch unentgeltlich veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieses Staates genehmigt.

Der Gemeinschaft steht ferner für ihre Veröffentlichungen Befreiung von allen Zöllen sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen zu.

KAPITEL 2

Nachrichtenübermittlung und Ausweise

Artikel 5

Den Organen der Gemeinschaft steht für ihre amtliche Nachrichtenübermittlung und die Übermittlung aller ihrer Schriftstücke im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaates die gleiche Behandlung wie den diplomatischen Vertretungen zu.

Der amtliche Schriftverkehr und die sonstige amtliche Nachrichtenübermittlung der Organe der Gemeinschaft unterliegen nicht der Zensur.

Artikel 6

Die Präsidenten der Organe der Gemeinschaft können den Mitgliedern und Bediensteten dieser Organe Ausweise ausstellen, deren Form vom Rat bestimmt wird und die von den Behörden der Mitgliedstaaten als gül-

CHAPITRE 1

Biens, fonds, avoirs et opérations
de la Communauté

Article 1

Les locaux et les bâtiments de la Communauté sont inviolables. Ils sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation ou expropriation. Les biens et avoirs de la Communauté ne peuvent être l'objet d'aucune mesure de contrainte administrative ou judiciaire sans une autorisation de la Cour de Justice.

Article 2

Les archives de la Communauté sont inviolables.

Article 3

La Communauté, ses avoirs, revenus et autres biens sont exonérés de tous impôts directs.

Les gouvernements des États membres prennent, chaque fois qu'il leur est possible, les dispositions appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant des droits indirects et des taxes à la vente entrant dans les prix des biens immobiliers ou mobiliers lorsque la Communauté effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature. Toutefois l'application de ces dispositions ne doit pas avoir pour effet de fausser la concurrence à l'intérieur de la Communauté.

Aucune exonération n'est accordée en ce qui concerne les impôts, taxes et droits qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité générale.

Article 4

La Communauté est exonérée de tous droits de douane, prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation à l'égard des articles destinés à son usage officiel; les articles ainsi importés ne seront pas cédés à titre onéreux ou gratuit sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le gouvernement de ce pays.

Elle est également exonérée de tout droit de douane et de toute prohibition et restriction d'importation et d'exportation à l'égard de ses publications.

CHAPITRE 2

Communications et laissez-passer

Article 5

Pour leurs communications officielles et le transfert de tous leurs documents, les institutions de la Communauté bénéficient sur le territoire de chaque État membre du traitement accordé par cet État aux missions diplomatiques.

La correspondance officielle et les autres communications officielles des institutions de la Communauté ne peuvent être censurées.

Article 6

Des laissez-passer dont la forme est arrêtée par le Conseil et qui sont reconnus comme titres valables de circulation par les autorités des États membres peuvent être délivrés aux membres et aux agents des institutions

CAPO 1

Beni, fondi, averi e operazioni della Comunità

Articolo 1

I locali e gli edifici della Comunità sono inviolabili. Essi sono esenti da perquisizioni, requisizioni, confisca o espropriazione. I beni e gli averi della Comunità non possono essere oggetto di alcun provvedimento di coercizione amministrativa o giudiziaria senza autorizzazione della Corte di Giustizia.

Articolo 2

Gli archivi della Comunità sono inviolabili.

Articolo 3

La Comunità, i suoi averi, entrate e altri beni sono esenti da qualsiasi imposta diretta.

I governi degli Stati membri adottano, ogni qualvolta sia loro possibile, le opportune disposizioni per l'abbuono o il rimborso dell'importo dei diritti indiretti e delle tasse sulla vendita compresi nei prezzi dei beni immobili o mobili, quando la Comunità effettui, per suo uso ufficiale, acquisti considerevoli il cui prezzo comprenda diritti e tasse di tale natura. Tuttavia l'applicazione di tali disposizioni non deve avere per effetto di falsare la concorrenza all'interno della Comunità.

Nessuna esenzione è concessa per quanto riguarda le imposte, tasse e diritti che costituiscono mera remunerazione di servizi di utilità generale.

Articolo 4

La Comunità è esente da ogni dazio doganale, divieto e restrizione all'importazione e all'esportazione, in ordine agli oggetti destinati al suo uso ufficiale; gli oggetti così importati non saranno ceduti a titolo oneroso o gratuito sul territorio del Paese nel quale siano stati importati, salvo che ciò non avvenga a condizioni accette al governo di tale Paese.

Essa è del pari esente da ogni dazio doganale e da ogni divieto e restrizione all'importazione e all'esportazione in ordine alle sue pubblicazioni.

CAPO 2

Comunicazioni e lasciapassare

Articolo 5

Le istituzioni della Comunità beneficiano, nel territorio di ciascuno Stato membro, per le loro comunicazioni ufficiali e la trasmissione di tutti i loro documenti, del trattamento concesso da questo Stato alle missioni diplomatiche.

La corrispondenza ufficiale e le altre comunicazioni ufficiali delle istituzioni della Comunità non possono essere censurate.

Articolo 6

I presidenti delle istituzioni della Comunità possono rilasciare ai membri e agli agenti di dette istituzioni lasciapassare la cui forma è stabilita dal Consiglio e che sono riconosciuti dalle autorità degli Stati

HOOFDSTUK I

Eigendommen, fondsen, bezittingen en verrichtingen van de Gemeenschap

Artikel 1

De gebouwen en terreinen van de Gemeenschap zijn onschendbaar. Zij zijn vrijgesteld van huiszoeking, vordering, verbeurdverklaring of onteigening. De eigendommen en bezittingen van de Gemeenschap kunnen zonder toestemming van het Hof van Justitie niet worden getroffen door enige dwangmaatregel van bestuursrechtelijke of gerechtelijke aard.

Artikel 2

Het archief van de Gemeenschap is onschendbaar.

Artikel 3

De Gemeenschap, haar bezittingen, inkomsten en andere eigendommen zijn vrijgesteld van alle directe belastingen.

Telkens wanneer hun dit mogelijk is, treffen de regeringen van de Lid-Staten passende maatregelen tot kwijtschelding of teruggave van het bedrag der indirecte belastingen en van belastingen op de verkoop, welke een deel vormen van de prijs van onroerende of roerende goederen, wanneer de Gemeenschap voor haar officieel gebruik belangrijke aankopen doet van goederen in de prijs waarvan zodanige belastingen begrepen zijn. De toepassing van deze bepalingen mag evenwel niet tot gevolg hebben dat de mededinging binnen de Gemeenschap wordt vervalst.

Geen enkele vrijstelling wordt verleend van belastingen, heffingen en rechten die niet anders zijn dan eenvoudige vergoedingen voor diensten van openbaar nut.

Artikel 4

De Gemeenschap is vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -bepalingen met betrekking tot goederen bestemd voor officieel gebruik van de Gemeenschap; de aldus ingevoerde goederen mogen op het grondgebied van het land alwaar zij zijn ingevoerd niet onder bezwarende titel of om niet worden overgedragen, tenzij op voorwaarden welke door de regering van dat land zijn goedgekeurd.

Zij is eveneens vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -bepalingen met betrekking tot haar publikaties.

HOOFDSTUK II

Mededelingen en laissez-passers

Artikel 5

De instellingen van de Gemeenschap genieten, voor hun officiële mededelingen en het overbrengen van al hun documenten, op het grondgebied van iedere Lid-Staat de behandeling, welke door deze Staat aan diplomatieke missies wordt toegestaan.

De officiële correspondentie en andere officiële mededelingen van de instellingen van de Gemeenschap zijn niet aan censuur onderworpen.

Artikel 6

Laissez-passers, waarvan de vorm door de Raad wordt vastgesteld en welke als geldige reispapieren worden erkend door de overheidsinstanties van de Lid-Staten, kunnen door de voorzitters van de instellingen van de

tige Reiseausweise anerkannt werden. Diese Ausweise werden den Beamten und sonstigen Bediensteten nach Maßgabe des Statuts ausgestellt, das in Artikel 212 dieses Vertrags vorgesehen ist.

Die Kommission kann Abkommen zur Anerkennung dieser Ausweise als im Hoheitsgebiet dritter Länder gültige Reiseausweise schließen.

KAPITEL 3

Mitglieder der Versammlung

Artikel 7

Die Reise der Mitglieder der Versammlung zum und vom Tagungsort der Versammlung unterliegt keinen verwaltungsmäßigen oder sonstigen Beschränkungen.

Die Mitglieder der Versammlung erhalten bei der Zollabfertigung und Devisenkontrolle

- a) seitens ihrer eigenen Regierung dieselben Erleichterungen wie hohe Beamte, die sich in offiziellem Auftrag vorübergehend ins Ausland begeben;
- b) seitens der Regierungen der anderen Mitgliedstaaten dieselben Erleichterungen wie ausländische Regierungsvertreter mit vorübergehendem offiziellem Auftrag.

Artikel 8

Wegen einer in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerung oder Abstimmung dürfen Mitglieder der Versammlung weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch festgenommen oder verfolgt werden.

Artikel 9

Während der Dauer der Sitzungsperiode der Versammlung

- a) steht ihren Mitgliedern im Hoheitsgebiet ihres eigenen Staates die den Parlamentsmitgliedern zuerkannte Unverletzlichkeit zu,
- b) können ihre Mitglieder im Hoheitsgebiet jedes anderen Mitgliedstaates weder festgehalten noch gerichtlich verfolgt werden.

Die Unverletzlichkeit besteht auch während der Reise zum und vom Tagungsort der Versammlung.

Bei Ergreifung auf frischer Tat kann die Unverletzlichkeit nicht geltend gemacht werden; sie steht auch nicht der Befugnis der Versammlung entgegen, die Unverletzlichkeit eines ihrer Mitglieder aufzuheben.

KAPITEL 4

Vertreter der Mitgliedstaaten, die an den Arbeiten der Organe der Gemeinschaft teilnehmen

Artikel 10

Den Vertretern der Mitgliedstaaten, die an den Arbeiten der Organe der Gemeinschaft teilnehmen, sowie ihren Beratern und Sachverständigen stehen während der Ausübung ihrer Tätigkeit und auf der Reise zum und vom Tagungsort die üblichen Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen zu.

Dies gilt auch für die Mitglieder der beratenden Organe der Gemeinschaft.

de la Communauté par les présidents de celles-ci. Ces laissez-passer sont délivrés aux fonctionnaires et agents dans les conditions fixées par les statuts prévus à l'article 212 du Traité.

La Commission peut conclure des accords en vue de faire reconnaître ces laissez-passer comme titres valables de circulation sur le territoire des États tiers.

CHAPITRE 3

Membres de l'Assemblée

Article 7

Aucune restriction d'ordre administratif ou autre n'est apportée au libre déplacement des membres de l'Assemblée se rendant au lieu de réunion de l'Assemblée ou en revenant.

Les membres de l'Assemblée se voient accorder en matière de douane et de contrôle des changes:

- a) par leur propre gouvernement, les mêmes facilités que celles reconnues aux hauts fonctionnaires se rendant à l'étranger en mission officielle temporaire,
- b) par les gouvernements des autres États membres, les mêmes facilités que celles reconnues aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Article 8

Les membres de l'Assemblée ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 9

Pendant la durée des sessions de l'Assemblée, les membres de celle-ci bénéficient:

- a) sur leur territoire national, des immunités reconnues aux membres du Parlement de leur pays,
- b) sur le territoire de tout autre État membre, de l'exemption de toute mesure de détention et de toute poursuite judiciaire.

L'immunité les couvre également lorsqu'ils se rendent au lieu de réunion de l'Assemblée ou en reviennent.

L'immunité ne peut être invoquée dans le cas de flagrant délit et ne peut non plus mettre obstacle au droit de l'Assemblée de lever l'immunité d'un de ses membres.

CHAPITRE 4

Représentants des États membres participant aux travaux des institutions de la Communauté

Article 10

Les représentants des États membres participant aux travaux des institutions de la Communauté, ainsi que leurs conseillers et experts techniques, jouissent, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges, immunités ou facilités d'usage.

Le présent article s'applique également aux membres des organes consultatifs de la Communauté.

membri come titoli di viaggio validi. Tali lasciapassare sono rilasciati ai funzionari e agli agenti secondo le condizioni stabilite dagli statuti di cui all'articolo 212 del Trattato.

La Commissione può concludere accordi per far riconoscere tali lasciapassare come titoli di viaggio validi sul territorio di Stati terzi.

CAPO 3

Membri dell'Assemblea

Articolo 7

Nessuna restrizione d'ordine amministrativo o d'altro genere è apportata alla libertà di movimento dei membri della Assemblea che si recano al luogo di riunione dell'Assemblea o ne ritornano.

Ai membri dell'Assemblea sono concessi in materia di dogana e di controllo dei cambi:

- a) dal proprio governo, le stesse agevolazioni concesse agli alti funzionari che si recano all'estero in missione ufficiale temporanea,
- b) dai governi degli altri Stati membri, le stesse agevolazioni concesse ai rappresentanti di governi esteri in missione ufficiale temporanea.

Articolo 8

I membri dell'Assemblea non possono essere ricercati, detenuti o perseguiti a motivo delle opinioni o dei voti espressi nell'esercizio delle loro funzioni.

Articolo 9

Per la durata delle sessioni dell'Assemblea, i membri di essa beneficiano:

- a) sul territorio nazionale, delle immunità riconosciute ai membri del Parlamento del loro Paese,
- b) sul territorio d'ogni altro Stato membro, dell'esenzione da ogni provvedimento di detenzione e da ogni procedimento giudiziario.

L'immunità li copre ugualmente quando essi si recano al luogo di riunione dell'Assemblea o ne ritornano.

L'immunità non può essere invocata nel caso di flagrante delitto e non può inoltre pregiudicare il diritto dell'Assemblea di togliere l'immunità ad uno dei suoi membri.

CAPO 4

Rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai lavori delle istituzioni della Comunità

Articolo 10

I rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai lavori delle istituzioni della Comunità, nonché i loro consiglieri e periti tecnici, godono, durante l'esercizio delle loro funzioni e durante i loro viaggi a destinazione o in provenienza dal luogo della riunione, dei privilegi, delle immunità e delle agevolazioni d'uso.

Il presente articolo si applica ugualmente ai membri degli organi consultivi della Comunità.

Gemeenschap aan de leden en het personeel van deze instellingen worden verstrekt. Deze laissez-passer worden aan de ambtenaren en overige personeelsleden verstrekt overeenkomstig de bepalingen van de statuten bedoeld in artikel 212 van het Verdrag.

De Commissie kan akkoorden sluiten ten einde deze laissez-passer te doen erkennen als geldige reispapieren voor het grondgebied van derde Staten.

HOOFDSTUK 3

Leden van de Vergadering

Artikel 7

De bewegingsvrijheid der leden van de Vergadering die zich naar de plaats van bijeenkomst der Vergadering begeven of daarvan terugkeren wordt op geen enkele wijze beperkt door voorschriften van bestuursrechtelijke of andere aard.

Aan de leden van de Vergadering worden, wat betreft douane- en deviezencontrole, toegekend:

- a) door hun eigen regering, dezelfde faciliteiten als zijn toegekend aan hoge ambtenaren, die zich, belast met een tijdelijke officiële zending, naar het buitenland begeven,
- d) door de regeringen van de andere Lid-Staten, dezelfde faciliteiten als zijn toegekend aan vertegenwoordigers van buitenlandse regeringen, belast met een tijdelijke officiële zending.

Artikel 8

Tegen de leden van de Vergadering kan geen opsporing plaatsvinden, noch kunnen zij worden aangehouden of vervolgd op grond van de mening of de stem, die zij in de uitoefening van hun ambt hebben uitgebracht.

Artikel 9

Tijdens de zittingsduur van de Vergadering genieten de leden:

- a) op hun eigen grondgebied, de immuniteten welke aan de leden van de volksvertegenwoordiging in hun land zijn verleend;
- b) op het grondgebied van elke andere Lid-Staat, vrijstelling van aanhouding en gerechtelijke vervolging in welke vorm ook.

De immunitet beschermt hen eveneens, wanneer zij zich naar de plaats van de bijeenkomst van de Vergadering begeven of daarvan terugkeren.

Op deze immunitet kan geen beroep worden gedaan in geval van ontdekking op heterdaad, terwijl zij evenmin kan verhinderen dat de Vergadering het recht uitoefent de immunitet van een harer leden op te heffen.

HOOFDSTUK 4

De aan de werkzaamheden van de instellingen der Gemeenschap deelnemende vertegenwoordigers der Lid-Staten

Artikel 10

De aan de werkzaamheden van de instellingen van de Gemeenschap deelnemende vertegenwoordigers der Lid-Staten, alsmede hun raadslieden en de deskundigen, genieten gedurende de uitoefening van hun ambt en op hun reizen naar en van de plaats van bijeenkomst de gebruikelijke voorrechten, immuniteten of faciliteiten.

Dit artikel is eveneens van toepassing op de leden der raadgevende organen van de Gemeenschap.

KAPITEL 5

Beamte und sonstige Bedienstete der Gemeinschaft

Artikel 11

Den in Artikel 212 dieses Vertrags genannten Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft stehen im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaates ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit folgende Vorrechte und Befreiungen zu:

- a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit bezüglich der von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; die Artikel 179 und 215 dieses Vertrags bleiben unberührt; die Befreiung gilt auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit;
- b) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer; das gleiche gilt für ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder;
- c) die den Beamten der internationalen Organisationen üblicherweise gewährten Erleichterungen auf dem Gebiet der Vorschriften des Währungs- und Devisenrechts;
- d) das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände aus dem Land ihres letzten ständigen Aufenthalts oder dem Land, dem sie angehören, bei Antritt ihres Dienstes in das in Frage stehende Land zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihrer Amtstätigkeit in diesem Land ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände zollfrei wiederauszuführen, vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Landes, in dem dieses Recht ausgeübt wird, in dem einen und anderen Fall für erforderlich erachtet;
- e) das Recht, das zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmte Kraftfahrzeug, sofern es im Land ihres letzten ständigen Aufenthalts oder in dem Land, dem sie angehören, zu den auf dem Binnenmarkt dieses Landes geltenden Bedingungen erworben worden ist, zollfrei einzuführen und es zollfrei wiederauszuführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des in Frage stehenden Landes in dem einen und anderen Fall für erforderlich erachtet.

Artikel 12

Von den Gehältern, Löhnen und anderen Bezügen, welche die Gemeinschaft ihren Beamten und sonstigen Bediensteten zahlt, wird zugunsten der Gemeinschaft eine Steuer gemäß den Bestimmungen und dem Verfahren erhoben, die vom Rat auf Grund der Vorschläge festgelegt werden, welche die Kommission ihm binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags unterbreitet.

Die Beamten und sonstigen Bediensteten sind von innerstaatlichen Steuern auf die von der Gemeinschaft gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge befreit.

Artikel 13

Die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft, die sich lediglich zur Ausübung einer Amtstätigkeit im Dienst der Gemeinschaft im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates als des Staates niederlassen, in dem sie zur Zeit des Dienstantritts bei der Gemeinschaft ihren steuerlichen Wohnsitz haben, werden in den beiden genannten Staaten für die Erhebung der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie für die Anwendung der zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

CHAPITRE 5

Fonctionnaires et agents de la Communauté

Article 11

Sur le territoire de chacun des États membres et quelle que soit leur nationalité, les fonctionnaires et agents de la Communauté visés à l'article 212 du Traité:

- a) jouissent, sous réserve des dispositions des articles 179 et 215 du Traité, de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux, y compris leurs paroles et écrits, en leur qualité officielle; ils continueront à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions,
- b) ne sont pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux dispositions limitant l'immigration et aux formalités d'enregistrement des étrangers,
- c) jouissent, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, des facilités reconnues par l'usage aux fonctionnaires des organisations internationales,
- d) jouissent du droit d'importer en franchise du pays de leur dernière résidence ou du pays dont ils sont ressortissants, leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays intéressé, et du droit, à la cessation de leurs fonctions dans ledit pays, de réexporter en franchise leur mobilier et leurs effets sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le gouvernement du pays où le droit est exercé.
- e) jouissent du droit d'importer en franchise leur automobile affectée à leur usage personnel, acquise dans le pays de leur dernière résidence ou dans le pays dont ils sont ressortissants aux conditions du marché intérieur de celui-ci, et de la réexporter en franchise, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le gouvernement du pays intéressé.

Article 12

Dans les conditions et suivant la procédure fixées par le Conseil statuant sur les propositions formulées par la Commission dans le délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du Traité, les fonctionnaires et agents de la Communauté sont soumis au profit de celle-ci à un impôt sur les traitements, salaires et émoluments versés par elle.

Ils sont exempts d'impôts nationaux sur les traitements, salaires et émoluments versés par la Communauté.

Article 13

Pour l'application des impôts sur les revenus et sur la fortune, des droits de succession, ainsi que des conventions tendant à éviter les doubles impositions conclues entre les pays membres de la Communauté, les fonctionnaires et agents de la Communauté qui, en raison uniquement de l'exercice de leurs fonctions au service de la Communauté, établissent leur résidence sur le territoire d'un pays membre autre que le pays du domicile fiscal qu'ils possèdent au moment de leur entrée au

CAPO 5

Funzionari e agenti della Comunità

Articolo 11

Sul territorio di ciascuno Stato membro e qualunque sia la loro cittadinanza, i funzionari e agenti della Comunità di cui all'articolo 212 del Trattato:

- a) godono, fatte salve le disposizioni degli articoli 179 e 215 del Trattato, dell'immunità di giurisdizione per gli atti da loro compiuti in veste ufficiale, comprese le loro parole e i loro scritti; essi continueranno a beneficiare di questa immunità dopo la cessazione delle loro funzioni,
- b) nè essi nè i loro coniugi e i familiari a loro carico, sono sottoposti alle disposizioni che limitano l'immigrazione e alle formalità di registrazione degli stranieri,
- c) godono, per quanto riguarda la disciplina vigente in materia valutaria o di cambio, delle agevolazioni usualmente riconosciute ai funzionari delle organizzazioni internazionali,
- d) godono del diritto di importare in franchigia dal Paese della loro ultimo residenza o dal Paese di cui sono cittadini, la propria mobilia ed i propri effetti personali, in occasione della loro prima immissione in funzione nel Paese interessato, e del diritto di riesportare in franchigia la propria mobilia e i propri effetti personali alla cessazione delle loro funzioni nel suddetto Paese, fatte salve, nell'uno e nell'altro caso, le condizioni ritenute necessarie dal governo del Paese in cui il diritto è esercitato,
- e) godono del diritto di importare in franchigia la propria autovettura destinata al loro uso personale, acquistata nel Paese della loro ultima residenza o nel Paese di cui sono cittadini, alle condizioni del mercato interno di tale Paese, e di riesportarla in franchigia, fatte salve, nell'uno e nell'altro caso, le condizioni ritenute necessarie dal governo del Paese interessato.

Articolo 12

Alle condizioni e secondo la procedura stabilite dal Consiglio, che delibera sulle proposte che la Commissione formulerà entro un anno dall'entrata in vigore del Trattato, i funzionari e gli agenti della Comunità saranno soggetti, a profitto di quest'ultima, ad una imposta sugli stipendi, salari ed emolumenti dalla stessa versati.

Essi sono esenti da imposte nazionali sugli stipendi, salari ed emolumenti versati dalla Comunità.

Articolo 13

Ai fini dell'applicazione delle imposte sul reddito e sul patrimonio, dei diritti di successione, nonché delle convenzioni concluse tra i Paesi membri della Comunità al fine di evitare le doppie imposizioni, i funzionari e agenti della Comunità, i quali, in ragione esclusivamente dell'esercizio delle loro funzioni al servizio della Comunità, stabiliscono la loro residenza sul territorio di un Paese membro diverso dal Paese ove avevano il domicilio fiscale al momento dell'entrata in servizio

HOOFDSTUK 5

Ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap

Artikel 11

De ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap bedoeld in artikel 212 van het Verdrag zijn, ongeacht hun nationaliteit, op het grondgebied van elk der Lid-Staten:

- a) behoudens de bepalingen van de artikelen 179 en 215 van het Verdrag, vrijgesteld van rechtsvervolging voor hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan, gezegd of geschreven; zij blijven deze immunitet genieten nadat zij hun ambt hebben neergelegd;
- b) tezamen met hun echtgenoten en de te hunnen laste zijnde verwanten vrijgesteld van immigratiebeperkingen en vreemdelingenregistratie;
- c) inzake monetaire of deviezenregelingen in het genot van de gebruikelijke faciliteiten welke aan ambtenaren van internationale organisaties worden toegekend;
- d) gerechtigd om de eerste maal, dat zijn hun post bezetten, in het betrokken land hun huisraad en goederen voor persoonlijk gebruik vrij van rechten in te voeren uit het land waar zij het laatst hun verblijfplaats hebben gehad of uit het land waarvan zij onderdaan zijn, en bij het neerleggen van hun ambt hun huisraad en goederen voor persoonlijk gebruik uit genoemd land vrij van rechten weder uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden, welke de regering van het land waar dit recht wordt uitgeoefend, als noodzakelijk beschouwt;
- e) gerechtigd uit een Lid-Staat hun voor persoonlijk gebruik bestemde personenauto die in het land waar zij het laatst hun verblijfplaats hebben gehad of in het land waarvan zij onderdaan zijn, verkregen is op de voorwaarden die op de binnenlandse markt van dat land gelden, vrij van rechten in te voeren, en deze vrij van rechten weder uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden welke de regering van het betrokken land als noodzakelijk beschouwt.

Artikel 12

Onder de voorwaarden en volgens de procedure welke door de Raad worden vastgesteld op grond van de door de Commissie binnen een jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag gedane voorstellen, worden de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap onderworpen aan een belasting ten bate van de Gemeenschap op de door haar betaalde salarissen, lonen en emolumenten.

Zij zijn vrijgesteld van nationale belastingen op de door de Gemeenschap betaalde salarissen, lonen en emolumenten.

Artikel 13

De ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap, die zich uitsluitend uit hoofde van de uitoefening van hun ambt in dienst van de Gemeenschap vestigen op het grondgebied van een andere Lid-Staat dan de Staat van de fiscale woonplaats, welke zij bezitten op het ogenblik van hun indiensttreding bij de Gemeenschap, worden voor de toepassing van de inkomsten-, vermogens- en successiebelastingen, alsmede van de tussen de Lid-Staten van de Gemeenschap gesloten

zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft geschlossenen Abkommen so behandelt, als hätten sie ihren früheren Wohnsitz beibehalten, sofern sich dieser in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft befindet. Dies gilt auch für den Ehegatten, soweit dieser keine eigene Berufstätigkeit ausübt, sowie für die Kinder, die unter der Aufsicht der in diesem Artikel bezeichneten Personen stehen und von ihnen unterhalten werden.

Das im Hoheitsgebiet des Aufenthaltsstaates befindliche bewegliche Vermögen der in Absatz 1 bezeichneten Personen ist in diesem Staat von der Erbschaftsteuer befreit; für die Veranlagung dieser Steuer wird es vorbehaltlich der Rechte dritter Länder und der etwaigen Anwendung internationaler Abkommen über die Doppelbesteuerung als in dem Staat des steuerlichen Wohnsitzes befindlich betrachtet.

Ein lediglich zur Ausübung einer Amtstätigkeit im Dienste anderer internationaler Organisationen begründeter Wohnsitz bleibt bei der Anwendung dieses Artikels unberücksichtigt.

Artikel 14

Der Rat legt auf Grund eines Vorschlags der Kommission, den diese binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags unterbreitet, durch einstimmigen Beschluß das System der Sozialleistungen für die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft fest.

Artikel 15

Der Rat bestimmt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen betroffenen Organe die Gruppen von Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft, auf welche die Artikel 11, 12 Absatz 2 und Artikel 13 ganz oder teilweise Anwendung finden.

Namen, Dienstrang und -stellung sowie Anschrift der Beamten und sonstigen Bediensteten dieser Gruppen werden den Regierungen der Mitgliedstaaten in regelmäßigen Zeitabständen mitgeteilt.

KAPITEL 6

Vorrechte und Befreiungen der Vertretungen bei der Gemeinschaft

Artikel 16

Der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz der Gemeinschaft befindet, gewährt den bei der Gemeinschaft beglaubigten Vertretungen dritter Länder die üblichen diplomatischen Befreiungen.

KAPITEL 7

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 17

Die Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen werden den Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft ausschließlich im Interesse der Gemeinschaft gewährt.

Jedes Organ der Gemeinschaft hat die Befreiung eines Beamten oder sonstigen Bediensteten in allen Fällen aufzuheben, in denen dies nach seiner Auffassung den Interessen der Gemeinschaft nicht zuwiderläuft.

service de la Communauté, sont considérés, tant dans le pays de leur résidence que dans le pays du domicile fiscal, comme ayant conservé leur domicile dans ce dernier pays si celui-ci est membre de la Communauté. Cette disposition s'applique également au conjoint dans la mesure où celui-ci n'exerce pas d'activité professionnelle propre, ainsi qu'aux enfants à charge et sous la garde des personnes visées au présent article.

Les biens meubles appartenant aux personnes visées à l'alinéa précédent et situés sur le territoire de l'État de séjour sont exonérés de l'impôt des successions dans cet État; pour l'établissement de cet impôt, ils sont considérés comme se trouvant dans l'État du domicile fiscal, sous réserve des droits des États tiers et de l'application éventuelle des dispositions des conventions internationales relatives aux doubles impositions.

Les domiciles acquis en raison uniquement de l'exercice de fonctions au service d'autres organisations internationales ne sont pas pris en considération dans l'application des dispositions du présent article.

Article 14

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition que la Commission formulera dans le délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du Traité, fixe le régime des prestations sociales applicables aux fonctionnaires et agents de la Communauté.

Article 15

Le Conseil, statuant sur proposition de la Commission et après consultation des autres institutions intéressées, détermine les catégories de fonctionnaires et agents de la Communauté auxquels s'appliquent, en tout ou en partie, les dispositions des articles 11, 12 alinéa 2 et 13.

Les noms, qualités et adresses des fonctionnaires et agents compris dans ces catégories sont communiqués périodiquement aux gouvernements des États membres.

CHAPITRE 6

Privileges et immunités des missions établies auprès de la Communauté

Article 16

L'État membre sur le territoire duquel est situé le siège de la Communauté accorde aux missions des États tiers accrédités auprès de la Communauté les immunités diplomatiques d'usage.

CHAPITRE 7

Dispositions générales

Article 17

Les privilèges, immunités et facilités sont accordés aux fonctionnaires et agents de la Communauté exclusivement dans l'intérêt de cette dernière.

Chaque institution de la Communauté est tenue de lever l'immunité accordée à un fonctionnaire ou agent dans tous les cas où elle estime que la levée de cette immunité n'est pas contraire aux intérêts de la Communauté.

presso la Comunità, sono considerati, sia nel Paese di residenza che nel Paese del domicilio fiscale, come tuttora domiciliati in quest'ultimo Paese qualora esso sia membro della Comunità. Tale disposizione si applica egualmente al coniuge, semprechè non eserciti una propria attività professionale, nonchè ai figli ed ai minori a carico delle persone indicate nel presente articolo e in loro custodia.

I beni mobili appartenenti alle persone di cui al comma precedente e che si trovino nel territorio dello Stato di residenza, sono esenti dall'imposta di successione in tale Stato; ai fini dell'applicazione di tale imposta essi sono considerati come se fossero situati nello Stato del domicilio fiscale, fatti salvi i diritti degli Stati terzi e l'eventuale applicazione delle norme delle convenzioni internazionali sulle doppie imposizioni.

Ai fini dell'applicazione delle disposizioni del presente articolo non si prendono in considerazione i domicili acquisiti soltanto a motivo dell'esercizio di funzioni al servizio di altre organizzazioni internazionali.

Articolo 14

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su una proposta che la Commissione formulerà nel termine di un anno dall'entrata in vigore del Trattato, stabilisce il regime di previdenza sociale applicabile ai funzionari e agli agenti della Comunità.

Articolo 15

Il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate, determina le categorie di funzionari e agenti della Comunità cui si applicano, in tutto o in parte, le disposizioni degli articoli 11, 12 comma 2 e 13.

I nomi, le qualifiche e gli indirizzi dei funzionari e agenti compresi in tali categorie sono comunicati periodicamente ai governi degli Stati membri.

CAPO 6

Privilegi e immunità delle missioni accreditate presso la Comunità

Articolo 16

Lo Stato membro, sul cui territorio è situata la sede della Comunità, riconosce alle missioni dei Paesi terzi accreditate presso la Comunità le immunità diplomatiche d'uso.

CAPO 7

Disposizioni generali

Articolo 17

I privilegi, le immunità e le agevolazioni sono concesse ai funzionari e agli agenti della Comunità esclusivamente nell'interesse di quest'ultima.

Ciascuna istituzione della Comunità ha l'obbligo di togliere l'immunità concessa a un funzionario o ad un agente ogni qualvolta essa reputi che ciò non sia contrario agli interessi della Comunità.

overeenkomsten ter voorkoming van dubbele belasting, zowel in de Staat waar zij zich gevestigd hebben als in de Staat van de fiscale woonplaats, geacht hun woonplaats te hebben behouden in de laatstgenoemde Staat, indien deze lid is van de Gemeenschap. Deze bepaling geldt eveneens voor de echtgenoot voor zover deze geen eigen beroepsbezigheden uitoefent, alsmede voor de kinderen die ten laste zijn en onder toezicht staan van de in dit artikel bedoelde personen.

De roerende goederen welke toebehoren aan de in de vorige alinea bedoelde personen en zich bevinden op het grondgebied van de Staat van verblijf, worden in die Staat vrijgesteld van successiebelasting; voor de heffing van die belasting worden die roerende goederen geacht zich in de Staat van de fiscale woonplaats te bevinden, onder voorbehoud van de rechten van derde Staten en de mogelijke toepassing van de bepalingen der internationale overeenkomsten betreffende dubbele belasting.

De uitsluitend uit hoofde van de uitoefening van een ambt in dienst van andere internationale organisaties verkregen woonplaats wordt niet in aanmerking genomen bij de toepassing van de bepalingen van dit artikel.

Artikel 14

Op voorstel van de Commissie, in te dienen binnen een jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag, stelt de Raad met eenparigheid van stemmen de regeling vast inzake de sociale voorzieningen, welke op de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap van toepassing zal zijn.

Artikel 15

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de overige betrokken instellingen, bepaalt de Raad op welke categorieën van ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap de bepalingen van de artikelen 11, 12 tweede alinea, en 13 geheel of ten dele van toepassing zijn.

De namen, hoedanigheden en adressen der ambtenaren en overige personeelsleden, welke onder deze categorieën zijn begrepen, worden op gezette tijden aan de regeringen van de Lid-Staten medegedeeld.

HOOFDSTUK 6

Voorrechten en immunities der bij de Gemeenschap gevestigde missies

Artikel 16

De Lid-Staat, op wiens grondgebied de zetel van de Gemeenschap is gevestigd, verleent aan de missies der bij de Gemeenschap geaccrediteerde derde Staten de gebruikelijke diplomatieke immunities.

HOOFDSTUK 7

Algemene bepalingen

Artikel 17

De voorrechten, immunities en faciliteiten worden aan de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap uitsluitend in haar belang verleend.

Elke instelling van de Gemeenschap is gehouden de aan een ambtenaar of ander personeelslid verleende immunitet op te heffen in alle gevallen, waarin zulks naar haar mening niet strijdig is met de belangen van de Gemeenschap.

Artikel 18

Bei der Anwendung dieses Protokolls handeln die Organe der Gemeinschaft und die verantwortlichen Behörden der beteiligten Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen.

Artikel 19

Die Artikel 11 bis 14 und 17 finden auf die Mitglieder der Kommission Anwendung.

Artikel 20

Die Artikel 11 bis 14 und 17 finden auf die Richter, die Generalanwälte, den Kanzler und die Hilfsberichterstatter des Gerichtshofs Anwendung; die Bestimmungen des Artikels 3 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs betreffend die Befreiung der Richter und Generalanwälte von der Gerichtsbarkeit bleiben unberührt.

Artikel 21

Dieses Protokoll gilt auch für die Europäische Investitionsbank, die Mitglieder ihrer Organe, ihr Personal und die Vertreter der Mitgliedstaaten, die an ihren Arbeiten teilnehmen; die Bestimmungen des Protokolls über die Satzung der Bank bleiben unberührt.

Die Europäische Investitionsbank ist außerdem von allen Steuern und sonstigen Abgaben anlässlich ihrer Errichtung und der Erhöhungen ihres Kapitals sowie von den verschiedenen Förmlichkeiten befreit, die hiermit in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, verbunden sind. Desgleichen werden bei ihrer etwaigen Auflösung und Liquidation keine Abgaben erhoben. Ferner unterliegt die Tätigkeit der Bank und ihrer Organe, soweit sie nach Maßgabe der Satzung ausgeübt wird, nicht der Umsatzsteuer.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am siebzehnten April neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls.
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

Article 18

Pour l'application du présent Protocole, les institutions de la Communauté agissent de concert avec les autorités responsables des États membres intéressés.

Article 19

Les articles 11 à 14 inclus et 17 sont applicables aux membres de la Commission.

Article 20

Les articles 11 à 14 inclus et 17 sont applicables aux juges, aux avocats généraux, au greffier et aux rapporteurs adjoints de la Cour de Justice, sans préjudice des dispositions de l'article 3 du Protocole sur le Statut de la Cour de Justice relatives à l'immunité de juridiction des juges et des avocats généraux.

Article 21

Le présent Protocole s'applique également à la Banque européenne d'investissement, aux membres de ses organes, à son personnel, et aux représentants des États membres qui participent à ses travaux sans préjudice des dispositions du Protocole sur les statuts de celle-ci.

La Banque européenne d'investissement sera, en outre, exonérée de toute imposition fiscale et parafiscale à l'occasion de sa création et des augmentations de son capital ainsi que des formalités diverses que ces opérations pourront comporter dans l'État du siège. De même sa dissolution et sa liquidation n'entraîneront aucune perception. Enfin, l'activité de la Banque et de ses organes, s'exerçant dans les conditions statutaires, ne donnera pas lieu à l'application des taxes sur le chiffre d'affaires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Bruxelles, le dix-sept avril mil neuf cent cinquante-sept.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls
Robert Marjolin
Vittorio Badini
Lambert Schaus
J. Linthorst Homan

Articolo 18

Ai fini dell'applicazione del presente Protocollo, le istituzioni della Comunità agiranno d'intesa con le autorità responsabili degli Stati membri interessati.

Articolo 19

Gli articoli da 11 a 14 inclusi e l'articolo 17 sono applicabili ai membri della Commissione.

Articolo 20

Gli articoli da 11 a 14 inclusi e l'articolo 17 sono applicabili ai giudici, agli avvocati generali, al cancelliere e ai relatori aggiunti della Corte di Giustizia, senza pregiudizio delle disposizioni dell'articolo 3 del Protocollo sullo Statuto della Corte di Giustizia, relative all'immunità di giurisdizione dei giudici e degli avvocati generali.

Articolo 21

Il presente Protocollo si applica anche alla Banca europea per gli investimenti, ai membri dei suoi organi, al suo personale e ai rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai suoi lavori, senza pregiudizio delle disposizioni del Protocollo sullo Statuto della Banca.

La Banca europea per gli investimenti sarà, inoltre, esente da qualsiasi imposizione fiscale e parafiscale al momento della sua costituzione e degli aumenti del suo capitale, nonché dalle varie formalità che tali operazioni potranno importare nello Stato in cui ha la propria sede. Parimenti, il suo scioglimento e la sua liquidazione non importeranno alcuna imposizione fiscale. Infine, l'attività della Banca e dei suoi organi, svolgentesi secondo le condizioni statutarie, non darà luogo all'applicazione di tasse sulla cifra d'affari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

FATTO a Bruxelles, li diciassette aprile millenovecentocinquantesette.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers
C. F. Ophüls
Robert Marjolin
Vittorio Badini
Lambert Schaus
J. Linthorst Homan

Artikel 18

Voor de toepassing van dit Protocol handelen de instellingen van de Gemeenschap in overeenstemming met de verantwoordelijke autoriteiten van de betrokken Lid-Staten.

Artikel 19

De artikelen 11 tot en met 14 en 17 zijn van toepassing op de leden van de Commissie.

Artikel 20

De artikelen 11 tot en met 14 en 17 zijn van toepassing op de rechters, de griffier en de toegevoegde rapporteurs van, alsmede op de advocaten-generaal bij het Hof van Justitie, onverminderd de bepalingen van artikel 3 van het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie nopens de vrijstelling van rechtsvervolgving van de rechters en de advocaten-generaal.

Artikel 21

Dit Protocol is eveneens van toepassing op de Europese Investeringsbank, de leden van haar organen, haar personeel en de vertegenwoordigers der Lid-Staten, die aan haar werkzaamheden deelnemen, onverminderd de bepalingen van het protocol betreffende haar statuten.

De Europese Investeringsbank wordt bovendien vrijgesteld van elke fiscale en parafiscale heffing ter gelegenheid van haar oprichting en van de uitbreiding van haar aandelenkapitaal, alsmede van de verschillende formaliteiten welke deze verrichtingen kunnen medebrengen in de Staat waar de zetel gevestigd is. Haar opheffing en liquidering zullen evenmin enige belasting medebrengen. Tenslotte geeft de werkzaamheid van de Bank en van haar organen, uitgeoefend onder de statutaire voorwaarden, geen aanleiding tot de heffing van omzetbelastingen.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder het Protocol hebben gesteld.

GEDAAN te Brussel, de zeventiende april negentienhonderd zeventenvijftig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls.
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

3. Protokoll
über die
Satzung des Gerichtshofs
der
Europäischen Atomgemeinschaft

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGS
ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN
ATOMGEMEINSCHAFT —

IN DEM WUNSCH, die in Artikel 160 dieses Vertrags
vorgesehene Satzung des Gerichtshofs festzulegen —

HABEN zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten
ERNANNT:

Seine Majestät der König der Belgier:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär
des Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Dele-
gation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Professor Dr. Carl Friedrich Ophüls, Bot-
schafter der Bundesrepublik Deutschland, Leiter der deut-
schen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Robert Marjolin, ordentlicher Professor der
Rechte, stellvertretender Leiter der französischen Dele-
gation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn V. Badini Confalonieri, Unterstaatssekretär
für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der italienischen
Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Lambert Schaus, Botschafter des Großherzog-
tums Luxemburg, Leiter der luxemburgischen Delegation
bei der Regierungskonferenz;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der nieder-
ländischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

DIESE SIND nach Austausch ihrer in guter und gehörig-
er Form befundenen Vollmachten

über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN,
die dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atom-
gemeinschaft als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Für die Errichtung und die Tätigkeit des durch Artikel 3
dieses Vertrags geschaffenen Gerichtshofs gelten die
Bestimmungen dieses Vertrags und dieser Satzung.

TITEL I

Die Richter und die Generalanwälte

Artikel 2

Jeder Richter leistet vor Aufnahme seiner Amtstätig-
keit in öffentlicher Sitzung den Eid, sein Amt unparteiisch
und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheim-
nis zu wahren.

3. Protocole
sur le
Statut de la Cour de Justice
de la
Communauté Européenne
de l'Énergie Atomique

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES
AU TRAITÉ INSTITUANT LA
COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE
DE L'ÉNERGIE ATOMIQUE,

DÉSIRANT fixer le Statut de la Cour prévu à l'article
160 de ce Traité,

ONT DÉSIGNÉ, à cet effet, comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire général
du Ministère des Affaires économiques, Président de la
délégation belge auprès de la Conférence intergouverne-
mentale;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Professeur Docteur Carl Friedrich Ophüls, Am-
bassadeur de la République fédérale d'Allemagne, Prési-
dent de la délégation allemande auprès de la Conférence
intergouvernementale;

Le Président de la République Française:

M. Robert Marjolin, Professeur agrégé des Facultés
de Droit, Vice-président de la délégation française au-
près de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République Italienne:

M. V. Badini Confalonieri, Sous-Secrétaire d'État
aux Affaires étrangères, Président de la délégation ita-
lienne auprès de la Conférence intergouvernementale;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Lambert Schaus, Ambassadeur du Grand-Duché
de Luxembourg, Président de la délégation luxembour-
geoise auprès de la Conférence intergouvernementale;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation
néerlandaise auprès de la Conférence intergouverne-
mentale;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENU des dispositions ci-après qui sont
annexées au Traité instituant la Communauté Européen-
ne de l'Énergie Atomique.

Article 1

La Cour instituée par l'article 3 du Traité est consti-
tuée et exerce ses fonctions conformément aux disposi-
tions du Traité et du présent Statut.

TITRE PREMIER

Statut des juges et des avocats généraux

Article 2

Tout juge doit, avant d'entre en fonctions, en séance
publique, prêter serment d'exercer ses fonctions en pleine
impartialité et en toute conscience et de ne rien divul-
guer du secret des délibérations.

3. Protocollo
sullo
Statuto della Corte di Giustizia
della
Comunità Europea
della Energia Atomica

LE ALTE PARTI CONTRAENTI DEL TRATTATO
CHE ISTITUISCE LA
COMUNITÀ EUROPEA DELLA ENERGIA ATOMICA,

DESIDERANDO definire lo Statuto della Corte previsto all'articolo 160 del Trattato,

HANNO DESIGNATO, a tal fine, come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario generale del Ministro degli Affari Economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa,

Il Presidente della Repubblica federale di Germania:

S. E. Carl Friedrich Ophüls, Ambasciatore della Repubblica federale di Germania, Presidente della delegazione tedesca presso la Conferenza intergovernativa,

Il Presidente della Repubblica Francese:

S. E. Robert Marjolin, «Professeur agrégé des Facultés de Droit», Vicepresidente della delegazione francese presso la Conferenza intergovernativa,

Il Presidente della Repubblica Italiana:

S. E. V. Badini Confalonieri, Sottosegretario di Stato agli Affari Esteri, Presidente della delegazione italiana presso la Conferenza intergovernativa,

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo:

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore del Granducato del Lussemburgo, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa,

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato che istituisce la Comunità Europea della Energia Atomica.

Articolo 1

La Corte, istituita dall'articolo 3 del Trattato, è costituita ed esercita le proprie funzioni conformemente alle disposizioni del Trattato e del presente Statuto.

TITOLO PRIMO

Statuto dei giudici e degli avvocati generali

Articolo 2

Ogni giudice, prima di assumere le proprie funzioni deve, in seduta pubblica, prestare giuramento di esercitare tali funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.

3. Protocol
betreffende het
Statuut van het Hof van Justitie
van de Europese Gemeenschap
voor Atoomenergie

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN
BIJ HET VERDRAG TOT OPRICHTING VAN DE
EUROPESE GEMEENSCHAP VOOR ATOOMENERGIE,

WENSENDE, het Statuut van het Hof van Justitie, bedoeld in artikel 160 van het Verdrag, vast te stellen,

HEBBEN te dien einde als hun gevolmachtigden AANGEWEEZEN:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van de Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Prof. Dr. Carl Friedrich Ophüls, Ambassadeur van de Bondsrepubliek Duitsland, Voorzitter van de Duitse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Franse Republiek:

de Heer Robert Marjolin, Hoogleraar in de Rechtsgeleerdheid, Vice-Voorzitter van de Franse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Italiaanse Republiek:

de Heer V. Badini Confalonieri, Onder-Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken, Voorzitter van de Italiaanse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Koninklijke Hoogheid
de Groothertogin van Luxemburg:

de Heer Lambert Schaus, Ambassadeur van het Groothertogdom Luxemburg, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

de Heer J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten,

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT omtrent de volgende bepalingen welke aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie zijn gehecht.

Artikel 1

Het krachtens artikel 3 van het Verdrag ingestelde Hof van Justitie wordt samengesteld en oefent zijn functies uit overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag en van dit Statuut.

TITEL I

Status van de rechters
en van de advocaten-generaal

Artikel 2

Alvorens zijn ambt te aanvaarden, moet iedere rechter in openbare zitting de eed afleggen, dat hij zijn functie zal uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig zijn geweten en dat hij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zal maken.

Artikel 3

Die Richter sind keiner Gerichtsbarkeit unterworfen. Hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, steht ihnen diese Befreiung auch nach Abschluß ihrer Amtstätigkeit zu.

Der Gerichtshof kann die Befreiung durch Plenarentscheidung aufheben.

Wird nach Aufhebung der Befreiung ein Strafverfahren gegen einen Richter eingeleitet, so darf dieser in jedem Mitgliedstaat nur vor ein Gericht gestellt werden, das für Verfahren gegen Richter der höchsten Gerichte dieses Mitgliedstaates zuständig ist.

Artikel 4

Die Richter dürfen weder ein politisches Amt noch ein Amt in der Verwaltung ausüben.

Sie dürfen keine entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben, es sei denn, daß der Rat ausnahmsweise von dieser Vorschrift Befreiung erteilt.

Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein.

Im Zweifelsfalle entscheidet der Gerichtshof.

Artikel 5

Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines Richters durch Rücktritt.

Bei Rücktritt eines Richters ist das Rücktrittsschreiben an den Präsidenten des Gerichtshofs zur Weiterleitung an den Präsidenten des Rates zu richten. Mit der Benachrichtigung des letzteren wird der Sitz frei.

Mit Ausnahme der Fälle, in denen Artikel 6 Anwendung findet, bleibt jeder Richter bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers im Amt.

Artikel 6

Ein Richter kann nur dann seines Amtes enthoben oder seiner Ruhegehaltsansprüche oder anderer an ihrer Stelle gewährter Vergünstigungen für verlustig erklärt werden, wenn er nach einstimmigem Urteil der Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs nicht mehr die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt oder den sich aus seinem Amt ergebenden Verpflichtungen nicht mehr nachkommt. Der Betroffene wirkt bei der Beschlußfassung nicht mit.

Der Kanzler bringt den Präsidenten der Versammlung und der Kommission die Entscheidung des Gerichtshofs zur Kenntnis und übermittelt sie dem Präsidenten des Rates.

Wird durch eine solche Entscheidung ein Richter seines Amtes enthoben, so wird sein Sitz mit der Benachrichtigung des Präsidenten des Rates frei.

Artikel 7

Endet das Amt eines Richters vor Ablauf seiner Amtszeit, so wird es für die verbleibende Amtszeit neu besetzt.

Artikel 8

Die Artikel 2 bis 7 finden auf die Generalanwälte Anwendung.

Article 3

Les juges jouissent de l'immunité de juridiction. En ce qui concerne les actes accomplis par eux, y compris leurs paroles et écrits, en leur qualité officielle, ils continuent à bénéficier de l'immunité après la cessation de leurs fonctions.

La Cour, siégeant en séance plénière, peut lever l'immunité.

Au cas où, l'immunité ayant été levée, une action pénale est engagée contre un juge, celui-ci n'est justiciable, dans chacun des États membres, que de l'instance compétente pour juger les magistrats appartenant à la plus haute juridiction nationale.

Article 4

Les juges ne peuvent exercer aucune fonction politique ou administrative.

Ils ne peuvent, sauf dérogation accordée à titre exceptionnel par le Conseil, exercer aucune activité professionnelle, rémunérée ou non.

Ils prennent, lors de leur installation, l'engagement solennel de respecter, pendant la durée de leurs fonctions et après la cessation de celles-ci, les obligations découlant de leur charge, notamment les devoirs d'honnêteté et de délicatesse quant à l'acceptation, après cette cessation, de certaines fonctions ou de certains avantages.

En cas de doute, la Cour décide.

Article 5

En dehors des renouvellements réguliers et des décès, les fonctions de juge prennent fin individuellement par démission.

En cas de démission d'un juge, la lettre de démission est adressée au président de la Cour pour être transmise au président du Conseil. Cette dernière notification emporte vacance de siège.

Sauf les cas où l'article 6 ci-après reçoit application, tout juge continue à siéger jusqu'à l'entrée en fonctions de son successeur.

Article 6

Les juges ne peuvent être relevés de leurs fonctions ni déclarés déchus de leur droit à pension ou d'autres avantages en tenant lieu que si, au jugement unanime des juges et des avocats généraux de la Cour, ils ont cessé de répondre aux conditions requises ou de satisfaire aux obligations découlant de leur charge. L'intéressé ne participe pas à ces délibérations.

Le greffier porte la décision de la Cour à la connaissance des présidents de l'Assemblée et de la Commission et la notifie au président du Conseil.

En cas de décision relevant un juge de ses fonctions, cette dernière notification emporte vacance de siège.

Article 7

Les juges dont les fonctions prennent fin avant l'expiration de leur mandat, sont remplacés pour la durée du mandat restant à courir.

Article 8

Les dispositions des articles 2 à 7 inclus sont applicables aux avocats généraux.

Articolo 3

I giudici godono dell'immunità di giurisdizione. Per quanto concerne gli atti da loro compiuti in veste ufficiale, comprese le loro parole e i loro scritti, essi continuano a godere dell'immunità dopo la cessazione delle funzioni.

La Corte, in seduta plenaria, può togliere l'immunità.

Qualora, tolta l'immunità, venga promossa un'azione penale contro un giudice, questi può essere giudicato, in ciascuno degli Stati membri, soltanto dall'organo competente a giudicare i magistrati appartenenti alla più alta giurisdizione nazionale.

Articolo 4

I giudici non possono esercitare alcuna funzione politica o amministrativa.

Essi non possono, salvo deroga concessa a titolo eccezionale dal Consiglio, esercitare alcuna attività professionale remunerata o meno.

Al momento del loro insediamento, essi assumono l'impegno solenne di rispettare, per la durata delle loro funzioni e dopo la cessazione di queste, gli obblighi derivanti dalla loro carica, in particolare i doveri di onestà e di delicatezza per quanto riguarda l'accettare, dopo tale cessazione, determinate funzioni o vantaggi.

In caso di dubbio, la Corte decide.

Articolo 5

A parte i rinnovi regolari e i decessi, le funzioni di giudice cessano individualmente per dimissione.

In caso di dimissione di un giudice, la lettera di dimissione è indirizzata al presidente della Corte per essere trasmessa al presidente del Consiglio. Quest'ultima notificazione importa vacanza di seggio.

Salvo i casi in cui si applica l'articolo 6 seguente, ogni giudice rimane in carica fino a quando il suo successore non assuma le proprie funzioni.

Articolo 6

I giudici possono essere rimossi dalle loro funzioni oppure essere dichiarati decaduti dal loro diritto a pensione o da altri vantaggi sostitutivi soltanto qualora, a giudizio unanime dei giudici e degli avvocati generali della Corte, non siano più in possesso dei requisiti richiesti ovvero non soddisfino più agli obblighi derivanti dalla loro carica. L'interessato non prende parte a tali deliberazioni.

Il cancelliere comunica la decisione della Corte ai presidenti dell'Assemblea e della Commissione e la notifica al presidente del Consiglio.

Quest'ultima notificazione, in caso di decisione che rimuove un giudice dalle sue funzioni, importa vacanza di seggio.

Articolo 7

I giudici le cui funzioni cessano prima dello scadere del loro mandato, sono sostituiti per la restante durata del mandato stesso.

Articolo 8

Le disposizioni degli articoli 2 a 7 inclusi sono applicabili agli avvocati generali.

Artikel 3

De rechters zijn vrijgesteld van rechtsvervolging. Met betrekking tot hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan, gezegd of geschreven, blijven zij deze immuniteit genieten ook nadat zij hun ambt hebben neergelegd.

Het Hof kan, in voltallige zitting, de immuniteit opheffen.

Ingeval tegen een rechter wiens immuniteit is opgeheven, een strafvervolging wordt ingesteld, kan hij in eik der Lid-Staten slechts worden berecht door de instantie, welke bevoegd is tot berechting van de leden van het hoogste nationale rechterlijke college.

Artikel 4

De rechters mogen geen politieke functie of bestuursambt uitoefenen.

Zij mogen geen beroepswerkzaamheid al dan niet tegen beloning verrichten, tenzij van deze bepaling door de Raad bij uitzondering afwijking is toegestaan.

Bij hun ambtsaanvaarding verbinden zij zich plechtig om gedurende hun ambtsperiode en na afloop daarvan de uit hun taak voortvloeiende verplichtingen na te komen, in het bijzonder eerlijkheid en kiesheid te betrachten in het aanvaarden van bepaalde functies of voordelen na afloop van die ambtsperiode.

In geval van twijfel beslist het Hof.

Artikel 5

Behalve door periodieke vervanging of door overlijden eindigt de ambtsuitoefening van een rechter door ontslag.

Ingeval een rechter ontslag verzoekt, richt hij daartoe tot de president van het Hof een brief, welke aan de voorzitter van de Raad wordt doorgezonden. Door laatstbedoelde kennisgeving ontstaat een vacature.

Behoudens in gevallen, waarin artikel 6 hiernavolgend toepassing vindt, blijft elke rechter zitting hebben totdat zijn opvolger in functie treedt.

Artikel 6

Een rechter kan slechts van zijn ambt worden ontheven of van zijn recht op pensioen of van andere als zodanig geldende gunsten vervallen worden verklaard, wanneer hij, naar het eenstemmig oordeel van de rechters van en de advocaten-generaal bij het Hof, heeft opgehouden aan de gestelde voorwaarden of aan de uit zijn ambt voortvloeiende verplichtingen te voldoen. De betrokkene neemt niet aan die beraadslagingen deel.

De griffier deelt de beslissing van het Hof mede aan de voorzitters van de Vergadering en van de Commissie en geeft van die beslissing kennis aan de voorzitter van de Raad.

In geval van een beslissing waarbij een rechter van zijn ambt wordt ontheven, ontstaat door laatstbedoelde kennisgeving een vacature.

Artikel 7

De rechters wier amtsuitoefening vóór het verstrijken van hun mandaat eindigt, worden voor de verdere duur van het mandaat vervangen.

Artikel 8

De bepalingen van de artikelen 2 tot en met 7 zijn van toepassing op de advocaten-generaal.

TITEL II

Organisation

Artikel 9

Der Kanzler leistet vor dem Gerichtshof den Eid, sein Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren.

Artikel 10

Der Gerichtshof regelt die Vertretung des Kanzlers für den Fall seiner Verhinderung.

Artikel 11

Dem Gerichtshof werden Beamte und sonstige Bedienstete beigegeben, um ihm die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Sie unterstehen dem Kanzler unter Aufsicht des Präsidenten.

Artikel 12

Der Rat kann durch einstimmigen Beschluß auf Vorschlag des Gerichtshofs die Ernennung von Hilfsberichterstattern vorsehen und ihre Stellung bestimmen. Die Hilfsberichterstatter können nach Maßgabe der Verfahrensordnung berufen werden, an der Bearbeitung der beim Gerichtshof anhängigen Sachen teilzunehmen und mit dem Berichterstatter zusammenzuarbeiten.

Zu Hilfsberichterstattern sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die erforderlichen juristischen Befähigungsnachweise erbringen; sie werden vom Rat ernannt. Sie leisten vor dem Gerichtshof den Eid, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren.

Artikel 13

Die Richter, die Generalanwälte und der Kanzler sind verpflichtet, am Sitz des Gerichtshofs zu wohnen.

Artikel 14

Der Gerichtshof übt seine Tätigkeit ständig aus. Die Dauer der Gerichtsferien wird vom Gerichtshof unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse festgesetzt.

Artikel 15

Der Gerichtshof kann nur in der Besetzung mit einer ungeraden Zahl von Richtern rechtswirksam entscheiden. Die in Vollsitzungen getroffenen Entscheidungen des Gerichtshofs sind gültig, wenn fünf Richter anwesend sind. Die Entscheidungen der Kammern sind nur dann gültig, wenn sie von drei Richtern getroffen werden; bei Verhinderung eines Richters einer Kammer kann nach Maßgabe der Verfahrensordnung ein Richter einer anderen Kammer herangezogen werden.

Artikel 16

Die Richter und Generalanwälte dürfen nicht an der Erledigung einer Sache teilnehmen, in der sie vorher als Bevollmächtigte, Beistände oder Anwälte einer der Parteien tätig gewesen sind oder über die zu befinden sie als Mitglied eines Gerichts, eines Untersuchungsausschusses oder in anderer Eigenschaft berufen waren.

TITRE II

Organisation

Article 9

Le greffier prête serment la Cour d'exercer ses fonctions en pleine impartialité et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations.

Article 10

La Cour organise la suppléance du greffier pour le cas d'empêchement de celui-ci.

Article 11

Des fonctionnaires et autres agents sont attachés à la Cour pour permettre d'en assurer le fonctionnement. Ils relèvent du greffier sous l'autorité du président.

Article 12

Sur proposition de la Cour, le Conseil statuant à l'unanimité peut prévoir la nomination de rapporteurs adjoints et en fixer le statut. Les rapporteurs adjoints peuvent être appelés, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure, à participer à l'instruction des affaires dont la Cour est saisie, et à collaborer avec le juge rapporteur.

Les rapporteurs adjoints, choisis parmi des personnes offrant toutes garanties d'indépendance et réunissant les titres juridiques nécessaires, sont nommés par le Conseil. Ils prêtent serment devant la Cour d'exercer leurs fonctions en pleine impartialité et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations.

Article 13

Les juges, les avocats généraux et le greffier sont tenus de résider au siège de la Cour.

Article 14

La Cour demeure en fonctions d'une manière permanente. La durée des vacances judiciaires est fixée par la Cour, compte tenu des nécessités du service.

Article 15

La Cour ne peut valablement délibérer qu'en nombre impair. Les délibérations de la Cour siégeant en séance plénière sont valables si cinq juges sont présents. Les délibérations des chambres ne sont valables que si elles sont prises par trois juges; en cas d'empêchement de l'un des juges composant une chambre, il peut être fait appel à un juge faisant partie d'une autre chambre dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

Article 16

Les juges et les avocats généraux ne peuvent participer au règlement d'aucune affaire dans laquelle ils sont antérieurement intervenus come agent, conseil ou avocat de l'une des parties, ou sur laquelle ils ont été appelés à se prononcer comme membre d'un tribunal, d'une commission d'enquête ou à tout autre titre.

TITOLO II

Organizzazione

Articolo 9

Il cancelliere presta giuramento avanti alla Corte di esercitare le proprie funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.

Articolo 10

La Corte predispose la sostituzione del cancelliere in caso di impedimento di questi.

Articolo 11

Funzionari e altri agenti sono addetti alla Corte allo scopo di assicurarne il funzionamento. Essi dipendono dal cancelliere sotto l'autorità del presidente.

Articolo 12

Una deliberazione unanime del Consiglio, presa su proposta della Corte, può prevedere la nomina di relatori aggiunti e definirne lo statuto. I relatori aggiunti possono essere chiamati, alle condizioni che saranno definite dal regolamento di procedura, e partecipare all'istruzione degli affari sottoposti all'esame della Corte e a collaborare con il giudice relatore.

I relatori aggiunti, scelti tra persone che offrano ogni garanzia di indipendenza e abbiano le qualifiche giuridiche necessarie, sono nominati dal Consiglio. Essi prestano giuramento avanti alla Corte di esercitare le loro funzioni in piena imparzialità e secondo coscienza e di nulla divulgare del segreto delle deliberazioni.

Articolo 13

I giudici, gli avvocati generali e il cancelliere devono risiedere dove la Corte ha la propria sede.

Articolo 14

La Corte funziona in modo permanente. La durata delle vacanze giudiziarie è fissata dalla Corte, tenuto conto delle necessità del servizio.

Articolo 15

La Corte può deliberare validamente soltanto in numero dispari. Le deliberazioni della Corte riunita in seduta plenaria sono valide se sono presenti cinque giudici. Le deliberazioni delle sezioni sono valide soltanto se prese da tre giudici; in caso d'impedimento di uno dei giudici componenti una sezione, si può ricorrere a un giudice che faccia parte di un'altra sezione, alle condizioni che saranno definite dal regolamento di procedura.

Articolo 16

I giudici e gli avvocati generali non possono partecipare alla trattazione di alcun affare nel quale essi siano in precedenza intervenuti come agenti, consulenti o avvocati di una delle parti, o sul quale essi siano stati chiamati a pronunciarsi come membri di un tribunale, di una commissione d'inchiesta o a qualunque altro titolo.

TITEL II

Organisatie

Artikel 9

De griffier legt voor het Hof de eed af, dat hij zijn functie zal uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig zijn geweten en dat hij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zal maken.

Artikel 10

Het Hof regelt de vervanging van de griffier, voor het geval dat deze verhinderd is.

Artikel 11

In het belang van de dienst worden aan het Hof ambtenaren en andere personeelsleden verbonden. Zij ressorteren onder de griffier, onder het gezag van de president.

Artikel 12

Op voorstel van het Hof kan de Raad met eenparigheid van stemmen voorzien in de benoeming van toegevoegde rapporteurs en hun statuut bepalen. De toegevoegde rapporteurs kunnen overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen worden geroepen om deel te nemen aan het onderzoek van de bij het Hof aanhangige zaken en om de rechter-rapporteur bij te staan.

De toegevoegde rapporteurs, gekozen uit personen, die alle waarborgen voor onafhankelijkheid bieden en de nodige bewijzen van juridische bekwaamheid bezitten, worden door de Raad benoemd. Zij leggen voor het Hof de eed af dat zij hun ambt zullen uitoefenen in volkomen onpartijdigheid en geheel overeenkomstig hun geweten en dat zij niets van het geheim der beraadslagingen openbaar zullen maken.

Artikel 13

De rechters, de advocaten-generaal en de griffier zijn verplicht verblijf te houden in de plaats waar het Hof is gevestigd.

Artikel 14

Het Hof is permanent in functie. De rechterlijke vakanties worden door het Hof met inachtneming van de eisen van de dienst vastgesteld.

Artikel 15

Het Hof kan slechts in oneven getal op geldige wijze beslissen. De in voltallige zitting genomen beslissingen van het Hof zijn geldig, wanneer vijf rechters tegenwoordig zijn. De beslissingen van de kamers zijn geldig, wanneer zij door drie rechters zijn genomen; in geval van verhindering van één der rechters van een kamer kan, overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen, een beroep worden gedaan op een rechter die deel uitmaakt van een andere kamer.

Artikel 16

De rechters en de advocaten-generaal mogen niet deelnemen aan de berechting van enige zaak, waarin zij vroeger zijn opgetreden als gemachtigde, raadsman of advocaat van één van beide partijen, of waarover zij geroepen zijn geweest zich uit te spreken als lid van een rechtbank, van een commissie van onderzoek of in enige andere hoedanigheid.

Glaut ein Richter oder Generalanwalt bei der Entscheidung oder Untersuchung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund nicht mitwirken zu können, so macht er davon dem Präsidenten Mitteilung. Hält der Präsident die Teilnahme eines Richters oder Generalanwalts an der Verhandlung oder Entscheidung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund für unangebracht, so setzt er diesen hiervon in Kenntnis.

Ergibt sich bei der Anwendung dieses Artikels eine Schwierigkeit, so entscheidet der Gerichtshof.

Eine Partei kann den Antrag auf Änderung der Zusammensetzung des Gerichtshofs oder einer seiner Kammern weder mit der Staatsangehörigkeit eines Richters noch damit begründen, daß dem Gerichtshof oder einer seiner Kammern kein Richter ihrer Staatsangehörigkeit angehört.

TITEL III

Verfahren

Artikel 17

Die Staaten sowie die Organe der Gemeinschaft werden vor dem Gerichtshof durch einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede Sache bestellt wird; der Bevollmächtigte kann sich der Hilfe eines Beistands oder eines Anwalts bedienen, der in einem Mitgliedstaat zugelassen ist.

Die anderen Parteien müssen durch einen Anwalt vertreten sein, der in einem Mitgliedstaat zugelassen ist.

Die vor dem Gerichtshof auftretenden Bevollmächtigten, Beistände und Anwälte genießen nach Maßgabe der Verfahrensordnung die zur unabhängigen Ausübung ihrer Aufgaben erforderlichen Rechte und Sicherheiten.

Der Gerichtshof hat nach Maßgabe dieser Verfahrensordnung gegenüber den vor ihm auftretenden Beiständen und Anwälten die den Gerichten üblicherweise zuerkannnten Befugnisse.

Hochschullehrer, die Angehörige von Mitgliedstaaten sind, deren Rechtsordnung ihnen gestattet, vor Gericht als Vertreter einer Partei aufzutreten, haben vor dem Gerichtshof die durch diesen Artikel den Anwälten eingeräumte Rechtsstellung.

Artikel 18

Das Verfahren vor dem Gerichtshof gliedert sich in ein schriftliches und ein mündliches Verfahren.

Das schriftliche Verfahren umfaßt die Übermittlung der Klageschriften, Schriftsätze, Klagebeantwortungen und Erklärungen und gegebenenfalls der Repliken sowie aller zur Unterstützung vorgelegten Belegstücke und Urkunden oder ihrer beglaubigten Abschriften an die Parteien sowie an diejenigen Organe der Gemeinschaft, deren Entscheidungen Gegenstand des Verfahrens sind.

Die Übermittlung obliegt dem Kanzler in der Reihenfolge und innerhalb der Fristen, welche die Verfahrensordnung bestimmt.

Das mündliche Verfahren umfaßt die Verlesung des von einem Berichterstatter vorgelegten Berichts, die Anhörung der Bevollmächtigten, Beistände und Anwälte und der Schlußanträge des Generalanwalts durch den Gerichtshof sowie gegebenenfalls die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

Si, pour une raison spéciale, un juge ou un avocat général estime ne pas pouvoir participer au jugement ou à l'examen d'une affaire déterminée, il en fait part au président. Au cas où le président estime qu'un juge ou un avocat général ne doit pas, pour une raison spéciale, siéger ou conclure dans une affaire déterminée, il en avertit l'intéressé.

En cas de difficulté sur l'application du présent article, la Cour statue.

Une partie ne peut invoquer, soit la nationalité d'un juge, soit l'absence, au sein de la Cour ou d'une de ses chambres, d'un juge de sa nationalité, pour demander la modification de la composition de la Cour ou d'une de ses chambres.

TITRE III

Procédure

Article 17

Les États ainsi que les institutions de la Communauté sont représentés devant la Cour par un agent nommé pour chaque affaire; l'agent peut être assisté d'un conseil ou d'un avocat inscrit à un barreau de l'un des États membres.

Les autres parties doivent être représentées par un avocat inscrit à un barreau de l'un des États membres.

Les agents, conseils et avocats comparissant devant la Cour jouissent des droits et garanties nécessaires à l'exercice indépendant de leurs fonctions, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

La Cour jouit à l'égard des conseils et avocats qui se présentent devant elle des pouvoirs normalement reconnus en la matière aux cours et tribunaux, dans les conditions qui seront déterminées par le même règlement.

Les professeurs ressortissants des États membres dont la législation leur reconnaît un droit de plaider jouissent devant la Cour des droits reconnus aux avocats par le présent article.

Article 18

La procédure devant la Cour comporte deux phases: l'une écrite, l'autre orale.

La procédure écrite comprend la communication aux parties, ainsi qu'aux institutions de la Communauté dont les décisions sont en cause, des requêtes, mémoires, défenses et observations et, éventuellement, des répliques, ainsi que de toutes pièces et documents à l'appui ou de leurs copies certifiées conformes.

Les communications sont faites par les soins du greffier dans l'ordre et les délais déterminés par le règlement de procédure.

La procédure orale comprend la lecture du rapport présenté par un juge rapporteur, l'audition par la Cour des agents, conseils et avocats et des conclusions de l'avocat général, ainsi que, s'il y a lieu, l'audition des témoins et experts.

Qualora, per un motivo particolare, un giudice o un avvocato generale reputi di non poter partecipare al giudizio o all'esame di un affare determinato, ne informa il presidente. Qualora il presidente reputi che un giudice o un avvocato generale non debba, per un motivo particolare, giudicare o concludere in un affare determinato, ne avverte l'interessato.

In caso di difficoltà nell'applicazione del presente articolo, la Corte decide.

Una parte non può invocare la nazionalità di un giudice, né l'assenza in seno alla Corte o ad una sua sezione di un giudice della propria nazionalità, per richiedere la modificazione della composizione della Corte o di una delle sue sezioni.

TITOLO III

Procedura

Articolo 17

Tanto gli Stati quanto le istituzioni della Comunità sono rappresentati avanti alla Corte da un agente nominato per ciascun affare; l'agente può essere assistito da un consulente o da un avvocato iscritto negli albi professionali di uno Stato membro.

Le altre parti devono essere rappresentate da un avvocato iscritto negli albi professionali di uno Stato membro.

Gli agenti, i consulenti e gli avvocati che compaiono avanti alla Corte godono dei diritti e delle garanzie necessarie per l'esercizio indipendente delle loro funzioni, alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura.

La Corte gode nei confronti dei consulenti e degli avvocati che si presentano avanti ad essa, dei poteri normalmente riconosciuti in materia alle corti e ai tribunali, alle condizioni che saranno determinate dallo stesso regolamento.

I professori cittadini degli Stati membri la cui legislazione riconosce loro il diritto di patrocinare, godono avanti alla Corte dei diritti riconosciuti agli avvocati dal presente articolo.

Articolo 18

La procedura avanti alla Corte comprende due fasi: l'una scritta, l'altra orale.

La procedura scritta comprende la comunicazione alle parti e alle istituzioni della Comunità le cui decisioni sono in causa, delle istanze, memorie, difese e osservazioni e, eventualmente, delle repliche, nonché di ogni atto e documento a sostegno, ovvero delle loro copie certificate conformi.

Le comunicazioni sono fatte a cura del cancelliere secondo l'ordine e nei termini fissati dal regolamento di procedura.

La procedura orale comprende la lettura della relazione presentata da un giudice relatore, l'audizione da parte della Corte degli agenti, dei consulenti e degli avvocati e delle conclusioni dell'avvocato generale e, ove occorra, l'audizione dei testimoni e dei periti.

Wanneer een rechter of advocaat-generaal om een bijzondere reden meent niet te kunnen deelnemen aan de berechting of het onderzoek van een bepaalde zaak, deelt hij dit aan de president mede. Ingeval de president van oordeel is, dat een rechter of een advocaat-generaal om een bijzondere reden niet over een bepaalde zaak dient te zitten of te concluderen, stelt hij de betrokkene hiervan in kennis.

In geval van moeilijkheden nopens de toepassing van dit artikel beslist het Hof.

Partijen kunnen geen wijziging in de samenstelling van het Hof of van een van zijn kamers verlangen met een beroep op de nationaliteit van een rechter, of op het feit, dat in het Hof of in een van zijn kamers een rechter van haar nationaliteit ontbreekt.

TITEL III

Procedure

Artikel 17

De Staten zowel als de instellingen van de Gemeenschap worden voor het Hof vertegenwoordigd door een voor elke zaak benoemde gemachtigde; de gemachtigde kan door een raadsman of door een bij de balie van een van de Lid-Staten ingeschreven advocaat worden bijgestaan.

De andere partijen moeten worden vertegenwoordigd door een bij de balie van een der Lid-Staten ingeschreven advocaat.

De gemachtigden, raadslieden en advocaten, die voor het Hof verschijnen, genieten de voor de onafhankelijke uitoefening van hun functies nodige rechten en waarborgen, overeenkomstig de in het reglement voor de procesvoering vast te stellen bepalingen.

Ten aanzien van de raadslieden en advocaten die voor het Hof optreden, bezit het Hof overeenkomstig de in dat reglement vast te stellen bepalingen de bevoegdheden, welke ter zake gewoonlijk aan gerechtshoven en rechtsbanken worden toegekend.

Hoogleraren die onderdaan zijn van een Lid-Staat waarvan de wetgeving hun het recht toekent te pleiten, genieten voor het Hof de rechten welke in dit artikel aan de advocaten zijn toegekend.

Artikel 18

De procedure voor het Hof bestaat uit twee gedeelten: de schriftelijke en de mondelinge behandeling.

De schriftelijke behandeling omvat het toezenden aan partijen en aan de instellingen van de Gemeenschap wier beslissingen in het geding zijn, van de verzoekschriften, memoriën, verweerschriften en andere opmerkingen en, eventueel, van de verdere conclusiën, alsmede van alle stukken en documenten welke ter ondersteuning in het geding worden gebracht of van hun voor eensluidend gewaarmerkte afschriften.

De toezending geschiedt door tussenkomst van de griffier in de volgorde en binnen de termijnen als bepaald in het reglement voor de procesvoering.

De mondelinge behandeling omvat de voorlezing van het rapport van de rechter-rapporteur, alsmede het horen door het Hof van de gemachtigden, raadslieden en advocaten, en van de advocaat-generaal in zijn conclusiën, benevens, zonodig, het horen van getuigen en deskundigen.

Artikel 19

Die Klageerhebung bei dem Gerichtshof erfolgt durch Einreichung einer an den Kanzler zu richtenden Klageschrift. Die Klageschrift muß Namen und Wohnsitz des Klägers, die Stellung des Unterzeichnenden, die Partei, gegen welche die Klage erhoben wird, und den Streitgegenstand angeben sowie die Anträge und eine kurze Darstellung der Klagegründe enthalten.

Ihr ist gegebenenfalls der Wortlaut des Aktes; beizufügen, dessen Nichtigerklärung beantragt wird, oder in dem in Artikel 148 dieses Vertrags geregelten Fall eine Unterlage, aus der sich der Zeitpunkt der in dem genannten Artikel vorgesehenen Aufforderung ergibt. Sind der Klageschrift diese Unterlagen nicht beigelegt, so fordert der Kanzler den Kläger auf, sie innerhalb einer angemessenen Frist beizubringen; die Klage kann nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil die Beibringung erst nach Ablauf der für die Klageerhebung vorgeschriebenen Frist erfolgt.

Artikel 20

In den in Artikel 18 dieses Vertrags geregelten Fällen erfolgt die Klageerhebung bei dem Gerichtshof durch Einreichung einer an den Kanzler zu richtenden Klageschrift. Die Klageschrift muß Namen und Wohnsitz des Klägers, die Stellung des Unterzeichnenden, die Entscheidung, gegen welche die Klage erhoben wird, die Gegenparteien und den Streitgegenstand angeben sowie die Anträge und eine kurze Darstellung der Klagegründe enthalten.

Eine beglaubigte Abschrift der angefochtenen Entscheidung des Schiedsausschusses ist beizufügen.

Weist der Gerichtshof die Klage ab, so wird die Entscheidung des Schiedsausschusses rechtskräftig.

Hebt der Gerichtshof die Entscheidung des Schiedsausschusses auf, so kann das Verfahren gegebenenfalls auf Betreiben einer Prozeßpartei vor dem Schiedsausschuß wiederaufgenommen werden. Dieser ist an die vom Gerichtshof gegebene rechtliche Beurteilung gebunden.

Artikel 21

In den in Artikel 150 dieses Vertrags geregelten Fällen obliegt es dem Gericht des Mitgliedstaates, das ein Verfahren aussetzt und den Gerichtshof anruft, diese Entscheidung dem Gerichtshof zu übermitteln. Der Kanzler des Gerichtshofs stellt diese Entscheidung den beteiligten Parteien, den Mitgliedstaaten und der Kommission zu und außerdem dem Rat, sofern die Gültigkeit oder Auslegung einer Handlung des Rates streitig ist.

Binnen zwei Monaten nach dieser Zustellung können die Parteien, die Mitgliedstaaten, die Kommission und gegebenenfalls der Rat beim Gerichtshof Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben.

Artikel 22

Der Gerichtshof kann von den Parteien die Vorlage aller Urkunden und die Erteilung aller Auskünfte verlangen, die er für wünschenswert hält. Im Falle einer Weigerung stellt der Gerichtshof diese ausdrücklich fest.

Der Gerichtshof kann ferner von den Mitgliedstaaten und den Organen, die nicht Parteien in einem Rechtsstreit sind, alle Auskünfte verlangen, die er für die Regelung dieses Rechtsstreits als erforderlich erachtet.

Article 19

La Cour est saisie par une requête adressée au greffier. La requête doit contenir l'indication du nom et du domicile du requérant et de la qualité du signataire, l'indication de la partie contre laquelle la requête est formée, l'objet du litige, les conclusions et un exposé sommaire des moyens invoqués.

Elle doit être accompagnée, s'il y a lieu, de l'acte dont l'annulation est demandée ou, dans, l'hypothèse visée à l'article 148 du Traité, d'une pièce justifiant de la date de l'invitation prévue à cet article. Si ces pièces n'ont pas été jointes à la requête, le greffier invite l'intéressé à en effectuer la production dans un délai raisonnable, sans qu'aucune forclusion puisse être opposée au cas où la régularisation interviendrait après l'expiration du délai de recours.

Article 20

Dans les cas visés à l'article 18 du Traité, la Cour est saisie par un recours adressé au greffier. Le recours doit contenir l'indication du nom et du domicile du requérant et de la qualité du signataire, l'indication de la décision contre laquelle le recours est formé, l'indication des parties adverses, l'objet du litige, les conclusions et un exposé sommaire des moyens invoqués.

Le recours doit être accompagné d'une copie conforme de la décision du Comité d'arbitrage attaqué.

Si la Cour rejette le recours, la décision du Comité d'arbitrage devient définitive.

Si la Cour annule la décision du Comité d'arbitrage, la procédure peut être reprise, s'il y a lieu, à la diligence d'une des parties au procès, devant le Comité d'arbitrage. Celui-ci doit se conformer aux points de droit arrêtés par la Cour.

Article 21

Dans les cas visés à l'article 150 du Traité, la décision de la juridiction nationale qui suspend la procédure et saisit la Cour est notifiée à celle-ci à la diligence de cette juridiction nationale. Cette décision est ensuite notifiée par les soins du greffier de la Cour aux parties en cause, aux États membres et à la Commission, ainsi qu'au Conseil, si l'acte dont la validité ou l'interprétation est contestée émane de celui-ci.

Dans un délai de deux mois à compter de cette dernière notification, les parties, les États membres, la Commission et, le cas échéant, le Conseil, ont le droit de déposer devant la Cour des mémoires ou observations écrites.

Article 22

La Cour peut demander aux parties de produire tous documents et de fournir toutes informations qu'elle estime désirables. En cas de refus, elle en prend acte.

La Cour peut également demander aux États membres et aux institutions qui ne sont pas parties au procès tous renseignements qu'elle estime nécessaires aux fins du procès.

Articolo 19

La Corte è adita mediante istanza trasmessa al cancelliere. L'istanza deve contenere l'indicazione del nome e del domicilio dell'istante e della qualità del firmatario, l'indicazione della parte avverso la quale è proposta, l'oggetto della controversia, le conclusioni ed un'esposizione sommaria dei motivi invocati.

All'istanza deve essere allegato, ove occorra, l'atto di cui è richiesto l'annullamento, ovvero, nell'ipotesi contemplata dall'articolo 148 del Trattato, un documento che certifichi la data della richiesta prevista da tale articolo. Se questi documenti non sono stati allegati all'istanza, il cancelliere invita l'interessato a produrli entro un termine ragionevole, senza che si possa eccepire decadenza qualora la regolarizzazione intervenga dopo la scadenza del termine per ricorrere.

Articolo 20

Nei casi contemplati dall'articolo 18 del Trattato, la Corte è adita mediante ricorso trasmesso al cancelliere. Il ricorso deve contenere l'indicazione del nome e del domicilio del ricorrente e della qualità del firmatario, l'indicazione della decisione avverso la quale è proposto ricorso, l'indicazione delle parti avverse, l'oggetto della causa, le conclusioni e un'esposizione sommaria dei motivi invocati.

Al ricorso deve essere allegata una copia conforme della decisione del Collegio arbitrale che viene impugnata.

Se la Corte rigetta il ricorso, la decisione del Collegio arbitrale diventa definitiva.

Se la Corte annulla la decisione del Collegio arbitrale la procedura può essere ripresa, eventualmente, a cura di una delle parti in causa, dinanzi al Collegio arbitrale. Quest'ultimo deve uniformarsi ai principi di diritto enunciati dalla Corte.

Articolo 21

Nei casi contemplati dall'articolo 150 del Trattato, la decisione della giurisdizione nazionale, che sospende la procedura e si rivolge alla Corte, è notificata a quest'ultima a cura di tale giurisdizione nazionale. Tale decisione è quindi notificata a cura del cancelliere della Corte alle parti in causa, agli Stati membri e alla Commissione, nonché al Consiglio quando l'atto di cui si contesta la validità o l'interpretazione emani da quest'ultimo.

Nel termine di due mesi da tale ultima notificazione, le parti, gli Stati membri, la Commissione e, quando ne sia il caso, il Consiglio, hanno il diritto di presentare alla Corte memorie ovvero osservazioni scritte.

Articolo 22

La Corte può richiedere alle parti di produrre tutti i documenti e di dare tutte le informazioni che essa reputi desiderabili. In caso di rifiuto, ne prende atto.

La Corte può parimenti richiedere agli Stati membri e alle istituzioni che non siano parti in causa tutte le informazioni che ritenga necessarie ai fini del processo.

Artikel 19

Een zaak wordt bij het Hof aanhangig gemaakt door middel van een verzoekschrift, dat aan de griffier wordt toegezonden. Het verzoekschrift moet inhouden de naam en woonplaats van de verzoeker en de hoedanigheid van de ondertekenaar, de aanduiding van de partij tegen wie het verzoekschrift is gericht, het onderwerp van het geschil, de conclusiën en een summiere uiteenzetting van de aangevoerde middelen.

Aan het verzoekschrift wordt, indien het strekt tot vernietiging van een handeling, de desbetreffende akte toegevoegd of, in het geval bedoeld in artikel 148 van het Verdrag, een bewijsstuk van de datum der in dat artikel bedoelde uitnodiging. Indien deze stukken niet bij het verzoekschrift zijn gevoegd nodigt de griffier de betrokkene uit deze alsnog binnen een redelijke termijn over te leggen; verval van het recht tot beroep kan niet worden tegengeworpen, indien het verzuim eerst is hersteld na het verstrijken van de termijn.

Artikel 20

In gevallen als bedoeld in artikel 18 van het Verdrag wordt beroep bij het Hof ingesteld door middel van een verzoekschrift, dat aan de griffier wordt toegezonden. Het verzoekschrift moet inhouden de naam en woonplaats van de verzoeker en de hoedanigheid van de ondertekenaar, de beslissing waartegen beroep wordt ingesteld, de tegenpartijen, het onderwerp van het geschil, de conclusiën en een summiere uiteenzetting van de aangevoerde middelen.

Aan het verzoekschrift wordt een voor eensluitend gewaarmerkt afschrift van de bestreden beslissing van de Arbitrage-Commissie toegevoegd.

Indien het Hof het beroep verwerpt, wordt de beslissing van de Arbitrage-Commissie onherroepelijk.

Indien het Hof de beslissing van de Arbitrage-Commissie vernietigt, kan de procedure, wanneer daartoe grond bestaat, op initiatief van een der partijen in het geding voor de Arbitrage-Commissie worden hervat. Deze is aan de door het Hof besliste rechtsvragen gebonden.

Artikel 21

In de in artikel 150 van het Verdrag bedoelde gevallen, wordt van de beslissing van de nationale rechterlijke instantie die de procedure schorst en een beroep doet op het Hof, aan dit Hof kennis gegeven op initiatief van die instantie. De griffier van het Hof geeft van deze beslissing vervolgens kennis aan de betrokken partijen, de Lid-Staten en de Commissie, alsmede aan de Raad wanneer de handeling, waarvan de geldigheid of de uitlegging wordt betwist, van deze uitgaat.

Binnen twee maanden na deze laatste kennisgeving hebben de partijen, de Lid-Staten, de Commissie en, in voorkomend geval, de Raad het recht bij het Hof memoriën of schriftelijke opmerkingen in te dienen.

Artikel 22

Het Hof kan partijen verzoeken alle stukken over te leggen en alle inlichtingen te verstrekken, welke het wenselijk acht. In geval van weigering neemt het Hof hiervan akte.

Het Hof kan eveneens aan de Lid-Staten en aan de instellingen die geen partij in het proces zijn, verzoeken alle inlichtingen te verstrekken welke het voor het proces nodig acht.

Artikel 23

Der Gerichtshof kann jederzeit Personen, Personengemeinschaften, Dienststellen, Ausschüsse oder Einrichtungen seiner Wahl mit der Abgabe von Gutachten betrauen.

Artikel 24

Zeugen können nach Maßgabe der Verfahrensordnung vernommen werden.

Artikel 25

Nach Maßgabe der Verfahrensordnung kann der Gerichtshof gegenüber ausbleibenden Zeugen die den Gerichten allgemein zuerkannten Befugnisse ausüben und Geldbußen verhängen.

Artikel 26

Zeugen und Sachverständige können unter Benutzung der in der Verfahrensordnung vorgeschriebenen Eidesformel oder in der in der Rechtsordnung ihres Landes vorgesehenen Weise eidlich vernommen werden.

Artikel 27

Der Gerichtshof kann anordnen, daß ein Zeuge oder Sachverständiger von dem Gericht seines Wohnsitzes vernommen wird.

Diese Anordnung ist gemäß den Bestimmungen der Verfahrensordnung zur Ausführung an das zuständige Gericht zu richten. Die in Ausführung des Rechtshilfersuchens abgefaßten Schriftstücke werden dem Gerichtshof nach denselben Bestimmungen übermittelt.

Der Gerichtshof übernimmt die anfallenden Auslagen; er erlegt sie gegebenenfalls den Parteien auf.

Artikel 28

Jeder Mitgliedstaat behandelt die Eidesverletzung eines Zeugen oder Sachverständigen wie eine vor seinen eigenen in Zivilsachen zuständigen Gerichten begangene Straftat. Auf Anzeige des Gerichtshofs verfolgt er den Täter vor seinen zuständigen Gerichten.

Artikel 29

Die Verhandlung ist öffentlich, es sei denn, daß der Gerichtshof von Amts wegen oder auf Antrag der Parteien aus wichtigen Gründen anders beschließt.

Artikel 30

Der Gerichtshof kann während der Verhandlung Sachverständige, Zeugen sowie die Parteien selbst vernehmen. Für die letzteren können jedoch nur ihre bevollmächtigten Vertreter mündlich verhandeln.

Artikel 31

Über jede mündliche Verhandlung ist ein vom Präsidenten und vom Kanzler zu unterschreibendes Protokoll aufzunehmen.

Artikel 32

Die Terminliste wird vom Präsidenten festgelegt.

Article 23

A tout moment, la Cour peut confier une expertise à toute personne, corps, bureau, commission ou organe de son choix.

Article 24

Des témoins peuvent être entendus dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

Article 25

La Cour jouit à l'égard des témoins défailants des pouvoirs généralement reconnus en la matière aux cours et tribunaux et peut infliger des sanctions pécuniaires, dans les conditions qui seront déterminées par le règlement de procédure.

Article 26

Les témoins et experts peuvent être entendus sous la foi du serment selon la formule déterminée par le règlement de procédure ou suivant les modalités prévues par la législation nationale du témoin ou de l'expert.

Article 27

La Cour peut ordonner qu'un témoin ou un expert soit entendu par l'autorité judiciaire de son domicile.

Cette ordonnance est adressée aux fins d'exécution à l'autorité judiciaire compétente dans les conditions fixées par le règlement de procédure. Les pièces résultant de l'exécution de la commission rogatoire sont renvoyées à la Cour dans les mêmes conditions.

La Cour assume les frais, sous réserve de les mettre, le cas échéant, à la charge des parties.

Article 28

Chaque État membre regarde toute violation des serments des témoins et des experts comme le délit correspondant commis devant un tribunal national statuant en matière civile. Sur dénonciation de la Cour, il poursuit les auteurs de ce délit devant la juridiction nationale compétente.

Article 29

L'audience est publique, à moins qu'il n'en soit décidé autrement par la Cour, d'office ou sur demande des parties, pour des motifs graves.

Article 30

Au cours des débats, la Cour peut interroger les experts, les témoins, ainsi que les parties elles-mêmes. Toutefois, ces dernières ne peuvent plaider que par l'organe de leur représentant.

Article 31

Il est tenu de chaque audience un procès-verbal signé par le président et le greffier.

Article 32

Le rôle des audiences est arrêté par le président.

Articolo 23

In ogni momento, la Corte può affidare una perizia a qualunque persona, ente, ufficio, commissione od organo di sua scelta.

Articolo 24

Alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura, si può procedere all'audizione di testimoni.

Articolo 25

La Corte gode, nei confronti dei testimoni non comparsi, dei poteri generalmente riconosciuti in materia alle corti e ai tribunali e può infliggere sanzioni pecuniarie, alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura.

Articolo 26

I testimoni e i periti possono essere uditi sotto il vincolo del giuramento, secondo la formula stabilita dal regolamento di procedura ovvero secondo le modalità previste dalla legislazione nazionale del teste o del perito.

Articolo 27

La Corte può ordinare che un testimonio o un perito sia udito dall'autorità giudiziaria del suo domicilio.

Tale ordinanza è diretta, per la sua esecuzione, all'autorità giudiziaria competente, alle condizioni stabilite dal regolamento di procedura. Gli atti derivanti dall'esecuzione della rogatoria sono rimessi alla Corte alle stesse condizioni.

La Corte sostiene le spese, con riserva di porle, quando ne sia il caso, a carico delle parti.

Articolo 28

Ogni Stato membro considera qualsiasi violazione dei giuramenti dei testimoni e dei periti alla stregua del corrispondente reato commesso avanti a un tribunale nazionale giudicante in materia civile. Su denuncia della Corte esso procede contro gli autori di tale reato avanti alla giurisdizione nazionale competente.

Articolo 29

L'udienza è pubblica, salvo decisione contraria presa dalla Corte, d'ufficio o su richiesta delle parti, per motivi gravi.

Articolo 30

Nel corso del dibattimento la Corte può interrogare i periti, i testimoni e le parti stesse. Tuttavia queste ultime possono provvedere alla propria difesa orale soltanto tramite il proprio rappresentante.

Articolo 31

Di ogni udienza è redatto un verbale firmato dal presidente e dal cancelliere.

Articolo 32

Il ruolo delle udienze è fissato dal presidente.

Artikel 23

Het Hof is bevoegd te allen tijde een deskundig onderzoek op te dragen aan personen, lichamen, bureaus, commissies of organen te zijner keuze.

Artikel 24

Getuigen kunnen worden gehoord overeenkomstig de bepalingen die zullen worden vastgesteld in het reglement voor de procesvoering.

Artikel 25

Ten aanzien van gebrekkige getuigen geniet het Hof dezelfde bevoegdheden als op dit gebied in de regel zijn toegekend aan gerechtshoven en rechtbanken, en kan geldboeten opleggen, een en ander overeenkomstig de bepalingen die zullen worden vastgesteld in het reglement voor de procesvoering.

Artikel 26

Getuigen en deskundigen kunnen onder ede worden gehoord volgens de in het reglement voor de procesvoering vastgestelde formules of op de wijze, welke in den nationale wetgeving van de getuige of de deskundige is voorgeschreven.

Artikel 27

Het Hof kan bevelen, dat een getuige of deskundige door de rechterlijke instantie van zijn woonplaats wordt gehoord.

Dit bevel wordt ter uitvoering gericht tot de bevoegde rechterlijke instantie overeenkomstig de bepalingen van het reglement voor de procesvoering. De stukken ter uitvoering van de rogatoire commissie worden op dezelfde wijze aan de Hof teruggezonden.

Het Hof draagt de kosten, doch kan deze eventueel ten laste van partijen brengen.

Artikel 28

Elke Lid-Staat beschouwt iedere schending van de eed der getuigen en deskundigen als het overeenkomstige strafbare feit bedreven voor een nationale rechtbank die in burgerlijke zaken uitspraak doet. Op aangifte van het Hof vervolgt hij de daders van dit strafbare feit voor de bevoegde nationale rechterlijke instantie.

Artikel 29

De zittingen zijn openbaar, tenzij het Hof ambtshalve of op verzoek van partijen om gewichtige redenen anders beslist.

Artikel 30

Tijdens de mondelinge behandeling kan het Hof de deskundigen, de getuigen, alsook de partijen zelf, horen. Deze laatsten kunnen evenwel slechts pleiten bij monde van haar vertegenwoordiger.

Artikel 31

Van iedere zitting wordt proces-verbaal opgemaakt, hetwelk door de president en de griffier wordt ondertekend.

Artikel 32

De rol der terechtzitting wordt door de president vastgesteld.

Artikel 33

Die Beratungen des Gerichtshofs sind und bleiben geheim.

Artikel 34

Die Urteile sind mit Gründen zu versehen. Sie enthalten die Namen der Richter, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben.

Artikel 35

Die Urteile sind vom Präsidenten und vom Kanzler zu unterschreiben. Sie werden in öffentlicher Sitzung vorgelesen.

Artikel 36

Der Gerichtshof entscheidet über die Kosten.

Artikel 37

Der Präsident des Gerichtshofs kann nach einem abgekürzten Verfahren, das erforderlichenfalls von einzelnen Bestimmungen dieser Satzung abweichen kann und in der Verfahrensordnung geregelt ist, über Anträge auf Aussetzung gemäß Artikel 157 dieses Vertrags, auf Erlaß einstweiliger Anordnungen gemäß Artikel 158 oder auf Aussetzung der Zwangsvollstreckung gemäß Artikel 164 Absatz 3 entscheiden.

Bei Verhinderung des Präsidenten wird dieser durch einen anderen Richter nach Maßgabe der Verfahrensordnung vertreten.

Die von dem Präsidenten oder seinem Vertreter getroffene Anordnung stellt eine einstweilige Regelung dar und greift der Entscheidung des Gerichtshofs in der Hauptsache nicht vor.

Artikel 38

Die Mitgliedstaaten und die Organe der Gemeinschaft können einem bei dem Gerichtshof anhängigen Rechtsstreit beitreten.

Dasselbe gilt für alle anderen Personen, die ein berechtigtes Interesse am Ausgang eines bei dem Gerichtshof anhängigen Rechtsstreits glaubhaft machen; ausgenommen davon sind Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten, zwischen Organen der Gemeinschaft oder zwischen Mitgliedstaaten und Organen der Gemeinschaft.

Mit den auf Grund des Beitritts gestellten Anträgen können nur die Anträge einer Partei unterstützt werden.

Artikel 39

Stellt der ordnungsmäßig geladene Beklagte keine schriftlichen Anträge, so ergeht gegen ihn Versäumnisurteil. Gegen dieses Urteil kann binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch eingelegt werden. Der Einspruch hat keine Aussetzung der Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil zur Folge, es sei denn, daß der Gerichtshof anders beschließt.

Artikel 40

Mitgliedstaaten, Organe der Gemeinschaft und alle sonstigen natürlichen und juristischen Personen können nach Maßgabe der Verfahrensordnung in den dort genannten Fällen Drittwiderspruch gegen ein Urteil erheben, wenn dieses Urteil ihre Rechte beeinträchtigt und in einem Rechtsstreit erlassen worden ist, an dem sie nicht teilgenommen haben.

Article 33

Les délibérations de la Cour sont et restent secrètes.

Article 34

Les arrêts sont motivés. Ils mentionnent les noms des juges qui ont délibéré.

Article 35

Les arrêts sont signés par le président et le greffier. Ils sont lus en séance publique.

Article 36

La Cour statue sur les dépens.

Article 37

Le président de la Cour peut statuer selon une procédure sommaire déroquant, en tant que de besoin, à certaines des règles contenues dans le présent Statut et qui sera fixée par le règlement de procédure, sur des conclusions tendant soit à l'obtention du sursis prévu à l'article 157 du Traité, soit à l'application de mesures provisoires en vertu de l'article 158, soit à la suspension de l'exécution forcée conformément à l'article 164 dernier alinéa.

En cas d'empêchement du président, celui-ci sera remplacé par un autre juge dans les conditions déterminées par le règlement de procédure.

L'ordonnance rendue par le président ou son remplaçant n'a qu'un caractère provisoire et ne préjuge en rien la décision de la Cour statuant au principal.

Article 38

Les États membres et les institutions de la Communauté peuvent intervenir aux litiges soumis à la Cour.

Le même droit appartient à toute autre personne justifiant d'un intérêt à la solution d'un litige soumis à la Cour, à l'exclusion des litiges entre États membres, entre institutions de la Communauté, ou entre États membres d'une part et institutions de la Communauté d'autre part.

Les conclusions de la requête en intervention ne peuvent avoir d'autre objet que le soutien des conclusions de l'une des parties.

Article 39

Lorsque, la partie défenderesse, régulièrement mise en cause, s'abstient de déposer des conclusions écrites, l'arrêt est rendu par défaut à son égard. L'arrêt est susceptible d'opposition dans le délai d'un mois à compter de sa notification. Sauf décision contraire de la Cour, l'opposition ne suspend pas l'exécution de l'arrêt rendu par défaut.

Article 40

Les États membres, les institutions de la Communauté et toutes autres personnes physiques ou morales, peuvent, dans les cas et dans les conditions qui seront déterminés par le règlement de procédure, former tierce-opposition contre les arrêts rendus sans qu'ils aient été appelés, si ces arrêts préjudicient à leurs droits.

Articolo 33

Le deliberazioni della Corte sono e restano segrete.

Articolo 34

Le sentenze sono motivate. Esse menzionano i nomi dei giudici che hanno partecipato alla deliberazione.

Articolo 35

Le sentenze sono firmate dal presidente e dal cancelliere. Esse sono lette in pubblica udienza.

Articolo 36

La Corte delibera sulle spese.

Articolo 37

Il presidente della Corte può decidere secondo una procedura sommaria che deroghi, per quanto necessario, ad alcune norme contenute nel presente Statuto e che sarà fissata dal regolamento di procedura, in merito alle conclusioni intese sia ad ottenere la sospensione prevista all'articolo 157 del Trattato, sia all'applicazione dei provvedimenti provvisori a norma dell'articolo 158, sia alla sospensione dell'esecuzione forzata conformemente all'articolo 164, ultimo comma.

Il presidente, in caso d'impedimento, è sostituito da un altro giudice alle condizioni determinate dal regolamento di procedura.

L'ordinanza pronunciata dal presidente o dal suo sostituto ha soltanto carattere provvisorio e non pregiudica in nulla la decisione della Corte sul merito.

Articolo 38

Gli Stati membri e le istituzioni della Comunità possono intervenire nelle controversie proposte alla Corte.

Uguale diritto spetta ad ogni altra persona che dimostri di avere un interesse alla soluzione di una controversia proposta alla Corte, ad esclusione delle controversie fra Stati membri, fra istituzioni della Comunità, ovvero fra Stati membri da una parte e istituzioni della Comunità dall'altra.

Le conclusioni dell'istanza d'intervento possono avere come oggetto soltanto l'adesione alle conclusioni di una delle parti.

Articolo 39

Quando la parte convenuta, regolarmente chiamata in causa, si astiene dal depositare conclusioni scritte, la sentenza viene pronunciata in sua contumacia. La sentenza può essere impugnata entro il termine di un mese a decorrere dalla sua notificazione. Salvo decisione contraria della Corte, l'opposizione non sospende l'esecuzione della sentenza pronunciata in contumacia.

Articolo 40

Gli Stati membri, le istituzioni della Comunità e ogni altra persona fisica o giuridica, possono, nei casi e alle condizioni che saranno determinate dal regolamento di procedura, proporre opposizione di terzo contro le sentenze pronunciate senza che esse siano state chiamate in causa, qualora tali sentenze siano pregiudizievoli ai loro diritti.

Artikel 33

De beraadslagingen van het Hof zijn en blijven geheim.

Artikel 34

De arresten zijn met redenen omkleed. Zij vermelden de namen van de rechters, die hebben beslist.

Artikel 35

De arresten worden ondertekend door de president en de griffier. Zij worden in openbare zitting uitgesproken.

Artikel 36

Het Hof geeft een beslissing ten aanzien van de proceskosten.

Artikel 37

De president van het Hof kan in een summiere procedure, voor zover nodig afwijkend van sommige regels van dit Statuut, welke wordt vastgesteld bij het reglement voor de procesvoering, uitspraak doen op conclusiën, strekkende ofwel ter verkrijging van de in artikel 157 van het Verdrag bedoelde opschorting, ofwel tot toepassing van voorlopige maatregelen krachtens artikel 158, ofwel tot schorsing van de gedwongen tenuitvoerlegging overeenkomstig de laatste alinea van artikel 164.

Bij verhindering van de president wordt deze door een andere rechter vervangen overeenkomstig de bepalingen van het reglement voor de procesvoering.

De door de president of zijn plaatsvervanger gegeven beschikking heeft slechts een voorlopig karakter en prejudicieert niet op de beslissing van het Hof ten principale.

Artikel 38

De Lid-Staten en de instellingen van de Gemeenschap kunnen zich voegen in een voor het Hof aanhangig rechtsgeding.

Hetzelfde recht heeft elke andere persoon, die aanmerkelijk maakt belang te hebben bij de beslissing van een voor het Hof aanhangig rechtsgeding, met uitzondering van de rechtsgedingen tussen Lid-Staten, tussen instellingen van de Gemeenschap, of tussen Lid-Staten enerzijds en instellingen van de Gemeenschap anderzijds.

De conclusiën van het verzoek tot voeging kunnen slechts strekken tot ondersteuning van de conclusiën van een der partijen.

Artikel 39

Wanneer de verwerende partij, ofschoon regelmatig in het geding geroepen, nalaat schriftelijk conclusiën in te dienen, wordt het arrest tegen haar bij verstek gegeven. Het arrest is vatbaar voor verzet binnen een maand na zijn betekening. Tenzij het Hof anders bepaalt, schorst het verzet de tenuitvoerlegging van het bij verstek gegeven arrest niet.

Artikel 40

De Lid-Staten, de instellingen van de Gemeenschap en alle andere natuurlijke of rechtspersonen kunnen, in de gevallen en overeenkomstig de bepalingen vast te stellen in het reglement voor de procesvoering derdenverzet instellen tegen de arresten gegeven in rechtsgedingen, waarin zij niet geroepen zijn geweest, indien hun rechten door deze arresten worden geschaad.

Artikel 41

Bestehen Zweifel über Sinn und Tragweite eines Urteils, so ist der Gerichtshof zuständig, dieses Urteil auf Antrag einer Partei oder eines Organs der Gemeinschaft auszulegen, wenn diese ein berechtigtes Interesse hieran glaubhaft machen.

Artikel 42

Die Wiederaufnahme des Verfahrens kann beim Gerichtshof nur dann beantragt werden, wenn eine Tatsache von entscheidender Bedeutung bekannt wird, die vor Verkündung des Urteils dem Gerichtshof und der die Wiederaufnahme beantragenden Partei unbekannt war.

Das Wiederaufnahmeverfahren wird durch eine Entscheidung des Gerichtshofs eröffnet, die das Vorliegen der neuen Tatsache ausdrücklich feststellt, ihr die für die Eröffnung des Wiederaufnahmeverfahrens erforderlichen Merkmale zuerkennt und deshalb den Antrag für zulässig erklärt.

Nach Ablauf von 10 Jahren nach Erlaß des Urteils kann kein Wiederaufnahmeantrag mehr gestellt werden.

Artikel 43

In der Verfahrensordnung sind besondere, den Entfernungen Rechnung tragende Fristen festzulegen.

Der Ablauf von Fristen hat keinen Rechtsnachteil zur Folge, wenn der Betroffene nachweist, daß ein Zufall oder ein Fall höherer Gewalt vorliegt.

Artikel 44

Die aus außervertraglicher Haftung der Gemeinschaft hergeleiteten Ansprüche verjähren in fünf Jahren nach Eintritt des Ereignisses, das ihnen zugrunde liegt. Die Verjährung wird durch Einreichung der Klageschrift beim Gerichtshof oder dadurch unterbrochen, daß der Geschädigte seinen Anspruch vorher gegenüber dem zuständigen Organ der Gemeinschaft geltend macht. In letzterem Fall muß die Klage innerhalb der in Artikel 146 vorgesehenen Frist von zwei Monaten erhoben werden; gegebenenfalls findet Artikel 148 Absatz 2 Anwendung.

Artikel 45

Die in Artikel 160 dieses Vertrags vorgesehene Verfahrensordnung des Gerichtshofs enthält außer den nach dieser Satzung zu erlassenden Bestimmungen alle sonstigen Vorschriften, die für die Anwendung dieser Satzung und erforderlichenfalls für ihre Ergänzung notwendig sind.

Artikel 46

Durch einstimmigen Beschluß kann der Rat die Bestimmungen dieser Satzung ergänzen, um sie den Notwendigkeiten anzupassen, die sich aus den gemäß Artikel 137 Absatz 4 dieses Vertrags getroffenen Maßnahmen ergeben.

Artikel 47

Der Präsident des Rates lost unmittelbar nach der Eidesleistung die Richter und Generalanwälte aus, deren Stellen nach Ablauf der ersten drei Jahre gemäß Artikel 139 Absätze 2 und 3 dieses Vertrags neu besetzt werden.

Article 41

En cas de difficulté sur le sens et la portée d'un arrêt, il appartient à la Cour de l'interpréter, sur la demande d'une partie ou d'une institution de la Communauté justifiant d'un intérêt à cette fin.

Article 42

La révision de l'arrêt ne peut être demandée à la Cour qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant la prononciation de l'arrêt, était inconnu de la Cour et de la partie qui demande la révision.

La procédure de révision s'ouvre par un arrêt de la Cour constatant expressément l'existence d'un fait nouveau, lui reconnaissant les caractères qui donnent ouverture à la révision, et déclarant de ce chef la demande recevable.

Aucune demande de révision ne pourra être formée après l'expiration d'un délai de dix ans à dater de l'arrêt.

Article 43

Des délais de distance seront établis par le règlement de procédure.

Aucune déchéance tirée de l'expiration des délais ne peut être opposée lorsque l'intéressé établit l'existence d'un cas fortuit ou de force majeure.

Article 44

Les actions contre la Communauté en matière de responsabilité non contractuelle se prescrivent par cinq ans à compter de la survenance du fait qui y donne lieu. La prescription est interrompue soit par la requête formée devant la Cour, soit par la demande préalable que la victime peut adresser à l'institution compétente de la Communauté. Dans ce dernier cas, la requête doit être formée dans le délai de deux mois prévu à l'article 146; les dispositions de l'article 148 alinéa 2 sont, le cas échéant, applicables.

Article 45

Le règlement de procédure de la Cour prévu à l'article 160 du Traité contient, outre les dispositions prévues par le présent Statut, toutes autres dispositions nécessaires en vue de l'appliquer et de le compléter, en tant que de besoin.

Article 46

Le Conseil statuant à l'unanimité peut apporter aux dispositions du présent Statut les adaptations complémentaires qui s'avèreraient nécessaires en raison des mesures qu'il aurait prises aux termes de l'article 137 dernier alinéa du Traité.

Article 47

Le président du Conseil procède, immédiatement après la prestation de serment, à la désignation, par tirage au sort, des juges et des avocats généraux dont les fonctions sont sujettes à renouvellement à la fin de la première période de trois ans conformément à l'article 139 alinéas 2 et 3 du Traité.

Articolo 41

In caso di difficoltà sul senso e la portata di una sentenza, spetta alla Corte d'interpretarla, a richiesta di una parte o di una istituzione della Comunità che dimostri di avere a ciò interesse.

Articolo 42

La revisione delle sentenze può essere richiesta alla Corte solo in seguito alla scoperta di un fatto di natura tale da avere un'influenza decisiva e che, prima della pronuncia della sentenza, era ignoto alla Corte e alla parte che domanda la revisione.

La procedura di revisione si apre con una sentenza della Corte che constata espressamente l'esistenza di un fatto nuovo, ne riconosce i caratteri che consentono l'adito alla revisione e dichiara per questo motivo ricevibile l'istanza.

Nessuna istanza di revisione può essere proposta dopo la scadenza di un termine di dieci anni dalla data della sentenza.

Articolo 43

Il regolamento di procedura stabilirà termini in ragione della distanza.

Nessuna decadenza risultante dallo spirare dei termini può essere eccepita quando l'interessato provi l'esistenza di un caso fortuito o di forza maggiore.

Articolo 44

Le azioni contro la Comunità in materia di responsabilità extracontrattuale si prescrivono in cinque anni a decorrere dal momento in cui avviene il fatto che dà loro origine. La prescrizione è interrotta sia dall'istanza presentata alla Corte, sia dalla preventiva richiesta che il danneggiato può rivolgere all'istituzione competente della Comunità. In quest'ultimo caso l'istanza deve essere proposta nel termine di due mesi previsto dall'articolo 146; sono applicabili, quando ne sia il caso, le disposizioni di cui all'articolo 148, comma secondo.

Articolo 45

Il regolamento di procedura della Corte di cui all'articolo 160 del Trattato, contiene, oltre alle disposizioni contemplate dal presente Statuto, tutte le disposizioni necessarie per applicarlo e, per quanto necessario, completarlo.

Articolo 46

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, può apportare alle disposizioni del presente Statuto gli adattamenti complementari che risultassero necessari in seguito alle misure da esso eventualmente adottate a termini dell'articolo 137, ultimo comma del Trattato.

Articolo 47

Il presidente del Consiglio procede, immediatamente dopo la prestazione del giuramento, alla designazione, per estrazione a sorte, dei giudici e degli avvocati generali le cui funzioni sono soggette a rinnovamento alla fine del primo periodo di tre anni in conformità all'articolo 139, commi secondo e terzo del Trattato.

Artikel 41

In geval van moeilijkheden nopens de betekenis en de strekking van een arrest, heeft het Hof tot taak dit uit te leggen, op verzoek van een der partijen of van een instelling van de Gemeenschap welke haar belang ter zake aannemelijk maakt.

Artikel 42

Herziening van een arrest kan aan het Hof slechts worden verzocht op grond van de ontdekking van een feit, dat van beslissende invloed kan zijn en dat, vóór de uitspraak van het arrest, onbekend was aan het Hof en aan de partij, die de herziening verzoekt.

De herzieningsprocedure begint met een arrest, waarbij het Hof, uitdrukkelijk het bestaan van een nieuw feit vaststellende en oordelende, dat het grond tot herziening oplevert, uit dien hoofde het verzoek ontvankelijk verklaart.

Herziening kan niet meer worden verzocht na verloop van tien jaar, te rekenen van de dagtekening van het arrest.

Artikel 43

Bepaalde termijnen volgens afstand worden in het reglement voor de procesvoering vastgesteld.

Verval van instantie wegens het verstrijken van een procestermijn kan niet worden tegengeworpen, wanneer de betrokkene toeval of overmacht aantoonde.

Artikel 44

De vorderingen tegen de Gemeenschap inzake niet contractuele aansprakelijkheid verjaren vijf jaar na het feit, dat tot deze vordering aanleiding heeft gegeven. De verjaring wordt gestuit, hetzij door een bij het Hof ingesteld beroep, hetzij door een eerder gedaan verzoek, hetwelk de benadeelde kan richten tot de bevoegde instelling van de Gemeenschap. In het laatste geval moet het beroep worden ingesteld binnen de termijn van twee maanden bepaald in artikel 146; de tweede alinea van artikel 148 is van overeenkomstige toepassing.

Artikel 45

Het in artikel 160 van het Verdrag bedoelde reglement voor de procesvoering bevat, behalve de in het Statuut vastgestelde bepalingen, alle overige bepalingen welke nodig zijn voor de toepassing en, voor zoveel nodig, de aanvulling van dit Statuut.

Artikel 46

De Raad kan, met eenparigheid van stemmen, de bepalingen van dit Statuut nader aanpassen wanneer zulks nodig blijkt ten gevolge van de maatregelen, die hij overeenkomstig de laatste alinea van artikel 137 van het Verdrag neemt.

Artikel 47

De voorzitter van de Raad gaat terstond na de eedsaflegging over tot aanwijzing, bij loting, van de rechters en de advocaten-generaal, die aan het einde van de eerste periode van drie jaar overeenkomstig de tweede en derde alinea's van artikel 139 van het Verdrag moeten worden vervangen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am siebzehnten April neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers
C. F. Ophüls
Robert Marjolin
Vittorio Badini
Lambert Schaus
J. Linthorst Homan

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Bruxelles, le dix-sept avril mil neuf cent cinquante-sept.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls.
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

FATTO a Bruxelles, li diciassette aprile millenovecentocinquantasette.

GEDAAN te Brussel, de zeventiende april negentienhonderd zevenenvijftig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers

C. F. Ophüls

Robert Marjolin

Vittorio Badini

Lambert Schaus

J. Linthorst Homan

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.

C. F. Ophüls.

Robert Marjolin.

Vittorio Badini.

Lambert Schaus.

J. Linthorst Homan.

**4. Protokoll
über die
Vorrechte und Befreiungen
der
Europäischen Atomgemeinschaft**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGS
ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN
ATOMGEMEINSCHAFT —

IN DER ERWAGUNG, daß die Gemeinschaft gemäß Artikel 191 dieses Vertrags nach Maßgabe eines besonderen Protokolls in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Vorrechte und Befreiungen genießt —

HABEN für die Errichtung dieses Protokolls zu ihren Bevollmächtigten ERNANNT:

Seine Majestät der König der Belgier:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Leiter der belgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Professor Dr. Carl Friedrich Ophüls, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Leiter der deutschen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Robert Marjolin, ordentlicher Professor der Rechte, stellvertretender Leiter der französischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Herrn V. Badini Confalonieri, Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der italienischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Lambert Schaus, Botschafter des Großherzogtums Luxemburg, Leiter der luxemburgischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn J. Linthorst Homan, Leiter der niederländischen Delegation bei der Regierungskonferenz;

DIESE SIND nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft als Anhang beigefügt sind.

KAPITEL 1

Vermögensgegenstände, Liegenschaften,
Guthaben und Geschäfte der Gemeinschaft

Artikel 1

Die Räumlichkeiten und Gebäude der Gemeinschaft sind unverletzlich. Sie dürfen nicht durchsucht, beschlagnahmt, eingezogen oder enteignet werden. Die Vermögensgegenstände und Guthaben der Gemeinschaft dürfen ohne Ermächtigung des Gerichtshofs nicht Gegenstand von Zwangsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden oder Gerichte sein.

**4. Protocole
sur les
privilèges et immunités
de la
Communauté Européenne
de l'Énergie Atomique**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES
AU TRAITÉ INSTITUANT LA
COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE
DE L'ÉNERGIE ATOMIQUE,

CONSIDÉRANT qu'aux termes de l'article 191 de ce Traité, la Communauté jouit sur les territoires des États membres des immunités et privilèges nécessaires pour remplir sa mission, dans les conditions définies à un Protocole séparé,

ONT DÉSIGNÉ, afin d'établir ce Protocole, comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

Baron J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Secrétaire général du Ministère des Affaires économiques, Président de la délégation belge auprès de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

M. le Professeur Docteur Carl Friedrich Ophüls, Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne, Président de la délégation allemande auprès de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République Française:

M. Robert Marjolin, Professeur agrégé des Facultés de Droit, Vice-président de la délégation française auprès de la Conférence intergouvernementale;

Le Président de la République Italienne:

M. V. Badini Confalonieri, Sous-Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, Président de la délégation italienne auprès de la Conférence intergouvernementale;

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

M. Lambert Schaus, Ambassadeur du Grand-Duché de Luxembourg, Président de la délégation luxembourgeoise auprès de la Conférence intergouvernementale;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. J. Linthorst Homan, Président de la délégation néerlandaise auprès de la Conférence intergouvernementale;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS des dispositions ci-après qui sont annexées au Traité instituant la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique.

CHAPITRE 1

Biens, fonds, avoirs et opérations de la Communauté

Article 1

Les locaux et les bâtiments de la Communauté sont inviolables. Ils sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation ou expropriation. Les biens et avoirs de la Communauté ne peuvent être l'objet d'aucune mesure de contrainte administrative ou judiciaire sans une autorisation de la Cour de Justice.

4. Protocollo
sui privilegi e sulle immunità
della
Comunità Europea
della Energia Atomica

LE ALTE PARTI CONTRAENTI DEL TRATTATO
CHE ISTITUISCE LA
COMUNITÀ EUROPEA DELLA ENERGIA ATOMICA,

CONSIDERANDO che a termini dell'articolo 191 del Trattato, la Comunità gode sui territori degli Stati membri delle immunità e dei privilegi necessari per assolvere la sua missione alle condizioni definite da un Protocollo separato,

HANNO DESIGNATO come plenipotenziari, per definire tale Protocollo:

Sua Maestà il Re dei Belgi:

S. E. Barone J. Ch. Snoy et d'Oppuers, Segretario generale del Ministero degli Affari Economici, Presidente della delegazione belga presso la Conferenza intergovernativa,

Il Presidente della Repubblica Federale di Germania:
S. E. Carl Friedrich Ophüls, Ambasciatore della Repubblica federale di Germania, Presidente della delegazione tedesca presso la Conferenza intergovernativa,

Il Presidente della Repubblica Francese:

S. E. Robert Marjolin, «Professeur agrégé des Facultés de Droit», Vicepresidente della delegazione francese presso la Conferenza intergovernativa,

Il Presidente della Repubblica Italiana:

S. E. V. Badini Confalonieri, Sottosegretario di Stato agli Affari Esteri, Presidente della delegazione italiana presso la Conferenza intergovernativa,

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo:

S. E. Lambert Schaus, Ambasciatore del Granducato del Lussemburgo, Presidente della delegazione lussemburghese presso la Conferenza intergovernativa,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi:

S. E. J. Linthorst Homan, Presidente della delegazione olandese presso la Conferenza intergovernativa,

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO de disposizioni seguenti che sono allegate al Trattato che istituisce la Comunità Europea della Energia Atomica:

CAPO I

Beni, fondi, averi e operazioni della Comunità

Articolo 1

I locali e gli edifici della Comunità sono inviolabili. Essi sono esenti da perquisizioni, requisizioni, confisca o espropriazione. I beni e gli averi della Comunità non possono essere oggetto di alcun provvedimento di coercizione amministrativa o giudiziaria senza autorizzazione della Corte di Giustizia.

4. Protocol
betreffende de
voorrechten en immuniteiten
van de
Europese Gemeenschap
voor Atoomenergie

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN
BIJ HET VERDRAG TOT OPRICHTING VAN DE
EUROPESE GEMEENSCHAP VOOR ATOOMENERGIE,

OVERWEGENDE, dat krachtens de bepalingen van artikel 191 van dat Verdrag de Gemeenschap, onder de in een afzonderlijk protocol te stellen voorwaarden, op het grondgebied van de Lid-Staten de immuniteiten en voorrechten geniet, welke nodig zijn ter vervulling van haar taak,

HEBBEN, ter vaststelling van dit Protocol, als hun gevolmachtigden AANGEWEZEN:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

J. Ch. Baron Snoy et d'Oppuers, Secretaris-Generaal van het Ministerie van Economische Zaken, Voorzitter van de Belgische delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

Prof. Dr. Carl Friedrich Ophüls, Ambassadeur van de Bondsrepubliek Duitsland, Voorzitter van de Duitse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Franse Republiek:

de Heer Robert Marjolin, Hoogleraar in de Rechtsgeleerdheid, Vice-Voorzitter van de Franse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

De President van de Italiaanse Republiek:

de Heer V. Badini Confalonieri, Onder-Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken, Voorzitter van de Italiaanse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Koninklijke Hoogheid
de Groothertogin van Luxemburg:

de Heer Lambert Schaus, Ambassadeur van het Groothertogdom Luxemburg, Voorzitter van de Luxemburgse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

de Heer J. Linthorst Homan, Voorzitter van de Nederlandse delegatie bij de Intergouvernementele Conferentie;

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten,

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT omtrent de volgende bepalingen welke aan het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie zijn gehecht.

HOOFDSTUK I

Eigendommen, fondsen, bezittingen en verrichtingen van de Gemeenschap

Artikel 1

De gebouwen en terreinen van de Gemeenschap zijn onschendbaar. Zij zijn vrijgesteld van huiszoeking, vordering, verbeurdverklaring of onteigening. De eigendommen en bezittingen van de Gemeenschap kunnen zonder toestemming van het Hof van Justitie niet worden getroffen door enige dwangmaatregel van bestuursrechtelijke of gerechtelijke aard.

Artikel 2

Die Archive der Gemeinschaft sind unverletzlich.

Article 2

Les archives de la Communauté sont inviolables.

Artikel 3

Die Gemeinschaft, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögensgegenstände sind von jeder direkten Steuer befreit.

Article 3

La Communauté, ses avoirs, revenus et autres biens sont exonérés de tous impôts directs.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten treffen in allen Fällen, in denen es ihnen möglich ist, geeignete Maßnahmen für den Erlaß oder die Erstattung des Betrags der indirekten Steuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliche oder unbewegliche Güter inbegriffen sind, wenn die Gemeinschaft für ihren Dienstbedarf größere Einkäufe tätigt, bei denen derartige Steuern und Abgaben im Preis enthalten sind. Die Durchführung dieser Maßnahmen darf jedoch den Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft nicht verfälschen.

Les gouvernements des États membres prennent, chaque fois qu'il leur est possible, les dispositions appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant des droits indirects et des taxes à la vente entrant dans les prix des biens immobiliers ou mobiliers lorsque la Communauté effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature. Toutefois l'application de ces dispositions ne doit pas avoir pour effet de fausser la concurrence à l'intérieur de la Communauté.

Von den Abgaben, die lediglich die Vergütung für Leistungen gemeinnütziger Versorgungsbetriebe darstellen, wird keine Befreiung gewährt.

Aucune exonération n'est accordée en ce qui concerne les impôts, taxes et droits qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité générale.

Artikel 4

Die Gemeinschaft ist von allen Zöllen sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen bezüglich der zu ihrem Dienstgebrauch bestimmten Gegenstände befreit; die in dieser Weise eingeführten Gegenstände dürfen im Hoheitsgebiet des Staates, in das sie eingeführt worden sind, weder entgeltlich noch unentgeltlich veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieses Staates genehmigt.

La Communauté est exonérée de tous droits de douane, prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation à l'égard des articles destinés à son usage officiel; les articles ainsi importés ne seront pas cédés à titre onéreux ou gratuit sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le gouvernement de ce pays.

Der Gemeinschaft steht ferner für ihre Veröffentlichungen Befreiung von allen Zöllen sowie Einfuhr- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen zu.

Elle est également exonérée de tout droit de douane et de toute prohibition et restriction d'importation et d'exportation à l'égard de ses publications.

Article 4

CHAPITRE 2

Communications et laissez-passer

KAPITEL 2

Nachrichtenübermittlung und Ausweise

Artikel 5

Den Organen der Gemeinschaft steht für ihre amtliche Nachrichtenübermittlung und die Übermittlung aller ihrer Schriftstücke im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaates die gleiche Behandlung wie den diplomatischen Vertretungen zu.

Article 5

Pour leurs communications officielles et le transfert de tous leurs documents, les institutions de la Communauté bénéficient sur le territoire de chaque État membre du traitement accordé par cet État aux missions diplomatiques.

Der amtliche Schriftverkehr und die sonstige amtliche Nachrichtenübermittlung der Organe der Gemeinschaft unterliegen nicht der Zensur.

La correspondance officielle et les autres communications officielles des institutions de la Communauté ne peuvent être censurées.

Artikel 6

Die Leiter der Organe der Gemeinschaft können den Ausweise und Bediensteten dieser Organe Ausweise erteilen, deren Form vom Rat bestimmt wird und die von den Behörden der Mitgliedstaaten als gültig anerkannt werden. Diese Ausweise werden den Bediensteten nach Maßgabe des sonstigen Dienstes nach Maßgabe des Artikels 186 dieses Verzeichnisses erteilt.

Article 6

Des laissez-passer dont la forme est arrêtée par le Conseil et qui sont reconnus comme titres valables de circulation par les autorités des États membres peuvent être délivrés aux membres et aux agents des institutions de la Communauté par les présidents de celles-ci. Ces laissez-passer sont délivrés aux fonctionnaires et agents dans les conditions fixées par les statuts prévus à l'article 186 du Traité.

Von kann Abkommen zur Anerkennung der als im Hoheitsgebiet dritter Länder erteilt werden.

La Commission peut conclure des accords en vue de faire reconnaître ces laissez-passer comme titres valables de circulation sur le territoire des États tiers.

Articolo 2

Gli archivi della Comunità sono inviolabili.

Articolo 3

La Comunità, i suoi averi, entrate e altri beni sono esenti da qualsiasi imposta diretta.

I governi degli Stati membri adottano, ogni qualvolta sia loro possibile, le opportune disposizioni per l'abbuono o il rimborso dell'importo dei diritti indiretti e delle tasse sulla vendita compresi nei prezzi dei beni immobili o mobili, quando la Comunità effettui, per suo uso ufficiale, acquisti considerevoli il cui prezzo comprenda diritti e tasse di tale natura. Tuttavia l'applicazione di tali disposizioni non deve avere per effetto di falsare la concorrenza all'interno della Comunità.

Nessuna esenzione è concessa per quanto riguarda le imposte, tasse e diritti che costituiscono mera remunerazione di servizi di utilità generale.

Articolo 4

La Comunità è esente da ogni dazio doganale, divieto e restrizione all'importazione e all'esportazione, in ordine agli oggetti destinati al suo uso ufficiale; gli oggetti così importati non saranno ceduti a titolo oneroso o gratuito sul territorio del Paese nel quale siano stati importati, salvo che ciò non avvenga a condizioni accette al governo di tale Paese.

Essa è del pari esente da ogni dazio doganale e da ogni divieto e restrizione all'importazione e all'esportazione in ordine alle sue pubblicazioni.

CAPO 2

Comunicazioni e lasciapassare

Articolo 5

Le istituzioni della Comunità beneficiano, nel territorio di ciascuno Stato membro, per le loro comunicazioni ufficiali e la trasmissione di tutti i loro documenti, del trattamento concesso da questo Stato alle missioni diplomatiche.

La corrispondenza ufficiale e le altre comunicazioni ufficiali delle istituzioni della Comunità non possono essere censurate.

Articolo 6

I presidenti delle istituzioni della Comunità possono rilasciare ai membri e agli agenti di dette istituzioni lasciapassare la cui forma è stabilita dal Consiglio e che sono riconosciuti dalle autorità degli Stati membri come titoli di viaggio validi. Tali lasciapassare sono rilasciati ai funzionari e agli agenti secondo le condizioni stabilite dagli statuti di cui all'articolo 186 del Trattato.

La Commissione può concludere accordi per far riconoscere tali lasciapassare come titoli di viaggio validi sul territorio di Stati terzi.

Artikel 2

Het archief van de Gemeenschap is onschendbaar.

Artikel 3

De Gemeenschap, haar bezittingen, inkomsten en andere eigendommen zijn vrijgesteld van alle directe belastingen.

Telkens wanneer hun dit mogelijk is, treffen de regeringen van de Lid-Staten passende maatregelen tot kwietschelding of teruggave van het bedrag der indirecte belastingen en van belastingen welke een deel vormen van de prijs van onroerende of roerende goederen, wanneer de Gemeenschap voor haar officieel gebruik belangrijke aankopen doet van goederen, in de prijs waarvan zodanige belastingen begrepen zijn. De toepassing van deze bepalingen mag evenwel niet tot gevolg hebben, dat de mededinging binnen de Gemeenschap wordt vervalst.

Geen enkele vrijstelling wordt verleend van belastingen, heffingen en rechten die niet anders zijn dan eenvoudige vergoedingen voor diensten van openbaar nut.

Artikel 4

De Gemeenschap is vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -beperkingen met betrekking tot goederen, bestemd voor officieel gebruik van de Gemeenschap; de aldus ingevoerde goederen mogen op het grondgebied van het land alwaar zij zijn ingevoerd niet onder bezwarende titel of om niet worden overgedragen, tenzij op voorwaarden welke door de regering van dat land zijn goedgekeurd.

Zij is eveneens vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -beperkingen met betrekking tot publikaties.

HOOFDSTUK 2

Mededelingen en laissez-passer

Artikel 5

De instellingen van de Gemeenschap genieten, voor hun officiële mededelingen en het overbrengen van al hun documenten, op het grondgebied van iedere Lid-Staat de behandeling, welke door deze Staat aan diplomatieke missies wordt toegestaan.

De officiële correspondentie en andere officiële mededelingen van de instellingen van de Gemeenschap zijn niet aan censuur onderworpen.

Artikel 6

Laissez-passer, waarvan de vorm door de Raad wordt vastgesteld en welke als geldige reispapieren worden erkend door de overheidsinstanties van de Lid-Staten, kunnen door de voorzitters van de instellingen van de Gemeenschap aan de leden en het personeel van deze instellingen worden verstrekt. Deze laissez-passer worden aan de ambtenaren en overige personeelsleden verstrekt overeenkomstig de bepalingen van de statuten bedoeld in artikel 186 van het Verdrag.

De Commissie kan akkoorden sluiten ten einde deze laissez-passer te doen erkennen als geldige reispapieren voor het grondgebied van derde Staten.

KAPITEL 3

Mitglieder der Versammlung

Artikel 7

Die Reise der Mitglieder der Versammlung zum und vom Tagungsort der Versammlung unterliegt keinen verwaltungsmäßigen oder sonstigen Beschränkungen.

Die Mitglieder der Versammlung erhalten bei der Zollabfertigung und Devisenkontrolle

- a) seitens ihrer eigenen Regierung dieselben Erleichterungen wie hohe Beamte, die sich in offiziellem Auftrag vorübergehend ins Ausland begeben;
- b) seitens der Regierungen der anderen Mitgliedstaaten dieselben Erleichterungen wie ausländische Regierungsvertreter mit vorübergehendem offiziellem Auftrag.

Artikel 8

Wegen einer in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerung oder Abstimmung dürfen Mitglieder der Versammlung weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch festgenommen oder verfolgt werden.

Artikel 9

Während der Dauer der Sitzungsperiode der Versammlung

- a) steht ihren Mitgliedern im Hoheitsgebiet ihres eigenen Staates die den Parlamentsmitgliedern zuerkannte Unverletzlichkeit zu,
- b) können ihre Mitglieder im Hoheitsgebiet jedes anderen Mitgliedstaates weder festgehalten noch gerichtlich verfolgt werden.

Die Unverletzlichkeit besteht auch während der Reise zum und vom Tagungsort der Versammlung.

Bei Ergreifung auf frischer Tat kann die Unverletzlichkeit nicht geltend gemacht werden; sie steht auch nicht der Befugnis der Versammlung entgegen, die Unverletzlichkeit eines ihrer Mitglieder aufzuheben.

KAPITEL 4

Vertreter der Mitgliedstaaten, die an den Arbeiten der Organe der Gemeinschaft teilnehmen

Artikel 10

Den Vertretern der Mitgliedstaaten, die an den Arbeiten der Organe der Gemeinschaft teilnehmen, sowie ihren Beratern und Sachverständigen stehen während der Ausübung ihrer Tätigkeit und auf der Reise zum und vom Tagungsort die üblichen Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen zu.

Dies gilt auch für die Mitglieder der beratenden Organe der Gemeinschaft.

CHAPITRE 3

Membres de l'Assemblée

Article 7

Aucune restriction d'ordre administratif ou autre n'est apporté au libre déplacement des membres de l'Assemblée se rendant au lieu de réunion de l'Assemblée ou en revenant.

Les membres de l'Assemblée se voient accorder en matière de douane et de contrôle des changes:

- a) par leur propre gouvernement, les mêmes facilités que celles reconnues aux hauts fonctionnaires se rendant à l'étranger en mission officielle temporaire,
- b) par les gouvernements des autres États membres, les mêmes facilités que celles reconnues aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Article 8

Les membres de l'Assemblée ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 9

Pendant la durée des sessions de l'Assemblée, les membres de celle-ci bénéficient:

- a) sur leur territoire national, des immunités reconnues aux membres du Parlement de leur pays,
- b) sur le territoire de tout autre État membre, de l'exemption de toute mesure de détention et de toute poursuite judiciaire.

L'immunité les couvre également lorsqu'ils se rendent au lieu de réunion de l'Assemblée ou en reviennent.

L'immunité ne peut être invoquée dans le cas de flagrant délit et ne peut non plus mettre obstacle au droit de l'Assemblée de lever l'immunité d'un de ses membres.

CHAPITRE 4

Représentants des États membres participant aux travaux des institutions de la Communauté

Article 10

Les représentants des États membres participant aux travaux des institutions de la Communauté, ainsi que leurs conseillers et experts techniques, jouissent, pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges, immunités ou facilités d'usage.

Le présent article s'applique également aux membres des organes consultatifs de la Communauté.

CAPO 3

Membri dell'Assemblea

Articolo 7

Nessuna restrizione d'ordine amministrativo o d'altro genere è apportata alla libertà di movimento dei membri dell'Assemblea che si recano al luogo di riunione dell'Assemblea o ne ritornano.

Ai membri dell'Assemblea sono concessi in materia di dogana e di controllo dei cambi:

- a) dal proprio governo, le stesse agevolazioni concesse agli alti funzionari che si recano all'estero in missione ufficiale temporanea,
- b) dai governi degli altri Stati membri, le stesse agevolazioni concesse ai rappresentanti di governi esteri in missione ufficiale temporanea.

Articolo 8

I membri dell'Assemblea non possono essere ricercati, detenuti o perseguiti a motivo delle opinioni o dei voti espressi nell'esercizio delle loro funzioni.

Articolo 9

Per la durata delle sessioni dell'Assemblea, i membri di essa beneficiano:

- a) sul territorio nazionale, delle immunità riconosciute ai membri del Parlamento del loro Paese,
- b) sul territorio d'ogni altro Stato membro, dell'esenzione da ogni provvedimento di detenzione e da ogni procedimento giudiziario.

L'immunità li copre ugualmente quando essi si recano al luogo di riunione dell'Assemblea o ne ritornano.

L'immunità non può essere invocata nel caso di flagrante delitto e non può inoltre pregiudicare il diritto dell'Assemblea di togliere l'immunità ad uno dei suoi membri.

CAPO 4

Rappresentanti degli Stati membri
che partecipano ai lavori delle istituzioni
della Comunità

Articolo 10

I rappresentanti degli Stati membri che partecipano ai lavori delle istituzioni della Comunità, nonché i loro consiglieri e periti tecnici, godono, durante l'esercizio delle loro funzioni e durante i loro viaggi a destinazione o in provenienza dal luogo della riunione, dei privilegi, delle immunità e delle agevolazioni d'uso.

Il presente articolo si applica ugualmente ai membri degli organi consultivi della Comunità.

HOOFDSTUK 3

Leden van de Vergadering

Artikel 7

De bewegingsvrijheid der leden van de Vergadering die zich naar de plaats van bijeenkomst der Vergadering begeven of daarvan terugkeren, wordt op geen enkele wijze beperkt door voorschriften van bestuursrechtelijke of andere aard.

Aan de leden van de Vergadering worden, wat betreft douane- en deviezencontrole, toegekend:

- a) door hun eigen regering, dezelfde faciliteiten als zijn toegekend aan hoge ambtenaren, die zich, belast met een tijdelijke officiële zending, naar het buitenland begeven,
- b) door de regeringen van de andere Lid-Staten, dezelfde faciliteiten als zijn toegekend aan vertegenwoordigers van buitenlandse regeringen, belast met een tijdelijke officiële zending.

Artikel 8

Tegen de leden van de Vergadering kan geen opsporing plaatsvinden, noch kunnen zij worden aangehouden of vervolgd op grond van de mening of de stem, die zij in de uitoefening van hun ambt hebben uitgebracht.

Artikel 9

Tijdens de zittingsduur van de Vergadering genieten de leden:

- a) op hun eigen grondgebied, de immuniteten welke aan de leden van de volksvertegenwoordiging in hun land zijn verleend;
- b) op het grondgebied van elke andere Lid-Staat, vrijstelling van aanhouding en gerechtelijke vervolging in welke vorm ook.

De immunitet beschermt hen eveneens, wanneer zij zich naar de plaats van de bijeenkomst van de Vergadering begeven of daarvan terugkeren.

Op deze immunitet kan geen beroep worden gedaan in geval van ontdekking op heterdaad, terwijl zij evenmin kan verhinderen, dat de Vergadering het recht uitoefent de immunitet van een harer leden op te heffen.

HOOFDSTUK 4

De aan de werkzaamheden van de instellingen
der Gemeenschap deelnemende vertegenwoordigers
der Lid-Staten

Artikel 10

De aan de werkzaamheden van de instellingen van de Gemeenschap deelnemende vertegenwoordigers der Lid-Staten, alsmede hun raadslieden en de deskundigen, genieten gedurende de uitoefening van hun ambt en op hun reizen naar en van de plaats van bijeenkomst de gebruikelijke voorrechten, immuniteten of faciliteiten.

Dit artikel is eveneens van toepassing op de leden der raadgevende organen van de Gemeenschap.

KAPITEL 5

Beamte und sonstige Bedienstete der Gemeinschaft

Artikel 11

Den in Artikel 186 dieses Vertrags genannten Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft stehen im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaates ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit folgende Vorrechte und Befreiungen zu:

- a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit bezüglich der von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; die Artikel 152 und 188 dieses Vertrags bleiben unberührt; die Befreiung gilt auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit;
- b) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer; das gleiche gilt für ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder;
- c) die den Beamten der internationalen Organisationen üblicherweise gewährten Erleichterungen auf dem Gebiet der Vorschriften des Währungs- und Devisenrechts;
- d) das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände aus dem Land ihres letzten ständigen Aufenthalts oder dem Land, dem sie angehören, bei Antritt ihres Dienstes in das in Frage stehende Land zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihrer Amtstätigkeit in diesem Land ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände zollfrei wiederauszuführen, vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Landes, in dem dieses Recht ausgeübt wird, in dem einen und anderen Fall für erforderlich erachtet;
- e) das Recht, das zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmte Kraftfahrzeug, sofern es im Land ihres letzten ständigen Aufenthalts oder in dem Land, dem sie angehören, zu den auf dem Binnenmarkt dieses Landes geltenden Bedingungen erworben worden ist, zollfrei einzuführen und es zollfrei wiederauszuführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des in Frage stehenden Landes in dem einen und anderen Fall für erforderlich erachtet.

Artikel 12

Von den Gehältern, Löhnen und anderen Bezügen, welche die Gemeinschaft ihren Beamten und sonstigen Bediensteten zahlt, wird zugunsten der Gemeinschaft eine Steuer gemäß den Bestimmungen und dem Verfahren erhoben, die vom Rat auf Grund der Vorschläge festgelegt werden, welche die Kommission ihm binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags unterbreitet.

Die Beamten und sonstigen Bediensteten sind von innerstaatlichen Steuern auf die von der Gemeinschaft gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge befreit.

Artikel 13

Die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft, die sich lediglich zur Ausübung einer Amtstätigkeit im Dienst der Gemeinschaft im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates als des Staates niederlassen, in dem sie zur Zeit des Dienstantritts bei der Gemeinschaft ihren steuerlichen Wohnsitz haben, werden in den beiden genannten Staaten für die Erhebung der Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie für die Anwen-

CHAPITRE 5

Fonctionnaires et agents de la Communauté

Article 11

Sur le territoire de chacun des États membres et quelle que soit leur nationalité, les fonctionnaires et agents de la Communauté visés à l'article 186 du Traité:

- a) jouissent, sous réserve des dispositions des articles 152 et 188 du Traité, de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux, y compris leurs paroles et écrits, en leur qualité officielle; ils continueront à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions,
- b) ne sont pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux dispositions limitant l'immigration et aux formalités d'enregistrement des étrangers,
- c) jouissent, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, des facilités reconnues par l'usage aux fonctionnaires des organisations internationales,
- d) jouissent du droit d'importer en franchise du pays de leur dernière résidence ou du pays dont ils sont ressortissants, leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays intéressé, et du droit, à la cessation de leurs fonctions dans ledit pays, de réexporter en franchise leur mobilier et leurs effets sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le gouvernement du pays où le droit est exercé,
- e) jouissent du droit d'importer en franchise leur automobile affectée à leur usage personnel, acquise dans le pays de leur dernière résidence ou dans le pays dont ils sont ressortissants aux conditions du marché intérieur de celui-ci, et de la réexporter en franchise, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le gouvernement du pays intéressé.

Article 12

Dans les conditions et suivant la procédure fixées par le Conseil statuant sur les propositions formulées par la Commission dans le délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du Traité, les fonctionnaires et agents de la Communauté sont soumis au profit de celle-ci à un impôt sur les traitements, salaires et émoluments versés par elle.

Ils sont exempts d'impôts nationaux sur les traitements, salaires et émoluments versés par la Communauté.

Article 13

Pour l'application des impôts sur les revenus et sur la fortune, des droits de succession, ainsi que des conventions tendant à éviter les doubles impositions conclues entre les pays membres de la Communauté, les fonctionnaires et agents de la Communauté qui, en raison uniquement de l'exercice de leurs fonctions au service de la Communauté, établissent leur résidence sur le territoire d'un pays membre autre que le pays du domicile fiscal

CAPO 5

Funzionari e agenti della Comunità

Articolo 11

Sul territorio di ciascuno Stato membro e qualunque sia la loro cittadinanza, i funzionari e agenti della Comunità di cui all'articolo 186 del Trattato:

- a) godono, fatte salve le disposizioni degli articoli 152 e 188 del Trattato, dell'immunità di giurisdizione per gli atti da loro compiuti in veste ufficiale, comprese le loro parole e i loro scritti; essi continueranno a beneficiare di questa immunità dopo la cessazione delle loro funzioni,
- b) nè essi nè i loro coniugi e i familiari a loro carico, sono sottoposti alle disposizioni che limitano l'immigrazione e alle formalità di registrazione degli stranieri,
- c) godono, per quanto riguarda la disciplina vigente in materia valutaria o di cambio, delle agevolazioni usualmente riconosciute ai funzionari delle organizzazioni internazionali,
- d) godono del diritto di importare in franchigia dal Paese della loro ultima residenza o dal Paese di cui sono cittadini, la propria mobilia ed i propri effetti personali, in occasione della loro prima immissione in funzione nel Paese interessato, e del diritto di riesportare in franchigia la propria mobilia e i propri effetti personali alla cessazione delle loro funzioni nel suddetto Paese, fatte salve, nell'uno e nell'altro caso, le condizioni ritenute necessarie dal governo del Paese in cui il diritto è esercitato,
- e) godono del diritto di importare in franchigia la propria autovettura destinata al loro uso personale, acquistata nel Paese della loro ultima residenza o nel Paese di cui sono cittadini, alle condizioni del mercato interno di tale Paese, e di riesportarla in franchigia, fatte salve, nell'uno e nell'altro caso, le condizioni ritenute necessarie dal governo del Paese interessato.

Articolo 12

Alle condizioni e secondo la procedura stabilite dal Consiglio, che delibera sulle proposte che la Commissione formulerà entro un anno dall'entrata in vigore del Trattato, i funzionari e gli agenti della Comunità saranno soggetti, a profitto di quest'ultima, ad una imposta sugli stipendi, salarie ed emolumenti dalla stessa versati.

Essi sono esenti da imposte nazionali sugli stipendi, salari ed emolumenti versati dalla Comunità.

Articolo 13

Ai fini dell'applicazione delle imposte sul reddito e sul patrimonio, dei diritti di successione, nonché delle convenzioni concluse tra i Paesi membri della Comunità al fine di evitare le doppie imposizioni, i funzionari e agenti della Comunità i quali, in ragione esclusivamente dell'esercizio delle loro funzioni al servizio della Comunità, stabiliscono la loro residenza sul territorio di un Paese membro diverso dal Paese ove avevano il domi-

HOOFDSTUK 5

Ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap

Artikel 11

De ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap bedoeld in artikel 186 van het Verdrag zijn, ongeacht hun nationaliteit, op het grondgebied van elk der Lid-Staten:

- a) behoudens de bepalingen van de artikelen 152 en 188 van het Verdrag, vrijgesteld van rechtsvervolgving voor hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan, gezegd of geschreven zij blijven deze immunitet genieten nadat zij hun ambt hebben neergelegd;
- b) tezamen met hun echtgenoten en de te hunnen laste zijnde verwanten vrijgesteld van immigratiebepalingen en vreemdelingenregistratie;
- c) inzake monetaire of deviezenregelingen in het genot van de gebruikelijke faciliteiten welke aan ambtenaren van internationale organisaties worden toegekend;
- d) gerechtigd om de eerste maal, dat zij hun post bezetten, in het betrokken land hun huisraad en goederen voor persoonlijk gebruik vrij van rechten in te voeren uit het land waar zij het laatst hun verblijfplaats hebben gehad of uit het land waarvan zij onderdaan zijn, en bij het neerleggen van hun ambt hun huisraad en goederen voor persoonlijk gebruik uit genoemd land vrij van rechten weder uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden, welke de regering van het land waar dit recht wordt uitgeoefend, als noodzakelijk beschouwt;
- e) gerechtigd hun voor persoonlijk gebruik bestemde personenauto die in het land waar zij het laatst hun verblijfplaats hebben gehad of in het land waarvan zij onderdaan zijn, verkregen is, op de voorwaarden die op de binnenlandse markt van dat land gelden, vrij van rechten in te voeren en deze vrij van rechten weder uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden, welke de regering van het betrokken land als noodzakelijk beschouwt.

Artikel 12

Onder de voorwaarden en volgens de procedure welke door de Raad worden vastgesteld op grond van de door de Commissie binnen een jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag gedane voorstellen, worden de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap onderworpen aan een belasting ten bate van de Gemeenschap op de door haar betaalde salarissen, lonen en emolumenten.

Zij zijn vrijgesteld van nationale belastingen op de door de Gemeenschap betaalde salarissen, lonen en emolumenten.

Artikel 13

De ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap, die zich uitsluitend uit hoofde van de uitoefening van hun ambt in dienst van de Gemeenschap vestigen op het grondgebied van een andere Lid-Staat dan de Staat van de fiscale woonplaats, welke zij bezitten op het ogenblik van hun indiensttreding bij de Gemeenschap, worden voor de toepassing van de inkomsten-, vermogens- en successiebelastingen, alsmede

derung der zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft geschlossenen Abkommen so behandelt, als hätten sie ihren früheren Wohnsitz beibehalten, sofern sich dieser in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft befindet. Dies gilt auch für den Ehegatten, soweit dieser keine eigene Berufstätigkeit ausübt, sowie für die Kinder, die unter der Aufsicht der in diesem Artikel bezeichneten Personen stehen und von ihnen unterhalten werden.

Das im Hoheitsgebiet des Aufenthaltsstaates befindliche bewegliche Vermögen der in Absatz 1 bezeichneten Personen ist in diesem Staat von der Erbschaftsteuer befreit; für die Veranlagung dieser Steuer wird es vorbehaltlich der Rechte dritter Länder und der etwaigen Anwendung internationaler Abkommen über die Doppelbesteuerung als in dem Staat des steuerlichen Wohnsitzes befindlich betrachtet.

Ein lediglich zur Ausübung einer Amtstätigkeit im Dienste anderer internationaler Organisationen begründeter Wohnsitz bleibt bei der Anwendung dieses Artikels unberücksichtigt.

Artikel 14

Der Rat legt auf Grund eines Vorschlags der Kommission, den diese binnen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrags unterbreitet, durch einstimmigen Beschluß das System der Sozialleistungen für die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft fest.

Artikel 15

Der Rat bestimmt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der anderen betroffenen Organe die Gruppen von Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft, auf welche die Artikel 11, 12 Absatz 2 und Artikel 13 ganz oder teilweise Anwendung finden.

Namen, Dienstrang und -stellung sowie Anschrift der Beamten und sonstigen Bediensteten dieser Gruppen werden den Regierungen der Mitgliedstaaten in regelmäßigen Zeitabständen mitgeteilt.

KAPITEL 6

Vorrechte und Befreiungen der Vertretungen bei der Gemeinschaft

Artikel 16

Der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz der Gemeinschaft befindet, gewährt den bei der Gemeinschaft beglaubigten Vertretungen dritter Länder die üblichen diplomatischen Befreiungen.

KAPITEL 7

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 17

Die Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen werden den Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft ausschließlich im Interesse der Gemeinschaft gewährt.

Jedes Organ der Gemeinschaft hat die Befreiung eines Beamten oder sonstigen Bediensteten in allen Fällen aufzuheben, in denen dies nach seiner Auffassung den Interessen der Gemeinschaft nicht zuwiderläuft.

qu'ils possèdent au moment de leur entrée au service de la Communauté, sont considérés, tant dans le pays de leur résidence que dans le pays du domicile fiscal, comme ayant conservé leur domicile dans ce dernier pays, si celui-ci est membre de la Communauté. Cette disposition s'applique également au conjoint dans la mesure où celui-ci n'exerce pas d'activité professionnelle propre, ainsi qu'aux enfants à charge et sous la garde des personnes visées au présent article.

Les biens meubles appartenant aux personnes visées à l'alinéa précédent et situés sur le territoire de l'État de séjour sont exonérés de l'impôt des successions dans cet État; pour l'établissement de cet impôt, ils sont considérés comme se trouvant dans l'État du domicile fiscal, sous réserve des droits des États tiers et de l'application éventuelle des dispositions des conventions internationales relatives aux doubles impositions.

Les domiciles acquis en raison uniquement de l'exercice de fonctions au service d'autres organisations internationales ne sont pas pris en considération dans l'application des dispositions du présent article.

Article 14

Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition que la Commission formulera dans le délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur du Traité, fixe le régime des prestations sociales applicables aux fonctionnaires et agents de la Communauté.

Article 15

Le Conseil, statuant sur proposition de la Commission et après consultation des autres institutions intéressées, détermine les catégories de fonctionnaires et agents de la Communauté auxquels s'appliquent, en tout ou en partie, les dispositions des articles 11, 12 alinéa 2 et 13.

Les noms, qualités et adresses des fonctionnaires et agents compris dans ces catégories sont communiqués périodiquement aux gouvernements des États membres.

CHAPITRE 6

Privilèges et immunités des missions établies auprès de la Communauté

Article 16

L'État membre sur le territoire duquel est situé le siège de la Communauté accorde aux missions des États tiers accréditées auprès de la Communauté les immunités diplomatiques d'usage.

CHAPITRE 7

Dispositions générales

Article 17

Les privilèges, immunités et facilités sont accordés aux fonctionnaires et agents de la Communauté exclusivement dans l'intérêt de cette dernière.

Chaque institution de la Communauté est tenue de lever l'immunité accordée à un fonctionnaire ou agent dans tous les cas où elle estime que la levée de cette immunité n'est pas contraire aux intérêts de la Communauté.

cilio fiscale al momento dell'entrata in servizio presso la Comunità, sono considerati, sia nel Paese di residenza che nel Paese del domicilio fiscale, come tuttora domiciliati in quest'ultimo Paese qualora esso sia membro della Comunità. Tale disposizione si applica egualmente al coniuge, semprechè non eserciti una propria attività professionale, nonchè ai figli ed ai minori a carico delle persone indicate nel presente articolo e in loro custodia.

I beni mobili appartenenti alle persone di cui al comma precedente e che si trovino nel territorio dello Stato di residenza, sono esenti dall'imposta di successione in tale Stato; ai fini dell'applicazione di tale imposta essi sono considerati come se fossero situati nello Stato del domicilio fiscale, fatti salvi i diritti degli Stati terzi e l'eventuale applicazione delle norme delle convenzioni internazionali sulle doppie imposizioni.

Ai fini dell'applicazione delle disposizioni del presente articolo non si prendono in considerazione i domicili acquisiti soltanto a motivo dell'esercizio di funzioni al servizio di altre organizzazioni internazionali.

Articolo 14

Il Consiglio, deliberando all'unanimità su una proposta che la Commissione formulerà nel termine di un anno dall'entrata in vigore del Trattato, stabilisce il regime di previdenza sociale applicabile ai funzionari e agli agenti della Comunità.

Articolo 15

Il Consiglio, deliberando su proposta della Commissione e previa consultazione delle altre istituzioni interessate, determina le categorie di funzionari e agenti della Comunità cui si applicano, in tutto o in parte, le disposizioni degli articoli 11, 12 comma 2 e 13.

I nomi, le qualifiche e gli indirizzi dei funzionari e agenti compresi in tali categorie sono comunicati periodicamente ai governi degli Stati membri.

CAPO 6

Privilegi e immunità delle missioni accreditate presso la Comunità

Articolo 16

Lo Stato membro, sul cui territorio è situata la sede della Comunità, riconosce alle missioni dei Paesi terzi accreditate presso la Comunità le immunità diplomatiche d'uso.

CAPO 7

Disposizioni generali

Articolo 17

I privilegi, le immunità e le agevolazioni sono concesse ai funzionari e agli agenti della Comunità esclusivamente nell'interesse di quest'ultima.

Ciascuna istituzione della Comunità ha l'obbligo di togliere l'immunità concessa a un funzionario o ad un agente ogni qualvolta essa reputi che ciò non sia contrario agli interessi della Comunità.

van de tussen de Lid-Staten van de Gemeenschap gesloten overeenkomsten ter voorkoming van dubbele belasting, zowel in de Staat, waar zij zich gevestigd hebben als in de Staat van de fiscale woonplaats, geacht hun woonplaats te hebben behouden in de laatstgenoemde Staat, indien deze lid is van de Gemeenschap. Deze bepaling geldt eveneens voor de echtgenoot voor zover deze geen eigen beroepsbezigheden uitoefent, alsmede voor de kinderen die ten laste zijn en onder toezicht staan van de in dit artikel bedoelde personen.

De roerende goederen welke toebehoren aan de in de vorige alinea bedoelde personen en zich bevinden op het grondgebied van de Staat van verblijf, worden in die Staat vrijgesteld van successiebelasting; voor de heffing van die belasting worden die roerende goederen geacht zich in de Staat van de fiscale woonplaats te bevinden, onder voorbehoud van de rechten van derde Staten en de mogelijke toepassing van de bepaling van der internationale overeenkomsten betreffende dubbele belasting.

De uitsluitend uit hoofde van de uitoefening van een ambt in dienst van andere internationale organisaties verkregen woonplaats wordt niet in aanmerking genomen bij de toepassing van de bepalingen van dit artikel.

Artikel 14

Op voorstel van de Commissie, in te dienen binnen een jaar na de inwerkingtreding van het Verdrag, stelt de Raad met eenparigheid van stemmen de regeling vast inzake de sociale voorzieningen, welke op de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap van toepassing zal zijn.

Artikel 15

Op voorstel van de Commissie en na raadpleging van de overige betrokken instellingen, bepaalt de Raad op welke categorieën van ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap de bepalingen van de artikelen 11, 12, tweede alinea, en 13 geheel of ten dele van toepassing zijn.

De namen, hoedanigheden en adressen der ambtenaren en overige personeelsleden, welke onder deze categorieën zijn begrepen, worden op gezette tijden aan de regeringen der Lid-Staten medegedeeld.

HOOFDSTUK 6

Voorrechten en immunities der bij de Gemeenschap gevestigde missies

Artikel 16

De Lid-Staat, op wiens grondgebied de zetel van de Gemeenschap is gevestigd, verleent aan de missies der bij de Gemeenschap geaccrediteerde derde Staat de gebruikelijke diplomatieke immunities.

HOOFDSTUK 7

Algemene bepalingen

Artikel 17

De voorrechten, immunities en faciliteiten worden aan de ambtenaren en overige personeelsleden van de Gemeenschap uitsluitend in haar belang verleend.

Elke instelling van de Gemeenschap is gehouden de aan een ambtenaar of ander personeelslid verleende immunitet op te heffen in alle gevallen, waarin zulks naar haar mening niet strijdig is met de belangen van de Gemeenschap.

Artikel 18

Bei der Anwendung dieses Protokolls handeln die Organe der Gemeinschaft und die verantwortlichen Behörden der beteiligten Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen.

Artikel 19

Die Artikel 11 bis 14 und 17 finden auf die Mitglieder der Kommission Anwendung.

Artikel 20

Die Artikel 11 bis 14 und 17 finden auf die Richter, die Generalanwälte, den Kanzler und die Hilfsberichterstatter des Gerichtshofs Anwendung; die Bestimmungen des Artikels 3 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs betreffend die Befreiung der Richter und Generalanwälte von der Gerichtsbarkeit bleiben unberührt.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am siebzehnten April neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers
C. F. Ophüls
Rober Marjolin
Vittorio Badini
Lambert Schaus
J. Linthorst Homan

Article 18

Pour l'application du présent Protocole, les institutions de la Communauté agissent de concert avec les autorités responsables des États membres intéressés.

Article 19

Les articles 11 à 14 inclus et 17 sont applicables aux membres de la Commission.

Article 20

Les articles 11 à 14 inclus et 17 sont applicables aux juges, aux avocats généraux, au greffier et aux rapporteurs adjoints de la Cour de Justice, sans préjudice des dispositions de l'article 3 du Protocole sur le Statut de la Cour de Justice relatives à l'immunité de juridiction des juges et des avocats généraux.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Bruxelles, le dix-sept avril mil neuf cent cinquante-sept.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.
C. F. Ophüls.
Robert Marjolin.
Vittorio Badini.
Lambert Schaus.
J. Linthorst Homan.

Articolo 18

Ai fini dell'applicazione del presente Protocollo, le istituzioni della Comunità agiranno d'intesa con le autorità responsabili degli Stati membri interessati.

Articolo 19

Gli articoli da 11 a 14 inclusi e l'articolo 17 sono applicabili ai membri della Commissione.

Articolo 20

Gli articoli da 11 a 14 inclusi e l'articolo 17 sono applicabili ai giudici, agli avvocati generali, al cancelliere e ai relatori aggiunti della Corte di Giustizia, senza pregiudizio delle disposizioni dell'articolo 3 del Protocollo sullo Statuto della Corte di Giustizia, relative all'immunità di giurisdizione dei giudici e degli avvocati generali.

IN EDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

FATTO a Bruxelles, li diciassette aprile millenovecentocinquantesette.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.

C. F. Ophüls.

Robert Marjolin.

Vittorio Badini.

Lambert Schaus.

J. Linthorst Homan.

Artikel 18

Voor de toepassing van dit Protocol handelen de instellingen van de Gemeenschap in overeenstemming met de verantwoordelijke autoriteiten van de betrokken Lid-Staten.

Artikel 19

De artikelen 11 tot en met 14 en 17 zijn van toepassing op de leden van de Commissie.

Artikel 20

De artikelen 11 tot en met 14 en 17 zijn van toepassing op de rechters, de griffier en de toegevoegde rapporteurs van, alsmede op de advocaten-generaal bij het Hof van Justitie, onverminderd de bepalingen van artikel 3 van het Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie nopens de vrijstelling van rechtsvervolgving van de rechters en de advocaten-generaal.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

GEDAAN te Brussel, de zeventiende april negentienhonderd zevenenvijftig.

J. Ch. Snoy et d'Oppuers.

C. F. Ophüls.

Robert Marjolin.

Vittorio Badini.

Lambert Schaus.

J. Linthorst Homan.

Sofort lieferbar:

**Fundstellennachweis über die Bundesgesetzgebung
nach dem Stande vom 31. Dezember 1956**

bestehend aus

einer nach Sachgebieten gegliederten systematischen Übersicht
aller von 1949 bis 1956 im Bundesgesetzblatt und im Bundesanzeiger verkündeten
Gesetze und Verordnungen sowie sonstiger Veröffentlichungen
nebst

einem alphabetischen Register zu der systematischen Übersicht

Der Fundstellennachweis erscheint in der 6. Auflage. Er hat sich bereits als erschöpfendes Nachschlagewerk bewährt. Die Einführung von Kennziffern für die systematisch gegliederten Sachgebiete wird der weiteren Erleichterung der Auffindung einer Vorschrift dienen.

Preis: 2,50 DM zuzüglich —,25 DM Porto und Verpackung.

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399. Die Bestellung ist lediglich auf dem Zahlungsabschnitt zu vermerken.